Protokoll

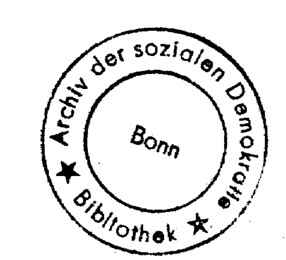
über die

Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

:: :: Abgehalten in Chemnitz :: ::
vom 15. bis 21. September 1912



Berlin 1912
Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H.
(Hans Weber, Berlin)



Tagesordnung des Parteitages.

Sonntag, den 15. September 1912, abends 7 Uhr:

Vorversammlung

Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

Montag, den 16. September 1912 und folgende Tage:

1. Geschäftsberichte des Parteivorstandes:
   a) Allgemeines. Referent: Genosse Ebert.
   b) Kassenbericht. Referent: Genosse Braun.
2. Bericht der Kontrollkommission. Referent: Genosse Kaden.
3. Die Lebensmittelteuerung. Berichterstatter: Genosse Scheidemann.
4. Bericht der Reorganisationskommission. Referent: Genosse H. Müller.
5. Die Reichstagswahlen. Referent: Genosse Scheidemann.
6. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Genosse Stadthagen.
7. Der Bergarbeiterschutz. Berichterstatter: Genosse Hue.
8. Der Imperialismus. Referent: Genosse Haase.
9. Die Maifeier. Referent: Genosse Pfannkuch.
10. Der Internationale Kongreß in Wien. Referent: Genosse Molkenbuhr.
11. Anträge.
12. Wahl des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der Parteitag 1913 stattfinden soll.

Sitzung des Parteitages:
vormittags von 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 2 bis 5 Uhr.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Haase-Berlin — Noske-Chemnitz

Schriftführer:

Ottilie Baader-Berlin
Birnkammer-München
Brecour-Kiel
Dörnke-Hannover
Fahrow-Berlin
Grosse-Hamburg
Schmidt-Stettin
Trinks-Karlsruhe

Mandatsprüfungs-Kommission:

Blume-Hamburg
Bollmann-Halberstadt
Drescher-Elberfeld
Giermann-Nürnberg
Kirch-Ottensen
Lorenz-Reinickendorf
Sänger-München
Scheib-Leipzig
Strobel-Mannheim

Beschwerde-Kommission:

Hörsing-Beuthen
Hoffmann-Hamburg
Limbertz-Düsseldorf
Löbe-Breslau
Müller-München
Seel-Mainz
Ryssel-Leipzig
Dr. Süßheim-Nürnberg
Thurow-Neukölln

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Chemnitz 1912.

Allgemeines.

Der Januar dieses Jahres brachte endlich die von der klassenbewußten Arbeiterschaft seit Jahren herbeigesehnte große Abrechnung mit den bürgerlichen Parteien, namentlich dem schwarz-blauen Block, sowie mit der Regierung. Bis zum äußersten Termin waren die Neuwahlen hinausgeschoben worden. Solange als irgend möglich sollte der Blockreichstag zusammengehalten werden, war es doch der Regierung klar, daß eine „Volksvertretung", wie die 1907 im Hottentottentaumel gewählte, nicht wiederkehren würde.

Die Reichstagsmehrheit hatte, als sei sie wirklich mit Blindheit geschlagen, noch kurz vor Toresschluß durch die Verabschiedung der mißgestalteten Reichsversicherungsordnung auch solche Arbeiterschichten aufgepeitscht, die bis dahin manches für gute, bare Münze hingenommen hatten, was für jeden klassenbewußten Arbeiter längst als Produkt politischer Falschmünzerei erkannt und bewertet worden war.

Kaum jemals zuvor hatten die Gegner der modernen Arbeiterbewegung so aufklärend und aufrüttelnd zu unseren Gunsten gewirkt, wie vor den Reichstagswahlen im Januar 1912. Je zuversichtlicher und hoffnungsfroher denn auch die Sozialdemokratie den Wahlen entgegensehen konnte, um so heftiger regte sich das böse Gewissen unserer Gegner.

Mit nationalem Geschrei war früher schon manches zur Betörung der Wähler erreicht worden. Warum sollte Herrn von Bethmann Hollweg 1912 nicht glücken, was dem Fürsten Bülow noch 1907 gelungen war?

Das Kriegsgespenst wurde also wieder an die Wand gemalt. Man versuchte neue Auflagen des Marokko- und Mannesmann-Rummels zustande zu bringen. Man verwies auf Frankreich, den angeblich revanchelustigen Erbfeind, und auf England, das dem friedliebenden Deutschen Reiche die erstrebten Plätze an der Sonne nicht gönne. Unsere Partei zerstörte auch diese „nationalen" Machenschaften gründlich. Der Ausgang der Wahlen, der an anderer Stelle dieses Berichts besonders gewürdigt wird, hat mit erfreulicher Deutlichkeit gezeigt, daß immer neue Hunderttausende erkennen, wie der „Patriotismus" derer zu bewerten ist, die dem klassenbewußten Proletariat mit geräuschvoller Entrüstung vaterlandslose Gesinnung vorwerfen. Dieser Patriotismus ist das Aushängeschild jener profithungrigen Volksfeinde, die dem Arbeiter — nicht nur in Preußen! — das gleiche Wahlrecht vorenthalten, die ihm auch das Koalitionsrecht beschneiden wollen. War es denn nur ein Zufall, daß nahezu gleichzeitig in den Parlamenten von Sachsen, Hamburg und Preußen, schließ-

lich auch des Reiches, Anträge und Resolutionen eingebracht wurden, welche die Regierung aufforderten, Vorlagen zum „Schutze der Arbeitswilligen" zu machen? Hier handelte es sich nicht um ein Spiel des Zufalls, vielmehr um ein Glied in der Kette der imperialistischen Politik, die immer deutlicher in die Erscheinung tritt.

Der kapitalistische Profithunger ist nicht zu stillen, daher der Drang zur Weltmachtspolitik. Diese ist nicht zu betreiben ohne große Flotte. Daher die Flottenbegeisterung. Kriegsschiffe bauen bedeutet aber eine immer weitere Belastung des werktätigen Volkes. Neue Steuern wiederum haben eine Verteuerung und Erschwerung der Lebenshaltung im Gefolge, also Vergrößerung der Not. Die Not lehrt aber weniger beten, als denken. Und ernsthaftes politisches Nachdenken muß der Sozialdemokratie immer neue Anhänger zuführen. Die Imperialisten wollen ihre Machtsphäre immer weiter in fremden Erdteilen ausdehnen. Im Innern des Reiches aber sehen sie ihre politische Macht durch das immer schneller anwachsende Heer des klassenbewußten Proletariats bedroht! Deshalb ihr Bestreben, die Arbeiterschaft nach Möglichkeit zu fesseln.

Fast erscheint es jetzt wie ein politisches Wunder, daß für die Reichslande im Jahre 1910 noch eine Verfassung mit relativ gutem Wahlrecht für die elsaß-lothringische Zweite Kammer vom Reichstage hat geschaffen werden können. Freilich hat Wilhelm II. schon gedroht, daß er diese Verfassung wieder in Scherben schlagen wolle, nicht beachtend, daß Frankreich dabei ist, das Proportionalwahlsystem einzuführen und England sein Wahlrecht in erheblicher Weise erweitert. Und Preußen? Kein Schritt soll hier nach vorwärts gemacht werden, trotzdem das feierliche Versprechen einer Thronrede vorliegt.

Schwere Kämpfe werden durchgeführt werden müssen, um für Preußen ein Wahlrecht zu schaffen, auf welches das Proletariat längst ein wohlbegründetes Anrecht hat. Diese Kämpfe werden, koste es, was es wolle, bis zum siegreichen Ende geführt werden. Keine Ruhe wird sein, bis auch für Preußen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht errungen ist.

* * *

Wir leben in einer Sturm- und Drangperiode des Kapitalismus. Immer gemeingefährlicher wird sein Treiben, aber auch immer klarer erkennbar sein profitwütiger Charakter und damit muß er schließlich abschreckend selbst für solche Kreise des Mittelstandes werden, die ihre politische Vertretung seither immer noch kapitalistischen Parteien anvertraut haben.

„Soll deutsches Recht minder wertvoll sein, weil zu seinem Schutze vier Millionen Bajonette bereitstehen?" So hatte zur Zeit der wildesten Marokkohetze ein kapitalistisches Blatt in Hannover geschrieben. Mit wilden Bestien die uns zähnefletschend umlauern, wurden in einem alldeutschen Blatte die Nachbarländer verglichen. Und als trotz aller Hetzerei der Krieg mit Frankreich glücklicherweise vermieden worden war, da begann die freikonservative „Post", eines der von führenden Reichsverbändlern „patriotisch" befruchteten Organe der Schlotjunker, ihre wüste Schimpfkanonade gegen den Kaiser. Man warf ihm vor, daß er nicht den Mut habe, seinen vielen tapferen Worten über die Weltmachtspolitik des Reiches auch die Tat folgen zu lassen. Wilhelm II. ist in der zweiten Hälfte des Juni d. J. bei Gelegenheit einer Regatta in Hamburg in einem Trinkspruch ziemlich deutlich auf die Marokkokrise zurückgekommen:

> „. . . Die Flagge muß in Ehren wehen, und es darf nicht leichtsinnig ihr Tuch in den Winden entfaltet werden und nicht leichtsinnig darf sie aufgepflanzt werden, wenn man nicht sicher ist, sie verteidigen zu können. Sie werden es verstehen, warum ich Zurückhaltung geübt habe in der Ausbreitung der deutschen Flagge, wo sie vielleicht von manchem gewünscht und ersehnt war. . ."

Demnach — so schlußfolgern alle „Weltmachtspolitiker" — demnach sind wir noch nicht gerüstet, demnach brauchen wir noch mehr Schiffe, noch mehr Kanonen, noch mehr Soldaten! Und ins Maßlose steigt infolge dieser nimmerruhenden Rüstungstreiberei nicht nur die Kriegsgefahr; fabelhaft steigen auch die — Profite des kleinen Kreises der eigentlichen Kriegsinteressenten. Zwar notierten die Aktien der zum sogenannten Waffenkonzern gehörigen Firmen „Dürener Metall" 1906 schon 173,25 Mk. Ende Juni 1912 aber standen sie 208 Mk., „Köln-Rottweiler" stand 1906 267 Mk., im Juni 1912 345 Mk., „Ludwig Löwe" notierte zu den gleichen Terminen 284 und 330 Mk., „Deutsche Waffen" 313 und 562,50 Mk.! Die Firma Krupp warf 1911 10 Proz. Dividende ab, die „Rheinisch-Westfälischen Sprengstoffabriken" 14 Proz., die „Nitrit-Fabrik" 16 Proz., die oben schon genannten Firmen „Ludwig Löwe" und „Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik" konnten 18 Proz. und 25 Proz. Dividende verteilen. Der weltmachtspolitische Patriotismus hat also einen sehr metallischen Beigeschmack. Das tritt in besonderer Klarheit zutage, wenn man vernimmt, daß die Prozentpatrioten mit ihren Kapitalien auch an ausländischen Unternehmungen gleicher Art in ganz hervorragender Weise beteiligt sind.

Angesichts aller dieser Tatsachen ist die Behandlung der Arbeitermassen um so schändlicher. Auf Kommando sollen sie zu jeder Stunde bereit sein, Gesundheit und Leben zu opfern für das — bedrohte Vaterland? Nein, nicht für das Vaterland, sondern für die Profitinteressen eines habgierigen Kapitalismus, der ebenso brutal, wie gewissenlos mit dem Leben von Hunderttausenden spielt. Und wenn diese Massen mitreden wollen, wenn sie politische Gleichberechtigung verlangen, dann verhöhnt man sie und erklärt ihnen, daß si dazu noch nicht reif seien. Und sobald sie sich regen, um wenigstens bessere Arbeitsbedingungen, mehr Lohn und Brot für sich und ihre Familie zu erlangen, dann schreit man über ihre unverschämten Forderungen und ihren Terrorismus und bedroht sie mit Polizei, Militär und Ausnahmegesetzen. Gegenüber der „christlich" organisierten Arbeitern, die bei dem großen Bergarbeiterstreik sich als Verräter und Denunzianten gegenüber ihren freiorganisierten Kameraden benommen haben, soll das Entrechtungsverfahren freilich noch einfacher durchgeführt werden: der Papst läßt verkünden, daß nur die auf wahrhaft katholischer Weltanschauung organisierten Fachvereine seinen Beifall finden können, also die Organisation, die dem Arbeiter nichts nützt und dem Kapitalismus nichts schadet, ja sogar noch förderlich ist.

So werden die Aufgaben des klassenbewußten Proletariats immer größer, aber immer größer werden auch die Entschlossenheit und der unbeugsame Wille, diese Aufgaben zu erfüllen. Rüstig geht es vorwärts in allen Zweigen der modernen Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaftsbewegung erstarkt immer mehr, die Genossenschaften stehen in erfreulicher Blüte, die Bildungsinstitute wirken immer erfolgreicher. Wie die Bedeutung der sozialdemokratischen Presse zunimmt, wird weiter unten in diesem Berichte dargelegt; wie die Organisationen erstarken, zeigen die statistischen Nachweise.

Die Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie zu den Bruderparteien des Auslandes sind die besten. Wir begrüßen die mächtigen Demonstrationsversammlungen in London, Paris, Brüssel und Berlin, bei denen auch im verflossenen Berichtsjahre die klassenbewußten Proletarier der europäischen West-

mächte ihre Stimmen für den Weltfrieden und gegen die völkerverwüstende Kriegshetzerei erhoben haben. Diesseits und jenseits der Vogesen, diesseits und jenseits des Kanals haben die Arbeiter gelobt, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um den Kriegshetzern das gemeingefährliche Handwerk zu legen.

Die deutsche Sozialdemokratie sieht mit Zuversicht den kommenden Kämpfen entgegen. Sie wird den *Kampf um die Eroberung der politischen Macht* fortsetzen mit aller Kraft und sie wird dabei jederzeit eingedenk sein der Richtlinien, die ihre großen Vorkämpfer mit genialem Seherblick ihr gewiesen haben.

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

Der Antrag 12, der eine planmäßige Landagitation auf verwandtschaftlicher Grundlage verlangt, ist mit anderen überwiesenen Anträgen auf der im Oktober stattgefundenen Konferenz der Bezirks- und Landesvorstände besprochen worden. Man kam zum Entschluß, daß alle Bezirksleitungen im Sinne des Antrages verfahren sollen. Das bald darauf in Briefform erschienene Schriftchen „Liebe Verwandten" sollte diesem Zwecke dienen. — Dem Antrag 38, der sich ebenfalls mit der Landagitation befaßt, ist insofern Rechnung getragen, als noch vor den Reichstagswahlen die Broschüre: „Die Landbevölkerung und die Sozialdemokratie" als Heft 11 der sozialdemokratischen Flugschriften herausgegeben wurde.

Die Anträge 37, Verbilligung der „Gleichheit" für Organisationen, und 62, Besetzung der Parteischule, sind berücksichtigt worden. — Eine Verbilligung des Bezugspreises der „Kommunalen Praxis", wie sie der Antrag 36 wünscht, ließ sich in Rücksicht auf deren stetige bessere Ausgestaltung und die dadurch entstehenden Mehrkosten nicht durchführen, zumal noch immer Zuschüsse erforderlich sind.

Die Anträge 32, 33, 39 und 43, die hauptsächlich billige Lieferung der im Parteiverlag erscheinenden Schriften und die Herausgabe einer Sammlung billiger Monographien aus den Gebieten der Gesellschaftswissenschaften fordern, sind eingehend erwogen worden. Soweit wie möglich soll den Anregungen entsprochen werden. — Eine Broschüre, wie sie der Antrag 81 wünscht, ist unter dem Titel: „Die englische Gefahr und das deutsche Volk" im Dezember v. J. erschienen. — Nach dem Antrag 41 sollen die namentlichen Abstimmungen im Reichstage mit Erläuterungen der Gesetze veröffentlicht werden. Wichtige namentliche Abstimmungen werden durch die „Partei-Correspondenz" veröffentlicht und bei wichtigen Gesetzen wird auch künftig durch Handbücher oder Broschüren das zur Agitation erforderliche Material vermittelt werden. — Den Anträgen 34, 35 und 42, wonach eine bessere Ausgestaltung der „Neuen Welt" und des „Neuen Welt-Kalenders" herbeigeführt werden soll, ist durch technische Neuerungen nach Möglichkeit Rechnung getragen worden. — Mit dem Antrag 15 haben sich die Konferenzen der Bezirksvorstände und Geschäftsführer der Parteigeschäfte beschäftigt und seine Durchführung empfohlen, nachdem wir uns bereit erklärten, die erforderlichen Kosten zu tragen. In einem Rundschreiben ist den Parteigeschäften mitgeteilt worden, daß wir bereit seien, die Geschäfte regelmäßig durch unseren Revisor besuchen zu lassen.

Dem Antrag 68, der eine große Propaganda für unsere Forderungen auf dem Gebiete des Erziehungswesens verlangt, konnte aus den auf dem Parteitag dargelegten Gründen nicht entsprochen werden.

Die seit einigen Jahren in *Württemberg* herrschenden *Parteistreitigkeiten* haben den Parteivorstand schon vielfach in Anspruch genommen. Die Vorgänge auf dem vorjährigen Landesparteitag veranlaßten den Jenaer Parteitag, den Parteivorstand mit erneuten Verhandlungen zu beauftragen. Diese sind denn auch gleich nach dem Parteitag aufgenommen worden. Auf deren Einzelheiten braucht hier nicht eingegangen zu werden, weil die Parteipresse darüber fortlaufend berichtet hat. Es handelte sich dabei hauptsächlich um den Einfluß der Stuttgarter Parteiorganisation auf die prinzipielle und taktische Haltung der „Schwäbischen Tagwacht" und um die Besetzung ihrer Redaktion. Auf einer am 2. Oktober v. J. stattgefundenen Konferenz, an der Landesvorstand, Preßkommission, Stuttgarter Parteileitung und Vertreter des Parteivorstandes teilnahmen, wurde Uebereinstimmung darüber herbeigeführt, daß die Neubesetzung der Redaktion der Landesvorstand gemeinsam mit der Preßkommission vorzunehmen habe und dabei den berechtigten Wünschen der Stuttgarter Parteigenossen Rechnung getragen werden solle. Der neuen Redaktion sollte zur Pflicht gemacht werden, die Richtlinien innezuhalten, die der Parteitag von 1905 für die Haltung der Parteipresse einstimmig in der Resolution 155 festgestellt hat. Die Besetzung der Redaktion erforderte noch mehrfache Verhandlungen; schließlich verständigten sich Landesvorstand und Preßkommission auch darüber. In der Ende Juli dieses Jahres stattgefundenen Generalversammlung der Stuttgarter Parteiorganisation wurde im Vorstandsbericht erklärt, daß man mit der politischen Haltung der „Schwäbischen Tagwacht" zufrieden sei.

In der Zwischenzeit spielten die Vorgänge bei der Stuttgarter Gemeindewahl, die ebenfalls in der Partei große Erregung hervorriefen. Durch raffinierte Herstellung und Verbreitung eines abgeänderten Stimmzettels ist die Wahl der Parteigenossen verhindert worden, die nach einem ordnungsgemäß gefaßten Versammlungsbeschluß in erster Linie gewählt werden sollten. Der Parteivorstand hat in einer Stuttgarter Parteiversammlung erklären lassen, daß in diesem Vorgehen eine Untergrabung der Parteidisziplin zu erblicken sei, der aufs schärfste begegnet werden müsse. In Göppingen haben sich ähnliche Vorgänge abgespielt. In beiden Fällen schweben Ausschlußverfahren.

Mehrere andere Streitfälle beschäftigten eine am 14. April d. J. in Stuttgart tagende Konferenz der Wahlkreisvorstände, zu der auch Landesausschuß, Preßkommission, Stuttgarter Parteileitung, Redakteure der württembergischen Parteipresse und am Streit sonst beteiligte Genossen geladen waren. Der Parteivorstand war ebenfalls vertreten. Das Ergebnis war die einstimmige Annahme folgender Erklärung:

„In der Konferenz wird nach eingehender Erörterung der schwebenden Parteistreitigkeiten Uebereinstimmung darüber erzielt, daß die Streitfälle Scherm und Skalsky, die zur Klarstellung und Entscheidung den zuständigen Instanzen überwiesen sind, nunmehr aus der öffentlichen Diskussion in der Presse und in Versammlungen auszuscheiden haben. Auch kommt die Konferenz zu dem Schluß, daß in der vorgekommenen Berichterstattung über parlamentarische Kommissionen an ein bürgerliches Korrespondenzbureau durch Genossen ein bewußter Verstoß gegen die Dresdener Resolution nicht zu erblicken ist, und daß daher diesen Genossen, die die erwähnte Tätigkeit nunmehr einstellen werden, ehrenrührige Vorwürfe nicht gemacht werden können. Die Konferenz fordert, es sollen alle Erörterungen persönlicher Natur über Parteiangelegenheiten in Zukunft aus der Parteipresse ferngehalten werden. Zu parteitaktischen Fragen und zur politischen Haltung der Partei kann nach wie vor in einer dem Parteiinteresse dienenden sachlichen Weise Stellung genommen werden."

Organisation.

Nicht nur der glänzende Ausfall der Reichstagswahl hat das unaufhaltsame Wachstum unserer Partei dargetan, auch die Entwickelung der Organisation weist, was die Mitgliederzahl wie den inneren Ausbau anlangt, einen erfreulichen Fortschritt auf. Ist es auch nicht gelungen, trotz den 4 Millionen sozialdemokratischen Reichstagswählern die erste Million organisierter Mitglieder der Partei zu erreichen, so ist es der regen Werbetätigkeit der Parteigenossen doch gelungen, die Mitgliederzahl erheblich zu erhöhen. Die Kreisorganisationen zählten am 30. Juni dieses Jahres 970 112 Mitglieder, darunter 130 371 weibliche. Da das Vorjahr mit einer Mitgliederzahl von 836 562, darunter 107 693 weibliche, abschloß, ist eine Steigerung von 15,9 Proz. zu verzeichnen, gegen 16,1 Proz. im Vorjahre. Die männlichen Mitglieder vermehrten sich um 15,2 Proz., die weiblichen um 21,0 Proz. Seit Schaffung der festen Vereinsorganisation entwickelte sich die Mitgliederzahl wie folgt:

	Mitgliederzahl	Steigerung
1906	384 327	—
1907	530 466	38,0 Proz.
1908	587 336	10,7 „
1909	633 309	7,8 „
1910	720 038	13,6 „
1911	836 562	16,1 „
1912	970 112	15,9 „

Wie die Mitglieder sich nach der Größe der Wahlkreisorganisationen gruppieren, zeigt folgende Zusammenstellung:

Zahl der Wahlkreise	Mitglieder-Staffel	Mitgliederzahl	Prozent der gesamt. Mitgliederzahl
122	Unter 300	13205	1,36
38	301— 500	14341	1,48
53	501— 1000	37692	3,89
37	1001— 1500	45016	4,64
24	1501— 2000	41267	4,25
17	2001— 2500	35254	3,63
19	2501— 3000	51651	5,33
14	3001— 3500	45796	4,72
6	3501— 4000	22332	2,30
12	4001— 4500	50732	5,23
5	4501— 5000	23716	2,45
7	5001— 6000	38316	3,95
11	6001— 7000	71047	7,33
5	7001— 8000	36394	3,75
4	8001— 9000	32853	3,39
5	9001—10000	47247	4,87
3	10001—12000	33821	3,49
2	12001—14000	26418	2,72
3	14001—16000	45122	4,65
0	16001—18000	—	—
4	18001—20000	73363	7,56
1	20001—25000	20218	2,08
1	25001—30000	25267	2,60
3	30001—35000	96512	9,95
1	40001—45000	42532	4,38
397	Summa	970112	100,—

Sechs Wahlkreisorganisationen zählen sonach bereits über 20 000 Mitglieder; Nürnberg 20 118, Berlin IV 25 267, Berlin VI 31 408, Leipzig-Land 32 219, Teltow-Beeskow 32 885 und Hamburg III 42 532.

Von den 390 organisierten Wahlkreisen haben 316 eine Zunahme und 71 eine Abnahme an Mitgliedern zu verzeichnen, 3 blieben auf demselben Stand.

In den Bezirken ergibt sich bis auf Posen, Görlitz, Saargebiet und Meiningen überall eine Steigerung der Mitgliederzahl, die im Bezirk Zwickau mit 40,9 Proz. und in Chemnitz mit 43 Proz. am stärksten war. Im Verhältnis zu der bei der letzten Reichstagswahl für die Partei erzielten Stimmenzahl weisen die nordwestlichen Bezirke den höchsten Prozentsatz Organisierter auf. An der Spitze steht Hamburg mit 44 Proz., dann folgt Lübeck mit 40,8 Proz. und Schleswig-Holstein mit 39,8 Proz.; auch Nordwest mit Bremen weist 37,6 Prozent auf. (Die hierzu gehörende Tabelle siehe Seite 8.)

Den im § 5 des Organisationsstatuts vorgeschriebenen Mindestbeitrag von monatlich 30 Pf. für Männer und 15 Pf. für Frauen haben für männliche Mitglieder drei Kreisorganisationen noch nicht und drei erst teilweise, für Frauen acht noch nicht und zwei nur teilweise durchgeführt. Im übrigen haben die Wahlkreisvereine folgende Beitragssätze festgesetzt:

Männliche Mitglieder:

Beitragshöhe	Zahl der Wahlkreise	Zahl der Mitglieder	Prozent der gesamt. Mitgliederzahl
Monat 20 Pf.	3	240	0,03
„ 30 „	205	196 259	23,37
„ 35 „	5	23 517	2,80
„ 40 „	45	264 070	31,45
„ 50 „	5	36 364	4,33
„ 20—30 „	2	4 718	0,56
„ 25—30 „	1	1 361	0,16
„ 30—40 „	4	10 151	1,21
Woche . 10 „	113	277 910	33,09
„ . 10 „ Monat . 30 Pf.	12	21 670	2,58
„ . 10 „ „ 30—40 „	2	3 481	0,42
	397	839 741	100,—

Weibliche Mitglieder.

Beitragshöhe	Zahl der Wahlkreise	Zahl der Mitglieder	Prozent der gesamt. Mitgliederzahl
Monat 10 Pf.	8	2 249	1,72
„ 15 „	169	46 898	35,97
„ 20 „	98	37 421	28,70
„ 25 „	6	2 933	2,25
„ 30 „	25	12 340	9,47
„ 10—15 „	2	698	0,54
„ 15—20 „	2	420	0,32
„ 15—25 „	1	132	0,10
„ 20—30 „	2	977	0,75
Woche 5 „	58	23 141	17,75
„ 10 „	19	1 563	1,20
„ 5 „ Monat 15 Pf. . . .	6	1 361	1,05
„ 5 „ „ 15—20 Pf. .	1	238	0,18
	397	130 371	100,—

Agitationsbezirke	Zahl der Wahlkreise, die zum Bezirke gehören	Zahl der Ortsvereine	Mitgliederzahl der Parteiorganisation 1911 überhaupt	1911 weibliche	1912 überhaupt	1912 weibliche	Mitgliederzunahme od. *Abnahme* in Prozenten	Auf 100 sozialdemokratische Stimmen kommen Mitgl.
Ostpreußen	17	23	7312	1105	8909	1457	21,8	17,3
Westpreußen	13	47	3583	670	8768	805	5,2	13,3
Groß-Berlin	8	80	111021	16947	119769	20039	7,9	21,2
Brandenburg	18	202	25540	2810	29086	3305	13,9	17,8
Pommern	14	96	10406	1286	11804	1715	13,4	15,3
Posen	15	25	1302	101	1235	112	*5,1*	9,5
Breslau	13	63	17270	2321	19610	2944	13,5	21,9
Görlitz	6	65	8204	1320	7325	1036	*10,7*	14,6
Oberlangenbielau	7	57	11517	2225	12625	2596	9,6	21,8
Kattowitz	9	28	1840	209	2064	197	12,2	5,4
Magdeburg	8	116	21411	3660	24054	4220	12,3	20,7
Halle a. S.	8	157	20248	3698	25432	3775	25,6	23,2
Erfurt	4	46	5757	831	7368	1085	28,0	18,3
Schleswig-Holstein	10	105	44687	7147	50634	8721	13,3	39,8
Hannover	12	16[illegible]	30193	4731	31246	4767	3,8	23,7
Oestl. Westfalen	9	118	10755	633	12176	844	13,2	25,5
Westl. "	8	199	21247	4460	21750	4586	2,4	15,3
Oberrhein	19	99	11317	1013	14781	1563	30,6	17,3
Niederrhein	14	85	36067	5628	40932	6387	13,5	15,3
Saargebiet	3	5	778	96	749	133	*3,2*	10,9
Frankfurt a. M.	11	222	23211	2675	26899	3180	15,9	23,9
Kassel	6	100	4949	58	6094	142	23,1	13,4
Nordbayern	21	306	40357	2850	44673	3327	10,7	29,9
Südbayern	21	117	25439	2291	29036	2564	13,7	23,1
Pfalz	6	138	9822	419	11856	1225	20,7	20,9
Dresden	9	144	45804	4131	55885	5295	22,0	31,6
Chemnitz	7	234	25256	1451	36128	3405	43,0	24,1
Leipzig	4	107	37011	5821	41171	6078	11,2	35,2
Zwickau	3	76	12456	2300	17466	3273	40,2	24,9
Württemberg	18	339	27766	1589	36150	2679	30,2	23,5
Baden	14	226	19098	1371	21017	1897	10,0	17,9
Hessen	9	260	19803	1520	20495	1489	3,5	20,9
Mecklenburg	7	64	8712	1232	10067	1796	15,6	17,7
Thüringen I	5	125	6417	563	8004	712	24,7	16,2
" II	3	80	9712	1439	11402	1590	17,4	29,8
Sachsen-Altenburg	1	39	5757	747	6719	803	16,7	31,4
Gotha	1	52	2505	195	2795	145	11,6	13,8
Oldenburg-Ostfriesl.	5	47	7889	1327	8810	1502	11,7	25,9
Braunschweig	3	72	10223	1706	11842	1806	15,8	24,6
Sachsen-Meiningen	2	64	2970	241	2953	205	*0,6*	11,2
Anhalt	2	21	8269	2603	9264	2964	12,0	29,4
Hamburg	3	25	48598	5895	60849	8004	25,2	44,0
Nordwest	5	49	24456	3576	31218	5039	27,6	37,7
Lübeck	1	9	4708	560	5446	644	15,6	40,8
Elsaß-Lothringen	15	129	4919	242	6496	320	32,1	5,9
Zusammen	397	4827	836562	107693	970112	130371	15,9	22,8

Die Polnisch-sozialistische Partei Deutschlands (P. P. S.) hatte am 30. Juni 1912 eine Mitgliederzahl von 2060 gegen 2085 im Vorjahre.

Danach zahlen über 70 Proz. aller männlichen Mitglieder einen Beitrag von 10 Pf. pro Woche oder 40 Pf. pro Monat und darüber, indes wird in über der Hälfte aller Wahlkreise ein niedrigerer Beitrag gezahlt.

Bezirks- und Landessekretäre sind zurzeit 49 angestellt. Für den Bezirk Nordwest wurde Genosse Waigand als Sekretär neu angestellt. An Stelle des verstorbenen Genossen Stolpe wurde für den Bezirk Görlitz Genosse Eberle aus Bremen gewählt, und für den verstorbenen Genossen Orb im Bezirk Hessen der Genosse Neumann-Offenbach. Im Bezirk Westpreußen wurde der nach Stuttgart verzogene Genosse Crispien durch den Genossen Gehl aus Bromberg ersetzt. Alle Sekretäre sind von uns durch eine Kollektivversicherung gegen Unfall versichert worden. In diese Versicherung können auf Antrag und auf Kosten der Wahlkreisorganisationen auch deren Sekretäre einbezogen werden. Von den Kreisorganisationen sind gegenwärtig 84 Sekretäre angestellt.

Bildungsausschüsse bestehen an 575, Jugendausschüsse an 574 und Kinderschutzkommissionen an 125 Orten.

Die vom Parteitag in Jena gewählte Kommission zur Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission hat am 13. und 14. Mai in Berlin mit uns getagt. Das Ergebnis ihrer Beratungen ist in Form eines Entwurfs zur Aenderung des Organisationsstatuts in der Parteipresse veröffentlicht worden.

Konferenzen der Bezirks- und Landesvorstände haben im Berichtsjahre zwei stattgefunden. Eine am 25. Oktober 1911, die sich mit den Vorbereitungen zur Reichstagswahl, mit der Durchführung des Jenaer Beschlusses über die Maifeier, mit dem Vertrieb der Parteiliteratur und verschiedenen anderen Angelegenheiten beschäftigte. Die zweite Konferenz fand nach der Reichstagswahl am 11. Februar statt und diente vorwiegend der Erörterung der in der Wahlbewegung gesammelten Erfahrungen und ihrer Nutzbarmachung für die weitere Agitations- und Organisationsarbeit.

Leider haben auch die Anträge auf Ausschluß aus der Partei, über die nach § 23 des Organisationsstatuts die Bezirksvorstände zu entscheiden haben, ganz erheblich zugenommen. Im Vorstand der P. P. S. und in 20 Bezirken gegen 22 im Vorjahre waren 233 Ausschlußanträge gegen 106 im Vorjahre zu erledigen. Es wurde erkannt in 103 Fällen auf Ausschluß, 62 auf Rüge, 26 auf Ablehnung. 28 Anträge wurden im Laufe der Verhandlungen zurückgezogen, 4 Mitglieder traten vor der Verhandlung aus der Organisation aus, in 3 Fällen wurde das Verfahren eingestellt und 2 Fälle fanden durch Vergleich ihre Erledigung. Fünf Sachen schweben noch.

Berufungen kamen 26 an uns, während drei Sachen aus dem Vorjahre noch zu erledigen waren. Die Schiedsgerichte erkannten auf Ausschluß in 10 Fällen, auf zeitweilige Ausschließung von Vertrauensämtern in 6 Fällen und auf eine Rüge in 4 Fällen. In 3 Fällen wurde der Ausschlußantrag abgelehnt, in einem Falle erfolgte eine Einigung durch Vergleich und in drei Fällen wurde der Antrag zurückgezogen. In der Schwebe sind zwei Sachen.

Ueber die Gewerkschaftsdifferenzen in Solingen hatte der Parteivorstand in seinem Bericht an den Leipziger Parteitag erklärt, daß „die Entscheidung dieser Streitfrage der weiteren Entwickelung zu überlassen“ sei. Dem wurde damals nicht widersprochen und diese Auffassung galt bis zum Anfang dieses Jahres als Richtlinie für die Partei in Solingen. Seit Ende voriges Jahres hatten sich in Solingen die Differenzen zwischen dem Metallarbeiterverband und dem Industriearbeiterverband wieder verschärft. Die „Arbeiterstimme“ glaubte zu einigen Vorkommnissen im dortigen Gewerkschaftsleben nicht mehr schweigen zu können. Als sie Stellung nahm, beschwerte sich der Industriearbeiterverband beim Parteivorstand über die Haltung der

„Arbeiterstimme". Nach einer Sitzung, die am 27. Juni in Solingen stattfand, entschied der Parteivorstand, daß die gegen die „Arbeiterstimme" und die Solinger Parteiinstanzen erhobenen Vorwürfe nicht zu Recht erhoben wurden: Es müsse der „Bergischen Arbeiterstimme" selbstverständlich frei stehen, durch sachliche Artikel aufklärend im Sinne der Zentralisationsbestrebungen der Gewerkschaften zu wirken. Zur Erörterung der Streitigkeiten zwischen dem Metallarbeiterverband und dem Industriearbeiterverband seien in erster Linie die Organe der beiden Gewerkschaften berufen. Nehmen die Differenzen zwischen dem Metallarbeiterverband und dem Industriearbeiterverband einen solchen Charakter an, daß ihre Erörterung in der „Arbeiterstimme" sich als notwendig erweist, so habe aus den Artikeln und den Berichten der „Bergischen Arbeiterstimme" alles herauszubleiben, das geeignet ist, persönlich herabsetzend zu wirken. Derselbe Grundsatz müsse selbstverständlich auch für den „Stahlwarenarbeiter" gelten.

Bei den komplizierten Verhältnissen in der Solinger Industrie müssen alle Parteigenossen, soviel in ihren Kräften steht, dazu beitragen, daß der im Interesse der Arbeiter dringend wünschenswerten Annäherung der beiden Verbände keine künstlichen Schwierigkeiten gemacht werden.

Frauenbewegung.

Die politisch bewegte Zeit des Reichstagswahlkampfes ist auch in hervorragendem Maße zur Agitation unter dem weiblichen Proletariat genutzt worden. Mit einer allgemeinen Protestaktion gegen die schier unerträglich gewordene *Lebensmittelteuerung* setzte die Wahlbewegung bereits ein. In dem zu dieser Aktion verbreiteten Flugblatt und in den Versammlungseinladungen waren die Frauen besonders aufgerufen. Ihre Beteiligung an den Veranstaltungen, die sich zu wuchtigen Kundgebungen gegen die volksfeindliche Zoll- und Steuerpolitik des Reiches gestalteten, war denn auch erfreulicherweise durchweg eine sehr starke. Die klare Erkenntnis der unerhörten Belastung der ärmeren Volksschichten durch die indirekte Besteuerung und das gesamte Liebesgaben- und Protektionssystem dringt dank unserer unermüdlichen Aufklärungsarbeit in immer weitere Schichten auch des weiblichen Proletariats. Und der Umstand, daß die Frauen nicht nur als Arbeiterinnen und Staatsbürgerinnen, sondern vor allem auch als Hausfrauen und Mütter täglich auf das schwerste die schädlichen Folgen dieser Politik zu kosten bekommen, erleichtert uns diese Arbeit. Während der eigentlichen Wahlbewegung stellten die Frauen überall ein hohes Kontingent der Versammlungsbesucher, selbst bei den vielen Versammlungen unter freiem Himmel. Außerdem haben aber auch Hunderte von Frauenversammlungen stattgefunden, in denen *das Interesse der Frauen an den Reichstagswahlen* nachgewiesen wurde und die Aufforderung an sie erging, sich aktiv am Wahlkampfe zu beteiligen. Wie in keinem Wahlkampfe zuvor ist denn auch die Anteilnahme der Frauen bei der letzten Wahlbewegung zu konstatieren. Dadurch wurde der Reichstagswahlkampf in vielfacher Beziehung gleichzeitig zu einer wirksamen *Demonstration für das Frauenwahlrecht*. Einmal, weil durch ihre tätige Anteilnahme am politischen Kampf weite Frauenkreise den politischen Befähigungsnachweis erbrachten; ferner, weil in all den hundert und aber hundert Versammlungen, in denen die Frauen zur Mitarbeit aufgerufen und ihr Interesse an der Gestaltung des politischen Geschehens nachgewiesen wurde, auch die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Frau eine starke Betonung erfuhr; außerdem sind durch den Wahl-

kampf große Schichten indifferenter Frauen aufgerüttelt, zum politischen Leben erweckt und damit in die Reihen der Wahlrechtskämpferinnen aufgerückt. Und schließlich bedeutet die durch den Wahlkampf erfolgte Stärkung der Partei einen wesentlichen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Eroberung des demokratischen Frauenwahlrechts.

Die Fraktion hat denn auch sofort nach Eröffnung des Reichstages neben den übrigen Anträgen für Demokratisierung unseres Staatslebens *einen Antrag für Einführung des Frauenwahlrechts* eingebracht.

Sofort nach Beendigung des Reichstagswahlkampfes setzte überall im Reiche eine lebhafte Agitation ein zur Gewinnung neuer *Parteimitglieder und Abonnenten* unserer *Tagespresse* sowie der *„Gleichheit"*.

Zur Unterstützung dieser Agitation unter den Proletarierinnen ist ein Flugblatt „An die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse" und eine Broschüre „Bist Du eine der Unsrigen?" herausgegeben worden. Anläßlich des bürgerlichen Frauenkongresses im März dieses Jahres hat für Berlin, veranstaltet von der örtlichen Partei- und Gewerkschaftsleitung, eine Gegendemonstration der proletarischen Frauen stattgefunden. „Die Befreiung der Frau durch den Sozialismus" lautete das Thema, das behandelt wurde in 7 überfüllten Frauenversammlungen, die sich zu einem glänzenden Bekenntnis der Berliner Proletarierinnen zum Sozialismus gestalteten. Die Berliner Veranstaltung gab den Genossinnen vieler Orte die Anregung zu Versammlungen mit dem Thema: *„Die proletarische und die bürgerliche Frauenbewegung."*

Den Höhepunkt der Agitation unter dem weiblichen Proletariat bildete auch in diesem Jahr „der sozialdemokratische *Frauentag*". In einer weit größeren Anzahl von Orten als im vergangenen Jahr haben heuer Versammlungen stattgefunden, die der Propaganda für die politische Mündigkeitserklärung des Weibes dienten. Wenngleich an manchen Orten der Versammlungsbesuch auch vielleicht etwas gelitten hat unter der hohen Temperatur des 12. Mai, so war doch im allgemeinen der zweite sozialdemokratische Frauentag eine noch weit wuchtigere Kundgebung für das volle Bürgerrecht der Frau als sein Vorgänger. Der Frauentag ward auch in diesem Jahr zu einer internationalen sozialdemokratischen Demonstration für das Frauenwahlrecht, da auch Oesterreich und Holland am gleichen Tage und die Schweiz einige Wochen zuvor eine gleiche umfassende Propaganda entfalteten wie wir. Eine sorgfältige Vorbereitung erfuhr unser Frauentag dadurch, daß in einer Konferenz der Sekretäre die geplante Aktion besprochen wurde, daß durch ein Zirkular des Parteivorstandes und der Generalkommission die örtlichen Parteileitungen und die Gewerkschaftskartelle zur intensiven Agitation aufgefordert und daß die Parteipresse und die „Gleichheit" durch das Frauenbureau, die Gewerkschaftspresse durch das Arbeiterinnensekretariat mit einer Reihe von Artikeln über den Frauentag versorgt wurden. Außerdem wurde ein anfeuerndes Flugblatt und eine einheitliche Resolution vom Parteivorstand versandt und durch die Parteikorrespondenz die Redner mit Material versorgt. In Leseabenden, Zahlabenden und Parteiversammlungen wurde vorher die Bedeutung des Frauenwahlrechts für den Klassenkampf des Proletariats besprochen und damit das Interesse der Gesamtpartei für die Aktion ungemein belebt. Von der Redaktion der „Gleichheit" wurde eine reich illustrierte 16seitige Wahlrechtszeitung herausgegeben.

Natürlich diente der Frauentag nicht nur der Propaganda für das Frauenwahlrecht, sondern er diente gleichzeitig der politischen Organisierung der Wahlrechtskämpferinnen und er brachte uns deshalb eine ansehnliche Verstär-

kung der Zahl unserer weiblichen Parteimitglieder. Dasselbe ist zu sagen vom Wahlkampf.

In steigendem Maße beteiligen sich erfreulicherweise die Genossinnen an den Krankenkassenwahlen. An den Orten, wo dies im letzten Jahr geschah, ist durch Verbreitung von Flugblättern und Abhaltung von Versammlungen das soziale Verständnis der Arbeiterinnen erweitert und ihr Interesse für die Mitarbeit an der Verwaltung der Krankenkassen, für die statutarische Erweiterung der Leistungen der Kasse: Familienversicherung, Wöchnerinnen- und Säuglingsschutz u. a. m. geweckt und verstärkt worden.

Ein ganz neues Gebiet für die Propaganda und für die Tätigkeit der Proletarierinnen ist den Genossinnen auf der letzten Frauenkonferenz in Jena zugewiesen: die Mitarbeit der Frauen im Gemeindeleben. Neu nennen wir dies Gebiet deshalb, weil zum erstenmal offiziell und allgemein die Genossinnen zur Mitarbeit aufgerufen und durch ein informierendes Referat die Richtlinien für ihre Tätigkeit aufgestellt wurden. Tätig sind bereits seit Jahren Genossinnen in den verschiedensten Gemeinden, in der Armen- und Waisenpflege in den Schulkommissionen usw. Um im ganzen Reiche eine Planmäßigkeit in diese Tätigkeit der Genossinnen zu bringen, um eine lebhafte Agitation für die Durchführung unserer Forderungen an die Gemeinde und für das kommunale Frauenwahlrecht anzuregen, beschäftigte sich die Konferenz mit dieser Frage. Da die kommunalen Einrichtungen in überaus verschiedener Weise entwickelt sind, besonders aber, weil die gesetzlichen Bestimmungen über die Mitarbeit der Frau in den kommunalen Körperschaften in den einzelnen Bundesstaaten sehr verschieden sind, wird es Aufgabe der Genossinnen sein, auf den Bezirkskonferenzen die Behandlung dieser Fragen anzuregen.

In Oldenburg ist im letzten Jahre das passive kommunale Frauenwahlrecht errungen. Dieser Fortschritt ist dem energischen und grundsätzlichen Kampfe unserer sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten zu danken. Leider reichte ihr Einfluß noch nicht aus, auch das aktive Wahlrecht zu erreichen, das sie mit aller grundsätzlichen Schärfe und unter Betonung seiner praktischen Bedeutung gefordert hatten.

Beim Kampf um das demokratische Wahlrecht in Preußen, bei der Protestaktion gegen die Angriffe auf das Koalitionsrecht, gegen die Klassenjustiz im Ruhrrevier, gegen die wahnsinnigen Rüstungen zu Wasser und zu Lande, kurzum, bei allen Aktionen der Gesamtpartei, stellten die Frauen ein ansehnliches Kontingent der Teilnehmer.

Im ganzen wurden für 66 Agitationstouren und zirka 200 Einzelversammlungen Referentinnen vom Frauenbureau vermittelt. Am Frauentag konnten bei weitem nicht die Wünsche auf Entsendung von Referentinnen erfüllt werden. Der Hinweis auf die Kräfte am Orte führte nicht nur dazu, daß viele Genossen das Referat übernahmen, sondern auch dazu, daß viele Genossinnen zum erstenmal versuchten — und meistens mit gutem Erfolg — in freier Rede die Forderung des Frauenwahlrechts zu erheben.

Der Erfolg der Agitation, soweit er in der Zunahme weiblicher Parteimitglieder zum Ausdruck kommt, ist ein sehr guter. Die Zahl unserer weiblichen Mitglieder stieg von 107 693 auf 130 371, also eine Zunahme von 22 678.

Die schriftliche Agitation unter den Frauen durch die Parteipresse erfolgte in besonderen Artikeln und durch besondere Beilagen oder Rubriken. Das Frauenbureau, das Arbeiterinnensekretariat, aber auch viele der sonst tätigen Genossinnen lieferten dazu Beiträge, ebenso für die Agitationskalender und die einzelnen Landboten.

Die „Gleichheit“ hat eine Auflage von 107 000 Exemplaren erreicht.

Flugblätter sind verbreitet: „Lebensmittelwucher und Hungersnot“, „Die Frauen und die Reichstagswahlen“, „An die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse“, „Für das Frauenwahlrecht“. Die Flugblätter sind von der Zentrale in hoher Auflage bezogen und in den meisten großen Bezirken nachgedruckt worden.

Die „Frauen-Wahlrechtszeitung“ ist in großer Auflage verbreitet worden.

An Broschüren sind verbreitet:

„Die Frauen und die Reichstagswahlen“
„Die Frauen und der politische Kampf“,
„Bist Du eine der Unsrigen?“
„Zur Frage des Frauenwahlrechts“.

Der Verlag des „Vorwärts“ gibt neuerdings eine „Sozialdemokratische Frauenbibliothek“ heraus. Die zweite, verbesserte und erweiterte Auflage der Broschüre: „Die Frauen und der politische Kampf“ bildet Nr. 1 der Bibliothek.

„Die Frauen und die Gemeindepolitik“ wird Nr. 2 und die bereits angekündigte Broschüre: „Kinderarbeit, Kinderschutz und die Kinderschutzkommissionen“ Nr. 3 bilden, und weitere Broschüren werden folgen. Die Genossinnen, die sich diese Broschüren anschaffen, kommen dabei allmählich in den Besitz einer kleinen Handbibliothek, in der alle wichtigen Seiten der Frauenfrage im Lichte der sozialistischen Weltanschauung behandelt sind.

Fruchtbringende Anregungen erhielt die Frauenbewegung durch die Frauenkonferenzen des letzten Jahres. Vor dem letzten Parteitag in Jena fand eine Reichskonferenz statt, die außer mit dem Geschäftsbericht des Frauenbureaus sich mit den Reichstagswahlen und der Gemeindepolitik beschäftigte.

Ferner fanden Bezirkskonferenzen statt für den Bezirk Magdeburg, Erfurt und Oberrhein, desgleichen für Baden und Württemberg. Außerdem hatten die Kreise Döbeln und Bochum Kreiskonferenzen einberufen.

Während die Reichskonferenzen Willenskundgebungen der proletarischen Frauen des Reiches sind, die die großen Richtlinien für die Gesamttätigkeit im Rahmen der Parteiorganisation festlegen, dienen die Bezirks- und Kreiskonferenzen mehr der Beratung über die Agitations-, Organisations- und Schulungsarbeit der Genossinnen unter weitgehendster Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse. Ueberall haben die Konferenzen sich als überaus förderud für die Bewegung erwiesen.

Die Diskussions- und Leseabende haben sehr viel neue Anregungen erhalten durch den Leitfaden, den der Parteivorstand im vergangenen Jahre herausgegeben hat und der in vielen hundert Exemplaren nachgefordert ist; desgleichen durch die Diskussion auf der letzten Reichskonferenz. Leseabende für Frauen werden regelmäßig in 140 Wahlkreisen veranstaltet. Die Zahl der Teilnehmerinnen an den einzelnen Leseabenden hat überall zugenommen, soweit uns Meldungen zugingen.

Kurse, die besonders der Schulung der Genossinnen dienen, haben Berlin und Bremen mit gutem Erfolg eingerichtet. Außerdem nimmt erfreulicherweise die Zahl der Genossinnen zu, die an den ständigen örtlichen Bildungsbestrebungen und an den Wanderkursen teilnehmen.

Die Mitarbeit der Genossinnen an allen Arbeiten der Organisation war im verflossenen Geschäftsjahr eine besonders gute. Das zeigte sich vor allem während des Wahlkampfes. Ein Zirkular des Parteivorstandes forderte zu Beginn des Wahlkampfes alle Organisationsleitungen auf, die Arbeit der Genossinnen für den Wahlkampf nutzbar zu machen. Wo so verfahren ist,

wird überall von der eifrigen, zuverlässigen Tätigkeit der Frauen berichtet. Ganz gleich, ob es sich um Flugblatt- und Stimmzettelverteilung, oder ob es sich um Listenanlegung und Listenführung, um Schlepperdienst oder um die Tätigkeit der weiblichen Redner handelte. Mit Recht können deshalb die Genossinnen für sich in Anspruch nehmen, daß sie wesentliches zu dem glänzenden Wahlsieg der Sozialdemokratie beigetragen haben.

Allein 20 Rednerinnen hat das Frauenbureau während der Wahlbewegung vermittelt, darunter 12, die nacheinander in verschiedenen Bezirken tätig waren, und eine ganze Anzahl Rednerinnen sind direkt von den Bezirken und Kreisen verpflichtet worden.

Aber auch bei der Hausagitation, bei der Gewinnung von Mitgliedern und Zeitungsabonnenten, in den Versammlungen, bei der Hauskassierung, der Kalenderverbreitung, dem Literaturvertrieb und anderer wichtiger Kleinarbeit schaffen die Frauen mit glücklicher Hand. In 646 Orten sind Frauen als Vorstandsmitglieder tätig.

Die Kinderschutzkommissionen entfalten an 125 Orten ihre segensreiche Tätigkeit. Aus ihren Berichten geht hervor, daß sie durchweg für die Beachtung des gesetzlichen Kinderschutzes weit mehr leisten, als die Fabrikinspektion auf demselben Gebiete. Das geht hervor aus der Zahl der bearbeiteten Fälle, aber auch aus der Tatsache, daß die Kinderschutzkommissionen sich nicht daran genügen ließen, Kenntnis zu verbreiten über die Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes, sondern daß sie gleichfalls in weite Kreise die Aufklärung trugen über die Schädlichkeit der Kindererwerbsarbeit. Daneben spannten sie ihr Tätigkeitsgebiet weiter, indem sie sich der verwahrlosten und mißhandelten Kinder annahmen und neuerdings, indem sie der Verwahrlosung vorzubeugen suchen durch Ferienspaziergänge, die sie mit den Kleinen veranstalten, in deren Leben sie durch diese gemeinsamen Wanderungen gleichzeitig ein wenig Sonne bringen.

In der bereits erwähnten Broschüre: „Kinderarbeit, Kinderschutz und die Kinderschutzkommissionen“ wird die bisher geleistete Tätigkeit eingehend besprochen und Ausblicke für eine weitere Tätigkeit gegeben. Es wird ferner aufgezeigt, wie das gewonnene Material propagandistisch und gesetzgeberisch nutzbar gemacht werden kann.

Finden die Anregungen überall die nötige Beachtung, so werden die Kinderschutzkommissionen ein wichtiges und gutes Stück Volkserziehung im Rahmen der Gesamtbewegung leisten können.

In der Jugendbewegung beteiligten sich die Genossinnen gleichfalls in steigendem Maße. Diese Beteiligung ist um so erfreulicher, weil es unbedingt notwendig ist, neben der männlichen Jugend in weit größerem Umfange als seither auch die weibliche Jugend für die Jugendbewegung zu gewinnen. Wer wäre aber wohl mehr imstande, die weibliche Jugend für die Bewegung zu gewinnen, als die Frau, die durch ihre Betätigung in der Arbeiterbewegung sich sozialen Weitblick erworben hat und in der Jugendbewegung ein Feld findet, auf dem sie all das Warme, Mütterliche und Sittliche, das in der Frau lebt, auslösen und betätigen kann?

Bereits im vergangenen Geschäftsjahr hatte der Vorstand einem Antrag der Breslauer Genossen auf Anstellung einer Sekretärin grundsätzlich zugestimmt, die praktische Ausführung des Beschlusses jedoch bis nach den Wahlen verschoben. Inzwischen hat der Bezirk Niederrhein als erster die Anstellung eines weiblichen Sekretärs vorgenommen.

Die Anstellung weiblicher Sekretäre ist ein Beweis von der wachsenden Stärke der proletarischen Frauenbewegung und rückwirkend wird sie ihr Vorwärtsschreiten sicherlich stark fördern.

Jugendbewegung.

Dem Fortschritt der Gesamtbewegung des Proletariats entsprechend hat sich die proletarische Jugendbewegung entwickelt. Ein Zeichen der Stärke, die sie inzwischen erlangt hat, ist der Kampf des gesamten Bürgertums um die schulentlassene Jugend des Proletariats, der unter dem irreführenden Namen „Jugendpflege“ gegenwärtig besonders heiß geführt wird. Lediglich die Angst vor der proletarischen Jugendbewegung hat die neue, staatlich organisierte und subventionierte bürgerliche Jugendbewegung geboren. Ist sie das Mittel, das alle bürgerliche Kreise vereinigt, um mit Hilfe der Steuergroschen der Arbeiter die proletarische Jugendbewegung positiv niederzuringen, so bringen andererseits Polizei und Gerichte die ältere negative Methode der Bekämpfung gegen die arbeitende Jugend immer noch in Anwendung. Sowohl das eine wie das andere Mittel der Bekämpfung hat bisher versagt, versagen müssen, weil die organisierte Arbeiterschaft ihren bedrängten Nachwuchs vor dem Ansturm der Feinde zu schützen weiß.

Die Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ betrug am 30. Juni 1912 80 100 gegen 65 500 im vorigen Jahre. Die Zeitung wird von der Hauptexpedition nach 474 Orten gesandt. Tatsächlich ist aber die Zahl der Orte, in denen die „Arbeiter-Jugend“ Eingang gefunden hat, bedeutend höher. Eine große Reihe kleinerer naheliegender Orte pflegen die Zeitung gemeinsam zu beziehen, um dadurch die Portokosten zu verringern.

Jugendausschüsse bestehen in 574 Orten (454). Ueber ihre Tätigkeit haben 326*) (213) an die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands berichtet, die in ihrem Jahresbericht darüber nähere Mitteilung machen wird. In 58 Orten besorgt der Bildungsausschuß die Arbeiten für die Erziehung der Jugend. Jugendheime existieren in 195 (147) Orten. 158 (110) Heime verfügen über einen Raum, 44 (24) über zwei, 16 (8) über drei, 8 (2) über vier und 3 (3) über fünf Räume. In 138 Heimen stehen den Jugendlichen Bibliotheken zur Verfügung. Sie umfassen insgesamt 80 469 Bände.

Bildungsveranstaltungen wurden von den Jugendausschüssen getroffen:

Art der Veranstaltung	Anzahl	Teilnehmer		Zusammen
		Jugendliche	Erwachsene	
Einzelvorträge	3411	131 738	9 637	141 375
im Vorjahr	(1804)	(61 892)	(7 720)	(69 612)
Künstler. Veranst. u. Feste	1623	124 806	60 802	184 608
im Vorjahr	(966)	(?)	(?)	(?)
Führung. d. Museen usw.	384	10 268	1 042	11 310
im Vorjahr	(282)	(5 711)	(718)	(6 429)
Wanderungen	4682	150 090	—	—
im Vorjahr	(2439)	(?)	(?)	(?)

Außerdem fanden noch 82 Vortragsreihen und Unterrichtskurse statt. Die durchschnittliche Besucherzahl pro Abend schwankt zwischen 6 und 180. Eigene Jugendbibliotheken bestehen außer den der Jugendheime in 67 Orten. Sie zählen 8826 Bände. In 18 Orten haben die Arbeiterbibliotheken besondere Jugendabteilungen eingerichtet. Mittlere und kleine Orte, die nicht in der Lage sind eigene Jugendbibliotheken einzurichten, sollten diesem Beispiele folgen.

*) Die eingeklammerten Ziffern sind die des Vorjahres.

2*

Um die Arbeiten der einzelnen Jugendausschüsse zu unterstützen, hat die Zentralstelle die Bildung von Bezirksleitungen angeregt und gefördert. Gegenwärtig bestehen 27 solcher Bezirksleitungen. (Vor einem Jahre waren es 13.) Sie haben zur Aufgabe, die Agitation für die Jugendbewegung zu betreiben und in den Kreisen der Erwachsenen das Verständnis für die Jugendbewegung zu fördern, insbesondere Vortragstouren vorzubereiten und Redner für die Veranstaltungen der Jugendausschüsse zu vermitteln und diesen überhaupt mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. 16 Bezirksleitungen haben über ihre Tätigkeit der Zentralstelle Bericht erstattet. Sie vermittelten 252 Vorträge, hielten 155 Sitzungen und 22 Konferenzen ab. 6 Bezirksleitungen gaben besondere Flugblätter heraus, die in 77 200 Exemplaren verbreitet wurden. Bezirkskonferenzen fanden 12 statt, die, mit einer Ausnahme, von der Zentralstelle beschickt worden waren.

Der starken Ausbreitung der Bewegung entsprechend sind auch die Arbeiten der Zentralstelle gestiegen. Seit dem 1. Februar 1912 hat sie einen Sekretär angestellt. Das „Rundschreiben der Zentralstelle", das Anleitungen für die praktische Jugendarbeit enthält, wird nach Bedarf den Funktionären der Jugendbewegung zugestellt. Ein im März 1912 herausgegebenes Flugblatt: „An die schulentlassene Jugend" ist in 230 000 Exemplaren verlangt worden. Außerdem sind in 236 000 Exemplaren die früher erschienenen Flugblätter: „An die schulentlassene Jugend", „An die Eltern der Arbeiter-Jugend", „An die Arbeiter-Eltern", „Väter und Mütter", „Der Kampf um die Arbeiterjugend" verbreitet worden. Finanzschwache Orte erhielten die Flugblätter unentgeltlich. Häufig wurden die Flugblätter der Zentralstelle bei Abfassung besonderer den örtlichen Verhältnissen Rechnung tragenden Flugblätter als Muster benutzt. Die Agitationsbroschüre „Gehörst Du zu uns" wurde in 154 700 Exemplaren verbreitet. Das Jugendliederbuch erlebte eine neue (die 4.) Auflage. Das Büchlein ist vollständig umgearbeitet und erweitert worden. Es fand bei der arbeitenden Jugend ungeteilten Beifall. Eine Aktion, die die Staatsanwaltschaft gegen das Büchlein unternahm, ist verunglückt. In der Berichtszeit ist es in 28 000 Exemplaren verkauft worden. Zur Förderung vernünftiger Jugendwanderungen wurde die Schrift: „Mit Rucksack und Wanderstab" herausgegeben. Bereits drei Wochen nach dem Erscheinen war die erste Auflage (5000 Exemplare) vergriffen. Von der zweiten Auflage sind weitere 2000 Exemplare abgesetzt worden. Die Broschüre erteilt Winke und Ratschläge für alle die Arbeiten, die die Organisation und die Leitung einer Wanderung sowie die Ausrüstung der Wanderer erheischen. Die starke Nachfrage nach der im Jahre 1910 herausgegebenen Schrift: „Der gesetzliche Arbeiterschutz für Jugendliche" machte eine zweite Auflage (3000 Exemplare) erforderlich. Die für Funktionäre der proletarischen Jugendbewegung bestimmten Schriften: „Die bürgerliche Jugendbewegung", „Anleitungen für Veranstaltungen zur körperlichen Ausbildung der arbeitenden Jugend", „Künstlerisch-gesellige Veranstaltungen für die arbeitende Jugend", „Vortragsthemata für Jugend-Veranstaltungen", „Katalog für Jugend-Bibliotheken", „Anleitung zur Bildung von Agitationsbezirken für die Jugendausschüsse", die im Laufe der Jahre erschienen sind, sind den im letzten Jahre in die Jugendbewegung neueingetretenen Funktionären zur Verfügung gestellt worden.

Für die systematische Ausbildung von Funktionären ist ein Kursus vorbereitet, der noch rechtzeitig vor Beginn der Winterarbeit in Berlin stattfinden wird. Ein kleiner Kreis von Funktionären, der sich aus allen Bezirken des Reichs zusammensetzt, soll hier eine Woche hindurch über alle Fragen der Jugendbewegung unterrichtet werden.

Ungefähr zur selben Zeit wird ein Jugendalmanach erscheinen, der von der Zentralstelle vorbereitet worden ist. Sein Inhalt soll in seinem ersten Teile aus instruktiven Abhandlungen über die proletarische Jugendbewegung und die Arbeiterbewegung und im zweiten und zwar überwiegenden Teile aus belehrenden und unterhaltenden Artikeln bestehen, die die Jugend in die bedeutendsten Zweige der Wissenschaft einführen wollen. Der Text soll teilweise durch Illustrationen erläutert werden.

Die Netto-Ausgaben der Zentralstelle beliefen sich auf 8612,20 Mk. Die „Arbeiter-Jugend" erforderte einen Zuschuß von nur 488,59 Mk.

Agitation.

Nach dem Parteitag setzte eine allgemeine Agitation gegen die Lebensmittelteuerung ein, die durch ein vom Parteivorstand herausgegebenes Flugblatt: „Teuerung und Hungersnot" eingeleitet wurde.

In der Zeit vom 4. bis 12. November fanden in den größeren Städten Protestversammlungen statt, die zum Thema hatten: „Der italienisch-türkische Krieg, eine neue Bedrohung des Weltfriedens." Diese Versammlungen fanden überall eine überaus starke Beteiligung. Zu diesen Versammlungen gab der Parteivorstand besonderes Agitationsmaterial für die Referenten heraus. Weiteres Material zur Kennzeichnung der imperialistischen Gefahr enthielten die Broschüren: „Die Marokkokrise vor dem Reichstage" und „Die deutschen Arbeiter und die englische Gefahr".

Ueber das Agitationsmaterial, das zu den Reichstagswahlen herausgegeben wurde, berichten wir im Kapitel: Reichstagswahl. Dort ist auch das Material erwähnt, das zur Spezialagitation unter den Handlungsgehilfen, technischen Angestellten, Postbeamten, Eisenbahnern, Landarbeitern, Schiffern, Fischern usw. herausgegeben wurde. Ueber die Flugblätter, die für die Frauen und zur Maifeier herausgegeben wurden, ist in den Kapiteln Frauenbewegung und Maifeier berichtet.

Nachdem feststand, daß dem neuen Reichstage eine umfangreiche neue Militär- und Marinevorlage zugehen würde, rief der Parteivorstand zur Agitation gegen diese neue schwere Belastung des Volkes auf und gab die beiden Flugblätter: „Auf zum Kampfe gegen die Wehrvorlagen" und „Die erste Tat der Regierung nach den Reichstagswahlen" heraus. Diese Protestaktion fand im ganzen Reiche die lebhafteste Zustimmung. Sie wirkte auch auf die Maifeier günstig ein.

Die Aenderung des Branntweinsteuergesetzes, die nur scheinbar einen Bruch mit der Liebesgabe brachte, veranlaßte den Parteivorstand im Juni zur Veröffentlichung eines Aufrufs, der die Arbeiter aufforderte, an dem Branntweinboykott festzuhalten. Zu gleichem Zwecke war schon vorher das Flugblatt: „Arbeiter, verschärft den Schnapsboykott" herausgegeben worden.

Ein besonderes Flugblatt wurde gegen den Hansabund herausgegeben. Ferner wurden nach der Wahl noch zwei allgemeine Flugblätter den Organisationen zugestellt, die den Titel führten: „Arbeiter, lest die Parteipresse" und „Hinein in die Organisation", und die bestimmt waren, unsere Wähler zur Mitgliedschaft in den sozialdemokratischen Ver-

einen und zur Lektüre der Arbeiterpresse heranzuziehen, soweit das noch nicht der Fall war.

Die gegen den Reichsverband herausgegebenen 31 Antwortflugblätter wurden in Heftform gesammelt und den Organisationen zugestellt.

Als im preußischen Landtage der freisinnige und der nationalliberale Wahlrechtsantrag zur Debatte standen, wurden auf Beschluß der preußischen Landeskommission, die gemeinsam mit dem Parteivorstand entscheidet, im ganzen Lande Versammlungen abgehalten, in denen die Haltung der Regierung und der reaktionären Parteien gebrandmarkt wurde. Die Protestbewegung gegen die Dreiklassenschmach fand neue Nahrung, als der Präsident der preußischen Duma die Polizei rechtswidrig gegen den Genossen Borchardt mobil machte und dabei auch noch gegen Genossen Leinert in ganz ungesetzlicher Weise Gewalt angewandt wurde. Die preußischen Zustände haben auch bei den Reichstagswahlen für uns agitatorisch gewirkt. In dem Flugblatte: „Ist Preußen ein rückständiger Staat?“ wurde den Lobrednern Preußens über dessen reaktionäres Wesen die Wahrheit gesagt.

Die „Partei-Korrespondenz“ erscheint jetzt in einer Auflage von 4700 Exemplaren. Mit Beginn dieses Jahres werden den Beziehern der „Partei-Korresp.“ Sammelmappen geliefert und um den Genossen die Sammlung des Materials zu erleichtern, wird das einseitig bedruckte Exemplar gelocht geliefert und der Stoff wird so angeordnet, daß auf jeder Seite nur eine Materie behandelt wird. Die „Partei-Korresp.“ erscheint 14tägig; zur Agitation gegen die Wehrvorlagen wurde jedoch eine Extranummer herausgegeben.

Das „Sozialdemokratische Bureau für Rheinland-Westfalen“ in Düsseldorf, das in der Hauptsache dem Kampfe gegen das Zentrum, die christlichen Gewerkschaften und die Scharfmacher der Schwerindustrie dient, arbeitet seit dem 1. Februar v. J. Das Bureau gibt für die in Partei und Gewerkschaften agitatorisch tätigen Genossen nach Bedarf Material heraus, das in 6800 Exemplaren erscheint. An die Presse versendet das Bureau nach Bedarf mehrmals die Woche informatorische Briefe. Die Agitation unterstützte das Bureau ferner durch Versendung von zehn Flugblättern und durch Herausgabe von sechs Broschüren.

In der Serie sozialdemokratischer Flugschriften, die ohne Umschlag das Tausend zu 10 Mk. abgegeben werden, erschienen neu Nr. 9: „Warum mußt Du Sozialdemokrat sein?“, Nr. 10: „Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin und Unternehmerin“ und Nr. 11: „Die Landbevölkerung und die Sozialdemokratie“.

Agitationskalender, zu denen die Zentralkasse Zuschuß leistete, gaben die Bezirksvorstände in Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen, Langenbielau, Kattowitz, Hessen-Nassau, Oberrhein und Mecklenburg heraus.

Zur Agitation unter den Schiffern und Fischern erschien wieder ein „Schiffer- und Fischer-Kalender“, der in einer Auflage von 60 000 Exemplaren gratis abgegeben wurde. Für die Schiffer und Flößer wurde ein Flugblatt herausgegeben, das zum Eintritt in die politische Organisation und zum Abonnieren der Arbeiterpresse aufforderte.

Monatsblätter wurden in 28 Bezirken für die ländliche Bevölkerung herausgegeben, darunter eines in dänischer Sprache für die Bevölkerung in Nordschleswig. In Elsaß-Lothringen gaben unsere Genossen für die französisch sprechende Bevölkerung nach Bedarf die „Feuilles d'Alsace-Lorraine“ heraus. Wochenblätter erschienen in den Bezirken Westpreußen, Oberrhein, Anhalt und in Bayern.

Ueber die Gesamttätigkeit der sozialdemokratischen Partei durch Abhaltung von Versammlungen und durch unentgeltliche Verteilung von Flugblättern, Flugschriften und Kalendern gibt die angefügte Tabelle Auskunft. Diese alle Teile des Reiches umfassende, umfangreiche, von Tausenden von Genossen bereitwilligst geleistete Kleinarbeit stellt den Organisationen des Reiches das beste Zeugnis aus.

Die Reichstagswahlen.

In Deutschland ist kaum jemals zuvor ein Wahlkampf mit so großer Heftigkeit geführt worden, wie der vom Januar 1912. Teils in der bangen Befürchtung, teils in der frohen Hoffnung, daß der 1907 gewählte Blockreichstag vor seinem natürlichen Ende aufgelöst werden könnte, hatten alle Parteien seit Jahren zum Kampfe gerüstet. Unsere Partei hatte die umfassendsten Vorbereitungen für die Abrechnung mit allen ihren Gegnern getroffen. Im ganzen Reich war in den Kreisen der klassenbewußten Arbeiterschaft die Sehnsucht nach dem Wahlkampfe gleich groß. Endlich, anfangs Dezember 1911, kam die lang erwartete Botschaft, daß die Neuwahlen am 12. Januar stattfinden sollten.

Auf dem vorjährigen Parteitag in Jena hat Genosse Bebel in einer eingehenden Rede die politische Lage im Reiche und die Tätigkeit des Blockreichstags geschildert. Da außerdem im ersten Kapitel des vorliegenden Berichts die Situation vor und während der Wahlen skizziert worden ist, kann hier auf eine Darstellung verzichtet werden; um so mehr, weil der von der Reichstagsfraktion und dem Parteivorstand gemeinsam veröffentlichte Wahlaufruf, den wir als zeitgeschichtliches Dokument ohnedies im Auszug hier wiedergeben, auch noch einmal zusammenfaßte, was bei dem Wahlkampfe auf dem Spiele stand:

An die Reichstagswähler!

Am 12. Januar 1912 sollen die Neuwahlen zum Deutschen Reichstag stattfinden. Kaum jemals zuvor standen die Wähler vor einer so folgenschweren Entscheidung. Von dem Ausgang dieser Wahlen wird es abhängen, ob auch in den nächsten Jahren die Politik der Bedrückung und Ausplünderung weiter betrieben werden oder ob endlich das deutsche Volk zu seinem Rechte kommen soll.

(Es folgt die Aufzählung der bösartigsten und das Volk am meisten bedrückenden Leistungen des alten Reichstags. Dann heißt es weiter:)

„... Dem Volke verweigerte die Regierung, als es bei den immer steigenden Lebensmittelpreisen in seiner Not um Abhilfe schrie, jede Erleichterung. Und während der Reichskanzler tiefsinnig behauptete, daß die Presse durch die Schilderung des Notstandes die Preissteigerung verschärft habe, versagten die sogenannten Mittelstandsretter — Zentrum, Konservative, Antisemiten und ihre Gefolgschaft — jede von der Sozialdemokratie angeregte Hilfe und denunzierten dagegen den Mittelstand als den Lebensmittelverteuerer.

Neue Steuern,
Lebensmittelteuerung,
Volksentrechtung,
steigende Kriegsgefahr

das hat der 1907 mit so großem „nationalen“ Tamtam begrüßte Reichstag gebracht. Nun naht der Gerichtstag! Wähler Deutschlands, sorgt für

eine andere Mehrheit! Je stärker die Sozialdemokratie im Reichstage erscheint, um so sicherer verankert ist der Weltfriede und die Wohlfahrt des Volkes!

Die Sozialdemokratie erstrebt die Eroberung der politischen Macht, die jetzt in den Händen der besitzenden Klassen ist und von dieser Minderheit zum Schaden der breiten Massen des Volkes mißbraucht wird. Man denunziert und deshalb als „Umstürzler“. Törichter Vorwurf! Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft ist ebensowenig ewig, wie es frühere Staats- und Gesellschaftsordnungen gewesen sind. Sie wird durch eine höhere, die sozialistische Ordnung ersetzt werden, für welche die Sozialdemokratie kämpft. Dann wird die Solidarität aller Menschen und ein menschenwürdiges Dasein für alle verwirklicht. Den Weg dazu bahnt die kapitalistische Entwickelung selbst, die alle Keime für eine neue Gesellschaft in sich birgt.

Für uns besteht zunächst die Aufgabe, alle Mittel, die uns die Gegenwart in die Hand gibt, zu benutzen, um die vorhandenen Uebel zu mildern, neue Einrichtungen zu schaffen, dazu bestimmt, den großen Massen eine höhere Lebenshaltung zu ermöglichen.

Daher fordern wir:

Demokratisierung des Staates in allen seinen Lebensbeziehungen, freie Bahn für die Entfaltung aller persönlichen Anlagen und Fähigkeiten, keine Privilegien, die rechte Person an die rechte Stelle.

Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht vom vollendeten 20. Lebensjahre an für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, und für alle Vertretungskörper. Verhältniswahl zur Beseitigung der mit der heutigen Wahlkreiseinteilung verknüpften schreienden Ungerechtigkeit.

Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems. Volle Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und der Staatssekretäre. Bildung eines Ausschusses durch den Reichstag für die Kontrolle der auswärtigen Politik. Mitentscheidung der Volksvertretung über Krieg und Frieden. Zustimmung des Reichstages zu allen Staatsverträgen.

Organisierung der Landesverteidigung auf demokratischer Grundlage. Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht für alle waffenfähigen Männer. Herabsetzung der Dienstzeit auf das zur Ausbildung für die Landesverteidigung unumgänglich notwendige Maß. Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit. Beseitigung des Vorrechts des einjährig-freiwilligen Dienstes. Abschaffung alles Prunkes und aller kostspieligen Uniformierung in Armee und Flotte.

Bekämpfung der Klassenjustiz und Verwaltungswillkür. Reform des Strafrechts, der Strafprozeßordnung, des Verwaltungsrechts und des Strafvollzugs im Sinne moderner Kultur- und Rechtsauffassung. Beseitigung aller Ausnahmegesetze und ausnahmerechtlichen Verwaltungsmaßregeln.

Sicherung des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechts für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, von Arbeitsämtern und Arbeitskammern. Wahl der Beisitzer durch die Interessenten auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. — Ausbau der Gewerbeinspektion durch Zuziehung von Arbeitern und Arbeiterinnen als Hilfsorgane. Gesetzlich festgelegter Normalarbeitstag von acht Stunden. Weitere Verkürzung der Arbeitszeit in gesundheitsschädlichen Betrieben.

Reform der Arbeiterversicherung. Aufhebung der Benachteiligung der ländlichen Arbeiter und der Dienstboten, direkte Wahl der Vertreter, Erweiterung des Rechtes der Arbeiter in den Vertretungskörpern, Erhöhung

der Leistungen, Herabsetzung des Alters für den Bezug der Altersrente von dem 70. auf das 65. Lebensjahr, auskömmliche Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung, Stillprämien und unentgeltliche Hebammen- und Arzthilfe.

Volle Religionsfreiheit. Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche. Keinerlei Unterstützung aus öffentlichen Mitteln für kirchliche Zwecke.

Allgemeine unentgeltliche Volksschule als Grundlage des gesamten Bildungswesens (Einheitsschule). Unentgeltlichkeit der Lernmittel. Freiheit für Kunst und Wissenschaft.

Herabsetzung und schließliche Beseitigung der indirekten Steuern und Aufhebung der Lebensmittelzölle. Beseitigung der Zölle auf Futtermittel. Aufhebung der Einfuhrscheine. Beschränkung der Kontrolle bei Einfuhr von Vieh, Geflügel und Fleisch auf die unumgänglich notwendigen sanitären Maßregeln. Entsprechenden Abbau der Industriezölle, welche die Syndikats- und Ringbildung begünstigen und dahin führen, deutsche Industrieerzeugnisse billig dem Auslande zu liefern und sie dem inländischen Verbraucher um so teurer zu verkaufen.

Unterstützung aller Maßregeln, die Handel und Verkehr fördern. Aufhebung der Fahrkartensteuer und des Frachtbriefstempels.

Stufenweis steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, zumal diese Heranziehung der Wohlhabenden und Reichen zugleich das wirksamste Mittel ist, den Schrei unserer zahlungsfähigen Patrioten nach immer neuen Heeres- und Flottenvermehrungen zu dämpfen.

Innere Kolonisation zwecks Steigerung der Erzeugung von Nahrungsmitteln. Ueberführung des Großgrundbesitzes in Gemeineigentum. Gründung und Förderung von staatlichen Musteranstalten und Landwirtschaftsschulen. Urbarmachung der Moore, des Sumpf-, Oed- und Unlandes. Abwehr aller Versuche, die Unterjochung und Ausbeutung fremder Völker durch die Mittel der Kolonialpolitik herbeizuführen.

Wähler Deutschlands!

Eine neue Flottenvorlage und eine neue Militärvorlage stehen in sicherer Aussicht, die die Steuerbelastung um Hunderte von Millionen abermals steigern werden. Wie bisher schon, so werden auch fernerhin die Herrschenden versuchen, die neuen Lasten auf die Schultern der Minderbemittelten zu wälzen, und damit die Existenz der Familien weiter zu erschweren.

Mögen auch die Frauen, auf denen die Bürde des Haushalts in erster Linie ruht, die heute selbst noch politisch rechtlos sind, an der Aufklärungsarbeit teilnehmen und sich entschlossen in den Dienst unserer Sache stellen, die auch die ihre ist.

Wähler Deutschlands! Seid Ihr mit diesen grundsätzlichen Auffassungen einverstanden, dann gebt bei der Wahl am 12. Januar den sozialdemokratischen Kandidaten Eure Stimmen. Helft den Grund legen zu einer neuen, besseren Gestaltung unseres staatlichen und gesellschaftlichen Baues, der die Devise tragen soll:

Tod der Not und dem Müßiggang!
Arbeit, Brot und Gerechtigkeit für alle!

Euer Schlachtruf am Wahltage sei:

Es lebe die Sozialdemokratie!

Berlin, den 5. Dezember 1911.

Parteivorstand und sozialdemokratische Fraktion des Reichstags.“

Mit einer Begeisterung und Opferwilligkeit, die die Bewunderung auch unserer schlimmsten Gegner hervorrief, gingen unsere Genossen in den Kampf. Die Parteiorganisation funktionierte im allgemeinen ausgezeichnet. Mängel, die sich hier oder da gezeigt haben, zu beseitigen, wird das eifrige Bestreben der Genossen sein.

Für die kolossale Arbeit und Opferwilligkeit, die während der letzten Wochen vor den Wahlen geleistet worden ist, legen die dem Bericht beigefügten Tabellen glänzendes Zeugnis ab. Selbstverständlich gibt diese tabellarische Zusammenstellung kein erschöpfendes Bild von der wirklich geleisteten Agitationsarbeit. Das trifft sowohl zu für die Zahl der abgehaltenen Versammlungen, wie auch für die Zahl der verbreiteten Flugblätter. Doch ist daraus zu ersehen, in wie vielen Wahlkreisen die Aufklärungsarbeit wesentlich intensiver hätte betrieben werden können, wenn uns durch behördliche Einschüchterung der Wirte und den Terror unserer Gegner nicht viele Versammlungslokale abgetrieben worden wären. In ganz Ostpreußen mit seinen 17 großen Wahlkreisen standen uns nur in 76 Orten Versammlungslokale zur Verfügung. In Westpreußen mit zusammen 13 Wahlkreisen konnten nur in 39 Orten Versammlungen abgehalten werden. Wenn man für jeden Ort, in dem ein Lokal zur Verfügung stand, nur zwei Versammlungen in Anrechnung bringen wollte, so ergäbe sich schon die Zahl 25 142; in Wirklichkeit sind viel mehr Versammlungen abgehalten worden. Ebenso darf man annehmen, daß auch mehr als 80 Millionen Exemplare der Wahlflugblätter verbreitet worden sind.

Es versteht sich von selbst, daß die gegnerischen Parteien ausnahmslos den Wahlkampf mit Aufgebot aller ihrer Kräfte geführt haben. Soweit sie dem schwarz-blauen Block angehört hatten, arbeiteten sie sich schon bei den Hauptwahlen gegenseitig in die Hände. Für das Zentrum war die Kaplanokratie in noch weit größerem Umfange tätig, als schon bei früheren Wahlen. Den konservativen Parteien stand wieder der amtliche Apparat zur Verfügung. In solchen Gegenden, wo die Konservativen unter der eigenen Firma gar nicht mehr aufzutreten wagten, wurde unter der Firma des „Bundes der Landwirte" die Agitation betrieben. Von den Konservativen haben die Nationalliberalen gelernt. In den Kreisen auf dem Lande, wo sie immer schlechtere Wahlgeschäfte machen, mußte ihre agrarische Tochtergesellschaft, der Bauernbund, auf den Wählerfang gehen; in den Städten wirkte für sie der Hansabund, der da, wo statt des Nationalliberalen ein Fortschrittler in Frage kam, für diesen emsig arbeitete. Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie stellte wieder allen bürgerlichen Parteien seine Redner und Flugblätter zur Verfügung. Da wir über die Arbeit der eigenen Partei, nicht über die Tätigkeit der Gegner zu berichten haben, kann nur beiläufig festgestellt werden, daß von den gegnerischen Parteien mit einer Unehrlichkeit gegen die Sozialdemokratie gearbeitet worden ist, die kaum noch übertroffen werden kann. Die zentrums-christlichen Produkte aus M.-Gladbach und die berüchtigten Elaborate aus den Garküchen des Reichsverbandes ließen an Skrupellosigkeit nichts zu wünschen übrig. In um so hellerem Lichte erscheinen die sozialdemokratischen Erfolge.

Der Parteivorstand hat zu den Reichstagswahlen eine Fülle von Agitationsmaterial herausgegeben. Für die agitatorisch tätigen Genossen, denen regelmäßig die „Partei-Korrespondenz" zugeht, wurden außer dem nahezu 800 Seiten starken „Handbuch für sozialdemokratische Wähler" und den neu aufgelegten und ergänzten, mehr als 300 Seiten umfassenden „Wahllügen der bürgerlichen Parteien" noch mehrere Broschüren zur Verfügung gestellt, die sich mit den verschiedenen bürgerlichen Parteien befaßten. So z. B.: „Die

Sünden des Freisinns", „Worte und Taten der Konservativen", „Für Wahrheit, Freiheit und Recht", „Aus Geschichten Wesen und Tätigkeit der Nationalliberalen Partei", „Die Scharfmacher des Industriegebietes". Mit neuem Zahlenmaterial versehen, wurde die Broschüre „Die Vernichtung der Sozialdemokratie durch den Gelehrten des Zentralverbandes der Industriellen" wieder aufgelegt. Für die Handlungsgehilfen erschien eine neue Broschüre „Handlungsgehilfen, technische Angestellte und Reichstagswahl" und für Landagitation die Broschüre: „Die Landbevölkerung und die Sozialdemokratie". Ferner muß hier auch auf den Schiffer- und Fischerkalender, der sich eingehend mit der Bedeutung der Reichstagswahlen beschäftigt, und auf das besonders für die Eisenbahner herausgegebene Agitationsmaterial hingewiesen werden. Außerdem ist das Büchelchen: „Die Sozialdemokratie im Urteile ihrer Gegner" herausgegeben worden. Wertvolle Fingerzeige boten die „Winke für die Reichstagswähler 1912" und „Die Anleitungen zur Durchführung der wahltechnischen Organisation".

Die 68 verschiedenen Flugblätter, die der Parteivorstand den Organisationen zur Verbreitung angeboten hatte, behandelten alle Fragen unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens. 28 dieser Flugblätter waren illustriert. Verschiedene der Schriften wandten sich im besonderen an die Frauen, an die Beamten, an den sogenannten neuen Mittelstand, die technischen und industriellen Beamten usw. Außerdem wurden 10 verschiedene Wählerpostkarten hergestellt und viel begehrt; ebenso wurde der der Agitation auf verwandtschaftlicher Grundlage dienende Brief „Liebe Verwandten" viel benützt. Allgemeinen Beifall fand ein großes Wahlaufrufplakat, das in der Zeichnung wie in der Farbe sehr drastisch wirkte. Es wurden davon 40 000 Stück verlangt. Es ist selbstverständlich, daß außer den vom Parteivorstand herausgegebenen Flugblättern in den Kreisen selbst noch viele andere hergestellt wurden, für die besonderen lokalen Bedürfnisse und zur Abwehr gegnerischer Angriffe. Mit Genugtuung kann konstatiert werden, daß die Parteipresse vor und während der Wahlen in wirkungsvollster Weise den Kampf führte.

Ueber die Ergebnisse der Hauptwahlen vom 12. Januar 1912 machte der „Reichsanzeiger" am 19. Januar folgende Angaben:

Nach der endgültigen Zählung haben erhalten:

Parteien:	1912	1907
Konservative	1 129 274	1 060 209
Reichspartei	370 387	471 863
Wirtschaftliche Vereinigung und zwar:		
Deutschsozial	47 391	472 530
Christlichsozial	103 954	
Bund der Landwirte	58 998	
Deutsche Reformpartei	51 928	
Sonstige	94 014	
Bayerischer Bauernbund	48 219	76 107
Zentrum	2 035 290	2 179 743
Polen	441 736	453 858
Nationalliberale	1 672 619	1 637 048
Deutscher Bauernbund	29 148	
Fortschrittliche Volkspartei	1 528 886	1 233 933
Demokratische Vereinigung	29 444	
Sozialdemokraten	**4 250 329**	**3 259 020**
Uebertrag	**11 891 617**	**10 844 311**

Parteien:	1912	1907
Uebertrag	11 891 617	10 844 311
Elsässer	68 565	108 626 (Elsässer und Lothringer zusammen)
Lothringer	36 356	
Welfen	90 607	78 232
Litauer	6 227	7 221
Dänen	17 289	15 425
Wilde	48 638	208 942 (Wilde und Unbestimmt zusammen)
Unbestimmt	37 654	
Zersplittert	9 855	8 018
Summa	12 206 808	11 265 775

Die Anzahl der Wahlberechtigten betrug 14 444 777 (1907: 13 350 698). Demnach Wahlbeteiligung: 84,5 Proz. (gegenüber 84,7 Proz. bei der Wahl 1907).

Wir hatten also innerhalb fünf Jahren rund eine Million neuer Wähler gewonnen und waren mehr als doppelt so stark geworden wie das Zentrum. **Jeder dritte Mann, der zur Wahlurne ging, hatte sozialdemokratisch gewählt!** Bei einem Verhältniswahlrecht hätte der Sozialdemokratie auch ein Drittel der Reichstagsmandate zufallen müssen. Statt dessen erhielten wir bei den Hauptwahlen nur 64 Mandate, in den Stichwahlen gewannen wir weitere 46, so daß insgesamt 110 Vertreter der Sozialdemokratie in den Reichstag einziehen konnten.

Aus der folgenden Tabelle ist ersichtlich, wie viele Mandate den einzelnen Parteien bei der **Hauptwahl**, wie viele bei der **Stichwahl** und danach insgesamt zugefallen **sind**, wie viele ihnen aber bei einer Verhältniswahl mehr oder weniger hätten zufallen müssen.

Parteien:	Mandate in der Hauptwahl gewonnen	An Stichwahlen beteiligt	In der Stichwahl gewonnen	Insgesamt also Mandate	Entsprechend der Stimmenzahl hätten ihnen zufallen müssen	Erhielten also + oder −
Konservative	28	46	17	45	37	+ 8
Reichspartei	5	18	8	13	12	+ 1
Zentrum	79	28	11	90	67	+23
Wirtschaftl. Vereinigung und Antisemiten	2	21	9	11	12	− 1
Polen	14	11	4	18	14	+ 4
Welfen	—	5	5	5	3	+ 2
Elsässer	7	2	—	7	2	+ 5
Lothringer	1	2	1	2	1	+ 1
Dänen	1	—	—	1	—	+ 1
Wilde	—	—	6	6	2	+ 4
Sozialdemokraten	64	124	46	110	139	−29
Nationalliberale	4	68	40	44	54	−10
Fortschrittliche Volkspartei	—	57	42	42	51	− 9
Bayerischer Bauernbund	1	—	1	2	1	+ 1
Deutscher Bauernbund	—	—	1	1	2	− 1
Zusammen	206	382	191	397	397	—

Ein Blick auf diese Tabelle macht es verständlich, warum die Parteien der Rechten, denen das Reichstagswahlrecht ohnedies ein Greuel ist, sich mit Händen und Füßen gegen seine Fortentwickelung in der Richtung des Proportionalwahlverfahrens wehren und warum das preußische Zentrum sich einer

Neueinteilung der Wahlkreise im Reiche genau so heftig widersetzt, wie in Preußen. Die Sozialdemokraten und die beiden liberalen Parteien haben zusammen 48 Mandate weniger, als ihnen auf Grund der für sie abgegebenen Stimmen zukommen. Am meisten benachteiligt ist unsere Partei, der 29 Mandate weniger zufielen, als ihr gebührten. Wir brauchen nicht erst auseinanderzusetzen, daß nicht nur das mangelhafte Wahlverfahren und die die Reaktion begünstigende Wahlkreiseinteilung den Willen der Wähler fälschen, daß vielmehr auch durch die Stichwahlen mancher Wahlkreis um die ihm zukommende Vertretung betrogen werden kann. Von Wahl zu Wahl hatte die Sozialdemokratie bei den Stichwahlen schlechter abgeschnitten. Je stärker unsere Partei wurde, um so eher einigten sich die Gegner zum gemeinsamen Kampfe gegen uns bei den Stichwahlen. Dafür mögen folgende Beispiele angeführt werden: Wir waren an Stichwahlen beteiligt

im Jahre	in wieviel Kreisen	und siegten	pro Hundert
1884	24	15 mal	64
1887	18	5 „	28
1890	57	15 „	26
1893	83	20 „	24
1898	98	24 „	24
1903	118	25 „	21
1907	90	14 „	15

Bei den Stichwahlen im Januar 1912 fielen uns von den 124 Mandaten, um die wir in engerer Wahl zu kämpfen hatten, 46 zu. Das waren 37 pro Hundert. Dies günstige Resultat konnte nur erzielt werden auf der Grundlage eines Stichwahlabkommens mit der Fortschrittlichen Volkspartei.

Von diesem Abkommen gab der Parteivorstand unter dem 17. Januar den Bezirkssekretären in folgendem Rundschreiben Kenntnis, das in der damaligen Situation, vor der Stichwahl, selbstverständlich als vertraulich bezeichnet werden mußte:

„**Berlin**, 17. Januar 1912.

Werte Genossen!

Zwischen den Fortschrittlern und uns haben Verhandlungen über die gegenseitige Unterstützung bei den Stichwahlen stattgefunden. Nach dem Ausfall der Hauptwahlen sind die Fortschrittler von ihrem Standpunkt aus in einer mißlichen Situation, und es bestand die Gefahr, daß sie Anschluß nach rechts suchen und damit nicht nur die Zahl unserer Mandate verringern, sondern auch das Ziel, den schwarz-blauen Block zu zertrümmern, vereiteln würden. Unter diesen Umständen erschien es uns zweckmäßig, Verhandlungen nicht abzulehnen. Dabei haben wir es entschieden zurückgewiesen, irgendeine Kandidatur zurückzuziehen, oder durch unser Verhalten auch nur dort eine Kandidatur preiszugeben, wo wir aus eigener Kraft einen Sitz zu erobern hoffen können, oder auch nur einen ehemaligen Besitzstand mit Erfolg behaupten zu können glaubten. Wir haben ferner verlangt, daß bei dem Abkommen volle Gegenseitigkeit gewährleistet wird.

Die **Fortschrittler** haben sich verpflichtet, **uns** in den folgenden Wahlkreisen zu **unterstützen**:

Landkreis Danzig; Westpriegnitz; Ruppin-Templin; Potsdam-Osthavelland; Zauch-Belzig; Landsberg-Soldin; Königsberg-Neumark; Kottbus-Spremberg; Kalau-Luckau; Ueckermünde-Usedom; Striegau-Schweidnitz; Grünberg-Freistadt; Sagan-Sprottau; Landeshut-Jauer; Rothenburg-Hoyerswerda; Jerichow; Bitterfeld; Mansfeld; Mühlhausen-Langensalza; Bielefeld-Wiedenbrück; Eschwege-Schmalkalden; Stadt Köln; Elberfeld-

Barmen; Düsseldorf; Heilbronn; Gießen-Nidda; Hagenow; Güstrow; Jena; Altenburg; Straßburg-Land. (31.)

Dagegen haben wir außer der selbstverständlichen Unterstützung der Fortschrittler gemäß dem Jenaer Parteitagsbeschluß in denjenigen Wahlkreisen, in denen sie mit uns in Stichwahl stehen, folgendes zugebilligt: Wir dämpfen den Wahlkampf in nachstehenden Wahlkreisen, die wir dann, wenn die Fortschrittler nach rechts Anschluß nehmen würden, nach unserer Meinung nicht gewinnen können, nämlich:

Oberbarnim, Liegnitz, Schönau-Hirschberg, Flensburg-Apenrade, Lauenburg, Merseburg-Querfurt, Hagen, Dithmarschen, Calw, Balingen, Meiningen, Schaumburg-Lippe, Lippe-Detmold, Oldenburg I und II, Nordhausen. (16.)

Die Erklärung der fortschrittlichen Kandidaten zu unseren Stichwahlen ist als ausreichend anzusehen, wenn sie dahin geht, daß die von uns gestellten Bedingungen dem Programm der Fortschrittlichen Volkspartei entsprechen, das der Kandidat als für sich verbindlich erklärt. Die Zentralinstanz der Fortschrittlichen Volkspartei wird öffentlich dazu auffordern, daß ihre Anhänger unter keinen Umständen einem Konservativen, einem Reichsparteiler, einem Zentrumsmanne oder einem Mitgliede der Wirtschaftlichen Vereinigung ihre Stimme geben dürfen, daß es vielmehr die politische Notwendigkeit gebiete, bei der Stichwahl mit aller Kraft auf die Zertrümmerung des schwarz-blauen Blockes hinzuwirken. Die Fortschrittliche Volkspartei wird ferner in einem vertraulichen Zirkular die lokalen Instanzen auffordern, für uns in den vorher zuerst genannten Kreisen einzutreten. Wir haben uns dagegen verpflichtet, in den vorher bezeichneten 16 Wahlkreisen bis zur Stichwahl keine Versammlung abzuhalten, kein Flugblatt zu verbreiten, keine Stimmzettel den Wählern zuzustellen, und am Wahltage selbst keine Schlepperdienste zu verrichten, wogegen es uns freisteht, am Wahltage vor den Wahllokalen Stimmzettel zu verbreiten. Wir sind überzeugt, daß dieses Abkommen im Parteiinteresse und im allgemein-politischen Interesse gelegen ist, und bitten deshalb, die in Frage kommenden Kreise Ihres Bezirks sofort zu informieren und für dessen entschiedene Durchführung unter allen Umständen einzutreten.

Mit Parteigruß Der Parteivorstand."

Am 18. Januar veröffentlichte der Parteivorstand im „Vorwärts" folgenden Aufruf für die Stichwahl:

„Die politische Situation macht es zur gebieterischen Notwendigkeit, bei den Stichwahlen alles daran zu setzen, um den schwarz-blauen Block zu zertrümmern. Wir sind überzeugt, daß die Parteigenossen mit derselben Wucht, mit der sie bei der Hauptwahl den Kampf mit so glänzendem Erfolge geführt haben, auch in der Stichwahl die Reaktion siegreich niederzuzwingen wissen werden.

Soll das augenblickliche politische Ziel erreicht werden, so müssen die Parteigenossen ferner überall da, wo sie zwischen gegnerischen Kandidaten zu wählen haben, denjenigen unterstützen, der die Jenenser Bedingungen angenommen hat. In erster Linie haben sie in diesem Fall für den Fortschrittler einzutreten. Unter keinen Umständen darf eine sozialdemokratische Stimme für die Konservativen oder das Zentrum, für die Reichspartei oder die Wirtschaftliche Vereinigung abgegeben werden.

Nieder mit dem schwarz-blauen Block!"

Die Fortschrittliche Volkspartei veröffentlichte in der „Freis. Ztg." zugleich folgende Wahlparole:

„An die Wähler der Fortschrittlichen Volkspartei.

Die Hauptwahl am 12. Januar hat eine endgültige Entscheidung über die Zusammensetzung des Reichstags nicht gebracht. Das Ziel des Wahlkampfes, die Zertrümmerung des schwarz-blauen Blocks, ist auch bei den Stichwahlen fest im Auge zu behalten. Die erste Aufgabe ist überall die Förderung der eigenen Partei. Die mit uns verbündete nationalliberale Partei ist gegen jeden Gegner zu unterstützen. Im übrigen gilt die Losung: Keine Stimme für ein Mitglied der deutschkonservativen Partei, der Reichspartei, des Zentrums, der wirtschaftlichen Vereinigung oder einer anderen antisemitischen Gruppe. Auf zur Wahl! Die reaktionäre Mehrheit darf nicht wiederkehren.

Der geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei."

Leider haben am ersten Stichwahltage die Wähler der Fortschrittlichen Volkspartei vielfach versagt, dagegen haben sie an den folgenden Wahltagen die für sie ausgegebene Wahlparole besser beachtet und damit in etwa 16 Kreisen den Sieg der sozialdemokratischen Kandidaten entschieden. Wenn die freisinnigen Wähler am ersten Stichwahltage sich ebenso diszipliniert gezeigt hätten wie die sozialdemokratischen, für die der Jenaer Parteitag schon eine klare Parole ausgegeben hatte, dem Block wäre eine vernichtende Niederlage bereitet worden.

Grundsätzliche Bedenken gegen Stichwahlabkommen sind nur ganz vereinzelt erhoben worden, dagegen ist in mehreren Parteiblättern und Versammlungen die Dämpfung des Wahlkampfes in den oben bezeichneten Wahlkreisen bedauert worden. Der Parteivorstand war sich bei dem Abschluß des Abkommens darüber klar, daß nicht alle Einzelheiten in allen Orten und von allen Genossen würden gutgeheißen werden, trotzdem hielt er sich aus allgemeinpolitischen Gründen und im Interesse der Partei für verpflichtet, die Vereinbarung mit der Fortschrittlichen Volkspartei zu treffen. Er hätte die Bezirkssekretäre, namentlich der in Betracht kommenden Bezirke vorher über ihre Ansicht gehört, wenn die kurze Frist zwischen der Hauptwahl und dem ersten Stichwahltage einen Aufschub um auch nur einen Tag ermöglicht hätte. So mußte er rasch seinen Entschluß fassen, wobei er sorgfältig das Gesamtinteresse der Partei und die Einwirkung des Abkommens auf die Verhältnisse der einzelnen Wahlkreise abgewogen hat. Zum erstenmal hat die Zentralleitung der Fortschrittlichen Volkspartei für das ganze Reich eine Stichwahlparole ausgegeben, die, wenn auch nicht mit ausdrücklichen Worten, doch mit aller Deutlichkeit zur Unterstützung der Sozialdemokratie gegenüber allen anderen Parteien, mit Ausnahme der Nationalliberalen, aufforderte. Die Wirkung dieser Parole mußte sein, daß die von ihr bekämpften Parteien, wenigstens in mehreren Wahlkreisen, direkt oder indirekt uns gegenüber den Fortschrittlern unterstützten. Wir konnten uns aber nicht mit Hilfe verärgerter Reaktionäre auf Kosten der Fortschrittler Mandate verschaffen.

Diese Reaktionäre abzuschütteln und uns nur auf eigene Kraft zu stellen — war der Sinn der Dämpfung.

Die Nachwahlen für den Reichstag.

Nach Abschluß des Berichtes für den Jenaer Parteitag, also nach dem 1. Juli 1911, fanden noch drei Nachwahlen zur 12. Legislaturperiode des Reichstags statt. In Düsseldorf am 19. September, in Konstanz am

19. Oktober und in Ratibor am 27. Oktober. Alle drei Wahlen zeigten dasselbe Bild wie alle Nachwahlen nach 1909. Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen und Verluste für die Parteien des blauschwarzen Blocks. Alle drei Mandate waren im Besitz des Zentrums, das zwei dieser Mandate verlor. Das Stimmenverhältnis im Vergleich mit den Resultaten von 1907 ist wie folgt:

	Bei den Hauptwahlen 1907			Bei den Nachwahlen		
	Abgegebene Stimmen	für Sozialdemokraten	Prozent	Abgegebene Stimmen	Für Sozialdemokraten	Prozent
Düsseldorf	70 396	25 389	36,2	70 175	34 071	48,55
Stichwahl . . .	58 876	25 233	43,1	75 177	39 288	52,26
Konstanz	25 620	2 565	10,—	29 211	3 384	11,58
Ratibor	22 465	1 294	5,8	18 351	1 800	9,81

Das Gesamtbild der Nachwahlen ließ Schlüsse auf das Ergebnis der Wahlen von 1912 zu. Während der Dauer der zwölften Legislaturperiode des Reichstages, also von 1907 bis zum Schlusse des Jahres 1911, fanden 49 Nachwahlen statt. In den 49 Wahlkreisen waren bei der Hauptwahl 1907 1 351 050 Stimmen abgegeben worden, wovon 341 424, also 25,27 vom Hundert, auf sozialdemokratische Kandidaten, und 1 009 626 Stimmen auf die Gegner entfielen. Bei den Nachwahlen wurden 1 235 834 Stimmen abgegeben, und zwar 865 161 für die Gegner, aber die Stimmenzahl für unsere Kandidaten stieg von 341 424 auf 370 673 = 30 vom Hundert. Die Gegner hatten also einen Verlust von 144 465, während wir einen Gewinn von 29 249 Stimmen zu verzeichnen hatten. In der ersten Zeit nach den Hauptwahlen kam es oft vor, daß unsere Genossen sich in solchen Kreisen, wo keine Aussicht vorhanden war, das Mandat zu gewinnen, sich nicht an den Wahlen beteiligten. Wenn diese Wahlen mitgezählt werden, gibt es ein unklares Bild. Scheidet man die Nachwahlen der Jahre 1907 und 1908 ganz aus und rechnet nur die 34 Nachwahlen aus den Jahren 1909 bis 1911, dann gibt es folgendes Bild: Bei den Hauptwahlen 1907 waren in diesen 34 Wahlkreisen 987 472 Stimmen abgegeben, wovon 274 633 auf die sozialdemokratischen Kandidaten entfielen. Wir hatten also in diesen Kreisen 27,81 vom Hundert Stimmen. Unser Anteil war etwas geringer als der Durchschnitt im Reiche, wo der Anteil 28,9 vom Hundert betrug. Bei den Nachwahlen hatten wir von 897 318 abgegebenen Stimmen 309 482, also 34,49 Proz. Diese 34 Nachwahlen ergeben das genaue Bild des Wahlresultats vom 12. Januar 1912. Es zeigt sich hier, daß die Verschiebung des Stärkeverhältnisses bereits 1909 eingetreten war. In der Wahlagitation mußte nun dahin gearbeitet werden, daß wir auch Gewinn von der größeren Wahlbeteiligung erlangten, die naturgemäß bei den allgemeinen Wahlen eintritt.

* * *

Zur 13. Legislaturperiode fanden fünf Nachwahlen statt, wovon drei auf vollkommen sichere Zentrumskreise entfielen. Hertling legte gleich nach der Eröffnung des Reichstages das Mandat für Münster-Coesfeld nieder, weil er bayerischer Ministerpräsident wurde, Becker-Köln trat in Waldbröl zurück, um dem in Köln durchgefallenen Trimborn ein Mandat zu verschaffen, und Roeren verzichtete auf das Mandat von Saarburg-Merzig, weil er in dem häuslichen Zwist des Zentrums in dem Kampf zwischen Berliner und Kölner Richtung zu den Unterlegenen gehört. Eine Neuwahl wurde durch das Ableben Albert Trägers im zweiten oldenburgischen Wahlkreise nötig, und ferner fand im ersten mecklenburgischen Wahlkreise eine Nachwahl statt, weil der Reichstag das Mandat Paulis für ungültig erklärt hatte.

Die Wahlresultate bei diesen Nachwahlen haben in mancher Beziehung Aehnlichkeit mit den Resultaten der Nachwahlen von 1907 und 1908. Wie am 4. Juli 1907 bei der Nachwahl im dritten oldenburgischen Wahlkreise unsere Genossen sich nicht an der Wahl beteiligten, obwohl sie bei der Hauptwahl 3215 gegen 16 186 Zentrumsstimmen gehabt hatten, so beteiligten sie sich auch nicht bei der Nachwahl in Münster-Coesfeld. Sie hatten am 12. Januar zwar 2541 Stimmen aufgebracht, aber Freiherr von Hertling hatte 25 728 Stimmen erhalten. Die Wahl des Zentrumskandidaten stand also fest. Aehnlich verhielten sich unsere Genossen in Waldbröl und Saarburg-Merzig. Nachwahlen, bei denen wir in einen ernsthaften Kampf eintraten, waren Oldenburg II und Hagenow-Grevesmühlen. Im zweiten oldenburgischen Wahlkreis hatten wir am 12. Januar von 29 593 abgegebenen Stimmen 13 014 Stimmen, also 44 von 100 abgegebenen Stimmen, erhalten. Bei der am 26. April stattgefundenen Nachwahl erhielten wir von 26 356 abgegebenen Stimmen 12 557, also 47,87 vom Hundert, und bei der Stichwahl am 9. Mai erhielt Genosse Hug von 29 632 abgegebenen Stimmen 13 977, also 47,17 vom Hundert. Der Stimmenverlust von 457 im Vergleich zur Hauptwahl wird darauf zurückgeführt, daß eine Anzahl Arbeiter verzogen und die Seefischer von der Unterweser, die am 12. Januar zum größten Teile zu Hause waren, sich am 26. April auf See befanden. Noch größer war unser Stimmenverlust in Hagenow-Grevesmühlen. Dort hatten wir am 12. Januar von 19 356 abgegebenen Stimmen 6151, also 31,8 vom Hundert, erhalten. Am 20. Juni erhielten wir von 18 121 abgegebenen Stimmen 4291, also 23,68 vom Hundert. Hier hatten wir also einen Verlust von 1860 Stimmen zu verzeichnen. Auch hier wird die Abwesenheit vieler Arbeiter als Grund für den Stimmenverlust angegeben. Allein in Boitzenburg und Umgegend, wo man an der Hand der Wählerlisten agitierte, wurden über 800 Arbeiter als verzogen gemeldet. Ein großer Teil der Bauhandwerker und der ungelernten Arbeiter zieht im Sommer nach Hamburg und Lübeck. Der Fortzug allein erklärt aber nicht den Stimmenverlust, denn mancher Arbeiter, der sonst nur am Sonnabend in die Heimat kommt, ist auch zur Wahl erschienen. Mehr noch als die Stimme kommt die Agitationskraft in Betracht. Der Bauhandwerker, der in der Großstadt arbeitet, ist in seinem Wohnort unabhängig. Er ist der Agitator, der vor den Wahlen seine Freunde und Schulkameraden bearbeitet und sie mit zur Wahl nimmt. Kommt er auch selbst am Wahltage zum Wählen, so fehlt ihm doch die Gelegenheit, so zu wirken, wie er dann wirkt, wenn er zu Hause ist und an den langen Winterabenden Zeit hat, sich mit den Landarbeitern zu unterhalten. Das Fehlen von einigen hundert Hausagitatoren erklärt in solchem rein ländlichen Kreis den Stimmenrückgang von 1860 viel eher, als daß man annimmt, daß die in der Stadt arbeitenden Genossen selbst nicht zur Wahl erschienen sind. Der Rückgang unserer Stimmen hatte zur Folge, daß der Freisinnige mit dem Konservativen in die Stichwahl kam und dadurch die Konservativen das Mandat verloren. Jetzt haben die Konservativen von den sieben Mandaten der junkerlichen Mecklenburgs nur noch ein Reichstagsmandat.

Landtagswahlen.

Gänzlich neu gewählt wurden die Landtage von Schaumburg-Lippe, Oldenburg, Elsaß-Lothringen, Schwarzburg-Rudolstadt, Bayern und Koburg-Gotha. Da der am 10. November 1911 gewählte Landtag für Schwarzburg-Rudolstadt am 4. März 1912 wieder aufgelöst wurde, so hatte dieses Ländchen zweimal Landtagswahlen, mit bestem Erfolg für die Partei.

Ferner fanden in Hessen, Lübeck und in Bremen, wo immer nur ein Teil der Abgeordneten ausscheidet, Neuwahlen statt. Außerdem waren in vielen Wahlkreisen, wo das Mandat durch Tod oder aus anderen Gründen erledigt war, Neuwahlen. Sämtliche Neuwahlen lieferten Beweise für das Fortschreiten unserer Partei. Den Siegeszug eröffnete das kleine Schaumburg-Lippe. Bei den Wahlen 1906 hatten unsere Genossen 967 Stimmen aufgebracht. 1911 stimmten 1630 Wähler für sozialdemokratische Kandidaten. Wir eroberten ein Mandat und brachten zwei Genossen zur Stichwahl. In den Stichwahlen stiegen unsere Stimmen noch, jedoch wurde kein weiteres Mandat erobert.

Am 29. September waren die Neuwahlen in Oldenburg. Dort wurde auf Grund eines neuen Wahlrechts gewählt. Nach diesem Gesetz ist in Oldenburg jeder Deutsche, welcher zur Zeit der Wahl das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet und mindestens seit drei Jahren seinen Wohnsitz im Großherzogtum hat, wahlberechtigt. Ueber 40 Jahre alte Wähler haben zwei Stimmen. Weil dieses Gesetz von dem früheren Gesetz wesentlich abweicht, sind die Stimmen mit den bei früheren Wahlen abgegebenen Stimmen nicht vergleichbar. Abgegeben wurden:

Für die Sozialdemokratie . . .	50 586	Stimmen
„ die fortschrittliche Volkspartei	45 370	„
„ die Nationalliberalen . . .	32 939	„
„ das Zentrum	35 501	„
„ den Bund der Landwirte . .	15 123	„
Zusammen	179 519	Stimmen

Wir erhielten von je 100 abgegebenen Stimmen 28,18 Stimmen. Bemerkenswert ist, daß in einem Lande mit bedeutender Landwirtschaft die Agrarier eine so jämmerliche Niederlage erlitten. Zentrum und der Bund der Landwirte brachten es noch nicht auf 30 Proz. der Stimmen. Oldenburg hatte 1907 59 106 landwirtschaftliche Betriebe, darunter 35 808, die Großvieh halten. Von der oldenburgischen Bevölkerung lebten 173 764, also 38,59 Proz., von Landwirtschaft, somit ein erheblich größerer Teil wie in Preußen, wo nur 28,59 Proz. von Landwirtschaft leben.

In der Hauptwahl eroberten unsere Genossen 8 Mandate und in der Stichwahl noch 4 Mandate, so daß in dem aus 45 Abgeordneten bestehenden Landtag 12 Sozialdemokraten sitzen.

Zum erstenmal hatte auch Elsaß-Lothringen auf Grund seiner neuen Verfassung einen Landtag zu wählen. Bei den am 22. Oktober stattfindenden Hauptwahlen wurden Stimmen abgegeben:

Für Sozialdemokraten	70 274
„ Zentrum	117 442
„ Nationalbündler	1 170
„ Lothringischen Block	25 096
„ Unabhängige	11 693
„ Liberale	55 682
„ Demokraten	8 525
„ Wirtschaftliche Vereinigung	684
Zusammen	290 566

Bei der Reichstagswahl wurden 348 954 Stimmen abgegeben, wovon unsere Partei 110 675 erhielt. Die geringere Stimmenzahl bei der Landtagswahl zeigt, daß ein großer Teil der Reichstagswähler nicht das Landtagswahlrecht besitzt. Die Arbeiter werden am stärksten benachteiligt. Während unsere Genossen bei der Reichstagswahl von 100 Stimmen 31,7 erhielten, bekamen sie bei der Landtagswahl nur 24,2 vom Hundert. In der Hauptwahl wurden 5 Sozialdemokraten gewählt. In den am 29. Oktober vollzogenen Stichwahlen errangen unsere Genossen noch 6 Mandate, so daß in dem mit 60 Abgeordneten besetzten Landtag 11 Sozialdemokraten sitzen.

Hessen ist der Bundesstaat, in welchem die Regierung schon seit langer Zeit eingesehen hat, daß das alte Wahlrecht unhaltbar ist. Bereits dem 31. Landtag (1898—1902) ging eine Regierungsvorlage zu, welche die direkte Wahl, Sicherung des Wahlgeheimnisses, sowie Vermehrung der städtischen Mandate von 10 auf 15 bringen sollte. Diese Vorlage wurde nicht Gesetz. So kamen im Laufe der Jahre vier Vorlagen an den Landtag. Aus der vierten Vorlage ist das gegenwärtig geltende Gesetz geschaffen worden. Nach diesem Wahlgesetz sind wahlberechtigt: alle Personen männlichen Geschlechts, die zur Zeit der Wahl das 25. Lebensjahr vollendet haben, wenigstens drei Jahre im Großherzogtum wohnen, seit einem Jahre die hessische Staatsangehörigkeit besitzen und seit dem Beginn des Rechnungsjahres, in dem die Wahl vorgenommen wird, zu einer direkten Staats- oder Gemeindesteuer herangezogen sind. Jeder 50 Jahre alte Hesse erhält eine Zusatzstimme. Der Hesse aber, der zur Zeit der Wahl mit der Entrichtung der direkten Staats- oder Gemeindesteuer länger als zwei Monate im Rückstande ist, verliert das Wahlrecht. Armut bringt also einen Teil des Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte.

Durch das Wahlgesetz wurde die Zahl der Landtagsmandate von 50 auf 58 erhöht. Im verflossenen Landtag saßen 18 Nationalliberale, 12 Bauernbündler, 8 Zentrumsabgeordnete, 5 Sozialdemokraten, 5 Freisinnige und 2 Fraktionslose. Von diesen schieden aus 8 Nationalliberale, 7 Bauernbündler, 5 Zentrumsanhänger, 3 Sozialdemokraten, 1 Freisinniger und 1 Fraktionsloser. Ferner mußten die acht neuen Mandate besetzt werden. Von den acht neuen Mandaten entfielen auf die Städte Darmstadt, Mainz, Offenbach, Worms und Gießen je eines und drei auf die Landbezirke. Bei den am 3. und 17. November vollzogenen Wahlen resp. Stichwahlen wurden 5 Sozialdemokraten gewählt. Der neue Landtag besteht demnach aus 16 Nationalliberalen, 16 Bauernbündlern, 9 Zentrumsmitgliedern, 9 Mitgliedern der Fortschrittlichen Volkspartei und 8 Sozialdemokraten.

Ein Landtag mit sozialdemokratischer Mehrheit wurde am 10. November in Schwarzburg-Rudolstadt gewählt. Der Landtag besteht aus 17 Abgeordneten. Unsere Genossen siegten in neun Kreisen. Hierbei wurden die Genossen Winter und Scholl doppelt gewählt. Sie lehnten die Mandate für Frankenhausen und Königsee-Stadt ab, wo dann am 16. Dezember Nachwahlen stattfanden. Bei diesen Nachwahlen siegten unsere Genossen mit 567 gegen 418 und 762 gegen 223 Stimmen. Der Landtag wurde am 4. März aufgelöst, und es fanden dann am 7. Juni Neuwahlen statt. Hierbei verloren unsere Genossen Stadtilm mit 734 gegen 735 gegnerische Stimmen, aber sie eroberten dafür Frankenhausen-Land, so daß der neue Landtag wieder aus neun Sozialdemokraten und acht Gegnern besteht. Die Rudolstädter werden sich schon an den sozialdemokratischen Landtag gewöhnen müssen, denn die Mehrheit des Volkes besteht aus Sozialdemokraten. Ununterbrochen ist die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen gestiegen. Es erhielten bei den letzten fünf Landtagswahlen Stimmen:

	Die Sozialdemokraten	Die Gegner	Zusammen
1902	4048	3980	8028
1905	5747	5277	11024
1908	6482	6432	12914
1911	7914	5954	13868
1912	8285	6856	15141

Die Wahlbeteiligung ist erheblich gewachsen und bald auf dem Punkt angekommen, wo eine Steigerung nicht mehr möglich ist. In den 11 Jahren ist die Bevölkerung um 8,69 vom Hundert, aber die Wahlbeteiligung um 88,6 vom Hundert gestiegen. Die Stimmen für unsere Genossen stiegen um 104,68 Proz., während die Gegner nur eine Steigerung von 72,26 Proz. aufzubringen vermochten.

Bei den am 17. November stattgefundenen Wahlen zur Bürgerschaft in **Lübeck** behaupteten unsere Genossen alle vier Mandate der zweiten Abteilung. Während unsere Genossen 746 bis 1344 Stimmen erhielten, brachten es die Gegner nur auf 265 bis 285 Stimmen. In der ersten Klasse, zu welcher alle Bürger gehören, die ein Einkommen von mehr als 2000 Mk. versteuern, erhielten unsere Genossen 217 gegen 2200 Stimmen der Gegner. Insgesamt hatten unsere Genossen 4189 Stimmen, während die Gegner nur 3301 Stimmen aufbrachten. Unsere Genossen erhielten vier Mandate der zweiten Klasse und die Gegner 32 Mandate der ersten Klasse.

Am 16. November fanden die Wahlmännerwahlen für die Landtagswahlen in **Braunschweig** statt. In der Stadt Braunschweig wurden für die Wahlmänner der dritten Klasse für Sozialdemokraten 4900 Stimmen und für Gegner 1600 abgegeben. 144 sozialdemokratische Wahlmänner wurden gewählt. Bei der Abgeordnetenwahl am 21. November kamen 8 Genossen in Stichwahl, aber gewählt wurde keiner.

In der Woche vom 22. bis 29. November fand die halbschichtige Wahl zur Bürgerschaft in **Bremen** statt. Unsere Genossen hatten acht Mandate zu verteidigen. Diese Mandate wurden gehalten und zwei Genossen kamen in Stichwahl. Die Wahlen brachten einen Stimmenzuwachs für unsere Partei und einen Rückgang der Stimmen der Gegner. 1908 waren 5790 Stimmen für Sozialdemokraten und 9523 Stimmen für Gegner abgegeben. 1911 stieg die Stimmenzahl für unsere Genossen auf 6266, während die Stimmenzahl für die Gegner auf 8767 zurückging. Bei den Stichwahlen am 13. Dezember siegten die Gegner.

Am 14. November wurde der **bayerische Landtag** infolge eines Konflikts des Verkehrsministers v. Frauendörfer mit dem Zentrum aufgelöst. Der Minister hatte während einer Rede eines Zentrumsabgeordneten den Saal verlassen. Dadurch fühlte sich das ganze Zentrum beleidigt und erklärte, mit diesem Minister nicht mehr verhandeln zu wollen. Die Parteien und Gruppen, die sich nicht unter die Gewalt des Zentrums beugen wollten, schlossen am 22. Dezember ein Wahlabkommen. An dem Wahlabkommen beteiligten sich die Sozialdemokraten, die Liberalen, der bayerische Bauernbund und der deutsche Bauernbund. Die große Mehrheit unserer Genossen hielt das Abkommen für geboten, weil nach dem bayerischen Wahlgesetz die einfache Mehrheit für die Wahl genügt. Nur wenn kein Kandidat mehr als ein Drittel der abgegebenen Stimmen hat, findet eine Stichwahl statt. In dem Aufruf unserer bayerischen Genossen heißt es: „Der Zweck, das bayerische Volk dauernd von der Gewaltherrschaft der Zentrumsmehrheit zu erlösen, schließt in sich das ernste Streben nach einem gerechten Wahlgesetz. Das geltende Wahlgesetz mit seiner auf die Interessen der Zentrumspartei zugeschnittenen Wahlkreiseinteilung, mit seiner Ausschaltung der Stichwahlen hat sich als untauglich erwiesen, das freie politische Leben in Bayern zu fördern. Es zwingt die Parteien, die trotz ihres größeren Anteils an den abgegebenen Stimmen in die Minorität gedrängt sind, schon im ersten Wahlgange zusammenzustehen, um das ihnen zugefügte Unrecht einigermaßen auszugleichen und eine Wahlreform im Sinne des Proporzes vorzubereiten.“ Das Abkommen wurde bei den am 7. Februar 1912 vollzogenen Wahlen auch gehalten, aber trotzdem gelang es nicht, die Zentrumsmehrheit zu brechen. Gewählt wurden: 87 Zentrumsabgeordnete, 35 Liberale und Anhänger des deutschen Bauernbundes, 30 Sozialdemokraten, 4 Mitglieder des bayerischen Bauernbundes und 7 des Bundes der Landwirte. Also das Zentrum allein ist mit seinen 87 Mandaten in dem aus 163 Abgeorneten bestehenden Landtag in der Mehrheit. Bei den meisten Fragen kann es auch noch auf die sieben Abgeordneten des Bundes der Landwirte rechnen. Unsere Genossen, die im alten Landtage 21 Mandate hatten, haben bei den Wahlen 9 Mandate gewonnen.

Neugewählt wurde auch der Landtag von **Koburg-Gotha**. In den vorherigen Landtagen hatten in den aus 19 Abgeordneten bestehenden Landtag in Gotha unsere Genossen sieben Sitze und in dem aus elf Abgeordneten bestehenden Landtag in Koburg einen Sitz. Die Wahlen sind indirekt. Bei den Wahlmännner- und Abgeordnetenwahlen erlangten unsere Genossen in Gotha in neun Bezirken die Mehrheit und in Koburg kamen sie in zwei Bezirken in Stichwahl, wobei sie in einem Bezirk die Mehrheit erlangten. Bei der Abgeordnetenwahl wurden jedoch statt 12, nur 11 Stimmen für Genossen Körschner abgegeben. So entstand Stimmengleichheit. Durch Auslosung wurde der Gegner Gewinner des Mandates.

Von den einzelnen Nachwahlen sind hervorzuheben:

Die Nachwahl für den Landtag, die infolge des Todes des Genossen **Borgmann** in **Berlin V** stattzufinden hatte. Genosse Borgmann war mit 303 gegen 207 Wahlmännerstimmen gewählt. Bei den Ersatzwahlen für ausgeschiedene Wahlmänner eroberten unsere Genossen eine Anzahl weiterer Mandate. Am 21. November wurde Abgeordneter Genosse **Borchardt** mit 314 gegen 166 Stimmen alsdann gewählt.

Bei einer Nachwahl in **Breslau**, wo bei den Hauptwahlen für Genossen Löbe 307 Wahlmännerstimmen abgegeben waren, haben unsere Genossen 63 Wahlmänner mehr erhalten. Genosse Löbe erhielt 370, der Liberale Ehlers 506 und der Kandidat der Konservativen und des Zentrums 780 Stimmen. Bei der Stichwahl stimmten unsere Genossen für Ehlers, der dann mit 872 gegen 778 Stimmen gewählt wurde.

Die Zahl der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten ist im Laufe des Berichtsjahres um 36 auf 224 gestiegen. Keine Vertreter haben wir außer in den beiden Mecklenburg, wo es keine gewählten Landtage gibt, in Braunschweig, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck und Reuß ä. L. Die 224 Abgeordneten verteilen sich auf folgende Landtage:

Bayern	30	Sachsen-Meiningen	9
Sachsen	26	Schwarzburg-Rudolstadt	9
Baden	20	Hessen	8
Hamburg	20	Sachsen-Altenburg	7
Bremen	16	Preußen	6
Württemberg	16	Reuß j. L.	5
Lübeck	12	Sachsen-Weimar	4
Oldenburg	12	Anhalt	1
Elsaß-Lothringen	11	Schaumburg-Lippe	1
Gotha	9	Lippe	1

Gemeindevertretungen.

Die Gemeinde war früher der Ort, wo die Besitzenden ihre Sonder- und Klasseninteressen ungestört vertraten. Seit die Sozialdemokratie die Gemeindepolitik in den Bereich ihrer Wirksamkeit gezogen hat, ist es in vielen Orten anders geworden. In Gemeinde- und Stadtvertretungen werden nun auch die Interessen der Arbeiter vertreten. Die Wahlkämpfe sind nicht mehr Streitereien um Personen, sondern politische Kämpfe geworden. Auch hier haben unsere Genossen manch bemerkenswerten Sieg errungen. Es ist aber unmöglich, die einzelnen Siege hier zu registrieren. Das Vordringen unserer Partei auf diesem Gebiet erkennt man am besten, wenn wir die Zahlen von drei Jahren untereinanderstellen. In folgender Stärke waren wir in den Gemeindeverwaltungen vertreten:

	In Stadtverord.-Versammlungen		In Landgemeinden		Magistrat		Gemeindevorstand	
	Zahl der		Zahl der		Zahl der		Zahl der	
	Städte	Vertreter	Gemeinden	Vertreter	Städte	Vertreter	Gemeinden	Vertreter
1910	396	1813	2009	5720	41	114	51	82
1911	410	2015	2240	6646	31	95	83	154
1912	470	2531	2680	7593	50	104	157	204

Wie sich am Schlusse des Geschäftsjahres die Vertretung auf die einzelnen Agitationsbezirke verteilt, ist aus der Tabelle auf Seite 35 zu ersehen.

Maifeier.

Anfang März gab der Parteivorstand ein neues Flugblatt über die Bedeutung der Maifeier heraus, das in vielen Orten mit gutem Erfolg verbreitet wurde. Die diesjährige Maifeier galt in erster Linie dem Proteste gegen die neuen Heeres- und Flottenlasten, die dem deutschen Volke im neuen Reichstage beschert wurden, und wurde so zu einer wuchtigen Demonstration wider das wahnwitzige Rüsten zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Es war in diesem Jahre bei der Maifeier eine starke Beteiligung durch Arbeitsruhe zu verzeichnen. Bei den Veranstaltungen am Morgen des 1. Mai überstieg die Zahl der Teilnehmer in fast allen Orten die des Vorjahres. Die frühere Gepflogenheit, Maifeiern auch an den Sonntagen vor und nach dem 1. Mai abzuhalten, ist fast ganz aufgegeben. Die Maifeier **muß** nach den Maifeier-Vereinbarungen zwischen Partei und Gewerkschaften **am 1. Mai** stattfinden.

Der auf dem Nürnberger Parteitag angenommene Antrag 90, der verlangt, daß die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, verpflichtet sind, einen Tagesverdienst abzuführen, hat in einer Reihe von Orten zu unerquicklichen Differenzen geführt. Diese Streitigkeiten haben bereits im Vorjahre den Jenaer Parteitag beschäftigt und es war dort beschlossen worden, daß gegen die Mitglieder, welche sich weigern, dem Nürnberger Beschluß nachzukommen, das Ausschlußverfahren einzuleiten sei. Bei Abschluß unseres Berichtes ließ sich noch nicht übersehen, welche Erfahrungen im Jahre 1912 mit der Abführung des Tagelohnes gemacht wurden. Die Nichtabführung des Tagelohnes im

Agitationsbezirke	Vertreter der Partei in Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen				Vertreter der Partei im Magistrat, Stadtrat und Gemeindevorstand			
	Zahl der				Zahl der			
	Städte	Vertr.	Landg.	Vertr.	Städte	Vertr.	Landg.	Vertr.
Ostpreußen	4	18	3	3	—	—	—	—
Westpreußen	1	11	8	13	—	—	—	—
Groß-Berlin	10	158	103	272	—	—	2	4
Brandenburg	29	148	88	269	—	—	2	3
Pommern	4	28	16	45	—	—	1	1
Posen	—	—	3	6	—	—	—	—
Breslau	5	24	59	116	—	—	—	—
Görlitz	4	21	43	122	—	—	—	—
Oberlangenbielau	2	5	62	139	—	—	—	—
Kattowitz	—	—	4	8	—	—	1	1
Magdeburg	15	80	70	124	—	—	—	—
Halle a. S.	23	74	158	315	—	—	—	—
Erfurt	3	11	27	84	—	—	—	—
Schleswig-Holstein	16	48	74	149	—	—	—	—
Hannover	8	14	51	138	—	—	—	—
Oestl. Westfalen	12	45	48	114	—	—	—	—
Westl. "	5	9	69	134	—	—	—	—
Oberrhein	2	6	8	11	—	—	—	—
Niederrhein	22	140	27	68	—	—	—	—
Saargebiet	—	—	1	1	—	—	—	—
Frankfurt a. M.	13	79	83	227	1	1	12	12
Kassel	5	15	56	141	—	—	4	4
Nordbayern	30	163	107	340	15	28	9	9
Südbayern	8	85	15	61	6	8	—	—
Pfalz	16	108	51	192	—	—	19	21
Dresden	17	76	285	641	—	—	—	—
Chemnitz	32	145	180	535	—	—	—	—
Leipzig	13	60	120	237	—	—	1	1
Zwickau	13	40	72	185	1	1	—	—
Württemberg	29	191	121	424	14	88	38	68
Baden	26	303	115	948	10	24	46	61
Hessen	10	51	166	415	1	1	1	1
Mecklenburg	7	38	—	—	—	—	—	—
Thüringen I	17	64	58	112	—	—	1	1
" II	9	54	44	165	—	—	1	1
Sachsen-Altenburg	10	37	30	140	1	1	—	—
Gotha	5	25	53	157	—	—	7	7
Oldenburg-Ostfriesland	6	39	11	42	1	2	—	—
Braunschweig	7	30	44	83	—	—	—	—
Sachsen-Meiningen	5	6	26	85	—	—	2	3
Anhalt	13	60	32	83	—	—	—	—
Hamburg	1	8	15	39	—	—	4	4
Nordwest	4	35	45	138	—	—	1	1
Lübeck	—	—	3	12	—	—	1	1
Elsaß-Lothringen	9	34	26	60	—	—	—	—
Zusammen	470	2531	2680	7593	50	104	157	204

Jahre 1911 hat in einigen Orten zu Ausschlußverfahren geführt, die in letzter Instanz den Chemnitzer Parteitag beschäftigen werden. Die Genossen, welche von dem Antrag 90 betroffen werden und die Annahme dieses Antrags in Nürnberg für ein Unrecht halten, haben das Recht, für Aufhebung des Antrags zu agitieren. Sie haben aber die Pflicht, dem Antrage Folge zu leisten, solange er gilt. Wenn sich solche Genossen hartnäckig weigern dem Antrag nachzukommen, so verdient das den schärfsten Tadel.

Parteipresse.

Am Schlusse des Berichtsjahres verfügte die Partei über 86 Tageszeitungen. Die früher in Lörrach erscheinende „Volkszeitung" ist mit der „Volkswacht" in Freiburg verschmolzen worden. Neu hinzugekommen sind: „Schlesische Bergwacht" in Waldenburg, „Hessischer Volksfreund" für Erbach-Bensheim, „Donau-Wacht" in Ulm, „Freie Presse" in Reutlingen und „Volksblatt" in Coburg. Unter den Tageszeitungen befinden sich 19 sogenannte Kopfblätter. Neben den Tageszeitungen erscheinen das „Bayrische Wochenblatt, die „Volkswacht in Danzig zweimal wöchentlich und ebenso die „Gaz. Robotnicza" in Kattowitz.

Von diesen 89 Parteizeitungen werden 8 in Privatdruckereien hergestellt, die übrigen in 59 Parteidruckereien. Der Parteivorstand ist an 23 Druckereien finanziell beteiligt. Neben sonstigem Einfluß auf die Verwaltung hat er sich auch das Recht der jederzeitigen Revision dieser Geschäfte gesichert. Außerdem haben in Ausführung des uns vom Jenaer Parteitag überwiesenen Antrags 15 weitere 20 Parteigeschäfte die Revision durch den Parteivorstand gewünscht. Im Laufe des Geschäftsjahres sind durch den vom Parteivorstand bestellten Revisor 28 Geschäfte revidiert worden. Davon 14 einmal, 12 zweimal und 2 dreimal.

Unter Hinzurechnung der „Gleichheit" verfügte die Parteipresse am 30. Juni 1912 über 1 478 042 Abonnenten.

Gegenüber dem Vorjahre ist das eine Zunahme an Abonnenten von 171 577. Die Einnahmen aus Abonnements sind von 7 840 718 Mk. auf 8 888 834 Mk. und die Einnahmen aus Inseraten von 5 853 302 Mk. auf 6 830 496 Mk. gestiegen. Neben der erheblichen Stärkung der Parteiorganisation hat also auch die Parteipresse erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen.

Das Sozialdemokratische Pressebureau hat im Berichtsjahre wesentlich höhere Ansprüche an die Hauptkasse gestellt als jemals zuvor. Der Zuschuß aus der Parteikasse belief sich auf 30 100 Mk. gegenüber nur 8400 Mk. im Vorjahre. Freilich war das Bureau im Wahljahre 1912 auch vor große Aufgaben gestellt worden. Wenngleich manche Klagen nicht verstummen wollen, so darf doch konstatiert werden, daß das Pressebureau bei den Wahlen der Parteipresse gute Dienste geleistet hat. Für besondere Wahlartikel (Situationsberichte aus allen Teilen des Reichs) wurden etwa 700 Mk. verausgabt. An Telephongebühren hatte das Bureau nur 600 Mk. mehr zu verausgaben als im vergangenen Jahre. Dagegen steigerten sich die Ausgaben für Telegrammgebühren infolge der Wahlen auf 9600 Mk.— im Jahre zuvor waren nur 98,90 Mk. dafür ausgegeben worden! Eine Rückvergütung für Wahltelegramme wurde von der Parteipresse nicht verlangt. Unvorhergesehene Kosten entstanden dem Bureau durch die Anstellung eines Aushilfsredakteurs während der Wahlzeit. 1200 Mk. außerordentliche Ausgaben erwuchsen durch die Erkrankung und das Ableben des Redakteurs Düvell und eines Bureauboten. Durch die Anstellung eines dritten Boten, der auch für die „Partei-Korrespondenz" mit beschäftigt wird, steigerte sich der Etat um weitere 1200

Mark. Das Gehalt des Geschäftsführers war früher im Etat der „Partei-Korrespondenz" aufgeführt worden, wurde nunmehr aber für das Pressebureau übernommen. Das bedeutete eine weitere Erhöhung des Etats um 2700 Mk. Gehaltszulagen und erhebliche Steigerung der Kosten für die gewerkschaftliche Berichterstattung kamen hinzu. Letztere konnte ausgedehnt werden auf Oesterreich, England und Frankreich.

Während des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet wurde ein Spezialdienst eingerichtet. Ein regelmäßiger Auslandsdienst für die politische Berichterstattung hat noch nicht eingeführt werden können. Frühere Anregungen, dem Pressebureau auch die Berichterstattung über gewerkschaftliche Generalversammlungen zu übertragen, sind noch nicht über das Stadium der Erhebungen hinausgekommen. Der Beirat des Pressebureaus war der Meinung, daß man an eine so bedeutsame Erweiterung der Aufgaben nicht herantreten dürfe, bevor vollkommene Klarheit über die in Betracht kommenden Fragen geschaffen ist.

Pressebureau.

1. Juli 1911 — 30. Juni 1912.

	Juli bis Septbr. 1911	Okt. bis Dezbr. 1911	Jan. bis März 1912	April bis Juni 1912	Summa für 1911/12	Im Vorjahre 1910/11
Einnahmen;						
Aus d. Hauptkasse erhalten	11100,—	12500,—	16000,—	4000,—	43600,—	33100,—
Im Umlageverf. erhoben	3415,—	9435,—	9260,—	12455,—	34565,—	40029,15
Rückvergütung von Telephongebühren	274,10	856,50	935,95	1507,05	3303,60	4181,24
Sonstige Einnahmen . .	—	—	24,60	4343,40	4368,—	4131,10
Summa . .	14789,10	22521,50	26220,55	22305,45	85836,60	81441,49
Ausgaben:						
Gehälter	7666,44	7530,09	7855,18	7274,40	30326,11	28711,62
Korrespondenten:						
a) Politische	1193,15	2341,68	2983,70	3346,42	9864,95	14294,07
b) Gewerkschaftliche . .	1127,05	1475,58	1906,83	1286,11	5795,57	
Telephongebühren . . .	713,55	1157,25	1603,—	883,25	4357 05	3731,58
Telegrammgebühren . .	30,—	56,15	9407,45	186,20	9679,80	98,90
Porti	711,83	746,25	840.—	655,07	2953,15	2618,64
Laufende Ausgaben . .	1762,06	2057,25	2100,84	1613,87	7534,02	7540,28
Kranken- u. Invalidenvers.	158,19	209,21	261,31	185,04	813,75	667,71
Diverse	132,40	285,70	—	—	418,10	973,31
An die Hauptkasse . . .	1000,—	6000,—	—	6500,—	13500,—	24700,—
Summa . .	14494,67	21859,16	26958,31	21930,36	85242,50	78336,11

Bilanz:

Bestand am 30. Juni 1911	3 940.03 M.
Einnahmen 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912	85 836,60 „
	89 776,63 M.
Ausgaben 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 .	85 242,50 „
Kassenbestand am 1. Juli 1912	4 534,13 M.

* * *

Ueber den Stand des „Vorwärts", der „Neuen Zeit", des „Wahren Jakob" und der „Gleichheit" geben folgende von der Kontrollkommission geprüfte Jahresabrechnungen Auskunft.

„Vorwärts"

1. Juli 1911 — 30. Juni 1912.

	Mk.	Mk.
Eingang:		
Zeitung	1 391 298,95	
do. Post	70 240,10	
Inserate	710 403,75	
Speditionen	81 921,25	
Broschüren	4 188,20	
Diverse	149,05	2 258 151,30
Ausgang:		
Diverse	98 313,90	
Mitarbeiter: Politik	35 436,85	
do. Soziales und Gerichtliches	8 944,75	
do. Gewerkschaftliches	9 030,35	
do. Versammlungen	2 685,—	
do. Lokales	10 611,30	
do. Vorort	4 957,90	
Feuilleton	15 724,45	
Redakteure	68 947,—	
Depeschen und Parlamentsberichte	3 922,—	
Neue Welt	79 862,75	
Expedition	33 381,60	
Gerichtskosten	5 603,40	
Redaktions-Bibliothek	1 275,55	
Speditionen	58 463,35	
Herstellung der Zeitung	1 513 642,95	1 950 803,10
Gewinn pro 1911/12 Mk.		**307 348,20**

Der Abonnentenstand des „Vorwärts" betrug am 1. Juli 1912 165 500 gegen 157 000 im Vorjahre.

* * *

„Die Neue Zeit".

1. Januar — 31. Dezember 1911.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements netto	65 346	77
B. Ausgänge:		
Satz, Druck usw.	20 548	—
Papier	11 061	95
Buchbinder	4 547	15
Redaktion	14 700	—
Mitarbeiter	11 183	05
	62 040	15
Gewinn-Saldo	3 306	62
	65 346	77

Der Abonnentenstand betrug Ende 1910 . . . . 9 800
1. Juli 1911 . . . . 10 500
1. Juli 1912 . . . . 10 300

„Der Wahre Jacob".

1. Januar — 31. Dezember 1911.

		Mk.	Pf.
A. Eingänge:			
Abonnements und Inserate netto		336 906	77
B. Ausgänge:			
Satz, Druck, Stereotypie usw.		118 405	20
Papier		113 800	40
Reproduktion, Aetzungen	8 848,24		
Galvanos	4 692,51	13 540	75
Redaktion		12 500	—
Mitarbeiter, Künstler usw.		25 918	50
		284 164	85
Gewinn-Saldo		52 741	82
		336 906	77

Der Abonnentenstand betrug Ende 1910 . . . . 286 000
1. Juli 1911 . . . . 307 000
1. Juli 1912 . . . . 380 500

* * *

„Die Gleichheit".

1. Januar — 31. Dezember 1912.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements netto	79 590	10
B. Ausgänge:		
Satz, Druck usw.	24 082	20
Papier	29 309	40
Redaktion	8 500	—
Mitarbeiter	5 930	49
	67 772	09
Gewinn-Saldo	11 818	01
	79 590	10

Der Abonnentenstand betrug Ende 1910 . . . . 85 000
1. Juli 1911 . . . . 94 500
1. Juli 1912 . . . . 107 000

Buchhandlung Vorwärts.

In dem Geschäftsjahr vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 hat die Buchhandlung Vorwärts über folgende Neuerscheinungen zu berichten:

Von der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek" wurden folgende Hefte neu herausgegeben: Heft 28: „Die Jahre der Geschlechtsreife" von Dr. Popitz (10 000); Heft 29: „Volksernährung" von Dr. Marcuse (10 000). Die ersten 20 Hefte der Sammlung auf gutem Papier gedruckt und zu einem Bande vereinigt (2000). Außerdem wurden verschiedene Hefte insgesamt in 42 000 Exemplaren nachgedruckt.

In der Serie „Sozialdemokratische Flugschriften“ sind neu erschienen: „Warum mußt Du Sozialdemokrat sein?“ (155 000); „Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin und Unternehmerin“ (20 000); „Die Landbevölkerung und die Sozialdemokratie“ (60 000). Nachgedruckt wurden: Heft 5: „Die Sozialdemokratie und das Heer“ (25 000); Heft 7: „Beamtenschaft und Sozialdemokratie“ (84 000); Heft 8: „Indirekte Steuern und Zölle“ (55 000).

Im Rahmen der „Sozialdemokratischen Gemeindepolitik“ erschienen: Heft 12: „Die Wertzuwachssteuer“ von Südekum (3300); Heft 13: „Die Aufgaben der Gemeindeverwaltungen in der Sozialgesetzgebung“ von Kleeis (3300).

Vom Protokoll des Parteitags in Jena sind 30 850 Exemplare hergestellt worden.

Zur Unterstützung des Reichstagswahlkampfes erschienen: „Reichstagshandbuch 1912“ (6000); Nachtrag zum Handbuch (6000); „Die Wahllügen der bürgerlichen Parteien“ (5000); „Die Sozialdemokratie im Urteile ihrer Gegner“ von Dr. Erdmann (5000); „Der Kampf um die Reichsversicherungsordnung“ (5000); eine Broschüre: „Handlungsgehilfen, technische Angestellte und Reichstagswahl“ (185 000); Reichstagswahl-Agitations-Postkarten (220 000).

In der Serie „Sozialistische Theaterstücke“ wurde nachgedruckt: „Die Tochter des Staatsanwalts“ (1000).

Als Gesetzesführer erschienen: „Führer durch die Invalidenversicherung“ (10 000); „Gemeinsame Vorschriften bei der Reichsversicherungsordnung“ (5000).

Der „Arbeiter-Notiz-Kalender 1912“ wurde in einer Auflage von 26 000 Exemplaren gedruckt.

Die „Maizeitung“ erreichte eine Auflage von 425 000 Exemplaren.

Außerdem sind noch neu herausgegeben worden: „Das Reichswertzuwachssteuergesetz“ von P. Göhre (3000); „Die englische Gefahr und das deutsche Volk“ von Bernstein (5000); „Die Marokkokrise vor dem Deutschen Reichstag“ (13 000); „Die Frauen und der politische Kampf“ von Luise Zietz (52 000); *„Gehörst Du zu uns?“ von Heinrich Schulz (163 000); „Kaiser, Kanzler, Zentrum“ von J. Meerfeld (5500); „Bist Du eine der Unsrigen?“ von Luise Zietz (215 000); „Ergebnisse der Reichstagswahlen“ von Hirsch und Borchardt (5000); „Russische Gefängnisse“ von Wera Figner (2000); „Die großen Utopisten“ von Hausenstein (3000); „Die Unfallversicherung in der Reichsversicherungsordnung“ von Wissell und Müller (2000); „Bericht der Berliner Stadtverordnetenfraktion“ (2600); „Kommunalprogramm der Sozialdemokratie Preußens“ (10 000); „Das Kommunalprogramm der Sozialdemokratie Preußens“ erläutert von P. Hirsch (2000); *„Mit Rucksack und Wanderstab“ von Jürgen Brand (10 000); Schillers Werke (5000); Heines Werke (15 000); „Aus Tag und Tiefe“ von Ludwig Lessen (2000); „Der Ausweg“, Roman von Preczang (3000); „Taschenbuch der Reichstagswahlen“ (35 000); Fraktionsbilder (92 800); Doppelpostkarten mit dem Porträt der Reichstagsfraktion (102 770); Postkarten mit den Einzelporträts der Abgeordneten, 87 Sujets (105 000); diverse Maipostkarten (55 000).

In neuer Auflage resp. im Nachdruck wurden folgende Schriften herausgegeben: „Die Entwickelung der Sozialdemokratie“ von Engels (11 000); „Christentum und Sozialdemokratie“ von Bebel (5000); „Ziele und Wege“ (5000); „Die wahre Gestalt des Christentums“ von Bebel (3250); „Taktische Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie“ von Kautsky (5000); „Die Vernichtung der Sozialdemokratie“ von Kautsky (16 000); „Anarchismus und Sozialismus“ von Plechanow (5000); „Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde“ von Göhre (5000); „Winke für die Reichstagswahlen“ (80 000); „Sozialreform und Arbeiterfreundlichkeit“ (61 000); „Grundsätze und Forderungen“ (100 000); „An den einzelnen, auf den es nicht ankommt“ (55 000); „Der Leipziger Hochverratsprozeß“ (5000); „Zeitungsfremdwörterbuch“ von Braun (10 000); „Handelspolitik und Sozialdemokratie“ von Kautsky (10 000); Programm und Organisationsstatut (15 000); „Die indirekte Steuer“ von Lassalle (3500); „Arbeiterprogramm“ von Lassalle (5000); „Verschiedene Formen des Wirtschaftslebens“ von Bernstein (2000); „Grundbedingungen des Wirtschaftslebens“ von Bernstein (2000); „Erwecht“ von A. Ger (2000); „Führer durch das Einkommensteuergesetz“ (2000).

Der Warenumsatz der Buchhandlung Vorwärts betrug im letzten

Geschäftsjahr	790 709,64 Mk.
im Vorjahr	670 367,79 „
mithin mehr	120 341,85 Mk.

Der Abonnentenstand der Wochenschrift „In Freien Stunden“ betrug im Jahresdurchschnitt 36 000.

Als Gratiskunstblätter gelangten zur Ausgabe Millet, „Aehrenleserinnen“, und Crane, „Der Triumph der Arbeit“.

Die „Kommunale Praxis“ hatte für die Zeit vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 folgendes Ergebnis:

a) Eingänge:

Abonnements	28 587,25 Mk.	
Inserate und Beilagen	366,— „	
	28 953,25 Mk.	
Zuschuß der Buchhandlung Vorwärts	1 149,06 Mk.	30 102,31 Mk.

b) Ausgänge:

Redaktion	6 390,10 Mk.	
Mitarbeiter	4 588,60 „	
Druck und Buchbinderei	15 644,25 „	
Expedition und Agitation	3 479,36 Mk.	30 102,31 Mk.

Am 30. Juni betrug der Abonnentenstand 2907.

Die mit einem * versehenen Neuerscheinungen sind im Auftrage der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands herausgegeben worden.

Parteischule.

Wegen der Reichstagswahlen hat im Winter 1911/12 ein Kursus der Parteischule nicht stattgefunden.

Zur Vorbereitung des 6. Kursus der Parteischule, der vom 1. Oktober 1912 bis zum 31. März 1913 dauern wird, hat eine gemeinsame Konferenz des Parteivorstandes mit dem Lehrerkollegium stattgefunden. Der Kursus wird im großen und ganzen nach demselben Plane abgehalten werden, nach dem die Arbeit der Parteischule in den vorhergehenden Kursen erfolgt ist. Erfreulicherweise liegen für den neuen Kursus wieder mehrere Meldungen von gewerkschaftlichen Zentralverbänden vor, darunter auch von solchen, die bisher noch keine Schüler auf die Parteischule entsandt hatten.

Im Lehrerkollegium der Parteischule ist ein Wechsel eingetreten. Genosse Franz Mehring hat sich aus Gesundheitsrücksichten genötigt gesehen, seine

Lehrtätigkeit in der Parteischule einzustellen. An seine Stelle tritt als Lehrer für den Geschichtsunterricht Genosse A. Conrady.

Um mehrfachen Klagen der Schüler wegen Ueberlastung abzuhelfen, soll bei dem neuen Kursus wöchentlich außer den bisherigen beiden Nachmittagen noch ein dritter Nachmittag vom Unterricht frei gehalten werden.

Bildungsausschuß.

(Sechster Jahresbericht 1911/12).

1. Allgemeines.

Im Berichtsjahre wurde die Bildungsarbeit durch die Reichstagswahlen in erheblichem Maße beeinflußt. Da der Termin der Wahlen im Sommer 1911 noch nicht feststand, so nahmen die Bildungsausschüsse davon Abstand, sich wie sonst schon frühzeitig auf größere Veranstaltungen belehrender und unterhaltender Art festzulegen. Bis zu den Reichstagswahlen haben aus diesem Grunde naturwissenschaftliche Kurse fast gar nicht stattgefunden. In den künstlerischen Veranstaltungen haben sich die Organisationen auf das notwendigste beschränkt.

Die politischen und ökonomischen Kurse konnten dagegen bis in den Dezember hinein abgehalten werden. Allerdings wurden auch sie insoweit durch die Wahlbewegung beeinflußt, als von den Organisationen solche Kurse, deren Wirkung dem Wahlkampfe unmittelbar zugute kommen mußte, bevorzugt wurden.

Der Einfluß, den die planmäßige Bildungsarbeit der letzten Jahre auf das Wahlergebnis gehabt hat, ist zahlenmäßig nicht festzustellen. Man darf aber wohl annehmen, daß der erfreuliche Erfolg der Januarwahlen zum Teil auch mit auf die erheblichen Aufwendungen materieller und ideeller Art zurückzuführen ist, die sich die organisierten Arbeiter in dem verflossenen Jahrfünft im Interesse der planmäßigen Fortbildung freiwillig auferlegt haben.

Daß die Parteigenossen selbst von dem Werte der Bildungsarbeit überzeugt sind, geht auch in deutlicher Weise daraus hervor, daß unmittelbar nach Abschluß der Wahlen alle Wanderredner des Bildungsausschusses in Tätigkeit treten konnten. Wenn man berücksichtigt, daß die Wahlbewegung den Parteigenossen viele Arbeit und viele Kosten verursacht hat, muß man es um so mehr anerkennen, wenn sofort nach den Wahlen wieder Zeit und Kraft für planmäßige Bildungsarbeit in reichlichem Maße zur Verfügung gestellt wurden.

*

Von großer Bedeutung für die Entwickelung der planmäßigen Bildungsarbeit waren besondere organisatorische Maßnahmen, die nach dem Abschluß der Wahlen in verschiedenen Gegenden Deutschlands vorgenommen wurden. Schon im vorigen Jahresbericht teilten wir mit, daß sich zwischen dem Zentralbildungsausschuß und den örtlichen Bildungsausschüssen Zwischenglieder in Form von Wahlkreis- und Bezirksbildungsausschüssen als vorteilhaft erwiesen hätten. Diese Entwickelung ist in den letzten Monaten ein gutes Stück gefördert worden. Allerdings haben sich die Wahlkreisbildungsausschüsse vorläufig noch nicht als so notwendig gezeigt wie die Bezirksbildungsausschüsse. Die Zusammenfassung der örtlichen Bildungsausschüsse innerhalb der Bezirke hat sich dagegen als eine sehr nützliche Einrichtung erwiesen. Es wird dadurch die Bildungsarbeit sowohl für den Zentralbildungsausschuß als auch für die einzelnen Orte in nennenswertem Maße vereinfacht. Auch eine Verbilligung der Bildungsarbeit läßt sich dadurch ermöglichen. Es hat sich bereits bei der Vorbereitung der Bildungsarbeit für 1912/13 herausgestellt, daß diejenigen Bezirke, in denen ein Bezirksbildungsausschuß besteht, ihre Wünsche besser erreichen können als solche Bezirke, aus denen sich vereinzelte Orte an den Zentralbildungsausschuß wenden.

Es bestehen bis jetzt Bezirksbildungsausschüsse für Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Nieder-Schlesien, Provinz Sachsen und Anhalt, Thüringen, Schleswig-Holstein, östliches Westfalen und Lippe, Westliches Westfalen, Hessen und Hessen-Nassau, Kassel, Ober-Rhein, Nieder-Rhein, Chemnitz, Zwickau, Mecklenburg und Lübeck, Oldenburg und Ostfriesland, Hamburg-Altona, Nordwest (Bremen). In folgenden Bezirken bestehen noch keine Bezirksbildungsausschüsse: Ostpreußen, Hannover, Saargebiet, Nordbayern, Südbayern, Pfalz, Dresden, Leipzig, Württemberg, Baden, Braunschweig, Elsaß-Lothringen und Groß-Berlin.

In allen Bezirksbildungsausschüssen hat man die Kompetenzen nach den Vorschlägen geregelt, die der Zentralbildungsausschuß schon in früheren Jahren empfohlen hat. Die Bezirksbildungsausschüsse sind nicht die Geldgeber für die örtlichen Bildungsausschüsse. Die Finanzierung der Bildungsarbeit ist Sache der einzelnen Orte. Die Tätigkeit der Bezirksbildungsausschüsse besteht darin, die Wünsche der einzelnen Orte rechtzeitig zu sammeln, zusammenzustellen und sie mit Hilfe des Zentralbildungsausschusses nach Möglichkeit zu erfüllen. Die Tätigkeit der Bezirksbildungsausschüsse ist demnach mehr vermittelnder Art. Ohne daß dem Recht der örtlichen Bildungsausschüsse vorgegriffen wird, ergibt sich eine Art Gemeinsamkeit der Arbeit, die der planmäßigen Bildungspflege zu statten kommt. Auf den Konferenzen, die die Bezirksbildungsausschüsse von Zeit zu Zeit abhalten, werden die gemeinsamen Aufgaben und Wünsche besprochen. Ferner tragen diese Konferenzen durch die Erörterung allgemeiner und besonderer Bildungsfragen zur Klärung und Förderung der Bildungsarbeit bei.

*

Der Geschäftsverkehr des Bildungsausschusses ist auch im verflossenen Jahre trotz der Einschränkung der Bildungsarbeit durch die Reichstagswahlen gestiegen. Bei der Geschäftsstelle sind 327 örtliche Bildungsausschüsse gemeldet (gegenüber 218 im Vorjahre). An Postsendungen sind eingegangen 1586 Briefe (gegen 1281 im Vorjahre, 1020 Karten (839), 849 Drucksachen (222), 196 Pakete (189), 119 Geldsendungen (120), 7 Telegramme (8). In der gleichen Zeit gingen aus 2284 Briefe (2009), 379 Karten (472), 5150 Drucksachen (2056), 189 Pakete (152), 73 Geldsendungen (101).

*

Der Bildungsausschuß trat im verflossenen Jahre viermal zu Vollsitzungen zusammen. In der Zusammensetzung des Bildungsausschusses ist eine Aenderung eingetreten. An Stelle des Genossen von Vollmar-München gehört seit dem vorigen Parteitag Genosse Adolf Müller-München dem Bildungsausschuß an.

2. Die statistischen Erhebungen 1911/12.

Einem Auftrage des Leipziger Parteitags gemäß veranstaltet der Bildungsausschuß alljährlich eine statistische Erhebung über die Tätigkeit der örtlichen Bildungsausschüsse.

Es wurden 631 Fragebogen (gegen 427 im Vorjahre) an 560 (408) *) Orte verschickt. In einigen Orten, in denen noch keine Bildungsausschüsse bestehen, sind die Fragebogen an geeignete Organisationen verschickt worden, so in Berlin an die Arbeiterbildungsschule, an die Freie Volksbühne, an die sozial-

*) Die eingeklammerten Zahlen sind die des Vorjahres.

demokratischen Vereine und an die Gewerkschaften. Bis zum Abschluß der Statistik sind 339 (283) Fragebogen aus 310 (269) Orten zurückgekommen.

Von den bestehenden 266 (218) örtlichen Bildungsausschüssen, die den Fragebogen beantworteten, sind von den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen gemeinsam 244 (191) eingesetzt, 73 (75) Bildungsausschüsse waren zugleich Jugendausschüsse.

Es haben 244 (177) Orte über ihre Einnahmen und Ausgaben genaue Mitteilungen gemacht. Die Summe ihrer gesamten Einnahmen betrug 647 139,48 Mk. (573 868,68 Mk.), die Gesamtsumme der Ausgaben 618 390,52 Mark (517 072,42 Mk.). In der Gesamtsumme der Einnahmen befindet sich auch der Gesamtbetrag der Zuschüsse, die die örtlichen Bildungsausschüsse von den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen erhalten haben. Ueber diese Zuschüsse haben 164 (98) Orte Angaben gemacht; die Gesamtsumme der Zuschüsse beträgt 105 088,98 Mk. (87 232 Mk.). Von den Zuschüssen sind 47 169,39 Mark von Parteiorganisationen, 51 814,59 Mk. von den Gewerkschaftsorganisationen, 4585 Mk. von Konsumvereinen, 500 Mk. von städtischen Gemeinden und 1020 Mk. von anderer Seite gestiftet worden.

In 127 (177) Orten wurden 243 (345) Vortragskurse mit 1857 (2879) Vorträgen vor 34 336 (45 873) Teilnehmern gehalten. Die Verteilung der Kurse auf die einzelnen Wissensgebiete und die Zahl der Teilnehmer ergibt die folgende Tabelle. (Da nicht alle Orte Angaben über die Zahl der Teilnehmer gemacht haben, bleiben die Zahlen hinter der Wirklichkeit zurück.)

Wissensgebiet	Zahl der Kurse	Vorträge	Teilnehmer
Nationalökonomie	13 (37)	146 (345)	1125 (3520)
Wirtschaftsgeschichte	12 (11)	62 (81)	3277 (838)
Geschichte (allgemeine)	25 (37)	307 (307)	4186 (3529)
Parteigeschichte	3 (11)	16 (78)	1708 (2476)
Literatur und Kunstgeschichte	8 (6)	47 (142)	1505 (827)
Sozialismus	8 (19)	52 (118)	627 (2749)
Erfurter Programm	39 (77)	236 (543)	5842 (9800)
Politik, Verfassung	9 (11)	65 (46)	705 (1526)
Bürgerliche Parteien	31 (27)	130 (109)	3460 (4639)
Gewerkschaftsbewegung	9 (9)	62 (63)	1030 (803)
Genossenschaftsbewegung	— (3)	— (11)	— (195)
Sozialpolitik	23 (15)	137 (150)	1862 (658)
Rechts- und Gesetzeskunde	1 (7)	10 (54)	87 (782)
Naturwissenschaft	20 (43)	109 (250)	5061 (12854)
Erziehung	1 (1)	6 (4)	76 (20)
Rede und Stillehre	7 (6)	58 (78)	857 (864)
Elementarfächer	24 (25)	377 (500)	666 (293)
Technik	10 (—)	37 (—)	2262 (—)
	243 (345)	1857 (2879)	34336 (45873)

Ueber ihre Einnahmen und Ausgaben bei wissenschaftlichen Kursen haben 113 Orte Angaben gemacht. Die Gesamteinnahmen betrugen 20 857,77 Mk., die Ausgaben 28 859,60 Mk. Es zeigt sich bei dieser Gesamtübersicht auch die im einzelnen zu beobachtende Tatsache, daß bei wissenschaftlichen Kursen die Ausgaben durch die Einnahmen nicht gedeckt werden. Das darf jedoch nicht von der Abhaltung der Kurse zurückschrecken. Die Kurse stellen die konzentrierteste Form der Aufklärung für organisierte Arbeiter so-

wohl im Interesse der politischen wie der gewerkschaftlichen Bewegung dar. Gerade bei Kursen darf man deshalb Zuschüsse nicht scheuen.

Aus 154 (141) Orten wird über 342 (870) wissenschaftliche Einzelvorträge (darunter 225 Lichtbildervorträge) berichtet, an denen sich insgesamt 92 179 Besucher beteiligten. Die gesamten Einnahmen für diese Einzelvorträge betrugen 16 116,76 Mk., die Ausgaben 20 682,37 Mk. Aus 28 (5) Orten wird mitgeteilt, daß im ganzen 63 (12) Führungen durch Museen und industrielle Unternehmungen stattgefunden haben.

Aus den eingangs angeführten Gründen haben im Berichtsjahre weniger künstlerische Veranstaltungen stattgefunden als im Vorjahre. Es berichten 192 (178) Orte über 451 (520) künstlerische Veranstaltungen. Hiervon waren

a) Dichterabende: Busch, Ebner-Eschenbach, Goethe, Heine, Ibsen, Kleist, Reuter, Hans Sachs, Tennyson, moderne Dichter, Märzdichter, russische Dichter; insgesamt 22 (54) Abende mit 11 572 Besuchern.

b) Musikalische Veranstaltungen: Beethoven, Händel, Liszt, Mendelssohn, Mozart, Wagner; Vokal- und Instrumentalkonzerte, Liederabende; insgesamt 97 (151) Veranstaltungen mit 58 115 Besuchern.

c) Rezitations- und Kunstabende ohne bestimmtes Programm (Rezitationen, Lieder zur Laute, Balladen, Bunte Abende, Heitere Abende); insgesamt 212 (211) Abende mit 94 825 Besuchern.

d) Feiern im künstlerischen Rahmen: März- und Maifeiern, Jugend-, Frühlings-, Sommer-, Herbst-, Winter- und Weihnachtsfeste; insgesamt 74 (27) Veranstaltungen mit 40 669 Besuchern.

e) Lieder- und Märchenabende für Kinder: 42 (11) mit 22 343 Besuchern.

f) Verschiedenes 4 (2) mit 1433 Besuchern.

Ueber ihre Einnahmen und Ausgaben bei künstlerischen Veranstaltungen vorstehender Art haben 174 Orte Angaben gemacht. Die Gesamteinnahmen belaufen sich auf 67 687,98 Mk., die Gesamtausgaben auf 76 272,05 Mk.

Die Angaben über die Kunstabende lassen erkennen, daß die Veranstaltungen strengeren künstlerischen Charakters eine erhebliche Verminderung erfahren haben. So sehr es zu begreifen ist, daß die Arbeiter bei den gelegentlichen künstlerischen Veranstaltungen, die sie besuchen, in der Abwechselung und in leichter heiterer Kunst größere Reize sehen als in der Einheitlichkeit und Reinheit einer ernsten künstlerischen Darbietung, so dürfen die Bildungsausschüsse diesem Verlangen doch nicht ohne weiteres stattgeben. Sie müssen vielmehr bestrebt sein, die Arbeiter zur Freude an gediegenen künstlerischen Genüssen zu erziehen. Daß dieses möglich ist, beweisen die erfolgreichen Versuche einiger Bildungsausschüsse. So hat der Hamburger Bildungsausschuß schon zwei Jahre hintereinander Beethovens 9. Sinfonie vor Arbeitern aufgeführt und dabei die erfreuliche Erfahrung gemacht, daß dieses gewaltige Kunstwerk auf die Arbeiter den denkbar tiefsten Eindruck hinterlassen hat. In Köln hat der dortige Bildungsausschuß Bachs Matthäus-Passion aufführen lassen und dabei ebenfalls starke Wirkungen auf die Arbeiter erzielt.

Ueber Volksvorstellungen und Theaterabende berichten 133 (126) Orte, und zwar verzeichnen sie insgesamt 781 (720) Vorstellungen.

Davon waren in 16 Orten 20 Kindervorstellungen. An sämtlichen Theatervorstellungen waren 598 671 Besucher beteiligt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß manche Besucher, die öfter das Theater besucht haben, mehrere Male gezählt worden sind. Aus 123 Orten liegen Angaben über die Einnahmen und Ausgaben bei den Theatervorstellungen vor. Die Einnahmen betrugen 408 782,43 Mk., die Ausgaben 394 640,06 Mk. Diese Gesamtziffern spiegeln die Erfahrung wider, die man auch oft im einzelnen machen kann: daß bei Theatervorstellungen ein kleiner Ueberschuß erzielt wird.

Die vom Bildungsausschuß herausgegebenen Einführungen in Dramen und Opern wurden in 14 (30) Orten in einer Gesamtauflage von 4385 Exemplaren benutzt.

Ueber kinematographische Aufführungen berichten 17 Orte, und zwar über 40 Vorführungen.

In 71 (82) Orten wurden 72 Jugendschriften- und Wandschmuckausstellungen veranstaltet.

In 239 (217) Orten befinden sich Zentralbibliotheken; außerdem berichten noch 53 (55) Orte über 366 (379) Einzelbibliotheken.

3. Die wissenschaftlichen Wanderkurse.

Die wissenschaftlichen Wanderkurse haben zwar durch die Wahlbewegung eine Einschränkung erfahren; aber sowohl die Tatsache, daß die örtlichen Bildungsausschüsse Wanderkurse bis unmittelbar an die eigentliche Wahlbewegung heran belegt haben, sowie die weitere Tatsache, daß unmittelbar nach Beendigung des Wahlkampfes die Wanderkurse erneut rege nachgefragt wurden, beweisen deutlich, daß diese Einschränkung lediglich auf das überragende politische Ereignis des letzten Winters zurückzuführen ist. Die Bildungsausschüsse erkennen immer mehr den hohen Wert der systematischen Bildungsarbeit, wie sie besonders in den wissenschaftlichen Wanderkursen zutage tritt. Wir bemerken in diesem Zusammenhange, daß schon jetzt alle ständigen Wanderredner des Bildungsausschusses sowie auch die aushilfsweise tätigen Genossen für die nächste Vortragsperiode fast vollständig besetzt sind, so daß für den Bildungsausschuß in wachsendem Maße die Notwendigkeit entsteht, neue Lehrkräfte für die Kurse zu gewinnen.

Die finanzielle Regelung der Wanderkurse hat zu Schwierigkeiten nicht geführt. In der Regel haben die Orte den Vereinbarungen gemäß rechtzeitig vor Beginn der Kurse den Betrag eingeschickt. Nur in Ausnahmefällen mußten die Bildungsausschüsse an ihre Pflicht erinnert werden. Für finanzschwache Orte läßt der Bildungsausschuß eine Ermäßigung der Kosten eintreten, wenn ein solcher Antrag von dem zuständigen Bezirksvorstand befürwortet wird. Von dieser Vergünstigung haben auch im Berichtsjahre zahlreiche Orte Gebrauch gemacht.

Aus den statistischen Feststellungen über die Wanderkurse teilen wir einige der wichtigsten Ergebnisse mit.

Ueber die behandelten Stoffgebiete, die beteiligten Orte und die Zahl der Teilnehmer an den einzelnen Orten gibt die folgende Zusammenstellung Aufschluß:

Das Erfurter Programm wurde behandelt vom Genossen Duncker in 23 Kursen (156 Vorträgen) vor 3410 Teilnehmern, und zwar in Annaberg (101 Teilnehmer), Aue (123), Bernburg (357), Braunschweig (355), Dresden-Land (62), Durlach (59), Frankenthal (82), Gebweiler (72), Gelenau (127), Göppingen (105), Heilbronn (119), Hildesheim (206), Hüningen (61), Karlsruhe (92), Lübeck (301), Luckenwalde (191), Ludwigshafen (84), Mülhausen i. E. (112), Pforzheim (76), Sarstedt (172), Schönebeck (201),

Schwerin (92), Wismar (260). Genosse Rühle behandelte das gleiche Thema in [illegible] Kursen (72 Vorträgen) vor 2113 Teilnehmern, und zwar in Bromberg (147), Chemnitz (575), Danzig (215), Elbing (142), Graudenz (82), Jastrow (65), Kolmar (97), Krimmitschau (56), Meerane (226), Ober-Lungwitz (191), Posen (177), Schedewitz (66), Zwickau (74). Von aushilfsweise tätigen Rednern wurde das Thema in 12 Kursen (52 Vorträgen) vor 1131 Teilnehmern behandelt, und zwar in Bremen (158), Finsterwalde (55), Forst (65), Frankfurt a. O. (253), Guben (137), Köpenick (77), Kottbus (81), Landsberg (68), Neu-Ruppin (48), Sommerfeld (41), Sorau (65), Wittenberge (88).

Insgesamt wurde das Erfurter Programm behandelt in 48 Kursen (280 Vorträgen) vor 6654 Teilnehmern.

Die Theorien und Programme der bürgerlichen Parteien in Deutschland wurden behandelt in 23 Kursen (92 Vorträgen) vor 2261 Teilnehmern, und zwar vom Genossen Borchardt in 4 Kursen (13 Vorträgen) vor 419 Teilnehmern in Dresden (101), Erlangen (95), Fürth (93) und Nürnberg (130). Von aushilfsweise tätigen Rednern wurde das Thema in 19 Kursen (79 Vorträgen) vor 1842 Teilnehmern behandelt, und zwar in Aschersleben (105), Bremen (149), Burgdamm (59), Eisenach (46), Eisenberg (98), Frankenhausen (69), Hemelingen (57), Jena (174), Langensalza (98), Mühlhausen i. Th. (217), Niederschönhausen (46), Nordhausen (88), Roßlau (119), Rudolstadt (88), Stadtilm (57), Staßfurt (73), Steglitz-Friedenau (112), Trebbin (111), Velten (76).

Ueber die Entwickelungsstufen des Wirtschaftslebens hat Genosse Duncker in 4 Kursen (32 Vorträgen) vor 397 Teilnehmern und Genosse Rühle in 2 Kursen (16 Vorträgen) vor 228 Teilnehmern in Köthen (89) und Pirna (139) vorgetragen.

Ueber volkswirtschaftliche Grundbegriffe wurde in 2 Kursen (13 Vorträgen) vor 144 Teilnehmern vorgetragen, und zwar vom Genossen Duncker in Cannstatt (8 Vorträge, 81 Teilnehmer), vom Genossen Borchardt in Dresden (5 Vorträge, 63 Teilnehmer).

Die Geschichte des Sozialismus bis zum Kommunistischen Manifest behandelte Genosse Duncker in Stuttgart (8 Vorträge, 60 Teilnehmer).

Ueber den historischen Materialismus sprach Genosse Borchardt in Dresden-Potschappel (3 Vorträge, 289 Teilnehmer).

Ueber deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert hat ein aushilfsweise tätiger Redner in Spandau (8 Vorträge) vor 55 Teilnehmern vorgetragen.

Naturwissenschaftliche Vorträge mit Lichtbildern wurden vom Genossen Graf abgehalten über: „Die Geschichte unserer Erde": 7 Kurse (32 Vorträge) mit 1552 Teilnehmern, und zwar in Erfurt (480), Frankfurt a. M. (182), Höchst a. M. (65), Lankwitz (221), Magdeburg (386), Schönebeck (179), Tangermünde (79); über: „Vom Urtier zum Menschen" 13 Kurse (73 Vorträge) mit 2568 Teilnehmern in Berlin (Jugendausschuß) 5 Kurse (458 Teilnehmer), Elmshorn (192), Flensburg (238), Kiel-Gaarden (369), Kiel (304), Neumünster (357), Rendsburg (138), Schwelm (227), Zerbst (285); über: „Der Mensch der Vorzeit" 3 Kurse (18 Vorträge) mit 696 Teilnehmern in Bielefeld (432), Herford (103), Minden (161); über: „Geschichte des Entwickelungsgedankens in der Naturwissenschaft" 5 Kurse (20 Vorträge) mit 763 Teilnehmern in Barmen (200), Elberfeld (194), Hagen (148), Iserlohn (111), Lüdenscheid (109).

Technische Vorträge mit Lichtbildern wurden vom Genossen Woldt abgehalten, und zwar über das Thema: „Technik und Arbeiterbewegung“ 20 Kurse (75 Vorträge) mit 4405 Teilnehmern, in Berlin (Schneiderverband, 154), Breslau (665), Brieg (75), Chemnitz (531), Durlach (57), Feuerbach (220), Freiburg i. Schl. (113), Gaggenau (120), Kannstatt (248), Karlsruhe (133), Kornwestheim (121), Liegnitz (168), Ludwigsburg (106), Magdeburg (356), Neustadt (151), Schweidnitz (156), Stuttgart (309), Thalheim (250), Untertürkheim (157), Waldenburg (315). Die Kurse in Durlach, Feuerbach, Kannstatt, Karlsruhe, Kornwestheim, Ludwigsburg, Magdeburg, Stuttgart, Untertürkheim waren von den Verwaltungsstellen des Deutschen Metallarbeiterverbandes veranstaltet worden.

Ueber die Gesamtzahl der von den einzelnen Wanderrednern abgehaltenen Kurse und der Teilnehmer, sowie über die Altersverhältnisse der Teilnehmer gibt die nachfolgende Tabelle Aufschluß:

Vortragende	Zahl der		Zahl der Teilnehmer		Alter der Teilnehmer					
	Kurse	Vorträge		darunter Frauen	15—20	21—30	31—40	41—50	über 50	ohne Angabe
Duncker	27	188	3720	297	291	1557	1251	425	132	64
Rühle	15	88	2341	197	133	883	881	265	79	100
Graf	28	143	5579	902	1204	2042	1425	489	157	262
Woldt	20	75	4405	399	681	1574	1016	280	86	768
Borchardt	6	21	771	31	61	271	317	105	11	6
aushilfsweise tätige Redner	32	139	3028	421	257	1212	966	323	90	180
Summa . .	128	654	19844	2247	2627	7519	5856	1887	555	1380

Außerdem wurden mehrere Einzelvorträge mit Lichtbildern vermittelt, von denen Genosse Graf 22 an 13 Orten und Genosse Woldt 3 an 3 Orten hielt.

Die Abrechnung des Bildungsausschusses über die Wanderkurse stellt sich wie folgt:

Einnahme:		Ausgabe:	
Von den Orten . . .	15 883,30 Mk.	An Honoraren . . .	12 589,50 Mk.
Aus der Zentralkasse .	6 057,— „	„ Diäten	6 223,50 „
Diverse	330,— „	„ Fahrgeld	2 164,40 „
Bestand von 1910/11 .	614,90 „	„ Gepäcktransport .	359,60 „
		„ Lichtbilderutensilien	286,50 „
		„ Diverse	369,40 „
Summa . .	22 885,20 Mk.	Summa . .	21 992,90 Mk.

Es verbleibt ein Bestand von 892,30 Mark.

Der Schriftenverkauf bei den Wanderkursen ist trotz der geringeren Zahl der Vorträge und Teilnehmer, gegenüber dem Vorjahre erheblich gestiegen. Von 56 Kursen (gegen 55 im Vorjahre) mit 13 272 (11 277) Teilnehmern liegen nähere Angaben vor, und zwar wurden dabei 18 669 (11 584) Schriften im Gesamtwerte von 7325 Mk. verkauft. Die Dunckerkurse allein sind mit 14 325 Schriften an dem Gesamtumsatz beteiligt. Bei den naturwissenschaftlichen und technischen Kursen ist bisher ein planmäßiger Schriftenverkauf noch nicht betrieben worden.

Unter den verkauften Schriften befinden sich folgende Schriften in größerer Zahl: Kautsky-Schönlank, „Grundsätze und Forderungen“ mit 1689, Braun, „Ziele und Wege“ mit 1096, Parvus, „Arbeiterschaft und Unternehmertum“ mit 1065, Danneberg, „Erfurter Programm“ mit 680, Marx-Engels, „Kommunistisches Manifest“ mit 674, Kautsky, „Sozialreform und soziale Revolution“ mit 554, Marx, „Lohnarbeit und Kapital“ mit 534, Engels, „Entwickelung des Sozialismus“ mit 510, Kautsky, „Weg zur Macht“ mit 505, Kautsky, „Am Tage nach der sozialen Revolution“ mit 497, W. Liebknecht, „Was die Sozialdemokraten sind“ mit 491, Duncker „Volkswirtschaftliche Grundbegriffe“ mit 487, Parvus, „Ideenkampf“ mit 472, Kautsky, „Erfurter Programm“ mit 406, Schulz, „Sozialdemokratie und Schule“ mit 398, „Die indirekten Steuern“ mit 394, „Die Sozialdemokratie und das Heer“ mit 387, Parvus, „Kapitalistische Produktion“ mit 307, Kautsky, „Die Vernichtung der Sozialdemokratie“ mit 296, Pannekoek, „Marxismus und Darwinismus“ mit 244, Lassalle, „Arbeiterprogramm“ mit 239, „Lebensmittelwucher und Warenteuerung“ mit 236, Zietz, „Mutter- und Säuglingsschutz“ mit 208, Sommerfeld, „Schwindsucht der Arbeiter“ mit 207 Exemplaren.

Außerdem wurden noch zahlreiche Schriften und wissenschaftliche Werke in weniger als 200 Exemplaren verkauft.

Die erfreuliche Nebenwirkung der Wanderkurse, daß sie die Lust zum Lesen und die Freude am guten Buch anregen, ergibt sich aus den vorstehenden Zahlen in deutlich erkennbarer Weise. Der Schriftenverkauf kann aber durch ein besseres Zusammenarbeiten der Bildungsausschüsse mit den Buchhandlungen in den nächsten Jahren noch in erheblichem Maße gesteigert werden.

Die folgende Tabelle gibt eine Uebersicht über die gesamten Kurse, die der Bildungsausschuß seit seinem Bestehen eingerichtet hat.

1907/08	44	Kurse	mit	323	Vorträgen	und	5493	Teilnehmern, darunter	200	Frauen
1908/09	57	„	„	419	„	„	8969	„ „	666	„
1909/10	128	„	„	682	„	„	24360	„ „	1775	„
1910/11	122	„	„	733	„	„	21529	„ „	2759	„
1911/12	128	„	„	654	„	„	19844	„ „	2247	„
Zus.	479	Kurse	mit	2811	Vorträgen	und	80195	Teilnehmern, darunter	7647	Frauen

4. Sonstige Arbeiten.

Das Jugendschriftenverzeichnis ist im vorigen Jahre in einer neuen Auflage erschienen. Es ist im Laufe der Jahre zu einem recht umfangreichen Buche angewachsen. Während das Verzeichnis im ersten Jahrgange 1907 auf 11 Seiten nur 83 Nummern umfaßte, enthält es jetzt auf 67 Seiten 705 Nummern. Das Verzeichnis ist so angelegt, daß sich jeder Benutzer leicht orientieren kann. Es enthält die verzeichneten Bücher sowohl nach den Altersstufen wie nach dem Inhalte und nach den Verfassern angeordnet. Das Verzeichnis soll in seiner jetzigen Form für mehrere Jahre reichen. Es wird jedoch in jedem Herbst ein kurzer Auszug herausgegeben werden, der die inzwischen erschienene neue Literatur, aber auch besonders geeignete Bücher aus dem großen Verzeichnis enthält. An der Erweiterung des Jugendschriftenverzeichnisses durch die Prüfung der zahlreichen Neuerscheinungen sind ständig zahlreiche Genossinnen und Genossen ehrenamtlich tätig.

Das Wandschmuckverzeichnis ist im vorigen Herbst nur durch einen Nachtrag erweitert worden. Es wird im Herbst 1912 in einer neuen und erweiterten Form herausgegeben werden.

Für künstlerische Veranstaltungen wird die Hilfe des Bildungsausschusses oft nachgesucht. Aber leider noch immer nicht oft genug. Viel

zu häufig lassen sich die örtlichen Bildungsausschüsse noch durch marktschreierische Prospekte von Künstlern und Künstlerinnen irreführen. Oft berufen sich solche Prospekte auf den Zentralbildungsausschuß. Wir bemerken an dieser Stelle ausdrücklich, daß dazu niemand von uns autorisiert worden ist. Auch aus der Tatsache, daß gelegentlich Künstler von uns beschäftigt werden, ist nicht der Schluß zu ziehen, daß wir sie ohne weiteres empfehlen. Wir raten den Bildungsausschüssen daher nach wie vor zur Vorsicht bei dem Engagement von Künstlern und Künstlerinnen.

Im Bibliothekswesen hat der Bildungsausschuß im Berichtsjahre nichts Neues unternommen. Aber er ist sich darüber einig, daß im nächsten Jahre auch dieser wichtige Zweig der Arbeiterbildung gefördert werden muß. Unser Musterkataloge müssen neu herausgegeben und durch inzwischen neu erschienene Bücher erweitert werden. Daneben plant der Bildungsausschuß die Herausgabe systematischer Verzeichnisse für die einzelnen Wissensgebiete.

Die Frage der kinematographischen Aufführungen hat der Bildungsausschuß auch im verflossenen Jahre seine Aufmerksamkeit zugewendet. Die Anziehungskraft des „Kinos“ ist noch ungebrochen. Leider aber hat sich das Niveau der Kinematographentheater noch nicht gehoben. In der Sucht, wöchentlich neue „Attraktionen“ zu bieten, kommen die Filmfabrikanten und ihre „literarischen“ Helfer auf die absurdesten und abgeschmacktesten Ideen. Demgegenüber hat neuerdings eine Bewegung eingesetzt, die zur besseren Ausnutzung des kinematographischen Theaters für die Zwecke der Volksbildung eine Auslese aus dem Filmmaterial plant. Der Bildungsausschuß behält diese Bestrebungen im Auge.

Mit der Zentralstelle für die arbeitende Jugend arbeitet der Bildungsausschuß in einer Reihe von Fragen Hand in Hand. Seine Wanderredner, besonders die naturwissenschaftlichen, stellt er auch den Jugendausschüssen zur Verfügung.

5. Schlußbemerkung.

Auch auf das verflossene Jahr planmäßiger Bildungsarbeit können wir mit Befriedigung zurückblicken. Ueberall schreitet die Bewegung vorwärts. In kleinen Orten sucht man unter Benutzung der Erfahrungen größerer Orte den Boden zu bereiten und die ersten Anfänge zu entwickeln; in großen Städten bedeutet die Tätigkeit der Bildungsausschüsse schon eine wertvolle Kulturarbeit, und zwar nicht nur in dem engeren Sinne, daß jede Aufklärung der Arbeiter im Dienste des von ihnen geführten Klassenkampfes auch zugleich zu einem Hebel für die Kulturentwickelung wird, sondern auch in dem erweiterten Sinne, daß sie den Arbeitern nach Möglichkeit Anteil an den Kulturerrungenschaften der Gegenwart zu verschaffen sucht. Dienen die wissenschaftlichen Kurse, vornehmlich die politischen und ökonomischen, dem ersteren Zwecke, so sollen die Theatervorstellungen, die künstlerischen Veranstaltungen, die Pflege der Geselligkeit mehr dem zweiten Zwecke dienen.

Neuerdings nehmen sich die Bildungsausschüsse auch in erfreulicher Weise der Arbeiterkinder an. In einzelnen Orten haben die Bildungsausschüsse Ferienkolonien für Schulkinder eingerichtet oder Ferienspiele veranstaltet. Ein Bildungsausschuß einer thüringischen Stadt hat in den großen Ferien eine mehrtägige Wanderung mit Schulkindern veranstaltet, die zur vollen Zufriedenheit aller Teilnehmer verlaufen ist.

Unter solchen Umständen wird es verständlich, daß die Bildungsetats einiger Städte schon eine beträchtliche Höhe erlangt haben. Hamburg gibt für sein reichgegliedertes Bildungswesen 38 734,34 Mk. aus; Leipzig steht dem mit 35 668,94 Mk. kaum nach. Aber auch Städte wie Köln (25 580 Mk.), Dresden (20 201,86 Mk.), Bremen (11 447,08 Mk.), Bielefeld (10 834,05 Mk.) — um nur einige zu nennen — bringen es auf stattliche Summen. Nicht minder erfreulich aber ist die Tatsache, daß auch kleine Orte, selbst entlegene Dörfer, nach ihren schwachen Kräften bestrebt sind, eine planmäßige Bildungsarbeit einzurichten und erhebliche Mittel dafür freizustellen.

Die organisierten Arbeiter haben die Bedeutung des Wortes, daß Wissen Macht ist, in seiner vollen Tragweite erkannt, und sie zögern nicht, daraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen.

Vom Kampfe der Behörden gegen die Arbeiterbewegung.

Von den Verwaltungsbehörden wird die der modernen Arbeiterbewegung gegenüber von jeher beobachtete Nadelstichpolitik fortgesetzt, obwohl sie bisher von einer geradezu glänzenden Erfolglosigkeit gekrönt war und in der Presse sowohl wie im Reichstage oft genug selbst von nichtsozialdemokratischen Politikern verspottet und gegeißelt worden ist. Es kann nicht bestritten werden, daß infolge dieser kleinlichen Maßnahmen manche Parteigenossen persönliche Unbequemlichkeiten, wohl auch schlimmeres, Geld- und Gefängnisstrafen, haben in Kauf nehmen müssen. Die Bewegung als solche wird dadurch jedoch nicht aufgehalten, sondern vielfach gefördert. Die Nadelstichpolitik, wie sie beispielsweise auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts gehandhabt wird, zeitigt vielerorts eine Erbitterung, die sich naturgemäß in gesteigerte Tätigkeit für die Partei umsetzt. Wir verzichten darauf, die durch die Tagespresse bekanntgewordenen zahlreichen Fälle der mit mehr oder weniger Erfolg versuchten Einengung der „Freiheiten“, die durch das neue Vereins- und Versammlungsgesetz angeblich gewährleistet wurden, wiederzugeben. Hervorzuheben ist, daß die Gerichte mehrere gewerkschaftliche Organisationen für politisch erklärt und infolgedessen den in Betracht kommenden Vorschriften für politische Vereine unterworfen haben, weil sie der sozialdemokratischen Partei für die Reichstagswahlen aus lokalen Kassen Beiträge geliefert hatten. Es liegt auf der Hand, daß eine Gewerkschaftsorganisation dadurch nicht zu einem politischen Verein wird. Aber wenn die Gerichte gegenteiliger Meinung sind, dann werden sie demnächst verschiedenen Unternehmerorganisationen gleichfalls den Prozeß machen müssen. So dem Zentralverband deutscher Industrieller mit seinem großen Wahlfonds und der Unternehmerorganisation der Brauindustrie, dem Schutzverband der Norddeutschen Brausteuergemeinschaft, wie aus dem nachstehenden, dem „Vorwärts“ in die Hand gefallenen Rundschreiben hervorgeht:

Schutzverband der Norddeutschen Brausteuergemeinschaft und verwandter Gewerbe.

Vertraulich! Berlin, im Dezember 1911.
W. 9, Schellingstr. 4.

P. T.

Im November 1910 wandte sich der unterzeichnete Verband mit einem vertraulichen Aufruf an das norddeutsche Braugewerbe zur Schaffung eines Wahlfonds. Der Appell hatte die Wirkung, daß ein Betrag von rund 10 000 Mk. zusammenkam. Eine Reihe von Firmen hat dem damaligen Aufruf nicht Folge gegeben, teilweise, weil die Wahlen noch in weiter Ferne

lägen, dann vielleicht auch, weil die Ungewißheit über die Verwendung der gesammelten Gelder eine Zurückhaltung für geboten erscheinen ließe.

Der Vorstand unseres Verbandes hat nun in seiner am 7. Dezember d. J. stattgehabten Sitzung über die Verwendungsart der Gelder in einer die Interessen des norddeutschen Braugewerbes fördernden Weise Beschluß gefaßt; taktische Rücksichten verbieten es natürlich, hierüber Einzelheiten bekanntzugeben.

Nach der nunmehr erfolgten Stellungnahme unseres Vorstandes ist wohl anzunehmen, daß auch Ihre werte Firma, dem Beispiel anderer Mitglieder folgend, zur Zeichnung eines Beitrages bereit ist. Als ungefähren Anhalt für seine Höhe war in dem eingangs erwähnten Rundschreiben 1 Pf. pro Doppelzentner der im letzten Geschäftsjahr verbrauchten Malzmenge angegeben worden, jedoch bleibt selbstverständlich die Bemessung des Beitrages dem einzelnen ganz anheimgestellt.

Indem wir Sie höflichst bitten, den von Ihnen in Aussicht genommenen Beitrag mit Rücksicht auf die kurze Frist bis zu den Wahlen umgehend unter Benutzung des einliegenden Formulars an die Bank für Brauindustrie, Berlin W. 56, Markgrafenstr. 53/54, auf Konto Wahlfonds des Schutzverbandes einzuzahlen, zeichnen wir

Mit vorzüglicher Hochachtung

Schutzverband der Brauereien der Norddeutschen Brausteuergemeinschaft und verwandter Gewerbe.

J. A.: Dr. Wallburg.

Es wird natürlich kein Mensch der Unternehmerorganisation der Brauindustrie verdenken, auf den Ausfall der Wahlen einzuwirken, denn von der Zusammensetzung des Reichstages hängt es ja ab, ob die Brausteuererhöhung von 1906 und 1909 auch in Zukunft Wiederholungen erfahren soll. Aber **mit demselben Recht dürfen die Arbeiter auch ihr Interesse** an dem Ausfall der Wahlen betätigen, sie würden ihr Klasseninteresse schlecht verstehen, wollten sie nicht mit aller Kraft auf durchgreifende soziale Reformen hinwirken, um ihre und die Existenz ihrer Familien nach Möglichkeit zu sichern.

Wenn das bei den **Arbeitern** „politische" Betätigung sein soll, dann werden wir also im nächstjährigen Bericht Mitteilung machen müssen, daß verschiedene Unternehmerorganisationen als „politisch" erklärt worden sind, weil ja bekanntlich — vor dem Gesetze alle gleich sind. So ziemlich alle uns bekannten behördlichen Requisiten für den „Kampf gegen den Umsturz" sind auch im abgelaufenen Jahre in Anwendung gebracht worden; Haussuchungen und Zeugniszwangsverfahren, ja sogar ein Polizeispitzel, der zur Erreichung seines Zweckes einen Einbruch verübte, fehlt nicht. Im März d. J. durchsuchte ein ganzes Heer von Kriminalpolizisten unter Führung von mehreren Kriminalkommissaren sämtliche Räume der Redaktion, Expedition und Druckerei unseres Breslauer Bruderblattes. „Kein Winkel, selbst die Klosetts nicht, blieben davon verschont. Jedes Stück Papier wurde genau auf seinen staatsgefährlichen Inhalt geprüft und einer eingehenden Durchsicht unterzogen. Gesucht wurde nach dem Manuskript eines Leitartikels vom 2. Februar dieses Jahres: „Keine Wahlreform in Preußen", der sich gegen die Landtagsrede des preußischen Polizeiministers v. Dallwitz wendete, in der der Minister die Beamten, die bei der letzten Wahl sozialdemokratisch gewählt haben, Lügner und Eidbrecher nannte. — Da die Haussuchung in die Redaktionszeit fiel und

die Redakteure dadurch erheblich an der Ausübung ihrer Arbeit gehindert wurden, sahen sie sich unter Freilassung einer ganzen Seite zu folgender Erklärung veranlaßt:

„18 Polizeibeamte durchsuchten heute Sonnabend vormittag die Redaktionsräume und die Expedition der „Volkswacht" nach dem Manuskript eines Leitartikels vom 2. Februar. Ihre stundenlangen Bemühungen waren zwar vergeblich, hinderten aber die Redaktion an der Fertigstellung der heutigen Nummer. Deshalb müssen sich unsere Leser mit diesem weißen Raum begnügen!""

Dieser weiße Raum, der sehr beredt von weisen Taten der Polizei kündete, wird seine Wirkung auf die Leser der „Volkswacht" gewiß nicht verfehlt haben. — Die Folter des Zeugniszwangsverfahrens gegen Redakteure ist seltener in Anwendung gebracht, seitdem auch bürgerliche Blätter, denen diese Daumenschrauben angelegt wurden, Lärm schlugen. Aus jüngster Zeit (Mitte Juni) wird aber aus Bochum berichtet, daß gegen den Redakteur des dortigen „Volksblattes" das Zeugniszwangsverfahren eingeleitet worden ist:

„Der Staatsanwalt will den Einsender eines Artikels wissen, der schon abgeurteilt ist. Genosse Pierenkämper, der als verantwortlicher Redakteur in Frage kam, lehnte die Namensnennung des Berichterstatters, der ihm den Artikel geliefert hatte, ab, weshalb der Untersuchungsrichter vorläufig auf eine Geldstrafe von 100 Mk. erkannte. Gegen die Strafverfügung ist Beschwerde eingelegt worden."

Bis zum Abschluß des Vorstandsberichts war über den Erfolg dieser Beschwerde nichts bekannt geworden.

Einen Prozeß, der überaus charakteristisch ist für die Auffassung gewisser Behörden über ihre Aufgabe im Kampf gegen die Arbeiterbewegung müssen wir auch an dieser Stelle besonders erwähnen. Dem Rheinisch-Westfälischen Zechenverband war die Mitgliederliste des Steigerverbandes „in die Hände gefallen". In unserem Bochumer Parteiblatt und später im Schoreckschen „Beobachter" zu Essen war die angeblich beleidigende Vermutung ausgesprochen worden, daß Postbeamte dem Zechenverband die Steigeradressen ausgeliefert haben könnten. Unser deshalb angeklagter Genosse Pierenkämper wurde in Bochum freigesprochen. Schoreck wurde in Essen wegen Beleidigung von nicht genannten Postbeamten zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Bei der Verhandlung wurde der Zeuge Wilhelm Beyer, der, wie festgestellt wurde, als Polizeispitzel ein Monatsgehalt von 230 Mk. bezogen hatte, von dem Verteidiger unverblümt bezichtigt, die Mitgliederliste des Steigerverbandes **durch Einbruch** sich verschafft zu haben. **Alle Versuche der Verteidigung, diese Behauptung einwandfrei als richtig festzustellen, wurden vom Gericht vereitelt!**

Es ist wohl angebracht, auch in diesem Bericht wieder daran zu erinnern, daß die beiden Schutzleute, von denen der eine einem Breslauer Arbeiter die Hand abhackte, der andere den Arbeiter Herrmann in Moabit tödlich verwundet hat, noch immer nicht gefunden worden sind.

Mit einer geradezu erstaunlichen Schnelligkeit haben die Gerichte im Ruhrgebiete ihres Amtes gewaltet gegenüber den wegen Beleidigung von Arbeitswilligen angeklagten Bergarbeitern und Arbeiterfrauen. Am 10. Juni waren sie in den Prozessen seit etwa 3 Monaten tätig. In diesem kurzen Zeitraum wurden verurteilt: 510 Männer und 166 Frauen zu insgesamt 11 669 Mk. Geldstrafen und zu 85½ Jahren Gefängnis- und Zuchthausstrafen. Die Parteipresse im Ruhrgebiet begleitete die Bekanntgabe dieser Verurteilungen mit folgenden Bemerkungen:

„Nicht Mörder und Räuber haben diese 85 Jahre Freiheitsstrafen abzubüßen, sondern brave Arbeitsleute, die nur etwas mehr Brot für sich und ihre Kinder haben wollten. . . . Die 676 Verurteilten haben nichts weiter verbrochen, als daß sie jene Arbeitswilligen zur Teilnahme am Streik zu bewegen suchten. Das geschah je nach dem Temperament durch Ermahnung, durch Schimpfworte, durch Drohungen, in vereinzelten Fällen allerdings auch durch Handgreiflichkeiten. Die wenigen Gewalttätigkeiten, die vorgekommen sind, haben eine furchtbare Strafe nach sich gezogen. Ein Arbeiter erhielt dafür 3 Jahre Zuchthaus, zwei andere je 2 Jahre Gefängnis, weitere zwei jeder 1 Jahr und 3 Monate. In keinem Falle — das muß hervorgehoben werden — haben Streikende ein Menschenleben auf dem Gewissen. Fünf Menschen wurden allerdings während des Streiks getötet. Aber nicht von streikenden Arbeitern sind sie erschlagen worden — sie fielen von den Revolverkugeln der Polizei und eines christlichen Arbeitswilligen. Drei der Opfer sind, wie es amtlich heißt, „in der Notwehr getötet“ worden, die anderen zwei durch eigenes Verschulden und unglücklichen Zufall. Den Tätern dürfte kaum etwas geschehen, die Untersuchung wird ihre Straflosigkeit schon ergeben.“

Streng und schnell hat die Justiz in diesen Fällen ihres Amtes gewaltet. Die christlichen und nationalen Denunzianten können also große Erfolge buchen. Die Zechenbarone und die ihnen gleichgesinnten Scharfmacher anderer Industrien könnten zufrieden sein. Und doch ist es in erster Linie die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung, die durch die christlichen Judasse und die rheinisch-westfälische Schnelljustiz gefördert wird. Daran vermag auch die durch den Berliner Polizeipräsidenten von Jagow veranlaßte Beschlagnahme des „Buches der Freiheit — Von unten auf!“ nichts zu ändern.

In der Parteipresse wurde im April 1912 folgende Notiz veröffentlicht:

„Die Zahl der Preßprozesse gegen die sozialdemokratische Presse ist ständig im Wachsen. Während vom 1. April bis 30. September 1911 die Zahl der Prozesse und Urteile 108 betrug, ist diese Zahl vom 1. Oktober 1911 bis zum 1. April 1912 auf 115 gestiegen. Das ergibt also innerhalb Jahresfrist das nette Sümmchen von zweihundertunddreiundzwanzig Prozessen! Im letzten Halbjahre wurden an Strafen verhängt gegen unsere verantwortlichen Redakteure 28 Monate, 9 Wochen, 3 Tage Gefängnis und 16 960 Mk. Geldstrafe! Zusammengerechnet ergibt unsere Opferliste für das letzte Jahr (1. April 1911 bis 31. März 1912) an Strafen: 7½ Jahre, 1 Monat, 4 Wochen Gefängnis und 40 883 Mk. in Geld!“

Auf Vollständigkeit kann diese Zusammenstellung keinen Anspruch machen. Es liegt begründeter Anlaß zu der Vermutung vor, daß das Strafkonto in Wirklichkeit erheblich größer ist.

Internationales.

Nachdem die Spannung etwas nachgelassen hatte, die im Anschluß an die Marokkoaffäre im vorigen Sommer einen Weltkrieg zu entfesseln drohte, brachte der italienisch-türkische Krieg neue Gefahren für den europäischen Frieden. In den europäischen Hauptstädten protestierte das sozialistische Proletariat gegen das tripolitanische Abenteuer Italiens, in welches andere Nationen leicht verwickelt werden konnten, wenn die Völker ihren Diplomaten nicht auf die Finger sahen. In den großen Meetings in

Paris und Brüssel sprach im Auftrage der deutschen Sozialdemokratie Genosse Scheidemann. In den Berliner Massenversammlungen am 12. November 1911 sprachen u. a. die Genossen Thomas-Paris, Vandervelde und Huysmann-Brüssel, Wienarski und Renner-Wien.

Den Wahlkampf unserer belgischen Genossen begleiteten wir mit tatkräftiger Sympathie. Ist es ihnen in Koalition mit den Liberalen diesmal nicht gelungen, die klerikale Mehrheit zu brechen, so ist zu hoffen, daß unsere Genossen, die sofort daran gegangen sind, den künftigen Sieg zu organisieren, aus eigener Kraft das gleiche Wahlrecht erobern werden.

Mehreren ausländischen Bruderparteien, die einen schweren Kampf gegen die herrschenden Gewalten zu führen haben, gewährten wir für ihre Presse eine Unterstützung.

An das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel zahlt die deutsche sozialdemokratische Partei jährlich 2500 Frank.

Unsere Toten.

Auch im vergangenen Berichtsjahre sind wieder zahlreiche Genossen aus unseren Reihen durch den Tod geschieden, die agitatorisch und organisatorisch hervorragend gewirkt hatten.

Einen der ältesten der tätigen Genossen, Julius Röthing, Schneidermeister in Leipzig, ereilte der Tod am 13. September. Er war Mitbegründer des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und einer der beredtesten agitatorisch tätigen Genossen. Nach der Vereinigung hat Röthing seinen Mann gestanden in allen Fährlichkeiten, denen die Partei ausgesetzt gewesen ist. Es hat ihm und allen, die ihn kannten, große Freude bereitet, daß er 1909 mitwirken konnte zum Gelingen des Parteitages in Leipzig.

Zwei Monate später, am 14. November, schied Genosse Johannes Orb, 58 Jahre alt, in Offenbach aus unseren Reihen. Als Sekretär des Landesvorstandes lag ihm die Organisation der ständig zu betreibenden Agitation ob, die er mit Sorgfalt und Umsicht leitete.

Fast um die gleiche Zeit, am 22. November, hatten wir das Hinscheiden unseres Sekretärs für den Bezirk Görlitz zu beklagen. Genosse Hermann Stolpe ist 53 Jahre alt geworden. Noch 14 Tage vor seinem Tode hatte er die Genugtuung, als Stadtverordneter gewählt zu werden. Von Beruf Tischler, hatte Stolpe viel mit wirtschaftlichen Widerwärtigkeiten zu kämpfen, bis ihn das Vertrauen der Genossen zu der Stellung berief, die ihn von der materiellen Sorge befreite.

Unsere Hamburger Genossen verloren mehrere Genossen, die im Vordertreffen gestanden haben. Im Oktober waren es die Genossen Lorenz, Expedient am „Echo“, und v. Robitzki, Gerichtsberichterstatter und Stadtverordneter in Wandsbek. Rosbitzki, ein äußerst gewissenhafter Genosse, war mehrere Jahre leidend. Lorenz war in früheren Jahren ein unermüdlicher und unverwüstlicher Agitator, von dem alle, die ihn kannten, urteilten, daß ihn nichts anfechte. — Am 15. November starb 67 Jahre alt Mathias Ockelmann. Ursprünglich Drechsler, bildete sich Ockelmann in vorgeschrittenen Jahren zum Lehrer aus, als welcher er bis zum Jahre 1897 wirkte. Bei Auflösung der Kirchenschulen wurde Ockelmann vom Senat nicht auf die Volksschulen übernommen. Er nahm eine Stelle als Korrektor im „Echo“ an, bis er 3 Jahre später vom Gewerkschaftskartell zum Arbeitersekretär berufen wurde. — Fünf Tage vor dem Tode Ockelmanns starb Genosse Fritz Mehlhaf, der stets dabei war, wenn es unter dem Sozialistengesetz galt, die Konterbande vor den Häschern in den sicheren Hafen zu bugsieren.

Im Dezember wurden noch zwei in weiteren Kreisen bekannte Genossen durch den Tod abberufen. In Hörde war es der unermüdlich tätige Genosse Lührs.

In Krimmitschau war es Vater Colditz, der für immer seine Augen schloß. Colditz gehörte seit Anfang der sechziger Jahre der Bewegung an und war vor Einführung des Dreiklassenwahlrechts in Sachsen Mitglied des Landtages. Ruhig und entschlossen war Colditz ein Charakter, an dem sich Schwache und Zaghafte in Zeiten der Not und Gefahr aufzurichten vermochten.

Am 4. Januar erhielten wir die Kunde von dem Ableben des Genossen Dr. Ferdinand Simon, des Schwiegersohnes unseres Genossen Bebel. Simon, der 50 Jahre alt geworden ist, starb als Opfer seiner wissenschaftlichen Forschung. Er erlag einer Blutvergiftung, die er sich durch den Biß einer von ihm mit Streptokokken geimpften Maus zugezogen hatte. 1889 war Simon in den großen Breslauer Geheimbundsprozeß verwickelt; er konnte aber nicht prozessiert werden, weil er mittlerweile die Universität Zürich bezogen hatte.

Genosse Ferdinand Kant verschied am 18. Januar in Rostock. Kant war eines der vielen Opfer des Sozialistengesetzes. Er zählte zu den Berliner Ausgewiesenen.

Der von Berlin nach New York 1868 übergesiedelte Genosse Alexander Jonas starb 78 Jahre alt in New York. Jonas war einer der ersten Redakteure der „New Yorker Volkszeitung", der er sich mit voller Hingabe widmete. Bei der Einäscherung sprachen Hillquitt und L. Berger aus Milwaukee.

Am 26. Januar traf die Berliner Genossen der Verlust des Sekretärs des Verbandes der Berliner Wahlvereine. Leopold Liepmann erreichte ein Alter von 56 Jahren. Das Leiden, dem er schließlich erlag, plagte den tapferen Genossen anderthalb Jahrzehnte lang. Trotzdem war ihm neben seiner Berufsarbeit keine Parteitätigkeit zuviel. Jeden Posten, auf den er gestellt wurde, füllte er mit Eifer und Geschick aus. Seit dem Leipziger Parteitag gehörte Liepmann dem Parteivorstande an, in dem er als guter Berater und lieber Kollege treue Kameradschaft hielt.

53 Jahre alt verschied am 23. Februar in Bochum der Hauptkassierer des Bergarbeiterverbandes, Paul Horn, infolge schweren Nervenleidens nach einer mehrwöchigen Krankheitsdauer. Wenn auch schon leidend, ließ es Horn sich nicht nehmen, tätig bei der letzten Reichstagswahl mitzuwirken.

Zwei Wochen später, am 6. März, erlitten der Bergarbeiterverband und die Partei einen weiteren Verlust. Heinrich Kämpchen, der Dichter derer, „die im Schatten leben", ist 64 Jahre alt geworden. Obwohl sein Vater Obersteiger war, mußte er die schwere Grubenarbeit auf sich nehmen, die seine Gesundheit schwer erschütterte. Der große Streik von 1889 brachte auch Kämpchen unter das Gros der „Vogelfreien", aber da der eben 40jährige die Spuren des kapitalistischen Frondienstes zu offenkundig an sich trug, mußte man ihm eine Invalidenrente bewilligen. Mit der Gründung der „Bergarbeiterzeitung" wurde Kämpchen ihr dauernder Mitarbeiter. In ihr besang er das Leben, Denken, Fühlen und harte Ringen seiner ehemaligen Berufskollegen, von ihnen geschätzt und geehrt für alle Zeiten. Die Kinder der Muse Kämpchens liegen gesammelt vor in drei Bänden, betitelt: „Aus Schacht und Hütte", „Neue Lieder" und „Was die Ruhe mir sang".

Der älteste Genosse schied mit Paul Stumpf am 20. März in Mainz aus unseren Reihen. Stumpf war in seiner Jugend wegen Hochverrats, begangen durch seine Beteiligung am badischen Aufstand, angeklagt, wurde aber vom Schwurgericht freigesprochen. Er war mit Marx, Engels, Liebknecht und Bebel befreundet, war Sozialist von Jugend auf und Mitglied der Internationale. Stumpf unterhielt und pflegte die Korrespondenz mit führenden Genossen bis in sein hohes Alter.

Einem Magenleiden erlag am 7. April der Genosse August Krohn, Malermeister und Gemeindevertreter in Konstanz. Eine Operation hatte nicht den erhofften Erfolg. Krohn war in der Zeit vor der festgegliederten Vereinsorganisation langjähriger Vertrauensmann der Partei.

Im Mai hatte der Bezirksvorstand in Elberfeld den Tod seines Mitgliedes Emil Backhaus zu beklagen. Die Chemnitzer Genossen bestatteten den Genossen Franz Zuckschwert, der ein Alter von 68 Jahren erreichte. Zuckschwert war aus Leipzig ausgewiesen. Er hat durch rastlose Parteitätigkeit redlich Vergeltung geübt für die ihm zugefügte Unbill. — Genosse Wilhelm Dreyer, Gemeinderat in Stockelsdorf bei Lübeck, erreichte ein Alter von 65 Jahren.

Von längerer Krankheit genesen, nahm Genosse Hermann Aurich in Ehrenfriedersdorf am 20. Juli seine Tätigkeit wieder auf. Sonntag, den 21. Juli, beteiligte er sich an der Generalversammlung des Kreiswahlvereins des 20. sächsischen Wahlkreises und am 23. Juli besorgte er noch pflichttreu die Austragung des Parteiblattes. Wenige Stunden später erlag der tapfere Genosse, der allen Anfechtungen des Sozialistengesetzes standgehalten hatte, einem Herzschlag.

Am 18. Juli schied in Erfurt Genosse Fritz Stegmann im Alter von 71 Jahren aus dem Leben. In ihm war ein Stück der Erfurter Parteigeschichte verkörpert. Der Partei gehörte er vom Jahre 1872 an und zählte zu den Genossen, die auch in Stunden der Gefahr keinen Augenblick wankend wurden, sondern in treuer Hingabe die Partei und Gewerkschaften zu fördern suchten. An der Gründung der „Erfurter Tribüne" nahm er 1889 regen Anteil. Seinem Geschick gelang es, das Blatt, dessen Geschäftsführer er geworden war, durch alle Fährlichkeiten zu leiten, ihm ein sicheres Fundament zu bereiten, der Partei zu Nutz, den Gegnern zum Trutz.

Fast zu gleicher Zeit und im gleichen Alter verschied Genosse Lorenz Berg in Offenbach, von Beruf Elfenbeinschnitzer. Durch das Auftreten Lassalles in Frankfurt a. M. wurde Berg dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zugeführt. Seiner und seines schon längst verstorbenen Bruders Initiative war es zu danken, in Friedberg, dem damaligen Wohnort der beiden Brüder, dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein eine Stätte zu bereiten. Genosse Lorenz war der Dichter und Zeichner des in den siebziger Jahren erschienenen Bilderbuchs „König Mammon". Seine dem „Offenbacher Abendblatt" gelieferten poetischen Beiträge schrieb er in Offenbacher Mundart, die er meisterlich beherrschte.

Die Kölner Genossen haben den Verlust des Genossen Rechtsanwalt Eduard Schrammen zu beklagen, der ihnen plötzlich durch einen Herzschlag am 25. Juli entrissen wurde. Schrammen, der schon mehrere Jahre herzleidend war, erreichte nur ein Alter von 45 Jahren. Am Tage vor seinem Tode trat der Genosse am Gericht noch als Verteidiger in einer Parteisache auf und erzielte eine Freisprechung. Die Partei verliert in dem stets hilfsbereiten Genossen mehr als einen Anwalt der Enterbten.

Zu sterben in den Sielen, war das Los, das dem Arbeitersekretär Otto Zipperer am gleichen Tage in Leipzig beschieden war. Obwohl ihm eine Herzkrankheit viel Unbequemlichkeiten bereitete, begründete er am 25. Juli in einer Sitzung des Gewerkschaftskartells eine Erhöhung des Gesellschaftskapitals des Volkshauses, dessen Aufsichtsrat er angehörte. Zipperer entschuldigte sich, nicht weiterreden zu können. Er fiel den Freunden in die Arme und hauchte sein Leben aus.

Kassenbericht.

Weist auch der diesjährige Kassenabschluß nicht einen Ueberschuß auf, so kann er gleichwohl als besonders ungünstig nicht bezeichnet werden. Jedenfalls hat im Jahre der Reichstagswahlen wohl niemand ein günstigeres finanzielles Ergebnis erwartet. Der Ausgabeposten „Wahlagitation", der im vorjährigen Abschluß nur mit 59 091,25 Mk. verzeichnet steht, weist in diesem Jahre eine Steigerung auf 910 977,82 Mk. auf. Das ist fast doppelt so viel, als im Jahre 1907 für die Reichstagswahlen aus der Hauptkasse verausgabt wurde. Damals kostete die Wahl der Hauptkasse 459 501,60 Mk. und 1903 gar nur 282 058,05 Mk. Wenn trotz dieser hohen Aufwendung für die Wahlagitation nur 233 957,45 Mk. dem Vermögen entnommen zu werden brauchten, und wenn in Rücksicht darauf, daß der diesjährige Kassenbestand den vorjährigen um 177 932,04 Mk. übersteigt, sich nur ein reines Defizit von 56 025,41 Mk. ergibt gegen 166 302,97 Mk. im Wahljahre 1907, so ist das nur der Erhöhung der Einnahme, die 25,3 Proz. beträgt, zu danken. Insbesondere haben die Geschäfte erheblich höhere Ueberschüsse der Parteikasse zugeführt, auch sind etwa 130 000 Mk. mehr Darlehne zurückgezahlt als im Vorjahre. Die Heranziehung der beliehenen Parteigeschäfte zur regelmäßigen Zinszahlung hat auch die Einnahmen an Zinsen nicht unerheblich gesteigert.

Die Ausgaben sind auf 1 753 656,26 Mk. gestiegen gegen 897 180,48 Mark im Vorjahre, eine Steigerung von 95,4 Proz. Abgesehen von den Wahlausgaben weisen die einzelnen Posten eine normale Entwickelung auf. Die Mehrausgabe für „Allgemeine Agitation" zeigt, daß auch außer der Wahlagitation die Agitationstätigkeit mit gewohntem Eifer betrieben worden ist. Der Kursus der Parteischule ist in Rücksicht auf die Wahl ausgefallen, daher die geringe Ausgabe dafür. Die Minderausgabe für das Pressebureau ist nur eine rechnerische, da im Vorjahre die Rückzahlungen unter „Vermischte Einnahmen" gebucht wurden, während in dem diesjährigen Abschluß die Ausgabe nach Abzug der Rückzahlungen eingestellt worden ist. Tatsächlich ist ein höherer Zuschuß geleistet als im Vorjahre. Die Steigerung der Ausgaben für die „Partei-Correspondenz" und das Sozialdemokratische Bureau für Rheinland-Westfalen ist auf den weiteren Ausbau dieser Institutionen und nicht zum geringsten auch auf erhöhte Leistungen im Wahlkampfe zurückzuführen. Der Rückgang in der Ausgabe für Darlehnskonto erklärt sich daraus, daß mehrere Darlehnsgesuche von Parteigeschäften im Hinblick auf die Reichstagswahl abgelehnt werden mußten. Die Ausgabe für Pressezuschüsse weist einen geringen Rückgang auf. Sie verteilt sich auf die einzelnen Blätter wie folgt:

Aachen, „Rheinische Zeitung"	500,—	Mk.
Berlin, „Blindenorgan"	450,—	„
Danzig, „Volkswacht"	4 847,85	„
Kassel, „Volksblatt"	5 262,50	„
Kattowitz, „Gazeta Robotnicza"	12 100,—	„
Königsberg, „Königsberger Volkszeitung"	7 000,—	„
Krefeld, „Volkstribüne"	7 392,—	„
Lüdenscheid, „Volksstimme"	4 750,—	„
Lüneburg, „Volksblatt"	500,—	„
Mülhausen i. E., „Mülhauser Volkszeitung"	12 565,50	„
Nordhausen, „Nordhäuser Volkszeitung"	1 000,—	„
Straßburg i. E., „Freie Presse"	4 500,—	„
Ausländische Parteiblätter	9 816,42	„
Summa	70 684,27	Mk.

Der ungewöhnlich hohe Kassenbestand am Jahresschluß ist dadurch entstanden, daß alle Beitragszahlungen der Wahlkreisorganisationen, die bis zum 15. Juli d. J. eingingen, noch für das abgelaufene Geschäftsjahr gebucht worden sind. Ueber die Wahlausgaben, Beitragseinnahmen und Zahlungen an die Hauptkasse geben die dem Bericht beigefügten Tabellen Auskunft. Der Jahresabschluß der Hauptkasse ist aus der Tabelle auf Seite 62 ersichtlich.

Abschluß der Hauptkasse für die Zeit vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912
mit Zahlen des Vorjahres im Vergleich.

Einnahme.	1910/11 Mark	Pf.	1911/12 Mark	Pf.
Beiträge a) der Organisat.	911 639	41	890 797	53
" b) sonstige . . .	—	—	65 463	84
„Vorwärts"	139 385	—	281 451	80
Buchhandl. „Vorwärts" .	40 000	—	50 000	—
„Wahre Jakob", Neue Zeit" und „Gleichheit" . . .	30 000	—	67 866	50
Nord. Wasserkante u. X. Y. Z.	80 014	57	52 133	50
Darlehnskonto	73 018	30	203 653	10
Zinsen	47 044	80	81 871	53
Diverse	36 660	04	4 393	05
Gesamteinnahme	1 357 761	62	1 697 630	85
Dem Vermögen entnommen	—	—	233 957	45
Bestand am Jahresbeginn	70 062	34	39 626	22
Summa . .	1 427 523	96	1 971 214	52

Ausgabe.	1910/11 Mark	Pf.	1911/12 Mark	Pf.
Allgemeine Agitation . .	288 456	48	321 641	82
Parteischule	40 126	12	4 067	95
Pressebureau	38 567	70	30 149	80
Partei-Correspondenz . .	23 064	26	37 506	95
Soz. Bur. f. Rheinl.-Westf.	29 024	26	34 550	—
Archiv	6 727	89	6 120	76
Bildungsausschuß	19 296	90	23 051	06
Pressezuschüsse	71 083	35	70 684	27
Wahlagitation	59 091	25	910 977	82
Prozeß- u. Gefängniskosten	6 719	83	4 760	50
Unterstützungen	4 682	80	7 650	38
Darlehnskonto	248 474	—	225 600	—
Gehälter und Verwaltung	59 169	72	71 558	55
Diverse	2 696	42	5 336	40
Gesamtausgabe	897 180	48	1 753 656	26
Dem Vermögen zugeführt .	491 017	26	—	—
Bestand am Jahresschluß .	39 626	22	217 558	26
Summa . .	1 427 823	96	1 971 214	52

Berlin, den 31. Juli 1912.

Revidiert und richtig befunden

Die Kontrollkommission.

Kaden. Bock. Kl. Hengsbach. Eugen Ernst. H. Stube. Fr. Brühne. J. Timm. Clara Zetkin.

Agitations-Bezirke	Zahl der Wahlkreise	Beiträge an die Hauptkasse abgeführt Mk.	Von der Hauptkasse erhalten Mk.	Verwendungszweck: Zur Allgem. Agitation Mk.	Zur Wahlagitation Mk.	Unterstützung Mk.	Prozeßkosten Mk.	Darlehen Mk.	Presse Mk.	Agitationsmaterial Mk.
Ostpreußen .	17	8637,71	41402,—	7352,—	26428,60					
Westpreußen .	13	2552,19	34313,44	6959,65	22312,89	—	—	—	7000,—	621,40
Groß-Berlin .	8	237000,—	—	—	—	—	—	—	4847,85	193,05
Brandenburg	18	16320,63	53316,—	815,—	50000,—	—	—	—	—	—
Pommern . .	14	6853,05	30255,90	6552,—	23000,—	—	—	3000,—	—	—
Posen	15	467,85	14622,—	5344,50	8707,—	—	—	—	—	703,90
Breslau . . .	13	14320,85	41152,35	6115,95	34004,70	150,—	—	—	—	570,50
Görlitz	6	3968,35	23433,47	3812,30	19327,17	233,—	—	—	—	281,70
Oberlangenb.	7	7594,36	30900,60	4735,—	23615,60	—	—	—	—	61,—
Kattowitz . .	9	982,03	35739,35	15416,—	19850,30	—	—	2000,—	—	550,—
Magdeburg .	8	22405,10	27847,50	4752,—	23000,—	—	—	—	—	473,05
Halle	8	19047,01	30818,—	2818,—	28000,—	—	—	—	—	95,50
Erfurt	4	2643,84	27236,70	2920,—	22600,—	—	—	—	—	—
Schlesw.-Holst.	11	35953,94	17136,75	7000,—	10000,—	—	550,—	—	1000,—	166,70
Hannover . .	12	21024,95	40660,50	3308,—	36000,—	—	—	—	—	136,75
Oestl. Westfal.	9	7769,26	16342,50	5932,—	10000,—	850,—	—	—	500,—	2,50
Westl. Westfal.	8	17998,24	30772,—	5772,—	25000,—	—	350,—	—	—	60,50
Frankfurt . .	11	20984,16	34099,15	7218,—	24548,35	—	—	—	—	—
Kassel	6	5304,30	32126,87	2810,—	24054,37	—	—	—	—	2332,80
Oberrhein . .	20	12253,88	32868,75	14885,50	16400,—	—	—	—	5262,50	—
Niederrhein .	14	34818,66	61927,60	8174,—	40069,60	—	45,—	—	500,—	1038,25
Saargebiet .	3	621,20	8419,02	2570,—	4565,87	—	—	—	12142,—	62,—
Bayr. Ges.-P.	—	—	57000,—	15000,—	42000,—	—	—	—	—	1288,15
Nordbayern .	21	28571,98	48015,30	7893,—	40000,—	—	—	—	—	—
Südbayern .	21	18423,71	33117,45	2620,—	30000,—	—	—	—	—	122,30
Pfalz	6	6311,50	13832,10	2450,—	11365,10	—	—	—	—	497,45
Dresden . . .	9	48697,58	15,70	—	—	—	—	—	—	17,—
Chemnitz . . .	7	25984,40	46673,—	3673,—	—	—	—	—	—	15,70
Leipzig	4	34301,84	—	—	—	—	—	43000,—	—	—
Zwickau . . .	3	14793,22	2836,—	2836,—	—	—	—	—	—	—
Württemberg	18	23297,36	17378,52	4066,67	40,—	—	—	—	—	—
Baden	14	11397,33	43164,68	2518,—	30000,—	527,38	—	13000,—	—	271,85
Hessen	9	10760,85	37680,45	4432,35	30000,—	150,—	—	10000,—	—	119,30
Meckl.-Schw.	7	5626,32	24952,—	2952,—	22000,—	—	—	3000,—	—	48,10
Thüringen I .	5	3158,76	41586,65	4502,—	36150,—	—	—	—	—	—
" II	3	5213,52	4477,35	3437,65	1000,—	—	647,20	—	—	87,45
S.-Altenbg. .	1	3766,24	—	—	—	—	—	—	—	39,70
S.-K.-Gotha	1	890,61	2776,70	—	2000,—	—	—	—	—	—
Oldenburg . .	5	5396,15	3490,—	3490,—	—	—	—	—	—	276,70
Braunschweig	3	7539,60	2777,80	2777,50	—	—	—	—	—	—
S.-Meiningen	2	1611,07	9239,85	—	9000,—	—	239,85	—	—	—,30
Anhalt	2	5870,43	16000,—	—	16000,—	—	—	—	—	—
Hamburg . .	3	96000,—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nordwest . . .	5	29530,02	20514,85	4118,—	13159,35	1265,—	1550,—	—	—	—
Lübeck	1	4106,40	—	—	—	—	—	—	—	422,50
Elsaß-Lothr. .	15	2545,94	122002,29	5316,—	68372,19	1000,—	—	—	—	—
S. P. S. . .	—	790,93	22747,10	4182,—	—	—	—	30000,—	17065,50	248,60
							1200,—	5265,10	12100,—	—

Wahlkreisorganisationen nach Agitationsbezirken geordnet.

1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912.

Lfd. Nummer	Organisationen	Zahl der soziald. Stimmen bei der Reichstagswahl 1912	% der Wahlberechtigten	Gesamtausgabe für die Wahlagitation	Zuschuß aus der Bezirks- oder Landeskasse	Zahl der Flugblätter, Broschüren u. Kalender, die im Jahre verbreitet wurden	Ortschaft. im Kreise insgesamt	Ortschaft. im Kreise m. Vrt.-Stelle für d. Partei	Zahl der Versammlungen Mitgl.	Zahl der Versammlungen öffentl.
	Ostpreußen.									
1	Memel-Heydekrug	3839	17	2376,73	2284,29	105400	440	2	—	—
2	Labiau-Wehlau	2961	15	3721,59	4000,—	124600	443	2	7	23
3	Königsberg-Stadt	19701	42	8030,43	—	727000	1	1	28	17
4	" -Land-Fischhausen	6271	23	5170,25	4282,95	241800	500	14	107	8
5	Heiligenbeil-Pr.-Eylau	694	3,7	1403,22	1403,22	32500	474	1	—	—
6	Braunsberg-Heilsberg	398	1,9	519,49	432,59	24130	301	1	6	1
7	Pr.-Holland-Mohrungen	487	2,6	232,44	232,44	11030	396	—	—	—
8	Osterode-Neidenburg	423	1,7	577,59	577,59	46000	471	1	6	8
9	Allenstein-Rössel	408	1,5	315,84	315,84	20500	317	—	—	—
10	Rastenburg-Gerdauen	1703	7	1311,69	1269,69	55700	504	4	6	6
11	Tilsit-Niederung	6251	21	6030,51	4000,—	215000	514	32	10	13
12	Ragnit-Pillkallen	2964	14	1499,43	1456,93	175000	666	5	—	—
13	Gumbinnen-Insterburg	3200	13	3368,—	3245,50	90000	544	8	10	12
14	Stallupönen-Goldap	705	2,9	341,19	341,19	19700	679	—	—	—
15	Angerburg-Lötzen	289	1,9	233,44	233,44	14250	396	—	—	—
16	Oletzko-Lyck	939	3,3	832,74	780,74	42600	594	5	5	3
17	Sensburg-Ortelsburg	246	1,1	227,94	227,94	13630	426	—	—	—
	Summa	51479	12	36192,52	25084,35	1958840	7666	76	185	91
	Westpreußen.									
1	Elbing-Marienburg	8183	25	6523,86	3508,65	228300	250	8	27	32
2	Danzig-Land	5272	21	6080,86	4577,55	133230	170	10	123	169
3	" Stadt	8038	24	5664,11	3366,—	184000	1	1	95	30
4	Neustadt-Karthaus	316	1,0	630,23	630,23	44500	353	1	7	2
5	Berent-Pr.-Stargard	374	1,2	682,36	682,36	24000	365	1	2	—
6	Stuhm-Marienwerder	1120	5,4	1312,54	1201,43	52000	286	2	8	13
7	Rosenberg-Löbau	309	1,4	623,52	623,52	20550	283	—	5	—
8	Graudenz-Strasburg	1437	4,5	2100,28	1775,13	72800	307	1	4	2
9	Thorn-Kulm	1109	3,2	1318,53	1180,48	66400	405	2	14	5
10	Schwetz	161	0,9	715,48	689,93	20800	233	1	1	1
11	Konitz-Tuchel	295	1,6	962,73	990,28	37000	194	1	1	3
12	Schlochau-Flatow	805	3,0	1482,29	1449,47	51150	291	10	5	20
13	Deutsch-Krone	833	7,0	830,40	664,75	38550	151	1	10	12
	Summa	28232	8,3	28927,19	21339,78	973280	3289	39	302	289

Lfd. Nummer	Zahl der Ortsvereine	Mitglieder am 30. Juni insgesamt 1911	Mitglieder am 30. Juni insgesamt 1912	darunt. weibl.	Zunahme oder *Abnahme* %	Zahl der Mitglieder pro 100 soziald. Stimmen	Höhe der Beiträge pro Woche männl.	Höhe der Beiträge pro Woche weibl.	Höhe der Beiträge pro Monat männl.	Höhe der Beiträge pro Monat weibl.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 an Mitgl.-Beiträg. eingenommen	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 an die Hauptkasse abgeführt
	Ostpreußen.											
1	2	194	281	17	44,8	7,3	—	—	30	15	565,85	93,60
2	1	345	576	59	66,9	19,4	—	—	30	15	1115,40	158,01
3	1	3939	4701	1054	19,3	23,8	—	—	40	15	12988,75	2189,12
4	—	1074	1534	263	42,8	24,4	—	—	30	15	3451,70	527,70
5	—	12	28	1	133,3	4,0	—	—	30	15	62,15	10,65
6	—	33	53	1	60,6	13,3	—	—	30	15	82,90	16,32
7	—	10	15	—	50,0	3,0	—	—	30	15	33,60	4,68
8	—	75	51	7	*32,0*	12,0	—	—	30	15	115,40	27,03
9	—	14	25	—	78,5	6,1	—	—	30	15	43,50	5,86
10	1	167	187	—	11,9	10,9	—	—	30	15	325,45	78,69
11	—	562	626	45	11,4	10,0	—	—	30	15	1280,14	215,51
12	16	442	312	5	*29,4*	10,5	—	—	30	15	410,40	91,44
13	1	286	310	—	8,3	9,6	—	—	30	—	698,42	149,17
14	—	15	27	4	80,0	3,8	—	—	30	15	43,25	7,32
15	—	2	5	—	150,0	1,7	—	—	30	15	12,10	2,36
16	1	130	166	—	27,7	17,6	—	—	30	—	271,56	55,03
17	—	12	12	1	—	4,8	—	—	30	15	19,20	5,22
	23	7312	8909	1457	21,8	17,3	—	—	—	—	21519,77	3637,71
	Westpreußen.											
1	7	691	672	200	*2,7*	8,2	—	—	30	15	1933,35	380,83
2	12	469	656	116	39,8	12,4	10	—	—	25	1770,95	318,23
3	10	1519	1740	398	14,5	21,6	10	—	—	25	6000,85	1455,46
4	1	26	39	1	50,0	12,3	10	5	—	—	84,45	15,04
5	2	40	16	—	*60,0*	4,2	10	—	—	—	51,60	22,98
6	1	110	113	9	2,7	10,0	10	—	—	15	241,05	60,34
7	1	20	5	—	*75,0*	1,6	—	—	30	—	14,20	3,52
8	1	223	207	39	*7,1*	14,4	10	—	—	20	563,20	131,53
9	2	236	152	10	*35,5*	13,7	10	—	—	30	203,90	47,43
10	1	38	18	—	*52,6*	11,1	10	—	—	—	63,70	17,12
11	2	30	15	—	*50,0*	5,0	10	—	—	—	47,50	12,82
12	4	66	37	4	*43,9*	4,5	10	—	—	20	86,95	25,38
13	3	115	98	28	*14,7*	11,8	10	—	—	10	242,90	61,51
	47	3583	3768	805	5,2	13,3	—	—	—	—	11304,50	2552,19

Lfd. Nummer	Organisationen	Zahl der sozialdem. Stimmen bei der Reichstagswahl 1912	% der Wahlberechtigten	Gesamtausgabe für die Wahlagitation	Zuschuß aus der Bezirks- oder Landeskasse	Zahl der Flugblätter, Broschüren u. Kalender, die im Jahre verbreitet wurden	Ortschaft. im Kreise insgesamt	Ortschaft. im Kreise m. Ort-Gde. für d. Partei	Zahl der Versammlungen Mitgl.	Zahl der Versammlungen öffentl.
	Groß-Berlin.									
1	Berlin I	4408	33	3381,40	—	161 140	1	1	3	28
2	„ II	38131	49	5887,87	—	904 800	1	1	6	29
3	„ III	15056	55	2713,68	—	588 500	1	1	3	40
4	„ IV	89507	67	10865,71	—	3 001 500	1	1	8	91
5	„ V	18160	52	5470,97	—	237 000	1	1	4	7
6	„ VI	142500	65	12686,34	—	4 426 500	1	1	40	140
7	Teltow-Beeskow-Charlottenburg	163765	48	37831,08	—	4 000 000	269	88	511	481
8	Nieder-Barnim	92559	61	22005,02	—	2 250 310	131	66	268	365
	Summa	564086	56	100842,07	—	15 569 750	406	160	843	1181
	Brandenburg.									
1	Westpriegnitz	5068	25	6451,94	4227,—	253 600	187	3	48	60
2	Ostpriegnitz	2098	12	2446,55	2100,—	48 500	186	2	22	21
3	Ruppin-Templin	7992	26	4877,80	4300,—	280 000	300	9	153	94
4	Prenzlau-Angermünde	5270	19	3621,32	3100,40	127 500	200	6	19	3
5	Oberbarnim	8571	35	4972,94	4000,—	140 000	82	16	67	46
6	Potsdam-Osthavelland	21505	43	16489,04	3453,11	885 924	83	18	144	152
7	Brandenbg.-Westhavelland	12990	46	8813,39	—	310 700	85	6	37	95
8	Zauch-Belzig-Luckenwalde	13367	34	10450,75	800,—	360 100	270	24	208	161
9	Arnswalde-Friedeberg	4496	21	4850,80	4600,—	156 000	142	4	60	32
10	Landsberg-Soldin	9037	28	7189,16	4000,—	235 000	236	3	36	35
11	Königsberg Nm.	5429	24	5020,63	4750,—	200 000	109	6	54	51
12	Frankfurt-Lebus	14906	41	8912,22	3845,25	421 000	148	13	196	63
13	Ost- und Weststernberg	3333	16	4012,83	3800,85	125 000	146	8	—	—
14	Züllichau-Krossen	5311	22	3565,28	3000,—	76 100	192	13	—	—
15	Guben-Lübben	7547	29	9962,38	7300,—	220 000	203	45	132	81
16	Sorau-Forst	12656	45	10298,79	800,—	247 000	147	24	103	98
17	Kottbus-Spremberg	11181	36	11973,60	2000,—	219 500	139	48	226	114
18	Kalau-Luckau	11767	31	9708,82	6200,—	566 000	398	17	118	182
	Summa	162524	31	133618,24	62276,61	4 871 924	3253	265	1623	1288
	Pommern.									
1	Anklam-Demmin	1625	9	1240,84	900,—	72 000	168	11	18	16
2	Ueckermünde-Wollin	8928	33	8772,66	6257,20	51 000	186	26	106	72
3	Randow-Greifenhagen	20711	43	10433,28	4000,—	450 000	311	23	166	82
4	Stettin	18060	45	4252,62	—	44 400	1	1	10	43
5	Pyritz-Saatzig	2355	9	1379,07	1000,—	82 000	97	—	12	2
6	Naugard-Regenwalde	1777	8	1304,78	1166,40	62 250	283	1	32	10
7	Greifenberg-Kammin	1183	6	729,50	600,—	66 500	328	—	25	1
8	Stolp-Lauenburg	2781	8	2246,63	1607,09	86 250	375	3	23	5
9	Bütow-Rummelsburg	1937	7	906,95	875,—	60 000	397	—	20	1
10	Kolberg-Köslin	4528	16	3120,50	1506,65	244 800	302	2	30	23
11	Belgard-Dramburg	1965	9	899,15	858,65	5 250	365	—	24	4
12	Neustettin	1410	9	1028,44	850,—	10 500	125	12	30	10
13	Stralsund-Rügen	5903	21	5370,68	2000,—	145 000	9	3	46	49
14	Greifswald-Grimmen	4227	19	2162,74	1000,—	118 000	—	4	61	28
	Summa	77390	20	43847,84	22620,99	1 497 950	2947	86	603	341

Zahl der Ortsvereine	Mitglieder am 30. Juni insgesamt 1911	Mitglieder am 30. Juni insgesamt 1912	darunt. weibl.	Zunahme oder *Abnahme* %	Zahl der Mitglieder pro 100 soziald. Stimmen	Höhe der Beiträge pro Woche männl.	Höhe der Beiträge pro Woche weibl.	Höhe der Beiträge pro Monat männl.	Höhe der Beiträge pro Monat weibl.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 an Mitgl.-Beiträg. eingenommen	an die Hauptkasse abgeführt	Lfd. Nummer
—	1015	898	90	*11,5*	20,7	—	—	40	20	3056,—	1380,—	1
—	5295	5773	637	9,0	15,1	—	—	40	20	21498,80	12650,—	2
—	2701	3121	382	15,5	20,7	—	—	40	20	10092,90	7380,—	3
—	24170	25267	4422	4,5	28,2	—	—	40	20	84989,80	59300,—	4
—	2115	2300	300	8,7	12,6	—	—	40	20	8555,80	4075,—	5
—	30584	31408	4793	2,7	22,0	—	—	40	20	107923,40	98560,—	6
51	29611	32885	6316	11,0	20,0	—	—	40	20	108932,—	33475,—	7
29	15530	18117	3099	16,6	19,5	—	—	40	20	36854,32	20180,—	8
80	111021	119769	20039	7,9	21,2	—	—	—	—	381903,02	237000,—	
6	551	898	65	62,9	17,7	—	—	30	20	1034,78	109,61	1
4	110	82	10	*25,5*	3,9	—	—	30	20	147,42	53,97	2
18	582	586	55	0,7	7,3	—	—	30	20	1562,10	100,—	3
10	612	648	48	5,9	12,2	—	—	30	20	1246,36	259,60	4
9	949	1090	134	14,8	12,7	—	—	30	20	1842,74	531,48	5
16	2859	3334	296	16,6	15,5	10	—	—	20	9088,21	2319,44	6
6	4824	5256	751	8,9	40,4	—	—	30	20	10647,32	3170,04	7
23	2885	3130	265	8,5	23,3	—	—	30	20	5141,90	2123,45	8
5	214	318	24	48,6	7,0	—	—	30	20	537,28	76,—	9
6	929	1141	103	22,8	12,6	—	—	30	20	1935,10	550,65	10
8	410	495	18	20,7	9,1	—	—	30	20	379,28	50,—	11
13	1878	2190	450	16,6	14,6	—	—	30	20	3919,72	1420,66	12
8	300	286	12	*4,7*	8,5	—	—	30	20	204,80	81,25	13
6	612	625	96	2,1	11,7	10	5	—	—	1674,96	560,70	14
11	1393	1531	117	9,9	20,2	10	5	—	—	6858,55	619,34	15
14	2223	2912	408	30,9	23,0	—	—	30	20	5560,16	1605,54	16
21	2828	2464	153	10,1	22,0	—	—	30	20	7684,70	1536,94	17
18	1881	2100	300	11,6	17,8	—	—	30	20	2917,65	1151,96	18
202	25540	29086	3305	13,9	17,8	—	—	—	—	62377,53	16320,63	
4	126	160	11	27,0	9,8	—	—	30	15	444,15	84,88	1
19	1063	1054	64	*0,8*	11,7	—	—	30	15	—	587,49	2
27	4038	4443	869	10,0	21,4	—	—	30	20	12356,—	2281,68	3
1	2217	2704	470	21,9	14,9	10	5	—	—	10728,30	2048,51	4
3	78	105	2	34,6	4,4	—	—	30	15	230,70	46,16	5
3	85	137	16	61,2	7,7	—	—	30	15	305,40	59,70	6
3	75	62	2	*17,3*	5,2	—	—	30	15	198,60	42,51	7
2	137	187	10	36,5	6,7	—	—	30	15	582,15	103,29	8
4	60	56	—	*6,7*	2,8	—	—	30	15	121,50	26,40	9
5	523	561	53	7,2	12,3	—	—	30	15	1513,80	296,32	10
4	90	77	1	*14,4*	3,9	—	—	30	15	—	87,86	11
4	80	182	26	127,5	12,9	—	—	30	15	309,60	49,47	12
11	1095	1302	108	18,9	24,8	—	—	30	15	3993,30	767,94	13
6	739	774	83	4,7	18,3	—	—	30	20	2145,15	420,84	14
96	10406	11804	1715	13,4	15,3	—	—	—	—	32928,65	6853,05	

Lfd. Nummer	Organisationen	Zahl der sozialdem. Stimmen bei der Reichstagswahl 1912	% der Wahlberechtigten	Gesamtausgabe für die Wahlagitation	Zuschuß aus der Bezirks- oder Landeskasse	Zahl der Flugblätter, Broschüren u. Kalender, die im Jahre verbreitet wurden	Ortschaft. im Kreise insgesamt	Ortschaft. im Kreise m. Vers.-Stelle für d. Partei	Zahl der Versammlungen Mitgl.	Zahl der Versammlungen öffentl.
	Posen.									
1	Stadt und Kreis Posen	3578	8	1912,24	1767,24	113 500	71	1	18	16
2	Samter-Obornik	1084	3,2	641,30	616,40	52 500	192	4	28	21
3	Meseritz-Bomst	454	1,8	297,25	287,65	13 830	164	1	—	8
4	Buk-Kosten	77	0,3	78,—	78,—	8 230	132	—	—	—
5	Rawitsch-Gostyn	575	3,2	582,40	538,80	35 800	92	1	14	1
6	Fraustadt-Lissa	346	2,4	546,25	546,25	23 550	65	—	3	2
7	Schrimm-Schroda	40	0,2	64,78	64,78	3 000	143	—	—	—
8	Wreschen-Pleschen	102	0,5	105,40	105,40	5 450	123	2	—	2
9	Krotoschin-Koschmin	109	0,8	117,50	117,50	8 160	62	2	6	2
10	Adelnau-Ostrowo	211	0,7	185,95	142,—	14 100	98	2	10	3
11	Czarnikau-Kolmar-Filehne	2754	8	1044,67	717,18	87 100	162	3	44	31
12	Wirsitz-Schubin	360	1,4	483,05	423,70	33 800	128	—	15	13
13	Bromberg	2968	10	1468,91	1330,51	103 700	106	2	24	22
14	Inowrazlaw-Strelnow	232	0,8	253,43	253,43	11 050	114	1	6	2
15	Gnesen-Wongrowitz	77	0,3	244,—	244,—	8 530	98	—	—	2
	Summa	12967	3,9	8025,13	7232,84	517 300	1750	19	168	125
	Breslau.									
1	Goldberg-Haynau	10678	32	8752,72	2554,22	224 000	214	15	59	91
2	Guhrau-Steinau	1620	7	1305,84	1281,—	336 000	293	9	24	16
3	Militsch-Trebnitz	1718	8	1789,75	1438,85	105 500	294	15	36	31
4	Gr.-Wartenberg-Oels	2350	10	2220,32	1659,73	111 000	232	15	31	13
5	Breslau-Land	10984	31	18909,27	11000,—	412 000	298	60	274	119
6	" Ost	21359	41	19055,52	—	950 750	1	1	—	—
7	" West	25992	50	—	—	—	—	—	11	44
8	Ohlau-Nimptsch	4046	17	2929,48	2402,—	145 200	265	19	52	58
9	Namslau-Brieg	3915	20	4248,41	3627,45	127 000	130	22	17	57
10	Neustadt	2182	12	1395,09	1172,45	96 000	100	6	15	9
11	Falkenberg-Grottkau	560	3,5	609,35	590,35	52 000	158	—	10	4
12	Neiße	1480	8	2060,45	1903,95	110 000	114	5	19	12
13	Glogau	2798	18	2575,87	1605,80	101 000	140	—	14	18
	Summa	89682	25	65852,07	29235,80	2 770 450	2239	167	562	472
	Görlitz.									
1	Görlitz-Lauban	20498	42	11226,12	3000,—	227 700	196	40	142	144
2	Rothenburg-Hoyerswerda	6550	26	5284,27	2500,—	139 500	214	38	131	88
3	Sagan-Sprottau	6347	28	6180,60	3625,27	152 000	159	12	79	56
4	Löwenberg	2462	17	1680,60	1527,80	68 000	75	10	20	47
5	Bunzlau-Lüben	5661	26	3360,21	1610,28	81 000	114	14	60	41
6	Grünberg-Freystadt	8534	33	8329,49	3499,10	169 500	134	18	50	38
	Summa	50052	33	36061,29	15762,45	837 700	892	132	482	414
	Oberlangenbielau.									
1	Reichenbach-Neurode	11992	45	7157,62	—	295 800	72	21	53	48
2	Glatz-Habelschwerdt	2386	10	1296,85	1293,65	31 200	159	4	14	8
3	Frankenstein-Münsterberg	1078	7	1325,50	1325,50	38 000	142	7	—	—
4	Waldenburg	17682	48	6486,—	4500,—	399 000	93	34	111	106
5	Schweidnitz-Striegau	9791	33	9211,88	7500,—	291 720	167	15	79	93

Zahl der Ortsvereine	Mitglieder am 30. Juni insgesamt 1911	Mitglieder am 30. Juni insgesamt 1912	darunt. weibl.	Zunahme oder *Abnahme* %	Zahl der Mitglieder pro 100 sozialdem. Stimmen	Höhe der Beiträge pro Woche männl.	pro Woche weibl.	pro Monat männl.	pro Monat weibl.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 an Mitgl.-Beiträg. eingenommen	an die Hauptkasse abgeführt	Lfd. Nummer
1	300	305	27	1,7	8,5	—	—	30	15	474,60	94,92	1
7	97	77	1	*20,6*	7,1	—	—	30	15	167,70	34,66	2
—	5	4	—	*20,0*	0,8	—	—	30	—	20,30	3,52	3
—	3	2	1	*33,3*	2,5	—	—	30	15	10,05	2,01	4
1	126	110	20	*12,7*	19,1	—	—	30	15	183,65	43,01	5
2	34	3	—	*91,2*	0,8	—	—	30	—	3,—	—,60	6
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,47	7
—	6	4	—	*33,3*	3,9	—	—	30	—	3,70	—,74	8
—	6	9	—	50,0	8,2	—	—	30	—	21,60	4,32	9
3	51	48	—	*5,9*	22,7	—	—	30	—	106,—	21,20	10
6	271	324	40	19,5	11,7	—	—	30	15	612,65	128,57	11
2	68	63	1	*7,3*	17,5	—	—	30	15	131,80	26,36	12
2	321	278	22	*13,4*	10,0	—	—	30	15	528,65	105,73	13
1	11	6	—	*45,4*	2,5	—	—	30	—	6,70	1,34	14
—	3	2	—	*33,3*	2,6	—	—	30	—	4,20	1,40	15
25	1302	1235	112	*5,1*	9,5	—	—	—	—	2274,60	467,85	
5	2457	2838	425	15,5	26,5	—	—	30	15	7288,80	1798,54	1
3	61	71	4	16,4	4,3	—	—	30	15	122,55	30,13	2
4	341	367	25	7,6	21,3	—	—	30	15	735,—	185,38	3
4	188	245	29	30,3	10,4	—	—	30	15	441,45	141,26	4
28	3387	4026	703	19,1	36,6	—	—	30	15	9096,15	2186,70	5
—	—	—	—	—	21,1	—	—	—	—	—	8721,36	6
1	9075	10024	1538	10,4	—	—	—	40	20	35771,25	—	7
8	688	674	54	*2,0*	16,6	—	—	30	15	1813,35	445,76	8
2	523	685	80	30,9	17,4	—	—	30	15	1859,10	442,30	9
2	199	225	35	13,0	10,3	—	—	30	15	461,80	130,68	10
1	—	28	—	28,0	5,0	—	—	30	—	49,20	13,48	11
2	146	144	20	*1,3*	9,7	—	—	30	15	254,10	69,14	12
3	205	283	31	38,0	10,1	—	—	30	15	667,20	161,12	13
63	17270	19610	2944	13,5	21,9	—	—	—	—	58559,95	14320,85	
20	4512	3298	718	*26,8*	16,0	—	—	30	30	12806,10	2111,80	1
14	1127	1096	67	*2,7*	16,7	—	—	30	15	1863,69	543,48	2
7	752	800	95	6,4	12,6	—	—	30	20	2336,80	443,64	3
8	120	144	4	20,0	6,2	—	—	30	20	388,10	63,98	4
11	970	1104	101	13,8	19,5	—	—	30	15	1998,—	399,60	5
10	723	883	51	22,1	10,3	—	—	30	15	2029,35	405,85	6
65	8204	7325	1036	*10,7*	14,6	—	—	—	—	21422,04	3968,85	
6	2656	2752	256	3,6	22,9	—	—	30/20	15/10	6160,50	1531,62	1
4	128	44	3	*65,6*	1,8	—	—	20	20	144,—	36,16	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3
1	3388	3566	1094	5,2	20,1	—	—	30	15	9172,50	2255,33	4
13	2842	3183	637	12,0	32,5	—	—	30	15	8610,60	2133,72	5

Lfd. Nummer	Organisationen	Zahl der soziald. Stimmen bei der Reichstagswahl 1912	% der Wahlberechtigten	Gesamtausgabe für die Wahlagitation	Zuschuß aus der Bezirks- oder Landeskasse	Zahl der Flugblätter, Broschüren u. Kalender, die im Jahre verbreitet wurden	Ortschaft. im Kreise insgesamt	Ortschaft. im Kreise m. Vrs.-Säle für d. Partei	Zahl der Versammlungen Mitgl.	Zahl der Versammlungen öffentl.
6	Landeshut-Jauer	6814	28	5786,92	5800,—	113 000	140	15	110	48
7	Hirschberg-Schönau	8185	32	4799,92	3000,—	91 000	105	33	133	107
	Summa ...	57928	31	36064,19	23419,15	1 259 720	878	129	500	410
	Kattowitz.									
1	Kosel-Gr.-Strehlitz	1247	4,5	1268,80	1219,95	93 500	184	1	23	11
2	Gleiwitz	2219	6	1393,83	1336,13	98 200	172	1	17	—
3	Beuthen-Tarnowitz	11534	15	3603,07	3306,67	343 400	87	2	58	31
4	Kattowitz-Zabrze	14904	19	7470,37	6000,—	513 400	42	8	61	72
5	Pleß-Rybnik	2420	5,3	2687,80	2600,30	157 500	223	1	26	—
6	Ratibor	2418	8	2551,40	2438,25	163 100	121	2	18	11
7	Kreuzburg-Rosenberg	344	1,8	955,45	919,35	49 000	169	1	12	—
8	Oppeln	2285	8	1337,55	1251,85	93 000	141	1	12	8
9	Leobschütz	899	6	1046,05	1027,80	58 000	98	2	18	6
	Summa ...	38270	10	22314,32	20100,30	1 569 100	1237	19	245	139
	Magdeburg.									
1	Salzwedel-Gardelegen	2407	8	3074,12	2000,—	58 950	318	4	49	22
2	Osterburg-Stendal	7434	24	6028,89	1600,—	165 000	230	3	96	69
3	Jerichow I und II	11992	33	17014,57	4000,—	325 200	209	9	92	151
4	Magdeburg	30927	50	12546,80	—	1 187 000	1	1	45	29
5	Wolmirstedt	10911	38	12648,95	3100,—	158 000	126	10	97	82
6	Wanzleben	11090	53	8095,21	—	124 000	49	17	164	25
7	Aschersleben-Kalbe	24163	50	10265,77	—	470 900	76	20	179	114
8	Oschersleben-Halberstadt	17373	42	19659,99	3100,—	335 000	102	10	96	148
	Summa ...	116297	39	89334,30	13800,—	2 824 050	1111	74	818	640
	Halle.									
1	Torgau-Liebenwerda	8941	33	6891,03	5500,—	154 000	186	20	198	106
2	Schweinitz-Wittenberg	5791	23	5068,41	4084,—	138 900	240	23	67	62
3	Bitterfeld-Delitzsch	12920	38	11568,96	1000,—	252 000	245	9	90	120
4	Halle und Saalkreis	27279	46	7026,37	—	556 500	103	18	117	103
5	Mansfelder See- und Gebirgskreis	13445	35	11465,30	6000,—	474 000	161	11	115	105
6	Sangerhaus.-Eckartsberga	7991	30	7064,52	5100,—	144 000	148	5	88	55
7	Merseburg-Querfurt	11128	33	12385,86	3500,—	450 000	205	15	200	109
8	Naumburg-Zeitz	21900	46	13111,79	—	366 500	265	66	426	189
	Summa ...	109395	37	74582,24	25184,—	2 535 900	1553	167	1301	849
	Erfurt.									
1	Nordhausen, Grafschaft Hohenstein	7462	45	15657,12	9000,—	299 400	66	16	122	90
2	Heiligenstadt-Worbis	1304	7	1610,94	1000,—	68 000	111	5	22	4
3	Mühlhausen-Langensalza	8286	26	11060,77	8000,—	229 000	118	14	65	68
4	Erfurt-Schleusingen	23247	47	19520,15	4000,—	397 600	126	38	285	199
	Summa ...	40299	34	47848,98	22000,—	994 000	421	73	494	361

Zahl der Ortsvereine	Mitglieder am 30. Juni insgesamt 1911	Mitglieder am 30. Juni insgesamt 1912	darunt. weibl.	Zunahme oder *Abnahme* %	Zahl der Mitglieder pro 100 soziald. Stimmen	Höhe der Beiträge pro Woche männl.	pro Woche weibl.	pro Monat männl.	pro Monat weibl.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 an Mitgl.-Beiträg. eingenommen	an die Hauptkasse abgeführt	Lfd. Nummer
14	1718	1803	442	4,9	26,4	—	—	25/30	10/15	3425,15	880,88	6
19	785	1277	164	62,6	15,6	—	—	30	15	3253,65	756,65	7
57	11517	12625	2596	9,6	21,8	—	—	—	—	30766,40	7594,36	
3	117	125	—	6,8	10,0	—	—	30	15	128,40	25,70	1
2	141	155	15	9,9	6,9	—	—	30	15	397,60	79,52	2
6	684	725	70	5,9	6,2	—	—	30	15	1985,40	397,10	3
6	579	677	86	16,9	4,5	—	—	30	15	1391,85	278,36	4
3	60	68	—	13,3	2,6	—	—	30	15	172,—	34,47	5
3	156	170	26	8,9	7,0	—	—	30	15	458,85	91,76	6
1	28	32	—	14,3	9,3	—	—	30	15	85,20	17,02	7
1	57	60	—	5,2	2,6	—	—	30	15	162,30	32,47	8
3	48	52	—	8,3	5,7	—	—	30	15	128,10	25,63	9
28	1840	2064	197	12,2	5,4	—	—	—	—	4909,70	982,03	
6	429	370	84	*12,2*	15,3	10	5	—	—	1578,70	227,81	1
10	1028	959	117	*6,7*	12,9	10	5	—	—	4100,15	1029,94	2
18	3433	4072	571	18,6	33,9	10	5	—	—	16084,90	1621,19	3
—	6246	7266	1238	16,3	23,4	10	5	—	—	30629,90	8507,33	4
25	1660	1773	307	6,9	16,2	10	5	—	—	7630,75	1867,20	5
28	2468	2640	501	6,9	23,8	10	5	—	—	10517,40	2607,47	6
17	3844	4053	753	5,4	16,7	10	5	—	—	15921,10	3948,65	7
12	2303	2921	649	26,8	16,8	10	5	—	—	10617,10	2595,51	8
116	21411	24054	4220	12,3	20,7	—	—	—	—	97080,—	22405,10	
21	1290	1821	291	41,1	20,3	—	—	30	10	—	750,—	1
12	448	832	91	85,7	14,3	10	—	—	10	2717,40	100,—	2
17	2450	3154	270	28,7	24,4	10	5	—	—	7239,69	2330,40	3
—	6116	8045	982	31,5	29,4	10	—	—	20	27244,60	5442,92	4
28	2044	1619	578	*20,8*	12,0	—	—	30	10	3339,90	874,40	5
15	490	442	22	*9,8*	5,5	10	—	—	10	—	245,—	6
20	2247	2714	372	20,8	24,3	10	5	—	—	6504,38	1942,67	7
44	5163	6805	1169	31,8	31,0	10	—	—	10	20308,30	7861,62	8
157	20248	25432	3775	25,6	23,2	—	—	—	—	67354,27	19047,01	
14	1470	1648	174	12,1	22,0	10	5	—	—	4832,20	393,93	1
2	48	47	2	*2,1*	3,6	—	—	30	15	113,20	22,48	2
6	1109	1407	170	26,9	16,9	—	—	30	25	2520,18	927,43	3
24	3130	4266	739	36,3	18,3	10	5	—	—	7543,80	1300,—	4
46	5757	7368	1085	28,0	18,3	—	—	—	—	15009,38	2643,84	

Lfd. Nummer	Organisationen	Zahl der soziald. Stimmen bei der Reichstagswahl 1912	% der Wahlberechtigten	Gesamtausgabe für die Wahlagitation	Zuschuß aus der Bezirks- oder Landeskasse	Zahl der Flugblätter, Broschüren u. Kalender, die im Jahre verbreitet wurden	Ortschaft. im Kreise insgesamt	Ortschaft. im Kreise m. Vrs.-Stelle für d. Partei	Zahl der Versammlungen Mitgl.	Zahl der Versammlungen öffentl.
	Schleswig-Holstein.									
1	Hadersleben-Sonderburg	1110	5,2	10505,45	1800,—	239 000	—	14	—	—
2	Apenrade-Flensburg	7977	26				—	—	69	46
3	Tondern-Husum	2140	8	2705,28	2000,—	45 900	247	12	87	81
4	Schleswig-Eckernförde	6838	24	6963,01	2000,—	108 200	197	21	71	56
5	Nord- u. Süd-Dithmarschen	12180	31	8246,33	2838,25	163 935	455	30	139	80
6	Pinneberg	22636	42	30433,17	—	646 000	200	60	250	321
7	Kiel	38709	47	26812,14	—	792 000	422	28	199	92
8	Altona	27664	51	8109,94	—	421 950	90	30	115	77
10	Lauenburg	3808	29	4672,05	—	897 880	123	14	93	39
9	Oldenburg-Plön	4813	19	5433,23	3870,38	290 037	7	2	84	32
11	Fürstentum Lübeck	—	—	2524,70	1300,—	27 000	106	21	—	—
	Summa	127375	34	106405,30	13308,63	3 631 902	1847	232	1107	774
	Hannover.									
1	Osnabrück-Bersenbrück	8017	20	4978,14	2000,—	226 500	202	18	35	59
2	Melle-Diepholz	2046	9	2816,11	2600,—	109 650	141	33	28	53
3	Nienburg	5269	17	2899,20	1660,20	69 500	246	20	44	45
4	Hannover-Linden	43755	47	13499,37	—	994 600	32	12	164	119
5	Hameln	14387	41	10658,58	1100,—	372 000	213	35	286	129
6	Hildesheim	11403	31	8119,72	4550,—	196 000	175	12	121	114
7	Einbeck-Osterode	8226	35	7460,87	5450,—	118 000	142	39	108	129
8	Göttingen	7986	30	10175,60	7625,—	158 000	141	14	120	88
9	Goslar-Zellerfeld	9924	37	7892,80	7100,25	192 000	96	26	68	88
10	Gifhorn-Zelle	11289	27	9793,70	7035,75	185 800	304	36	74	18
11	Lüchow-Uelzen	2974	10	2318,80	1982,50	60 700	664	12	60	33
12	Lüneburg	6942	21	5361,71	2000,—	146 000	493	21	65	60
	Summa	132218	29	85974,60	43103,70	2 828 750	2849	278	1173	935
	Oestliches Westfalen.									
1	Minden-Lübbecke	7301	21	3840,50	1650,—	164 680	135	54	92	76
2	Herford-Halle	9918	30	6697,82	2660,—	182 700	105	61	275	199
3	Bielefeld-Wiedenbrück	17287	37	19292,31	—	538 815	65	27	176	69
4	Paderborn-Büren	166	0,8	387,50	385,—	24 950	81	—	—	—
5	Warburg-Höxter	551	2,8	1164,80	1165,—	42 405	125	1	—	—
6	Lippstadt-Brilon	690	3,6	450,—	250,—	26 460	121	1	—	—
7	Bentheim-Lingen	661	2,2	480,—	480,—	20 100	161	1	—	2
8	Schaumburg-Lippe	3413	32	2596,12	1650,—	84 275	67	30	68	91
9	Lippe-Detmold	7814	28	4683,84	2300,—	187 160	208	52	235	127
	Summa	47801	19	39592,89	10540,—	1 271 545	1068	227	846	564
	Westliches Westfalen.									
1	Dortmund-Hörde	48838	39	23689,48	—	2 067 000	80	80	1010	286
2	Bochum-Gelsenkirchen	53338	33	29308,05	—	2 959 825	60	31	513	149
3	Borken-Recklinghausen	21245	23	7039,45	3492,70	504 000	75	5	280	44
4	Hamm-Soest	9023	21	4314,86	1640,—	446 640	182	20	208	68
5	Arnsberg-Olpe	1750	5,4	1407,57	1233,75	57 000	147	3	40	8
6	Münster-Coesfeld	2541	6	1744,10	961,62	53 800	57	2	53	7

Zahl der Ortsvereine	Mitglieder am 30. Juni insgesamt 1911	Mitglieder am 30. Juni insgesamt 1912	darunt. weibl.	Zunahme oder *Abnahme* %	Zahl der Mitglieder pro 100 sozialb. Stimmen	Höhe der Beiträge pro Woche männl.	Höhe der Beiträge pro Woche weibl.	Höhe der Beiträge pro Monat männl.	Höhe der Beiträge pro Monat weibl.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 an Mitgl.-Beiträg. eingenommen	an die Hauptkasse abgeführt	Lfd. Nummer
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2080,04	1
6	2025	2257	825	11,4	28,2	—	—	40	15	8360,95		2
6	321	450	45	40,2	21,0	—	—	40	15	1878,52	287,18	3
7	971	1349	212	38,9	19,7	—	—	40	15	2514,87	838,28	4
13	2079	2608	336	25,4	21,4	—	—	40	15	9399,25	2303,01	5
28	10401	11897	2027	14,4	52,5	10	—	—	15	45496,55	8780,94	6
16	13600	15168	3050	11,5	39,1	—	—	50	15	68417,25	8699,03	7
11	13524	14232	2445	11,7	51,4	—	—	40	15	49511,37	12003,56	8
10	—	882	59		23,1	—	—	40	15	—	—	9
8	486	511	47	5,1	11,8	—	—	40	15	1266,58	404,48	10
—	1280	1280	175	—	—	10	—	—	15	3061,73	557,47	11
105	44687	50634	8721	13,3	39,8	—	—	—	—	189907,07	35958,94	
4	1049	1157	132	10,3	14,4	—	—	35	15|25	4121,70	1111,77	1
5	125	178	3	42,4	8,7	—	—	35	15	654,85	120,35	2
9	449	459	52	2,2	8,7	—	—	40	15	2035,60	358,34	3
1	18532	18184	3014	*1,8*	41,6	—	—	40	15	62671,—	12546,50	4
37	2694	3237	391	20,1	22,5	—	—	35	15	10501,65	1950,—	5
20	1891	2044	338	8,0	17,9	—	—	40	15	7083,20	1347,64	6
26	947	1150	127	21,4	14,0	—	—	40	15	3714,50	176,02	7
14	803	1085	238	35,1	13,6	—	—	40	15	3563,05	923,60	8
21	696	642	99	*7,5*	6,5	—	—	40	15	2324,55	119,81	9
11	1374	1351	192	*1,6*	11,9	—	—	40	15	5515,80	1103,16	10
9	382	632	80	9,1	24,6	—	—	40	15	1969,10	293,05	11
9	1251	1227	101	*1,9*	17,7	—	—	40	15	4898,55	979,71	12
166	30193	31246	4767	3,8	23,7	—	—	—	—	109053,55	21024,95	
24	1143	1398	82	22,3	19,1	—	—	30	15	3430,50	686,10	1
34	1962	2113	61	7,7	21,3	—	—	30	15	5947,20	1783,11	2
20	6170	7142	611	15,7	41,3	—	—	30	15	21583,05	4316,61	3
—	9	19	—	111,1	11,4	—	—	30	15	48,30	14,50	4
—	17	14	—	*17,7*	2,5	—	—	30	15	26,40	12,85	5
—	83	91	3	9,6	13,2	—	—	30	15	219,60	71,92	6
—	7	18	—	157,1	2,7	—	—	30	15	51,30	13,50	7
12	363	337	19	*7,1*	9,9	—	—	30	15	1065,75	329,56	8
28	1001	1044	68	4,3	13,4	—	—	30	15	2705,55	541,11	9
118	10755	12176	844	13,2	25,5	—	—	—	—	35077,65	7769,26	
68	9073	9304	1712	*2,5*	19,0	—	—	40	20	32183,94	8804,99	1
48	6325	6368	1408	0,7	11,9	10	5	—	—	22320,45	5474,84	2
33	2267	2706	857	19,4	12,7	10	—	—	15	9540,05	2293,—	3
28	2372	2168	475	*8,6*	24,0	—	—	30	15	5929,95	1217,49	4
3	209	159	4	*23,9*	9,1	—	—	30	20	376,10	78,42	5
5	272	303	46	11,4	11,9	—	—	30	15	—	103,14	6

Lfd. Nummer	Organisationen	Zahl der sozialb. Stimmen bei der Reichstagswahl 1912	% der Wahlberechtigten	Gesamtausgabe für die Wahlagitation	Zuschuß aus der Bezirks- oder Landeskasse	Zahl der Flugblätter, Broschüren u. Kalender, die im Jahre verbreitet wurden	Ortschaft. im Kreise: insgesamt	Ortschaft. im Kreise: m. Vers.-Säle für d. Partei	Zahl der Versammlungen: Mitgl.	Zahl der Versammlungen: öffentl.	Zahl der Ortsvereine	Mitglieder am 30. Juni insgesamt: 1911	Mitglieder am 30. Juni insgesamt: 1912	Mitglieder: darunt. weibl.	Zunahme oder *Abnahme* %	Zahl der Mitglieder pro 100 sozialb. Stimmen	Höhe der Beiträge pro Woche: männl.	Höhe der Beiträge pro Woche: weibl.	Höhe der Beiträge pro Monat: männl.	Höhe der Beiträge pro Monat: weibl.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 an Mitgl.-Beiträg. eingenommen	an die Hauptkasse abgeführt	Lfd. Nummer
7	Lüdinghausen-Warendorf	3103	9	3197,90	1681,63	136 000	67	8	145	15	9	141	594	73	321,3	19,1	—	—	30	15	1787,15	422,75	7
8	Tecklenburg-Steinfurt	2438	6	1423,92	1355,99	72 100	60	2	—	2	5	588	148	11	*74,8*	6,0	—	—	30	15	423,20	103,61	8
	Summa	142271	24	72119,83	10365,69	6 296 365	728	151	2249	524	199	21247	21750	4586	2,4	15,3	—	—	—	—	72510,84	17998,24	
	Frankfurt a. M.																						
1	Höchst-Usingen	21279	41	12824,14	1000,—	414 000	152	62	518	230	64	3874	4718	396	21,8	22,2	—	—	30	20	10507,09	3235,68	1
2	Wiesbaden-Rheingau	15222	30	10337,34	5836,25	230 000	105	42	183	128	19	1514	1913	135	26,3	12,5	10	—	—	30	7274,80	1000,—	2
3	Limburg-Diez	3604	14	2367,85	2367,85	71 700	148	17	16	13	10	192	136	—	*29,2*	3,8	—	—	30/40	—	99,79	—	3
4	St. Goarshausen	2374	9	2316,12	2089,27	57 000	194	16	35	65	10	264	414	79	56,9	17,4	—	—	30	20	447,—	—	4
5	Dillkreis	2062	8	2792,04	2768,30	135 000	230	18	39	43	6	51	198	—	288,2	9,6	—	—	30	—	216,—	—	5
6	Frankfurt a. M., Stadt	35686	40	25414,56	—	578 500	4	4	111	64	11	7952	9539	934	19,9	26,7	—	—	40	30	37813,50	9247,—	6
7	Marburg	1100	4,7	1854,62	1792,65	42 000	196	13	10	13	1	177	101	11	*42,9*	9,2	—	—	30	30	208,50	69,65	7
8	Fulda	1620	6	2165,34	2065,15	67 500	—	3	16	21	3	102	122	8	19,6	7,5	—	—	30	30	177,50	—	8
9	Hanau-Gelnhausen Orb.	22519	46	13161,72	—	371 000	118	98	688	344	82	8411	9109	1583	8,3	40,4	10	5	—	—	20662,13	7030,82	9
10	Wetzlar-Altenkirchen	4471	13	3594,21	2918,25	144 000	225	31	70	16	10	351	414	22	17,9	9,2	—	—	30	20	1190,50	322,40	10
11	Siegen-Wittgenstein	2578	6	3251,96	3128,40	67 000	246	32	28	40	6	323	235	12	*27,2*	9,1	—	—	40	20	518,—	78,61	11
	Summa	112515	25	80079,90	23966,12	2 177 700	1618	336	1709	977	222	23211	26899	3180	15,9	23,9	—	—	—	—	79114,81	20984,16	
	Kassel.																						
1	Kassel-Melsungen	21814	44	17951,16	6000,—	779 000	111	91	388	246	52	3432	4114	107	19,9	18,8	10	—	—	20	15467,40	3847,20	1
2	Rinteln-Hofgeismar	6258	25	3516,77	2880,84	125 000	189	20	56	48	13	367	405	—	10,3	6,4	—	—	30	—	931,80	346,86	2
3	Fritzlar-Homberg	1027	5,4	1278,69	1045,89	75 000	231	8	12	21	6	115	125	—	8,7	12,1	—	—	30	—	291,60	109,02	3
4	Eschwege-Schmalkalden	11313	41	10100,77	8364,41	190 000	218	80	151	125	25	835	1185	35	41,9	10,4	10	—	—	20	2532,10	819,30	4
5	Hersfeld-Rotenburg	5303	17	3907,13	3713,33	95 000	271	18	12	52	2	130	140	—	7,7	3,9	—	—	30	—	241,50	92,94	5
6	Waldeck-Pyrmont	1600	12	1282,78	969,93	53 000	120	8	10	25	2	70	125	—	*78,6*	7,8	—	—	30	—	268,20	88,98	6
	Summa	45515	29	38037,30	22974,40	1 317 000	1140	225	629	517	100	4949	6094	142	23,1	13,4	—	—	—	—	19732,60	5304,30	
	Oberrhein.																						
1	Köln, Stadt	18666	31	20961,63 (Stadt und Land zus.)	—	2 136 700	61	9	309	134	43	6205	8159	1027	31,5	19,0	10	10	—	—	35402,10	8282,24	1
2	„ Land	24203	29																				2
3	Aachen, Stadt	5292	20	1966,60	1000,—	312 000	28	7	11	10	1	513	636	53	23,9	12,0	10	10	—	—	2072,60	529,70	3
4	„ Land	5536	13	1909,83	1000,—	184 000	1	1	89	38	8	510	687	49	34,7	12,4	10	10	—	—	1958,70	483,34	4
5	Schleiden-Malmedy*)	439	1,8	140,53	123,50	3 670	140	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5
6	Heinsberg-Geilenk*)	191	0,7	140,53	123,50	3 670	78	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6
7	Düren-Jülich	1922	6	542,55	250,—	75 000	135	2	20	8	2	70	123	10	75,7	6,4	10	10	—	—	480,70	16,68	7
8	Bergheim-Euskirchen	894	3,8	352,85	300,—	22 000	150	1	7	6	1	73	92	2	26,0	10,3	10	10	—	—	246,80	61,56	8
9	Rheinbach-Bonn	4149	10	1149,34	500,—	95 300	150	4	91	23	6	304	372	50	22,4	8,9	10	10	—	—	1301,80	352,56	9
10	Siegkreis-Waldbröel*)	935	2,8	140,53	123,50	3 670	59	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10
11	Mülheim-Wipperfürth	11927	25	9357,56	4500,—	487 100	92	44	173	108	22	2639	3323	250	25,9	27,8	10	10	—	—	12784,60	2049,10	11
12	Neuwied	1767	8	1040,85	860,—	60 300	190	3	12	9	1	71	245	18	245,0	13,9	10	10	—	—	512,70	114,98	12
13	Koblenz-St. Goar	3568	10	1330,04	1200,—	80 000	70	2	8	13	6	174	246	22	41,4	6,9	10	10	—	—	674,70	154,30	13
14	Kreuznach-Simmern	1541	6	1020,69	800,—	59 500	92	6	20	22	1	132	143	25	8,4	9,3	10	10	—	—	515,40	—	14
15	Mayen-Ahrweiler	2036	7	1277,27	1030,—	98 000	57	1	27	14	4	50	262	11	424,0	12,8	10	10	—	—	275,60	101,82	15
16	Adenau-Cochem*)	483	2,5	140,55	123,50	3 670	230	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16
17	Daun-Prüm-Bitburg*)	196	0,7	140,53	123,50	3 670	391	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17
18	Wittlich-Bernkastel*)	131	0,6	140,53	123,50	3 670	170	—	—	—	—	87	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18
19	Trier	1346	4,6	1163,61	900,—	73 000	140	1	12	8	1	131	119	11	*9,1*	8,8	10	10	—	—	375,50	82,—	19

*) Gehört zum Verein obere Rheinprovinz.

Lfd. Nummer	Organisationen	Zahl der sozialdem. Stimmen bei der Reichstagswahl 1912	% der Wahlberechtigten	Gesamtausgabe für die Wahlagitation	Zuschuß aus der Bezirks- oder Landeskasse	Zahl der Flugblätter, Broschüren u. Kalender, die im Jahre verbreitet wurden	Ortschaft. im Kreise: insgesamt	Ortschaft. im Kreise: m. Vrt.-Stelle für d. Partei	Zahl der Versammlungen: Mitgl.	Zahl der Versammlungen: öffentl.
20	Fürstentum Birkenfeld . .	—	—	—	—	—	—	—	12	19
21	Verein obere Rheinprovinz	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summa . .	85222	12	42915,52	13081,—	3 704 920	2234	81	791	412
	Niederrhein.									
1	Lennep-Mettmann	27120	42	31783,37	6000,—	1 615 750	64	43	167	158
2	Elberfeld-Barmen	33644	44	32462,36	—	1 558 800	2	2	177	60
3	Solingen	24571	49	7605,28	—	561 900	23	11	168	77
4	Düsseldorf, Kreis u. Stadt	36759	34	17780,82	3000,—	1 292 500	32	9	262	44
5	Essen	40503	33	22802,09	5000,—	2 291 700	24	20	570	95
6	Mülheim-Ruhr, Duisburg	34187	27	26726,89	7000,—	2 129 900	16	9	145	106
7	Moers-Rees	5335	14	3256,15	1800,—	154 450	110	7	87	19
8	Cleve-Geldern	972	3,6	1259,50	1200,—	119 000	36	1	20	6
9	Kempen	2834	13	2253,65	1650,—	82 000	23	4	8	8
10	M.-Gladbach	5855	12	2974,71	2000,—	311 000	14	3	30	24
11	Krefeld, Kreis u. Stadt .	10155	25	3863,43	—	356 000	12	5	10	9
12	Neuß-Grevenbroich	3878	13	4052,29	2800,—	206 000	128	5	48	15
13	Hagen-Schwelm	23184	40	19027,83	4000,—	640 500	37	26	269	123
14	Altena-Iserlohn	17703	35	8912,13	5000,—	241 000	121	49	11	118
	Summa . . .	266700	30	184760,50	39450,—	11 560 500	642	194	1972	862
	Saargebiet.									
1	Saarburg-Merzig	1112	2,7	2636,22	} 3254,40	{ —	400	4	—	—
2	Saarbrücken	4157	7	—		—	—	—	12	6
3	Ottweiler-St. Wendel . .	1627	3,7	1765,25	1745,60	187 500	158	15	40	30
	Summa . . .	6896	4,7	4401,47	5000,—	187 500	558	19	52	36
	Nordbayern.									
1	Amberg	2298	10	2166,—	2017,50	82 600	188	20	27	48
2	Neumarkt	661	3,3	1504,45	1359,75	66 200	221	14	21	22
3	Neustadt a. Waldnab . . .	2446	9	2877,95	2735,49	124 350	226	27	64	70
4	Hof	14694	46	9447,95	6930,13	96 800	232	230	164	207
5	Bayreuth	10953	40	7603,17	5996,28	233 000	146	140	307	202
6	Forchheim	4756	17	2768,22	2061,94	78 941	250	65	110	102
7	Neunburg v. W.	1230	6	881,10	763,90	56 460	241	16	16	19
8	Kronach	6669	24	3647,43	4259,75	103 500	206	93	251	135
9	Bamberg	5026	17	2359,39	2039,23	106 000	220	65	203	95
10	Nürnberg	42585	52	8249,20	—	240 200	45	43	190	152
11	Erlangen-Fürth	18180	46	6004,51	2356,05	1 202 500	397	397	265	244
12	Ansbach-Schwabach	6655	27	3713,25	3713,25	130 000	400	398	90	127
13	Eichstätt	1826	9	2075,60	1806,90	55 600	230	27	33	35
14	Dinkelsbühl	1473	7	1704,11	1225,60	56 900	171	19	40	32
15	Rothenburg o. T.	2920	12	1767,22	1385,45	37 300	255	72	44	96
16	Kitzingen	2281	10	1446,31	1188,95	55 800	184	35	77	55
17	Neustadt a. S.	2542	10	1158,44	892,45	66 000	232	47	70	47
18	Schweinfurt	5618	22	3998,35	2219,79	111 100	203	107	65	77
19	Würzburg	7226	27	8184,90	5062,95	202 500	46	35	158	82
20	Aschaffenburg	7030	22	2511,41	2489,24	115 500	154	61	186	140
21	Lohr a. M.	2446	9	1264,08	1157,76	48 495	159	40	44	34
	Summa . . .	149515	24	75333,04	51662,36	3 269 746	4406	1951	2425	2021

Zahl der Ortsvereine	Mitglieder am 30. Juni insgesamt: 1911	Mitglieder am 30. Juni insgesamt: 1912	darunt. weibl.	Zunahme oder *Abnahme* %	Zahl der Mitglieder pro 100 sozialdem. Stimmen	Höhe der Beiträge pro Woche: männl.	Höhe der Beiträge pro Woche: weibl.	Höhe der Beiträge pro Monat: männl.	Höhe der Beiträge pro Monat: weibl.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 an Mitgl.-Beiträg. eingenommen	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 an die Hauptkasse abgeführt	Lfd. Nummer
3	358	374	35	4,5	—	10	10	—	—	—	50,—	20
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26,10	21
99	11317	14781	1563	30,6	17,3	—	—	—	—	56601,20	12253,88	
18	3950	4217	650	6,8	15,5	—	—	40	30	16178,30	2248,12	1
1	6011	6501	865	8,1	19,3	—	—	40	30	25737,45	4700,—	2
22	3954	4458	448	12,7	18,1	—	—	40	30	16819,10	4052,39	3
—	5484	7116	1394	29,7	19,3	—	—	50	30	32670,70	7457,50	4
—	4877	4892	1057	0,3	12,1	—	—	50	30	23210,30	5209,—	5
8	4023	4464	779	10,9	13,0	—	—	50	30	17612,—	3970,91	6
11	626	862	166	37,7	16,1	—	—	40	30	2685,30	485,79	7
3	75	100	5	33,3	10,3	10	—	—	30	313,35	41,68	8
—	187	331	7	43,3	11,7	10	—	—	30	878,35	242,74	9
3	453	652	64	43,9	11,1	10	—	—	30	2485,70	578,51	10
1	1549	1652	232	6,6	16,2	10	—	—	30	6572,40	1543,01	11
5	470	677	89	44,0	17,4	10	—	—	30	2132,90	181,43	12
—	3487	3946	543	13,1	17,0	—	—	40	30	14981,35	3475,62	13
13	921	1064	88	15,5	6,0	10	—	—	30	3533,—	686,96	14
85	36067	40932	6387	13,5	15,3	—	—	—	—	165810,20	34818,66	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,88	1
3	630	596	113	*5,4*	11,3	10	5	—	—	2041,90	538,10	2
5	148	153	20	3,4	9,4	10	5	—	—	466,90	77,22	3
8	778	749	133	*3,7*	10,9	—	—	—	—	2508,80	621,20	
5	270	265	2	*1,8*	11,5	—	—	30	20	262,28	120,62	1
3	103	120	5	16,5	18,2	—	—	30	20	87,62	40,44	2
9	493	526	39	6,7	21,5	—	—	30	20	564,32	256,88	3
31	2517	2892	460	14,9	19,7	—	—	30	20	5967,11	1491,84	4
36	2439	2699	80	10,6	24,6	—	—	30	20	6467,60	1643,58	5
13	733	1055	64	43,9	22,2	—	—	30	20	1047,98	481,54	6
3	66	37	—	*43,9*	3,0	—	—	30	—	53,30	24,60	7
28	792	796	12	0,5	11,9	—	—	30	20	1694,90	437,46	8
19	1076	1179	40	9,5	23,4	—	—	30	20	1684,67	611,56	9
1	18440	20218	1767	9,6	47,4	—	—	35	25	74978,35	14721,88	10
37	5806	6105	335	5,1	33,5	—	—	30	20	14808,63	3894,40	11
13	1732	2047	99	18,2	30,7	—	—	30	20	4225,85	1194,08	12
3	150	209	6	39,3	11,4	—	—	30	20	487,77	117,54	13
4	282	333	6	18,1	22,6	—	—	30	20	1020,—	200,50	14
9	170	302	3	77,7	13,1	—	—	30	20	433,26	126,18	15
10	328	313	—	*4,6*	13,7	—	—	30	—	560,97	161,04	16
9	274	255	—	*6,2*	10,0	—	—	30	—	509,68	149,88	17
12	1332	1513	90	13,6	26,9	—	—	30	20	4400,80	817,42	18
20	2240	2463	260	9,9	34,0	—	—	30	20	4761,76	1389,28	19
32	924	1079	59	16,7	15,3	—	—	35	25	2643,39	581,70	20
9	190	267	—	40,6	10,9	—	—	30	20	290,72	109,56	21
306	40357	44673	3327	10,7	29,9	—	—	—	—	126950,91	28571,98	

Lfd. Nummer	Organisationen	Zahl der sozialdem. Stimmen bei der Reichstagswahl 1912	% der Wahlberechtigten	Gesamtausgabe für die Wahlagitation	Zuschuß aus der Bezirks- oder Landeskasse	Zahl der Flugblätter, Broschüren u. Kalender, die im Jahre verbreitet wurden	Ortschaft. im Kreise insgesamt	Ortschaft. im Kreise m. Vers.-Säle für d. Partei	Zahl der Versammlungen Mitgl.	Zahl der Versammlungen öffentl.
	München.									
1	München I	11594	33	26153,93	—	1 766 800	48	48	352	14
2	„ II	56601	44							
	Summa	68195	41	26153,93	—	1 766 800	48	48	352	14
	Südbayern.									
1	Aichach	3776	14	3970,80	1721,10	205 000	252	20	38	86
2	Ingolstadt	2151	8	1319,45	505,80	268 500	117	45	36	28
3	Wasserburg	1413	5,5	897,17	107,25	232 000	168	16	34	21
4	Weilheim	3794	12	1896,60	715,50	416 000	210	22	120	47
5	Rosenheim	6830	18	6749,80	3671,60	519 000	156	52	120	91
6	Traunstein	2911	9	2101,95	1625,—	303 000	174	38	83	36
7	Landshut	1871	8	1267,40	602,81	304 700	135	18	27	15
8	Straubing	1969	7	1144,—	989,35	262 200	179	10	50	52
9	Passau	2481	9	1587,60	1171,47	282 700	173	17	35	20
10	Pfarrkirchen	1228	5,0	790,04	727,35	211 700	143	18	53	25
11	Deggendorf	1982	8	709,57	687,50	113 400	141	10	41	49
12	Kelheim	737	3,7	370,—	288,03	71 000	205	8	19	12
13	Augsburg	10898	25	12615,—	4496,65	230 000	112	228	7	105
14	Donauwörth	1441	6	572,71	556,65	81 300	162	9	31	12
15	Dillingen	1055	5,0	806,85	616,95	111 600	196	12	59	27
16	Illertissen	2840	10	1421,29	1301,23	202 500	222	38	38	16
17	Kaufbeuren	2005	8	1146,67	807,40	233 000	182	27	72	27
18	Immenstadt	3553	11	3712,25	2263,05	252 000	89	36	36	63
19	Regensburg	4384	14	3149,55	2568,58	253 500	134	32	71	30
	Summa	57319	10	46228,70	25423,27	4 553 100	3130	656	970	762
	Pfalz.									
1	Speyer-Ludwigshafen	21811	44	2654,04	261,50	220 000	72	62	379	168
2	Landau	8442	24	3567,14	2780,86	92 000	89	80	248	128
3	Germersheim	2696	12	578,—	438,—	140 000	187	110	105	87
4	Zweibrücken-Pirmasens	8564	23	2332,49	1059,06	160 000	94	—	173	154
5	Homburg	3655	13	537,95	303,80	200 000	181	84	90	138
6	Kaiserslautern	11306	32	3458,88	1132,34	200 000	143	127	177	200
	Summa	56474	27	13128,50	5975,56	1 012 000	766	463	1172	875
	Dresden.									
1	Zittau	12908	45	7913,11	4000,—	167 000	71	55	318	106
2	Löbau	12316	43	17447,53	5900,—	347 000	140	52	238	43
3	Bautzen	11412	31	14769,74	5500,—	227 000	370	40	113	77
4	Dresden, rechts	31640	48	16659,86	—	956 000	132	71	118	140
5	„ links	23058	43	22554,52	3000,—	892 300	1	1	111	41
6	„ Land	39911	54	19432,14	—	663 000	190	165	296	177
7	Meißen	17130	48	10327,14	—	436 450	340	80	204	163
8	Pirna	17108	47	12662,60	—	238 000	217	104	193	180
9	Freiberg	11072	41	14220,83	9400,—	290 000	94	38	113	119
	Summa	176555	45	135987,47	27800,—	4 216 750	1555	606	1704	1046

Zahl der Ortsvereine	Mitglieder am 30. Juni insgesamt 1911	Mitglieder am 30. Juni insgesamt 1912	darunt. weibl.	Zunahme oder *Abnahme* %	Zahl der Mitglieder pro 100 soziald. Stimmen	Höhe der Beiträge pro Woche männl.	pro Woche weibl.	pro Monat männl.	pro Monat weibl.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 an Mitgl.-Beiträg. eingenommen	an die Hauptkasse abgeführt	Lfd. Nummer
17	16237	18456	1735	13,6	27,0	—	—	40	20	67353,10	13738,82	1, 2
17	16237	18456	1735	13,6	27,0	—	—	—	—	67353,10	13738,82	
3	905	967	142	6,8	25,6	—	—	30	20	3519,10	551,38	1
3	272	336	6	23,5	15,6	—	—	30	20	665,10	132,46	2
3	133	155	—	16,5	10,9	—	—	30	20	325,20	65,04	3
9	793	1101	48	38,8	29,0	—	—	30	20	2224,30	444,86	4
23	1786	1747	218	*2,2*	25,6	—	—	30	20	4009,90	804,38	5
8	544	440	20	*19,1*	15,1	—	—	30	20	1031,—	205,72	6
2	494	571	11	15,6	30,5	—	—	30	20	1500,50	298,78	7
4	205	220	—	7,3	11,2	—	—	30	20	423,30	84,66	8
1	164	175	—	6,7	7,0	—	—	30	20	243,30	58,66	9
6	106	108	2	1,9	8,7	—	—	30	20	242,30	48,34	10
5	88	101	—	*9,9*	—	—	—	30	20	279,90	55,86	11
3	16	21	—	31,3	2,8	—	—	30	20	40,20	7,94	12
8	1546	2162	220	39,8	19,8	10	5	—	—	6730,80	793,53	13
2	90	135	—	50,0	9,4	—	—	30	—	324,30	64,86	14
5	158	169	2	6,9	16,0	—	—	30	20	206,—	41,—	15
3	352	310	17	*17,0*	10,9	—	—	30	20	657,30	130,06	16
6	200	261	—	30,5	13,0	—	—	30	—	522,30	104,46	17
—	706	792	72	12,2	22,3	—	—	30	20	1991,60	383,30	18
6	644	809	71	25,6	18,4	—	—	30	20	2063,—	409,60	19
100	9202	10580	829	13,9	18,3	—	—	—	—	26999,40	4684,89	
42	5364	6342	679	18,2	29,0	—	—	30	20	18891,30	3594,90	1
25	1422	1734	120	21,9	20,5	—	—	30	20	4813,25	959,98	2
13	325	376	15	15,7	13,9	—	—	30	20	1041,70	216,64	3
23	1452	1768	324	21,7	20,6	—	—	30	20	3749,55	751,18	4
14	268	371	13	38,4	10,1	—	—	30	20	899,80	179,64	5
21	991	1265	74	27,6	11,2	—	—	30	20	3630,50	609,16	6
138	9822	11856	1225	20,7	20,9	—	—	—	—	33026,10	6311,50	
37	1334	1877	94	40,7	14,5	10	5	—	—	7199,40	2330,60	1
26	1612	2060	88	27,8	16,7	10	5	—	—	8539,70	1496,18	2
13	1216	1375	54	13,0	12,0	10	—	—	25	5779,95	1741,—	3
—	10957	13061	1212	28,3	44,4	10	—	—	30	54832,25	10960,—	4
—	4696	5810	512	23,7	25,2	10	—	—	30	24949,50	4600,—	5
19	15552	18606	1898	19,6	46,6	10	—	—	30	82574,40	16550,—	6
21	5128	6413	891	25,0	37,4	10	5	—	—	25317,25	5070,—	7
15	4256	5356	485	25,9	31,3	10	—	—	25	22090,02	5790,—	8
13	1053	1327	61	26,0	11,9	10	—	—	10	4496,14	159,80	9
144	45804	55885	5295	22,0	31,6	—	—	—	—	235778,61	48697,58	

Lfd. Nummer	Organisationen	Zahl der sozialdem. Stimmen bei der Reichstagswahl 1912	% der Wahlberechtigten	Gesamtausgabe für die Wahlagitation	Zuschuß aus der Bezirks- oder Landeskasse	Zahl der Flugblätter, Broschüren u. Kalender, die im Jahre verbreitet wurden	Ortschaft. im Kreise: insgesamt	Ortschaft. im Kreise: m. Vers.-Säle für d. Partei	Zahl der Versammlungen: Mitgl.	Zahl der Versammlungen: öffentl.	Zahl der Ortsvereine	Mitglieder am 30. Juni insgesamt: 1911	Mitglieder am 30. Juni insgesamt: 1912	Mitglieder: darunt. weibl.	Zunahme oder *Abnahme* %	Zahl der Mitglieder pro 100 sozialdem. Stimmen	Höhe der Beiträge pro Woche: männl.	Höhe der Beiträge pro Woche: weibl.	Höhe der Beiträge pro Monat: männl.	Höhe der Beiträge pro Monat: weibl.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 an Mitgl.-Beiträg. eingenommen	an die Hauptkasse abgeführt	Lfd. Nummer
	Chemnitz.																						
1	Roßwein-Döbeln	14672	49	8427,07	—	266 000	268	38	222	137	16	2300	3367	608	46,3	22,9	10	5	—	—	13245,63	2649,10	1
2	Mittweida	21250	54	9336,66	1599,16	254 900	104	65	384	127	38	3798	4580	146	20,5	21,6	10	5	30	—	16448,90	3251,88	2
3	Chemnitz	42000	53	6122,16	—	654 000	22	22	356	163	32	9054	15722	1341	73,6	37,4	10	5	—	—	51176,10	10500,—	3
4	Glauchau-Meerane	19270	56	6191,78	—	170 000	80	65	253	84	31	2981	3686	595	23,6	19,1	10	5	—	—	5955,—	2977,50	4
5	Stollberg-Schneeberg	22279	55	5819,61	—	150 000	72	51	325	107	42	3651	4316	588	18,2	19,3	10	5	—	—	15545,75	3100,—	5
6	Zschopau	14219	48	7295,09	5752,45	234 000	89	40	280	120	35	1489	1940	69	30,3	13,6	10	—	—	20	7287,92	1626,20	6
7	Annaberg	16070	49	11000,56	7784,—	537 000	66	48	340	162	40	1983	2517	58	26,9	15,6	10	—	—	20	9398,65	1879,72	7
	Summa	149760	52	54192,93	15135,61	2 265 900	701	329	2160	900	234	25256	36128	3405	43,0	24,1	—	—	—	—	119057,95	25984,40	
	Leipzig.																						
1	Oschatz	11217	40	14829,14	7736,02	258 630	290	61	107	121	26	2235	2540	435	13,6	22,6	10	5	—	—	9821,90	1964,38	1
2	Leipzig, Stadt	17525	38	18323,17	—	1 310 800	1	1	3	8	1	4268	4212	512	*1,2*	24,1	10	—	—	30	19187,30	3837,46	2
3	„ Land	76599	57	20260,32	—	816 000	160	160	734	327	58	28690	32219	4908	12,3	42,0	10	5	—	—	133642,10	28000,—	3
4	Borna	11566	40	14605,63	8241,17	302 820	303	70	197	152	22	1823	2200	223	20,7	19,0	10	5	—	—	8704,15	500,—	4
	Summa	116907	49	68018,26	15977,19	2 688 250	754	292	1041	608	107	37011	41171	6078	11,2	35,2	—	—	—	—	171355,45	34301,84	
	Zwickau.																						
1	Zwickau	27846	53	7711,23	—	340 000	95	77	341	88	33	5450	6534	1649	19,9	23,4	10	—	—	15	24024,10	6148,74	1
2	Reichenbach	21291	49	10033,55	3000,—	448 000	126	70	165	147	17	2902	4091	728	40,9	19,2	10	—	—	15	12661,60	4440,60	2
3	Plauen	20857	42	28903,81	11000,—	566 500	182	83	—	—	26	4104	6841	896	66,6	32,8	10	—	—	15	21044,40	4208,88	3
	Summa	69994	47	46648,59	14000,—	1 354 500	403	230	506	235	76	12456	17466	3273	40,2	24,9	—	—	—	—	57730,10	14798,22	
	Württemberg.																						
1	Stuttgart	31824	46	11475,59	—	720 000	31	31	390	150	26	8659	11900	868	37,4	37,4	10	—	—	20/30	23495,95	8381,39	1
2	Cannstatt	20604	43	3746,16	—	220 000	99	98	624	211	52	4903	6418	388	30,9	31,1	10	5	30	15	12316,11	3984,21	2
3	Besigheim	12429	33	10037,90	4000,—	230 000	100	88	333	280	33	2450	3203	446	30,7	25,7	10	5	30	15	6035,87	1378,56	3
4	Böblingen	8966	35	3576,98	1900,—	147 140	90	87	241	194	33	1353	1750	44	30,8	19,5	10	5	30	15	2514,38	1050,34	4
5	Eßlingen	15473	44	5822,32	669,78	150 000	104	104	435	310	42	2948	3299	238	11,9	21,3	10	5	30/40	15/25	8214,89	3289,76	5
6	Reutlingen	7234	25	2476,37	1800,—	140 000	82	70	227	147	24	880	1222	80	38,9	16,9	10	—	30	15	2028,55	284,18	6
7	Calw-Nagold	6254	26	—	—	126 000	—	—	95	105	25	680	876	1	28,8	14,0	10	5	30	15	1735,16	899,28	7
8	Freudenstadt	6137	25	1811,71	1000,—	123 000	129	110	—	—	—	406	406	16	—	6,6	10	5	30	—	1439,19	244,11	8
9	Balingen	8752	27	4656,66	850,—	140 000	109	86	177	152	19	1258	1464	80	16,3	16,7	—	—	30	15	2987,50	869,97	9
10	Göppingen-Gmünd	11933	35	6776,50	1725,—	229 000	132	129	381	260	35	2104	2580	351	22,6	21,6	10	5	30	15	5054,63	2016,04	10
11	Backnang-Schwäb.-Hall	4808	19	1322,33	1050,—	76 000	132	122	105	145	13	363	437	17	20,4	8,9	10	5	30/40	—	778,03	350,85	11
12	Crailsheim-Künzelsau	3038	12	1473,44	1430,—	60 300	158	88	50	80	5	90	86	—	*4,4*	2,8	—	—	20	—	181,44	75,78	12
13	Aalen-Ellwangen	2271	9	770,01	600,—	48 400	102	40	45	24	3	143	277	3	9,4	11,3	10	—	30	15	402,04	108,38	13
14	Ulm-Geislingen	9592	27	3431,39	1000,—	139 500	102	100	183	165	15	1158	1716	131	48,2	17,9	10	5	30	15	3437,14	618,68	14
15	Blaubeuren	1432	6	1248,88	1248,88	5 000	—	—	15	5	5	19	127	—	568,5	8,8	10	—	30	—	—	17,02	15
16	Biberach-Leutkirch	986	3,7	485,18	397,98	68 000	135	8	32	12	3	145	123	2	*15,2*	12,5	10	5	30	—	336,18	90,24	16
17	Ravensburg	1602	5,4	406,68	285,50	49 000	151	13	—	—	5	173	232	14	34,1	14,5	10	5	—	—	435,81	161,56	17
18	Hohenzollern	594	3,3	227,90	227,90	27 200	127	5	—	10	1	84	84	—	—	6,3	10	—	—	—	135,80	27,16	18
	Summa	153869	27	59246,—	18185,04	2 698 540	1783	1179	3333	2250	339	27766	36150	2679	30,2	23,5	—	—	—	—	71528,67	23297,36	

Lfd. Nummer	Organisationen	Zahl der sozialdem. Stimmen bei der Reichstagswahl 1912	% der Wahlberechtigten	Gesamtausgabe für die Wahlagitation	Zuschuß aus der Bezirks- oder Landeskasse	Zahl der Flugblätter, Broschüren u. Kalender, die im Jahre verbreitet wurden	Ortschaft. im Kreise insgesamt	Ortschaft. im Kreise m. Vers.-Säle für d. Partei	Zahl der Versammlungen Mitgl.	Zahl der Versammlungen öffentl.
	Baden.									
1	Konstanz-Meßkirch	3172	10	3006,02	2300,—	210 100	176	60	142	112
2	Bonndorf-Donaueschingen	3924	14	3254,96	2650,—	150 000	179	100	106	96
3	Neustadt-Schopfheim	4485	16	3728,90	1800,—	94 000	220	140	—	220
4	Breisach-Lörrach	5008	20	2880,14	1800,—	115 000	129	65	176	60
5	Freiburg-Waldkirch	7053	20	5014,04	3500,—	189 000	98	50	82	5
6	Ettenheim-Lahr	3447	14	3174,24	2618,—	120 200	86	54	77	109
7	Kehl-Offenburg	3705	14	1631,22	1200,—	29 000	87	60	130	123
8	Achern-Baden	5217	17	1903,06	1378,78	120 000	110	40	165	90
9	Durlach	19541	44	12238,44	3000,—	365 000	91	70	280	320
10	Karlsruhe-Bruchsal	16047	34	8175,83	3000,—	262 000	39	36	130	85
11	Mannheim	31560	48	5464,24	—	249 500	32	32	415	186
12	Heidelberg	8142	24	5025,26	5000,—	115 100	104	76	138	174
13	Bretten-Eppingen	4486	15	2578,82	2200,—	83 040	99	70	94	106
14	Adelsheim-Buchen	1367	5,4	1799,69	1600,—	31 000	173	37	23	42
	Summa ...	117154	24	59874,86	32046,78	2 132 940	1623	890	1958	1728
	Hessen.									
1	Gießen-Nidda	7943	26	6554,94	5250,—	148 000	139	118	159	264
2	Friedberg-Büdingen	9289	37	6663,19	4500,—	200 000	110	90	361	350
3	Alsfeld-Lauterbach	3029	15	2283,81	2249,95	28 300	169	165	37	—
4	Darmstadt-Gr.-Gerau	18326	44	6261,12	3500,—	500 000	49	49	339	141
5	Offenbach-Dieburg	24727	49	4687,15	—	254 000	89	67	356	310
6	Erbach-Bensheim	8526	32	5360,—	4660,—	126 800	158	138	300	480
7	Worms-Heppenheim	6644	21	6606,58	4750,—	255 900	66	26	125	103
8	Bingen-Alzey	2315	9	1478,72	1060,—	70 000	96	34	90	36
9	Mainz-Oppenheim	17275	43	6123,96	2000,—	250 000	43	36	120	86
	Summa ...	98074	33	46019,47	27969,95	1 833 000	919	723	1887	1770
	Mecklenburg.									
1	Hagenow-Rehna	6151	28	5476,35	2500,—	128 000	—	42	53	47
2	Schwerin	11863	39	15201,11	4554,76	320 000	420	38	60	110
3	Parchim-Ludwigslust	6637	29	3355,70	1800,—	79 000	333	34	82	104
4	Malchin-Waren	5335	25	1646,14	1000,—	43 500	282	13	72	32
5	Rostock-Doberan	14645	43	10027,—	—	194 600	256	41	76	95
6	Güstrow-Ribnitz	5579	28	2621,41	2050,—	101 000	448	11	57	20
7	Mecklenburg-Strelitz	6492	26	2891,21	2050,—	91 500	509	19	—	—
	Summa ...	56702	32	41218,92	13954,76	957 600	2248	198	400	408
	Thüringen I.									
1	Weimar I	14250	40	16151,51	7800,—	235 500	165	86	209	159
2	„ II (Eisenach-D.)	10623	39	11829,—	8500,—	379 500	136	85	271	26
3	Schwarzburg-Rudolstadt	10167	46	5955,75	2000,—	147 000	170	80	12	237
4	„ -Sondershausen	8012	39	11073,94	6000,—	239 500	92	27	234	150
5	Coburg	6199	38	11381,81	7500,—	185 000	136	121	103	136
	Summa ...	49251	40	56392,01	31800,—	1 186 500	699	399	829	708

Zahl der Ortsvereine	Mitglieder am 30. Juni insgesamt 1911	Mitglieder am 30. Juni insgesamt 1912	darunt. weibl.	Zunahme oder *Abnahme* %	Zahl der Mitglieder pro 100 sozialdem. Stimmen	Höhe der Beiträge pro Woche männl.	Höhe der Beiträge pro Woche weibl.	Höhe der Beiträge pro Monat männl.	Höhe der Beiträge pro Monat weibl.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 an Mitgl.-Beiträg. eingenommen	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 an die Hauptkasse abgeführt	Lfd. Nummer
14	500	853	67	70,6	26,9	10	5	—	—	1290,98	288,16	1
9	477	535	23	12,1	13,6	10	5	—	—	1310,44	498,43	2
17	506	477	45	*5,7*	10,6	10	5	—	—	1357,60	274,54	3
16	414	590	16	42,5	11,8	10	5	—	—	1114,19	219,03	4
8	815	933	184	14,5	13,2	10	5	—	—	1900,96	565,41	5
12	388	455	38	17,4	13,2	10	5	—	—	982,32	339,94	6
14	435	603	63	38,6	16,3	10	5	—	—	1218,94	419,82	7
13	476	593	77	24,6	11,4	10	5	—	—	1282,32	221,02	8
42	2842	3342	181	17,5	17,1	10	5	—	—	7489,47	2521,63	9
21	2249	2527	252	12,3	15,7	10	5	—	—	6356,42	1910,22	10
29	7208	8237	866	14,2	26,4	10	5	—	—	18669,37	2970,68	11
15	1384	1442	85	4,2	17,7	10	5	—	—	3354,12	929,76	12
13	350	363	—	3,7	8,1	10	—	—	—	647,42	180,90	13
3	74	67	—	*9,4*	4,9	10	—	—	—	208,17	57,84	14
226	19098	21017	1897	10,0	17,9	—	—	—	—	47182,72	11397,33	
25	1000	1070	70	7,0	13,5	—	—	30	15	1962,46	886,60	1
59	2378	2817	270	18,4	30,3	—	—	30	15	8208,—	1641,60	2
4	90	99	—	10,0	3,2	—	—	30	—	218,85	57,—	3
36	3015	3305	126	9,6	18,0	—	—	30	15	9792,—	2364,57	4
61	8600	7600	507	*11,6*	30,7	—	—	30	15	16245,80	3450,18	5
37	883	1001	39	13,3	11,7	—	—	30	15	1179,84	—	6
13	954	1198	129	25,6	18,0	—	—	30/40	15/20	1943,—	711,90	7
8	447	543	57	21,5	23,4	—	—	30	15	744,50	50,—	8
17	2436	2862	291	17,5	16,5	—	—	30/40	15/20	5512,—	1599,—	9
260	19803	20495	1489	3,5	20,9	—	—	—	—	45806,45	10760,85	
10	727	835	67	14,8	13,6	—	—	30	15	—	117,78	1
8	1834	2627	926	43,2	22,1	—	—	30	15	6324,45	1192,41	2
10	671	855	66	27,4	12,9	—	—	30	15	1988,85	409,50	3
8	607	667	88	9,9	12,5	—	—	30	15	1824,—	368,25	4
10	3187	3511	514	10,1	23,9	—	—	30	15	10278,60	2566,29	5
7	954	886	65	*7,1*	15,9	—	—	30	15	2109,65	457,14	6
11	732	686	70	*6,3*	10,5	—	—	30	15	1419,08	514,95	7
64	8712	10067	1796	15,6	17,7	—	—	—	—	23944,63	5626,32	
20	1686	1969	266	16,8	13,8	—	5	30	—	3137,30	1137,70	1
25	1243	1588	183	27,7	14,9	—	—	30	15	2634,10	200,—	2
42	1735	2331	109	32,6	22,8	—	—	20/30	20/30	4255,90	851,18	3
24	985	1447	97	46,9	18,0	—	—	30	15	1793,12	692,19	4
14	768	669	57	*12,9*	10,7	—	—	30	20	1635,90	277,69	5
125	6417	8004	712	24,7	16,2	—	—	—	—	13456,82	3158,76	

Lfd. Nummer	Organisationen	Zahl der soziald. Stimmen bei der Reichstagswahl 1912	% der Wahlberechtigten	Gesamtausgabe für die Wahlagitation	Zuschuß aus der Bezirks- oder Landeskasse	Zahl der Flugblätter, Broschüren u. Kalender, die im Jahre verbreitet wurden	Ortschaft. im Kreise insgesamt	Ortschaft. im Kreise m. Brf.-Stelle f. d. Partei	Zahl der Versammlungen Mitgl.	Zahl der Versammlungen öffentl.
	Thüringen II.									
1	Reuß ä. L.	8542	51	6434,21	—	175 000	72	39	91	101
2	Reuß j. L.	17009	50	13659,45	—	310 000	165	68	255	195
3	Weimar III (Neust.-Jena)	12697	37	10515,52	—	296 000	342	200	302	201
	Summa	38248	40	30609,18	—	781 000	579	307	648	497
1	**Altenburg**	21422	45	16047,05	—	564 000	400	77	359	258
1	**Gotha**	20190	48	9703,75	2000,—	520 000	156	108	698	302
	Oldenburg.									
1	Oldenburg, Stadt	10235	28	3004,21	1399,90	67 685	25	40	66	68
2	Varel	13014	34	8102,70	—	362 695	59	30	180	234
3	Delmenhorst	3550	11	1330,80	1108,40	103 160	37	16	60	48
4	Leer-Emden	4542	16	2694,56	691,15	93 760	141	22	54	43
5	Aurich-Wittmund	2686	9	—	—	26 504	175	1	18	3
	Summa	34027	20	15132,27	3199,45	653 804	437	109	378	396
	Braunschweig.									
1	Braunschweig, Stadt	25939	50	8874,87	—	438 000	115	41	269	155
2	Helmstedt	9938	30	6557,03	3800,—	276 500	187	14	83	87
3	Holzminden	12323	45	6291,33	3651,95	246 750	157	38	210	141
	Summa	48200	42	21723,23	7451,95	961 250	459	93	562	333
	Sachsen-Meiningen.									
1	Meiningen-Hildburghaus.	9822	33	9616,79	5500,—	238 300	222	117	—	117
2	Sonneberg-Saalfeld	16622	54	4708,78	1500,—	150 000	202	200	—	125
	Summa	26444	43	14325,57	7000,—	388 300	424	317	—	242
	Anhalt.									
1	Dessau-Zerbst	15450	41	21946,10	8750,—	354 100	176	17	115	96
2	Bernburg-Ballenstedt	16015	43	10782,26	4250,—	372 000	109	27	162	107
	Summa	31465	41	32728,36	13000,—	726 100	285	44	277	203
	Hamburg.									
1	Hamburg I	20633	58		—	458 000			16	9
2	" II	26266	61	25201,12	—	553 000	33	22	15	10
3	" III	91444	50		—	2 048 480			197	140
	Summa	138343	52	25201,12	—	3 059 480	33	22	228	159

Organisationen	Zahl der Ortsvereine	Mitglieder am 30. Juni insgesamt 1911	Mitglieder am 30. Juni insgesamt 1912	darunt. weibl.	Zunahme oder *Abnahme* %	Zahl der Mitglieder pro 100 sozialb. Stimmen	Höhe der Beiträge pro Woche männl.	Höhe der Beiträge pro Woche weibl.	Höhe der Beiträge pro Monat männl.	Höhe der Beiträge pro Monat weibl.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 an Mitgl.-Beiträg. eingenommen	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 an die Hauptkasse abgeführt	Lfd. Nummer
Thüringen II.													
Reuß ä. L.	14	1389	1707	256	22,8	19,9	—	—	30	15	4654,50	931,06	1
Reuß j. L.	38	5087	6001	883	17,9	35,2	—	—	30	15	17580,20	2168,—	2
Weimar III (Neust.-Jena)	28	3236	3694	451	14,1	29,1	—	—	30	15	7353,36	2114,46	3
Summa	80	9712	11402	1590	17,4	29,8	—	—	—	—	29588,06	5213,52	
Altenburg	39	5757	6719	803	16,7	31,4	—	—	30	15	18831,20	3766,24	1
Gotha	52	2505	2795	145	11,6	13,8	—	—	30	20	3588,90	890,61	1
Oldenburg.													
Oldenburg, Stadt	7	1419	1528	447	7,7	14,9	10	—	—	20	4865,50	854,26	1
Varel	21	4793	4825	861	0,9	37,0	10	5	—	—	13979,35	2795,84	2
Delmenhorst	10	1020	1325	94	29,9	37,3	10	5	—	—	3004,—	490,30	3
Leer-Emden	6	657	685	41	4,3	15,0	10	5	—	—	1476,48	965,64	4
Aurich-Wittmund	3	—	447	59	—	16,3	10	5	—	—	1453,75	290,11	5
Summa	47	7889	8810	1502	11,7	25,9	—	—	—	—	24779,08	5396,15	
Braunschweig.													
Braunschweig, Stadt	32	8279	9390	1600	13,4	36,6	—	—	30	15	18242,—	6104,77	1
Helmstedt	11	1116	1284	144	15,0	12,9	—	—	30	15	3363,70	646,01	2
Holzminden	29	858	1168	62	36,1	9,5	—	—	30	15	2144,60	788,82	3
Summa	72	10223	11842	1806	15,8	24,6	—	—	—	—	23750,30	7539,60	
Sachsen-Meiningen.													
Meiningen-Hildburghaus.	25	378	658	35	74,1	6,6	—	—	30	15	545,21	235,94	1
Sonneberg-Saalfeld	39	2592	2295	170	*11,4*	13,8	—	—	30	15	2387,28	1375,13	2
Summa	64	2970	2953	205	*0,6*	11,2	—	—	—	—	2932,49	1611,07	
Anhalt.													
Dessau-Zerbst	7	[illegible]14	5335	1795	10,8	35,2	—	—	30	15	8865,20	3287,34	1
Bernburg-Ballenstedt	14	3455	3929	1169	13,7	24,4	—	—	30	15	7136,10	2583,09	2
Summa	21	8269	9264	2964	12,0	29,4	—	—	—	—	16001,30	5870,43	
Hamburg.													
Hamburg I	—	7036	8412	956	19,5	40,7	—	—	40	15	32278,35	16000,—	1
" II	—	7918	9905	1026	25,1	37,7	—	—	40	15	34597,75	17000,—	2
" III	25	33644	42532	6022	26,4	46,5	—	—	40	15	161203,60	63000,—	3
Summa	25	48598	60849	8004	25,2	44,0	—	—	—	—	228079,70	96000,—	

Lfd. Nummer	Organisationen	Zahl der sozialb. Stimmen bei der Reichstagswahl 1912	% der Wahlberechtigten	Gesamtausgabe für die Wahlagitation	Zuschuß aus der Bezirks- oder Landeskasse	Zahl der Flugblätter, Broschüren u. Kalender, die im Jahre verbreitet wurden	Ortschaft. im Kreise insgesamt	Ortschaft. im Kreise m. Vrt.-Stelle für d. Partei	Zahl der Versammlungen Mitgl.	Zahl der Versammlungen öffentl.
	Nordwest.									
1	Bremen	85862	48	25786,12	—	928 000	8	8	10	17
2	Verden-Hoya	5466	18	18626,17	8000,—	141 800	198	76	119	108
3	Harburg	19218	39	22269,05	—	808 000	301	52	185	286
4	Stade-Bremervörde	8599	28	10792,29	5101,90	320 800	234	48	135	130
5	Geestemünde-Neuhaus	13771	32	17885,37	—	281 500	112	12	123	87
	Summa	82911	36	90309,—	13101,90	2 475 100	848	191	572	573
	Lübeck	13353	50	8996,28	—	327 100	58	21	81	82
	Elsaß-Lothringen.									
1	Colmar	6120	29	4065,20	3745 20	81 000	64	57	72	22
2	Rappoltsweiler	3169	23	818,80	750,—	90 000	32	8	37	59
3	Schlettstadt	4065	25	462,25	343,55	60 000	64	32	81	76
4	Erstein-Molsheim	7305	23	1388,34	1355,56	200 000	132	86	120	171
5	Straßburg, Stadt	16463	43	4220,—	3000,—	221 000	7	7	83	62
6	" Land	7926	34	4565,24	3000,—	310 200	101	90	48	155
7	Zabern	3426	17	991,34	991,34	32 200	135	36	12	28
8	Hagenau-Weißenburg	3523	12	886,10	846,90	82 000	141	39	18	52
9	Salzburg-Saarburg	3506	15	877,45	369,45	60 200	250	10	24	8
10	Altkirch-Thann	5592	21	1228,26	1002,38	146 000	173	52	70	52
11	Mülhausen i. Els.	20261	47	3361,10	3000,—	412 000	76	45	318	147
12	Gebweiler	4665	32	1325,98	1060,40	84 000	47	46	14	6
13	Diedenhofen-Bolchen	7286	18	986,01	750,—	120 420	382	21	38	62
14	Metz	11102	29	7556,—	3250,—	283 000	152	56	64	146
15	Saargemünd-Forbach	6266	18	1250,76	1095,36	254 500	250	10	48	63
	Summa	110675	26	33467,83	24560,14	2 886 520	2006	595	1047	1109

Zahl der Ortsvereine	Mitglieder am 30. Juni insgesamt 1911	Mitglieder am 30. Juni insgesamt 1912	darunt. weibl.	Zunahme oder *Abnahme* %	Zahl der Mitglieder pro 100 sozialb. Stimmen	Höhe der Beiträge pro Woche männl.	Höhe der Beiträge pro Woche weibl.	Höhe der Beiträge pro Monat männl.	Höhe der Beiträge pro Monat weibl.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 an Mitgl.-Beiträg. eingenommen	an die Hauptkasse abgeführt	Lfd. Nummer
1	11325	13357	2353	17,9	37,2	—	—	50	20	63937,55	16707,58	1
10	1446	1751	154	21,1	32,0	10	5	—	—	6430,80	1082,25	2
8	6085	7270	895	19,4	37,8	—	—	40/30	15	18707,36	5340,28	3
15	2526	3500	605	38,6	40,7	—	—	40	15	10072,68	2010,56	4
15	3074	5340	1032	73,7	38,8	—	—	40	15	18699,05	4389,35	5
49	24456	31218	5039	27,6	37,7	—	—	—	—	117847,44	29530,02	
9	4708	5446	644	15,6	40,8	10	—	—	15	21348,45	4106,40	
13	265	427	28	61,1	6,9	—	—	30	20	1059,10	166,66	1
7	210	412	22	96,2	13,0	—	—	30	15	901,70	110,49	2
5	181	232	4	28,2	5,7	—	—	30	15	527,85	48,35	3
10	251	305	9	21,5	4,2	—	—	30	15	468,80	112,46	4
6	1006	1253	44	24,5	7,7	—	—	30	20	2506,—	501,20	5
11	527	638	20	21,0	8,0	—	—	30	20	1860,50	327,86	6
4	5	129	—	2480,0	3,7	—	—	30	—	102,90	20,58	7
4	138	126	13	*8,7*	3,6	—	—	20	20	274,60	56,12	8
2	10	37	2	270,0	1,0	—	—	30	20	85,20	5,88	9
7	31	120	—	287,1	2,1	—	—	40	—	273,55	37,72	10
29	1435	1645	138	14,6	8,1	—	—	30	15	5640,10	846,04	11
5	150	207	10	38,0	4,4	—	—	30	15	561,60	101,08	12
10	187	236	3	26,2	3,2	—	—	40	30	395,60	79,18	13
6	341	397	9	16,4	3,6	—	—	30	10	632,60	—	14
10	182	332	18	82,4	5,3	—	—	30	15	481,90	137,32	15
129	4919	6496	320	32,1	5,9	—	—	—	—	15772,—	2545,94	

Sonstige Beiträge.

Ort oder sonstige Bezeichnung	Vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 Mk.
Altenburg, Wahlzuschuß zurück	5000,—
Altona-Binnenschiffer	63,—
Amerika	5,23
Argentinien, Hennig	60,—
Belgien	20,85
Berlin, Diverse	15517,15
Berlin-Binnenschiffer	27,80
Bern, P. L.	550,—
Brandenburg-Binnenschiffer	18,80
Braunschweig	3,—
Bremen	10,—
Breslau-Binnenschiffer	20,20
Brüssel	150,—
Buch	6,25
Burg	25,40
Canada	12,54
Cassel, Wahlzuschuß zurück	945,63
Charlottenburg	110,15
Davos	20,—
Dresden	2,—
Dresden-Binnenschiffer	30,70
Falkenberg O.-Schl.	50,70
Falkenhagen a. O.	1,—
Friedenau	123,90
Frontera (Mexiko)	89,—
Fürstenberg a. O.-Binnensch.	5,90
Goldbeck	10,—
Gütergotz	5,—
Halensee	4,05
Hamburg	10060,—
Hamburg-Binnenschiffer	466,—
Heidelberg	20,—
Hildesheim	5,05
Jassy	3,20
Jena, Wahlzuschuß zurück	1000,—
Kattowitz-Binnenschiffer	164,50
Kaulsdorf	15,—
Köln a. Rh., Reg. W.	240,—
Köln a. Rh.-Binnenschiffer	466,—
Kopenhagen	60,—
Kottbus	5,—
Landeshut, Wahlzusch. zurück	300,—
Lichtenberg	17,70
Lima (Peru)	20,—
Livingston (Illenois)	23,—
London	25,70
Lübeck-Binnenschiffer	17,80
Magdeburg-Binnenschiffer	38,20
Nachlaß	2949,—
Neukölln	71,70
Neumark i. S.	8,—
New-York M. R.	8,30
Nieder-Schöneweide	9,25
Nordische Wasserkante	30000,—
Nowawes	10,—
Nürnberg	2,—
Oberlangenbielau, Wahlzuschuß zurück	1384,40
Olten (Schweiz), H. H.	100,—
Paris	286,29
Posen, Wahlzuschuß zurück	93,—
Reuß ä. L., Wahlzusch. zurück	119,05
Rotterdam	33,58
Rummelsburg	10,—
Saarbrücken, Wahlzusch. zurück	618,18
Schlachtensee, Meske	260,—
Schöneberg	314,60
Spandau	6,—
Spandau-Binnenschiffer	3,90
Stendal	12,—
Stettin-Binnenschiffer	51,38
Stuttgart	3,—
Testament	4000,—
Toluca (Mexiko)	750,93
Turin	23,78
Vierenze	20,—
Viersen	2,35
Von der Reichstagsfraktion	7000,—
„Vorwärts“-Ueberschuß	281451,80
„Vorwärts“-Buchhandlung	50000,—
„Wahrer Jacob“, Neue Zeit“, „Gleichheit“	67866,50
Weißensee	162,60
Wilmersdorf, M. B.	80,—
Wittenberge-Binnenschiffer	2,95
X. Y. Z.	22133,50
Zwickau, Wahlzuschuß zurück	6000,—

Bericht

über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

in den Sessionen vom 17. Oktober bis 5. Dezember 1911 und vom 7. Februar bis 22. Mai 1912.

Inhalts-Uebersicht.

Der vorliegende Bericht erstreckt sich auf den letzten Abschnitt der Tagung des im Januar 1907 und auf den ersten Teil der Tagung des im Januar 1912 gewählten Reichstags.

1. Session vom 17. Oktober bis 5. Dezember 1911.

Am 31. Mai 1911 wurde der Reichstag bis zum 10. Oktober vertagt. Er trat indessen erst am 17. Oktober zu seiner letzten Tagung vor den Reichstagswahlen zusammen. Als Grund für diese Verspätung war angegeben, der Reichskanzler habe gehofft, bis dahin die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich über Marokko und den Kongovertrag zum Abschluß zu bringen. Die Verträge wurden jedoch erst am 4. November abgeschlossen und gelangten im Reichstag am 9. November zur Besprechung. Der Inhalt der Verträge und das Verhalten der Fraktion zu ihnen ist im Handbuch für sozialdemokratische Wähler 1911 S. 126—133 und im Nachtrag zum Handbuch S. 4—13 dargelegt.

Interpellationen.

1. Teuerungs-Interpellation. Die ungeheure Teuerung von Fleisch, Brot, Kartoffeln, Gemüse, Milch, Butter, Eiern und aller notwendigen Lebens- sowie der Futtermittel veranlaßte die Fraktionen, sofort beim Zusammentritt des Reichstags folgende Interpellation einzubringen:

„Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um der notorischen Teuerung der notwendigsten Lebens- und Futtermittel, die zu einer Kalamität für den größten Teil des deutschen Volkes geworden ist, entgegenzuwirken?"

Unsere Redner verlangten zur Milderung der verhängnisvollen Teuerung die Suspension der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, die Oeffnung der Grenzen unter Aufrechterhaltung der notwendigen sanitärpolizeilichen Vorsichtsmaßregeln für den Verkehr von ausländischem Vieh und Fleisch und Aufhebung des Systems der Einfuhrscheine. Der Reichskanzler setzte allen diesen Forderungen ein Nein entgegen. Er variierte die in einer Denkschrift des Deutschen Landwirtschaftsrats zur Teuerung aufgestellte Behauptung: „Die Teuerung ist ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit". Notwendig sei zum „Schutz der nationalen Arbeit" ein Festhalten an der „bewährten Wirtschaftspolitik". Die größte Schuld der Teuerung suchte der Reichskanzler auf den Kleinhandel und die „übertriebenen Darstellungen der Teuerung" zu schieben. Seine Ausführungen lösten lebhaftesten Beifall bei der Rechten und beim Zentrum aus, dessen Mitglied, der Abgeordnete Heim, insofern aus der Reihe tanzte, als er im Interesse der Landwirtschaft für Suspension des Zolles auf Futtergerste und Mais eintrat. Für die nationalliberale Fraktion gab der Abgeordnete Fuhrmann die Erklärung ab, daß auch sie „einen erheblichen Teil an den Teuerungspreisen auf die radikale großstädtische Presse" schiebe. Als ob das Thermometer schuld an der Temperatur sei. Unsere Redner und die der freisinnigen Volkspartei wiesen die in den Ausführungen des Reichskanzlers liegende Verhöhnung und Verspottung der Not des größten Teils des Volkes mit Empörung zurück. Gegenüber der Phrase einer Notwendigkeit des Schutzes der nationalen Arbeit äußerte unser Redner: „Schutz der nationalen Arbeit gewiß, aber Schutz der nationalen Arbeit gegen junkerliche Gewaltregierung von oben und gegen die Ausbeutung, die dieses System mit sich bringt". Von der ministeriellen Hilfstruppe des Reichskanzlers bemühte sich insbesondere der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer-Lieser, die Schuld an der Teuerung von den Agrariern abzuwälzen. Dabei passierte ihm das Unglück, daß er bei der Gegenüberstellung von Preisen in Königsberg und Berlin einmal die Preise für Zentner mit solchen für Doppelzentner verwechselte und ein andermal bei Angabe des Schweinepreises die Preise für Schweine ohne Kopf und Beine mit den Preisen für ganze Schweine in Vergleich zog.

2. Mißhandlung des Versammlungs- und Vereinsrechts. Die fortdauernde Beschränkung des Versammlungs- und Vereinsrechts veranlaßte die Fraktionen zu folgender Interpellation:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß von seiten einer Reihe von Behörden gröbliche Verstöße gegen den klaren Wortlaut des Vereins- und Versammlungsgesetzes für das Deutsche Reich begangen wurden?"

Von unseren Rednern wurde an einer reichen Fülle von Fällen illustriert, wie entgegen dem Gesetz und entgegen den bei Schaffung des Reichsvereinsgesetzes abgegebenen Versprechungen loyaler Handhabung in einseitiger, parteiischer Weise gegen Arbeiter und Sozialdemokraten das Gesetz gehandhabt wird. Die gerügten Verstöße betrafen insbesondere unzulässige Entsendung von Beauftragten der Polizei in Mitgliederversammlungen politischer und gewerkschaftlicher Vereine sowie in öffentliche nichtpolitische Versammlungen;

Auflösung solcher Versammlungen, weil einem Beamten der Zutritt mit Recht verwehrt wurde; polizeiliches Verlangen, die Satzungen und die Namen der Mitglieder von Filialen einzureichen; Ueberwachung gewerkschaftlicher Vereine und die Forderung, die Satzung und Vorstandslisten gewerkschaftlicher Vereine einzureichen; gesetzwidrige Verbote öffentlicher Aufzüge; den Erlaß des preußischen Ministers vom 16. April 1910, der zu solchem gesetzwidrigen Vorgehen anreizt; die Nichtgenehmigung öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel unter den nichtigsten Vorwänden; die Verfolgung sozialdemokratischer Jugendvereine, Sport-, Turn- und Radlervereine. Daneben kamen Saalabtreibereien und die Anwendung der Polizeistunde auf öffentliche Versammlungen zur Sprache. „Das Vereinsgesetz spitzt sich immer mehr und mehr zu einem Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterbewegung zu", konnte unser Redner mit Recht behaupten. Der Staatssekretär Delbrück machte sich die Verteidigung der Behörden sehr leicht. Was die Landeszentralbehörden angehe, so bestehe grundsätzliche Meinungsübereinstimmung über eine loyale Handhabung und Auslegung des Vereins- und Versammlungsrechtes zwischen der Reichsregierung und den Bundesregierungen. Der preußische Minister habe in seinem Erlaß vom 16. April 1910 nicht die Prüfung der Sachlage in jedem einzelnen Fall entbehrlich machen wollen. Die Handhabung des Reichsgesetzes durch die Provinzial- und Lokalbehörden sei dem Einfluß der Reichsvertretung entzogen. In überwiegendem Maße sei der Beschwerde oder der Klage der Beschwerdeführer stattgegeben. In vielen Fällen habe man aber Schritte gegen das beklagte Vorgehen von Provinzial- und Lokalbehörden unterlassen. Den von den obersten Gerichtsinstanzen getroffenen Entscheidungen müsse man sich fügen. Mit dieser Beschönigung des gesetzesverachtenden Verhaltens einer Reihe von Behörden erklärten sich die Sprecher der konservativen und freikonservativen Fraktion einverstanden. Die Redner aller anderen Parteien gaben zu, daß schwere Mißhandlungen des Vereinsrechts vorgekommen sind, und daß eine Abhilfe dringend erforderlich sei. Der Redner des Zentrums erblickte die Hauptschuld an den mit Recht von der Sozialdemokratie beklagten Drangsalierungen des Versammlungs- und Vereinsrechts in der Unklarheit der Bestimmungen des Gesetzes selbst. Diese sei zum größten Teil durch Ablehnung der vom Zentrum und von der Sozialdemokratie zum Vereinsrecht gestellten Anträge herbeigeführt. Die Unklarheit der Bestimmungen des Gesetzes müßten durch klare brauchbare Vorschriften ersetzt werden. Die Redner der Freisinnigen Volkspartei und der nationalliberalen Fraktion suchten ihre Blockfrucht als ein unschuldiges liebes Kind hinzustellen; nur die Anwendung des Gesetzes in nicht liberalem Sinne führe zu den zweifellos zu beklagenden Verletzungen des Vereins- und Versammlungsrechts. Die von der Sozialdemokratie und dem Zentrum seinerzeit beantragten Aenderungen hätten gegen böswillige Auslegung auch nicht Stich gehalten. Daß die übermeisten Verletzungen des Gesetzes durch Annahme der sozialdemokratischen Anträge verhindert wären, konnte unser Redner leicht beweisen. Er betonte, daß Aenderungen in diesem Sinne dringend erforderlich sind.

3. Entlassung von Arbeitern der Reichseisenbahn. Wie das Versammlungs- und Vereinsrecht der Eisenbahnarbeiter, ihr Koalitionsrecht und ihr Recht auf freie Meinungsäußerung von der Reichseisenbahnverwaltung mißachtet wird, zeigte drastisch die im Juli und August 1911 erfolgte Entlassung von fünf Arbeitern der Reichseisenbahn, die lange Jahre hindurch — einer von ihnen 25, ein anderer 28 Jahre — bei der Eisenbahn in Arbeit gestanden hatten. Am 10. Juni 1911 hielt der Eisenbahn-

werkstätten-Arbeiterverein in Mülhausen eine Mitgliederversammlung ab. Diese wurde wie alle Versammlungen des Vereins durch einen von der Eisenbahndirektion entsendeten Beamten überwacht. Nach Schluß der Tagesordnung sollte über den Ausschlußantrag gegen ein Mitglied verhandelt werden. Der Vorsitzende Schmidt ersuchte den überwachenden Beamten sich zu entfernen, um eine freie Meinungsäußerung der Mitglieder sicherzustellen. Der Beamte lehnte das ab. Darauf wurde auf Antrag des Schriftführers Schalk einstimmig beschlossen, seine Entfernung zu verlangen. Das war der Grund, weshalb Schmidt und Schalk, die 8 und 12 Jahre lang ihre Arbeit in der Eisenbahnwerkstätte zur Zufriedenheit ausgeführt hatten, *entlassen* wurden. In der Aufforderung habe eine „Gehorsamsverweigerung" gelegen. Denn die Ueberwachung der Versammlung von Anbeginn bis zum Schluß geschehe, wie den Entlassenen bekannt sei, im Auftrage der Direktion. Der Schlosser Wendling ferner, der 12 Jahre und der Schriftführer des Verbandes Elsaß-Lothringer Eisenbahnarbeiter und Redakteur des Verbandsorgans, Marchand, der 28 Jahre in der Eisenbahnwerkstätte tätig gewesen ist, wurden bald darauf aus folgendem Grunde *entlassen*: Sie veröffentlichten in dem Verbandsorgan zwei Artikel, in denen ausgeführt wurde, daß die Gemaßregelten Schmidt und Schalk „im Ringen um das Recht auf der Stätte geblieben" seien und die Arbeiter aufgefordert wurden, dem Verband treu zu bleiben. Der Vorsitzende des Elsaß-Lothringischen Eisenbahnarbeiterverbandes Schmied Oertel, der im Juni in Anerkennung einer 25jährigen zufriedenstellenden Dienstführung bei der Reichseisenbahnverwaltung eine Belohnung von 50 Mk. erhalten hatte, wurde auf Grund folgenden Tatbestandes *gemaßregelt*: Er hatte im Eisenarbeiterverein für Metz und Umgegend einen Vortrag über „Entwickelung der Industrie, Zweck und Ziele unseres Verbandes" gehalten. In diesem Vortrag soll er für Beseitigung des Akkordsystems unter Hinweis darauf eingetreten sein, daß die Verwaltung bei gutem Verdienst den Akkord solange heruntersetzte, bis der Arbeiter erschöpft sei und nicht mehr arbeiten könne. Er soll ferner gesagt haben, die Arbeiter müssen „durch ihre Organisation für Besserung ihrer Lage Sorge tragen, damit sie nicht wie das liebe Vieh zu leben brauchen." Durch diese, von ihm teilweise bestrittenen Ausführungen hatte er nach Ansicht der Verwaltung die Disziplin gröblich verletzt! Die Verwaltung forderte von ihm, daß er im Verbandsorgan eine von ihr formulierte Erklärung abgebe, in der er seine Darlegungen widerrufe. Er veröffentlichte diese Erklärung, schickte aber derselben die Mitteilung voraus, daß er mit den in der Erklärung enthaltenen Anmaßungen und Erklärungen nicht einverstanden sei. Diese fünf Maßregelungen riefen eine Empörung weit über Elsaß-Lothringen hinaus wach. Ein Eisenarbeiter Spitzhorn nahm sich das Leben, weil er als Vorstandsmitglied des Verbandes jedenfalls eine Maßregelung fürchtete.

Die Vorgänge veranlaßten unsere Fraktion zur Einbringung folgender Interpellation:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß Arbeiter der Reichseisenbahn nach langjähriger durchaus zufriedenstellender Arbeit aus ihren Arbeitsstellen entlassen wurden, *weil sie zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen im Rahmen der bestehenden Reichsgesetze tätig waren?*

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um solch willkürliches, *der Gleichberechtigung der Staatsbürger widersprechendes Vorgehen* der Reichseisenbahnverwaltung für die Zukunft unmöglich zu machen?"

Unsere Redner kritisierten die unter gröblichster Verletzung des Rechts auf Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter erfolgten Entlassungen in scharfer Weise. *Minister v. Breitenbach* bestritt, daß das Reichsvereinsgesetz verletzt sei. Das Vereinsrecht lasse die Rechtsverhältnisse unberührt, die sich aus den Disziplinarbefugnissen der Behörden und Behördenchefs ergeben. In dem Verhalten der Gemaßregelten habe eine grobe Verletzung der Disziplin, eine Gehorsamsverweigerung und schwerste Achtungsverletzung gelegen. Von den Rednern der bürgerlichen Parteien meinten zwar einige, statt der Entlassung hätte wohl eine scharfe Verwarnung oder Versetzung genügt. Sie betonten aber sämtlich mit Einschluß des freisinnigen Redners, *daß sie ein Streikrecht der Eisenbahnarbeiter nicht anerkennen und fanden kein Wort des Tadels gegen die Ueberwachung der Versammlung durch die Verwaltung und gegen die Drangsalierung der freien Meinungsäußerung der Eisenbahnarbeiter*. Die Besprechung der Interpellation zeigte aufs neue, daß lediglich die Sozialdemokratie die Menschenrechte der Eisenbahnarbeiter vertritt.

Gesetzesvorlagen.

Von den Gesetzesvorlagen, die in der im Mai vertagten Session unerledigt geblieben waren, lagen dem Reichstag vor: *das Versicherungsgesetz für Privatangestellte, das Schiffahrtsabgabengesetz, die Gewerbeordnungsnovelle, das Hausarbeitsgesetz, das Gesetz über Arbeiterkammern, das Gesetz betreffend Aufhebung des Hilfskassengesetzes, das über die Errichtung eines Kolonial- und Konsulargerichtshofes, ein Gesetzentwurf über Ausgabe kleiner Aktien in den Konsularbezirken und im Schutzgebiet Kiautschou, die kleine Strafgesetzbuchnovelle und der Entwurf über Aenderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung*. Sie wurden mit Ausnahme des Arbeiterkammergesetzes, der kleinen Strafgesetzbuchnovelle sowie des Entwurfs über Aenderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung noch in dritter Lesung erledigt. Ueber den Inhalt dieser Gesetze und die Stellung der Fraktion zu ihnen — mit Ausnahme der beiden über Errichtung eines Konsulargerichtshofes und über die Ausgabe kleiner Aktien — ist im vorjährigen Bericht der Reichstagsfraktion sowie im Handbuch für sozialdemokratische Wähler 1911 Seite 331—334, 350—380, 579—606 und im Nachtrag zum Handbuch Seite 18—37, 39—59, 60—64 bereits berichtet.

Der Gesetzentwurf über die Errichtung eines obersten Kolonial- und Konsulargerichts. Die Gerichtsbarkeit in oberster Instanz wird in den Kolonien zurzeit für die weiße Bevölkerung durch besonders in den einzelnen Schutzgebieten eingesetzte Obergerichte wahrgenommen. Diese bestehen aus einem zur Ausübung der Gerichtsbarkeit zweiter Instanz ermächtigten Beamten, dem Oberrichter, oder, wo ein solcher fehlt, dem Gouverneur und aus 4 Laienbeisitzern. Kamerun und Togo haben ein gemeinschaftliches Obergericht. Diese Obergerichte entscheiden als Gerichte zweiter und letzter Instanz über Berufungen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen sowie über Beschwerden in gerichtlichen Angelegenheiten jeder Art. Für Sachen der Konsulargerichtsbarkeit ist zurzeit das Reichsgericht die höchste Instanz. Der Entwurf verlangte nun die Errichtung eines gemeinsamen obersten Gerichtshofes für Kolonial- und Konsular-Gerichtssachen. Der Sitz des Gerichts sollte Berlin sein. Nach dem Entwurf der Regierung

sollten zwei, nach dem Kommissionsvorschlag sollte ein Mitglied dieses Gerichts ein jederzeit absetzbarer Verwaltungsbeamter sein können. Die Fraktion wendete sich mit Erfolg gegen den Versuch einer Beeinflussung der Rechtsprechung durch die Verwaltung durch Beseitigung unabsetzbarer Richter. Der Reichstag folgte in zweiter Lesung ihrer Auffassung. Die Fraktion verlangte ferner die Zuziehung von Laien mindestens für Strafsachen und die Festlegung von Hamburg an Stelle Berlins als Sitz des Gerichts. Beide Anregungen wurden aber, letztere gegen eine starke Minderheit, abgelehnt. Nach Beseitigung der Zulassung von der Verwaltung völlig abhängiger Richter als Mitglieder des obersten Gerichts legte die Regierung auf Weiterberatung des Gesetzentwurfs keinen Wert.

Der Gesetzentwurf über Ausgabe kleiner Aktien in Konsulargerichtsbezirken und im Schutzgebiet Kiautschou will die Ausbeutungsmöglichkeit außerhalb Deutschlands fördern und deshalb für die Konsulargerichtsbezirke in Kiautschou Aktien nicht erst in Höhe von 1000, sondern schon in Höhe von 200 Mk. zulassen. Er ist schon einmal im Jahre 1909 dem Reichstag zugegangen und war am 6. Mai 1910 mit 133 gegen 114 Stimmen abgelehnt. Auf Drängen kapitalistischer Kreise gelangte der Gesetzentwurf abermals an den Reichstag. Unsere Fraktion blieb bei ihrer ablehnenden Haltung, weil sie es nicht für Aufgabe des Gesetzgebers hielt, zu veranlassen, daß kleine Leute ihre Ersparnisse in gewagten Spekulationen anlegen. Der Entwurf wurde jedoch angenommen, weil ein großer Teil der Mitglieder der bürgerlichen Parteien ihre frühere Ansicht änderten.

Einer Durchpeitschung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung, die die Rechtspflege noch mehr zu verschlechtern geeignet waren, widersetzten wir uns mit Erfolg.

Von sonstigen Gesetzentwürfen wäre zu erwähnen der Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Japan. Ihm stimmten wir zu, weil er immerhin einen besseren Zustand als den vertragslosen schafft. Ebenso stimmten wir für den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Handelsbeziehungen zum britischen Reich. Durch ihn wird der Bundesrat ermächtigt, die Einräumung der Meistbegünstigungsklausel für England und seine Kolonien bis zum 1. Dezember 1913 zu verlängern.

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend Eisenbahnbau im ostafrikanischen Schutzgebiete gab dem Staatssekretär Wermuth Veranlassung zu einer Art Wahlrede. Er schilderte die

Finanzlage

als außerordentlich günstig. Die bürgerlichen Parteien stritten sich darüber herum, ob die Ausbeutung des Volkes durch die Finanzreform des schwarzblauen Blocks oder eine andere Art der Belastung des Volkes mehr Erfolge gehabt hätte. Unsere Redner legten dar, daß, wenn die rosafarbene Schilderung der Finanzen durch den Staatssekretär zutreffe, es um so verwunderlicher sei, daß er bei Gelegenheiten, wo es galt, zugunsten des Volkes Bewilligungen auszusprechen, erklären konnte, es sei kein Geld da, so, als die sozialdemokratische Fraktion einige Millionen Entschädigung für die durch die Finanzreform aufs schwerste in ihrer Existenz geschädigten Zündholz- und Tabakarbeiter forderte. Ferner hatte, als bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre verlangt wurde, der Schatzsekretär erklärt, die dazu erforderlichen 9 Millionen könne unter keinen Umständen die Reichskasse tragen.

Ebenso ging es mit der von der Sozialdemokratie verlangten Aufbesserung der Löhnung der Soldaten, die etwa 18 Millionen erforderte. Auch als eine Verbesserung der Wöchnerinnenpflege verlangt wurde, hieß es, es sei kein Geld da. Im Wahlkampfe, führte unser Redner aus, „wird man sich nicht darum streiten, ob die Finanzreform viel ergeben hat oder nicht, man wird sagen: Wir müssen die Steuern bezahlen, die uns der Reichstag auferlegt hat, das genügt für uns, wir wissen, wie die Steuern auf uns drücken, auf uns lasten. Ob ein Ertrag mehr oder weniger bei dieser oder jener Steuer eingekommen ist, spielt in der Tat keine Rolle. Wenn man nahezu 500 Millionen Mark neue Steuern auferlegt, muß man auch entsprechende Einnahmen haben. Wir werden gegen die ganze Steuerpolitik des Reiches kämpfen, weil eine sozialdemokratische Partei niemals indirekte Steuern auf Lebensmittel oder Verbrauchsartikel der großen Massen bewilligen darf. An dem Tage, an dem es eine sozialdemokratische Fraktion im Reichstag gäbe, die das bewilligte, könnte sie ihre Sterbeurkunde unterzeichnen. Dann wäre sie als Vertretung der Sozialdemokratie unmöglich geworden. Wir sind dazu da, daß wir dafür sorgen, daß nicht fortgesetzt auf die armen Klassen die Lasten abgewälzt werden, sondern daß diejenigen Klassen die Lasten tragen, zu deren Vorteil und in deren Klasseninteresse sie in erster Linie erhoben werden, und daß zweitens diejenigen die Lasten tragen müssen, die sie am leichtesten tragen können“.

Der Staatssekretär habe auch kein Wort von der neuen Flottenvorlage und von der neuen Militärvorlage gesprochen, die so sicher kommen werde wie zweimal zwei vier ist. Die Steuerreform der bürgerlichen Parteien werde die Sozialdemokratie nicht mitmachen; sie habe sehr viel daran auszusetzen, wofür die Steuern verwendet werden und an der Art, wie die Steuern erhoben werden. Die notwendigen Steuerquoten müßten auf dem Wege direkter Besteuerung erhoben werden. Der preußische Staat habe an Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern rund 393 Millionen Mark Jahreseinnahme, während die englische Bourgeoisie und Aristokratie nahezu 1800 Millionen Mark direkter Steuern aufbringe. Würde für Deutschland ein ähnlicher Zustand erreicht, so würde bei den bürgerlichen Parteien die Lust zu Mehrbewilligungen für Flotte und Militär bald verfliegen. Das beste Mittel, besser als alle Haager Friedenskonferenzen und alle Friedenskongresse ist, daß die Bourgeoisie, daß die besitzenden Klassen gehörig mit dem Geldbeutel herangezogen werden und gehörig zahlen müssen. Bei gehöriger Steuerzahlung hört bekanntlich die Gemütlichkeit auf. „Die Aufsichtsratssteuer haben wir freilich bewilligt. Wir haben uns in der Fraktion darüber gestritten. Viele waren der Meinung, es ist gar nicht der Mühe wert, für so eine Steuer, ich glaube, es sind ganze 2 bis 3 Millionen, die das Reich aus dieser Steuer zieht, bei Hunderten von Millionen, die gefordert wurden, zu stimmen. Warum nur die Aufsichtsräte? Nein, alles, was auf ähnlicher sozialer Stufe steht, soll in gleicher Weise zu den Staatslasten herangezogen werden. Und, meine Herren, so lange Sie diesen Weg nicht mitmachen, so lange werden wir geschiedene Leute sein und mit Ihnen auf Tod und Leben kämpfen.“

Am Tage nach dieser Debatte wurde der Reichstag endlich geschlossen; der Wahlkampf konnte in vollem Maße einsetzen. Die Fraktion beschloß in ihrer letzten Sitzung den Wahlaufruf, der im „Vorwärts“ am 7. Dezember 1911 erschien.

* * *

2. Session vom 7. Februar bis 22. Mai 1912.

Einleitung.

Die am 12. Januar geschlagene Wahlschlacht zeitigte ein glänzendes Resultat für die Sozialdemokratie. Bei 14 441 777 Wahlberechtigten waren von 12 206 808 abgegebenen gültigen Stimmen 4 250 329, also 34,9 Proz. der gültigen Stimmen, auf die Sozialdemokratie entfallen. Die Hauptparteien des schwarzblauen Blocks — die Deutsch-Konservativen, die Reichspartei, die Antisemiten, der Bund der Landwirte, das Zentrum, die Polen — hatten insgesamt 4 333 061 Stimmen auf sich vereint, also nur wenige Stimmen mehr als unsere Partei allein. Und dennoch brachte es die Ungleichheit der Wahlkreise zuwege, daß die Parteien des alten schwarzblauen Blocks mit rund 4½ Millionen Stimmen nahezu so viel Mandate erhielten, wie die sogenannte Linke, für die rund 7½ Millionen Wähler eingetreten waren. Sinnenfällig spiegelt sich in diesen Zahlen die tatsächliche Ungleichheit des Reichstagswahlrechts wider.

Das Stärkeverhältnis der Parteien bei Beginn des Reichstags zeigt folgende Tabelle (die in Klammern beigefügten Zahlen beziehen sich auf den Beginn der Session 1907 bis 1912). Es hatten unter Hinzurechnung der Hospitanten:

Partei	Zahl	
Deutsch-Konservative	45 (63)	Mitglieder
Reichspartei	13 (25)	"
Wirtschaftliche Vereinigung	8 (19)	"
Deutsche Reformpartei	3 (6)	"
Zentrum (einschl. des in dieser Session nicht in die Fraktion aufgenommenen Grafen v. Oppersdorff	91 (105)	"
Polen	18 (20)	"
Elsaß-Lothringen	9 (5)	"
Deutsch-Hannoveraner	5 (—)	"
Nationalliberale	44 (55)	"
Fortschrittliche Volkspartei	42 (49[1])	"
Sozialdemokraten	110 (43)	"
Bayerischer Bauernbund	2 (—)	"
Mittelfränkischer Bauernverein	— (1)	"
Deutscher Bauernbund	1 (—)	"
Dänen	1 (1)	"
Wilde	5[2] (5[3])	"
Summa	397 (397)	Mitglieder

[1] Freisinnige Vereinigung 14, Deutsche freisinnige Volkspartei 28, Deutsche Volkspartei 7.
[2] Heyl zu Herrnsheim, Dr. Becker (Hessen), Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner, Schröder, Warmuth.
[3] Dr. Grégoire, die beiden Wildliberalen Keller und Kobelt, Labroise, de Wendel.

Wer annahm, die wuchtige Kundgebung des Volkes bei den Wahlen gegen die Kriegshetze, gegen den Imperialismus und Kapitalismus, gegen die Ausbeutung des Mittelstandes und der arbeitenden Klasse durch eine auf die Interessen der Großkapitalisten und Junker zugeschnittene Wirtschaftspolitik werde eine Umkehr der Politik zur Folge haben, den unsinnigen Rüstungen Halt gebieten und zu politischen und sozialen Reformen anspornen, wurde gründlich enttäuscht. Die bürgerlichen Parteien überboten sich in dem Entgegenkommen gegen die Forderungen des Imperialismus. Eine alle ihre Vor-

gängerinnen in den Schatten stellende Heeres- und Marinevorlage wurde, aller unserer Einwendungen ungeachtet, fast im Handumdrehen bewilligt und die Kriegsgefahr so verstärkt. Bei der Frage der Deckung der zur Wehrvorlage erforderlichen ungeheuren Summen schwenkten die Nationalliberalen mit fliegenden Fahnen in das Lager der Schwarz-Blauen. Die Kosten wurden unter völliger Schonung der Wohlhabenden restlos auf die Schultern der breiten Menge gepackt. Einer Abkehr von der die Lebensmittel verteuernden Schutzzollpolitik wurden neue Hindernisse durch Verwendung von Ueberschüssen aus den Zöllen und indirekten Steuern für militaristische und marinistische Zwecke in den Weg gelegt. Die Erfüllung der allernotwendigsten Forderungen auf sozialem Gebiet, die früher wegen angeblichen Mangels an Mitteln aufgeschoben waren, wurde abermals abgelehnt, so eine bessere Fürsorge für die Veteranen des Krieges und der Arbeit. Auf sozialpolitischem Gebiet hat der Reichstag, abgesehen von der kleinen Strafgesetznovelle sich völlig steril gezeigt. Resolutionen sind nach der Richtung in Fülle gefaßt. Aber die bürgerlichen Parteien schraken davor zurück, ihren Willen in die Tat umzusetzen. Der Reichskanzler bezeichnete schon den Appell zur Mannhaftigkeit an die bürgerlichen Parteien als das Beginnen zu einer gewaltsamen Verfassungsänderung. Reaktionäre Angstpolitik vor der ihr Recht heischenden Arbeiterklasse schweißt die bürgerlichen Klassen zusammen, deren rechter Flügel immer unverfrorener zur Gewalt gegen die Arbeiterklasse aufruft. Die Machtmittel des Staates werden in den einseitigsten Dienst des Kapitalismus gestellt. Militär wurde zur Unterdrückung der um Besserung ihrer Lage kämpfenden Bergarbeiter nach dem Ruhrrevier entsendet. Und dieser unverhüllten Parteinahme für die Interessen der Bergherren spendete auch das Zentrum Beifall, das von Tag zu Tag offener die Interessen der Arbeiter verrät. Die vorhandenen Gesetze werden durch die Art ihrer Anwendung in wachsendem Maße zu Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterklasse gestaltet. Die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der politischen und religiösen Anschauungen wird Beamten und Arbeitern gegenüber durch verfassungswidrige Anordnungen und Drangsalierungen von Behörden außer Kraft gesetzt. Die Interessen der kleinen Minderheit von Großkapitalisten und Großgrundbesitzern werden als Interessen des Staates behandelt, bei deren Wahrnehmung auf „göttliches und menschliches Recht" die herrschende Klasse pfeift.

Je schwieriger unsere Gegner die Möglichkeit gestalten, durch parlamentarische Arbeit Erfolge für die Menge des Volkes zu erreichen, desto notwendiger ist für uns, auch im Parlament die politische und wirtschaftliche Macht der herrschenden Klasse zu bekämpfen, die Ursachen für den tiefen Zwiespalt aufzudecken, der zwischen der wirtschaftlichen Entwickelung und der zunehmenden wirtschaftlichen Ausbeutung der großen Menge des Volkes und ihrer wachsenden Rechtlosigkeit liegt. Diese Pflicht legte in verstärktem Maße der Fraktion der Umstand auf, daß die sozialdemokratische Fraktion die stärkste Partei im Reichstag geworden ist. Wir haben gesucht ihr nachzukommen und neben der grundsätzlichen Bekämpfung des herrschenden kapitalistischen Systems und seiner Folgeerscheinungen bei jeder Gelegenheit Besserungen der bestehenden Verhältnisse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu erreichen. Wenn wenig erreicht ist, so liegt das in erster Reihe daran, daß die bürgerlichen Parteien den Reichstag immer mehr zu einer bloßen Bewilligungsmaschine für Militärausgaben und für Lasten des Volkes herabsinken lassen.

In dem nachfolgenden Bericht über die Tätigkeit der Fraktion sind zunächst die Vorgänge bei der Wahl des Reichstagspräsidiums erörtert. Dem folgt eine Darlegung des Inhalts und Schicksals unserer Initiativ-

anträge; in diesem Abschnitt haben auch in Zusammenhang mit Initiativanträgen stehende von uns zum Etat gestellte Resolutionen, die Strafgesetzbuchnovelle und die Geschäftsordnung ihren Platz erhalten. Unsere Stellung zur Heeres- und Flottenvorlage, zum Etat, zu den kleineren Gesetzen und zu den Interpellationen bilden den Schluß.

* * *

Wahl des Reichstagspräsidiums.

Die Macht der Sozialdemokratie liegt nicht in der Innehabung einer parlamentarischen Ehrenstellung. Diese kann nur ein sinnenfälliger Ausdruck ihrer Kraft sein, die in ihren Zielen und dem entschlossenen Willen der in der Sozialdemokratie einheitlich zusammengefaßten Arbeiterklasse zur Verwirklichung dieser Ziele liegt. Das Verlangen der Fraktion, an dem Präsidium des Reichstags beteiligt zu sein, entspringt dem Recht auf Gleichberechtigung der sozialdemokratischen Partei mit den bürgerlichen. Bei den früheren Präsidentenwahlen forderte die Fraktion, daß die Präsidentenposten nach Maßgabe der Stärke der Parteien verteilt würden. Der Reichstag hat bislang im Gegensatz zu dieser Auffassung das Präsidium aus denjenigen Parteien zusammengesetzt, die der vom Reichstag verfolgten politischen Tendenz das Gepräge geben. Die der Zahl nach stärkste Partei in der jetzigen Legislaturperiode ist die Sozialdemokratie. Sie unterscheidet sich aber von allen anderen Parteien durch ihre grundsätzliche Opposition zu dem Gesellschafts- und Regierungssystem des Kapitalismus. Die bürgerlichen Parteien zusammengenommen haben ihr gegenüber die Mehrheit. Bei der Beratung über die Stellungnahme zu der Besetzung des Reichstagspräsidiums berücksichtigte die Fraktion ferner die insofern durch die Wahlen veränderte politische Situation, als der schwarzblaue Block erheblich geschwächt aus dem Wahlkampf zurückgekehrt war. Sie wollte sich aus diesen Gründen mit der Uebernahme des Postens des ersten Vizepräsidenten unter der Voraussetzung begnügen, daß ihr dieser auch eingeräumt würde. Sie beauftragte in ihrer am 6. Februar 1912 abgehaltenen ersten Fraktionssitzung ihren Vorstand, mit den liberalen Parteien in Verbindung zu treten. Ausdrücklich beschloß sie ferner, die Uebernahme irgendwelcher Verpflichtungen außer den staatsrechtlichen in der Geschäftsordnung begründeten abzulehnen, insbesondere also, es abzulehnen, von der Zusammensetzung des Präsidiums dem Kaiser auch mündlich Mitteilung zu machen. Eine solche Verpflichtung wäre die Unterwerfung der Fraktion unter Bedingungen, die aus der bürgerlichen Anschauung entnommen sind. So sehr die Fraktion sich seit je für berechtigt und verpflichtet gefühlt hat, die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung mit allen anderen Parteien zu verlangen, so wenig kann sie sich der Anschauung der bürgerlichen Parteien unterwerfen.

Unsere Fraktionsvorsitzenden verhandelten zunächst mit den Vertretern der nationalliberalen Fraktion. Diese äußerten anfangs Bedenken, ob ein Präsidium, das ausschließlich aus Vertretern der drei Fraktionen der Linken zusammengesetzt sei, Bestand haben würde. Sie führten aus, daß, falls für ein solches Präsidium überhaupt eine Mehrheit zu erzielen sei, diese doch nur eine kleine sein könne, und daß deshalb das Präsidium Gefahr laufe, bei der ersten Gelegenheit durch einen Schachzug des Zentrums zu Fall gebracht zu werden. Sie könnten einen Präsidenten aus ihrer Fraktion nicht in diese Situation bringen. Sie hielten es deshalb für erforderlich, mit dem Zentrum in Verbindung zu treten, und schlugen unserer Fraktion als der stärksten vor, die Stellung des Zentrums als der zweitstärksten Fraktion zur Besetzung des Präsidiums festzustellen. Unseren Anspruch auf den Posten des ersten Vizepräsidenten erklärten sie in Uebereinstimmung mit den Fortschrittlern für begründet, da wir ja die staatsrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen bereit seien, die mit diesem Amt verknüpft seien. Mehr zu fordern hätten sie keinen Anlaß.

Im Einvernehmen mit der Fraktion verhandelten darauf unsere Vorsitzenden am nächsten Vormittage, dem 7. Februar, mit dem zwei Tage darauf zum bayerischen Ministerpräsidenten ernannten Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Freiherrn v. Hertling. Er erklärte, er könne über die Stellung des Zentrums noch keine bestimmte Auskunft geben, da Beschlüsse noch nicht gefaßt seien; er verhandle zurzeit mit den Konservativen. Jedenfalls würden seine Fraktionskollegen sich dagegen aussprechen, daß der Präsidentenposten durch einen Nationalliberalen besetzt werde. Für unseren Anspruch auf eine Stelle im Präsidium sei für das Zentrum wesentlich, wie wir uns zu den höfischen Verpflichtungen stellen würden. Unsere Vertreter erklärten, daß wir nur die in der Geschäftsordnung begründeten Verpflichtungen übernehmen könnten. Auf seine ausdrückliche Frage, wie wir uns beim Kaiserhoch verhalten würden, erwiderten sie, es würde in dieser Beziehung eine Aenderung in unserer Haltung nicht eintreten. Er erwiderte darauf, das Zentrum halte dagegen an dem Standpunkt fest, den sein Führer Lieber früher eingenommen habe. Er fügte dann aber hinzu, die Hauptsorge seiner Fraktion sei, daß der Reichstag arbeitsfähig werde.

Das Ergebnis dieser Unterredung teilten unsere Fraktionsvorsitzenden am nächsten Tage den Führern der nationalliberalen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei mit. Die Fortschrittliche Volkspartei war wie von Anbeginn der Verhandlung an bereit, für einen Nationalliberalen als Präsidenten, einen Sozialdemokraten als ersten Vizepräsidenten zu stimmen und den zweiten Vizepräsidentenposten aus ihrer Fraktion zu besetzen. In der nationalliberalen Fraktion herrschten offenbar zwei Strömungen: eine die für einen Ausschluß des schwarzblauen Blocks und eine, die für einen Ausschluß der Sozialdemokraten aus dem Reichstagspräsidium war, in dem sie den Präsidenten zu stellen begehrten. Sie erklärten nach Mitteilung des Inhalts der Unterhandlung mit dem Freiherrn v. Hertling, daß ihrer Meinung nach unter diesen Umständen kein anderer Ausweg bliebe, als daß jede Partei selbständig vorgehe. Sie würden dann wohl weiße Zettel abgeben. Den Einwand unserer Vertreter, daß dies ein taktischer Fehler sein würde, da dann sofort die Wahl eines schwarzblauen Blockpräsidiums zustande käme, erkannten sie als zutreffend an.

Nach dem Verlauf dieser Verhandlungen beschloß die Fraktion auf den Vorschlag des Fraktionsvorstandes: für den Präsidentenposten einen eigenen Kandidaten in der Person des Genossen Bebel zu präsentieren und diese Kandidatur durch alle Wahlgänge aufrechtzuerhalten.

Es kam an diesem Tage jedoch nicht zur Wahl, weil sofort bei Beginn der Plenarsitzung Nationalliberale und Zentrum Vertagung beantragten. Auf Einladung der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei fand alsdann nochmals eine Besprechung zwischen den Vertretern dieser Fraktionen und unseren Fraktionsvorsitzenden statt. Hierbei wurde von dem Vertreter der Nationalliberalen mitgeteilt, es sei die Kombination aufgetaucht, zu den drei bisherigen Präsidenten noch die Stelle für einen vierten Präsidenten zu schaffen und dann unter Ausschluß der äußersten Rechten und der äußersten

Linken die Präsidenten aus den übrigen Fraktionen zu wählen. Unsere Fraktionsvorsitzenden erklärten diese Kombination für ganz undiskutabel. Es wurde erwidert, daß sie damit erledigt sei. Dann wurde weiter mitgeteilt, es sei angeregt worden, das Präsidium aus einem Nationalliberalen, einem Zentrumsmann und einem Fortschrittler zusammenzusetzen. Auf die Erklärung unserer Vertreter, daß wir dazu selbstverständlich unsere Zustimmung nicht geben könnten, schloß sich die Fortschrittliche Volkspartei dieser Erklärung sofort an, und auch die Nationalliberalen äußerten, daß dann auch diese Kombination nicht weiter in Frage komme.

Auf Wunsch der Liberalen nahmen dann unsere Fraktionsvorsitzenden noch an einer Besprechung mit dem Zentrum teil, zu der auch der nationalliberale Abgeordnete Schiffer erschien. Das Resultat dieser Unterredung war, daß die Vertreter des Zentrums erklärten, sie könnten über die Stellung des Zentrums zur Besetzung des Präsidiums keine Mitteilung machen, da ihre Fraktion noch keinen Beschluß gefaßt habe. Sie würde aber für einen nationalliberalen Präsidenten nicht stimmen, und ebensowenig für einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten, hätten doch die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion dem Freiherrn v. Hertling gegenüber die Uebernahme höfischer Verpflichtungen abgelehnt. Auf die Frage, welchen Zweck denn eigentlich diese Konferenz habe, erwiderten die Vertreter des Zentrums, sie hätten von ihrer Fraktion nur den Auftrag, eine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien zu versuchen. Unsere Vertreter erklärten darauf, daß sie danach keinen Augenblick länger bleiben könnten. Als sie sich entfernten, schlossen sich ihnen die Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen mit dem Bemerken an, daß sie dann auch an der Besprechung kein Interesse hätten.

Unmittelbar darauf verhandelten die Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen mit unseren Vertretern über die Frage der Besetzung des Präsidiums weiter. Unsere Vertreter betonten aufs neue, daß unsere Fraktion bereit sei, für einen Präsidenten aus der nationalliberalen Fraktion und für einen zweiten Vizepräsidenten aus der Fortschrittlichen Volkspartei zu stimmen, falls diese beiden Fraktionen sich verpflichteten, unserem Kandidaten für den ersten Vizepräsidentenposten ihre Stimmen zu geben und uns eine offizielle Zusage zur Erfüllung dieser Bedingung machen würden. Die Fortschrittliche Volkspartei gab eine solche Erklärung sofort ab, während der Nationalliberale Schiffer äußerte, er glaube nicht, daß seine Fraktion eine offizielle Erklärung abgeben würde. Unsere Vertreter erwiderten, daß wir davon nicht Abstand nehmen könnten, obwohl wir uns nicht verhehlten, daß ein Teil des rechten Flügels der nationalliberalen Fraktion trotz eines Fraktionsbeschlusses nicht für unseren Kandidaten stimmen würde.

Am nächsten Tage teilten uns die Vertreter der nationalliberalen Fraktion mit:

1. **ihre Fraktion werde den Prinzen Carolath als Präsidenten präsentieren,**
2. **für einen sozialdemokratischen ersten Vizepräsidenten habe sich in ihrer Fraktion keine Mehrheit ergeben,**
3. **wohl aber sei mit großer Mehrheit beschlossen worden, für einen Sozialdemokraten als zweiten Vizepräsidenten einzutreten, wobei allerdings keine Garantie dafür übernommen werden könnte, daß er auch von allen gewählt werde. Sie fügten hinzu, es sei jetzt an uns, danach unsere Entschließung zu treffen.**

Die Fraktion beschloß darauf einstimmig: an ihrem früheren Beschluß festzuhalten, selbständig vorzugehen und für Bebel als Präsidenten, eventuell für Scheidemann als ersten Vizepräsidenten zu stimmen.

Bei der Wahl des Präsidenten im Plenum am 9. Februar entfielen im ersten Wahlgang auf Spahn (Z.) 185, Bebel 110, Prinz zu Schönaich-Carolath (natl.) 88 Stimmen, 3 waren ungültig, 2 zersplittert. Bei der danach erforderlichen engeren Wahl entfielen von 388 abgegebenen Stimmen auf Spahn 186, auf Bebel 114, auf Prinz zu Schönaich-Carolath 85 Stimmen, 3 Stimmzettel waren ungültig. Bei der Stichwahl erhielten von 384 abgegebenen Stimmen Spahn 196, Bebel 175 Stimmen, 13 Stimmzettel waren ungültig. Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten entfielen von 386 abgegebenen Stimmen auf Scheidemann 188, Dietrich (k.) 174 Stimmen; 21 Stimmen waren ungültig, 3 zersplittert. Da die Fortschrittliche Volkspartei ihren Kandidaten für den zweiten Vizepräsidenten zugunsten des nationalliberalen Kandidaten Paasche zurückzog und ein großer Teil der nationalliberalen Stimmen auf Bebel und ein noch größerer auf Scheidemann entfallen war, so gaben wir bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten unsere Stimmen für den Nationalliberalen ab. Von 385 Stimmen entfielen auf Paasche (natl.) 274; 95 Stimmen waren ungültig, 16 zersplittert.

Bei der an demselben Tage vollzogenen Schriftführerwahl wurden zum erstenmal im Reichstag Sozialdemokraten zu Schriftführern gewählt: Stücklen mit 290 und Fischer (Berlin) mit 216 Stimmen. Erwähnt sei hier die Wahl eines unserer Genossen zum Mitglied der Reichsschuldenkommission. Am 28. Februar erfolgte die nach der Reichsschuldenordnung vorzunehmende Wahl von 6 Mitgliedern des Reichstags zu Mitgliedern der Reichsschuldenkommission. Die Reichsschuldenkommission besteht aus ihrem Präsidenten und je 6 vom Bundesrat und vom Reichstag zu wählenden Mitgliedern. Von unserer Fraktion wurde Südekum vorgeschlagen und gewählt.

Nach der Geschäftsordnung des Reichstags wird sein zu Anfang einer Legislaturperiode gewähltes Präsidium das erstemal auf 4 Wochen, dann aber für die übrige Dauer der Session gewählt. Wohl die Rücksicht auf die Wahrscheinlichkeit, daß nach 4 Wochen eine Wiederwahl des Zentrumskandidaten nicht stattfinden würde, mehr noch die Waffenbrüderschaft des Zentrums mit den Konservativen, daneben der Wunsch, durch eine Ablehnung mit einem Sozialdemokraten zusammen im Präsidium zu sitzen, nach oben zu demonstrieren, veranlaßten das Zentrum, den Rücktritt Spahns von seinem Präsidialposten zu wünschen. Unter dem 12. Februar legte Spahn seinen Posten nieder. Inzwischen hatten Konservative und der rechte Flügel der Nationalliberalen wie rasend darüber getobt, daß offenbar eine Anzahl Nationalliberaler den Sozialdemokraten Bebel und Scheidemann ihre Stimmen gegeben hatten und daß Paasche in dem durch einen Sozialdemokraten mitbesetzten Präsidium sitze. Unter anderem hatte der „Reichsbote" daran erinnert, daß Scheidemann in seiner Etatsrede vom 10. Dezember 1909 gesagt hatte: „Ich kenne die preußische Geschichte gut genug, um zu wissen, daß der Wortbruch sozusagen zu den erhabensten Traditionen des in Preußen regierenden Hauses gehört" und dafür mit einem Ordnungsruf belegt war. Scheidemann hatte in jener Rede darauf verwiesen, daß das konservative Kirchenblatt unter Bezugnahme auf die Ankündigung einer Wahlreform in der Thronrede vom 20. Oktober 1908 geschrieben hatte, ein König braucht nichts zu

halten von dem, was er versprochen hat, und daß weiter erklärt war: Jeder Versuch, das Versprechen der Thronrede einzulösen, sei ein Frevel. Er hatte dann dargelegt, daß Friedrich Wilhelm III., als er von Napoleon in die Enge getrieben war, dem preußischen Volk eine Verfassung versprochen, dies Versprechen aber nicht gehalten hatte, sowie daß Friedrich Wilhelm IV. am 18. März 1848 eine Verfassung versprochen, dann gegeben, aber ein Jahr später die Verfassung geraubt und das Dreiklassenwahlsystem oktroyiert hatte. Der Chor der konservativen und scharfmacherischen Blätter gebärdete sich darüber entrüstet, daß ein Nationalliberaler in diesem Präsidium zusammen mit einem Sozialdemokraten und gar mit diesem Scheidemann sitze. Die nationalliberale Drehscheibe beugte sich den konservativen und rechtsnationalliberalen Anhauchungen: am 14. Februar legte Paasche sein Amt als zweiter Vizepräsident nieder. An demselben Tage wurde unter dem Präsidium Scheidemann die Wahl des Präsidenten und des zweiten Vizepräsidenten vorgenommen. Abgegeben wurden 374 Stimmen, darunter 174 unbeschriebene. Von den gültigen 200 Stimmen erhielt Kaempf (Vp.) 195, 5 Stimmen waren zersplittert. Zum zweiten Vizepräsidenten wurde Dove (Vp.) gewählt. Abgegeben waren 166 unbeschriebene und 205 gültige Stimmzettel. Von diesen entfielen auf Dove 194, die übrigen waren zersplittert. Nun hatte der Reichstag trotz der konservativklerikalen Obstruktion ein Präsidium.

Das Ergebnis der ersten Präsidentenwahlen wurde geschäftsordnungsmäßig dem Kaiser schriftlich angezeigt. Ferner suchten der Reichstagspräsident Kaempf und der zweite Vizepräsident Paasche um eine Audienz beim Kaiser nach. Der Kaiser erwiderte, er lasse bestens danken, sei aber verhindert, die Herren zu empfangen. Das Wolffsche Telegraphenbureau teilte mit, der bisher übliche Empfang habe dem Präsidium in seiner Gesamtheit gegolten, nicht den einzelnen Personen, die ihm angehören; die Antwort sei auf Vorschlag des Reichskanzlers gegeben, der dem Kaiser nicht empfehlen konnte, Abweichungen von der gewohnten Regel zu folgen und sie damit gutzuheißen.

Bei der Etatsberatung entspann sich eine Debatte über den Inhalt der Unterhandlung, die im Beisein des nationalliberalen Abgeordneten Schiffer stattgefunden hatte. Dieser behauptete — und die Abgeordneten Gröber (Zentr.), Junck (natl.) und Müller-Meiningen (Vp.) bestätigten seine Darlegung —, unsere Vertreter hätten erklärt, die Fraktion lehne es ab, neben dem Präsidenten zu Hofe zu gehen oder ihre Mitglieder während des vom Präsidenten ausgebrachten Hochs im Saale zu lassen. Genosse Bebel hätte aber erklärt, im Falle der Behinderung des ersten Präsidenten würde der sozialdemokratische Vizepräsident bereit sein, den Besuch bei Hofe zu machen und das Kaiserhoch auszubringen. Scherzhaft habe Bebel gesagt, „er könne allerdings eine Garantie dafür, daß an dem entscheidenden Tage der sozialdemokratische Vizepräsident nicht an einer Darmverschlingung oder einer sonstigen schweren Krankheit leide, nicht übernehmen." Unsere Vertreter bestritten auf das entschiedenste, ein solches Zugeständnis gemacht zu haben. Ein solches ist auch nicht abgegeben. Es hätte ja im Widerspruch zu dem Fraktionsbeschluß und der Anschauung Bebels gestanden und wäre geradezu unsinnig gewesen, nachdem die Nationalliberalen die Ablehnung der Uebernahme höfischer Verpflichtungen für ebenso selbstverständlich erklärt hatten, wie die Unterwerfung der Nationalliberalen unter sozialdemokratische Anschauungen, und nachdem das Zentrum wegen der Nichtübernahme höfischer Verpflichtungen seitens der Sozialdemokratie die Wahl eines Sozialdemokraten in das Präsidium abgelehnt hatten. Nach der Darstellung des Abgeordneten Schiffer selbst sind ja auch die von ihm als zugestanden bezeichneten Verpflichtungen in einer liebenswürdig-

scherzhaften Wendung abgelehnt. Denn was anders als eine solche Ablehnung sollte der Hinweis auf die Wahrscheinlichkeit einer Darmverschlingung oder sonstigen schweren Krankheit bedeuten? Die Deutung dieser scherzhaften Wendung in der von bürgerlichen Abgeordneten beliebten Weise zeigt nur, wie vorsichtig wir uns in Gesprächen mit solchen Abgeordneten ausdrücken müssen, die ihre „liberale" programmatische Ansicht der Gleichberechtigung der Reaktion zu opfern bereit sind und nach einer Rechtfertigung danach suchen, weshalb sie vor den Scharfmachern Kotau gemacht haben.

Am 8. März fand die Neuwahl des Präsidiums statt. Die Konservativen und das Zentrum waren im Verein mit der Regierung lebhaft bemüht, unseren Genossen aus dem Präsidium zu entfernen. Als Preis war den Nationalliberalen der Posten des ersten Vizepräsidenten versprochen. Als Präsident wurde Kaempf (Vp.) mit 192 Stimmen gewählt. 187 Stimmen vereinigten sich auf Spahn (Zentr.), 4 Stimmen zersplitterten. Nunmehr erklärten die Konservativen, sie würden unbeschriebene Zettel abgeben. Erst auf eindringliche Beschwörung durch den Ablatus des Reichskanzlers, Unterstaatssekretär Wahnschaffe, gaben sie ihre Abstinenz auf und vereinten ihre Stimmen auf den Nationalliberalen. Paasche erhielt 197, Scheidemann 155 Stimmen, 5 waren zersplittert. Die Rechte hatte erklärt, bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten Dove (Vp.) zu wählen. Dieser wollte nicht durch das Vertrauen der Schwarzblauen ins Präsidium kommen. Er und seine Parteifreunde stimmten mit uns für Scheidemann. Auf diesen entfielen 147 Stimmen, Dove erhielt 200; 4 Stimmen zersplitterten. Wir erklärten Dove, ebenso wie seine Parteifreunde, unser Einverständnis mit der Annahme der Wahl. Diese erfolgte dann. Dies Präsidium wurde bald darauf vom Kaiser empfangen.

Die Schilderung der Präsidentenwahlfrage hat einen breiteren Raum nicht deshalb eingenommen, weil wir ein übertriebenes Gewicht auf die Vertretung der Sozialdemokratie im Präsidium legten, sondern weil über unsere Stellung allerlei falsche Mitteilungen gemacht sind, die voraussichtlich auch künftig wiederholt werden, und weil das Hin- und Herschwanken der Nationalliberalen und ihre Verleugnung des liberalen Prinzips der Gleichberechtigung immerhin ein historisches Interesse hat.

* * *

Initiativanträge und kurze Anfragen.

Die Fraktion brachte 34 Initiativanträge ein. Von diesen beziehen sich zwei auf Aenderung des Wahlrechts, einer auf andere Ergänzungen der Reichsverfassung, zwei auf das Versicherungswesen, achtzehn auf Arbeiterrechtsverhältnisse, je einer auf Beamtenbesoldungen, auf das Wohnungswesen, auf das Schulwesen, auf das Reichsvereinsgesetz, auf das Strafgesetzbuch, auf das Steuerwesen, auf das Verbot der Einfuhr von Schlachtvieh. Einer zielt auf Aenderung der Geschäftsordnung ab. Zur Beratung gelangte nur der auf die Geschäftsordnung sich beziehende Antrag. Jedoch wurde der wesentliche Inhalt des auf strafrechtlichem Gebiete gestellten Antrags, die sogenannte kleine Strafgesetznovelle, durch einen ähnlichen, von allen Parteien unterschriebenen Antrag auf die Tagesordnung gebracht. Derselbe ist durchberaten und Gesetz geworden. Der Inhalt einer Reihe von Initiativanträgen wurde von uns zum Etat als

Resolution eingebracht und bei den Etatsverhandlungen besprochen. Wie der Reichstag sich zu ihnen stellte, mag bei Erörterung des

Inhalts der Initiativanträge

dargelegt werden.

Zum Wahlrecht wurde von uns die Einführung des Verhältniswahlsystems für die Reichstagswahlen, die Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an die Frauen unter den gleichen Bedingungen wie den Männern und die Festlegung des Wahltags auf einen Sonn- oder Festtag durch Gesetz verlangt. Durch Verordnung des Reichskanzlers solle für gleichartige Wahlurnen auf Kosten des Reichs gesorgt werden. Die Einführung einheitlicher und das Wahlgeheimnis sichernder Wahlurnen wurde auch im Anschluß an einen Bericht der Wahlprüfungskommission über eine Eingabe, die bestimmte Wahlurnen empfahl, kurz vor der Vertagung, am 21. Mai, von uns beantragt. Der Antrag gelangte, wie der Präsident konstatierte, mit Einstimmigkeit zur Annahme.

Die Einführung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts in allen Bundesstaaten mit aktivem und passivem Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben, durch Ausgestaltung der Reichsverfassung verlangt ein anderer Initiativantrag der Fraktion.

Weitere Verfassungsanträge zielen hin auf: Mitentscheidung des Reichstags zur Erklärung des Kriegs, Verantwortlichkeit des Reichskanzlers für seine Amtsführung, Aufhebung auch der Strafhaft von Abgeordneten auf Verlangen des Reichstags, Zeugnisverweigerungsberechtigung der Mitglieder des Reichstags, eines Landtags oder einer Kammer eines zum Reich gehörigen Staats und der Mitglieder eines kommunalen Vertretungskörpers in Ansehung dessen, was ihnen in dieser ihrer Eigenschaft anvertraut ist, und auf Festlegung des Rechts des Reichstags, Kommissionen zur Untersuchung von Tatsachen einzusetzen.

Auf dem Gebiete des Versicherungswesens verlangt ein Antrag die obligatorische Versicherung gegen Viehseuchen. Er gelangte bei der Etatsberatung in Form einer Resolution im Plenum zur Verhandlung und Annahme.

Von den

sozialpolitischen Anträgen,

welche eine Einwirkung auf das Arbeiterrechtsverhältnis bezwecken, betrifft einer die Reichsversicherungsordnung, 17 den Arbeitsvertrag. Die Reichsversicherungsordnung soll dahin abgeändert werden, daß 1. den Versicherten in den Ortskrankenkassen ein Selbstverwaltungsrecht in dem Umfang gegeben wird, wie es im Krankenversicherungsgesetz gegeben war, 2. die Versicherungsämter selbständige Behörden werden, 3. die Versicherungsvertreter und Beisitzer bei den Versicherungsbehörden von den Versicherten und den Unternehmern in getrennten Wahlgängen mittels des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts unter Anwendung der Verhältniswahl gewählt werden, 4. die Krankenversicherung auf alle Angestellten mit einem Jahresgehalte von weniger als 5000 Mark ausgedehnt wird, 5. in allen Versicherungszweigen der volle Arbeitsverdienst der

Versicherung zugrunde gelegt wird, 6. allgemeine Ortskrankenkassen die alleinigen Träger der Krankenversicherung werden, 7. Erleichterung zur Erlangung und Erhöhung der Bezüge, insbesondere: a) größere Hilfe für Schwangere und Wöchnerinnen, b) Erklärung der sogenannten Gewerbekrankheiten einschließlich der klimatischen Krankheiten der Seeleute als Betriebsunfall, c) Erleichterung zur Erlangung der Invalidenrente, d) Gewährung der Altersrenten bei Vollendung des 65. Lebensjahres, e) Erhöhung der Hinterbliebenenrente, 8. eine andere Verteilung der Lasten durch größere Bereitstellung von Reichsmitteln herbeigeführt wird.

Durch einen besonderen Antrag verlangten wir reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln an die Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften.

Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland ist zur Fristung ihrer Existenz und der ihrer Angehörigen auf die Verwendung ihrer geistigen oder körperlichen Arbeitskraft für das wirtschaftliche oder gewerbliche Unternehmen oder für die häusliche Gemeinschaft eines anderen gegen Entgelt angewiesen. Dieser weitaus größte und für die Erhaltung des Gemeinwesens des Deutschen Reichs unentbehrlichste Teil Deutschlands ist auf den Ertrag aus seiner Arbeitskraft angewiesen, um leben zu können. Er und die Allgemeinheit hat das lebhafteste Interesse daran, daß ihm Arbeitsgelegenheit gegeben, daß das Entgelt für seine Arbeit ihm nicht vorenthalten oder von Dritten beschlagnahmt werde und daß seine Arbeitskraft erhalten und gegen Vergeudung, Mißbrauch und Gefährdung geschützt werde. Dies Interesse ist ein gleichmäßiges, gleichviel, ob der Arbeiter im Handel, in der Industrie oder der Landwirtschaft, mit wissenschaftlichen, kaufmännischen oder technischen Diensten beschäftigt oder ob er als Angestellter oder als gewerblicher oder ländlicher Arbeiter oder als Handlungsgehilfe oder als Bureauarbeiter oder wie sonst bezeichnet wird. Besondere aus der Eigenart der Beschäftigung folgende Schutzvorschriften gegen Mißhandlung der Arbeitskraft sind überdies erforderlich. Im Gegensatz zu der demnach dringlichsten Forderung eines allgemeinen, großzügigen Arbeiterschutzgesetzes hat die Gesetzgebung des Reiches nur widerwillig, gezwungen durch die in der Sozialdemokratie politisch organisierte Arbeiterklasse Bestimmungen zum Schutz der Arbeitskraft und zur Regelung des Arbeitsverhältnisses geschaffen. Diese Vorschriften sind völlig unzulänglich, ihr Ausbau dringend erforderlich. Ueberdies wird Rechtsunsicherheit der auf den Ertrag eines ihrer Arbeit Angewiesenen durch die zersplitterte, unübersichtliche, in vielerlei Gesetzbücher zerstreute Regelung der Materie gefördert. Dieser Zustand der Dinge macht den Ausbau und die Vereinheitlichung des Arbeiterrechts durch einen Gesetzentwurf, der die zum Schutz der Arbeiter und Angestellten und zur Regelung des Arbeitsvertrages bestehenden Gesetze zusammenfaßt und ausbaut, zu einer dringenden gesetzgeberischen Aufgabe. Die Fraktion verlangte die Vorlegung eines solchen Gesetzentwurfes, ferner die einheitliche Regelung des Arbeitsnachweises im Reiche durch einen Gesetzentwurf, der bestimmt, daß 1. für alle Bezirke des Reiches Arbeitsnachweisstellen errichtet werden; 2. daß in größeren Orten der Arbeitsnachweis nach Industrie- und Erwerbsgruppen gegliedert wird; 3. daß die Arbeitsnachweisstellen unter Leitung eines Vorstandes stehen, dessen Mitglieder in gleicher Anzahl von Arbeitern und Unternehmern auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes mit geheimer Abstimmung gewählt werden; 4. daß der Arbeitsnachweis unentgeltlich ist, und daß er Strafbestim-

mungen gegen Einrichtungen von Unternehmern trifft, die zur Maßregelung von Arbeitern und Angestellten dienen.

Damit die Möglichkeit einer Verfolgung der schmalen aus dem Arbeitsvertrag folgenden Rechte des Arbeiters geschaffen werden, ist für *alle* gegen Lohn oder Gehalt beschäftigte Personen, soweit sie nicht dem Gewerbe- oder Kaufmannsgericht unterstehen, die Schaffung eines *Arbeitsgerichts* zur Entscheidung über alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag erforderlich, das im organisatorischen Ausbau den Gewerbegerichten entspricht und je nach Bedarf besondere Kammern und Abteilungen für größere Berufsgruppen enthält. Die Vorlegung eines solchen Gesetzes fordert ein Initiativantrag. Das für alle Arten Arbeiter, die auf Grund eines Arbeits- oder Dienstvertrages Arbeiten oder Dienste leisten, gültige *Lohnbeschlagnahmegesetz* bedarf dringend der Aenderung nach zwei Richtungen hin. Das Lohnbeschlagnahmegesetz setzt als ein (von einigen Ausnahmen abgesehen) dem Zugriff der Gläubiger entzogenes Existenzminimum den Betrag von 1500 Mark jährlich fest. Erst wenn 1500 Mark jährlich verdient sind, darf eine Beschlagnahme des Lohnes stattfinden. Ein erheblicher Teil der Rechtsprechung hat im Gegensatz zum Wortlaut und dem Sinn des Gesetzes sowie der Absicht des Gesetzgebers seit der Novelle zum Lohnbeschlagnahmegesetz vom 17. Mai 1898 die Unpfändbarkeit dahin beschränkt, daß bereits der 1500 Mark Jahresverdienst entsprechende Monatsverdienst (125), Wochen- oder gar Tagesverdienst der Pfändung und Beschlagnahme freistehe. Dieser Verschlechterung des Schutzes der Existenzmöglichkeit des Arbeiters und Angestellten soll ein Abänderungsvorschlag zum Lohnbeschlagnahmegesetz entgegenwirken, der gleichzeitig der Verminderung der Kaufkraft des Geldes entsprechend den unpfändbaren Jahresbetrag von 1500 auf 2500 Mark erhöht.

Als wichtigste Arbeiterschutzbestimmung verlangte die Fraktion die *Begrenzung der täglichen, regelmäßigen Arbeitszeit* für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen unter Festsetzung angemessener Uebergangsvorschriften *auf längstens 8 Stunden* und die *Freigabe des Sonnabendnachmittags*. Eine entsprechende Resolution wurde zum Etat des Innern eingebracht: die Abstimmung über dieselbe ist ausgesetzt.

Die Benutzung von *Pensionskassen* zur Unterbindung der Freizügigkeit des Arbeiters und zu seinem Nachteil nach anderen Richtungen hin veranlaßte die Fraktion zu der Forderung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die für gewerbliche oder andere Unternehmungen errichteten Pensionskassen unter Beobachtung folgender Grundsätze für das ganze Reich einheitlich geregelt werden: 1. Festsetzung einer Maximalgrenze der Eintrittsgelder und Beiträge. Die Beiträge der Unternehmer haben mindestens 50 Prozent zu betragen; 2. Selbstverwaltung der Kassen durch Vertreter der Mitgliedschaft unter Teilnahme der Werksvertretung. Doch muß die Arbeitervertretung entscheidenden Einfluß auf die Ausgestaltung der internen Kassenverhältnisse haben. Die Wahl der Arbeitervertreter hat auf Grund des geheimen, direkten Wahlrechts zu erfolgen. Das Wahlrecht ist allen aktiven, invaliden und freiwilligen Kassenmitgliedern zu erteilen. Beamte dürfen nur als Unternehmervertreter zugelassen werden. Durch Entlassung aus der Arbeit darf dem Arbeitervertreter das Mandat nicht verloren gehen; 3. Sicherung der erworbenen Pensionsansprüche nach freiwilliger oder unfreiwilliger Aufgabe der Werksarbeit, durch Zahlung einer mäßigen Anerkennungsgebühr, oder freiwillige Zahlung des früheren Beitrages; im letzteren Falle entsprechende Steigerung der Pensionsansprüche. Gegenseitigkeitsverhältnis der Kassen. Rückzahlung der Einzahlungen, abzüglich der Verwaltungsunkosten, an

solche ausscheidenden Mitglieder, die mehr als 200 Wochen Beiträge zahlten und nicht mehr aktive oder freiwillige Mitglieder ähnlicher Kassen werden können; 4. Ausschluß der Anrechnungsfähigkeit von Unfall- oder Invalidenrenten oder Militärpensionen, sofern die Gesamtbezüge nicht den Durchschnittslohn übersteigen, den das betreffende Mitglied in den letzten 10 Jahren verdient hat.

Die Forderung eines einheitlichen Arbeiterrechts konnte die Fraktion nicht davon abhalten, für einige Arbeiterkategorien, deren Rechtsverhältnisse besonders gedrückt liegen und einer sofortigen Sicherstellung dringend bedürfen, durch Initiativanträge alsbaldige Regelung zu verlangen. Diese Anträge betreffen:

1. *Die in landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter.* Eine reichsgesetzliche Regelung soll herbeiführen: Aufhebung der Gesindeordnung, der Ausnahmegesetze gegen ländliche Arbeiter oder gegen das Gesinde, Einräumung des Koalitionsrechts, Regelung der Zeit, der Dauer und der Art der Arbeit, so wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung fordern, Errichtung von Gerichten zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis nach Art und in Anlehnung an die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Anrechnungspflicht der für Pacht- oder Deputatland aufgewendeten Arbeit und des Nutzwertes des Ertrages bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses aussprechen.

2. *Die Bergarbeiter.* Für diese ist die Vorlegung des Entwurfs eines Reichsberggesetzes verlangt, in welchem unter anderem auch die Arbeiterschutzbestimmungen und das Knappschaftswesen einheitlich zu regeln sind. Zur Untersuchung von Unfällen beim Bergbau und zur Anordnung von vorbeugenden Maßnahmen gegen Unfälle ist die Einsetzung einer Reichsbehörde begehrt, die aus vom Bundesrat zu ernennenden Sachverständigen des Bergbaues, aus vom Reichstag zu wählenden Beisitzern und aus von den Bergarbeitern zu wählenden Vertrauensleuten bestehen soll.

3. *Die Privatangestellten* (Handlungsgehilfen, Bureauangestellte, Techniker, Werkmeister und andere Angestellte). Die Vorlegung eines einheitlichen Arbeitsrechts für diese Arbeiterkategorie wünscht ein Antrag unter Beobachtung folgender Grundsätze: 1. Sinngemäße Ausdehnung aller für einzelne Kategorien von Angestellten bereits durch Handelsgesetzbuch und Gewerbeordnung eingeführten Schutzvorschriften auf sämtliche Angestellte; 2. obligatorische Weiterzahlung des Gehalts im Krankheitsfalle bis zum Ablauf der Kündigungsfrist und während militärischer Pflichtübungen bis zu 8 Wochen; Erhöhung des pfändungsfreien Einkommens auf 2500 Mk.; 3. Verbot des Kost- und Logiswesens; monatliche Mindestfrist für Kündigung von Dienstwohnungen; 4. Sicherung der Dienstkautionen; 5. Anspruch auf jederzeitige Ausstellung eines Zeugnisses über die Tätigkeit in einem Spezialfach; 6. Verbot und Nichtigkeit der Konkurrenzklausel; 7. Sicherung des Anspruchs auf Gratifikationen, Tantiemen usw. für den Fall der Kündigung vor dem gewöhnlichen Fälligkeitstermin, Nichtigkeit solcher Vereinbarungen, durch die das Gehalt während der Kündigungszeit gemindert oder ausgeschlossen wird; 8. volle Koaltionsfreiheit; 9. Eigentumsrecht an Erfindungen und Sicherung eines angemessenen Anteils am Ertrage derselben; 10. Errichtung von Angestelltenausschüssen, deren Mitglieder in allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl zu wählen sind, in Betrieben mit mindestens 10 Angestellten; Einführung von Arbeitsordnungen für diese Betriebe; 11. tägliche Höchst-

arbeitszeit von 8 Stunden; 36stündiger ununterbrochener Ruhetag in der Woche, der den Sonntag einschließt, sofern das die Aufrechterhaltung des Betriebs gestattet; Kontor- und Bureauschluß um 7 Uhr abends; Schluß der offenen Verkaufsstellen um 8 Uhr abends; 12stündige ununterbrochene Ruhezeit zwischen Arbeitsende und Arbeitsbeginn; zusammenhängender Sommerurlaub von 14 Tagen unter Gehaltsfortzahlung nach einjähriger Beschäftigung; 12. hygienische Vorschriften für die Arbeitsräume; 13. Ausdehnung der Kaufmanns- und Gewerbegerichte auf sämtliche Angestellte; 14. Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Angestellten durch Anstellung besonderer Beamten unter Zuziehung der Angestellten.

Bis zur Vorlage eines einheitlichen Angestelltenrechts soll die alsbaldige Gleichstellung der technischen und der Bureauangestellten aller Art mit den Handlungsgehilfen erfolgen.

4. *Die Straßenbahner.* Verlangt ist: Regelung der Rechts- und Arbeitsverhältnisse dieser Verkehrsbediensteten durch Unterstellung unter die Gewerbeordnung und Einführung eines täglichen Achtstundendienstes, einer 36stündigen Ruhezeit in der Woche, einer staatlichen Gewerbeaufsicht, sowie Sicherung des freien Koalitionsrechts für das gesamte Fahrpersonal der Straßenbahnen.

5. *Die Arbeiter der Großeisenindustrie.* Schutzvorschriften durch ein Reichsgesetz wurden gefordert, das nach gutachtlicher Anhörung von Hüttenarbeitern oder deren Vertreter insbesondere vorschreibt: 1. eine Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auf 8 Stunden pro Tag; 2. für Wechselschichten die Festsetzung einer ununterbrochenen Ruhezeit von 16 Stunden; 3. Einschränkung der Ueberarbeit. Dieselbe ist in der Regel auf Arbeiten zur Fortsetzung des Betriebs oder zur Sicherung gegen Unfälle und zur Rettung von Menschenleben zu beschränken; 4. strenge Durchführung der zum Schutze der Arbeiter erlassenen gesetzlichen Bestimmungen und Unfallverhütungsvorschriften. Den mit der Beaufsichtigung der Hüttenbetriebe betrauten Gewerbeaufsichtsbeamten ist polizeiliche Strafbefugnis zu gewähren. Verbot selbständiger Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge an allen mit elementarer Kraft betriebenen Maschinen, die besondere Betriebsgefahren bieten; Verbot der besonders gesundheitsschädlichen Frauenarbeit; 5. Bestimmungen über Heizung, Beleuchtung, Ventilation, Trinkwasserversorgung, Wasch- und Ankleideräume, Speise- und Aufenthaltsräume und Bedürfnisanstalten; 6. Sicherstellung des Arbeitslohnes bei Akkordarbeiten und Beseitigung des Prämiensystems.

6. *Die Hausarbeiter.* Einführung von Lohnkommissionen mit den von der Fraktion bei Beratung des Hausarbeitsgesetzes verlangten Vorschriften soll eine Novelle zum Hausarbeitsgesetz enthalten.

7. *Die Bauarbeiter.* Einheitliche Regelung der für die Sicherheit der Bauausführungen und zum Schutze der Arbeiter notwendigen Vorschriften.

8. *Die in Theater-, Lichtspiel-, Zirkus-, Konzert-, Singspiel- und ähnlichen Unternehmungen beschäftigten Personen.* Deren rechtliche und soziale Beziehungen sollen reichsgesetzlich einheitlich geregelt werden.

Weitere Anträge verlangen die *Erlasse von Bundesratsverordnungen* auf Grund des § 120f der Gewerbeordnung zum Schutz der *in der Glasindustrie* und der *in der Chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter.*

Von den das Arbeitsverhältnis betreffenden Initiativanträgen wurden eine Reihe als **Resolutionen** zum Etat des Innern gestellt und von unseren Rednern begründet. Es sind dies: Die Forderung des *Achtstundentags* und die Anträge, die sich beziehen auf die *ländlichen Arbeiter*, auf die *Bergarbeiter*, auf die *Privatangestellten*, auf die *Straßenbahner*, auf die in der *Großeisenindustrie*, im *Baugewerbe*, in *Theater-* und ähnlichen Unternehmungen oder in der *chemischen Industrie* beschäftigten Arbeiter. Die Abstimmung über diese Resolutionen steht noch aus. *Angenommen* wurde eine von der Fraktion zum Etat gestellten Resolution, durch die der Reichskanzler ersucht wird, bei Erhebungen über den *Gesundheitszustand der Arbeiter in der chemischen Industrie* auch Vertreter von Arbeiterorganisationen der chemischen Industrie zur Mitwirkung heranzuziehen.

Die **kleinen Beamten** sind trotz aller, insbesondere bei der Reichstagswahl 1907 abgegebenen Versprechungen und trotz aller entgegenwirkenden Bemühungen der Sozialdemokraten bei der Erhöhung der Beamtenbesoldungen nahezu leer ausgegangen. Dieser mit der wachsenden Teuerung immer drückender werdenden Ungerechtigkeit tritt ein Fraktionsantrag entgegen, der an die Regierungen das Ersuchen richtet, eine *Revision des Beamtenbesoldungsgesetzes* in dem Sinne vorzubereiten, daß eine angemessene Erhöhung der durchaus unzulänglichen Bezüge der Unterbeamten eintritt, und die Unstimmigkeiten und Härten, die sich bei der *Einteilung der Ortsklassen* ergeben haben, baldigst beseitigt werden. Der letzte Teil dieses Initiativantrages wurde von uns als *Resolution* beim Etat des Reichsschatzamtes eingebracht und fand einstimmige Annahme durch den Reichstag, nachdem von unserer Seite wie bei anderen Etats, so auch hier, die verkehrte Sparsamkeitspolitik bekämpft war, die auf Kosten der Gesundheit der unteren Beamten und ihrer Familien geübt wird.

Die auf dem Gebiete des **Wohnungswesens** herrschenden Mängel, die aus ihnen folgenden, die Gesundheit der Arbeiterklasse und des Mittelstandes schwer bedrückenden Schäden nötigten die Fraktion, die Einbringung eines *Gesetzentwurfs zur Regelung des Wohnungswesens* zu verlangen, der insbesondere Normativ-Bestimmungen über die Beschaffenheit der Wohnungen und die Durchführung der Wohnungsinspektion sowie die Schaffung eines *Reichs- und Wohnungsamts* enthalten soll. Der Initiativantrag wurde als *Resolution* zum Etat des Reichsamts des Innern wiederholt und von unseren Rednern begründet. Der Reichstag überwies unsere Resolution sowie Resolutionen, die vom Zentrum, den Nationalliberalen, der polnischen Fraktion und der wirtschaftlichen Vereinigung über denselben Gegenstand eingebracht waren, einer Kommission. Trotz des auf diesem wichtigen, sozialpolitischen Gebiete völlig ablehnenden Verhaltens der Regierung, die die Landesgesetzgebung für zuständig für die Regelung auf dem Gebiete des Wohnungswesens ansprach, schlug die Kommission einstimmig dem Reichstag nachstehende drei Resolutionen zur *Annahme* vor, die auch vom Plenum *einstimmig* beschlossen wurden:

I. Der Reichstag wolle beschließen, die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag in der nächsten Tagung

Gesetzentwürfe, betreffend Regelung des Wohnungswesens

vorzulegen, die folgende Grundzüge enthalten:

1. Mindestvorschriften über Beschaffenheit und Benutzung der Wohnungen (Lage, Luftraum, Zufuhr von Licht und Luft in die Wohn-, Schlaf- und

Arbeitsräume, Zahl und Anlage der Aborte, Schlafstellenwesen usw.) unter Anpassung an die besonderen Verhältnisse in Stadt und Land. 2. Vorschriften über eine amtliche Wohnungsaufsicht durch Orts- bezw. Bezirks- und Landeswohnungsämter mit einem Reichswohnungsamt als Zentralstelle für das gesamte Wohnungswesen. 3. Errichtung von Pfandbriefanstalten im Anschluß an die Landesversicherungsanstalten zu dem Zweck, um unter Reichsgarantie nach festen Normativbestimmungen möglichst hohe Pfandbriefsdarlehen auf Hausgrundstücke mit Kleinwohnungen sowohl an Baugenossenschaften als auch an Privatpersonen zu gewähren. 4. Regelung des Wohnungsnachweiswesens. 5. Ausbau des Erbbaurechts zum ausgiebigeren Gebrauch desselben im Interesse des Kleinwohnungsbaues.

II. Der Reichstag wolle beschließen, die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Ergebnisse der Wohnungsaufsicht, des Standes des Wohnungs- und Bodenmarktes, der Wohnungsmieten und der Bautätigkeit jährlich zu veröffentlichen.

III Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß im Wege der Landesgesetzgebung der Bau von Kleinwohnungen gefördert werde

1. durch Festsetzung von Normativbestimmungen über Bodenaufteilung, Bebauungspläne und Bauordnungen behufs Verbilligung und Erleichterung des Kleinwohnungsbaues sowie zwecks weiträumiger Bebauung und Dezentralisation der Besiedelung, unter Anpassung an die besonderen Verhältnisse in Stadt und Land, 2. durch Gewährung von Steuer- und Abgabenerleichterungen an die Besitzer von Häusern mit Kleinwohnungen sowohl seitens des Staates wie der Kommunen, 3. durch Gewährung des Enteignungsrechts an die Kommunen zur Beseitigung von schweren Mißständen im Bebauungs- und Wohnungswesen.

In dem kommenden Abschnitt der Reichstagssession soll nach dem Beschluß der Kommission ein Gesetzentwurf geschaffen werden, der sich mit der Regelung der Wohnungsaufsicht durch das Reich beschäftigt. Die reichsgesetzliche Regelung des Wohnungswesens ist also im Marsch und kann, soweit überhaupt innerhalb der kapitalistischen Ordnung die Wohnungsrevision gelindert werden kann, zur Durchführung gelangen, wenn die bürgerlichen Parteien nicht schlapp werden und vor dem von der Reichsregierung sorgsam behüteten Sonderinteresse der Monopolisten am Grund und Boden kapitulieren.

Mit einem Antrag, reichsgesetzlich das gesamte **Schulwesen** des Deutschen Reichs auf der Grundlage der Einheitlichkeit, der Unentgeltlichkeit und der Weltlichkeit und nach den Richtlinien einer zeitgemäßen wissenschaftlichen Pädagogik zu regeln, betrat die Fraktion ein nicht ausdrücklich durch die Verfassung der Reichsgesetzgebung zugewiesenes Gebiet. Der Antrag gelangte zwar noch nicht zur Verhandlung, aber der Titel Reichsschulkommission im Etat des Reichsamts des Innern gab unserem Redner Gelegenheit, das Privileg des Einjährig-Freiwilligen-Instituts zu kennzeichnen und im Zusammenhange damit tiefe Mängel unseres Schulwesens zu beleuchten und unsere zu diesem Etattitel eingebrachte Resolution auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu begründen, der die Reichsschulkommission zu einem selbständigen Reichsamt für das Schul- und Bildungswesen des Deutschen Reichs ausbaut. Sie wurde von allen bürgerlichen Fraktionen bekämpft und gegen unsere Stimmen abgelehnt.

Den fortdauernden Drangsalierungen auf dem Gebiete des **Versammlungs- und Vereinsrechts** und der Beschränkung des Koalitionsrechts der ländlichen Arbeiter und des Gesindes tritt ein Antrag der Fraktion um Vorlegung eine Gesetzentwurfs entgegen, durch den im Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1908

1. Die Anmeldepflicht für politische Versammlungen (§§ 5, 6) aufgehober wird, 2. öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel von der Genehmigung der Polizeibehörde unabhängig gemacht werden (§ 7), 3. die Vorschrift über den Gebrauch der deutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen (§ 12) beseitigt wird, 4. das Recht der Polizeibehörde, Beauftragte in Versammlungen zu entsenden (§ 13), aufgehoben wird, 5. die Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts der jugendlichen Personen (§ 17), beseitigt wird, 6. die Ausübung des Versammlungsrechts über die Polizeistunde hinaus sichergestellt wird, 7. unter Aufhebung des § 24, Ziff. 3 die Einschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts der ländlichen Arbeiter und Dienstboten durch Landesrecht beseitigt werden.

Die kleine **Strafgesetzbuchnovelle**, deren Zustandekommen nach Ausscheiden der im Gesetz enthaltenen Verschlechterungen in der vorausgegangenen Session an der Haltung der Konservativen, Antisemiten und eines Teils der Nationalliberalen gescheitert war, wurde von uns als Initiativantrag unter Fortlassung der Vorschriften über Beleidigung, Erpressung und Tierquälerei in der in der zweiten Lesung in der Reichstagssession 1911 beschlossenen Form eingereicht. Nunmehr einigten sich Vertreter aller Parteien dahin, daß der Inhalt dieses Antrages, aber unter Ausscheidung der von der Sozialdemokratie im Jahre 1911 durchgesetzten Vorschrift der Straflosigkeit des Bettelns aus Not, als Initiativantrag sämtlicher Parteien eingebracht und alsbald verabschiedet werde. Auf diesen Vorschlag gingen wir ein, weil nur so zu erreichen war, daß die neuen, wenn auch nicht genügenden, so doch nicht unerheblichen Besserungen, die die Strafgesetzbuchnovelle mit sich bringt, bald Gesetz würden. Die Novelle wurde am 9. Mai vom Reichstag in dritter Lesung verabschiedet, am 21. Juni im Reichsgesetzblatt als Gesetz publiziert und ist mit dem 5. Juli 1912 in Wirksamkeit getreten.

Die wesentlichsten Aenderungen, die das Gesetz gegenüber dem früheren Rechtszustand schafft, sind folgende: 1. Nach dem Strafgesetzbuch muß der Hausfriedensbruch, wenn er von einer mit Waffen versehenen Person oder von mehreren Personen gemeinschaftlich begangen ist, von Amts wegen verfolgt werden und ist mit Gefängnis von mindestens einer Woche bis zu einem Jahre bedroht. Nunmehr ist die Verfolgung aller Arten von Hausfriedensbruch von einem Antrag abhängig gemacht, dessen Zurücknahme zulässig ist. Das Minimum der Freiheitsstrafe ist auf einen Tag herabgesetzt und statt der Freiheitsstrafe Geldstrafe von 3 Mark bis zu 1000 Mark zugelassen. Es sollen aber künftighin auch abgeschlossene, zum öffentlichen Verkehr bestimmte Räume, wie Personenabteile in Eisenbahnzügen, Straßenbahnwagen, Omnibusse, den strafrechtlichen Schutz gegen die Verletzung des Hausfriedens genießen; 2. Die Vorschriften für Arrestbruch, Siegelbruch, Vereitelung der Zwangsvollstreckung, Nötigung einer Behörde oder eines Beamten zur Vornahme oder Unterlassung einer Amtshandlung, Freiheitsberaubung, Uebertretung von Maßregeln zur Verhütung der Einführung einer Krankheit, Entziehung Minderjähriger den Eltern oder anderen Erziehungsberechtigten gegenüber kannten bis jetzt nur Gefängnisstrafe. Sie sind dahin geändert, daß auch Geldstrafe statt Gefängnisstrafe zugelassen ist. 3. Aus Not begangene Delikte. Der Ungeheuerlichkeit, daß Dieb-

stähle und Unterschlagungen von geringfügigen Gegenständen, auch wenn sie aus Not begangen sind, mit drakonischen Strafen belegt werden mußten, tritt die Novelle etwas entgegen. Nach dem Strafgesetzbuch muß, wer zum drittenmal gestohlen hat, mit mindestens drei Monaten Gefängnis, und wenn ihm mildernde Umstände versagt werden, mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft werden, auch wenn es sich nur um ganz geringwertige Gegenstände handelt und bitterste Not zur Tat gedrängt hat. Eine mildere Bestimmung — Haft bis zu sechs Wochen oder Geldstrafe bis zu 150 Mk. — tritt nach § 370 Ziffer 5 des Strafgesetzbuches ein, aber nur, wenn es sich um Nahrungs- oder Genußmittel handelt, die in geringen Mengen zum alsbaldigen Verbrauch entwendet worden sind. In solchem Falle tritt eine Verfolgung außerdem nur auf Antrag ein. Die Novelle enthält nach mehreren Richtungen hin Milderungen. Es soll, auch wenn es sich um einen Rückfall handelt, die Entwendung und Unterschlagung geringwertiger Gegenstände, wenn sie aus Not erfolgt ist, mit Geldstrafe bis zu 300 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft werden. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein, die Zurücknahme des Antrages ist zulässig. Die gleiche Strafmilderung und Abhängigmachung der Strafverfolgung von einem zurücknehmbaren Antrag billigt ein neuer § 264a des Strafgesetzbuches dem zu, der aus Not sich oder einem Dritten geringwertige Gegenstände zum Schaden eines anderen durch Täuschung verschafft. Die Novelle hat ferner die Geltung des § 370 Ziffer 5 auf die Entwendung von Gegenständen des hauswirtschaftlichen Verbrauches überhaupt ausgedehnt und auch die Unterschlagung solcher Gegenstände ebenso wie die von Nahrungs- und Genußmitteln in diesen Paragraphen eingefügt. Mußte bislang, wer auch nur ein wenig Holz, Kohlen oder sonstiges Brennmaterial entwendete oder unterschlug, um sich oder seine Angehörigen vor Kälte zu schützen, nach dem bestehenden Gesetz mit Gefängnis, und, wenn es sich um sogenannten Rückfall handelt, mit Zuchthaus oder mindestens drei Monaten Gefängnis bestraft werden, so ist jetzt die Verfolgung aller dieser Delikte von einem zurücknehmbaren Antrag abhängig und als Strafe nur Haft oder Geldstrafe bis zu 150 Mk. zulässig. 4. Die öffentliche Kritik, die sich an die himmelschreienden, von sozialdemokratischer Seite aufgedeckten Brutalitäten in Erziehungsanstalten — wie Blohmesche Wildnis (Prozeß Collander) und Mieltschin (Pastor Breithaupt) — und an andere brutale Mißhandlung Wehrloser anschloß, hat zu einer Strafverschärfung für Mißhandlungen von Kindern unter 18 Jahren oder von Personen, die wegen Gebrechlichkeit oder Krankheit wehrlos sind, geführt. Das neue Gesetz schreibt als Strafminimum für Körperverletzungen „gegen eine noch nicht 18 Jahre alte oder wegen Gebrechlichkeit oder Krankheit wehrlose Person, die der Fürsorge oder der Obhut des Täters untersteht oder seinem Hausstande angehört oder die der Fürsorgepflichtige der Gewalt des Täters überlassen hat", zwei Monate Gefängnis vor. Die Verfolgung solcher Körperverletzungen geschieht von Amts wegen, so daß künftighin grausame oder boshafte Mißhandlung zum Beispiel von Lehrlingen oder Gesinde unter 18 Jahren ohne Antrag verfolgt werden muß.

Aufhebung der Steuer und Verbrauchsabgaben auf Streichhölzer, Petroleum und Salz durch Einführung einer Reichseinkommensteuer auf Einkommen von über 6000 Mk. und einer Steuer auf Nachlasse von über 20 000 Mk. verlangt ein weiterer Initiativantrag.

Die außerordentliche Fleischteuerung veranlaßte die Fraktion abermals, die Regierung zu ersuchen, dem Reichstag mit größter Beschleunigung

eine Novelle zum Gesetze, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, vom 3. Juni 1900 vorzulegen, durch welche die Einfuhr von ausländischem Gefrierfleisch, Büchsenfleisch und Wurst ermöglicht wird. Dieser Antrag wurde als Resolution zum Etat eingebracht und am [illegible] März nach Begründung durch unseren Redner angenommen.

Endlich betraf ein Initiativantrag der Fraktion die

Geschäftsordnung.

Eine Reihe von Vorschriften der Geschäftsordnung des Reichstags sind durch die Praxis außer Anwendung gesetzt. Andere, die bei der Durchpeitschung des Zolltarifes im Jahre 1902 Aufnahme gefunden haben, beeinträchtigen in schwerer Weise das Recht der Minderheit. Außerdem hat der Reichstag in den Vorschriften über Interpellation sein Recht außerordentlich eingeengt. Die im Anschluß an die Novemberdebatte des Jahres 1908 unternommenen Versuche, das Interpellationsrecht auszubauen, blieben erfolglos; sie kamen über eine Beratung in der Kommission nicht hinaus. Zu Beginn der jetzigen Session stellte die Fraktion den Antrag, zur Prüfung der Geschäftsordnung eine besondere Kommission mit dem Auftrag einzusetzen, dem Hause geeignete Abänderungsvorschläge zu machen. Dieser Antrag gelangte gemeinsam mit einem auf Revision der Geschäftsordnung abzielenden Antrag der Zentrumsfraktion und einem Antrag der fortschrittlichen Volkspartei zur Beratung, der eine Aenderung der Vorschriften über Interpellation verlangte. Sämtliche Anträge wurden der verstärkten Geschäftsordnungskommission überwiesen. Diese beschloß, damit nicht die Reformarbeit abermals unerledigt in der Kommission stecken bleibe, alsbald nach Durchberatung eines wichtigen Teils der Revisionsarbeit diesen dem Plenum zu unterbreiten. Das geschah mit dem Abschnitt über Regelung des Interpellationsrechtes, den die Kommission zuerst in Angriff nahm. Nach ihren Vorschlägen sollte die Besprechung von Interpellationen erleichtert, die Möglichkeit der Stellung von Anträgen im Anschluß an die Besprechung geschaffen und das Institut der kurzen Anfragen eingeführt werden. Nach der Geschäftsordnung war eine Besprechung einer Interpellation bislang unmöglich, wenn der Reichskanzler eine bestimmte Erklärung, ob er die Interpellation beantworten wolle, nicht abgab oder sich zur Beantwortung der Interpellation bereit erklärte, aber den Tag der Beantwortung sich vorbehielt. Die Kommission schlug vor, es solle auch dann eine Besprechung stattfinden können, wenn der Reichskanzler eine bestimmte Erklärung, ob er die Interpellation beantworten wolle, nicht abgebe, oder wenn der Reichskanzler keine bestimmte Erklärung über den Zeitpunkt seiner Antwort abgebe oder wenn er einen weiter als 2 Wochen nach dem Tage der Einbringung der Interpellation liegenden Tag zur Beantwortung bestimme. Nach der Geschäftsordnung war bisher die Stellung eines an die Besprechung der Interpellation geknüpften Antrages unzulässig. Die Kommission schlug vor, auf einen durch mindestens 30 anwesende Mitglieder unterstützten Antrag hin bei der Besprechung einer Interpellation Anträge zuzulassen, welche die Feststellung verlangen, daß die Behandlung der den Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit durch den Reichskanzler der Anschauung des Reichstags entspricht oder nicht entspricht. Ferner schlug die Kommission vor, die Einrichtung kurzer Anfragen zuzulassen. Danach soll an zwei Tagen in jeder Woche die erste Stunde der Sitzung zu Anfragen verwendet werden können. Das Recht zur Fragenstellung soll jedem Mitglied des Reichstags zustehen, die Fragen müssen schriftlich eingereicht werden und werden dann unverzüglich dem Reichskanzler mitgeteilt. Der Fragesteller hat

die Wahl, ob er sich mit einer schriftlichen Antwort begnügen oder ob er eine mündliche Aeußerung verlangen will. Erklärt er sich mit einer schriftlichen Antwort zufrieden, so wird diese allen Mitgliedern des Reichstags zugestellt. Zur Ergänzung oder Berichtigung der Anfragen kann der Fragesteller das Wort verlangen. Eine Besprechung der Antwort des Reichskanzlers und Anträge zur Sache sind unzulässig.

Die Konservativen behaupteten, in dieser harmlosen Revision der Geschäftsordnung liege eine Erweiterung der Rechte des Reichstags auf Kosten der Autorität der Regierung. Insbesondere verlangten sie eine Beschränkung dahin, daß die Interpellationen und die Anfragen kein schwebendes Gerichts-, Verwaltungs- oder Disziplinarverfahren betreffen dürften. Die Regierung kam den Wünschen der Konservativen weit entgegen. Es wurde bei Beratung der Anträge im Plenum für die Verbündeten Regierungen eine Erklärung abgegeben, in der ausgesprochen wurde, durch eine Abänderung der Geschäftsordnung könne eine Erweiterung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichstags oder eine Beschränkung der verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers, der verbündeten Regierungen oder des Reichskanzlers nicht herbeigeführt werden; der Reichskanzler wolle die kurzen Anfragen unter Wahrung des Rechts der Ablehnung im Einzelfalle nach Möglichkeit beantworten, sofern ihr Gegenstand zur verfassungsmäßigen Kompetenz des Reichs gehöre und nicht ein schwebendes Gerichts-, Verwaltungs- oder Disziplinarverfahren betreffe. Der Reichstag nahm mit großer Mehrheit die von der Kommission vorgeschlagenen Abänderungen der Geschäftsordnung an. Von unserer Seite war beantragt, nicht nur dem Fragesteller, sondern jedem Mitglied des Reichstags das Wort zur Ergänzung oder Berichtigung auf Verlangen zu geben, ferner an die Besprechung der Interpellation Anträge zuzulassen, die erklären, daß die Behandlung der den Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit durch den Reichskanzler gebilligt oder nicht gebilligt werde. Diese Abänderungsvorschläge fanden nicht die Mehrheit des Reichstags.

Im Zusammenhang mit den eine Abänderung der Geschäftsordnung betreffenden Anträgen wurde eine Frage behandelt, die den *Begriff einer Fraktion und die Zusammensetzung des* **Seniorenkonvents** angeht. Ohne ausdrückliche Vorschrift der Geschäftsordnung und ohne einen Beschluß des Reichstags wurde herkömmlich als Fraktion jede Gruppe von Abgeordneten betrachtet, die unter Hinzurechnung von Hospitanten mindestens 15 Mitglieder zählt und aus Vertretern der Fraktionen des Seniorenkonvents gebildet. Der Mitgliederbestand der Reichspartei im Reichstag war durch die Reichstagswahl von 25 auf 13 (12 Mitglieder und 1 Hospitant) zusammengeschmolzen. Da die Reichspartei danach keine Vertretung im Seniorenkonvent hatte, beantragte sie, ihr unter Zuzählung einiger einer anderen Parteirichtung angehöriger Abgeordneter eine Vertretung im Seniorenkonvent zuzugestehen. Das wurde abgelehnt und die Frage, welche Gruppe als Fraktion anzuerkennen sei, der verstärkten Geschäftsordnungskommission überwiesen. Diese schlug vor, den Grundsatz auszusprechen, daß als Fraktion nur eine Mitgliedervereinigung von mindestens 15 Mitgliedern (Vollmitglieder und Hospitanten) anzuerkennen ist. Ein von uns gestellter *Zusatzantrag* als Fraktion auch eine Mitgliedervereinigung gelten zu lassen, deren Partei bei der letzten allgemeinen Wahl mindestens 15mal soviel gültige Stimmen erhalten hat, wie der 397. Teil aller bei der Wahl abgegebenen gültigen Stimmen beträgt, wurde ebenso wie ein von den Mitgliedern der Reichspartei und von den keiner Partei zugehörigen Abgeordneten gestellter Antrag abgelehnt, der wollte, daß auch der Parteirichtung der Fraktion nicht zugehörige Mitglieder sich zwecks Berücksichtigung im Seniorenkonvent einer

Gruppe unter 15 Mitgliedern sollten zuzählen lassen können. Der Antrag der Kommission gelangte zur Annahme. Vom Berichterstatter wie von unseren Rednern wurde ausdrücklich betont, daß die erfolgte Regelung über die Zusammensetzung des Seniorenkonvents der Regelung darüber nicht vorgreife, wie die *Kommissionen* zusammengesetzt werden sollen.

Kurze Anfragen.

Auf Grund der neuen Vorschriften der Geschäftsordnung wurden unter Zustimmung der Fraktion von 3 Fraktionskollegen Anfragen an den Reichskanzler gerichtet. Die erste, von Dr. Frank gestellt, ging dahin: ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob Holland seine Zustimmung zu der *Erhebung von Schiffahrtsabgaben* auf dem Rhein erklärt hat? Die Antwort lautete: der Reichskanzler ist zu seinem Bedauern nicht in der Lage, über den Stand der Angelegenheit zurzeit eine Auskunft zu erteilen. Fischer-Berlin fragte an, ist der Herr Reichskanzler bereit, darüber Auskunft zu geben, ob bei der demnächst zusammentretenden *internationalen Schiffahrtskonferenz* auch Vertreter der Schiffsleute zu den Verhandlungen zugezogen werden? Die Antwort ging dahin, daß zu den diplomatischen Verhandlungen Vertreter der Schiffsleute zugezogen werden, erscheine unwahrscheinlich. Die von Deutschland der internationalen Konferenz zu unterbreitenden Vorschläge würden vorher dem Vorstande der Seeberufsgenossenschaft zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Vorstand der Seeberufsgenossenschaft werde die Vertreter der Versicherten, deren Zuziehung zur Beratung und Beschlußfassung über die zu erlassenden Unfallverhütungsvorschriften gesetzlich angeordnet ist, bei der Begutachtung der Vorschläge der Regierungen zuziehen. Als der Fragesteller seine Frage dahin *ergänzte*: ist der Reichskanzler bereit, wenn andere Staaten Seeleute in diese Konferenz schicken auch seinerseits Seeleute hinzuzuziehen? erfolgte die lakonische Antwort: „Ich habe meiner vorherigen Erklärung nichts hinzuzufügen.“ Eine von Dr. Quarck gestellte Anfrage um Auskunft darüber, ob nach dem Vorgange von Frankreich nunmehr auch der *Abschluß einer Literaturkonvention* zwischen Deutschland und Rußland auf Grund des russischen Urheberrechtsgesetzes zu erwarten steht, wurde dahin beantwortet, daß über den Abschluß einer solchen Literaturkonvention Verhandlungen im Gange seien.

* * *

Heeres- und Flottenvorlage.

Durch Gesetz vom 27. März 1911 war die Friedenspräsenzstärke um 11 000 Mann vermehrt und dem Volke eine Mehrausgabe von 140 Millionen Mark für das nächste Jahrfünft aufgebürdet worden. Die am Schluß der vorangegangenen Session von unserer Seite aufgestellte Behauptung trat ein: abermals wurde eine neue Wehrvorlage vorgelegt. Der Imperialismus, Militarismus und Marinismus ist unersättlich: „die Entwicklung steht nicht still.“ Am 15. April 1912 wurde vom Reichstag für die Jahre 1912 bis 1917 die Bewilligung von neuen ungeheuren Rüstungen verlangt, die einen *Kostenaufwand von 650½ Millionen Mark* erfordern. In dieser Summe sind rund 15 Millionen Mark jährlich für eine Löhnungsaufbesserung der Mannschaften enthalten; vom 1. April 1913 ab sollte die Löhnung von 22 Pf. auf 30 Pf. erhöht und so wenigstens teilweise dem von unserer Fraktion seit Jahren gestelltem Antrag entsprochen werden.

Nach der Heeresvorlage soll das *Landheer* von 23 Armeekorps auf 25 Armeekorps gebracht, die Friedenspräsenzstärke von 515 321 auf 544 211 Mann

gebracht werden, also — ungerechnet die Vermehrung an Unteroffizieren und Offizieren — eine Erhöhung der Mannschaftszahl um 28 890 Mann eintreten.

Die Flotte soll durch Bildung eines dritten aktiven Geschwaders um 3 Linienschiffe und 2 kleine Kreuzer vergrößert werden. Ferner soll eine Vermehrung der Unterseeboote und der Luftschiffe erfolgen. Der hierdurch erforderliche Mehrbedarf an Personal beläuft sich auf 15 277 Personen; 11 153 Gemeine, 2850 Maate, 16 Wachtmeister und Feldwebel, 291 Deckoffiziere, 175 Mann Sanitätsunterpersonal, 67 Zahlmeister und 119 dem Zahlmeister-Unterpersonal Angehörigen.

Von den 650½ Millionen Mark wurden für das Jahr 1912 94½ Millionen Mark angefordert.

Zur Deckung der Kosten schlug die Vorlage keine Reichsvermögens-, keine Reichseinkommen-, keine Reichserbschaftssteuer vor. Der Grundsatz, den der Staatssekretär Wermuth bei Einbringung des Etats nochmals als notwendig für eine gesunde Finanzgebarung proklamiert hatte: „Ohne neue Einnahmen keine neue Ausgaben", wurde verlassen. Den Wohlhabenden sollten keine Lasten aus den neuen Rüstungen erwachsen, diese vielmehr allein von der Arbeiterklasse und den minderbemittelten Schichten der Bevölkerung getragen werden. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend wurde vorgeschlagen, zur Deckung die Mehreinnahmen heranzuziehen, die im Rechnungsjahr 1912 über den Etatsentwurf hinaus aus den die Lebensbedürfnisse schwer bedrückenden Lasten zu erwarten sind, ferner im Etat an Ausgaben außerhalb des Militär- und Marineetats Ersparnisse zu machen. Außerdem sollte durch scheinbare Aufhebung der Branntweinliebesgabe unter gleichzeitiger noch größerer Verteuerung des Branntweins dem Reich eine Summe zufließen. Sie wurde auf 36 Millionen jährlich, für das Etatsjahr 1912 auf 14½ Millionen veranschlagt. Für das Rechnungsjahr 1912 wurde nach Maßgabe dieser Grundsätze folgendes Bild für die Deckung entworfen:

Kosten der Wehrvorlagen		94,5 Millionen Mk.
Diese sollen bestritten werden:		
a) durch Mehreinnahmen aus Zöllen, Steuern und Gebühren in Höhe von . . .	45 Millionen Mk.	
b) durch Mehreinnahmen aus Post (einschl. Ausgleichsbeträge) und Eisenbahnen in Höhe von.	14,7 „ „	
c) durch Ersparnisse bei Verzinsung der Reichsschuld in Höhe von	10 „ „	
d) durch Einnahmen infolge Beseitigung des Branntweinkontingents in Höhe von .	14,5 „ „	
e) durch Ermäßigung der Kosten für den Nord-Ostsee-Kanal	10 „ „	
f) durch Absetzung von der über den gesetzlichen Mindestbetrag hinaus angesetzten Schuldentilgung	0,3 „ „	
zusammen		94,5 Millionen Mk.

In ähnlicher Weise wurden unter der willkürlichen Annahme, daß ähnliche Ueberschüsse wie in den Jahren 1911 und 1912 alljährlich wiederkehren, Bilder über die Deckungsberechnung für die Jahre bis 1917 in der Begründung der Vorlage ausgemalt.

Diese Art der „Deckung" unter Fortführung der Defizitwirtschaft des Reiches, Verlassen des Grundsatzes „ohne neue Deckung keine neuen Ausgaben" und unter Beiseiteschiebung einer Erbschaftssteuer, um die Abgeordneten des schwarz-blauen Blocks nicht zu „brüskieren", wurde am 14. März im Bundesrat beschlossen. Am folgenden Tage reichte der Staatssekretär des Reichsschatzamts Wermuth sein Entlassungsgesuch ein. Der bisherige Staatssekretär im Reichsschatzamt Kühne wurde zu seinem Nachfolger ernannt.

Die Heeres- und Marinevorlagen sowie die auf die Deckung bezüglichen Vorschläge wurden trotz unseres Protestes im Eilschritt durchberaten. Schon bei der ersten Lesung, die am 22. bis 26. April stattfand, zeigte sich, daß alle bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Polen, geneigt waren, die militärischen Vorlagen voll zu bewilligen.

Unsere Vertreter bekämpften mit aller Entschiedenheit die Vorlagen. Sie führten aus: Was hat das Quinquennat für einen Sinn, wenn schon ein Jahr nach Bewilligung desselben eine neue Militärvorlage kommt, die alle ihre Vorgänger seit 1887 in den Schatten stellt? Eine Veranlassung zu solcher Vorlage liegt keineswegs vor. Habe doch der Reichskanzler erklärt, zur Beunruhigung der politischen Lage liege kein Grund vor. Die Motive führen als Grund nur zwei Behauptungen an: „Das Gesetz vom 27. März muß schneller durchgeführt werden als es noch vor einem Jahre notwendig war", und die „militärische Lage fordert noch darüber hinaus eine Steigerung der Kriegsbereitschaft". Jeder Versuch, diese Behauptungen auch nur zu begründen, fehlte. In der Tat ist der Imperialismus der treibende Faktor für die ungeheuren Forderungen. Zu den fortschreitenden Rüstungssteigerungen, die bis zum Wahnwitz fortgetrieben werden, führt die Weltmachtspolitik auch des Deutschen Reiches. Selbstverständlich denkt kein Sozialdemokrat daran, das Reich wehrlos zu machen, aber wir sind entschlossen, mit aller Kraft, die uns zu Gebote steht, den Eroberungsgelüsten entgegenzutreten, die sich innerhalb unseres Volkes bemerkbar machen. Dagegen halten wir es für selbstverständlich, unser Land, unsere Kultur zu verteidigen und zu schützen gegen etwaige räuberische Ueberfälle, die wir allerdings nicht erwarten. Der Vorwurf der Vaterlandslosigkeit gegen die Sozialdemokratie ist albern. In Wahrheit liegt es so: es gibt zweierlei Patrioten, diejenigen, die wie die Sozialdemokratie sich Verdienste um das Volk erwirbt, und die anderen, die aus dem Vaterland sich Verdienste machen, wie die Kriegshetzer. Diesen, die die Interessen des Kapitalismus vertreten und die den Militarismus brauchen, um die Völker außerhalb und innerhalb des Landes zu vergewaltigen, steht die Sozialdemokratie gegenüber, die die Interessen des Proletariats vertritt, einen friedlichen Wettbewerb der Völker anstrebt und das Vaterland für das Volk, nicht für den Kapitalismus erobern will. Zur Verteidigung des Landes und der Kultur ist eine demokratisch organisierte Volkswehr am geeignetsten. Ein solches Volksheer läßt sich allerdings nicht zur Durchführung von Eroberungsplänen brauchen, wie das Berufsheer, das ja im wesentlichen eine Organisation zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Klassen darstellt. Von einem Volksheer wollen die mächtigen Nutznießer der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung nichts wissen, die das Heer am liebsten gegen den inneren Feind verwenden wollen. Das haben ja wieder die Vorgänge in Mansfeld und in Rheinland-Westfalen aus Anlaß des Streiks bewiesen. Diesem System keinen Mann und keinen

Groschen. Kann die Miliz nicht sofort durchgeführt werden, so verlangen wir innerhalb der bestehenden Heeresverfassung Erleichterungen für den Soldaten: Herabsetzung der Dienstzeit für die Kavallerie und reitende Artillerie, Verkürzung der Dienstzeit für die Infanterie und Fußartillerie auf ein Jahr, Beseitigung des Vorrechts der Einjährig-Freiwilligen. Auch darf die längst notwendige Erhöhung der Mannschaftslöhne nicht erst am 1. April 1913 eintreten.

Den ungeheuren Forderungen auch für die Flotte stehen wir ablehnend gegenüber. Der Imperialismus und die fortgesetzten Rüstungen steigern die Gefahr des Weltbrandes. Die Vorlage werde sicherlich wieder das Signal zu weiteren Rüstungen geben. Eine Einschränkung der Rüstungen durch Vereinbarungen ist möglich und durchführbar. Deutschland sollte den ersten Schritt hierzu tun. Die Rüstungen sind eine Bürde für die nationale Tatkraft, sie beschränken den Staat in seiner Tätigkeit für dringende soziale Bedürfnisse. Der „bewaffnete Friede" ist ein Friede der Barbarei, der die furchtbarsten Gefahren in sich birgt. Die große Menge des Volkes will den Frieden. Die Kreise, die mit zum Himmel schreiender Gewissenlosigkeit immer wieder zum Krieg hetzen, bilden eine kleine Minderheit des Volkes. Es sind das die Scharfmacher, die Interessenten der Schwerindustrie, die Panzerplattenfabrikanten, die Lieferanten von anderem Kriegsmaterial und Heeresbedürfnissen, sowie eine einflußreiche Gruppe von Junkern, die von Ruhmsucht geleitet sind und für ihre Söhne Versorgungen haben wollen. Bringen doch die Vorlagen der Regierung allein für das Jahr 1912 eine Vermehrung der Offiziersstellen in der Landarmee um 25 Generale, 11 Regimentskommandeure, 262 Stabsoffiziere, 422 Hauptleute und 522 Leutenants, im ganzen also 1272 neue Stellen. Das Aufkommen solcher Vorlagen hängt mit der Sucht zusammen, Kapital und Waren hinauszutragen, Kapital in fremden Unternehmungen anzulegen, Anleihen in fremden Staaten zu machen. In Zusammenhang damit steht das Streben, fremde Gebiete zu erwerben, um sie möglichst ohne Konkurrenz und mit billigen Arbeitskräften ausbeuten zu können. Die Einschränkung des Wettrüstens ist erforderlich, weil das Volk in der Rüstung erdrückt wird und weil die Wirkung eines Weltkrieges dadurch in gefahrdrohende Nähe gebracht wird.

Die Kosten dieser ungeheuren Vermehrung der Militärmacht sollen abermals die minderbemittelten Klassen tragen. Die ungeheure Teuerung, unter der die weitesten Kreise der Bevölkerung schwer gelitten haben, haben die Reichskasse bereichert. Die aus diesem Elend gewonnenen Ueberschüsse sollen in erster Reihe zur Deckung benutzt werden. Wer steht dafür, daß solche Ueberschüsse bleiben? Führt doch die Wirtschaftsordnung periodisch Krisen mit sich. Die Ueberschüsse sollten zur Herabsetzung der Schulden, zur Entlastung des Volkes und zur Erfüllung dringendster, zurückgestellter sozialer Aufgaben benutzt werden. Man sollte Ueberschüsse zur Aufhebung der Salz- und Zündholzsteuer, zur Herabsetzung der Zuckersteuer, zur Aufbesserung der Mannschaftslöhne, zur Erfüllung der Ehrenschuld an die Veteranen, zur Herabsetzung der Altersgrenze für die Invaliden der Arbeit, zur Entschädigung der durch die Gesetzgebung brotlos gewordenen Tabakarbeiter und Zündholzarbeiter verwendet werden. Das Rechnen mit Ueberschüssen aus künftigen Jahren wirkt auch dem Streben nach Aufhebung oder Herabsetzung der die notwendigsten Lebensmittel verteuernden Zölle entgegen. Diese Art mit Ueberschüssen zu rechnen, ist keine Deckung, sondern eine Schiebung mit Zahlen.

Die Aufhebung der Liebesgabe ist nur eine scheinbare. Wenn die besitzenden Klassen die Deckung für die neuen Vorlagen schaffen müßten, wenn es heißen würde, „die Kapitalisten und Großgrundbesitzer vor die Front", dann würde die Bewilligungslust den bürgerlichen Parteien bald vergehen.

Zu einer wirklichen Aufhebung der Liebesgabe wäre auch die Beseitigung des Vergällungszwanges und des Durchschnittsbrandes sowie der hohen Zölle auf Spiritus erforderlich; dadurch würde das Privatmonopol der Spirituszentrale fallen. Sonst wird der Preis des Branntweins erhöht und abermals auf die Konsumenten abgewälzt werden. Das Branntweinsteuergesetz ist ein komplizierter Bau, durch den die Interessen ganz bestimmter Cliquen der Großbrennereibetriebe wahrgenommen werden. Das Branntweinsteuergesetz schafft eine Produktionsbindung, die Erzeugung von Spiritus wird künstlich eingeschränkt und so verhindert, daß durch den freien Wettbewerb der Preis herabgedrückt werden kann. Dieser Zweck wird durch die Kontingentierung, durch die Brennsteuer und durch die Betriebsauflage erreicht. Das Gesetz ist auf die Interessen der Spirituszentrale zugeschnitten. Durch ihr Wirken ist der Spirituspreis erheblich gestiegen. Die Liebesgabe ist für die Brenner jetzt überflüssig, ja schädlich geworden. Eine Umwandlung in der Behandlung des Bodens und seines Verhältnisses zum Kartoffelbau ist eingetreten. Während früher die schweren Böden mehr Kartoffeln brachten, sind jetzt infolge der Gründüngung und der künstlichen Düngung die leichten Böden weit ertragreicher als früher; die Produktionsbindung ist zum Schaden für den Osten geworden. Deshalb und weil die Spirituszentrale den Großbrennern noch mehr Geld verschaffen kann, sind sie bereit, die Liebesgabe, die dem Osten schädlich werden kann, zu beseitigen. Der Bundesrat steht ja zur Verfügung des Ringes. Die Liebesgabe ist durch die Vorlage nicht beseitigt, sondern hat nur eine andere Gestalt bekommen. Der Durchschnittsbrand ist an die Stelle der Kontingentierung getreten und wirkt in weit schlimmerem Maße. Jetzt wird, was über den Durchschnittsverbrauch hinaus erzeugt wird, mit 27 Mk. belegt, die auf die Taschen des Branntweintrinkers fallen. Wenn der Verbrauch zurückgeht, dann setzt der Bundesrat die Grenze für den Durchschnittsbrand herab, damit wieder Ueberbrand erzeugt und die ganze Steuer auf den Verbraucher abgewälzt werden kann. Der Bundesrat ist zum Oberaufsichtsrat des tatsächlichen Privatmonopols geworden, dessen Interesse er zugunsten einer kleinen Gruppe wohlhabender und reicher Interessenten fördert. Will man die Liebesgabe abschaffen, so muß die Spiritussteuer von 125 auf 105 Mk. herabgesetzt werden, nicht, wie die Vorlage will, der Steuersatz von 125 Mk. für allen Spiritus festgelegt werden. Es muß ferner die Betriebsauflage, der Durchschnittsbrand mit der Strafsteuer des Ueberbrandes und der Vergällungszwang beseitigt werden, ebenso die Bestimmung, daß der Kleinhandel gewerblichen Spiritus nur in Gefäßen von bestimmtem Rauminhalt abgeben darf. Der Entwurf enthält ferner in § 13 die Vorschrift, daß die norddeutschen Brennereien nach wie vor ihr ehemaliges Kontingent vergällungsfrei behalten dürfen. Dadurch werden die gewerblichen Brennereien, die nach 1887 entstanden sind und kein Kontingent haben, gezwungen, ihre ganze Produktion zu vergällen. Die freie Konkurrenz ist durch einen kolossal hohen Schutzzoll von 220 Mk. pro Hektoliter auf ausländischen Spiritus ausgeschaltet. Diese Vorschriften müssen aus dem Gesetz heraus, wenn man wirklich die Liebesgabe beseitigen und die Macht der Zentrale, die Preise zu diktieren, brechen will.

* * *

Annahme der Heeres- und Flottenforderungen.

Die kompakte zur Bewilligung der angeforderten, ja noch darüber hinausgehender Rüstungen bereite Mehrheit der bürgerlichen Parteien in der Kommission umzustimmen, war unseren Vertretern unmöglich. Es fand nur ihr Antrag, die Erhöhung der Mannschaftslöhnungen vom 1. Oktober 1912 ab (statt erst am 1. April 1913) eintreten zu lassen, die Zustimmung in der Kommission und dann im Plenum. Unser Verlangen, die Dienstzeit der Kavallerie und reitenden Artillerie vom 1. Oktober 1915 ab auf zwei Jahre, die aller übrigen Mannschaften auf ein Jahr herabzusetzen, fand nur in seinem ersten Teil eine Unterstützung: die freisinnige Volkspartei, die Polen und die Elsässer stimmten dafür, für den zweiten Teil stimmten nur unsere Genossen. Dasselbe Schicksal hatte der Antrag in der Beratung im Plenum. Die bürgerliche Mehrheit ließ bei der zweiten Beratung der Heeresvorlage im Plenum nur ein Mitglied unserer Fraktion zum Wort kommen, der die Gründe gegen die Vorlage zusammenfaßte, gaben selbst nur kurze, zustimmende Erklärungen ab und führten gegen unsern lebhaften Widerspruch Schluß der Debatte herbei. In noch schnellerem Eiltempo vollzog sich die zweite Beratung der Flottenvorlage. Zwei Fraktionsgenossen bekämpften energisch die zu neuen Rüstungen im Ausland treibende, der Ausbreitung der Kultur im Inlande entgegenstehende und keinen berechtigten Interessen Deutschlands dienende Vorlage. Kein einziger Vertreter der bürgerlichen Parteien nahm das Wort. Sie beschränkten sich auf die Zustimmung zur Vorlage.

Bei der dritten Lesung über beide Vorlagen verzichteten wiederum die bürgerlichen Parteien auf das Wort. Wir konnten nur unser Bedauern darüber aussprechen, daß wir noch nicht stark genug sind, um solche volksfeindlichen Vorlagen zu Fall zu bringen, und daß wir für desto notwendiger die Agitation in den breiten Massen des Volkes gegen das wahnwitzige Wettrüsten halten. Die Heeresvorlage wurde gegen unsere und die Stimmen der Polen, der Dänen und der Elsässer angenommen. Gegen die Flottenvorlage stimmten auch die Welfen.

* * *

Gestaltung der Deckungsfrage.

Bei der Gestaltung des Entwurfs eines Gesetzes betr. Beseitigung des Branntweinkontingents ging unser Bestreben dahin, an Stelle der unter dem täuschenden Motto einer „Aufhebung der Liebesgabe" erstrebten erhöhten Belastung des Konsums zugunsten der Großbrenner eine wirkliche Aufhebung der Liebesgabe durchzuführen. Demgemäß stellten wir Anträge auf Herabsetzung der Spiritussteuer von 125 auf 105 Mk., Beseitigung der Betriebsauflage, des Durchschnittsbrandes, des Vergällungszwanges, der Beschränkung des Kleinhandels auf Gefäße von bestimmtem Raumgehalt und auf Herabsetzung des Schutzzolls auf ausländischen Spiritus. Gegenüber dem Einwand der Regierung und bürgerlichen Abgeordneten in der Kommission, daß bei einer so gestalteten wirklichen Beseitigung der Liebesgabe ja die in Höhe von 36 Millionen jährlich erhoffte Einnahme des Reichs ausbleiben würde, gaben unsere Vertreter mit Ermächtigung der Fraktion folgende Erklärung ab: „Wir Sozialdemokraten bewilligen für den Militarismus, so auch für die jetzigen Heeres- und Flottenvorlagen, deren Annahme wir leider nicht verhindern können, keinen Mann und keinen Groschen. Wenn wir aber, wie in der gegenwärtigen Situation, erreichen können, daß eine indirekte Steuer durch eine direkte Steuer ersetzt werden kann, sind wir bereit, für eine solche direkte Steuer, z. B. die Erbschaftssteuer, zu stimmen."

Unsere Anträge wurden nur von der Freisinnigen Volkspartei unterstützt. Der auf Herabsetzung der Spiritussteuer von 125 auf 105 Mk. gerichtete Antrag wurde im Plenum mit 210 gegen 141 Stimmen abgelehnt. Von den Nationalliberalen stimmten für diesen Antrag nur die Abgeordneten Kölsch und Thoma. Durchzusetzen vermochten wir im Plenum gegen die vielen Verschlechterungen, die der Entwurf in der Fassung des Regierungsvorschlags und der Kommissionsfassung bringt, nur die Beseitigung von zwei Vorschriften. Die eine betraf das Bleiweiß. Hier erreichten wir, daß die Prämie, die für Fabrikation des verderblichen Bleiweiß bewilligt werden sollte und statt eines Verbots eine Vermehrung der Anwendung von Bleiweiß herbeigeführt hätte, gestrichen wurde. Ferner wendeten wir eine der Fabrikation von Kunstleder zugedachte Benachteiligung ab.

Das Zentrum und die Konservativen suchten in der Kommission den Großbrennern noch über die Vorlage hinaus neue Vorteile zuzuwenden, die Wohlhabenden mit Lasten zu verschonen, und die gesamten ungeheuren Lasten der minderbemittelten Bevölkerung aufzupacken. Dies Ziel erreichten sie vorab, soweit die Deckung für 1912 in Frage kommt, durch Hilfe der Nationalliberalen.

Die Nationalliberalen brachten zunächst unseren Antrag auf Herabsetzung der Spiritussteuer von 125 auf 105 Mk. in der Kommission dadurch zu Fall, daß nur ein Teil von ihnen dafür stimmte, während die Freisinnige Volkspartei geschlossen für unseren Antrag eintrat. Dann folgten sie der Lockung des Zentrums und der Konservativen, die Gesetzvorlage zu einer neuen Begünstigung der Großbrenner zu benutzen. Von den 36 Millionen, die dem Reich nach der Vorlage zufallen sollten, beanspruchten die Konservativen, Polen, Nationalliberalen und das Zentrum 16 Millionen für die Großbrenner. Diese 16 Millionen sollten aus der Verbrauchsabgabe herausgenommen und zur Erhöhung der Vergütung für vergällten Spiritus verwendet werden. Von der Annahme dieses Antrages machten sie ihre Zustimmung zum Gesetz abhängig. Durch ihren Vorschlag würde, behaupteten die Antragsteller, der technische Spiritus verbilligt werden. In Wahrheit ist dem nicht so. Vielmehr sind diese 16 Millionen eine Prämie zur Hochhaltung des Preises für Spiritus, die die Konsumenten an die Brenner zu zahlen haben. Die Spirituszentrale muß bei ihrem Bestreben, den Preis für Spiritus in die Höhe zu treiben, darauf Rücksicht nehmen, daß eine zu arge Preiserhöhung den Konsum von technischem Spiritus erheblich beeinträchtigt. Der Preis müßte bei einer Ueberfüllung des Marktes erheblich sinken. Dem Zweck, dem entgegen zu treten und dies Hindernis bei der Preisfestsetzung für Spiritus zu beseitigen, soll die Vergütung von 16 Millionen dienen. Der größte Teil der Nationalliberalen ließ sich einfangen; er stimmte für diese neue Liebesgabe. Im Jahre 1909 einte die 20-Mk.-Liebesgabe das Zentrum mit den Konservativen zum schwarzblauen Block und sprengte das liberalkonservative Bündnis. Im Jahre 1912 reichten 16 Mk. aus, um einen schwarzblauen Block zur Ausplünderung der Massen zustande zu bringen. Die so für die Interessen der Großbrenner aus der Verbrauchsabgabe reservierten 16 Millionen, verlangten wir, sollen zur Erfüllung von Aufgaben verwendet werden, die wegen an-

geblichen Geldmangels unerfüllt geblieben waren. Demgemäß beantragten wir im Plenum, aus dem Ertrage der Verbrauchsabgabe jährlich 16 Millionen Mark zu entnehmen und vom 1. April 1913 ab zu verwenden: 1. zur Gewährung von Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer, 2. zur Deckung des Reichszuschusses, der zur Herabsetzung der Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr für den Bezug der Altersgrenze erforderlich ist. Für diesen Antrag auf endliche Unterstützung der Veteranen des Krieges und der Arbeit stimmten mit uns nur die Fortschrittliche Volkspartei und die Elsaß-Lothringer, sowie von den Nationalliberalen der Abgeordnete Stöve, von der Deutschen Reformpartei der Abgeordnete Bruhn. Unser Antrag fiel mit 147 gegen 203 Stimmen.

Das Branntweinkontingentsgesetz wurde noch über die 16 Millionen-Liebesgabe hinaus durch andere Veränderungen zu einem Fürsorgegesetz für Wohlhabende und zur Verteuerung des Branntweins gestaltet, so daß selbst nach der bei weitem zu hoch gegriffenen Schätzung der Großbrennerfreunde statt der verlangten 36 kaum 18 Millionen jährlich in die Reichskasse fließen können. Das ergibt einen Fehlbetrag bei der Deckung für die fünf Jahre — unter Hinzurechnung der 7½ Millionen Mehrkosten, die die Erhöhung der Mannschaftslöhnung für das Halbjahr vom 1. Oktober 1912 bis 1. April 1913 ausmacht — eine Summe von rund 100 Millionen. Wie sollte für diesen Ausfall Deckung geschaffen werden? Die Freisinnige Volkspartei schlug ein Gesetz vor, daß die Vorlegung des am 14. Juni 1909 vom Bundesrat vorgelegten **Erbschaftssteuergesetzes** und seine Inkraftsetzung mit dem 1. April 1913 forderte. Das Zentrum schlug hingegen Hinausschiebung der Ermäßigung der **Zuckersteuer** von 14 auf 10 Mk. bis zum 1. Oktober 1916 vor. Das Gesetz vom 19. Februar 1908 hatte die Herabsetzung der Zuckersteuer auf 10 Mk. für den Doppelzentner für den 1. April 1909 verheißen. Im Finanzreformgesetz schlug die Regierung Hinausschiebung des Termins bis zum 1. April 1910 vor. Der schwarzblaue Block erstreckte den Termin bis zum 1. April 1914. Den Nationalliberalen, die im Wahlkampf gegen Verteuerung der notwendigen Lebensmittel und der Artikel des Massenkonsums gesprochen hatten, erschien diese offene Belastung der Minderbemittelten mit den Lasten der Wehrvorlagen, wie der Abgeordnete Bassermann im Plenum am 21. Mai erklärte, „unannehmbar, weil hier der Gesichtspunkt der Heranziehung des Konsumenten, des Massenkonsums klar und deutlich zutage tritt“. Sie, die im Wahlkampf gegen die Ablehnung der Erbschaftssteuer durch den schwarzblauen Block gewettert hatten, schreckten jetzt, wo sich die Gelegenheit bot, die für die Heeres- und Flottenvermehrung erforderlichen neuen Mittel wenigstens teilweise durch eine neue Erbschaftssteuer zu decken, vor Verwirklichung ihrer im Wahlkampf verfochtenen Ansichten zurück und schlossen mit dem Zentrum ein Kompromiß. Damit die Aufpackung der Lasten für die Wehrvorlagen auf die Schultern des Mittelstandes und der Arbeiterklasse nicht gar zu „klar und deutlich“ hervortrete, verlangten sie gleichzeitig mit der Aufschiebung einer Ermäßigung der Zuckersteuer die Vorlegung einer „allgemeinen, den verschiedenen Besitzformen gerecht werdenden **Besitzsteuer**“. Sie erklärten, unter diesem verschwommenen Begriff wollten sie nur eine Reichsvermögens- oder eine Reichserbschaftssteuer verstanden wissen. Weshalb sprachen sie dies nicht in dem Gesetz aus? Weshalb sprachen sie nicht von einer „Vermögens- oder Erbschaftssteuer“, statt der vieldeutigen „Besitzsteuer“? Weil die schwarzblauen Parteien, mit denen sie das Kompromiß zur Verschleierung restloser Deckung der Wehrvorlagen durch Belastung des Massenkonsums eingingen, andere Auffassungen

über den schwammigen Besitzsteuerbegriff hatten und über Motive ja nicht abgestimmt wird. Das Zentrum meinte, die Regierung solle freie Hand in der Vorlegung der Art der Besitzsteuer haben, die Konservativen schlagen Erhöhung der Matrikularbeiträge, Steuern allein auf das mobile Kapital, Dividenden-, Talon-, Kotierungs-Steuern als solche „allgemeine Besitzsteuern“, wie sie von den Nationalliberalen verlangt wurden, auch im Plenum vor. Der Staatssekretär gab die vieldeutige Erklärung: „Unter Besitzsteuer verstehe ich die Steuer vom Vermögen oder vom Nachlaß in ihren verschiedenen Nuancen und Konstruktionen“. So kam als Kompromiß zwischen den Nationalliberalen und dem schwarzblauen Block in der Kommission folgender „Entwurf eines Gesetzes über die Deckung der Kosten der Verstärkung von Heer und Flotte“ zustande:

> „Die im Artikel V des Gesetzes betreffend die Aenderung im Finanzwesen vom 15. Juli 1909 (Finanzreform) vorgesehene Ermäßigung der Zuckersteuer tritt sechs Monate nach der Einführung eines Gesetzes, welches eine allgemeine, den verschiedenen Besitzformen gerechtwerdende Besitzsteuer vorschreibt, spätestens am 1. Oktober 1916 in Kraft. Der Gesetzentwurf ist dem Reichstag bis zum 30. April 1913 vorzulegen.“

Unsere Vertreter setzten in der Kommission einen Zusatz durch, nach dem in dem zu erwartenden Besitzsteuergesetz vorzusehen ist, daß die Höhe der Steuerquoten alljährlich durch den Reichshaushaltsetat festzusetzen ist. Im Plenum fiel dieser Zusatz, nachdem der Staatssekretär erklärt hatte, der Gesetzentwurf mit solchem Zusatz sei für die Regierungen unannehmbar. Wir bekämpften im Plenum vergeblich diese Abbürdung der Kosten der Wehrvorlagen auf den Massenkonsum.

Der von der Fortschrittlichen Volkspartei vorgeschlagene Gesetzentwurf über die Deckung der Kosten der Verstärkung von Heer und Flotte enthält den einzigen Artikel:

> „Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Erbschaftssteuergesetzes, wie er dem Reichstag bereits am 14. Juni 1909 vom Bundesrat vorgelegt worden ist, so rechtzeitig wieder vorzulegen, daß er mit dem 1. April 1913 in Kraft treten kann.“

Wir erklärten unsere Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf unter dem Vorbehalt der Stellungnahme zu der Regierungsvorlage nach ihrem Erscheinen und unter dem Vorbehalt, die Erträge, die das Gesetz bringen würde, durch die Aufhebung indirekter Steuern zu begleichen. Der Entwurf wurde mit 185 gegen 169 Stimmen angenommen. Gegen ihn stimmten die Konservativen, die Reichspartei, das Zentrum, die Polen, die Elsaß-Lothringer und die Welfen. Von der Wirtschaftlichen Vereinigung stimmte dagegen Gehhard, von den drei Mitgliedern der Deutschen Reformpartei Gräfe. Von den Nationalliberalen stimmte gegen den Entwurf der Abgeordnete Bärwinkel. Der Abg. Strack, Hospitant der nationalliberalen Partei, enthielt sich der Abstimmung. Von den Nationalliberalen fehlten die Abgeordneten Heckmann, Meyer (Celle), Schiffer, Semler, Wamhoff.

* * *

Reichshaushaltsetat 1912.

Der zu Beginn der Session dem Reichstag vorgelegte Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr vom 1. April 1912 bis 31. März 1913 wurde im Laufe der Session durch einen infolge der neuen Heeres- und Marinevorlage notwendig gewordenen Nachtrag verändert. Nach den Beschlüssen des Reichstags in dritter Lesung beträgt der Etat in Ausgabe und Einnahme

2 886 135 087 Mark,

Die Summen des Etats verteilen sich wie folgt:

Ordentlicher Etat.

A. Fortdauernde Ausgaben.

Bundesrat	—,—	Mk.
Reichstag	2 143 213	„
Reichskanzler und Reichskanzlei	314 470	„
Auswärtiges Amt	18 721 447	„
Reichsamt des Innern	93 510 121	„
Verwaltung des Reichsheeres	688 413 302	„
Reichsmilitärgericht	531 317	„
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	181 103 158	„
Reichs-Justizverwaltung	2 859 130	„
Reichsschatzamt	38 345 606	„
Reichs-Kolonialamt	2 819 110	„
Reichs-Eisenbahnamt	484 375	„
Reichsschuld	234 453 549	„
Rechnungshof	1 306 523	„
Allgemeiner Pensionsfonds	143 411 248	„
Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung	667 572 679	„
Reichsdruckerei	8 561 831	„
Reichs-Eisenbahnverwaltung	103 586 980	„
Allgemeine Finanzverwaltung	96 968 431	„
Summa	2 285 178 490	Mk.

B. Einmalige Ausgaben.

Reichstag	21 000	Mk.
Auswärtiges Amt	568 800	„
Reichsamt des Innern	25 507 050	„
Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung	24 436 556	„
Reichsdruckerei	87 084	„
Verwaltung des Reichsheeres	142 617 903	„
Reichsmilitärgericht	3 500	„
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	206 763 465	„
Reichs-Justizverwaltung	128 600	„
Reichsschatzamt	5 680 750	„
Reichs-Kolonialamt	22 633 250	Mk.
Reichsschuld	5 578 972	„
Reichs-Eisenbahnverwaltung	11 617 871	„
Allgemeine Finanzverwaltung	20 838 696	„
Summa	466 483 497	Mk.
Hierzu Summe der fortdauernden Ausgaben	2 285 178 490	„
Summe der Ausgaben des ordentlichen Etats	2 751 661 987	Mk.

C. Einnahmen.

Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung	791 381 000	Mk.
Reichsdruckerei	11 788 000	„
Reichs-Eisenbahnverwaltung	141 780 000	„
Verschiedene Verwaltungseinnahmen	72 142 894	„
Allgemeine Finanzverwaltung	1 734 570 093	„
Summa	2 751 661 987	Mk.

Der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung weist im einzelnen folgende Einnahmeposten auf:

a) **Zölle, Steuern und Gebühren 1 614 249 400 Mk.**, und zwar:

Zölle	699 308 000	Mk.
Tabaksteuer	12 290 000	„
Zigarettensteuer	41 683 000	„
Zuckersteuer	143 500 000	„
Salzsteuer	59 167 000	„
Branntweinsteuer	195 296 000	„
Essigsäureverbrauchsabgabe	733 000	„
Schaumweinsteuer	11 329 000	„
Leuchtmittelsteuer	11 653 000	„
Zündwarensteuer	18 [illegible]19 000	„
Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier	122 100 000	„
Spielkartenstempel	1 852 450	„
Wechselstempel	17 954 000	„
Reichsstempelabgaben von:		
A. Wertpapieren	62 940 000	„
B. Kauf- usw. Geschäften	24 640 000	„
C. Lotterielosen	47 507 500	„
D. Frachturkunden	17 370 000	„
E. Personenfahrkarten	22 070 000	„
F. Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge	3 440 000	„
G. Vergütungen an Mitglieder von Aufsichtsräten	5 900 000	„

H. Schecks	3 234 000 Mk.
J. Grundstücksübertragungen	40 640 000 „
Zuwachssteuer	18 000 000 „
Erbschaftssteuer	43 500 000 „
Statistische Gebühr	1 632 450 „
Summa	1 624 949 400 Mk.

b) Ausgleichungsbeträge 66 483 054 Mk.,

c) Aus dem Bankwesen 15 938 000 Mk.,

d) Aus dem Hinterbliebenenversicherungsfonds 1 950 000 Mk.,

e) Aus dem Reichsanzeiger und aus Rechnungsprüfungen 786 481 Mk.,

f) Matrikularbeiträge (234 757 929 Mk.) abzüglich der Ueberweisungen aus der Branntweinsteuer: 51 940 794 Mk.

Außerordentlicher Etat.

Einnahmen:

Verwaltung des Reichsheeres	3 798 661 Mk.
Reichsschuld	130 674 439 „
Summa	134 473 100 Mk.

Ausgaben:

Reichsamt des Innern	4 000 000 Mk.
Verwaltung des Reichsheeres	16 764 300 „
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	82 570 000 „
Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung	22 000 000 „
Reichs-Eisenbahnverwaltung	9 138 000 „
Summa	134 473 100 Mk.

Bei der Beratung des Etats vertreten wir die Anschauungen der Partei über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und suchten auf der Grundlage unseres Programms zu einem Vorwärts auf politischem und sozialem Gebiet zu drängen. In der Gesamtabstimmung über den Etat stimmten wir gegen denselben und brachten dadurch unsere grundsätzliche Bekämpfung und Verwerfung des kapitalistischen Regierungs- und Wirtschaftssystems zum Ausdruck, das durch Niederhaltung und Ausbeutung der breiten Masse des Volkes dem einseitigsten Interesse einer kleineren Minderheit dient.

* * *

Generaldebatte.

Die erste Lesung der Etatsberatung gab unseren Rednern Gelegenheit, die Notwendigkeit praktischer Arbeit auf der Grundlage der von der Fraktion eingebrachten Initiativanträge darzulegen und die ungeheure Belastung des Volks zu kritisieren. Abermals ständen neue Rüstungsausgaben zu Wasser und zu Lande in Aussicht. Sind solche Ausgaben, wie der Abgeordnete Graf von Posadowsky-Wehner gemeint hatte, nur eine Versicherungsprämie für den Frieden, dann müßten doch auch die, die am meisten zu versichern haben, die höchsten Versicherungsprämien zahlen. Gerade umgekehrt belastet das Reich die Minderwohlhabenden und schont die Wohlhabenden. Habe doch der Zentrumsredner die etwaige Wiedervorlage der Nachlaßsteuer als eine Brüskierung des schwarzblauen Blockes bezeichnet. Den Kriegsinteressenten und Kriegshetzern müsse der Boden entzogen werden. Die imperialistische Politik führe Deutschland zu schweren Schäden. Das Zerrbild, das der Reichskanzler und bürgerliche Redner vom Wesen, Wirken und den Zielen der Sozialdemokratie gegeben und mit abgestandenen Vorwürfen gegen die Sozialdemokratie verbrämt hatten, wurde ins rechte Licht gesetzt. „Die Sozialdemokratie", so schloß unser Redner, „ist der Ausdruck der aus der Tiefe der Gesellschaft aufwärtsstrebenden Kräfte. Die Millionen, die heute bei schwerer, erschöpfender Arbeit unten verharren, die um eine Existenz kämpfen müssen, die doch nie hinausgeht über das gerade physisch Notwendige, die Millionen, die so gut wie ausgeschlossen sind von all den höheren Kulturgütern, mit der Wissenschaft und Kunst das Leben des Menschen verschönen können, die Millionen, die bedrückt und bevormundet sind, die als Bürger zweiter Klasse in Gemeinde, Staat und Reich sich behandeln lassen müssen, — die Millionen wollen aufsteigen, aufsteigen zu einer menschenwürdigen Existenz. Beseitigung des Zwangs zur Massenarmut, Beseitigung der Massennot, Entfaltung aller guten Kräfte und aller höchsten Glücksmöglichkeiten —, das ist das große Menschheitsideal, das ist das große Entwickelungsziel, das in der Sozialdemokratie lebt.

Die Sozialdemokratie ist die Bahnbrecherin für diese Entwickelung, und sie ist unüberwindlich, weil in ihr die Kräfte walten, die die stärksten und edelsten Kräfte im Menschen sind. Und darum spotten wir Ihrer, meine Herren Ritter und Heiligen, wenn Sie gegen uns mit Ihren verrosteten und vermoderten Waffen ausziehen. Sie werden die Sozialdemokratie an der Erfüllung dieser welthistorischen Mission nicht zu hindern imstande sein."

Die *innere und äußere* Politik wurde beim Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes sowie bei der *Generaldebatte der dritten* Lesung von unserer Seite behandelt. Auf dem Gebiet der *auswärtigen Politik* wiesen unsere Redner auf den Mangel an Leistungsfähigkeit, Tüchtigkeit und Geschicklichkeit unserer unzureichend ausgebildeten Diplomaten hin, der in schreiendem Gegensatz zu der diplomatischen Wichtigtuerei und Geheimniskrämerei stehe. Der Reichstag sollte eine besondere Kommission für auswärtige Angelegenheiten einsetzen. Die Vorgänge in Ostasien, in Persien und auch im italienisch-türkischen Krieg zeigen, daß die Situation immer kritischer wird. Die unsinnige, nur von Geschäftspatrioten und einer Anzahl nicht ganz normaler phantastischer Ideologen geschürte Spannung zwischen Deutschland und England hatte Rußlands Macht gestärkt, dessen barbarische Rückständigkeit sich so deutlich wieder durch die Niedermetzelung von 500 Arbeitern in den Lena-Goldbergwerken offenbart sei. An Stelle dieser Spannung verlange der übergroße Teil Deutschlands internationale Vereinbarungen, die dem Rüstungswahnsinn Einhalt tun, Schiedsgerichtsklauseln einführen und das Seebeuterecht

beseitigen. Das würde der Sicherung des Weltfriedens einen guten Schritt näher bringen. Die Bereitschaft Englands zu diesem Weg sollten unsere Diplomaten benutzen. Freilich, wer den Rüstungswahnsinn bekämpfen will, müsse mit dem Kampf im eigenen Lande beginnen. Statt der von der Gesamtheit der bürgerlichen Parteien verfolgten imperialistischen Politik verlangen wir die absolute Gleichberechtigung, Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür zum friedlichen Wettkampf der Völker und Gleichberechtigung.

In Deutschland, legten unsere Redner dar, lastet das System der Finanzpolitik schwer auf den Massen der arbeitenden Bevölkerung, denen immer mehr Lasten aufgebürdet, aber Rechte vorenthalten werden. Immer schreiender wird der Gegensatz zwischen den geschriebenen Verfassungsgesetzen und dem politischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnis. Rüstungen auf Rüstungen, Verteuerung der Lebensmittel durch die Schutzzollpolitik, Erschütterung aller Verhältnisse des arbeitenden Volkes durch die stete Kriegsgefahr und durch die immer anmaßender auftretende Zumutung, mit seinem Gut und Blut die Interessen der herrschenden Klasse zu vertreten. Unter der imperialistischen und nationalistischen Politik der herrschenden Klasse bricht das Volk zusammen, dem die notwerdigsten politischen Rechte vorenthalten werden. Statt ein gerechtes Proportionalwahlsystem für das Reich einzuführen, hält man an der Ungleichheit der vor über 40 Jahren geschaffenen Wahlkreise fest. Diese Einteilung der Wahlkreise trägt den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen keinerlei Rechnung, ist aber geeignet, das allgemeine gleiche Wahlrecht zu denaturieren. Die Einführung wirklicher Volksvertretungen in allen Einzelstaaten ist die dringendste Forderung, die die veränderten Wahlverhältnisse im Wirtschaftskörper gebieterisch verlangen. Bis dies erreicht ist, wird in Preußen keine Ruhe sein. Empörend sind die vom preußischen Abgeordnetenhause unter Bruch der Grundlagen jedes Parlamentes und unter offenem Verstoß gegen das Strafgesetzbuch begangenen Gewaltakte gegen die Abgeordneten Borchard und Leinert. Die Reaktion setzt sich über alle Gesetze hinweg. Ueberall auf politischem Gebiet Rückstand oder Stillstand. Aber „die Entwickelung steht nicht still“. Dieser Satz der Thronrede bildet die Grundlage unserer Weltanschauung. Auf wirtschaftlichem Gebiet erleben wir in Deutschland eine enorme Konzentration, die wenigen Kapitalisten und Riesenbanken dominierenden Einfluß auf Deutschlands Geschicke verleiht. Eine raffiniert durchgeführte Arbeitsteilung, eine immer größer werdende Vergesellschaftung des Produktionsprozesses, aber zugleich eine immer stärkere Ausschließung des Arbeiters, der mit kargem Lohn abgespeist wird, von den Ergebnissen dieser Produktion. Der Gegensatz zwischen den Produzenten und der die Mittel der Gesellschaft sich aneignenden Klasse wird immer stärker. Seit Jahren keine Fortschritte in Deutschland, seit Jahrzehnten ist kein einziges großes Ziel in der Verfassung erreicht. Nur mühsam hat die Sozialdemokratie die gemeingefährlichsten Gesetze hindern können. Blinde Furcht vor der Sozialdemokratie hat die bürgerlichen Klassen gelähmt. „*Wir suchen nicht die Isolierung*, das fällt uns nicht ein; aber wir kennen die Praxis und die Vergangenheit der deutschen politischen Geschichte gut genug, um zu wissen, daß *wir uns darauf einrichten müssen, allein im Kampfe gegen alle bürgerlichen Parteien unseren Sieg zu erringen.* Je höher die bürgerlichen Parteien und die Regierung Hand in Hand die Dämme aufwerfen gegen die Sozialdemokratie, desto schlimmer nur für sie selber, desto höher steigt der Strom, desto reißender wird die Flut, die dann eines Tages diese Dämme niederreißen und alles mit sich wegschleppen wird, was in diesem Staate faul, reaktionär und freiheitsfeindlich ist! Machen Sie, was Sie wollen: wir werden mit Ihnen allen fertig!“

Bei der *Kritik des persönlichen Regiments* kam eine kurz zuvor durch die Zeitungen verbreitete Aeußerung des Kaisers über Elsaß-Lothringen zur Sprache. Am 13. März hatte er nach einer Mitte Mai im „Matin“ veröffentlichten Mitteilung zum Bürgermeister von Straßburg, Dr. Schwander, bei einem Tischgespräch in Beziehung auf Bestimmungen im elsaß-lothringischen Landtag geäußert:

> „Wenn dies so fortgeht, schlage Ich Ihre Verfassung in Scherben. Sie kennen Mich bisher nur von der guten Seite, könnten Mich aber leicht von einer anderen Seite kennen lernen. Jawohl, wenn es nicht anders wird, machen wir aus Elsaß-Lothringen eine preußische Provinz.“

Im Landtag von Elsaß-Lothringen waren folgende Geschehnisse vorausgegangen: Der Landtag hatte den Kredit für die Eingitterung der Kaiserjagd gestrichen, ferner einen Einfluß auf den Gnadenfonds verlangt, das auf 200 000 Mk. bemessene Gehalt des Statthalters herabgesetzt und einstimmig mißbilligt und als unwürdige Gesinnungsschnüffelei bezeichnet, daß die Eisenbahnverwaltung der Grafenstadener Fabrik angedroht hatte, sie würde ihr die Lieferungen entziehen, wenn sie nicht ihren angeblich deutschfeindlichen Direktor entlasse. Gegen die Androhung der Beseitigung eines Reichsgesetzes ohne vorherige Befragung der gesetzgebenden Faktoren erhob *Scheidemann* schärfsten Protest. Seine Ausführungen benutzte die Rechte als Vorwand zu einer „Sechsdreierentrüstung“. Die Bundesratsmitglieder verließen unter Vorantritt des Reichskanzlers den Saal, weil die Worte unseres Redners nicht mit einem Ordnungsruf belegt wurden. Der Hergang möge nach dem stenographischen Bericht wiedergegeben werden. Scheidemann sagte:

> „Außerdem sind Aeußerungen des Kaisers bekannt geworden, in denen die Rede davon ist, daß die elsaß-lothringische Verfassung in Scherben geschlagen (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten) und das Land Preußen einverleibt werden soll. (Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Wir begrüßen es als ein schwerwiegendes Geständnis, daß von kompetenten Stellen aus die Einverleibung in Preußen angedroht wird als die schwerste Strafe (Großes Gelächter bei den Sozialdemokraten und im Zentrum), die ein Volk wegen seiner Widerspenstigkeit treffen kann, als eine Strafe, die gewissermaßen gleich neben dem Zuchthaus steht (Sehr wahr! sehr gut! bei den Sozialdemokraten), und die ja auch insofern mit der Zuchthausstrafe im Einklang steht, als durch die Verhängung dieser Strafe, d. h. durch die Einverleibung in Preußen, der Verlust bürgerlicher Ehrenrechte für die meisten Elsaß-Lothringer eintreten würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Pfuirufe und stürmischer Widerspruch rechts — Wiederholter Beifall bei den Sozialdemokraten.) — Herr Graf Westarp, Sie dürfen froh sein, daß Sie nicht im preußischen Landtag sitzen und kein Sozialdemokrat sind, sonst würden Sie wegen Ihrer Zwischenrufe herausgeschmissen werden. (Zurufe rechts.) Wir meinen aber doch, daß man mit solchen Drohungen, wie mit der Versetzung sozusagen in die zweite Klasse des Soldatenstandes (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) oder Versetzung in die unterste Klasse der deutschen Reichsangehörigkeit, nämlich in die preußische Klasse (Rufe rechts: Pfui! Unerhört! — Große Unruhe), doch etwas vorsichtiger sein sollte. (Große Unruhe und Pfuirufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Scheidemann, ich bitte Sie, sich zu mäßigen mit Ausdrücken, die dahin führen würden, daß ich Sie zur Ordnung rufen müßte. (Zuruf rechts: Allerhöchste Zeit. — Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Scheidemann: Meine Herren, es handelt sich hier — — ja, wenn die Herren sich nicht beruhigen können, kann ich ja noch ein bißchen warten. (Zuruf rechts: Sie beschimpfen Preußen! — Der Reichskanzler und andere Bundesratsbevollmächtigten verlassen den Saal. — Stürmisches anhaltendes Gelächter bei den Sozialdemokraten. — Andauernde Unruhe. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Endlich allein!) Meine Herren, nach dem Auszuge der hohen Herren der Regierung werden Sie sich vielleicht wieder beruhigen, so daß ich fortfahren kann. Wir müssen den schärfsten Protest erheben — — (Weitere Regierungsvertreter und mehrere konservative Abgeordnete verlassen ihre Plätze. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Bravo! Auszug! — Andauernde Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Nach Beendigung der von mehreren Ordnungsrufen begleiteten Rede nahmen die Abgeordneten Spahn (Z.) und Graf v. Schwerin-Löwitz (k.) das Wort, ohne den Vorfall zu erwähnen. Dann erteilte der Präsident folgenden Ordnungsruf:

„Meine Herren, wegen der während eines Teiles der Rede des Herrn Abgeordneten Scheidemann herrschenden Unruhe habe ich mehrere Stellen seiner Rede nicht hinreichend verstanden. Aus dem Stenogramm, das ich mir habe kommen lassen, habe ich bereits eine Stelle gerügt. Es befindet sich aber in dem Stenogramm noch folgende Stelle:

Wir meinen aber noch, daß man mit solchen Drohungen wie mit der Versetzung sozusagen in die zweite Klasse des Soldatenstandes oder Versetzung in die unterste Klasse der deutschen Reichsangehörigkeit, nämlich in die preußische Klasse, doch etwas vorsichtiger sein sollte.

Meine Herren, wegen der Preußen auf das schwerste verletzenden Aussprüche (Sehr richtig! im Zentrum) rufe ich den Herrn Abgeordneten Scheidemann nachträglich zur Ordnung."

Der nationalliberale Abgeordnete van Calker, der hierauf das Wort erhielt, protestierte in seiner Rede gegen die Aeußerung Scheidemanns. Während seiner Rede betreten die Bundesratsmitglieder wieder den Saal. Der Reichskanzler führte dann aus, ein Mann, der von seinem Lande so spreche, wie es Scheidemann getan, verurteile sich selbst. Wie die Aeußerung des Kaisers gelautet habe, gab er nicht an, stellte aber in Abrede, daß wenn der Kaiser von einer Beseitigung der Verfassung gesprochen hat, er dabei nicht an einen Akt der Reichsgesetzgebung gedacht habe. Die Maßregelung der Grafenstader Fabrik fand er völlig in Ordnung. Während nach dem Reichskanzler der Abgeordnete Haas (Freis. Volksp.) seine Ueberzeugung dahin aussprach, daß Scheidemann nur Einrichtungen des preußischen Staats mit seiner Aeußerung treffen wollte, donnerte der freikonservative Abg. Schultz gegen die angebliche Herabsetzung Preußens durch unseren Redner los. Die Entrüstungskomödie und die falsche Auslegung der Worte Scheidemanns, als ob er das preußische Volk beleidigt habe, stellte unser Redner dann in das rechte Licht. Selbstverständlich hat Scheidemann, wie stets ein Sozialdemokrat, wenn er in agressivem Sinn von „Preußen" redet, nicht das preußische Volk gemeint, als dessen Vorkämpfer gerade die Sozialdemokraten dastehen, sondern „das Preußen der Bevormundung und Niederknüttelung des freien Geistes, jenes Preußen, das bisher bei allen Deutschen, gerade bei den edelsten und besten Geistern aller Jahrzehnte die schärfste Opposition gefunden hat, jenes Preußen, für das genügend scharfe Worte zu finden, die deutsche Sprache kaum ausreichte."

Als bei der Generaldebatte in der dritten Lesung die Drohung des Kaisers wiederum von unserem Redner kritisiert wurde, suchte der Reichskanzler und die Rechte des Hauses abermals das Gefechtsfeld zu verschieben und es so darzustellen, als ob wir die Verfassung gewaltsam ändern wollten, während unsere Redner die Drohung von Angriffen auf die Verfassung zurückgewiesen und damit das getan hatten, was eigentlich selbst Pflicht des Reichskanzlers gewesen wäre. Als dieser Versuch von unserem Redner festgenagelt wurde, ritt der Reichskanzler sich in einer Entgegnung noch mehr hinein. Er konstruierte einen Gegensatz zwischen den Revisionisten und Radikalen. Die Revisionisten suchte er so darzustellen, als ob nur eine gesetzmäßige Fortbildung unserer Verfassungszustände nach dem ihnen vorschwebenden Ziele ihre Absicht sei. „Was hat uns aber Herr Scheidemann gesagt? Er hat mit einem sehr deutlichen Wink an das Zentrum, an die Herren Nationalliberalen und die Herren Freisinnigen gesagt, sie sollten doch nun einmal Männer werden und zur Tat schreiten." Durch eine Tat eine Erhöhung der Parlamentsrechte herbeizuführen, sei ein scharfer Eingriff in die Verfassung. Scheidemann konnte den über seinen an die bürgerlichen Parteien gerichteten Appell zur Mannhaftigkeit erschrockenen Reichskanzler beruhigen. Er legte ihm dar, daß in diesen Dingen zwischen Revisionisten und Radikalen keine Meinungsverschiedenheit herrsche, daß vielmehr die sozialdemokratische Partei seit ihrem Bestehen jede Gewalt ihrerseits abgelehnt hat und die friedliche Entwickelung will, daß aber auf Gewaltsamkeit die Gegner der Sozialdemokratie drängen. Wer freilich einen Appell zur Mannhaftigkeit als einen Aufruf zur Gewalt auffaßt, ist unbelehrbar.

* * *

Spezialberatung des Etats.

Die Etatberatung des **Reichsamts des Innern** gestaltete sich zu einer vernichtenden Kritik des Stillstandes und der Rückwärtsbewegung der Sozialreform und zu einem kräftigen Appell zum Vorwärts auf der Bahn der Sozialpolitik. Unsere Redner legten dar, zwar habe die Thronrede erklärt, „die Entwickelung steht nicht still", sie habe das aber in Anknüpfung an die Bemerkung getan, derselbe soziale Geist, aus dem die Reichsversicherungsordnung hervorgegangen ist, müsse auch fernerhin walten. Gegen eine solche Sozialpolitik, die viel Verschlechterungen und mangelhafte Verbesserungen gebracht hat, hat sich die überwiegende Zahl der Wähler mit der Sozialdemokratie ausgesprochen. Das bißchen Arbeiterschutz, das Deutschland besitzt, ist durch die Sozialdemokratie errungen. Sozialdemokratie und Arbeiterschutz sind zu derselben Stunde geboren. Nationaler und internationaler Arbeiterschutz ist von ihr ausgegangen. Die klassenbewußten Arbeiter haben ihre Köpfe zusammengerottet, um Staatsgesetze zu erzwingen, die es verhindern sollen, daß die Arbeiter sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei dem Kapital verkaufen müssen. Auf dem ersten internationalen Kongreß zu Genf im Jahre 1866 ist die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit und Schutz für Frauen und Kinder verlangt. In dem Norddeutschen Reichstag ist 1868 von sozialdemokratischer Seite ein Arbeiterschutzgesetzentwurf eingebracht. Seitdem hat die Sozialdemokratie unablässig Sozialpolitik verlangt. Das, was im Deutschen Reich auf diesem Gebiet erreicht ist, sind kleine Abschlagszahlungen auf ihre Forderungen. Mit den Tatsachen in Widerspruch steht die Behauptung, daß die Sozialdemokratie auf dem Standpunkt

„alles oder nichts" stehe oder je gestanden habe. Niemals habe die Sozialdemokratie ein Gesetz abgelehnt, weil es nicht die Erfüllung aller ihrer Forderungen brachte, sondern sie hat nur diejenigen Arbeiterschutzgesetze und Arbeiterversicherungsgesetze verworfen, die gleichzeitig Verschlechterungen gebracht haben. Sie werde sich hüten, für das Linsengericht einer kleinen Verbesserung einen großen Sack von Verschlechterungen in den Kauf zu nehmen. Dringender wie je ist Sozialpolitik, weil die Proletarisierung immer größere Schichten der Bevölkerung ergreift. Die Zahl der Selbständigen betrug im Jahre 1895: 5 934 120, im Jahre 1907: 6 082 202, ist also in einer Zeit, wo die Gesamtbevölkerung um 19 Proz. gestiegen ist, nur um 2 Proz. gestiegen. Auch wenn man nicht berücksichtigt, daß in der Zahl der Selbständigen eine große Anzahl tatsächlich wirtschaftlich und sozial abhängiger Personen sich befinden — kleine Geschäftsleute, kleine Handwerker, Heimarbeiter, Kleinbauern usw. —, ist die Zahl der Selbständigen im Verhältnis zu der Gesamtzunahme der Bevölkerung von 28 auf 22 Proz. zurückgegangen. In riesigem Maße hat die Konzentration der Betriebe sich entwickelt. Vom Jahre 1895 bis zum Jahre 1907 haben die Großbetriebe mehr als zehnmal mehr zugenommen als die Kleinbetriebe, die Zahl der Beschäftigten in den Kleinbetrieben um 12 Proz., in den mittleren Betrieben um 49 Proz. und in den Großbetrieben um 76 Proz. Dieselbe Zersetzung zeigt sich im Handel. Wies die Zählung im Jahre 1882 noch 42 Proz. als selbständig auf, so ist diese Zahl auf 29 Proz. gesunken. Während das Kapital den Mittelstand auffrißt, kommen dieselben Herren, die durch ihre Zollpolitik, durch die Verteuerung der Rohstoffe, durch die Verteuerung der Lebensmittel, durch die Begünstigung des Grund- und Bodenwuchers dem Mittelstand schwere Schäden schlagen, mit allerlei unzulänglichen Mätzchen zur Rettung des Mittelstandes. Die Einkommensteuerstatistik zeigt, wie gering das Einkommen der übergroßen Menge ist, und wie stark der Profit auf Kosten des Arbeitslohnes gestiegen ist. Auf Täuschung geht die Behauptung einer Hebung der Einkommen auch der Minderbemittelten aus. Denn abgesehen von dem Sinken des Geldlohnes infolge der Verteuerungspolitik, wird ja bei der Steuerveranlagung das schmale Einkommen aus der Erwerbsarbeit der Frau dem steuerbaren Einkommen zugerechnet. Das weibliche Geschlecht aber wird durch die unzureichende Entlohnung des Mannes in wachsendem Maße in die Erwerbsarbeit hineingetrieben. Die Berufszählung weist im Jahre 1884 4 300 000, im Jahre 1890 5 300 000 und im Jahre 1907 8 300 000 arbeitende Frauen auf. Darunter 2⅘ Millionen Verheiratete, 1⅙ Millionen Witwen und Geschiedene. Gegenüber der ungeheuren Not des Proletariats ist ein kräftigerer Arbeiterschutz erforderlich. Statt dessen wird selbst die gewerkschaftliche Selbsthilfe der Arbeiter durch Ausnahmegesetze und ausnahmerechtliche Anwendung der Gesetze beschränkt. Ein Teil der Scharfmacher verlangt unter dem Motto „Schutz den Arbeitswilligen" neue Ausnahmegesetze gegen die Ausübung des Koalitionsrechtes. Der andere Teil, zu dem auch der Staatssekretär des Innern zu rechnen ist, weist auf rücksichtslose Anwendung der bestehenden Gesetze, d. h. auf ungerechte Klassenjustiz gegen Arbeiter, hin. Dringend erforderlich ist die Linderung der Wohnungsnot und des Wohnungselends, Verkürzung der Arbeitszeit, Erholungsurlaub für Arbeiter, größerer Schutz gegen Unfallgefahren und gegen gewerbliche Vergiftungen, Verbesserung der Gewerbeaufsicht, Heranziehung von Arbeitern, Frauen und Aerzten zu dieser. Statt der völlig ungenügenden und infolge der Rechtsprechung versagenden Schutzvorschriften für jugendliche Kinder und Frauen schreie das Elend nach hinreichenden Maßnahmen auf diesem Gebiete, nach Schutz insbesondere auch für die ländlichen Arbeiter. Der Stillstand auf dem Gebiete des Erlasses von Bundesratsverordnungen auf Grund des § 120f der Gewerbeordnung soll nach

der Erklärung des Staatssekretärs andauern. Die neue Gestaltung dieses Paragraphen, gegen den wir uns vergebens wendeten und dessen Inhalt einer der Gründe war, aus dem heraus wir gegen die letzte Gewerbeordnungsnovelle stimmten, soll danach in der Tat dazu angewendet werden, die Verpflichtungen des Reiches zum Erlaß von Schutzvorschriften auf die Landeszentralbehörden abzuschieben und damit einen gedeihlichen und einheitlichen Schutz zu hindern. Unsere Redner führten aus, daß dringend erforderlich die Erfüllung der in unseren Abänderungsanträgen zur Reichsversicherungsordnung niedergelegten Forderungen ist, ebenso ein Reichsberggesetz, nicht minder gesetzliche Schutzvorschriften zugunsten der Landarbeiter, der Binnenschiffer, der Bäcker, der Gastwirtsgehilfen, der in den chemischen Fabriken, im Handels- und Transportgewerbe, in der Großeisenindustrie, im Baugewerbe beschäftigten Personen. Die Rechtsverhältnisse der Privatangestellten und Rechtsanwaltsangestellten rufen nach reichsgesetzlicher Regelung. Die Möglichkeit einer Lahmlegung der Arbeitskraft durch Zulassung der Konkurrenzklausel muß beseitigt werden. Eine reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung wird für die Arbeitswilligen, denen es an Arbeitsgelegenheit fehlt, in wachsendem Maße erforderlich und ist durchführbar. Die Abschiebung einer Verpflichtung des Reiches auf diesem Gebiet auf die Kommunen, wie sie der Staatssekretär empfahl, ist durchaus zu bekämpfen. Eine Verstaatlichung der Kohlen- und Kaliindustrie wird gegenüber den durch den Privatbesitz der Allgemeinheit und der Arbeiterklasse zugefügten Schaden immer dringender. Einer unserer Redner legte dar, daß für die Regelung einer **Verstaatlichung der Kalibetriebe** folgende Grundsätze maßgebend sein müßten:

„Das Reich erwirbt die bestehenden Betriebe im Wege der Enteignung, soweit sie nicht auf der Grundlage der tatsächlichen Anlagekosten freihändig erworben werden können. Die Leitung der Kaliwerke sowie der Absatz ihrer Produkte geschieht unter entscheidender Mitwirkung eines Beirates durch das Reich. Der Beirat setzt sich zusammen aus vom Bundesrat und vom Reichstag ernannten sowie von den Arbeitern und den Betriebsbeamten der Werke in gleicher, geheimer und direkter Wahl gewählten Mitgliedern. Den Arbeitern und den Betriebsbeamten darf die Koalitionsfreiheit in keiner Weise geschmälert werden. Für die Betriebe gelten entsprechend alle Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter und der Betriebsbeamten, insbesondere die in der Gewerbeordnung und dem Handelsgesetzbuch enthaltenen. Die Arbeitszeit ist auf 8 Stunden, an gesundsgefährlichen Betriebsorten noch weiter zu beschränken. Für jedes Werk ist zur Festsetzung der Löhne, Gehälter und Arbeitsbedingungen sowie zur Erledigung von Beschwerden durch die Belegschaften und die Betriebsbeamten in geheimer, gleicher und direkter Wahl ein Arbeiterausschuß zu wählen, der gegen die das Arbeitsverhältnis berührenden Anordnungen und Entscheidungen der Betriebsleitung das Recht der Berufung an den Beirat hat. Die Löhne und Gehälter sind zwischen der Betriebsleitung und dem Arbeiterausschuß auf der Grundlage von Minimalsätzen zu vereinbaren. Die Minimalsätze bedürfen der Genehmigung des Reichstages. Die Verkaufspreise sind im Gesetze unter Berücksichtigung der einheimischen Landwirtschaft gesondert für das Inland und das Ausland festzulegen. Die Ueberschüsse der Kaliwerke sind zur Verminderung der Verbrauchsabgaben und Zölle für Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände oder für soziale Zwecke zu verwenden."

Gegenüber der reichlichen Fülle dringendster Aufgaben auf dem Gebiet der Sozialpolitik versagten die bürgerlichen Parteien völlig. Zu einem energischen Betreiben der Sozialpolitik fehlt auch bei den Angelegenheiten, in denen unsere Anträge ihre Zustimmung fanden, ihnen der Wille. Es handelt sich ja nicht um die Interessen der wohlhabenden Minderheit, sondern um die des Mittelstandes und der breiten Schichten er Bevölkerung. Zeit und Geld für soziale Verbesserungen ist nicht vorhanden, weil dem Militarismus und Marinismus alles geopfert wird. Ruhig soll die Arbeiterklasse sein, gefügig sich ducken und für das Elend, unter dem sie schmachtet, und für die Entrechtungen, die sie in der Form der Reichsversicherungsordnung hat erleiden müssen, gar noch danken.

Statt Sozialpolitik wünschen die Konservativen Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter. Sie gaben sich mit der leider zutreffenden Bemerkung des Staatssekretärs Delbrück nicht zufrieden, daß ja der § 153 der Gewerbeordnung eine viel weitere Auslegung erfahren und statt milder, immer höhere Strafen gegen Arbeiter zur Anwendung gelangen, die in den gegen die Ausübung des Koalitionsrechts uns gestellten Schlingen gefangen werden. Die Konservativen verlangten unter dem Vorwande eines **Schutzes der Arbeitswilligen** ein neues Ausnahmegesetz durch folgende Resolution:

„die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, noch vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Reichsstrafgesetzbuches dem Reichstag einen Gesetzentwurf über Abänderung der Reichsgewerbeordnung beziehungsweise des Reichsstrafgesetzbuches vorzulegen, durch den ein wirksamer Schutz der Arbeitswilligen gegen Bedrohungen und Gewalttätigkeiten herbeigeführt und gesichert wird."

Dieser Aufruf zu einem neuen Zuchthausgesetz wurde am 22. Mai in der auf unseren Antrag erfolgten namentlichen Abstimmung mit 273 gegen 62 Stimmen abgelehnt. Von den Nationalliberalen stimmten neben dem fraktionslosen Dr. Becker (Hessen) für die Resolution die 8 Abgeordneten Dr. Bärwinkel, Bartling, Dr. Böttger, Kleye, Meyer-Celle, Strack, Wittum und Zimmermann, vom Zentrum die 3 Abgeordneten Graf v. Galen, Irl und Freiherr von Kerckerinck zur Borg.

Auch bei anderen Gelegenheiten suchte die Rechte gegen die Sozialdemokratie und die Arbeiterklasse scharf zu machen. Die unter dem Etikett „Schutz der Monarchie und der bestehenden Staatsordnung" verhüllten Interessen der Großkapitalisten und Junker habe das Reich in einseitigster Weise wahrzunehmen und die Sozialdemokratie, als die Vertreterin der Interessen der Arbeiterklasse und der Allgemeinheit, zu bekämpfen. Der Rechten genügt noch nicht das Vorgehen der Regierung, die selbst unter Verletzung des verfassungsmäßigen Grundsatzes der Gleichberechtigung die Gewaltmittel des Staates gegen die Arbeiter und die Sozialdemokratie anwendet. Der freikonservative Abg. Freiherr v. Gamp führte am 29. Februar aus: Der Reichskanzler hat verlangt, daß die Beamten im Wahlkampf Gewehr bei Fuß stehen. Wer soll dann aber die Sozialdemokratie bekämpfen? und fuhr, als ihm zugerufen wurde: „Sie!", fort: „Ich habe nicht die Verpflichtung, für die Monarchie und für die bestehende Staatsordnung einzutreten. Das ist Pflicht der Beamten, die dafür bezahlt werden."

Die Spezialberatung der **einzelnen Titel des Etats des Reichsamts des Innern** gab unseren Rednern Gelegenheit, einzelne in der Generaldiskussion schon gestreifte Forderungen besonders zu begründen und andere dringliche Forderungen zu erheben. So die auf Vermehrung des Säuglingsschutzes und die, daß die Familien von Reservisten und Landwehrleuten statt der unzulänglichen Unterstützungen volle Entschädigung erhalten. Daß eine Familienunterstützung der Reservisten und Landwehrleute vom Reich überhaupt gewährt wird, ist bekanntlich auf einen sozialdemokratischen Initiativantrag zurückzuführen. Das Veteranenelend und die mangelhafte Fürsorge für Veteranen wurde an anderer Stelle von unseren Rednern gegeißelt und gesetzliche Abhilfe verlangt.

Zur Annahme gelangte bei diesem Etat ein auf gesetzliche Aufhebung der sogenannten Abonnentenversicherung gerichteter Antrag.

Die beim Bau des Nordostseekanals herrschenden Mißstände, so die Bevorzugung ausländischer Arbeiter, der Barackenzwang, die hohe Unfallzahl, die unzureichende Entlohnung der Arbeiter, wurden bei dem Titel, der die zur Fortführung des Baues erforderliche Summe verlangt, von unserem Redner beleuchtet.

Bei dem **Postetat** wurde eine Fülle berechtigter Beschwerden zum Ausdruck gebracht. Sie betrafen insbesondere die Behandlung und Entlohnung der unteren und mittleren Beamten, die Verschlechterung der Anstellungsverhältnisse, die Länge der Arbeitszeit, die Unterdrückung der Selbständigkeit der unteren Beamten durch Beeinträchtigung ihres Versammlungsrechts und ihrer politischen Ueberzeugung. Gegeißelt wurde der übermäßig bureaukratische Zug in der Verwaltung, der Mangel eines einheitlichen Postgebiets, die übermäßige Zahl von höheren Beamten und das Sparsystem den unteren und mittleren Beamten gegenüber. Gegenüber dem Staatssekretär, der keinen Sozialdemokraten dulden wolle, wurde dies Verhalten und sein Eingriff in die Wahlfreiheit, sein Verlangen der „Treue bis zum Hungertuch", als ein grober Verstoß gegen die Gleichberechtigung der Staatsbürger charakterisiert, die zu wahren der Staatssekretär als Beamter nach der Verfassung auch auf Grund seines Beamteneides verpflichtet sei.

Die Ostmarkenzulage für die in der Provinz Posen und in den gemischtsprachigen Teilen der Provinz Westpreußen angestellten Beamten wurde von unseren Rednern als Korruptionsprämie bekämpft und verlangt, daß der Gesamtheit der Beamtenschaft und Unterbeamtenschaft auf dem Wege einer Gehaltsaufbesserung das gegeben werden soll, was ein Teil von ihnen bislang in Gestalt der Ostmarkenzulage aus politischen Gründen empfangen hatte. Die Ostmarkenzulage wurde in namentlicher Abstimmung mit 183 gegen 121 Stimmen in der zweiten Beratung gestrichen. In der dritten Beratung wurde ein von uns gestellter Antrag, den sämtlichen mittleren und unteren Beamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung eine dauernde unwiderrufliche Zulage in Höhe der bisherigen Ostmarkenzulage zu gewähren, abgelehnt. Dasselbe Schicksal ereilte den von konservativer, freikonservativer und nationalliberaler Seite gestellte Antrag auf Wiedereinstellung der Ostmarkenzulage. Dagegen gelangte ein Zentrumsantrag zur Annahme, der für diejenigen Beamten, die aus dem Ostmarkenfonds im Post-, Militär- und Reichsschatzamtsetat am 31. März 1912 eine Zulage erhalten hatten, eine Entschädigung für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1912 einzusetzen, die Streichung der Ostmarkenzulage aber bestehen zu lassen. Die Ostmarkenzulage kommt also vom 31. Dezember 1912 ab in Wegfall.

Die Postassistenten sind bei der **Verabschiedung des Besoldungsgesetzes** besonders schlecht fortgekommen. Unsere Redner verlangten die **Gehaltssätze** für sie so festzusetzen, **wie es bei der zweiten Beratung des Besol-**

dungsgesetzes beschlossen, in der dritten Lesung aber mit Rücksicht auf die Summen gestrichen war, die für die Erhöhung der Gehälter höherer Beamten erforderlich waren. Ferner wird Herabsetzung der Dienststunden, Besserung der Verhältnisse der Postarbeiter und Arbeiterausschüsse von unseren Rednern begehrt.

Beim Etat des **Reichseisenbahnamts und der Reichseisenbahnen** legten unsere Redner den Zusammenhang von Unfällen mit der Länge der Arbeitszeit, mit dem Mangel ausreichender Ruhezeit des Eisenbahnpersonals und mit den schlechten Unterkunftsräumen für das Zugpersonal dar. 12—16stündige Arbeitszeiten sind keine Seltenheit. Ein Fall wurde angeführt, in dem ein im Fahrdienst beschäftigter Beamter, nachdem er eine 24stündige Dienstzeit mit einer Stunde Pause hinter sich hatte, nach 5stündiger Ruhezeit wieder eine 20stündige Dienstzeit antreten mußte. Eine von uns gestellte Resolution auf reichsgesetzliche Regelung der Dienst- und Ruhezeiten des Personals der deutschen Eisenbahnen gelangte zur Annahme. Nicht minder wie bei der Post herrscht bei der Eisenbahnverwaltung ein mit dem Gesetz unvereinbarer Eingriff in das Koalitions-, Versammlungs- und Vereinsrecht der Eisenbahner und eine Bedohung ihrer Wahlfreiheit. In einem Erlaß heißt es: „Auch außerhalb des Dienstes hat sich der Arbeiter achtbar und ehrenhaft zu führen und sich von der Teilnahme an deutschfeindlichen, sozialdemokratischen und anderen ordnungsfeindlichen Bestrebungen, Vereinen und Versammlungen fernzuhalten." Dieses verfassungswidrige, mit dem Beamteneide, der die Achtung vor der Verfassung verspricht, unvereinbare Verhalten, wurde auch bei dieser Verwaltung lebhaft kritisiert. An kleinlichen vexatorischen Maßnahmen läßt es die Eisenbahnverwaltung nicht fehlen. So wird eine Art Preßzensur in fast allen deutschen Staaten auf den Bahnhöfen beim Vertrieb der Zeitungen dahin ausgeübt, daß Revolver- und Schmutzblätter zum Verkauf zugelassen, die sozialdemokratischen Blätter sowie die „Welt am Montag" und der „Simplizissimus" aber vom Verkauf ausgeschlossen werden. Diese Handhabung wurde von unsern Rednern aufs entschiedenste bekämpft. Eine von uns zu diesem Etat gestellte Resolution verlangt, der Reichskanzler solle dahin wirken, daß den Arbeitern der Verwaltung der Reichseisenbahnen für die Wochenfeiertage der Lohn ausgezahlt werde. Bei der Abstimmung stellte sich Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus. Eine erneute Abstimmung wird in der kommenden Session erfolgen. Ferner hatten wir beantragt, eine Reihe von Petitionen von Eisenbahnarbeitern und Eisenbahnhandwerkern dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, während die Budgetkommission diese Petition lediglich als Material überwiesen wissen wollte. Diese Petitionen waren vom Verband der elsaß-lothringischen Eisenbahnarbeiter in Straßburg und vom Verband deutscher Eisenbahnhandwerker und -Arbeiter, Sitz Berlin, vom Zentralverband deutscher Handwerker und Arbeiter, Sitz Elberfeld, und vom Verband der Bahnunterhaltungsarbeiter in Elsaß-Lothringen und Luxemburg eingereicht. Sie betrafen Gewährung staffelweiser Lohnzulagen, Erhöhung der Löhne, Lohnzahlung für die Wochenfeiertage, Einführung einer neunstündigen Arbeitszeit und eines Erholungsurlaubs, Ausbau der Arbeiterausschüsse und Anerkennung der Verbände als Berufsorganisationen. Unser Antrag gelangte in zweiter Lesung am 29. April mit knapper Mehrheit zur Annahme, soweit er sich auf die zwei ersten Petitionen bezog. Die Abstimmung wurde im übrigen ausgesetzt. In dritter Lesung gelangte dann unser Antrag über die beiden anderen Petitionen zur Abstimmung und wurde abgelehnt.

Die Beratung des **Justizetats** gab unsern Rednern Gelegenheit, einen freiheitlichen Ausbau des Strafrechts zu verlangen. Die Vorberatungen zum

Strafgesetzbuch, zu denen Sozialdemokraten und Arbeitervertreter nicht zugezogen sind, bewegen sich in der Richtung der Unterdrückung politischer Freiheit und gewerkschaftlicher Betätigung. Abermals wurde dargelegt, wie notwendig die Erfüllung der Forderung ist, daß aus und vom Volk gewählte, wirklich unabhängige Richter Recht sprechen. Wie die politische Gesinnung der Richter beeinflußt wird, zeigte die Anführung der Rüffelung eines nationalliberalen Amtsrichters Havenstein, des Vorsitzenden des nationalliberalen Vereins in Pillkallen. Dieser hatte nach den Wahlen einen Aufruf des nationalliberalen Vereins an seine Parteifreunde veröffentlicht, in dem die Erfolge des Vereins mit dem Hinzufügen gewürdigt wurden, daß sie ohne unfaire Mittel errungen worden seien. Daraufhin ließ der Justizminister dem Richter durch den Oberlandesgerichtspräsidenten eröffnen, daß er das Verhalten Havensteins beanstande und von ihm in Zukunft eine größere Zurückhaltung in politischen Dingen erwarte. Die Strafjustiz versagt in einer großen Reihe von Fällen, wo es sich um Delikte gegen Rechte der Arbeiter handelt. So auf dem Gebiet des Koalitionsrechts und des Arbeiterschutzes, so im Fall der Tötung des Arbeiters Herrmann, dessen polizeiliche Totschläger bis heute noch nicht unter Anklage gestellt sind. Ungeheure Strafen werden aber da ausgeworfen, wo es sich um Verletzung vermeintlicher Rechte der Kapitalistenklasse, insbesondere um Schutz der sogenannten Arbeitswilligen handelt. Wahre Orgien feierte die Klassenjustiz anläßlich des Bergarbeiterstreiks. Ein typisches Beispiel sei aus der reichen Fülle der im Reichstag von unsern Rednern angeführten Fälle wiedergegeben. Vor dem Schöffengericht in Unna war ein Streikbrecher angeklagt, der auf eine militärische Patrouille geschossen hatte. Er erhielt wegen der an versuchten Totschlag grenzenden Straftat nur zwei Wochen Gefängnis und 20 Mk. Geldstrafe. Dasselbe Gericht hatte über eine Frau zu urteilen, die „Streikbrecher" gerufen hatte; das Gericht erkannte auf drei Wochen Gefängnis. Die bürgerlichen Parteien überboten sich in der Debatte in der Verteidigung des Strafrechtsystems als Klasseninstitut zur Niederhaltung der Arbeiter und der minderbemittelten Volksklassen. Der Staatssekretär stellte die Fertigstellung des Entwurfs des Strafgesetzbuches in weite Aussicht: im Herbst 1913 werde die Kommission die erste, im Jahre 1914 die zweite Beratung vollendet haben. Dann würde der Entwurf zur Kritik veröffentlicht und wohl erst dem im Jahre 1917 zu wählenden Reichstag zur Beratung unterbreitet werden.

Beim **Kolonialetat** legten unsere Redner dar, daß die Kolonisation den Interessen der deutschen Kapitalisten und des von ihnen protegierten Imperialismus dient. Eine Folge der imperialistischen Politik, in deren Rahmen Wehrvorlage, Wettrüsten und Kolonialpolitik liegen, ist der Gegensatz zwischen England und Deutschland. Dem Imperialismus entgegenzutreten, liegt im Interesse der deutschen Arbeiter. Sie, die selbst in Deutschland unterdrückt und ausgebeutet werden, können nicht die Hand dazu bieten, andere Menschen zu unterdrücken und auszubeuten. Vorteil von der Kolonialpolitik haben lediglich einige Kapitalisten, nicht die Arbeiter. Die Kolonialpolitik belastet das Deutsche Reich mit weit über 30 Millionen Mark Jahreszuschuß. Nach 25jähriger Tätigkeit ist erreicht, daß 21 667 Weiße, Männer, Frauen und Kinder, insgesamt in allen deutschen Kolonien wohnen. Davon waren Männer über 15 Jahre 10 417, darunter 927 Missionare und 4118 Beamte; auf etwa 2½ Deutsche kommt also 1 deutscher Beamter. Unser grundsätzlich die Kolonialpolitik bekämpfender Standpunkt wird uns nach wie vor nicht davon abhalten, dahin zu arbeiten, daß in den Kolonien mehr als bisher Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Kultur zur Geltung kommt und das Los der unterdrückten und

unterjochten Völker möglichst gebessert werde. Von diesem Standpunkt aus kritisierten unsere Redner die Fülle von Mißständen in den Kolonien. Von dem Abgeordneten Mumm war eine Resolution dahin beantragt, es solle darauf hingewirkt werden, daß der *Alkoholimport* für den Konsum der einheimischen Bevölkerung in den deutschen Schutzgebieten stetig mehr eingeschränkt werde. Von unserer Seite wurde beantragt, das Wort „einheimische“ zu streichen, da, wie unser Redner ausführte, eine Differenzierung zwischen heimischer und deutscher Bevölkerung um so weniger angebracht ist, als unsere Kolonialbeamten und Kolonialoffiziere doch zugleich vorbildlich wirken sollen, das Verhalten der Weißen aber tatsächlich Weiße zum Tropenkoller und Einheimische zu dem Ausspruch geführt hat: „Der ist betrunken wie ein Weißer“. Unser Antrag fand *Annahme*.

Bei dem Etat für *Südwestafrika* kam besonders die *Diamantenfrage* und die Verordnung zur Sprache, die das *Halten von Großvieh* seitens der Eingeborenen von der Genehmigung des Gouverneurs abhängig machte. Aufhebung dieser Verordnung, die die wirtschaftliche Selbständigmachung der Eingeborenen hindert, verlangten wir. Unser Antrag wurde *angenommen*.

Bei dem Etat für *Samoa* wurde das durch Verordnung eingeführte *Mischehenverbot* von unserm Redner angegriffen. Eine von uns angeregte Resolution der Budgetkommission verlangt die Vorlegung eines Gesetzentwurfs, welcher die Gültigkeit der Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen in allen Schutzgebieten sicherstellt und das Recht derjenigen unehelichen Kinder regelt, auf welche etwa das Bürgerliche Gesetzbuch zurzeit nicht Anwendung findet. Die Resolution fand mit 202 gegen 132 Stimmen *Annahme*.

In dem Etat für *Kiautschou* ist eine Forderung von 650 000 M. für die Erhöhung des Personalbestandes der Besetzungstruppen ausgeworfen. 500 Mann sind von der planmäßig Ende Februar zur Auflösung gelangenden Gruppe zurückgehalten worden. Das sei zum Schutze des Lebens und Eigentums der Deutschen in China anläßlich der chinesischen Revolution erforderlich gewesen, wurde behauptet. Wir wendeten uns *gegen* die Forderung. Während der Revolution ist kein einziger Deutscher geschädigt worden. 1500 Deutsche befinden sich in Kiautschou und 8 im übrigen China. Der hier eingeschlagene Weg sei ein anderer als der während der russischen Revolution eingeschlagene. Wäre etwas gegen Deutsche vorgekommen, so wäre der ordentliche diplomatische Weg zu beschreiten gewesen. Man kann nicht dem Deutschen im Ausland das gewähren, was ihnen im Inland versagt wird, nämlich, daß er die Verantwortlichkeit für seine eigenen Handlungen von sich ablehnt und der Gesamtheit überbürdet, wenn Folgen eintreten, die ihm nicht gefallen. Als in Moabit die Polizei Unruhen stiftete und bei dieser Gelegenheit englische Journalisten, die friedfertig ihrem Beruf nachgingen, von Polizeisäbeln blutig geschlagen wurden, hat England auch keine Truppen hierher geschickt. In Wahrheit seien die Truppen nach Kiautschou geschickt, um unsere imperialistische Politik zu fördern. Unter dem Titel „Schutz der Deutschen im Ausland“ habe man die Interessen der großkapitalistischen Banken und der Hochfinanz geschützt.

Die Beratung des **Militäretats** gab uns Veranlassung zur Bekämpfung des Duellunwesens, der Militärmißhandlungen, der Ueberlastung der Soldaten mit Gamaschendienst, der Verwendung von Soldaten zu Arbeiten, welche mit dem Militärdienst in keinerlei Zusammenhang stehen, ihrer Verwendung als Konkurrenten freier Arbeiter und Handwerker, der Mißstände in Militärwerkstätten, der Begünstigung des Schwitzsystems, des Zulageunwesens, sowie die Verausgabung kolossaler Summen für Reisen und Versetzungen der Offiziere.

Wir drängten wieder auf Vereinfachung des Dienstes, Abkürzung der Dienstzeit, Beseitigung des Einjährigen-Freiwilligen-Systems und Erziehung des Volks zur Wehrhaftigkeit. Eine Reihe von Beispielen konnte für die Zurücksetzung von der Karriere des Offiziers aus sozialen Gründen und für die *Drangsalierung der politischen und religiösen Ueberzeugung* des einzelnen durch das Militärsystem angeführt werden. Gegen den bekannten Generalarzt Prof. Czerny wurde vorgegangen, weil er bei der Wahl aufgefordert hatte, keinem Anhänger des schwarzblauen Blocks die Stimme zu geben. Ein Reserveoffizier, Rechtsanwalt Dr. Baumann in Düsseldorf, wurde mit schlichtem Abschied entlassen, weil er eine fortschrittliche Versammlung geleitet und dazu aufgefordert hatte, in der Stichwahl dem Sozialdemokraten die Stimme zu geben. Ein junger Mann, Bernhard Düwell, hatte sich auf einer Oberrealschule das Reifezeugnis für den einjährig-freiwilligen Dienst erworben. Der Berechtigungsschein für den Einjährig-Freiwilligendienst wurde ihm aber von der Prüfungskommission vorenthalten, weil er nicht „unbescholten“ sei, da er als siebzehnjähriger Mann Vorsitzender eines unpolitischen Vereins für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen und deshalb vom Gericht, das den Verein für einen politischen erachtete, mit 6 Mk. Geldstrafe bestraft war. Eine Beschwerde an den Kriegsminister war erfolglos. Der Kriegsminister, von unseren Genossen wegen dieses dem Gesetz und dem Rechtsgefühl ins Gesicht schlagenden Vorgehens zur Rede gestellt, suchte der Zivilbehörde allein, die jenen ungeheuerlichen Bescheid erteilt hatte, die Schuld aufzubürden, und führte dann an, der Verein, dessen Vorsitzender Düwell war, habe die Arbeiterjugend der sozialdemokratischen Partei zuführen wollen. Als ob jemand bescholten ist, weil er sich zu einer bestimmten politischen Partei bekennt! Wie in diesen Fällen gegen klare gesetzliche Bestimmungen die *politische* Ueberzeugung Nichtschwarzblauer drangsaliert wurde, so eifert die Militärbehörde auch gegen die *religiöse* Ueberzeugung von Staatsbürgern in klaren Verstößen gegen das Gesetz vom 3. Juli 1869. Katholische Mitbürger mußten den Abschied als Reserve- oder Landwehroffiziere nehmen, weil sie ein nach ihrer religiösen Ueberzeugung unzulässiges und durch das Strafgesetz verbotenes Duell ablehnten. Jüdische Mitbürger wurden nicht zum Reserveoffizier zugelassen, beileibe aber nicht, wenn man den Beteuerungen des Kriegsministers Vertrauen schenkt, weil sie Juden sind, da sind ganz andere Gründe maßgebend. So soll das Hindernis zur Beförderung als Reserveoffizier die Qualität der Tante des Offiziersaspiranten gewesen sein, denn diese sei Eierhändlerin und lege ein zweifelhaftes Gebaren an den Tag, weil sie ein „Heilinstitut für Stotterer“ mit Erfolg betreibt. In wachsendem Maße wird das Heer mit allen Gewaltmitteln des Staates nicht nur zum Klasseninstrument gegen die Interessen der Arbeiterklasse, sondern zur einseitigsten Förderung der Interessen und Gesetz und Recht hohnsprechenden Anschauungen der Kaste der Junker und Großkapitalisten verwendet und die gesetzliche Gleichberechtigung der Bürger mißachtet.

Von uns zu diesem Etat eingebrachte Resolutionen verlangten:

1. bei allen bundesstaatlichen Regierungen dahin zu wirken, daß die *Jugend* durch eine bessere geistige und körperliche Ausbildung in Volksschulen und Fortbildungsschulen unter Ausschluß jeder politischen Beeinflussung *zur Wehrhaftigkeit erzogen* wird;

2. der Reichskanzler solle dahin wirken, daß kein Angehöriger des Reichs wegen seiner *religiösen oder seiner politischen Ueberzeugung* irgendwelche Zurücksetzung erfährt;

3. bei Anfertigung von Bedarfsartikeln, namentlich bei Anfertigung von Bekleidungsstücken für die Heeresverwaltung auch die *Arbeitergenossenschaften* zu berücksichtigen;

4. dahin zu wirken, daß die *Lage der in den Militärbetrieben beschäftigten Handwerker, Arbeiter und Arbeiterinnen gebessert* wird, insbesondere dahin:

a) daß die Lohnklassen abgeschafft und die Löhne nach der Dienstzeit abgestuft, sowie einschließlich der Akkordlöhne erhöht werden;

b) daß fester Wochenlohn ohne Abzug für Wochenfeiertage, sowie bei gesundheitsgefährlicher Arbeit eine Gesundheitszulage gewährt wird;

c) daß der Sommerurlaub erweitert wird;

d) daß freie ärztliche Behandlung und freie Arznei, sowie Sterbegeld für Invaliden und deren Ehefrauen gewährt wird;

e) daß die Satzungen der Arbeiterausschüsse dahin geändert werden, daß die Ausschüsse in ihrem Bestand und in ihrer Zusammensetzung vor behördlichem Eingriff gesichert werden; daß ferner die Mitglieder der Ausschüsse in ihrem Arbeitsverhältnis sichergestellt werden, und daß die Befugnisse der Ausschüsse erweitert werden, insbesondere, daß ihnen bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein Mitbestimmungsrecht und die Befugnis gegeben wird, die Forderungen der Arbeiter den höheren Dienststellen unmittelbar vorzutragen;

f) daß die Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre politische Gesinnung eingestellt und beschäftigt werden.

Von diesen Resolutionen sind die beiden erst angeführten noch nicht zur Abstimmung gelangt, die unter 3 aufgeführte wurde abgelehnt, ebenso die zu 4a und 4d gestellten. *Angenommen* wurden die unter 4b, 4c, 4e und 4f aufgeführten Resolutionen.

Die **Duellfrage.** Aus Anlaß des bereits beim Justizetat zur Sprache gebrachten Falls des Oberarztes der Landwehr, Dr. Sambeth, war durch Kabinettsorder ausgesprochen, eine aus religiöser Ueberzeugung entsprungene grundsätzliche Verwerfung des Zweikampfes könne zwar nicht zum Gegenstand ehrengerichtlicher Aburteilung gemacht werden; ein Offizier aber, der durch diese Auffassung zu den Grundanschauungen seiner Standesgenossen in Widerspruch tritt, könne nicht länger in seiner Dienststellung gelassen werden. Dr. Sambeth wurde zur Einreichung seines Abschiedsgesuchs veranlaßt. Die Stellungnahme der Kabinettsorder werde, so erklärte ein Zentrumsredner, als ein direkter Schlag in das Gesicht des christlichen Volks empfunden. Der Kriegsminister erwiderte: „Die Kabinettsorder sagt ausdrücklich, daß eine ehrengerichtliche Untersuchung, sobald jemand aus religiösen Gründen das Duell ablehnt, nicht am Platze wäre, d. h. mit anderen Worten: Hier handelt es sich nicht um würdig oder nichtwürdig, sondern hier handelt es sich lediglich darum: *jemand, der Auffassungen bekundet, wie es der betreffende Herr getan hat, paßt unter den vorliegenden Umständen nicht mehr in die Verhältnisse, in denen er bisher war.*" Diese Darlegungen lösten einen Sturm der Entrüstung im Zentrum aus. Der Abgeordnete Spahn erklärte am folgenden Tage, durch diese Aeußerung stelle der Kriegsminister sich und den Offiziersstand außerhalb des Gesetzes und wies auf weitere Besprechungen in der Kommissionsverhandlung hin. In der Kommission erklärte der Kriegsminister,

er habe in der Erregung über die Kritik der Kabinettsorder eine ungewollt scharfklingende Fassung gewählt, blieb in der Sache selbst aber auf seinem Standpunkt stehen. Die Aufregung und Entrüstung des Zentrums legte sich bald bereits in der Kommission. Dort hatten wir beantragt

„Den Reichskanzler zu ersuchen, er möge die erforderlichen Schritte tun, um dem gesetzwidrigen Duellwesen im Heer dadurch ein Ende zu machen, daß ein jeder Offizier oder Militärbeamter, der zum Duell herausfordert oder eine Herausforderung annimmt, oder sonst bei einem Duell mitwirkt, oder durch die Androhung mit Benachteilungen irgendwelcher Art einen Angehörigen des Heeres zum Duell zu veranlassen sucht, aus dem Heeresverband zu entfernen ist."

Diese Resolution gelangte jedoch nicht zur Annahme, vielmehr eine vom Zentrum und eine von der Freisinnigen Volkspartei eingebrachte Resolution. Der Zentrumsvorschlag ersucht in seinem ersten Teil den Reichskanzler, alsbald Schritte zu tun, die geeignet sind, die Zweikämpfe zu beseitigen, insbesondere den Zwang zur Herausforderung zum Zweikampf und zur Annahme eines solchen entgegenzutreten, während der zweite Teil verlangt, daß die Bestimmungen der Kabinettsorder des Jahres 1897 über die Einschränkung und Vermeidung der Zweikämpfe überall und in allen Teilen zur Durchführung gelange. Gegen diesen zweiten Teil wendeten wir uns, weil er eine grundsätzliche Anerkennung des Duellzwangs enthält. Für den freisinnigen Antrag stimmten wir. Er ersucht den Reichskanzler, die erforderlichen Schritte zu tun, um dem gesetzwidrigen Duellwesen im Heere dadurch ein Ende zu machen, daß eine Aenderung des Militärstrafgesetzbuches in dem Sinne herbeigeführt wird, daß bei der Bestrafung des Zweikampfes und der Herausforderung zum Zweikampf auf die Nebenstrafe der Entlassung aus dem Heere zu erkennen ist. Gegen die Stimmen der Konservativen gelangten im Plenum diese Anträge der Kommission und mit 144 gegen 122 Stimmen ein von uns gestellter *Zusatzantrag zur Annahme*, der die Ergreifung von Schritten forderte, damit ein Offizier, der ein Duell ablehnt, unter keinen Umständen deshalb aus dem Heere entlassen werden darf. Die Konservativen stimmten gegen *alle* auf die Beseitigung des Duellzwanges abzielenden Anträge, wiewohl sie anerkannten, daß „*der Zweikampf gegen göttliches und menschliches Gesetz verstößt.*"

Bei dem Etat der **Marine-Verwaltung** wurden Mißstände in den Arbeitsverhältnissen auf den Werften und in den Bekleidungsämtern von unserer Seite zur Sprache gebracht und dagegen protestiert, daß an Firmen mit schlechten Arbeitsbedingungen, wie Krupp und Schichau, Arbeit ausgegeben wird. Von unseren Rednern wurde auch Abhilfe gegen die Schädigungen der Kleinschiffer der Nordsee durch Schießübungen und Minenübungen verlangt.

* * *

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz.

Dem Reichstag ging zum Beginn der Session der Entwurf eines Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes zu. Er enthält eine Reihe von Abänderungsbestimmungen zu dem Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870. Durch ihn soll endlich dem von den verschiedensten Parteien seit Jahren ausgesprochenen Wunsch entsprochen werden, die Vorschrift aufzuheben, nach der die deutsche Staatsangehörigkeit durch 10jährigen Aufenthalt im Ausland ohne weiteres verloren gehen kann.

Aber der Entwurf enthält auch eine Reihe Bestimmungen sehr bedenklicher Natur und geht an dringenden Forderungen vorüber. Unsere Redner verlangten eine gründliche Umgestaltung des Entwurfes. In ihm fehle ein Recht auf Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für die sogenannten Heimatlosen, insbesondere ehemalige Hannoveraner und Dänen, die infolge der politischen Verhältnisse und der Verschiedenartigkeit der staatlichen Gesetze über den Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit in keinem Staat die Staatsangehörigkeit besitzen. Ein Recht auf Naturalisation müsse auch den Ausländern eingeräumt werden. Die Ausländer sollten nicht länger wie vollkommen rechtlose Heloten behandelt werden dürfen. Es müssen generelle Rechte für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ihnen und insbesondere den in Deutschland geborenen und erzogenen Kindern von Ausländern oder Heimatlosen, sowie denen eingeräumt werden, die in Deutschland eine vermeintliche militärische Dienstpflicht erfüllt haben. Die Versagungsgründe müßten genau umgrenzt werden. Zur Durchführung der Rechte und zum Schutz der Willkür der Behörden sei eine aus unabhängigen Richtern bestehende Instanz und die Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichtshofes erforderlich. Mit Entschiedenheit wendeten sich unsere Vertreter gegen die Erschwerung der Naturalisation von Ausländern, die der Entwurf dahin vorschreibt, daß vor der Aufnahme von Ausländern alle deutschen Staaten befragt werden. Auf diesem Wege solle die insbesondere ausländischen Arbeitern feindliche preußische Praxis allgemein in Deutschland eingeführt werden. Beseitigt werden müsse der Rest einer Geschlechtsvormundschaft der Frau, der in der Vorschrift liegt, daß Frauen ohne weiteres durch eine Ehe mit einem Ausländer ihre Staatszugehörigkeit verlieren. Als Vorbedingung zur Wiedererlangung der Staatsangehörigkeit für Witwen oder geschiedene Frauen eines Ausländers, die zur Zeit ihrer Eheschließung Deutsche waren und die sich im Inland niederlassen, wird im Entwurf der Nachweis verlangt, daß die nachsuchende „einen unbescholtenen Lebenswandel geführt hat". Ein gleicher Nachweis wird zur Wiedererlangung der Staatsangehörigkeit eines Deutschen verlangt, der sich nicht im Inlande niedergelassen hat. Unsere Redner wendeten sich gegen diese kautschukartige und politischer Mißdeutung fähige Voraussetzung. Sie legten ferner die Unbilligkeit der Vorschrift dar, daß, wer die deutsche Staatsangehörigkeit wiedererlangen will, zunächst die inzwischen erlangte Staatsangehörigkeit aufgeben, also staatenlos werden solle. Das Recht auf Rückgewährung der Staatszugehörigkeit müsse erleichtert werden. Als Grund des Verlustes der Staatszugehörigkeit dürfe die Nichterfüllung der Wehrpflicht in der allgemeinen im Entwurf vorgeschlagenen Form nicht bestehen bleiben. Durchaus unbegründet sei die Aufhebung der Möglichkeit für einen Deutschen, in verschiedenen Staaten staatsangehörig zu sein. Im Gegenteil müsse die Umständlichkeit des Aufnahmeverfahrens für einen Deutschen in einen deutschen Staatsverband beseitigt werden. Ein Deutscher sollte ohne seinen Antrag durch die Tatsache seines Zuzugs in einen Bundesstaat Angehöriger des Bundesstaats werden, in dem er seinen Wohnsitz genommen hat. Zum mindesten müsse seine Erklärung, daß er das Staatsbürgerrecht in dem Staat erwerben will, genügen, um ihm die Staatszugehörigkeit zu verschaffen.

Von bürgerlicher Seite wurden viele der vorgebrachten Bemängelungen des Gesetzentwurfes als berechtigt bezeichnet. Zur Vorberatung wurde der Entwurf einer Kommission überwiesen. Diese hat ihre Arbeiten noch nicht beendet.

* * *

Internationale Bekämpfung des Mädchenhandels.

Ein internationales Uebereinkommen zur Bekämpfung des Mädchenhandels vom 4. Mai 1910 stellt fest, daß der Mädchenhandel in den Ländern, die dem Uebereinkommen beigetreten sind, als strafbare Handlung anzusehen ist, und begründet die gegenseitige Auslieferungspflicht wegen dieses schmählichen Verbrechens. In Deutschland sind die in dem Abkommen bezeichneten Handlungen bereits mit Strafe bedroht. Ein dem Reichstag vorgelegtes Ausführungsgesetz zu dem internationalen Abkommen sieht die gegenseitige Auslieferungspflicht vor. Bei der Besprechung dieses Gesetzes sprach unser Redner die Befriedigung darüber aus, daß endlich ein internationales Abkommen gegen den international betriebenen Mädchenhandel abgeschlossen ist. Leider weise dasselbe noch große Lücken auf. 12 europäische Staaten (Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Portugal, Rußland, Schweden und Bulgarien) sind dem Abkommen beigetreten. Insbesondere fehlt noch der Beitritt der Schweiz, der Türkei, der kleinen Balkanstaaten, der amerikanischen Staaten, mit Ausnahme Brasiliens, ferner der englischen Kolonien. Bedauerlich sei auch, daß unter den Straftaten, zu deren Bestrafung die Staaten sich verpflichten, die Verschleppung unter Zustimmung des Mädchens sowie die Zurückhaltung in einem Bordell nicht aufgeführt sind, und das Abkommen nicht die Beseitigung der Bordelle in jeder Form vorsieht. Dies müsse erstrebt werden. Der Mädchenhandel habe seine Wurzeln wie die Prostitution in den Zuständen der heutigen Gesellschaft. Gegen die Ursachen der wirtschaftlichen und geistigen Not, aus der heraus viele Mädchen dem Mädchenhandel und Bordellelend anheimfallen, müsse Aufklärung und rücksichtslose, radikale Sozial- und Schulpolitik ankämpfen. Die Vorlage wurde vom Reichstag einstimmig gutgeheißen.

* * *

Brüsseler Zuckerkonvention.

Die Zustimmung zu der Verlängerung der internationalen Brüsseler Zuckerkonvention vom 5. März 1902 für eine fünfjährige, am 1. September 1913 ab laufende Frist wurde in einer am 21. März dem Reichstag zugegangenen Vorlage verlangt. In dieser Konvention ist das bisher an Rußland zugestandene Kontingent von 200 000 Tonnen aufrecht erhalten und Rußland außerdem ein Kontingent von 150 000 Tonnen für das Betriebsjahr 1911/12 und von je 50 000 Tonnen für die folgenden beiden Betriebsjahre zugestanden. Bei der Beratung über diesen Vertrag hoben unsere Redner hervor, daß wir der Konvention als dem kleineren Uebel zustimmen, um der Prämienwirtschaft ein Ende zu machen. Im Interesse der Industrien, die Zucker verarbeiten, und im Interesse der Konsumenten treten wir für Verbilligung des Zuckers ein. Die Klagen über die Konkurrenz des russischen Kontingents sind die Folgen der Mißwirtschaft des Schutzzollsystems und der Prämienwirtschaft, die dem deutschen Volk 1400 Millionen Mark Steuern aus der Tasche geholt und in die Taschen der Zuckerfabrikanten gesteckt und außerdem noch 500 Millionen Mark durch den Schutzzoll den Zuckerfabrikanten eingebracht hat. Wenn die ehemaligen Anhänger der Prämienwirtschaft jetzt sich über das Prämiensystem in Rußland mit Recht beklagen, so sollten sie bedenken, das Rußland nur das nachmacht, was Deutschland ihm früher vorgemacht hat.

Um zu besseren Zuständen zu gelangen, sollte man den Zuckerzoll und die Steuern auf Zucker aufheben. 1908 habe der Reichstag dem zugestimmt, daß bei der nächsten Erhöhung der Reichseinnahmen um mehr als 35 Millionen die Zuckersteuer von 14 auf 10 Mk. herabgesetzt werde. Bei den Beratungen über die Finanzreform ist aber die beschlossene Milderung der Zuckersteuer bis zum 1. April 1914 verschoben. Im Interesse der Zuckerindustrie, der Zucker produzierenden Landwirtschaft und der Arbeiter liege die Aufhebung der Zuckersteuer. Ist diese erfolgt, dann ist das kleinere Uebel der Konvention nicht mehr erforderlich.

Der Vertrag wurde gegen die Stimmen des größten Teiles der Konservativen und eines Teiles der Nationalliberalen angenommen

* * *

Kleinere Gesetze.

Den Verträgen mit Bulgarien — einem Konsularvertrag, einem Vertrag über Rechts-, Schutz- und Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten, einem Auslieferungsvertrag und dem dazu gehörigen Ausführungsgesetz — stimmten wir zu, weil sie gegen den bisherigen Zustand einen Fortschritt darstellen. Desgleichen dem Zusatzvertrag zu dem Auslieferungsvertrag mit Luxemburg.

Von kleineren Vorlagen wäre noch der Gebührentarif für den Kaiser-Wilhelm-Kanal, das Truppenschutzgesetz und der Entwurf zu einem Militärluftfahrfürsorgegesetz zu erwähnen. Den Vorlagen konnten wir unsere Zustimmung geben. Auf unsern Antrag ist der schauerliche Titel des letztgenannten Gesetzes geändert in „Entwurf zu einem Fürsorgegesetz für militärische Luftfahrer". Der Inhalt des Gesetzes weist den im Dienst der Militärluftschiffahrt Beschädigten und ihren Hinterbliebenen schon im Frieden die gleichen Bezüge zu wie nach dem Militärpensionsgesetz die im Kriegsdienst Beschädigten zu erhalten haben. Unsere Redner betonten, daß neben der Fürsorge für die Opfer des Luftfahrdienstes die selbstverständliche Vorsorge für die Verhinderung derartiger Unfälle nicht vergessen werden darf. Sie legten ferner Verwahrung dagegen ein, daß die Luftfahrzeuge im Kriege zu einem anderen Zweck als dem Aufklärungsdienst benutzt werden.

* * *

Interpellationen.

1. Zu Beginn der Reichstagsaktion brachten wir folgende Interpellation ein:

Ist der Herr Reichskanzler bereit, im Hinblick auf den ungewöhnlich hohen Preis der Kartoffeln und die in weiten Kreisen der deutschen Landwirtschaft herrschende Notlage, die durch den **Mangel an Futtermitteln hervorgerufen** wurde,

1. die Aufhebung des am 15. d. M. wieder zur Geltung kommenden Kartoffelzolls,

2. die Aufhebung des Zolls auf Futtergerste und Mais herbeizuführen?

Die Besprechung dieser Interpellation erfolgte in Gemeinschaft mit einer von der Freisinnigen Volkspartei eingebrachten Resolution, die Suspendierung des Zolls verlangte. Unsere Prophezeiung, daß die Zolltarifgesetzgebung das deutsche Volk infolge des beschlossenen Zolltarifs von 1902 und der beschlossenen Zölle einen schweren Notstand überantworten würde, ist, wie unsere Redner ausführten, voll eingetreten. Die Lage der minder bemittelten Klassen ist trübseliger geworden, während die reichen Agrarier reichen Segen haben. Einen besonderen Geniestreich bildet die Einführung eines Kartoffelzolles. Während die Motive zum Zolltarif ausführten, es erscheine mehr als fraglich, ob durch einen nur für die Frühjahrszeit geltenden Zolltarif die Luxuskartoffeln auch wirklich ausschließlich getroffen werden, setzten die Agrarier einen Zoll in Höhe von 2,50 Mk. für den Doppelzentner für die Zeit vom 15. Februar bis 31. Juli durch. Es gibt weite Distrikte, deren Bevölkerung leider nur von Kartoffeln lebt. Für diese ist der Kartoffelzoll und die Kartoffelteuerung ein großes Unheil. Die Anbaufläche für Kartoffeln ist von 2 Millionen Hektar im Jahre 1900 auf über 3 Millionen gestiegen. Die Mißernte ist aber für die weitesten Kreise für die Arbeiterklasse, die kleinen Beamten, die Handwerker, die kleinen Bauern, die Tagelöhner von den allernachteiligsten Folgen begleitet gewesen. Die Preise sind von 2,50 Mk. auf 5, 6, ja 8 Mk. gestiegen. Daneben die immense Teuerung des Gemüses! Eine Suspendierung des Zolles bis Ende April genügt nicht, weil die Kartoffeln vom 1. Mai bis zum August am nötigsten und teuersten sind. Es handelt sich um keine vorübergehende Teuerung. An einer Verbilligung der Futtermittel hat ein großer Teil der Landbevölkerung ein erhebliches Interesse. Der Staatssekretär lehnte eine Aufhebung des Zolls auf Futtergerste und Mais ab und erklärte, daß die Regierungen lediglich für Suspendierung des Zolls auf Kartoffeln ausländischen Kartoffeln vorjähriger Ernte für die Zeit vom 15. Februar bis zum 30. April eintreten können. Das war alles, zu dem die Regierungen sich bereit erklärten. Das Zentrum wollte nicht wahr haben, daß es für den Kartoffelzoll eingetreten sei. Es ließ sich ihnen nachweisen, daß der Antrag auf Einführung des Kartoffelzolls von ihren Mitgliedern mitunterschrieben war. Der schwarzblaue Block wendete sich auch gegen eine Aufhebung der den Landwirt schwer bedrückenden Futtermittelzölle, weil das eine Durchbrechung des Zolltarifs wäre.

2. **Interpellation über die Auslegung des Jesuitengesetzes.** Unter dem 11. März ordnete die bayerische Regierung an, daß zu der nach dem Jesuitengesetz verbotenen Ordenstätigkeit in Zukunft nicht gerechnet werden sollen die Konferenzvorträge, auch wenn sie in kirchlichen Räumen stattfinden und mit ihnen die Gelegenheit zum Empfange der Sakramente verbunden ist, sowie solche priesterlichen Handlungen, die zum Zweck vorübergehender Aushilfe in der Seelsorge in Abhängigkeit vom zuständigen Pfarramt vorgenommen werden. Die nationalliberale Fraktion interpellierte den Reichskanzler, welche Schritte er zu tun gedenke, um das Recht zur Ueberwachung der Reichsgesetze gegenüber dem von Bayern unternommenen Schritte Geltung zu verschaffen. Der Reichskanzler erwiderte, daß Bayern die Ausführung seines Erlasses suspendiert und sich damit einverstanden erklärt hat, daß der bislang vom Bundesrat noch nicht interpretierte Begriff der „Ordenstätigkeit" vom Bundesrat festgelegt werde. Solche Definition werde der Bundesrat vornehmen. Bayern werde sich der Entscheidung des Bundesrats fügen. Unser Redner brachte zum Ausdruck, daß wir der Konsequenzen halber die einseitige Auslegung des Jesuitengesetzes, bei der die jesuitische Kasuistik wahrhafte Triumphe feiere, mit der äußersten Schärfe bekämpfen. Solange das Gesetz besteht, müsse es auch beachtet werden. Die Unzuträglichkeiten und Differenzen über Interpretation des

Gesetzes wären erspart geblieben, wenn man sich endlich dazu hätte entschließen können, diesen alten und rissig gewordenen Torso aus der Zeit des Kulturkampfes zu beseitigen. Trotzdem die Jesuiten ein Faktor sind, der uns in stärkster Feindschaft gegenübersteht, werde uns das nicht abhalten, den Fall dieses Monstrums von Gesetz weiter zu betreiben.

* * *

Interpellation über den Bergarbeiterstreik.

Zum dritten Male seit dem Jahre 1889 wurde im März 1912 das Ruhrrevier der Schauplatz eines sozialen und wirtschaftlich bedeutungsvollen Ringens. Mit der Waffe des Streiks kämpften die Bergarbeiter um Erleichterung ihres harten Loses. Die Streikbewegung wuchs aus den Verhältnissen heraus. Trotz der außerordentlich gestiegenen Kosten für die Lebenshaltung hatten die Bergarbeiter noch nicht die *Löhne* von 1907 erreicht. 205 Mk. hatte der Hauer in Westfalen im Jahre 1911 weniger verdient als im Jahre 1907. Die auf den Kopf des Arbeiters gerechnete Fördermenge war gewaltig gestiegen, ebenso die Ueberschüsse der Werksverwaltungen. Allein 24 Werke hatten im Jahre 1910 einen Ueberschuß von 163 562 000 Mk. im Jahre 1911 einen solchen von 182 634 000 Mk. Der Verkaufspreis für Kohlen wurde von den Zechen für die Zeit vom 1. April 1912 ab um 90 Pf. pro Tonne verteuert. Die Arbeitsbedingungen der Bergleute hingegen waren immer schlechtere geworden. Die *Krankheitsziffern* und *Unfallgefahren* waren gestiegen. Durch *Zwangsarbeitsnachweise* und andere Einrichtungen beschränkte das Grubenkapital die persönliche Freiheit der Bergarbeiter. Die Gleichberechtigung der Arbeiter, die Anerkennung der Arbeiterorganisationen, wurde von den Bergherren schroff verweigert. Ansuchen um Besserstellung wurden von den Grubengewaltigen abgelehnt und verhöhnt. Arbeiterausschüssen wurde erwidert, sie hätten sich um Lohnbedingungen nicht zu kümmern, oder ihre Anliegen wurden höhnisch behandelt. Schwer war es, bei der Unsumme von Zorn und Empörung, die die schlechten Arbeitsbedingungen und die Behandlung durch die Zechenherren hervorgerufen hatten, einen schon vor den Reichstagswahlen drohenden Streik zurückzuhalten. Das Grubenkapital wünschte einen Streik, weil es — wie die Folge zeigte, leider nicht ohne Grund — hoffte, er würde durch Abtrünnigkeit und Verrat des christlichen Gewerkvereins verloren gehen.

Am 5. Februar trat auf Einladung des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins eine Konferenz der Vorstände der vier Bergarbeiterverbände (des alten Verbandes, des christlichen Gewerkvereins, des Hirsch-Dunckerschen und der Polen) zusammen. Auf dieser Konferenz erklärten die Vertreter des christlichen Gewerkvereins, daß sie zwar die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung anerkennen, es aber ablehnten, eine gemeinsame Lohnbewegung mitzumachen, weil die Grubenbesitzer eine Lohnerhöhung in Aussicht gestellt hätten. Sie verließen dann das Konferenzlokal. Die drei anderen Organisationen, der sogenannte Dreibund, richtete nun an die Zechenorganisation und an die fiskalischen Bergwerksverwaltungen das Ersuchen um eine *15prozentige Lohnerhöhung*. Die Eingabe wurde am 11. Februar schroff *abgelehnt*. Unter dem 19. Februar wurde eine neue Eingabe des Dreibundes mit zehn Forderungen und Fristsetzung bis zum 5. März gestellt. Am 4. März hob Sachse im Reichstag das Bedrohliche der Situation hervor. Am 7. März fand eine *Konferenz zwischen Vertretern der Regierung und einer Anzahl Bergarbeiterführern* der verschiedensten Richtungen

statt. Der Zweck der Konferenz war, wie der Staatssekretär mitteilte, die Einholung von Informationen. Er sprach auf der Konferenz die Ansicht aus, es sollen die Arbeiterausschüsse bei den Bergverwaltungen vorstellig werden. Ihm wurde erwidert, daß nach den trüben Erfahrungen, die die Arbeiterausschüsse im Jahre 1911 gemacht hätten, wenig Aussicht auf eine Verständigung auf diesem Wege vorhanden sei. Die Antworten der Zechenverwaltungen liefen darauf hinaus, daß sie die den Zechenverwaltungen längst bekannten Wünsche und Beschwerden zur Kenntnis nehmen wollten. Selbstverständlich ist den Bergleuten durch nochmalige Kenntnisnahme von ihrer traurigen Lage und ihren Wünschen auf Abhilfe nicht geholfen. Einige Zechen hatten auch schon rundweg abgelehnt, mit den Arbeiterausschüssen zu verhandeln.

Am 10. März beschloß die Revierkonferenz in Herne den Streik. In Versammlungen des *christlichen Gewerkvereins* wendete man sich an demselben Tage *gegen* den Streik. Mitglieder dieses Vereins wurden von ihren Führern aufgefordert, *sich mit festen Eisenstöcken und mit Eisenringen zu bewaffnen*, wenn sie nach der Grube gehen. Als tags darauf der Streik begann, wendeten sich mehrere Mitglieder des christlichen Gewerkvereins mit *Revolvern gegen Streikende*, ja sogar gegen Frauen und Kinder. Mehreren wurde die Waffe abgenommen. An dem Streik nahm ein großer Teil von Mitgliedern des christlichen Gewerkvereins und von Unorganisierten teil. Schon am zweiten Tage standen von einem Belegschaftszoll von 312 000 rund 230 000 Arbeiter im Ausstand. Da suchten die Scharfmacher die *öffentliche Meinung* gegen den von allen gerecht und sozial Denkenden als notwendig erachteten Streik zu *beeinflussen*. Es wurden Märchen über Ausschreitungen verbreitet. Während die örtlichen Polizeibehörden erklärten, Ausschreitungen in erheblichem Maße seien nicht vorhanden, erhob die dem christlichen Gewerkverein nahestehende Presse den *Schrei nach Schutz gegen Terrorismus*. Im *Herrenhaus* wurde eine Interpellation über den Streik eingebracht. Die Herren wetterten dort am 12. März gegen die Streikenden und riefen die Regierung zur Unterdrückung des Streiks an. *An demselben Tage* brachte die *Zentrumsfraktion* im Reichstag folgende Interpellation ein:

> „Ist der Herr Reichskanzler bereit, über den Stand des Streiks im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier Auskunft zu geben? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um unter Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der Bergarbeiter ein *rasches Ende* des die deutsche Volkswirtschaft schwer schädigenden Aufstandes herbeizuführen."

Die Besprechung der Interpellation fand am 14., 15. und 16. März statt. Die Begründung der Interpellation durch den Zentrumsredner war, wie der Abgeordnete Gothein (Freis. Volkspartei) im Laufe der Debatte ausführte: „auf eine Interpellation zugeschnitten, die nicht zur Beratung stand, sondern die ungefähr hätte lauten müssen: Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dem christlichen Bergarbeiterverband gegen den alten Bergarbeiterverband zu helfen?" Wollte ein Redner den Streikenden in den Rücken fallen, die öffentliche Meinung gegen den Streik beeinflussen und zu Gewaltmaßregeln gegen die Streikenden hetzen, damit der Streik ein „rasches Ende" finde, so hätte er nicht anders als die Zentrumsredner und der Abgeordnete Behrens von der wirtschaftlichen Vereinigung sprechen können. Die der Arbeiterbewegung feindliche Stellung der Interpellanten wurde vom *Staatssekretär* und vom *Minister Sydow* weidlich ausgenützt. Sie stellten sich ganz auf den Standpunkt der Grubenherren, fanden es in Ordnung, daß

6000 Polizeibeamte schon bei Beginn des Streiks im Ruhrrevier zusammengezogen waren und am 14. März Militär einrückte: Kürassiere, Dragoner und ein Infanterieregiment mit Maschinengewehren. Zur Rechtfertigung der Heranziehung von Militär im Streikgebiet zog Minister Sydow einen Bericht des Regierungspräsidenten von Münster an. Danach war die Heranziehung von Militär erforderlich, weil — Arbeitswilligen „Pfui" und „Streikbrecher" zugerufen sei, sowie weil Arbeitswillige durch „Schreie" seitens Ausständiger und seitens Frauen und Kinder belästigt waren. Gegen diese Unterdrückung der Rechte der Arbeiter durch Polizei und Militär, sowie gegen die inzwischen mit galoppierender Eile und mit drakonischen Strafen gegen Streikende einsetzende Justiz im Ruhrrevier machten unsere Redner Front. Sie legten den wirklichen Sachverhalt dar und zeigten, daß die Ruhe nur durch die Mitglieder des christlichen Gewerkvereins und durch Polizei beunruhigt war. Der erste Tote, den das behördliche Eingreifen erforderte, war der 17jährige Arbeiter Madega. Er hatte mit dem Streik nichts zu tun und wurde durch einen Polizeibeamten erschossen, als er über die Straße ging, um Kohlen aus einem Schuppen zu holen. Die Beweggründe des christlichen Gewerkvereins zu seinem einer Landesverräterei gleichliegenden Verhalten hellten unsere Redner auf. Die Begünstigung der gegen den Streik eingeschworenen katholischen Fachvereine durch den Fürstbischof Kopp gegenüber den christlichen Gewerkvereinen war eine der Triebfeder für die Führer des Gewerkvereins, der Streikbewegung sich fernzuhalten. Die Gründe, die sie veranlaßten, gleichzeitig gegen die Streikenden zu alarmieren, lagen auf politischem Gebiet. Es war die Rücksichtnahme auf das Zentrum und auf die Regierung. Die gegen die Arbeiter gerichtete Stellungnahme des Zentrums bei der Zollfrage, bei der Reichsversicherungsordnung, bei der Reichsfinanzreform und sein Wahlkompromiß mit den nationalliberalen Scharfmachern zwang das Zentrum, zumal es die wichtigste Stütze der Regierung bleiben wollte, und den christlichen Gewerkverein zu der Verräterei an den Bergleuten. Der christliche Gewerkverein war aus einem Verein zur Zusammenfassung der Arbeiter gegen die Bedrückung durch das Kapital zu einer Organisation zum Schutz der Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital, seine Losung: „Gegen Arbeit und für das Kapital", geworden. Hatten im Jahre 1905 sich die Redner aller Parteien, mit Ausnahme der Konservativer und des scharfmacherischen Flügels der Nationalliberalen zugunsten der Bergarbeiter ausgesprochen, so lag es bei der Besprechung des diesjährigen Streiks anders. Unterstützung fanden die im schweren Kampf um ihre Rechte streikenden Bergarbeiter im Reichstag nur bei den Sozialdemokraten, den Polen und bei einem Teil der Freisinnigen Volkspartei, deren Ansichten der Abgeordnete Gothein wiedergab, während der freisinnige Abgeordnete derselben Fraktion Heckscher, die öffentliche Meinung eher gegen, als für die Streikenden zu beeinflussen suchte.

Am 19. März wurde Abbruch des Streiks mit 349 gegen 215 Stimmen beschlossen.

Der Verlauf des Streiks und das Verhalten der Zentrumsabgeordneten im Reichstag wird manchen Arbeiter, der noch Versprechungen des Zentrums und der Führer des christlichen Gewerkvereins Glauben geschenkt hatte, zu anderer Ansicht bekehrt haben, nicht minder so manchen, der auf harmonische Ueberneutralität im Kampfe gegen die Uebermacht des Kapitals hoffte.

* * *

Der Reichstag wurde nicht geschlossen, sondern vertagt, und der Zeitpunkt des Wiederzusammentritts bis zum 26. November 1912 hinausgeschoben. Vergeblich protestierten wir wie gegen das Eiltempo in dem abgeschlossenen Teil der Session dagegen, daß wiederum durch die späte Einberufung und die Zusammendrängung des Beratungsstoffes auf eine knappe Zeit die Möglichkeit zu eingehenderer Beratung und Kritik sowie die Durchsetzung politischer und sozialer Forderungen außerordentlich erschwert wird. Diese Art der Behandlung des Reichstags erfolgt nicht zum letzten Grunde aus der Furcht vor agitatorischer Wirksamkeit der parlamentarischen Betätigung zugunsten der Sozialdemokratie. Aber alle derartige kleinliche und andere Erschwernisse werden die Fraktion nicht abhalten, fest auf dem Boden des Klassenkampfes stehend, den Kapitalismus und das heutige Wirtschaftssystem eindringlich zu bekämpfen, neuen Bedrückungen des Volkes sich entgegenzustellen und auch auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung politische und soziale Reformen zugunsten der breiten Massen zu verlangen. Unsere Stärke beruht auf der Ueberzeugung von der Notwendigkeit unserer programmatischen Forderungen und auf der Gewißheit, daß die ungeheure Mehrheit im Deutschen Reich aus dem Deutschland der Knechtung und Unterdrückung ein Vaterland gestalten will und in ihrem eigensten Interesse gestalten muß, in dem Freiheit und soziale Gerechtigkeit herrscht, und daß sie über kurz oder lang deshalb in die Armee der Sozialdemokratie sich einreihen wird.

Anträge.

Tagesordnung des Parteitages.

1. Steglitz: Auf die Tagesordnung des Chemnitzer Parteitages ist die bürgerliche Jugendpflege in Deutschland als besonderer Punkt zu setzen.

2. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Als 7. Punkt der Tagesordnung zu setzen: a) Steuerfragen. b) Die Steigerung der Lebensmittelpreise.

Agitation.

3. Genosse Giebel-Berlin, Sozialdem. Verein Essen, Königsberg i. Pr., Duisburg, drei Genossen in Arnstadt, Breslau, Köln: Der Parteivorstand wird ersucht, in erhöhtem Maße Material für die Agitation unter den Privatangestellten (Handlungsgehilfen, Technikern, Bureauangestellten) den Parteifunktionären zur Verfügung zu stellen.

4. Berlin I, Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand wird beauftragt, die sozialdemokratische Agitation unter den Kreisen der kaufmännischen und technischen Angestellten nach Möglichkeit zu fördern. Bei dieser Agitation ist insbesondere der von der Demokratischen Vereinigung und dem Bund der technisch-industriellen Beamten propagierte Gedanke abzuwehren, daß die Handlungsgehilfen, Techniker usw. eine besondere Angestelltenbewegung neben der der Arbeiterbewegung bilden sollen; die Angestellten können ihrer ganzen wirtschaftlichen Lage nach nur ein Teil der allgemeinen Arbeiterbewegung sein.

5. Hamburg III, Distrikt Hamm: In Anbetracht dessen, daß die wirtschaftliche Entwickelung die Privatangestellten immer mehr ihre Klassenlage erkennen läßt, ferner daß die verschiedenen politischen Parteien sich bemühen, diese Kategorie von Angestellten für ihre Bestrebungen einzufangen, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, die Agitation unter den Privatangestellten mit besonderer Energie zu fördern. Insbesondere sind auch alle diejenigen Bestrebungen zu bekämpfen, die unter dem Deckmantel der „Demokratie" und „Fortschrittlicher Gesinnung" die Privatangestellten von der allgemeinen Arbeiterbewegung fernhalten wollen.

6. Hamburg III, Distrikt Veddel: Mit Rücksicht darauf, daß die politischen Parteien immer mehr Einfluß auf die Angestelltenkreise gewinnen, macht sich eine umfangreiche sozialdemokratische Agitation innerhalb dieser Kreise notwendig, um so mehr eine sozial-fortschrittliche Bewegung versucht, diese Kreise zu organisieren. Dem Parteivorstand wird anheimgegeben, eine rege Agitation zu entfalten.

7. Solingen, Kiel, Breslau und acht Genossen in Düsseldorf: Mit Rücksicht darauf, daß die Demokratische Vereinigung bestrebt ist, auf die technischen Angestellten immer mehr Einfluß zu gewinnen, wird der Parteivorstand beauftragt, die sozialdemokratische Agitation unter diesen Kreisen der Angestellten nach Möglichkeit zu fördern. Bei dieser Agitation ist insbesondere der von der Demokratischen Vereinigung und dem Bund der technisch-industriellen Beamten propagierte Gedanke abzuwehren, daß die Handlungsgehilfen, Techniker usw. eine besondere Angestelltenbewegung neben der Arbeiterbewegung bilden sollen. Die Angestellten können ihrer ganzen wirtschaftlichen Lage nach nur ein Teil der allgemeinen Arbeiterbewegung sein.

8. Sondershausen: Den Frauentag in Zukunft im März stattfinden zu lassen.

9. Genosse Kolb in Würzburg: Der Parteivorstand möge in den Wahlkreisen, die eigene Parteisekretäre besitzen, speziell in allen städtischen und industriellen Wahlkreisen oder womöglich in allen Kreisen des Reiches, in denen die sozialdemokratische Stimmenziffer über 25 Proz. aller Wähler beträgt, eine soziale Gliederung der Wählerschaft veranlassen und danach die Agitation einrichten lassen. Siehe diesbezügliche gute Erfolge durch solche Arbeiten bei der Wahl 1912 in einzelnen Wahlkreisen, nenne speziell Berlin V und Magdeburg-Stadt.

10. Hanau: Der Parteivorstand wird beauftragt, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften zu verständigen, um zu Beginn des nächsten Jahres eine allgemeine Bewegung zum Ausbau unserer Arbeiterschutzgesetzgebung anzuregen.

11. Köln: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, baldigst eine Konferenz der Kreissekretäre einzuberufen, um über einheitliche Richtlinien in der Organisation und Kleinagitation zu beraten. Hierbei ist besonderer Wert zu legen auf eine Einheitlichkeit in der Führung der Geschäfte der Kreisorganisationen.

12. Hamburg I: Der Organisation und geistigen, sittlichen und körperlichen Ausbildung der proletarischen Jugend alle nur denkbare Förderung angedeihen zu lassen.

13. Berlin IV, VI, Nieder-Barnim: Mit Rücksicht darauf, daß die Verfolgungen der Arbeiterjugend durch die Polizeiorgane bei Zusammenkünften, Spaziergängen und Ausflügen immer mehr um sich greifen und die Jugendlichen unserer politischen Organisation bis zum 18. Jahre gesetzlich entzogen sind, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, besondere Maßnahmen zu treffen, daß die Jugendlichen in der Zeit vom 18. bis 20. Jahre um so gründlicher aufgeklärt und für unsere Bestrebungen gewonnen werden.

Vorlage betreffend Aenderung des Organisationsstatuts.

Nach den Beschlüssen der Organisationskommission vom 13. und 14. Mai 1912.
(Die Aenderungen gegen das bisherige, 1909 beschlossene Statut sind fett gedruckt.)

---

§§ 1—4 unverändert.

Gliederung.

§ 5. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. **Der Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder monatlich 40 Pfennig oder wöchentlich 10 Pfennig, und für weibliche Mitglieder monatlich 20 Pfennig oder wöchentlich 5 Pfennig.** Mindestens 20 Prozent der erhobenen regelmäßigen Mitgliederbeiträge sind an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand kann den Wahlkreisen mit Zustimmung des Vorstandes der Bezirks- oder Landesorganisation einen über 80 Prozent dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung überlassen.

Berichterstattung.

§ 6 unverändert.

Parteitag.

§ 7. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der **Mitgliederzahl.** Es können gewählt werden: In Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12 000 vier, bis 18 000 fünf und über 18 000 sechs Delegierte. Die Vertretung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der nach § 5 abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.
2. **Eine Vertretung der Reichstagsfraktion bis zu einem Drittel ihrer Mitgliederzahl.**
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes, **des Parteiausschusses** und der Kontrollkommission.
4. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiinstitutionen.

§ 8. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden erforderlich.

§ 9. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom

Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand gemeinsam mit **dem Parteiausschuß** den Ort zu bestimmen.

§ 10. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind dem Parteivorstande einzureichen, der sie spätestens drei Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen hat.

§ 11. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Privatleben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 12. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. **auf einstimmigen Beschluß des Parteiausschusses;**
3. auf einstimmig gestellten Antrag der Kontrollkommission;
4. auf Antrag von mindestens 10 Vorständen der Bezirks- oder Landesorganisationen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2, 3 oder 4 gestellten Antrage stattzugeben, ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens fünf Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen, wie für die ordentlichen Parteitage. (§§ 7 und 8.)

Parteivorstand.

§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern, **unter denen sich eine Genossin befinden muß, und zwei Beisitzern.** Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl der Vorsitzenden, des Kassierers und der Schriftführer erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf die die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch den Parteiausschuß.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstitution vorzunehmen und sie im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen.

§ 15. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes vorzeitig aus, so hat **der Parteiausschuß** eine Ersatzwahl vorzunehmen.

§ 16. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen, deren Höhe durch den Parteitag festgesetzt wird.

§ 17. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand, **der Parteiausschuß** oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande, **dem Parteiausschuß** oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 18. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, **des Parteiausschusses**, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 19. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband oder der Landesorganisation ergeben.

Anm.: **Jetziger Abs. 3 des § 19 fällt weg.**

Parteiausschuß.

§ 20. **Der Parteiausschuß besteht aus 32 Mitgliedern, die vom Parteitag gewählt werden. Die Mitglieder sind den einzelnen Landesteilen zu entnehmen. Zu diesem Zwecke beschließt der Parteitag eine Wahlbezirkseinteilung und eine Wahlordnung. Die Wahlkreisorganisationen eines jeden Wahlbezirks bilden einen Wahlkörper, der berechtigt ist, für seinen Bezirk einen Wahlvorschlag zu machen.**

§ 21. **Der Parteiausschuß entscheidet gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiinstitutionen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, sowie über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages und die Bestellung der Referenten.**

§ 22. **Regelmäßig alle Vierteljahre ist der Parteiausschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Wenn notwendig, sind auch außerordentliche Sitzungen einzuberufen. Das muß geschehen, wenn ein Drittel der Ausschußmitglieder unter Angabe der Gründe es beantragen. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.**

Kontrollkommission.

§ 23. **Der Parteitag wählt eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern, die die Verwaltung des Parteivorstandes kontrolliert und über Beschwerden entscheidet, die gegen den Parteivorstand aus seiner Tätigkeit nach §§ 17 und 19 des Statuts erhoben werden.**

Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 24. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts", Berliner Volksblatt.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

§ 25. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheiden **der Parteiausschuß**, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

§§ 26—29 unverändert (früher §§ 23—26).

§ 30. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, **gegen den Parteiausschuß**, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederaufnahme.

§§ 31 und 32 unverändert (früher §§ 28 und 29).

§ 33. Die neuen Bestimmungen dieses Statuts treten am Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Wahlordnung.

Den Wahlmodus, nach welchem die dem Parteitag für den Parteiausschuß vorzuschlagenden Genossen gewählt werden, bestimmen die Bezirks- bezw. Landesvorstände im Einverständnis mit den Wahlkreisorganisationen ihres Bezirks. Sie leiten auch die Wahl.

Können sich mehrere Agitationsbezirke, die zu einem Wahlbezirk gehören, nicht über einen einheitlichen Wahlmodus einigen, so entscheidet der Parteivorstand über den Wahlmodus dieses Bezirkes.

Die Wahlbezirke, die mehr als ein Mitglied zu wählen haben, sollen möglichst auch eine Genossin als Mitglied wählen.

Das Ergebnis der Wahl ist dem Parteivorstand vor dem Parteitag schriftlich mitzuteilen.

Nach § 20 des Organisationsstatuts werden Wahlkörper gebildet wie folgt:

Es wählen die Agitationsbezirke:

Agitationsbezirk	Mitglieder
Ostpreußen und Westpreußen	1 Mitglied
Pommern und Posen	1 „
Groß-Berlin	3 „
Brandenburg	1 „
Breslau, Kattowitz, Görlitz und Langenbielau	1 „
Magdeburg	1 „
Halle	1 „
Erfurt und Kassel	1 „
Frankfurt	1 „
Thüringen I u. II, Altenburg, Gotha, Meiningen	1 „
Schleswig-Holstein	1 „
Hannover	1 „
Oestl. und Westl. Westfalen	1 „
Oberrhein und Saargebiet	1 „
Niederrhein	1 „
Südbayern	1 „
Nordbayern	1 „
Pfalz	1 „
Dresden	1 „
Leipzig	1 „
Chemnitz und Zwickau	1 „
Württemberg	1 „
Baden	1 „
Hessen	1 „
Mecklenburg und Lübeck	1 „
Braunschweig und Anhalt	1 „
Nordwest und Oldenburg	1 „
Hamburg	2 „
Elsaß-Lothringen	1 „
	32 Mitglieder

14. Nürnberg: „Der Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder monatlich 40 Pf., oder wöchentlich 10 Pf. und für weibliche Mitglieder monatlich 20 Pf., oder wöchentlich 5 Pf.", ist zu streichen und die Festsetzung der Beitragshöhe den einzelnen Bezirksverbänden und Landesorganisationen, wie bisher, zu überlassen.

15. Berlin IV, VI, München, Ludwigshafen, Striegau, Darmstadt, Minden, Altona, Langenbielau, Hof, Bremerhaven und 19. hannoverscher Wahlkreis, Lübeck, Braunschweig, Würzburg-Heidingsfeld, III. und IV. pfälzischer Wahlkreis beantragen die Ablehnung der Beitragserhöhung.

16. Breslau-Land, Ohlau, Liegnitz, Goldberg, Glogau, Neisse, Brieg, Namslau, Rostock, Arnstadt, Jena, Minden, Königsberg i. Pr., Oels-Wartenberg, Neustadt beantragen eine längere Uebergangszeit für die Beitragserhöhung.

17. Leipzig-Stadt und Land: In § 5 des Entwurfs die Worte „monatlich 40 Pf. oder" und die Worte „monatlich 20 Pf. oder" zu streichen.

18. Braunschweig: Die Monatsbeiträge für arbeitslose Invalide auf 15 Pf. zu ermäßigen.

19. Jüterbog: Ueber jede Beitragserhöhung ist eine Urabstimmung vorzunehmen.

20. Genosse Hägele-Aalen: Der Monatsbeitrag beträgt im Minimum 10 Proz. der ortsüblichen Durchschnittstagelöhne für männliche und weibliche Mitglieder. Bei Beiträgen von 35 Pf. und höher sind Wochenbeiträge einzuführen. Eine Reduzierung der jetzt erhobenen Beiträge findet nicht statt.

21. Düsseldorf: Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und den Landesorganisationen überlassen. Der Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder monatlich 40 Pf. oder wöchentlich 10 Pf., und für weibliche Mitglieder monatlich 20 Pf. oder wöchentlich 5 Pf. Mindestens 20 Proz. der Beiträge, die als Mindestleistung festgelegt worden sind, sind an die Zentralkasse abzuführen. Der Vorstand kann den Wahlkreisen mit Zustimmung der Vorstände der Bezirks- oder Landesorganisationen einen über 80 Proz. dieser Einnahme hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung überlassen.

22. Duisburg: Der Parteitag wolle für ganz Deutschland einen Einheitsbeitrag in Höhe von mindestens 40 Pf. pro Monat festlegen. Die Kreisorganisationen sind verpflichtet, von diesem Satz den Pflichtbeitrag an den Parteivorstand zu entrichten.

23. Hartmannsdorf: Die progressive Beitragsleistung einzuführen.

24. Nieder-Barnim: Im § 5 der Vorlage zum neuen Organisationsstatut, sechste Zeile hinter „5 Pf." ist einzufügen: „in Kreisen, wo sehr niedrige Löhne gezahlt werden, sind zunächst Ausnahmen zulässig. Doch dürfen die Beiträge nicht geringer sein, als im bisherigen Organisationsstatut angegeben".

25. Kassel: Im § 5 des Organisationsstatuts den Sätzen 1 und 2 folgende Fassung zu geben:

§ 5. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Der Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder wöchentlich 10 Pf., für weibliche Mitglieder wöchentlich 5 Pf.

26. Groß-Kiel und Hamburg I: Ist für die Festsetzung eines Mindestbeitrages von 40 Pf. monatlich ev. wöchentlich 10 Pf. für männliche Mitglieder, lehnt aber die Erhöhung der Beiträge für weibliche Mitglieder ab, weil dadurch eine einseitige Belastung der verheirateten Mitglieder herbeigeführt wird, denn die Mehrzahl der weiblichen Parteimitglieder sind Frauen und Töchter der verheirateten Genossen.

27. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg und Bremen: § 6 wie folgt zu ändern: Das Geschäftsjahr für alle Parteiorganisationen läuft vom 1. April bis 31. März.

28. Frankfurt a. M.: § 7. Es können gewählt werden: in Wahlkreisen bis 2000 Mitglieder ein Delegierter, bis 4000 zwei, bis 8000 drei, bis 15 000 vier, bis 25 000 fünf und über 25 000 sechs Delegierte. Der Parteivorstand wird ermächtigt, unbemittelten Kreisen die Kosten der Delegation zu zahlen.

29. Genosse Schmidt-Lübeck: Die Wahlhandlungen für die Delegiertenwahlen zum Parteitag sind vom Parteivorstand festzusetzen und haben an einem bestimmten Tage in ganz Deutschland stattzufinden. Die Delegiertenwahl ist getrennt von jeder anderen Parteiangelegenheit zu behandeln,

30. Leipzig: Die Delegierten der Partei, deren Zahl 400 nicht übersteigen darf. Die Vertretung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der nach § 5 abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Der Parteivorstand stellt am Schlusse eines jeden Geschäftsjahres fest, auf wieviel Mitglieder ein Delegierter zu entsenden ist und teilt dies den Bezirksvorständen mit. Die Bezirksvorstände stellen hiernach die Zahl der Delegierten für die einzelnen Wahlkreise fest und teilen dies den Wahlkreisvorständen mit. Die Wahl der Delegierten erfolgt durch die Kreisorganisationen.

31. Halle a. S., Ohlau, Strehlen, Weimar III, Lübeck, Ludwigshafen, München: Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben wie bisher volles Vertretungsrecht auf dem Parteitag.

32. Altenburg, Hamburg II und Braunschweig: Zu § 7 Ziffer 2: Die Reichstagsfraktion ist berechtigt, bis zu ein Sechstel ihrer Mitglieder als Vertretung auf den Parteitag zu entsenden.

33. Leipzig: Die Vertreterzahl der Reichstagsfraktion ist weiter als ein Drittel herabzusetzen.

34. 7. sächsischer Reichstagswahlkreis: Die Reichstagsfraktion ist auf dem Parteitag durch eine Delegation von 5 Mitgliedern vertreten.

35. Köln und Hanau: Zu § 7 Absatz 2 des Statuts: Die gesamte Reichstagsfraktion ist zur Teilnahme am Parteitag berechtigt, doch nur mit beratender Stimme, soweit nicht ihre Mitglieder durch die Organisation delegiert sind.

36. Genosse Guttmann-Berlin VI: Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben — auch wenn sie zugleich Delegierte sind — in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiinstitutionen.

37. Reuß j. L., Langenbielau, Hamburg II, Oldenburg, Frankfurt a. M., Hof: Der letzte Absatz des § 7 wird wie folgt gefaßt: Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben nur beratende Stimme usw.

38. Königsberg i. Pr.: § 7 Absatz 2: Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission haben in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen, die Mitglieder der Reichstagsfraktion, die vom Parteivorstand berufenen Referenten und Vertreter von Parteiinstitutionen in allen Fragen nur beratende Stimme.

39. Bremen: Den zweiten Absatz des § 8 wie folgt zu fassen: „Die Abstimmungen auf dem Parteitag finden nach Organisationen statt, jeder Organisation wird für jedes volle und angefangene Tausend Mitglieder je eine Stimme zuerkannt. Zur Gültigkeit der Beschlüsse ist die absolute Mehrheit der aufgebrachten Stimmen erforderlich."

40. Stuttgart: Die Abstimmungen auf dem Parteitag finden nach Organisationen statt; jeder Organisation wird für jedes volle und angefangene Tausend Mitglieder je eine Stimme zuerkannt. Zur Gültigkeit der Beschlüsse ist die absolute Mehrheit der aufgebrachten Stimmen erforderlich.

41. Altenburg: Bei Abstimmungen auf dem Parteitage über wichtige Organisations- und Prinzipienfragen sowie bei Wahlen entscheidet die Mitgliederzahl, die ein Delegierter vertritt.

42. Breslau-Land, Ohlau-Strehlen, Liegnitz-Goldberg, Glogau-Neiße, Brieg-Namslau, Oels-Wartenberg, Neustadt i. Ob.-Schl.: Die Delegationskosten zu den Parteitagen trägt die Zentralkasse. Der Parteivorstand ist berechtigt, zur Deckung der Delegationskosten einen Extrabeitrag von 5 Pf. pro Mitglied durch die Bezirksverbände zu erheben.

43. Kassel und Wanzleben: Dem § 14 des Organisationsstatuts ist folgende Fassung zu geben:

§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern, unter denen sich eine Genossin befinden muß, und fünf Beisitzern. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl aller Vorstandsmitglieder erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf die die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstitution vorzunehmen und sie im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen.

44. Königsberg: § 14 Absatz 1 Satz 2: Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern, unter denen sich eine Genossin befinden muß, und vier Beisitzern.

§ 14 Absatz 2 Satz 1: Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel usw.

§ 14 Absatz 3 fällt fort.

45. Hanau, 8. und 10. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis, Elberfeld-Barmen, Leipzig, 7. sächsischer Wahlkreis, Nieder-Barnim: Zu § 14 des Statuts: Der Parteivorstand ist durch die Wahl von mindestens fünf weiteren unbesoldeten Beisitzern zu verstärken. Die Wahl sämtlicher Beisitzer erfolgt wie bei den übrigen Vorstandsmitgliedern durch den Parteitag.

46. Nürnberg, Braunschweig und Solingen: Der Parteivorstand ist um 5—7 ehrenamtliche Mitglieder zu vermehren. Die Wahl des gesamten Parteivorstandes ist auf dem Parteitag vorzunehmen.

47. Nordhausen: Den Parteivorstand um mindestens 6 und höchstens 9 stimmberechtigte, unbesoldete Beisitzer zu verstärken, die:

a) vom Parteitag aus den verschiedenen Wirtschaftsgebieten Deutschlands zu wählen;
b) zur Beratung politischer Fragen heranzuziehen sind, und zwar mindestens einmal monatlich;
c) mit Dreiviertel-Mehrheit beschließen dürfen, Sitzungen des Parteivorstandes außerhalb Berlins stattfinden zu lassen.

48. Oldenburg: Die Zahl der Parteivorstandsmitglieder eventuell zu erhöhen, aber nicht durch Vertreter der Berliner Genossen oder durch einen unbesoldeten Beirat aus diesen oder den Berlin am nächsten liegenden Wahlkreisen. Die Erledigung und Einteilung der Geschäfte dem Parteivorstande aber selbst zu überlassen.

49. Jena: Der Parteivorstand ist durch einen unbesoldeten, mindestens siebengliedrigen Beirat zu verstärken, dem auch zwei Genossen angehören sollen, die in der Gewerkschaftsbewegung in leitender Stellung sich befinden.

50. Stuttgart: Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart spricht sich gegen die Einführung des von der Reorganisationskommission vorgeschlagenen Parteiausschusses aus. Sie hält eine Reorganisation des Parteivorstandes insofern für notwendig, daß die Zahl der besoldeten Sekretäre vermehrt und eine Ressorteinteilung im Sinne des Vorschlages des Genossen Dittmann vorgenommen wird. Gleichzeitig ist die Zahl der unbesoldeten Mitglieder des Parteivorstandes derart zu erhöhen, daß sie die Mehrheit des Parteivorstandes bilden. Die Organisationen, denen die unbesoldeten Mitglieder zu entnehmen sind, bestimmt der Parteitag. Neben dem Parteivorstand bleibt die Kontrollkommission bestehen, deren politische Befugnisse zu erweitern sind. Die Parteiversammlung erachtet es als wünschenswert, daß eine aus Vertretern der Großstädte und der großindustriellen Bezirke bestehende Körperschaft mit nur beratender und informierender Funktion eingesetzt wird, die die Parteileitung in steter Verbindung mit der Stimmung der Massen hält, auf deren Schultern die Durchführung eventueller Massenaktionen ruht.

51. Köln: Die Versammlung ist der Ansicht, daß eine Erweiterung des Parteivorstandes in der Weise notwendig ist, daß eine Ressorteinteilung im Sinne der Dittmannschen Vorschläge eintritt.

52. Bremen: Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins spricht sich gegen die Einführung des von der Reorganisationskommission vorgeschlagenen Parteiausschusses aus.

Sie erachtet es als erwünscht, daß eine aus Vertretern der Großstädte und der großindustriellen Bezirke bestehende Körperschaft mit nur beratender und informierender Funktion eingesetzt wird, die die Parteileitung in steter Verbindung mit der Stimmung der Massen hält, auf deren Schultern die Durchführung event. Massenaktionen ruht.

Sie erachtet es für eine kräftige, weitblickende und schlagfertige Leitung der Partei notwendig, daß eine Trennung gemacht wird zwischen der aus den Sekretären bestehenden Parteiverwaltung und der eigentlichen politischen Parteileitung, die zusammen den Parteivorstand bilden.

53. Düsseldorf: Die Kreiskonferenz des Wahlkreises Düsseldorf lehnt den Parteiausschuß in der vorgeschlagenen Form ab und erwartet vom Parteitag Reorganisation des Parteivorstandes und Ausbau der Agitationsleiterkonferenzen.

54. Königsberg: Zur Begutachtung wichtiger, die Gesamtpartei berührender Fragen hat der Parteivorstand Konferenzen von Vertretern der Bezirks- oder Landesvorstände, und zwar in der Regel alle Vierteljahre, zu veranstalten. Auch auf Antrag von mindestens zehn Bezirks- oder Landesvorständen sind solche Konferenzen vom Parteivorstand oder, bei dessen Weigerung, von den Antragstellern einzuberufen.

55. Braunschweig: Die vorgeschlagene Streichung des bisherigen § 19, Absatz 3, des Statuts abzulehnen und die Konferenzen der Bezirksvorstände beizubehalten.

56. Freiburg i. Br.: Der Parteivorstand wird beauftragt, von dem ihm nach § 19, Absatz 3, des Organisationsstatuts zustehenden Recht häufiger als bisher Gebrauch zu machen und bei allen wichtigen Fragen die Landes- bezw. Bezirksvorsitzenden zu gemeinsamer Sitzung zusammenzurufen.

57. Oldenburg: Dem Vorstande aufzugeben, die im § 19 des Organisationsstatuts vorgesehenen Konferenzen der Landes- resp. Bezirksvorstände zur Beratung von wichtigeren Fragen der inneren und äußeren Politik des öfteren einzuberufen.

58. Leipzig: Der Absatz 3 von § 19 des jetzigen Organisationsstatuts ist auch in Zukunft beizubehalten.

59. München: Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins München erklärt sich mit der Schaffung eines Parteiausschusses nach Vorschlag der Organisationskommission einverstanden. Sie erwartet von der Heranziehung der Vertrauensmänner aus den verschiedenen Reichsteilen zur Vorentscheidung wichtiger Angelegenheiten eine Förderung der inneren Einheit der Partei.

60. Magdeburg: Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins begrüßt in dem vorgeschlagenen Parteiausschuß einen weiteren Schritt zur demokratischen Ausgestaltung unseres Parteilebens und erblickt in der verantwortlichen Mitwirkung der Genossen aller Landesteile an der Politik der Gesamtpartei eine Gewähr für die gedeihliche Weiterentwickelung. Sie hält jedoch die direkte Wahl der Ausschußmitglieder durch die breite Masse der Parteigenossen, möglichst in Form der Urwahl, für eine Notwendigkeit.

61. Ludwigshafen: Die Wahl des Parteiausschusses soll nicht durch den Parteitag erfolgen, sondern direkt durch die einzelnen Wahlbezirke.

62. Frankfurt a. M.: Statt §§ 20 bis 22 zu sagen: Der Parteiausschuß besteht aus 10 Mitgliedern, die vom Parteitag gewählt werden. Je eines dieser Mitglieder muß in Ostpreußen oder Schlesien, den Hansastädten, in Rheinland-Westfalen, in den mitteldeutschen Kleinstaaten, im Königreich Sachsen, in Hessen oder Hessen-Nassau, in den Reichslanden und in Bayern, Württemberg und Baden politisch tätig sein.

Der Parteiausschuß entscheidet gemeinsam mit dem Parteivorstand in regelmäßigen monatlichen Sitzungen über alle die Partei berührenden wichtigeren Angelegenheiten namentlich auf dem Gebiete der Politik.

Eine außerordentliche Sitzung des Parteiausschusses mit dem Parteivorstand muß stattfinden, wenn mindestens die Hälfte der Parteiausschußmitglieder dies beantragt.

63. Halle a. S.: An Stelle des vorgeschlagenen Parteiausschusses einen Beirat von mindestens 7 bis 9 Personen auf dem Parteitage zu wählen. Der Beirat wird auf dem Parteitage vorgeschlagen.

64. Hof: Den Parteiausschuß abzulehnen und einen politischen Beirat zu wählen, um die Aktionsfähigkeit der Partei zu erhöhen.

65. Wanzleben: § 21, Absatz 2, soll lauten: Bei schwierigen oder sehr bedeutungsvollen Situationen, die längere Zeit andauern, kann der Parteiausschuß einen Unterausschuß ernennen, der in permanenter Funktion bleibt und mit dem Parteivorstand zusammen tagt. Das schließt die Berufung des Gesamtausschusses während der Dauer dieser Situation nicht aus.

66. Offenburg: Jeder Wahlbezirk macht dem Parteitag einen Vorschlag, der drei Namen enthalten muß: In Bezirken, in denen mehrere Vertreter zu wählen sind (wie Groß-Berlin, Hamburg usw.) sind so viel mal drei Genossen vorzuschlagen, wie Vertreter gewählt werden müssen.

67. Minden-Lübbecke: In dem zu schaffenden Parteiausschuß dem Agitationsbezirk „Oestliches Westfalen" einen Sitz resp. ein Mitglied zu überlassen.

68. Breslau-Land, Ohlau, Liegnitz, Goldberg, Glogau, Neiße, Brieg, Namslau, Neustadt O.-Schl., Breslau. Der Parteiausschuß ist abzulehnen. Sollte er jedoch beschlossen werden, sind für die Provinz Schlesien 2 Vertreter in den Ausschuß (je einen für die Agitationsbezirke Breslau und Kattowitz, Görlitz und Langenbielau) zu wählen.

69. Nieder-Barnim: Ausdehnung der Rechte der Kontrollkommission und Beibehaltung der im § 19 des Organisationsstatuts vorgesehenen Konferenzen.

70. Königsberg i. Pr.: Eine Kontrollkommission von 13 Mitgliedern.

71. Halle a. S.: Die Rechte der Kontrollkommission dürfen nicht beschränkt werden.

72. Leipzig: Die Kontrollkommission zu erweitern und ihr politische Funktionen zuzuweisen.

73. Wanzleben: § 23 soll lauten: Die Kontrollkommission wird aus der Mitte des Parteiausschusses gewählt.

74. Nieder-Barnim: Der jetzige § 23, Absatz 2 ist wie folgt zu ergänzen: „Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirks- oder Landesorganisation oder eine von dieser eingesetzte Schiedsgerichtskommission."

75. Nürnberg: Die Kontrollkommission besteht aus 15 Mitgliedern. Die Wahl derselben findet auf dem Parteitag statt, wobei die einzelnen Bezirke zu berücksichtigen sind. Die Kontrollkommission hat die geschäftliche und politische Tätigkeit des Parteivorstandes zu überwachen und über Beschwerden gegen den Parteivorstand zu entscheiden.

76. Teltow-Beeskow-Charlottenburg: Dem § 23 soll als 4. Absatz hinzugefügt werden: „Entzieht sich ein Angeschuldigter einem gegen ihn einzuleitenden Schiedsgerichtsverfahren durch seinen Austritt aus der Parteiorganisation, so kann gegen den Austretenden das Nichtwiederaufnahmeverfahren eingeleitet werden."

77. Elberfeld-Barmen: Hinter § 24, Absatz 2 ist als Absatz 3 einzufügen: „Erscheint der Angeschuldigte ohne genügende Entschuldigung zu dem festgesetzten Termin nicht, so haben die Instanzen das Recht, ohne dessen Anwesenheit zu beschließen."

In dem jetzigen Absatz 3 des § 24 ist der Schluß von „ernennen" ab so zu gestalten: „so gilt ohne weiteres der Beschluß des Bezirks- oder Landesvorstandes". Als Absatz 5 ist neu einzufügen: „Handelt es sich in einer Sache um mehrere Angeschuldigte einer Organisation, so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor einem Schiedsgericht verhandeln zu lassen und die erforderlichen Maßnahmen dazu zu treffen".

78. Elberfeld-Barmen: In § 26 ist Absatz 3 wie folgt zu fassen: Die Organisationen haben das Recht, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungs- und Beschlußkommission gegen ein Mitglied einzusetzen. Gelangt die Kommission zu einem sachlichen Beschluß, so steht den Beteiligten das Einspruchsrecht gegen diesen Beschluß nach den Bestimmungen der §§ 24 und 25 zu.

Sonstige Anträge zur Organisation.

79. Bremen: Die Kontrolle der parteitaktischen Haltung der Parteiorgane und die der Auswahl der Angestellten steht nur den von den Genossen des Verwaltungsbezirks gewählten Instanzen zu.

80. Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach, Aachen (Stadt): Der Parteivorstand wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß die Verwaltungsmaterialien als Geschäftsbücher, Kassen- und Mitgliedsbücher sowie Formulare an einer Zentralstelle hergestellt werden, um so eine Vereinheitlichung und Verbilligung der Materialien zu erzielen.

81. Kassel: Bei Anlage von Parteigeldern möge der Parteivorstand in Zukunft möglichst die genossenschaftliche Zentralbank berücksichtigen.

82. Düsseldorf: 1. In besoldete Parteiämter können nur Genossen gewählt oder angestellt werden, welche fünf Jahre der Partei angehören.

2. Es ist eine Institution oder Ausschuß zu schaffen, der die Gehälter von denjenigen Genossen regelt, die ein Reichstagsmandat oder Landtagsmandat haben und sonst noch im Partei- und Gewerkschaftsleben angestellt sind.

83. Genosse Kolb-Würzburg: Neuabgrenzung der Agitationsbezirke. Der weitere Fortschritt der ökonomischen Entwickelung, das rapide Wachstum der Bevölkerung in bestimmten Gegenden schafft stark überlastende, auch räumlich zu groß ausgedehnte Agitationsbezirke. Die starke Ausdehnung der Partei bringt diversen Bezirkssekretären zu viel Arbeit, wodurch deren Ueberblick leidet, aber durch eine bessere Arbeitsteilung die Arbeit in den einzelnen Kreisen intensiver betrieben werden kann. Verschiedene Bezirke gehören geteilt oder Teile mit anderen zusammengelegt. Analog meines Artikels „Soz. Monatshefte", Nr. 15, schlage statt der jetzigen 45 nun 55 Agitationsbezirke vor, die mehr ausgeglichen sind in der Kopfzahl, auch diverse wirtschaftliche Gebiete zusammenfassen.

Maifeier.

84. Wanzleben, 15. sächsischer Wahlkreis, Reichenbach-Neurode, Ortsgruppen Riesa und Gröba (Sachsen VII), Ludwigshafen, Ortsvereine Geestemünde, Königsberg i. Pr., Hagen-Schwelm, 12. sächsischer Reichstagswahlkreis, Bezirk Ober-Langenbielau, Nordhausen, Köln, Magdeburg, 25 Genossen in Görlitz: Der Beschluß 90 des Parteitages zu Nürnberg ist aufzuheben.

85. 183 Genossen in Braunschweig, 29 Genossen in Kottbus, 21 Genossen in Dortmund, das Personal der Druckerei „Volksfreund" in Karlsruhe und das technische Personal der „Volksstimme" in Frankfurt a. M., 85 Genossen in Hannover: Der Beschluß des Jenaer Parteitages, nach welchem diejenigen Parteigenossen, die in Parteibetrieben, Arbeitergenossenschaften usw. angestellt sind, den ganzen Arbeitsverdienst des 1. Mai an die Parteikasse abzuführen haben, ist aufzuheben.

Zwecks Ansammlung eines Fonds zur Unterstützung wegen Feierns des 1. Mai Gemaßregelter, ist von jedem eingeschriebenen Mitgliede ein Beitrag zu erheben, und zwar von den männlichen Mitgliedern 1 Mk., von den weiblichen 50 Pf. Dieser Beitrag wird nicht erhoben von den Mitgliedern, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohn erhalten.

86. 16 Genossen in Waldenburg i. Schl., Aachen (Stadt): Der Beschluß des Jenaer Parteitages, nach welchem diejenigen Parteigenossen, die in Parteibetrieben, Arbeitergenossenschaften usw. angestellt sind, den ganzen Arbeitsverdienst des 1. Mai an die Parteikasse abzuführen haben, ist aufzuheben.

Der Parteitag wolle dagegen beschließen, eine gerechtere Lösung der Frage herbeizuführen.

Internationaler Kongreß.

87. Reichenbach-Neurode: Auf dem nächsten Internationalen Arbeiterkongreß den Antrag zu stellen, die Regelung des Feierns des 1. Mai den einzelnen Ländern selbst zu überlassen.

88. Randow-Greifenhagen: Der Parteivorstand wird beauftragt, im Einvernehmen mit der Generalkommission eine Urabstimmung darüber vorzunehmen, wer von den Organisierten für die Arbeitsruhe am 1. Mai ist. Das Resultat soll dem Internationalen Kongreß in Wien als Material überwiesen werden.

89. Rostock: Bei dem Internationalen Parteitag den Antrag zu stellen, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen.

90. Magdeburg: Der Parteitag wolle dem Internationalen Kongreß in Wien die Aufhebung der Maifeier empfehlen, oder, um eine wirklich würdige Demonstration herbeizuführen, sie auf den ersten Sonntag im Mai verlegen.

Presse und Literatur.

91. Bremerhaven und 19. hannoverscher Wahlkreis: Die Redaktion der „Gleichheit" wird ersucht, den Inhalt unseres Frauenblattes mehr dem Verständnis der Leserinnen entsprechend zu halten, die Kinderbeilage soll die jetzige Gestaltung und Tendenz beibehalten.

92. Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach: Der „Gleichheit" ist jeden Monat ein Schnittmuster beizulegen. Ferner sind kleinere Artikel für die Hausfrau über Küche, Wäsche und dergleichen zu bringen.

93. Hamburg III, Distrikt Veddel: Für alle in der Schiffahrt beschäftigten Personen eine einheitliche periodische Zeitschrift herauszugeben.

94. Köln: Das Titelblatt der „Neuen Zeit" ist in moderner Ausstattung herzustellen.

95. Frankfurt a. M.: Für das gesamte Bildungswesen ist (event. gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften) ein monatlich erscheinendes Organ herauszugeben. Dasselbe soll für alle Zweige unserer Bildungsarbeit Rat und Auskunft geben, den Austausch praktischer Erfahrungen ermöglichen und besonders das Bibliothekswesen in wirksamer Weise unterstützen. Eventuell kann die in Leipzig erscheinende Monatsschrift „Der Bibliothekar" übernommen und in gedachter Weise ausgebaut werden.

96. Steglitz: Der Parteivorstand wird ersucht, eine Uebersetzung des Protokolls des letzten italienischen Parteitages vorzubereiten und mit einer kleinen einleitenden Darstellung der jüngsten italienischen Parteiwirren und des tripolitanischen Abenteuers zu versehen. Diese Schrift ist den Genossen möglichst billig zu überlassen.

97. Düsseldorf: Die Sektion der taubstummen Genossen und Genossinnen: Der Parteivorstand wird beauftragt, für die taubstummen Genossen eine regelmäßig erscheinende Agitationsschrift herauszugeben. Die Schrift soll mindestens monatlich einmal erscheinen.

98. Köln: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, in Verbindung mit dem Zentralbildungsausschuß ein der Reihenfolge nach geordnetes Verzeichnis von Büchern herauszugeben, die eine planmäßige Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus ermöglichen.

99. München: Der Parteivorstand soll sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung setzen, um unverzüglich die Gründung einer Zeitschrift in die Wege zu leiten, deren Inhalt sich erstreckt: 1. auf die gesamte Verwaltungstätigkeit der Versicherungsinstitute, 2. auf die Organisation der Wahlen zu diesen Instituten, 3. auf die Rechtsprechung der Spruchinstanzen, 4. auf das Wirken der gesamten Privatversicherung und ihrer Träger.

Reichstagswahl.

100. Duisburg: Die Kreiskonferenz spricht ihr Bedauern darüber aus, daß der Parteivorstand sich im verflossenen Wahlkampf beim Stichwahlabkommen mit der Fortschrittspartei in einer Anzahl Wahlkreise, in denen unsere Genossen mit der Fortschrittspartei in Stichwahl standen, herbeigelassen hat, den Wahlkampf zu „dämpfen". Eine solche Maßnahme ist geeignet, Verwirrung und Desorganisation bei den Genossen zu erzeugen und ist deshalb in Zukunft zu verwerfen.

101. Nordhausen-Hohenstein: Das Stichwahlabkommen vom Januar 1912 war geeignet, die Führung eines prinzipiellen Wahlkampfes für die Zukunft zu erschweren und das Vertrauen der Parteigenossen zu erschüttern. Die Generalversammlung bedauert deshalb dieses Abkommen und erwartet, daß sich derartige Abmachungen nicht wiederholen. Sie ersucht den Parteitag, seinen Willen in dieser Richtung zum Ausdruck zu bringen.

102. Elberfeld-Barmen: Der Parteivorstand hätte auf die von den Fortschrittlern verlangte Dämpfung unserer Agitation in einer Anzahl Wahlkreise nicht eingehen sollen, auch wenn die Möglichkeit bestand, daß dann das Abkommen nicht zustande gekommen wäre.

103. Weimar III: Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Kreiswahlvereins Weimar III bedauert, daß der Parteivorstand bei dem Stichwahlabkommen mit der Fortschrittlichen Volkspartei sich dazu herbeigelassen hat, in 16 Wahlkreisen, in denen die Partei mit den Fortschrittlern in Stichwahl stand, den Wahlkampf zu dämpfen, weil dadurch nicht nur unsere prinzipielle Auffassung des Wahlkampfes verletzt, sondern auch eine große Verwirrung und Erbitterung bei den Parteigenossen angerichtet worden ist.

104. Frankfurt a. M.: Bei Aufstellung von Kandidaten für den Reichstag und die Landtage sollen Doppelkandidaturen vermieden werden.

105. Kassel: Durch den Abschluß des Stichwahlabkommens mit der Fortschrittlichen Volkspartei hat der Vorstand unserer Partei die Interessen der arbeitenden Bevölkerung im allgemeinen und diejenigen der sozialdemokratischen Partei im besonderen erfolgreich wahrgenommen. Deshalb billigt der Parteitag den Abschluß dieses Stichwahlabkommens.

Parlamentarisches.

106. Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand wird beauftragt, zur Durcharbeitung großer Gesetzesvorlagen, wie z. B. des bevorstehenden Zolltarifes, geeignete Parteigenossen aus dem Reiche auch außerhalb der Fraktion zu berufen.

107. Genosse Schmidt in Lübeck: Die Reichstagsfraktion ist verpflichtet, bei jeder Abstimmung im Reichstage und bei Beratung von Anträgen, die von unserer Fraktion gestellt sind, zu mindestens 75 Proz. anwesend zu sein.

108. Genosse Jakobsen-Swinemünde: Die Reichstagsfraktion aufzufordern, Anträge, die Forderung des Rechts auf Arbeit betreffend, in entsprechender Formulierung im Reichstage einzubringen.

109. Kassel: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion möge bei geeigneten Beratungen im Reichstag erneut unsere Forderung auf Abschaffung der Todesstrafe durch diesbezügliche Anträge vertreten.

Sonstige Anträge.

110. 17. sächsischer Wahlkreis: Die Generalversammlung des 17. sächsischen Reichstagswahlkreises drückt ihr Mißfallen darüber aus, daß ein Teil der Reichstagsfraktion in Eisenach eine Sonderkonferenz abgehalten hat. Sie erblickt darin eine Beeinträchtigung der Einheit in Partei und den Massen. Die Kreisversammlung stellt sich (in dieser Frage) ganz auf den Standpunkt der „Volksstimme".

111. Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach: Die Kreiskonferenz verurteilt auf das schärfste die Teilnahme an den sogenannten Sonderkonferenzen und wünscht, daß es den als Delegierten zu den Parteitagen gewählten Genossen verboten wird, an irgendeiner Sonderkonferenz teilzunehmen.

Die Kreiskonferenz protestiert gegen das parteischädigende Treiben der Sonderkonferenzen, wie unlängst eine in Eisenach stattgefunden hat. Die Kreiskonferenz beschließt, beim deutschen Parteitag zu beantragen, dieser möge dafür sorgen, daß derartige Konferenzen in Zukunft unterbleiben.

112. Recklinghausen-Borken: Die Generalversammlung verurteilt energisch das Vorgehen der Parteigenossen einschließlich der Reichstagsabgeordneten, welche Konferenzen veranstalten oder daran teilnehmen, die auf Sonderbündelei hinauslaufen. Die Generalversammlung erwartet vom Parteitag, daß er das Vorgehen der Veranstalter und Teilnehmer entschieden mißbilligt.

113. Lübeck und Köln: Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die Abhaltung besonderer Zusammenkünfte von Parteitagsdelegierten der einen oder anderen Richtung, sowie die Arrangierung von Sonderkonferenzen von Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Er erblickt darin ein die Einigkeit der Partei schwer gefährdendes Verhalten. Der Parteitag spricht die bestimmte Erwartung aus, daß derartige Sonderzusammenkünfte fernerhin unterbleiben.

114. Magdeburg: Der Parteitag möge auf das schärfste alle Sonderkonferenzen und -Veranstaltungen verurteilen, die dazu bestimmt sind, die Verhandlungen innerhalb der Parteiorganisationen überflüssig zu machen und an Stelle der offenen Aussprache unter Parteigenossen die Konventikelherrschaft zu setzen.

115. Bonn: Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins mißbilligt die Veranstaltung von Sonderkonferenzen, in denen Parteigenossen, gleichviel welcher Richtung, zu allgemeinen Parteifragen Stellung nehmen. Die Parteidisziplin verlangt, daß die Parteigenossen ihre theoretischen und taktischen Gegensätze im Rahmen der Organisation austragen. Derartige Sonderkonferenzen schwächen die Bedeutung des Parteitags und zersplittern die Kräfte der Partei, während das einheitliche Klasseninteresse des Proletariats eine starke, einheitliche Organisation fordert.

116. Frankfurt a. M., Aachen (Stadt): Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß Zusammenkünfte bestimmter Richtungen nach Art der Eisenacher Konferenz im Interesse der Geschlossenheit und Einheit der Partei vermieden werden.

117. Nieder-Barnim: Der Parteitag mißbilligt die Arrangierung jeder Art von Sonderkonferenzen sozialdemokratischer Parlamentarier. Die Abgeordneten sind in erster Linie Mitglieder der sozialdemokratischen Parteiorganisationen ihres Kreises und haben als solche daher die Pflicht, diesen ihre Anschauungen und Meinungen über alle das Parteileben berührende Fragen zu unterbreiten.

118. Frankfurt a. M.: Den Zentral-Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu veranlassen, daß er, in Anbetracht der immer größeren Verbreitung der Lichtbildervorführungen, den Bezirks- resp. örtlichen Bildungsausschüssen Material für derartige Vorträge zur Verfügung stellt. Dies kann geschehen durch leihweise Ueberlassung von Lichtbilderserien oder durch gemeinsamen Bezug der interessierten Bildungsausschüsse.

119. Dortmund-Hörde, Elberfeld-Barmen: 1. Zusammenlegung der am gleichen Orte befindlichen Bibliotheken, die Besitz von Arbeiterorganisationen sind.

2. Vereinheitlichung der Verwaltung, insbesondere des Ausleiheverfahrens, Bibliothekbenutzungsordnung und Statistik.

3. Vereinheitlichung der Kataloge mit Unterstützung einer so bald wie möglich ins Leben zu rufenden Zentralstelle für die Arbeiterbibliotheken, nach dem Muster der von der belgischen Bildungszentrale geschaffenen.

4. Die Bibliothekenfrage ist von den angedeuteten Gesichtspunkten aus so bald als möglich von einem Parteitag zu behandeln.

5. Kurse für Arbeiterbibliothekare nach dem Vorgang der österreichischen Genossen.

6. Die wiederholt verlangte Zusammenkunft der Arbeiterbibliothekare ist bald einzuberufen.

120. Merseburg-Querfurt: Mitglieder eines gelben Werkvereins oder eines gelben Verbandes können nicht Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sein. Angehörige solcher gelben Gewerkschaften, sofern sie der Partei angehören, sind aus der Partei auszuschließen.

121. Genosse Haller in Ohlau: Das Lotteriespiel widerspricht den Anschauungen der Sozialdemokratie und ersucht der Parteitag die Genossen um Unterlassung desselben.

122. Genosse Repp in Friedberg: Der Parteivorstand wird beauftragt, einen oder mehrere Genossen zu bestimmen, welche statistische Erhebungen anzustellen haben, ob und inwieweit eine Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse seit Mitte der siebziger Jahre stattgefunden hat.

123. Berlin IV, Genosse Stein in Charlottenburg: Der Parteitag beschließt, den örtlichen Parteivereinen die Förderung des Arbeitersamariterwesens und der Arbeitersamariterausbildung zu empfehlen, da es für die Arbeiter von großer Bedeutung ist, daß bei eintretenden Betriebsunfällen sofortige Hilfe vorhanden ist.

Die ungemein zahlreichen Unfälle in den Betrieben der Industrie, des Baugewerbes usw., die eine Folgeerscheinung der modernen kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiter sind, haben seit Jahren den Arbeitern nahegelegt,

selbst für eine sachgemäße erste Hilfe bei eintretenden Unfällen Sorge zu tragen, da erfahrungsgemäß die von den Unternehmern getroffene Vorsorge für etwaige Unfälle im Betrieb häufig sehr ungenügend ist, und daß sie in vielen Fällen ganz gefehlt hat.

Der Parteitag empfiehlt daher, den Kolonnen des Arbeitersamariterbundes die weitgehendste Unterstützung zuteil werden zu lassen, da diese bestrebt sind, unter den Arbeitern eine genügende Zahl von Kräften heranzubilden, die bei eintretenden Unfällen sofort im Betriebe zur Hand sind und die erste Hilfe leisten können.

124. Genosse Jakobsen in Swinemünde: Das sozialdemokratische Programm lautet in Zukunft wie folgt:

Was will die Sozialdemokratie, was ist deren Ziel und wie will sie dasselbe erreichen?

Die Sozialdemokratische Partei will die Erringung der wirtschaftlichen und politischen Macht, um:

1. durch Uebernahme von Grund und Boden, Bergwerken, Fabriken, kurz aller Produktions-, Fabrikations- und Verkehrsmittel in Staatshände — gemeinschaftlicher Besitz des ganzen Volkes,
2. durch geregelte ordnungsmäßige Produktion und Fabrikation,
3. durch gewissenhafte Verteilung der erforderlichen Arbeiten an alle dazu Befähigten, mit weitgehendster Berücksichtigung der persönlichen Veranlagung, der physischen und geistigen Kräfte jedes einzelnen,
4. durch gerechte Verteilung der erzeugten Güter und Produkte,

jedem Staatsangehörigen eine auskömmliche und sorgenfreie Existenz zu verschaffen und damit eine menschenwürdige Lebensführung, nicht nur in leiblicher, sondern auch in geistiger Beziehung zu ermöglichen.

125. Frankfurt a. M.: Der Schnapsboykottbeschluß des Leipziger Parteitages vom Jahre 1909 wird den Genossinnen und Genossen in eindringliche Erinnerung gebracht.

126. Berlin IV, Ortsverein Harburg, Köln, Magdeburg, Hamburg I, Nieder-Barnim, Nürnberg-Altdorf: Der Parteitag erneuert und bekräftigt den von dem Leipziger und dem Magdeburger Parteitag beschlossenen Branntweinboykott. Der Parteitag stellt fest, daß die bisherige Durchführung des Boykotts an vielen Orten eine erhebliche Verminderung des Branntweinverbrauchs zur Folge gehabt hat, die im Interesse der körperlichen und geistigen Volksgesundheit, der gesteigerten Kampffähigkeit und der Schwächung seiner bösartigsten Feinde freudig zu begrüßen ist. Er erkennt jedoch an vielen Orten eine viel schärfere Durchführung des Parteibeschlusses als notwendig und verpflichtet insbesondere die Vertrauenspersonen zu deren energischster Unterstützung.

127. Dortmund-Hörde, Königsberg i. Pr., Hagen i. Westf., Lübeck, Bonn, Bremen und Sozialdemokratischer Verein auf Fehmarn: Vorstehendem Antrag und folgendem Absatz 2: „Der Parteitag erklärt, daß der Beschluß sich auf Spirituosen jeder Art bezieht, da er nicht allein der Bekämpfung des ostelbischen Junkertums, sondern auch als praktische Protestaktion gegen das herrschende Steuersystem dient. Diese Protestaktion ist durch die neueste, unter dem Namen „Abschaffung der Liebesgabe" erfolgte weitere Belastung der ärmsten Schichten zugunsten des Militarismus und der Schnapsproduzenten besonders dringend geworden, zugleich aber bezweckt sie auch die Förderung der durch den Alkohol gefährdeten Volksgesundheit.

128. Berlin V, Rees-Mörs, Kiel, Teltow-Beeskow-Charlottenburg, Ortsverein Marne in Holstein, 7. sächsischer Reichstagswahlkreis, 16 sächsischer Reichstagswahlkreis, Naußlitz in Sachsen VI, 22. sächsischer Reichstagswahlkreis und 86 Genossen in Bremen beantragen, den vorstehenden beiden Absätzen noch folgenden Absatz 3 zuzusetzen:

Der Parteitag verpflichtet demgemäß die Parteipresse, keinerlei Anzeigen oder Anpreisungen derartiger Getränke aufzunehmen. Er erwartet auch von den Verwaltungen der Volks- und Gewerkschaftshäuser sowie sonstiger Arbeiterunternehmungen, daß sie die segensreiche Bewegung des Branntweinboykotts durch Einstellung des gesamten Spirituosenverkaufs wie auf sonstige geeignete Weise (Verbreitung von Aufklärung usw.) kräftig fördern.

129. Die sozialdemokratischen Vereine für den sechsten sächsischen Reichstagswahlkreis, für Halle a. S. und für Weimar, die Mitgliedschaft in Oldesloe sowie 312 Genossen in Meißen, 143 Genossen in Lübeck, 23 Genossen in Brandenburg a. H., 21 Genossen im 14. hannoverschen Wahlkreis, 24 Genossen in Sondershausen, 15 Genossen in Eisenberg, 47 Genossen in Augsburg, 28 Genossen in Regensburg, 6 Genossen in Freiberg i. S., 18 Genossen in Herten in Westf., 13 Genossen in Rendsburg, 11 Genossen in Brambauer bei Dortmund:

Da der Punkt 6 unseres Parteiprogramms sehr oft derart ausgelegt wird, als sei für die Partei die Religionsfrage eine private Sache, mit der die Partei sich nicht befassen dürfe, erkennt der Parteitag ausdrücklich an, daß die Aufklärung über die Unvereinbarkeit der Religion mit der Wissenschaft wesentliche Aufgabe der Partei, insonderheit der Parteipresse sein muß.

Der Parteitag erkennt weiter an, daß die Bekämpfung der christlichen Kirche, die eine Herrschaftsorganisation der staatlichen Machthaber darstellt, Parteisache geworden ist, deshalb, weil derjenige, der die Machthaber bekämpft, auch deren Mittel, in diesem Falle die Kirche, mit bekämpfen muß. Der Parteitag spricht deshalb den Wunsch aus, daß die Parteiorganisationen in allen Orten Deutschlands auch auf diesem Gebiete ihre volle Pflicht erfüllen.

130. Die sozialdemokratischen Vereine von Halle und Weimar, sowie die obengenannten Genossen aus Sondershausen, Freiberg, Lübeck und Brandenburg beantragen, dem obigen Antrag noch folgenden Absatz 2 anzufügen:

2. Da die Parteigenossen heute gezwungen sind, ihre Kinder an einem staatlich anerkannten Religionsunterricht teilnehmen zu lassen, dieser Unterricht aber im Gegensatz zu der Wissenschaft steht, hält es der Parteitag für notwendig, dadurch gegen diesen Gewissenszwang zu protestieren und die Einführung von Dissidentenschulen zu ermöglichen, daß er die Parteigenossen, die mit der Staatsreligion gebrochen haben, auffordert, der Staatskirche den Rücken zu kehren.

131. Der sozialdemokratische Verein für den 8. und 10. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis, die Mitgliedschaft von Itzehoe in Holstein, in Kiel, sowie die Mitgliedschaften von Bergkamen und Oberberge in Westfalen, Distrikte Uhlenhorst, Cuxhaven, Hamm und Bergedorf in Hamburg III:

Der Parteitag ersucht die Organisationen, teils durch Verbreitung von entsprechenden Schriften, teils durch Versammlungen neben den allgemeinen Protesten gegen die wirtschaftliche und politische Unterdrückung auch Protest zu erheben dagegen, daß die Religion zur Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes benutzt wird.

In den Schriften und Versammlungen ist auch auf den Austritt aus der Landeskirche schon deshalb hinzuweisen, um wirksam dagegen zu protestieren, daß unsere Kinder gezwungen werden, an dem unwissenschaftlichen Religionsunterricht teilzunehmen.

132. Elberfeld-Barmen: Der Parteitag ersucht die Organisationen, neben den Protesten gegen die wirtschaftliche und die politische Unterdrückung auch mehr wie bisher Protest zu erheben gegen die Unterdrückung, Ausbeutung und geistige Knechtung des Volkes durch die Kirche.

Besonders muß auch dagegen protestiert werden, daß die Kinder des Volkes zur Teilnahme an einem Religionsunterricht gezwungen werden, der mit den Ergebnissen der Wissenschaft in schroffem Widerspruch steht. Als wirksamste Form des Protestes empfiehlt der Parteitag allen Parteigenossen, die innerlich mit der Religion gebrochen haben, den Austritt aus der Landeskirche.

133. Der Ortsverein in Sagan, fünf Genossen in Essen und 38 Genossen aus Schmidthorst: Da die Parteigenossen heute gezwungen sind, ihre Kinder an einem staatlich anerkannten Religionsunterricht teilnehmen zu lassen, dieser Unterricht aber im Gegensatz zu der Wissenschaft steht, hält es der Parteitag für notwendig, dadurch gegen diesen Gewissenszwang zu protestieren und die Einführung von Dissidentenschulen zu ermöglichen, daß er die Parteigenossen, die mit der Staatsreligion gebrochen haben, auffordert, der Staatskirche den Rücken zu kehren.

134. Genosse Haller in Mylau i. S.: Angesichts der Tatsache, daß der Satz des Parteiprogramms „Erklärung der Religion zur Privatsache" vielfach sinnwidrig aufgefaßt wird, erklärt der Parteitag es für moralische Pflicht der Genossen, die persönlich keine kirchlichen Bedürfnisse haben, aus der Kirche auszutreten.

135. 19 Genossen in Nürnberg-Altdorf, Velbert: Um eine wirksame Kundgebung im ganzen Lande gegen die sich immer stärker geltend machende klerikale Verdummungspolitik in die Wege zu leiten, und um besondere Propaganda für unsere programmatischen Schulforderungen zu machen, hält es der Parteitag für angezeigt, überall durch Schrift und Wort Agitation zu entfalten, um die Genossen, die durch Anerkennung des Parteiprogramms faktisch mit jedem kirchlichen Bekenntnis gebrochen haben, zu veranlassen, ihre bisher geübte Bequemlichkeit beiseite zu legen und aus der Kirche auszutreten.

136. Eschersheim, Kr. Hanau: Der Parteivorstand soll von nun an wenigstens jedes Vierteljahr Aufforderungen zum Austritt aus der Landeskirche in sämtlichen Parteiblättern Deutschlands erscheinen lassen.

Ort des nächsten Parteitages.

137. Hagen-Schwelm: Den Parteitag in Hagen abzuhalten.

138. Görlitz-Lauban: Den Parteitag in Görlitz abzuhalten.

139. Leipzig-Stadt und Land: Den Parteitag in Leipzig abzuhalten.

Tagesordnung des nächsten Parteitages.

140. Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach, Sagan: Die Agrarfrage auf die Tagesordnung zu setzen.

141. Genosse Schmidt in Essen: Die Impffrage auf die Tagesordnung zu setzen.

142. Sechs Genossen in Solingen: 1. Dem Parteitag eine anderweitige Regelung der Parteibeiträge vorzulegen, welche eine progressive Steigerung je nach dem Einkommen vorsieht (Selbsteinschätzungspflicht). Die Beiträge sollen ferner so gestellt werden, daß es auch dem wirtschaftlich ungünstig gestellten Genossen möglich ist, Mitglied der Partei zu sein.

2. Dem Parteitag eine Regelung der Diätenbezüge unserer Reichs- und Landtagsfraktionsmitglieder vorzulegen, wonach den Abgeordneten Tagegelder gewährt werden unter Abführung der Diäten an die Parteikasse. Vorbildlich für die Höhe der Tagegelder sollen die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse sein.

143. Duisburg, Genosse Giebel-Berlin, sechs Genossen in Breslau, drei Genossen in Arnstadt, Essen, Köln: Die Privatangestelltenfrage auf die Tagesordnung zu setzen.

Nachträglich eingegangene und während der Verhandlungen gestellte Anträge.

144. 18. sächsischer Reichstagswahlkreis: Den § 14 des Organisationsstatuts der Gesamtpartei wie folgt zu ändern:

„§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern, unter denen sich eine Genossin befinden muß, und 7 Beisitzern. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich wechselweise zu vertreten. Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettels in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit usw."

Absatz 3 kommt in Wegfall.

145. Nürnberg: § 7 Ziffer 2 folgende Fassung zu geben: „Sämtliche Mitglieder der Reichstagsfraktion haben mit beratender Stimme Vertretungsrecht auf den Parteitagen."

146. Genosse Brillwitz, Berlin IV: „§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird durch den Parteitag bestimmt.

a) Der Parteivorstand als Leiter der Parteiaktionen besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern und drei Beisitzern, von denen in den beiden letztgenannten je eine Genossin vertreten sein muß.

b) Dem Parteivorstand als gleichberechtigte Vorstandsmitglieder sind als politische Instrukteure, entsprechend den Etatseinteilungen der Gesamtministerien, je zwei Genossen und eine Genossin auf dem Parteitag hinzuzuwählen. Die Wiederwahl ist statthaft.

c) Beide gewählten Körperschaften bilden den aktuellen Gesamtvorstand, deren Mitglieder berechtigt sind, sich gegenseitig zu vertreten.

d) Die Vorstandsmitglieder, soweit sie zu den gewählten Instrukteuren zählen, sind nicht an den Wohnsitz (Geschäftsstelle) des Parteivorstandes gebunden; doch muß ein Drittel derselben dauernd in der Zentralleitung vertreten sein. Ihre Besoldung erfolgt den Umständen gemäß; die Höhe derselben wird von dem Gesamtvorstande in Anschlag gegeben, den der nächste Parteitag zu bestätigen bezw. zu genehmigen hat.

e) Gegebenenfalls kann der Parteivorstand sämtliche Vorstandsmitglieder einberufen.

f) Zur Erledigung der Organisationskorrespondenz mit dem Parteivorstand hat jeder Reichs- bezw. Landtagswahlkreis einen Vertrauensmann zu bestellen. Derselbe ist von dem Wahlkreisvorstand zu bestätigen und muß seinen Wohnsitz im Wahlkreise haben. Vom Parteivorstand als nicht geeignet befundene Personen können von ihm beanstandet werden, eventuell hierüber anderweitig verfügt werden.

Der Parteitag hat bei der Wahl der Instrukteure besonders darauf Bedacht zu nehmen, daß die geeignetsten Genossen wie Genossinnen in Vorschlag gebracht werden. Die unbedingte Anwesenheit auf dem Parteitag während des Vorschlages ist nicht erforderlich. Hingegen ist die betreffende Person vor der absoluten Wahl seitens des Parteitages zu verständigen."

147. Breslau: In Rücksicht auf unsere beständige Fortentwickelung und in Rücksicht darauf, daß die Bearbeitung der einzelnen Wahlkreise immer größere Anforderungen an ihre Kandidaten stellt, ist es unzulässig, daß ein Genosse in zwei oder mehreren Wahlkreisen kandidiert. Die bisher geübte Praxis, daß einzelne Genossen in verschiedenen Wahlkreisen kandidierten, ist unter allen Umständen zu vermeiden.

148. Spandau: Der Parteivorstand wird beauftragt, ohne Verzug energische Maßregeln zur speziellen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit unter den Jugendlichen zwischen 18 und 20 Jahren zu ergreifen.

149. Spandau: Der Parteitag wolle Mittel und Wege finden, die die außerhalb des Rahmens der Parteiorganisation stattfindenden Sonderkonferenzen des linken und rechten Flügels der Parteiorganisation unmöglich machen.

150. Köln-Stadt und Köln-Land: Eine Studienkommission für die Agrarfrage einzusetzen. Die Kommission, zu der nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Praktiker der landwirtschaftlichen Betriebsweise zuzuziehen sind, soll unter Verwendung einwandfreien statistischen Materials namentlich die landwirtschaftlichen Entwickelungstendenzen und die soziale Lage der Kleinbauern objektiv erforschen und dadurch die Unterlagen für ein sozialdemokratisches Agrarprogramm schaffen.

151. Magdeburg: Mit Bezug auf den vom Essener Parteitag im Jahre 1907 angenommenen Antrag Nr. 65 empfiehlt der Parteitag allen Wahlkreisen, in denen die Vorbedingungen hierzu vorhanden sind, aufs neue, statistische Erhebungen über die soziale Zusammensetzung der Wählerschaft vorzunehmen.

152. Breslau: Den nächsten Parteitag in Breslau abzuhalten.

153. Dessau: Den nächsten Parteitag in Dessau abzuhalten.

154. Berlin III: Die Erneuerung des Beschlusses, den der 1872 in Mainz abgehaltene Parteikongreß gefaßt hat und welcher lautet: „Der Kongreß empfiehlt den Parteimitgliedern, nachdem sie durch Anerkennung des Parteiprogramms faktisch mit jedem kirchlichen Bekenntnis gebrochen haben, auch formell ihre Ausscheidung aus allen kirchlichen Gemeinschaften zu vollziehen."

155. Berlin IV: In Anbetracht, daß es notwendig ist, die polnische werktätige Bevölkerung zum Sozialismus zu werben, fordert der IV. Kreis, daß das polnische Parteiorgan (Gazeta Robotnicza, Arbeiter-Zeitung) nach wie vor dreimal wöchentlich erscheinen soll. Ihre Existenzfrage kann auch eventuell ohne finanziellen Zuschuß verlangt werden, wenn der Parteitag die gesamte Parteipresse und Parteiorganisationen verpflichtet, öfter auf das Abonnement der polnischen Parteipresse hinzuweisen.

156. Genosse Heinzelmann in Lichtenberg: In Anbetracht, daß die Jugendausschüsse verschiedenartig zusammengesetzt sind, welches vielfach zu Verwaltungskämpfen der Jugendlichen geführt hat, beschließt der Parteitag, baldmöglichst eine Reorganisation vorzunehmen, um eine Einheitlichkeit und eine gesunde Fortentwickelung der proletarischen Jugendbewegung zu erzielen; die Jugendausschüsse in Zukunft zu gleichen Teilen aus Erwachsenen und Jugendlichen zusammenzusetzen.

157. Berlin III: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, den Parteifunktionären mehr Material zur Agitation unter den Privatangestellten zur Verfügung zu stellen. Insbesondere ist auf dem nächstjährigen Parteitage (1913) die Privatangestelltenfrage durch ein besonderes Referat zu behandeln.

158. Berlin III: Im Interesse der Geschlossenheit und Einheit der Partei sind Sonderkonferenzen, gleichviel welcher Richtung, in denen zu allgemeinen Parteifragen Stellung genommen wird, in Zukunft zu vermeiden.

159. Berlin IV: Die Parteigenossen des vierten Berliner Reichstagswahlkreises bedauern aufs lebhafteste die Handhabung des Parteivorstandes bei der Stichwahl 1912, wo in Kreisen gegen den Freisinn die Agitation fast eingestellt worden ist.

Diese Rücksicht dem Gegner gegenüber muß auf die Genossen dieser Kreise in puncto Arbeitsfreudigkeit sowie Agitation und Organisation deprimierend wirken.

160. Berlin IV: Die Bilder (Illustrationen) der „Neuen Welt" sind besser zu gestalten oder fortzulassen; im letzteren Fall würde Raum zu gemeinwissenschaftlichen Aufsätzen geschaffen werden, die zweckdienlicher wären. Der Autotypiedruck eignet sich nicht für Rotationsdruck, ebensowenig schlechtes Papier.

161. Berlin I: Der Parteitag möge die Herausgabe eines monatlich erscheinenden Blattes beschließen, welches besonders krasse Gerichtsurteile des verflossenen Monats wiedergibt. Das Blatt soll in zwei Rubriken geteilt sein, in denen die verschiedenen Klassenurteile bei denselben Vergehen in bezug auf die besitzenden und besitzlosen Klassen gegenübergestellt werden. Ebenso soll auch darin die Klassenjustiz der Polizei und der Verwaltungsbehörden gekennzeichnet werden. Das Blatt soll überall unentgeltlich als Flugblatt verteilt werden, da es vor allen Dingen den Zweck haben soll, die breiten Massen des Volkes, die noch an den Rechtsstaat Preußen-Deutschland glauben, die dringend erforderlichen Aufklärungen darüber zu geben.

162. Berlin III: Im Organisationsstatut der Partei ist im § 7 hinter Absatz 1 hinzuzufügen: „Bei Abstimmungen über Organisations- und Prinzipienfragen sowie bei Wahlen entscheidet die Mitgliederzahl, welche ein Delegierter vertritt."

163. Berlin IV: Die am 27. August 1912 tagende Generalversammlung für den vierten Berliner Reichstagswahlkreis sieht keinen Grund zur vorgeschlagenen Aenderung der Organisation des Parteivorstandes für gegeben und ersucht daher den Parteitag, sämtliche zur Reorganisation des Parteivorstandes gestellten Anträge abzulehnen.

164. Berlin IV: Das Frauenbureau ist aufzuheben, die Genossin im Parteivorstand soll als besoldete Sekretärin gewählt werden.

165. Berlin IV: Die Teilnahme der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag soll nicht beschnitten werden, jedoch können dieselben nur mit beratender Stimme teilnehmen.

166. Berlin IV: Die Rechte der Kontrollkommission sind zu erweitern, um ihr mehr Initiativrechte zu gewähren.

167. Berlin IV: Die Bezirkskonferenzen sind beizubehalten, eventuell weiter auszubauen.

168. 7. schleswig-holsteinischer Wahlkreis: Die Generalversammlung erklärt zu der vorgeschlagenen Aenderung des Organisationsstatuts

1. Mit dem Mindestbeitrag von monatlich 40 Pf. für männliche Mitglieder ist sie einverstanden, lehnt aber eine obligatorische Erhöhung des Mindestbeitrages für weibliche Mitglieder ab.

2. Ebenso ist sie einverstanden mit einer Vertretung der Reichstagsfraktion, deren Stärke vom Parteitag festzusetzen ist, jedoch ein Viertel der jeweiligen Fraktionsstärke nicht übersteigen darf. Diese Vertretung hat volles Stimmrecht.

3. Die Generalversammlung lehnt den geplanten Parteiausschuß ab, fordert dafür aber die Verstärkung des Parteivorstandes um wenigstens fünf unbesoldete Beisitzer, die vom Parteitag zu wählen sind, die Verstärkung der Kontrollkommission um ebenfalls fünf Mitglieder und Beibehaltung der Sitzungen der Bezirksorganisationsleiter mit dem Parteivorstand.

Der Kontrollkommission soll die Kontrolle des Parteivorstandes in seiner politischen Haltung zur Pflicht gemacht werden.

169. Lennep-Remscheid-Mettmann: 1. § 26 Absatz 2 „Schlichtungskommission": „Die Organisationen haben das Recht, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungs- und Beschlußkommission gegen ein Mitglied einzusetzen. Gelangt die Kommission zu einem sachlichen Beschluß, so steht den Beteiligten das Einspruchsrecht gegen diesen Beschluß nach den Bestimmungen der §§ 24 und 25 zu."

2. In § 7 Ziffer 2 des Entwurfs (Reichstagsfraktion) zu sagen: Zur Teilnahme am Parteitag sind berechtigt . . . „Die Reichstagsfraktion mit beratender Stimme."

3. „Parteiausschuß". Den in den §§ 20, 21 und 22 des Entwurfs vorgesehenen Parteiausschuß lehnt der Parteitag ab; dafür beschließt der Parteitag:

a) „Abhaltung regelmäßig einzuberufender Sitzungen des Parteivorstandes mit den Bezirks- und Landessekretären."
b) „Vermehrung der ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder um 7 bis 9 Mitglieder; die Wahl hat durch den Parteitag nach auf dem Parteitag gemachten Vorschlägen zu erfolgen."
c) Vermehrung der besoldeten Vorstandsmitglieder um 2 bis 4 Mitglieder.
d) „Erweiterung der Kontrollkommission und Ausdehnung des Betätigungsgebietes der Kommission durch Zuweisung politischer Funktionen."

170. Genosse Erwin Neumann-Adlershof: 1. Parteigenossen dürfen nicht Mitglieder gelber Vereine sein.

2. Der Parteitag macht es den Genossen zur Pflicht, sich mehr als bisher in den Verwaltungskörpern der Genossenschaften zu betätigen, damit diese wirklich mit genossenschaftlichem Geist erfüllt werden.

171. Berlin VI: Die Genossen des 6. Kreises protestieren ganz energisch gegen das Verhalten des Abgeordneten Dr. Landsberg betr. seines Verbleibens im Saale während des Kaiserhochs in der letzten Sitzung des Reichstags.

172. Dortmund-Hörde: Die Sondersitzungen innerhalb der Partei, wie noch kürzlich eine solche von einem Teil der Reichstagsfraktion stattgefunden hat, hat der Parteitag strikte zu untersagen.

173 Berlin III: Die vom Staat ins Leben gerufene und von ihm unterstützte bürgerliche Jugendfürsorge betrachtet es als ihre Aufgabe, die Jugend zwischen 14 und 20 Jahren, also von der Volksschulentlassung bis zur eventuellen Einziehung zum Heeresdienst, für ihre Zwecke einzufangen, um sie der modernen Arbeiterbewegung zu entfremden.

Angesichts dieser Tatsache ist sich der Parteitag darüber einig, daß für die proletarische Jugendbewegung mehr als bisher von den in Frage kommenden Instanzen getan werden muß.

Besonderer Wert ist darauf zu legen, die schon organisationsfähige Jugend im Alter zwischen 18 und 20 Jahren für die Partei zu gewinnen; und ist unter diese vom Parteivorstand eine regelmäßige, großzügige Agitation einzuleiten.

174. Berlin IV: In Anbetracht der enorm gestiegenen und noch weiter steigenden Lebensmittelpreise und die dadurch bedingte Unterernährung des deutschen Volkes wird der Parteitag ersucht, diese Frage als einen besonderen Punkt auf der Tagesordnung des diesjährigen Parteitages zu behandeln.

175. Berlin IV: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Die Steuerfrage".

176. Berlin IV: Den nächsten Parteitag in Berlin stattfinden zu lassen.

177. Berlin IV: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, bei geeigneter Zeit die Aufhebung des Sprachenparagraphen im Reichsvereinsgesetz zu beantragen.

178. Teltow-Beeskow-Charlottenburg: Den Vorwärtsverlag zu beauftragen, einen geschmackvollen Abreißkalender herauszugeben, auf dem Sinnsprüche und Mitteilungen enthalten sind, die unserer Welt- und Lebensanschauung entsprechen und zum Studium unserer Literatur anregen.

Um die Herstellungskosten zu verringern und einen Massenabsatz zu ermöglichen, sind die Verlagsanstalten und Druckereien der Partei zu veranlassen, ihren Bedarf an Abreißkalendern von dem Vorwärtsverlag zu beziehen.

179 Das Personal der Druckerei Volksfreund in Karlsruhe: Zwecks Ansammlung eines Fonds zur Unterstützung wegen Feiern des 1. Mai Gemaßregelter ist von allen in Parteibetrieben, Arbeitergenossenschaften usw. beschäftigten Parteigenossen ein Beitrag zu erheben, der jedoch für männliche Mitglieder nicht unter 1 Mk. und für weibliche Mitglieder nicht unter 50 Pf. betragen soll.

180. Hannover: Der Monatsbeitrag der weiblichen Mitglieder bleibt auf 15 Pf. bestehen.

181. Hannover: Sämtliche Mitglieder der Reichstagsfraktion sind berechtigt, mit beratender Stimme an den Verhandlungen des Parteitages teilzunehmen.

182. Hannover: Jeder Wahlkreis hat seine Beiträge selbst zu regeln.

183. Hannover: Die am 1. September tagende Generalversammlung des 8. hannoverschen Wahlkreises verurteilt auf das entschiedenste die Sonderkonferenz in Eisenach und erwartet vom Parteitag Mittel und Wege, daß solche Sonderkonferenzen unterbleiben.

184. Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten: Die Sonderkonferenzen werden entschieden verurteilt. Vom Parteitag in Chemnitz wird erwartet, daß er Maßnahmen trifft, daß derartige parteischädigende Konferenzen in Zukunft unterbleiben.

185. Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten: Der Parteitag fordert die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages auf, im Reichstage wie bisher für die Bergarbeiterforderungen einzutreten, und die Reichsregierung aufzufordern, angesichts der traurigen Massenkatastrophen im Bergbau, bei welchen die Bergarbeiter gleich zu Dutzenden und Hunderten niedergestreckt werden, dem Reichstage nun endlich einen Gesetzentwurf eines Reichsberggesetzes vorzulegen, welcher eine verschärfte Grubenkontrolle durch freigestellte und staatlich bezahlte Arbeiterkontrolleure vorsieht. Die Maßnahmen, welche bisher in den einzelstaatlichen Parlamenten, namentlich aber im preußischen Landtag, ergriffen wurden, beweisen, daß diese Parlamente unfähig sind, eine gründliche Reform der Berggesetzgebung durchzuführen, wie sie im Interesse eines besseren Schutzes von Leben und Gesundheit der Bergarbeiter notwendig ist.

186. Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten: Die Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, im Reichstage auf eine Aenderung des Wahlgesetzes zu drängen, so daß 1. die Wahlen zu gesetzgebenden Körperschaften auf einen Sonn- oder Feiertag verlegt werden, 2. die Zusammensetzung des Wahlvorstandes in den einzelnen Bezirken aus der Mitte der Parteien ermöglicht wird.

187. Hannover: Als Punkt 6 auf dem Parteitage zu Chemnitz die „Steuerfrage" zu setzen.

188. Hannover: Der Beschluß des Nürnberger Parteitages, wonach die in Parteibetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten den Tagesverdienst vom 1. Mai abzuliefern haben, ist aufzuheben.

189. Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten: Zum nächsten internationalen Kongreß zu beantragen, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen.

190. Hannover: Der Parteivorstand wird beauftragt, der Agrarfrage erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Er hat eine aus Theoretikern und Praktikern zusammengesetzte Kommission zu ernennen, deren Aufgabe es zunächst ist, einwandfreies Material des landwirtschaftlichen Betriebswesens sowie über die Einkommens-, Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Kleinbauern und Landarbeiter zu sammeln. Ihre weitere Aufgabe ist, einem der nächsten Parteitage Vorschläge zu einem Agrarprogramm zu machen.

191. Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten: Es ist von der Partei eine Modezeitung herauszugeben.

192. Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten: Die Kinderbeilage der „Gleichheit" ist den Organisationen zu einem billigen Preise abzugeben.

193. Auer-München: Der Parteitag mißbilligt die von einigen Genossen gegen die bei der Sanierung des Göppinger Parteigeschäfts beteiligten Instanzen erhobenen haltlosen Vorwürfe. Der Parteitag spricht seine volle Zustimmung zu den getroffenen Maßnahmen aus und erwartet, daß die Parteigenossen den bei Neugründungen in Betracht kommenden Beschluß des Münchener Parteitages sorgfältiger beachten werden.

194. Gottschalk-Königsberg und Genossen: In besonderer Berücksichtigung der neuesten, unter dem Trugwort „Abschaffung der Liebesgabe" erfolgten Mehrbelastung zugunsten des Militarismus und der Schnapsproduzenten bringt der Parteitag den von den drei letzten Parteitagen beschlossenen Branntweinboykott in eindringliche Erinnerung. Der Parteitag stellt fest, daß die bisherige Durchführung des Boykotts eine erhebliche Verminderung des Branntweinverbrauchs zur Folge gehabt hat, die im Interesse der Volksgesundheit, der Kampffähigkeit des Proletariats und der Schwächung seiner bösartigsten Feinde freudig zu begrüßen ist. Er erwartet jedoch für die Folge eine noch gewissenhaftere Durchführung des Parteitagsbeschlusses.

195. Sozialdemokratischer Verein Kiel: Der Parteivorstand möge gemeinsam mit dem einzusetzenden Parteiausschuß das Delegationsrecht zum Parteitag einer Prüfung unterziehen und eventuell dem nächsten Parteitage Vorschläge zur Reorganisation unterbreiten.

196. Sozialdemokratischer Verein Fürth: Der § 5 des Organisationsstatuts erhält folgenden Zusatz: Invalid gewordene Parteimitglieder sind für die Dauer der Invalidität beitragsfrei und sollen aus den Mitgliederlisten nicht gestrichen werden.

197. Georg Zorn: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Agrarfrage zu setzen.

198. Saenger-München und Genossen: Der Parteitag beschließt in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der vorausgehenden Parteitage: über die sämtlichen zu Punkt 6 des Parteiprogramms gestellten Anträge zur Tagesordnung überzugehen, in der Erwägung, daß das Verhältnis der sozialdemokratischen Partei zur Kirche und Religion im Erfurter Programm grundlegend festgesetzt ist und die zum Programmsatz erhobene Forderung der Trennung von Kirche und Staat dieses Verhältnis im Sinne vollständiger religiöser Gewissensfreiheit nach jeder Richtung hin erschöpfend regelt, und daß die zu Punkt 6 des Parteiprogramms gestellten Anträge eine unbegründete Preisgabe der Grundsätze des Erfurter Programms bedeuten.

199. Resolution zum Bergarbeiterschutz: Der Parteitag erklärt, die Häufung der Massenkatastrophen in den deutschen Bergwerksbetrieben, die fast andauernd steigende Zahl der getöteten und verletzten Bergarbeiter, wie auch die erschreckend hohen bergmännischen Krankheitsziffern beweisen schlagend, daß die von den Vertretern des kapitalistischen Ausbeutungssystems nach jeder großen Grubenkatastrophe wiederholte Versicherung, für den Schutz der Bergwerksarbeiter sei hinreichend gesorgt, eine wider besseres Wissen aufgestellte Behauptung ist. Schon die Tatsache, daß die Unfallziffern in anderen europäischen Ländern erheblich geringer sind, zwingt zu dem Schluß, daß nicht alle Mittel zur Verbesserung der Grubensicherheit in Deutschland in Anwendung sind. Es ist beschämend, daß Deutschland im Bergarbeiterschutz hinter dem Auslande zurücksteht. Der Parteitag beauftragt deshalb die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, alsbald nach dem Zusammentritt des Reichstages diesen erneut und nachdrücklichst zur Beschlußfassung über eine den modernen Betriebs- und Arbeiterverhältnissen entsprechende reichsgesetzliche Regelung des Bergarbeiterschutzes zu veranlassen. Dieses Gesetz muß mindestens zwingend festlegen:

1. Eine Arbeitszeit von höchstens acht Stunden, und zwar mit der Maßgabe, daß innerhalb 24 Stunden allgemein höchstens acht Stunden gearbeitet werden darf, abgesehen von Ueberzeitarbeit, die zur Rettung und Sicherung von Menschenleben und zur Aufrechterhaltung des Betriebes unbe-

dingt nötig ist. Bei einer Grubentemperatur von 28 Grad Celsius an und an besonders nassen Arbeitspunkten darf die Schichtdauer nicht mehr als sechs Stunden betragen;

2. Arbeiter unter 18 Jahren sind zur unterirdischen Tätigkeit nicht zuzulassen, auch nicht solche Erwachsene, denen die für die eigentliche Bergarbeit nötige Vorbildung mangelt;
3. Vorschriften über die Erzielung und Auszahlung eines Arbeitslohnes, der dem schweren und gefährlichen Bergarbeiterberuf gerecht wird und den Arbeitern und ihren Familien einen kulturentsprechenden Lebensunterhalt ermöglicht;
4. Anstellung von Grubenkontrolleuren mittels geheimer und direkter Wahl von den Arbeitern gewählt und aus Staatsmitteln besoldet;
5. Bereithaltung einer genügenden Zahl von Rettungsapparaten und Geräten für den Transport der Unfallopfer, Ausbildung von mit der Benutzung der Rettungsapparate und der ersten Hilfeleistung bei Verletzungen vertrauter Mannschaften;
6. Einrichtung von ausreichenden Wasch- und Badeanstalten (Brausebäder) auf allen Werken.

Der Parteitag erwartet, daß angesichts der furchtbaren Unglücksfälle der letzten Zeit der Reichstag und die Verbündeten Regierungen endlich es für ihre Gewissenspflicht erachten werden, die gestellten Forderungen durchzuführen.

200. Ledebour und Genossen: Der Parteitag spricht dem Parteivorstand für sein Vorgehen in der Göppinger Angelegenheit die völlige Billigung aus. Er erwartet, daß alle beteiligten Genossen ernstlich bestrebt sein werden, die Bemühungen des Parteivorstandes zur endlichen Beseitigung des unerträglichen Zustandes nach besten Kräften zu unterstützen. Er erwartet weiter, daß die Parteigenossen bei Neugründungen den in Betracht kommenden Beschluß des Münchener Parteitages sorgfältig beachten werden.

201. Resolution zur Teuerungsfrage: Der Parteitag konstatiert, daß der Kapitalismus in der stürmischen Entwickelung der beiden letzten Jahrzehnte zu einer ungeheuren Reichtumsvermehrung der Besitzenden geführt habe, während die arbeitenden Klassen durch die zunehmende Verteuerung ihrer wichtigsten Bedarfsgegenstände an der Erhöhung ihrer Lebenshaltung gehindert worden und in Gefahr geraten sind, der Kampferrungenschaften ihrer gewerkschaftlichen Organisationen beraubt zu werden. Der Parteitag sieht in diesem Gegensatz der Bereicherung der wenigen Kapitalmagnaten und der zunehmenden Massenverarmung den stärksten Beweis für die Unvereinbarkeit der kapitalistischen Produktionsweise mit den Interessen der arbeitenden Klassen und für die Notwendigkeit des Sozialismus, d. h. für die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.

Der Parteitag erkennt in der herrschenden Schutzzollpolitik Deutschlands die Ursache der unerträglichen Verschärfung der Teuerung. Er fordert die Beseitigung dieser Wirtschaftspolitik, deren Zweck nur die ungeheuerliche Steigerung der Beute der Großkapitalisten, Großgrundbesitzer und Spekulanten, die treibhausmäßige Förderung der Kartelle und Ringe und die Erhöhung ihrer Monopolprofite bildet. Der Parteitag fordert daher eine gründliche Reform unseres Steuersystems mit dem Ziel der Beseitigung aller indirekten Steuern auf die Verbrauchsartikel der Massen und ihre Ersetzung durch direkte Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuern.

Der Parteitag fordert die Beseitigung des Systems der Einfuhrscheine, die Aufhebung aller Lebensmittelzölle und der Zölle auf Futtermittel, die den Großgrundbesitz auf Kosten der städtischen und der bäuerlichen Bevölkerung begünstigen.

Er fordert insbesondere zur Abhilfe der Fleischnot die sofortige Aufhebung der Vieh- und Fleischzölle, die Oeffnung der Grenzen für Vieh und Fleisch unter Beachtung unerläßlicher gesundheitlicher Ueberwachungsmaßregeln und der entsprechenden Abänderungen des Gesetzes betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, um die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch, insbesondere auch von Gefrierfleisch dauernd zu ermöglichen.

Dieselben Junker und Scharfmacher, welche die Aushungerung des Volkes durch ihre Zollwucherpolitik verschulden, wollen nun dessen Widerstand brechen, indem sie das ohnehin schon ungenügende Koalitionsrecht völlig erdrosseln. Der Parteitag protestiert gegen diese infame Vergewaltigung der Arbeiter und fordert vielmehr die Ausgestaltung und Sicherung der Koalitionsfreiheit.

Der Parteitag erklärt die sofortige Einberufung des Reichstages für unerläßlich und fordert die arbeitende Klasse auf, den Kampf gegen das herrschende Ausplünderungssystem auch im Hinblick auf die Neugestaltung der gesamten deutschen Handelspolitik und die gemeingefährliche Untätigkeit der kapitalistischen Klassenregierung gegenüber dem schreienden Notstand der Massen mit aller Wucht fortzuführen.

202. Resolution zur Jugendbewegung: Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wiederholt mit Nachdruck den schon von früheren Parteitagen erhobenen Einspruch gegen die Verfolgungen, die sich staatliche Behörden aller Art gegen die proletarische Jugendbewegung herausnehmen.

Der Parteitag anerkennt das ernste Bestreben junger Arbeiter und Arbeiterinnen, sich durch rege Vereinstätigkeit, durch Versammlungen, Vortragskurse, künstlerische Veranstaltungen, Ausflüge, Besuche von sehenswerten Sammlungen und auf andere Weise eine Erweiterung ihrer unzureichenden Volksschulbildung anzueignen. Alle diese Maßnahmen sind reine Bildungsmaßnahmen und als solche unpolitisch.

Dagegen besteht für den Parteitag kein Zweifel über die politischen Beweggründe, die zur neueren bürgerlichen Jugendbewegung in allen ihren Arten und Betätigungsformen und zu ihrer Unterstützung durch Staat und Gemeinde geführt haben, sowie über die offene und versteckte Bekämpfung der Sozialdemokratie, die bei allen Veranstaltungen der bürgerlichen Jugendpflege auf die jugendlichen Teilnehmer versucht wird.

So sehr die deutsche Sozialdemokratie von jeher durch Wort und Tat um die geistige und körperliche Hebung der schulentlassenen Arbeiterjugend durch den Ausbau und durch die Verbesserung des staatlichen und gemeindlichen Schul- und Bildungswesens bemüht ist, so sehr erhebt sie Widerspruch gegen die parteiische Unterstützung unkontrollierbarer bewußt sozialistenfeindlicher, also politischer Jugendpflege privater Vereinigungen durch staatliche Behörden und aus öffentlichen Mitteln.

Der Parteitag fürchtet zwar die politische Wirkung dieser neuesten Art der Sozialistenbekämpfung nicht, er erhebt aber aus allgemein kulturellen und pädagogischen Gründen den entschiedensten Einspruch gegen das heuchlerische Gebaren und gegen die wüsten Methoden der bürgerlichen Jugendpflege; besonders sieht er in den sogenannten Kriegsspielen und in der öden Nachäfferei militärischer Aeußerlichkeiten eine schwere Beeinträchtigung der körperlichen, geistigen und seelischen Entwickelung der heranwachsenden Jugend. Solches Treiben dient nicht der Heranbildung wahrer Vaterlandsliebe im Geiste der

Menschlichkeit, sondern der Züchtung roher Triebe im Sinne des Nationaldünkels und der Hetze gegen andere Völker.

Der Parteitag erwartet, daß die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen wie bisher allen Verfolgungen zum Trotz ihre anerkennenswerte Bildungsarbeit an sich selbst im Sinne fortschrittlicher, freiheitlicher und brüderlicher Lebensauffassung fortsetzen. Die deutsche Sozialdemokratie wird bestrebt sein, sie dabei vor ungerechtfertigten und ungesetzlichen Störungen durch amtliche und freiwillige Gegner der proletarischen Jugendbewegung zu schützen.

203. Ledebour und Genossen: Organisationsstatut:

Zu § 14 Zeile 4 die Worte: „zwei Beisitzern" zu ändern in: „den Beisitzern".

In § 7 den Punkt 2 zu fassen: „Die Reichstagsfraktion". Und eventuell (wenn obiger Antrag abgelehnt werden sollte): „Die Reichstagsfraktion mit beratender Stimme".

Gleichzeitig den auf Punkt 4 folgenden Satz: „Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen parlamentarischen und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung usw." dahin zu ändern: „Die Mitglieder des Parteivorstandes haben in allen die geschäftliche Leitung usw."

204. J. Rummel und Genossen: In der Erwägung, daß bereits die Magdeburger Parteiorganisation zu dem Verhalten des Genossen Landsberg beim Kaiserhoch in der Schlußsitzung des Reichstages Stellung genommen hat, in der weiteren Erwägung, daß diese Stellungnahme bei aller Zurückhaltung in der Form sachlich von den gleichen Anschauungen beherrscht wird wie die Beschlüsse der Parteitage und der Reichstagsfraktion über die Teilnahme an höfischen Kundgebungen, erklärt der Parteitag den Antrag des 6. Berliner Reichstagswahlkreises zu dieser Sache für erledigt.

205. Baron und Genossen: Reichstagsfraktion und Parteivorstand werden beauftragt, angesichts der bevorstehenden Strafrechtsreform eine populär-wissenschaftlich gehaltene Broschüre über die moderne (soziologische) Strafrechtstheorie im Gegensatz zur sogenannten klassischen zu veröffentlichen und darin unseren eigenen Standpunkt zu präzisieren. In dieser Abhandlung ist gleichzeitig unser prinzipieller Kampf gegen die Todesstrafe zu propagieren.

Der Parteivorstand wird gleichzeitig beauftragt, gemeinsam mit der Reichstagsfraktion mindestens halbjährlich eine Zusammenstellung der krassesten gerichtlichen und militärgerichtlichen Urteile zur Brandmarkung der Klassenjustiz zu veröffentlichen und als Flugschrift herauszugeben.

206. Zubeil: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Steuerfrage zu setzen.

207. Resolution Lipinski: Der Parteitag hält es für dringend erforderlich, daß die zurzeit geltende Abgrenzung der Bezirke einer Revision unterzogen wird, und er beauftragt den Parteivorstand, gemeinsam mit dem Parteiausschuß sich mit den beteiligten Bezirken ins Einvernehmen zu setzen und das Ergebnis dem nächsten Parteitage mitzuteilen.

208. Menke und Genossen: Die Anträge 129, 130, 131, 132, 133, 135, 154 werden zurückgezogen. Ueber die weiteren Anträge ist zur einfachen Tagesordnung überzugehen.

209. Wiesner-Hamburg und Genossen: In der Erwägung, daß die Religion in steigendem Maße zur Unterdrückung und Ausbeutung der unteren Volksschichten benutzt wird, ersucht der Parteitag die Organisationen, durch Verbreitung geeigneter Schriften und in den Versammlungen neben dem Protest gegen die wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung auch Protest gegen diese Ausnutzung der Religion zu erheben.

210. Böhle und Genossen: In Erwägung, daß bei der Wahl des Ortes für den Parteitag nicht nur die Lokalfrage, sondern auch die Wohnungsverhältnisse und gute Eisenbahnverbindungen zu berücksichtigen sind, beschließt der Parteitag: alle Anträge, die über den Tagungsort für den nächsten Parteitag gestellt sind, dem Parteivorstand zu überweisen, der in Verbindung mit dem Parteiausschuß den Tagungsort festsetzen soll.

211. Molkenbuhr: Die deutschen Mitglieder des Internationalen Bureaus werden beauftragt, in der nächsten Sitzung des Bureaus für den Antrag der Niederländer zu stimmen, wonach der nächste Internationale Kongreß im Jahre 1914 in Wien stattfinden soll.

Sollte dieser Antrag im Internationalen Bureau keine Mehrheit finden und der nächste Internationale Kongreß schon für 1913 einberufen werden, dann beantragen wir, auf die Tagesordnung des Kongresses als Gegenstand zu setzen: „Der Imperialismus".

Ferner beschließt der Parteitag: Die deutsche Delegation darf die Zahl von 150 Delegierten nicht übersteigen. Von diesen Delegierten sind 75 von der Partei und 75 von den Gewerkschaften zu wählen.

212. Resolution Haupt und Genossen zum Bericht der Reichstagsfraktion. Die Tatsache, daß die Fälle sich mehren, wo friedliche Personen durch Arbeitswillige schwer mißhandelt, sogar niedergeschossen werden, veranlaßt den Parteitag zu schärfstem Protest gegen die planmäßige Bewaffnung der Arbeitswilligen und gegen die nachsichtige Haltung der Behörden gegenüber den Gewalttaten dieser Personen.

Die Fraktion wird aufgefordert, in geeigneter Weise diese Roheitsverbrechen, die von Arbeitswilligen verübt wurden, im Reichstage zur Sprache zu bringen und zu verlangen, daß der Ausnahmebehandlung dieser gemeingefährlichen Elemente ein Ende gemacht wird.

213. Robert Schmidt und Genossen: Daß die Angestellten der Partei und Gewerkschaften, soweit die letzteren der Partei angehören, den Tagesverdienst vom 1. Mai an den Maifeierfonds abführen.

214. Wels und Genossen: Der Nürnberger Beschluß zum Antrag 90 ist dahin zu ändern, daß er nur auf die Angestellten der Partei und Gewerkschaften Bezug hat.

215. Blume-Hamburg und Genossen: Alle Parteigenossen, die ohne Abzug ihres Lohnes oder Gehalts den 1. Mai feiern können, haben den Lohn für einen Tag abzuführen.

216. Laufenberg: Der Parteitag erklärt: Hildebrands Anschauungen sind nicht die unseren; er ist im Rahmen seiner heutigen Anschauungen ungeeignet, als Interpret, als Wortführer der deutschen Sozialdemokratie aufzutreten; die Partei lehnt jede Verantwortung für seine Ideen und sein Auftreten ab. Der Parteitag erachtet, daß damit die Angelegenheit erledigt wird.

217. Ryssel: Auf Genossen, die durch unaufschiebbare Arbeiten am 1. Mai zur berufsmäßigen Arbeit verpflichtet sind und deshalb nicht feiern können, treffen die Vorbedingungen für den Beschluß 90 des Nürnberger Parteitages nicht zu und können diese Genossen zur Abführung des Tagesverdienstes nicht verpflichtet werden.

218. Lorenz und Genossen: Der Parteitag bedauert das Stichwahlabkommen mit der Fortschrittlichen Volkspartei insoweit, als dadurch eine Dämpfung des Wahlkampfes in 16 Wahlkreisen herbeigeführt wurde.

219. Jugendliche Arbeiter: Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, durch geeignete Maßnahmen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 18 bis 21 Jahren für die Arbeiterorganisationen zu gewinnen. Er hält es in erster Linie für die Pflicht der Bildungsausschüsse, die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen durch besondere Propaganda zu den bildenden und belehrenden Veranstaltungen heranzuziehen und sie durch planmäßige Schulung zu dauernden und aufgeklärten Mitgliedern der Organisationen zu machen.

220. Hoch und Genossen: In Erwägung,

daß unverbindliche Aussprachen, die zur Verständigung der Genossen dienen, und die schon seit jeher stattgefunden haben, die Rechte der Organisationen nicht beeinträchtigen,

daß sie ferner unvermeidlich und geeignet sind, die Geschlossenheit der Partei zu fördern,

erklärt der Parteitag die Angelegenheit durch die Aussprache für erledigt und lehnt alle Anträge gegen die Sonderkonferenzen ab.

221. Amendement zu Antrag Hoch: Statt des jetzigen 2. Absatzes zu setzen: daß sie ferner gegenwärtig noch vielfach unvermeidlich sind (alles andere vom Abs. 2 streichen).

222. Sindermann: Der Parteitag spricht den dringenden Wunsch aus, daß die Genossen in Zukunft Sonderzusammenkünfte bestehender Richtungen vermeiden.

Protokoll.

Vorversammlung.

Sonntag, den 15. September 1912, abends 7 Uhr.

In der Sporthalle zu Altendorf bei Chemnitz wurde kurz nach 7 Uhr abends die Vorversammlung des Parteitages eröffnet. Dicht gedrängt, aber in wohlgeordneten Reihen wohnten über 7000 Parteigenossen und Genossinnen der Eröffnung des Parteitages bei. Die weite Halle ist mit Fahnen der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen sowie der Arbeitergesang- und Bildungsvereine und mit kernigen Sprüchen reich dekoriert. Die Rednerbühne erhebt sich vier Meter hoch über dem Parterre des Saales. Sie ist von einem Baldachin überspannt und reich dekoriert. Als kurz vor 7 Uhr Genosse Bebel die Halle betritt, empfängt ihn eine stürmische, sich mehrfach wiederholende begeisterte Ovation.

Als Vertreter der ausländischen Bruderparteien sind erschienen: Für die österreichische Gesamtpartei die Genossen Skaret und Seitz-Wien, beide Mitglieder des Reichsrats. Für Ungarn Buchinger und Weltner, für Belgien de Brouckère und Vandersmissen, für Schweden Branting, für Großbritannien Quelch, für Frankreich Marcell Cachin und Abgeordneter Rouanet, für die tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei (Zentralisten) Abg. Cingr und Viktor Stein, für die deutsche Sozialdemokratie Böhmens Abg. Hillebrand-Karlsbad und Landesparteisekretär Cermak-Teplitz und für die Wiener Parteiorganisation Pirkebner, endlich für die russische Sozialdemokratie ihr alter Vorkämpfer Axelrod-Zürich.

Zu dem Parteitag sind über 500 Delegierte erschienen. Der Parteivorstand ist vollzählig, die Mitglieder der Reichstagsfraktion zum größten Teil anwesend.

Bei der Eröffnung brauste der feierliche Gesang eines imposanten Massenchors von 600 Sängern, die an der einen Schmalwand amphitheatralisch Aufstellung genommen hatten. Sie sangen in meisterhafter Weise zwei Chöre, die bei dem letzten Wettbewerb des deutschen Arbeitersängerbundes preisgekrönt worden sind, und zwar den Uthmannschen Chor „Lord Folkeson" und „Das ewige Ziel" mit den Worten von Franz Diederich-Dresden.

Nachdem der Sang verklungen war, bestieg der Kreisvorsitzende der Chemnitzer Parteiorganisation, Genosse Müller, die Rednertribüne, um den Parteitag im Namen der Chemnitzer Kreisorganisation zu begrüßen.

Müller-Chemnitz: Mir ist der ehrenvolle Auftrag geworden, die Sendboten des deutschen Proletariats in Chemnitz willkommen zu heißen. Spät

kamen die Vertreter der Arbeiterklasse nach Chemnitz, doch sie kamen, und die Freude der Arbeiter ist um so größer, als sie jetzt den Parteitag mit einer starken Organisation begrüßen können. Haben wir doch im letzten Jahre 5000 Mitglieder gewonnen.

Als wir Sie in Jena einluden, zu uns zu kommen, waren wir der optimistischen Auffassung, Sie in dem größten Chemnitzer Lokal begrüßen zu können. Aber wir hatten die Entwicklungsfähigkeit eines Teiles des Bürgertums überschätzt, der Kaufmännische Verein, dem das Lokal gehört, lehnte die Aufnahme des Arbeiterparlaments ab. Der Wunsch der Leute, die die Saalabtreibung inszenierten, um uns zu schädigen, ist, wie immer, nicht in Erfüllung gegangen, die Herrschaften haben sich ins eigene Fleisch geschnitten. Sie hätten für ihre leere Kasse unser Geld gut gebrauchen können. (Heiterkeit.) Wir sind überzeugt, daß Sie sich auch in den nunmehr gemieteten Räumen, die hell und groß sind, wohl fühlen werden.

Chemnitz, die Stadt der Arbeit nennt man sie, ist eine Stadt des Proletariats, in der über 120 000 Menschen im Dienst des Kapitals stehen. Wenn je ein Parteitagsort darauf Anspruch machen konnte, historischer Boden für die Arbeiterbewegung zu sein, dann Chemnitz nicht in letzter Linie. Hier hat sich ein gewaltiges Stück Arbeitergeschichte abgespielt.

Im März 1848 forderten Rat und Stadtverordneten in einer Adresse an den König in ziemlich kräftigem Tone Preßfreiheit und eine wahre Volksvertretung. Der heutige Rat und die aus einem jämmerlichen Wahlrecht hervorgegangene Stadtverordnetenversammlung würden sich zu einer solchen Entschiedenheit nicht entschließen. Die sind aus anderem Holze geschnitzt. Wenn z. B. die „Volksstimme" sich in Entrüstung dagegen wendet, daß der Bürgermeister in der Stadtverordnetensitzung gegen die Sozialdemokratie auf Grund des bekannten Reichsverbandsmaterials Angriffe richtet, dann läuft der Rat der Stadt zum Kadi und verhilft einem Bürger der Stadt zu 4 Monaten Gefängnis, die mein Kollege Hermann Müller gegenwärtig in Zwickau verbüßt.

Chemnitz und seine Umgebung haben der Sozialdemokratie zu der ersten parlamentarischen Vertretung verholfen. Bebel, Liebknecht und Försterling wurden von hier aus schon 1867 in den Norddeutschen Reichstag entsandt. Von dieser Zeit nahm die Arbeiterbewegung im Chemnitzer Kreise einen glänzenden Aufschwung. Nach heftigen, aber kurzen inneren Kämpfen wurde 1869/70 die Einheit der Chemnitzer Arbeiterbewegung geschaffen, und mit Recht konnte Theodor York 1871 sagen, daß es in Chemnitz weder Eisenacher noch Lassalleaner gäbe, sondern nur Sozialdemokraten. (Beifall.) Im Juli 1870 kam die erste sächsische Landeskonferenz der Eisenacher Partei in Chemnitz zusammen, in der u. a. eine geharnischte Resolution gegen den Krieg gefaßt wurde. Auch nach dem siegreichen Verlauf des Krieges gaben die Chemnitzer Arbeiter einen trefflichen Beweis ihrer prinzipiellen Aufklärung über den Imperialismus. Als die Bourgeoisie die Ablehnung der Kriegskredite durch Liebknecht und Bebel als willkommenen Anlaß nahm, eine chauvinistische Verhetzung hervorzurufen, beschloß die große Versammlung der Chemnitzer Arbeiter eine Vertrauenskundgebung für die sozialdemokratischen Vertreter und erteilte ihnen die Ermächtigung, im Namen der Chemnitzer Arbeiter zu sprechen, da diese durch die Mandatsniederlegung Försterlings gerade ohne Vertretung waren.

Zu Beginn des Jahres 1871 schufen sich die Chemnitzer Arbeiter in der „Freien Presse" ein Organ und hielten es durch, trotzdem es mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Mit der Hilfe des Rechtsanwalts Otto Freytag in Leipzig gelang es, eine kleine Druckerei zu errichten, so daß zum

Aerger der Spießer das Weitererscheinen der „Freien Presse" gesichert war. Die Reaktionäre gaben natürlich den Kampf nicht auf, in dem sie von nun an Polizei und Justiz unterstützten. An Anklagen fehlte es nicht und an Strafen selbstverständlich auch nicht. Nach ungefähr einem halben Jahre konnten die ersten Redakteure Bernhard Becker und Lyser schon über 8 Monate Gefängnis quittieren. Am 5. Juli 1871 war die Redaktion ganz verwaist. Die Redakteure saßen sämtlich im „Roten Turm". In dieser Zeit sprang Johann Most ein, dessen agitatorische Kraft den Chemnitzer Arbeitern unvergeßlich blieb. Aufs engste waren die Geschicke der Chemnitzer Arbeiterbewegung bis zum Sozialistengesetz mit Most verknüpft.

Im Jahre 1872 übernahm Julius Vahlteich die Leitung der „Freien Presse", die sich unter seiner Leitung so gut entwickelte, daß 1877 sogar einmal ein Ueberschuß von 800 Mk. zu verzeichnen war Es würde zuweit führen, wollte ich alle Einzelheiten in der Geschichte der „Freien Presse", die ein Stück der Arbeiterbewegung selbst ist, hier besprechen. Erwähnt sei nur noch, daß auch Max Kegel, der Dichter des Proletariats, 5 Jahre in der Redaktion des Blattes tätig war. Noch viele andere Führer der Arbeiterbewegung haben hier gewirkt oder sind aus dem Chemnitzer Bezirk hervorgegangen. (Lebhafter Beifall.)

Das Ausnahmegesetz vernichtete mit einem Schlage, was sich die Chemnitzer Arbeiter unter großen Opfern geschaffen hatten, doch den Mut ließen sie deshalb nicht sinken. Sie arbeiteten unerschrocken weiter, sie ertrugen alle Verfolgungen. Nach dem Falle des Schandgesetzes setzte die Arbeiterbewegung in Chemnitz wieder kräftig ein, bald wurde der Funken, der unter der Asche geglimmt hatte, zur hellen Lohe. Das 1887 verlorene Reichstagsmandat wurde glänzend wiedergeholt und dauernder Besitzstand der Partei. (Bravo!) Die schon in den Jahren des Ausnahmegesetzes eroberten Landtagswahlkreise wurden selbstverständlich behauptet, bis die in Sachsen eingeführte preußische Dreiklassenschmach die sozialdemokratischen Vertreter aus der sächsischen Landstube entfernte. Was Polizei, Gerichte, Verwaltungsbehörden auch unternahmen, sie vermochten die Chemnitzer Arbeiterschaft auf ihrem Siegeszuge nicht aufzuhalten. Zu welchen Leistungen die Polizei sich verstieg, mögen sie daran erkennen, daß 1895 der Vorsitzende des Metallarbeitervereins aufgelöst wurde. (Heiterkeit.) Das gleiche Schicksal widerfuhr dem Vertrauensmann der Partei. Ebenso ging es noch anderen Parteigenossen. Die Auflösung ist ihnen aber gut bekommen, sie sind meist heute noch unter uns und leisten treue Dienste im Kampfe gegen unsere Gegner. (Große Heiterkeit.)

Je mehr die politische und gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter schikaniert wurde, um so mehr wuchs sie heran. Heute besitzt die Chemnitzer Arbeiterschaft ein Zeitungsunternehmen in einem stolzen Druckereigebäude, 60 000 Abonnenten mustert die „Volksstimme", der Wahlverein hat 14 000 Mitglieder, die Gewerkschaften zählen 40 000 Mitglieder. Eine starke Genossenschaft ist vorhanden, ein eigenes Heim ist im Volkshause geschaffen. (Bravo!-Rufe.) Das alles sind Beweise dafür, daß die Chemnitzer Arbeiterschaft auf dem Posten ist und zu kämpfen weiß. Ueber den 7 Reichstagswahlkreisen und 12 Landtagswahlkreisen des Chemnitzer Bezirks flattert das rote Banner, und in den Gemeinden arbeiten viele sozialdemokratische Vertreter. Wenn auch in das Chemnitzer Stadtparlament durch das elende Berufswahlrecht nur neun sozialdemokratische Stadtverordnete hineinkommen können, ihr Einfluß macht sich trotzdem geltend, und dem Ansturm der Arbeiter wird auch das Stadthaus nicht lange mehr widerstehen können. Mit Stolz kann die Chemnitzer und erzgebirgische Arbeiterschaft auf das Erreichte blicken. (Zustim-

mung.) Die Reaktion ist eifrig an der Arbeit; das arbeitende Volk soll nach ihren Wünschen rechtlos gemacht werden. Attentate gegen das Koalitionsrecht werden geschmiedet, während das Volk von schwerer Teuerung heimgesucht wird. Daß der Chemnitzer Parteitag die für den Kampf nötigen Waffen schärfen und neue hinzufügen möge, das ist der innigste Wunsch der Chemnitzer und der erzgebirgischen Arbeiter. Glückauf zur Arbeit, Genossen und Genossinnen, ich heiße Sie nochmals im Namen der Parteigenossen des 16. Kreises willkommen. (Langanhaltender Beifall.)

Es ergreift nun das Wort der Vorsitzende des Parteivorstandes

Haase: Parteigenossen! Genosse Bebel, der schon seit mehreren Tagen hier in Chemnitz weilt, während dieser Zeit mit bewundernswerter Frische und Arbeitskraft eine anstrengende Tätigkeit im Dienste der Partei entwickelt hat, und auch an den Verhandlungen des Parteitages teilnehmen wird, ist zu seinem eigenen Bedauern nicht in der Lage, heute hier die Eröffnungsrede zu halten. Wir mußten uns überzeugen, daß diese körperliche Kraftleistung ihm nicht zuzumuten war; und so haben wir uns, wenn auch schweren Herzens, darin gefügt, ihn heute hier nicht zu hören: hier in Chemnitz, mit dem ihn Erinnerungen aller Art verbinden, hier in Chemnitz, einer der ältesten Städte der modernen Arbeiterbewegung. Hier hat er 1866 die sächsische Volkspartei gegründet und ein Programm entworfen, das bei Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Jahre 1869 wesentlich zur Grundlage ihres Programms gemacht wurde. Hier hat er mit leidenschaftlicher Glut die Lassalleaner bekämpft und nach Beendigung des Bruderkampfes mit ihnen am 18. September 1869 eine Versammlung abgehalten, die er selbst als eine der schönsten bezeichnet, die er erlebt hat. Hier in Chemnitz hat er auch jenen denkwürdigen Prozeß durchgemacht mit Auer, Dietz, Frohme, Ulrich, Vollmar u. a., jenen denkwürdigen Prozeß, in dem die Regierung versuchte, die sozialdemokratische Partei als eine Geheimpartei auf Grund des Strafgesetzbuches zu vernichten. Haben wir vom Genossen Müller vorher gehört, wie hart, wie rigoros die Klassenjustiz hier in Chemnitz ist, damals zeigte sie den Angeklagten ein freundliches Gesicht. Die Genossen Bebel und Auer verstanden es, die Richter davon zu überzeugen, daß die aufgebaute Anklage eine ungeheuerliche war, und sie wurden freigesprochen. Freilich genossen sie nur einen vorübergehenden Triumph, denn nachdem das Reichsgericht, an welches sich die Staatsanwaltschaft gewandt hatte, dieses Urteil aufgehoben und den Richtern in Freiberg, an welche die Sache zur Verhandlung überwiesen wurde, den Weg gezeigt hatte, wie das Strafgesetzbuch auch gegen die Partei angewendet werden könne, erfolgte dort die harte Verurteilung. Parteigenossen! Wie hat sich seit dem Jahre 1866 Chemnitz verändert, wie hat sich seit 1869 die Parteibewegung hier entwickelt! Freilich ist das für uns eine Erscheinung, die wir erwartet haben, wenn auch die älteren sich nicht eine Vorstellung davon machen konnten, in welchem Umfange, in welcher Art im einzelnen die Vorwärtsbewegung sich vollziehen würde. Die Industrie erzeugt das klassenbewußte Proletariat und mit ihrem Wachstum vermehrt sich die Sozialdemokratie. Seit 1890 ist das Chemnitzer Reichstagsmandat ununterbrochen im Besitz der Partei und wir wissen: nichts kann mehr dieses Mandat den Chemnitzer Sozialdemokraten entreißen.

Nicht nur in Chemnitz, sondern im ganzen Königreich Sachsen sind die Fortschritte der Partei glänzende. Haben wir es doch in diesem Jahre erlebt, daß in sämtlichen 23 sächsischen Wahlkreisen eine größere Stimmenzahl für uns aufgebracht wurde, als selbst im Jahre 1903. Und das, obwohl die bürgerlichen Gegner überall mit einer Energie den Wahlkampf führten, wie nie vorher. Haben sich doch vielfach bis 90 Proz. aller Wahlberechtigten an dem Kampfe beteiligt. Parteigenossen! Bis auf drei Wahlkreise hat die Sozialdemokratie sämtliche Wahlkreise erobert, und wenn hier noch nicht die letzten Burgen des Kapitalismus gefallen sind, so lag das wahrlich nicht an fehlendem Kampfeseifer und fehlender Entschlossenheit unserer Freunde, sondern lediglich an der sozialen Struktur dieser Kreise. Aber wir zweifeln nicht daran, daß, unterstützt durch die wirtschaftliche Entwicklung, und unter den wuchtigen Hieben der immer stärker ausgebauten Organisationen, schließlich auch diese Kreise der Sozialdemokratie anheimfallen werden. (Beifall.) Die Entwicklung des Kapitalismus führt uns immer neue Scharen zu, und die herrschenden Klassen regieren, als ob sie mit Blindheit geschlagen wären, so daß immer mehr und mehr uns Fernstehenden die Augen geöffnet werden für die Schäden, die die herrschende Gesellschaftsordnung in sich birgt, für ihre Tendenz zur Verelendung der Massen. Nur der Zusammenschluß aller derjenigen, die unter diesem furchtbaren System leiden, macht es möglich, daß durch den Kapitalismus die Kultur nicht vollständig vernichtet wird.

Weil die Regierungen uns so wirksam unterstützen, und namentlich in den letzten Jahren alles getan haben, was dazu führen mußte, das Volk mit Erbitterung zu erfüllen, so war zu erwarten, daß bei der Reichstagswahl in diesem Jahre unser Hafer blühen würde. Parteigenossen! Sie wissen, daß die Früchte, die wir gesammelt haben, wohl größer und prächtiger ausgefallen sind, als die meisten von uns erwartet haben. Ueber 4 Millionen Stimmen sind für uns abgegeben worden. Der Anteil unserer Stimmen hat sich, soweit die Wahlberechtigten in Frage kommen, von 24 auf 29 Proz. vermehrt. Von den abgegebenen Stimmen haben wir diesmal 34 Proz. auf uns vereinigt. Wir haben von der einen Wahl zur anderen eine Stimmensteigerung erlebt, wie noch niemals, um fast eine Million Stimmen. (Lebhafter Beifall.) 110 Abgeordnete sind in das Reichsparlament eingezogen. Mancher unserer alten erprobten Führer hat uns erzählt, daß sie in der Jugend, als sie selbst noch mitten im Feuer standen, als der erste Sozialdemokrat in den Reichstag einzog, als sich ein paar andere dazu gesellten, — daß sie da gar nicht die Vorstellung hätten haben können, daß einmal dort im Reichstage soviel rote vaterlandslose Gesellen sitzen könnten. (Große Heiterkeit und Beifall.) Die sozialdemokratische Fraktion hat sich immer weiter ausgebreitet, die Menge der bürgerlichen Linken ist immer mehr und mehr nach rechts, auch äußerlich und räumlich, hingedrängt worden. So hat sich im Reichstag ein Bild entwickelt, daß gerade den Alten, die früher ganz vereinsamt dort waren, im ersten Augenblick als etwas kaum Faßbares erschien. Es hat gar manchen bei uns im Deutschen Reiche, in unseren Reihen gegeben, der infolge dieses glänzenden Sieges erwartete, daß, wenn auch nicht die Burgen des Kapitalismus sofort unter dem wuchtigen Anprall dieser 110 wackeren Männer niedergeschlagen würden, so doch wenigstens sofort Gesetze geschaffen würden, die für das Volk eine wesentliche Erleichterung von den Lasten, eine wesentliche Milderung der Leiden mit sich bringen würden.

Richtig ist das eine und kann nicht bestritten werden, daß die Machtposition der Sozialdemokratie sich so erheblich verstärkt hat, daß die Partei mehr als vorher in der Lage ist, verbrecherische Anschläge gegen die Arbeiterklasse abzuwehren. Aber, Genossen, wir stellen eine Minderheit, und zwar eine immerhin noch recht beträchtliche Minderheit dar, und das erste große Gesetz, das die Regierung dem Reichstage vorlegte, bedeutete nicht eine Erleichterung für das Volk, sondern eine ungeheure Belastung. Flotten- und Heeresvermehrung war die Parole, unter der der neue Reichstag versammelt wurde. 40 000 Soldaten wurden mehr eingestellt, über 650 Millionen Mark dem Moloch Militarismus und Marinismus geopfert, alle bürgerlichen Parteien

traten auf die Seite der Regierung und bewilligten die Forderungen der Regierung, so daß die Sozialdemokratie allein stand. Und wir müssen uns darüber klar sein, daß noch nicht das Ende der Rüstungen erreicht ist. Einem großen Teil der Bürgerlichen, den industriellen Scharfmachern insbesondere, war diese Flotten- und Militärvorlage viel zu gering, und die Militärs, die ihr Wesen treiben im Flottenverein und im Wehrverein, haben sich lebhaft darüber beklagt, daß die Regierung so bescheiden gewesen ist, daß die Sicherheit des Deutschen Reiches nicht genügend gewährleistet sei. Sie haben in Aussicht gestellt, daß bald neue Forderungen kommen würden. Und, Parteigenossen, sie werden recht behalten, es ist dies so sicher, wie daß auf den Morgen der Abend folgt. Die Lasten, die durch diese Wirtschaft auf die breiten Massen gewälzt sind, sind schier unerträglich, das Volk muß schließlich darunter zusammenbrechen. Wenn die Steuerschraube auch noch fester angesetzt wird, schließlich gibt es nichts mehr, was man aus dem Volke herauspressen kann. Die Bürgerlichen sehen sich deshalb genötigt, trotz ihrer Abneigung gegen die Steuern, obwohl sie es bisher immer verstanden haben, Heeres- und Flottenvorlagen zu bewilligen, aber die Zahlung den anderen, dem dummen Michel, zu überlassen (Sehr gut! und Heiterkeit), jetzt doch ernstlich an die Bewilligung einer Besitzsteuer heranzugehen. Wie freilich die Besitzsteuer aussehen wird, das können wir nach dem Charakter der bürgerlichen Parteien heute schon vermuten. Man wird alles tun, um auch bei dieser Gelegenheit noch aus den weniger bemittelten Schichten so viel wie möglich herauszuholen und die Reichen zu schonen. Wohin führt das? Das kann nur dahin führen, daß die Erregung gegen dieses Regiment in immer größere Kreise dringt und daß, weil die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die den Forderungen der Regierung Widerstand entgegensetzt, sie auch von denen, die ihr heute noch fernstehen, angesehen wird als die Partei, um deren Fahne sie sich scharen müssen. (Sehr gut!)

Zu all den Lasten kommt hinzu die Teuerung aller Lebensmittel. Die Regierung hat seit Jahren versucht, dem Volke einzureden, es sei die Teuerung nur eine vorübergehende Erscheinung. Nun, Genossen, ich glaube, sie wird nicht den Mut haben, auch jetzt noch mit dieser Ausrede zu kommen. Die Teuerung ist eine internationale Erscheinung geworden, freilich bei uns im Deutschen Reich verschärft durch die Zollpolitik, durch das Schutzzollsystem, das als ein volksfeindliches System über unsere Reihen hinaus immer weitere und weitere Kreise der Bevölkerung erkennen müssen. Der Notstand ist so groß, wie nie zuvor, das kann auch die Regierung nicht mehr ableugnen. Aber was tut sie trotz aller Anregungen, die ihr gegeben werden? Nichts. In kühler Ruhe verharrt sie, ja ihre Kundgebungen klingen wie ein blutiger Hohn auf das darbende und hungernde Volk. (Sehr richtig!) Parteigenossen! Obwohl von allen Seiten gefordert wird, in erster Linie von uns, von uns sogar in einer Eingabe an den Reichskanzler, daß endlich der Reichstag zusammengerufen werde, um das Fleischbeschaugesetz in denjenigen Bestimmungen abzuändern, welche im wesentlichen die Einfuhr von Fleisch, namentlich von Gefrierfleisch aus Argentinien und Australien hindern, erklärt die Regierung, dazu liege kein Anlaß vor. Sie habe bei der Industrie Informationen eingeholt und gehört, daß die Einfuhr auch gegenwärtig sehr gut möglich sei. Es mag sein, daß man gefrorene Hammel zur Not auch noch auf der Grundlage unseres Fleischbeschaugesetzes in ganzen oder halben Körpern einführen kann. Aber das ist unmöglich, wie alle Sachverständigen bekunden, bei Rindern, und keine Industrie wird sich darauf einrichten, Fleisch nach Deutschland aus Argentinien und Australien zu importieren, wenn sie nicht die Gewißheit hat, daß nicht nach kurzer Zeit durch schikanöse agrarische Gesetze ihre Einrichtungen vernichtet, ihr Profit verschmälert wird. Wie stark die Erregung in der Bevölkerung ist, das beweist u. a. ein Telegramm, das soeben aus Stuttgart bei uns eingegangen ist. Die Stuttgarter Genossen haben, unterstützt von den weitesten Kreisen des Bürgertums, in einer großen öffentlichen Versammlung Protest erheben wollen gegen die Haltung der Regierung und ihre Forderungen formulieren wollen auf Beseitigung des Notstandes. Da hat der Bürgermeister die Versammlung unter freiem Himmel verboten mit der Begründung, es handle sich hier um eine aktuelle Frage, die nicht nur das Proletariat interessiere, sondern auch das Bürgertum, und es sei anzunehmen, daß solche Scharen an den Platz strömen, daß er sie nicht fassen kann, daß dadurch aber die Sicherheit und Ordnung gefährdet würde. (Hört! hört!) Ein Anerkenntnis aus amtlichem Munde, wie diese „aktuelle Frage“ aufwühlt, nicht nur das Proletariat, sondern auch alle Kreise des Mittelstandes. (Sehr wahr!) Und was ist geschehen? Das Telegramm besagt:

> Nachdem die Polizei unsere Versammlung unter freiem Himmel gegen die Fleischnot verboten hatte, fand heute mittag gegen den Willen der Polizei eine Massendemonstration gegen die Teuerung auf dem Schloßplatz, dem Marktplatz und dem Marienplatz statt. Etwa 12- bis 15 000 Personen nahmen an der Demonstration teil. Fünf Redner hielten Ansprachen. Unter Massengesang zogen die Teilnehmer durch die Straßen. Die Demonstrationen nahmen einen ruhigen und wuchtigen Verlauf.

(Stürmischer Beifall.)

Parteigenossen! Die Regierung benimmt sich bei uns, wie sehr oft, in höchst kritischen Zeiten, wie auch in der Vergangenheit die Regierungen gegenüber dem Volke sich benommen haben, sie glaubten mit einer verächtlichen Handbewegung über das Hungern, über die Demonstrationen des darbenden Volkes hinweggehen zu können. Die Regierung hat nichts gelernt aus der Geschichte. (Sehr wahr!) Parteigenossen! Die Geduld der Masse ist auf eine harte Probe gestellt. Was die Regierung auch tun wird, schließlich wird das Volk seinen Willen durchsetzen, denn es ist unmöglich, daß Tausende und Abertausende noch länger so darben, ja, daß sie einer Hungersnot entgegengeführt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Während so das Volk leidet, versuchen die Scharfmacher den Arbeitern die Möglichkeit einzuschränken, aus eigener Kraft die Lebensbedingungen zu verbessern. Schon im Reichstage versuchten die Konservativen ein kleines Zuchthausgesetz zu empfehlen, in einer Resolution ein sogen. Arbeitswilligen-Gesetz zu fordern. Mit 273 gegen 62 Stimmen wurde dieser Anschlag allerdings zurückgewiesen. Aber wir wären töricht, wenn wir uns in die Hoffnung wiegen wollten, daß damit alle Gefahr vorüber sei, daß dies starke Stimmenverhältnis eine Gewähr dafür biete, daß solche Pläne nicht so leicht im Reichstage wieder auftauchen können. Nein, auch diejenigen, die aus bürgerlichem Lager dagegen gestimmt haben, sind zu einem großen Teil unsichere Kantonisten, sie möchten nicht ein offenkundiges Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, das noch mehr erbittert. Aber auf dem Boden des allgemeinen Rechts, mit Hilfe des allgemeinen Strafgesetzbuches möchte man den Arbeitern neue Fesseln anlegen. Nun, wir werden uns nicht einschläfern lassen, wir werden vielmehr die Augen offen halten, und das Proletariat wird, wie es die eine Zuchthausvorlage beseitigt hat, hoffentlich auch die Kraft entwickeln, auch neue Versuche dieser Art zuschanden zu machen. (Lebh. Bravo!) Da die Kraft des Proletariats immer stärker wird trotz aller Mittel, die die Regierung zur Bekämpfung anwendet, so sucht man jetzt mit Hilfe der Schule, mit Hilfe der sogen. Jugendpflege, die jungen Arbeiter, den Nachwuchs, einzufangen und von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Was haben unsere Gegner früher für

die Jugend des Proletariats getan? Haben sie sich jemals um sie gekümmert? Nein, erst mit dem Moment, wo unsere Jugendbewegung anfängt, prächtig zu gedeihen, als die Regierung zu der Ueberzeugung kam, daß immer mehr und mehr junge Seelen erfüllt werden mit der sozialistischen Weltanschauung, da erinnerte man sich der proletarischen Jugend. (Sehr richtig!) All die Verwahrlosung, die der Kapitalismus, der die Frauen von ihren Kindern reißt, der die jungen Leute im frühen Alter in die Fabriken hineintreibt, hat die Regierung früher nicht dazu bestimmt, irgend etwas für die Jugend zu tun. Jetzt hat man in Preußen 1 Million, inzwischen weitere 1½ Millionen bewilligt. Aber glauben wirklich die Bürgerlichen, daß diese Wehrvereine der proletarischen Massenbewegung irgendeinen Abbruch tun können? Jede Million, die die Regierung für diese Zwecke neu bewilligt, ist ein wuchtiger Ansporn für die Mütter des Poletariats, nun erst recht ihre Kinder zu durchtränken mit dem Geist der sozialistischen Anschauungen. (Lebhafter Beifall.) Der letzte Katholikentag hat geglaubt, daß man die ganze Schule durchdringen müsse mit christlich-katholischem Leben, daß die Schulpolitik auf dies Gebiet geschoben werden müsse, in der Hoffnung, dadurch noch die Schäflein einzufangen.

Parteigenossen! Auch dieser Versuch wird scheitern. Ihm gegenüber stellen wir unser Schulprogramm auf, das darauf hinausläuft, nicht durch konfessionelle Schranken die jungen Leute zu trennen, sondern vielmehr sie zu erziehen zu freien Kämpfern für die Ideale der Menschheit.

Parteigenossen! Ist so die innere Politik wenig erfreulich, so leben wir dauernd jetzt in der Furcht, daß eines Tages die Kriegsfurie durch das Land oder gar durch die ganze zivilisierte Welt rasen könnte. Genossen! die Rüstungen, die bei uns beschlossen werden, haben zur notwendigen Folge, daß auch die anderen großen Staaten rüsten. Auf die Bewilligung unserer Militär- und Marineforderungen folgte sofort die Marinevorlage in England, folgten Bewilligungen für eine neue Flotte in Rußland, folgte ein Vorlage in Frankreich und eine weitere in Oesterreich. Und dieses Rüsten birgt in sich die Gefahr, daß eines Tages die Kanonen losgehen, die Torpedos gegeneinander ins Feuer geschickt werden. Auf dem Balkan, fern in der Türkei, dort, wo nach einem Worte Bismarcks nicht einmal die Knochen eines pommerschen Grenadiers geopfert werden sollten, da hat Deutschland jetzt große, wirtschaftliche Interessen, und es ist mehr als je interessiert an dem Schicksal dieses Landes. Dort auf dem Balkan, da sieht es jetzt aus wie in einer einzigen großen Pulverkammer. Ein Funke braucht nur hineinzufliegen und die Explosion ist da, und ein Weltkrieg kann entstehen. Zwischen uns und England wird hin und her gehetzt. Die Kriegstreiber sind am Werke, um diese Kulturnationen gegeneinander in den Krieg zu treiben. Die ganze wirtschaftliche Situation bringt an sich schon eine Spannung zwischen jenen Ländern hervor. Um so mehr ist es unsere Aufgabe, allen denjenigen entgegenzutreten, welche das Mißtrauen noch verstärken, welche die beiden Nationen in den Krieg hineintreiben wollen. Gegenüber dem Chauvinismus, gegenüber dem Kriegsgeschrei ist unsere Parole: Verständigung zwischen den Kulturnationen, Völkerfriede, Freiheit für alle Völker! (Beifall.)

Parteigenossen! Der Bischof von Regensburg war es, der das Wort aussprach: Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben! Er hat damit den Arbeitern, die noch jetzt dem Zentrum folgen, klar vor Augen geführt, daß, wenn es nach der Auffassung ihrer Oberen geht, sie dauernd in Knechtschaft verharren sollen. Parteigenossen! Demgegenüber ist unsere Losung: Fort mit der Knechtschaft, Befreiung von der Geisteskuechtschaft, Befreiung von aller Ausbeutung und Unterdrückung. Es ist kein Zweifel, daß, mag sich auch die ganze bürgerliche Welt gegen uns verschwören, unser Siegeslauf nicht aufgehalten werden

kann. Dafür sorgt schon die ökonomische Entwicklung und, Parteigenossen, wir wissen, daß der Tag erscheinen wird, an welchem unter Beseitigung der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung in einem sozialistischen Gemeinwesen all die Leiden verschwinden werden, welche entspringen aus Unwissenheit und Ausbeutung. (Lebhafter Beifall.)

Ich erkläre den Parteitag für eröffnet.

Auf Vorschlag von Heilmann-Chemnitz werden zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten gewählt: Haase und Noske-Chemnitz. Die Gewählten nehmen die Wahl mit Dank an.

Auf Vorschlag von Auer-München werden zu Schriftführern gewählt: Brecour-Kiel, Fahrow-Berlin, Ottilie Baader-Berlin, Dörnke-Hannover, Trinks-Karlsruhe, Schmidt-Stettin, Grosse-Hamburg, Birnkammer-München.

In die Mandatsprüfungskommission werden auf Antrag von Schmitt-München gewählt: Kirch-Ottensen, Blume-Hamburg, Drescher-Elberfeld, Giermann-Nürnberg, Strobel-Mannheim, Lorenz-Reinickendorf, Frau Bollmann-Halberstadt, Scheib-Leipzig, Sänger-München.

Die Beschwerdekommission wird, entsprechend dem von Fritsch-Liegnitz gemachten Vorschlag folgendermaßen zusammengesetzt: Ryssel-Leipzig, P. Hoffmann-Hamburg, Thurow-Neukölln, Dr. Süßheim-Nürnberg, Seel-Mainz, Löbe-Breslau, Müller-München, Limbertz-Düsseldorf, Hörsing-Beuthen.

Vorsitzender Haase: Der Parteitag ist damit konstituiert. Folgende Telegramme sind eingegangen:

> Die sozialdemokratische Partei der Schweiz grüßt die Genossen aufs herzlichste und wünscht ein gutes Gelingen des Parteitages. Wie die sozialdemokratische Partei der Schweiz nach heftigen inneren Kämpfen im letzten Jahre stärker, geschlossener und einiger als je dasteht, so möge auch der deutsche Parteitag, trotz aller Verschiedenheit im Temperament und in den taktischen Anschauungen, laut bekunden, daß die erste Aufgabe und die vornehmste Pflicht der Sozialdemokratie ist die Hochhaltung der Parteidisziplin, die Wahrung der Einheit und Einheitlichkeit der Partei. In diesem Zeichen werden sich die Sozialdemokraten überall immer und immer wieder finden. Hoch die Solidarität der internationalen Sozialdemokratie. Für die Geschäftsleitung Studer-Zürich.

Aus Sofia ist folgendes Telegramm eingegangen:

> Die Vereinigte sozialdemokratische Partei Bulgariens, die von Anfang an den deutschen Sozialismus zum Lehrer hatte, sendet den deutschen Brüdern sozialistische Grüße zur ernsten Arbeit. Es lebe der völkerbefreiende Sozialismus.

Namens der dänischen Sozialdemokratie telegraphiert Stauning: Glück zu Ihrer Arbeit! Hoch der Sozialismus!

Auch die sozialdemokratische Jugend Nordwestböhmens hat aus Dux ein Telegramm gesandt und mehrere Depeschen sind von örtlichen Parteiorganisationen aus dem Reiche eingegangen.

Vorsitzender Haase schlägt vor, die alte Geschäftsordnung wieder gelten zu lassen und sie en bloc anzunehmen.

Lipinski-Leipzig: Ich möchte bitten, die Verhandlung hierüber heute zu vertagen. Es ist doch nötig, daß in der Art der Festsetzung unserer Geschäfts- und Tagesordnung eine Aenderung eintritt. Dazu müssen aber erst die Unterlagen beschafft werden und diese Beratung kann auch nicht in so großem

Kreise vor sich gehen. Ich bitte also, diesen Teil unserer heutigen Verhandlung auf morgen zu vertagen.

Vorsitzender Haase: Ich würde mich diesem Vorschlag gern anschließen, glaube aber, daß wir heute sehr gut das Programm unserer Versammlung in diesem Kreise festsetzen können. Wenn Lipinski nachher die Vorschläge hört, die ich zu machen habe, wird er auch dieser Meinung sein. Ich halte es für nötig, heute unsere Arbeit möglichst zu fördern, da wir in den nächsten Tagen viel zu tun haben.

Lipinski hält seinen Antrag aufrecht. Bei der Abstimmung wird der Antrag Lipinski abgelehnt, und die Geschäftsordnung hierauf en bloc genehmigt.

Vorsitzender Haase: Wir kommen nun zur **Festsetzung der Tagesordnung.** Der Parteivorstand schlägt Ihnen vor, noch zwei Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen, und zwar die Lebensmittelteuerung und den Bergarbeiterschutz. (Zustimmung.) Ich höre keinen Widerspruch, Sie sind mit diesem Vorschlage einverstanden. Damit sind die Anträge 2, 174, 187 erledigt. Ich schlage weiter vor, die Erörterung über die Lebensmittelteuerung vorzunehmen nach der Erledigung des Berichtes der Kontrollkommission und den Punkt Bergarbeiterschutz zu setzen hinter den Bericht der Reichstagsfraktion. Der Parteitag ist damit einverstanden. Es liegt nun noch der Antrag 1 vor. Der Antrag ist nicht ausreichend unterstützt. Damit ist die Tagesordnung des Parteitages festgestellt. Der Vorsitzende schlägt nun vor, täglich von 9 bis 1 und 3 bis 7 Uhr zu tagen.

Lipinski-Leipzig: Es sind eine Reihe von Anregungen in dieser Frage gegeben worden und es erscheint wünschenswert, den Delegierten Gelegenheit zu geben, sich über die Frage einer Aenderung der Tagungszeit zu äußern. Aber ich meine, daß es in der gegenwärtigen Situation und da uns jegliches Material zu dieser Frage fehlt, unmöglich ist, eine Aenderung zu treffen. Ich bitte deshalb, die Aenderung der Geschäftsordnung erst morgen zu beraten.

Dieser Anregung gibt der Parteitag statt und vertagt sich hierauf auf Montag 9 Uhr vormittags.

Schluß der Sitzung ½9 Uhr.

Der Rest des Abends wird durch Chöre der Arbeitersänger ausgefüllt.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 16. September 1912. — Vormittagssitzung.

Der große Saal des „Wintergartens" in Schönau bei Chemnitz ist festlich geschmückt. Ringsherum sind die Wappen derjenigen deutschen Städte angebracht, in denen die vorhergehenden Parteitage abgehalten wurden. Vor der rot drapierten Rednertribüne stehen in einem kleinen Lorbeerhain die Büste Ferdinand Lassalles, auf der Bühne die Statuen Liebknechts und Singers. Bei der großen Anzahl der Delegierten und der Pressevertreter reicht der Saal kaum aus, um allen Platz zu gewähren. Auf der Galerie wohnen zahlreiche Zuhörer den Verhandlungen bei.

Vorsitzender Haase eröffnet die Sitzung um ½10 Uhr und verliest ein herzliches Begrüßungstelegramm des Pariser Zentralkomitees der russischen revolutionären Arbeiterpartei.

Parteigenossen! Die deutsche Sozialdemokratie hat stets großen Wert darauf gelegt, in engster Fühlung zu stehen mit den Parteien des Auslandes. Die Siege unserer ausländischen Genossen betrachten wir als unsere eigenen Siege, und wenn sie einmal eine Niederlage erlitten, empfanden auch wir es überaus schmerzlich. Mit gespannter Aufmerksamkeit haben wir in letzter Zeit verfolgt die Kämpfe der Arbeiter in den verschiedensten Ländern, namentlich in England und Belgien, und die Fortschritte der revolutionären Bewegung in Rußland. Das Kapital wird immer internationaler, das Band, das sich um das Proletariat der Welt schließt, muß erst recht immer fester werden. Aus dem Gefühl der internationalen Solidarität heraus grüße ich die hier anwesenden Gesandten unserer Bruderparteien und heiße sie im Namen der deutschen Partei herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Reichstagsabgeordneter **Branting-Stockholm**, mit lebhaftem Beifall begrüßt: Verehrte Genossen! Es ist mir eine große Ehre, hier im Namen der schwedischen Arbeiterpartei den deutschen Parteitag zu begrüßen. Es ist nicht das erstemal, daß ich einem deutschen Parteitag beiwohne. Ich war schon in Halle und ich vergesse niemals den großen Eindruck, den ich empfing, als ich die sturmerprobten Genossen, die damals die führende Stellung in der deutschen Partei inne hatten, in ihrer Arbeit näher kennen lernen konnte. Die schwedische Partei steckte damals noch in den Kinderschuhen. Seitdem aber ist die Bewegung auch in Schweden weiter fortgeschritten, sie hat mit der Industrialisierung des Landes gleichen Schritt gehalten und ist ihr vielleicht auch vorausgeeilt, weil bei uns die Bewegung nicht nur auf die industrielle Arbeiterschaft beschränkt ist, sondern sich auch weit hinaus erstreckt hat zu den gedrücktesten unter den Gedrückten, den Landarbeitern. 1909 war es uns bereits möglich, den großen wirtschaftlichen Kampf auszuhalten, den das gesamte Unternehmertum gegen uns führte und wir konnten das dank der Unterstützung Deutschlands. Wenn wir auch nicht so gesiegt haben, wie wir wollten, so ist die Arbeiterschaft doch auch nicht geschlagen worden und 1911 haben wir mit der Regierung der Massenaussperrung abgerechnet, indem die schwedischen Arbeiter ihr Bestes taten, um diese Regierung zu stürzen und durch einen großen Vormarsch bei den Wahlen ihre ungebrochene Kraft zu betätigen. Wir erhielten 29 Prozent aller abgegebenen Stimmen (Bravo!) und die Mitgliederzahl unserer Reichstagsfraktion stieg von 34 auf 64. (Lebhaftes Bravo!) Die ganze Lage nach diesem Kampf war eine solche, daß die kapitalistische Rechte, welche bei uns 20 Jahre ununterbrochen geherrscht hatte, sich genötigt sah, zurückzutreten. An ihre Stelle kam eine liberale Regierung, die auch der Sozialdemokratie einige Plätze in der Regierung einräumen wollte. Wir waren uns sehr bald darüber ganz einig, daß dieses Angebot nicht angenommen werden dürfe. (Lebhaftes Bravo!) Die Verhältnisse bei uns fordern vielmehr, daß die liberale Partei jetzt dem Volke zeigt, was sie machen will und kann. Wir sind uns darüber sicher, daß es nicht lange dauern wird, ehe auch diese bürgerliche Partei genügend zeigen wird, daß die wirkliche Hilfe für die Arbeiterklasse nicht von einer bürgerlichen Partei, sondern nur aus der Partei der Arbeiterklasse selbst kommen kann. (Sehr wahr!) Wir haben aber gar keine Veranlassung, die Entwickelung so zu beschleunigen, daß wir sofort diese bürgerliche Linkspartei in die Arme der Reaktion treiben. Hoffen wir, daß noch einige Zeit dieser Gegensatz im bürgerlichen Lager bestehen wird, so daß die Arbeiter daraus alle den Nutzen für den allgemeinen demokratischen Fortschritt ziehen können, welcher in einer solchen Konstellation überhaupt gezogen werden kann. Daraus erwachsen natürlich taktische Schwierigkeiten. Wir sind aber sicher, daß auch diese Schwierigkeiten überwunden werden können. Wir sehen darin, daß solche

Schwierigkeiten der positiven Arbeit bei uns überhaupt aufkommen können, den Beweis dafür, daß wir vorwärtsgeschritten sind.

Wir wollen weiterhin, wie wir es früher getan haben, in geschlossener Reihe weiterkämpfen, ganz ungebunden von allen sogenannten Bündnissen mit irgendeiner bürgerlichen Partei. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen von Fall zu Fall entscheiden, was das Nützlichste für die Arbeiterklasse ist und immer das sichere Bewußtsein bewahren, daß es sich darum handelt, das Klassenbewußtsein der Arbeiter immer wachzuerhalten und den Gegensatz zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und den bürgerlichen Interessen immer im Auge zu behalten. In diesem Sinne fassen wir unsere gegenwärtige Stimmung auf und hoffen immer mehr, immer weitere Kreise für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung zu gewinnen, so daß wir stärker als je in den folgenden Jahren mit dem Kampf einsetzen können für die Entwickelung unseres arbeitenden Volkes, für die Verbesserung seiner Lebenslage und für die Bekämpfung aller auf ihm lastenden Bedrückung. Wir wünschen Ihren Verhandlungen das beste Ergebnis. Wir sind gewohnt, auf den deutschen Parteitag mit der sicheren Ueberzeugung zu sehen, daß daraus immer etwas für die ganze Internationale Wertvolles herauskommen wird, und wir sind auch diesmal überzeugt, daß dieser Parteitag sich würdig der langen Reihe seiner Vorgänger anschließen wird, so daß die deutsche Bruderpartei nach ihrem gewaltigen Wahlsieg zu Anfang dieses Jahres immer mehr die Macht bekommen wird, so daß uns von Deutschland das Signal gegeben werden kann, daß endlich die Arbeiterschaft eines großen Landes die politische Macht inne hat, um das Banner der Freiheit der arbeitenden Bevölkerung über die ganze Welt flattern zu lassen. Wir hoffen, daß für die deutsche Partei auch dieser Parteitag ein neues Merkmal bedeuten wird auf dem Wege zum künftigen Sieg. In dieser Hoffnung begrüße ich den Parteitag im Namen der schwedischen Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

Quelch-London: Parteigenossen und Freunde! Mit dem größten Vergnügen komme ich auf Euren Parteitag, um Euch die brüderlichen Grüße und die aufrichtigen und warmen Glückwünsche der englischen Sozialdemokratie zu überbringen und Euch deren Gefühl herzlicher Solidarität zu dem großen Werke der Menschheitsbefreiung und deren tiefe Bewunderung für die von Euch geleistete Arbeit auszusprechen. Wir haben Euren Wahlkampf mit dem größten Interesse beobachtet und an Euren Siegen teilgenommen. Mit tiefer Befriedigung haben wir gesehen, daß über 4¼ Millionen für die Sozialdemokratie gestimmt haben, trotz aller Anschläge unserer gemeinsamen Feinde, trotz ihrer Drohungen und ihrer Anrufung des Chauvinismus. Wir gratulieren Euch zu Eurer prächtig gewachsenen Vertretung im Reichstage, zu Euren 110 Mandaten. (Bravo!) Aber von noch größerer Wichtigkeit erscheint uns die Stimmenzunahme. Es ist Euch gelungen, das unermeßliche Heer von 4¼ Millionen um die Fahne der internationalen Sozialdemokratie zu sammeln. Wir betrachten dies als um so bedeutungsvoller, weil wir wissen, daß Ihr ebenso wie wir Euch in bezug auf die Stimmzettel keinen Illusionen hingebt, sondern daß Ihr darin nur das äußere und sichtbare Zeichen des Wachstums einer Bewegung erblickt, die sich nicht abseits lenken läßt, weder durch eine schlecht verhüllte anarchistische Taktik, die nur zum Unheil führen könnte, noch durch die Aussicht auf leere und trügerische Bourgeois-Reformen, die die Bewegung nur entnerven und verunreinigen würden, sondern welche fest und unwiderstehlich vorwärts dringt, ohne Eile und doch ohne Rast dem Ziele zu. Auch bei uns in Großbritannien sind im letzten Jahre wichtige Entwicklungen eingetreten. Bald nach Eurem Parteitag hat die damals von mir vertretene britische sozialdemokratische Partei entsprechend der ihr von mehreren internationalen

Kongressen auferlegten Pflicht, die Einigkeit der sozialistischen Kräfte der Nation zu erstreben, zu diesem Zweck eine Konferenz einberufen. Auf diesem Ende September zu Manchester abgehaltenen Kongreß wurde das gewünschte Resultat erreicht, und zwar mittelst der Verschmelzung in die British Socialist Party, der sozialdemokratischen Partei. Selbst manche Gruppen der unabhängigen Arbeiterpartei, denen das Bündnis mit der Arbeiterpartei verleidet war, schlossen sich der neuen geeinigten sozialistischen Partei an. (Bravo!) Im Namen dieser Partei begrüße ich Euch. Wir zählen etwa 40 000 Mitglieder, die den unverfälschten revolutionären Sozialismus in Großbritannien vertreten. (Bravo!) Im Gegensatz dazu ist unsere Arbeiterpartei immer mehr zum Anhängsel der liberalen Partei geworden, sie unterstützt selbst die trügerischsten und schädlichen Sozialreformen, womit die liberale Regierung die Arbeiter beschwindelt und irregeführt hat. Das gegenwärtige Gezänk zwischen der Arbeiterpartei und den Liberalen ist nichts weiter als ein Streit um Mandate unter den Verbündeten.

Während des letzten Jahres drohte mehr als einmal der Ausbruch eines Riesenkrieges zwischen Deutschland und England. Glücklicherweise ist das Entsetzliche bis jetzt verhütet worden, aber man kann nicht sagen, daß jede Gefahr eines Konfliktes vorüber sei. Im Gegenteil, in gewisser Beziehung ist die Gefahr drohender als je. Auch das ist einer der Gründe, weshalb ich mich freue, hier anwesend zu sein, um Euch zu versichern, daß die britischen Sozialisten fest entschlossen sind, alles, was in ihrer Macht steht, für die Erhaltung des Friedens zu tun (Lebhafter Beifall), und daß sie sich über die Aussicht freuen, mit Vertretern der großen deutschen sozialdemokratischen Partei über die in beiden Ländern gemeinschaftlich zu ergreifenden Mittel zur Verhütung eines Krieges beraten zu können. (Erneuter Beifall.) Als auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Sozialdemokraten bekämpfen wir den Imperialismus in jeder Gestalt und drücken unsere Solidarität mit der ganzen internationalen Arbeiterbewegung bei ihrem Kampf gegen Kapitalismus, Imperialismus und Militarismus aus. (Bravo!) Wir Mitglieder der britischen sozialistischen Partei stehen mit Euch auf dem Standpunkt, daß es zwischen dem deutschen und dem englischen Volk keine Ursache zu einem Streit gibt, daß im Gegenteil die Arbeiterklasse das höchste Interesse an der Erhaltung des Friedens hat. Dies ist auch im allgemeinen das Gefühl des britischen Volkes mit Ausnahme derjenigen, die von einem Kriege Profit haben würden. Die überwältigende Mehrheit des britischen Volkes aber ist gegen den Krieg, und wenn sich der Friede nicht erhalten läßt, so wird das auf die Schuld und die Narrheit der regierenden Klassen in beiden Ländern zurückzuführen sein. (Sehr richtig!) An uns liegt es, alles, was in unserer Macht steht, zu tun, um einen Krieg zu verhindern, und wir haben die feste Zuversicht, daß unsere deutschen Genossen von dem gleichen Gefühl beseelt sind. (Lebhafte Zustimmung.) Indem ich unserer Solidarität mit Euch Ausdruck gebe, indem ich den Wunsch ausspreche, daß wir in dem großen Kampfe gegen die Klassenherrschaft mit der ganzen Welt in Reih und Glied marschieren werden, danke ich Euch für Eure freundliche Aufnahme, beglückwünsche ich Euch zu Eurem Parteitage und zu Euren bereits erkämpften Erfolgen. Möge die Sozialdemokratie in Deutschland bald den vollständigen Sieg erringen! Es lebe die deutsche sozialdemokratische Partei! Es lebe die internationale Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Haase** gibt bekannt, daß als Gast noch eingetroffen ist Genosse **Kamminiew** vom Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Genosse **de Brouckère-Brüssel** hielt eine französische Ansprache, die von **Grumbach-Paris** übersetzt wurde. Der Redner führte aus: Mein Deutsch

ist zu schlecht, als daß ich es wagen könnte, in Ihrer Sprache meine Ausführungen zu machen. Die belgische Partei hat uns hierher gesandt, damit wir von dem lernen, was Sie heute und im Laufe der Woche beschließen, wie wir bisher stets von Ihnen gelernt haben. Unsere Reise soll vor allem eine Lektion sein, und zwar in jeder Hinsicht. Das, was die Arbeiterorganisationen hier in Chemnitz geschaffen haben, hat auf uns einen sehr guten Eindruck gemacht. Es hat uns daran erinnert, daß wir vielleicht nach Dänemark zu den Ersten gehörten, die Volkshäuser bauten. Jetzt haben wir alle Ursache, bescheiden zu sein und das nachzuholen, um das Ihr uns zuvorgekommen seid. Ehe ich Ihnen die brüderlichen Grüße und die besten Wünsche der belgischen Partei überbringe, fühle ich mich verpflichtet, Ihnen in aller Kürze die Situation in Belgien zu kennzeichnen. In unserer internationalen Familie sind ja die Sorgen der einen die Sorgen der anderen.

Am 30. Juni tagte in Belgien der größte Kongreß, den wir bis jetzt hatten. Er beschloß einstimmig, den Generalstreik vorzubereiten. Friedlich, gesetzlich, aber mächtig und unwiderstehlich. Dieser Kampf ist jetzt unvermeidlich. Er wäre nur zu vermeiden durch die sofortige Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Wir haben den Kampf nicht gewollt und nicht gemacht. Die Massen wollten ihn, und ihr Wille war unwiderstehlich. Deuten Sie aber meine Worte nicht so, als ob etwa das Komitee nur einer Bewegung folgte, die es selbst nicht billigt. Nein, wir sagen alle, daß der Generalstreik unvermeidlich ist. Die Umstände in Belgien könnten das Land reif machen zu einer bürgerlichen Demokratie. Aber in keinem anderen Lande, Rußland vielleicht ausgenommen, leidet das Proletariat so unter der Reaktion, wie wir es in Belgien sehen. Die Regierung bekämpft nicht nur unsere Organisationen, sie hat Gegenorganisationen geschaffen. Und nirgendwo ist die Organisation zur Korruption des Proletariats so gediehen, wie in Belgien. Die österreichischen Genossen forderten mich kürzlich auf, über die Zustände eine Studie zu schreiben. Als ich es getan hatte, schrieben sie mir zurück, ich möchte einige Einzelheiten weglassen, da das die guten Ideen seien, auf die die österreichischen Klerikalen noch gar nicht gekommen wären. (Heiterkeit.) Auf unseren Köpfen lastet heute ein Druck, den wir nur durch das äußerste Mittel bekämpfen können, wenn wir nicht endgültig im tiefsten Marasmus versinken wollen. Wir haben alles versucht. Wir haben keine Angst gehabt, mit dem Teufel zusammenzugehen und auch mit den Liberalen. Am Wahltage hat der Teufel aber vor der Sozialdemokratie Angst bekommen und hat sich ins klerikale Weihwasser geflüchtet. (Heiterkeit.) Heute weiß das Proletariat, daß es nur allein selbständig siegen kann. Wir müssen sagen: Wahlrecht oder Generalstreik. Wir haben keineswegs ein naives Vertrauen zu dem Erfolge dieses Generalstreiks. Wir glauben keineswegs, daß es genügt, ihn zu dekretieren, um zu siegen. Wir wissen, daß diese Waffe für den, der sie führt, ebenso furchtbar werden könnte wie für den, der sie zu spüren bekommt. Wir haben schon früher Erfahrung damit gemacht, die uns jetzt zustatten kommt. Die Lage in Belgien macht den Generalstreik heute unvermeidlich. Alle Genossen, vom radikalsten bis zum revisionistischsten — diese Ausdrücke haben auch bei uns eine gewisse Popularität gefunden — sind einer Meinung: Der Generalstreik muß gemacht werden. Entweder läßt die Partei die Bewegung direktionslos, und dann wird sie zur Emeute, zur blutigen Revolte werden. Oder die Partei stellt sich an die Spitze und organisiert sie. Es gibt Augenblicke, wo es nicht nur eine Schwäche ist, einen Kampf nicht aufzunehmen, sondern eine Dummheit und ein schwerer Fehler. Seit wir den Generalstreik vorbereiten, sehen wir die günstigen Folgen: alle unsere Organisationen wachsen. Die Syndikate haben um 20 Proz. ihren Mitgliederbestand vermehrt, unsere Zeitungen haben 125 000 Leser. Das Proletariat hat einen Feldzug zu seiner Selbsterziehung aufgenommen. Im Laufe dieses Winters werden in Belgien 35 sozialdemokratische Schulen eröffnet. (Bravo!) Wir werden um so mutiger kämpfen, wenn wir wissen, daß wir von der Sympathie der Sozialdemokratie der ganzen Welt umgeben sind. Unsere Sache ist ja schließlich die Sache aller. Wir können den Engländern sagen, daß auch sie daran interessiert sind. Den Franzosen ebenfalls! Denn heute ist es möglich, daß die von ihnen verjagten schwarzen Truppen sich in Belgien niederlassen und von dort aus den Kampf gegen die weltliche Schule in Frankreich führen. Auch die Deutschen haben Vorteil davon, wenn wir siegen. Ich muß mir hier einige Reserve auferlegen, wenn ich von Deutschland spreche. Aber an das preußische Wahlrecht denken Sie wohl alle, an den Kampf, den es erfordert. Ich erinnere an das Wort Bismarcks vom Jahre 1875: „Es ist notwendig, Belgien, diesen Hort der Reaktion, einem anderen Wege zuzuführen." Der Sozialismus vor allem hat ein Interesse daran, daß Belgien, das heute der ärgste Hort der schwärzesten Reaktion ist, von einem neuen Geist erfüllt wird. (Stürmischer Beifall.)

Cachin-Paris hält in französischer Sprache eine Anrede, die von Genossin **Klara Zetkin** übersetzt wird: Genossinnen und Genossen! Genosse Cachin, Gemeinderat von Paris, hat den Auftrag erhalten, der deutschen Sozialdemokratie zu ihrer gegenwärtigen Tagung die herzlichsten Brudergrüße der französischen sozialistischen Partei zu überbringen. Er hat hier seinen Dank zunächst dafür auszusprechen, daß die deutsche Partei zum letzten Jahreskongreß der französischen Bruderpartei den Genossen Müller vom Parteivorstand entsendet hatte, ferner dafür, daß gelegentlich der internationalen Manifestationen für den Frieden die Genossen Scheidemann und Weill als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie ihre Worte mit denen ihrer französischen Brüder vereinigt haben. Mit Genugtuung kann Genosse Cachin konstatieren, daß die französische sozialistische Bewegung gute Fortschritte gemacht hat. Und welches ist der Ausgangspunkt gewesen? Die Einigung, welche sich auf dem internationalen sozialistischen Kongreß zu Amsterdam auf das Drängen der gesamten Internationale hin vollzogen hat. Gegenwärtig sind nicht mehr die Wolken der Zwietracht, der Uneinigkeit am Himmel der sozialistischen Bewegung in Frankreich und die Einigkeit gelangt zum Ausdruck in einer größeren Aktionsfähigkeit der Partei. Sie tritt auf allen Gebieten der Betätigung zutage und sie hat auch ihren finanziellen Ausdruck gefunden darin, daß in wenigen Wochen 200 000 Frank von Parteimitgliedern aufgebracht wurden, die notwendig waren, um das Organ der Partei, die „Humanité" weiter auszugestalten. Die geeinigte französische Partei verfolgt unablässig mit leidenschaftlicher Spannung die Fortschritte der deutschen Sozialdemokratie. Sie ist voller Bewunderung für die ruhige, selbstsichere Kraft, mit welcher die deutsche Bruderpartei ihren Weg geht. Eine ruhige, selbstsichere Kraft, dank deren sie sich mit der Unwiderstehlichkeit einer Naturmacht selbst durchsetzt. Diese kraftvolle Betätigung ist um so notwendiger, als heute die Sozialisten aller Länder die Aufgabe zugewiesen bekommen haben durch die geschichtliche Entwicklung, die Hüter des Friedens zu sein. Die französische Partei läßt es daran nicht fehlen. Sie protestiert gegen den verbrecherischen, mordspatriotischen Widersinn, gegen die wachsende Profit- und Machtlüsternheit der herrschenden Klassen. Sie protestiert nicht bloß, sie handelt auch. Das hat sie bewiesen im vorigen Sommer, als wegen der Marokkoaffäre die Gefahr eines Weltkrieges wie ein Alpdruck auf allen Kulturnationen gelastet hat. Da hat es die französische Partei sowohl innerhalb wie außerhalb des Parlaments nicht an Aktionen fehlen lassen und sie ist bereit, allen kriegerischen und profitlüsternen Abenteuern ähnlicher Art entgegenzutreten, entsprechend der Resolution des inter-

nationalen Kongresses in Stuttgart durch Anwendung aller Mittel, welche die Stärke der Partei in ihre Hand gibt. Nun stellt man heute den Genossen Frankreichs die deutschen Sozialdemokraten als nationale Musterknaben dar, genau wie in Deutschland ja die deutsche bürgerliche Presse das gleiche törichte Spiel treiben wird.

Angesichts dieser Versuche ist es um so nötiger, daß der internationale Zusammenhang zwischen den Bruderparteien immer enger wird. In diesem Zusammenhang kann er gar nicht genug hervorheben, von welcher Wirkung die Rede Scheidemanns bei der internationalen Kundgebung im Saal Wagram zu Paris gewesen ist und in der er das bekräftigte, was unsere Genossen Jaurès und Vaillant bei derartigen Gelegenheiten stets erklärt haben. Er bittet, immer wieder in diesem Sinne tätig zu sein und hofft, daß die Pariser bei einer späteren Gelegenheit wieder einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten des Deutschen Reichstags begrüßen werden können. (Heiterkeit.) Indessen, sie werden sich auch mit weniger begnügen. (Erneute lebhafte Heiterkeit.) In diesem Augenblick nehmen die Generale, Kaiser und Könige Revuen über die Truppen ab, die bereit sein sollen, den Brudermord zu vollziehen. In demselben Augenblick hat aber auch die deutsche Sozialdemokratie ihre Truppen zu einer großen Revue zusammenberufen, geht sie daran, ihre Mittel im Kampf zu revidieren und zu vervollkommnen. Er grüßt diese Armee, die die Zukunftsgesellschaft vorbereitet, die Gesellschaft der von den Schrecken des Kapitalismus befreiten friedlichen Menschheit. Er grüßt uns im Namen des Paris der Kommune, im Namen der französischen Sektion der Internationale mit dem Ruf: Ehre und Ruhm der deutschen Sozialdemokratie, die unaufhörlich an Macht und Reife gewinnt. Es lebe die soziale, die internationale Revolution! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Reichsratsabgeordneter Karl **Seitz**-Wien: Im Namen der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich wünsche ich Ihren Verhandlungen den besten Erfolg und überbringe Ihnen zugleich die besten Grüße der deutschen Sozialdemokraten aus meiner Heimat. Das Berichtsjahr, auf das Ihr Parteitag zurückblickt, war ein Ehrenjahr der deutschen und damit auch der internationalen Sozialdemokratie, und es wird dieses Jahr 1912 in den Annalen der Internationale und in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie wohl unvergänglich bleiben. Sie haben am Beginn dieses Jahres eine Schlacht geschlagen gegen alle Reaktionäre in Ihrem Land, eine Schlacht, die wir mit Spannung verfolgt haben und die, nach dem ganzen Aufmarsch Ihrer Truppen und nach ihrem Verlauf wohl einzig dasteht und unsere Bewunderung erregt. Aber wenn Quelch gesagt hat, daß er nicht so sehr die Zahl der von Ihnen errungenen Mandate bewundert, sondern Ihre vier Millionen Stimmen, so möchte ich noch weiter gehen und sagen, nicht die haben so sehr unsere Bewunderung erregt, als vielmehr noch die Grundzahl, die diesen vier Millionen zugrunde liegt, jene 900 000 bewußten Proletarier, die in einer festen Organisation geschlossen dastehen. (Sehr richtig!) Das ist es, was wir am meisten an Euch bewundern und was wir unseren österreichischen Genossen — wir haben ja wahrhaftig eine schwere Arbeit in diesem finsteren Lande zu leisten! — immer wieder als leuchtendes Beispiel voranstellen: Ihre Unermüdlichkeit, diese wunderbare Eigenschaft der deutschen Sozialdemokratie, niemals zur Ruhe zu kommen, ob sie siegt oder ob sie eine Niederlage erleidet, während wir leider immer nach dem kleinsten Mißerfolg eine allgemeine Abschwächung beobachten müssen, hat uns die deutsche Sozialdemokratie gelehrt, ob man nun siegt oder nicht, im Moment wieder aufzustehen und von neuem an die Arbeit zu gehen. Das Jahr 1907 war für Sie wahrlich ein schweres Jahr, Ihre Gegner glaubten, Sie zerschmettert zu haben, und einer ihrer größten Feinde

hat erklärt, man habe jetzt die Kunst gelernt, zu siegen. (Sehr gut!) Damals haben wir Euch bewundert, wie Ihr im Augenblick sofort wieder neu an die Arbeit ginget und Euer Sieg von 1912 war eine Frucht dieser redlichen Arbeit.

Sie haben Ihre Tagesordnung erweitert um einen Gegenstand, der auch für uns Oesterreicher von weittragender Bedeutung ist: Sie werden auch eintreten in eine Diskussion über die Frage der Teuerung. Ich maße mir nicht an, Ihren Beratungen vorzugreifen und kenne auch zu wenig Ihre Verhältnisse, um etwa abschätzen zu können, ob die Aktion, die Sie einleiten, unmittelbar Erfolg haben wird. Aber das eine hoffen auch wir Oesterreicher, daß eine mächtige Antiteuerungsbewegung in Deutschland einsetzen und bestimmend wirken wird für die Vorarbeiten, die die Regierungen jetzt schon beginnen für die nächsten Handelsverträge. Wir hoffen, daß diese Aktion bestimmend sein wird für den Inhalt des autonomen Zolltarifs in Deutschland und damit für die künftigen Handelsverträge. Wir hoffen das, weil wir wissen, daß auch in dieser Frage Deutschland tonangebend ist und seine Verträge und sein Tarif bestimmend sein werden für die Tarife und Verträge für andere Länder, insbesondere aber für die Ausgestaltung der Handelspolitik in Oesterreich. Deshalb ist das österreichische Proletariat an Ihrem Erfolg in dieser Frage unmittelbar interessiert. Wenn Ihr Vorsitzender und mehrere meiner Vorredner verwiesen haben auf die Bande der Solidarität, die uns mit Ihnen verknüpfen, so denken wir, daß gerade diese Frage zeigt, wie es sich bei unserer Solidarität nicht bloß um nebulose Gefühle handelt, sondern daß sie die Konsequenz wirtschaftlicher Bedingungen ist, daß die Solidarität der Arbeiterklasse nicht nur die Sache der Empfindung, sondern ganz nüchterne, trockene Klassenpolitik ist, deshalb wünschen wir Ihnen den besten Erfolg. Wir wissen, daß Ihre Erfolge auch die unseren sind, wir wünschen Ihnen deshalb weiteres mächtiges Wachstum der deutschen Sozialdemokratie und wir versprechen Ihnen, daß auch wir unser möglichstes beitragen werden, um Ihnen nachzustreben. Die Solidarität der Arbeiterklasse ist etwas wesentlich anderes, als die heuchlerischen Sympathien der Offiziellen der einzelnen Staaten, und während sich unsere Klassengegner ergehen in heuchlerischen Friedensversicherungen, die aber begleitet sind von einem wahnsinnigen Vorwärtsrüsten und von der wahnsinnigen Ausgestaltung des Militarismus, erwächst in der Klasse der Arbeiter die wahre, wirkliche Internationalität. Sie ist die Grundlage des künftigen Friedens, und je mehr wir in den einzelnen Staaten arbeiten an unserer Organisation, desto mehr können wir hoffen, daß einst der Tag kommen wird, an dem wir den Feinden unserer Klasse in allen Ländern zurufen können, hütet Euch vor einem Weltkrieg, denn der Weltkrieg wird das Weltgericht Eurer Klasse sein! (Lebhafter Beifall.)

Parteisekretär **Buchinger**-Budapest: Namens des Vorstandes der ungarländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei habe ich Sie herzlich zu begrüßen und Ihnen die Bewunderung zu verdolmetschen, die uns angesichts Ihres überwältigenden Wahlsieges übermannte. Wir sind seit jeher bestrebt, die deutsche Partei als das Muster und Beispiel der Internationale zu betrachten, und wir sind bestrebt, aus den Erfolgen, die Sie aufweisen können, Gutes zu schöpfen für die Kämpfe, die uns noch bevorstehen. Es ist nicht meine Absicht, Ihre kostbare Zeit mit der Schilderung der Kämpfe des ungarischen Proletariats in Anspruch zu nehmen. Da es aber bekannt ist, welches warme Interesse und welches internationale Fühlen und Denken die deutsche Partei stets den Kämpfen des Proletariats der ganzen Welt bekundete, so glaube ich keinen Mißbrauch zu üben, wenn ich kurz auf unsere Kämpfe eingehe.

Die Arbeiterschaft Ungarns befindet sich unter einem zwar nicht dekretierten, aber faktisch bestehenden Ausnahmezustand. Wie die Arbeiterschaft nach russischem oder asiatischem Muster behandelt wird, dafür mag als Beweis die Tatsache gelten, daß wir nach Kopenhagen berichten mußten, daß wir im letzten Jahrzehnt nicht weniger als 207 Jahre Gefängnis zudiktiert bekommen hatten und die Kleinigkeit von 137 000 Kronen Strafe zahlen mußten. (Hört! hört!) Im Monat Juni dieses Jahres kam es vor, daß das täglich einmal erscheinende Parteiorgan täglich dreimal konfisziert wurde. (Heiterkeit und Hört! hört!) Vom 2. bis 10. Juni wurde es täglich konfisziert, aber das konnte die Arbeiterschaft nicht hindern, weiter für das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht den Kampf aufzunehmen. Beim ersten größeren Demonstrationsstreik 1905 war das Wahlrecht als eine Staatsnotwendigkeit hingestellt worden. Es war die Regierung des Kaisers Franz Joseph, die für das Wahlrecht eine energische Agitation entfaltete, und ich könnte fast sagen, daß wir 1905 mit Franz Joseph einer Meinung waren. Doch sollte sich bald zeigen, daß vom Hause Habsburg nicht nur der Dank, sondern auch eine vernünftige Politik vergebens erwartet wird. 1907, als wir abermals für das Wahlrecht demonstrieren mußten, kam das imperialistische Abenteuer, die Annexion von Bosnien und der Herzegowina, die Regierung machte ihren Frieden mit den ungarischen Feudalen, die das Gut und Blut des Volkes zu diesem Abenteuer bewilligten, und die Wahlreform wurde wieder vergessen. Im März d. J. gingen in Budapest allein hunderttausend Arbeiter auf die Straße, um für das Wahlrecht zu demonstrieren. Diese Demonstration schien der Regierung nicht zu imponieren, weil sie verhältnismäßig ruhig verlief. Aber es sollte sich zeigen, daß man auch anders kann. Schon am 22. Mai wurde der abscheulichste Feind der Wahlreform, Graf Tisza, mittels eines parlamentarischen Staatsstreichs Präsident, das ungarische Proletariat durchschaute die Situation, es war sich klar, daß es sich weniger um die Durchpeitschung der Wehrvorlagen handelte, als um die Begrabung der Wahlreform, und am 23. Mai erhob sich das Proletariat Budapests mit einer Energie und einer revolutionären Entschlossenheit, wie nie zuvor. Am Abend des 23. Mai hatten wir nahezu 300 Parteigenossen im Kerker und mußten 6 Tote beklagen, als Blutzeugen der großen Sache und Opfer einer barbarischen Tat, wie sie sich der Westeuropäer schwerlich vorstellen kann. Aber das Proletariat gab die gebührende Antwort, in nicht ganz zwei Monaten sammelte die ungarische Arbeiterschaft 100 000 Kronen für die Opfer des 23. Mai und führte in nicht ganz 6 Wochen 11 000 neue Abonnenten dem Parteiorgan zu. Mittels des parlamentarischen Staatsstreichs wurde die Wehrvorlage durchgepeischt, weil man dadurch um die Notwendigkeit der Wahlreform herumzukommen hoffte. (Hört! hört!) Aber anstatt durch die Umtriebe auf dem Balkan den europäischen Völkerfrieden zu gefährden, sollte die Regierung sich lieber ihres Versprechens erinnern. Solche Zustände sind für die Dauer nicht haltbar, und deshalb sind wir der festen Zuversicht, daß die Entschlossenheit und die Energie der ungarischen Arbeiterschaft ausreichen wird, um zu triumphieren über ihre ärgsten Feinde, in erster Linie über den größten Feind des Wahlrechts, den Grafen Tisza, und über den Mann, der sich Ministerpräsident nennt, es in Wirklichkeit aber gar nicht ist. Wir werden in nicht zu ferner Zeit berichten können, daß das ungarische Proletariat sich sein wichtigstes Recht, sein Wahlrecht, erkämpft hat. Ich wünsche Ihren Verhandlungen den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Viktor Stein-Wien: Ich spreche im Namen der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs und zugleich im Namen meines Mitdelegierten Eingr. Wir bringen Ihnen die herzlichsten Glückwünsche und die uneingeschränkteste Bewunderung entgegen, die Bewunderung für Ihre

organisatorischen und agitatorischen Leistungen. Als ich im vorigen Jahre zum ersten Male unter Ihnen weilte, wußte ich Ihnen allerlei von dem österreichischen Parteijammer zu erzählen. Wir sind diesmal als lebendiger Beweis der Unbesiegtheit des Internationalismus und der sozialdemokratischen Prinzipientreue auch in den Reihen des tschechischen Proletariats zu Ihnen gekommen. (Beifall.) Wir haben ein Jahr furchtbarer Kämpfe hinter uns, aber wir haben auch große Erfolge erzielt. Wir haben ein Tageblatt, dessen Existenz gesichert ist. Wir haben in Brünn ein dreimal wöchentlich erscheinendes Organ, das in dem eben beendeten Kampfe der Textilarbeiter mutig die Klinge geführt hat. Unsere Prager Parteigenossen bereiten die Ausgabe eines Tageblattes vor. Aber das sind nicht die einzigen Erfolge. Die tschechische Arbeiterpartei beginnt sich mit neuem Vertrauen um die Fahnen des Internationalismus zu scharen. (Lebhafter Beifall.) Und das größte und schönste Errungene ist, daß man anfängt, von der einheitlichen österreichischen Sozialdemokratie zu sprechen. (Lebhafter Beifall.) Wenn auf diesem Parteitage die Einheit und Geschlossenheit des deutschen Proletariats machtvoll dokumentiert wird, dann muß der Wunsch laut werden, daß dem Proletariat der ganzen Welt überhaupt eine Spaltung irgendwo erspart wird. (Lebhafter Beifall.) Und dort, wo eine Spaltung herrscht, da möge sie bald Platz machen der größten und wichtigsten Voraussetzung unserer Erfolge: der Einheitlichkeit unseres Proletariats. (Erneuter lebhafter Beifall.) In diesem Sinne begrüße ich Sie und wünsche Ihren Verhandlungen reichen Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Axelrod-Zürich: Es fällt mir ungemein schwer, in dieser großen Versammlung nach so weltbekannten Rednern zu sprechen. Ich muß Sie aber im Namen des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Partei Rußlands begrüßen. Dieses Organisationskomitee hat die ernste Pflicht übernommen, zur Gesundung des inneren Parteilebens in Rußland beizutragen. Es ist ja kein Geheimnis, daß die Parteiverhältnisse in Rußland sehr traurig waren. Die Ereignisse dieses Jahres zeigen, daß wir in Rußland wieder vor einer Wendung der Dinge stehen. Da ist es vor allem notwendig, daß die Sozialdemokraten sich sammeln. Da muß eine Einigung der sozialdemokratischen Richtungen in Rußland erfolgen. Neuerdings hat eine Konferenz stattgefunden, auf der fast sämtliche Richtungen in Rußland vertreten waren. Auf dieser Konferenz wurde zum ersten Male erklärt, daß die verschiedenen Richtungen, die sich bisher bekämpft haben, endlich zusammengehen müssen, daß sie sich einigen müssen und daß sie sich nicht mehr befehden dürfen. (Lebhafter Beifall.) Ich war zuerst skeptisch, bin aber über dieses Resultat sehr erfreut. Der erste Schritt ist getan. Eine Gesundung der Parteiverhältnisse in Rußland steht bevor. Die Organisationen sind erstarkt. Die Stimmung der Massen steht zu unseren Gunsten. Ich erinnere an die großen Maifeierdemonstrationen, z. B. in Petersburg. Bei unserem Kampfe brauchen wir aber auch die moralische Mithilfe der Genossen der anderen Länder, besonders der deutschen. Wir wünschen Ihnen weiter glänzende Erfolge. (Lebhafter Beifall.)

Mit stürmischem Beifall wird Genosse Bebel begrüßt, der im Saal erscheint.

Kamminiew-Rußland hält in französischer Sprache folgende von Grumbach übersetzte Ansprache: Wir grüßen den Kongreß der deutschen Sozialdemokratie. Das Wirken von Ihnen ist für uns in Rußland stets ein Beispiel gewesen. Seit den Tagen der Revolution 1905 hat das russische Proletariat eine Reihe peinlicher Tage erlebt. Eine Diktatur der herrschenden Klassen hat begonnen ohnegleichen an Unerbittlichkeit. Aber wir haben alle unsere Forderungen aufrechterhalten, und wir können heute sagen, daß

die ärgsten Tage vorüber sind, daß neue revolutionäre Energien erwachen. Im Jahre 1912 haben in Rußland 612 000 Arbeiter gestreikt, davon 500 000 mit politischen Forderungen. Aber das Proletariat Rußlands hat sich nicht nur diesem offenen Kampf gewidmet, sondern auch in systematischer Propaganda und Selbsterziehung leistet es, was möglich ist. Zum ersten Male in Rußland konnte in den letzten Tagen in Petersburg die fünfte Nummer eines sozialistischen marxistischen Tagesorgans erscheinen, sechs Redakteure davon sitzen schon im Gefängnis. Vorbereitungen zu neuen Kämpfen sind ein zweites Merkzeichen dafür, daß das Proletariat Rußlands nicht schläft. In einer Konferenz unserer Partei, die wir im Januar hatten, haben wir beschlossen, ein Wahlprogramm aufzustellen und uns an den Wahlen zu beteiligen. Wir werden also in den nächsten Monaten am Wahlkampf teilnehmen und unser Bemühen darauf richten, mehr Abgeordnete zu haben als in der dritten Duma, in der 14 unserer Genossen saßen. Wir werden in allem versuchen, Ihrem Beispiel zu folgen, und es lebe in diesem Sinne die internationale deutsche Sozialdemokratie! (Großer Beifall.)

Vorsitzender Haase: Ich teile Ihnen mit, daß wir die Freude haben, in unserer Mitte als Gast noch den Genossen Rouanet aus Paris zu sehen. Ich danke allen auswärtigen Rednern für die herzlichen Glückwünsche, die sie uns gebracht haben.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Es liegt ein Antrag Lipinski vor, die Geschäftszeit auf sieben Stunden und die Tagungszeit auf die Stunden von 9 bis 1 Uhr und von ¼4 bis ¼7 Uhr festzulegen.

Lipinski-Leipzig: Wir haben seit 1890 die achtstündige Arbeitszeit auf dem Parteitag festgehalten. Inzwischen haben sich die Verhältnisse aber wesentlich geändert, weil die Parteitage fast dreimal so stark wie früher geworden sind und den Mitgliedern der vielen Kommissionen oft die Teilnahme an den Parteitagsverhandlungen erschwert wird. Ich glaube, wir können nach 22jährigem Festhalten an der achtstündigen Arbeitszeit jetzt eine einstündige Arbeitszeitverkürzung eintreten lassen. Von vielen Seiten ist die Einführung der englischen Arbeitszeit angeregt worden. Wir dürfen aber nicht verkennen, daß diese Arbeitszeit bisher nur in einigen deutschen Hafenstädten eingeführt ist und in mitteldeutschen Städten die Verpflegung auf eine solche Zeiteinteilung nicht eingerichtet ist. Deshalb bitte ich um Annahme meines Antrags. Zur Vereinfachung der Geschäfte möchte ich weiter vorschlagen, daß die Mitteilungen des Lokalkomitees nicht wie früher mündlich, sondern gedruckt gemacht werden sollten. Das Servieren im Saale könnte unterbleiben, und dann würden wir auch an Zeit gewinnen, wenn die Verhandlungen pünktlich unter Weglassung des akademischen Viertels beginnen würden.

Es läuft ein Antrag Ledebour ein, die Sitzung festzusetzen auf 9 bis 5 Uhr mit einer einstündigen Pause für die Zeit von 12½ bis 1½ Uhr.

Ledebour: Der Antrag Lipinski ist ja der bisherigen Uebung vorzuziehen, aber mit Rücksicht auf die lokalen Verhältnisse halte ich es doch für besser, durchgehend von 9 bis 5 Uhr mit einer einstündigen Pause zu tagen. Lipinski hat schon im voraus eine solche Anregung dadurch bekämpfen zu müssen geglaubt, daß er historisch und mit sonstigen Gründen nachzuweisen versuchte, daß eine sogenannte englische Arbeitszeit in Deutschland bisher nicht eingeführt sei. Das hat damit gar nichts zu tun, wir haben unsere Tätigkeit nach unseren Bedürfnissen und nach den lokalen Möglichkeiten einzurichten. Ich bitte Sie deshalb, meinen Antrag anzunehmen, er hat vor dem Antrag Lipinski den großen Vorzug, daß wir nicht die Zeit unnütz dadurch vertrödeln, daß wir nahezu 20 Minuten in die Stadt und 20 Minuten wieder zurückfahren. Wir würden durch meinen Vorschlag eine Stunde Zeit gewinnen, und wir hätten dann von 5 Uhr an den ganzen Abend frei.

Bebel: Es ist gerade nicht angenehm, daß wir die Verhandlungen mit derartigen Dingen beginnen. Ich gebe zu, daß die lokalen Verhältnisse den Wunsch rechtfertigen, eine andere Arbeitszeit einzuführen als bisher Sitte war. Ich halte den Vorschlag von Lipinski für einen durchaus akzeptablen, und auch die übrigen Vorstandsmitglieder sind dieser Ansicht. Dagegen erscheint uns der Vorschlag von Ledebour diesmal unmöglich. Wir kommen zunächst mit unseren Hotelwirten in Konflikt, und es ist ganz undenkbar, daß von 9 bis 5 Uhr ununterbrochen gesessen werden kann. Wenn auf die englische Arbeitszeit verwiesen wird, so mache ich darauf aufmerksam, daß in den englischen Geschäften eine sogenannte Lunchzeit eingeführt ist. (Ledebour: Das habe ich ja auch vorgeschlagen!) Ich kann den Vorschlag von Ledebour nicht akzeptieren, unsere Magenverfassung (Heiterkeit) ist auf den Mittagstisch eingerichtet, und ich weiß nicht, wie viele unter uns sind, die auf ein wirkliches Mittagessen verzichten wollen. Ich bitte Sie, den Vorschlag von Lipinski anzunehmen, wir werden dabei ganz gut fahren.

Hiermit schließt die Debatte.

Unter Ablehnung des Antrages Lipinski wird beschlossen, von 9 bis 12½ und von 1½ bis 5 Uhr zu tagen.

Hierauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung ein:

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Ebert: Soweit wir übersehen können, hat unser schriftlicher Bericht in der Partei gute Aufnahme gefunden. Ich glaube deshalb, mich um so mehr auf Ergänzungen und Erläuterungen beschränken zu können. Die Parteiorganisation konnte am Schlusse des Geschäftsjahres 970 112 Mitglieder mustern. Gegen das Vorjahr eine Zunahme von 133 550 Mitgliedern oder 15,9 Proz., ein Fortschritt, mit dem meines Erachtens die Partei voll zufrieden sein kann. Vergleicht man ihn lediglich mit der Mitgliederzunahme vom Jahre 1907, so befriedigt er allerdings nicht völlig. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß wir im Jahre 1906 das erstemal versuchten, den gesamten Mitgliederbestand der Partei festzustellen und das Resultat infolge mangelhafter Berichterstattung der Organisationen nicht einwandfrei war. Das Resultat hat fast allgemein enttäuscht, hat aber auch bewirkt, daß im ganzen Reiche ein wahrer Wetteifer um die Stärkung der Organisationen einsetzte. Dazu kam weiter der Wahlschwindel vom Jahre 1906, aus dem die Partei folgerte, daß durch zähe energische Organisationsarbeit der Parteifortschritt am sichersten den Zufälligkeiten des Wahlglücks entzogen werden könne.

So schnellte 1907 unsere Mitgliederzahl um 38 Proz. empor. Die nächsten Jahre brachten eine ruhigere Entwickelung. Immerhin hatten wir trotz der wirtschaftlichen Krise in den Jahren 1908 und 1909 eine Mitgliederzunahme von 10,7 bzw. 7,8 Proz. Die Gewerkschaften hatten 1908 einen Mitgliederverlust und 1909 nur eine ganz geringfügige Zunahme. Bei uns lagen die Dinge insofern günstiger, als durch die Aenderung des Vereinsgesetzes die Einreihung der Frauen in die Parteiorganisation möglich wurde. Unter den neu aufgenommenen 46 000 Mitgliedern im Jahre 1909 befanden sich nämlich 33 000 weibliche. Im nächsten Jahre machten sich bereits die Wirkungen der Steuerplünderung bemerkbar, die Wahlrechtskämpfe in Preußen und anderen Bundesstaaten und der beginnende Kampf um die Reichsversicherungsordnung steigerten die Erregung. Es kam weiter hinzu, daß wir im Herbst 1910 bereits auf der ganzen Linie zum Wahlkampf gerüstet waren, weil man allgemein

annahme, daß im nächsten Frühjahr die Neuwahlen zum Reichstag stattfinden würden. Unsere Partei hat selbstverständlich in dieser Zeit mit Hochdruck gearbeitet, so daß wir auch 1910 und 1911 eine ganz außerordentliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen hatten. Unter diesen Umständen konnte man im letzten Jahre nicht gut eine ähnliche sprunghafte Erhöhung unserer Mitgliederzahl wie 1907 erwarten.

Außer der starken Mitgliederzunahme ist unsere Organisation seit 1906 auch nach innen kräftig ausgebaut worden. 1906 hatten wir 278 Wahlkreisorganisationen, darunter 165 mit über 500 Mitgliedern; in 48 Kreisen hatten wir nur Vertrauensmänner, und in 33 Kreisen hatte die Partei überhaupt keine organisatorischen Anhaltspunkte. Heute haben wir 390 Wahlkreisorganisationen, darunter 233 mit über 500 Mitgliedern. 1907 zählten wir 2704 Ortsvereine, heute 4827. Unsere Organisation greift heute in die rückständigsten Bezirke des Reiches hinein. Die Mitgliederzahl betrug 1906 12 Proz. unserer Wählerzahl von 1903 und heute beträgt sie 23 Proz. der vorjährigen Wählerzahl. Also auch das Verhältnis zur sozialdemokratischen Wählerzahl hat sich in dieser Zeit verdoppelt. (Bravo!) Unsere Organisation ist umfangreicher und zugleich viel dichter geworden und hat dadurch selbstverständlich an Bedeutung und Schlagkraft gewonnen. So hat unsere Organisation in den letzten Jahren eine glänzende Entwickelung genommen, auf die wir alle stolz sein können.

Freilich ist die Aufwärtsbewegung nicht in allen Bezirken gleichmäßig. Im letzten Jahre hatten sogar 71 Wahlkreise einen Mitgliederrückgang zu verzeichnen. Das ist eine Erscheinung, die an sich nicht ungewöhnlich ist, die wir fast jedes Jahr zu verzeichnen hatten. Es handelt sich da in der Hauptsache um junge, schwache Organisationen, deren Entwickelung freilich erheblichen Schwankungen ausgesetzt ist. Mehr als die Hälfte dieser 71 Wahlkreise zählen weniger als 200 Mitglieder. Immerhin, das muß ganz offen zugegeben werden, befinden sich darunter auch Wahlkreise, bei denen der Mitgliederrückgang recht bedenklich ist. Ich will da auf Einzelheiten nicht eingehen. Vergleiche hinken gerade auf diesem Gebiete und dann würde das auch zu weit führen. Unsere in dem gedruckten Bericht enthaltene Statistik zeigt, welche Bezirke und Wahlkreise hier in Betracht kommen. Es muß genügen, wenn ich an diese Organisationen das dringende Ersuchen richte, ernstlich den Ursachen dieser Erscheinung nachzugehen und mit aller Energie für deren gründliche Beseitigung zu sorgen. (Zustimmung.)

Die bürgerliche, besonders die liberale Presse hat bei der Kritik unseres Berichts an diese Erscheinung angeknüpft. Auch das Verhältnis unserer Organisationsstärke zur Zahl unserer Wähler genügte ihr nicht. Wenn die Gegner auf schwache Punkte unserer Organisation hinweisen, kann uns das nur recht sein. Die Liberalen aber, die bei jeder einzelnen Nachwahl, an der sie ernstlich beteiligt sind, den Klingelbeutel im ganzen Reiche herumgehen lassen, deren Organisationen vielfach überhaupt nur Phantasiegebilde sind, scheinen mir allerdings die unberufensten Kritiker zu sein. (Sehr richtig!) Ernstlicher kommt da schon das Zentrum in Betracht, dessen Kritik auf einen ähnlichen Ton gestimmt war. Der Volksverein für das katholische Deutschland, den man ja wohl als die Organisation des Zentrums ansprechen darf, zählte 1908 610 563 Mitglieder, wir hatten damals nur 587 336 Mitglieder. Heute hat der Volksverein nach dem jüngst in Aachen erstatteten Bericht 690 140 Mitglieder. Er ist also weit hinter uns zurückgeblieben. Seine Mitgliederzunahme seit 1908 beträgt 13 Proz., während wir einen Zuwachs von 65 Proz. haben. (Bravo!) Dabei ist zu beachten, daß wir unsere Organisationsarbeit unter den schwierigsten Verhältnissen leisten müssen. Während für den Volksverein die Kaplanokratie, der

ganze kirchliche und zum Teil auch der behördliche Apparat aufgeboten wird und, wenn das nicht hilft, mit Wurst und Bier nachgeholfen wird (Lebhafte Heiterkeit), haben wir in unserer Organisationsarbeit zu kämpfen gegen fanatische, skrupellose Gegner, gegen die Ausnutzung der sozialen Uebermacht, gegen eine ungesetzliche Verwaltungspraxis und gegen die Klassenjustiz. Eine treffliche Illustration für diese Behauptung ergibt unser schriftlicher Bericht. Wir haben dort eine Aufstellung gemacht über die Zahl der Orte, in denen uns Versammlungsorte zur Verfügung stehen. Wenn wir da den Bezirk Oberrhein herausgreifen, diese Zentrumsdomäne, so ergibt sich, daß von 2284 Ortschaften des Bezirks uns nur in 81 Versammlungslokale zur Verfügung stehen. In dem Bezirk Ostpreußen, dem Junkereldorado, stehen uns gar von 7666 Orten nur in 76 Versammlungslokale zur Verfügung. (Hört! hört!)

Auf weitere organisatorische Einzelheiten glaube ich nicht eingehen zu sollen, zumal die Frage besonders auf der Tagesordnung steht. Hervorheben muß ich aber, daß sich bei den Reichstagswahlen unsere Organisation in jeder Hinsicht vorzüglich bewährt hat. Die wahltechnische Organisation, eine für den Wahlkampf außerordentlich wichtige Einrichtung, war in 273 Wahlkreisen durchgeführt. Wie notwendig das war, zeigt die Tatsache, daß unsere Gegner in 296 Wahlkreisen ähnliche Einrichtungen getroffen hatten. Unsere Bezirks- und Landesorganisationen haben sich mehr und mehr gefestigt und sind zu unentbehrlichen Faktoren der Gesamtpartei geworden. Sie sind nicht nur die Träger einer einheitlichen, systematischen intensiven Organisations- und Agitationsarbeit, sie sind auch das Bindeglied zwischen den Wahlkreisorganisationen und der Zentralleitung der Partei. Diese für die Gesamtpartei so außerordentlich wichtige Tätigkeit der Bezirks- und Landesorganisationen tritt zwar nicht laut in Erscheinung, sie kommt auch in unserem schriftlichen Bericht nicht genügend zur Geltung, aber um so mehr muß hier anerkannt werden, daß sie für das Funktionieren unseres Organisationsapparates von der allergrößten Bedeutung ist. So können wir ohne Ueberhebung feststellen, daß unsere Organisation die aller bürgerlichen Parteien weit übertroffen hat. (Lebhafter Beifall.) Diese Tatsache kann uns aber nur anfeuern zu neuer unermüdlicher Organisationsarbeit. Die Aufgaben der Partei werden immer größer und immer schwieriger und jeder Erfolg hängt letzten Endes doch von der Stärke unserer Organisation ab. (Zustimmung.) Unablässig müssen wir deshalb bestrebt sein, die uns noch fernstehenden Arbeitermassen mit Klassenbewußtsein zu erfüllen, sie zu veranlassen, sich mit ihren Klassengenossen eng zusammenzuschließen und gemeinsam den Kampf zu führen. Mehr wie je gilt heute das Wort: Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns! (Bravo!)

Der Kampf um die Jugend ist bei unserer Rekrutierungsarbeit von größter Bedeutung. Nach dem alten Rezept: Zuckerbrot und Peitsche! versuchen die Bürgerlichen aller Schattierungen im Bunde mit den Regierungen die Arbeiterjugend für ihre Zwecke einzufangen. Das Vereinsgesetz öffnet der behördlichen Willkür Tür und Tor und wird nur gegen die proletarische Jugendbewegung angewendet. Die bürgerliche Jugendbewegung, die in erster Linie der Bekämpfung der Sozialdemokratie dient, die trotz aller Heuchelei ihrem ganzen Wesen nach politisch ist, wird mit den Mitteln des Staates und der Gemeinden geradezu treibhausartig gezüchtet. Den Beamten, Lehrern und Offizieren wird zur „unabweisbaren Pflicht" gemacht, an dieser „nationalen Aufgabe ersten Ranges" mitzuwirken. Fortbildungsschulen und Sportvereine aller Art versucht man vor diesen Karren zu spannen, und nach der ministeriellen Anweisung soll das alles geschehen, „ohne nach außen hin irgendwelches Aufsehen zu machen". Jeder klassenbewußte Arbeiter muß da erkennen, wohin die Reise geht. Schon werden im gegne-

rischen Lager Stimmen laut, die neue Zwangsmaßnahmen für die Jugend verlangen. Hier steht also viel auf dem Spiele! Jedem klassenbewußter Arbeiter muß zur dringenden Pflicht gemacht werden, die proletarische Jugendbewegung nach besten Kräften zu fördern. Das treffliche Organ unserer Jugendbewegung, die „Arbeiter-Jugend“, darf in keiner Arbeiterfamilie, in der heranwachsende Söhne und Töchter sind, fehlen. Wenn so jeder seine Schuldigkeit tut, dann werden wir gemeinsam mit den Kräften unserer Jungmannschaft in der Lage sein, dem bürgerlichen Vorstoß mit Erfolg zu begegnen. Auf die Tätigkeit der Zentralstelle für die arbeitende Jugend brauche ich nicht näher einzugehen. Es liegt ein ausführlicher schriftlicher Bericht vor, der zugleich auch über den Stand der Jugendbewegung in Deutschland ein recht anschauliches Bild gibt. Ich kann nur bitten, diesem Bericht ernste Beachtung zu schenken.

Recht gut hat sich unsere Frauenbewegung entwickelt. Die aktive Beteiligung der Frauen am Parteileben steigt erfreulicherweise immer mehr, aber auch im Hause als Mutter und Erzieherin kann die Frau unseren Bestrebungen ungemein große Dienste leisten. Deshalb muß auch hier jedem einzelnen Parteigenossen sowohl als auch den Organisationen zur Pflicht gemacht werden, nach Möglichkeit die Frauenagitation zu fördern. Bei der Gelegenheit muß ich auf einen Auftrag zu sprechen kommen, den bereits der Magdeburger Parteitag dem Parteivorstand zur Erwägung übergab. Es handelt sich um die Herausgabe einer Modezeitung mit Schnittmusterbeilagen, die den Anforderungen der Arbeiterfamilie entsprechen soll. Wir mußten die Sache der Reichstagswahl wegen zurückstellen, haben aber nun Gutachten von Sachverständigen eingefordert, und daraus ergibt sich, daß diese Aufgabe, die unsere Genossinnen aus agitatorischen Gründen eifrig befürworten, doch überaus schwierig ist. Trotzdem hat der Parteivorstand beschlossen, an die Ausführung dieser Aufgabe heranzutreten. (Beifall.) Wir hoffen, daß es gelingt, die großen Schwierigkeiten zu bezwingen.

Neben der Organisation ist die Presse von größter Wichtigkeit für die Partei. Die Zahl unserer Tageszeitungen hat sich im letzten Jahre um fünf vermehrt, sie ist auf 86 gestiegen. So sehr das auch zu begrüßen ist, so muß doch immer wieder vor übereilten Blattgründungen gewarnt werden, besonders wenn es sich um die Schaffung selbständiger Zeitungen handelt. In den letzten Jahren sind entgegen sachkundigem Rat mehrfach Unternehmungen geschaffen worden, die nun einen außerordentlich schweren Stand haben, weil die Voraussetzungen für ihre Existenzmöglichkeit eben nicht gegeben sind. Der Parteivorstand muß bei finanzieller Beteiligung an Presseunternehmungen sich von bestimmten Grundsätzen leiten lassen, wenn er nicht geradezu unabsehbare und bedenkliche Konsequenzen schaffen will. Die Parteitage haben sich mit dieser Frage vielfach beschäftigt und der Parteitag in München (1902) hat einen Beschluß gefaßt, der notwendig wieder in Erinnerung gerufen werden muß. Er lautet:

„Finanzielle Verpflichtungen, welche von der bestehenden oder neu zu gründenden Parteipresse ohne Zustimmung des Parteivorstandes eingegangen werden, sind von letzterem unter keinen Umständen ganz oder teilweise zu übernehmen.“

(Hört! hört!) Dieser Beschluß besteht heute noch zu Recht und ich muß namens des Parteivorstandes auf das dringendste verlangen, daß überall, wo man sich mit Pressegründungen beschäftigt, dieser Beschluß ernstlich beachtet wird. Nicht allein an unsere Organisation ist diese Aufforderung zu richten, nein, ich muß mich damit auch an die Maschinen- und Schriftenfabriken wenden, die bei der Gewährung von Kredit außerordentlich weit gehen, dabei aber immer als Rückhalt die Zentralkasse der Partei im Auge haben. Wenn jene Geschäfte künftig sich vor Schaden bewahren wollen, so muß ich auch sie dringend bitten, diesen Beschluß des Parteitages zu beachten.

Selbstverständlich wird der Parteivorstand an Neugründungen immer mit einer gewissen Weitherzigkeit herantreten; wo aber die Voraussetzungen für derartige Unternehmungen fehlen, da wird er ablehnen müssen, wenn er sich nicht einer geradezu unverantwortlichen Verwaltung des Parteivermögens schuldig machen will.

Wohin leichtfertige Gründungen führen, das hat uns Göppingen gezeigt. Die Parteigenossen sind dort zur Gründung eines Unternehmens geschritten, trotzdem von allen sachkundigen Seiten dringend abgeraten wurde. Dringendes Abraten des Parteivorstandes wurde gleichgültig in den Wind geschlagen. Nach kaum einem halben Jahre war die Katastrophe da. Man hatte glücklich 4000 Abonnenten, aber auch über hunderttausend Mark Schulden, von denen der größte Teil sofort fällig war. Eine sachkundige Prüfung ergab, daß die Weiterführung des Unternehmens einen jährlichen Zuschuß von etwa 12 000 Mark erfordern würde. Das Göppinger Beispiel sollte für jeden einsichtigen Parteigenossen geradezu abschreckend wirken und von neuem zu größter Vorsicht mahnen. Jedenfalls ist der Parteivorstand entschlossen, ernstlich die Münchener Resolution zu beachten und die Parteigenossen, die diesen Beschluß außer acht lassen, können nicht darauf rechnen, daß sie bei Pressegründungen vom Parteivorstand finanzielle Hilfe bekommen.

Der Parteivorstand muß aber auch öfter bei den bestehenden Blättern mit finanzieller Hilfe eingreifen, wenn es sich um Betriebsveränderungen oder um sonstige neue Einrichtungen handelt. Dabei handelt es sich in der Regel um recht große Beträge, die dann den betreffenden Geschäften als Darlehen gegeben werden. Heute ist ein großer Teil des Parteivermögens, weit über eine Million Mark, in solchen Darlehen angelegt. Soll der Parteivorstand auch für diesen Vermögensteil der Gesamtpartei gegenüber die Verantwortung tragen, dann ist es ganz selbstverständlich, daß er auch an der Verwaltung solcher Parteigeschäfte beteiligt wird, daß ihm bei bestimmten Dingen, die die Rentabilität des Unternehmens beeinflussen, ein entscheidendes Einspruchsrecht eingeräumt wird. In der Praxis sind die Dinge so geregelt worden, daß solche Geschäfte bei Neuanschaffungen, die einen gewissen Wert übersteigen, oder bei der Festsetzung des Umfangs der Zeitung, bei der Lohn- und Gehaltsregelung, bei der Anstellung und Entlassung von Redaktions- und Verwaltungspersonal die Zustimmung des Parteivorstandes einzuholen haben. Weiter ist ausbedungen, daß dem Parteivorstand das Recht zusteht, diese Unternehmen jederzeit einer Revision zu unterwerfen. Heute steht eine große Anzahl Parteigeschäfte unter diesen Bedingungen. Die Handhabung ist von uns aufs loyalste geführt worden. Abgesehen von zwei Fällen ist bisher alles glatt erledigt worden. In einem Falle handelte es sich um die Entlassung, in einem zweiten Falle um die Anstellung eines Redakteurs. Nach Verhandlungen mit Parteiverlag und Pressekommission der in Frage kommenden Blätter ist aber auch hier Uebereinstimmung herbeigeführt worden. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir bei unseren Entscheidungen die Unabhängigkeit der Redaktionen wahren. Das ist bisher von uns auf das peinlichste beobachtet worden. Wir haben nach der Richtung hin geradezu Garantien gegeben.

In diesem Zusammenhang muß ich noch einmal auf Göppingen zu sprechen kommen. Es ist ja nicht angenehm, den Parteitag beim Beginn mit solchen Sachen zu behelligen, aber die Angelegenheit hat in der Partei soviel Staub aufgewirbelt, daß die Gesamtpartei von uns völlige Aufklärung verlangen kann. Ich will nicht auf alle Einzelheiten eingehen; mir kommt es in

der Hauptsache darauf an, eine ruhige Darstellung der Entwickelung der Dinge zu geben und die Stellung des Parteivorstandes zu rechtfertigen. Als die Göppinger nach ihrem Zusammenbruch an uns herantraten, waren wir zunächst entschlossen, abzulehnen. Die erforderlichen Opfer waren so groß, daß wir glaubten, sie vor der Gesamtpartei nicht verantworten zu können, zumal auf lange Jahre hinaus keine Rede von einer Existenzmöglichkeit sein konnte. Wir hatten aber vorher die Leitung der Landesorganisation befragt, und besonders vom Landesausschuß wurde geltend gemacht, daß die übrigen kleinen Parteiunternehmungen in Württemberg ebenfalls auf genossenschaftlicher Grundlage aufgebaut seien; würde Göppingen zusammenbrechen, dann würde auch zu ihnen alles Vertrauen schwinden und dann würden auch sie in große Gefahr kommen. Außerdem ist bei diesen Verhandlungen auf die schwer zu überwindenden politischen Nachwirkungen hingewiesen worden. Einstimmig empfahl uns diese Konferenz, an der auch Vertreter der Göppinger teilnahmen, in Göppingen einzugreifen. Das erste, was nach genauer Prüfung des Unternehmens von uns geschah, war die Befreiung der Göppinger von den schlimmsten finanziellen Schwierigkeiten. Am 23. Mai — die Daten sind wichtig — erhielten sie die zweite und am 29. Mai bereits die dritte Rate. Diese Beträge sind dem Geschäftsführer des Göppinger Unternehmens ohne weiteres ausgehändigt worden. Alle gegenteiligen Behauptungen sind unwahr. (Hört! hört!) In der Zwischenzeit verhandelten die Göppinger mit Ulm wegen Herstellung der „Donauwacht“ in ihrer Druckerei. Diese Verhandlungen sind nicht, wie hartnäckig behauptet wurde, vom Parteivorstand angeregt worden, sie sind vielmehr der eigenen Initiative der Göppinger entsprungen und schon geführt worden, ehe überhaupt an den Parteivorstand herangetreten worden ist. (Sehr richtig!) Wie wir das erstemal davon hörten, bezeichneten wir diese Verhandlungen als aussichtslos. Als aber dann auf der vorhin erwähnten Konferenz die Göppinger und selbst Thalheimer lebhaft für die Fortführung dieser Verhandlungen eintraten (Hört! hört!), da erklärten wir sofort mit aller Deutlichkeit und mit großem Nachdruck, daß die freie Entschließung der Göppinger über die Haltung ihres Blattes dabei unter keinen Umständen beeinträchtigt werden dürfe. (Hört! hört!) Das geschah in einer Konferenz, an der der Landesvorstand, Landesausschuß, Ulmer und Göppinger Vertreter und Thalheimer teilnahmen. Die Konferenz beschloß einmütig, diese Verhandlungen mit Ulm weiterzuführen. Auch Thalheimer stimmte zu! Trotzdem haben wir noch dem Göppinger Verlag mitgeteilt, daß er uns über den Verlauf dieser Verhandlungen unterrichten solle. Auch dem Genossen Thalheimer war das bekannt, denn ihm ist dieser Brief ausgeliefert worden, er ist sogar in seinem Gewahrsam geblieben. (Hört! hört!) Als wir dann am 23. Mai wieder bei der Göppinger Geschäftsleitung über den Stand der Verhandlungen anfragten, wurde uns mitgeteilt, daß alles auf gutem Wege sei. Weitere Nachrichten sind uns von keiner Seite geworden.

So standen die Dinge, als am 1. Juni — es war Sonnabend — das Göppinger Parteiblatt die Mitteilung brachte, daß in einer Göppinger Parteiversammlung bereits am 30. Mai die Verschmelzung der Blätter von Ulm und Göppingen beschlossen sei. Das Blatt kam Montag in unsere Hände. Aber ehe wir eine offizielle Mitteilung bekamen, ehe wir überhaupt zu dem Beschluß Stellung nehmen konnten, begannen bereits die Treibereien in der Parteipresse gegen uns. Das Bremer Parteiblatt brachte am 1. Juni, also ausgerechnet an demselben Tage, an dem das Göppinger Blatt den Beschluß veröffentlichte, eine Notiz unter dem ansprechenden Titel: „Ein Parteiskandal“. (Hört! hört!) Der Verfasser war der Genosse Westmeyer. In dieser Notiz

wurde dreist behauptet, Parteivorstand und Landesvorstand hätten erklärt, den Göppingern nur zu helfen, wenn Thalheimer beseitigt und an seine Stelle Roßmann von Ulm gesetzt würde. (Lebhafte Bewegung.) Sofort haben wir dieser unerhörten Behauptung widersprochen und noch an demselben Tage der gesamten Parteipresse eine Klarstellung über unsere Stellung zur Sache gegeben. Wer mit solchen Dingen auch nur einigermaßen vertraut ist, mußte sich sagen, daß eine Regelung in Göppingen nur mit Hilfe der Zentralkasse durchgeführt werden könne. Man konnte daher von jedem, der nicht Skandal suchte, erwarten, daß er zunächst die weiteren Schritte des Vorstandes abwarten würde. (Sehr richtig!) Vor allem durften wir das von Radek, Thalheimer und Westmeyer erwarten, denn sie saßen in Göppingen und mußten wissen, daß der Parteivorstand sofort beschlossen hatte, zwei Vertreter nach Göppingen zu schicken, die bereits am 6. Juni morgens die Verhandlungen dort aufgenommen haben. Aber darin haben wir uns getäuscht. Die „Leipziger Volkszeitung“ brachte am 4. Juni, nachdem sie also bereits im Besitze unserer Erklärung war, unter dem Titel: „Ein Gewaltstreich“ einen Artikel von Radek, worin die in dem Bremer Parteiblatt erhobenen Beschuldigungen mit großem Wortschwall wiederholt wurden. Es wurde behauptet, wir hätten die Verschmelzung der beiden Blätter angeregt, wir hätten sogar unsere Mithilfe von dieser Verschmelzung abhängig gemacht und dem Landesvorstand keine Bedingungen gestellt. Auf Grund dieser falschen Behauptungen kam man zu dem Fazit, der Parteivorstand vermöge die politischen Folgen seines Vorschlages nicht zu übersehen (Lachen), der Parteivorstand fühle sich nur als Verwalter der Parteigelder, er habe keinen Sinn für Parteiehre und für die Lebensinteressen der Partei. (Hört! hört! und Gelächter.) So glaubte man denn nun glücklich einmal zu dem mageren Thema von den „Parteibureaukraten“ einen Beitrag konstruiert zu haben. Allerdings geschah das auf Kosten der Wahrheit, denn unsere Erklärung besagte ja das Gegenteil und sie befand sich bereits im Besitz der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“. (Hört! hört!) Aber die Redaktion glaubte sich diesen fetten Happen nicht entgehen lassen zu sollen; sie fabulierte von „Geldschrankhütern“, von „Schema F“, von „sauberen Akten“ und ähnlichen Dingen. Ich glaube im weiteren Verlauf noch zu zeigen, wie mit dem Schlagwort „Bureaukratie“, das ja jetzt in der Partei üblich geworden ist, bei dieser Gelegenheit beim besten Willen keine Geschäfte zu machen sind. Mit unserer Erklärung hat die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ kurzen Prozeß gemacht, sie brachte den Artikel von Radek als Leitartikel, knüpfte gnädigst unsere Erklärung hintenan und bemerkte dazu, „die Erklärung des Parteivorstandes bestätigt im wesentlichen, was ihm der Artikel unserer württemberger Zuschrift vorwirft“. (Große Heiterkeit.) Tatsächlich steht unsere Erklärung schnurstracks im Widerspruch zu dem, was gegen uns gesagt ist. (Sehr richtig!) Das ist denn doch eine recht skrupellose Zumutung an die Urteilsfähigkeit der Leser. (Sehr gut!)

Da hat das Bremer Parteiblatt unsere Erklärung doch besser bewertet. Es schrieb am selben Tage: „Wir bedauern sehr, durch einen Mitarbeiter, dem auf Grund eigener langjähriger Praxis als Redakteur die volle Bedeutung solcher ganz bestimmten Wendungen klar sein mußte, falsch unterrichtet worden zu sein. Daß wir das sind, beweist die folgende Berichtigung, die uns telephonisch vom Parteivorstande zuging.“ — Leider hat diese Einsicht nicht lange vorgehalten. Am anderen Tage brachte die „Bremer Bürgerzeitung“ den Artikel Radeks aus der „Leipziger Volkszeitung“ mit der Redaktionsanmerkung, ohne auf ihre Berichtigung vom Tage vorher Bezug zu nehmen und ohne jeden Kommentar. (Hört! hört!) Die Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung“ hat sich damit selbst moralisch geohrfeigt. (Sehr richtig!) Im Eifer, das Gleich-

gewicht zwischen Bremen und Leipzig wiederherzustellen, scheint ihr das indes nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein. Ich habe geglaubt, auf diese Einzelheiten zunächst hinweisen zu müssen, weil sie charakteristisch sind für die polemischen Methoden dieser beiden Parteiblätter. (Hört! hört!)

Radek, Westmeyer und Thalheimer setzten trotz aller unserer Erklärungen ihre Treibereien gemeinsam fort. Jede Erklärung von uns beantworteten sie mit neuen haltlosen Verdächtigungen. In vertraulichen Zirkularen und Depeschen suchten sie mit zum Teil wahrheitswidrigen Angaben einen Teil der Presse zu beeinflussen. (Hört! hört!) Dabei spielten sie sich als Retter der Parteiehre und der reinen Gesinnung auf. Unsere Bemühungen zur Regelung der Angelegenheit wurden als Vertuschungsaktion bezeichnet und einigen Redaktionen Vorsicht gegen unsere Erklärungen empfohlen. (Hört! hört! und Unruhe.) Radek trat sogar mit einer förmlichen Drohnote an den Parteivorstand heran. (Lebhaftes Hört! hört!) In Versammlungen, darunter eine von 16 Personen besuchte Frauenversammlung in Göppingen, wurde die Angelegenheit in ähnlicher unverantwortlicher Weise behandelt, und in einer Versammlung in Stuttgart wurde Radek, Westmeyer und Thalheimer Dank und Anerkennung für diese „mutvolle Erfüllung der Parteipflicht" ausgesprochen. (Heiterkeit und Hört! hört!) Als wir dann das Dreimännerkollegium in die Enge getrieben hatten, da wagte man nur noch, den Parteivorstand der Passivität zu beschuldigen. Trotzdem wir also von vornherein die Erhaltung der Unabhängigkeit der Göppinger Redaktion zur Bedingung machten und in jedem Stadium der Verhandlungen daran festhielten, obgleich wir sofort finanzielle Hilfe gewährten, den Göppingern den finanziellen Druck abnahmen und verlangten, von dem Gange der Unterhandlungen unterrichtet zu werden, glaubte man uns Untätigkeit vorwerfen zu können. Wie sollten wir anders verfahren? Wie sollte man vorsichtiger zu Werke gehen, wenn man die Göppinger nicht als unmündige Kinder oder als Trottel behandeln wollte?

Da ist folgendes zu beachten. Radek hatte am 28. Mai, ohne von Thalheimer ermächtigt zu sein, dessen Rücktritt von der Redaktion erklärt, und Thalheimer hatte am 30. Mai zu Beginn einer Parteiversammlung in Göppingen erklärt, daß er von der Redaktion freiwillig zurücktrete. Das geschah ohne Wissen des Parteivorstandes! Das geschah, obgleich ein Telephongespräch oder ein Telegramm genügt hätte, um ein sofortiges Eingreifen des Parteivorstandes herbeizuführen. Wer bei dieser völlig klaren und einfachen Sachlage behauptet, die Göppinger hätten unter finanziellem Druck oder Zwang gehandelt, der stellt die Tatsachen auf den Kopf. (Sehr richtig!) Beachten Sie doch nur: Radek erklärt selbst den Rücktritt Thalheimers. Er hatte es damit so eilig, daß er nicht einmal dessen Zustimmung einholt, und dann schreit er über Erpressung und Maßregelung. Thalheimer gibt in einer Parteiversammlung eine Erklärung für seinen Rücktritt, aus der zu entnehmen ist, er gehe freiwillig. Einige Tage später behauptet er, diese seine Erklärung sei unwahr, sein Rücktritt sei erpreßt, und die Verantwortung für diese Erpressung trage der Parteivorstand. (Hört! hört!) So etwas nennt sich „mutvolle Erfüllung der Parteipflichten". (Heiterkeit.) Dieser Sachverhalt ist am 6. Juni in einer Sitzung in Göppingen, an der alle Parteiinstanzen des Göppinger Wahlkreises mit Radek und Thalheimer teilnahmen, festgestellt worden. Radek und Thalheimer haben auch in dieser Verhandlung eine recht merkwürdige Rolle gespielt. Nachdem wir längere Zeit verhandelt hatten, nachdem sich Radek eingehend zur Sache erklärt hatte, nahm Thalheimer einen Teil seiner erwähnten zweiten Erklärung zurück, und nach weiterer Verhandlung nahm er die ganze Erklärung zurück. (Heiterkeit.) Und zwar, wie er erklärte, weil er sie nach dem Ergebnis der Verhandlungen nicht mehr aufrechterhalten

könne. Radek, dem es in der Hauptsache darum zu tun war, seinen Artikel in der „Leipziger Volkszeitung" zu rechtfertigen und weiteren Spektakel zu machen, war diese Erklärung Thalheimers recht unangenehm, und er bat um Unterbrechung der Sitzung. Das geschah. Radek führte eine sogenannte Verhandlung mit Thalheimer, und dann kam Thalheimer zurück und gab folgende dritte Erklärung ab: „Ich muß erklären, daß ich nach weiterer Ueberlegung die Vorwürfe gegen den Parteivorstand in allen Punkten aufrechterhalte!" (Heiterkeit und Hört! hört!) Darauf meinten selbst die Göppinger Parteigenossen, es sei Zeit, zur Abstimmung zu kommen. (Pfannkuch ruft: Kalte Umschläge machen!) Dann ist in Anwesenheit von Radek und Thalheimer und gegen ihre Stimmen von allen Göppinger Parteiinstanzen folgende Erklärung beschlossen worden:

„Der Parteivorstand hat für seine Mithilfe bei der Sanierung der Göppinger „Freien Volkszeitung" weder deren Verschmelzung mit dem Ulmer Parteiblatt, noch dessen Druck in der Göppinger Druckerei zur Bedingung gemacht. Er hat vielmehr nur gewünscht, daß versucht werden solle, den Druck des Ulmer Blattes der Göppinger Druckerei zu übertragen, um diese lebensfähiger zu gestalten. Ueber den Verlauf der Verhandlungen sollte ihm berichtet werden, dann wollte er über seine Beteiligung entscheiden. Vor der Beschlußfassung des sozialdemokratischen Vereins in Göppingen ist dem Parteivorstand über den Verlauf der Verhandlungen nicht berichtet worden, obwohl er schriftlich darum ersucht hatte. Es kann daher auch dem Parteivorstand nicht der Vorwurf der Passivität gemacht werden!" —

Radek geriet darüber in begreifliche Erregung, er provozierte nach allen Seiten hin, wollte allerlei Feststellungen machen, focht Abstimmungen an, versuchte auf recht merkwürdige Weise schriftliche Zeugnisse von den Anwesenden zu erhalten, drohte mit der Parteipresse usw. Nach achtstündiger Sitzung mußten wir uns schließlich sagen: weitere Verhandlungen können zu nichts führen; wir brachen ab. Die Göppinger beantragten, die Verhandlung am nächsten Tage weiterzuführen. Wir machten zur Bedingung, daß wir nur weiter verhandeln, wenn alle Göppinger Instanzen teilnehmen und alle Teilnehmer ausdrücklich dazu bevollmächtigt seien. Dem wurde entsprochen, das ist protokollarisch festgestellt. Dann ist der zweite Teil der bekannten Erklärung beschlossen worden, ebenfalls einstimmig. Außerdem ist dort über ein neues Arrangement der Sanierung verhandelt worden. Man kam auch in dieser Frage zu einem einmütigen Entschluß. Um weiteren Treibereien vorzubeugen, haben wir jedoch verlangt, daß diese Beschlüsse allen in Betracht kommenden Parteiinstanzen zur besonderen Beschlußfassung einzeln vorgelegt werden sollen. Die Sitzung fand ohne uns in Göppingen statt. Dort ist der Erklärung und unserem Vorschlage einmütig zugestimmt worden. Später stimmte auch die Kreisgeneralversammlung zu. Nach der vorgenommenen Regelung wird das Ulmer Blatt in Göppingen gedruckt. Beide Blätter beziehen für den allgemeinen politischen Teil die Matern von der „Tagwacht" in Stuttgart. Die neue Besetzung der „Tagwacht"-Redaktion war damals schon durchgeführt. Landespolitik und den übrigen Text soll jedes Blatt selbst herstellen, abgesehen von der Unterhaltungsbeilage. Jedes Blatt hat seine eigene Redaktion und Pressekommission; die Pressekommission ist nur von Genossen des Verbreitungsgebiets zusammengesetzt. Das war der einzige Ausweg zu einer vernünftigen Regelung. Die Regelung hat sich bewährt. Die Göppinger Pressekommission hat uns noch in den letzten Tagen mitgeteilt, daß diese Regelung allgemein befriedigt. Ohne Radek und seine Freunde wäre diese Regelung einige Wochen früher erfolgt. Der Partei wäre der Skandal erspart geblieben und die Göppinger hätten nicht den schweren Schaden erlitten, der

ihnen zugefügt worden ist. (Sehr richtig!) Wenn jetzt von jener Seite behauptet wird, daß nur durch ihr Eingreifen diese Regelung herbeigeführt worden sei, so sind das nichts als windige Ausflüchte. (Sehr richtig!) Denn wir Vorstandsvertreter haben bereits bei der ersten Verhandlung in Stuttgart dem Vertreter des Göppinger Geschäfts eine Regelung auf dieser Grundlage vorgeschlagen. Als wir am 5. Juni nach Göppingen fuhren, hatten wir den Auftrag, ein solches Arrangement zu versuchen; und während der ganzen Verhandlungen haben wir in diesem Sinne gewirkt. Wir sind auch von jenen Leuten gerade wegen dieser Regelung auf das heftigste angegriffen worden. Radek und Thalheimer behaupteten am 20. Juni in einem Schlußartikel im Bremer Parteiblatt, wir hätten mit unserer Regelung das Blatt dem Landesvorstande ausgeliefert. Und der dritte württembergische Mitarbeiter der „Bremer Bürgerzeitung" schrieb am 21. Juni: „Jetzt ist die sogenannte „Sanierung" in der Weise durchgeführt worden, daß das Göppinger Blatt in der Tat kaput saniert ist." — Dabei war der Artikelschreiber über alle Einzelheiten genau unterrichtet. Er muß also wissen, wie die Dinge liegen. Daß es sich selbst bei dieser Regelung um große Opfer handelt, geht daraus hervor, daß diese Sanierung der Parteikasse bis jetzt nicht weniger als 82 000 Mark gekostet hat. (Lebhaftes Hört! hört!) Weitere Forderungen stehen noch aus. (Erneutes Hört! hört!)

Es bleibt mir nur noch übrig, die Erklärung zu rechtfertigen, die Braun und ich auf der Kreisgeneralversammlung auf dem Hohenstaufen gegen Radek abgegeben haben. Aber die Begründung ergibt sich wohl schon aus dem, was ich ausgeführt habe. (Pfannkuch: Das genügt!) Noch am Abend vor der Kreisgeneralversammlung war Radek in einer Versammlung in Gmünd. Er erklärte, der Parteivorstand müsse unter allen Umständen das zur Erhaltung der völligen Selbständigkeit des Göppinger Blattes erforderliche Geld hergeben, das doch von Arbeitern aufgebracht sei. (Bebel, ironisch: Das mußte natürlich gesagt werden!) Ja, dieser Mann geht in so unverantwortlicher Weise zu Werke, obgleich er selbst nicht die Verpflichtung in sich fühlt, der Partei als Mitglied anzugehören. (Lebhafte Bewegung und Hört! hört!) Alle gegenteiligen Behauptungen Radeks über seine Mitgliedschaft sind unwahr. Er ist erst auf dem Hohenstaufen daran erinnert worden, daß man, wenn man in der Partei mitreden will, auch Mitglied der Partei sein muß. (Lebhaftes Hört! hört!) Er hat behauptet, er sei seit 1908 Mitglied der deutschen Partei, und zwar in Leipzig und im 6. Berliner Wahlkreise. Nach den Mitteilungen der Organisation sind diese Behauptungen unwahr. (Hört! hört!) Radek war in Leipzig überhaupt nicht Mitglied (Hört! hört!) und in Berlin VI war er es nur dem Namen nach. Er ist dort am 5. Oktober 1908 Mitglied geworden, aber Beiträge hat er nicht bezahlt. (Stürmische, minutenlange Heiterkeit.)

Parteigenossen! Auf eine Tatsache, die zur Charakterisierung der Treibereien wichtig ist, muß ich noch hinweisen. Ich habe vorhin den Schlußartikel von Radek und Thalheimer in der „Bremer Bürgerzeitung" vom 20. Juni erwähnt. Dieser Artikel schließt: „Wir werden in einer Broschüre der Partei das ganze in Betracht kommende Material unterbreiten, inwieweit es überhaupt der Oeffentlichkeit mitgeteilt werden kann; den Rest, der von sehr großer Wichtigkeit zur Beurteilung der Frage ist, werden wir der Kontrollkommission mitteilen." (Hört! hört!) Und an anderer Stelle: „Es werden der Parteiöffentlichkeit wichtige Tatsachen vorenthalten, Dokumente, die absolut notwendig sind zur Beurteilung einer wichtigen Frage, die seit Wochen die Parteiöffentlichkeit beschäftigt." Nun, die Broschüre hat uns bis zur Stunde nicht erreicht (Hört! hört!) und das zur Beurteilung so wichtige Material ist, wie mir Genosse Kaden mitteilt, bis zum Augenblick auch nicht bei der

Kontrollkommission eingelaufen. (Hört! hört!) Nicht einmal Beschwerde ist gegen uns bei der Kontrollkommission geführt worden, trotzdem wir öffentlich dazu aufgefordert haben. Diese Erklärung Radeks — die den Namen Thalheimers mit trägt — ist in ihrem Wortlaut raffiniert berechnet zur Ausstreuung von Verdächtigungen und zur Täuschung der Parteigenossen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ich weise das mit aller Entschiedenheit zurück. Es gibt keine Dokumente von Belang, keine wesentlichen Tatsachen zur Beurteilung der Göppinger Angelegenheit, die von uns der Oeffentlichkeit vorenthalten worden wären. (Hört! hört!) Ich weise alle in der Göppinger Angelegenheit gegen uns erhobenen Verdächtigungen und Vorwürfe als durchaus leichtfertig und haltlos (Bebel: Verlogen! — Sehr richtig!) auf das entschiedenste zurück. Wir haben in dieser Sache in jeder Hinsicht unsere volle Schuldigkeit in weitestem Maße erfüllt, so sauer uns das auch von einigen Quertreibern gemacht worden ist. Das beschämendste an der ganzen Affäre aber ist, daß einige Parteiorganisationen und Parteiblätter sich in solcher Weise mißbrauchen ließen. (Stürmische Zustimmung.)

Ich hätte eigentlich noch eine Presseangelegenheit zu erörtern, kann sie aber zurückstellen. (Vorsitzender Haase unterbricht den Redner, der auf seine Frage erklärt, daß er noch eine Viertelstunde sprechen wolle. Auf Befragen durch den Vorsitzenden gibt der Parteitag seine Zustimmung dazu, daß Ebert jetzt weiterspricht.) In der „Neuen Zeit", das muß ich hier mitteilen, ist eine Aenderung in der Redaktion eingetreten. Genosse Mehring hat gewünscht, von den politischen Spitzartikeln entbunden zu werden, ihm aber zu gestatten, künftig das gleiche Maß von Arbeit in wissenschaftlichen Aufsätzen für die „Neue Zeit" zu leisten. Wir haben dem zugestimmt und über die erforderliche Neuregelung hat sich die Redaktion verständigt. — Dann noch ein kurzes Wort über die Ausbreitung unserer Parteipresse. Wir haben im letzten Jahr 171 577 Abonnenten gewonnen gegen 146 449 im Vorjahre. Was ich vorhin über die Mitgliederbewegung gesagt habe, trifft auch im wesentlichen bei der Parteipresse zu. Neben der Zunahme an Abonnenten hat die Parteipresse in den letzten Jahren auch gewaltig an innerem Wert gewonnen, an dem, was sie leistet zur Erweckung des Klassenbewußtseins des Proletariats, zur politischen und wissenschaftlichen Aufklärung. Es muß rühmend anerkannt werden, daß insbesondere während des Reichstagswahlkampfes unsere Parteipresse geradezu Glänzendes geleistet hat. Große Schichten der Arbeiter stehen uns aber heute noch fern; sie betrachten die Zeitungslektüre lediglich als Befriedigung ihrer Neugierde und bilden die Träger der sogenannten farblosen Presse. Hier liegt noch eine große wichtige Arbeit für die Partei. Hier muß mit voller Wucht eingesetzt werden! Je größer die Ausbreitung der Parteipresse, desto mehr kann sie ihrer großen Aufgabe genügen, um so größer wird ihre Leistungsfähigkeit bei der Erfüllung unserer großen Aufklärungsarbeit!

An allgemeiner Agitation ist alles geschehen, was das Interesse der Arbeiterklasse gebot und was geeignet war, das Parteileben zu befruchten. Gegen die imperialistische Raubpolitik, gegen den Wahnwitz der Rüstungssteigerung, gegen die Kriegshetzereien sowie gegen die wucherische Aushungerungspolitik sind von uns Massenaktionen eingeleitet worden, die sich mehrfach zu wuchtigen Demonstrationen gestalteten. Die sogenannte Aufhebung der Schnapsliebesgabe, die in Wirklichkeit nur eine Erhöhung der Branntweinsteuer, eine Verteuerung des Branntweinpreises und eine Mehrbelastung der Aermsten der Armen war, beantworteten wir mit der Aufforderung zu energischer Durchführung des Schnapsboykotts. Es liegen Anträge vor, die eine neue Agitation für den Schnapsboykott fordern. Ich glaube, wir führen am besten darüber keine lange Verhandlung, sondern bekräftigen aufs neue den

Leipziger Beschluß. Ein einmütiger Appell an die Arbeiterklasse, aus moralischen und politischen Gründen den Schnapsgenuß zu meiden, wird draußen im Lande großen Widerhall finden und die beste Wirkung haben.

Zu allen politischen Aktionen ist von uns Agitationsmaterial herausgegeben worden, und zwar Musterflugblätter, Rednermaterial und anderes mehr. Zur Reichstagswahl allein sind 68 verschiedene Flugblätter den Organisationen angeboten worden. Dabei ist auf die verschiedensten Verhältnisse Rücksicht genommen worden. Die Bezirks- und Landesvorstände sind seit dem letzten Parteitag dreimal zusammenberufen worden, auch eine Konferenz der Redakteure hat getagt. Mit der Kontrollkommission haben wir alle Vierteljahre konferiert. Bei diesen Konferenzen sind alle wichtigen Parteifragen und die zu treffenden Maßnahmen erörtert, Anregungen und Erfahrungen ausgetauscht worden. Wenn früher hin und wieder geklagt wurde, daß es an Agitationsmaterial mangele, so ist jetzt wiederholt von einer Fülle, sogar von Ueberfülle an Material gesprochen worden. (Sehr richtig!) Ich habe darauf hingewiesen, weil wieder einzelne Genossen dem Vorstand den Vorwurf der mangelnden Initiative und Aktivität machen. In der Organisationskommission, wo doch Genossen sitzen, die langjährige Erfahrungen haben, ist einmütig erklärt worden, daß dieser Vorwurf durchaus unberechtigt sei.

Welch gewaltige Werbearbeit die Partei im letzten Jahr geleistet hat, zeigt die Statistik. Danach sind Flugblätter und Flugschriften in nicht weniger als 114 Millionen Exemplaren verbreitet worden, wovon 88 Millionen auf die Reichstagswahlen entfallen. 30 000 öffentliche Agitationsversammlungen fanden statt und in mehr als 42 000 Mitgliederversammlungen sind die engeren Parteiangelegenheiten erledigt worden. Parallel damit ging eine systematische Bildungsarbeit, die freilich infolge der Reichstagswahlen etwas eingeengt war. Nach dem schriftlichen Bericht wurde trotzdem aber auch hier großes geleistet. Die Parteiverlage in Stuttgart und Berlin haben eine gesteigerte Tätigkeit entfaltet. Ueber die Vorwärts-Buchhandlung liegt der schriftliche Bericht vor. Der Verlag von Dietz hat vom 1. April 1911 bis zum 30. Juni 1912 18 Bücher in einer Gesamtauflage von 120 000 Exemplaren erscheinen lassen. Augenblicklich ist eine Volksausgabe des ersten Bandes des „Kapital" in Vorbereitung. (Bravo!) Die Herausgabe wurde vom Parteivorstand Karl Kautsky übertragen. Auch auf das im Vorwärts-Verlag erscheinende „Internationale Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung" möchte ich besonders hinweisen.

So glaube ich sagen zu dürfen, daß das hinter uns liegende Jahr an die Tatkraft und Opferfreude der Parteigenossen die größten Anforderungen gestellt hat. Unser Freund Seitz hat vorhin gesagt, es sei ein Ehrenjahr der Partei gewesen. Ja, es war ein Kampfjahr, aber auch ein Jahr des Sieges! Außer der großen Steigerung der Mitgliederzahl, der erfreulichen Vermehrung der Abonnenten unserer Presse ist die Zahl unserer Gemeindevertreter von 8900 auf 10 432 gestiegen. In den Landtagen sitzen heute 244 Sozialdemokraten gegen 188 im Vorjahre. Die 4¼ Millionen Stimmen bei der Reichstagswahl sind ein glänzendes Vertrauensvotum für die Partei und ihre Politik. Diese gewaltige Wählermasse mit sozialistischer Erkenntnis zu erfüllen, sie zu überzeugten und kampfbereiten Sozialdemokraten zu machen, muß unsere wichtigste Arbeit für die nächste Zeit sein.

Und nun, am Schluß, noch etwas über die Art der Arbeitserledigung im Vorstande oder, wenn ich so sagen darf, über die Richtlinien, die er dabei beachtete. Unsere Arbeit im Vorstand war getragen von übereinstimmender Auffassung in allen wichtigen Fragen und von schöner Kollegialität. Wir haben mit den Gewerkschaften gute Fühlung gehalten und standen zur Leitung der Gewerkschaftsbewegung, zur Generalkommission, fortdauernd in engen, von gegenseitigem Vertrauen getragenen Beziehungen. (Bravo!) Zu den auftretenden Parteistreitfragen hat der Parteivorstand jederzeit klar und entschieden Stellung genommen. Bei prinzipiellen Fragen stellte er sich rückhaltlos auf den Boden der Grundsätze des Erfurter Programms, bei taktischen Fragen ließen wir uns bestimmen durch unsere Klassenkampftaktik und durch die Beschlüsse unserer Parteitage. Freilich hat die Parteileitung kein Interesse an der Verschärfung der Meinungsstreitigkeiten. Wir waren daher bestrebt, daß bei aller Gegensätzlichkeit in der Meinung die Zusammengehörigkeit, die Kameradschaft immer über das Trennende zu setzen ist. Vor allem waren wir bestrebt, die Geschlossenheit und Einheit unserer Kampffront zu erhalten, die mit ganzer Wucht gegen den Feind, die kapitalistische Gesellschaftsordnung, zu richten ist. So bitte ich Sie, an die Kritik unserer Tätigkeit heranzutreten und erkläre, daß eine offene, rückhaltlose Aussprache niemandem mehr erwünscht ist, als dem Parteivorstand. Wird die Kritik nicht der Kritik wegen, sondern des Interesses an der Sache wegen geführt, dann muß sie zum Vorteil der Partei ausschlagen, dann muß sie die Kampfesfreude und Siegessicherheit unserer Parteigenossen stärken! (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Der Parteitag vertagt sich bis 2 Uhr nachmittags.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender Haase eröffnet die Sitzung gegen 2¼ Uhr mit der Verlesung folgender Begrüßungstelegramme:

„Der deutschen Sozialdemokratie, der Vorkämpferin und Lehrmeisterin der sozialistischen Internationale unseren Gruß.

Ausländisches Komitee der Sozialdemokratie Lettlands in Brüssel.

Inmitten verbrecherischer Kriegshetze und tollen bulgarischen Chauvinismus für Frieden kämpfend, sendet revolutionäre Sozialdemokratie Bulgariens innigste Brudergrüße dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, der mächtigen Schützerin des Völkerfriedens. Es lebe die internationale Sozialdemokratie.

Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Bulgariens!

Weitere Begrüßungstelegramme sind eingelaufen von der sozialdemokratischen Partei Portugals, vom Parteivorstand aus Rom und von der sozialistischen Partei in Saloniki.

Als Vertreter der holländischen Sozialdemokratie ist Genosse Wynkopp erschienen, der von Haase willkommen geheißen wird.

Sodann tritt der Parteitag in die Tagesordnung ein:

Kassenbericht.

Referent Braun: Als in dem siegreichen Jahre 1903 der Genosse Gerisch, der zu unser aller Bedauern durch ein quälendes Leiden noch immer verhindert wird, am Parteitag teilzunehmen, in Dresden vor den Parteitag trat, um seinen Kassenbericht zu erstatten, da konnte er strahlenden Gesichts ausrufen: „So wie im verflossenen Jahre, so sollte es immer weiter gehen!" Kein Wunder, er konnte trotz der erheblichen Wahlausgaben mit einem Ueberschuß aufwarten. Das kann ich ja nun freilich nicht, hat wohl auch kaum jemand in der Partei erwartet. Wenn man so wie wir in diesem Jahre die Gegner zu Paaren treibt, dann muß man sich schon damit abfinden, daß auch die Parteikasse dabei Haare läßt. Es ist doch immerhin noch glimpflich abgegangen. Das Defizit von zirka 56 000 Mk., mit dem wir in diesem Jahre abschließen, gibt in Anbetracht der gewaltigen Aufwendungen, die die Partei zu machen hatte, zu Besorg-

nissen keinen Anlaß. Ja ich glaube, es gibt in der Partei sogar Genossen, die der Meinung sind, der Parteivorstand habe auch im Geldausgeben nicht genügend Initiative entwickelt. (Heiterkeit.)

Nun, jedenfalls fällt bei einer Ausgabe von über 900 000 Mk. für die Wahlagitation ein so geringfügiges Defizit überhaupt nicht sehr ins Gewicht. Allerdings ist das ja nur die Ausgabe, die die Hauptkasse gemacht hat und von der noch 45 000 Mk. auf die Zuschüsse entfallen, die zu den Landtagswahlen in Bayern und Elsaß-Lothringen gewährt wurden. Die Wahlkreis- und Bezirksorganisationen haben aus eigenen Mitteln noch höhere Aufwendungen gemacht. So sind nach einer Zusammenstellung, die wir angefertigt haben, in sämtlichen Wahlkreisen insgesamt 2 384 965,82 Mk. für die Wahlagitation verausgabt worden. Das ist eine stattliche Summe, die hinter den Wahlausgaben unserer Gegner allerdings wohl noch zurücksteht. Auch die Gegner haben in den letzten Jahren begriffen, daß zum Kriegführen Geld gehört und die Herren von der Industrie wie die vom Handel, ebenso wie die Nutznießer der Hungerzölle und Liebesgaben belasten ihr Geschäftsunkostenkonto mehr wie bisher und steuern erhebliche Beiträge zu den Wahlfonds der Parteien, von denen sie eine Vertretung ihrer kapitalistischen Profitinteressen erwarten. Diese Parteien müssen schon deshalb meist höhere Aufwendungen machen, weil sie viele Wahlarbeiten mit klingender Münze bezahlen müssen, die von unseren Genossen ohne Entgelt oder gegen eine geringe Vergütung geleistet wird, und diese Leistungen stehen qualitativ viel höher als jene. (Sehr wahr!) Denn wahre Begeisterung und tatkräftige Opferfreudigkeit, die läßt sich weder durch Kalischmiergelder noch durch den Hansarubel erkaufen; die gedeiht nur auf dem Boden ehrlicher Ueberzeugung, wie er die von der Siegessicherheit des Sozialismus durchdrungenen Anhänger der Sozialdemokratie beseelt. (Lebhaftes Bravo.) Haben wir auch für den Wahlkampf finanzielle Aufwendungen gemacht in einer Höhe wie nie zuvor, so darf uns das doch nicht leid tun, denn die Ernte entspricht diesen hohen Erntekosten wie auch der mühevollen Aussaat der letzten Jahre. Als Politiker wird es uns immer mit Genugtuung erfüllen, wenn wir ein Wahljahr abschließen können mit dem Fazit: viel mehr Stimmen und Mandate und etwas weniger Geld. Freilich sind wir im Parteivorstand nicht nur Politiker, sondern auch etwas Verwaltungsmenschen. Als solche haben wir trotz des verhältnismäßig günstigen Abschlusses die Ausgaben auch etwas kritisch zu betrachten und die für die Gestaltung der Parteifinanzen in der Zukunft sich aus dieser Betrachtung ergebenden Lehren zu ziehen. Da ist vorerst zu bemerken, daß die Genossen vieler Wahlkreise durch die gewaltigen Geldaufwendungen unserer Gegner sich oft verleiten lassen, es diesen gleich zu tun oder zum mindesten sich verpflichtet glauben, annähernd hohe Ausgaben zu machen. Es sind daher vor der Wahl von verschiedenen Kreisen ganz unverhältnismäßig hohe Forderungen an die Bezirksvorstände gestellt worden, so daß diese in manchen Kreisen ganz erheblich dämpfen mußten. Mustergültig ist in einzelnen Bezirken auch finanziell die Wahl vorbereitet worden, wie z. B. in Sachsen, wo mit dem im Wahlfonds angesammelten Mitteln die ganzen nicht unbeträchtlichen Wahlkosten ohne Zuschuß aus der Hauptkasse bestritten werden konnten. Auch Württemberg und Oldenburg und noch einige Bezirke kamen ohne Zuschuß aus. Dagegen haben wiederum andere Bezirke ihre Wahlkosten überwiegend mit den Mitteln der Hauptkasse gedeckt. Das ist ja zum Teil in der Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen und politischen Struktur der einzelnen Bezirke begründet, aber auch nur zum Teil. Auch die verschiedenen Auffassungen der Genossen darüber, was im Wahlkampf angewandt werden muß und wieviel davon aufzubringen ihre Pflicht ist, spielt eine nicht ganz un-

erhebliche Rolle. Dafür ist die große Tabelle, die wir unserem Bericht beigegeben haben, überaus lehrreich. Wir finden da Kreise von gleichartiger wirtschaftlicher und politischer Struktur, die in der Höhe ihrer Wahlausgaben und der Beträge, die sie selbst aufgebracht haben, sehr stark differieren. Es treten da Differenzen zutage, die durch die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse allein sicher nicht gerechtfertigt sind. Zu der großen Tabelle möchte ich hier sogleich eine Berichtigung anbringen. Im Bezirk Thüringen II auf Seite 84 des Berichts sind für den Wahlkreis Reuß ä. L. 880,95 Mk. und für Weimar III 10 515,52 Mk. als Wahlzuschuß aus der Bezirks- oder Landeskasse verzeichnet. Hier ist in der Eile, mit der die Tabelle aufgestellt werden mußte, ein Fehler unterlaufen. Die beiden Kreise haben tatsächlich keinen Wahlzuschuß erhalten. 2000 Mk., die dem Bezirk zur Verfügung gestellt waren, sind von ihm wieder zurückgezahlt worden.

Wäre es nach den Wünschen gewisser Wahlkreise gegangen, dann würde unser Kassenabschluß ganz anders aussehen. Wir wären nicht mit einem so verhältnismäßig geringen Defizit davongekommen. Der Abschluß hat sich auch dadurch nicht unerheblich günstiger gestaltet, daß wir, um zahlreichen durch die Wahlausgaben sehr geschwächten Kreisen die Abführung der Beiträge noch zu ermöglichen, alle Beiträge, die bis zum 15. Juli eingingen, noch für das abgelaufene Geschäftsjahr buchten. Wären wir nicht so verfahren, so würden einige Kreise mehr ohne Beitragsabführung in der Tabelle verzeichnet stehen.

Die Abführung der Beiträge an die Hauptkasse hat sich in den letzten Jahren sichtlich gebessert. Befriedigend ist sie noch immer nicht. Es ist kaum glaublich, wie schwer sich Neuerungen bei uns durchsetzen, insbesondere, wenn es sich ums Geldzahlen handelt. Bereits auf dem Parteitag in Jena im Jahre 1905 wurde in das Organisationsstatut der Partei die Bestimmung aufgenommen, wonach alle Wahlkreisorganisationen mindestens 20 Proz. ihrer aus den Beiträgen sich ergebenden Einnahmen an die Hauptkasse abzuführen hatten. Diese Bestimmung erwies sich als unzulänglich, da sie den Wahlkreiskassierern die merkwürdigsten Berechnungsmethoden gestattete. Deshalb wurde der § 5 des Statuts auf dem Parteitag in Leipzig präziser gefaßt und den Organisationen zur Pflicht gemacht, von den erhobenen regelmäßigen Mitgliederbeiträgen 20 Proz. an die Hauptkasse abzuführen. Man sollte glauben, daß diese Vorschrift an Klarheit nichts zu wünschen übrig läßt, und dennoch herrscht bei den Kassierern einiger Wahlkreise noch immer eine erhebliche Unklarheit darüber, wie die 20 Proz. Beiträge für die Hauptkasse zu berechnen sind. Eine Unklarheit, die die merkwürdige Wirkung hat, daß der Zentralkasse niemals mehr, sondern immer weniger zugeführt wird, als ihr nach dem klaren Wortlaut des Statuts zusteht. (Heiterkeit.) So legen einzelne Kreise der Berechnung der 20 Proz. den Betrag zugrunde, der nach Abzug der Ausgaben der Ortsvereine in die Kreiskasse fließt. Auch werden vielfach die Erträgnisse von Beitragserhöhungen, die aus einem bestimmten Anlaß, Anstellung eines Sekretärs oder einer sonstigen dauernden Belastung der Kreisorganisation beschlossen worden sind, der Berechnung der 20 Proz. entzogen. Zudem gibt es auch Kreise, die unsere weiblichen Mitkämpferinnen noch immer niedriger bewerten als die männlichen und daher von den Beiträgen jener nur 10 Proz. oder auch nichts abführen. Das kann in Rücksicht auf die Gleichberechtigung der Frauen ferner auch nicht mehr geduldet werden, ebensowenig wie die vorher erwähnten Berechnungsmethoden. Es muß vielmehr mit allem Nachdruck verlangt werden, daß alle Wahlkreisorganisationen von dem Betrag, den sie als Mitgliederbeitrag von den Mitgliedern, männlichen wie weiblichen, regelmäßig erheben, 20 Proz. an die Hauptkasse abführen.

Die Abrechnung erfolgt am besten vierteljährlich und soll in Zukunft in allen Bezirken durch Vermittelung der Bezirksleitung erfolgen. Die Praxis hat gelehrt, daß dadurch am ehesten eine geordnete Beitragsberechnung sowie eine regelmäßige Beitragsabführung gesichert wird. Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß es auch noch Kreisorganisationen gibt, die es mit der guten alten Zeit halten, wo die Kreise an die Hauptkasse nur dann Geld abführten, wenn sie glaubten, etwas übrig zu haben. Um Gründe, die Nichterfüllung ihrer statutarischen Pflicht zu erklären, sind die Kassierer dieser Kreise keineswegs verlegen. Hier hat man einen zweiten Wahlkreissekretär angestellt, weshalb für die Hauptkasse zu wenig übrig bleibt, dort reichts aus anderen Gründen nicht. Auch hat man mir, wenn ich um ordnungsmäßige Abführung der Beiträge ersuchte, schon geschrieben, ich solle doch nicht so bureaukratisch sein. Man sieht also, hier stellte ein Wort zur rechten Zeit sich ein. (Heiterkeit.) Mehr als 20 Proz. der Beiträge haben sehr wenige Kreise an die Hauptkasse abgeführt. Hier stehen nach wie vor fast nur Groß-Berlin und Hamburg in glänzender Vereinsamung da. Die Opferwilligkeit der Berliner und Hamburger Genossen für die Gesamtpartei hat sich auch im Wahljahre bewährt. Die von diesen Bezirken an die Hauptkasse abgeführten Beiträge übersteigen den Pflichtbeitrag erheblich. Es wäre nur zu wünschen, daß sich auch andere Kreise daran ein Beispiel nehmen würden. Zur Pflicht indes müssen sich alle Kreisorganisationen machen, mindestens den im Statut vorgesehenen Mindestbeitrag von 20 Proz. der erhobenen regelmäßigen Mitgliederbeiträge im vollen Betrage an die Hauptkasse abzuführen. Nur Extrabeiträge, die für einen außerordentlichen besonderen Zweck vorübergehend erhoben werden, dürfen bei der Berechnung der 20 Proz. außer Betracht bleiben. Es soll nicht verkannt werden, daß das bei den sich stetig steigernden Anforderungen, die an die Kreisorganisationen gestellt werden, nicht leicht ist. Gleichwohl muß darauf bestanden werden, daß alle Kreise die ihnen durch das Organisationsstatut auferlegten Verpflichtungen erfüllen. Der § 5 ist einer der wichtigsten Paragraphen des Organisationsstatuts der Partei, und es geht daher nicht an, daß er für einzelne Kreisorganisationen, die übrigens nicht immer zu den minder leistungsfähigen gehören, zum Teil nur auf dem Papier steht. Nur durch ordnungsmäßige richtige Beitragsabführung ist eine Stabilität der Parteifinanzen zu erzielen.

Zurzeit ist die Hauptkasse zu einem erheblichen Teile auf die Geschäftsüberschüsse angewiesen, die naturgemäß sehr schwankend sind. Das ist sehr mißlich. Denn durch die Schaffung einer Reihe zentraler Parteiinstitutionen und sonstiger von der Zentrale finanzierter Einrichtungen in den Bezirken sind die dauernden Ausgaben, die die Hauptkasse jährlich zu decken hat, ganz erheblich gestiegen. Der Parteivorstand muß daher auf einen bestimmten Einnahmebetrag mit Sicherheit rechnen können. Das kann er aber am ehesten, wenn alle Wahlkreise ihre Beitragspflicht ordnungsmäßig erfüllen. Ebenso wie in den Kreis- und Bezirksorganisationen müssen auch in der Parteizentrale die Mitgliederbeiträge das Rückgrat der Parteifinanzen bilden. (Sehr wahr!) Wenn zudem auch noch die Geschäftsüberschüsse und sonstige Extraeinnahmen steigen, so ist das nur zu begrüßen. Denn bei dem stetigen Wachstum der Partei und der zunehmenden Intensität der Kämpfe, die sie zu führen hat, haben wir alle Veranlassung, unseren Kampffonds zu stärken, um allen Eventualitäten gegenüber gewappnet zu sein. (Sehr richtig!)

Wie wichtig dieser Fonds ist, geht auch schon daraus hervor, daß unsere Gegner ihm ein geradezu rührendes Interesse entgegenbringen. (Sehr gut!) Was ist nicht schon alles über seine Höhe orakelt worden. Die kompliziertesten Berechnungen hat man angestellt, um seinen Bestand festzustellen. Freilich das Resultat der angestellten Rechenexempel hat nie mit der Wirklichkeit übereingestimmt, ja ist ihr meist nicht einmal nahe gekommen.

In diesem Jahre macht sich auch das offiziöse Organ der Regierung, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, an die Aufgabe heran, die Geheimnisse unseres Kassenberichts zu ergründen. In ihrer Nummer vom 25. August stellt sie erst, was bei einem Organ Bethmann Hollwegs nicht wundernehmen darf, tiefsinnige Betrachtungen darüber an, ob Hauptkasse und Parteikasse dasselbe ist. Dabei kommt das Blatt zu folgendem philosophischen Schluß:

„Was hier unter der neuen Bezeichnung Hauptkasse erscheint, wäre also die frühere Parteikasse. Taucht trotzdem noch eine Parteikasse auf, dann fragt es sich, ob das eine neue Kasse sein soll.“

Punktum! (Große Heiterkeit!)

Das ist fast ebenso klar, wie das Regierungsprogramm des Reichskanzlers der gottgewollten Abhängigkeiten. (Heiterkeit.) Auf derselben Höhe bewegen sich die weiteren Ausführungen des Regierungsblattes, die sich vorwiegend mit „jenem geheimnisvollen Fonds“, wie es ihn nennt, beschäftigen, in den die Ueberschüsse der Partei fließen. Nach einigen ebenso blöden wie unrichtigen Berechnungen kommt der Regierungsoffiziosus zu folgendem Ergebnis: „So bleibt nur die schon von anderer Seite gezogene Schlußfolgerung übrig, daß Millionenfonds gehalten werden, über deren Bestand keinerlei Rechnung abgelegt wird.“ Wäre diese Behauptung, wie auch die, daß für die Zinszahlungen Belege fehlen, nicht so saudumm, dann müßte sie als perfide Verdächtigung entschieden zurückgewiesen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Alle Einnahmen und Ausgaben der sozialdemokratischen Parteikasse werden ordnungsmäßig belegt, und auch über die Fonds, über deren Höhe die weisen Mathematiker der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ nur weiter rechnen und spintisieren mögen, wird den dazu von der Partei eingesetzten Instanzen ordnungsmäßig Rechnung gelegt. Dies auch den Regierungshandlangern in der „Norddeutschen Allgemeinen“ und ähnlichen Neidhammeln gegenüber zu tun, liegt keine Veranlassung vor. Brennen diese Herrschaften so darauf, die Geheimnisse geheimnisvoller Fonds zu ergründen, dann mögen sie nur den Wahlfonds nachspüren, die der Regierung und den ihr dienstbaren Parteien zur Verfügung gestellt werden. (Sehr gut!) Dort mögen sie das Geheimnis lüften, das nicht nur über den Bestand und der Verwendung dieser Fonds, sondern auch über den trüben Quellen schwebt, aus denen sie gespeist werden. Schaffen sie da Klarheit, dann haben sie sich um die Reinlichkeit und die politische Moral verdient gemacht. (Lebhafte Zustimmung.) Ueber die Fonds der sozialdemokratischen Partei besteht hinsichtlich ihrer Herkunft, wie ihrer Verwendung in den interessierten Kreisen vollständige Klarheit. So viel über die Einnahmen. Die Gesamteinnahmen der Wahlkreise ließen sich nicht einwandfreier feststellen, weil die Fragebogen einzelner Kreise mangelhaft ausgefüllt einliefen. Nach den vorliegenden Angaben wurden in allen Wahlkreisorganisationen im verflossenen Jahre ohne Zuschüsse insgesamt 4 691 492,81 Mk. vereinnahmt und 4 417 303,61 Mk. ausgegeben.

Zu den Ausgaben der Hauptkasse ist nicht viel zu bemerken. Soweit die Beträge von denen des Vorjahres bemerkenswert abweichen, sind diese Abweichungen bereits im gedruckten Bericht erklärt. Nur zu der Position Pressezuschüsse habe ich hier noch eine Richtigstellung vorzunehmen. In dem in der Presse veröffentlichten Bericht war unserem Parteiorgan in Straßburg ein viel zu hoher und unserem Blatt in Mülhausen i. Els. ein zu niedriger Zuschuß zugeschrieben worden. In dem den Delegierten vorliegenden Bericht ist das bereits richtiggestellt. Danach hat die „Freie Presse“ in Straßburg

nur einen Zuschuß von 4500 Mk. und die Mülhauser „Volkszeitung“ einen Zuschuß von 12 565,50 Mk. im abgelaufenen Berichtsjahr erhalten. Der Betrag von 10 000 Mk., der dem Straßburger Blatt noch als Zuschuß zugeschrieben war, ist ihm zur Abtragung einer alten Schuld als Darlehn gewährt worden. Im übrigen läßt die erfreuliche Entwickelung der Parteipresse erwarten, daß im nächsten Jahre vielleicht einige Blätter aus der Liste der Zuschußbezieher verschwunden oder doch mit erheblich geringeren Beträgen verzeichnet sein werden. Befreien sich noch die Genossen von der irrigen Ansicht, daß in allen den Kreisen, die wir bei der letzten Wahl erobert haben, ein besonderes Parteiblatt erscheinen muß, um den Kreis zu halten, und in den Kreisen, die wir noch nicht erobert haben, gleichfalls ein besonderes Blatt herausgegeben werden muß, um den Kreis zu erobern, und stehen ab von leichtfertigen Blattgründungen, dann haben wir eher mit einer Verminderung als mit einer Erhöhung dieses Ausgabepostens zu rechnen. Das Geld, das für die Presse ausgegeben wird, das wird besser angewandt, um ein lebensfähiges, für ein größeres Gebiet bestimmtes Blatt leistungsfähiger zu machen, als dazu, einem Blatt, für dessen Existenz die Vorbedingungen fehlen, und das deshalb nicht leben, nicht sterben kann, das Weitervegetieren zu ermöglichen.

In bezug auf das Darlehnskonto ist bereits im gedruckten Bericht hervorgehoben, daß die Ausgaben nicht viel höher sind als die Einnahmen. Dadurch ist unseren Gegnern, die gerade an diese Position unseres Kassenabschlusses in den letzten Jahren ihre albernsten Bemerkungen knüpften, das Konzept etwas verdorben. Das Klischee von der großen Pumpkasse paßte diesmal nicht recht. Doch man wußte sich zu helfen. Es wurden einfach die Ausgaben und Einnahmen unseres Darlehnskontos für eine Reihe von Jahren aufgerechnet und aus der Gegenüberstellung, auch in der „Norddeutschen Allgemeinen“ der geistreiche Schluß gezogen, daß „nahezu eine Million das Wiederkommen vergaß“. Das stimmt nun wieder nicht ganz. Wir haben weitaus über eine Million als Darlehne unseren Zeitungsgeschäften zur Einrichtung und Vergrößerung ihrer Druckereien zur Verfügung gestellt und dieses Geld hat auch nicht das Wiederkommen vergessen; im Gegenteil, es wünscht wohl nichts sehnlicher, als wieder in die Hauptkasse zurückkehren zu können. Die Genossen der Orte, die Darlehne erhalten haben, sind sicher bestrebt, ihre Geschäfte so zu fördern, daß sie bald in der Lage sind, die Darlehne zurückzuzahlen. Wollte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ihren Einfluß dahin geltend machen, daß diese Zeitungsunternehmungen in ihrer Entwicklung nicht gehindert werden, daß insbesondere die Staatsanwälte ihnen die ganz überflüssigen und unproduktiven Ausgaben für Strafen und ähnliche behördliche Aufmerksamkeiten ersparen, dann würde sie sicher bald die Freude erleben, daß die Einnahmen des Darlehnskontos der Parteikasse die Ausgaben ganz erheblich übersteigen. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Doch genug davon. Im allgemeinen ist der veröffentlichte Kassenbericht in der Partei wohl mit Befriedigung aufgenommen; er ist, soweit ich feststellen konnte, weder in der Presse, noch in den Versammlungen kritisiert worden. Weniger sind ja unsere Gegner mit seinem Ergebnis zufrieden. Einig sind sie in dem Neid, mit dem sie auf die erheblichen Geldmittel blicken, die die Arbeiter zur wirksamen Führung ihres politischen Kampfes aufbringen. Hinsichtlich der Beurteilung und der Schlußfolgerungen scheiden sie sich in zwei Gruppen. Die eine, und dazu gehören hauptsächlich die liberalen Parteien, ruft unter Hinweis auf die imposanten Zahlen ihren Anhängern zu: Gehet hin und tuet desgleichen!

Früher gehörte auch das Zentrum zu dieser Gruppe. Das war zu der Zeit, als es noch hinter Kaisergräbern seine reine Seele den roten Teufeln

verkaufte (Heiterkeit.) In der Blockehe mit den ostelbischen Junkern — im klerikalen Jorgon nennt man eine Ehe zwischen Katholiken und Protestanten ja wohl Konkubinat — (Heiterkeit) ist diese Partei längst dahin belehrt worden, daß sie ihre folgsamen Schäflein leicht stutzig machen könne, wenn sie ihnen die Sozialdemokraten als Vorbild hinstellt.

Deshalb hat sich das Zentrum nunmehr zu der Gruppe geschlagen, die den Kassenbericht zum Anlaß nimmt, Gift und Galle gegen uns zu verspritzen. Im holden Verein schimpfen die klerikalen und konservativen Blätter auf die Steuerschraube der Sozialdemokratie, die den armen Arbeitern noch das Wenige erpreßt, was ihnen die Raub- und Hungerpolitik der blau-schwarzen Junkerregierung gelassen hat.

Nun, die Parteigenossen werden aus diesem giftigen Geschimpfe ersehen, daß sie auf dem rechten Wege sind. Sie werden sich weder durch das Wutgeheul dieser geschworenen Arbeiterfeinde noch durch das heuchlerische Getue dieser Gegner jeden Fortschritts von dem Boden des Klassenkampfes abdrängen lassen. Nach wie vor werden sie unablässig an dem Ausbau der Organisation arbeiten und ihre Kassen stärken, denn einzig dadurch können sie die so dringend notwendige politische Aufklärungsarbeit wirksamer gestalten und mit Wucht den großen proletarischen Befreiungskampf führen. Dieser Kampf wird und muß allen Widerständen zum Trotz geführt werden, bis der Bann politischer Bevormundung und wirtschaftlicher Ausbeutung gebrochen ist und der kapitalistische Klassenstaat niedergerungen am Boden liegt. Dann erst wird die Bahn frei für die Kulturmission des Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Den

Bericht der Kontrollkommission.

Referent **Kaden**: Die Tätigkeit der Kontrollkommission ist auch im letzten Jahre gemäß den Bestimmungen des Organisationsstatuts der Partei erfolgt. Sie hat daher den Grundsätzen entsprochen, welche in der Erklärung enthalten sind, die ich im Namen der Kommission auf dem vorigen Parteitag in Jena abgegeben habe. Daraus geht hervor, daß unsere Kommission nicht mitleitend tätig sein konnte, wie dies auch ihrer Natur als kontrollierende Körperschaft entspricht. Dagegen erstreckte sich die Kontrolle selbstverständlich auf die gesamte Tätigkeit des Parteivorstandes. Der sachlichen Voraussetzung zur Erfüllung dieser Aufgabe gemäß gab der Parteivorstand bei jeder vierteljährlichen Tagung der Kontrollkommission einen Ueberblick über die wichtigsten Vorgänge und Entscheidungen seiner letzten Tätigkeitsperiode. Daran schloß sich stets eine gemeinsame Aussprache, in welcher die Mitglieder der Kontrollkommission ihre Wünsche und Anregungen äußerten und begründeten. Gegenstand solcher Aussprachen sind zum Beispiel gewesen: die Ausgestaltung des Pressebureaus in Berlin, die Herausgabe der Handbücher zu den Reichstagswahlen und zur Reichsversicherungsordnung, die Veröffentlichung kleiner, billiger Broschüren, die Ergänzung und Erneuerung der Parteiliteratur, insbesondere zur Frage der Weltwirtschaft und des Imperialismus. Die Kontrolle der Verwaltungsgeschäfte der Partei ist immer umfangreicher geworden; es folgt dies aus dem Wachstum der Sozialdemokratie und der Vermehrung der Einrichtungen, die sich unsere Partei schaffen muß. Diesen beiden Umständen entsprechend hat auch Parteivorstand und Kontrollkommission einen weiteren Ausbau der Kassengeschäfte in die Wege geleitet. Außer den Kassengeschäften des Parteivorstandes unterstehen der Kontrolle unserer Körperschaft: der „Vorwärts“ (Zeitungsverlag und Buchhandlung), Pressebureau, „Sozialdemokratische Korrespondenz“, Archiv, Bildungsausschuß, Parteischule und Frauenbureau; ferner: Verlag und Druckerei (J. H. W. Dietz Nachfolger) in Stuttgart, das Rheinisch-Westfälische Bureau.

Die Geschäfte aller dieser Einrichtungen sind im Laufe des letzten Jahres geprüft worden und gaben keinen Grund zu Beanstandungen. Ueberall sind sie in guter Ordnung befunden worden.

Die Kontrollkommission hatte sich mit zwei Beschwerden gegen den Parteivorstand zu beschäftigen. Genosse Louis Trott in Heiger (Westerwald) beklagte sich darüber, daß seinem Antrag zur Einsetzung eines Schiedsgerichts in dem Ausschlußverfahren, den er an den Parteivorstand richtete, von letzterem nicht schnell genug entsprochen worden ist. Es stellte sich aber heraus, daß die Verzögerung deshalb entstanden war, weil von zwei Organisationen je ein solcher Antrag gestellt worden war und deshalb der Parteivorstand mit beiden behufs einer Verständigung verhandeln mußte. Dadurch ging Zeit verloren. Der Parteivorstand wurde um Beschleunigung des Verfahrens ersucht.

Genosse Dickreiter in Altenburg rügte in seiner Beschwerde, daß der Parteivorstand das von diesem Genossen eingesandte Manuskript für eine Broschüre nicht zum Zweck der Veröffentlichung genügend geprüft habe. Der Parteivorstand machte geltend, daß er beim Einlaufen des Manuskripts bereits einen anderen Parteigenossen damit beauftragt hatte, dieselbe Materie zu behandeln. Da der vom Parteivorstand mit jener Arbeit betraute Genosse aber öffentlich um die Zusendung weiteren Materials ersucht hatte, bedauerte die Kontrollkommission die so kurzerhand erfolgte Ablehnung der Dickreiterschen Zusendung durch den Parteivorstand. Sie sprach sodann den Wunsch aus, daß diese Materialsammlung des Genossen Dickreiter bei einer billigen Neuausgabe der fraglichen Schrift berücksichtigt werde. Der Parteivorstand hat darauf das Westfälische Bureau mit einem Auszug aus beiden Sammlungen beauftragt.

Die Kontrollkommission stellt einstimmig den Antrag:

Der Parteitag wolle beschließen, daß dem Parteivorstand für das vergangene Geschäftsjahr die Entlastung erteilt wird.

Darauf wird die Diskussion über den Bericht des Vorstandes und der Kontrollkommission eröffnet.

Nau-Zittau (zur Geschäftsordnung): Ebert hat mit großer Ausführlichkeit über den Fall Göppingen berichtet. Soweit ich unterrichtet bin, werden die Göppinger Genossen seinen Ausführungen eine große Anzahl von Tatsachen entgegenstellen. Der Parteitag und die Genossen im Lande müssen sich über diese Angelegenheit in hinreichender Weise orientieren können. Das wird erschwert, wenn sich die Entgegnungen der Göppinger auf eine Anzahl von Zehnminutenreden verteilen. Ich beantrage daher, dem Genossen Schepperle-Göppingen unbeschränkte Redezeit zu geben.

Der Antrag wird abgelehnt.

Nau-Zittau beantragt nun, dem Genossen Schepperle eine Redezeit von einer halben Stunde zu gewähren.

Dieser Antrag wird angenommen.

Vorsitzender Haase: Damit unsere Debatte nicht verzettelt wird, schlage ich vor, gewisse Gruppen von Gegenständen auszusondern und besonders zu debattieren. Und zwar erstens alle Angelegenheiten, die sich auf den Kassenbericht beziehen, alle Vorlagen über Presse und Literatur, drittens alle Anträge, die sich auf die Bekämpfung des Branntweins erstrecken, viertens die Vorschläge über Jugendpflege und Bildungsbestrebungen. Wenn wir jetzt in die Debatte eintreten, würden wir alle übrigen Anträge debattieren, nicht aber diejenigen, die in diese bezeichneten besonderen Gruppen fallen.

Ich stelle die Unterstützungsfrage für die Anträge.

Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 10, 92, 93, 94, 96, 156, 157, 161, 178.

Der Antrag 81 Kassel wurde zurückgezogen.

Dann wurde in die Debatte eingetreten.

Schepperle-Göppingen: Der Genosse Ebert bemerkte bei der Besprechung der Göppinger Sanierungsangelegenheit, daß das Göppinger Parteiunternehmen in leichtsinniger Weise gegründet worden wäre. Diesen Vorwurf muß ich als hart bezeichnen; ich muß aber zugeben, daß das Unternehmen von uns gegründet wurde, ohne daß genügende Unterlagen dafür vorhanden gewesen sind. (Zurufe: Na also!) Wir hatten 1100 Genossenschaftsmitglieder, meistens Arbeiter, die insgesamt die Summe von 30 000 Mk. zusammengetragen hatten. Die Zeitung hatte 5000 Abonnenten und wurde in der Druckerei der „Schwäbischen Tagwacht" hergestellt. Bei der Herstellung der Zeitung in Stuttgart stellten sich mehrere Schwierigkeiten heraus, die für uns sehr unangenehm waren. Es wurde immer mehr der Wunsch laut, eine eigene Druckerei zu schaffen. Wir glaubten nun, daß wir mit den vorhandenen 30 000 Mark auskommen würden, wenn wir eine energische Agitation zur Gewinnung von Genossenschaftsmitgliedern und Abonnenten entfalten würden. Wir haben uns allerdings getäuscht. Bezüglich der Gewinnung neuer Genossenschaftsmitglieder ging es nicht so vorwärts, wie wir gewünscht hätten. Was nicht in letzter Linie darauf zurückzuführen ist, daß uns von einer bestimmten Gruppe Parteigenossen von Anfang an Schwierigkeiten bereitet wurden, von Genossen, die mit der taktischen Haltung der Zeitung nicht einverstanden waren, die fortgesetzt gegen uns arbeiteten, und von denen einer sogar so weit gegangen ist, in einem öffentlichen Lokal zu erklären: wir werden nicht ruhen, bis die „Freie Volkszeitung" bankrott gemacht hat. (Hört! hört! und Rufe: Wer war das?) Das war Genosse Huttelmeyer, gegen den übrigens augenblicklich ein Ausschlußverfahren schwebt. Diese gegen uns betriebene Hetze hatte mit zur Folge, daß die Geschäftsleute, die bei Erstellung unseres Unternehmens beteiligt waren, ihre Forderungen bei uns viel früher einreichten, als das sonst der Fall gewesen wäre unter normalen Verhältnissen. Daher sind wir auch viel früher in finanzielle Schwierigkeiten geraten, weil uns der Kredit genommen wurde. Ich will natürlich nicht behaupten, daß, wenn das nicht vorgekommen wäre, wir mit den vorhandenen Mitteln ausgekommen wären. Nachdem wir uns vergeblich bemüht hatten, Geld zu erhalten, waren wir schließlich genötigt, uns an den Parteivorstand zu wenden, so ungern wie wir es auch taten, weil wir tatsächlich bei der Gründung des Unternehmens sowohl vom Landesvorstand als auch vom Parteivorstand gewarnt worden sind. Aber in der Not frißt der Teufel Fliegen. (Große Heiterkeit.) Wir haben uns entschlossen, den Genossen Kinkel zum Parteivorstand zu senden. Genosse Westmeyer sollte ihn begleiten. Bei der Abreise ist es uns etwas leichter geworden, weil wir immerhin noch hofften, daß, wenn auch Kinkel einen energischen Rüffel erhalten würde, er doch nach Göppingen mit einem großen Sack Geld zurückkehren würde, den ihm Westmeyer tragen helfen sollte. Das ist leider nicht eingetreten. Der Parteivorstand hat sich zunächst ablehnend gegen unser Gesuch verhalten. Er hat schließlich erklärt, daß er nach Rücksprache mit dem Landesvorstande, wenn dieser seine Zustimmung zur Sanierung gäbe, bereit wäre, mit uns zu verhandeln. Kinkel und Westmeyer waren natürlich in diesen Tagen nicht sehr erbaut. Es ist ihnen in dieser Zeit in Berlin der Appetit vergangen, so daß sie mit hungrigem Magen zurückgekehrt sind. (Heiterkeit.)

Am 14. April fand in Stuttgart eine Sitzung statt, an welcher Ebert und Braun vom Parteivorstand, die Göppinger Vertreter, die Ulmer Instanzen und

der Landesvorstand teilnahmen. Ebert berichtete, daß ihm vorgeschlagen worden sei, daß bei der Vornahme der Sanierung auch die Frage erörtert werden solle, ob nicht zum Zweck der Herbeiführung einer besseren Rentabilität des Göppinger Unternehmens der Druck der Ulmer „Donauwacht“ in unserer Druckerei bewerkstelligt werden soll. Zwischen der „Freien Volkszeitung“ in Göppingen und der „Donauwacht“ in Ulm bestand ein großer Gegensatz; die erstere war radikal, die zweite revisionistisch. (Heiterkeit.) Genosse Göhring hat sofort erklärt, daß die Herstellung der „Donauwacht“ in der Druckerei der „Freien Volkszeitung“ nicht so schnell zu beschließen sein werde, da hierbei weitgehende politische und taktische Fragen zu lösen sind. Die Ulmer seien bisher mit der Haltung der „Donauwacht“ einverstanden gewesen, und es sei ganz klar, daß sie nicht jetzt ohne weiteres den politischen Teil der „Freien Volkszeitung“ übernehmen können, sondern entschieden verlangen müssen, daß die Haltung der „Freien Volkszeitung“ geändert würde, wenn die „Donauwacht“ bei uns hergestellt werden soll. Demgegenüber erklärte ich, daß die Göppinger Genossen und der zehnte Wahlkreis mit der Haltung der „Freien Volkszeitung“ bisher einverstanden gewesen seien und es noch seien, und daß natürlich die Göppinger ihre Interessen zu wahren wissen werden. Göhring sagte, daß die Bedingungen der Herstellung der „Donauwacht“ in Göppingen nicht solche wären, daß sie ohne weiteres erledigt werden können. (Ebert: Unsere Erklärung nicht vergessen!) Ich habe über diese Behauptung, die mir Ebert soeben zuruft, mit einigen Genossen Rücksprache genommen, auch mit Kinkel, der mir sagte, es sei richtig, daß der Parteivorstand in dieser Sitzung eine Erklärung abgegeben habe. Ich selbst aber kann mich dieser Erklärung nicht erinnern. Wir sind dann dahin einig geworden, daß der Landesvorstand mit den Ulmer und Göppinger Instanzen in der Frage der Herstellung der „Donauwacht“ weiter verhandeln und dem Parteivorstand berichten solle. Kinkel unterhandelte dann mit den Vertretern des Landesvorstandes und den Ulmer Vertretern mehrmals. Er machte dabei Vorschläge namens der Göppinger Genossen, daß die Redaktion gemeinschaftlich von Thalheimer (für den politischen Teil) und Roßmann (für den württembergischen Teil) besetzt werden soll. Diesen Vorschlag haben aber die Ulmer und Roßmann abgelehnt. Inzwischen wurde die Regelung der Frage für uns immer brennender, da am 2. Juni mehrere Forderungen fällig wurden, die wir begleichen mußten. Der Landesvorstand schrieb uns endlich am 26. Mai, daß am 28. Mai eine Sitzung in Göppingen stattfinden solle, die sich mit dieser Frage befassen werde. Thalheimer war wenige Tage vorher in Urlaub gegangen und an seine Stelle trat Radek in die Redaktion. Der jetzige Fall Radek hat natürlich mit der Göppinger Sanierungsangelegenheit gar nichts zu tun. Radek trat als Parteigenosse in die Redaktion ein. (Unruhe.) Wir nahmen es als selbstverständlich an, daß er Parteigenosse war. (Erneute Unruhe und Lachen.) Thalheimer hat ihn uns empfohlen. Uns war bekannt, daß Radek Mitarbeiter mehrerer Parteizeitungen, auch der „Neuen Zeit“, war, und wir hatten keine Ursache, uns gegen seinen Eintritt zu wenden. Radek hat auch offiziell an Sitzungen als Redakteur der „Freien Volkszeitung“ teilgenommen. Er wurde als solcher anerkannt und es wurde mit ihm verhandelt. Am 26. Mai wurde von dem Landesvorstand betont, daß es sich bei der Frage der Sanierung und Herstellung der „Donauwacht“ in Göppingen nur um eine Verschmelzung mit der Ulmer „Donauwacht“ handeln könne. Es wurde auch betont, daß der Parteivorstand dieselbe Auffassung vertrete. Bei der Debatte über die Besetzung der Redaktion erklärte Wasner vom Landesvorstand, daß, wenn beide Zeitungen miteinander verschmolzen werden, aus finanziellen Gründen nur ein Redakteur in Betracht kommen könne. Göhring-Ulm erklärte wörtlich:

„Die Haltung der „Freien Volkszeitung“ muß geändert und so gestaltet werden, wie bisher diejenige der „Donauwacht“ gewesen ist. Wir werden an Roßmann, mit dessen Tätigkeit wir zufrieden sind, festhalten. Das ist ein Beschluß des Vorstandes und Aufsichtsrates unserer Genossenschaft.“ Darauf erklärte Radek: „Der Landesvorstand erklärt, daß es sich nur um eine Verschmelzung mit dem Ulmer Blatt handeln könne; Wasner erklärt, daß nur ein Redakteur in Frage komme und Göhring erklärt, daß an Roßmann festgehalten wird. Sie haben uns damit ein Ultimatum gestellt und die Pistole auf die Brust gesetzt, daß wir entweder Thalheimer entlassen müssen oder sonst nicht saniert wird.“ Damit waren sämtliche Göppinger und Gmünder Genossen einverstanden. Es wurde allgemein betont, daß uns in der Tat ein Ultimatum gestellt und die Pistole auf die Brust gesetzt sei. Wir wandten zunächst ein, daß doch bei einer Zeitung von diesem Umfang und Verbreitungsgebiet nicht nur ein Redakteur in Frage kommen könne, sondern mindestens zwei Redakteure vorhanden sein müßten. Wir unternahmen nun wiederholte Versuche, den Landesvorstand zu bewegen, auf die Ulmer dahin einzuwirken, einer Redaktion Thalheimer-Roßmann zuzustimmen. Für den Landesvorstand erklärte aber Hildenbrand, daß er es ablehne, auf die Ulmer einzuwirken. Auch als Keil in längeren Ausführungen gegen Thalheimer sachlich und persönlich polemisierte und schließlich den Rücktritt Thalheimers forderte, griff der Landesvorstand nicht ein. Wir erzielten in dieser Sitzung schließlich kein Resultat, konnten uns auf nichts einigen, wenn die Ulmer auf ihrem Standpunkt verharrten, und also erklärten wir, daß wir unter keinen Umständen auf unseren bisherigen Redakteur Thalheimer verzichten. Da sich die Ulmer anschickten, die Sitzung zu verlassen, weil weitere Verhandlungen nach der Sachlage keinen Wert hätten, erklärte Radek in seinem und, wie er überzeugt sei, auch in Thalheimers Namen, daß derselbe von der Redaktion zurücktreten würde, weil eine Sanierung eintreten müsse, denn es könne nicht verantwortet werden, wenn 1100 Arbeiter und kleine Handwerker um ihr Geld kommen. Es wurde dann vom Landesvorstand verlangt, daß Göppingen eine Parteiversammlung in den nächsten Tagen einberufe, in welcher die Frage nochmals zur Debatte gestellt und darüber abgestimmt werden soll, ob die Göppinger Genossen mit dem Vorschlag, wie er uns unterbreitet worden war, also Verschmelzung mit Ulm einverstanden wären. Diese Versammlung fand am 30. Mai statt, und Hildenbrand erklärte für den Landesvorstand wiederum, daß ohne Verschmelzung mit Ulm unter den Ulmer Bedingungen eine Sanierung unseres Unternehmens nicht vorgenommen werde, und bekräftigte dies damit, daß auch der Parteivorstand auf diesem Standpunkt stehe. Weiter verlangte der Landesvorstand und die Ulmer Genossen, daß eine Preßkommission von neun Mitgliedern eingesetzt werde, wovon drei Vertreter des Landesvorstandes, drei der Ulmer und drei der Göppinger Genossen sein sollten. Es ist ganz selbstverständlich, daß bei dieser Forderung der Landesvorstand jedenfalls einen gewissen Zweck verfolgte, nämlich, daß die Göppinger Parteigenossen nicht imstande sein sollten, ihrem Standpunkt Geltung zu verschaffen. Aber was blieb schließlich den Göppingern übrig, als dem Vorschlag zuzustimmen. Sie konnten den Bankrott nicht verantworten; auch Thalheimer wollte die Verantwortung für eine Schädigung von 1100 Arbeitern und Kleinhandwerkern nicht übernehmen und erklärte sich bereit, folgende Erklärung abzugeben: „Angesichts dessen, daß infolge der Aufgabe der finanziellen Selbständigkeit der „Freien Volkszeitung“ und ihrer Verschmelzung mit der „Donauwacht“ auch eine Aenderung der Faktoren zu erwarten ist, die über die politische Haltung der „Freien Volkszeitung“ zu bestimmen haben, sehe ich mich außerstande, weiter in der Redaktion der „Freien Volkszeitung“ zu verbleiben.“

Ich brachte darauf folgende Resolution ein: „Die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Göppingen nimmt mit größtem Bedauern den Rücktritt des Genossen Dr. Thalheimer zur Kenntnis und spricht ihm den wärmsten Dank für seine Tätigkeit aus, mit der sie in prinzipieller und taktischer Beziehung völlig einverstanden ist. Was die Redaktion der „Freien Volkszeitung" in Zukunft anbelangt, so wird der bestimmten Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Organ im Sinne des Parteiprogramms und der proletarisch-revolutionären Taktik, deren Grundsätze in der Dresdener Resolution niedergelegt sind, geleitet wird." Kinkel verlas darauf die Dresdener Resolution. Hildenbrand erklärte, wenn der zweite Teil der Resolution nicht zurückgezogen werde, dann werde der Landesvorstand die Sanierung ablehnen. (Hört! hört!) Wir wandten ein, daß es sich hier nur um einen Wunsch der Göppinger Genossen handle; es nützte nichts; Hildenbrand verlangte die Zurückziehung des zweiten Teiles der Resolution. Ich ließ mich schließlich dazu bewegen. Es wurde gesagt, daß wir Gelegenheit gehabt hätten, uns sofort telegraphisch an den Parteivorstand zu wenden. (Zuruf: Jawohl!) Aber wir haben davon abgesehen, weil vom Landesvorstand wiederholt erklärt wurde, daß er eine Sanierung nicht ohne die Verschmelzung zugeben werde. Wir hatten keine Ursache, dies dem Landesvorstand nicht zu glauben. Am Tage nach dieser Göppinger Parteiversammlung verhandelten Radek, Kinkel und ich im Landtag in Stuttgart mit Hildenbrand und Wasner über die Form der Rücktrittserklärung Thalheimers. Wir wollten eine Form, die keine zu große Demütigung für Thalheimer war. Hildenbrand ließ sich aber nicht darauf ein. Wir gingen daraufhin zu Westmeyer und unterbreiteten ihm die Situation, in der wir uns befanden. Das erste war, daß uns Westmeyer sagte: warum habt Ihr nicht sofort an den Parteivorstand telegraphiert? Wir erklärten ihm dasselbe, daß wir überzeugt seien, daß ein solches Telegraphieren keinen Wert haben würde, indem auch der Parteivorstand dieselbe Auffassung vertrete wie der Landesvorstand. Westmeyer ersuchte uns trotzdem, nun wenigstens jetzt ein Brieftelegramm abzusenden und den Parteivorstand zu ersuchen, in Göppingen zu erscheinen. Kinkel erklärte wiederholt, daß das keinen Wert habe, denn der Parteivorstand werde nicht sanieren, und wenn wir selbst telegraphierten, so würde dadurch die Sache nur hinausgeschoben und der Landesvorstand werde dann schließlich erklären, daß er überhaupt nicht seine Zustimmung zur Sanierung geben wird. Aber zwei Tage nachher waren doch verschiedene Forderungen fällig. Wir unterbreiteten also dem Genossen Westmeyer die Tatsachen, wie sie sich in der Sitzung vom 28. Mai zugetragen hatten, und diese Tatsachen hat Westmeyer am anderen Tag der Parteiöffentlichkeit in der im „Vorwärts" erschienenen Notiz „Ein Redaktionswechsel" unterbreitet. Westmeyer hat also lediglich an den „Vorwärts" das berichtet, was ihm von uns berichtet wurde, lediglich die Tatsachen, die wir ihm mitgeteilt hatten, und wenn der Landesvorstand in der Gegenerklärung sagt, daß er bedaure, daß sich das Zentralorgan von seinem Berichterstatter dazu mißbrauchen lasse, pflichtgemäß handelnde Parteigenossen zu beschimpfen, so scheint der Landesvorstand der irrigen Auffassung zu sein, daß, wenn er seine revisionistischen Sonderbestrebungen vertritt, er dann pflichtgemäß im Interesse der Gesamtpartei handle. (Sehr richtig!)

Am 6. Juni fand nun eine Sitzung im Beisein des Parteivorstandes statt. Ebert erklärte einleitend, daß es sich zunächst um die Feststellung von Tatsachen handle, nämlich um den Verlauf der Sitzung vom 28. Mai. Radek erklärte Ebert und Braun, daß in der Sitzung am 28. Mai von Vertretern des Landesvorstandes ausgeführt worden wäre, daß die Sanierung die Verschmelzung mit Ulm zur Vorbedingung habe und daß der Parteivorstand hinter dem

Landesvorstand stehe. Daraufhin erklärte Hildenbrand: Ich hielt mich berechtigt, anzunehmen, daß der Parteivorstand als Vorbedingung der Sanierung die Verschmelzung ansehe. Ebert antwortete, der Parteivorstand habe den Landesvorstand zu solchen Behauptungen nicht ermächtigt. Im weiteren Verlauf der Sitzung forderte Radek die Protokollierung der Tatsache, daß in der Sitzung vom 28. Mai betont worden ist, daß auch der Parteivorstand eine Sanierung nur in der Form der Verschmelzung übernehme. Darauf erklärte der Parteivorstand, es scheine Radek nicht darauf anzukommen, die Sanierung durchzuführen und eine Einigung zu erzielen, sondern nur darauf, Krach zu machen. (Zustimmung.) Braun wurde unterstützt von Ebert, der darauf hinwies, daß sich Radek fortwährend Notizen machte. Wenn Ebert behauptet, die Sitzung vom 6. Juni habe Radeks wegen abgebrochen werden müssen, so entspricht das nicht ganz den Tatsachen. Die Sitzung wurde aufgehoben, nachdem die Göppinger Genossen mit 5 Stimmen gegen zwei und eine Enthaltung erklärt hatten: es ist wahr, der Rücktritt Thalheimers wurde erzwungen. Darauf antwortete Hildenbrand, daß unter den 5 Göppingern sich auch der Kreisvorsitzende befindet, glaube ich, wird der Landesvorstand eine Sanierung ablehnen, bis nach dieser Richtung hin eine Aenderung eingetreten sein wird. Hierauf erklärte Ebert die Sitzung für geschlossen. Am nächsten Tag fand in Stuttgart die Rumpfsitzung statt, an der Radek und Thalheimer nicht teilnahmen, auch ich nicht (wegen geschäftlicher Verhinderung), ich war auch nicht eingeladen und wurde lediglich von dem Stattfinden der Sitzung unterrichtet. Bei dieser Sitzung in Stuttgart wurde eine Erklärung geschmiedet, in der der Parteivorstand als der keusche Jüngling und der württembergische Landesvorstand als die unschuldige Jungfrau hingestellt wurden. Die Erklärung wurde der Sitzung vorgelegt und von den Teilnehmern verlangt, daß sie sie unterschreiben, da sonst eine Sanierung nicht vorgenommen werde. (Ebert: Wer hat das verlangt?) Das hat mir Kopp berichtet. Am nächsten Tag wurde von Kinkel eine Sitzung des Kreisvorstandes, des Ausschusses der Göppinger Parteiorganisation und des Vorstandes und Aufsichtsrates der Göppinger Vereinsdruckerei einberufen. In dieser Sitzung teilte Kinkel mit, daß, wenn die Erklärung nicht unterschrieben würde, die Sanierung vom Parteivorstand und Landesvorstand abgelehnt wird. Ich erklärte daraufhin, daß ich einer derartigen Erklärung meine Unterschrift nicht geben könne, da sie Unwahrheiten enthalte und Tatsachen auf den Kopf stelle. Die Genossen griffen mich nun heftig an. Sie sagten, ich wisse doch, daß es von der Unterschrift abhänge, ob der Bankerott erfolgt oder ob er vermieden werden könne. Wenn es zum Bankerott komme, dann dürften wir uns in Göppingen nicht mehr sehen lassen, weil wir sonst von den Mitgliedern der Genossenschaft geradezu gesteinigt würden. Die Sitzung war sehr erregt, Kinkel kam vom Telephon mit der Mitteilung, daß nach Kenntnisnahme des Materials zur Erklärung des Rücktritts des Genossen Thalheimer die Ulmer ihre Zustimmung zu den Beschlüssen zurückziehen und an den jetzt getroffenen Vereinbarungen kein Interesse mehr hätten. Kinkel verhielt sich in der Sitzung geradezu wie wahnsinnig. Es entstand eine furchtbare Erregung und ich wurde von den Genossen gedrängt, die Erklärung zu unterschreiben, weil ich sonst einzig und allein die Verantwortung für den Bankerott hätte. Kopp erklärte noch, daß diese Erklärung nicht zur Veröffentlichung bestimmt sei, sondern lediglich dem Parteivorstand zur eventuellen späteren Verwendung überlassen werden solle. Ich erklärte mich nun schließlich bereit, die Erklärung zu unterschreiben, betonte aber ausdrücklich, in Anwesenheit aller Genossen, daß ich mit dem Inhalt der Erklärung nach wie vor nicht einverstanden sei, und nach wie vor der Auffassung sei, daß der Rücktritt Thalheimers erzwungen sei. Mehrere andere

Genossen gaben dieselbe Erklärung ab. Am nächsten Tage habe ich dann die bekannte Erklärung an den Parteivorstand gesandt, weil ich mir die heftigsten Vorwürfe machte, daß ich mich doch zur Unterschrift der Erklärung hatte bestimmen lassen. Am anderen Tage vormittags telephonierte mir die Genossin Thalheimer, die als Volontärin in der Redaktion arbeitete, daß meine Erklärung doch veröffentlicht werden sollte, obwohl mir gesagt worden war, daß sie nicht zur Veröffentlichung käme. Ich verlangte nun als Vorsitzender der Preßkommission die Entfernung dieser Erklärung aus der „Freien Volkszeitung". Kinkel verweigerte das. Darauf verlangte ich, daß meine Erläuterung zu dieser Erklärung daruntergesetzt werden sollte. Auch das hat Kinkel abgelehnt. Darauf verließ Genossin Thalheimer die Redaktion. Radek kam zurück und Kinkel erklärte, er bestimme allein darüber, was in der nächsten Zeit in der „Freien Volkszeitung" zu erscheinen habe und was nicht. Daraufhin hat denn auch Radek die Redaktion verlassen. („Es war auch die höchste Zeit!") Genosse Kinkel hat dann die Redaktion weitergeführt bis zu ihrer provisorischen Besetzung. Was ich Ihnen hier vorgetragen habe, sind feststehende Tatsachen. Es ist feststehende Tatsache, daß von den Ulmern und von dem württembergischen Landesvorstand der ernsthafte Versuch unternommen wurde, unsere finanzielle Verlegenheit dazu auszunutzen, uns ein revisionistisches Organ aufzuzwingen. Es ist Tatsache, daß der Rücktritt des Genossen Thalheimer erzwungen wurde. (Unruhe.) Diese feststehenden Tatsachen aus der Welt zu schaffen, wird Ihnen nicht gelingen.

Mattutat-Stuttgart: Der Genosse Schepperle hat Ihnen in ausführlicher Darlegung die Meinung desjenigen Teiles der Göppinger Genossen zum besten gegeben, die sich durch das Vorgehen des Parteivorstandes und des Landesvorstandes benachteiligt und zurückgesetzt fühlten. Ich glaube kaum, daß seine Ausführungen irgendwie geeignet gewesen sind, die Feststellungen des Genossen Ebert zu erschüttern und etwa den Eindruck hervorzurufen, als ob den Göppingern nach irgendeiner Richtung unrecht geschehen sei. Die Haltung des Parteivorstandes in der Göppinger Frage hat durch unsere Landesversammlung ihre vollste Billigung gefunden. Die große Mehrheit der Landesversammlung hat sich für das Vorgehen des Parteivorstandes ausgesprochen, und die gleiche Stellung hat die Landesversammlung auch gegenüber dem Landesvorstand eingenommen. Nachdem die Beteiligten sich in dieser Weise geäußert haben und mit überwiegender Majorität das Vorgehen der in Frage kommenden Faktoren billigten, kann doch wohl eigentlich die Angelegenheit als erledigt betrachtet werden. Jedenfalls muß den Parteigenossen in Württemberg zugegeben werden, daß sie objektiv zu urteilen verstehen, namentlich nachdem diese Frage wochen- und monatelang die Parteigenossen leider beschäftigt hat. Es ist eigentümlich genug, daß Genosse Schepperle mit seinen Hintermännern auch heute noch nicht begriffen zu haben scheint, um was es sich eigentlich handelt. Daß der Parteivorstand sowohl wie der Landesvorstand genötigt waren, in dieser Weise vorzugehen, ergab sich allein schon daraus, weil das Unternehmen der „Freien Volkszeitung" ohne eine Unterstützung des Partei- und Landesvorstandes elend zusammengebrochen wäre. (Sehr richtig!) Das liegt nicht etwa daran, daß gegen dieses Organ eine Hetze inszeniert worden ist, sondern daran, daß man mit der größten Unverantwortlichkeit an die Gründung dieser Zeitung heranging, und daß man von geschäftskundiger Behandlung nicht das mindeste verspüren ließ. Daß Landes- und Parteivorstand diese Geschäftsführung für die Folge nicht gutheißen konnten, darüber dürfte nicht zu streiten sein, denn zum Wegwerfen sind die Gelder der Parteikasse schließlich doch nicht da. Um derartige Experimente zu machen, wie sie in Göppingen unternommen wurden, sind die Mittel

der Partei doch zu kostbar. (Sehr richtig!) Auf diesen Standpunkt haben sich Landes- und Parteivorstand mit Recht gestellt, und von diesem Standpunkt aus sind auch die Maßnahmen zu verstehen, die zur Sanierung eingeleitet wurden. Genosse Ebert hat bereits ausgeführt, daß eine Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit der Göppinger Genossen nicht stattgefunden hat. Daß eine Aenderung in der Redaktionsführung und Herstellung stattfinden mußte, ergab sich daraus, daß ein Blatt mit 5000 Abonnenten unter den vorhandenen finanziellen Verhältnissen unmöglich derartige Aufwendungen machen kann, wie sie bei einem größeren Blatt anstandslos gemacht werden können. Nicht die Hetze gegen die „Freie Volkszeitung" war es, die das Blatt derartig herunterbrachte. Dafür kann ich mich darauf berufen, daß die Hetze, von der Genosse Schepperle spricht, in Wirklichkeit nichts anderes war, als der naturnotwendige Widerstand derjenigen Parteigenossen gegen das Vorgehen der „Göppinger Volkszeitung" und ihres Redakteur, die in führender Stellung befindlichen Parteigenossen in systematischer Weise herunterzureißen. Es ist nicht so, als wenn die Parteigenossen mit der Haltung der „Freien Volkszeitung" so ohne weiteres einverstanden waren. O nein, die Art und Weise, wie das Göppinger Organ tagtäglich gegen die führenden Parteigenossen vorging und geradezu Skandale provozierte, mußte eine Reaktion auf der anderen Seite hervorrufen, um so mehr, als für die Gegner diese Haltung des Blattes geradezu ein gefundenes Fressen war, das ihnen bei der Wahlbewegung sehr gute Dienste gegen die Partei geleistet hat. Wenn ein Teil der Göppinger Genossen dafür kein Empfinden hatte, so ist das tiefbedauerlich, um so mehr, als die Haltung der Zeitung dazu beigetragen hat, im 10. Wahlkreise sogar einen Stimmenverlust herbeizuführen. (Hört! hört!) Tatsache ist, daß der Wahlkreis verloren ging trotz der günstigsten Aussichten und daß eine Besserung der Parteiverhältnisse in der Organisation nicht verzeichnet werden konnte. Leider ist das, was wir in dem Göppinger Streit vor uns haben, nur ein Teil der Erscheinungen, die aus Württemberg in so unliebsamer Weise in der Partei bekannt geworden sind. Es ist nur eine Einzelerscheinung in der großen Masse von Skandalen aller Art, von Verhetzungen usw., die leider der Partei in Württemberg außerordentlich geschadet haben. Man spricht da immer von sachlichen Gegensätzen, man spricht davon, daß auf der einen Seite der Revisionismus, auf der anderen Seite der Radikalismus steht und der sich daraus ergebende Meinungsstreit diesen Zank und Zwist verschuldet. Ich bin darin anderer Meinung. Radikalismus und Revisionismus haben mit den württembergischen Streitigkeiten nichts zu tun, aus dem einfachen Grunde, weil dieser ganze Streit aus persönlichen Zänkereien und Stänkereien hervorgegangen ist, weil er einen durchaus persönlichen Charakter trägt und leider eine Zuspitzung erfahren hat, wie sie schlimmer nicht sein kann. Derjenige, der bei dem Göppinger Fall mit eine Rolle gespielt und dazu beigetragen hat, die Partei zu schädigen, derjenige, der neben Radek und Thalheimer mit dafür gesorgt hat, daß unsere Gegner reichliches Material gegen die Sozialdemokratie erhielten, das ist der Genosse Westmeyer, der vor allem durch sein Vorgehen das persönliche Moment in diesen Streit hineingetragen hat. Daß nicht sachliche Momente für diesen Streit die Veranlassung gewesen sind, geht wohl daraus hervor, daß der persönliche Streit schon ging, ehe die Differenzen über die Budgetabstimmung, das Königsessen und das Ministeressen eintraten. Wenn der Streit nachträglich sich noch mehr zugespitzt hat, so ist das lediglich eine Folge der in die Kreise der Genossen hineingetragenen persönlichen Gehässigkeit. Ueber sachliche Gegensätze wäre man wohl einig geworden. Erst als Westmeyer eingriff, hat die Sache ein anderes Gesicht bekommen und erst seitdem ist jene traurige Erscheinung unablässig wirksam, daß die Partei-

genossen sich gegenseitig zerfleischen und eine Verbitterung und Verhetzung eingetreten ist, wie sie schlimmer nicht sein kann. So sehr ich das Vorgehen des Parteivorstandes in der Göppinger Frage, ebenso wie auch seine Einmischung in die württembergischen Streitigkeiten billige, so muß ich ihm doch das eine vorwerfen, daß er nicht früh genug und nicht energisch genug eingegriffen hat. Ich bin der Meinung, daß es auch jetzt noch nicht zu spät ist, um endlich einmal seitens des Parteivorstandes die Parteigenossen auf beiden Seiten zur Ordnung zu rufen, sie zusammenzuführen und dadurch die Einigkeit in Württemberg wieder herzustellen. (Beifall.)

Westmeyer-Stuttgart: Die Angriffe, soweit sie mich persönlich treffen, sind nicht neu. Nachdem hier behauptet worden ist, daß die Hetze erst bestehe, seitdem meine Wenigkeit in Stuttgart sei, ist es wohl meine Pflicht, jetzt folgendes mitzuteilen: daß nämlich gerade jene Seite, die diese Vorwürfe erhoben hat, ihr Meisterstück bei der letzten Gemeinderatswahl in Stuttgart abgelegt hat. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Weiter ist festzustellen, daß jene Seite genau so, als wenn eine bürgerliche Partei zu bekämpfen wäre, mit Flugblättern in Fabriken, Werkstätten und Häusern gegen die radikalen Parteigenossen arbeitet. (Hört! hört!) Zur Generalversammlung in Kannstatt sind gedruckte Flugblätter, gedruckt bei dem Genossen Dußler, der vom Parteischiedsgericht zum Ehrverlust verurteilt worden ist, verteilt worden, um die radikale Parteileitung dort zu stürzen und eine revisionistische an ihre Stelle zu setzen. Weiter ist festzustellen, daß gerade diese Seite innerhalb der offiziellen Parteiorganisation eine besondere Geheimorganisation sich verschafft hat, mit besonderen Mitgliederlisten (Huhu!), und daß zu besonders wichtigen Angelegenheiten an die hasenreinen Genossen besondere Einladungen verschickt werden, bisweilen sogar mit der Ueberschrift „Sozialdemokratischer Verein Stuttgart". (Hört! hört! und Unruhe.) Wenn Sie sich diese Tatsachen vor Augen halten, so ist es wohl klar, daß dabei allerdings der Kampf vergiftet wird. In den letzten Tagen hat man sich in Stuttgart und im Land an Parteigenossen und Nichtparteigenossen mit anonymen Briefen gewandt, die gegen mich gerichtet sind und in denen sogar meine Familienverhältnisse in niederträchtigster Weise hineingezerrt werden. (Hört! hört!) So pflegen diese Genossen den Frieden! Sie wissen ja, wie auf der Landesversammlung der württembergischen Partei versucht worden ist, mich endlich zu hängen; aber das Hängen ist dem, der es in erster Linie besorgen möchte, meinem Freund Heymann, verflucht schlecht bekommen. Heute wird Fortsetzung gespielt, aber ich glaube, auch diese Fortsetzung wird kaum mit einem anderen Resultat enden, als der Versuch in Heilbronn geendet hat. Gerade die Art und Weise, wie der Landesvorsitzende, Genosse Hildenbrand, in Heilbronn sofort in seiner Berichterstattung alles Persönliche wieder hervorzerrte, wie Sachen, die längst durch die sogenannte Friedenskonferenz beseitigt worden waren, wieder hervorgezerrt und als Waffen benutzt wurden, hat bewiesen, von welcher Seite der Streit gesucht und geführt wird.

Ich möchte zu der Göppinger Affäre noch ein paar Worte sagen. Genosse Ebert hat ja auch in Heilbronn bekanntgegeben, daß hier auf dem Parteitag ein ernstes Wort mit mir geredet würde. Eine Liebe ist der anderen wert; reden auch wir ein ernstes Wort auf dem Parteitag. Um eine volle Klarstellung der Göppinger Angelegenheit zu erzielen, um auch das aussprechen zu können, was hier in der Oeffentlichkeit nicht gesagt werden kann, habe ich gewünscht, daß vom Parteitag eine Kommission eingesetzt werden möge. Die kann auch den Genossen gerecht werden, die heute zwar verurteilt worden sind, aber nicht anwesend waren. Ich meine den Genossen Thalheimer und den Genossen Kinkel. Kinkel ist Vorsitzender des Vorstandes der Druckereigesellschaft, Kinkel ist von Ebert auf der Kreisgeneralversammlung in Hohenstaufen als ein durchaus gewissenhaft handelnder Mensch bezeichnet worden; sein Wort hätte zweifellos Gewicht gehabt, nachdem Ebert ihm dies Ehrenzeugnis ausgestellt hat, und Kinkel ist es gewesen, der mir zusammen mit den anderen Genossen auf das bestimmteste die Angaben gemacht hat, die meinem ersten Artikel im „Vorwärts" zugrunde liegen. Ich glaube, hiernach wird Ebert, falls er mich damit gemeint haben sollte, den Vorwurf der Skrupellosigkeit und der Quertreiberei wohl kaum mehr aufrechterhalten wollen. Die Tatsachen, die diesem Zeitungsstreit zugrunde liegen, hat Schepperle hier vorgetragen. Es läßt sich nicht aus der Welt schaffen, daß der Landesvorstand erklärt hat, es wird nur dann saniert, wenn die Blätter in Ulm und Göppingen verschmolzen werden. Es läßt sich nicht aus der Welt schaffen, daß gerade Hildenbrand die Behauptung aufgestellt hat, daß auch der Parteivorstand als Grundlage die Verschmelzung der beiden Blätter ansieht. Weiter steht fest, daß die Ulmer Genossen verlangt haben, daß dann nur ein Redakteur angestellt wird, und daß nicht Thalheimer, sondern Roßmann das sein solle. (Zuruf: Das ist doch selbstverständlich!) Weiter steht fest, daß der Landesvorstand nicht etwa vermittelt, sondern im Gegenteil erklärt hat, er wirke auf die Ulmer nicht ein. Und nun standen die Göppinger Genossen vor der Frage: Entweder Zusammenbruch oder Entlassung von Thalheimer. Thalheimer hat die Verantwortung nicht tragen wollen, er ist gegangen. (Zuruf: Sollte denn Roßmann entlassen werden?) Nein, beide Redakteure sollten beibehalten werden, es sollte keine Maßregelung stattfinden. (Lachen.) Warum Thalheimer gehen mußte, das zeigt die Forderung von Hildenbrand auf Zurückziehung des zweiten Teils der Resolution Schepperle, daß das Organ auch später im Sinne des Parteiprogramms und der proletarischen revolutionären Taktik gemäß der Dresdener Resolution redigiert werden solle. (Hört! hört!) Diesen Teil mußte Schepperle zurückziehen, denn sonst wäre nicht saniert worden. (Erneutes Hört! hört!) Wem das nicht die Augen öffnet, dem öffnet überhaupt nichts die Augen. Die Beiseitesetzung von Thalheimer hat nicht mit Unrecht Befremden erregt. Daß der Parteivorstand hineingezogen ist, dafür mag er sich bei Hildenbrand bedanken, der erklärt hat, daß auch der Parteivorstand auf dem Boden der Verschmelzung beider Blätter steht. Ebert hat ihn ja schon korrigiert und gesagt, daß Hildenbrand dazu kein Recht hatte. Das Landesvorstandsmitglied Fischer hat die gleiche Behauptung über den Parteivorstand in der Vertrauensmännersitzung in Stuttgart aufgestellt. Die Genossen sind dann zu mir gekommen, haben mir die Tatsachen vorgetragen und gefragt: Was machen wir, wir stehen vor dem Zusammenbruch? Ich sagte: Telegraphiert sofort an den Parteivorstand, es ist unglaublich, daß der Parteivorstand so etwas zuläßt. Kinkel sagte mir dann: Wenn eine derartige Verzögerung eintritt, — wir kennen ja den Willen des Parteivorstandes durch die Aussagen des Vorsitzenden des Landesvorstandes —, wenn eine solche Verzögerung eintritt und der Landesvorstand tritt zurück, dann kracht das Unternehmen zusammen; wir müssen, wir müssen, wir müssen! So ist eine ganz verzweifelte Situation geschaffen worden. Auf der einen Seite der Zusammenbruch des Unternehmens, die Schädigung der Parteigenossen, rund 1100 Genossen hätten an 30 000 Mk. Spargelder verloren. Und nicht nur das, auch die kleinen Handwerker wären geschädigt worden. Wie das in einer solchen kleinen Stadt wirkt, kann jeder beurteilen. Daß dadurch auch die Organisation auf Jahre zurückgeworfen wird, ist gleichfalls verständlich. Und auf der anderen Seite heißt es: Thalheimer, Du mußt Platz machen, Roßmann kommt an Deine Stelle! (Die Redezeit ist abgelaufen.) Ich bin leider nicht in der Lage, noch alles das auszuführen, was ich für notwendig halte. Nur das eine sei

gesagt: Ich hätte gewünscht, daß die Angelegenheit in einer Kommission verhandelt wird, in der die Genossen, die in erster Linie da mitgeraten und mitgetatet haben, Gelegenheit bekommen hätten, zu sagen, wie die Sache war. Dann wären die Genossen zu einem anderen Urteil gekommen, als es durch die Ausführungen von Ebert bei vielen erweckt ist. Ich bitte Sie, ruhig und objektiv zu urteilen. Ich glaube, die Göppinger Genossen, ich glaube, auch meine Wenigkeit, wir haben getan, was wir für Parteipflicht hielten. (Zuruf: Schulden!)

Roßmann-Ulm: Die Rede des Genossen Ebert war für uns Württemberger insofern interessant, als sie dem Parteitag einmal Klarheit verschafft hat über die Methoden, mit denen in Württemberg für die Einheit und die Prinzipienfestigkeit gekämpft wird. Alle Komplikationen in der Göppinger Angelegenheit sind nur auf das Verhalten der Göppinger Genossen zurückzuführen. Wie war die Sache? Parteivorstand und Landesvorstand hatten vor einem Jahre eindringlich gewarnt, einen solchen weitgehenden Schritt, wie es die Gründung eines selbständigen Parteiunternehmens ist, zu tun. Trotzdem hat man in Göppingen unter Bruch des Vertrags mit der „Schwäbischen Tagwacht" diesen Schritt getan. Als die Schwierigkeiten sich einstellten, da waren es nicht die Ulmer Parteigenossen, der Landesvorstand oder der Parteivorstand, die die Initiative zu ergreifen hatten, sondern die Göppinger Genossen allein waren es, die alle Schritte zu einer Sanierung zuerst unternommen haben. Es ist ganz richtig, daß der radikale Göppinger Bräutigam die angeblich revisionistische Ulmer Braut heiraten wollte. Aber der Antrag ging von Göppingen aus. Schon ehe über die Sache verhandelt wurde, machten die Göppinger in Ulm Versuche, uns für sie zu gewinnen. Niemand anders hat die Schuld an allen Schwierigkeiten, als die Göppinger. Ihnen ist nicht die Pistole auf die Brust gesetzt. Sie selbst haben in dieser ganzen Frage eine Taktik eingeschlagen, die förmlich an Selbstmord grenzt. Wir in Ulm hatten selbstverständlich keine Veranlassung, trotz der vorausgegangenen Differenzen, den Versuchen der Göppinger, Hilfe zu erlangen, entgegenzutreten. Unser ganzes Verbrechen bestand darin, daß wir nicht alles schlucken wollten, was das Dreimännerkollegium uns vorsetzen wollte. Wir mußten aber vorsichtig sein gegenüber Genossen, die heute widerrufen, was sie gestern unterschrieben haben. Wir mußten gewisse Garantien für die gute geschäftliche und redaktionelle Entwickelung, vom Standpunkt der Ulmer aus betrachtet, verlangen. Vorsicht war auch deshalb geboten, weil man nicht davor zurückschreckte, die Angriffe gegen die beteiligten Instanzen mit direkten Fälschungen zu unterstützen. Diejenigen Parteigenossen, die sich dafür interessieren, können bei mir Einblick nehmen in den genauen Wortlaut offizieller Erklärungen der Ulmer Parteigenossen, die von Radek und seinen Hintermännern direkt gefälscht wurden für den Zweck, um für gewisse Handlungen, für die nur die Ulmer die Verantwortung übernehmen wollten, auch den Landesvorstand verantwortlich zu machen. Einige Parteiblätter haben das anstandslos nachgedruckt und uns auf Grund dieser „vorzüglichen" Informationen als die reinsten Halsabschneider hingestellt. Ich beschränke mich darauf, meiner tiefsten Verachtung vor einem solchen Tiefstand der Kampfesweise vor dem Parteitag Ausdruck zu geben. (Sehr gut!) Verschärft wurde die Sache in den letzten Tagen dadurch, daß Westmeyer auf dem württembergischen Landesparteitag erklärte, er habe keine Veranlassung, von all dem, was er in der Göppinger Angelegenheit geschrieben habe, auch nur ein Wort zurückzunehmen. Bezüglich der Dresdener Resolution muß ich erklären, daß das Blatt selbstverständlich redigiert wird auf dem Boden der Beschlüsse des Parteitags. Es ist mir niemals in den Sinn gekommen, ein Blatt anders zu redigieren, als wie es dem Willen des Parteitags und der Partei entspricht. Aber in der Resolution, die in Göppingen angenommen werden sollte, standen auch noch die Worte: „wie bisher". Das bedeutete für uns, daß wir die ganze Methode der Redaktionsführung, wie sie Dr. Thalheimer beliebte, akzeptieren und unterschreiben sollen. Das konnten wir nicht, darum mußten wir auf diese Resolution verzichten. Die ganze Sanierung ist, ausschließlich könnte ich fast sagen, durch das Entgegenkommen der Genossen des 14., 15., 16. und 17. württembergischen Wahlkreises in geordnete Bahnen gelenkt worden. Auch uns sind nicht alle Wünsche erfüllt worden, auch wir haben Opfer gebracht. Das haben wir gern getan im Interesse der ganzen Partei. Wir haben keine Ursache, mit der getroffenen Regelung unzufrieden zu sein. Parteivorstand und Landesvorstand haben nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten einen Boden geschaffen, nach dem wenigstens in dem Gebiete, für das die beiden Blätter in Frage kommen, die parteigenössische Zusammenarbeit und der geistige und organisatorische Fortschritt der Partei gepflegt werden kann. Das geschieht gegenwärtig in ausgiebigem Maße. Diese Verhältnisse werden dauernd sein, wenn nicht unverantwortliche Störenfriede von außen, durch irgendwelche Rücksichten veranlaßt, dieses Verhältnis untergraben. (Beifall.)

Hildenbrand-Stuttgart: Ich muß gegen den Versuch Westmeyers protestieren, der den Eindruck zu erwecken suchte, als ob hier irgend etwas zu verschweigen wäre, als ob hier irgend etwas zutage getreten wäre, das nicht gesagt werden könnte. Ich muß das entschieden zurückweisen. (Beifall.) Es ist irreführend, wenn hier der Versuch gemacht wird, die Sache so hinzustellen, als ob man die öffentliche Diskussion wolle, weil man nicht den Mut habe, über alle Vorkommnisse zu sprechen. Das ist die Art, wie Westmeyer in Württemberg agitiert, und diese Art will er auf den Parteitag hier übertragen. Schepperle und Westmeyer haben mit großem Nachdruck den Eindruck zu erwecken gesucht, als ob der Landesvorstand der Württemberger die Göppinger um ihr Selbstbestimmungsrecht bringen wollte, und zwar durch eine Verschmelzung der beiden Blätter. Es handelte sich aber nicht darum, eine Verschmelzung herbeizuführen, sondern der Landesvorstand machte seine Mitwirkung abhängig von dem Gelingen einer Vereinbarung zwischen Göppingen und Ulm. Das ist ganz etwas anderes, als der absichtlich gewählte Ausdruck „Verschmelzung". Diese Vereinbarung war verständlich, denn man weiß, daß mit 4000 Abonnenten ein Unternehmen mit einem solchen Kapital nicht unterhalten werden kann. Wenn wir aus der Landeskasse Mittel zur Verfügung stellen und dem Parteivorstand empfehlen sollten, Geld zu geben, dann mußten wir auch dafür sorgen, daß bei der Weiterführung des Geschäfts einigermaßen eine Prosperität und nicht weitere Verluste die Folge waren. (Sehr richtig!) Von diesem Gesichtspunkt aus bestreite ich positiv, daß der Landesvorstand seinerseits die Sanierung unmöglich machen wollte, indem er eine Verschmelzung anstrebte. Der Landesvorstand hat der Landesversammlung über sein Verhalten Bericht erstattet und sie hat es gebilligt.

Auf dieser Landesversammlung ist Westmeyer aufgefordert worden, die Vorwürfe, die er gegen den Landesvorstand erhoben hatte, zu begründen. Er hat es nicht getan. Er hat sich damit hinweggeholfen, daß er erklärte: er habe nichts zurückzunehmen von den Vorwürfen. Das ist ein sehr einfaches Verfahren. Er hat auch heute nicht versucht, seine Vorwürfe zu begründen. Wenn irgend jemand die Herausgabe des Blattes in Göppingen ermöglicht hat, so der Landesvorstand. Vor 1½ Jahren hat er die Möglichkeit geschaffen, besondere Anschaffungen gemacht, einen zweijährigen Vertrag mit Göppingen vereinbart, und wir haben in unserer eigenen Druckerei den Göppingern die Zeitung zur Verfügung gestellt. Kaum nach einem halben

Jahre beschlossen die Göppinger aber trotz aller Warnung eine eigene Druckerei zu gründen, und zwar taten sie das in der leichtfertigsten, planlosesten und geschäftsmäßig unfähigsten Form. (Hört, hört!) Sämtliche Maschinen haben sie z. B. auf Wechselakzepte gebaut (Hört! hört!), ein Geschäftsverfahren, das ihre Unfähigkeit in der eklatantesten Weise darlegt, das den Keim des Zusammenbruchs in sich trug. Sie haben das Unternehmen in einer Weise geleitet und geführt, das gar keine Aussicht für Prosperität vorhanden war. Die „Göppinger Volkszeitung" war eine tägliche Quelle aufgebauschter Sensationsnachrichten von internen Parteiangelegenheiten. (Hört! hört! und Sehr richtig!) Sie war die beste Quelle der bürgerlichen Presse. Nur die Genossen wurden angegriffen. Der Zusammenbruch war unvermeidlich. Unter Umgehung des Landesvorstandes wandte man sich dann an den Parteivorstand. Dieser erklärte, er halte die Sanierung für unmöglich und nicht empfehlenswert und überlasse es unserer Entschließung, ob das Parteiinteresse so hoch zu bewerten sei, daß wir die Sanierung empfehlen. Was hätten nun Gegner der Göppinger getan? Wären wir gegen die Göppinger gewesen, so hätten wir auf Grund unserer Warnungen die Sanierung ablehnen müssen. (Sehr richtig!) Wir haben aber keinen Augenblick gezögert, sondern die Sanierung empfohlen, und uns bereit erklärt, mitzuwirken. (Hört! hört!) Daß wir dann versucht haben, einen möglichst guten Boden zu schaffen, der finanziell tragfähig war, das war unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit. Ich bestreite positiv, daß jemand die Absetzung Thalheimers positiv verlangt hat. Der Landesvorstand hat es nicht getan. Es ist aber nicht verwunderlich, daß die Ulmer, die doch den Göppingern entgegenkamen, verlangten, daß ihr Redakteur bei dem neuen Arrangement nicht entlassen würde. Ehe von irgendeiner Seite die Frage der Redaktionsbesetzung angeschnitten wurde, hat Radek im Namen Thalheimers dessen Rücktritt zur allgemeinen Ueberraschung der Beteiligten erklärt. Nachdem diese Erklärung vorlag, war selbstverständlich diese Redaktionsfrage nicht mehr der Gegenstand weiterer Beratung. Die Verhandlungen wurden an jenem Tage abgebrochen und später weitergeführt. In derselben Versammlung ist mit allen gegen 6 Stimmen die Vereinbarung über Göppingen und die Haltung des Landesvorstandes akzeptiert worden. Schepperle hat über den zweiten Teil der Resolution eine ganz falsche Darstellung gegeben. Ich sagte, wenn den Göppingern wirklich um die Sanierung zu tun sei, dann dürften sie nicht einseitige Beschlüsse fassen, sondern die Ulmer seien berechtigt, mit zu entscheiden, und sie hätten in der Pressekommission Gelegenheit, die Haltung des Blattes festzustellen. Bei einseitigen Festlegungen der Göppinger sei die Gefahr vorhanden, daß die Ulmer zurücktreten, die mit Lust und Liebe nicht beteiligt seien. Also von mir oder vom Landesvorstande wurde nicht versucht, revisionistische Sonderbestrebungen zur Geltung zu bringen oder den Göppingern ein revisionistisches Blatt aufzuzwingen. Unser Bestreben war, eine Basis zu schaffen, durch die die eingegangenen Verpflichtungen erledigt werden konnten, und Zustände zu schaffen, damit in Württemberg wieder Ruhe und Frieden herrschen sollten. Wir haben die Sanierung weiter unterstützt, um die 30 000 Mk. Genossenschaftsgelder zu retten. Nebenbei bemerkt, war eine Brauerei mit einem sehr hohen Betrage auch beteiligt. Wir haben alles getan, wir können nur bedauern, daß es Parteigenossen gegeben hat, die aus ganz anderen Gründen, als sachlichen, die Sanierung in der schändlichsten Weise zu Falle gebracht haben. Sie haben damit nicht nur die württembergische Partei geschädigt, sondern die Partei des ganzen Reiches. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Haase teilt mit, daß Antrag 193 eingegangen ist. Ferner ist ein Antrag **Höllein**-Jena, **Knauf**-Gera eingegangen:

Wir beantragen, die ganze Göppinger Preßangelegenheit einer besonderen Kommission von 9 am Streit nicht beteiligten Delegierten zur Prüfung und nachherigen Berichterstattung an den Parteitag zu überweisen.

Dieser Antrag wird nicht genügend unterstützt.

Henke-Bremen: Ich bitte die Parteigenossen, den ersten Antrag abzulehnen. Der Antrag will zum Ausdruck bringen, daß der Parteivorstand in der Göppinger Angelegenheit gut und richtig gehandelt hat. Würde er angenommen werden, so würde eine solche Erledigung des Göppinger Falles in Anbetracht der ohnehin bestehenden Differenzen bei den Württemberger Genossen sicher einen Stachel hinterlassen. Es würde wieder zu schärferen Auseinandersetzungen kommen, wie sie schon in diesen Differenzen zutage getreten sind. Bitte lehnen Sie den Antrag ab. Nun zu dem, was Ebert hier mit großer Impulsivität vorgetragen hat. Er hat lebhaften Beifall bei der Mehrheit gefunden. (Sehr richtig!) Sie sehen, ich bin vorurteilslos genug, das anzuerkennen. (Heiterkeit.) Ich habe den Genossen Ebert schon einmal so impulsiv reden hören. Damals wendete er sich gegen Genossen, die denen sehr nahe stehen, welche ihm heute Beifall spendeten. Diese Impulsivität Eberts kam in Nürnberg zum Ausdruck. (Unruhe und Heiterkeit.) Damals waren die Württemberger nicht so zufrieden mit ihm wie heute. Auf die rednerischen Erfolge Eberts gebe ich also nicht zuviel. Ein gut Teil seiner Rede wird zu streichen sein, bevor man an den, meinetwegen berechtigten Kern seiner Ausführungen gelangen wird, was hier leider heute nicht hat vorgetragen werden können, dann bleibt nicht allzuviel übrig, worüber er sich freuen könnte. (Hört, hört! und Unruhe.) Er hat auch die „Bremer Bürgerzeitung" herangezogen und den Bericht im „Vorwärts" von Westmeyer über die bekannte Sache. Wir haben den Bericht in später Mittagsstunde, kurz vor Redaktionsschluß, bekommen. Wir konnten ihn nicht in vollem Umfange bringen und brachten also einen Auszug. Dabei sind einige Irrtümer unterlaufen, die nicht auf das Konto Westmeyers fallen, sondern auf das der „Bremer Bürgerzeitung". (Schöpflin: Konnten Sie nicht warten?) Nein, Genosse Schöpflin, wenn das zutraf, was von Westmeyer berichtet wurde, dann handelte es sich in der Tat um einen Parteiskandal. Ich würde noch heute dieselbe Bezeichnung darauf anwenden. Und dann mußte meines Erachtens sofort darüber berichtet werden. Am anderen Tage lag der Bericht Westmeyers im „Vorwärts" vor. Wir haben gefunden, daß gegenüber den mir vom Genossen Ebert telephonisch gewordnen Mitteilungen in einigen Teilen sich der Bericht nicht halten ließ, und haben der so veränderten Sachlage Ausdruck gegeben. Damit glauben wir getan zu haben, was notwendig war. Wenn Ebert meinte, die „Bürgerzeitung" sei dann aber umgefallen, sie habe die Erklärung von Radek aus der „Leipziger Volkszeitung" gebracht, so trifft das letztere zu, er hat aber einen sehr wichtigen Umstand verschwiegen. Am 2. Juni stand in der „Donauwacht" eine Erklärung des Genossen Göhring, die unter anderem so lautete: „Da die Prosperität der „Donauwacht" die Entnahme des allgemeinen reichs- und landespolitischen Teils aus dem Satz der „Tagwacht" zur Voraussetzung hat, so war, falls die „Tagwacht"-Gesellschaft und die Landesinstanzen der Partei zur geschäftlichen Uebernahme des Göppinger Unternehmens bereit waren, für die Ulmer Parteigenossen der Druck der „Donauwacht" in Göppingen nicht nur eine Frage der technischen Herstellung, sondern auch der politischen Ausgestaltung. Die letztere Frage wollten die Göppinger Genossen durch die Redaktionsführung Thalheimer-Roßmann lösen. Dieser Lösung hielten die Ulmer Instanzen in Uebereinstimmung mit ihrem Redakteur und dem Landesvorstand geschäftliche und andere ins Gesicht fallende Schwierigkeiten entgegen, worauf die Einigung

zwischen Ulm und Göppingen schließlich auf Grund der in der Göppinger Parteiversammlung gegen 6 Stimmen angenommenen Resolution erfolgt ist.“ Diese erwähnten „anderen“ Schwierigkeiten waren nach unserer Auffassung dieselben Schwierigkeiten, wie wir sie in den prinzipiellen Differenzen der Württemberger Genossen vor uns haben. Wir fanden hier einwandfrei bestätigt, daß allerdings ein Druck auf die Genossen in Göppingen hinsichtlich der prinzipiellen Haltung ihres Organs ausgeübt wurde. Da war die Aenderung unserer Haltung doch selbstverständlich. Nun hat sich Roßmann mit einiger Entrüstung über Westmeyer ausgelassen. Er sollte ein wenig vorsichtig dabei sein. Er sollte im stillen Kämmerlein an seine Brust schlagen und daran denken, daß er einst in gleicher Lage, wie heute Westmeyer, war. (Hört! hört! und Unruhe.) Er war früher Berichterstatter der norddeutschen radikalen Parteipresse und hat da, vor allem in begleitenden Briefen, mancherlei Scharfes geäußert über Genossen, die ihn heute in Württemberg stützen. (Unruhe.) Ich will ihn nur daran erinnern. Er ist noch jung, er soll reiflich nachdenken und in sich gehen und nicht über einen Mann wie Westmeyer so leicht den Stab brechen. Es fällt mir natürlich nicht ein, die Berichterstattung Roßmanns zu diskreditieren. Früher hat er richtige Berichte im radikalen Sinne geschrieben, ich hoffe, daß seine Berichte jetzt, da er andere prinzipielle Anschauungen hat, ebenso richtig sind. Wir dürfen bei der ganzen Angelegenheit aber nicht die leidenschaftliche Erhitzung außer acht lassen, die durch die jahrelangen Streitigkeiten in Württemberg hervorgerufen ist. Sie trübt die Bilder leicht, die wir erhalten. Wenn Mattutat z. B. erklärt, es handle sich bei den Streitigkeiten in Württemberg nicht um sachliche Angelegenheiten, sondern um persönliche Reibereien, so zeigt das, daß er nur an der Oberfläche der Dinge haften geblieben ist. Andere suchen tiefer zu graben und finden sachliche Ursachen für die persönlichen Streitigkeiten. Wenn man die Dinge objektiv betrachtet, so muß über die Angelegenheit in Göppingen anders geurteilt werden, als es hier von seiten Hildenbrands, Roßmanns und Eberts geschehen ist. Wenn der Parteitag die Göppinger Angelegenheit ruhig und objektiv prüft, dann kann er nicht dazu kommen, so zu urteilen, wie diese Genossen es getan haben.

Ebert hat seine Rede dadurch wirksamer gestaltet, daß er mancherlei persönliche Momente hineingebracht hat, die eigentlich nicht hineingehören, und die von Mitgliedern des Parteivorstandes bis jetzt in solche Streitigkeiten nicht hineingebracht wurden. Er hat vor allem auch die Nichtorganisation des Genossen Radek heute morgen zugunsten des Parteivorstandes ins Feld geführt. Er hat gesagt, Radek sei 1908 zwar in Berlin VI in der Organisation angemeldet gewesen, aber er habe keine Beiträge bezahlt. Ich bin mit Ebert der Meinung, dann war er auch nicht organisiert und kein deutsches Parteimitglied. Jetzt richte ich aber an den Parteivorstand die Frage, hat der Parteivorstand davon Kenntnis, daß in der deutschen Parteipresse hervorragende ausländische Genossen Redakteurstellen bekleidet haben und heute noch Mitarbeiter der wichtigsten Parteiorgane sind, ohne Mitglieder der deutschen Partei zu sein? (Ebert: nein!) Es handelt sich doch darum, ob Radek aus Bummligkeit, aus Mißachtung der Organisation oder weil er nicht die finanziellen Opfer bringen wollte, sich nicht organisiert hat (Große Unruhe) oder ob er sich deshalb nicht organisiert hat, weil er befürchtete oder befürchten mußte, daß Spitzelgefahr bestände und daß er deshalb vielleicht, um einer Ausweisung zu entgehen, nicht formell der deutschen Parteiorganisation beitrat. (Lachen und große Unruhe.) Wenn der Mann diesen Vorgang vorbringt, so ist das ein Moment, über das sich reden läßt. (Widerspruch.) Ob ich das anerkenne oder nicht, ist eine andere Frage. Ich will, um Mißverständnissen vorzu-

beugen, ausdrücklich erklären, daß ich einen solchen Vorwand nicht anerkennen könnte, denn ich bin der Meinung, daß heute auch ausländische Genossen bei uns Mitglied werden können. Die Spitzelgefahr läßt sich umgehen. Im übrigen aber meine ich, daß man die Nichtorganisation des Genossen Radek hier nicht so verwenden durfte, wie es geschehen ist, weil er ja als polnisches Parteimitglied organisiert war. (Zurufe: Wo denn?) Ist er denn auch da nicht organisiert gewesen? (Unruhe und Widerspruch.) Ich will Ihnen mal was sagen, Genossen. Der Radek mag ein Lump sein, aber Sie müssen es ihm beweisen. (Heiterkeit.) Wenn der Mann das ist, was viele von ihm halten, dann muß ihm das zunächst im Rahmen unserer Partei nachgewiesen werden. Er war jahrelang Mitarbeiter der bedeutsamsten deutschen Parteiblätter und der „Neuen Zeit“. Wenn dem Parteivorstand bekannt war, daß er nicht organisiert war und somit angeblich nicht die Berechtigung zur Mitarbeit hatte, so mußte er früher einschreiten. Das hat er nicht getan und damit erwiesen, daß man diesen Einwand nicht vorbringen kann. Ich bitte noch einmal, die Göppinger Sache unter einem anderen Gesichtspunkt zu betrachten, als das Genosse Ebert getan hat. Wenn die „Bremer Bürgerzeitung“ den Standpunkt, den er verurteilte, eingenommen hat, dann hat sie es getan, um der Partei zu dienen. Aus demselben Grunde also, aus dem Ebert heute morgen losgedonnert hat, auch, um das Interesse der Partei wahrzunehmen und dadurch zugleich das des Parteivorstandes. Wir haben nach bester Ueberzeugung unsere Parteipflicht erfüllt, wer das bestreiten will, der trete hierher und beweise das Gegenteil.

Dr. Lensch-Leipzig: Als leitender Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ will ich mich mit einigen Bemerkungen zu den Angriffen äußern, die Ebert heute vormittag gegen die „Leipziger Volkszeitung“ gerichtet hat. Zur Sache selbst will ich mich nicht äußern, weil ich sie nicht genug kenne. Jedenfalls aber ist es mir heute vormittag ebenso gegangen, wie dem größten Teil von Ihnen, daß nämlich die Schilderung, die Ebert uns gegeben hat, zum größten Teil für uns neu gewesen ist. Angesichts dieser Schilderung stehe ich nicht an, zu erklären, daß die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ hier das Opfer objektiv falscher Informationen geworden sein kann, wobei ich selbstverständlich keineswegs einen subjektiv bösen Willen dieser Berichterstatter annehme. Beispielsweise hat ja vorhin erst Westmeyer erklärt, daß er ebenfalls auf Informationen von anderer Seite gebaut hat. Ich bin überzeugt, daß heute mein Kollege, der damals diese Dinge in meiner Abwesenheit in der „Leipziger Volkszeitung“ bearbeitet hat, heute gleicher Anschauung ist wie ich. Ich kann mich augenblicklich mit ihm nicht in Verbindung setzen, da er einen längeren Krankheitsurlaub angetreten hat. Eine solche objektiv unzutreffende Berichterstattung kann jeder Redaktion passieren (Zustimmung), zumal bei den bedauerlichen Verhältnissen, wie sie heute in Württemberg existieren, wie ja auch Ebert selber in Heilbronn erklärte, daß es beinahe ausgeschlossen sei, jetzt von Württemberg wirklich objektive Berichte zu erhalten. Diese kurze Erklärung habe ich auf die Bemerkungen des Genossen Ebert von heute vormittag abzugeben.

Heymann-Stuttgart: Westmeyer hat heute, als er hier in dieser Frage das Wort nahm, wieder die von ihm schon häufig angewandte taktische Methode der Ablenkung von der Sache eingeschlagen. Er sagte, gerade jene Seite, die heute die Angriffe in der Göppinger Affäre gegen ihn erhebe, habe ihr Meisterstückchen bei der Stuttgarter Gemeinderatswahl geliefert. Wer erhebt aber heute Vorwürfe gegen Westmeyer wegen seines Verhaltens in der Göppinger Angelegenheit? Das ist namens des Parteivorstandes Ebert, das ist der württembergische Landesvorstand und das sind die Vertreter der

Ulmer Parteigenossen. Das sind doch Instanzen und Parteigenossen, die mit den Vorgängen bei der Stuttgarter Gemeinderatswahl rein gar nichts zu tun haben! (Sehr richtig!) Von Westmeyer war das eine sehr billige Wendung, denn die Vorgänge bei der Gemeinderatswahl sind zweifellos zu verurteilen, aber diese Wendung ist deshalb doch nicht geeignet, ihn der Pflicht, den Beweis für seine Behauptungen in der Göppinger Angelegenheit anzutreten, zu entheben. Er sprach weiter von einem anonymen Zirkular, das in Kannstatt verbreitet worden sei. Ich kenne es bis heute nicht und habe es noch nicht gesehen, das hindert Westmeyer aber nicht, es allen denen zur Last zu legen, die jemals irgend etwas gegen ihn vorgebracht haben. Die Verbreitung dieses Zirkulars erfolgte übrigens erst vor wenigen Wochen, steht also in gar keinem Zusammenhang mit der Göppinger Angelegenheit. In Stuttgart habe ich vor einiger Zeit den Nachweis erbracht, daß mit den geheimen Zirkularen von den Vertrauensmännern Westmeyers in der Fabrik von Bosch in Stuttgart der Anfang gemacht worden ist, und daß, wenn dort Verdächtigungen gegen andere Parteigenossen erhoben wurden, es erklärlich war, daß schließlich auch zur Abwehr von der anderen Seite geschritten wurde, wobei ich keineswegs die Ausschreitungen irgendwie rechtfertigen will, die in dem zuletzt herausgekommenen Zirkular über die Privatverhältnisse Westmeyers enthalten sind. Dieses Zirkular mißbillige ich vielmehr ausdrücklich.

Bei der Göppinger Angelegenheit muß beachtet werden, daß eine Sanierung nur möglich war durch die Vereinigung des Göppinger und des Ulmer Unternehmens. Die Ulmer hatten peinlich darauf zu achten, daß sie in der Absicht, den Göppingern zu helfen, ihr eigenes, gesichertes, gutes Unternehmen nicht in Gefahr brachten. (Sehr richtig!) Das war für die Ulmer einfach ein Gebot der Pflicht. Sie hatten einen Vertrag mit der Tagwachtdruckerei, die in der Obhut des württembergischen Landesvorstandes stand. Und wenn hier wieder die Forderung erhoben wurde, der Landesvorstand hätte auf die Ulmer einwirken müssen, sich den Göppingern in bezug auf Thalheimers Beibehaltung usw. unterzuordnen, so wird dabei ganz vergessen, daß dem Landesvorstand damit das Ansinnen gestellt worden wäre, er solle den Ulmern raten, den Vertrag mit der Tagwachtdruckerei zu brechen, der für sie die Grundlage guten Geschäftsgangs und guten Parteierfolgs für ihr Unternehmen war. Diese Situation braucht man sich nur vorzustellen, um sich darüber klar zu sein, daß das Ansinnen, das hier von denjenigen gestellt wurde, die hinter Radek, Thalheimer und Westmeyer stehen, oder besser gesagt von denen, hinter denen dieses Dreimännerkollegium steht, geradezu absurde Folgen gehabt hätte, die die Parteibewegung ungemein hätten schädigen können. Heute hat Westmeyer davon gesprochen, daß er eine Kommissionsberatung der Göppinger Angelegenheit auf dem Parteitag für nützlich gehalten hätte. Derselbe Mann, der heute erklärt, es sei notwendig, eine Kommission einzusetzen, um auch das sagen zu können, was man hier nicht öffentlich sagen könne, derselbe Mann hat sich in Stuttgart berufen geglaubt, sämtliche Interna der Göppinger Sanierungsprojekte in einer Versammlung vor 600 Personen zu erörtern und Radek dazu das Wort zu geben. Was soll dieses Doppelspiel: Wenn diese Sachen nicht geeignet sind, vor dem Plenum einer großen Versammlung erörtert zu werden, dann durfte man die Dinge auch nicht so ausschlachten, wie es Westmeyer in Stuttgart getan hat. Für Westmeyer war die Krisis in Göppingen nur ein Mittel zu dem Zweck, um gegen andere Personen, denen er etwas am Zeuge flicken wollte, vorgehen zu können. Parteigenossen, wir haben in Stuttgart leider mit der Situation zu rechnen, daß derjenige, von dem angenommen werden kann, daß er etwas gegen Westmeyer zu sagen hat, überhaupt nicht in Ruhe zu Worte kommt

und nicht angehört wird. (Hört, hört!) Ist es nicht ein Skandal ohnegleichen, wenn es dem Vorsitzenden der württembergischen Landesorganisation, Genossen Hildenbrand, nicht einmal mehr möglich ist, in Stuttgart zu reden, wenn die Anhänger Westmeyers es fertig bringen, daß Hildenbrand unter Gebrüll die Tribüne verlassen muß!? (Lebhaftes Hört, hört! bei einem Teil der Delegierten.) Das sind Zustände, die wir vordem nie in Württemberg gehabt haben und die sich in Stuttgart nur unter dem gegenwärtigen Vorsitzenden entwickeln konnten. Das mußte hier einmal festgestellt werden!

Ein Antrag auf Schluß der Debatte über die Göppinger Angelegenheit wird, nach Empfehlung durch Dr. Laufenberg-Hamburg, fast einstimmig angenommen.

Roßmann-Ulm (persönlich): Henke hat sich meiner aus alter Freundschaft angenommen (Heiterkeit) und hat behauptet, ich hätte als Redakteur der „Tagwacht" an radikale Parteiblätter eine Korrespondenz geliefert. Das ist unwahr. Ich habe, als ich noch nicht Redakteur der „Tagwacht" war, eine württembergische Korrespondenz herausgegeben, die von Parteiblättern aller Richtungen abgedruckt wurde, von Kolb in Karlsruhe ebensogut, wie von Henke in Bremen. Jede einzelne Korrespondenz wurde an alle Parteiblätter verschickt, sofern es sich nicht um besondere Bestellungen handelte. Das ist ja eine alte Methode, daß man jemanden diskreditieren will, indem man ihm den Vorwurf macht, er habe seine Anschauungen geändert. An sich ist das kein Verbrechen (Sehr richtig), daß man auf Grund neuer Tatsachen seine Anschauungen revidiert. Ich glaube, da habe ich sehr viele Bundesgenossen hier im Saale! (Heiterkeit.) Aber in diesem Fall trifft es überhaupt nicht zu. Ich habe niemals in Korrespondenzen Parteigenossen persönlich heruntergewürdigt oder sie durch Fälschung von Tatsachen in ein schiefes Licht gestellt, sondern lediglich zu konkreten Vorkommnissen in der Politik, wie zur Budgetfrage oder Schulfrage, Stellung genommen in einem Sinn, der meiner Auffassung entspricht und von dem ich heute noch nicht abgewichen bin.

Henke-Bremen: Ich habe vorhin hinzugefügt, daß Roßmann auch Briefe über die Vorgänge in Württemberg und über die Personen, die ihm heute sehr nahe stehen, und ihr Verhalten geschrieben hat. Ich halte es aufrecht, daß Roßmann damals, als er diese Korrespondenz herausgab — von deren Charakter ich nicht geredet habe, sondern von dem Charakter Roßmanns —, sich zu den Radikalen zählte, heute zählt er sich nicht dazu, das genügt. (Zustimmung und Unruhe.)

Roßmann (mit Heiterkeit und Unruhe empfangen): Ich muß allerdings gestehen, daß ich in meinem Leben schon Briefe geschrieben habe, bis jetzt aber habe ich das noch nicht als ein Parteiverbrechen angesehen. (Heiterkeit.)

Vorsitzender **Haase**: Ueber den zur Göppinger Angelegenheit gestellten Antrag wird erst nach dem Schlußwort Eberts abgestimmt werden.

Eine Mitteilung des Vorsitzenden **Haase**, daß die weiblichen Delegierten heute abend ins Volkshaus zu einer Besprechung gebeten werden, wird mit heiteren Rufen: „Sonderkonferenz! Neue Richtung!" aufgenommen.

Der Parteitag vertagt sich nach ½6 Uhr abends auf morgen, Dienstag, früh 9 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 17. September 1912. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Noske** eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr und führt aus: Wir bitten den Parteitag um eine Ermächtigung. Die holländischen Parteigenossen führen seit langer Zeit einen außerordentlich lebhaften Kampf um die Erringung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. Zum Zwecke einer besonders wirksamen Demonstration für ihre Wahlrechtsforderungen veranstalten heute die holländischen Parteigenossen im Haag einen sogenannten roten Dienstag, um dort für ihre Wahlrechtsforderungen vor dem Parlamentsgebäude zu demonstrieren. Es ist ganz selbstverständlich, daß die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft auch den Wahlrechtskampf der holländischen Genossen mit ihren allerlebhaftesten Sympathien begleitet. Das Bureau ersucht Sie daher um die Zustimmung, daß wir telegraphisch den holländischen Genossen, die heute aus allen Teilen des Landes im Haag zusammengeströmt sind, um zu demonstrieren, die Sympathien des Parteitages aussprechen, und daß wir ihnen besten Erfolg in ihrem Wahlrechtskampf wünschen. (Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag stimmt dem Vorschlage einmütig zu.

Auf Vorschlag des Lokalkomitees wird beschlossen, am Donnerstag die Verhandlungen auszusetzen und einen Ausflug nach dem Fichtelberge zu unternehmen.

Neu eingegangen ist die Resolution 194.

Dann wird in der Diskussion fortgefahren:

Giebel-Berlin: Der „Wahre Jacob" sollte in Zukunft nicht mehr lose und ungeheftet erscheinen, sonst wird das Blatt auseinandergerissen, so daß von dem Inhalt, den wir doch — natürlich — alle schätzen, viel verloren geht.

Ich empfehle besonders die Anträge 3 bis 7. Es handelt sich da um die Agitation unter der millionenköpfigen Schar der Privatangestellten. Kautsky hat in einem Artikel im Februar dieses Jahres ausgesprochen: „Gelingt es uns, die Zentrumsarbeiter aus den kirchlichen Fesseln zu befreien, die Landarbeiter gegen den Terrorismus der Konservativen zu wappnen, und treibt uns liberale Schwäche die große Masse des neuen Mittelstandes in die Arme, so haben wir die Mehrheit des deutschen Volkes gewonnen und unser weiterer Vormarsch wird unwiderstehlich." Damit stellt auch Kautsky die Gewinnung der Kopfarbeiterschichten in den Vordergrund. Ist diese Frage aber eine Vorbedingung unseres endgültigen Sieges, so hat die Partei die Pflicht, sich dieser Aufgabe mit bester Kraft zuzuwenden. Dann wäre es falsch, wenn wir warten würden, bis durch liberale Schwäche die Privatangestellten uns zugetrieben würden. Wir haben vielmehr jede Agitationsarbeit zu unternehmen, die die Aussicht verspricht, recht bald, ob mit oder ohne Verschulden des Liberalismus, auch diese Arbeiterschichten unserer großen Bewegung einzuverleiben. Das wird allerdings um so mehr die ganze Kraft unserer Organisation und unserer Funktionäre beanspruchen, als die bürgerlichen Parteien, und mit ihnen im Bunde die Regierungen alles daran setzen, das Abströmen dieses sogenannten und angeblichen neuen Mittelstandes zu den Bataillonen der Handarbeiterschaft zu hintertreiben und zu verhüten. Die bürgerlichen Parteien und die Regierungen sind nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen daran interessiert, die Vereinigung der Massen der Hand- und der Kopfarbeiter möglichst zu verhindern. Es sprechen für sie auch gewichtige politische Tatsachen mit. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß heute bereits die Scharen der Privatangestellten im Reiche insgesamt 1¼ bis 1½ Millionen Reichstagswähler stellen, und daß namentlich diese Privatangestellten sich in den Großstädten und Industriezentren konzentrieren. Die bürgerlichen Parteien kalkulieren nicht ohne Grund, daß gerade diese Kopfarbeiterschichten in vielen Fällen den Ausschlag geben zwischen den Kandidaten der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Parteien. Daher sind sie bestrebt, die Privatangestellten bei guter Laune und bei den Töpfen der bürgerlichen Parteien zu halten. Wir haben erlebt, daß aus solchen Kalkulationen heraus die sogenannte Angestelltenversicherung gemacht worden ist; nicht aus Anerkennung der sozialen Notwendigkeit dieser Versicherung oder der sozialen Notlage der Angestellten, sondern aus wahltaktischen und parteipolitischen Erwägungen hat die bürgerliche Reichstagsmehrheit die Angestelltenversicherung geschaffen. Wir sehen also, welche Anstrengung die bürgerlichen Parteien und die Regierungen machen, um die Privatangestellten in ihrem Lager zu halten. Um so mehr erwächst unserer Partei die Aufgabe, dieses bürgerliche Bestreben zu durchkreuzen. Wir haben bei der ganzen Entwickelung, die die soziale Lage und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Privatangestellten genommen haben, auch durchaus günstige Aussichten für unsere Agitation. In der Zerstörung des Restes an Existenzsicherheit, in der Herabdrückung der Gehälter der Privatangestellten auf ein Niveau, das vielfach unter das Arbeitseinkommen eines qualifizierten Arbeiters herabgeht, haben wir wirksame Bundesgenossen, um die Privatangestellten mit dem Sozialismus zu erfüllen und für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Wir müssen uns dabei klar werden, was wir unter dieser Gruppe zu verstehen haben. Ich fasse nicht ein die Schicht der sogenannten Intellektuellen, der freien Berufe, also die Schriftsteller, Aerzte und Rechtsanwälte. Das sind Berufe, die auf anderer sozialer Basis stehen, und die mehr aus ideellen Gründen zu uns kommen. Aber die Angestellten in den Bureaus, in den Kontoren und Verkaufsstellen, für die ein klipp und klares Lohnarbeiterverhältnis besteht, gilt es zu gewinnen und zu disziplinierten Mitkämpfern in unseren Reihen zu machen. Die Entwickelung hat mit der alten Ideologie der Privatangestellten völlig aufgeräumt. Die Privatangestellten, die früher die Hoffnung hegen durften, später einmal wirtschaftlich selbständig zu werden, haben diese Hoffnung aufgeben müssen. Der Privatangestellte ist heute zeitlebens gezwungen, in einem abhängigen Arbeitsverhältnis seine Existenzmittel zu erwerben. Diese ökonomische Entwickelung hat die Kopfarbeiter in gleicher Weise in ihrer Lebenshaltung herabgedrückt, wie die gesamte Arbeiterschaft. Das Arbeitseinkommen ist immer unsicherer geworden; auch der Angestellte muß mit erheblicher Stellenlosigkeit rechnen. Obendrein sind die Gehaltsverhältnisse außerordentlich niedrig. Rund 70 Proz. aller Privatangestellten haben weniger als 2000 Mk. Gehalt im Jahre; wir haben ganze Berufe, wo dieses Einkommen sogar für 90 Proz. aller Berufsangehörigen gilt. Für den Grad der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Angestellten sind die häufig genug besprochenen Eheverbote, sowie die Bestrebungen, ältere Angestellte auszuscheiden und nicht zu engagieren, durchaus charakteristisch. So finden wir denn durchaus günstige Voraussetzungen für den Erfolg unserer Agitation. Allmählich fangen auch die Privatangestellten an sich zu orientieren unter den politischen Parteien; sie suchen nach einer politischen Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Sie begreifen genau so wie die Industriearbeiter instinktiv, aber nur langsam die Tatsache, daß natürlich Parteien, die kapitalistische Interessen vertreten, nicht imstande sind, die Interessen der Arbeiter und der Gehaltsempfänger ernsthaft zu vertreten. Die Mehrheit allerdings irrt noch herum. Deshalb ist es auch kein Zufall, daß noch weite Schichten der Angestellten konservativen Parteien angehören, sei es auch in der Gestalt antisemitischer Flügel. Das ist zu erklären daraus,

daß für eine sozialpolitische Berücksichtigung der Privatangestellten gerade die konservativen Parteien verhältnismäßig sich frei bewegen können, denn die Konservativen beschäftigen wenig oder keine Privatangestellten, sie können sich aus diesem Grunde natürlich den Luxus gestatten, für sozialpolitische Forderungen der Angestellten hin und wieder einzutreten. Das hat manche Angestellten verwirrt. Unsere Aufgabe muß sein, ihnen hierfür Klarheit zu geben und ihnen die Richtlinien der politischen und wirtschaftlichen Entwickelung aufzudecken. Eine entsprechende Agitation in diesem Sinne ist unbedingt notwendig. Man wird einwenden können, daß wir unsere Agitation nicht so spezialisieren könnten. Wenn aber die Dinge so liegen, daß aus andersgearteten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen manche andere Situation als für die übrigen Arbeiter sich für die Angestellten ergibt, so ist es im Interesse erfolgreicher Agitationsarbeit notwendig, diese besonderen Verhältnisse zu berücksichtigen und an diese Verhältnisse anzuknüpfen; unsere Agitationsmethode muß sich dem Vorstellungskreise der Angestellten anpassen. Ich halte also entsprechende Maßnahmen seitens der Organisation für unerläßlich. Wenige Anregungen nur: ich möchte namentlich unsere Parteipresse bitten, die Privatangestelltenfragen in möglichst weitgehendem Maße zu berücksichtigen, nicht nur, daß Nachrichten und Vorgänge aus der Angestelltenbewegung gebracht werden, auch eine kritische Stellungnahme ist notwendig. Es ist weiter notwendig, daß der Parteivorstand Informationsmaterial an die Funktionäre gelangen läßt, um sie mit den Besonderheiten und sozialpolitischen Bestrebungen der Angestellten möglichst genau bekannt zu machen. Wichtig ist auch, daß unter den Angestellten besondere Flugschriften verbreitet werden. Wir haben eine ganze Reihe von Möglichkeiten, mit dieser Agitation bei aktuellen Fragen einzusetzen. Ich erinnere daran, daß unsere Fraktionen im Reichstag und in den Landtagen in sehr fleißiger Arbeit für die Angestellten tätig gewesen sind. (Bravo!) Weshalb sind wir nicht hinausgegangen und haben den Angestellten bekanntgemacht, welche fleißige Tätigkeit in ihrem Interesse geleistet worden ist? Durch unsere Parteipresse allein kommen wir an die breiten Massen der Angestellten nicht heran. Unsere Stadtverordneten werden bestätigen können, daß, wenn es sich auf kommunalpolitischem Gebiet um die Durchsetzung einer Forderung der Privatangestellten handelt — Achtuhrladenschluß, Herbeiführung der Sonntagsruhe usw. — dann nicht die bürgerlichen Vertreter angegangen werden, sondern unsere Parteigenossen. Aber die Angestellten wagen leider nicht, dieses Vertrauen auch in der Oeffentlichkeit zu bekennen. (Sehr richtig!) Sie haben häufig offen ausgesprochen, daß es nutzlos ist, sich an die bürgerlichen Vertreter zu wenden, weil diese in erster Linie Arbeitgeberinteressen vertreten. Diese Dinge müssen benützt werden, wenn das nicht geschieht, wird es schwer halten, Bresche zu legen und schließlich die Angestellten zu gewinnen. Weiter müssen wir, genau so wie das heute schon die bürgerlichen Parteien tun, besondere Angestelltenversammlungen abhalten. Man kann dagegen einwenden, daß die Angestellten doch die gleichen allgemeinpolitischen Interessen haben wie das übrige Volk, und daß daher z. B. die allgemeinen Teuerungsversammlungen auch für die Gewinnung der Privatangestellten ausreichen müßten. Sachlich ist das wohl richtig, aber erleichtert wird die Gewinnung dadurch, daß wir bei den Schmerzen anknüpfen, die sie ganz besonders empfinden, bei ihrer Abhängigkeit und ihren Arbeitsverhältnissen. Von einer Ueberlastung unseres Organisationsapparates durch eine derartige Tätigkeit wird man aus dem Grunde nicht reden können, weil eine solche spezialisierte Werbearbeit zahlreiche Mitarbeiter aus den Kreisen der Privatangestellten zuführen würde. Ich bin fest überzeugt, daß, wenn unsere Organisationen erst derartig vorgehen, wir genügend Hände und Köpfe aus

dem Privatangestelltenstande als tüchtige Mitarbeiter gewinnen werden. Möge also der Parteivorstand unsere Organisationen mit dem nötigen Material versehen. Nehmen Sie daher den Antrag 3 an. Reichen wir damit unseren Brüdern von der Feder und der Zeichenschiene, reichen wir allen Angestellten in den Bureaus, den Kontoren und den Verkaufsstellen hilfsbereit die Hand, um sie herauszuführen aus dem bürgerlichen Sumpf auf die lichten Höhen des Sozialismus. (Beifall.)

Dr. **Laufenberg**-Hamburg: Auch von Hamburg sind eine Reihe von Anträgen gestellt in bezug auf die Privatangestellten. Ich erkläre mich in dieser Hinsicht mit den Ausführungen Giebels in vollem Umfange einverstanden. Im übrigen habe ich zwei Wünsche vorzubringen. Der Parteivorstand hat in seiner Berichterstattung Bezug genommen auf die Wahlrechtsfrage. Ich bin der Meinung, daß wir auch auf dem allgemeinen Parteitage zu einer Erörterung der Wahlrechtsfrage kommen müssen. Die Wahlrechtsfrage wird ja, und das ist begreiflich, vorwiegend betrachtet unter preußischem Gesichtswinkel, aber in den Bundesstaaten, namentlich Norddeutschlands, ist sie nicht minder dringend. Der deutsche Imperialismus nach innen und außen fußt auf dem preußischen Wahlrecht; insofern ist die preußische Wahlrechtsfrage eine eminente Reichsfrage. Der zweite Wunsch betrifft das Verhältnis zu den christlichen Organisationen. Der langjährige Kampf zwischen der Berliner und Kölner Richtung im Zentrum ist Ihnen ja allen bekannt. Auf die dogmatische Grundlage dieses Kampfes will ich hier nicht eingehen. Ich will nur darauf aufmerksam machen, daß die Entwickelung des dogmatischen Lehrgebäudes des Klerikalismus abgeschlossen ist, abgeschlossen in durchaus kapitalistischem Sinne durch die Lehrtätigkeit, die vor allem der verstorbene Papst Leo XIII. entwickelt hat. Dieser Abschluß richtet sich nicht nur gegen die sozialistische Weltanschauung als solche, sondern in hervorragendem Maße auch gegen die moderne Gewerkschaftsbewegung, gegen die Streiks. Die christlichen Organisationen sind entstanden zu einer Zeit, wo jener dogmatische Abschluß des Lehrgebäudes bereits geschehen war. Sie gerieten dadurch, daß sie für sich das Streikrecht vindizierten, von Anbeginn in eine Zwitterstellung. Durch den letzten Bergarbeiterstreik ist nun in der Entwickelung der christlichen Gewerkschaften ein offenbarer Wendepunkt eingetreten. Nach der letzten Stellungnahme Pius X. haben die christlichen Gewerkschaften keine andere Wahl, als sich in allen entscheidenden politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen als Gegner der sozialdemokratischen Organisationen zu betätigen. Darum halte ich es für notwendig, von unserer Seite über die dogmatische Entwickelung im Zentrum mehr Aufklärung zu verbreiten. Ich glaube, es ist notwendig, daß der Parteivorstand sich mit der Frage befaßt, in welcher Weise diese Aufklärung vom historischen und speziell vom theoretischen Gesichtspunkt aus in die Wege zu leiten ist. Dann möchte ich mit Genehmigung des Vorsitzenden einige ganz kurze Bemerkungen über die Jugendbewegung machen. Der mündliche Bericht des Genossen Ebert darüber war kurz und auch der schriftliche Bericht ist nicht sehr erschöpfend. Ich will nicht hinweisen auf die großen Anstrengungen des Bürgertums in Sachen der Jugendbewegung, die Ihnen ja allen bekannt sind. Die Ausgaben unserer Zentralstelle betragen 8612 Mk. gegen 14 507 Mk. im Vorjahre. Es ist ja richtig, daß sich der Zuschuß für die „Arbeiter-Jugend" von 9988 Mk. im Vorjahre auf 487 Mk. im Berichtsjahre vermindert hat. Ich bitte zu berücksichtigen, daß die Hamburger Organisation im letzten Jahre für die Jugendbewegung rund 7000 Mk. ausgegeben hat und daß wir beschlossen haben, im kommenden Jahre weitere 12 000 Mk. aufzuwenden, die ganz wesentlich der Jugendorganisation zugute kommen werden. Sie werden zugeben, daß hier

zwischen den Ausgaben einer einzelnen Organisation und den Ausgaben der Zentralstelle ein nicht geringes Mißverhältnis besteht. Es ist doch nicht wohl angängig, daß ein einzelner Parteiort für sein engeres Agitationsgebiet das Doppelte dessen aufwendet, was die Zentralstelle für das gesamte Reich. Auf dem Gebiet der Jugendbewegung kann und darf es keine Ruhe mehr geben. Wollen wir zu einer wirklich gedeihlichen Entwickelung unserer Jugendorganisationen kommen, dann bedarf es vor allem der Mittel. Ich hoffe, Genosse Braun wird mir diese Worte nicht allzusehr verübeln.

Dr. Rosenfeld-Berlin: Ich habe den Antrag der Genossen aus Schwarzburg-Sondershausen zu begründen, den Frauentag in Zukunft im März stattfinden zu lassen. Der Antrag richtet sich natürlich nicht gegen den Frauentag als solchen, nirgends in der Partei sind Stimmen laut geworden, diese Demonstrationen fallen zu lassen. Das ist kein Wunder. Ist doch die mächtige Kundgebung der sozialdemokratischen Frauen so imposant gewesen, daß man sagen kann, einen solchen Frauentag machen uns unsere bürgerlichen Gegner nun und immer nach. Wir wollen also den Frauentag nicht beseitigen, sondern im Gegenteil ihm zu noch größerer Bedeutung verhelfen, aber dazu ist es notwendig, wenigstens ungefähr den Zeitraum festzulegen, in welchem alljährlich der Frauentag veranstaltet werden soll. Den Monat Mai halten wir hierfür nicht für geeignet, zumal wir dann alles tun müssen, um der Maifeier noch größere Bedeutung zu verschaffen. Es wäre unpraktisch, in einem Monat zwei Demonstrationen zu veranstalten, von denen die eine die andere beeinträchtigen würde. Ich verlange nicht, daß Sie unseren Antrag annehmen, sondern ich bitte Sie, ihn dem Parteivorstand zu überweisen. Der Parteivorstand wird schon wissen, wie er ihm zur Durchführung verhelfen kann.

Binifzkiewicz-Kattowitz: Der Antrag 155 aus Berlin will die „Gazeta Robotnicza" weiter subventioniert wissen. Sie wissen wohl alle, daß die „Gazeta Robotnicza" auf dem Parteitag in Halle 1890 ins Leben gerufen ist, selbstverständlich mit materieller Hilfe der deutschen Sozialdemokratie. Das Blättchen erschien damals einmal in der Woche. Vorbedingungen für ein öfteres Erscheinen bestanden nicht, weil es wenig oder fast gar keine organisierte polnische Arbeiter in Deutschland gab. 1901 kam die Partei zu der Ueberzeugung, daß das Blatt nicht weiter subventioniert werden dürfe, aber die polnischen Genossen sagten sich, daß man es nicht fallen lassen kann, sie verwandelten das wöchentlich erscheinende Blatt in ein zweimal wöchentlich erscheinendes, und verlegten die Redaktion nach Oberschlesien, wo die Masse der polnischen Arbeiter ansässig ist. Fast kein deutsches Parteiblatt in einem so kleinen Umfange hat soviel Opfer an Gut und Blut gekostet wie die „Gazeta Robotnicza". Sie werden deshalb begreifen, daß die polnischen Genossen nicht ohne weiteres auf das Blatt verzichten können. 1906 beschloß die Gesamtpartei, das Blatt weiter auszubauen, und seitdem erscheint es dreimal wöchentlich in vergrößertem Umfange. Es hat sich, wenn auch langsam, entwickelt. (Ebert: 100 Abonnenten habt Ihr mehr!) Ich will die Zahl nicht nennen, ich habe Ursache, darüber nicht zu sprechen. (Ebert: Dann werden wir sie nennen!) Ich kann beweisen, daß das Blatt sich bis 1909 gut entwickelt hat, und daß erst 1909, als Verhältnisse eintraten, die die Partei schädigten, ein Rückgang erfolgte. Im letzten Jahr hat der Parteivorstand verlangt, daß das Blatt in ein Wochenblatt verwandelt wird, da er die bisherigen Zuschüsse nicht weitergeben könne. Wir können diesen Beschluß wohl bedauern, wir glauben aber nicht, daß wir den Parteivorstand beeinflussen können, ihn zu ändern. Meiner Meinung nach können die deutschen Genossen nicht damit einverstanden sein, daß eine jahrzehntelange Arbeit vernichtet wird. Wir wissen ja, daß es schwer ist, unter so knappen Verhältnissen, wie wir leben, die Zeitung zu halten, wir wollen aber alles aufbieten, um das Blatt in eine Tageszeitung zu verwandeln. Ob es uns gelingen wird, kann ich im voraus nicht sagen, jedenfalls werden wir es versuchen, und alles daransetzen, um das Ziel zu erreichen. Wundern muß ich mich darüber, daß bisher seitens der deutschen Genossen unter den polnischen Arbeitern für das Blatt nicht agitiert ist. Ich zweifle daran, daß alle Polen die deutschen Blätter lesen können. Im Bezirk Danzig zum Beispiel haben wir gar keine Abonnenten auf die „Gazeta Robotnicza", und gerade für diesen Bezirk sind zur Reichstagswahl Hunderttausende von polnischen Flugblättern gebraucht worden, um die polnischen Arbeiter zu bewegen, für die Sozialdemokraten zu stimmen. Selbst aus thüringischen und niederschlesischen Wahlkreisen sind zur Reichstagswahl polnische Flugblätter verlangt worden. Sind die deutschen Genossen der Meinung, daß man zu den Reichstagswahlen polnische Flugblätter gebraucht, dann sollten sie konsequenterweise auch für das polnische Blatt agitieren, man sollte die Arbeiter nicht im letzten Moment zu gewinnen suchen, sondern sie schon monate- und jahrelang für die Reichstagswahlen vorbereiten. Wenn Sie so vorgehen, wenn Sie die „Gazeta Robotnicza" ebenso behandeln wie ein deutsches Blatt, dann werden Sie uns zu Hunderten und Tausenden Abonnenten verhelfen können und die Existenzmöglichkeit des Blattes ist gegeben. Die preußische Regierung raubt uns jetzt überall die Möglichkeit, die polnischen Arbeiter für die Partei zu gewinnen. Der Kreis Zabrze zum Beispiel ist jetzt als deutscher Kreis erklärt worden, wir können dort keine polnischen Versammlungen mehr abhalten. Wie sollen wir da an die Arbeiter herankommen? Auf diese Weise überlassen wir sie schließlich den Nationalpolen und nehmen uns jede Möglichkeit, auf die Massen einzuwirken. Aber auch die Gewerkschaften haben ein Interesse an dem Ausbau des polnischen Blattes. Die nationalpolnische Gewerkschaftsbewegung entwickelt sich von Jahr zu Jahr so, daß die Gewerkschaften allen Grund haben, sich damit näher zu befassen. (Sehr richtig!) Selbst in ausschließlich deutschen Städten wie Stuttgart, Leipzig, Bremen, Hamburg entstehen Tag für Tag neue Zahlstellen der polnischen Berufsvereine. Wollen wir das vermeiden, da müssen wir der polnischen nationalistischen Presse ein Gegengewicht entgegenstellen, und das ist nur durch eine polnische Tageszeitung möglich. Sie können das Blatt nun auch auf eine andere Art als bisher unterstützen.

Rink-Offenbach: Der Geschäftsbericht beweist, daß die Entwickelung der Partei eine gesunde ist. Wir können mit der Tätigkeit des Parteivorstandes in jeder Richtung zufrieden sein, wir können uns nicht der Meinung verschiedener Genossen anschließen, daß es dem Parteivorstand in letzter Zeit an Aktivität gefehlt hat. Im Gegenteil, man beschwert sich beinahe darüber, daß zuviel Anregungen gegeben werden. Die vielen Angebote von Flugblättern und Flugschriften sind beinahe des Guten zuviel, es ist ganz unmöglich, von all den Anregungen Gebrauch zu machen. In der Parteikorrespondenz sind wiederholt lange stenographische Auszüge aus den Verhandlungen des Reichstages und des preußischen Landtages erschienen. In der Agitation können wir damit wenig oder gar nichts anfangen. Soweit es sich um Fragen von allgemeinem Interesse handelt, ist darüber in der Parteipresse berichtet und ich möchte, ohne der Redaktion der Parteikorrespondenz nahezutreten, den Wunsch aussprechen, daß solche Auszüge nicht mehr erscheinen. — Leider hat der vorige Parteitag einen Antrag auf Herabsetzung des Abonnementspreises der „Kommunalen Praxis" abgelehnt, zum Nachteil unserer kommunalpolitischen Bewegung und der „Kommunalen Praxis" selbst. Die „Kommunale Praxis" hat einen ausgezeichneten Inhalt, und man kann es nur bedauern, daß der größte Teil unserer Gemeindevertreter wegen des hohen Preises nicht abonnieren kann. Es ist ein unbilliges Verlangen, den Gemeindevertretern, die schon hohe Aus-

gaben haben, noch zuzumuten, daß sie auf ihre Kosten die „Kommunale Praxis" abonnieren. Wir haben jetzt rund 10 000 sozialdemokratische Gemeindevertreter in Deutschland, aber nur 2900 Abonnenten auf die „Kommunale Praxis". Obwohl der Zuschuß der Partei im letzten Jahre 1100 Mark betrug, möchte ich den Parteivorstand doch bitten, zu prüfen, ob es nicht möglich ist, den Abonnementspreis herabzusetzen. Dem Antrage, den Frauentag im März stattfinden zu lassen, können wir zustimmen. Auch bei uns in Hessen hat der diesjährige Frauentag im Mai Fiasko gemacht, der Monat März eignet sich für solche Demonstration viel besser. Wenn es also die politische Situation zuläßt, möchte ich dringend bitten, daß dem Antrage gemäß verfahren wird. Auch dem Antrag auf Einberufung einer Konferenz der Kreissekretäre bitte ich zuzustimmen. Ebenso notwendig wie die Sitzungen der Bezirkssekretäre ist es, daß einmal eine Konferenz der Kreissekretäre stattfindet, um für einheitliches Verwaltungsmaterial die Wege zu ebnen und sich über verschiedene Fragen der Kleinagitation zu verständigen. Nun noch eine Angelegenheit, die speziell unseren Kreis angeht. Die Genossen des Reiches sind vor ungefähr 14 Tagen von der Nachricht überrascht worden, daß Ulrich, das geistige Haupt der hessischen Sozialdemokratie, der Kreisleitung in einem Schreiben seine vier Mandate zur Verfügung gestellt hat. Er glaubte auf Grund von Vorgängen, über die er falsch unterrichtet war, zu diesem Schritt gezwungen zu sein. Ich kann mitteilen, daß unsere Kreisleitung einstimmig erklärt hat, daß für Ulrich weder sachlich noch persönlich ein Grund vorliegt, der Partei seine Mandate zur Verfügung zu stellen. Wir haben einmütig den Wunsch ausgedrückt, daß Ulrich an dem Platze stehen bleiben soll, an den er durch das Vertrauen der Genossen gestellt ist, daß er diesen Platz wie bisher, so auch in Zukunft nach besten Kräften ausfüllt. Ich hoffe, daß durch diese Erklärung die Angelegenheit für alle Beteiligten erledigt ist.

Vorsitzender **Noske**: Es sind Zweifel darüber entstanden, ob der Antrag 79 die ausreichende Unterstützung gefunden hat. Ich stelle deshalb noch einmal die Unterstützungsfrage. Der Antrag 79 ist nicht unterstützt.

Schubarth-Köln begründet den Antrag 98: Wir haben wohl nach außen hin eine außerordentliche Ausbreitung der Partei zu verzeichnen, aber im inneren Parteileben bleibt noch manches zu wünschen übrig. Unsere Genossen sind heute nicht mehr mit der Idee des Sozialismus so vertraut wie früher, wo die Partei noch klein war. Daraus resultieren auch die Klagen über die Interesselosigkeit der Parteigenossen. Ich bestreite nicht, daß genug Literatur vorhanden ist. Aber die Literatur ist zu groß, und wer heute nicht eine einigermaßen gute Volksschulbildung hat, findet sich darin gar nicht mehr zurecht. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen, er wird der Partei zum Vorteil gereichen.

Runge-Köln begründet den Antrag 11: Genosse Ebert hat gestern gesagt, daß alle unsere Erfolge vom Ausbau unserer Organisation abhängig sind. Aus dieser Ansicht ist auch der in der Vorlage enthaltene Antrag 11 entstanden. Wir wünschen die Abhaltung einer Konferenz, auf der wir uns über die Schaffung von möglichst einheitlichem Material, über bestimmte Fragen der Organisation und Kleinagitation unterhalten können. Mit den großen Fragen beschäftigen wir uns auf unseren Parteitagen, da legen wir die Richtlinien fest, aber mit den Dingen, die im Laufe der Jahre an die einzelnen Kreisorganisationen herantreten, müssen wir uns an anderer Stelle unterhalten. Es zeigt sich oft ein Mangel darin, daß nicht genügend Erfahrungen vorliegen, wenn diese oder jene Neuerung eingeführt werden soll. Wenn Sie sich einmal der Mühe unterziehen würden, die einzelnen Kreisstatute durchzusehen, so werden Sie große Abweichungen voneinander finden. Hier müßte also eine größere

Einheitlichkeit angestrebt werden. Ueber den Ausbau der Berliner Parteiorganisation sind verschiedene Vorschläge gemacht worden, die Einrichtungen wünschen, wie sie anderswo schon bestehen, auf eigene Erfahrungen können sie sich aber nicht stützen. Die Berliner würden eine bessere Grundlage für ihre Beratungen haben, wenn sie die Erfahrungen anderer hörten. Es ist ja in der Partei so wie im allgemeinen Leben, daß wir uns die Gesetze erst schaffen, wenn die Verhältnisse längst vorausgeeilt sind. Es wäre notwendig, daß vorher eine Aussprache stattfindet über die wesentlichsten einschlägigen Bestimmungen der Kreisorganisationen. Ich möchte hier auf einen besonderen Uebelstand hinweisen, das ist das Verlorengehen so vieler Mitglieder. Wenn wir eine Aufstellung darüber hätten, wieviele Mitglieder im Laufe des Jahres verloren gehen, so würden wir eine ganz beträchtliche Zahl herausbekommen, die zu der Zahl der Verbliebenen in keinem Verhältnis steht. Durch Vereinbarungen sollten wir versuchen, die von einem Ort zum anderen ziehenden Mitglieder uns gegenseitig zu überweisen. Dadurch würden viele Mitglieder uns erhalten bleiben. Es wird vielleicht eingewendet, daß die Bezirkssekretäre ihre Konferenzen haben und alle diese Fragen dort besprechen. In der Praxis liegt es aber so, daß heute die Kreisorganisationen die Träger der Parteibewegung sind und daß in ihnen auch alles das getan wird, was zum Fortschritt der Partei im wesentlichen beiträgt. Ueber alle diese Dinge sind die Bezirkssekretäre nicht genügend unterrichtet. (Zustimmung.) Ich will die kleinen Organisationen nicht zurücksetzen, aber Tatsache ist, daß die größeren Organisationen die Anregungen geben und die vorwärtstreibenden Kräfte auf diesem Gebiete sind. Noch ein paar Worte zum Verwaltungsmaterial! Unserem Antrag liegt auch der Zweck zugrunde, daß wir zu einer Einheitlichkeit des Verwaltungsmaterials kommen. Vor einigen Jahren hat der Parteivorstand eine Materialsammlung vorgenommen. Sie sollte zu einer Ausstellung benutzt werden, aber wir haben bis heute nichts mehr davon gehört und ich weiß nicht, zu welchem Ergebnis der Parteivorstand gekommen ist. Bei einer Durchsicht der Jahresberichte der einzelnen Kreisorganisationen werden Sie finden, daß ganz besonders in bezug auf das Verwaltungsmaterial die größte Verschiedenartigkeit herrscht, so daß es nicht immer möglich ist, sich aus der Abrechnung des einen oder des anderen Kreises ein genaues Bild zu verschaffen. Ich bin überzeugt, der große Teil derjenigen Delegierten, die als Praktiker im Organisationsleben stehen, werden wissen, wie notwendig es ist, daß wir auf eine möglichste Vereinfachung unseres Verwaltungsmaterials dringen. Sie werden auch zugeben, daß eine solche Einheitlichkeit möglich ist. Es wird eingewandt, daß die Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen und Organisationen so verschieden sind. Ich gebe gern zu, daß wir nicht jede Kleinagitation, jede Organisationsarbeit schablonisieren können, aber das Verwaltungsmaterial kann unter allen Umständen einheitlich sein; das ist möglich, wenn der gute Wille dazu vorhanden ist. Wenn wir in unserm Antrag eine Konferenz der Kreissekretäre fordern, so ist es nicht etwa eine ausgesuchte Bosheit, die Bezirkssekretäre auszuschließen, sondern wir sind selbstverständlich damit einverstanden, daß auch die Bezirkssekretäre daran teilnehmen. Ich verspreche mir von einer solchen Konferenz wesentliche Vorteile, denn auf unseren Parteitagen ist die Möglichkeit nicht gegeben, uns über die Erfahrungen in der Kleinagitation auszusprechen. Es wäre auch angebracht, eine Aussprache darüber herbeizuführen, ob nicht für die Organisationsleitungen ein Mitteilungsblatt geschaffen werden kann, in welchem alle wichtigen Beschlüsse einer Kreisorganisation wiedergegeben werden können und wo ferner Vorschläge über diese oder jene Form der Organisation und Verwaltungspraxis besprochen werden können. Die Berliner Parteiorganisation hat ein solches Mitteilungsblatt und wir haben gehört, daß es sich gut

bewährt hat. Es wäre durchaus angebracht, auch für die Leitungen der Kreisorganisationen ein solches Blatt herzustellen, weil die Parteipresse nicht dazu da ist, ebensowenig wie der Parteitag. Ich möchte Sie bitten, in der Diskussion auf meine Anregungen einzugehen. Es kommt uns nicht auf die Annahme des Antrages in der vorliegenden Form an, sondern nur darauf, daß in der angedeuteten Richtung etwas geschieht. Wenn das möglich gemacht wird, dann werden wir in dem Ausbau unserer Parteiorganisation ein wesentliches Stück vorwärtskommen.

Geschäftsordnungsdebatte.

Vorsitzender Noske: Es ist soeben eine Resolution eingebracht worden von Liebknecht und Ledebour, die sich mit der Göppinger Angelegenheit beschäftigt. Wir sind der Meinung, daß, nachdem die Diskussion über die Göppinger Angelegenheit besonders behandelt und durch einen Schlußantrag zu Ende gebracht worden ist, eine Abstimmung über die neue Resolution nur dann möglich wäre, wenn der Parteitag dazu sein Einverständnis bekundet. Die Antragsteller führen zur Begründung der nachträglichen Einbringung ihrer Resolution an, daß ihnen der Wortlaut der Resolution Auer gestern bei der Verlesung nicht genügend verständlich geworden sei. Ich lasse darüber abstimmen, ob der Parteitag gewillt ist, die Resolution 200 mit zur Abstimmung zu bringen.

Keil-Stuttgart: Ich glaube, es ist unmöglich, daß wir jetzt ohne weitere Debatte darüber abstimmen, ob eine Resolution, die uns nicht einmal der Vorsitzende korrekt zur Verlesung bringen konnte, zur Abstimmung kommen kann. Sollen neue Resolutionen zur Entscheidung gebracht werden, so wird es notwendig sein, die Debatte über die ganze Affäre wieder zu eröffnen. (Unruhe.) Ich beantrage das nicht, aber wenn wir das vermeiden wollen, so können wir nur entscheiden über die Resolution, die gestern zur Debatte gestanden hat, und nicht über eine zweite, die wir viel weniger kennen als die erste.

Gottschalk-Königsberg: Es handelt sich ja jetzt nicht darum, ob die eben verlesene Resolution abzustimmen, auch ich bin der Meinung, daß eine Resolution, die hier nur flüchtig verlesen und von einem großen Teil der Delegierten kaum verstanden werden konnte, auch nicht zur Abstimmung kommen darf, bevor sie im Druck vorliegt. Aus demselben Grunde ist es aber auch ausgeschlossen, daß wir über die Resolution, die gestern ebenfalls für einen Teil der Delegierten völlig unverständlich verlesen wurde, allein abstimmen können, ohne daß wir Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen, nachdem sie heute im Druck vorliegt. (Sehr richtig!) Ich ersuche Sie deshalb, um einen übereilten Beschluß zu vermeiden, über diese Resolution die Debatte zu gestatten.

Lipinski-Leipzig: Der Parteitag hat gestern beschlossen, die Göppinger Affäre besonders zu behandeln, er hat sie aber als einen Teil des Vorstandsberichtes erachtet und infolgedessen durch die Annahme des Schlußantrages nicht die ganze Affäre abgeschlossen, weil Ebert nicht dazu, sondern zu dem ganzen Vorstandsbericht das Schlußwort erhält. Deshalb ist der Standpunkt des Vorstandes nicht richtig, daß für die nachträglich eingebrachte Resolution noch die Zustimmung des Parteitages erforderlich ist. Solange die Angelegenheit nicht durch das Schlußwort abgeschlossen ist, muß die Möglichkeit zur Einbringung einer solchen Resolution vorhanden sein.

Vorsitzender Noske: Wir halten es für zweifelhaft, ob Lipinskis Ansicht richtig ist und haben es deshalb für besser gehalten, die Entscheidung des Parteitages herbeizuführen.

Auer-München: Gestern wurde vom Parteitag beschlossen, die Erörterung der Göppinger Angelegenheit zu schließen. (Widerspruch.) Es wurde doch Schluß der Debatte beschlossen. Es lagen zwei Anträge vor, von denen der

eine nicht genügend unterstützt wurde, während der andere von so vielen Delegierten unterschrieben war, daß er als unterstützt galt. Es lag die Möglichkeit vor, diesen Antrag zu begründen und auch zu bekämpfen. Es wurde aber Schluß der Debatte gemacht und es ist zweifellos richtig, daß jeder Genosse nun einen neuen Antrag oder eine Resolution einbringen kann, aber es muß auch die Möglichkeit der Begründung und Gegenäußerung gegeben sein. Die Debatte muß also wieder eröffnet werden. Das wäre korrekt. (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn so vorgegangen wird, dann ist alles in Ordnung. Es geht aber nicht an, nach Schluß der Debatte einen Antrag einzubringen, ohne daß über ihn debattiert werden kann. Deshalb bitte ich, wenn die Antragsteller auf ihren Antrag bestehen, über ihr Begehren abzustimmen.

Ledebour: Unter der von Auer soeben dargelegten Voraussetzung können wir uns, glaube ich, alle auf die Wiedereröffnung der Debatte und die zur Debattestellung der neu eingebrachten Resolution einigen. (Zustimmung, aber auch Rufe: Gegen eine neue Debatte!)

Ebert: Ich möchte bitten, die Wiedereröffnung der Debatte über die Göppinger Angelegenheit nur der Resolution wegen abzulehnen. (Sehr richtig!) Und zwar deshalb, weil ich bereits vom Parteivorstand beauftragt bin, im Schlußwort zu erklären, daß in dieser Angelegenheit eine besondere Vertrauensresolution für uns nicht erforderlich ist. (Bravo!) Der Parteitag hat bei der Dechargeerteilung sich über unsere ganze Tätigkeit zu äußern. (Sehr gut!) Die Göppinger Affäre ist nur ein Teil dieser unserer Tätigkeit, und wer in dieser Angelegenheit mit unserem Vorgehen nicht übereinstimmt, kann gegen die Dechargeerteilung stimmen. (Sehr richtig!) Damit kommt die Meinung des Parteitages klar zum Ausdruck und alles weitere ist überflüssig. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. Liebknecht-Berlin: Der Weg, den Ebert uns soeben vorgeschlagen hat, ist nach meiner Ansicht der allerrichtigste. Wir waren überzeugt, daß der Parteivorstand, nachdem ihm von allen Seiten hier volles Vertrauen und volle Billigung in dieser Angelegenheit ausgesprochen worden ist, eines besonderen Votums nicht mehr bedürfe. Ueberhaupt ist nur dadurch, daß eine Resolution vorliegt, mit der sich nicht alle einverstanden erklären konnten, obgleich wir alle einmütig den Frieden wünschen, nach der Auffassung einer Anzahl Parteigenossen es notwendig geworden, neuerdings mit einer anderen Resolution hervorzutreten. In dem Augenblick, wo die Antragsteller der ersten Resolution sich auf den Boden des Ebertschen Vorschlages stellen, wird natürlich auch unsere Resolution ganz überflüssig. Wir sind also selbstverständlich bereit, unsere Resolution zurückzuziehen, sofern durch die Zurückziehung der anderen Resolution die Sache im Sinne des Wunsches des Genossen Ebert endgültig erledigt ist. Ich bitte, sich darüber entscheiden zu wollen. Für den Fall, daß die Antragsteller die Resolution nicht zurückziehen, würde es für uns, so sehr wir es bedauern würden, doch notwendig sein, in der Erörterung fortzufahren. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. Frank-Mannheim: Das Bedürfnis, auf dem Parteitag möglichst dafür zu sorgen, daß einmütige Entschließungen der Delegierten zustande kommen, besteht auf allen Seiten des Parteitages. Ebert hat erklärt, daß der Parteivorstand kein Bedürfnis nach einem besonderen Vertrauensvotum in der Göppinger Sache habe und daß die Dechargeabstimmung die Gelegenheit gäbe, seine Meinung über die Gesamttätigkeit des Parteivorstandes zum Ausdruck zu bringen. Ich schließe mich in diesem Punkte der Meinung Eberts durchaus an. Aber es handelt sich noch um die Frage, ob der Parteitag nicht Anlaß hat, einen Angriff gegen die Ehre der ganzen Partei zurückzuweisen. (Sehr richtig!) Es handelt sich darum, ob der Partei der Vorwurf gemacht werden darf, daß

Parteiinstanzen durch wucherische Mittel auf die Gesinnung der Genossen einzuwirken versucht hätten. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist eine Sache der Partei und deshalb meine ich, daß wir uns noch etwas darüber unterhalten können, was notwendig ist. Wenn der Parteitag der Meinung ist, und sie vielleicht auch durch den Vorstand zum Ausdruck bringen lassen will, daß dieser Vorwurf, der gegen alle Instanzen — gegen den Landesvorstand von Württemberg (Aharufe, Gegenrufe: Sehr wahr!) noch gestern — erhoben wurde, eine schwere Ehrlosigkeit behauptet, und ihn entsprechend zurückweist, dann haben auch wir kein weiteres Interesse an einer Beschlußfassung. (Zustimmung.)

Dr. Liebknecht-Berlin: Das einmütige Friedensvotum, das Frank als den Wunsch der Unterzeichner des Antrages hingestellt hat, wird meiner Ansicht nach nicht wohl erzielt werden können, wenn in einer Angelegenheit vom Parteitag positiv Stellung genommen werden soll, über die der Parteitag in allen Einzelheiten kaum genügend unterrichtet sein kann. (Sehr richtig!) Ich verweise darauf, daß wir alsbald den Fall Hildebrand zu erörtern haben, wo die Frage, ob das entscheidende Votum auf genügender vorheriger Information beruht, vielleicht in den Mittelpunkt der Debatte gestellt werden wird, und zwar von einer Seite, die denen nahesteht, die den Antrag zur Göppinger Affäre gestellt haben und ihn nicht zurückziehen wollen. Es empfiehlt sich also, keine Präzedenz zu schaffen und in einer Angelegenheit Stellung zu nehmen, die nicht genügend geklärt worden ist. Der Parteitag hat die Ueberweisung der Angelegenheit an eine Kommission abgelehnt und damit zum Ausdruck gebracht, daß er sich nicht für zuständig halte (Lebhafter Widerspruch) oder keine Neigung habe, in dieser Angelegenheit weiter hineinzusteigen und zwischen den Streitenden unmittelbar Stellung zu nehmen. Ich meine, wir tun gut daran, diese Frage außer acht zu lassen und statt dessen eine positive Stellung zur Erledigung des Göppinger Konflikts in dem Sinne zu nehmen, daß wir, wie das in der von uns eingebrachten Resolution geschieht, die Erwartung und das Verlangen des Parteitages zum Ausdruck bringen, daß alle an diesen Dingen beteiligten Parteigenossen mit aller Kraft dahin wirken, das nützliche Vorgehen des Parteivorstandes nach Kräften zu unterstützen. Meiner Ansicht nach kommen wir damit am besten zu einem positiven Resultat, nicht aber, indem wir einen Beschluß fassen, der einen wahnwitzigen Vorwurf, der gegen die Partei von irgendeinem unverantwortlichen Menschen erhoben wurde, in demonstrativer Weise zurückweist. (Lebhaftes Hört! hört! und Zurufe: Leipziger Volkszeitung!) Hat unsere Partei denn wirklich nötig, sich und ihre Instanzen zu verteidigen gegen den Vorwurf des Gebrauchs wucherischer Mittel zur Beeinflussung der Gesinnung der Parteigenossen? Stehen wir nicht viel zu hoch da, um uns mit solchen Dingen zu befassen?! (Lebhafte Zustimmung und erneute Zurufe: Leipzig!) Das entspricht gar nicht der Würde des Parteitages, vielmehr sollte er in positiver Weise auf das einwirken, worauf alles ankommt, Frieden in Württemberg und in Göppingen zu schaffen. Dieses Ziel müssen wir im Auge behalten und daraus ergibt sich, daß eine derartige Scheidung, wie sie Frank meint, nicht nötig und nicht empfehlenswert ist. Ich nehme denn auch an, daß Ebert eine die ganze Differenz beilegende Erklärung, wie ich sie angedeutet habe, abgeben wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Auer-München: In den Parteizeitungen wurden schwere Vorwürfe gegen den Parteivorstand und den württembergischen Landesvorstand erhoben. Es handelt sich hier um die Ehre der ganzen Partei. Die Genossen im Reiche haben das Recht zu verlangen, daß der Parteitag die Sache untersucht und durch Beschluß zur Entscheidung bringt. Wir wollen durch unsere Resolution die Möglichkeit haben, unserer Ansicht Ausdruck zu geben.

Lipinski-Leipzig: Wenn Auer auf seine Resolution besteht, dann muß man auch die Möglichkeit haben, durch die Resolution Ledebour der gegensätzlichen Auffassung Ausdruck zu geben. Ein Votum für den württembergischen Landesausschuß ist nicht notwendig, er hat es ja schon durch seine Organisation erhalten.

Bebel: Es wird Zeit, daß wir über diese geradezu ekelhafte Angelegenheit endlich hinwegkommen. (Lebhafte allgemeine Zustimmung.) Es ist schon zu viel darüber debattiert worden. (Beifall.) Ich bitte zu beachten, daß die Beschuldigung, der württembergische Landesvorstand habe sich eine wucherische Erpressung erlaubt, von einer Persönlichkeit ausgegangen ist, über deren moralische Qualitäten, nach dem, was wir hier gehört haben, wohl keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen. (Lebhafter Beifall.) Ich will nicht einmal der Persönlichkeit die Ehre antun, ihren Namen zu nennen. Ich schlage vor, die Resolution Auer wird zurückgezogen. Wir vom Parteivorstand sind vollkommen zufrieden, wenn Sie durch Ihre Dechargeerteilung Ihre Zustimmung zu dem Vorgehen des Parteivorstandes geben. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Frank-Mannheim: Nachdem die Beschuldigungen gegen den württembergischen Landesvorstand von dem Genossen Bebel in dieser Weise charakterisiert worden sind, und nachdem Liebknecht erklärt hat — welcher Meinung auch wir sind —, daß die Partei gegenüber solchen Beschimpfungen viel zu hoch steht, ziehe ich in Uebereinstimmung mit den Unterzeichnern den Antrag 193 zurück. (Lebhafter Beifall.)

Ledebour: Dann ziehen wir auch den Antrag 200 zurück. (Beifall und Heiterkeit.)

Dann wird in der allgemeinen Diskussion fortgefahren.

Neugebauer-Ludwigsburg: Man sollte nicht zuviel Worte darüber machen, daß der Parteivorstand in bezug auf Aufklärung und Bildung zuviel getan hat, es könnte dann leicht möglich sein, daß der Parteivorstand, gestützt auf dieses, im nächsten Jahr zu wenig tut. Auf dem Gebiet des Bildungswesens kann nicht genug getan werden. Wenn wir so große Opfer bei der Wahlbewegung bringen, haben wir auch die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, für die Bildung unserer Parteigenossen und der Arbeiter im allgemeinen mehr zu tun. Namentlich für die Erziehung der Jugend können die kleinen Vereine die nötigen Mittel nicht aufbringen. Wissen ist Macht! Die Bildung muß immer mehr in das Innere der einzelnen Personen eindringen. Dann wünsche ich noch, daß das außerordentlich wertvolle Material der Parteikorrespondenz allen Genossen, die agitatorisch tätig sind, zur Verfügung gestellt wird, was bis jetzt nur vereinzelt geschieht. Die Lebenslage der Arbeiter im allgemeinen hat sich nicht gehoben. Es ist noch viel Elend und Not vorhanden. Das sieht man besonders in Chemnitz. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, dieses Elend zu beseitigen, ganz gleich, ob es sich um organisierte oder unorganisierte Arbeiter handelt. Von einer gehobenen Lebenslage für einzelne Arbeiter kann man wohl sprechen. Sie besonders sollten auch dafür sorgen, daß Ihre Kinder im Geiste des Sozialismus erzogen werden. Mit der Tätigkeit des Parteivorstandes können wir in jeder Beziehung einverstanden sein. Er hat nach meiner Ueberzeugung nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Diese Ueberzeugung will ich den Genossen unseres zweiten württembergischen Wahlkreises zu übertragen versuchen. Wir werden dann mit neuer Begeisterung in die Agitation und Organisation eintreten. (Beifall.)

Büchner-Berlin: Binifzkiewicz hat vorhin durch seine Ausführungen erläutert, wie die Zustände der „Gazeta Robotnicza", des anerkannten Parteiorgans sind. Es hat leider der Parteivorstand beschlossen, das Blatt, das

bisher dreimal wöchentlich erschien, vom 1. Januar 1913 ab als Wochenblatt erscheinen zu lassen. Es muß anerkannt werden, daß der Parteivorstand zur Unterstützung des Blattes in finanzieller Beziehung vollkommen seine Schuldigkeit getan hat. Kein Blatt in Deutschland von so geringer Leserzahl erfordert so hohe Zuschüsse. Aber die Verhältnisse in ganz Polen sind doch ganz eigenartig. Die Unterdrückungspolitik, die hakatistische Bewegung, die nationalpolnische Frage bringen es mit sich, daß dort eine ganz besonders intensive Agitation speziell durch die Presse notwendig ist. Nun soll das Blatt nur einmal in der Woche erscheinen. Meine politischen Freunde sind der Meinung, daß dadurch die Aktionsfähigkeit für die polnische Bewegung Schaden leidet. Leider ist die Mitgliederzahl gegen das Vorjahr um 25 gesunken. Woran liegt das? Ein großer Teil der Proletarier, die dort erst der Organisation und dem Leserkreise gewonnen sind, sind nach anderen Orten ausgewandert und haben die ostelbischen Gefilde verlassen, um anderweitig Lohn und Brot zu suchen. Die Kosten, die dort aufgewendet werden, bringen aber auf der anderen Seite der Partei und der Presse wieder Vorteile. Wir sollten versuchen, daß alle Polen im ganzen Reiche, die zwar deutsch sprechen, aber nicht deutsch lesen können, dieses offiziell anerkannte polnische Organ lesen und so der Partei erhalten bleiben. Pflicht der Parteipresse ist es, darauf hinzuweisen. Meine Parteifreunde im vierten Berliner Wahlkreise, wo ungeheuer viel Polen wohnen, ebenso wie in Berlin VI, bitten darum, den Beschluß des Parteivorstandes aufzuheben und das Blatt weiter dreimal wöchentlich erscheinen zu lassen. Nicht einverstanden sind wir aber, wenn Biniszkiewicz erklärt, das Blatt sollte täglich erscheinen. Das wäre doch ein sehr gewagter Sprung, welcher die Parteikasse noch mehr belasten würde.

Luise Zietz: Es ist hier der Wunsch geäußert worden, daß die Buchhandlung Vorwärts die „Kommunale Praxis" zu einem billigeren Preise abgeben möge. Ich kann mitteilen, daß beim Einzelbezuge der „Kommunalen Praxis" der Preis 3 Mk. pro Quartal beträgt. Wenn aber für die einzelnen Orte der gemeinsame Bezug für alle Kommunalvertreter eingeführt wird, dann geht der Preis ganz unabhängig von der Zahl der entnommenen Exemplare auf 2,25 Mark herunter. Damit ist der geäußerte Wunsch schon erfüllt, ehe er ausgesprochen ist. Nun der Frauentag. Wir im Parteivorstand stimmen denjenigen zu, die der Meinung Ausdruck gegeben haben, daß der Termin für den Frauentag im letzten Jahre nicht glücklich gewählt war. Wir waren gezwungen, mit Rücksicht auf die politischen Vorkommnisse in diesem Jahre den Termin so spät zu wählen. Der Parteivorstand und die Bezirksleiterkonferenz haben sich mit der Frage des Termins und der Ausgestaltung des Frauentages bereits beschäftigt. Ich bitte Sie, so zu verfahren, wie von Rosenfeld vorgeschlagen wurde, und den Antrag, der auf den Frauentag Bezug nimmt, dem Parteivorstand zu überweisen. Es wird nächstens mit der Bezirksleiterkonferenz über diese Frage verhandeln. Lassen Sie uns da freie Hand bei der Entscheidung über die Festlegung des Termins und die sonstige Ausgestaltung des Frauentages. Wir sind alle einig, daß diese Demonstration, die der Erringung des vollen Bürgerrechts des Weibes gilt, so gut und wuchtig wie nur möglich ausgestaltet werden muß. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Noske: Damit ist die Diskussion über die Anträge zum Vorstandsbericht, soweit sie die allgemeine Agitation betreffen, erledigt. Es folgt die Debatte über die Anträge zu dem Punkte **Presse**.

Berten-Düsseldorf: Die Ideenwelt des Sozialismus greift immer weiter um sich. Sie muß aber auch in den Kreisen derjenigen Eingang finden, die man mit dem nicht schönen aber richtigen Ausdruck „Nichtvollsinnige" bezeichnet. Bei diesen unglücklichen Mitmenschen, die durch irgendein Gebrechen

verhindert sind, am Leben den Anteil zu nehmen, den der normal entwickelte Mensch haben kann, zeigt sich denn auch ein immer mehr hervortretendes Interesse am Befreiungskampf der Arbeiterklasse. Diesen Bestrebungen entsprechend ist der Parteivorstand bereits dazu übergegangen, eine besondere Zeitschrift für die Blinden herauszugeben. Aber auch die Taubstummen haben in den letzten Jahren gezeigt, daß sie am politischen Leben regen Anteil nehmen, und daß sie auch ihrerseits gewillt sind, die proletarischen Interessen durch die Sozialdemokratie vertreten zu lassen. In manchen Parteiorten haben sich bereits Sektionen der Taubstummen gebildet, die sich den politischen Organisationen unserer Partei angegliedert haben. In Rheinland-Westfalen, in Düsseldorf haben wir bereits über 50 Mitglieder. Auch in Berlin bestand eine Sektion, die leider eingeschlafen ist. Die Taubstummen des Wahlkreises Düsseldorf beantragen, daß der Vorstand eine Zeitschrift herausgibt, die regelmäßig erscheint und die Verbindung unter den taubstummen Genossen herstellt. Sie soll aber auch besonders zur Agitation unter dem taubstummen Proletariat dienen. Es handelt sich um eine immerhin zahlreiche Schicht der Bevölkerung. Nach der Volkszählung von 1910 gab es 35 000 Taubstumme in Deutschland, meist Angehörige des Proletariats. In Bayern sind es 5500, z. B. in München 500, in Nürnberg 200, in Sachsen sind es 2000, in Baden 2000, in Hamburg 500, in Bremen 200, in Berlin 3000, in Oberschlesien 2000 usw. Für diese Proletarier fehlt ein sozialdemokratisches Bindemittel vollkommen. Von kirchlich konfessioneller Seite bemüht man sich um sie seit Jahren. Mit Zeitungen versucht man diese taubstummen Proletarier zu billigen Ausbeutungsobjekten der bestehenden Gesellschaft zu machen. In Berlin werden zwei Taubstummenorgane herausgegeben, der „Taubstummenbund" und der „Märkische Taubstummenbote". Sie sollen mehr religiösen Charakter tragen. In Hamburg erscheint die „Neue Zeitschrift für Taubstumme", die sich parteilos nennt, aber eine ziemlich heftige Debatte gegen die Gründung von sozialdemokratischen Taubstummensektionen eröffnet hat. In Leipzig erscheint die „Deutsche Taubstummenkorrespondenz", die von den taubstummen Parteigenossen benutzt wird. Sie bringt in ihrer Nummer vom 1. Dezember einen Artikel, in dem auf die geistigen Bedürfnisse des Taubstummenproletariats hingewiesen wird. Es heißt dort unter anderem: „Die Taubstummen lechzen nach Aufklärung über politische und wirtschaftliche Fragen." In Trier erscheint der katholische „Taubstummenführer". In einem Verlage in Güstrow in Mecklenburg werden mehrere Taubstummenzeitungen herausgegeben, die „Deutsche Taubstummenzeitung", die „Taubstummenwelt" für evangelische und die „Rheinisch-Westfälische Taubstummenzeitung" für katholische Taubstumme. Die Sozialdemokratie kommt leider auf diesem Gebiete ziemlich spät. Nun wird man sagen, die Taubstummengenossen können ja die Parteiorgane lesen. (Sehr richtig!) Gewiß, aber gerade die Taubstummen, die meist sehr intelligent sind, haben auch das Bedürfnis, mit Schicksalsgenossen durch eine gemeinsame Zeitung zu verkehren. Helfen Sie diesen unglücklichen Parteigenossen und sie werden es Ihnen danken.

Dürr-München begründet den Antrag 99. Die neue Reichsversicherungsordnung stellt uns vor neue Aufgaben. Dieses Gesetz ist bis zu einem gewissen Grade ein Entrechtungsgesetz geworden. Tausende von Arbeitervertretern werden in den verschiedenen Versicherungsämtern als Schieds- und Spruchrichter über Materien zu urteilen haben, die bis jetzt nur von den Verwaltungsgerichten behandelt wurden. Das gleiche gilt für das große Gebiet der Krankenversicherung. Mit der Witwen- und Waisenversicherung werden neue Rechts- und Streitfragen auftauchen und da gilt es, dafür zu sorgen, daß wir den Vertretern bei ihrer schwierigen Aufgabe einen Wegweiser und Ratgeber

in einem populär geschriebenen Organ an die Hand gehen. Unsere Tagespresse und die Gewerkschaftsblätter sind dazu nicht imstande, und die bürgerlichen Organe behandeln diese Fragen nicht so, wie es für uns notwendig ist. Auch die Beilage des „Correspondenzblattes der Generalkommission“ genügt absolut nicht. Wir müssen unbedingt für diese Aufgabe ein zusammenfassendes Organ haben, das nicht nur für die Kassenvertreter und die Ausschußmitglieder in den Versicherungsanstalten in Frage kommt, sondern auch für die in der Partei und den Gewerkschaften Angestellten. Auch sie müssen sich über die soziale Gesetzgebung mehr und besser informieren als bisher. Das Absatzgebiet für eine solche Zeitschrift ist also gegeben, ich ersuche den Parteitag, dem Antrag zuzustimmen, damit dann der Parteivorstand unverzüglich mit der Generalkommission in Verbindung treten kann, denn hier kann Großes geschaffen und eine sozialkulturelle Tat vollführt werden.

Frau **Wulf**-Berlin: Der Antrag „Die Neue Welt“ besser auszugestalten, ist ja nicht das erstemal gestellt und es ist auch schon etwas in dieser Hinsicht geschehen; man ist dazu übergegangen, einen Teil der Auflage auf besserem Papier zu drucken. Die Genossen in Berlin IV glauben aber, daß auch der andere Teil künstlerischer ausgestaltet werden muß. Schon der Titel ist nicht allzu schön. Schon hier könnte etwas Besseres gemacht werden. Vor allem aber müßten die Bilder künstlerischer gestaltet sein. Ich bitte, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Hoffentlich wird der Parteivorstand etwas in dieser Beziehung tun. (Bravo!)

Scheibe-Bochum: Es wird dem Parteivorstand ja nicht leicht werden, den vielen Anregungen Folge zu geben, aber die Anträge 191 und 192 möchte ich ihm doch recht warm ans Herz legen. (Heiterkeit) Bei dem Antrag 191, der die Herausgabe einer Modenzeitung wünscht, handelt es sich nicht etwa darum, eine besondere Kleidung für unsere Genossinnen zu schaffen, sondern den bürgerlichen Modezeitungen, die ja noch einen bestimmten Nebenzweck verfolgen, ein Gegengewicht zu geben. Diese Modezeitungen liefern einen Unterhaltungsstoff, der systematisch darauf zugespitzt ist, die Arbeiterfrauen politisch zu verblöden. (Sehr richtig!) Aus diesem Grunde ist der Antrag gestellt, und nachdem er schon einmal vor Jahren dem Parteivorstand überwiesen ist, müssen wir mehr als je unser Augenmerk darauf richten. Der Antrag 192 wünscht, daß die Kinderbeilage der „Gleichheit“ an die Organisationen zu billigerem Preise abgegeben wird. Man hat früher einmal gesagt, wer die Kinderbeilage will, der soll die „Gleichheit“ selbst halten. Aber es kommt uns nicht darauf an, die ausgezeichnet redigierte Kinderbeilage lediglich denjenigen Genossinnen und ihren Kindern zugänglich zu machen, die sich schon zum Abonnement auf die „Gleichheit“ durchgerungen haben, sondern auch denen, die noch nicht so weit sind. Bei dem ungeheuren Wulst von religiösem und bürgerlichem Lesestoff für die Kinder müssen wir etwas bieten und ob man nun ein besonderes Kinderblatt schafft oder nur den Titel der Kinderbeilage ändert, das ist eine taktische Frage. Genosse Rühle gibt vom 1. Oktober ab ja eine Korrespondenz heraus, Anweisungen an die Eltern, die Erziehungsfragen betreffend. Dann wird es notwendig sein, um den Anregungen von Rühle in weitgehendstem Maße Folge leisten zu können, Stoff für unsere Kinder zu bieten. Wir müssen den Eltern, denen wir Anweisung für die Erziehung unserer Kinder geben, auch mit Stoff an die Hand gehen. (Zustimmung.)

Bérard-Hamburg: Kein Parteitag ohne Klagen über die „Neue Welt“. Ich hatte mich diesmal schon gefreut, davon befreit zu sein, weil in den ersten Anträgen nichts darüber gesagt wurde, aber nachträglich ist nun doch ein derartiger Antrag gekommen. Es ist ja richtig, die Bilder in der „Neuen

Welt“ sind nicht viel wert. Das gestehe ich ohne weiteres zu. Aber man soll doch berücksichtigen, welchen Charakter die „Neue Welt“ trägt und tragen sollte. Sie soll lediglich eine Zeitungsbeilage sein und sie ist dadurch gewissermaßen eine Eintagsfliege, ein Blatt, das man liest und in der Regel dann beiseite wirft. Nun hatten wir ja versucht, eine bessere Ausgabe zu machen. Die Genossin, die den Antrag begründet hat, scheint das nicht zu wissen. Wir hatten auch eine Ausgabe mit besserem Papier vorbereitet für die Genossen, welche die „Neue Welt“ sich einbinden lassen wollen. Für das Exemplar forderten wir 5 Pf., die mußten wir auch haben, um die Kosten zu decken. Die Beteiligung war aber von Anfang an eine so geringe, daß sich Redaktion und Verlag entschließen mußten, diese bessere Ausgabe eingehen zu lassen. Sowohl der Redakteur, wie ich in meiner Eigenschaft als Verleger haben einen Ehrgeiz, zu zeigen, was gemacht werden kann, wenn uns das nötige Material zur Verfügung gestellt wird. Das kann aber nicht sein, solange Sie nicht damit einverstanden sind, daß wir mehr für die „Neue Welt“ fordern dürfen, als jetzt gefordert wird. Tausend Exemplare werden für 9,50 Mk. und bei kleineren Parteigeschäften für 9 und 8 Mk. abgegeben. Es ist unmöglich, dafür ein besseres Papier zu geben. Die Autotypien eignen sich in der Tat nicht für ein Papier, wie die „Neue Welt“ es hat. Wir können aber ein anderes Papier nicht nehmen, weil sonst die Ausgaben zu hoch würden. Ich habe ja schon in früheren Jahren gesagt, daß die „Neue Welt“ fortwährend mit Defizit arbeitet. Es scheint mir überflüssig, darüber noch viele Worte zu verlieren. Das Richtigste würde sein, wenn Sie über den Antrag zur Tagesordnung übergehen. Es ist überflüssig, ihn dem Parteivorstand zu überweisen, denn der kann dazu auch nichts tun.

Luise **Zietz**-Berlin: Im Namen des Parteivorstandes möchte ich Sie bitten, den Antrag 91, der sich auf den Inhalt der „Gleichheit“ bezieht, abzulehnen. Der Parteivorstand und die Redaktion der „Gleichheit“ gehen darin einig, daß das Niveau der „Gleichheit“ nicht herabgedrückt werden darf. Wir müssen bei der Beurteilung des Charakters der „Gleichheit“ in Betracht ziehen, daß sie eine doppelte Aufgabe zu erfüllen hat. Sie soll die erst neugewonnenen Genossinnen in unsere Weltanschauung einführen, sie mit sozialistischer Erkenntnis erfüllen. Diesem Zweck wird vor allem gedient durch eine Reihe von Artikeln sozialpolitischen Inhalts und durch die Beilage für die Hausfrauen und Mädchen. Die „Gleichheit“ soll aber auch das führende Organ der fortgeschrittenen Genossinnen sein, und dazu muß sie bei neu auftauchenden Fragen orientierend wirken und muß diese Fragen im Lichte des Sozialismus zeigen. Wir wollen, daß dieser Zweck erreicht und das Niveau der „Gleichheit“ nicht herabgedrückt wird. Wenn wir in Deutschland die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen haben, daß die proletarische Frauenbewegung vollkommen frei ist von allen frauenrechtlerischen Tendenzen, daß gerade unsere Frauenbewegung ihrem innersten Wesen und Kern nach ein Teil der großen allgemeinen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ist, so haben wir das nicht in letzter Linie dem schulenden Einfluß der „Gleichheit“ zu danken. (Bravo!) Und aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, den Antrag abzulehnen. Ich möchte auch noch darauf verweisen, daß es vollständig falsch ist, wenn auf verschiedenen Bezirkskonferenzen und auch hier auf dem Parteitag hervorgehoben worden ist, daß das Studium der „Gleichheit“ für einen Teil gerade der fortgeschrittenen Genossinnen nicht mehr notwendig wäre, weil sie sich in der Parteipresse orientieren könnten. Unsere Parteizeitungen sollen im allgemeinen orientieren, aber gerade die Frauenfrage im Lichte des Sozialismus zu zeigen und im gesamten Zusammenhang mit der gesamten Arbeiterbewegung, das soll die Aufgabe der „Gleichheit“ sein.

Ich bitte Sie, auch den von Bochum begründeten Antrag 192 abzulehnen, daß die Kinderbeilage der „Gleichheit" den Organisationen billiger zugänglich gemacht werden soll. Alles das, was Scheibe zur Begründung gesagt hat, das reklamiere ich für die Wirkung und Wirksamkeit der Kinderbeilage als richtig, aber weil es richtig ist, sollen wir nicht die Kinderbeilage abtrennen von der „Gleichheit" und sie zu einem billigeren Preis geben, sondern mit aller Kraft darauf hinwirken, daß die gesamte „Gleichheit" abonniert und gelesen wird. Daß wir so verfahren, ist auch aus anderen Gründen dringend notwendig, nämlich, weil gerade, wenn wir nicht nur schulend auf die Genossinnen einwirken wollen, sondern ihnen auch Material für die Erziehung ihrer Kinder in die Hand geben wollen, daß die Kinderbeilage der „Gleichheit" gerade in die Hände unserer Genossinnen kommt, damit sie dafür sorgen, daß nun auch für die Kinder ihr Inhalt vermittelt werde. Darin gehen wir wohl alle einig, daß nicht nur dort, wo die „Gleichheit" eingeführt ist, die Kinderbeilage von proletarischen Kindern gern gelesen wird, die das Erscheinen der Beilage ungeduldig erwarten, sondern daß wir noch weiter gehen müssen, denn jeder Kinderfreund und Pädagoge hat seine helle Freude über unsere Kinderbeilage. Deshalb sollen Sie dafür sorgen, daß die „Gleichheit" und mit ihr auch die Kinderbeilage die weiteste Verbreitung finden. Zum Antrag 95 schließe ich mich dem an, was Bérard gesagt hat. Bezüglich des Antrages 191, der eine Modezeitung schaffen will, glaube ich, daß Scheibe nicht gut zugehört hat, als Ebert seinen Geschäftsbericht erstattete. Ebert hat betont, daß der Parteivorstand beschlossen hat, ein solches Blatt zu schaffen. Die sehr großen technischen Schwierigkeiten machen es aber unmöglich, schon jetzt den Zeitpunkt des Erscheinens zu bestimmen. Selbstverständlich wird es sobald als möglich geschehen. Ich nenne dieses Blatt nicht eine Modezeitung, sondern möchte es „Die praktische Arbeiterin" nennen. Alle Antragsteller wünschen keine ausgesprochene Modezeitung, sondern ein Gegengewicht gegen Blätter, wie „Die praktische Hausfrau" und „Die praktische Berlinerin", die in vielen hunderttausend Exemplaren in Deutschlands proletarischen Kreisen verbreitet sind und die dazu beitragen, daß die Leser dieser Zeitungen im chauvinistischen und bigotten Sinn beeinflußt werden. Wenn wir ein Blatt bekommen, das den praktischen Bedürfnissen der Frauen Rechnung trägt durch Schnittmuster, Anleitung zur Herstellung von Frauen- und Kindergarderobe und daneben sozialistischen Text bringt, so wird ein solches Blatt ganz außerordentlich erzieherisch wirken können in den Kreisen der Indifferenten, die bisher unserer Propaganda ferngestanden haben. Wollen wir ein solches Blatt aber nicht nur schaffen, sondern auch erhalten, so möchte ich die dringende Mahnung an alle Genossen und Genossinnen richten, wenn das Blatt herauskommt, sich mit ganzer Energie für die Propaganda in den Kreisen der indifferenten Frauen einzusetzen. Der Antrag selbst ist also bereits überholt. Damit der Antrag 97 nicht wiederkehrt, muß ich erklären, daß es doch ein fundamentaler Unterschied ist, ob wir eine besondere Literatur für die Blinden schaffen, die nicht lesen können, oder ob wir eine besondere Literatur für die Taubstummen schaffen wollen, die doch genau so lesen können wie wir. Wir alle wollen, daß die taubstummen Proletarier für den Klassenkampf gewonnen und unseren Organisationen eingereiht werden. Dazu kann man aber so verfahren, wie es in einer Reihe von Orten geschehen ist, kann die Taubstummen organisieren, etwa besondere Sektionen für sie errichten, und wenn dann die Taubstummen in unserer Presse besonders auf diese Einrichtungen hingewiesen werden, so wird sich das aufs beste bewähren. Ebensowenig als wir für die Blinden besondere Reden halten, ebensowenig können wir für die Taubstummen eine besondere Presse einführen. Ich möchte also bitten, diesen

Gedanken auch für die Zukunft fallen zu lassen. Den Antrag 96 auf Anlegung eines Verzeichnisses der sozialistischen Literatur bitte ich dem Parteivorstand zu überweisen. Der Antrag 99 ist ein alter Bekannter des Parteivorstandes und der Generalkommission. Schon vor einigen Jahren ist aus München die Anregung gekommen, in seinem Sinn zu verfahren. Der Parteivorstand hat sich mit der Generalkommission in Verbindung gesetzt, diese hat den Plan einer Konferenz der Arbeitersekretäre unterbreitet und die Konferenz hat gemeinsam mit dem Parteivorstand und der Generalkommission diesen Antrag abgelehnt und auf die Rechtsbeilage des „Correspondenzblattes" verwiesen, in der alle Fragen, die der Antrag in einem besonderen Blatte behandelt zu sehen wünscht, im einzelnen behandelt werden. Sicher treten öfter neue Probleme in der Arbeiterversicherung auf, wo ein solches Blatt als ein notwendiges Orientierungsorgan betrachtet wird, aber es genügt, wenn für die Arbeitervertreter in den Versicherungsämtern usw. die Beilage des „Correspondenzblattes" durch Abonnement auf dieses beschafft wird. Ein besonderes Blatt hierfür erscheint uns jedoch überflüssig. Es existieren ja auch noch einige neutrale Zeitschriften für diese Aufgaben, so die „Volkstümliche Zeitschrift für Arbeiterversicherung", Nebenblatt des Organs der Bureaubeamten, und die „Deutsche Krankenkassenzeitung", sowie eine reiche Literatur, welche diesem Bedürfnis Rechnung trägt. Deshalb bitten wir Sie, den Antrag 99 abzulehnen. Die Vorwärtsbuchhandlung hat in Vorbereitung eine Bibliothek, in der die einzelnen gewerkschaftlichen Fragen in abgeschlossenen Broschüren behandelt werden sollen, ferner eine Bibliothek, die verschiedene volkswirtschaftliche Fragen in abgeschlossenen Broschüren behandeln wird. Auch diese neu zu schaffenden Bibliotheken würden zum Teil dem Wunsch des Antrages 99 Rechnung tragen. Ich bitte Sie, nach meinen Vorschlägen zu verfahren.

Ludwig-Hagen: Die Genossin Zietz hat einen Massenmord vorgenommen (Lebhafte Ohorufe!), sie hat eine ganze Reihe von Anträgen, ohne daß es die Delegierten gemerkt haben (Heiterkeit), namens des Parteivorstandes abgemurkst. Ich möchte bitten, ihren Anregungen doch nicht so ohne weiteres zu folgen. Sie erklärte, weil die taubstummen Arbeiter überhaupt lesen können, erübrige sich die Herausgabe einer eigenen Zeitschrift. Religiöse und andere Korporationen haben seit zehn Jahren sehr viele Spezialschriften für Taubstumme herausgegeben, deshalb schon müssen wir zu anderen Ansichten kommen. Ich bitte, den Antrag Düsseldorf dem Parteivorstand zu überweisen und ihn ihm auch noch recht warm ans Herz zu legen. Sprechen Sie doch mal mit den Delegierten, die in ihren Kreisen eine größere Anzahl Taubstumme haben, sie werden hören und staunen, mit welchem Interesse die Taubstummen an dem Munde der Redner hängen und den Rednern ablesen, was sie sagen. Wenn die Partei doch die Partei der Elenden und Unterdrückten ist, so wird ihr ein Versuch zugunsten der Aermsten der Armen, der Taubstummen, nur zur Ehre gereichen! (Bravo!)

Hildenbrand-Stuttgart beantragt Schluß der Debatte. Vor der Abstimmung erhält noch das Wort zu einer Ergänzung ihrer Ausführungen

Luise **Zietz**: Ich habe noch hinzuzufügen, daß allerdings der Parteivorstand beschlossen hat, hin und wieder eine Flugschrift an die indifferenten Taubstummen herauszugeben, aber ein regelmäßig erscheinendes Organ, das nur für die Taubstummen geschrieben wird, können wir aus den von mir angeführten Gründen nicht schaffen. Ich bin aber einig mit Ludwig, daß die Taubstummen nicht nur uns verstehen, wenn sie uns nach dem Munde sehen, sondern ich gehe noch weiter und meine, daß einer so außerordentlich kräftigen

Stimme, wie sie Ludwig besitzt, die Taubstummheit überhaupt nicht standhalten wird! (Lebhafte Heiterkeit.)

Die Debatte über Presse und Literatur wird geschlossen.

Die folgende Debatte bezieht sich auf die Anträge, die sich mit der Jugendbewegung und der Bildungspflege befassen. Dazu kommt die Resolution 202 und die neueingegangene Resolution 219.

Zur Begründung erhält das Wort der Mitantragsteller

Heinrich Schulz: Ich kann mich nicht nur auf diese zwei Anträge beschränken, die Genosse Haase eben verlesen hat, es ist mir auch der ehrenvolle Auftrag geworden, zu einigen der Anträge Stellung zu nehmen, die sich auf das Gebiet der Bildungsarbeit beziehen.

Der Bericht des Zentralbildungsausschusses hat in der Parteipresse wenig oder gar keine Anfechtung erfahren. Auch die Anträge, die zur Bildungsfrage vorliegen, enthalten keine eigentliche Kritik, sondern allenfalls Anregungen und Wünsche für die zukünftige Tätigkeit des Bildungsausschusses. Ich möchte aber nicht unterlassen, eine Meinungsäußerung eines angesehenen bürgerlichen Blattes über diese Dinge zur Kenntnis zu bringen. In den „Grenzboten“ war ein ausführlicher Artikel über die sozialdemokratische Bildungsarbeit enthalten, der sich auf Grund eigener Rechnungen mit verschiedenen unserer Einrichtungen beschäftigte. Der Artikel unterschied zwischen den Wanderkursen und den künstlerischen Veranstaltungen. Er kam zu der für uns interessanten Auffassung, daß die gefährlichere Art der Bildungsbetätigung die künstlerischen Veranstaltungen seien. „Sie sind für die Sozialdemokratie die billigste, einfachste und wirkungsvollste Werbearbeit,“ weil sie die „Begehrlichkeit wecken“. Es ist interessant, daß ein bürgerlicher Gegner diese zweifellos bestehende, wenn auch natürlich nicht einzige Wirkung künstlerischer Veranstaltungen erkannt hat. Er sagt weiter: „Weit ungefährlicher sind die wissenschaftlichen Bildungsarbeiten der Sozialdemokratie.“ Das begründet er mit dem Hinweis auf die Zahl der Teilnehmer an den Bildungskursen. Er meint, 34 000 Teilnehmer bedeuten nichts bei 4 Millionen Sozialdemokraten.

Gewiß trifft es zu, daß im letzten Winter nur 34 000 Teilnehmer vorhanden waren; wir wissen aber, daß durch die Reichstagswahlen ein großer Teil der Bildungsarbeit lahmgelegt war. Die Bildungskurse haben ja auch nicht die Aufgabe, die 4 Millionen zu fassen, sondern sie kommen immer nur einer gewissen Oberschicht zugute, und diese Oberschicht soll dafür sorgen, daß die Erkenntnis in weitere Kreise der Arbeiterschaft hineindringt. Im nächsten Jahre werden wir wahrscheinlich eine weit größere Teilnehmerzahl mitzuteilen haben. Wir haben seit Wochen schon viele Wünsche und Anfragen in bezug auf unsere Wanderredner nicht mehr befriedigen können. Ich will das öffentlich aussprechen, damit die verschiedenen Genossen, die eine ablehnende Antwort bekommen haben, wissen, daß sie nicht die einzigen gewesen sind. Ungefähr zehn Wanderredner werden wir im nächsten Winter aussenden, die alle bis zum Frühjahr, zum Teil schon bis in den Juni hinein besetzt sind. So stark macht sich das Bildungsbedürfnis bemerkbar. Die Kurse des Bildungsausschusses haben sich ziemlich durchgesetzt, und wir können uns nun wieder mehr den anderen wichtigen Bildungsaufgaben widmen. Damit komme ich zu den Anträgen.

Eine Gruppe von Anträgen, die Anträge 98 und 119, beziehen sich auf das Bibliothekwesen. Der Antrag 98, der die Herausgabe eines Verzeichnisses von Büchern wünscht, um eine planmäßige Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus zu ermöglichen, kommt einer Absicht entgegen, die der Bildungsausschuß ohnehin schon hat. Unser Musterkatalog für Arbeiterbibliotheken ist nur auf die Finanzkraft der Vereine zugeschnitten, wir werden aber einen anderen Katalog herausgeben, für den die verschiedenen wissenschaftlichen Gebiete von Fachleuten bearbeitet werden sollen. Bei diesem Verzeichnis soll der wissenschaftliche und praktische Wert der Bücher für Arbeiterbibliotheken, also nicht die Geldfrage, der leitende Gedanke sein. Das wird zweifellos ein guter Führer werden, aber von heute auf morgen läßt er sich nicht verwirklichen. Ich glaube, daß durch dieses Verzeichnis auch die Wünsche der Antragsteller erfüllt werden. Der Antrag 119 ist das Ergebnis eines Referats, das sich die Genossen des Niederrheins von einem im Bibliothekwesen erfahrenen Fachmann haben halten lassen. Der Antrag enthält eine Anzahl wertvoller Anregungen, denen näherzutreten ist, aber das kann nicht auf einem Parteitag geschehen. (Sehr richtig!) Diese Anregungen sind eher auf einer Bibliothekarkonferenz zu erörtern. Bisher hat sich der Zentralbildungsausschuß zur Einberufung einer solchen Konferenz nicht entschließen können, nicht aus bösen Absichten oder aus mangelndem Interesse, sondern weil wir uns sagen, die Bibliothekfrage ist nur ein Stück der Bildungsfrage, sie muß im Rahmen der ganzen Bildungsfrage erörtert werden. (Sehr richtig!) Wir mußten zunächst das Bildungswesen erst einmal organisieren. Das ist jetzt durch die Einsetzung der örtlichen und der Bezirksbildungsausschüsse in hinreichendem Maße geschehen. Wenn wir, ohne diese Grundlage abzuwarten, eine Bibliothekarkonferenz einberufen hätten, so wäre nichts dabei herausgekommen. Es wird wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit sein, daß wir eine Konferenz der Bezirksbildungsausschüsse einberufen, und diese Konferenz wird das gegebene Organ sein, um auch die Bibliothekfrage zu erörtern. Von einer solchen Konferenz können die Anregungen in die Bezirkskonferenzen der Bildungsausschüsse übertragen werden. Innerhalb der Bezirke lassen sich vielleicht auch Kurse für Bibliothekare einrichten. Ich möchte Sie nur bitten, in dieser Sache nichts zu überstürzen und nicht zu glauben, daß wir nichts tun, wenn nicht gleich jede Spezialaufgabe in die Hand genommen wird. Die Bildungsarbeit schreitet gut vorwärts, der Druck von unten freut uns nur. Aber man muß auch darauf achten, daß bei dem Drängen der Spezialgebiete keine Aufgabe zu kurz kommt.

Auch der Antrag Frankfurt, der ein Organ für die Bildungsarbeit wünscht, ist nicht neu. Man beruft sich auf das österreichische Organ, aber eines schickt sich nicht für alle. Wenn der Zeitpunkt da sein wird, ein solches Organ zu schaffen, dann wird sich die deutsche Partei nicht sträuben. Vorläufig scheint uns der Zeitpunkt für ein regelmäßig erscheinendes Organ noch nicht gekommen. Wir wollen aber eine bessere Fühlung der Zentrale mit den örtlichen Bildungsausschüssen dadurch schaffen, daß wir von Zeit zu Zeit Rundschreiben herausgeben, in denen die wichtigsten Fragen der Bildungsarbeit erörtert werden. Ich bitte die Frankfurter, erst einmal dieses Rundschreiben abzuwarten. Ueber den weiteren Wunsch der Frankfurter Genossen wegen der Lichtbildervorträge haben wir noch nicht beraten. Ich bitte, daß auch dieser Antrag dem Bildungsausschuß überwiesen wird, wir werden prüfen, ob und wie wir dem Wunsche Rechnung tragen können.

Die zweite Gruppe von Anträgen beschäftigt sich mit der Jugendbewegung. Ich bitte aber hierbei die eigentliche Jugendbewegung, für die die Jugendlichen vom 14. bis zum 18. Lebensjahre in Betracht kommen, zu trennen von der Arbeit, die wir an den über 18 Jahre alten Arbeitern und Arbeiterinnen zu leisten haben. Für unsere eigentliche Jugendbewegung gelten die gesetzlichen Bestimmungen, die uns Beschränkungen auferlegen. Für die Arbeiter vom vollendeten 18. Jahre ab gelten diese Beschränkungen nicht mehr, die Tätigkeit für diese Arbeiter kann man nicht unter die Jugendbewegung im engeren Sinne rechnen. In diesem Sinne bitte ich die Ihnen vorliegenden Anträge zu

bewerten. Die Anträge Niederbarnim, Spandau und Berlin III, soweit sie sich auf die Jugendlichen zwischen dem 18. und 20. Lebensjahre beziehen, gehören zur Bildungsarbeit, und als solchen bitte ich Sie, ihnen Gehör und Beachtung in der Form unserer Resolution zu schenken. Gerade die jungen Leute vom 18. Lebensjahre an sind die besten Jahrgänge für unsere planmäßige Bildungsarbeit; sie sind nicht mehr so sehr interesselos gegenüber der abstrakten Denkarbeit, wie die jüngeren. Unsere Bildungsausschüsse müssen Wert auf die Heranziehung der jungen Leute zwischen 18 und 20 Jahren legen und versuchen, sie durch planmäßige Aufklärung dauernd für uns zu gewinnen. (Sehr wahr!)

Zum Schluß noch ein Wort zur eigentlichen Jugendfrage, zu der die Resolution vorliegt, die Ihnen von den auf dem Parteitag anwesenden Mitgliedern der Zentrale unterbreitet wird, und durch die sich die anderen Anträge zur Jugendbewegung erledigen. Ich habe hier kein Referat über die Jugendbewegung zu halten, obwohl die ganze Entwickelung der proletarischen und noch mehr der bürgerlichen Jugendbewegung es ratsam erscheinen ließe, daß wir uns damit eingehend beschäftigten. Aber vielleicht kommen wir auch durch die einheitliche Kundgebung, die ich mir verspreche, zum Ziel. Wir sind uns doch darüber klar, daß das, was als bürgerliche Jugendbewegung sich heute gibt, indirekt zurückzuführen ist auf die Arbeit der proletarischen Jugendbewegung. (Sehr richtig!) Wenn die Bürgerlichen auf den Fortgang ihrer Jugendbewegung stolz sind, so müßten sie uns eigentlich dankbar dafür sein. Aber wir beanspruchen keinen Dank, wie wir auch den Bürgerlichen nicht dafür danken, daß sie uns durch jede ihrer Maßnahmen vorwärts bringen. Diese Herren tun das ja nicht uns zu Gefallen, sondern sie tun es gegen uns. Die Logik der Entwickelung aber bringt es mit sich, daß alle ihre Maßnahmen zu unseren Gunsten ausfallen. Wenn sie uns hier und da hemmen, so sammeln wir hinter den Hemmungen neue Kraft und schreiten hernach um so schneller vorwärts.

Auf bürgerlicher Seite besteht keineswegs volle Einmütigkeit in der Jugendpflege, die konfessionellen Jugendvereine fühlen sich zurückgesetzt, sie sind verstimmt. Früher war die konfessionelle Jugendbewegung die einzige auf bürgerlicher Seite, sie tat sich etwas darauf zugute, wenn sie auch wie ein Veilchen im Verborgenen blühte. Sobald wir uns der Jugendbewegung annahmen, ging der konfessionellen Bewegung der Atem aus, es trat die interkonfessionelle Jugendbewegung unter der Oberhoheit der Zentralstelle für Volkswohlfahrt hinzu. Natürlich ist es auch dadurch nicht gelungen, uns ein Paroli zu bieten. Dann kam als neuestes Ergebnis der bürgerlichen Jugendagitation der Jungdeutschlandbund, der alle möglichen bürgerlichen Vereine, nicht nur die Jugendvereine, sondern auch die Gewerkschaften unter einen Hut, oder richtiger gesagt, unter einen großen Helm zu bringen sucht.

Eine Klarstellung: wir können natürlich nichts dagegen haben, daß auf bürgerlicher Seite eine Jugendbewegung besteht. Das ist das gute Recht unserer Gegner. Wir müssen es uns auch gefallen lassen, daß die bürgerliche Jugendbewegung unter den jungen Arbeitern zu agitieren sucht. Mögen dann Argumente gegen Argumente stehen. Unser Widerspruch beginnt erst da, wo die Jugendsache der bürgerlichen Parteien, als eine Gegenorganisation gegen die proletarische Jugendbewegung, zur Staatssache gemacht wird, genau so wie man die Staatskirche zu einem Organ der Herrschenden gegen die Arbeiter gemacht hat. (Sehr richtig!) Unser Widerspruch richtet sich dagegen, daß aus allgemeinen Mitteln, aus den Steuern bezahlte Einrichtungen benutzt werden, um Steuerzahler aus politischen Gründen unter dem Deckmantel der Jugendbewegung zu bekämpfen. (Lebhafte Zustimmung.) Und eine zweite Klarstellung: wir haben natürlich auch nichts dagegen, wenn Mittel des Staates und der Gemeinden verwendet werden, um bessere Einrichtungen für die Erziehung der Jugend zu schaffen. Man redet von der berühmten „Lücke“ zwischen dem 14. und 18. Lebensjahre, und die Bürgerlichen tun sich etwas darauf zugute, als wenn sie diese Lücke plötzlich entdeckt hätten. Die selbstgefälligen Entdecker dieser Lückentheorie sollten sich einmal mit der Geschichte der Arbeiterbewegung beschäftigen. Sie werden dann finden, daß die Arbeiter schon mit allen Kräften bestrebt gewesen sind, die Lücken auszufüllen. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokratie ist es gewesen, die zuerst die menschenunwürdige Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft bekämpft hat, die von jeher für die einzig richtige Ausfüllung der Lücke eingetreten ist durch staatliche und gemeindliche Schulreform, durch obligatorischen Fortbildungsunterricht für Knaben und Mädchen, durch Verlängerung der Schulpflicht. (Sehr richtig!) Wir empfinden es bitter, daß die herrschenden Kreise ihre Kinder bis zum 18. und 20. Jahre — und wenn sie ein bißchen dumm sind (Heiterkeit), noch darüber hinaus — auf der Schule lassen können. Wir wünschen, daß auch unsere proletarischen Kinder einen längeren Schulbesuch erhalten. Wir verlangen weiter Lehrlingswerkstätten, Lehrlingsschutz, gemeindliche Bildungseinrichtungen aller Art, um diese Lücke zu schließen. Würden Staat und Gemeinde solche Einrichtungen schaffen unter Kontrolle durch die ordnungsmäßigen Instanzen der Selbstverwaltung, objektiv und unparteiisch, ohne politische Nebenabsichten, die Regierung und die Verwaltungen hätten keinen wärmeren Befürworter und keine größeren Freunde ihrer Pläne, als die sozialdemokratischen Abgeordneten und Stadtverordneten. (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist eine geradezu widerwärtige Heuchelei, wenn über die bedauernswerte Lage der Arbeiterjugend gejammert und doch nichts dagegen getan wird. Oder wenn etwas getan wird, so ist dieses Etwas beinahe schlimmer als das Nichts. Die Regierung hilft mit einigen Millionen bei der bürgerlichen Jugendpflege aus. Die Regierung weist die „nachgeordneten“ Behörden an, die Jugendbewegung zu unterstützen. Die private Jugendpflege soll gefördert werden. Man geht den geschickten Weg, sich vor der Verantwortung zu drücken, die legt man unverantwortlichen Privaten auf. Im stillen freut man sich über das, was von diesen unverantwortlichen Stellen, von privaten Sozialistenfeinden, getan wird. Mit Unterstützung der Regierung wird also eine ganz gewöhnliche politische Agitation mit staatlichen Mitteln gegen die Sozialdemokratie getrieben. Neulich hat es ein spaßiges Aufsehen in der Oeffentlichkeit erregt, als der interessante Bureaukrat Kraetke vom Reichspostamt einem Rechtsanwalt das Telephon entzogen hat. Ist es etwas anderes, wenn Herr Breitenbach, die bureaukratische Spitze des Eisenbahnwesens, seine Fahrtermäßigung nur den Vereinen einräumt, die dem Jungdeutschlandbund angehören? Wenn er der proletarischen Jugendbewegung die Ermäßigungen verweigert? Das ist dasselbe, als wenn Kraetke sagen würde: weil Du liebes Kind bist, bekommst Du das Telephon zum halben Preis, und Du, weil Du nicht gut angeschrieben bist, mußt es teurer bezahlen oder bekommst gar keins. Gegen diese unerhörte Günstlingswirtschaft müssen wir uns wenden. Wir dürfen nicht dulden, daß öffentliche Gelder privaten Organisationen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zur Verfügung gestellt werden; daß öffentliche Einrichtungen, Eisenbahnen, Kasernen, amtliche Personen, Offiziere, Unteroffiziere, Aerzte und Richter zur Verfügung gestellt werden, nicht um die neutrale Jugendbewegung zu fördern, sondern um unter diesem Deckmantel die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Und diese ganze Förderung der bürgerlichen Jugendpflege, nachdem man zuvor die Arbeiterjugend durch rücksichtslose Maßnahmen geknebelt hat. Die Teilnahme von Jugendlichen unter 18 Jahren an politischen Veranstaltungen ist verboten. Dieser Paragraph wird nur gegen die Arbeiterjugend angewendet. Erinnern Sie sich an den Entscheid des preußischen Oberverwaltungsgerichts, wonach Arbeiterjugendvereine und freie Jugendorganisationen für politische Vereine erklärt werden, „weil diese, obgleich von der Partei nicht ins Leben gerufen und mit ihr als solcher nicht organisch verbunden, dennoch ein Glied der Einrichtungen sind, welche der sozialdemokratischen Partei dienstbar sind". Nach diesem Urteilsspruch gibt es überhaupt nichts, das nicht als politischer Verein aufgefaßt werden könnte, denn alles wird in irgendeiner Weise auch der Sozialdemokratie dienstbar sein. Wenn nur der zehnte Teil des juristischen Scharfsinns, der gegen die Arbeiterjugendbewegung angewandt wird, gegen die bürgerliche Jugendbewegung gerichtet würde, sie würde schon mit Stumpf und Stiel vernichtet sein. Freilich, man sagt es nicht offen, daß die bürgerlichen Jugendvereine politische Veranstaltungen sind. Dazu sind die Herren zu vorsichtig. Aber gelegentlich geht einem Unvorsichtigen einmal der Mund über. Hören wir die „Kreuzzeitung", das Organ der Ritter und Heiligen, vom 21. März: „Es versteht sich von selbst, daß alle diese Versuche darauf hinausgehen, der von Jahr zu Jahr zunehmenden Minierarbeit der Sozialdemokratie entgegenzuwirken. . . . Kampf gegen die internationale Sozialdemokratie und den Atheismus ist heute notwendig auch auf dem Gebiete der Jugendfürsorge." — Das ist deutlich genug. Freilich läuft auch mancher harmlose Ideologe in der bürgerlichen Jugendbewegung mit, ohne zu wissen, zu welchen politischen Nebenzwecken er dort mißbraucht wird. Wie es gemacht wird, zeigt eine Aeußerung der „Kölnischen Zeitung": „Sport, Fußwandern, Turnen bildeten früher einseitig Körper und Geist aus. Gerade beim Spiel und Turnen, beim Wandern durch die freie Natur entspinnt sich rasch und leicht ein inniges Vertrauensverhältnis zwischen Jugendlichen und den die Aufsicht führenden Jugendpflegern. Die Pfleger werden der fragelustigen Jugend Antwort geben müssen. Sie werden erzählen aus der vaterländischen Geschichte, der Natur, Literatur, und so der Jugend Kenntnisse und Urteile vermitteln können, die ihr im Rahmen eines pflichtgemäßen Unterrichts nicht so leicht zu übermitteln wären." Wenn Sie zwischen den Zeilen lesen, so werden Sie alles verstehen. Da heißt es: Nützt Eure Zeit aus, Ihr Lehrer und Jugendpfleger, bei Wanderungen und im Freien seid Ihr nicht an den Lehrplan gebunden, seid Ihr nicht zu kontrollieren, und wenn Ihr tüchtige Persönlichkeiten seid — und zweifellos gibt es in der bürgerlichen Jugendpflege viele tüchtige Personen —, dann werdet Ihr großen Einfluß ausüben können. Die sattsam bekannten „Hamburger Nachrichten" schreiben: „In ihrer fanatischen Begierde, aus dem Herzen der Arbeiterbevölkerung den Glauben an die Ideale zu reißen, ist die Sozialdemokratie seit Jahren am Werke, die Jugend zu revolutionieren!" Ist es Dummheit oder Infamie, wenn so etwas geschrieben wird?

Wenn heute noch irgendwo Ideale sind, so sind sie bei der kämpfenden Arbeiterklasse. Ideale sind geistige Bilder einer schöneren Zukunft, einer edleren Menschlichkeit. Hohe Profite und gefüllte Portemonnaies sind deshalb keine Ideale. Das ist allenfalls das Ideal des Riesen Fafner: „Ich liege und besitze, laßt mich schlafen!" Die Sozialdemokratie strebt für eine bessere Zukunft. In der sozialdemokratischen Weltanschauung, in den sozialistischen Zielen vereinigen sich alle unausgeführten wertvollen Ideale früherer Zeiten. Mancher große Mann aus der bürgerlichen Vergangenheit würde, wenn er heute lebte, in der Sozialdemokratie die konsequenteste und unermüdlichste Vorkämpferin seines schönsten Wollens sehen.

Freilich unterscheidet sich das, was wir wollen, von dem, was die Bürgerlichen wollen, auch bei den künstlichen Idealen, die die bürgerliche Gesellschaft noch krampfhaft aufrechterhält. Zwei Dinge spielen in der bürgerlichen Jugendbewegung beim Kampfe gegen die Sozialdemokratie eine wichtige Rolle: Königstreue und Vaterlandsliebe. Gewiß haben wir in diesen Fragen andere Auffassungen, als sie in der bürgerlichen Gesellschaft gehegt und gepflegt werden. Aber suchen wir unsere Auffassung durch Schimpfen durchzusetzen? Haben sich die Anschauungen über Königstreue und Patriotismus im Laufe der Jahrhunderte nicht gewandelt? Hat man heute etwa noch die vaterländischen und monarchischen Anschauungen, wie sie vor hundert oder dreihundert oder sechshundert Jahren selbstverständlich waren? Ist in Deutschland noch eine Vasallentreue möglich, wie sie uns der berühmte japanische General Nogi jetzt in Praxis vorgeführt hat? Wir arbeiten unausgesetzt im Sinne der geistigen und gesellschaftlichen Befreiung des Volkes. Soll das ein Schimpf und eine Schande sein? Sind wir etwa vaterlandslos im Sinne der bürgerlichen Gegner? Waren Goethe, Schiller, Fichte vaterlandslos? Wenn sie es nicht waren, sind wir es noch weniger. Denn wir arbeiten mit aller Kraft an der Besserung der Verhältnisse in Deutschland. Die Arbeiter sind nicht in Frankreich, England, Rußland tätig, sie arbeiten in den deutschen Staaten und Gemeinden. Sie haben auch kein Kapital in Rußland, China, Amerika. Gerade der Arbeiter kommt sein ganzes Leben lang nicht aus Deutschland heraus, und ihre ganze Tätigkeit gilt der Hebung der gesellschaftlichen und politischen Zustände Deutschlands. Wenn die Regierungen und die herrschenden Parteien sich entschließen würden, die Forderungen unseres Erfurter Programms in die Tat umzusetzen, dann wäre das die nationalste Tat, die Deutschland je gesehen hat. (Beifall.) Dadurch würde Deutschland eine innere und äußere Kraft gewinnen, daß es mit einem Schlage wirklich an der Spitze der Kulturnationen stehen würde.

Zu solcher Vaterlandsliebe, zu solcher tatkräftigen Mitarbeit an der Besserung des Gebäudes, in dem wir leben, erziehen wir die proletarische Jugend. Sehen Sie sich dagegen die bürgerlichen Methoden an, die Jugendwehr, die militärischen Exerzitien, die Kriegsspielerei. Dabei ist dies alles sachlich ganz wertlos. Wir können uns dabei auf das Zeugnis des preußischen Kriegsministers v. Heeringen stützen, der 1910 erklärt hat, daß er sich von der Jugendwehr nichts verspreche, daß sie für die militärischen Aufgaben gar nicht von Bedeutung sei, daß sie für den Soldatendienst eher von schädlicher Wirkung sei. Aber gerade durch diese Kriegsspielerei, durch diese Einstellung der ganzen Ideologie der Jugendlichen auf das Kriegsspiel, auf das Kämpfen und Schlagen, Rauben und Morden, dadurch züchtet man bei den Jugendlichen die Neigung zu Roheiten, Gewalttätigkeiten, zum Chauvinismus. (Sehr richtig!) Einsichtige bürgerliche Männer müßten das erkennen, wenn die Sozialistenfurcht sie in diesem Punkte nicht völlig verblödet hätte. (Sehr richtig!) Sie müßten Protest erheben, daß so mit dem geistigen Erbe unserer Klassiker und Philosophen gewirtschaftet wird. Leider ist nicht anzunehmen, daß die Herren zur Besinnung kommen. Wir stehen allein. Nach Engels ist ja die Arbeiterbewegung auch die Erbin der klassischen Philosophie. Wir fürchten die bürgerliche Jugendbewegung nicht. Wir werden auch mit dieser Methode bürgerlicher Sozialistenbekämpfung fertig werden, ob sie sich offen gibt, ob unter dem Deckmantel der Jugendfürsorge.

Eine ernste Aufgabe entsteht da allerdings für die proletarischen Eltern. Sie können am besten dazu beitragen, daß unsere Jugend uns nicht verloren

geht. **Wir dürfen aber nicht in den Fehler verfallen, die Jugend zwischen 14 und 18 Jahren etwa zu Politikern machen zu wollen. Dabei würden wir dasselbe Fiasko machen, wie die Bürgerlichen mit dem Religionsunterricht in der Schule,** durch den sie die Abneigung gegen die Religion methodisch gezüchtet haben. Wir können die Jugend aber zu aufrechten, freien Menschen erziehen, die mit offenen Augen ins Leben schauen, die ein begründetes Urteil über die Dinge der Umwelt abzugeben verstehen, die ständig an ihrer eigenen Fortbildung arbeiten, die ein Gefühl haben dafür, daß jeder denkfähige und charaktervolle Mensch an der Kulturentwickelung, an der geistigen Hebung des Menschengeschlechts mitzuarbeiten verpflichtet ist, die sich für die besten Kulturideale mit aller Kraft einsetzen. Das muß auch dieser Parteitag zum Ausdruck bringen. Nehmen Sie zum Zeichen dafür unsere Resolution einstimmig an. (Stürmischer Beifall.)

Darauf trat gegen 1 Uhr die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Hoffmann-Elberfeld begrüßt die Resolution bezüglich der Jugendbewegung. Gerade auf diesem Gebiete kann in Anbetracht der gegnerischen Agitation gar nicht genug geschehen. Nicht nur, daß der preußische Korruptionsfonds für die bürgerliche Jugendbewegung verwendet wird, auch in den Kommunen sucht man allerlei Gelder für diesen Zweck flüssig zu machen. Hinsichtlich des Bibliothekwesens bin ich mit Schulz nicht einverstanden. Damit, daß man das Bibliothekwesen als einen Teil der Bildungsarbeit bezeichnet, und dann die Hände in den Schoß legt, wird wohl kaum ein Genosse einverstanden sein. Die Angelegenheit, die der Antrag Elberfeld-Barmen bezweckt, eine durchgreifende Reform des Bibliothekwesens verlangt, hat den Parteitag schon einige Male beschäftigt. Der Antrag ist berechtigt, da der Zentral-Bildungsausschuß auf diesem Gebiete bisher überhaupt nichts getan hat. Er hat zwar 1909 und 1910 allerlei Versprechungen gemacht, aber nichts ist gehalten worden. Es geht nicht, daß die Bibliotheksregelung überall anders ist. Sie muß einheitlich sein, damit die übersiedelnden Arbeiter die Bibliothek richtig ausnützen können. In Elberfeld-Barmen ist eine andere Bibliotheksordnung wie in Köln, in Frankfurt wieder eine andere, ebenso in Hamburg usw. Ueberall regt man Reformen an und führt sie auch in dieser oder jener Form durch. Der eine macht's so, der andere so. Es wird so viel Sisyphusarbeit geleistet, eine Vereinheitlichkeit in die Ferne gerückt. Zurzeit bestehen auch im Bibliothekwesen allerlei ungeeignete Einrichtungen, die die Bibliotheken sehr belasten. Der Bibliothekar muß mehr ein Berater der Leser sein. Eine Vereinheitlichung und Vereinfachung des ganzen Bibliothekwesens ist darum dringend notwendig. Der Parteitag muß das treibende Element sein, sonst geschieht auf diesem Gebiete überhaupt nichts. Eine Bibliothekarkonferenz muß zur Regelung der Frage stattfinden. Genosse Dr. Hanauer-Brüssel hat in einem Vortrage auf der Konferenz der Bildungsausschüsse für den Niederrhein in Elberfeld eine gute Richtschnur gegeben. Stimmen Sie also unserem Antrag zu, damit endlich etwas geschieht.

Birkholz-Hamburg: Wenn die Abonnentenzahl der „Arbeiter-Jugend" auf gut 80 000 gestiegen ist, so ist das gewiß ein Fortschritt, aber ich glaube nicht, daß diese Abonnentenzahl ein Gradmesser für die Stärke der Jugendorganisation ist, weil eine große Zahl Abonnenten darunter sind, die bereits erwachsen sind, und ferner weil es für die Beurteilung der Jugendbewegung wesentlich mehr auf die Anzahl und den Charakter der getroffenen Veranstaltungen ankommt, als auf die Verbreitung der „Arbeiter-Jugend". In dieser Beziehung müssen wir die bisher geleistete Arbeit etwas kritischer betrachten. Ich warne vor der Unterschätzung, die Schulz gegenüber der bürgerlichen Jugendpflege an den Tag gelegt hat. Die religiösen Jugendvereine sind nicht so gering einzuschätzen; in west- und norddeutschen Großstädten haben sie sich Methoden der Erziehung angeeignet, die wir sehr genau beobachten müssen. Man hat die religiöse Propaganda in den Jugendvereinen früher ungenierter betrieben. Jetzt gibt man sich als neutrale Vereine und zwar aus dem Grunde, weil die Arbeiter und vor allem auch die jugendlichen Arbeiter von den Missionspredigten nichts mehr wissen wollen. Deshalb wird jetzt vor allem dem Unterhaltungsbedürfnis entgegengekommen und die religiöse Betätigung etwas vorsichtiger und klüger betrieben. Die positive Arbeit im gegnerischen Lager darf ebenfalls nicht unterschätzt werden. Die Zentrale für Jugendfürsorge in Berlin hat es meisterhaft verstanden, trotz der Gegensätze in der bürgerlichen Jugendbewegung die verschiedenen Richtungen, wenigstens in agitatorischer Beziehung unter einen Hut zu bringen. Der neueste Beweis dafür ist das Handbuch für Jugendfürsorge, das von dieser Zentrale ausgegeben wird. Ein glänzender Stab von Mitarbeitern, Schulmännern, Geistlichen, Organisationsbeamten der bürgerlichen Jugendbewegung, Kriminaltheoretiker, eine ganze Anzahl Leute sind dabei, die praktische Erfahrungen auf dem Gebiet der Jugendpflege haben. Ja, es ist sogar gelungen, den Leiter des Arbeiterheims II mit unter die Verfasser zu bekommen, ich weiß allerdings nicht, ob der Genosse dort viel zu Wort kommen wird. Immerhin ist das ein Beweis dafür, daß wir nicht verstanden haben, die Leute im eigenen Lager für diese Arbeit zu organisieren. Unsere Jugendzentrale gibt ein vierseitiges Blatt heraus, das im Vergleich zu den pädagogischen Schriften im bürgerlichen Lager sehr, sehr wenig bedeutet. Gewiß, sollen wir nicht der Quantität nach ebenso produktiv sein als die Gegner, aber in bezug auf die Qualität und Anzahl der Veröffentlichungen könnte viel mehr geschehen, als bis jetzt geschehen ist. Selbst wenn die Ausgaben unserer Jugendzentrale den dreifachen Betrag erreichen würden, wäre das noch zu wenig. Das Geld, das im vergangenen Jahre an der „Arbeiter-Jugend" gespart wurde, hätte dazu dienen können, manche Lücke in der Tätigkeit der Jugendausschüsse auszugleichen. Vor allem zeigt der Bericht der Zentrale, daß die Jugendarbeit sich im wesentlichen konzentriert auf wenige Großstädte und daß in den mittleren und kleineren Städten herzlich wenig geschieht. Damit soll allerdings der Zentrale kein Vorwurf gemacht werden. Ich meine, daß sie unter der bisherigen Form der Organisation das menschenmöglichste leistet. Es ist zu bedenken, daß Genosse Ebert die Tätigkeit in der Jugendzentrale im Nebenamt ausübt und daß der Genosse Peters erst seit kurzer Zeit angestellt ist; demgegenüber finden wir auf der gegnerischen Seite, bei der „Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge" ein großes Bureau mit einem Stab von Beamten, dessen Tätigkeit sich dadurch auszeichnet, daß sie wirklich Fühlung hat mit den größeren Jugendorganisationen überall im bürgerlichen Lager. Hier in diesem Saal sind eine ganze Anzahl Genossen, die im Nebenamt die Jugendorganisation leiten, aber selbst eingestehen, daß ihnen am Orte die Mittel und die Kräfte zu wirksamer Betreibung der notwendigen Arbeit fehlen. Da sollte die Zentrale wenigstens so ausgebaut sein, daß sie öfter mal Genossen ins Reich hinausschicken kann, die in den wichtigsten Industriezentren sich aufhalten, um dort eine Zeitlang die Jugendarbeit zu leiten. Die Jugendzentrale hat den Anfang gemacht durch den achttägigen Kursus für die Ausbildung von Leitern. Gewiß ist das erfreulich und als Fortschritt zu werten, aber wir können noch lange nicht zufrieden sein. In mehreren Anträgen

wird hingewiesen auf die Bildungsarbeit, die an den über 18 Jahre alten Jugendlichen geleistet werden soll, an den Genossen, die aus ihrer Organisation herausgekommen sind und sich noch vor ihrer Militärzeit befinden. Ich glaube, daß eine wirksame Bildungsarbeit an dieser Arbeiterschicht uns sehr viel nützen wird, so daß wir vor allen Dingen der Tätigkeit der örtlichen Bildungsausschüsse ein sehr reichhaltiges Arbeitsgebiet eröffnen können, das müßte deshalb der Fall sein, weil die Jugendarbeit und die Arbeit der Bildungsausschüsse, die allerdings nicht miteinander verquickt werden kann, sich wenigstens in den beiden Zentralinstanzen ergänzen und ausgleichen würde. Der Bildungsausschuß und die Jugendzentrale haben eine ganze Anzahl gemeinsamer Arbeit zu erledigen, für die diese Anregungen sehr nutzbringend sein dürften. Wir haben in der jungen Arbeiterschaft eine große Anzahl sehr bildungsfähiger Kräfte und diese jungen Kräfte müssen vor allen Dingen durch die Tätigkeit der Bildungsausschüsse erfaßt werden. Dann kann auch der Zentralbildungsausschuß für die Beschickung der Parteischule in Berlin eine bessere Basis finden, es würden dann Reservoire von vorgebildeten Menschen vorhanden sein, die später reif sein werden für die Parteischule. Es ist das Schmerzenskind des Zentralbildungsausschusses, daß nicht immer für die Parteischule das genügend vorgebildete Menschenmaterial vorhanden ist. Die Klagen darüber haben aber keinen Zweck, solange nicht die örtlichen Bildungsausschüsse genügend ausgebaut sind. (Zustimmung.)

Karsten-Peine: Die Entwickelung, die unsere politischen und wirtschaftlichen Organisationen im verflossenen Jahr genommen haben, kann uns durchaus befriedigen, nicht in demselben Maße aber die der Jugendorganisation. Es ist nicht groß rühmenswert, wenn unser Abonnentenstand der „Arbeiter-Jugend“ nur um 15 000 gestiegen ist. Es müssen hier Gründe vorhanden sein, die es ermöglichen, daß unsere Arbeiterjugendbewegung besser fortschreitet als im verflossenen Jahr. Wir sind nun aus dem Anfangsstadium der Entwickelung der Arbeiterjugend heraus, sie tritt ein in das Stadium weiterer Fortentwickelung. Da muß es möglich sein, daß die Entwickelung einen schnelleren Verlauf nimmt, als es bisher der Fall war, namentlich weil Millionen von Jugendlichen noch zu gewinnen unser Bestreben sein muß und weil namentlich von gegnerischer Seite alles aufgeboten wird, um die jungen Leute der Sache der Arbeiterklasse zu entfremden. Daß es bisher nicht schneller vorwärts gegangen ist, ist nicht die Schuld der Zentralstelle, auch nicht die des Parteivorstandes, hier müßte die Arbeit der Bezirks- und Landesorganisationen eingreifen. Es ist bedauerlich, daß über 50 Städte in Deutschland mit über 20 000 Einwohnern, ja sogar einige Städte von mehr als 100 000 Einwohnern noch keine Arbeiterjugendorganisation haben. Es gibt eine ganze Anzahl großer Orte, die nur 10 bis 15 Abonnenten auf die „Arbeiter-Jugend“ nach der uns vorliegenden Aufstellung der Zentralstelle der Jugendausschüsse haben. Hier muß von den Bezirks- und Landesorganisationen besser gearbeitet werden. Es liegt an verschiedenen Stellen so, daß die Jugendorganisation von den Bezirksleitungen geregelt wird und diese nicht die genügende Fühlung haben mit den örtlichen Stellen. Die Durchbildung der Jugendlichen von 18 bis 21 Jahren ist durchaus eine große Notwendigkeit. Man muß bedenken, daß junge Leute von über 18 Jahren sich nicht immer wohl fühlen unter den jüngeren Arbeitern, sie sind etwas reifer und vernünftiger, gehen aber nicht mehr immer auch mit dem nötigen Eifer innerhalb der Jugendbewegung zu Werke. Wenn es uns gelingen soll, Organisationen ins Leben zu rufen, die diese Kreise erfassen, werden wir auch hier Gutes schaffen. Leicht ist es jedenfalls nicht, neben der Arbeiterjugendbewegung der jungen Leute bis 18 Jahre noch eine Bewegung zu gründen, die die Arbeiterjugend von 18 bis

21 Jahren erfaßt. Möglich wird es aber sein, und wenn die Zentralstelle das nötige Material zusammentragen und Vorschriften darüber herausgeben wird, wird Wandel geschaffen werden können, denn es ist heute schon mal so, daß die jungen Leute von 18 Jahren vielfach in die bürgerlichen Sportvereine gehen, wo sie das, was sie bis dahin gelernt haben, schnell wieder mit dem Fußball und sonstigen Spielen in die Luft hineintrampeln. Sie sind dann für uns verloren, was wir mühsam aufgebaut, ist vernichtet und unser Geld ist flöten gegangen! (Heiterkeit und Zustimmung.)

Dönnecke-Mühlhausen i. Th. schließt sich dem Vorredner an. Jedenfalls muß im allgemeinen von seiten der Partei der Jugendbewegung größere Aufmerksamkeit geschenkt werden als bisher der Fall ist. Es mag sein, daß in den Großstädten die Leitung intensiver arbeitet als in den Kleinstädten, denn in den letzteren fehlt es meist an geeigneten Personen, die die Leitung in die Hand nehmen. Es mag wohl zutreffend sein, daß in den Großstädten genügend Parteigenossen vorhanden sind, die die Bildungsarbeit der Arbeiterklasse erfolgreich in die Hand nehmen. Aber wesentlich anders liegt es in den kleinen Städten; wenn sich dort ein Parteigenosse findet, der die Sache in die Hand nimmt, verliert er bald seine Arbeitsstelle und muß abwandern. Der Zentralvorstand muß dafür sorgen, daß die „Parteikorrespondenz“ in größerer Anzahl hinausgeschickt wird, nicht nur in ein bis zwei Exemplaren in die kleineren Parteiorte. Wenn gesagt wird, daß die „Parteikorrespondenz“ lediglich ein Nachschlagewerk sein müsse, da alles, was in ihr stehe, schon in den politischen Zeitungen enthalten gewesen sei, so mag das gewiß für die großstädtischen Parteiblätter zutreffen. Aber die kleinen Parteiblätter sind nicht in der Lage, das Material so ausführlich zu bringen. Um so mehr müssen die kleinen Städte durch Zusendung der „Parteikorrespondenz“ unterstützt werden. Ich verkenne nicht, daß die Beschickung der Parteischule ein großer Segen ist. Es werden meistens aber nur Genossen aus größeren Städten auf die Parteischule geschickt. Wenn aber einmal auch Genossen aus kleineren Städten hingeschickt werden, so gehen sie, sobald sie die Schule absolviert haben, als Redakteure oder Arbeitersekretäre in die Stadt, und das Land steht so hilflos da wie vorher. Auch hier sollte der Parteivorstand sein Augenmerk darauf richten, daß mehr Genossen aus kleineren Orten auf die Parteischule kommen und dann aber auch in diesen Orten ihr Wissen zur Vertretung der Interessen der Partei verwenden. (Zustimmung.)

Dr. **Liebknecht**-Berlin: Soweit die bürgerlichen Jugendpflegebestrebungen Erfolg haben werden, wird es ein Erfolg für uns sein, sowie die Erfolge der Volksschule und selbst der militaristischen Erziehung im Schlußresultat auf unserer Seite sind. Das wird um so mehr der Fall sein, je mehr wir den Boden bestellen und die Saat der proletarischen Weltanschauung säen und pflegen. Also ist selbst bei dieser optimistischen Auffassung der gegnerischen Bestrebungen die Weiterentwickelung der proletarischen Jugendbewegung für uns eine conditio sine qua non. Es ist hier und da die Auffassung aufgetaucht, daß die Bestrebungen, die von der preußischen Regierung und im Gefolge davon von anderen Bundesstaaten unternommen sind, geeignet wären, unserer Jugendbewegung Abbruch zu tun. Aber alle noch so niederträchtigen und ungesetzlichen Machenschaften werden unserer Bewegung keinen ernstlichen Schaden zufügen, ja im Gegenteil sie vorantreiben und fördern, solange wir selbst eifrig an unserer eigenen Jugendbewegung arbeiten. Es ist in dieser Beziehung noch vieles zu tun. Ich habe wiederholt erlebt, daß gute Jugendbewegungen in verhältnismäßig kurzer Zeit zusammengebrochen sind. Dies ist ein Beweis dafür, daß unsere Parteigenossen vielfach nicht die richtige Auf-

fassung von der Bedeutung der Jugendbewegung haben. Es ist allerdings auch ein Beweis dafür, welche praktischen Schwierigkeiten der Jugendbewegung entgegenstehen, speziell in der Auswahl der geeigneten Persönlichkeiten, die natürlich besondere Fähigkeiten besitzen müssen. Mit Rücksicht auf die „Jugendpflege" der Polizei und der Schulaufsichtsorgane ist nun der Gedanke aufgetaucht, in besonders erhöhtem Maße der Jugend vom 18. bis 20. Jahre unsere Aufmerksamkeit zu widmen. Dieser Gedanke verdient sicherlich Berücksichtigung. Es soll damit natürlich nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß die Jugendlichen unter 18 Jahren zurückgestellt werden sollen. Das wäre außerordentlich bedauerlich und würde jedenfalls nicht im Sinne der Antragsteller liegen. Selbstverständlich soll auch die übrige Jugend in der intensivsten Weise weiter bearbeitet werden. In welcher Weise im einzelnen die Bewegung unter den Jugendlichen vom 18. bis 20. Jahre zu fördern ist, das wird der Zukunft zu überlassen sein, ich bin überzeugt, der richtige Weg wird sich finden. Der Antrag 148 von Spandau ist durch die Ausführungen von Schulz und die Resolution gegenstandslos geworden. Wir ziehen ihn zurück in der Erwartung, daß der darin enthaltene Gedanke eine so einmütige Billigung auf dem Parteitag finden wird, daß eine alsbaldige energische Inangriffnahme der darin empfohlenen Arbeit erfolgen wird, auf daß nicht unsere Gegner, sondern wir die Triumphierenden in dem Kampf um die Seele der Arbeiterjugend sein werden. (Bravo!)

Kremser-Frankfurt a. M.: Ich hatte vor kurzem Gelegenheit, ein Gespräch zwischen Angestellten auf einem Kreisamt zu belauschen, die Leute haben wahrscheinlich in dieser hasenreinen Gegend keinen Sozialdemokraten vermutet und ihrem gepreßten Herzen Luft gemacht. Da sagte der eine: Hören Sie mal, lieber Kollege, die Geschichte mit den Jungen und den Wandervögeln wird bald zur Landplage. Wir haben wiederholt von den Bauern Beschwerden bekommen, daß sie bei ihren Streifereien und Abkochereien die Felder verwüsten, Kartoffeln aus der Erde reißen und stehlen. Also selbst diese Kreise sehen ein, daß es so nicht weitergehen kann, man scheint sich aber nicht zu trauen, gegen den empfundenen Unfug vorzugehen, weil von oben anscheinend sehr stark eingewirkt wird. Was unsere Anträge zum Bildungswesen betrifft, so gehen mir die Zusagen von Schulz nicht weit genug. Es war eine platonische Liebeserklärung, wir hatten etwas mehr Aktivität gewünscht, aber wir wollen uns im großen ganzen begnügen, wenn wir erwarten dürfen, daß die Prüfung nicht lediglich anstandshalber stattfindet. Wir haben einen Bezirksbildungsausschuß, der sehr gut funktioniert; die darin tätigen Personen sind die Urheber der Anträge und die Anträge entsprechen einem wirklichen Bedürfnis. Es handelt sich zunächst um die Schaffung eines Blattes, das die Bibliothekare und die Leiter von ähnlichen Einrichtungen informieren und mit dem nötigen Material ausrüsten soll. Unser heutiger „Bibliothekar", verzeihen Sie den harten Ausdruck, taugt wenig für den Zweck, weil er so ungeheure Mengen unbrauchbaren Materials enthält, das lediglich Ballast darstellt. Wenn man dagegen das österreichische Blättchen hält, so findet man einen bedeutenden Unterschied. Es schwebt unseren Genossen vor, ein Blatt, ähnlich dem der österreichischen Genossen, das regelmäßig erscheint und ungefähr auch das bringt, was in der Literaturbeilage des „Correspondenzblatts" gebracht wird. Was die Frage der Zentralisation der Bildungsmittel betrifft, so ist es selbstverständlich, daß eine Zentralisation bedeutende Vorteile hat. Wer weiß, wie schwierig es dem einzelnen Mitglied des Bildungsausschusses ist, das Material für Lichtbildervorträge zu bekommen, und wer das starke Bedürfnis nach solchen Vorträgen kennt, der begreift, daß etwas geschehen muß. Ich möchte also darum bitten, daß der Bildungsausschuß nicht lediglich anstandshalber die Wünsche prüft, sondern sie möglichst bald in vollem Umfange berücksichtigt.

Genossin **Demmning**: Da in engster Fühlung mit dem Jugendschutz auch der Kinderschutz steht, so erlaube ich mir, ein paar Worte dazu zu sagen: Kinderschutz und Jugendschutz müssen Hand in Hand gehen. Der Kapitalismus spannt Vater und Mutter in die Tretmühle und unsere Kinder des Proletariats gleichfalls. Es ist notwendig, daß für den Kinderschutz noch mehr getan wird wie bisher. Wir haben in 182 Kreisen Kinderschutzkommissionen bereits gegründet und durch die selbstlose Tätigkeit unserer Frauen und Organisationen haben sie auch bereits großes geleistet. Sie werden aus unseren Tätigkeitsberichten ersehen, was für eine segensreiche Tätigkeit wir entfaltet haben. Wir haben ein Stück Arbeit geleistet von höchster sozialer Bedeutung. Es ist Pionierarbeit für die Partei und für die Gewerkschaften und ich hätte nur den einen Wunsch, daß in den Kreisen, wo noch keine Kinderschutzkommission besteht, auch eine gegründet wird. Den Weg zur Anleitung finden wir in der Broschüre, welche uns Genossin Zietz herausgegeben hat: „Kinderschutz, Kinderarbeit und Kinderschutzkommission." Es ist darin so vorzügliches Material enthalten, daß ich Ihnen nur die Anschaffung der Broschüre empfehlen kann. Außerdem befindet sich noch eine Broschüre, welche sich mit den Lebensschicksalen der proletarischen Jugend beschäftigt, im Druck, worauf ich noch hinweisen möchte. Die sozialdemokratische Partei wird nicht eher ruhen und rasten, bis die Kinderarbeit vollständig beseitigt ist, denn wir brauchen eine gesunde, freie Generation, und eine Partei, die ihre Jugend, ihre Kinder schützt, schützt sich selbst. (Bravo!)

Heinrich **Schulz**: An sich können wir mit dieser Diskussion sehr zufrieden sein. Es ist außerordentlich erfreulich, daß sich in den weitesten Kreisen der Partei ein derartiges Interesse für die Aufgaben der Bildungs- und Jugendpflege erkennbar macht. Ich möchte nur einer falschen Beurteilung unserer Tätigkeit entgegentreten. Hoffmann-Elberfeld ist nicht mit unserer Auffassung in der Bibliothekfrage einverstanden. Er meint, es sei bisher nichts geschehen und es werde auch wohl in Zukunft nichts geschehen. Ich kann die Genossen nur bitten, unsere Bildungsarbeit als ein Ganzes zu betrachten, und wenn Sie würdigen, was inzwischen auf anderen Gebieten geschehen ist, so werden Sie zugeben, daß fleißig gearbeitet worden ist. Freilich können wir mit den zur Verfügung stehenden Kräften nicht auch gleichmäßig alle Gebiete gleichmäßig bearbeiten. Die Kurse lagen uns zunächst am meisten am Herzen. Sie haben sich durchgesetzt, und wir werden mit unseren Kräften nun frei für andere Aufgaben und werden uns jetzt an erster Stelle mit der Bibliothekfrage beschäftigen. Auch auf diesem Gebiete wird der Zentralausschuß in Zukunft mehr arbeiten als bisher. Ob wir dem Plane nähertreten können, eine einheitliche Regelung des Bibliothekwesens durch ganz Deutschland vorzunehmen, möchte ich heute noch nicht versprechen. Es mag ein schönes Ziel sein, aber ich glaube nicht, daß es durch eine einmalige Bibliothekarkonferenz durchzuführen ist. Wenn irgendwo, so ist auf dem Gebiete der Bildungsarbeit Schablonisierung unangebracht. Man muß den örtlichen Verhältnissen entgegenkommen und kann nicht vom grünen Tisch aus schablonisieren und dirigieren. Ich hoffe, daß die Konferenz der Bezirksbildungsausschüsse in absehbarer Zeit zustande gebracht werden kann. Dem Genossen Birkholz erwidere ich, daß ich keineswegs die konfessionelle Jugendbewegung unterschätzt habe. Ich habe nur mehr historisch-chronologisch gezeigt, daß erst die konfessionelle, dann die interkonfessionelle und schließlich jene Jugendbewegung gekommen ist, die mit dem abscheulichen Wort der körperlichen „Ertüchtigung"

arbeitet. Ich weiß, daß die konfessionelle Jugendbewegung vor der interkonfessionellen das voraus hat, daß sich die Pfarrer schon längere Zeit damit beschäftigt haben, und daß sich darunter manche gute Pädagogen befinden. Mir ist auch ihre Literatur nicht unbekannt. Ich habe gerade gegenwärtig ungefähr 25 neu erschienene Bücher von Lehrern, Pastoren, Aerzten und anderen bürgerlichen Schriftstellern auf dem Schreibtisch liegen, die alle glauben, neue Beiträge zur Jugendfrage liefern zu können. Aus einer dieser Schriften, die von Pfarrer Jäger-Frankfurt a. M. verfaßt ist, möchte ich einen Satz zitieren, der Sie interessieren wird. Der Mann beschäftigt sich mit der „Arbeiter-Jugend" und ihrer regelmäßigen Leidenschronik für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter. Da sagt er: „Wären diese Fälle nicht so grenzenlos lügenhaft übertrieben und verallgemeinert, so müßten wir als Christen uns wirklich auf die Seite der Sozialdemokraten stellen." Sie werden alle wissen, daß von diesen bedauerlichen Mitteilungen nichts „grenzenlos übertrieben" ist, sondern daß man oft aus Vorsicht eher zu wenig als zu viel sagt. Wenn der Herr also in sich geht, müßte er auf dem schnellsten Wege bei unserem Frankfurter Parteisekretär seinen Beitritt zur Sozialdemokratie erklären. (Sehr gut!)

Natürlich haben wir mit dem Kursus für die Jugendlichen nur einen Anfang gemacht. Man fängt bescheiden an, und bewährt sich der Kursus, so werden wir auf dem Gebiete weiterschreiten. Der Zentralbildungsausschuß und die Jugendzentrale arbeiten in allen gemeinsamen Fragen Hand in Hand, und das wird auch so bleiben, zumal der Bildungsausschuß auch in der Jugendzentrale vertreten ist. Sie arbeiten ja auch räumlich so nahe beieinander, daß die Verständigung selbstverständlich ist. Die Anregung, daß aus den Teilnehmern an Bildungskursen in erster Linie die Parteischüler rekrutiert werden sollen, ist uns nicht neu. Wir bevorzugen auch, wo wir nur können, diejenigen Bewerber, die nachweisen, daß sie an Kursen teilgenommen haben. Dem Wunsche des Genossen Dönnecke können wir nicht ohne weiteres Rechnung tragen. Wenn uns die Bezirke Vorschläge aus kleinen Orten machen, so nehmen wir sie von dort genau so gern, wie aus großen Orten. Wir können aber unmöglich für Parteischüler die Freizügigkeit aufheben und sagen: Du mußt wieder dahin zurück, woher du gekommen bist. Dieser Wechsel wird sich auch in Zukunft nie ganz vermeiden lassen. Die kleinen Orte haben dafür den großen Vorzug der Wanderkurse, die ihnen vom Zentralbildungsausschuß mit Unterstützung des Parteivorstandes zu erheblich ermäßigten Preisen ermöglicht werden. Genosse Kremser hat sich mit meinen platonischen Liebeserklärungen nicht einverstanden erklärt. Er wünschte mehr Aktivität in der Liebe. (Heiterkeit.) Ja, Genossen, hier auf dem Parteitage läßt sich das nicht gut ermöglichen. (Große Heiterkeit.) Hier bleibt nur die Erklärung übrig, daß wir Ihre Wünsche liebhaben und nach Möglichkeit berücksichtigen wollen.

Es gibt noch mancherlei Mittel, um unsere Jugendbewegung zu fördern. Die Eltern haben eine wichtige Pflicht, für die Aufklärung und Charakterstärke der Jugend zu sorgen. Aber auch die sozialdemokratischen Vereine und Gewerkschaften können eine dankbare Aufgabe darin sehen, für die schulpflichtigen Kinder etwas zu tun, z. B. durch Veranstaltung von Schülerwanderungen, wie sie hier und da schon mit ausgezeichnetem Erfolg veranstaltet worden sind. Im übrigen unterstreiche ich das Wort, daß für eine gute Jugendpflege in erster Linie tüchtige Persönlichkeiten nötig sind. (Sehr richtig!) Wenn die Bewegung noch nicht so vorwärts schreitet, wie Sie es wünschen, so muß ich antworten, daß das zum großen Teil auf den Mangel an geeigneten Persönlichkeiten zurückzuführen ist, wir können diese Persönlichkeiten nicht aus der Erde stampfen. Auch uns wächst kein Kornfeld auf der flachen Hand. Dann bitte ich aber auch die Genossen, darauf zu achten, daß auch die Jugendlichen Persönlichkeiten sind und daß man sie nicht behandeln soll wie dumme Jungen. (Sehr richtig!) Gaudy sagt:

„Zwanzig Jahre, braune Haare,
Krauser Bart um Lipp und Kinn,
Leichte Wage, leichte Ware,
Fester Glaube, locker Sinn.
Nie nach Wenn und Aber fragen,
Kraft im Arm, Trotz unterm Hut,
Statt Beweises zugeschlagen,
Das ist zwanzigjähriges Blut."

Ich bitte die Genossen, das zu berücksichtigen. Sie brauchen sich dann über den Fortschritt der Bewegung keine grauen Haare mehr wachsen zu lassen. (Bravo!)

Lipinski-Leipzig: Ich möchte die Ausführungen des Genossen Schulz ganz entschieden unterstreichen, die er über die bürgerliche Jugendbewegung gemacht hat. Daß die bürgerliche Jugendbewegung eine politische Bewegung ist, brauche ich hier nicht weiter auseinanderzusetzen. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß die Behauptung, die bürgerliche Jugendbewegung sei zum Nutzen der Jugend selbst, eine schwere Heuchelei bedeute. Vergegenwärtigen Sie sich einmal, was man von bürgerlicher Seite für die Jugend getan hat. Wir haben seit rund 70 Jahren die ersten Anfänge der sozialen Gesetzgebung. Wenn Sie auf diesem Gebiete nachschlagen, dann finden Sie, daß der Kampf um eine Stunde Verkürzung der Ausbeutung der Kinder 50 Jahre Zeit gebraucht hat, daß erst im Jahre 1878 die Gesetzgebung dazu gekommen ist, die Ausbeutungsmöglichkeit der Kinder vom 12. auf das 13. Jahr heraufzusetzen. Ich erinnere an das Kinderschutzgesetz, das zwar gesetzliche Bestimmungen über die Beschäftigung von Kindern enthält, aber über die Ausführung nichts Greifbares bestimmt, so daß die Arbeiterbewegung erst einsetzen mußte, um diesem Gesetz in der Praxis Nachachtung zu verschaffen. Ich erinnere weiter daran, daß die Kinderschutzbestrebungen auf den größten Widerstand im bürgerlichen Lager gestoßen sind. Wenn man das der Agitation von jener Seite entgegenhält, dann werden auch die Eltern begreifen, daß die Interessen der Jugendlichen besser bei der Sozialdemokratie als bei den bürgerlichen Parteien aufgehoben sind. Wir haben in einer Reihe von Orten mit Widerständen zu rechnen, die sich erklären aus dem Mangel an geeigneten Kräften und aus der geringen Entwickelung der Arbeiterbewegung an sich. Gerade das Neuland der Jugendbewegung hat uns auch gezeigt, daß mehrere Kreise sich um denselben Personenkreis bewerben, auf der einen Seite die Gewerkschaften, auf der anderen Seite die Partei, und dieses gemeinsame Werben führt oft zu Schwierigkeiten für die Entwickelung der Jugendorganisationen, wofür Chemnitz ein typisches Beispiel ist. Aus der Jugendbewegung hat sich ein neues Problem für uns ergeben. Was wird mit den Personen über 18 Jahre, die von der Jugendbewegung abgesondert werden sollen. Da besteht eine große Gefahr, daß uns diese Personen verloren gehen. Ich unterschreibe das, was einzelne Redner hierüber aufgeführt haben. Es liegt eine Gefahr darin, wenn das Interesse der Jugendlichen an der Organisation zu wenig geweckt wird. Wir müssen nicht eine besondere Organisation für diese Personen von 18 bis 21 Jahren schaffen, sondern wir müssen das Recht, das ihnen das Vereinsgesetz gibt, gebrauchen und sie in die sozialdemokratischen Organisationen hineinbringen. Wir müssen die Agitation ihrem Verständnis anpassen, sie häufiger zusammenführen und Unterrichtskurse veranstalten. Die Frauenbewegung in

der Sozialdemokratie leidet darunter, daß für das gesamte Interessengebiet der Frau nicht die geeigneten Lehrkräfte und anleitenden Kräfte vorhanden sind. Wenn man die Jugendlichen über 18 Jahre und die Frauen zusammennimmt und noch diejenigen, die für die Weiterbildung Interesse haben, wenn man sie zu gemeinsamen Kursen zusammennimmt, dann wird für alle Teile etwas Ersprießliches herauskommen. Wir haben in Leipzig den ersten Versuch damit gemacht. Wir haben eine eigene Parteischule mit eigenen Lehrern für etwa 80 Schüler. Wir haben 12 verschiedene Kurse, systematisch auf die einzelnen Stadtteile verteilt, in denen die Jugendlichen über 18 Jahre, die Frauen und alle, die sich beteiligen wollen, in das Wesen des Sozialismus eingeführt werden. Sie werden mit den Arbeiterbestrebungen näher vertraut und befreundet gemacht. Auf diesem Gebiete und auf diesem Wege wollen wir weiterschreiten und wir werden Gutes für die Partei leisten. (Beifall.)

Damit ist die Debatte beendet.

Es folgt die Debatte über die Anträge, die sich auf die Bekämpfung des Branntweins beziehen: 125, 126, 127, 128, 194.

Davidsohn-Berlin: Wenn man die Anträge liest, die zu diesem Punkte eingebracht sind, so könnte auch einem Abstinenten das Herz beinahe vor Freude aufgehen. (Heiterkeit.) Nach Antrag 125 soll der Schnapsboykott in eindringliche Erinnerung gebracht werden, nach 126 soll er erneuert und bekräftigt werden, nach 127 soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß er sich auf Branntwein jeder Art erstreckt und daß die berühmten Unterschiede illoyale Auslegungen sind. Ich will nur zu 128 sprechen. Wir wünschen eine noch radikalere Gestaltung der Dinge. Trotz aller Anregungen und trotz dem Antrag Gottschalks bitte ich Sie, unserem Antrage zuzustimmen. Viele Parteigenossen stoßen sich daran, daß darin davon die Rede ist, man solle auch den Volkshäusern und Verwaltungen nahelegen, sich um diese Dinge zu kümmern. Nehmen Sie unseren Antrag an, obwohl er auch fordert, daß die Presse im Inseratenteil sich ernstlich um den Schnapsboykott kümmert. Natürlich bin ich mir keinen Augenblick im unklaren darüber, daß die Genossen Zietz und Löbe-Breslau, der Vater des Boykotts, unsere Erwartung als etwas außerordentlich Weitgehendes zu interpretieren versuchen werden. 1910 wurde in Magdeburg aber ein Antrag angenommen: „Die Konsum- und Parteiorganisation haben mehr als bisher auf die Schädlichkeit und Gefahr des Alkoholgenusses zu achten usw." In dieser kategorischen Form hat der Parteitag gewagt, sogar im Hinblick auf die Konsumorganisationen, auf die er eigentlich überhaupt keinen Einfluß hat, einen Beschluß zu fassen. Das hat er getan, ohne daß jemand seine Herzensskrupel oder Bedenken entdeckt hat. In illoyaler Weise wird es so hingestellt, als ob wir die Einstellung des gesamten Alkoholverkaufs verlangen. Es soll sich aber nur um den Branntwein und Schnapsboykott handeln. Warum so zimperlich? Warum soll man diese Dinge nicht einmal konsequent durchführen? Es liegen Beschlüsse vor von Leipzig 1909, Magdeburg 1910, Jena 1911. Die Vertreterin des Vorstandes, die dann sprechen wird, wird uns wieder dieselben Dinge vortragen. Als 1909 die Agitation gegen den Schnaps wirklich unternommen wurde, wurde ein Flugblatt ins Reich hinausgegeben, in dem die Worte stehen: „Der Schnaps ist das gefährlichste Volksgift, das wir kennen." Das hat der Parteivorstand geschrieben. (Pfannkuch: Das ist ja auch wahr!) Gewiß, wir sind ausnahmsweise einmal einer Meinung, Genosse Pfannkuch, wie ich gern konstatiere. (Heiterkeit.) Es wird also schwarz auf weiß festgestellt, daß der Schnaps das gefährlichste Volksgift ist. Nun verstehe ich nicht, wie man das sagen kann und wie man es trotzdem unter Anwendung von allerlei saltomortalischen Künsten verantworten kann, daß dieses Volksgift in unseren Parteiinstitutionen weiter verbreitet wird, daß es in der Presse weiter empfohlen wird. Im Inseratenteil empfiehlt man es, nachdem man vorher im redaktionellen Teil alle möglichen wunderschönen Artikel und Aufrufe gegen den Schnaps, dieses gefährlichste Volksgift, gebracht hat. Werden denn die Volkshäuser, die Gewerkschaftshäuser in dem Augenblick existenzunfähig, wenn man ihnen nahelegt, nicht mehr Branntwein zu verkaufen? Es möge irgendein Parteigenosse vortreten und das behaupten, dann wollen wir uns unsere Anregung noch einmal überlegen. Aber es gibt nicht nur Abstinenten, sondern auch Nichtabstinenten, die meinen, wenn wir Volkshäuser haben, die nur existieren können, wenn bei ihnen der Branntweinausschank eine erhebliche Rolle spielt, so mögen diese Volkshäuser ruhig den Weg alles Fleisches gehen und aufgelöst werden. (Widerspruch.) Wir können es nicht verantworten, daß Arbeiterinstitutionen nur dann existenzfähig sind, wenn sie das gefährlichste aller Volksgifte in die Massen hineinbringen. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Es handelt sich hier um eine Hypothese, wenn Sie ihr nicht folgen können, dann ist es nicht meine Schuld. (Unruhe.) Nun die Parteiblätter. Der Arbeiterabstinentenbund hat mit schwachen Mitteln eine Enquete veranstaltet, die der Parteivorstand viel besser hätte machen können. Sie hat ergeben, daß heute bereits 18 deutsche Parteiblätter Schnapsinserate nicht aufnehmen. Sie existieren trotzdem. Wir merken nicht, daß sie in ihrer Lebensfähigkeit irgendwie unterbunden werden. (Sehr richtig!) Nun ist festgestellt worden, daß diejenigen Parteiblätter, die Schnapsinserate aufnehmen, Summa Summarum etwa 1 Proz. ihrer Einkünfte aus Inseraten von den Schnapsinseraten haben. Eher weniger, als mehr, z. B. in Freiburg und Nordhausen. Die Einkünfte aus den Schnapsinseraten sind also so gering, daß an eine Gefährdung unserer Inserateneinkünfte nicht zu denken ist. Der Parteivorstand hat mir mitgeteilt, daß die Inserate in der Parteipresse 6 830 496 Mk. einbringen. Wenn 1 Proz. verloren geht, so wären es sehr hoch gerechnet 100 000 Mk. Dieser Verlust an Schnapsinseraten wird aber bei weitem aufgewogen durch den ungeheuren moralischen Erfolg, den wir haben würden. Sie wissen, wie der Schnapsboykott in unseren Kreisen gewirkt hat und auch im Bürgertum, als es 1900 hieß, daß die Sozialdemokratie ernstlich auf dieser Bahn vorwärts schreiten wollte. Eine ganze Anzahl Kategorien von Inseraten finden in der Parteipresse schon jetzt keinen Unterschlupf: Inserate über Kuppelei, Heiratsvermittelung, Geheimmittel. Sie werden sie in ganz Deutschland in der Parteipresse vergeblich suchen, ohne daß ein Parteitag sich besonders dagegen erklärt hat. Ich behaupte, daß alle Kuppelei in Deutschland, alle Heiratsvermittelung und aller Geheimmittelschwindel in seinen Umwegen nicht an das heranreicht, was die Verzapfung an Branntwein und Schnaps verursacht. Die Partei, die sich immer stolz in die Brust wirft und die mit Recht dem Bürgertum gegenüber darauf hinweist, wie rein, sauber und anständig ihr Inseratenteil ist, diese Partei sollte es nicht verantworten können, das gefährlichste Volksgift trotzdem und alledem stets von neuem in ihrem Inseratenteil empfehlen zu lassen. Wir nehmen hier eine Zwitterstellung ein. Sie hat schon zu der Konsequenz geführt, daß die „Metallarbeiterzeitung" gewarnt hat, die sozialdemokratischen Arbeiter möchten sich durch die Schnapsinserate der sozialdemokratischen Presse nicht einfangen lassen. Das schrieb sie 1909 und 1910. Am 7. Mai 1910 hieß es: Trinkt keinen Schnaps, und wenn in der Arbeiterpresse Schnapsinserate erscheinen, so laßt sie unbeachtet, fallt auch nicht auf Inserate herein, in denen Essenzen angepriesen werden, aus denen Ihr Euch den Schnaps selbst herstellen könnt. Das ist nicht erbaulich, nicht erfreulich, das ist ein trauriges Zeichen. Die Partei hat den Gewerkschaften

die Ausführung des Schnapsboykotts überlassen. (Widerspruch.) Hätten die Gewerkschaften nicht die Boykottbeschlüsse hochgehalten, die deutsche Sozialdemokratie wäre mit ihrem Schnapsboykott ganz kläglich hereingefallen. (Sehr richtig! und lebhafter Widerspruch.) Die Gewerkschaftspresse, die Gewerkschaftsführer und ihre Zeitungen haben den Schnapsboykott gemacht, nicht die Parteipresse. (Sehr richtig! und heftiger Widerspruch.) Verfolgen Sie die Dinge nachträglich, wie ich sie fortlaufend verfolgt habe. (Zuruf: Das ist ja alles falsch!) Dann beweisen Sie es doch! In Dresden hat man den wunderbaren Namen „Leipziger Resolutionstroppen" erfunden. (Heiterkeit.) Das ist nichts anderes als jenes Getränk, das unser Parteivorstand als das gefährlichste Volksgift gekennzeichnet hat. Wir haben es den Gewerkschaften zu verdanken, ihrem Nachdruck, ihrem Ansehen, ihrem kraftvollen Elan, mit dem sie den Schnapsboykott unterstützt haben. Sonst wäre nichts Ansehnliches in dieser Richtung erzielt worden. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Denken Sie einmal, es handelt sich nicht um den Schnaps, sondern um ein anderes Industrieprodukt, das von drei Parteitagen boykottiert worden wäre, glauben Sie einen Augenblick, daß unsere deutsche Parteipresse sich hätte erlauben dürfen, alle die drei Jahre dieses Produkt trotzdem in ihren Inseraten immer wieder aufs wärmste zu empfehlen? Ich kann mir das keinen Augenblick denken. Ich mache Sie auf die Broschüre Wurms aufmerksam, die jetzt nicht mehr die Alkoholfrage heißt, sondern die Alkoholgefahr. Diese Wandlung ist ein Kennzeichen dafür, daß dieser hervorragendste Kenner aller dieser Dinge seine Anschauungen gewandelt hat, daß die Gefahr stärker geworden ist. Das letzte Flugblatt spricht von einer Verschärfung des Schnapsboykotts auf der ganzen Linie. Wo ist die ganze Linie? Wo ist etwas Ganzes? Wo ist eine gerade Linie? Man kann höchstens von einer mittleren Linie sprechen, die der Parteivorstand akzeptiert hat aus dem Zitatenschatze des Reichskanzlers. Entweder oder! Machen Sie den Schnapsboykott oder nicht! Lassen Sie ihn weiter in Aktion sein, dann muß das aber so ausgelegt werden, wie es dem Ansehen der deutschen Sozialdemokratie gebührt. Meinen Sie aber, daß es nicht möglich ist, ihn voll und ganz offen und ehrlich aufrechtzuerhalten, wie es ursprünglich gedacht war, dann heben Sie ihn auf. Ich schließe, indem ich vom Schnapsboykott dasselbe sage, was der Parteivorstand so schön im Geschäftsbericht Seite 38 gesagt hat: „Die Genossen, welche von dem Antrag 90 betroffen werden und die Annahme dieses Antrages in Nürnberg für ein Unrecht halten, haben das Recht, für die Aufhebung des Antrages zu agitieren, sie haben aber die Pflicht, dem Antrag Folge zu leisten, solange er gilt. Wenn solche Genossen sich hartnäckig weigern, diesem Antrage nachzukommen, so verdient das den schärfsten Tadel."

Das gilt für jeden Antrag eines Parteitags. Was dem Maifeierantrag oder einem anderen recht ist, ist auch dem Schnapsboykottantrag billig. Tun Sie das Erforderliche. (Beifall.)

Luise **Zietz**: Der Parteivorstand hat den lebhaften Wunsch, vom Parteitag eine einheitliche und begeisterte Zustimmung zur Aufforderung eines verstärkten Schnapsboykotts zu bekommen. Wollen wir aber unseren großen einheitlichen Kampf gegen den Branntwein nicht zersplitternd und verbitternd wirken lassen, dann ist es notwendig, daß Sie den Antrag 128 ablehnen. (Sehr richtig!) Wie verbitternd und vergiftend eine solche Art der Bekämpfung wirkt, wie sie im Antrag 128 empfohlen wird, das hat Ihnen am besten die Rede Davidsohns gezeigt. (Sehr richtig!) Wenn wir dem Antrag 128 zustimmen, dann würden wir dem Spitzel- und Denunziantentum in unseren eigenen Reihen Tor und Tür öffnen. (Sehr richtig!) Das wird auch bewiesen durch die Umfrage, die die abstinenten Arbeiter an die verschiedenen

Gewerkschaftshäuser über den Verbrauch von Alkohol gerichtet haben. In den Antworten sind Bemerkungen enthalten, die zum Teil meiner Ansicht nach im Scherz gemacht worden sind, und diese werden nun in nicht schöner Weise ausgeschlachtet, als ob die organisierten Arbeiter den Schnapsboykott brechen und mit Füßen treten. Ich behaupte, daß durch unsere gesamte Arbeiterbewegung viel mehr für die Herabminderung nicht nur des Branntweingenusses, sondern des Alkoholgenusses überhaupt getan worden ist, als je durch solche extremen Anträge erreicht werden könnte. (Bebel: Sehr richtig!) Gerade in unseren Gewerkschaftshäusern, wo unsere gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter verkehren, ist der Alkoholgenuß so zurückgegangen, und wir sind beglückt über diese Entwickelung und wünschen sie weiter zu fördern — daß die Wirte verlangen, daß für die Säle bei Vergnügungen und Versammlungen eine Miete gezahlt wird, weil die Wirte nicht mehr den großen Ertrag aus dem Alkoholverkauf haben. (Hört! hört!) Diese gute Entwickelung wollen wir uns nicht stören lassen durch solche Quertreibereien. Was soll das heißen, daß ohne die Gewerkschaften die Durchführung des Boykotts nicht möglich gewesen wäre. Gewerkschaften und Partei müssen sich in allen Aktionen unterstützen, sonst können sie überhaupt keine Aktion durchführen. So wie die Gewerkschaften ohne die Unterstützung der Parteipresse und der Organisationen keinen großen Kampf führen können, so kann auch die Partei keinen großen Kampf ohne die Gewerkschaften machen. Auch den Schnapsboykott können nur die Partei u n d die Gewerkschaften führen. (Beifall.) Zum großen Teil ist ja auch eine Personalunion vorhanden, und nun will man die Leute, die aufeinander angewiesen sind, gegeneinander ausspielen. Das heißt unsere Kämpfe nicht fördern, sondern schädigen.

Der zweite Absatz des Antrages will, daß der Parteitag beschließt, die Zeitungen haben keine Annoncen mehr aufzunehmen, in denen Branntwein empfohlen wird. Soweit Davidsohn zu diesem Antrag gesprochen hat, hat er offene Türen eingerannt. Wir wollen alle nicht, daß in der Zeitung vorn zum Schnapsboykott aufgefordert wird und das hinten im Annoncenteil Anzeigen stehen, da und da ist der beste, da und da ist der billigste Schnaps zu bekommen. Ich würde es für einen Segen halten, wenn diese Annoncen verschwinden würden, aber es ist Sache der örtlichen Preßkommissionen, hier Wandel zu schaffen. (Sehr richtig!) Davidsohn hat selbst 18 Parteiblätter angeführt, die grundsätzlich solche Annoncen nicht mehr aufnehmen, aber ich bin nicht ganz sicher, ob nicht unter den Anzeigen, denen äußerlich auf den ersten Blick gar nicht anzusehen ist, daß sie Branntwein anpreisen, doch solche Anpreisungen sich befinden. (Davidsohn: Nein!) Gerade darum will ich, daß der Parteitag nicht generell solchen Beschluß faßt. Schon in Jena ist darauf hingewiesen worden, daß wir dann die großen Annoncen der Warenhäuser, die eine ganze Seite füllen, nicht mehr aufnehmen können, weil vielleicht auch Spirituosen darin empfohlen sind. (Sehr richtig!) Fällt etwa auch eine Annonce, durch die ein Genosse mitteilt, daß er an dem und dem Tage in der und der Straße eine neue Restauration eröffne, unter die Annoncen, die Branntwein anpreisen? Mit Fug und Recht würde man sagen können, das ist auch eine Annonce, die Spirituosen anpreist, und der Kleinkrieg würde kein Ende nehmen. (Sehr wahr!) Um unseren Kampf gegen den Branntweingenuß zu einem möglichst erfolgreichen zu gestalten, müssen wir uns erinnern: Wie ist denn der Boykottbeschluß zustande gekommen? Sie wissen, daß bei der Beratung der Reichsfinanzreform die Branntweinsteuer von 50 bezw. 70 auf 105 bezw. 120 Mk. erhöht wurde und daß man daneben die Liebesgabe bestehen ließ. Das war die äußere Veranlassung zu dem Beschluß. Nachdem durch die Aenderung des Branntweingesetzes die Liebesgabe zwar anscheinend be-

seitigt, aber die Belastung des Branntwein konsumierenden Publikums sich erhöht hat, hat der Parteivorstand sofort durch einen Aufruf an den Leipziger Beschluß erinnert und aufgefordert, mit aller Kraft für seine Durchführung zu wirken. Es war nicht die Absicht der Befürworter des Boykotts, pharisäerhaft Moral zu predigen denen, die Branntwein trinken und getrunken haben. Wir wissen gar zu gut, daß die traurigen sozialen Verhältnisse, unter denen weite Schichten des arbeitenden Volkes leben, die Hauptursache des Branntweingenusses sind. (Sehr richtig!) Wir wissen gar zu gut, daß die Unterernährung, die lange intensive Arbeit, die schlechten Wohnungsverhältnisse, der Mangel jeder höheren Lebensfreude, in erster Linie die Ursache des Branntweingenusses ist. (Sehr wahr!) Wir wissen gar zu gut, daß mancher arme Teufel zum Branntwein gegriffen hat, um für einen Moment seine erschlafften Kräfte wieder aufzupeitschen, um für einen Moment sich das Gefühl der Wärme, des Behagens, der Sättigung vorzutäuschen. Dem wollten wir nicht sagen: Du bist ein schlechter Kerl, wenn Du Branntwein trinkst, sondern wir wollten ihm sagen: wir wissen genau, wie Du zum Branntweingenuß gekommen bist. Aber wenn wir Dich darauf aufmerksam machen, daß Du mit jedem Tropfen Schnaps dazu beiträgst, die Taschen derer zu füllen und die Macht der Leute zu stärken, die unsere schlimmsten Gegner sind, die alles daransetzen, nicht nur um uns auszubeuten, sondern auch uns zu knebeln und zu knechten — willst Du dann noch weiter Branntwein trinken? oder willst Du nicht vielmehr den Branntwein meiden, um unsere schlimmsten Feinde an der empfindlichsten Stelle, am Portemonnaie zu treffen. (Sehr gut!) Dieser Appell an die Selbstüberwindung, dieser Appell an das Klassenbewußtsein, an die Solidarität, hat die prächtigsten Erfolge gezeitigt (Sehr richtig!) und in dieser Weise sollen wir auch den Branntweinboykott weiterführen, mit dieser Begründung, unter Hinweis auf die politische Wirkung. Daneben freuen wir uns natürlich außerordentlich auch über die gesundheitliche und moralische Nebenwirkung des Branntweinboykotts. Auch allein schon wegen seiner gesundheitlichen und moralischen Bedeutung würde ich mit aller Verve für den Boykottbeschluß eintreten, und ich glaube, Sie alle mit mir. (Sehr gut!) Wenn wir das aber wollen, dann dürfen wir *jene* Nachschnüffeleien, ob jemand mal einen Schnaps trinkt, und jene verbitternden Denunziationen, die sich daran knüpfen, nicht einreißen lassen, sondern in der Weise, wie ich es gesagt habe, den Boykott propagieren und für seine Durchführung wirken. Wenn alle vom Gedanken des Klassenkampfes durchdrungenen Arbeiter und Arbeiterinnen, wenn auch die Hausfrauen, ja besonders die Frauen, sich in den Dienst der Durchführung des Boykotts stellen, wenn wir also alle Kräfte zusammenfassen zu dem einheitlichen Kampf gegen den Branntwein, dann werden wir das erreichen, was wir alle zu erreichen wünschen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag 128 abzulehnen und die übrigen Anträge für erledigt zu erklären durch einstimmige Annahme des Antrages Gottschalk. Auf diese Weise bekunden wir, daß wir bereit sind, mit verstärkter Wucht und mit großem Elan für die Durchführung des Boykotts zu wirken, zum Nutzen unserer Arbeiter, zum Schaden unserer schlimmsten Feinde. (Stürmischer Beifall.)

Poetzsch-Berlin: Nach den Ausführungen der Genossin Zietz bleibt mir nur wenig zu sagen übrig. Ich brauche an dieser Stelle wohl kaum besonders zu betonen, daß wir alle den dringenden Wunsch haben, den Branntweingenuß immer weiter zurückzudrängen, aber wir wenden uns gegen die Uebertreibungen. Es ist ganz selbstverständlich, daß es kein Gewerkschafts- oder Volkshaus gibt, das seinen Bestand aufbaute auf den Verkauf von Schnaps. Würde es solche Häuser geben, die nur durch einen großen Schnapskonsum

lebensfähig sind, so könnten sie ruhig eingehen. Aber das ist nicht der Fall. Gerade in den Gewerkschaftshäusern — das zeigt ja auch die Enquete von Davidsohn — geht der Schnapskonsum von Jahr zu Jahr zurück. In dem Antrag 128 heißt es, daß der gesamte Spirituosenverkauf getroffen werden soll. Dadurch entsteht die Gefahr, daß alles, was nur entfernt mit Spiritus zu tun hat, boykottiert werden soll. Die Abstinenten streiten sich ja darüber, ob es nicht auch Brauselimonaden gibt, die Alkohol enthalten. (Heiterkeit.) Wir dürften dann also lediglich nur noch Selterwasser trinken. (Heiterkeit.) Wenn die Inserate verschwinden könnten, desto besser, ich glaube aber nicht, daß die großen Inserate, in denen Flaschen Schnaps angepriesen werden, einen so großen Einfluß auf die Arbeiter ausüben. Die abstinenten Genossen überschätzen zweifellos die Bedeutung ihrer Agitation, an der ich sie gewiß nicht hindern möchte. Lange vor dem Leipziger Beschluß hat die allgemeine Arbeiterbewegung, Gewerkschaften und Partei, nach der Richtung hin eingegriffen und ich möchte Davidsohn raten, einmal in Berliner Fabriken zu gehen und zu sehen, wie es heute dort zugeht. (Sehr gut!) Heute werden ungeheure Massen von Milch in die Fabriken gefahren. Vor zehn Jahren wäre es einem Arbeiter nicht möglich gewesen, eine Tasse Kakao in der Fabrik zu trinken, er wäre verspottet worden, und wenn er gar Milch getrunken hätte, dann hätte er sich vor Hohn gar nicht sehen lassen können. (Sehr richtig!) Diese Wandlung ist eine Folge des Einflusses der Aufklärungsarbeit der allgemeinen Arbeiterbewegung. (Lebhafte Zustimmung.) Ich erinnere ferner daran, daß die Maurer und anderen Gewerkschaften, sobald ein Streik ausbricht, in der Regel sofort beschließen, daß während des Streiks kein Alkohol getrunken werden darf. Ich erinnere daran, daß auf den Bauten der Alkoholkonsum dauernd zurückgeht, daß auf den Kongressen der Bauarbeiter während der ganzen Tagung der Konsum von Schnaps, ja sogar von Bier ausgeschlossen ist. Genossin Zietz hat recht, wenn sie sagt, daß ein solcher Antrag, wie er hier vorliegt, der Denunziation Tür und Tor öffnen würde. (Sehr richtig!) Als Davidsohn auf der Kreisgeneralversammlung des vierten Berliner Wahlkreises seinen Antrag begründete, sagte er u. a. zu den anwesenden Genossen: „Die große Masse fügt sich dem Boykott, aber die Genossen, die etwas haben, die 30 Pf. für einen echten Kognak ausgeben können, fügen sich nicht, unter Hinweis darauf, daß solcher Kognak ja ausländischer sei, sie drücken sich dadurch um den Boykott herum." (Lachen.) Daraus folgt, daß ein solcher Beschluß dahin führen würde, daß hinter jedem Parteigenossen hinterhergeschnüffelt wird, ob er nicht z. B. einmal bei der Wahlagitation, wenn er in ein elendes Gebirgsdorf kommt, wo es nur abgestandenes Bier gibt, und wenn er durch das Referat innerlich ganz kochend heiß geworden ist (Lang anhaltende Heiterkeit) — also wenn der Referent durch seine Rede innerlich heiß ist, aber kalte Füße hat (Erneute große Heiterkeit) — wenn er dann anstatt dieses elenden Bieres sich schließlich auch einmal ein Glas Grog geben läßt, dann wird er denunziert.

Löbe-Breslau: Wir sollten uns durch die heutige Rede von Davidsohn nicht zu Ungerechtigkeiten verleiten lassen, sondern wir können ruhig anerkennen, daß wir der von ihm geleiteten Bewegung manche nützliche Anregung verdanken, so sehr ich es auch bedauere, daß seine heutige Tätigkeit in ihrer Einseitigkeit und Uebertreibung dem Zweck nicht dienen kann, dem wir alle dienen wollen. (Sehr richtig!) Wir sollten uns die Freude an dem großen Erfolg, an dem von unseren Gegnern in der ganzen Welt anerkannten Erfolg des Schnapsboykotts nicht durch solche Zwistigkeiten verderben. Wenn irgendwo geschrieben steht, der Millionenkonsum an Schnaps ist um ein Drittel zurückgegangen, so sind das freilich kalte Ziffern, aber was dahinter

steht, ist etwas Großes. Das bedeutet, daß Zehntausende unserer Funktionäre, die frühmorgens bei großer Kälte losgegangen sind, um Flugblätter zu verteilen, die früher ihr Schnäpschen tranken, sagen: das hört jetzt auf, meine Parteidisziplin verbietet mir das. Hinter diesen Zahlen stehen Hunderttausende von Familien, in denen das Kind den Vater nicht mehr Schnaps trinken sieht, in denen mancher Groschen, der bisher in elendem Fusel angelegt wurde, edlerer und nützlicherer Unterhaltung zugeführt wird, und da meine ich, ist es ein Vergehen an unserem Beschluß, wenn wir ihn zum Gegenstande von Zwistigkeiten durch Uebertreibungen machen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Genosse Davidsohn, werfen Sie denn überhaupt keinen Blick in die Parteipresse, daß Sie sagen können, die Partei ist ganz und gar unschuldig an der Wirkung des Boykotts? Wie kann man so etwas sagen! Hat Davidsohn noch nichts gehört von unseren Bildungskursen, die in ganz Deutschland stattfinden und in denen die Redner bald vom naturwissenschaftlichen Standpunkt, bald vom nationalökonomischen Standpunkt aus hingewiesen haben auf die Schädlichkeit des Schnapsgenusses und auf die politische und wirtschaftliche Bedeutung des Boykotts? (Sehr gut!)

Also er übertreibt auch in diesem Punkt. Und deshalb werden wir trotz allem den Wunsch haben, daß unser damaliger Beschluß auch in diesem Jahre wieder eine schärfere Einprägung bei den Genossen erfährt. Wir können das nicht tun, indem wir aufs neue Flugblätter herausgeben, die nur dem Schnapsboykott dienen. Täglich treten neue Anforderungen des Lebens an uns heran und wir können ihnen kaum genügen. Aber vielleicht kann auf jedem Flugblatt überhaupt ein kleiner Vermerk angebracht werden, der sich nicht begnügt, den Leuten zuzurufen: „Trinkt keinen Schnaps!", sondern der vielleicht in drei Sätzen sagt: „Arbeiter, Euer Schnapsgenuß liefert dem Staat 180 Millionen jährlich zu Zwecken, mit denen er Euch bekämpft, den Junkern jährlich 46 Millionen, damit ihr Hochmut täglich höher steigt!" Immer muß ein Appell an den Verstand und das Pflichtbewußtsein enthalten sein, mit dem bloßen Verbot dienen wir der Sache nicht. Ich zweifele nicht, daß in der großen Mehrzahl der Fälle der Erfolg in der vorbezeichneten Weise zu erreichen ist und nicht auf dem Weg, den Davidsohn will. Und wenn Konsumvereine, wie der Breslauer Arbeiterkonsumverein, erklären, bei uns gibt es keinen Schnaps, oder wenn unser Parteiblatt erklärt: bei uns gibt es keine Schnapsinserate, so ist das gewiß eine moralische Tat. Aber die Schwierigkeiten, die uns Genossin Zietz und Genosse Poetzsch vorgeführt haben, machen das nicht überall möglich. Es kommt vor, daß ein Gastwirtsinserat, das nicht zum Schnapsgenuß, sondern nur zum Lokalbesuch auffordert, von einem Destillateur herrührt; das Inseratenverbot kann also auch zu gegenseitiger Ausschnüffelei führen. Und nun erst unsere Volkshäuser. Ja, wenn ich wüßte, daß durch den Beschluß des Schnapsboykotts und Schnapsverbots diejenigen, die bisher in die Gewerkschaftshäuser gekommen sind, nun auch weiterhin alle wiederkommen würden! Wir leben in Landesteilen, wo daran nicht zu denken ist, sondern wo wir daran denken müssen, daß vielleicht der oder jener Arbeiter das Gewerkschaftshaus nicht mehr besuchen wird, wenn er seinen gewohnten Konsum nicht mehr hat, oder daß er es auf kurze Zeit verlassen wird, um seinen Konsum anderswo einzunehmen, oder gar seinen Schnaps mitbringt. Wir müssen damit rechnen, daß durch ein Schnapsverbot der Kreis derjenigen, auf die wir einwirken wollen, nicht nur für den Schnapskonsum, sondern überhaupt eingeschränkt werden könnte, so daß wir uns damit nur selbst ins Fleisch schneiden würden. Also die Frage ist nicht durch einen Beschluß zu erledigen, denn sie ist eine Erziehungsfrage, in der immer wieder an den Verstand appelliert werden muß. Deshalb nehmen wir den Antrag 193 an, der kein Verbot verlangt, sondern nur einen Appell an den Verstand und das Pflichtbewußtsein, und damit allein werden wir weiter kommen. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird von Schöpflin-Leipzig begründet, von Hanisch bekämpft.

Vorsitzender **Noske** erklärt, daß der Hinweis von Hanisch, daß von den vielen Redakteuren und Verlegern auf dem Parteitag, die keine Schnapsinserate mehr aufnehmen, noch keiner gesprochen habe, in das Protokoll des Parteitages aufgenommen werde.

Darauf wird der Schlußantrag angenommen.

In persönlicher Bemerkung erklärt

Davidsohn-Berlin: Die Genossin Zietz hat in ihren heutigen Ausführungen den Ausdruck Quertreibereien gebraucht. Ich mache darauf aufmerksam, daß ich nur gesagt habe, die Gewerkschaftspresse sei intensiver für den Schnapsboykott eingetreten, als die Parteipresse. Ich sehe nicht ein, wo eine Quertreiberei liegt, wenn ich dieses unbestreitbare Faktum hier mitteile. (Zuruf: Das war abgeschwächt!)

Berten-Düsseldorf zieht den Antrag 97 zurück, da Genossin Zietz erklärt habe, daß der Parteivorstand Flugblätter für die Taubstummen herausgeben werde.

Es folgt nun das Schlußwort zum Bericht des Parteivorstandes.

Ebert (Schlußwort): Ich bin in der angenehmen Lage, mich kurz fassen zu können, muß allerdings zu meinem Bedauern noch einmal auf die Göppinger Angelegenheit eingehen. Von keinem der Redner ist gegen den Parteivorstand wegen seiner Stellung in dieser Sache ein Vorwurf erhoben worden. Es steht für mich auch fest, daß der Parteitag einmütig unsere Haltung billigen wird. Bei der Auseinandersetzung sind hier aber Angaben gemacht worden, die richtiggestellt werden müssen, wenn sie nicht später wieder in der einen oder anderen Weise bös gedeutet werden sollen. Schepperle hat gesagt, daß der Parteivorstand zur Sanierung nur bereit gewesen sei, wenn der Landesvorstand mitmache. Das ist falsch. Wir haben den Landesvorstand gutachtlich gehört, ob wir überhaupt sanieren sollen. Nachdem das bejaht war, wäre die Sanierung von uns durchgeführt worden, eventuell auch ohne den Landesvorstand. Dann hat Schepperle behauptet, daß in der Sitzung am 7. Juni morgens in Stuttgart, von der ich sprach, gesagt worden sei, wenn die Göppinger nicht der dort vorgelegten Erklärung zustimmten, dann würde eine Sanierung nicht vorgenommen. Genosse Kopp, der an dieser Sitzung teilgenommen, hätte ihm (Schepperle) das mitgeteilt. Diese Behauptung ist in jeder Hinsicht falsch und unwahr! (Hört! hört!) Wir haben die Sitzung geleitet und von keiner Seite ist auch nur irgendeine Aeußerung gefallen, die sich so deuten ließe. Im Gegenteil, den Göppingern ist gesagt worden, daß sie völlig unbeeinflußt von allem zu der Erklärung Stellung nehmen sollen. Ich halte es für ganz unwahrscheinlich, daß Kopp eine solche unwahre Behauptung Schepperle gegenüber gemacht haben kann. (Hört! hört!) Dann hat Schepperle gesagt, das, was Westmeyer zuerst in der Angelegenheit berichtet hat, beruhe auf Informationen durch Schepperle. Das nehme ich als gegeben an. Der Genosse Westmeyer will dazu aber gesagt haben, es sei ja ganz unglaublich, daß der Parteivorstand solche Bedingungen gestellt habe, und trotzdem er also selbst diese Mitteilung als ganz unglaublich bezeichnete, hat er sie der „Bremer Bürgerzeitung" übermittelt. (Hört! hört!) Wäre es nicht vernünftiger gewesen, daß Westmeyer sich zunächst an uns gewandt hätte? Das wäre um so notwendiger gewesen, weil die endgültige Entschei-

dung ja erst am 30. Mai gefallen ist, der Parteivorstand also noch rechtzeitig hätte eingreifen können. Wenn von Westmeyer weiter behauptet wird, daß er dann weitere Erklärungen und Vorwürfe gegen den Parteivorstand nicht mehr gerichtet habe, so ist das falsch. (Hört! hört!) Es kann ein Genosse einmal infolge falscher Information unrichtige Behauptungen aufstellen und es wäre gewiß ungerechtfertigt, ihm deshalb besonders heftige Vorwürfe zu machen. Wenn er aber, nachdem er über diese falschen Informationen aufgeklärt ist, von neuem diese Vorwürfe erhebt, dann ist dieses Verhalten entschieden zu mißbilligen. Und das trifft auf Westmeyer zu. (Hört! hört!) Nachdem wir uns über die Sache erklärt hatten, hat er mit Radek und Thalheimer am 11. Juni eine Erklärung veröffentlicht, in der gesagt wird: „Wir halten alles, was wir bisher in der Angelegenheit erklärt haben, aufrecht." (Hört! hört!) Dabei wurde ausdrücklich der Artikel der „Leipziger Volkszeitung" vom 4. Juni genannt, der Artikel, den ich hier besprochen habe. Westmeyer hat auch in dem Geheimzirkular, das von den drei Genossen von Göppingen verschickt wurde, am 8. Juni mehrere Parteiblätter gewarnt vor unseren Erklärungen. (Hört! hört!) Es heißt in dem Zirkular: „Wir halten es für notwendig, Ihnen das alles mitzuteilen, damit Sie die Bedeutung der zu erwartenden Erklärung des Parteivorstandes von vornherein zu würdigen wissen." (Hört! hört!) Es ist weiter von Göppingen aus am 7. Juni ein vertrauliches Telegramm an einige Parteiblätter gegangen, in dem es heißt: „Vertuschungsaktion des Parteivorstandes gescheitert. Vorsicht vor Parteivorstandsnachrichten am Platze. Bericht folgt." (Hört! hört!) Unterzeichnet ist das Telegramm: „Westmeyer." (Erneutes lebhaftes Hört! hört!) Ich habe mit Westmeyer darüber Rücksprache genommen; er bestreitet, das Telegramm unterzeichnet zu haben. Er aber sowohl wie Schepperle bestreiten nicht,

---

*) Bei diesen Ausführungen, die Genosse Ebert im Auftrage des Parteivorstandes machte, stützte er sich auf folgendes Material:

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow.

Charlottenburg, 31. August 1912.

An den Parteivorstand.

Werte Genossen!

In Sachen Karl Radek teile ich hierdurch ergebenst mit, daß dieser tatsächlich „seit 1908 organisiertes Mitglied der deutschen Partei" ist, — wenn Kropatsch (Radek hatte angegeben, unter dem Namen Kropatsch Mitglied geworden zu sein) und Radek identisch sind. Am 25. Oktober 1908 wurde ein Kropatsch, Berlin, Scharnhorststraße 11 wohnhaft, im Wahlverein des 6. Berliner Reichstagswahlkreises als Mitglied aufgenommen. Er bekam das Buch Nr. 30 948. Damit hatte er seine Parteipflicht allerdings erfüllt. Seitens des Sekretariats des 6. Kreises ist festgestellt worden, daß dieser Genosse nach seinem Eintritt keine Beiträge an die Organisation bezahlt hat, der er als Mitglied angehörte.

Mit Parteigruß

Max Groger.

Sozialdemokratischer Verein für den
12. sächsischen Reichstagswahlkreis. Leipzig, den 26. August 1912.

Werte Genossen!

Genosse Molkenbuhr frug auf unserer Landesversammlung, ob Radek-Sobelsohn hier Mitglied gewesen sei.

Unser Kassierer sagte mir, er sei eine ganz kurze Zeit, wie seine bessere

daß es abgegangen ist, sie meinen nur, es sei Mißbrauch mit dem Namen getrieben worden. (Lachen.) Das kann schon richtig sein nach all den Vorgängen. Aber das alles mußte gesagt werden, um darzutun, daß in der Tat trotz der geschehenen Aufklärung des Sachverhalts von Westmeyer und anderen die Treibereien gegen den Vorstand fortgesetzt wurden. (Hört! hört!)

Nach der Erklärung, die Lensch hier abgegeben hat und die ich als durchaus loyal bezeichnen muß (allgemeine Rufe: Sehr wahr!), scheidet die „Leipziger Volkszeitung" für uns aus dieser Affäre aus. Aber ein Wort noch an Lensch. Er hat gesagt, die Verhältnisse in Württemberg seien leider so, daß es keinen objektiven Bericht von dort mehr gäbe. Das ist richtig. Aber das ist doch keine neue Erscheinung und gerade weil die Verhältnisse in Württemberg so liegen, hätte auch die „Leipziger Volkszeitung" vorsichtig sein sollen in der Aufnahme solcher Artikel. (Zustimmung.)

Am meisten hat mich in der Rede Henkes überrascht, daß er bedauert, daß ich die Frage der Mitgliedschaft Radeks hier erörtert habe und daß er uns weiter zum Vorwurf gemacht hat, daß wir die Parteipresse darüber nicht schon früher informiert hätten. Ich habe bei meinen ersten Ausführungen streng vermieden, auch nur eine Anspielung zu machen auf die schwebende andere Affäre Radek. Ich will auch jetzt in keiner Weise auf sie eingehen. Aber ich muß doch eins sagen: Am 9. September erschien in der „Bremer Bürgerzeitung" zur Affäre Radek ein Artikel, der in der Entstellung dieser Affäre alles mögliche leistet. In diesem Artikel war auch in bezug auf die Mitgliedschaft Radeks die alte falsche Behauptung aufgestellt, er sei seit 1908 Mitglied der deutschen Partei*). Als wir das lasen und dabei wußten, daß am 12. September die bremische Parteigenossenschaft sich in einer Versammlung mit der Affäre Radek beschäftigen werde, hielten wir es für notwendig,

---

Hälfte, Mitglied gewesen, aber wie alle diese Leute, seine Beiträge schuldig geblieben. Ein positiver Beweis ließ sich bloß für seine Frau erbringen.

Mit Parteigruß

Karl Buhl.

Auf unser Ansuchen um eine bestimmte und absolut zuverlässige Auskunft in dieser Angelegenheit teilte uns der Parteisekretär Schroers im Einvernehmen mit dem Genossen Buhl am 10. September 1912 telegraphisch folgendes mit:

Leipzig, 10. September 1912.

„Sobelsohn war kein Mitglied, kein Nachweis vorhanden. Frau war Mitglied, aber nur 2 Wochenbeiträge bezahlt. Schroers."

Am 26. September 1912, also nach dem Parteitage, ging dem Parteivorstand folgendes Schreiben zu:

Sozialdemokratischer Verein für den
12. sächsischen Reichstagswahlkreis. Leipzig, 26. September 1912.

Werte Genossen!

In Sachen der Mitgliedschaft Radeks in Leipzig haben wir neue Erörterungen vorgenommen. Da die Personalkarten von 1909/10 infolge unserer neuen Einrichtung vernichtet sind, haben wir den damaligen Beitragskassierer des Bezirks, in dem Radek wohnte, gefragt, und derselbe stellte nach seinem noch vorhandenen Beibuche fest, daß Radek im Jahre 1909/10 47 Vereins- und 4 Wahlfondsmarken entnommen hat, also Mitglied gewesen ist. Dies zu Ihrer Information.

Mit Parteigruß

Karl Buhl.

ohne in die Sache einzugreifen, doch wenigstens die Frage der Mitgliedschaft Radeks richtigzustellen, damit die Parteigenossen Bremens wenigstens in dieser Hinsicht richtig informiert werden. Am 10. September schrieben wir einen Brief an die Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung". Genosse Henke bist Du denn so wenig unterrichtet über die Vorgänge in Deiner eigenen Redaktion, daß Du davon nichts weißt? (Heiterkeit.) In diesem Brief haben wir über die Mitgliedschaft Radeks Aufschluß gegeben und von der Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung" eine Richtigstellung verlangt. (Zuruf vom Parteivorstand: Erwartet!) Gut, wir haben das erwartet, das ist aber leider nicht erfolgt. (Hört! hört!) Und deshalb waren wir gezwungen, die Sache hier richtigzustellen. Wir mußten das machen, wenn wir nicht den Weg wählen wollten, den die Genossin Rosa Luxemburg einschlagen mußte, die ebenfalls in der Sache Radek eine Richtigstellung an die „Bremer Bürgerzeitung" schickte, damit aber abgewiesen wurde und sich schließlich in den „Vorwärts" flüchten mußte. Es scheint also in der Tat, daß Henke über die Vorgänge in seiner eigenen Redaktion nicht genügend informiert ist oder daß er dort schließlich gar Radek schalten und walten läßt (Stürmisches Hört! hört!), und das wäre ja noch interessanter, wenn dieser Held, dieser Retter der Meinungsfreiheit dort in der „Bremer Bürgerzeitung" die Richtigstellung der gröblichsten tatsächlichen Unrichtigkeiten verhindert oder vereitelt hätte! (Diesen vom Redner in Erregung gesprochenen Worten folgen anhaltende Rufe der Bewegung).

Genosse Mattutat sagte, daß die Sache in Verbindung stehe mit den Württemberger Parteistreitigkeiten. Das muß ich bestreiten und ich habe mich in meinen ersten Ausführungen bemüht, die Sache gesondert und ohne Bezugnahme auf die Württemberger Parteistreitigkeiten zu erörtern. Wenn Mattutat dann noch sagte, daß die Württemberger Parteistreitigkeiten sich nicht so entwickelt hätten, wenn der Parteivorstand früher und energischer eingeschritten wäre, so muß ich das auf das entschiedenste zurückweisen. Es gibt in dem ganzen verworrenen Württemberger Parteistreit, mit dem ich mich selbstverständlich hier nicht näher beschäftigen will, nicht eine Streitfrage, zu der der Parteivorstand nicht klipp und klar Stellung genommen hat. Wir haben die ganzen Jahre hindurch immer und immer wieder auf die Genossen von beiden Seiten eingewirkt und sie gemahnt an ihre Parteipflicht. Wir haben alle möglichen Sitzungen abgehalten und Untersuchungen geführt, aber bisher waren alle Arbeiten leider vergeblich. Die Gegensätze, die auch vielfach auf persönlichem Gebiete liegen (Sehr richtig!), sind immer von neuem zum Ausdruck gekommen. Was an uns lag, ist geschehen, um den Streit nach Möglichkeit beizulegen.

Damit möchte ich diese Angelegenheit verlassen und noch einiges sagen zur Frage unseres polnischen Parteiorgans. Der Genosse Biniszkiewicz hat den Antrag 155 hier befürwortet. Er will, daß auch fernerhin die „Gazeta Robotnicza" wöchentlich dreimal erscheinen soll. Wir hatten beschlossen, den Vorstand der P.P.S. zu ersuchen, vom 1. Januar ab dieses Blatt wieder wöchentlich erscheinen zu lassen. Wenn Genosse Biniszkiewicz sagte, das Blatt habe sich gut entwickelt und unser Beschluß sei daher nicht gerechtfertigt, so muß ich dem entschieden widersprechen. Es bedarf wohl keiner näheren Ausführungen, daß die deutsche Partei jederzeit bestrebt gewesen ist, alles zu tun, um die Agitation unter dem polnischen Proletariat zu fördern, um die polnische Arbeiterschaft für den Klassenkampf zu gewinnen. Es ist von der Sozialdemokratie auch alles getan worden im Kampfe gegen die Unterdrückung der polnischen Nation. Seit 1906, seitdem die Vereinbarung zwischen der P.P.S. und dem Parteivorstand besteht, ist auch in finanzieller Hinsicht

der P.P.S. die weiteste Unterstützung gewährt worden. Wir haben in Kattowitz eine Druckerei eingerichtet. Wir haben ihr die Möglichkeit gewährt, daß vom 1. Januar 1907 ab die „Gazeta Robotnicza" wöchentlich dreimal erscheinen konnte. Wir haben für dieses Organ hohe Zuschüsse geleistet, haben Kolporteure subventioniert, haben in Rheinland-Westfalen und im oberschlesischen Industriegebiet zeitweilig Sekretariate unterhalten. Wir haben die P.P.S. selbst subventioniert, kurz: der Parteivorstand hat in reichlichem, ja überreichlichem Maße die P.P.S. und ihr Organ unterstützt. (Sehr richtig!) Aber schließlich müssen auch Erfolge aufzuweisen sein. Daran hat es bei der P.P.S. und der „Gazeta Robotnicza" völlig gefehlt. Nach den Ausführungen von Biniszkiewicz muß ich leider auch hier einige tatsächliche Angaben machen: Seit dem 1. Januar 1907 bis zum Ende dieses Geschäftsjahres 1912 hat die „Gazeta Robotnicza" ganze 300 Abonnenten gewonnen. Und in dieser Zeit hat die deutsche Partei für dieses Organ eine Subvention von über 80 000 Mk. gezahlt. (Hört! hört!) Danach steht wohl fest, daß alles versucht worden ist, um das Blatt lebensfähig zu machen. Wenn aber trotzdem kein Fortschritt zu verzeichnen ist, so ist der Beweis geliefert, daß eine Entwickelungsmöglichkeit nicht gegeben ist und weitere Opfer zwecklos sind. Darum haben wir die Umwandlung in ein Wochenblatt empfohlen. Wenn man daraus irgendwelche Schlüsse über unsere Haltung zur P.P.S. ziehen will, so ist das falsch. Nicht politische Erwägungen, sondern lediglich die Tatsache, daß trotz reichlicher Subventionen bisher keine Fortschritte zu erzielen waren, gab uns die Veranlassung, wieder zu dem früheren Zustand zurückzukehren.

Ein paar Worte zu den Anträgen, die eine lebhaftere Agitation unter den Privatangestellten fordern. Wir haben uns bereits bemüht, nach der Richtung das möglichste zu tun. Das Handbuch zur Reichstagswahl bietet reichliches Material zur Agitation unter den Angestellten. Ebenso die Broschüre, die zur Reichstagswahl herausgegeben wurde. Auch ein Flugblatt ist zur Agitation unter den Angestellten herausgegeben worden. Wir sind auch künftig bereit, alles zu tun, was geeignet ist, nach der Richtung unsere Parteibestrebungen zu fördern. Deshalb bitte ich, diese Anträge dem Parteivorstand zur Erwägung überweisen zu wollen.

Genosse Dr. Laufenberg hat gewünscht, daß auch die Wahlrechtsfrage gefördert werde. Gewiß ist die Wahlrechtsfrage ein Hauptteil der deutschen Politik und es ist wichtig, sich auch hier damit zu beschäftigen. Ich kann erklären, daß auch wir in der Parteileitung der Meinung sind, daß die Wahlrechtsbewegung in Preußen von neuem entfacht werden muß. Wenn der Landtag in den nächsten Wochen zusammentritt, sind vier Jahre verflossen, seitdem in der Thronrede versprochen wurde, daß das elendeste aller Wahlgesetze beseitigt werden solle. Die brennende Schmach des Dreiklassenwahlsystems lastet aber heute immer noch auf dem preußischen Volke. Es gilt deshalb, das preußische Volk von neuem aufzufordern, sich seine Bürgerrechte zu erkämpfen. Die preußische Landeskommission wird noch im Laufe dieses Monats zusammentreten, um die zur Wahlrechtsbewegung erforderlichen Schritte einzuleiten. (Lebhafter Beifall.)

Ich komme zum Schluß. Die Aussprache, die sich an den Vorstandsbericht geknüpft hat, hat uns eine ganze Reihe von Anregungen gegeben, die sicher sorgfältig gewürdigt werden. Einwendungen gegen die Tätigkeit des Parteivorstandes sind von keinem Redner erhoben worden! Ich darf deshalb wohl annehmen, daß unsere Tätigkeit die volle Zustimmung des Parteitages findet. (Lebhafter Beifall.)

Braun: Nach dem Lauf der Debatte könnte ich eigentlich auf ein Schlußwort verzichten, wenn ich nicht für den Parteivorstand zu zwei Anträgen

Stellung zu nehmen hätte. Zum Kassenbericht ist nichts gesagt worden, und wenn für die Finanzen das gilt, was für die Frauen gilt, daß nämlich die die besten sind, von denen am wenigsten gesprochen wird, so kann man annehmen, daß unsere Finanzen in bester Ordnung sind. Ich muß jedoch für den Parteivorstand zu zwei Anträgen Stellung nehmen. Der Antrag 80, der von Mülheim-Wipperfürth eingereicht worden ist, verlangt, daß der Parteivorstand vom Parteitag beauftragt werden soll, die Verwaltungsmaterialien, Geschäftsbücher, Kassen- und Mitgliedsbücher an einer Zentralstelle herzustellen, um dadurch eine Vereinheitlichung des Verwaltungsmaterials herbeizuführen. Wollte man diesem Antrag näher treten, so müßte man sich schon deshalb dagegen wenden, weil der vorgeschlagene Weg ein verkehrter ist. Wenn man zur Vereinheitlichung des Verwaltungsmaterials kommen will, soll man nicht zuerst die technische Herstellung zentralisieren, sondern erst das Material vereinheitlichen. Ich bitte Sie jedoch namens des Parteivorstandes, diesen Antrag abzulehnen. Ein ähnlicher Antrag ist bereits auf dem Parteitag in Essen angenommen worden. Es hat damals der Parteivorstand die Materialien aus den einzelnen Bezirks- und Wahlkreisorganisationen eingefordert. Die Sachen sind gesichtet und bearbeitet worden, eine spätere Konferenz der Bezirksvorstände hat sich mit dem Ergebnis beschäftigt und dabei hat sich herausgestellt, daß das Material der einzelnen Bezirke und Wahlkreise, den verschiedenen Verhältnissen angepaßt, doch ein so verschiedenartiges ist, daß es sehr schwer hält, ein einheitliches Material, eine einheitliche Schablone für das ganze Reich herzustellen. Die Bezirksvorstände sind deshalb in jener Konferenz zu dem Schluß gekommen, daß erst einmal in allen Bezirken der Versuch gemacht werden soll, einheitliches Material für die Bezirke zu schaffen. Wenn sich das hat durchführen lassen, kann man ins Auge fassen, ob bestimmte Richtlinien für einheitliches Material im ganzen Reiche aufzustellen sind. Die letzte Sekretärkonferenz hat sich auch mit dieser Frage beschäftigt. Der Parteivorstand hat die Erklärung abgegeben, daß wiederum Material zusammengestellt und dann versucht werden soll, Normen aufzustellen für einheitliche Verwaltungsmaterialien. Stellt sich das als möglich heraus, so wird es geschehen auch ohne Beschluß des Parteitages. Ich würde Sie deshalb bitten, den Antrag abzulehnen und den Parteivorstand nicht in irgendeiner Richtung zu binden. Der Antrag 11 verlangt Konferenzen der Wahlkreissekretäre, dazu muß ich schon erklären, daß es mit den Konferenzen doch nunmehr beinahe schon zuviel wird. (Sehr richtig!) Wir haben Geschäftsführerkonferenzen, Redakteurkonferenzen, Bezirkskonferenzen, Sekretärkonferenzen, Bibliothekarkonferenzen sind auch angeregt worden und was noch alles für Konferenzen in Aussicht stehen. Auf jedem Arbeitsgebiet wünscht man neben Parteitag und Bezirkskonferenz noch besondere Konferenzen. (Zurufe: „Sonderkonferenzen!") Von den Sonderkonferenzen ganz abgesehen. (Heiterkeit.) In allem muß man doch ein gewisses Maß einhalten. Wir haben 84 Wahlkreissekretäre, und erfreulicherweise vermehrt sich die Zahl fast wöchentlich. Wollten wir nun neben den andern auch noch Kreissekretärkonferenzen abhalten, dann würden wir fortgesetzt kleine Parteitage haben. Zu welchem Zweck soll die gewünschte Konferenz denn einberufen werden? Um Fragen der Kleinagitation und Organisation zu besprechen, wurde gesagt. Ich meine, es würde ein viel praktischeres und brauchbareres Ergebnis herauskommen, wenn bezirksweise die Funktionäre zusammenkommen und über Agitation und Kleinarbeit sprechen. Was soll es nutzen, wenn der Kreissekretär von Königsberg mit dem Kreissekretär von Mülhausen im Elsaß zusammenkommt, und die beiden sich über Kleinarbeit unterhalten wollen, die doch oben zweifellos ganz anders ist, wie da unten. Dazu dienen die Konferenzen in den einzelnen Bezirken. Dort hat es einen Zweck, wenn die Kreissekretäre und Wahlkreisfunktionäre über diese Frage sprechen. Stellt sich dort heraus, daß gewisse Sachen für das gesamte Reich als Richtlinie dienen können, dann sind die Konferenzen der Bezirksvorstände oder des zu schaffenden Ausschusses der richtige Ort, diese Erfahrungen dem ganzen Reiche dienstbar zu machen. Ich bitte deshalb auch um Ablehnung des Antrages 11. Der Redner, der den Antrag begründete, verlangte auch ein Mitteilungsblatt. Wir haben unsere große Parteipresse, da finden auch die Wahlkreisfunktionäre alles, was sie für die ersprießliche Tätigkeit im Dienste der Partei brauchen. Daneben noch besondere Mitteilungsblätter schaffen, hieße die Kräfte zersplittern. Ich bitte deshalb, auch den Antrag 11 abzulehnen.

Raden verzichtet auf ein Schlußwort.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Henke-Bremen: Genosse Ebert hat geglaubt, einen vernichtenden Schlag gegen mich führen zu können. (Große Unruhe.) So lassen Sie mich doch reden. Damit hatte er kein Glück. Er stellte es so dar, als ob ich als Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung" nicht wüßte, was in der Redaktion dieses Blattes passiert. Er hat geglaubt, diesen Schlag ausführen zu können, indem er hinwies auf ein Schreiben des Parteivorstandes an die Redaktion. Er hat gesagt, daß dieses Schreiben vom 10. September datiert ist. Ich muß erklären, daß ich seit Sonntag voriger Woche auf ein Versprechen, daß ich dem Genossen Jaeckel im Reichstag gegeben habe, eine Agitation im Vogtlande, in seinem Wahlkreis unternommen habe. Ich bin also während der ganzen Woche nicht in Bremen gewesen. Damit befinde ich mich ja in einer Situation, in der sich gelegentlich auch Parteivorstandsmitglieder befinden. Da kann es schon vorkommen, daß man über etwas nicht orientiert ist, was in seiner Abwesenheit passiert ist. Das ist allerdings hier der Fall. Ich weiß nichts über dieses Schreiben des Parteivorstandes. Ich habe dem Kollegen, der mich vertritt, geschrieben, er möchte mir alle Nummern der „Bremer Bürgerzeitung" nachschicken. Das ist aus irgendwelchen Gründen unterblieben. Ich bin also über das, was über den Fall Radek in der „Bremer Bürgerzeitung" in der letzten Woche erschienen ist, nicht informiert. (Zurufe: Wer ist dort jetzt Redakteur?) Das warten Sie doch ab. Der Name ist es nicht, den Sie gern hören wollen. Wenn Ebert dann gefragt hat — in seiner Frage lag schon die Antwort —, läßt er etwa diesen Radek schalten und walten in der Redaktion?, so muß ich diese hämische Unterstellung auf das schärfste zurückweisen. Das kann nicht passieren, daß er da schaltet und waltet. Ich will Ihnen außerdem, wozu ich nicht verpflichtet wäre, erklären, daß ich heute morgen telephonisch nach Bremen angerufen und mit der Redaktion gesprochen habe, daß auf keinen Fall irgendwelche Arbeiten des Genossen Radek in der „Bürgerzeitung" erscheinen sollen, bevor nicht der ganze Fall erledigt ist. Mehr kann man nicht tun. Ich weiß nicht, aus welchem Grunde mir die Zeitungen nicht zugegangen sind und ich weiß nicht, was der Artikel enthält, über den Ebert gesprochen hat. Nun hat Genossin Rosa Luxemburg einen Artikel an die „Bürgerzeitung" geschickt und der soll abgelehnt worden sein, so daß die arme Frau in den „Vorwärts" flüchten mußte. Es ist das um so bemerkenswerter, als sie früher mit anderen Artikeln im „Vorwärts" keine solche gastfreundliche Aufnahme fand. Mein Kollege hat mir den Artikel postlagernd nach Plauen geschickt. Ich habe ihn am Sonntag in die Finger bekommen und ich sagte meinen Kollegen heute morgen, nach meiner Auffassung hätte der Artikel aufgenommen werden können. Mein

Kollege — der auf Grund einer Verabredung zwischen uns in Sachen des Artikels nicht selbständig handelte — sagte aber, er habe bereits eine Notiz geschrieben, wonach der Artikel der Kommission der Bremer Genossen überwiesen werden solle, die die ganze Sache Radek untersuchen solle. Dieser Kommission sei der Artikel als Material überwiesen worden. Als diese Kommission in der Parteiversammlung in Bremen gewählt wurde, da ist der Versammlung ausdrücklich das Schreiben des Vorstandes mitgeteilt worden, wonach Radek kein Mitglied gewesen sei. (Widerspruch.) Ich verlese folgende Erklärung der bremischen Delegierten: „In der Parteiversammlung in Bremen, wo über den Fall Radek verhandelt wurde, ist in der Diskussion auch angeführt worden, daß Radek 1908—1911 kein Mitglied sei. Da Genosse Radek erklärte, daß diese Information auf einem Irrtum beruhen müsse, wurde es als selbstverständlich betrachtet, daß auch die Klärung dieser Frage zu den Aufgaben der Kommission gehöre." Heute morgen hat mich der Kollege, der mich vertreten hat, davon unterrichtet, daß Radek ihm gesagt habe, er wolle an den Parteitagsvorsitzenden ein Schreiben richten, in dem er erklären wolle, alles, was über seine Nichtmitgliedschaft mitgeteilt worden sei, sei unrichtig. Er werde nachweisen, daß er Mitglied gewesen sei. Seien Sie überzeugt, daß wir Bremer ein ebenso gutes Parteigefühl haben, wie irgendein anderer in der Partei. Wenn jemand mich deswegen verdächtigen will, dann muß ich ihm sagen, daß das nicht an meine Füße reicht. (Unruhe, Zurufe und Lachen.) Das reicht nicht an meine Fußsohlen! Wenn Radek das ist, als was er hingestellt wurde, dann werde ich mit ihm verfahren, wie andere mit ihm verfahren sind. Darum ist die Untersuchungskommission eingesetzt. Deshalb haben wir aber seine Mitarbeit noch nicht abgelehnt. Das hat meines Wissens auch die „Leipziger Volkszeitung" nicht getan. Vielleicht gibt Genosse Lensch darüber aber noch eine Erklärung ab, die den Genossen Ebert wieder befriedigt. (Heiterkeit.) (Vorsitzender Haase ermahnt den Redner, nicht zuweit den Rahmen der persönlichen Bemerkung zu überschreiten.) Ich erkenne dankend an, daß mir ein weiter Spielraum gelassen wurde, Sie werden aber zugeben, daß der gegen mich gerichtete Angriff das rechtfertigte. Auch ich will mich auf den Fall Radek nicht weiter einlassen, Sie sehen aber, daß die Sache doch etwas anders liegt, als sie Ebert dargestellt hat. Ich überlasse es Ihnen ruhig, nun darüber zu urteilen.

Biniszkiewicz: Ebert sagte, daß ich den Antrag 155 begründet hätte. Das ist ein Irrtum. Ich habe ausdrücklich erklärt, die Befürwortung überlasse ich den Berliner Genossen. Ich habe nur meine persönliche Auffassung dazu geäußert.

Ebert (Parteivorstand): Ich wäre zu meinen Ausführungen gegen Henke nicht gekommen, wenn er nicht in der Debatte uns zum Vorwurf gemacht hätte, daß wir den Redaktionen nicht schon früher über die Nichtmitgliedschaft Radeks Mitteilung gemacht hätten. Daß er verreist war in dieser für Bremen so kritischen Zeit, wußte ich nicht. Wenn er weiter sagte, daß die Frage, ob Radek Mitglied sei, in der Bremer Kommission untersucht würde, so kann ich ihm zu seiner Beruhigung nur sagen, daß es da nichts mehr zu untersuchen gibt! Nach Mitteilung der Parteiorganisation für den 12. sächsischen Reichstagswahlkreis Leipzig, war Radek dort entgegen seiner Behauptung überhaupt nicht Mitglied gewesen. Nach Mitteilung des Vorstandes des 6. Berliner Reichstagswahlkreises war Radek dort unter dem von ihm angegebenen Namen Mitglied. Er hat sich jedoch lediglich gemeldet, aber keine Beiträge bezahlt. Wenn Henke sich davon überzeugen will, kann er bei mir die betreffenden Schriftstücke einsehen.

Henke-Bremen: Ich habe keine Ursache, die Worte des Genossen Ebert zu bezweifeln, seine Glaubwürdigkeit ist mir hinlänglich bekannt, so daß ich die Schriftstücke nicht einzusehen brauche. Wenn das der Fall ist, daß Genosse Radek uns gleichsam ange . . . . . (Lebhafte Zurufe: „angelogen!") sagen wir, angelogen hätte, dann würden wir das genau so zu bewerten wissen, wie andere Leute. Ich habe im übrigen gestern in meiner Rede nicht von dem gesprochen, was vom 9. und 10. September an passiert war — davon war ja auch gar nicht die Rede —, sondern von dem, was vorher in der Göppinger Angelegenheit passiert war, und ich sagte, da hätte der Parteivorstand, der die Mitarbeit Radeks für eine ganze Anzahl von Parteiblättern, auch revisionistischen Blättern (Zuruf: Es gibt keine revisionistischen Blätter!) kannte, uns von der Nichtmitgliedschaft Radeks informieren müssen. Da er das aber nicht getan hat, so ist er, sofern er den wahren Sachverhalt kannte, mitschuldig und gehört mit uns auf die Anklagebank. (Unruhe.)

Es wird abgestimmt.

Die Anträge 3, 4, 5, 6, 7 und 8 werden dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Die Anträge 9, 151, 11, 155, 80, 91 und 99 werden abgelehnt.

Antrag 160 wird angenommen. Antrag 191 wird zurückgezogen. Antrag 192 wird abgelehnt.

Die Anträge 219 und 202 werden einstimmig angenommen.

Dadurch erledigen sich die Anträge 12, 13, 148 und 173.

Die Anträge 95, 98, 118, 119 werden dem Zentralbildungsausschuß überwiesen.

Der Antrag 194 wird einstimmig angenommen. Dadurch erledigen sich die Anträge 125, 126 und 127. Antrag 128 sowie ein hierzu gestelltes Amendement Davidsohn, die Worte „des gesamten Spirituosenverkaufs" zu ersetzen durch die Worte „des Schnapsverkaufs" werden abgelehnt.

Hierauf wird dem Parteivorstande einstimmig Decharge erteilt.

Es folgt Punkt 3 der Tagesordnung:

Die Lebensmittelteuerung.

Hierzu liegt Resolution 201 vor.

Scheidemann: Viele Millionen unserer Volksgenossen sind selbst in sogenannten guten Zeiten zur Unterernährung gezwungen. Dieser schlimme normale Zustand wandelt sich seit einer langen Reihe von Jahren regelmäßig im Sommer zu einem direkten Notstande um, der breite Schichten unseres Volkes geradezu zum Hungern zwingt. Selbstverständlich haben wir Sozialdemokraten als die berufenen Vertreter des werktätigen Volkes von Jahr zu Jahr unsere Stimme erhoben, um durchzusetzen, daß Maßregeln ergriffen werden, die diesen Notstand lindern können. Wir haben auf unsere Forderungen regelmäßig zwei Sätze zur Antwort bekommen. Erstens sagte man: „Es handelt sich nur um eine vorübergehende Erscheinung." Zweitens sagte man: „Die Teuerung ist eine internationale; in allen Ländern ist die Teuerung gleich groß." Man kann im Zweifel darüber sein, ob diejenigen, die immer wieder von einer vorübergehenden Erscheinung sprechen, aus Unwissenheit oder aus Bosheit handeln. Richtig ist, daß die Teuerungserscheinung international ist. Aber ob diejenigen, die uns mit diesem Argumente gekommen sind und immer wieder kommen, sich darüber klar sind, daß zwischen

Teuerung und Teuerung wesentliche Unterschiede bestehen, und ob sie wissen, welches die Ursachen der internationalen Erscheinung sind — das scheint mir einigermaßen zweifelhaft zu sein. Jedenfalls halte ich es für angebracht, auch von dieser Stelle aus zu bekunden, daß wir Sozialdemokraten vollkommen im klaren sind über die Ursachen der internationalen Teuerung.

Die stürmische Entwickelung des Kapitalismus, die 1895 einsetzte, gipfelt jetzt zum dritten Male (wie 1899/1900 und 1906/07) in einem geradezu ungeheuren Aufschwung der industriellen Hochkonjunktur. Und jedesmal, wenn ein Gipfelpunkt dieser Entwickelung erreicht war, stellte sich auch mit absoluter Sicherheit eine große Teuerung ein. Diese beiden Erscheinungen gehören denn auch auf das innigste zusammen. Die rasche Ausbreitung der Industrie ist in dieser Epoche wesentlich zurückzuführen auf die großen technischen Fortschritte. Ich erinnere an die großen Fortschritte, die auf dem Gebiete der Technik und der Chemie gemacht worden sind, wie sich diese beiden großen Industrien entwickelt haben und gerade von Deutschland aus sich die ganze Welt eroberten. Das ist überhaupt eine besonders wichtige Erscheinung, daß der Kapitalismus sich nicht mehr damit begnügt, seine Waren auf fremde Märkte zu werfen, sondern daß er selbst — der Kapitalismus — mit Haut und Haaren in immer neue Länder exportiert wird, daß er immer neue Länder überschwemmt und politisch revolutioniert. Das wird Genosse Haase bei der Frage des Imperialismus noch näher ausführen. Jedenfalls ist die Steigerung der Profitrate in der Industrie eine geradezu ungeheure gewesen. Nun ist die kapitalistische Produktion eine anarchische. Wieviel und was produziert wird, hängt in erster Linie ab von der Profitmöglichkeit. Und so entstand ein immer größer werdendes Mißverhältnis zwischen den beiden großen Produktionsgebieten: der Industrie und der Landwirtschaft. Die stürmische Entwickelung in der Industrie hat die Förderung der Landwirtschaft vernachlässigt, und während die Kartellierung und Vertrustung die Preise vieler industriellen Produkte hochhielten und den Kartellmagnaten große Extraprofite in fabelhafter Höhe in den Schoß warfen, sind die landwirtschaftlichen Produkte im Preise gestiegen, eben weil das Kapital die Entwickelung der Landwirtschaft verabsäumt hat. Die Landwirtschaft leidet ferner unter einer Kalamität, die auch international geworden ist, nämlich unter dem Mangel an Arbeitskräften. Das gilt für Deutschland sowohl, wie für die Vereinigten Staaten, für Argentinien, Kanada usw. Die Auswanderung, die früher bekanntlich große Dimensionen angenommen hatte, stockt. Wo überschüssige Bevölkerung ist, wird diese nicht von der Landwirtschaft, sondern von der Industrie angezogen.

Nun kann es keinem Zweifel unterliegen, daß sich nach dem großen Aufschwung in der industriellen Entwickelung bereits wieder ein Abstieg ankündigt, daß wir ganz sicher mit einer neuen Krise rechnen müssen, also auch mit all dem Elend, das die Arbeitslosigkeit im Gefolge hat. Und während in Amerika und Asien noch ungeheure Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion harren, erzeugt die Schwierigkeit der Ernährung der Völker die Tendenz, die Kulturmenschheit in ihrer Vermehrung zum Stillstand zu bringen! Das geschilderte Mißverhältnis ist die eigentliche Ursache der internationalen Teuerung. Es ist nicht zu erwarten, daß in den weltwirtschaftlichen Tendenzen des Kapitalismus eine Aenderung eintritt. Neue gewaltige Gebiete stehen der kapitalistischen Entwickelung noch offen. Die nächsten Stationen werden aller Voraussicht nach Mittel- und Südamerika, China und Persien sein.

Kann es einen besseren Beweis für die Sinnlosigkeit einer Gesellschaftsordnung geben, in der die stetig steigende Produktion zu einer Quelle der Verarmung der Produzenten wird? (Lebhafte Zustimmung.) Große Völker stehen vor der Frage: Wie wird es möglich sein, das Volk fernerhin zu ernähren? Wenn so die kapitalistische Produktion die Quelle fortschreitender Verarmung ist und die Verewigung der Lohnsklaverei bedeutet, so sollte man einer solchen anarchischen Produktionsweise möglichst schnell ein Ende machen. (Großer Beifall.)

Nun sind die internationalen Ursachen der Teuerung nicht abhängig von der deutschen Wirtschaftspolitik. Sie können auch nicht gehemmt werden durch das Allheilmittel des Liberalismus, den Freihandel. *Hier muß es aufs Ganze gehen: Beseitigung der kapitalistischen Produktion und Ersetzung durch den Sozialismus.* (Großer Beifall.) Die Internationalität der Teuerungserscheinung ist der beste Beweis für die Notwendigkeit des Sozialismus. Wenn die Teuerung nun internationale Ursachen hat, wenn sie eine dauernde Erscheinung ist, welches Verbrechen am deutschen Volke bedeutet dann eine Wirtschaftspolitik, die bewußtermaßen diese Teuerung zu *steigern*, zu verewigen sucht! Ich muß darauf verzichten, diese Wirtschaftspolitik näher zu schildern. Ich verweise nur auf das geradezu ungeheuerliche System der Einfuhrscheine. Wir schaffen aus Deutschland hinaus kolossale Mengen von Roggen, um den Preis für deutsches Korn im Inlande künstlich zu steigern. Dem Auslande schaffen wir aber durch den deutschen Roggen *billiges Viehfutter*. Und als „Entschädigung" für diese „nationale Politik" der Staatserhaltenden zahlte das deutsche Volk in einem einzigen Jahre, 1911/12, *125 Millionen Mark Liebesgabe* in Gestalt der Einfuhrscheine an diejenigen, die den deutschen Markt vom Roggen entblößen. (Hört! hört!)

Eine derartige Politik muß von uns auf das energischste bekämpft werden. Diese Politik zu beseitigen, liegt aber nicht nur im Lebensinteresse der ganzen städtischen Bevölkerung, auch das gesamte Klein- und Mittelbauerntum hat das größte Interesse an ihrer Bekämpfung. Der Großgrundbesitzer, der den Körnerbau betreibt und die Futtermittelzölle eingeführt hat, bereichert sich auf Kosten der Kleinbauern, die die Viehzucht pflegen. Die Aufhebung der Kornzölle und Viehzölle ist also nicht nur ein Lebensinteresse der städtischen Bevölkerung, sondern der großen Mehrheit des deutschen Volkes überhaupt. (Sehr richtig!)

Nun zu dem besonderen Notstand, der bei uns jetzt herrscht. Ich würde hier niemandem etwas Neues sagen, wenn ich Elendsbilder skizzieren wollte. Sie alle kennen das Elend, Sie wissen, wie es seit Monaten wieder durch alle Gassen schleicht. Sie kennen auch alle die Sorgen des Arbeitsmannes, und es dürften nur wenige unter Ihnen sein, die nicht unterrichtet sind über die Kümmernisse der kleinen Geschäftsleute, über die Leidensgeschichte der unteren und mittleren Beamten. Sie alle kennen den Jammer, der aus den Augen der frühzeitig dahinsiechenden Mütter uns entgegenblickt, die ihre Kinder kaum ernähren können. Wir alle kennen die bleichen Proletarierkinder; wir wissen, welches Los ihrer harrt. Mancherorts weiß man freilich nicht, wie erbärmlich es in der Masse des Volkes zugeht. Sie haben in den Zeitungen gelesen, daß der Kaiser in einer Festversammlung seiner brandenburgischen Granden eine Rede gehalten hat, in der er sagte: „Wir haben keine Ursache, unzufrieden zu sein." (Hört! hört!) Zu derselben Zeit konnte man lesen, daß Tausende von armen Arbeiterfrauen ganze Nächte vor den Freibänken zubrachten, wo finniges Fleisch verkauft wurde. Vierzehn Stunden lang standen die armen Frauen da, um wenigstens 1 Pfund *finniges* Fleisch zu erhalten, weil das einen Preis hat, den sie nach sechstägigem Verzicht auf Fleisch allenfalls noch erschwingen konnten. Das waren die Mütter der Proletarierkinder, die Frauen, die das Elend kennen. Das waren die

Frauen, die bei den letzten Reichstagswahlen schweigend von Haus zu Haus, von Treppe zu Treppe gegangen sind und sozialdemokratische Flugblätter verteilt haben; die gewußt haben, warum sie ihre ganze Hoffnung auf die sozialdemokratische Partei setzen. Das sind die Mütter der Kinder, die in den Berliner Proletariervierteln bis zu 42 vom Hundert im ersten Lebensjahre sterben. (Hört! hört!) Wenn wir vollkommen klar darüber sind, was Teuerung, Not und Elend gerade für die Frauen bedeutet, dann wollen wir uns auch allezeit dessen bewußt sein, was wir gerade den Frauen des Proletariats schuldig sind. (Sehr richtig!) Gerade ihrer wollen wir uns deshalb mit Wärme und Eifer annehmen. (Beifall.)

Unsere Forderungen, die wir zur Abhilfe der dringendsten Not gestellt haben, sind bekannt. Wir verlangen vom Reiche die Beseitigung aller Zölle auf Schlachtvieh, Lebensmittel und Futtermittel; die Oeffnung der Grenzen, damit Schlachtvieh herein kann; die Beseitigung des § 12 des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes, damit die infamen Bestimmungen fallen, die es unmöglich machen, daß das Fleisch, das allgemein im Auslande und von unseren eigenen Marinesoldaten im Auslande gegessen wird, auch nach Deutschland eingeführt wird. Wir verlangen von den Gemeinden, daß sie sich dem Notstande gegenüber auf ihre Pflicht besinnen. Sie könnten mehr tun, als vereinzelte Gemeinden getan haben. Sie könnten die kommunale Organisierung des Lebensmittelmarktes überall in die Hand nehmen. Unsere Genossen in den Kommunen werden sicherlich in diesem Sinne wirken. Den Arbeitern aber muß zugerufen werden, daß sie auch die Mittel der Selbsthilfe ausnützen, daß sie sich den Konsumgenossenschaften anschließen. (Sehr richtig!) Das sind die dringendsten Forderungen und Ratschläge.

Noch eins kommt in Betracht, das man nicht außer acht lassen darf. Es ist ganz naturgemäß, daß in Zeiten der steigenden Lebensmittelpreise die Arbeiterschaft bemüht sein muß, einigermaßen einen Ausgleich zu finden. Sie muß versuchen, dem Unternehmertum Zugeständnisse abzuringen, um sich satt essen zu können. Dann setzt jedesmal das Verlangen des Unternehmertums ein, die Arbeiterschaft in Fesseln zu schlagen. Wir sehen das aus allen den Anregungen, die dahin gehen, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu sprengen. Demgegenüber fordern wir, daß das Koalitionsrecht ausgebaut, zu einem wirklich freien Recht gemacht wird, was es jetzt nicht ist, und daß es sichergestellt wird. Das ist eine Forderung, die wir gegenüber den frechen Provokationen der Scharfmacher aufstellen. (Bravo!) Wir verlangen eine Sozialpolitik, die den Verelendungstendenzen auf das entschiedenste entgegenwirken kann. Gegenüber der Vernachlässigung der Landwirtschaft fordern wir eine weitsichtige landwirtschaftliche Kulturpolitik, staatliche Unterstützung zur Kultivierung der Oed- und Moorländereien. Wir fordern eine Förderung der Intensivität der landwirtschaftlichen Betriebe und Beseitigung der Fideikommisse. In Verbindung damit steht unmittelbar eine Reform des Steuerwesens. Gerade in der Zeit schweren Notstandes machen sich die indirekten Steuern auf Lebensmittel doppelt schwer bemerkbar. Die indirekten Steuern müssen abgeschafft werden. Fort mit der Salzsteuer! Fort mit der Zündholzsteuer! Herunter mit der Zuckersteuer! Ersatz ist zu schaffen durch direkte Steuern auf Einkommen, Vermögen und Erbschaften.

Das sind die nächsten Forderungen. Es handelt sich dabei schon um ein recht großes Reformwerk. Um es durchführen zu können, muß man dem deutschen Reichstag Zeit lassen. Das heißt: man muß den Reichstag sofort einberufen. Wir Sozialdemokraten brennen darauf, positive Arbeit zu leisten, namentlich jetzt, um den Volksmassen zu helfen, die nach Brot

und Fleisch schreien. Am 5. September hat der Vorstand unserer Reichstagsfraktion ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet, in dem er ihn auf den bestehenden Notstand aufmerksam machte, und in dem er die schleunige Einberufung des Reichstags fordert. Seitdem das Schreiben an den Reichskanzler abgegangen ist, sind 12 Tage ins Land gegangen. In diesen 12 Tagen hat der Reichskanzler keine Zeit gefunden, das Schreiben zu beantworten. (Hört! hört!) Ihn stört die Not offenbar nicht, oder aber er fühlt die Junkerfaust an der Gurgel; er getraut sich nicht, etwas zu unternehmen. Er befürchtet wohl, daß er jetzt einmal vom Reichstag gründlich desavouiert werden könnte. Die Dinge stehen im Reichstage jetzt auf des Messers Schneide. Der Reichskanzler muß mit der Möglichkeit rechnen, daß sich dort jetzt eine Mehrheit findet, die bereit ist, wenigstens einiges von dem zu tun, was wir Sozialdemokraten als unerläßlich bezeichnen. Der Reichskanzler wagt es nicht, den Reichstag einzuberufen, er hat Angst vor den preußischen Junkern. (Sehr richtig!) Er läßt das Volk lieber weiter darben, nur um es nicht mit den Junkern zu verderben. Ich glaube im Sinne aller Versammelten zu sprechen, wenn ich sage: In letzter Linie kommt es aber auf die Antwort des Reichskanzlers nicht an. (Sehr richtig!) Es wird darauf ankommen, welche Antwort das deutsche Volk geben wird. (Lebhafter Beifall.) Das deutsche Volk wird wissen, was seine Pflicht und Schuldigkeit in dieser schweren Zeit der Not ist. Wir wissen alle, daß niemals im Volke seit vielen vielen Jahren bis weit in den Mittelstand hinein eine solche Erregung Platz gegriffen hat, wie in diesen Zeiten. Wir sind bereit, diese Erregung umzusetzen in fruchtbare Arbeit. Aber die Regierungen sollten sich klar darüber sein, was es bedeutet, den Willen des ganzen Volkes zu mißachten. Wenn die Erregung Formen annimmt, die wir alle nicht wünschen, dann tragen die Verbündeten Regierungen die Verantwortung, die jetzt den traurigen Mut haben, den Willen des Volkes, den Schrei des Volkes nach Brot zu mißachten. (Lebhafter Beifall.) Die wirklich bittere Not, die jetzt durch die Lande schleicht, ist offenbar. Ich möchte dem Reichskanzler den Rat geben, daß er seinem allergnädigsten Herrn sagt, das Volk habe keine Ursache, mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden zu sein; das Volk leide Not. Das Volk, dessen berufene Wortführer wir sind, läßt der Regierung sagen, daß sie die Volksvertretung rufen soll; daß sie sich schwer versündigt am ganzen Volke, wenn sie ferner in ihrer Passivität verharrt! Wenn der Reichskanzler uns nicht glauben will, dann möge er in die Siechenhäuser und Heilstätten gehen und die Direktoren fragen, warum so viele dort liegen, die nicht dort zu sein brauchten, wenn sie nicht ihr ganzes Leben lang zur Unterernährung verurteilt gewesen wären. Er möge die Stadtverwaltungen fragen; die Armenkommissionen; den Oberbürgermeister jener großen Stadt, der erklärte, er könne einen Platz zu einer Versammlung deshalb nicht geben, weil der Notstand so groß sei, weit über die Massen des Proletariats hinaus, daß es keinen Platz gebe, der groß genug sei, um die Unzufriedenen zu fassen. (Hört! hört!) Wenn der Reichskanzler aber niemandem glauben will, dann soll er selbst in die Gassen des Elends gehen, soll selbst sehen, wie das Volk wohnt und lebt. (Großer Beifall.)

Ich schließe mit der Mahnung an Euch alle, daß Ihr draußen, so wie bisher, auch in Zukunft alles tut, um den Massen verständlich zu machen, warum es ihnen schlecht geht und wie Besserung herbeigeführt werden kann. Denen „oben" möchte ich zurufen: Lernt, Ihr seid gewarnt! Wir sind bereit, friedlich zu arbeiten und die Erregung der Massen in fruchtbare Arbeit umzusetzen. Lernt, Ihr seid gewarnt! Gedenkt des alten Sprichworts:

Not bricht Eisen! Not lehrt aber auch die Arbeiter denken. Das Denken hat die Arbeiter zur Erkenntnis geführt und den eisernen Willen ausgelöst, *nicht* für alle Zeiten sich bieten zu lassen, was sie sich bisher haben gefallen lassen. Ich bin der festen Ueberzeugung: das zur Erkenntnis gelangte Volk wird nicht nur wissen, wie es seine Kämpfe zu führen hat, es wird auch verstehen, zu siegen. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Böhle-Straßburg: Ich beantrage, in eine Diskussion über das ebengehörte Referat nicht einzutreten und auch die Resolution des Parteivorstandes ohne Debatte anzunehmen.

Schiller: Ich bitte den Antrag abzulehnen und zu debattieren. Wir kommen aus dem Lande, wo die Not am größten ist. Wir wollen orientiert werden. Die Resolution des Parteivorstandes ist uns zu passiv. Wir verlangen einen positiveren Ausdruck in dieser Teuerungsfrage. Wir wollen auch darüber sprechen, wie der parlamentarische Kampf gegen diese Teuerung zu führen ist.

Vorsitzender **Haase**: Ich mache den Vorredner darauf aufmerksam, daß die Resolution des Vorstandes seit langem verbreitet ist. Bis zu diesem Augenblick ist kein einziger Abänderungsantrag eingegangen. Wenn der Vorredner unseren Parlamentariern Direktiven geben will, so kann das später beim Bericht der Reichstagsfraktion geschehen.

Darauf wird der Antrag *Böhle* mit allen gegen vier Stimmen angenommen.

Die Resolution zur Teuerungsfrage wird unter lebhaftem Beifall *einstimmig* angenommen.

Es folgt der Bericht der

Mandatsprüfungskommission.

Blume-Hamburg berichtet: Es sind 527 Teilnehmer am Parteitage vorhanden, unter diesen 29 Genossinnen. Von diesen sind 409 Delegierte, 77 Mitglieder des Deutschen Reichstages, 11 vom Parteivorstand, 9 von der Kontrollkommission, eine Genossin vom Frauenbureau, ein Genosse von der Firma Auer u. Co. vom Vorstand geladen, ein Genosse vom „Vorwärts". Weiter ist geladen ein Sachverständiger des Parteivorstandes, und außerdem sind 17 ausländische Genossen als Gäste anwesend. Gegen diese 527 Teilnehmer liegen irgendwelche Proteste oder Einwendungen nicht vor, so daß ich Sie bitte, die Legitimation als richtig anzuerkennen.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Blume-Hamburg: Es liegen drei Proteste aus drei Wahlkreisen vor; zunächst aus dem sechsten schleswig-holsteinischen gegen den Genossen Kirch. Er ist mit 589 Stimmen gewählt, aber außer ihm sind noch drei andere Vertreter anwesend. Es haben auch noch andere Kandidaten ziemlich viel Stimmen erhalten, z. B. Krause-Elmshorn 583. Krause hat nun Protest eingelegt und erklärt, es sei ihm berichtet, daß Kirch als Ortsvorsitzender in Ottensen dadurch die Wahl beeinflußt habe, daß er in der Wahlversammlung aufgefordert habe, die Stimmen für den Kandidaten Schinkel-Glückstadt und Petersen-Uetersen abzugeben. Diese Behauptung wird von Kirch bestritten. Er erklärt, daß er in solcher Form zur Abgabe der Stimmen nicht aufgefordert habe. Er habe im allgemeinen aufgefordert, außer den Ottenser Kandidaten auch Kandidaten vom Landgebiet Stimmen zukommen zu lassen. Die Kommission ist einstimmig der Ansicht, daß selbst, wenn Kirch in der Weise gesprochen hätte, wie im Protest behauptet wurde, von einer Beeinflussung der Wahl nicht die Rede sein kann, weil jeder Parteigenosse das Recht habe, jeden ihm

geeignet erscheinenden Kandidaten zu empfehlen. Das Recht stehe jedem zu, auch Kirch, selbst wenn er kandidiere. Die Kommission hat einstimmig beschlossen, daß der Protest Krause als begründet nicht angesehen werden kann.

Vorsitzender Haase stellt fest, daß der Parteitag dem Antrage zustimmt.

Ein weiterer Wahlprotest liegt vor aus dem Kreis Anhalt II-Bernburg-Köthen, und zwar aus den Ortsvereinen Gernrode und Harzgerode. Der Protest ist ordnungsgemäß eingelegt, unterschrieben und unterstempelt und richtet sich gegen das Mandat des Delegierten Theuerjahr in Köthen. In dem Wahlkreise waren zwei Genossen zu wählen; der erste wurde mit ganz erheblicher Mehrheit gewählt. Nach der Uebung in jenem Wahlkreis ist absolute Mehrheit notwendig, die aber nur von einem Kandidaten erreicht wurde. Für das zweite Mandat erhielt Theuerjahr 488 Stimmen, Hoffmann 375 Stimmen, so daß diese beiden Kandidaten in die Stichwahl kamen, die ordnungsmäßig ausgeschrieben wurde. Zwei Tage nachher hat jedoch der Kreisvorstand den Stichwahltermin aufgehoben mit der Begründung, daß der eine Kandidat, Hoffmann, von der Kandidatur zurückgetreten sei, sich also eine Stichwahl erübrige und Theuerjahr gewählt sei. Die Gernroder und Harzgeroder erklären, einmal sei dadurch Theuerjahr nicht gewählt, denn ihm ständen noch andere Kandidaten gegenüber, die zusammen bedeutend mehr Stimmen hatten als er. Selbst in dem Fall, daß eine Stichwahl hätte vorgenommen werden müssen, was die Kommission nicht für richtig hält, wäre immer noch zu entscheiden gewesen, wer von diesen beiden Personen — Theuerjahr oder sein Gegenkandidat — gewählt worden sei. Die Kommission ist der Ansicht, daß es dem dortigen Kreisvorstand noch möglich war, nach dem Rücktritt Hoffmanns eine Neuwahl für das zweite Mandat auszuschreiben und vornehmen zu lassen. Man hat aber dem zurückgetretenen Hoffmann nahegelegt, zurückzutreten; aus eigener Entschließung ist das nicht erfolgt. Man will die Kandidatur zum nächsten Parteitag unterstützen, also schon etwas Vorschuß auf das nächste Mal. (Heiterkeit.) Die Kommission hat einstimmig den Protest als begründet erachtet. Es war Zeit genug zur Neuwahl. Wir beantragen Ungültigkeitserklärung.

Günther-Bernburg: Wenn es vielleicht auch verlorene Liebesmüh ist, für die Gültigkeit des Mandats des Genossen Theuerjahr hier noch zu plädieren, halte ich mich doch für verpflichtet, eine kurze Aufklärung über den Gang der Sache zu geben. Hoffmann ist vor der Stichwahl lediglich zurückgetreten, um die Stichwahl überflüssig zu machen. Das ist ihm nicht von der Parteileitung nahegelegt worden, sondern von verschiedenen Ortsvereinen. Es handelt sich hier um keinerlei Richtungsfragen; die Kandidaten selbst sind an der ganzen Angelegenheit unbeteiligt. Nahezu von der gesamten Parteigenossenschaft im Kreise ist es als *vernünftig* bezeichnet worden, daß Hoffmann zurücktrat und uns dadurch ermöglichte, den Sonntag, an dem die Stichwahl sein sollte, ganz zur Verteilung eines Flugblattes gegen die Teuerung auszunutzen. Der Kreisleitung ist von irgendeinem Protest nicht das mindeste bekannt geworden. Ich selbst erfuhr erst gestern abend, fünf Minuten vor Abfahrt meines Zuges von Bernburg, daß das Mandat angefochten ist. Es kann vielleicht ein formeller Verstoß vorliegen, aber da es sich um eine Stichwahl handelt, die sich um keinerlei Gegensätze drehte, und da der eine Kandidat vollkommen einverstanden war, daß der andere zum Parteitag gehe, kann doch die Sache damit erledigt sein. Die anwesenden Genossen, Reichstagsabgeordneten Bender und Peus, werden bestätigen, daß im Kreise nicht der leiseste Widerstand gegen das Vorgehen des Kreisvorstandes, die Aufhebung der Stichwahl betreffend, bekannt geworden ist. Durch eine Kassierung des Mandates

Theuerjahr würde aber Mißstimmung erzeugt. Wenn Sie entscheiden, daß ein formeller Verstoß geschehen ist, werden wir uns fügen, aber der Effekt wäre, daß das zweite Mandat unbesetzt bliebe. Wenn der Parteitag erklärt, daß damit kein Präzedenzfall geschaffen werden soll, sollte es ihm nicht schwer fallen, die Gültigkeit des Mandats anzuerkennen.

Der Parteitag erklärt das Mandat Theuerjahrs für gültig. (Beifall.)

Blume-Hamburg: Ferner liegt ein Protest vor aus dem Wahlkreise Augsburg. Dort ist in einer Versammlung Rollwagen gewählt worden. Er kann aber wegen der Geschäfte im bayerischen Landtag nicht erscheinen und hat deshalb die Kandidatur nicht angenommen. Eine Kreisversammlung hat weiter nicht stattgefunden, sondern man hat seitens des Kreisausschusses einfach den Genossen Buchwieser mit einem Mandat betraut. Gegen eine solche Mandatserteilung wendet sich auch ein Protest des Genossen Nätzer in Augsburg. In dem Ausweis Buchwiesers steht zwar, daß seine Wahl in einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins stattgefunden habe, aber Genosse Simon hat auf Befragen zugegeben, daß das nicht der Fall gewesen ist. Die Kommission ist einstimmig der Ansicht, daß Vorstände einzelner Wahlkreise nicht das Recht haben können, Parteitagsmandate zu vergeben, ohne die Mitglieder zu befragen. (Sehr richtig!) Wir beantragen daher, die Wahl Buchwiesers, der übrigens bereits abgereist sein soll, für ungültig zu erklären.

Der Parteitag schließt sich ohne Debatte diesem Antrag an.

Es folgt Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht der Reorganisationskommission.

Berichterstatter Müller: Sie haben die Vorlage zur Hand. Die Aenderungen gegenüber dem bisherigen Zustand sind durch Fettdruck hervorgehoben. Ich kann mich sehr kurz fassen, weil ein einmütiges Votum der Kommission vorliegt. Die Kommission hat am Sonnabend bei der dritten Lesung der Vorlage sich einmütig auf die Fassung geeinigt, die jetzt vorliegt. Eine Ausnahme davon machte nur die Bestimmung, die von der Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag handelt. Es ist selbstverständlich, daß, wenn bei anderen Paragraphen ein einmütiges Votum zustandekam, dabei die einen wie die anderen einzelne Bedenken und Wünsche zurückgestellt haben, um eben das einmütige Votum herbeizuführen und damit einen Zustand zu schaffen, wie wir ihn bei früheren Beratungen des Organisationsstatuts gehabt haben. Solche Aenderungen in der Verfassung der Partei haben ja nur dann Wert, wenn die Partei einmütig oder doch wenigstens mit übergroßer Mehrheit auf dem Boden einer solchen Vorlage steht. (Sehr richtig!)

An den Paragraphen 1—5 des Organisationsstatuts sind Aenderungen nicht vorgenommen worden. In der Debatte draußen im Lande hat es eine große Rolle gespielt, daß in der Fassung erster Lesung eine Erhöhung des Mindestbeitrages vorgesehen war. Die Kommission hatte sich dabei auf den Boden der Resolution 265 des Leipziger Parteitages gestellt, wonach so bald wie möglich überall ein Wochenbeitrag von 10 Pf. für männliche Mitglieder zur Einführung gebracht werden sollte. Die Kommission hält auch heute noch daran fest, daß, trotzdem § 5 unverändert angenommen werden soll, diese Resolution 265 mit ihrem „so bald als möglich“ weiter in Geltung bleibt, aber sie hat in ihrer dritten Lesung die Erhöhung des Mindestbeitrages gestrichen, weil sie sich sagte, daß zurzeit mit Rücksicht auf die ganz außerordentlichen Teuerungsverhältnisse diese Erhöhung des Mindestbeitrages nicht in das Statut aufgenommen werden solle. Damit sind wohl sehr wesentliche Bedenken beseitigt, die von einem großen Teil Parteigenossen gegen die ursprüngliche Vorlage vorgebracht worden sind.

Ich mache weiter darauf aufmerksam, daß nach § 6 nun das Geschäftsjahr vom 1. April bis 31. März laufen soll. Ich erspare mir jede Begründung, weil damit ein alter Wunsch erfüllt worden ist, der uns auf vielen Parteitagen beschäftigt hat.

Ferner verweise ich darauf, daß in bezug auf die Vertretung der Organisationen auf dem Parteitag insofern eine Aenderung vorgenommen worden ist, als von jetzt ab Organisationen mit bis 12 000 Mitgliedern vier und für je weitere 6000 einen Delegierten mehr entsenden können. Damit ist eine Ungerechtigkeit beseitigt, die die bisherige Fassung gegenüber den großen Organisationen enthielt. Wir hatten bis jetzt die Tatsache, daß zum Beispiel in Hamburg III die über 18 000 hinaus vorhandenen 24 000 Mitglieder nur durch einen Delegierten vertreten waren. Das mußte als ungerecht beseitigt werden. Weitere Aenderungen am Delegiertensystem, soweit die Vertretung der Organisationen in Betracht kommt, vorzunehmen, hielten wir zurzeit für nicht opportun.

Dann komme ich zur Vertretung der Fraktion. Mit Rücksicht auf die Geschäftslage will ich mir ersparen, ausführlich auf das einzugehen, das pro und kontra die Fassung der Kommissionsvorlage draußen im Lande vorgebracht worden ist. Ich will von den Gründen, die für die Beibehaltung der bisherigen Fassung angeführt worden sind, einen herausnehmen. Man hat gesagt, daß der Parteitag die Stelle ist, an der allein die Reichstagsfraktion für ihre Tätigkeit zur Rechenschaft gezogen werden könne. Das ist an und für sich richtig, aber dasselbe trifft auf eine Reihe anderer Institutionen auch zu, die mindestens dieselbe Bedeutung für die Partei haben. Vor allem möchte ich daran erinnern, daß in den letzten Jahren eigentlich nicht die Tätigkeit der Reichstagsfraktion dasjenige gewesen ist, was uns an parlamentarischen Dingen auf den Parteitagen in heißen Kämpfen beschäftigt hat, sondern daß das vielmehr Landtagsangelegenheiten gewesen sind und daß also in Konsequenz davon eigentlich auch den Landtagsvertretern, die in letzter Instanz dem Parteitage verantwortlich sind, Vertretungsrecht auf den Parteitagen eingeräumt werden müßte. Die Kommission hat in ihrer Mehrheit ihre Fassung erster Lesung in bezug auf die Vertretung der Reichstagsfraktion aufrechterhalten.

In § 10 ist geändert worden, daß in Zukunft nur noch Organisationen zum Parteitag Anträge stellen können. Das ist nur eine einfache Konsequenz der Entwickelung der Partei. Die jetzige Fassung ist ein Rudiment aus der Zeit, wo wir eine lose Organisation hatten und verträgt sich mit dem jetzigen Geist des Statuts nicht mehr.

In bezug auf das Ausschlußverfahren hat sich die Kommission in der Hauptsache auf den Boden der Vorschläge gestellt, die von Elberfeld vorlagen. Es ist in Zukunft die Möglichkeit gegeben, daß, wenn in einer Sache mehrere Angeschuldigte vorhanden sind, der Parteivorstand die Sache vor ein Schiedsgericht bringen kann. Es soll ferner vorgebeugt werden, daß sich Angeschuldigte drücken können, und es ist weiter dafür gesorgt, daß in Zukunft dort, wo Untersuchungskommissionen eingesetzt werden, auch gegen deren Entscheidung die Berufung möglich ist.

Der Kern der ganzen Vorlage sind die Bestimmungen über den Parteiausschuß. Wir haben in dritter Lesung eine Fassung gefunden, die eine wesentliche Aenderung gegen die Vorlage erster Lesung bedeutet und wohl geeignet ist, eine bessere Fühlung zwischen den Bezirks- und Landesorganisationen und der Zentrale herzustellen. Nach der ursprünglichen Vorlage sollten die Mit-

glieder des Parteiausschusses Vertreter ihrer Bezirke sein und in den Bezirken gewählt werden. Die Kommission hat in erster Lesung schon diesen Standpunkt aufgegeben und hat besondere Wahlkörper gebildet, in denen dem Parteitag Vorschläge gemacht werden sollten, so daß tatsächlich der Parteitag in normalen Fällen nur eine Art Bestätigungsrecht gehabt hätte. Es war weiter vor allem im Lande gewünscht worden, daß neben diesem Parteiausschuß die Konferenzen weiterbestehen sollten, die als Konferenzen der Bezirks- und Landesvorstände seit 1907 getagt haben. Wir haben uns, nachdem die Beschlüsse zweiter Lesung zusammengestellt waren, davon überzeugt, daß das einen Dualismus geben würde, für den sich ein Ausgleich praktisch nicht finden ließ, und haben uns deshalb in der dritten Lesung einmütig auf die jetzigen Paragraphen 20 bis 22 geeinigt. Die Bedenken, die gegen die Bildung besonderer Wahlkörper gemacht worden sind, fallen jetzt. Es sind jetzt alle Bezirke im Parteiausschuß vertreten. Die Bezirksvorstände delegieren einen Vertreter. Wenn aber der Ausschuß aus den Delegierten der Bezirksvorstände besteht, konnte bei der Vielgestaltigkeit unseres Bezirkswesens nicht die Rede davon sein, daß der Parteiausschuß gemeinsam mit dem Parteivorstand beschließen konnte. In Anerkennung dessen ließ sich denn auch der Streit über die Stellung des Parteiausschusses zum Parteivorstand und zum Parteitag schlichten. Wenn der Parteiausschuß nun neben dem Parteivorstand beschließt und diesem sein Gutachten unterbreitet, so trägt der Parteivorstand in Zukunft allein gegenüber dem Parteitag die ungeteilte Verantwortung. Diese Tatsache, daß der Ausschuß eine gutachtende Körperschaft ist und der Vorstand die Verantwortung allein trägt, konnte es nun entbehrlich machen, daß der Parteitag die Ausschußmitglieder bestätigt. Es war bei der Gelegenheit auch möglich, einen Modus für die Stellvertretung zu schaffen. Es war ein entschiedener Mangel in der ursprünglichen Fassung, daß eine Stellvertretung nicht vorgesehen war. Selbstverständlich mußte der bisherige § 19, Abs. 3 damit fallen. Nun ist gesagt worden, daß die neue Fassung eigentlich weiter nichts sei, als die alten Bezirks- und Landesvorstandskonferenzen auf Grund des § 19. (Sehr richtig!) Das ist nicht richtig. Es ist eine wesentliche Aenderung vorgenommen worden. Die bisherige Bestimmung des § 19, Abs. 3 hing in der Luft. Der Parteivorstand konnte die Konferenzen berufen, wenn er wollte, wenn er es für nötig hielt. Wir haben Jahre gehabt, in denen sie einmal stattgefunden haben und andere, in denen sie dreimal tagten. Nach dem neuen Modus muß alle Vierteljahr wenigstens eine solche Konferenz stattfinden. (Zuruf: Das ist doch kein Vorzug!) Es soll doch eine bessere Fühlung herbeigeführt werden, und auch die Mitglieder der Kommission, die ursprünglich auf eine bessere Fühlungnahme keinen großen Wert gelegt haben, haben sich im Laufe der Kommissionsberatungen davon überzeugt, daß eine solche bessere Fühlungnahme unbedingt nötig sei. Der Parteiausschuß kann nun auch einberufen werden, wenn der Parteivorstand es nicht will und wenn in besonderen Situationen 15 Landes- bezw. Bezirksvorstände das wünschen. Der Parteiausschuß gibt sein Gutachten ab, der Parteivorstand ist an diesen Beschluß nicht gebunden. Praktisch wird es sich so gestalten, daß, wenn Differenzen zwischen beiden vorkommen sollten, die betreffende Angelegenheit so lange hinausgeschoben wird, bis der Parteitag tagt. Wenn es sich aber einmal um große Dinge handelt, wo eine Verständigung ausgeschlossen erscheint, was ich mir im Augenblick nicht denken kann, so müßte durch einen außerordentlichen Parteitag eingegriffen werden. Ferner muß der Parteiausschuß in Zukunft bei Festsetzung der Tagesordnung des Parteitags und bei Bestellung der Referenten für den Parteitag gehört werden und hat mit zu bestimmen, wenn durch einen Parteitag der Ort des nächsten Parteitages nicht bestimmt worden ist.

Dann einige Worte über die Beschlüsse in bezug auf die Zusammensetzung des Parteivorstandes. Hier hat es die Kommission im wesentlichen beim alten belassen. Die beiden Beisitzer, die bisher von der Kontrollkommission gewählt worden sind, sollen in Zukunft auf dem Parteitag gewählt werden, so daß der ganze Parteivorstand in einem Wahlgang auf dem Parteitag gewählt werden wird. Auch das ist ein altes Verlangen. Es wird damit das indirekte Wahlsystem für die Beisitzer des Parteivorstandes beseitigt.

Die Kontrollkommission hat ihre alten Befugnisse behalten, sogar der alte Wortlaut ist dafür übernommen worden. Die Fassung der ersten Lesung, die mißverstanden worden ist, sagte sachlich übrigens dasselbe. Der Hinweis auf § 19 schloß das in sich. Wenn es dort hieß, „der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte", so waren damit natürlich auch die politischen Aufgaben des Parteivorstandes gemeint. Bei einer anderen Auffassung mußte man zu dem Schluß kommen, daß der Parteivorstand früher überhaupt keine politischen Funktionen gehabt hätte. Wir haben jetzt deutlicher gesagt „die Geschäfte der Partei" statt Parteigeschäfte, so daß jetzt jede Verwechselung ausgeschlossen ist. In bezug auf die Kontrollkommission ist die einzige Aenderung erfolgt, daß in Zukunft, wenn eine Ersatzwahl für den Parteivorstand während der Dauer des Jahres notwendig wird, diese Ersatzwahl von der Kommission nach Anhörung des Parteiausschusses und Parteivorstandes erfolgen soll. Das ist eine Konsequenz der Beschlüsse in bezug auf Vorstand und Ausschuß.

Wir halten diese neue Fassung der Kommissionsvorlage für einen wesentlichen Fortschritt. Es wird hier an das angeknüpft, was sich organisch im Laufe der letzten Jahrzehnte in der Partei entwickelt hat. Die Beschlüsse der Kommission stellen in gewissem Grade eine Einschränkung der Rechte des Parteivorstandes dar. Aber der Parteivorstand hat selbst diesen Vorschlag gemacht, weil er glaubt, daß bei der jetzigen politischen Situation, die sich immer mehr verschärft, eine bessere Fühlung mit dem Lande notwendig sei und daß die vorhandenen Bezirks- und Landesorganisationen mit der Zentrale besser verbunden werden müßten, als das bisher der Fall war. Es ist die Befürchtung laut geworden, daß der Parteiausschuß sich etwa an die Stelle des Parteitages setzen könnte. Ich halte das für absolut irrig. Auch in der Zukunft hat in allen wichtigen Fragen der Parteitag selbstverständlich das letzte Wort. Es wird keinem Parteiausschuß einfallen, sich Rechte anzumaßen, über die jeder Parteitag gewiß eifersüchtig wachen würde. Man soll sich aber andererseits auch nicht der Illusion hingeben, als ob Streitigkeiten, wie wir sie in den letzten Jahren gehabt haben, in Zukunft ausgeglichen werden könnten durch den Parteiausschuß und damit aus der Welt geschafft wären. Das wird nicht der Fall sein. Wohl aber kann in vielen Fällen die Vorberatung im Ausschuß dazu beitragen, daß solche Streitigkeiten in Zukunft in der Form kameradschaftlicher ausgetragen werden, als das bisweilen früher der Fall gewesen ist. Aber innere Auseinandersetzungen der Partei zu ersparen, taktische Streitfragen zu erledigen, das soll und kann gar nicht die vornehmste Aufgabe des künftigen Parteiausschusses sein.

Der Parteiausschuß soll vor allen Dingen dem Kampfe gegen unsere Gegner dienen. Er soll unsere Kampfbereitschaft erhöhen und uns den Vormarsch nach unserem Ziel erleichtern helfen. Er soll die vorhandenen Kräfte sicherer als bis jetzt zusammenfassen, damit alle Attentate, die etwa auf die Partei und die Gewerkschaften geplant werden sollten, noch besser abgeschlagen werden können. Aus diesen Gründen hat die zur Beratung der Organisationsreform eingesetzte Kommission beschlossen, dem Parteitag die Enblock-Annahme ihrer Anträge vorzuschlagen. An Ihnen liegt es nun, das Werk, das in der

Kommission nach langen Debatten und heißem Bemühen durch einen einmütigen Beschluß zustandegekommen ist, zu krönen, zum Nutzen der gesamten sozialdemokratischen Bewegung. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Vorsitzender **Haase** teilt mit, daß folgende Abänderungsanträge von Ledebour und Genossen zu den Beschlüssen der Kommission vorliegen: Im § 7, Absatz 2, soll statt einer Vertretung der Reichstagsfraktion bis zu einem Drittel ihrer Mitgliederzahl die Reichstagsfraktion selbst in ihrer Gesamtheit, wie bisher, zur Teilnahme am Parteitag berechtigt bleiben. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages beantragen die Antragsteller, die Reichstagsfraktion mit beratender Stimme zur Teilnahme am Parteitag berechtigt zu machen. Weiter soll im § 14, 1. Absatz, nicht gesagt werden, daß der Parteivorstand aus den zwei Vorsitzenden, dem Kassierer, den Schriftführern, unter denen sich eine Genossin befinden muß, und zwei Beisitzern besteht, sondern aus den Vorgenannten und den Beisitzern, deren Zahl also im Statut nicht festgelegt werden soll. Weiter gehört zu diesem Punkt der Tagesordnung der Antrag 196:

„Invalid gewordene Parteimitglieder sind für die Dauer der Invalidität beitragsfrei und sollen aus den Mitgliederlisten nicht gestrichen werden."

Ich schlage nun dem Parteitag vor, sich bis morgen, Mittwoch, 9 Uhr vormittags, zu vertagen, da noch eine längere Debatte zu erwarten ist.

Lipinski-Leipzig (zur Geschäftsordnung) gibt der Meinung Ausdruck, daß der Antrag 196 nicht zu dieser Materie gehöre.

Vorsitzender **Noske** macht noch einige Mitteilungen über den für Donnerstag in Aussicht genommenen Ausflug ins Erzgebirge.

Der Parteitag vertagt sich.

Schluß 6 Uhr 10 Minuten.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 18. September 1912. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Haase** eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 20 Minuten.

Haase kommt auf den vorgestern gefaßten Beschluß zurück, am morgigen Donnerstag einen Ausflug zu unternehmen. Das andauernd schlechte Wetter gebe doch zu starken Bedenken Anlaß, ob der Ausflug wirklich unternommen werden solle. Da auch das Lokalkomitee bereitwillig sich dazu erboten hat, die bisher getroffenen Maßnahmen wieder rückgängig zu machen, wenn auch Opfer dafür zu bringen sind, so mache ich den Vorschlag, daß wir den Beschluß wieder aufheben und vielleicht den morgigen Nachmittag freigeben. Je nach der Geschäftslage wollen wir später darüber beschließen, wie lange morgen verhandelt werden soll.

Der Parteitag beschließt fast einmütig die Aufhebung des Beschlusses auf Freihaltung des Donnerstags (Große Heiterkeit) und tritt in die Tagesordnung ein, das ist die Beratung über den

Entwurf des Organisationsstatuts.

Die Grundlage der Beratung bildet die gedruckte Vorlage betreffend Aenderung des Organisationsstatuts nach den Beschlüssen der Organisationskommission vom 12. bis 14. September 1912, in der nur einige unwesentliche Druckfehler zu berichtigen sind. Mit zur Debatte gestellt werden die Anträge: 83, 144, 145, 146, 162, 163, 164, 165, 166, 168, 169, 195, 196 und 203. Die Anträge 180, 181 und 182 sind von den Antragstellern zurückgezogen. Endlich ist noch Resolution 207, von Lipinski gestellt, eingegangen.

Es wird zunächst eine Generaldiskussion über die Reorganisationsfrage geführt.

Frau **Fahrenwald**-Berlin: Der Antrag von Berlin IV, daß anstatt wie jetzt eine Beisitzerin im Parteivorstand ist, die Beisitzerin als Parteisekretärin gewählt wird und das Frauenbureau dementsprechend aufgehoben wird, bitte ich anzunehmen, damit unsere beiden Angestellten zusammen mit den Genossen des Parteivorstandes die Arbeit für die Frauenbewegung erledigen können. Ich bitte also nochmals um Annahme des Antrages. (Bravo!)

Lipinski-Leipzig: Ich habe im wesentlichen zwei Angelegenheiten zu erledigen: Die Resolution 195 und die neueingebrachte Resolution, die im Auftrage der Reorganisationskommission dem Parteitag vorgelegt worden ist. Bei der Reorganisation sind eine Reihe von Wünschen nicht berücksichtigt worden. Das eine ist, daß der Beitrag nicht einheitlich bemessen worden ist. Aber nachdem der Referent auf die in Leipzig gefaßte Resolution, die die Einführung des 10-Pf.-Wochenbeitrages den Kreisorganisationen empfiehlt, mit Nachdruck hingewiesen hat, bescheide ich mich. Die Teuerung, die als Folge der ganzen Zollpolitik erscheint, wird in Kürze die Notwendigkeit einer erhöhten Agitation und einer noch intensiveren Aufklärung zeigen. Und dazu bedürfen wir auch der Geldmittel. Aus diesem Grunde wird es notwendig sein, daß auch die Finanzen der Partei besser fundiert werden. Der Anregung, die der Referent gegeben hat, wünsche ich besten Erfolg, damit die Parteigenossenschaft bald auf bessere Finanzen zurückblicken kann. Nicht erledigt werden konnte die Herbeiführung einer anderen Zusammensetzung des Parteitages. Ich habe mich speziell mit dieser Frage befaßt und in mehreren Artikeln nachgewiesen, daß das jetzige System der Delegation nicht haltbar ist, weil die Gleichheit des Wahlrechts dabei nicht gewahrt wird. Wenn Sie die Liste des letzten Parteitages durchgehen, dann liegen die Verhältnisse so, daß schon eine Kreisorganisation mit 57 Mitgliedern einen Delegierten schickte, während in der großen Kreisorganisation auf 5700 Mitglieder ein Delegierter kam. Nach Bezirken geordnet ergibt sich eine ähnliche Differenz. Die niedrigste Vertretungszahl war, daß ein Delegierter auf 613 Mitglieder kam, die höchste ein Delegierter auf 8204 Mitglieder. Daß eine solche Grundlage der Delegation nicht auf die Dauer bestehen kann, dürfte allen klar sein. Die Kommission ist nur deshalb nicht zu einer Aenderung gekommen, weil sie meinte, das Material sei ihr noch zu neu und andere Fragen seien so überwiegend, daß auf diese Dinge im einzelnen nicht eingegangen werden kann. Sie hat deshalb vorläufig das Auskunftsmittel gefunden, daß sie den Organisationen mit über 12 000 Mitgliedern auf je weitere 6000 Mitglieder einen weiteren Delegierten zugestanden hat. Das ist keine Veränderung der Rechtslage. Wir haben heute 150 Kreisorganisationen mit 200 bis 500 Mitgliedern und zusammen einen Mitgliederstand von rund 30 000 Personen. Das sind noch nicht einmal 3 Prozent der gesamten Mitgliedschaft. Jede Kreisorganisation von 2 Mitgliedern an, hat das Recht, einen Delegierten zum Parteitag zu entsenden. Auf der anderen Seite bilden das Rückgrat der Partei, sowohl in der Organisation an sich, als auch in der Befruchtung der Agitation in den anderen Kreisen, die großen Kreisorganisationen. Sie haben die Arbeit zu leisten, sie befruchten die ganze Agitation und sie setzt man in der Vertretung auf dem Parteitag zurück. Der Parteitag in Leipzig ist in seinen Beschlüssen dazu übergegangen, die absolute geschlossene Vereinsorganisation herbeizuführen. Die Konsequenz ist, daß auf dem Parteitag auch die Organi-

sationen ihrer Stärke entsprechend vertreten sein müssen. — Wir müssen aber auch den Parteitag arbeitsfähig erhalten. Wie notwendig dies ist, zeigt gerade dieser Parteitag. Was nützt es, wenn die Räume gerade ausreichen, um die Delegierten und Teilnehmer unterzubringen, wenn ein großer Teil, der abseits sitzt, an den Seitengängen oder hinten, von den Verhandlungen gar nichts versteht. (Sehr richtig!) Wir haben heute 527 Teilnehmer, für die Presse muß Raum geschaffen werden. Die Parteigenossen, die am äußersten Ende des Saales sitzen, haben wiederholt Klage erhoben, daß sie den Verhandlungen nicht folgen können, wegen der mangelnden Akustik und der fortgesetzten Störungen, die sich auf dem Parteitag — bei der großen Menschenmenge ganz selbstverständlich — einstellen. Vergangenes Jahr in Jena hatten wir 338 Delegierte, in diesem Jahre 409 und bei der günstigen Entwickelung der Organisation können wir bei dem jetzigen Delegationssystem damit rechnen, daß die Zahl der Delegierten sich weiter vermehrt. Damit wird die Arbeitsmöglichkeit des Parteitages, vor allen Dingen die Teilnahme der einzelnen Delegierten an den Verhandlungen ungemein erschwert, ganz abgesehen davon, daß es immer schwieriger wird, geeignet große Verhandlungslokale für den Parteitag zu erhalten. Aus dem Grunde habe ich vorgeschlagen, daß das Delegationssystem geändert werden soll. Da die Auffassung vorhanden ist, daß der vorgeschlagene Parteiausschuß angenommen wird, brauchen wir keine gesonderte Kommission zur Beratung dieser Frage, sondern wir müssen darauf dringen, daß der Parteiausschuß gemeinsam mit dem Parteivorstand beauftragt wird, diese Frage nachzuprüfen und dann dem Parteitag Vorschläge zu machen. Ob das schon im nächsten Jahr geschehen kann oder vielleicht ein Jahr später, ist nicht entscheidend, sondern, daß diese Dinge genau nachgeprüft und dem Parteitag Vorschläge gemacht werden dahin, daß die Organisationen auch nach ihrer Stärke vertreten sein müssen. Ich bitte Sie deshalb im Namen der Unterzeichner, die Resolution 195 anzunehmen. In diesem Zusammenhang komme ich auch gleich auf die Frage der Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag. Der Leipziger Parteitag hat die geschlossene Vereinsorganisation eingeführt.

Daraus ergibt sich, daß es der Wille der Partei war und ist, daß auch die Organisationsvertreter auf dem Parteitag den Parteitag bilden, und ihre Entscheidung darüber abgeben, ob die Handlungen der Partei im letzten Jahre im Einklang mit der Auffassung der gesamten Genossenschaft stehen. Aus dem Grunde und um den Parteitag arbeitsfähig zu erhalten, muß man nachprüfen, welche Teile auf dem Parteitag entbehrt werden können. Heute haben wir 527 Teilnehmer, 77 Abgeordnete sind anwesend, außerdem sind im Parteivorstand 6 Abgeordnete, in der Kontrollkommission 3 Abgeordnete, so daß insgesamt 86 Abgeordnete von 110 auf dem Parteitag anwesend sind. Nach meiner Auffassung, nach der Auffassung großer Parteigruppen sollte die Reichstagsfraktion auf dem Parteitag nur ein Vertretungsrecht, aber nicht das Recht der vollen Anwesenheit haben. Der Antrag ist 1909 bereits bei der Reorganisation geprüft worden, und damals hat man sich nur deshalb für Beibehaltung des Anwesenheitsrechts entschieden, weil damals die Fraktion klein war. Auf dem Jenaer Parteitag waren nur 36 Abgeordnete anwesend. Die Situation hat sich geändert und aus dem Grunde ist erneut auch diese Frage geprüft worden. Was ist nun angeführt worden für die Anwesenheit der Fraktion? Die Fraktionsmitglieder stellten früher ein Teil der Parteiorganisation dar; sie sollte an Stelle der eventuell von der Polizei aufgelösten Parteileitung treten. Dieses Recht ist in Leipzig beseitigt worden. Es bleibt also nur die Verantwortung vor der Partei. Man hat eingewendet, die Fraktion verträte die Politik der Gesamtpartei, und sie müsse der Gesamtpartei, als die der Partei-

tag gilt, Rechenschaft ablegen. Die Rechenschaft kann doch aber abgelegt werden, ganz gleich, ob ein großer oder kleiner Kreis der Fraktion anwesend ist, denn auch jetzt haben es ja noch 24 Abgeordnete nicht der Mühe wert gehalten, auf dem Parteitag zu erscheinen, um Rechenschaft der gesamten Genossenschaft abzulegen. Sie haben damit dargetan, daß sie dieses Recht nicht für sich gelten lassen. Genosse Müller hat bereits darauf hingewiesen, daß diese Verantwortung eine große Reihe von Parteifunktionären, Landtagsabgeordneten usw. auch zu tragen haben, daß ihnen aber bisher nicht dasselbe Recht eingeräumt worden ist. Dadurch fällt auch dieser Einwand, denn was dem einen recht ist, muß dem anderen billig sein. Es bleibt nun der Vorschlag übrig, den Mitgliedern der Fraktion beratende Stimme zu geben und ihnen die Anwesenheit zu gestatten. Wer diese Räume betrachtet und für die Zukunft sich die Verhandlungen vorstellt, wird zugeben müssen, daß eine Beschränkung der Mitgliederzahl des Parteitages eintreten muß. Auf der anderen Seite ist die Frage vom Gesichtspunkt der Organisation zu behandeln, nicht vom Gesichtspunkt des guten Herzens. Ich halte es für unvereinbar mit demokratischen Grundsätzen, daß man Teilnehmern des Parteitages die Anwesenheit gestattet, ihnen aber kein Beschlußrecht in den Fragen gibt, wo sie nicht persönlich beteiligt sind. Die Anwesenheit kann man nach meiner Auffassung vom Beschlußrecht nicht trennen. Will man die Anwesenheit der gesamten Reichstagsfraktion, so muß man den Reichstagsabgeordneten auch Beschlußrecht geben; will man das nicht, so kann man auch ihre Anwesenheit mit beratender Stimme nicht gestatten. Wir hätten dann degradierte Parteigenossen, die als Dekoration auf dem Parteitage sind, aber im entscheidenden Augenblick ihre Stimme nicht in die Wagschale werfen können. Das wäre eine Herabsetzung der Fraktionsmitglieder, und diese Herabsetzung möchte ich für meine Person nicht. (Sehr richtig!)

Ich möchte noch zu der Resolution, die im Auftrage der Reorganisationskommission eingebracht worden ist, folgendes bemerken: Der vorgeschlagene Parteiausschuß ist auf die alten Bezirke aufgebaut. Diese Bezirke stehen zum Teil im Widerspruch zu dem Organisationsstatut. Im Organisationsstatut steht im § 3 ausdrücklich, daß mehrere Wahlkreise einen Organisationsbezirk bilden. Wir haben aber eine Reihe Agitationsbezirke, die heute noch einen einzigen Wahlkreis vertreten. Eine solche Bezirkseinteilung ist nach dem Organisationsstatut gar nicht zulässig. Da aber Gewohnheit, Recht und Herkommen geprüft werden muß, so soll auch diese Frage vom Parteivorstand mit dem Parteiausschuß unter Anhörung der beteiligten Bezirke geregelt und dem Parteitag darüber Bericht erstattet werden. Das verlangt auf der anderen Seite die eingebrachte Resolution. Damit bleibt für mich noch die Frage übrig, ob der Parteivorstand durch unbesoldete Mitglieder ergänzt werden soll. Wer den Parteivorstand in seinem Mitgliederbestand erhöhen will, muß meiner Auffassung nach den Nachweis erbringen, daß der Parteivorstand, nachdem er in Jena um drei Mitglieder verstärkt worden ist, im letzten Jahre versagt hat. Dieser Nachweis kann nicht erbracht werden, und damit fällt der Grund für diese Anregung. Es bleibt dann die zweite Frage, ob der Parteivorstand politisch befruchtet werden soll. Die Genossen, die davon ausgegangen sind, daß der Parteivorstand zu wenig Initiative entwickelt, haben zu wenig Fühlung gehabt mit den Organisationen. Ebert hat gestern schon darauf hingewiesen, daß die Organisationen sich darüber beklagen, daß zu viele Anregungen gegeben würden. Nun bleibt die Frage, ob der Parteivorstand in großen politischen Aktionen versagt hat. Auch dieser Nachweis kann nicht erbracht werden. Die früher bemerkbaren Mängel sind ausgeglichen worden durch die Vermehrung der Mitgliederzahl. Was sollen denn unbesoldete Mitglieder? Sie sollen den Parteivorstand politisch befruchten. Das heißt doch,

daß solche Genossen in Frage kommen sollen, die sich ausschließlich mit politischen Fragen befassen. Wenn Sie sie nicht aus diesen Kreisen rekrutieren wollen, dann müssen Sie die unbesoldeten Mitglieder wieder aus den Reihen der in der Organisation tätigen Genossen nehmen, die mit bureaukratischen Arbeiten bereits belastet sind. Ich halte es nicht für richtig, den Vorstand mit unbesoldeten Mitgliedern weiter zu belasten. Es ist Tatsache, daß die politischen Geschäfte der Partei sowohl mit der Organisation wie mit der Agitation so innig verbunden sind, daß es unmöglich ist, die Dinge geschäftlich und politisch zu trennen. (Sehr richtig!) Alle Handlungen der Partei sind politische Handlungen, weil sie in ihren letzten Konsequenzen immer wieder in großen Aktionen ihren Ausklang finden. (Sehr richtig!) Wenn das der Fall ist, muß derjenige, der im Parteivorstand sitzt, auch mit den Organisations- und Agitationsfragen aufs engste vertraut sein. Nun sollen die Nurpolitiker diese Tätigkeit übernehmen. Ich halte das für eine Ueberschätzung der Bedeutung der parlamentarischen Tätigkeit. Der Genosse, der vor der letzten Wahl simpler Parteigenosse war, hat nun ein Mandat bekommen, und mit einem Male ist die politische Koryphäe fertig, die alle politischen Fragen von einem höheren Gesichtswinkel aus beurteilen kann. Ist das nicht eine Herabsetzung der Tätigkeit der anderen Parteigenossen, die jahraus jahrein sich mühen, die Gesamtpartei vorwärts zu bringen? Ist das nicht ein Ueberschätzen des parlamentarischen Einflusses? Was sollen denn die Nurpolitiker für die Gesamtpartei? Sie müssen doch mit ihr in Fühlung bleiben. Damit fällt dieser Einwand. Die Partei ist groß geworden dadurch, daß sie die Genossen, die von der Pieke auf gedient haben, die ihre ganze Lebensaufgabe in der Partei erblickt haben, an die Stelle gerufen hat, wo sie notwendig waren zur Entscheidung in der Partei. (Sehr richtig!) Sie hat die fähigsten Leute an die Spitze gestellt, sie hat sie aber nicht getrennt nach politischer und geschäftlicher Fruchtbarkeit. Die Partei soll nicht den vorgeschlagenen abschüssigen Weg betreten, sie soll vielmehr den Parteigenossen an die Stelle setzen, wo er notwendig ist, um im Interesse der Gesamtpartei seinen Posten auszufüllen. Solche Stellen sollen mit Genossen besetzt werden, von denen man die Qualitäten voraussetzt, daß sie auch alle Parteifragen richtig beurteilen und würdigen können.

Ich komme zu dem Schluß: Lehnen Sie alle Anträge ab. Ich habe auch auf dem Leipziger Parteitag eine Reihe von Wünschen zurückstellen müssen, die mir sehr am Herzen lagen. Ich bitte Sie, für die Fragen, die spruchreif sind, das gleiche zu tun und ein einheitliches Votum des Parteitages herbeizuführen und dazu beizutragen, daß die Fragen, die noch nicht geklärt sind, weiterberaten werden sollen. (Beifall.)

Emmel-Mülhausen: Durch den Entwurf des Organisationsstatuts soll in Zukunft die Reichstagsfraktion eine andere Stellung auf dem Parteitage haben als bisher. Als Grund dafür wird einmal angegeben, daß die Fraktion zu stark geworden wäre, und daß die Parteitage aktionsfähig gehalten werden müssen. Wenn man die Zahlen vornimmt, so wird man sofort sehen, daß der Unterschied zwischen dem jetzigen Zustande und dem, der durch das Organisationsstatut herbeigeführt würde, gar nicht so groß ist. Es sind 77 Reichstagsabgeordnete anwesend. Wenn ein Drittel der Fraktion nur zugelassen würde, so wären das 37 Abgeordnete. Die übrigen, die in der Kontrollkommission und in dem Parteivorstand sitzen, kommen sowieso her. Es würde im ganzen eine Verschiebung von rund 40 Abgeordneten eintreten, wenn der neue Zustand herbeigeführt wird. Wenn nun tatsächlich keine Verschlechterung der sonstigen Situation die Folge wäre, so könnte man diese Verringerung der Teilnehmerzahl hinnehmen und sagen, es ist immerhin ein Vorteil, wenn 40 Teilnehmer weniger sind. Es kann aber nicht bestritten werden, daß die

neue Regelung eine wesentliche Verschlechterung bringen würde. Wenn die Fraktion nach wie vor dem Parteitag verantwortlich sein muß, dann kann sie nicht zum Drittel verantwortlich sein, sondern nur in ihrer Gesamtheit. (Sehr richtig!) Auch in der Fraktion sind doch die verschiedenen Richtungen vorhanden, glücklicherweise sind doch nicht alle über einen Leisten geschlagen. Alle in der Fraktion vertretenen Richtungen müssen doch auch die Möglichkeit haben, hier vertreten zu sein. Müller sagt, der Parteitag habe sich weniger mit dem taktischen Gebaren der Reichstagsfraktion zu beschäftigen gehabt, als vielmehr mit dem Verhalten der Landtagsfraktion. Das kommt eben daher, daß die Reichstagsfraktion stets ganz auf dem Parteitag vertreten war. Wenn das nicht mehr der Fall sein würde, dann würde der Parteitag viel häufiger Veranlassung haben, sich mit dem taktischen Verhalten der Reichstagsfraktion zu beschäftigen. Dieser Grund Müllers beweist also gerade das Gegenteil von dem, was er sagen wollte. Nun ist in der Reorganisationskommission gesagt worden, daß man ja die Fraktion durch Auslosung in drei Abteilungen teilen könne, und daß turnusweise jedes Jahr ein Drittel der Fraktion auf den Parteitagen vertreten werden könne. (Heiterkeit.) Ein schöner Modus. (Pfannkuch: Sie sind falsch berichtet!) Es kann dann vorkommen, daß die Mehrheit der Fraktion, die einer bestimmten Richtung angehört, wenn eine besondere Frage zur Verhandlung kommt, die andere Richtung nicht zur Vertretung gelangen läßt. Nehmen wir z. B. an, die Steuerfrage wird auf dem nächsten Parteitag debattiert und es bilden sich nun in der Fraktion, wo ja ganz verschiedene Auffassungen darüber vorhanden sind, zwei Gruppen. Eine Gruppe, die zufälligerweise am stärksten ist, beansprucht nun den weitaus größten Teil der Delegation, so daß die andere nicht vertreten wäre. Das müßte zu ganz ungesunden Zuständen führen. Eventuell müßte gewählt werden. Damit ist die Möglichkeit gegeben, daß die eine oder die andere Richtung zu kurz kommt. Oder man muß auslosen, dann ist alles dem Zufall überlassen. Das alles sind Gründe genug, die dafür sprechen, daß der Zustand, wie er jetzt im Reorganisationsstatut vorgeschlagen wird, nicht richtig ist. Nun meint Lipinski, wir hätten die geschlossene Organisationsform eingeführt, und deshalb wäre für die Reichstagsfraktion in der bisherigen Weise nicht mehr Platz. Dann hat die Reichstagsfraktion überhaupt keinen Platz mehr auf dem Parteitag, dann müssen Sie auch den parlamentarischen Bericht von der Tagesordnung streichen. (Sehr richtig!) Dann müssen Sie sich auf den Standpunkt stellen, den manche vertreten, daß die Abgeordneten nur noch ihren Wahlkreisen verantwortlich sind. Das wäre sicherlich nicht empfehlenswert. Das würde zu Folgen führen, die wir nicht an die Wand malen wollen, die aber nicht im Interesse der Gesamtheit und Einheitlichkeit der Partei liegen. Lipinski meinte, auch andere Personen hätten eine Verantwortung der Partei gegenüber. Er spricht da von Bezirksvorständen usw. Für sie hat aber der Parteivorstand hier die Verantwortung zu übernehmen, für sie ist er haftbar. Das kann aber nicht bei der Fraktion in derselben Weise gemacht werden. Nun sagt man, die Fraktion könne besonders bei ihrer jetzigen Stärke einen zu großen Einfluß auf den Parteitag ausüben. Wäre das richtig, dann müßte die Fraktion in ihrer Auffassung eine geschlossene Einheit sein. Das ist aber nicht richtig. Die Fraktion zerfällt ebenso in dieselben Strömungen, wie sie in der Partei vorhanden sind. Deshalb paralysiert sich der Einfluß der Fraktion. Er entspricht den Auffassungen, die auf dem Parteitage selbst hervortreten. Jedenfalls sollte man wenigstens der Fraktion beratende Stimme geben. Die berüchtigte Eisenacher Sonderkonferenz hat sich ja einmütig — natürlich ohne Beschlußfassung (Heiterkeit) — auf den Standpunkt gestellt, daß die Anwesenheit der Abgeordneten unter allen Umständen

erforderlich ist, und daß man ihnen beratende Stimme geben soll. Lipinski sieht darin eine Herabsetzung der Fraktion. Er hält es für demokratischer, wenn die Fraktion zu einem Drittel vertreten ist. Das ist eine sonderbare Demokratie, die zwei Drittel ausschließt. Man lasse doch alle Abgeordneten ihre Ansicht hier vertreten, damit sie im innigsten Kontakt mit dem Parteitag sind und alle Anregungen, die hier gemacht werden, aufnehmen können und die Auffassungen des Parteitages wirksamer vertreten können, als das sonst möglich sein würde. Wenn die Dinge so liegen, dann sollten Sie das Großwerden der Fraktion, bei dem Sie ja alle so eifrig mitgewirkt haben, nicht dazu benutzen, jetzt die Reichstagsfraktion vom Parteitage auszuschalten. Sie würden damit eine Kluft zwischen Fraktion und Parteitag schaffen. Gerade weil die Fraktion größer ist, muß der Kontakt mit dem Parteitag noch inniger sein, sonst könnten sich Fälle ergeben, die dazu führen würden, daß der Parteitag sich eingehender und in unangenehmer Weise mit der Reichstagsfraktion beschäftigen müßte, als glücklicherweise bisher. Also geben Sie der Fraktion, wenn Sie sie nicht vollberechtigt zulassen wollen, wenigstens beratende Stimme. Damit wenigstens diejenigen, die verantwortlich sind, auch Gelegenheit haben, sich hier zu verteidigen, wenn sie — was vorher nicht festgestellt werden kann — sich hier angegriffen fühlen. Ich bitte Sie daher, die zu dieser Frage gestellten Anträge Ledebour anzunehmen. (Beifall.)

Ledebour: Es ist bemängelt worden, daß überhaupt noch Anträge gestellt worden sind, nachdem die Kommission die Enbloc-Annahme des Entwurfs empfohlen hat. Man hat es als eine Art Nichtachtung der Kommission ausgegeben, wenn der Parteitag diesem Wunsch nicht Rechnung tragen sollte, oder wenn einzelne Delegierte Anträge einreichen würden. Das zeugt von einer irrigen Auffassung der Aufgaben einer Kommission. Eine Kommission ersetzt nicht die Selbsttätigkeit und das Beschlußrecht ihrer Auftraggeber, sondern sie hat nur vorzubereiten. Der Wert einer Kommission, selbst wenn sie sich schließlich in wesentlichen Punkten in Widerspruch setzt zu den Anschauungen der Majorität ihrer Auftraggeber, liegt aber immer darin, daß sie über eine ganze Anzahl Punkte Klarheit schafft, die Differenzen beseitigt und es dem Plenum nachher ermöglicht, unter Akzeptierung der in dieser Beziehung gemachten Vorschläge bei der endgültigen Beschlußfassung sich auf wesentliche Punkte zu konzentrieren. Von diesem Gesichtspunkt aus haben wir es trotz des einmütigen Votums der Kommission für nötig gehalten, in zwei Punkten Anträge einzureichen, von denen Emmel den einen ja schon ausreichend begründet hat. Ich werde mich deshalb auf den anderen beschränken. Die Kommission einschließlich des Parteivorstandes hat gerade in dem Punkte versagt, der in bezug auf die Reorganisation und in bezug auf den ihr gewordenen Auftrag der wichtigste ist. (Ebert: Nach Ihrer Auffassung!) Wie lautete denn der Auftrag, der einmütig erteilte Auftrag? „Zwecks der Beratung einer Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission unter Zuziehung des Parteivorstandes eine 21gliedrige Kommission zu wählen, die dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten hat." Also der Auftrag, der Ihnen erteilt ist, ist der, eine Reorganisation des Parteivorstandes vorzubereiten. (Sehr richtig!) Und was ist dabei herausgekommen? Zunächst sollte nach dem ursprünglichen Vorschlage des geschätzten Parteivorstandes selbst überhaupt nichts geändert werden. Aber auch die Kommission hat trotz der ernsten Bemühungen einer Anzahl Kommissionsmitglieder schließlich alle Anträge auf eine wirkliche Erweiterung des Parteivorstandes abgelehnt. Was da an Aenderungen vorgeschlagen ist, ist an sich ganz dankenswert, aber es ändert in bezug auf die Gesamtzusammensetzung des Parteivorstandes gar nichts. Um diese Aenderung vorzunehmen, hätte der vorige Parteitag wirklich nicht eine Kommission ein-

zusetzen brauchen, die wochenlang darüber beraten hat. Ich bin also berechtigt, zu sagen, den Hauptauftrag, der ihnen erteilt ist, haben Sie nicht erfüllt, da haben Sie versagt. Wir müssen deshalb verlangen, daß diese ursprüngliche Aufgabe jetzt nachträglich durch den Parteitag, der doch das geistige Erbe des vorigen Parteitages ist, nachgeholt wird. Das kann durch Annahme des Antrages geschehen, den ich jetzt begründen werde. Es handelt sich darum, daß in § 14, wo es gegenwärtig heißt: es sind zwei Beisitzer zu wählen, gesagt wird: „die Beisitzer". Das erscheint zunächst höchst unwesentlich; aber es hat vor allem die Bedeutung, daß die ganze Wahl logischer ausgestaltet wird. In der Einleitung zu § 14 wird gesagt, die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Dann werden Ausnahmen gemacht in bezug auf die zwei Vorsitzenden und den Kassierer. Das ist gerechtfertigt. Es liegt aber doch kein Grund vor, auch die Zahl der Beisitzer ein für allemal festzulegen, um so weniger, da ja nicht einmal die Zahl der Sekretäre festgelegt ist. Aus den Gründen, die für die Nichtfestsetzung der Zahl der Sekretäre sprechen, dürfen wir auch die Zahl der Beisitzer nicht festlegen, damit jeder Parteitag die Möglichkeit hat, ohne vorher das Statut zu ändern, soviel Beisitzer zu wählen, wie nach den bisherigen Erfahrungen und nach den Umständen notwendig erscheinen. Das verschränken Sie sich durch die Bestimmung, daß die Zahl der Beisitzer fixiert wird. Wenn gesagt wird, das kann jedesmal durch Statut geändert werden, ja, weshalb macht man denn das nicht ein für allemal möglich, und sagt einfach, die Beisitzer? Wegen dieser rein formellen Seite haben wir selbstverständlich unseren Antrag nicht eingebracht, es liegt vielmehr auch ein sehr wesentlicher sachlicher, für unsere ganze politische Parteiaktion wichtiger Grund für diese Aenderung vor, damit nämlich sobald wie möglich eine Erweiterung des Parteivorstandes im Sinne und Geiste des vorjährigen Beschlusses vorgenommen werden kann. Ob sie in diesem Jahre schon vorgenommen werden soll, darüber muß sich ja der Parteitag, nachdem das Statut in der von uns vorgeschlagenen Aenderung angenommen ist, später schlüssig werden. Ich halte eine solche Erweiterung schon in diesem Jahre für wünschenswert, aber ein Zwang liegt natürlich auch dann nicht vor. (Noske macht den Redner darauf aufmerksam, daß seine Redezeit abgelaufen ist.) Ich dachte, daß ich eine längere Redezeit habe, weil ich einen Antrag begründe. (Noske: Wir betrachten den Antrag nur als Amendement.) Dann nur noch eine kurze Bemerkung. Ich melde mich schon im voraus noch einmal zum Wort. (Große Heiterkeit.) Ich halte die Erweiterung deshalb für notwendig, weil wir unbedingt angesichts der großen politischen Ereignisse, die bevorstehen, angesichts der Erfüllung unserer großen Aufgaben die Partei fähiger für Massenaktionen zu machen, nicht wegen irgendwelcher einzelnen Vorkommnisse dieser Art, sondern aus den ganz allgemeinen Gründen, wie ich in meiner späteren Rede ausführlich erörtern werde.

Stadthagen: Die Frage der Zusammensetzung des Parteivorstandes will ich nicht ausführlich berühren. Der Parteitag sollte meiner Ansicht nach in das Statut eine Bestimmung hineinnehmen, die es ermöglicht, eben wie die Zahl der Sekretäre auch die der übrigen Vorstandsmitglieder von Fall zu Fall auf dem Parteitage zu bestimmen. Ich bin also für den Antrag Ledebour, wenn ich auch in den Gründen nicht überall mit ihm übereinstimme. Ich halte es für untunlich, daß, wenn der Parteitag sich etwa überzeugen sollte, daß eine bestimmte oder mehrere Personen geeignet und notwendig sind, im Interesse der Partei in den Vorstand gewählt zu werden, dann ad hoc erst ein Gesetz zu machen. Man sollte vielmehr von vornherein die Möglichkeit dazu geben. In bezug auf die Vertretung der Reichstagsfraktion schließe ich mich Emmel an. Es ist ganz und gar irrig und verstößt gegen unsere Grundanschauungen, einen

Kreis dafür mit einer Strafe zu belegen, daß er einen Abgeordneten gewählt hat. (Zuruf: Ach, ach!) Tatsächlich liegt es so, daß im allgemeinen der Abgeordnete, wenn er den Wunsch hat, gewählt zu werden und wenn er das Vertrauen der Wähler besitzt, auch gewählt wird. Dadurch kann der Kreis einen Delegierten weniger entsenden. Zum mindesten sollen wir den Abgeordneten beratende Stimme geben. Unter keinen Umständen aber eine sogenannte Vertretung. Die Abgeordneten sind selbstverständlich nicht alle derselben Ansicht. Wie soll denn nun die Vertretung genommen werden? Soll die zurzeit bestehende Mehrheit der Linken etwa einseitig die Delegation vornehmen? Soll man auslosen oder was soll man sonst tun? Bringen Sie doch nicht in die schwierigen Verhältnisse, wie sie sich in der Fraktion entwickelt haben, noch ein neues Moment hinein, das zu Streitigkeiten und zu persönlichen Unannehmlichkeiten führen muß. Der Grund, weshalb ich mich gemeldet habe, ist der, um darauf hinzuweisen, daß wir auf die Dauer unmöglich ein Statut beibehalten können, das es ermöglicht, dem Grundsatz des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts, für das wir eintreten, ins Gesicht zu schlagen. Nach § 20 soll ein Parteiausschuß aus je einem Vertreter der Bezirks- und Landesvorstände eingesetzt werden. Aber wie die Bezirks- und Landesvorstände aussehen sollen, davon steht nichts da. Die große Mehrheit wird es für selbstverständlich halten, daß die Vorstände gewählt werden durch ein Wahlverfahren, bei dem die einzelnen Genossen in den einzelnen Bezirken wenigstens annähernd gleiches Recht haben. Tatsächlich haben wir aber eine Reihe von Bezirks- oder Landesorganisationen, wo das nicht der Fall ist. Die ersten Paragraphen des Statuts erklären nur, daß die Landesstatuten mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht in Widerspruch stehen dürfen, sie geben aber nicht an, wie sie aufgebaut sein sollen. Ist es nun auch nicht absolut möglich, das allgemeine gleiche Wahlrecht für die Wahl der Landesversammlungen und Vorstände einzuführen, so können wir doch nicht blinden Auges daran vorübergehen, daß wir Organisationen haben, deren Statuten sich solchen an die Seite stellen können, denen alle Schlechtigkeiten eines Pluralwahlrechts anhaften. Ich greife da Württemberg heraus, und zwar absichtlich, weil ich glaube, ein großer Teil der Streitigkeiten in diesem Lande rührt von dem ungleichen Wahlrecht her, das für die Bildung der dortigen Landesversammlung maßgebend ist. Dort haben 17 000 Genossen in einer Großstadt 90 Delegierte zu wählen, 5000 Genossen in kleinen Orten dagegen 224. Also der Genosse an einem kleinen Ort hat ungefähr neunmal soviel Recht, wie der an dem großen Ort. In Kannstatt haben 1213 organisierte Genossen 7 Delegierte zu wählen, aber 86 kleine Orte mit 1172 Genossen können 86 Delegierte wählen, mit anderen Worten: der einzelne Genosse am kleinen Ort hat hier zwölfmal soviel Recht, wie der in Kannstatt. Das ist ein Pluralwahlrecht, so schlimm, wie wir es sonst im politischen Leben nicht haben. In Stuttgart haben 9000 Organisierte 42 Delegierte, aber 521 Organisierte aus kleinen Orten haben 44 Delegierte zu wählen. Hier hat also der einzelne Genosse aus einem kleinen Ort ein achtzehnmal so großes Recht wie der aus Stuttgart. Daß das zu Unzuträglichkeiten führen muß, ist klar. Leider ist es nicht möglich, hier eine Entscheidung zu treffen, da die Württemberger Angelegenheit oder die Art der Zusammensetzung der Bezirks- und Landesvorstände in der Kommission nicht zur Sprache gekommen ist und von ihr ein Vorschlag nicht gemacht ist. Aber für erforderlich hielt ich es, in der Generaldebatte darauf hinzuweisen, daß ein solcher Zustand, aus dem ein großer Teil der widerlichen Zwistigkeiten entstanden ist, auf die Dauer unhaltbar ist. Es geht nicht, daß ein solches System besteht, und daß wir auf Grund eines solchen Systems etwa einen Vertreter im Parteiausschuß haben. Wenn die einzelnen

Bezirks- und Landesorganisationen nicht selbst gegen solche unsere Prinzipien verletzende Organisationsform Remedur schaffen, dann werden wir von der Gesamtpartei aus Remedur schaffen müssen.

Dißmann-Hanau: Der neueste Vorschlag betreffend den Parteiausschuß, ist im Gegensatz zu dem ersten Entwurf aufgebaut auf einer organisatorischen Grundlage und einer notwendigen Fortentwickelung und demgemäß zu begrüßen. Wenn wir den ersten mit dem zweiten Entwurf vergleichen, so ist von dem ursprünglichen Entwurf nur der Name übrig geblieben. Nach dem zweiten Entwurf ist der Parteiausschuß keine beschließende, sondern nur eine beratende Instanz, deshalb wäre es vielleicht richtiger gewesen, analog dem Beispiel der Gewerkschaften nicht von einem Ausschuß, sondern von einem Beirat zu sprechen. Doch wir brauchen uns um das Wort nicht lange zu streiten. Nach dem Entwurf soll die Reichstagsfraktion bis zu einem Drittel vertreten sein. Es ist gesagt worden, der hierzu vorliegende Eventualantrag Ledebour wäre undemokratisch, aber Lipinski, der diesen Einwand erhoben hat, begründete gleichzeitig einen Antrag, daß der Parteiausschuß und der Vorstand beraten sollen, wie in Zukunft ein anderer Delegationsmodus geschaffen werden kann, um die Zahl der Teilnehmer des Parteitages einzuschränken. Schön. Zunächst werfe ich die Frage auf: Weshalb haben wir im bisherigen Statut die Bestimmung, daß die gesamte Fraktion auf dem Parteitag anwesend sein darf? Doch zweifelhaft deshalb, damit die Fraktion, welche gemäß den Grundsätzen unseres Programms und den Beschlüssen der Parteitage im Reichstag die Sache der Sozialdemokratie zu vertreten hat, in engster Fühlung mit uns bleibt. Ich bitte Sie, diese Bestimmung nicht zu beseitigen, wir haben das größte Interesse an ihrer Beibehaltung, auf die Gefahr hin, daß die Zahl der Teilnehmer des Parteitages dadurch erhöht wird. Wenn wir bei den letzten Wahlen 110 Abgeordnete durchgebracht haben, so soll das für unsere Parteitage kein Unglück sein. Die jetzt höhere Zahl ist doch bei der gesamten Teilnehmerzahl zu gering, um einer Einschränkung zuzustimmen. Auch auf andere wichtige Bedenken ist hingewiesen worden, so vom Genossen Emmel. Es kommt noch eins hinzu: Wenn — was nach der erfreulichen Entwickelung der Organisation im Laufe der nächsten Jahre der Fall sein dürfte — die Teilnehmerzahl des Parteitages insofern reduziert wird, daß auf den einzelnen Delegierten eine höhere Kopfzahl vertretener Parteimitglieder entfällt, dann tritt naturgemäß eine bestimmte Einschränkung der Delegiertenzahl ein. Wird nun die Reichstagsfraktion auf ein Drittel in ihrer Vertretung auf dem Parteitag reduziert, so wird die Folge sein, daß die Reichstagsabgeordneten, die ein berechtigtes Interesse daran haben, an unseren Beratungen teilzunehmen, sich um ein Mandat in ihrem Wahlkreis bewerben müssen, um auf dem Parteitag erscheinen zu können und dies wird zu einer weiteren Einschränkung der Delegierten führen, die aus den weiteren Kreisen der Parteigenossen kommen. (Sehr richtig!) Ich möchte Sie dringend ersuchen, diesem Vorschlag der Kommission nicht zuzustimmen und zu beschließen, daß die gesamte Reichstagsfraktion anwesend zu sein hat. Allerdings kann ich nicht befürworten, daß der alte Zustand beizubehalten sei und daß die Fraktion mit *beschließender* Stimme anwesend zu sein habe. Das ist auch nicht der Kern, warum wir die Gesamtheit der Reichstagsabgeordneten hier wünschen. Sie sollen hier sein, um Rechenschaft abzulegen, mit uns zu beraten über die wichtigen politischen Fragen, über unsere Gesichtspunkte, die einzuleitenden Aktionen, über die von uns zu ziehenden Richtlinien usw. und das ist doch das wesentliche. Wenn gesagt wird, es sei undemokratisch, daß die Reichstagsabgeordneten hier nur mit beratender Stimme sein sollen, so kann man darüber doch sehr geteilter Meinung sein. Wenn der Parteitag die höchste Instanz darstellt, und wenn es heißt, das, was hier beschlossen wird,

ist oberstes Gesetz, dann ist es durchaus demokratisch, wenn man sagt: wenn die Parteiorganisationen die Träger unseres ganzen Parteilebens sind, wenn sie ihre Delegierten hierher entsenden, dann sind sie es, die die Beschlüsse fassen und somit für das oberste Gesetz die Richtschnur geben und dabei entscheidet die Wahl der Delegierten, die aus der Stellungnahme der Parteimitglieder im ganzen Kreise ihre Richtlinien bekommen haben. Man kann sehr gut dazu übergehen, zu beschließen, daß die gesamte Fraktion zur Teilnahme am Parteitag berechtigt bleibt, aber mit beratender Stimme. Nun zu dem anderen Vorschlag, der gemacht wurde, daß im § 14 anstatt „zwei Beisitzern" gesagt werde „den Beisitzern". Es handelt sich hier um eine nackte organisatorische und Zweckmäßigkeitsfrage und davon sollten wir uns bei der Beschlußfassung leiten lassen. Es ist gesagt worden, ja der Parteitag hat selbst dem Parteivorstand in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung ein einmütiges Vertrauensvotum ausgestellt. Das ist richtig, gerade deshalb können wir mit desto größerer Ruhe und Sachlichkeit diesen Vorschlag zur Entscheidung bringen und brauchen uns nicht trüben zu lassen von Meinungsdifferenzen darüber, ob der Parteivorstand seine Pflicht erfüllt hat. Wenn gesagt wird, wir wollen nicht mehr wie zwei Beisitzer haben, weil an sich die gewählten Genossen des Parteivorstandes das volle Vertrauen haben und wir den Parteivorstand nicht zu bewachen brauchten durch unbesoldete Beisitzer, deren Wert vollständig in Frage gestellt sei, so könnten wir mit der gleichen Begründung auch die zwei Beisitzer beseitigen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Denn weshalb nur zwei Beisitzer, warum nicht auch drei oder vier? Ich fasse die Sache so auf: Wenn wir dem Parteivorstand ein volles Vertrauensvotum ausgestellt haben, und mit seiner Tätigkeit durchaus einverstanden sind, dann hindert uns wahrhaftig nichts daran, angesichts der immer höheren Anforderungen, welche an die Partei und ihre Leitung gestellt werden, aus den verschiedenen wichtigen Ressorts der Arbeiterbewegung unbesoldete Beisitzer mit heranzuziehen. Darin liegt keine Spitze gegen den Parteivorstand, und ich möchte die Genossen, die dagegen sind, darauf aufmerksam machen, daß sie selbst in ihren anderen Korporationen, Kreis-, Bezirks- und Landesvorständen, gewerkschaftlichen Zentralverbänden, Konsumgenossenschaften oder wo es sei, überall außer den festangestellten Vorstandsmitgliedern auch eine bestimmte Anzahl unbesoldeter Beisitzer vorhanden ist. (Ledebour: Die Mehrzahl!) Warum nicht auch hier; wenn es dort gesund ist, wird es auch hier gesund sein. Sagen wir im Statut: den Beisitzern, so haben wir je nach der Entwickelung auf einem der nächsten Parteitage die Möglichkeit, eine Vermehrung der unbesoldeten Beisitzer vorzunehmen. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß früher in unserem Statut die Zahl der Schriftführer festgesetzt war, während es heute einfach heißt „den Schriftführern", und zwar aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen. Wenn wir der Auffassung sind, es sei wünschenswert, als Beisitzer etwa einen hervorragenden Gewerkschaftler hinzuziehen oder einen tüchtigen Kopf auf einem anderen Gebiete, so wird kein Mensch dem widersprechen und das wird weder zu einer Erschwerung der Geschäfte des Parteivorstandes führen noch sonst zu Unzuträglichkeiten. Deshalb stimmen Sie bitte nicht der Enbloc-Annahme des ganzen Kommissionsentwurfs zu, die gewiß das bequemste wäre, sondern entscheiden wir ruhig und sachlich, ob wir nicht an dem Entwurf der Kommission kleine Abänderungen vornehmen, die in ihrer Fassung für die Fortentwickelung und das Gesamtinteresse der Partei von Vorteil sind.

Lüth-Hamburg: Der Entwurf der Reorganisationskommission ist ein Kompromiß, eine Kombination von vielen Meinungen. Er bringt gegenüber dem bisherigen Zustand in mancher Richtung einen Vorteil. Die Aenderung des Geschäftsjahres hat den Vorteil, daß wir den Vorstandsbericht in der Hand haben, wenn wir uns mit dem Parteitag beschäftigen. Auch die Vorschläge bezüglich der Zusammensetzung des Parteitages sind ein Vorteil. Damit wird auch den größeren Wahlkreisen mit ihren größeren Mitgliederzahlen Rechnung getragen. Nun haben sich heute die Reichstagsabgeordneten dagegen gewehrt, daß sie nicht mehr in ihrer ganzen Stärke vertreten sein sollen. Stadthagen sprach sogar von einer Strafe für die Abgeordneten. So schlimm sollte man es nicht machen. Auch mit den demokratischen Grundsätzen, die verletzt sein sollen, ist es nicht weit her. Wir müssen die Zahl der Delegierten beschränken oder die der Reichstagsabgeordneten. Mir ist selbst das Drittel der Reichstagsabgeordneten viel zu hoch. Es würde vollständig genügen, wenn nur der Vorstand der Reichstagsfraktion vertreten wäre. Die Drohung, daß die Abgeordneten sich in den Wahlkreisen um ein Mandat bewerben sollen, kann uns nicht abschrecken, das Notwendige zu tun. So wie bisher geht es nicht weiter. Mit einem solchen Parteitag ist nicht mehr zu arbeiten. Die Zahl der Teilnehmer muß beschränkt werden. Der Antrag, der will, daß die Fraktion in ihrer ganzen Stärke vertreten ist, aber kein Stimmrecht haben soll, muß entschieden abgelehnt werden. Wenn die Fraktion hier ist, dann muß sie auch Stimmrecht haben. Die Verhältnisse zwingen uns aber zu einer Beschränkung der Zahl der Abgeordneten. Das sollten auch die Abgeordneten einsehen. Nun zu den Hauptpunkten der Reorganisation des Parteivorstandes und zum Parteiausschuß. Wer große Hoffnungen auf die 22er Kommission gesetzt hat, ist bitter enttäuscht worden. Bezüglich der Zusammensetzung des Vorstandes ist eine nennenswerte Aenderung nicht eingetreten. Denken Sie an die Debatte in Jena anläßlich der Marokkoaffäre. Da wurde eine Verjüngung des Parteivorstandes gefordert, neues frisches Blut sollte ihm zugeführt werden. Sieht man das an, was geschaffen wurde, so muß man sagen: es haben gekreißt und eine Maus ist zum Vorschein gekommen. Wenn man nur zwei Beisitzer haben will, dann kann man sie gleich ganz streichen. Was sollen sie eigentlich. Wenn man die Zahl der Beisitzer vergrößert, dann muß das um fünf oder sieben sein. Das wäre ein Vorteil. Da könnten tüchtige Leute hinein, die in wichtigen politischen Fragen dem Vorstand zur Seite stehen. Vom Parteiausschuß ist nur der Name geblieben. Auch er hätte ganz ruhig wegbleiben können. Warum nennt man das Ding noch Parteiausschuß? Vierteljährlich soll eine Konferenz stattfinden. Das ist kein allzugroßer Vorteil. Erhöhen Sie wenigstens die Zahl der Beisitzer, dann haben wir wenigstens etwas Gutes geschaffen. (Beifall.)

Hoffmann-Hamburg: Ich will nur zum Parteiausschuß reden. Wenn man an die Reden in Magdeburg und Jena denkt und jetzt das Ergebnis der Ausschußberatung sieht, dann muß man sagen: Es ist unendlich viel Mühe umsonst aufgewendet worden. Ich habe an Stelle des verhinderten Genossen Stubbe an den ersten Beratungen der Kommission teilgenommen. Ich hätte gewünscht, daß man an dem Ergebnis der ersten Lesung festgehalten hätte. Denn was man uns jetzt vorlegt, ist abgesehen von den Vorschlägen der Beitragsänderung und einzelnen kleinen redaktionellen Aenderungen nichts anderes, als daß man der Bezirkskonferenz den Namen Parteiausschuß gibt und ihm einige kleinere weitere Aufgaben zuschiebt. (Sehr richtig!) Was Müller als Vorzug geschildert hat, ist bei weitem kein Vorteil. Er hat gerühmt, daß die Sitzungen alle Vierteljahre einberufen werden müssen. Das ist nicht ohne weiteres ein Vorteil. Denn die Einberufung muß erfolgen, ob wichtiges Material zur Beratung vorliegt oder nicht. Das sogenannte Umfrageverfahren, um festzustellen, ob die Mitglieder des Ausschusses die Anberaumung einer Sitzung für notwendig halten, scheint sehr umständlich zu sein. Es wird immer dazu führen, daß eine solche Notwendigkeit anerkannt wird, weil die

Auffassungen darüber, was notwendig ist oder nicht, sehr verschieden sind, und weil ja der Parteivorstand die Verantwortung trägt. Dann hat Genosse Müller erklärt, was schon in der Presse betont wurde, daß durch die jetzige Fassung der Vorwurf, daß der Parteivorstand sich hinter die Verantwortung des Parteiausschusses verkriechen könnte, beseitigt würde. Ich habe demgegenüber aber schon immer erklärt: Solche Trottel werden doch niemals die Männer des Parteivorstandes sein, daß sie die Verantwortung auf einen Parteiausschuß abwälzen. Ich glaube, daß unsere Vorstandsmitglieder, die sich aus den besten Kräften zusammensetzen, sich nicht verkriechen werden. Nun etwas Eigentümliches. Die Konferenz soll nur gutachtlich sein, also keine Beschlußkraft haben. Es werden also große Reden geschwungen werden, und ganz gewiß wird der Parteivorstand, wenn eine starke Stimmung für eine Frage im Ausschuß vorhanden ist, versuchen, sie durchzuführen. Aber verpflichtet ist er dazu nicht. Denn er hat das Gutachten immer noch so zu werten, wie es nach seiner Ansicht im Interesse der Partei notwendig ist. Nun meint man, die Fühlung des Parteivorstandes mit den Leitern der Organisation werde dadurch besser werden. Ich glaube nicht, daß es bis jetzt daran gefehlt hat. Die Fühlung soll schon im letzten Jahr sehr gut gewesen sein, es haben oft Sitzungen stattgefunden. Diese Fühlung war also schon möglich, ohne daß wir dem Kinde den Namen „Parteiausschuß" gegeben haben. Darunter habe ich mir immer etwas anderes vorgestellt. Nicht einen Beirat, sondern eine Institution, die zu den großen politischen Fragen mit dem Parteivorstand Stellung nehmen sollte, die gewissermaßen vorausschauen, die Richtwege geben sollte, damit nicht bei gewissen Anlässen wir unvorbereitet dastehen. Wenn der Vorstand der Meinung ist, das sei nicht nötig, dann sollte man es sagen. Dann können wir auch in bezug auf das Organisationsstatut ruhig beim alten bleiben. Aber wie die Dinge liegen, will ich erklären, daß es ja schließlich kein Fehler ist, wenn wir heute dem Reorganisationsstatut zustimmen, allerdings in der Voraussetzung, daß, wenn die Einrichtungen sich nicht bewähren, wir wieder auf die Frage zurückkommen und Aenderungen vornehmen.

Dr. **David**-Mainz: Die bedeutsamste Abänderung, die für den vorliegenden Entwurf der Kommission beantragt worden ist, ist zweifellos der Antrag Ledebour und Genossen, der die Zahl der zwei Beisitzer beseitigen, die Zahl der Beisitzer also unbestimmt lassen will. Ledebour hat uns nun erklärt, es sei nicht eigentlich der formale Gesichtspunkt, daß man sich volle Freiheit in jedem Jahre lassen will, der ihn bestimmt hat, diesen Antrag einzubringen. Das Motiv sei vielmehr das in Jena von ihm und anderen Genossen vorgebrachte, nämlich, daß der Parteivorstand zu sehr aus Bureaukraten bestehe, und daß es notwendig sei, ihm politische Köpfe beizugesellen. Dieser Antrag Ledebour, so unbedeutsam er aussieht, ist im Grunde gar nichts anderes, als der Vorschlag, den wir in einigen Parteizeitungen gelesen haben, kurz nach der bewußten Zusammenkunft in Eisenach, nämlich einen Neunerbeirat dem Parteivorstand beizugeben, der lediglich aus politischen Köpfen zu bestehen hat. (Ledebour: Nicht lediglich!) Ledebour sagt, nicht lediglich; es sollen also auch andere nicht politische Köpfe mit hinein? (Heiterkeit.) Das wäre aber doch eine unnötige Belastung für den Parteivorstand. (Sehr richtig!)

Ich habe bei dem Vorschlag nur eines vermißt, nämlich irgendein festes Kriterium, wonach man den politischen und den unpolitischen Kopf unterscheiden kann. (Sehr richtig!) Ich weiß nicht, ob die Antragsteller dabei auf die alte Phrenologie von Gall zurückgreifen wollen, oder ob sie das neue von der „Deutschen Tageszeitung" vorgeschlagene Verfahren anwenden wollen, wonach man eine Linie zwischen den Augensternen und eine solche von der Wurzel der Nase bis zum Mund zieht und aus dem Verhältnis dieser beiden Linien dann die politische Befähigung erschließt. (Heiterkeit.) Wir müßten jedenfalls ein objektives Verfahren haben; denn das wäre doch kein sicheres Verfahren, wenn jeder einzelne für sich bestimmen sollte, ob er ein politischer Kopf ist oder nicht. (Sehr gut!) Das geht nicht, es müßten schon objektive Anhaltspunkte gegeben werden.

Ich bin der Meinung, daß es keine gute Zusammensetzung des Parteivorstandes wäre: auf der einen Seite eine Gruppe von Männern, die mit ihrer ganzen Arbeit in der Verwaltungs- und Leitungstätigkeit stehen, und daneben noch so ein Kranz von Beiräten, die nur die Aufgabe hätten, die eigentlich Arbeitenden zu befruchten, also gewissermaßen „Befruchtungsbeiräte". (Große Heiterkeit.) Diese Aufgabe scheint mir, so dankbar sie für die Betreffenden sein möchte, nicht geeignet, die Aktionskraft, die Energie und Berufsfreudigkeit der in der eigentlichen Arbeit stehenden Parteivorstandsmitglieder zu erhöhen. Diese Beiräte hätten das Recht, hineinzureden; es sind „Hineinredungsräte" (Heiterkeit); aber ausführen, positive Arbeit leisten, das brauchten sie nicht. Sie wären in der angenehmen Lage, immer kritisieren zu dürfen, ohne gehalten zu sein, es besser zu machen. (Sehr richtig!)

Wir wollen im Parteivorstand Leute haben, die auch verpflichtet sind, mit ihrer ganzen Persönlichkeit und Arbeitskraft das auszuführen, was sie für nützlich halten im Interesse der Partei. Im übrigen wäre die Frage aufzuwerfen, wie sollen die Beiräte existieren? Haben sie sonstige Berufsarbeit, so haben sie gar nicht die Zeit, wirklich eingehend und gewissenhaft mitzuarbeiten. Es müßten also Männer sein, die finanziell so glücklich gestellt sind, daß sie es nicht nötig haben, Geld zu verlangen für ihre Mitarbeit im Parteivorstande. Da käme also ein kapitalistisches Moment in die Sache, und auch das ist nicht geeignet, uns mit dem Vorschlag zu befreunden.

Die Antragsteller haben eins unterlassen, sie haben nicht einmal den Versuch gemacht, die sachliche Notwendigkeit einer solchen neuen Aenderung des Vorstandes zu begründen. (Sehr richtig!) Man hat in Jena ja erst den Vorstand revidiert, ihm junges Blut eingeflößt, heute soll man ihn wieder revidieren. Einen so rastlosen Revisionismus kann ich nicht mitmachen. (Große Heiterkeit.) Ich meine, eine gewisse Ruhe, eine gewisse Stetigkeit ist da doch vonnöten. Man soll nicht ändern, wenn man keine sachlichen Gründe dafür hat. In Jena hat man wenigstens noch vorgebracht, der Parteivorstand habe in der Marokkoangelegenheit versagt. Da habe ihm die nötige Aktivität gefehlt. Aber seit Jena, im letzten Jahre, wo hat es denn da gefehlt? Die Antragsteller müßten doch begründen, inwiefern der Vorstand seine Schuldigkeit nicht getan habe. (Ledebour: „Das kommt noch!") So, ich dachte, es wäre schon mit der Göppinger Angelegenheit gekommen. Diese Angelegenheit hat jedenfalls nicht den gewünschten Beweis erbracht für eine notwendige Aenderung. Da sollten wir doch den Entwurf ruhig annehmen.

Auch ich bedaure, daß die Kompetenzen des zu schaffenden Ausschusses durch den neuen Kommissionsvorschlag beschränkt worden sind. Ich glaube, es wäre richtiger gewesen, den ursprünglichen Entwurf dem Parteitag vorzulegen. Ein solcher Ausschuß, der sich rekrutiert aus Vertrauensmännern der verschiedensten Gebiete Deutschlands, ist doch zweifellos eine Instanz, die außerordentlich viel dazu beitragen kann, Differenzen, die in einem so großen Parteikörper ganz unvermeidbar sind, schon in ihren ersten Stadien zu einem gewissen Austrag zu bringen. (Sehr richtig!) Ein solcher Ausschuß kann und soll ein Verständigungsausschuß sein. Er hat keine theoretischen Streitfragen zu schlichten, glücklicherweise. Was er zu tun hat, ist, sich hinsichtlich der praktischen Arbeit zu verständigen. Und da hat sich trotz der auseinandergehenden

theoretischen Auffassungen doch überall herausgestellt, daß, wo praktische Entscheidungen zu treffen sind, im engeren Kreise die Vertreter der verschiedensten Richtungen sich in der Regel sehr viel leichter verständigen, als das anfangs den Anschein hatte. Eine solche Institution, die auf dem Gebiete der praktischen Arbeit, ohne daß gleich die ganze Presse dabei in Bewegung gesetzt wird, Meinungsverschiedenheiten austragen kann, halte ich für außerordentlich segensreich im Interesse der Einheit und Geschlossenheit der Partei bei großen Aktionen. (Bravo!)

Was die Vertretung der Reichstagsfraktion anlangt, so hätte ich gewünscht, man hätte es beim alten gelassen. Nicht aus Vergnügungssucht, um den Parteitag mitmachen zu können, wünschte ich das. Wer sieben Monate lang im Parlament sitzt, hat von Parlamenten genug, und das Reisen ist für Abgeordnete auch kein Vergnügen mehr. Ich wünschte die volle Vertretung der Reichstagsfraktion, weil ich einen möglichst engen Zusammenhang der parlamentarischen Vertretung der Partei mit dem Gesamtkörper der Partei für sehr nützlich halte. Der kann durch nichts besser hergestellt werden, als dadurch, daß der Abgeordnete, der doch immer nur in einem Teil des Reiches wurzelt, wenigstens einmal im Jahre Gelegenheit hat, mit dem Gesamtkörper in innige Fühlung zu kommen, sich selbst zu informieren über Stimmungen und Anschauungen im Parteiganzen und natürlich auch seine eigene Auffassung mitzuteilen. Ein solches Zusammenarbeiten ist außerordentlich nützlich und wichtig, um Differenzen zwischen parlamentarischer Vertretung und Parteikörper hintanzuhalten. Wenn der parlamentarische Vertreter die Beschlüsse des Parteitages im Parlament und vor der Oeffentlichkeit vertreten und durchführen soll, so muß er natürlich auch an der Beschlußfassung beteiligt sein. Man kann ihn nicht wie einen Automaten an Drähten ziehen. Das würde auch mit der demokratischen Auffassung über das Recht der Persönlichkeit schlecht übereinstimmen. Wer mittaten soll, soll auch mitraten. (Sehr richtig!) Aus diesem Gesichtspunkt heraus hätte ich gewünscht, man hätte es beim alten gelassen. Im übrigen halte ich die Frage nicht für so wichtig, daß sie uns abhalten könnte, dem vorgelegten Entwurf im ganzen unsere Zustimmung zu geben. (Beifall.)

Ledebour: David hat geglaubt, die Sache mit einigen billigen Scherzen abmachen zu können, und um einige phrenologische Witze anbringen zu können, hat er sich den Ausdruck „politische Köpfe“ konstruiert und mir unterschoben, ich hätte befürwortet, „politische Köpfe“ in den Parteivorstand hineinzubringen. Meines Wissens habe ich in dem, was ich über diese Sache geschrieben habe, niemals diese Wendung gebraucht. Ich habe in meinem Artikel in der „Neuen Zeit“, der nach der Eisenacher Konferenz geschrieben ist, gesagt: „Durch die Aussprache in Eisenach bin ich davon überzeugt worden, daß zur Erreichung der Politisierung des Parteivorstandes es zweckmäßiger ist, die Zahl der Beisitzer zu vermehren von zwei auf mindestens sieben, die dann mit den beiden Vorsitzenden zusammen den bureaukratischen Elementen gegenüber in der Mehrheit sind.“ Dann habe ich nachher skizziert, was ich darunter verstehe. Es kämen als Beisitzer in Betracht „Abgeordnete, Redakteure, Organisatoren, auch daß ein hervorragend tätiger Gewerkschaftler unter den Beisitzern sich befindet, wäre empfehlenswert“. Ich muß doch annehmen, Genosse David, daß Sie das gelesen haben. Wie können Sie demgegenüber die Ungeniertheit haben, hier zu behaupten, ich hätte mit der Wendung „Politische Köpfe“ operiert. Sie haben damit allerdings bei Ihren Freunden einen Heiterkeitserfolg erzielt, aber es ist auch das kein Beweis dafür, daß eine derartige Kampfesweise nachahmenswert wäre. Ebenso hat ja auch Genosse Schulz erst jüngst wieder in einem Artikel der „Neuen Zeit“ darauf hingewiesen, daß bei der Erweiterung des Vorstandes die hinzugenommenen Mitglieder aus Parteigenossen in den verschiedenartigsten Stellungen bestehen müßten. Ich hatte meinerseits in der „Neuen Zeit“ noch hinzugefügt: „Unzweckmäßig wäre es aber, die einzelnen Kategorien der Beisitzer zahlenmäßig abzugrenzen“. Das ist selbstverständlich, man muß sich aus der Zahl der zur Verfügung stehenden Genossen diejenigen auswählen, die für diesen wichtigsten Posten in der Partei notwendig und befähigt sind. Selbstverständlich habe ich dabei nicht daran gedacht, daß diese Genossen, die in den Vorstand eintreten, „bloß kritisieren“ und sonst sich an den Arbeiten nicht beteiligen sollen. Bei einer früheren Gelegenheit habe ich auch das schon ausgeführt. Es handelt sich darum, daß sie bei allen politischen Aktionen der Partei beständig mittätig sein sollen als vollberechtigte Mitglieder des Vorstandes. Ich habe nur früher den Gedanken ausgesprochen, daß bei rein verwaltungstechnischen Angelegenheiten, mit denen der Parteivorstand ja in einer unglaublichen Fülle gegenwärtig überlastet ist, es nicht notwendig ist, diese Beisitzer heranzuziehen. Wie das abgegrenzt werden soll, ist jedoch eine interne Angelegenheit des Parteivorstandes. Selbstverständlich kann man ihm da keine Vorschriften machen. Damit erledigt sich auch die Kritik des Genossen Lipinski, der in erheblich klobigerer Weise, als der immerhin witzige Genosse David (Heiterkeit), diesen Gedanken breitgetreten und mit der „schwieligen“ Faust operiert hat gegenüber Theoretikern und Abgeordneten. Er hat es so hingestellt, als sollten durch die Bewohner von Berlin W., die es ja auch in der Partei gibt, diejenigen hervorragend tüchtigen Genossen, die aus Arbeiterkreisen hervorgegangen sind, gewissermaßen beiseite geschoben werden. Das ist absolut nicht der Fall, das kann deshalb schon nicht der Fall sein, weil auch unter den amtierenden Vorstandsmitgliedern und in anderen Positionen in überwiegender Mehrzahl sich gerade solche Genossen befinden, die in langem Lebenskampfe sich aus Arbeiterkreisen emporgerungen haben in führende Stellungen. Das ist eben die plumpe Demagogie, die an die Zeiten Hasselmanns erinnert, als geltend gemacht wurde, eigentlich sei nur derjenige Genosse etwas wert, der aus Arbeiterkreisen in organisatorischer Tätigkeit hervorgegangen ist. Wir müssen eben suchen, in unserem Parteivorstand, der die Leitung unseres großen Kampfes zu führen hat, alle Kräfte aus allen möglichen Lebensstellungen hineinzubringen. Je mehr wir ihn bereichern mit allen möglichen Fähigkeiten, um so besser ist es. Dann hat David, ich war auch darauf vorbereitet, den Trick gebraucht, anzudeuten, daß ich mich als einen solchen „politischen Kopf“ betrachte, der in den Vorstand hinein müßte. Ich benutze diese Gelegenheit, um ausdrücklich zu erklären, was ich schon anderswo erklärt habe, daß ich unter keinen Umständen ein Amt im Vorstand, auch nicht als Beisitzer, übernehmen würde, weil ich glaube, der Partei in der Konzentrierung auf die parlamentarische Tätigkeit nützlicher sein zu können. Es muß eine gewisse Arbeitsteilung stattfinden in der Weise, daß nicht alle die im Vordergrunde im Parlament tätigen Genossen auch gleichzeitig noch andere wichtige Funktionen auszuführen haben. Und jeder Parteigenosse, der der Fraktion angehört, wird diesen Gesichtspunkt wohl zu würdigen wissen. Ich kann deshalb, weil ich für die Besetzung eines Vorstandspostens absolut nicht in Betracht komme, um so objektiver dafür eintreten, daß andere Genossen, die ich für befähigt halte, in den Vorstand hineinkommen.

David sagte, es müßten Gründe angeführt werden für die Aenderung und nachgewiesen werden, was der Parteivorstand verschuldet habe. Es kann eine Behörde ihre laufenden Geschäfte und die Aufgaben, die sie zu erfüllen hat, korrekt und zufriedenstellend ausführen, und sie kann dennoch in bezug auf die große, wichtige Initiative, die ihr obliegt, im Rückstand geblieben sein, ohne daß das jederzeit klar zutage tritt. Wir haben uns ja im vorigen Jahre über die

Marokkofrage unterhalten und ich bin durchaus noch der Ansicht, die ich damals vertreten habe. Daß der Parteivorstand sich zu der unglücklichen Dämpfungsaktion bei dem an sich prinzipiell nicht verwerflichen Stichwahlabkommen hat verleiten lassen, ist einer der tatsächlichsten Beweise der letzten Zeit, daß er jedenfalls in gewisser Beziehung noch besser politisch aktionsfähig gemacht werden kann, als er es bisher durch seine Tätigkeit bewiesen hat. Ich habe öfter schon darauf hingewiesen, daß große und wichtige Aufgaben uns zuwachsen, und es muß deshalb gesucht werden, den Vorstand zu bereichern. Die Mitglieder des Parteivorstandes haben in ihrer Mehrheit eine Lebensstellung. Jeder von ihnen ist in seiner Art ein tüchtiger Mann — (zum Vorstand) Sie brauchen natürlich meine Anerkennung nicht; ich will nur sagen, daß ich nicht von persönlicher Animosität beseelt bin. Wenn nun aber Personen Jahr aus, Jahr ein zusammen arbeiten, so muß sich allmählich eine gewisse Uniformität der Anschauung herausbilden. Es gibt überhaupt keine politische Organisation an wichtiger Stelle, deren Leitung so in ihrer überwiegenden Mehrheit bloß aus Beamten zusammengestellt ist, wie der sozialdemokratische Parteivorstand. Das hat sich bei uns natürlich geschichtlich entwickelt aus den Verhältnissen heraus. Nur historisch konservativ veranlagte Köpfe können die Behauptung aufstellen, weil wir relativ im allgemeinen gut gefahren sind mit dieser Mehrheit der auf Lebenszeit angestellten Vorstandsmitglieder, deshalb dürften wir nichts ändern, das wäre eine Kränkung dieser Mitglieder. Nein, es liegt im größten Interesse der Partei, daß eine solche Erweiterung des Vorstandes geschieht. Darum wäre es wünschenswert, daß wir in diesem Jahre schon die Zahl auf sieben erhöhen, dann haben die Nichtangestellten die Majorität. Wenn es diesmal nicht möglich ist, dann wird sich in den nächsten Jahren doch die Ueberzeugung durchgerungen haben, daß die Partei eine derartige Erweiterung beschließen muß. Machen Sie den Anfang damit, daß Sie heute die Aenderung vornehmen, die wenigstens der Partei die Möglichkeit gibt, jederzeit die Mitgliederzahl des Vorstandes zu erhöhen.

Es sind drei Anträge auf Schluß der Debatte eingegangen. Engler-Freiburg i. B. spricht für Schluß der Debatte. Ledebour dagegen, weil zwar er bereits genug geredet habe (Lebhafte Heiterkeit und Sehr richtig!), aber noch andere Genossen da seien, die noch manches zu sagen hätten. Der Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Dr. **Quarck**-Frankfurt a. M.: Auch über die Regelung des Delegationsrechtes und über die Vertretung der Reichstagsfraktion in zehn Minuten zu sprechen, ist unmöglich. Ich muß mich darauf beschränken, zu sagen, daß meine Frankfurter Genossen ebenfalls auf dem Standpunkt der Beibehaltung der vollen Vertretung der Reichstagsfraktion stehen. Ich möchte aus Eigenem hinzufügen, daß der Reichstagsfraktion übrigens überhaupt keine Gelegenheit gegeben worden ist, Stellung zu der Sache zu nehmen. Das werden mir meine Kollegen bestätigen. (Sehr richtig!) David hat recht, wenn er sagt, daß bis vor wenigen Minuten eine eigentliche Begründung für die beiden voneinander abweichenden Vorschläge: gleichberechtigte Beisitzer oder Parteiausschuß überhaupt nicht gegeben worden ist. Ledebour hat versucht, dies nachzutragen, aber seine Darstellung ist lückenhaft geblieben. David hat aber nicht recht, wenn er meint, daß dieses Problem in der vorhergehenden Parteidiskussion nicht erörtert worden sei. Zuletzt hat noch Kautsky in der „Neuen Zeit" darüber geschrieben. Als in Jena der Antrag auf Reorganisation des Parteivorstandes gestellt wurde, was wollten der Parteitag und die Antragsteller, zu denen ja auch Auer und ich gehörten, damit? Es war einmal das Interesse an einer tatkräftigen Parteiführung, ferner die Rücksicht auf das in die Breite und Tiefe gewachsene Parteileben, die zur Annahme dieses Antrages

führten, sowie schließlich der Wunsch, den großen Parteigruppen des Südens, Nordens, Ostens und Westens, die sich im Laufe der Zeit herausgebildet haben, eine Vertretung im Parteivorstand zu geben. Die Wahl des Parteivorstandes beschränkt sich gegenwärtig auf engere Kreise, aus Ursachen, auf die jetzt nicht einzugehen ist, und so entstand das Verlangen nach einer Vertretung des großen Parteilebens, das draußen flutet. Diese Vertretung sollte möglich werden durch völlige Gleichberechtigung der Repräsentanten der Parteigruppen in der Parteileitung. Auf die möglichst breite Vertretung aller Gruppen in der Organisation komme ich zuletzt. Nun zur Gleichberechtigung. Da ist sicher, daß der Parteivorstand und die Reorganisationskommission im Laufe ihrer Verhandlungen immer weiter von dem Auftrag, den sie in Jena erhalten haben, abgekommen sind. (Sehr richtig!) Ich unterstelle da keine Absicht und keine Tendenz. Sie brauchen nur den ersten Entwurf mit dem zweiten zu vergleichen. Im ersten war der Verstärkung des Parteivorstandes noch beschließende Stimme zugeteilt. Es war ganz richtig hervorgehoben, daß eine zu große Zahl von Beisitzern die Parteileitung schwerfällig machen müsse und daß die Bezirksleitungen auch nicht als Wahlkorporationen in Betracht kommen müssen. Jetzt ist davon nicht mehr die Rede, die Schwerfälligkeit der Bezirksleitungen scheint verschwunden zu sein, und statt der beschließenden Stimme hat der Parteiausschuß nur ein Recht bekommen, mit beratender Stimme zu begutachten. Dagegen wende ich mich in erster Linie im Auftrage meiner Frankfurter Freunde. Wollen Sie praktische, mitarbeitende Leute aus Süd-, Mittel- und Norddeutschland in der besten Auswahl im Parteivorstand haben, dann müssen Sie sie vollständig gleichstellen mit den bisherigen Parteivorstandsmitgliedern. Eine andere Möglichkeit der politischen Mitwirkung gibt es einfach nicht. Die Rücksicht auf das Verantwortlichkeitsgefühl muß uns bewegen, an dem bisherigen Parteivorstand gleichberechtigte Vertreter mitwirken zu lassen; die Leute, die durch das Votum der Partei an diese Stelle gesetzt werden, dürfen nicht minderen, sondern müssen gleichen Rechtes sein wie die bisherigen Mitglieder. Unser Antrag 62 scheint uns alle Bedingungen für eine viel bessere Auswahl und doch für die Beseitigung des schwerfälligen Körpers zu enthalten. Wir wünschen, daß die neue Korporation 10—12 Mitglieder erhalte und daß ihre Wahl auf dem Parteitag vorgenommen werde, der die höchste Instanz der Partei ist. Genosse Kautsky hat erfreulicherweise in seinem Artikel genau dasselbe ausgeführt, was ich früher schon sagte: Wer auf dem Parteitag nicht so bekannt ist, daß er würdig befunden wird, unter die erlesenen Köpfe gewählt zu werden, verdient überhaupt nicht, dorthin gewählt zu werden. Diese Institution soll raschere Aktivität ermöglichen. In ihrer begrenzten Mitgliederzahl wäre das Ideal rascher Aktivität und prompter Information erreicht. Man komme doch in der Zeit des Telegraphen, der Schnellzüge und des Telephons nicht mit dem Hinweis auf Zeitfragen, und der Sozialdemokratie, die die finanzkräftigste Partei der ganzen Welt ist, komme man nicht mit dem Einwand, daß es sich um eine Finanzfrage handle. Aus dem Büchelchen von Schröder sehen wir, daß man früher schon in der Partei Versuche gemacht hat, größere Ausschüsse einzusetzen; diese Versuche sind aber stets gescheitert aus politisch-organisatorischen Gründen. Die lange Erfahrung sollte uns lehren, daß der große Ausschuß von 45 Mitgliedern lediglich eine Wiederholung der Bezirksleiterkonferenzen mit dem Parteivorstand sein würde. Das hat man in Jena nicht gewollt. In Jena hatten wir gar keinen Widerstreit der Interessen. Im Gegenteil, der Parteivorstand hat ja sich die Begründung, zum Teil aus meiner Rede in Jena, für die Motivierung seines ersten Vorschlags im „Vorwärts" angeeignet. Nun ist aber die Eisenacher Sonderkonferenz gekommen und die hat die

Sache nicht verbessert, sondern verfahren (Unruhe), wie überhaupt jede Sonderkonferenz eine Atomisierung der Partei bedeutet, die ich immer abweisen werde. Wenn das in der Partei Mode würde, wäre es schlimm. (Zustimmung und Widerspruch. — Vors. Haase: Ueber diese Angelegenheit werden wir sprechen, ich bitte, das Thema der Sonderkonferenzen jetzt zu verlassen.) Die Sonderkonferenz hat sich offenbar von dem Bestreben leiten lassen, die Süddeutschen möglichst von der engeren Parteivertretung auszuschließen (Widerspruch von Ledebour und anderen), das ist ihr organischer Fehler. (Erneuter Widerspruch und Lachen sowie teilweise Zustimmung.) Während auf der einen Seite die Notwendigkeit der Aktivität richtig betont wurde, wurde auf der anderen Seite gesagt, daß es möglichst Norddeutsche sein sollen, die in die neue Korporation kommen, damit sie in möglichst großer Nähe von Berlin seien. (Ledebour: Niemand hat das gesagt!) Der Sinn von Jena aber war nicht das, sondern daß der Parteivorstand verstärkt werde durch die Kooptation aller führenden Kräfte, die auch in Süddeutschland wirken, ganz paritätisch. Und das ist Ihre Achillesferse, daß Sie von jener Seite das unmöglich machen wollen. Hierin liegt aber die Hauptsache, daß die Parität auch gegenüber den Süddeutschen beobachtet werden muß, mindestens entsprechend der Zahl ihrer Wähler. An der Zwiespältigkeit dieser Gruppierung auf diesem Parteitag wird eine klare Entscheidung scheitern. Es ist gar nicht möglich, eine gesunde Lösung zu finden, weil wir weder auf der einen Seite einen Vorschlag haben, der alle Landesteile befriedigt und eine richtige Zusammenfassung verbürgt, und weil auf der anderen Seite dieser schwerfällige 45gliedrige Beirat, der ja nichts ausrichten kann, sondern nur Gutachten mit beratender Stimme abgeben soll, propagiert wird.

Nun ist es allerdings so sehr die Hauptsache, daß alle Teile des Reiches gleichmäßig im Parteivorstand vertreten sind, daß ich zum Schluß nur sagen kann, wenn heute eine andere Entscheidung nicht möglich ist, daß dann immer noch die paritätische Vertretung aller Landesteile besser ist, selbst mit dem so empfindlichen organischen Fehler der viel zu großen Schwerfälligkeit, Umständlichkeit und mangelnden Konsequenz, als gar keine Verstärkung des Parteivorstandes. Man würde also gezwungen sein, weil nichts Besseres da ist, für den Kommissionsvorschlag zu stimmen und darauf zu vertrauen, daß wir ja in allen Fragen, auch in inneren organisatorischen so'n Schweineglück haben, daß sich aus dem schweren Apparat in langsamen Kämpfen das herauskristallisiert, was uns in Jena vorgeschwebt hat. (Beifall.)

Geiler-Mülhausen i. Els.: Sie haben jedenfalls die Beobachtung gemacht, daß nicht nur die sogenannten Revisionisten für den Parteiausschuß eingetreten sind, sowohl in seiner ersten als in seiner zweiten Form, sondern auch Parteizeitungen auf der sogenannten radikalen Seite, so auch die Redaktion der „Mülhauser Volkszeitung", die der Meinung war, daß der Parteiausschuß in agitatorischer Hinsicht wie auch bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten nützlich sein könnte, bei Meinungsverschiedenheiten, die zwischen einzelnen Landesorganisationen und dem Parteivorstand und der Gesamtpartei in parteitaktischer und teilweise auch grundsätzlicher Hinsicht entstehen und die durch gemeinschaftliches Zusammenarbeiten vermieden werden können. Wer aber einen Teil der süddeutschen Parteipresse im Laufe der Diskussion über den Parteiausschuß aufmerksam verfolgt hat, und wer die Artikel der sogenannten „Sozialistischen Monatshefte" von Dr. Weill und anderen Mitarbeitern gelesen hat, der wird zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß einem Teil der süddeutschen Parteigenossen — leider! — dieser sogenannte Parteiausschuß den Schlüssel bilden soll zu der Sprengung des Zentralismus in der Partei und seine Ersetzung durch den föderalistischen Gedanken in der Organisation. Das

liegt aber keineswegs im Interesse der Partei und das sind die Gründe, die auch Freunde der vorgeschlagenen Regelung hindern können, für sie einzutreten. Wir haben alle Ursache, den zentralistischen Gedanken in der Parteiorganisation nicht in der Weise verkümmern zu lassen, wie das von einem Teil der süddeutschen Parteigenossen und ihrer Presse gedacht ist. Ich verweise auf den Parteitagsartikel der „Freiburger Volkswacht". Dort konnte man ausdrücklich lesen, daß der Parteiausschuß aus dem Grunde wünschenswert sei, weil dann eventuell auch einmal in bezug auf die Budgetfrage ein anderes Wort gesprochen werden könnte. (Hört! hört!) Die Entscheidung darüber ist aber bekanntlich vorhanden, der Parteitag hat in dieser Frage entschieden. Aber trotzdem glaubt man, daß der Parteiausschuß Hand in Hand mit dem Parteivorstand im Sinne derjenigen Genossen in Süddeutschland seine Meinung eventuell revidieren wird, die mit dem Parteitagsbeschluß nicht einverstanden sind. Das alles sind jedenfalls gewichtige Gründe, die mich persönlich überzeugen, daß es gut sein wird, wenn der Parteiausschuß auch in der vorgeschlagenen Form nicht kommt, sondern die Regelung der Ausdehnung des Parteivorstandes erfolgt im Sinne des Antrages Ledebour und Genossen. Wir haben keine Ursache, Streitigkeiten in unserer Partei zu fördern und es ist eigentlich sehr gut, daß in diesem Augenblick einige süddeutsche Blätter diesem Gedanken unverhohlen Ausdruck gegeben haben, damit man doch weiß, wo der Hase läuft. (Sehr gut und Unruhe.) Wir wissen, daß man nicht gewillt ist, im Sinne der Gesamtpartei dort zu handeln, sondern in der Tat bestrebt ist, diesen Parteiausschuß zu benutzen zu dem angeführten Zweck, wenn man auch schlau genug ist, diesem Gedanken hier nicht Ausdruck zu geben. Dagegen muß sich der Parteitag mit aller Entschiedenheit wehren. Es besteht für uns alle Veranlassung, die Partei in ihrer Gesamtheit gemäß ihren grundsätzlichen Anschauungen aktionsfähig zu erhalten. Das würde aber aus den angeführten Gründen auch dann nicht der Fall sein, wenn, wie uns vorgeschlagen wird, der Parteiausschuß nur beratende Stimme erhält. Es würde zweifellos zu Differenzen mit der Gesamtpartei kommen.

Das sind die Gründe, die mich persönlich bestimmt haben, auch gegen die neuen Vorschläge einzutreten, trotzdem ich früher der Meinung war, daß der Ausschuß ein einigender Hebel im Interesse der Gesamtpartei sein solle. (Gelächter.) Aber man will das nicht, sondern will ihn zur Zerklüftung auf gewisser Seite benutzen, und dagegen muß sich der Parteitag als oberste Instanz der Partei unbedingt wehren. (Beifall und Lachen.)

Es wird ein neuer Schlußantrag gestellt.

Schöpflin bittet, den Schlußantrag anzunehmen, da die Frage genügend geklärt sei.

Klüß-Magdeburg bittet um Ablehnung. Geiler hat ein neues Moment in die Debatte geworfen. Es wollen auch noch verschiedene Redner auf Ledebour antworten.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Löwigt-Lübeck: David sagte, man solle nicht ändern, wenn sachliche Beweggründe dafür nicht vorhanden sind. Bei dieser ganzen Vorlage sind aber sachliche Gründe wenig oder gar nicht vorgebracht worden. Die Begründung Müllers war außerordentlich dürftig, und die Gründe, die im Laufe der Debatte für die Aenderung bezüglich der Teilnahme der Reichstagsfraktion vorgebracht worden sind, sind ebenfalls nicht schlüssig. Es heißt, der Parteitag würde zu groß sein, aber sicherlich lassen sich geeignete Räume noch finden. Selbst in Chemnitz habe ich größere Räumlichkeiten gesehen. Hält man aber die Zahl der Teilnehmer für zu groß, dann muß ein anderes Verfahren bei der Dele-

gation eintreten. Wenn nicht alle Abgeordneten als solche teilnehmen sollen, dann würden sie eben von den Wahlkreisen entsendet werden. Dann würde aber die Zahl der Delegierten vermindert werden müssen. Das wäre auch nicht vorteilhaft. Warum sollen nicht alle Abgeordneten beschließende Stimme haben. Sind durch die Abstimmungen der Reichstagsabgeordneten schon Beschlüsse gefaßt worden, die nicht im Interesse der Gesamtpartei liegen? Auch für die Aenderungen bezüglich des Parteiausschusses habe ich keine Begründung gehört. Die Bezirkskonferenzen haben bisher in der Hauptsache dasselbe geleistet, was er tun soll. Sie wurden aber nur einberufen, wenn eine Notwendigkeit dafür vorlag. Jetzt soll das alle Vierteljahre ohne weiteres geschehen. Einige Teilnehmer an solchen Konferenzen sind aber der Meinung, daß jetzt, da dreimal im Jahre Konferenzen stattfanden, oft nicht viel Material vorlag. Noch weniger wird das bei vier Konferenzen sein. Nun der Ausschuß. Es wird behauptet, die sogenannte revisionistische Richtung soll dadurch mehr zur Aktion gebracht werden. Das kann ich nicht glauben. Wer bildet denn den Ausschuß? Die Bezirks- und Landesvorstände. Welchen Einfluß soll denn diese sogenannte revisionistische Richtung auf deren Zusammensetzung haben? Hier wird also doch im Ausschuß absolut nichts am bisherigen Zustand geändert. Die Befürchtungen, daß die sogenannte revisionistische Richtung hier einen Anschlag geplant hat, ist völlig haltlos. Es ist angeregt worden, eine Revision der bisherigen Agitationsbezirke vorzunehmen. Ich gehöre zu einem der kleinsten Agitationsbezirke, der nur einen Wahlkreis umfaßt. Ich glaube aber, daß es sehr schwierig sein wird, eine Einteilung zu erhalten, die allen berechtigten Wünschen entspricht. Wenn wir z. B. mit Mecklenburg oder Schleswig-Holstein zusammengelegt würden, so würde das keine Verbesserung sein. Die Bezirks- und Landeskonferenzen sollen doch möglichst die Stimmung der in den verschiedensten Einzelstaaten wohnenden Mitglieder wiedergeben. Das ist doch nur möglich, wenn alle Landesteile einen Vertreter senden. Es handelt sich nicht darum, daß nach der Zahl der Mitglieder gewählt wird, sondern daß dem Parteivorstand die Stimmung aus den verschiedensten Kreisen mitgeteilt wird. Auch für die Vermehrung des Parteivorstandes um einige Beisitzer fehlt jede sachliche Begründung. Es ist gestern von allen Rednern und einmütig vom ganzen Parteitag erklärt worden, daß der Parteivorstand in jeder Beziehung seine Schuldigkeit getan hat. Welche Gründe haben wir nun — wenn der Parteivorstand es selbst nicht für notwendig hält —, ihm neue Beisitzer anzuhängen. Ich kann keinen vernünftigen Grund dafür anerkennen. Ich hätte am liebsten, wenn das ganze neue Organisationsstatut überhaupt nicht beschlossen würde, wenn es beim alten bliebe, unter dem wir in der letzten Zeit und früher so große Erfolge erzielt haben. Da die Vorlage aber vorhanden ist, bitte ich, ihr zuzustimmen, aber mit der Aenderung, daß die Reichstagsfraktion wie bisher an den Parteitagen teilnehmen kann. (Beifall.)

Löbe-Breslau: Ich hätte gedacht, daß der politische Beirat eigentlich erledigt war, nachdem in der Bezirksführersitzung aus dem ganzen Reich sich nur eine einzige Stimme für ihn erhoben hat. (Hört! hört!) Aber jetzt soll mit der harmlosen Aenderung, aus den z w e i Beisitzern „d i e" Beisitzer zu machen, derselbe politische Beirat eingeschmuggelt werden. (Ledebour: Das ist eine Insinuation.) Es ist beabsichtigt, dasselbe zu erreichen. (Ledebour: Wie können Sie solche perfiden Ausdrücke gebrauchen? — Vorsitzender Noske: Ich bitte, solche Zwischenrufe zu unterlassen. — Ledebour: Ich bitte, den Redner zu korrigieren. Das war eine Verdächtigung. — Noske: Ich bin der Meinung, daß wir nicht jedes Wort auf die Wagschale legen sollen, ich habe deshalb auch den Genossen Geiler bei seinen Ausführungen, die mir über die Grenze

des Zulässigen hinauszugehen schienen, nicht unterbrochen. — Zustimmung.) Alle, die die Rede von Ledebour gehört haben, werden wissen, daß kein Redner so scharfe Ausdrücke gebraucht hat wie er. (Sehr richtig!) Zu welchen Konsequenzen es führt, wenn wir diesen Weg beschreiten, sieht man daran, wie Geiler jetzt am hellen Tage weiße Mäuse einzufangen suchte (Heiterkeit), indem er sagte, man will an die Seite des Parteivorstandes ein Vormundschaftsgericht stellen, das nicht eine Widerspiegelung der Stimmung im Lande, sondern das gewissermaßen nur eine Richtung zum Ausdruck bringt und diese dem Parteivorstand aufoktroyiert. Seine Beweise sind mir eben aus süddeutschem Munde als vollständig haltlos dargestellt worden. Umgekehrt hat unser Freiburger Organ geschrieben, nicht dem Auseinanderreißen, sondern dem Zusammenhalten solle der Parteiausschuß dienen; hätten wir ihn schon früher gehabt, dann wäre uns manche unerquickliche Auseinandersetzung erspart geblieben. (Lebhaftes Sehr richtig!) Haben wir denn Ursache, den Parteivorstand zu bevormunden? Als vorhin David nach Gründen fragte, wurde ihm entgegengerufen, die kommen noch. Inzwischen haben eine ganze Anzahl von Rednern gesprochen und wir warten immer noch auf die Gründe. Marokko ist erledigt, Göppingen ist gestern sehr gründlich erledigt worden, und als letztes, worüber vielleicht noch später gesprochen wird, kommt das Stichwahlabkommen und die Dämpfung. Soweit ich unterrichtet bin, hat ja hier schon so eine Art unamtlicher Beirat getagt. (Sehr gut!) Kautsky ist gefragt, die „Vorwärts"-Redaktion ist gefragt, andere sind gefragt worden. Also es wäre durch den Beirat sehr wenig geändert worden. Was bisher als Grund angeführt ist, war meist, der Parteivorstand steht den Massenaktionen im Wege. Da ist es notwendig, zu erklären, daß besonders wir in Preußen niemals gespürt haben, daß der Parteivorstand den Massenaktionen im Wege gestanden hat. Er hat sie zahllose Male angeregt, er hat die Landeskommission zusammengerufen und sich sagen lassen müssen, daß die Stimmung im Lande nicht zu Massenaktionen angetan ist. Er hat im Anschluß an den Fall Borchardt sofort eine Massenaktion zu entzünden gesucht. Nicht ihm ist der Vorwurf zu machen. Ich möchte Ledebour nur an ein Vorkommnis erinnern, das erst einige Jahre zurückliegt. Als wir 1904 auf dem Preußentag das erstemal für die Massenaktion eintraten, da waren es zwei Genossen, Adler und Ledebour, die uns in den Arm gefallen sind. (Sehr richtig!) Da führte Adler aus: Wenn wir auf die Straße gehen, verletzen wir das Vereinsgesetz (Lachen), und wenn wir das Vereinsgesetz verletzen, kommt die Polizei (Erneutes Lachen), und wenn die Polizei nicht mehr ausreicht, dann wird das Militär geholt. Jene Klänge wurden von Ledebour auf das ausreichendste unterstützt. „Hysterisch" nannte er unsere Anregungen (Hört! hört!), und die „Leipziger Volkszeitung" schrieb: Wer der Partei Konflikte ersparen will, soll die Finger davon lassen (Hört! hört!), und jetzt wird dem Parteivorstand der Vorwurf gemacht, er verhindere die Massenaktionen. Nein, die politischen Köpfe haben sie verhindert. (Stürmische Heiterkeit und Sehr gut!) Was hat denn der Parteivorstand versäumt? Soll es vielleicht dahin kommen, daß auf jedem Parteitag ein Richtungsstreit darüber entsteht, ob man nicht von der einen oder der anderen Seite einen Beisitzer in den Vorstand hineinschieben kann? Wir haben den Parteivorstand ja im vorigen Jahre ergänzt durch Haase, Braun und Scheidemann; das wurde allgemein angesehen als ein Sieg der Richtung, die Ledebour vertritt. (Sehr wahr!) Lassen Sie uns heute wieder drei Beisitzer wählen und ich bin überzeugt davon, Ledebour befürchtet, daß die über das Jahr auch vernünftig geworden sind (Große, anhaltende Heiterkeit), und dann wird er wahrscheinlich solange die Vermehrung der Zahl der Beisitzer beantragen, bis die Spitze der Eisenacher Konferenz im Parteivorstand sitzt.

(Heiterkeit.) Nehmen wir das Statut so an, wie es vorgeschlagen ist, und versuchen wir es erst einmal damit. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, den Dürr-München befürwortet und Berten-Düsseldorf bekämpft, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Ledebour: Auf die Insinuation des Genossen David, daß ich in den Parteivorstand hineinwolle, eine Insinuation, die ich nun schon seit Wochen zu hören bekommen habe, habe ich ausdrücklich erklärt, mit aller Entschiedenheit, daß ich unter keinen Umständen aus ganz bestimmten Gründen eine Wahl in den Parteivorstand annehmen würde. Ich dachte, daß dadurch bei allen anständigen Genossen solche Versuche, mein Eintreten für die Erweiterung des Parteivorstandes mit persönlichen Gründen zu erklären, im Keime erstickt wären. Trotzdem hat Löbe es fertiggebracht, zu sagen, die Anträge auf Erweiterung des Parteivorstandes würden so lange fortgesetzt werden, bis „die Spitze der Eisenacher Konferenz" in den Parteivorstand hineingekommen wäre. Es ist jedem von Ihnen klar, daß damit nur ich gemeint sein konnte. Das Urteil darüber, daß Löbe jene Verdächtigung nach meiner positiven Erklärung wiederholt, überlasse ich jedem anständig denkenden Menschen.

Lipinski: Ledebour hat die Behauptung aufgestellt, ich hätte in plumper Demagogie die schwielige Faust gegen die proletarische ausgespielt. Das ist mir gar nicht eingefallen; ich habe nur ausgeführt, daß die Gründe für die politische Befruchtung des Parteivorstandes durch die Bevorzugung von Abgeordneten der Partei nicht dienlich sind. Der persönliche Vorwurf von Ledebour trifft mich deshalb nicht.

Geiler: Löbe hat vorher erklärt, daß meine Ausführungen über den Parteitagsartikel der „Freiburger Volkswacht" nicht zutreffend seien. Ich habe das Blatt in der Eisenbahn gelesen und fand darin die Bemerkung dem Sinne nach, der Parteiausschuß könnte die Streitigkeiten, die sich künftig ergeben könnten, in bezug auf Budgetabstimmung usw. schlichten. (Zuruf: Das ist doch das Gegenteil!) Das ist das, was ich vorhin erklärt habe. (Zuruf: Nein, das Gegenteil!) Der Parteivorstand kann z. B. auf dem Standpunkt stehen, daß an dem Beschluß über die Budgetabstimmung nicht zu rütteln ist, und der Parteiausschuß soll dann die sich daraus ergebenden Differenzen schlichten. Das ist der Sinn meiner Ausführungen gewesen.

Engler: Geiler hat den Artikel jetzt ganz anders interpretiert, wie in seinen ersten Ausführungen. (Sehr richtig!) Der Sinn des Artikels ist der: Uns würden in Zukunft die Streitigkeiten erspart bleiben und sie wären uns auch schon vorher erspart geblieben, wenn schon der Parteiausschuß bestanden hätte. Der Verfasser des Artikels ist ein Mann, der auf allen Gebieten auf den Frieden hingewirkt hat. Daß wir in Freiburg nicht engherzig sind, beweist die Tatsache, daß wir einen Redakteur angestellt haben, der eben erst von der Parteischule kam (Heiterkeit) und der in Baden die Bewegung gegen die Budgetabstimmung inszeniert hat.

Haase: Damit ist ja wohl auch eine persönliche Erklärung für die gesamten badischen Genossen abgegeben.

Nunmehr erhält das Schlußwort

Müller: Genosse Ledebour hat bemängelt, daß die Kommission gewünscht hat, es möchten keine Anträge mehr gestellt werden; er hat gemeint, das sei eine irrige Auffassung der Kommission über ihre Aufgaben. Die Kommission hätte nur die Arbeiten des Parteitages vorzubereiten, aber nicht darüber hinausgehend solche Wünsche zu äußern. Formell hat er vollständig recht, die endgültige Entscheidung auch über Einzelheiten liegt natürlich beim Parteitag. Aber wenn die Kommission dasselbe getan hat, was früher in Leipzig und Jena geschehen ist, wenn sie die Enbloc-Annahme ihrer Vorschläge gewünscht hat, so deshalb, weil die ganze Kommission von Auer bis Dittmann, von Frank bis Hoch sich auf den Boden der Vorlage gestellt hat mit den Vorbehalten, die ich gestern angeführt habe. Wir haben uns schon in Jena und Leipzig auf diesen Boden gestellt, weil wir immer der Meinung waren, daß grundlegende Aenderungen in der Verfassung unserer Partei am besten einmütig oder doch mit einer überwältigenden Mehrheit beschlossen werden sollten, weil ja sonst von vornherein in die Organisationen ein Stachel getrieben wird, der die Veranlassung gibt, daß wir uns Parteitag für Parteitag mit Aenderungen des Statuts befassen müssen.

Es ist der Wunsch laut geworden, der Parteitag möge auch in bezug auf das Delegationsrecht der Kreisorganisationen ganz neue Bestimmungen treffen. Die Kommission hat sich mit diesen Anregungen beschäftigt, sie war aber der Meinung, daß für diesen Parteitag diese Frage noch nicht spruchreif ist und daß sie in den einzelnen Organisationen im Lande noch mehr diskutiert werden muß, ehe darüber ein Beschluß gefaßt werden kann. Diese Diskussion wird ergeben, daß die Frage des absolut gerechten Wahlsystems auch für unsere Parteitage sehr schwer zu lösen sein wird. Man wird es sich sehr wohl überlegen müssen, ob man die Mitgliederzahl allein zur Grundlage nehmen kann, denn das würde faktisch bedeuten, daß die kleinen Kreisorganisationen, denen wir doch auch ein starkes politisches Leben wünschen, in Zukunft ihrer Vertretung auf den Parteitagen beraubt würden. Es muß dann darüber beraten werden, inwieweit die tatsächlich vorhandene Wirkung eines Pluralwahlrechts etwa ausgeglichen werden kann dadurch, daß man ein anderes, besseres Wahlrecht findet, worin vielleicht auch das Proportionalwahlsystem aufgenommen wird, damit nicht schließlich eine kleine Anzahl von Organisationen auf dem Parteitag die Mehrzahl der Delegierten haben. Heute liegt es schon so, daß die 32 stärksten Organisationen zusammen 49,4 Proz. der Mitglieder zählen, so daß bei der Entwickelung, die ohne unser Zutun in den Industriezentren vor sich geht, in einigen Jahren zwei Dutzend Kreisorganisationen die Mehrheit der Mitglieder haben. Das Delegationsrecht auf den Parteitagen ist zweifellos sehr wichtig, aber das Wahlrecht darf nicht Selbstzweck werden, sondern es muß ein Wahlrecht gefunden werden, das den Aufgaben der Partei am besten gerecht wird. Man darf nicht aus dem Auge verlieren, daß eine Partei ein ganz anderer Mechanismus ist als das Reich und die Staaten, und daß man die Verhältnisse von Reich und Staat nicht schablonenhaft auf die Partei übertragen darf. (Sehr richtig!)

Die Frage eines besonderen Beitrages für Invaliden wurde schon früher erörtert. Es ist bisher stets abgelehnt worden, hier eine organisatorische Bindung zu schaffen. Man sagte sich, daß darüber von Fall zu Fall in den Organisationen entschieden werden kann. (Sehr wahr!)

Auch über die Vertretung der Fraktion haben wir schon früher weitschweifige Debatten gehabt. Mit Recht hat Lipinsky daran erinnert, daß schon in Leipzig ein Antrag vorlag, nur sechs Delegierte der Fraktion zuzulassen. Es sprechen äußere und innere Gründe gegen die volle Zulassung der Fraktion, und diese äußeren Gründe sprechen natürlich auch dagegen, daß man die volle Fraktion mit beratender Stimme zuläßt. Was die inneren Gründe betrifft, so ist mit Recht schon früher in der Presse ausgeführt worden, daß heute eine ganze Menge Organe und Institutionen, die auch der Gesamtpartei verantwortlich sind, auf dem Parteitage vertreten sein müßten, wenn die volle Zulassung der Fraktion aufrecht erhalten würde. Alles, was über die Verant-

wortlichkeit und die Rechenschaftsablegung der Fraktion gesagt ist, trifft zehnmal mehr auf die Landtagsabgeordneten zu. (Sehr richtig!) Es trifft auch zu auf die Parteiredaktionen, den Pressebureaubeirat, den Bildungsausschuß usw. In Konsequenz dieser Auffassung der Mehrheit der Kommission haben wir auch in der dritten Lesung beschlossen, daß die Vertreter des Parteiausschusses nicht mehr für sich ein Anwesenheitsrecht auf dem Parteitag haben sollen. Es ist gesagt worden, es wäre schwer für die Fraktion, einen Modus zu finden, wonach sie die Delegation vornehmen kann. Ich habe die Intelligenz der Fraktion höher eingeschätzt. (Sehr gut!) Die Fraktion muß doch auch einen Modus finden, um Redner für das Reichstagsplenum zu bestimmen und um die Kommissionen zu besetzen. Warum soll sie dann nicht imstande sein, die Wahl der Delegation zum Parteitag zu regeln. (Sehr gut!) Das ist doch nicht so schwer, daß die Reichstagsfraktion, die Blüte der Intelligenz, diese Frage nicht lösen könnte. (Zuruf: Und diese Blüte der Intelligenz wollen Sie ausschließen?) Auch einzelne Landesorganisationen müssen mit dem Modus, ihren Fraktionen Stimmrecht zu geben, brechen, um den Abgeordneten auf den Landesparteitagen nicht das Uebergewicht zu geben. Ich glaube auch nicht, daß heute die Verhältnisse in der Partei noch so liegen wie vor 20 Jahren und daß es jedem Abgeordneten unter allen Umständen möglich ist, auf den Parteitag zu kommen unter Ausschaltung von Delegierten, deren Anwesenheit im Interesse der Partei vielleicht notwendiger wäre.

Nun zur Kernfrage: Ledebour und andere haben ausgeführt, daß die Kommission gerade da versagt habe, wo sie ihre wichtigste Aufgabe hätte suchen müssen. Die Kommission habe eine Reorganisation des Parteivorstandes und der Kontrollkommission v o r n e h m e n sollen. (Ledebour: Das steht ja in dem Beschluß!) Nein, das steht nicht darin! Es ist vielmehr beschlossen worden, eine Kommission einzusetzen z w e c k s B e r a t u n g über eine Reorganisation des Vorstandes und der Kontrollkommission, es ist aber nicht beschlossen worden, daß eine wesentliche Aenderung in der Zusammensetzung des Parteivorstandes vorzunehmen sei. Weiter möchte ich daran erinnern, daß Ledebour zwar ganz recht hat, wenn er sagt, daß auf dem letzten Parteitag der Antrag über die Reorganisation einmütig angenommen wurde. Aber die Motive, aus denen die Delegierten zustimmten, waren ganz verschieden. (Sehr richtig!) Es ist dem Parteivorstand gar nicht im Traume eingefallen, die Motive anzuerkennen, die Ledebour in Jena gehabt hat. (Sehr richtig!) Wie lagen denn die Dinge? Es lag vor die berühmte Bedauerungsresolution aus dem inzwischen noch berühmter gewordenen Orte Göppingen (Heiterkeit — Ledebour ruft: Was soll das hier?) Diese Resolution ist ausdrücklich zurückgezogen worden. Das beweist, daß die Mehrheit des Parteitages nicht auf Ihrem Standpunkt gestanden hat, Genosse Ledebour, sonst hätte man sie zur Abstimmung gebracht und nicht zurückgezogen. (Sehr richtig!) Es dürfen also nicht die entgegengesetzten Schlüsse aus diesem Vorgang gezogen werden. (Ledebour: Ich habe die Resolution nicht zurückgezogen.) Das habe ich auch nicht behauptet. Sie ist von denen zurückgezogen worden, die sie gestellt hatten und die sachlich auf Ihrem Boden standen. (Ledebour: Unsinn!) Im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Marokkoaffäre, die auf dem letzten Parteitage geführt wurde, und im Zusammenhang mit der Kritik, die dort am Parteivorstand geübt wurde, sagte Lüth, daß man in Jena der Meinung gewesen sei, daß tüchtigere Leute in den Parteivorstand kommen müssen. Ich weiß nicht, ob das auf dem Jenaer Parteitag überhaupt gesagt worden ist und ob es dem früheren Gesamtvorstand galt, vielleicht ist es auch auf einer Sonderkonferenz erklärt worden (Heiterkeit); es kommt darauf an, daß der Parteitag in seiner großen Mehrheit einen derartigen Vorwurf gegen den Parteivorstand nicht als be-

rechtigt anerkannt hat. Wenn das der Grund zur Einsetzung der Kommission gewesen wäre, wenn Sie der Meinung sind, daß im Parteivorstand tüchtigere Leute sein müßten, dann haben Sie die Pflicht, die weniger Tüchtigen hinauszuschmeißen. (Lebhafter Beifall.) Aber man darf nicht dazu übergehen, Leute wählen zu wollen, die die Aufgabe haben, den Parteivorstand zu überstimmen. (Sehr richtig! Ledebour widerspricht.) Sie sagen doch in der „Neuen Zeit“, Genosse Ledebour, die bureaukratische Mehrheit müsse beseitigt werden, müsse ü b e r s t i m m t werden. (Ledebour: Das ist Demagogie.) Sie haben keine Ursache, sich über Demagogie zu beschweren. (Beifall.)

Vorsitzender Haase: Genosse Ledebour, ich bitte Sie, die unparlamentarischen Zwischenrufe zu unterlassen. Genosse Müller hat Sie in keiner Weise dazu provoziert. Er hat sich durchaus in dem Rahmen, der parlamentarisch zulässig ist, gehalten.

Müller: Es ist von Lipinski mit Recht gesagt worden, daß bisher der Nachweis nicht erbracht worden ist, daß der Parteivorstand seine Pflicht nicht getan hat. Es ist allerdings auch von dem Genossen Ledebour auf unseren Beschluß über die Dämpfung hingewiesen worden und in der „Neuen Zeit“ hat ja Ledebour auch über unser Versagen in Göppingen geschrieben. Von letzterem war jetzt nicht mehr die Rede. Man hat sich gestern noch gestritten, wie man eigentlich dem Vorgehen des Parteivorstandes am allerbesten gerecht werden könne. (Heiterkeit.) Wie steht es nun mit der Dämpfung. Ich will Scheidemann nicht vorgreifen. Ich will nur im Zusammenhang mit diesen Organisationsfragen eins sagen: Wenn wir einen Parteiausschuß gehabt hätten, als über das Stichwahlabkommen beraten wurde, da kann ich es mir wohl vorstellen, daß aus gewissen, in regionalen Verhältnissen begründeten Dingen heraus, in diesem Parteiausschuß gegen das Abkommen ein größerer Widerstand sich gezeigt hätte. Wenn wir aber eine Anzahl politischer Köpfe gehabt hätten: den politischen Kopf möchte ich sehen, der die Verantwortung übernommen hätte, in dieser Situation das Stichwahlabkommen abzulehnen. (Zustimmung.) Ledebour sagt, ihm wäre nicht eingefallen, von den politischen Köpfen zu reden. Er hat aber dann selbst aus der „Neuen Zeit“ Artikel zitiert, daß er eine „Politisierung des Vorstandes“ will. Wenn das Sinn und Verstand haben soll, dann kann es nur heißen, daß gegenüber den weniger politischen Köpfen, welche im Vorstand sitzen, bessere politische Köpfe hinein sollen. (Sehr richtig!) Die Massen, die draußen mit dem Schlagwort „politischer Kopf“ Spaß getrieben haben, waren berechtigt, zu sagen, daß sie durch den Artikel Ledebours in der „Neuen Zeit“ dazu animiert waren. Ledebour hat weiter ausgeführt, der Parteivorstand müsse ergänzt werden wegen der Massenaktionen, die notwendig sind. Wer auf dem Standpunkt steht, daß bei der schärferen Zuspitzung der Verhältnisse Massenaktionen notwendig sind, der muß zu der Auffassung kommen, daß der Parteiausschuß notwendig ist. Denn Massenaktionen werden nicht dadurch gemacht, daß Ledebour auf die Straße geht (Heiterkeit), sondern daß in allen Bezirken des Deutschen Reiches die Massen auf die Straße gehen. (Sehr richtig!) Deswegen spricht das, was Ledebour angeführt hat, nicht für ihn, sondern gegen ihn. (Ledebour: Das ist eine Logik!) Ich unterhalte mich über Logik mit Ihnen nicht.

Einige Worte über die angebliche Notwendigkeit, den Parteivorstand durch Beisitzer zu vermehren. Es wird gesagt, es muß neben dem Verwaltungselement das politische Element gestärkt werden. Das hat schon zu einem solchen Gegensatz geführt, daß man nicht nur für die Zentrale, sondern auch in den Bezirken und Kreisen den Gegensatz zwischen den „politischen Köpfen“ und den bureaukratischen Sekretären konstruiert. Zu welchen Zuständen soll

das in der Partei führen, wenn dieses Schlagwort einreißt? (Sehr richtig!) Wir müssen annehmen, daß die Leute, die berufsmäßig in den Kreisen und Bezirken sich mit der Politik und der Ausführung der politischen Aktionen zu befassen haben, politisch befähigte Leute sein müssen und nicht zu den Bureaukraten geworfen werden können. (Sehr richtig!) Die Kommission hat sich sehr eingehend mit der Frage der Vermehrung der Beisitzer befaßt. Sie ist der Ansicht, daß die Anregung der Frankfurter Genossen nicht durchführbar ist, daß der Partei damit nicht gedient ist, wenn monatlich einmal neun bis zwölf Personen nach Berlin kommen, um als politischer Beirat neben dem Parteivorstand zu funktionieren. Sie war der Meinung, daß so, wie die Dinge praktisch liegen, auch nicht die Rede davon sein kann, daß aus der Nähe von Groß-Berlin, aus Halle, Leipzig, Magdeburg, Parteigenossen zu den regelmäßigen Vorstandssitzungen kommen. Denn wir haben in der politischen Hochsaison in der Woche manchmal zwei, drei und mehr Sitzungen gehabt. Die Genossen müßten also fortwährend etwa zwischen Halle und Berlin unterwegs sein, wenn sie an den Sitzungen teilnehmen wollten. Man hat weiter ausgeführt, daß es möglich sei, die politischen Dinge von den Verwaltungsdingen zu trennen. Das geht nicht im Bezirk, nicht im Kreise, nicht in der Zentrale. (Sehr richtig!) Wer diese Trennung von Verwaltungsarbeiten und von politischen Arbeiten bei uns vornehmen will, der versteht nichts von Verwaltung und erst recht nichts von Politik. (Heiterkeit und Beifall.) Deshalb hat auch die Konferenz der Landes- und Bezirksvorstände diesen Gedanken ganz einmütig abgelehnt. Nun ein Wort über die reaktionären, konservativen Tendenzen, die darin liegen sollen, daß man den bestehenden Zustand aufrechterhalten will. Das soll konservativ sein, und es soll demokratisch sein, wenn der Zustand herbeigeführt wird, den Ledebour wünscht. Wir brauchen uns über diese Worte nicht zu streiten, ich habe hier einen Schwurzeugen, die „Neue Preußische" oder „Kreuzzeitung" vom 2. Juni 1912. Sie muß ja schließlich wissen, was reaktionär ist. Sie druckt aus dem „Neuen Zeit"-Artikel Ledebours die Stelle ab: „Solche Personen mögen ein sehr brauchbares Beamtenpersonal abgeben, sie eignen sich aber nicht gerade zu Vorkämpfern der radikalen Klassenkampfpartei des Proletariats." Dazu schreibt die „Kreuzzeitung": „Das sind ja ganz merkwürdige Zustände in einer proletarischen Parteileitung. Da sollten sich die Genossen die Reaktionäre zum Muster nehmen, bei denen das bureaukratische Element in der Parteileitung gar nichts zu tun hat." — Das ist die wirklich reaktionäre Auffassung der „Kreuzzeitung", eng verknüpft mit der Ledebours. (Heiterkeit.)

Gegen den Parteiausschuß sind wesentliche Einwände diesmal nicht gemacht worden. Der einzige bemerkenswerte war der, man möchte alles beim alten lassen. Gestern habe ich bereits gesagt, daß ein ganz anderer Rechtsboden für diese Konferenz, die wir jetzt Parteiausschuß nennen, vorhanden ist, als früher der Fall war. Man hat auf die große Gefahr hingewiesen, die unserer Partei durch eine Begünstigung des föderalistischen Prinzips erwachsen könnte. Wer das Organisationsstatut gelesen hat, das wir jetzt haben, wird gefunden haben, daß unsere ganze Partei, die zentralistisch ist, aufgebaut ist auf den Bezirks- und Landesorganisationen. Eine Begünstigung des föderalistischen Elements kann also das neue nicht sein. Dann ist eine Frage aufgeworfen, auf die ich a priori gestern eingegangen bin, nämlich, ob etwa im Parteiausschusse Fragen erledigt werden können, wie die über die Abstimmung beim Budget. Es ist unmöglich, daß solche Fragen dort anders entschieden werden können, als durch den Parteitag. Kein Parteitag würde sich das gefallen lassen, und kein Parteivorstand würde sich über die Beschlüsse des Parteitags hinwegsetzen, selbst wenn der gutachtliche Beirat das beschließen würde,

den wir im Parteiausschuß in Zukunft haben. Man hat gesagt, man werde schon sehen, wie der Hase läuft. Der Hase wird noch lange nicht so laufen, wenn selbst ein Parteiausschuß das beschließen würde.

Ich bitte Sie zum Schluß, dem Antrag Ihrer Kommission zu folgen, alle Anträge abzulehnen und die Resolution 195 und die Resolution Lipinski über die Neugestaltung der Bezirke dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß zu überweisen. Ich bitte Sie, im Interesse der Besserung unserer Kampfstellung den Gegnern gegenüber, zu beschließen, daß wir diese bessere Zusammenfassung der Partei heute schaffen zum Nutzen der sozialdemokratischen Bewegung. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Haase: Wir kommen zur Abstimmung. Eine Spezialberatung findet nicht statt, weil alle Anträge zur Erörterung gestanden haben.

Zubeil zieht den Antrag 76 zurück, weil er seine Erledigung gefunden habe.

Antrag 196 wird angenommen. Damit ist Antrag 18 erledigt.

Vom Antrage 203 wird die beantragte Aenderung des § 7 angenommen, die beantragte Aenderung des § 14 aber abgelehnt. Der gesamte Entwurf wird dann en bloc mit allen gegen 8 Stimmen angenommen. Die Resolution 195 und der Antrag 207 werden ebenfalls angenommen. — Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Vorsitzender Haase: Neben vielen Telegrammen aus dem In- und Auslande, die dem Protokoll beigefügt werden, ist folgendes Telegramm aus Plauen eingegangen, das von aktuellem Interesse ist: „8000 Arbeiter und Bürger demonstrierten in den Straßen Plauens gegen die kommunale Wahlrechtsschändung. Unter brutaler Gewalt versuchte die Polizei, mit dem Säbel dieses Vorhaben zu vereiteln. Die Demonstrierenden wünschen dem Parteitag einen guten Verlauf." (Beifall.)

Darauf tritt um 1 Uhr die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Haase** eröffnet die Sitzung. Zur Verhandlung steht Punkt 5:

Die Reichstagswahlen.

Scheidemann: Zum sechsten Male seit dem Falle des Sozialistengesetzes kann ein deutscher Parteitag den Bericht über allgemeine Reichstagswahlen entgegennehmen. Zum sechsten Male können wir feststellen, daß die Kraft unserer Parole sich im Wahlkampfe glänzend bewährt hat. „Die Sozialdemokratie ist eine vorübergehende Erscheinung," so hieß es früher. „Die Sozialdemokratie hat ihren Höhepunkt überschritten," so sagte man 1890, 1893, 1898, 1903 und 1907. 1912 hat man es nicht mehr gesagt. Nach den Wahlen vom Januar dieses Jahres war wohl alle Welt überzeugt, daß die Machtzunahme der Sozialdemokratie in steigendem Maße sich fortsetzt, gleichsam nach unabänderlichen Gesetzen. Der Rückschlag, den unsere Partei 1907 erlitten hatte, als was erscheint er jetzt anders, wenn wir zurückblicken, denn eine Wolke, die für einen Augenblick unseren Stern verhüllte, ihn aber nicht am weiteren Aufstieg verhindern konnte. Der Schmerz unserer Gegner nach den diesmaligen Wahlen wäre wohl weniger groß gewesen, wenn der Sprung, den wir machen konnten, nicht ein gar so großer gewesen wäre. Und auch die Liberalen hätten meines Erachtens wohl nicht allzuviel zu verlieren gehabt,

wenn wir schon 1907 eine Mandatszahl errungen hätten, die wenigstens einigermaßen den Stimmen, die wir damals bekommen haben, entsprochen hätte. Bei den viel bejubelten Blockwahlen von 1907 waren es doch, wie immer wieder festgestellt werden muß, die Liberalen, die sich selbst die Rute gebunden haben, mit der sie nachher so schwer gezüchtigt worden sind. Eine Finanzreform, wie wir sie jetzt haben, wäre niemals Wirklichkeit geworden, wenn bei den Wahlen vor fünf Jahren die Liberalen nicht dutzendweise die Mandate den preußischen Junkern zugeschanzt hätten. Wenn damals 50 Sozialdemokraten mehr und ebensoviel Konservative und Zentrumsleute weniger gewählt worden wären, dann hätte sich zweifellos manches anders gestaltet. Von „höheren Gesichtspunkten" ist sehr oft gesprochen worden unter Hinweis auf die Experimente, die damals gemacht worden sind seitens unserer Gegner. Ich will kein Hehl daraus machen, daß auch ich sage, von höheren Gesichtspunkten aus betrachtet hat es jedenfalls unserer Partei nicht zum Schaden gereicht, daß damals unsere Gegner so überaus törichte Politik gemacht haben. Jedenfalls steht das eine fest, daß unser angeblicher Ueberwinder, der Fürst Bülow, von dem kaum noch ein Mensch redet, 1907 das Sprungbrett für uns gezimmert hat, das uns 1912 dann so glänzende Dienste leistete. Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich über die Tatsachen der Wahl, die Ihnen alle bekannt sind, mich hier in Einzelheiten ergehe. Was gesagt werden mußte über die von unserer Partei geleistete Arbeit in bezug auf die Verbreitung von Flugschriften, Abhaltung von Versammlungen usw., ist alles enthalten in dem Ihnen vorliegenden schriftlichen Bericht. Außerdem ist er ergänzt worden durch die Reden der Genossen Ebert und Braun. Sie werden auch nicht von mir erwarten, daß ich in Ausdrücken überschwenglicher Freude über unseren großen Wahlsieg mich ergehe. Gewiß weiß ich, daß es keinen hier im Saale gibt, der sich nicht von ganzem Herzen gefreut hat, als die Wahlresultate bekannt wurden. (Beifall.) Das müßte ein merkwürdiger Parteigenosse sein, dessen Herz in dem Bewußtsein, daß jeder dritte Mann, der zur Wahlurne gegangen ist, sozialdemokratisch gewählt hat, nicht höher geschlagen hätte. (Beifall.) Aber wir wollen davon absehen, in freudigen Gefühlen zu schwelgen. Das ist ja gerade mit ein Teil der Größe unserer Bewegung, daß wir niemals Zeit gefunden haben, uns aufs Faulbett zu legen in dem Gefühl, wie herrlich weit wir es schon gebracht haben. Wir müssen stets bestrebt sein, aus unseren Niederlagen wie aus unseren Siegen zu lernen. Es ist gut und gesund für unsere Partei, daß jeder Hurrastimmung, die etwa aufkommen könnte, von vornherein begegnet wird durch nüchterne Betrachtungen und durch die jederzeit bei uns einsetzende Kritik. Nur so können wir die Kraft gewinnen, die wir in den neuen Kämpfen brauchen. Nur so wird es möglich sein, daß wir wachsen mit unseren neuen Aufgaben.

Vor und nach jeder Wahl hat uns immer das Problem der Stimmen- und Mandatszahl beschäftigt. Die einen haben immer gegenüber der Stimmenzahl und der Ueberzeugungskraft unserer Anhänger die Zahl der Mandate sehr gering eingeschätzt. Andere wiederum haben, wie mir scheint, ein zu großes Gewicht auf die Mandatszahl gelegt. Nun meine ich, darüber könnte wahrhaftig Klarheit bei uns bestehen, daß selbstverständlich die Massen, die hinter uns stehen, unser Kraftmesser sind; daß die Zahl unserer Anhänger und ihre Ueberzeugungskraft einzig und allein die Siege verbürgen können, die wir erkämpfen wollen. (Lebhafter Beifall.)

Aber deshalb kann und darf man doch die Mandate nicht als nebensächlich und bedeutungslos einschätzen. (Sehr richtig!) Wir haben gerade im Interesse der werktätigen

Bevölkerung alles zu tun, was wir tun können, um in den gesetzgebenden Körperschaften so stark als irgend möglich vertreten zu sein. (Lebhafte Zustimmung.)

Wie haben sich nun die Dinge bei uns im Reiche entwickelt? Wir haben immer viel weniger Mandate gehabt, als uns nach der Stimmenzahl hätten zukommen müssen. Auch bei der letzten Reichstagswahl hätten wir bei einem Proportionalwahlsystem statt 110 etwa 140 Vertreter im Reichstage haben müssen. Bei allen Wahlen haben die Regierungen und die konservativen Parteien die ihnen günstige Wahlkreiseinteilung und unsere grundsätzliche Isoliertheit, die sich aus unserer Eigenschaft als Klassenpartei ergibt, sich zunutze gemacht, um uns nicht hochkommen zu lassen, um nach Möglichkeit zu verhindern, daß Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt wurden. Sie haben sich die größte Mühe gegeben, um durch Kunststücke aller Art die Sozialdemokratie niederzuhalten und das Wahlergebnis zu fälschen. Was ist demgegenüber unsere Aufgabe? Sie ergibt sich nicht allein aus dem augenblicklichen Parteiinteresse, sondern auch aus unserer ganzen grundsätzlichen demokratischen Auffassung: wir müssen uns gegen derartige Bestrebungen kräftig wehren. Wir dürfen uns unter keinen Umständen unterkriegen lassen; wir müssen alles tun, was wir können, um dem Volke den Reichstag zu geben, den das Volk haben will. (Sehr gut!) Den Reichstag, den das Volk haben wollte, konnten wir uns am Abend des 12. Januar sehr genau vorstellen; denn die Stimmenabgabe war wahrhaftig deutlich genug gewesen. (Lebhafte Zustimmung.) Was für einen Reichstag das Volk aber bekommen würde, das stand auf einem ganz anderen Blatt! (Lebhafte Zustimmung.) Sofort nach den Wahlen, die für uns einen so glänzenden Ausgang genommen hatten, ging das Treiben bei unseren Gegnern los, um für die Rechte soviel Mandate als möglich herauszuschinden, den Sozialdemokraten aber möglichst viel von dem zu nehmen, was ihnen nach dem Spruche des Volkes zukommen sollte. Der Zweck der Uebung war klar: es sollten Dreiklassenwahlen gemacht werden ohne das Dreiklassenwahlrecht. (Sehr gut!) Nun, die Bemühungen unserer Gegner, uns an die Wand zu drücken, wie in früheren Jahren bei den Stichwahlen, sind zum guten Teil abgeschlagen worden. Die Experimente sind diesmal den Herrschaften zum großen Teil vorbeigelungen. Ich bin unbescheiden genug, zu sagen, daß ein kleiner Teil des Verdienstes da wohl unserer Parteileitung zuzusprechen ist. (Sehr richtig!) Von den 12¼ Millionen Stimmen, die am 12. Januar abgegeben worden waren, erhielten Konservative, Reichspartei, Zentrum und Antisemiten zusammen 3¾ Millionen, das waren immerhin noch 400 000 Stimmen weniger, als wir für uns allein bekommen hatten. (Hört! hört!) Trotzdem bestand die große Gefahr, daß je nach dem Ausgang der Stichwahlen die schwarzblaue Parteikoalition als Mehrheit in den Reichstag zurückkehren könnte! Diese Parteien hatten zusammen rein zahlenmäßig nach den von mir schon wiedergegebenen Stimmen einen Anspruch auf insgesamt 127 Mandate, hatten aber in der Hauptwahl schon 116 errungen. Wir Sozialdemokraten dagegen hatten bei einem zahlenmäßigen Anspruch auf 138 im ganzen nur 64 Mandate errungen. Und die Liberalen? Die hatten bei 3¼ Millionen Stimmen sage und schreibe 4 Mandate erobert. Ich glaube mit Recht sagen zu können, daß schlimmer, als der Liberalismus unter der Ungerechtigkeit des herrschenden Wahlsystems hat leiden müssen, keine Partei jemals getroffen werden kann. (Sehr richtig!) Nach dem Proporzrecht hätten die Liberalen 107 Mandate bekommen müssen, die Rechte 127 und wir Sozialdemokraten 138. Trotzdem haben die Liberalen — nämlich die Nationalliberalen, denn die fortschritt-

liche Volkspartei hatte ja überhaupt kein Mandat errungen! — nur 4 Mandate bekommen. Nun beachten Sie, wie die Situation war und dann überlegen Sie, was auf dem Spiele stand, als wir vor die Frage gestellt wurden, was nun? Ich frage Sie, hätten wir es verantworten können, daß die vom Volke verurteilte blauschwarze Parteikoalition, dem klar ausgesprochenen Volkswillen zum Hohn und Trotz, wiederkehrte als Mehrheit im neuen Reichstag? Nein, wir hätten es nicht verantworten können! (Sehr richtig!) Es war unsere Pflicht, den Wahlfälschern, die uns um die uns zukommenden Mandate durch taktische Manöver betrügen wollten, gehörig in die Parade zu fahren. Dem klar und deutlich ausgesprochenen Willen des Volkes in bezug auf die Zusammensetzung des Reichstags, soweit es irgend möglich war unter dem bestehenden Gesetz, Geltung zu verschaffen, das war in der damaligen Situation unsere zwingende Aufgabe. (Großer Beifall.) Das war nicht nur unsere Pflicht deshalb, weil die große Wählerschaft von 4¼ Millionen für uns eingetreten war, es war auch unsere Pflicht, weil wir dabei im Sinne der organisierten Partei handelten. Wir mußten den klar ausgesprochenen Willen unserer Parteipresse, unserer Parteiorganisationen respektieren. Wir mußten aufrechterhalten und in die Tat umsetzen, was wir im Reichstage oft gesagt hatten. Inmitten des großen politischen Kampfes, den wir zu führen hatten und während dem wir selbstverständlich grundsätzliche sozialdemokratische Politik und Agitation betrieben haben, — ich sage: in diesem großen politischen Kampfe stand doch als nächstes Ziel die Niederschlagung des blau-schwarzen Blocks! (Lebhafte Zustimmung.)

Ich will mich auf einige Aeußerungen der Parteipresse beziehen. Es hat Auseinandersetzungen gegeben über das Stichwahlabkommen und da ist später gesagt worden, nämlich dann, als wir schon vom Rathause heruntergekommen waren (Heiterkeit), man hätte alles ganz anders machen müssen. Das sei gar kein „Ziel" gewesen: die Bezwingung des schwarz-blauen Blockes. Andere Genossen waren mit uns anderer Meinung. Hören Sie: Mehring hat in der „Neuen Zeit" vom 24. Februar 1911 geschrieben: Die Sozialdemokratie hat längst vor dem Junkertum „klar zum Gefecht" gemacht. Sie ist zu einem taktischen Wahlbündnis mit dem Liberalismus bereit, um die Macht des Junkertums zu brechen. (Hört! hört!) In der „Neuen Zeit" vom 17. März war zu lesen: Die Ausführungen, die wir vor einigen Wochen über die Notwendigkeit machten, daß der Freisinn, wenn er überhaupt noch etwas bedeuten wolle, ein taktisches Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie schließen müsse, werden von der „Kreuzzeitung" im Sinne eines heißen Liebeswerbens um die Gunst des Freisinns ausgelegt usw. Mehring schreibt dann später in der „Neuen Zeit" vom 24. März in einer Polemik gegen den fortschrittlichen Abgeordneten Naumann, der wieder einmal gegen die Sozialdemokratie wegen ihres Klassenstandpunktes sich gewandt hatte: Hoffentlich bildet er sich nicht ein, daß seine Donnerkeile der Arbeiterpartei auch nur ein Haar krümmen, aber wenn man billig genug denkt, ihm diese Torheit nicht zuzutrauen, so haben seine Tiraden nur die Wirkung, daß hier der schwarz-blaue Block das Spiel, der — seitdem eine freisinnig-sozialdemokratische Taktik ins Bereich der Möglichkeit gerückt ist usw. usw. (Hört! hört!) An anderer Stelle war gesagt worden am 7. April in der „Neuen Zeit": Die Sprengung des schwarz-blauen Blocks ist die absolute Forderung des Tages, und wenn sie nur dadurch ererreicht werden kann, daß wir in der Stichwahl die freisinnigen Kandidaten heraushauen, so ist es unsere

Pflicht und Schuldigkeit, es zu tun gegen die allerbescheidensten Garantien. (Lebhaftes Hört! hört!) Ich darf vielleicht auch daran erinnern, daß es in dem von der Reichstagsfraktion und dem Parteivorstand gemeinsam veröffentlichten Wahlaufruf, nachdem das Volk auf die Verbrechen des schwarz-blauen Blockes hingewiesen war, klar und deutlich hieß: „sorgt für eine andere Mehrheit im Interesse des Volkes!"

Das alles gehört zu den Gründen, die uns veranlaßten, das Stichwahlbündnis mit der fortschrittlichen Volkspartei einzugehen. Hätten wir anders gehandelt, hätten wir, wie es manche uns nachher empfohlen haben, darauf verzichtet aus diesen oder jenen Gründen, hätten wir zugesehen, wie die preußischen Junker, die soeben hinausgejagt worden waren vom Unwillen der Wähler, dennoch die Sitze im Reichstag einen nach dem anderen wieder eingenommen hätten, dann hätten wir gehandelt wie ein Befehlshaber, der die Festung dem Feinde ausliefert und die Schlüssel ihm entgegenschickt. Dann hätten wir gehandelt wie die preußischen Junker 1806. Dann hätten wir uns als durchaus unfähige Politiker gezeigt, als sehr „unpolitische Köpfe", und dann hätten Sie uns zum Teufel jagen müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben es nicht getan, wir haben den Wahlfälschern das Konzept verdorben, wir haben getan, was die Not, die Gefahr des Augenblicks damals erheischte.

Was uns in das Stichwahlabkommen hineintrieb, war aber noch etwas anderes: wer in bestimmten Situationen nicht entschlossen als handelndes Subjekt auftritt, der wird unter Umständen im Handumdrehen zum Objekt der Handlungen anderer gemacht (Sehr gut!), und die Junker waren damals schon dabei, uns als Objekte ihrer Revolverpolitik gegenüber den Liberalen zu benutzen. Durch die Drohung, daß sie in den Stichwahlkämpfen zwischen Freisinn und Sozialdemokratie Gewehr bei Fuß stehen wollten und durch die etwas mehr verblümte Drohung, daß trotz dieser „Gewehr-bei-Fuß"-Taktik das eine oder andere Gewehr in der Richtung nach den Liberalen dennoch losgehen könnte, durch diese Drohungen sollten die Liberalen in Angst und Schrecken versetzt werden, sie sollten gewonnen werden für die schwarzblauen Herrschaften, um dem Block wieder auf die Beine zu helfen. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich hier sage, daß damals die konservativen Katilinarier und Katastrophen-Spekulanten sich mehr als verdächtig in jeder Beziehung verhalten haben. Sie wissen aus den Zeitungsberichten, daß Agenten der schwarzblauen Parteien an verschiedenen Stellen auch versucht haben, sich bei uns anzubiedern. Wenn ich denke an Parchim-Ludwigslust, an Arnswalde-Friedeberg, auch schließlich an andere schöne Gegenden, und mir vorstelle, daß man sich in jenem Lager schon allerlei Hoffnungen gemacht hat, obwohl wir uns jederzeit gänzlich ablehnend verhalten haben solchen Versuchen gegenüber, dann frage ich mich: Was würden wir alles für Kuhhändel angeboten kriegen, wenn wir auch nur ein ganz klein bißchen Entgegenkommen zeigen würden! Wenn wir nicht trotzdem zum Werkzeug der konservativen Erpresserpolitik uns machen lassen wollten, dann war noch ein anderes nötig, und das ist die zwar nicht allzuviel, aber sehr heftig kritisierte Dämpfung des Wahlkampfes in 16 Kreisen. Außerordentliche Situationen erfordern außerordentliche Mittel. Wir haben mit der Dämpfung zu einem außerordentlichen Mittel gegriffen. Ich glaube aber auch, Ihnen den Beweis geliefert zu haben, daß wir uns in einer ganz außerordentlichen Situation befunden haben. Wären die Umstände nicht so außerordentlich gewesen, dann wäre ja das Spiel in den 16 Kreisen, soweit es sich um die Mandatsfrage handelt, für uns nach der Hauptwahl ohnedies verloren gewesen. Ueberall stand uns in diesen 16 Kreisen eine kompakte bürgerliche Mehrheit gegenüber. Es gab keine

Möglichkeit, durch Anwendung anständiger, grundsätzlich erlaubter Mittel die Mehrheit, die uns entgegenstand, zu unseren Gunsten zu brechen. (Sehr richtig!) Ueberall handelte es sich doch um Wähler, die der Rechten angehören, die entscheiden sollten zwischen uns und den Freisinnigen. Daß diese bürgerlichen Wähler, Konservative, Antisemiten usw., bei der Stichwahl für die Sozialdemokratie gewonnen werden sollten, ich weiß wirklich nicht, Parteigenossen, wie man das hätte erreichen wollen, es sei denn — und damit komme ich auf ein sehr interessantes Kapitel —, daß die bürgerlichen Wähler von der Rechten zu schäbigen Wahlmanövern zu unseren Gunsten sich hätten gebrauchen lassen. Das war auch der große Trumpf, den die schwarzblauen Revolverpolitiker den Liberalen gegenüber immer in der Hand hatten, und dieser große Trumpf wurde den Konservativen durch unsere Taktik aus der Hand geschlagen. (Sehr richtig!) Was war denn der Sinn der Dämpfung? Daß wir erklärten: Wir beabsichtigen nicht, die Hilfe politischer Intriganten in Anspruch zu nehmen. (Zustimmung.) Daß wir keinen Anspruch darauf machen wollten, auf konservativen oder antisemitischen Krücken in den Reichstag zu humpeln. (Beifall.) Daß wir nicht bereit waren, üble Manöver mitzumachen, die letzten Endes sich doch nur gegen uns gerichtet hätten. (Sehr richtig!) So kam das Stichwahlabkommen zustande, als das Produkt unseres ungerechten Wahlsystems und der Taktik des preußischen Junkertums. Hätten wir ein Wahlsystem, das Stichwahlen ausschließt, und hätten wir es mit weniger skrupellosen Gegnern zu tun, dann natürlich hätten wir ein Stichwahlabkommen nicht abschließen brauchen, und das wäre sicherlich das beste gewesen.

Gegen die Dämpfung namentlich sind diese Einwände gemacht worden: man hat hingewiesen auf zwei Kreise, die trotz der Dämpfung für unsere Partei erobert worden seien, Hagen und Nordhausen. In der Rede einer Genossin wurde gesagt: „Von jenen 16 Wahlkreisen, die wir selbst der Fortschrittspartei preisgegeben haben, haben wir zur Ueberraschung der Welt zwei gewonnen. Es hieß, es seien aussichtslose Kreise; wie ist das gekommen? Als am ersten Stichwahltage die erschütternde Kunde von dem Verrat der Fortschrittler gekommen ist, da haben unsere Genossen gesagt: Hol der Teufel das ganze Abkommen! Und sie haben gesiegt." (Heiterkeit.) So soll man eigentlich keine Geschichte machen. (Sehr richtig!) Wenn in beiden Kreisen gesiegt wurde, so wurde nicht gesiegt trotz der Dämpfung, sondern infolge der Dämpfung. (Sehr richtig!) Das wollen wir doch als ehrliche Leute sagen und uns kein X für ein U machen. Hagen war gewissermaßen nur bedingungsweise in das Abkommen eingeschlossen, und es wurde sofort auf den Wunsch der dortigen Genossen wieder ausgenommen. Darüber will ich jetzt nicht weiter reden, aber über Nordhausen. Ueber Nordhausen um deswillen schon, weil Genosse Cohn es mit zu seinen Aufgaben gemacht zu haben scheint, in seinem Wahlkreise möglichst viel Resolutionen zu extrahieren gegen unser Stichwahlabkommen.

Wie lagen denn die Dinge im Wahlkreise Nordhausen? Bei der Hauptwahl hatte Cohn 7462 Stimmen bekommen, der Freisinnige 5208 und der Antisemit 3811. Nun ist keiner hier im Saale, der bezweifeln wird, daß Genosse Cohn nicht nur ein außerordentlich tüchtiger Mensch, sondern auch ein guter Parteigenosse, ein glänzender Agitator ist. Wir waren alle überzeugt, daß wenn einer im Kreise Nordhausen etwas herausholen konnte, er es wäre. Aber daß er der Mann sein sollte, der es verstand, sogar Kriegervereine für sich mobil zu machen, das hätte keiner angenommen, das schien uns über seine Kraft zu gehen. (Heiterkeit.) Er soll es trotzdem fertig gebracht haben. Wir haben in der Presse gelesen, daß mit einer wahren Begeisterung Kriegervereinler die Parole für Cohn ausgegeben haben sollen. (Heiterkeit.) Vor der Hauptwahl lagen die Dinge so: auf der einen Seite stand der Antisemit, der Judenfresser, auf der anderen Seite Dr. Cohn, und zwischen beiden stand der Kandidat der Fortschrittlichen, Dr. Wiemer. Dr. Cohn kennen Sie alle, Dr. Wiemer werden Sie nicht alle kennen, ich will Ihnen deshalb sagen, wie er ungefähr zu charakterisieren ist. Wer Dr. Wiemer jemals gehört hat oder ihn sieht in seinem ganzen Gehaben, der wird zu der Ueberzeugung kommen, an dem Mann ist jeder Zoll ein Kriegervereinsmitglied. (Sehr gut! und Heiterkeit!) Demgegenüber hatte unser Genosse Cohn nach meiner Ueberzeugung einen sehr schweren Stand, soweit es — auf die Hilfe der Kriegervereine ankam. (Heiterkeit.) Selbstverständlich ist, daß die Antisemiten vor der Hauptwahl mit all den Argumenten, mit denen sie ihre Wahlkämpfe führen, arbeiteten und die Parole ausgaben: Gegen Juden und Sozialdemokraten! Mit Gott für König und Vaterland! Wählt den und den! Dann kam das Stichwahlabkommen. Da wollten die Antisemiten einen Kuhhandel entrieren zwischen Nordhausen und Eschwege-Schmalkalden. In Eschwege-Schmalkalden sollten die Freisinnigen den Antisemiten Raab unterstützen und dafür sollte in Nordhausen dann Dr. Wiemer von den Antisemiten herausgehauen werden. Daraus wurde natürlich infolge unseres Abkommens nichts. In Eschwege unterstützten die Freisinnigen unseren Genossen Thöne, der auch gewählt wurde. Nun hieß es aber „Rache, Blutwurst!" in Nordhausen. Die Kriegervereinler kamen natürlich in die schwerste Kalamität, was sollten sie nun machen? Sie eilten, wie in der Presse versichert worden ist, in hellem Entsetzen und großer Wut hier zum Amtsvorsteher, dort zum Offizier a. D. Soundso, wieder an anderer Stelle zum einflußreichen Kriegervereinler Soundso und fragten, was machen wir nun? Da soll einer, der sich noch am diplomatischsten ausgedrückt zu haben scheint, gesagt haben: „Ich habe heute meinen roten Tag, macht was Ihr wollt!" (Heiterkeit.) Ein anderer aber wurde angeblich vor eine viel kritischere Frage gestellt. Dem soll gesagt worden sein: Ja, Sie wissen doch, daß wir wegen der früheren Wahlen, weil man angenommen hat, wir hätten Sozialdemokraten im Kriegerverein, bis jetzt noch kein Fahnenband bekommen haben. Darauf soll die Antwort gefallen sein: „Wählt den Cohn, dann kriegt Ihrs Fahnenband!" (Stürmische, anhaltende Heiterkeit.) Also die Parole hatte sich vollständig geändert. Vor der Hauptwahl, ehe man eine Ahnung von unserem Stichwahlabkommen hatte, hieß die Parole: „Mit Gott für König und Vaterland!" Nach der Hauptwahl hieß die Parole: „Mit Gott für Cohn und Vaterland, ohne Cohn kein Fahnenband!" (Erneute stürmische Heiterkeit.)

Man soll uns doch nicht kommen und sagen, man hätte dadurch, daß man besonders tapfer kämpfte und auf unsere Parole pfiff, die Leute zu Sozialdemokraten gemacht zwischen Haupt- und Stichwahl. Man soll uns mit solchen Argumenten vom Leibe bleiben. (Beifall.) Stichwahlentscheidungen und Stichwahlabkommen haben selbstverständlich immer etwas Unerquickliches an sich, und unerquicklicher war doch das diesmalige Abkommen auch nicht als das von 1907. (Sehr richtig!) Waren wir damals nicht auch dazu gezwungen? Man soll doch nicht den Blick verlieren für politische Notwendigkeiten. Warum verlangen wir denn den Proporz? Um uns und auch die anderen vor derartigen Uebereinkommen zu bewahren. Je mehr es uns möglich ist, auch unter dem bestehenden Wahlgesetze schon dem Volke nahezu soviel Mandate zu schaffen, wie es beanspruchen kann auf Grund seiner Stimmen, um so mehr nehmen wir doch den Gegnern die Argumente aus der Hand gegen den Proporz.

Ein unmittelbarer Erfolg des Stichwahlabkommens war, daß die Sammlung aller bürgerlichen Parteien vereitelt worden ist. (Sehr richtig!) Das hat doch auch einige politische Bedeutung. Kurz nach der Hauptwahl rief Bethmann die Vertreter der bürgerlichen Parteien zum Kuhhandel zusammen an die würdigste Stätte, die er dafür finden konnte, in das Dreiklassenhaus. Da kamen Konservative, Reichsparteiler Zentrumsmänner und Antisemiten zusammen, um zu beraten, wie die Sozialdemokraten am besten geschädigt werden könnten. Dadurch, daß das Stichwahlabkommen mit den Freisinnigen im Gange war, und dadurch, daß sogar die Nationalliberalen nur den Kopf in die Tür hineinsteckten und sofort wieder verschwanden, als sie sahen, daß bloß die Blockparteien ohne die Freisinnigen dort saßen, ging die Sammlung in die Brüche. Nun kamen die Stichwahltage, deren Entscheidung Sie alle kennen. Die Sozialdemokratie wurde zum erstenmal zur stärksten Partei im Reichstag. Das Zentrum wurde an die zweite Stelle gedrückt, und von einer *sicheren* Mehrheit — ich will mich ganz vorsichtig ausdrücken — des schwarzblauen Blocks konnte doch keine Rede mehr sein. (Beifall.) Das war doch zunächst ein sehr wesentlicher Erfolg. Seit dem Jahre 1878 sind die Rechtsparteien im Reichstag niemals so schwach gewesen wie jetzt. Und ich meine, damit sollen sie nur ihren vorläufigen Tiefstand erreicht haben; wir wollen dafür sorgen, daß sie noch weiter herabgedrückt werden. (Sehr gut!) Alle Kraft müssen wir daran setzen, dieses Ziel zu erreichen, und ich hoffe, daß uns kein verständiger Parteigenosse dabei in den Arm fallen wird. (Lebhaftes Sehr wahr!)

Und nun die Liberalen! Wir haben sie im Wahlkampfe grundsätzlich bekämpft, aus den Städten und Industriegegenden verdrängt, hineingetrieben in die Domänen der preußischen Junker, wo sie sich neue Jagdgründe suchen mußten. (Sehr gut!) An dieser Taktik müssen wir festhalten. Die Liberalen sollen wissen, daß sie wenig Aussicht haben, uns von dem, was wir besitzen, etwas wegzunehmen. Wollen sie weiter die Junker verdrängen, in deren „sichere" Wahlkreise Bresche schlagen, dann können sie sich auf unsere Hilfe verlassen, dann werden wir ihnen gern behilflich sein. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Trotzdem sollen wir nun durch das Stichwahlabkommen unsere grundsätzliche Kampfstellung gegenüber dem Liberalismus verschleiert und verschachert haben. (Heiterkeit.) Genossen, es ist ein sehr unerquickliches Kapitel, auf das ich wenigstens mit einigen Worten zu sprechen kommen muß. Was sind alles für böse Worte über das Abkommen und über diejenigen gefallen, die sich verpflichtet hielten, es zu treffen. In einem Parteiblatt wurde in einer Betrachtung über das Wahlabkommen gesagt: „Wir müssen in allen Situationen für unsere Grundsätze eintreten. Wir dürfen keine Mandate *erschleichen* und *erschachern*, denn dadurch sägen wir den Ast ab, auf dem wir sitzen. Würde der Parteivorstand dieses alten Grundsatzes beim Abschluß des Abkommens eingedenk gewesen sein . . . usw." Dem Parteivorstand wird doch da ohne weiteres Preisgabe unserer Grundsätze unterstellt, er wird hingestellt als eine Korporation, die gewissenlos genug ist, Mandate zu erschleichen und zu erschachern! (Auf einen fragenden Zuruf antwortet der Redner, daß die zitierte Stelle in der „Bremer Bürgerzeitung" gestanden habe. Lebhafte Heiterkeit.) Ich will kein Wort weiter darüber sagen, aber auch andere böse Worte sind nicht nur geschrieben, sondern geredet worden. In einer Berliner Versammlung sprach am 31. März ein Genosse — nachdem er die Binsenwahrheit gesagt hatte, daß in dem Stimmengewinn die politische Bedeutung des Wahlsieges liege — folgendes: „. . . das ist die politische Bedeutung, *nicht* die *künstlich erschacherten* 110 Mandate. 110 Abgeordnete haben sicher mehr Bedeutung als 43, aber

mehr Macht haben sie sicherlich nicht." (Heiterkeit. — Ein Zuruf: Wer war denn das?) Na, Otto, Du könntest schon wissen, daß jetzt Pieck Trumpf ist in Berlin! (Stürmische, langanhaltende Heiterkeit.)

Ich meine, derartige Auslassungen sind sehr zu beklagen. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Genossen, die so geredet und geschrieben haben, natürlich ein ganz anderes Abkommen getroffen haben würden. Aber ob dabei die Partei gut gefahren wäre und ob dabei die Interessen der Arbeiterklasse besser gewahrt worden wären, das steht auf einem anderen Blatt. (Sehr wahr!)

Ich wollte mit einigen Sätzen zu sprechen kommen auf Auslassungen der Genossin Rosa Luxemburg. Nun muß ich dabei sehr zurückhaltend sein, weil wir zu unserem großen Bedauern vernommen haben, daß die Genossin Rosa Luxemburg erkrankt ist. Ich glaube die Gelegenheit benützen zu sollen, daß ich sage: wir alle wünschen ihr aus ganzem Herzen, daß sie recht schnell wieder gesund wird. (Lebhafte Zustimmung.) Ich kann aber nicht so weit gehen, daß ich vollständig unter den Tisch fallen lasse, was die Genossin Rosa Luxemburg in einem bestimmten Falle gesagt hat. Aber, wie gesagt, ich werde mich der größten Zurückhaltung befleißigen. Die Genossin Luxemburg hat gesagt oder geschrieben, ihr sei die Röte der Scham ins Gesicht gestiegen, als sie von unserem Abkommen Kenntnis erhielt. Ich meine, es lag keine Ursache vor, daß man sich des Abkommens zu schämen brauchte. Schämen hätten wir uns müssen, wenn wir unsere Taktik darauf angelegt hätten, mit Hilfe von Kriegervereinen und Antisemiten sogenannte grundsätzliche Siege zu erringen. (Allgemeine Zustimmung.) Dann hätten wir uns schämen müssen.

Es ist noch der Einwand zu erwähnen, daß wir nach der Hauptwahl, nachdem sich gezeigt, wie stark wir sind, auf das Abkommen mit den Freisinnigen hätten pfeifen und die Massen auf die Straße rufen und Straßendemonstrationen machen müssen. (Heiterkeit.) Ich will mich darüber nicht näher verbreiten. Kann denn ein verständiger Mensch wirklich annehmen, daß wir durch Veranstaltung von Straßendemonstrationen am 13. Januar diejenigen, die vorher konservativ gewählt hatten, für uns hätten gewinnen können? Sollten wir durch die Veranstaltung von Straßendemonstrationen in dem Augenblick, wo es galt, ein bestimmt abgestecktes Ziel zu erreichen, alles aufs Spiel setzen? (Sehr richtig!) Nein, da scheint mir der Grundsatz besser zu sein, den uns Lassalle hinterlassen hat: daß die Kunst, politische Erfolge zu erringen, darin besteht, im gegebenen Augenblick alle Kräfte auf *einen* Punkt, nämlich den *wichtigsten*, zu konzentrieren! (Sehr richtig!) Straßendemonstrationen wären in jener Situation direkt eine Unsinnigkeit gewesen. (Erneute Zustimmung.)

Zweifellos gibt es keinen widerwärtigeren, für die Grundsätze der Partei gefährlicheren, den Opportunismus üppiger züchtenden Stichwahlkampf als den zwischen Freisinn und Sozialdemokratie, wenn wir dabei auf die Gunst reaktionärer Elemente angewiesen sein sollen. (Sehr richtig!) Es ist auch gesagt worden, wir hätten in Würtemberg zwei Kreise preisgegeben, die wir hätten kriegen können: Balingen und Göppingen. Die hätten wir gewinnen können „durch eine energische Agitation unter den katholischen Arbeiterwählern, die uns sozial viel näher stehen als die fortschrittlichen Bourgeois; statt dessen haben wir sie durch die freiwillige Auslieferung des Balinger Kreises an den unter den katholischen Proletariern wegen seines kulturkämpferischen Bramarbasierens verhaßten Liberalen Haußmann erbittert und uns mit unserem öffentlich vertretenen Grundsatz: „Religion ist Privatsache" in ihren Augen in Widerspruch gesetzt. Der Lohn dafür war der niederschmetternde Wahlausfall in Gmünd"!

Das wäre also grundsätzlicher Kampf gewesen, wenn wir an das katholische Gefühl, an die klerikale Gesinnung der Wähler appelliert und uns gegenüber dem allzu kulturkämpferischen Liberalen Haußmann als die guten Kinder hingestellt hätten? (Hört! hört!) Ich danke für eine solche Grundsätzlichkeit!

Es ist weiter gesagt worden, daß die Freisinnigen vielfach versagt hätten. Das ist richtig. Sie haben ihre Pflicht und Schuldigkeit durchaus nicht in dem Maße getan, wie sie es hätten tun müssen. Anderenfalls wäre die schwarzblaue Reaktion ganz anders aufs Haupt geschlagen worden, als es der Fall war. Die Liberalen haben vielfach versagt, während die Sozialdemokraten ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben. Was beweist das? Jeder verständige Mensch muß sich sagen, daß es im Kampfe gegen die Reaktion nur *einen* zuverlässigen Kämpfer gibt, die Sozialdemokratie. (Sehr gut!) Aber wenn wir den Liberalen vorwerfen, daß sie vielfach versagt haben, dann gebietet uns die Ehrlichkeit, festzustellen, daß sie im großen ganzen nachher ihre Pflicht erfüllt haben. Ich will nicht zitieren aus der „Neuen Zeit", was Mehring und andere darüber schon früher geschrieben haben, namentlich aus Anlaß der Gießener Wahl. Wir müssen die Verhältnisse berücksichtigen. Wir alle wissen, daß hinter keiner Partei in Deutschland so disziplinierte Massen stehen, wie hinter uns. Hinter den Freisinnigen stehen *nicht* disziplinierte Wählermassen, sondern zumeist Leute, die man jahrzehntelang gegen uns scharf gemacht hat, denen man die Sozialdemokratie stets als das *größte* Uebel geschildert hatte. Das muß man berücksichtigen. Daß diese Leute nun nicht sofort alle die neue Parole befolgt haben, erscheint dort wahrhaftig verständlich! (Sehr richtig!) Denken Sie an die Wahlen vor 5 Jahren! Damals schilderte man uns als die bösen Kerle, die so schnell als möglich ausgerottet werden müßten. Und nun sollen sie für uns eintreten! Ueber die Entwickelung beim Liberalismus können wir uns wahrhaftig freuen. Die fortschrittlichen Führer sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß es so wie bisher nicht weitergeht. Sie haben eine Bahn betreten, die zu beklagen *wir* keine Ursache haben. (Sehr wahr!) Mir ist es unmöglich, einzusehen, wodurch die grundsätzliche Aufklärung der Massen Schaden gelitten haben soll. Wir standen vor einer außerordentlichen Situation, wir haben das Problem mit außerordentlichen Mitteln gelöst. Je klarer man das den Massen darstellt, um so besser werden sie es begreifen und erkennen, daß und warum wir das Stichwahlabkommen in seinem ganzen Umfange zur Wahrung unserer Grundsätze und zu ihrer Durchsetzung treffen mußten. (Sehr richtig!) Wenn etwas geeignet ist, eine gewiß komplizierte Sache, die aber doch in ihrer Grundlage durchaus klar ist, zu verwirren, so war es die Art, wie man vielfach über das Abkommen geredet und geschrieben hat. Mancherseits hat man sich geradezu überschwenglich ausgesprochen über die Macht der Massen, während man die Ohnmacht des Reichstages nicht laut genug betonen konnte. Wir wissen alle, wie mächtig das Proletariat sein kann, aber wir wissen auch, daß wir nicht jeden Tag die Massen in Bewegung setzen können. (Sehr wahr!) Das kann man auch nicht aus der Studierstube heraus, wenn man da auf den Knopf drückt, dann marschieren die Massen noch lange nicht. Nein, so einfach liegen die Dinge nicht. Direkter Unsinn ist es auch, immer und immer wieder zu reden von der Ohnmacht des Reichstags. Wir wissen, daß der Reichstag sich ohnmächtig benommen hat nach oben hin. Wir wissen aber, daß er Macht genug entfaltet hat nach unten hin. (Sehr gut!) Ist der Reichstag wirklich so ohnmächtig? Wer da behauptet, daß es gleichgültig ist, ob 70 oder 100 Sozialdemokraten im Reichstag sitzen, der ist gewiß kein politischer Kopf. (Heiterkeit. — Zuruf des Genossen Ledebour.) Ich weiß, Genosse Ledebour, *Sie* haben das Gegenteil geschrieben, aber Sie schreiben doch erfreulicherweise nicht alles allein. (Stürmische Heiterkeit.)

Es gibt auch noch andere Genossen, die schreiben. (Erneute Heiterkeit.) Ohnmacht des Parlaments! Ohnmacht des Reichstags! Gestern haben wir die Einberufung des Reichstags verlangt. Warum? Weil wir von ihm fordern können und müssen, daß er in der jetzigen Situation etwas gut macht von dem, was er am Volke gesündigt hat. (Sehr richtig!) Wenn er gesündigt hat, so war das doch nicht der Ausfluß seiner Ohnmacht, sondern seiner Macht. (Sehr gut!) Wer ist denn schuld, daß das Volk Not leidet? Zum guten Teile doch der deutsche Reichstag. Denken Sie vor allem daran, was es bedeutet, wenn 110 Sozialdemokraten im Reichstage sitzen zu einer Zeit, wo die gesamte Reaktion, alle Verbände der Scharfmacher, drauf und dran sind, Sturm zu laufen gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter! (Sehr gut!) Ist es in einer solchen Situation wirklich gleichgültig, wieviel Sozialdemokraten im Reichstage sitzen? Ganz und gar nicht. Im Reichstage sind eine große Anzahl Gesetze von weittragender Bedeutung mit Mehrheiten von 5 bis 10 Stimmen zustande gekommen. (Sehr richtig!) Wenn die Erbschaftssteuer abgelehnt wurde mit 8 Stimmen Mehrheit, so bedeutet das in Wirklichkeit, daß auf der linken Seite nur 5 mehr zu sitzen brauchten, um das gegenteilige Resultat zu erzielen. (Sehr richtig!) Alles das hat der Parteivorstand bei dem Stichwahlabkommen in Betracht gezogen. Er hat gewissenhaft erwogen, was für die Partei und für das Volksinteresse auf dem Spiele stand. (Zustimmung.) Es ist vielfach in Artikeln gefragt worden, ob der Parteivorstand ähnliches wieder machen wird. (Heiterkeit.) Ich kann nicht sagen, ob ein künftiger Parteivorstand ein ähnliches Abkommen abschließen wird (Erneute Heiterkeit), aber ich glaube kaum, daß das geschieht, aus dem einfachen Grunde, weil sich politische Situationen nicht zu wiederholen pflegen. Berechtigt scheint der Einwand zu sein: Warum habt Ihr nicht im Lande gefragt? Ich sage, die Frage scheint berechtigt, aber Sie sollten auch unsere Antwort, als der Wahrheit entsprechend, akzeptieren. Es war eine glatte Unmöglichkeit, erst zu fragen, denn es handelte sich bei der Entscheidung nicht um Tage, auch nicht um einen Tag, sondern um wenige Stunden. (Sehr richtig!) Eine gewisse Initiative und Aktivität mußte der Parteivorstand damals entwickeln. (Heiterkeit.) Besonders schwer ist uns die Heimlichkeit angekreidet worden. Aber sofort, nachdem das Abkommen getroffen war, wurden die ganze Parteipresse und die Parteiinstanzen benachrichtigt, allerdings vertraulich. Und warum? Erstens weil das selbstverständlich sein sollte für beide Parteien, und dann auch, weil wir leider wußten, daß es hier und da Parteigenossen gibt, die sich nicht einmal scheuen, uns im schwersten Kampfe Knüppel zwischen die Beine zu werfen. (Lebhafte Zustimmung.) In der „Bremer Bürgerzeitung" wurde geschrieben, wenn das Abkommen rechtzeitig bekannt geworden wäre, so wäre es noch *während der Wahlaktion* zu einem erbitterten Kampfe in der Partei gekommen. (Hört! hört!) Darauf wollten und durften wir es nicht ankommen lassen. (Sehr richtig!) Wegen einiger Genossen, die sich ihrer schweren Verantwortung nicht bewußt sind, eine große Sache aufs Spiel setzen, das konnten wir nicht.

Ich komme zum Schluß. Es lag uns selbstverständlich nichts ferner als die Absicht, bestehende Klassengegensätze zu verwischen. Wer das tun wollte, wäre ein Tor. Nichts unsinniger als das. Wir bleiben, was wir sind in unserer grundsätzlichen Auffassung der gesellschaftlichen Zustände. Wir bleiben die Todfeinde der junkerlichen Herrenwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung als die Vertreter der im Klassenkampfe aufsteigenden werktätigen Bevölkerung. Unser Ziel ist und bleibt die Verwirklichung des Sozialismus durch die siegreiche Demokratie der Arbeit. Wer vermag zu sagen,

was für schwere Kämpfe uns noch bevorstehen auf unserem Wege? Aber wir sind entschlossen, den Weg zu gehen bis ans Ende, und wir alle sind überzeugt, daß er uns zum Siege führen wird. (Bravo!) Wir wollen aus den Erfahrungen der letzten Zeit auch unsere Lehren ziehen. In kommenden schicksalsschweren Auseinandersetzungen wollen wir zwei Tugenden des Kampfes vereinen: schnellste Anpassung an die Erfordernisse des Augenblicks und klare Erkenntnis unseres Ziels. (Lebhafte Zustimmung.) Noch sind feste Wälle zu stürmen, noch ist ein starker und skrupelloser Feind zu werfen. Schwer sind die Kämpfe, die uns bevorstehen, aber herrlich auch der Sieg, der uns winkt. So, meine ich, wollen wir kämpfen bis ans Ende, bis zum Siege. Und freudig wollen wir in dem Bewußtsein für Freiheit und Gleichheit kämpfen: — ja, so ist es eine Lust, zu leben! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Die Anträge 100, 101, 102, 103, 104, 105 und 159 werden mit zur Diskussion gestellt.

Starosson-Rostock: Nach den vorzüglichen Ausführungen Scheidemanns habe ich nicht nötig, meine zustimmende Stellung zur Verteidigung des Parteivorstandes eingehend zu begründen. Der Hauptfehler war, daß schon Monate vor den Reichstagswahlen klipp und klar erklärt wurde, wenn diese und jene Bedingungen erfüllt werden, dann stimmen wir für die Liberalen, und daß wir diese Bedingungen so gestaltet haben, daß selbst die Nationalliberalen sie ohne weiteres annehmen konnten. Was sollte da der arme Teufel von Parteivorstand von den Liberalen noch fordern? Wir hatten uns ja schon festgelegt. Die Liberalen hatten guten Grund zu erklären: Es ist ja gar nicht mehr nötig, mit den Sozialdemokraten lange zu unterhandeln, sie müssen ja auf Grund des Parteitagsbeschlusses ohne weiteres für uns stimmen. Man sollte, meine ich, nicht Monate vor den Wahlen solche Beschlüsse fassen. Man sollte auf dem Parteitag nur die Grundlinien festsetzen, die Einzelheiten aber dem Parteivorstande überlassen. Wir haben ja nun einen Parteiausschuß bekommen, in den vielleicht auch ein politischer Kopf hineinkommt. (Heiterkeit.) Es ist also zu hoffen, daß die Grundsätze der Partei nicht verraten und Mandate nicht erschmeichelt werden. Wenn wir berücksichtigen, wie wir bei anderen Stichwahlen abgeschnitten haben, so können wir mit dem diesmal erzielten Erfolge im höchsten Maße zufrieden sein. 1898 eroberten wir bei den Stichwahlen 24 Proz., 1907 15 Proz., dagegen 1912 infolge des Abkommens 37 Proz. Nun braucht selbstverständlich nicht der Erfolg nicht die einzige Ursache zu sein, um das Mittel zu billigen. Hier trifft sich der Erfolg aber mit dem Mittel zusammen, gegen das absolut nichts einzuwenden ist. Ich habe das Vergnügen, in Mecklenburg zu leben. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Es ist ein Vergnügen wegen der Art, wie die Agitation betrieben werden muß, die ganz andere Anforderungen stellt, als in den Großstädten. Dort bei uns sind die Liberalen, der Not gehorchend, so weit gegangen, daß sie nicht nur der allgemeinen liberalen Parole folgten und erklärten: „Keine Stimme den Konservativen“, sondern sie forderten direkt dazu auf, für den Sozialdemokraten zu stimmen. Die Mecklenburger sind also in keiner Weise rückständiger, als die übrigen. Hier haben die Liberalen Mecklenburgs dem Reiche ein gutes Beispiel zur Nacheiferung gegeben. Wenn man sagt, die Liberalen sind zum Teil ausgerissen wie Schafleder, so trifft das zu. Man darf aber nicht vergessen, daß die betreffenden Kreise eine einheitliche freisinnige Masse nicht darstellen, sondern daß auch weite Kreise der Nationalliberalen in Betracht kommen und daß die Nationalliberalen nach der freisinnigen Parole zu den Konservativen abschwenkten, denen sie ja näher stehen als den Freisinnigen. Wer nach der Rede Scheidemanns von der Notwendigkeit des Stichwahlabkommens nicht überzeugt ist, der wird überhaupt nicht überzeugt werden. Nun die Nachwahl in Hagenow-Grevesmühlen. Wir hatten bei der Januar-Hauptwahl 32 Proz. der abgegebenen Stimmen erhalten. Das Mandat des Abg. Pauli wurde nun für ungültig erklärt, die Nachwahl fand im Juli statt. Da hatten wir einen Rückgang von 8 Proz. und musterten nur noch 24 Proz. Das läßt sich in der Hauptsache durch die gewerblichen Saisonarbeiter erklären, die teils nach Lübeck, teils nach Hamburg verziehen, oder als sogenannte fremde Arbeiter auf den Gütern und Höfen arbeiten. Aber es muß auch zugegeben werden, daß auf dem Lande sozialdemokratische Wähler bei der Nachwahl im ersten Wahlgange für den Liberalen gestimmt haben. (Hört! hört!) Das ist nicht zu bestreiten. Konservative Blätter behaupten, das wäre die Folge einer bewußten Dämpfung der sozialdemokratischen Agitation, die einem freisinnig-sozialdemokratischen Bündnis entsprungen sei. Dieser Schwindel stirbt nicht aus. Es ist bedauerlich, daß auch Parteiblätter diesen Vorwurf gegen die mecklenburgische Parteileitung erheben. Es handelt sich vielmehr um eine beachtliche Taktik der Liberalen. Sie wissen, daß die Liberalen uns schon oft gepredigt haben, wir sollten die „falschen Stichwahlen“ vermeiden und in aussichtslosen Wahlkreisen auf eigene Kandidaten verzichten. Die ganze Partei ist sich einig, daß eine derartige Zumutung natürlich zurückgewiesen werden muß. Nun gehen aber die Liberalen auf eigene Art vor, um „falsche Stichwahlen“ auszuschalten. Wir haben in Hagenow-Grevesmühlen wenig Lokale, auch die Kräfte fehlen, so daß wir den Liberalen in die Versammlungen auf dem Lande nicht folgen konnten. Die Liberalen erklärten nun den Arbeitern: Wählt nur nicht wieder den Sozialdemokraten, sonst kommt er mit den Konservativen in Stichwahl und der Konservative wird gewählt, weil die liberalen Wähler ja doch für ihn stimmen: wählt also gleich den liberalen Kandidaten, damit die Wahl des Konservativen verhindert wird. Mit dieser Taktik, die die eigenen Parteifreunde als charakterlose Menschen hinstellt, haben die Liberalen auf die Landarbeiter Eindruck gemacht. Es ist also das sozialdemokratische Mitleid erregt worden, und Herr Sivkovich sitzt nun im Reichstag. Ich mache auf diese Taktik der Liberalen ausdrücklich aufmerksam, weil sie sicherlich diese Methode anderswo wiederholen werden. Darum müssen wir auf der Hut sein und den Liberalen überall nachsteigen. (Bravo!)

Ludwig-Hagen: Die ausgezeichnete Rede Scheidemanns wird wohl jeden davon überzeugt haben, daß der Parteivorstand keinen besseren zu seiner Verteidigung bestimmen konnte. Unser Wahlkreis Hagen-Schwelm gehört zu den Beteiligten. Wir hatten mit einer ganzen Reihe von Mitgliedern des Parteivorstandes vor und nach der Wahl zu verhandeln. Genosse Ebert überbrachte die Dämpfungsparole, Müller bestellte unsere Referenten ab, Braun gab in Berlin eine ganz unrichtige Darstellung, darauf luden wir den Genossen Braun nach Hagen ein; der Genosse Pfannkuch antwortete, daß alles geklärt sei, heute bin ich aber dem Gerissensten in die Finger gefallen, nämlich Scheidemann. (Heiterkeit.) Er sagte, daß der Vorstand ja Hagen-Schwelm nur bedingungsweise in die Liste aufgenommen habe und daß man den Kreis freigegeben habe, als Widerspruch laut wurde. Ich bitte, dieses Eingeständnis festzuhalten. Es beweist zur Genüge, daß man doch etwas eilig und unvorsichtig bei dem Abkommen vorgegangen ist, wenn man innerhalb zweier Tage einen Kreis, der bedingungsweise abgetreten war, wieder freigibt und das Abkommen durchbricht. Das Eingeständnis ist bisher vom Vorstande noch nicht so offen gemacht worden, wie heute durch Scheidemann. Hagen-Schwelm war eine freisinnige Hochburg, früher durch Eugen Richter vertreten, dann durch Cuno. Wir rechneten schon 1907 darauf, wenigstens die Massen, den Kreis zu bekommen. Wir müssen doch die Wähler begeistern, auch wenn wir manchmal im stillen über-

zeugt sind, daß der Erfolg noch nicht so groß sein kann. Wir müssen sie zu überzeugen suchen, daß sie alles daransetzen müssen, um den Kreis zu gewinnen. Dann kam das Abkommen. Daß darüber nicht sachlich gesprochen und geschrieben wurde, wird man vom Parteivorstande wohl kaum beanstanden. Wir verzichten darauf, dem Parteivorstand eine Resolution vorzulegen oder einen Antrag einzubringen. Unsere Genossen haben mir nur den Auftrag gegeben, hier zu erklären, daß sie das Abkommen überhaupt und besonders den Einschluß von Hagen-Schwelm für eine große Dummheit halten. Diesen Auftrag führe ich hiermit aus. (Heiterkeit.)

Die Sache ist ja auch erledigt. Und der Kreis ist ja auch freigegeben worden. Ich muß aber auch an eine ernste Seite der Sache erinnern. Es ist nicht so leicht, einen Kreis, in dem 3000 bis 4000 Organisierte sind, in dem man in zwei Wahlperioden schon auf den Sieg in der Stichwahl rechnete, einfach abzutreten. Und „bei gedämpfter Trommel Klang" sich ins Bett zu legen und nichts für die Stichwahl zu tun. Das kann die ganze Organisation kosten. Das kann für ein paar Jahre hinaus die Organisation eines solchen Kreises zertrümmern. Wir wünschen dringend, daß solche Experimente ohne die Zustimmung der Kreise nicht gemacht werden. Wir wollen nicht in solchen Wahlkämpfen zum Schluß von unseren Brüdern und Genossen geopfert werden. Wir wollen mit dabei sein. Das müssen Sie bei der Prüfung dieses Abkommens beachten. Ich kann erklären, daß ich gegen alle Resolutionen stimmen werde, weil sie beim Parteitag nach der vorzüglichen Verteidigungsrede Scheidemanns keine Aussicht auf Annahme haben. (Beifall.)

Pollender-Merseburg: Auch ich habe, und zwar als Vertreter des Kreises Merseburg-Querfurt, der ebenfalls bei dem Stichwahlabkommen „gedämpft" und damit mißhandelt worden ist, die Unzufriedenheit meiner Auftraggeber mit dieser ganzen Stichwahlmethode zum Ausdruck zu bringen. Zum Beweise dafür, daß hierbei keinerlei persönliche Motive im Spiel sind, will ich hervorheben, daß die Sozialdemokraten in dem Wahlkreise Merseburg-Querfurt bei der Stichwahl mit und ohne Stichwahlabkommen unterlegen wären. Wenn wir trotzdem unzufrieden sind mit dem Abkommen, so leiten uns dabei die Rücksichten auf seine Folgen. Die Art, wie Scheidemann das Abkommen verteidigt hat, hat mich veranlaßt, das Wort zu nehmen. Wie lagen damals die Dinge? Vor der Hauptwahl stand die Sozialdemokratie jahrelang im Kampfe gegen alle bürgerlichen Parteien, sie hat den Imperialismus bekämpft, den Zollwucher, die Arbeiterentrechtung in der Reichsversicherungsordnung, sie hat sich gegen die drohenden Zuchthausgesetze, die Steuerräuber, Militarismus und Marinismus erklärt. Ich bin kein grundsätzlicher Gegner eines Stichwahlabkommens. Aber es muß auf einer Basis erfolgen, die für uns keine Entwürdigung bedeutet. Und wenn der Partner zur Bedingung macht, wir sollen unsere eigene Parteiarbeit aufgeben, so ist das eine schimpfliche Bedingung. Das ganze Verfahren hat in unserem Kreise eine lebhafte Entrüstung hervorgerufen. Unter den 31 Kreisen, in denen die Fortschrittler verpflichtet waren, für die Sozialdemokraten zu stimmen, befinden sich drei, in denen Stimmen für Fortschrittler überhaupt nicht abgegeben wurden: Köln (Stadt), Elberfeld-Barmen und Düsseldorf. Dann war auch unter diesen 31 Kreisen kein einziger, in dem die Fortschrittler an der Stichwahl beteiligt waren. Nun die andere Seite des Bildes. Die Sozialdemokraten sollten nicht nur für die Fortschrittler überall da stimmen, wo die Sozialdemokraten aus der Stichwahl ausgefallen waren, sondern sie sollten auch in 15 Kreisen, in denen sie selbst mit Fortschrittlern in Stichwahl standen, ohne weiteres auf eine weitere Beteiligung verzichten, nicht nur auf das Mandat, sondern auf jede Agitation. Unter diesen 15 Kreisen waren sogar 10, in denen die Sozialdemokraten mehr Stimmen bei der Hauptwahl hatten als die Fortschrittler. Diese unsere günstigere Position konnte bei der Hauptwahl nur nach langem, energischem Kampfe gegen die Fortschrittspartei errungen werden. Wie denkt sich nun der Parteivorstand eine spätere Wahlagitation, die leicht sehr bald hätte notwendig werden können und die sich wieder gegen die Fortschrittler hätte richten müssen. Die Verwirrung, die unter den eigenen Parteigenossen durch das Abkommen und seine schimpflichen Bestimmungen hervorgerufen wurde, hat eine lebhafte Erregung bei uns verursacht. Aber nicht nur das, sondern auch die Art, wie man es zur Geltung brachte. Ohne daß der Kreisvorstand auch nur eine Ahnung davon hatte, erscheint in demjenigen Parteiblatt, das an seinem Kopfe auch die Bezeichnung trägt: „Organ für Merseburg-Querfurt", eine Bekanntmachung mit der Unterschrift des Kreisvorstandes und des Kreisvorsitzenden, wonach alle Versammlungen zu unterbleiben haben. Der Wahlkreisvorstand hatte, wie gesagt, von dieser Bekanntmachung keine Ahnung. Sein Name und besonders der des Vorsitzenden ist mißbraucht worden. Am folgenden Tage will der Kreisvorstand in demselben Orte eine Bekanntmachung erlassen, wonach die gestrige Bekanntmachung unter falschen Voraussetzungen erlassen worden sei. Und Redaktion und Preßkommission lehnen die Veröffentlichung dieser Berichtigung einfach ab. (Hört! hört!) Unter solchen Umständen konnte bei den Parteigenossen keine besondere Lust für eine weitere Agitation hervorgerufen werden. Unsere Genossen haben sich allerdings an das ganze Abkommen nicht gekehrt. Sie haben es für ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit gehalten, weiter zu arbeiten, und haben bei der Stichwahl noch eine Stimmenzunahme von 1300 Stimmen erzielt. Im Namen meiner Auftraggeber möchte ich dem lebhaften Wunsche Ausdruck geben, daß in Zukunft derartige willkürliche Maßnahmen nicht wieder Platz greifen.

Pannekoek-Bremen: Ich will kein Wort verlieren über die sonderbare Behauptung, daß derjenige, der mit diesem Abkommen nicht zufrieden ist, dem Antiparlamentarismus verfallen ist. Ich will mich nur kurz mit einer ähnlichen Bemerkung befassen, die, wie ich glaube, Kautsky gemacht hat. Wenn man ein Stichwahlabkommen nicht will, so beweist das nicht, daß man deshalb eine Stichwahlenthaltung predigt. Man kann bei den Stichwahlen zwei verschiedene Wege einschlagen. Entweder man benutzt die Stichwahlstimmen, um den Gegnern, die man als das kleinere Uebel betrachtet, unsere Stimmen zuzuführen. Man kann aber auch den zweiten Weg gehen, daß man möglichst viel Mandate erzielen will und daher die Stimmen als ein Handelsobjekt benutzt, um mit einer anderen Partei ein Abkommen auf gegenseitige Hilfe zu schließen. In der Resolution vom vorigen Jahre in Jena war der erste Weg gewählt. Da ist keine Rede von einem Abkommen, von der Zertrümmerung des schwarz-blauen Blocks. Sondern es wird festgestellt, welche Bedingungen unsere Gegner erfüllen müssen, wenn sie unsere Stimmen haben wollen. Der Parteivorstand hat den anderen Weg gewählt, als den in Jena beschlossenen. Aus welchem Grunde? In der Presse wurde behauptet, daß dadurch, daß die Freisinnigen das Abkommen anboten, bewiesen sei, daß der Freisinn sich radikalisiere. Deshalb müßte man zugreifen. Es ergibt sich aber aus einer Erklärung des Parteivorstandes am 19. März, sowie aus den Ausführungen des Genossen Braun in der Berliner Generalversammlung, daß unser Parteivorstand die Initiative zu diesem Abkommen ergriffen hat. (Hört! hört!) Man sagt, der beste Beweis sei der Erfolg. Unser bedeutender Mandatzuwachs sei eine Folge dieses Stichwahlabkommens. Diese Illusionen muß ich zerstören. Rechnen wir nach, welche Kreise wir durch das Stichwahlabkommen gewonnen haben. Nehmen wir dabei an, daß unsere Zunahme in den Stich-

wahlen nur von den Freisinnigen stammt, was sicher nicht der Fall ist, da wir gewiß bedeutende Reserven herangeholt haben. Wenn in den im Abkommen enthaltenen Kreisen die Zunahme unserer Stimmen nur halb so groß gewesen wäre, wie viele Mandate hätten wir dann weniger bekommen? Nur drei. Und wenn alle jene Stimmen auf den Gegner übergegangen wären — was sicher nicht der Fall gewesen wäre —, so wären es acht gewesen. Also der Gewinn durch das Stichwahlabkommen beläuft sich auf ein halbes Dutzend Mandate. Die Behauptung, die große Anzahl der in der Stichwahl gewonnenen Mandate wären auf das Stichwahlabkommen mit den Freisinnigen zurückzuführen, ist also hinfällig. Es ist aber auch nicht anzunehmen, daß ohne das Abkommen die Freisinnigen in derselben geringen Zahl wie früher in der Stichwahl für den Sozialdemokraten gestimmt hätten. Es darf doch nicht verkannt werden, daß in diesem Jahre unter den freisinnigen Wählern eine sehr bedeutende Oppositionsstimmung herrscht, der auch die Volkspartei im Reichstage nachgegeben hat. Also auch ohne das Abkommen hätten wir infolge der ganzen politischen Situation eine ganz bedeutende Anzahl freisinniger Stimmen mehr erhalten als früher.

Dieses Abkommen bedeutet einen Schritt in der Richtung des Revisionismus. (Lachen.) Revisionismus ist nicht einfach Budgetbewilligung. Untersucht man den Inhalt und die Wirkung der revisionistischen Politik, dann kommt sie überall darauf hinaus, daß den Arbeitern wieder Vertrauen in den Liberalismus eingeflößt wird. Dieses Abkommen beruht doch auf dem Gedanken, den man damit den Arbeitern beizubringen sucht, daß der Liberalismus ein zuverlässiger Mitkämpfer gegen die Reaktion ist. Nun die Ohnmacht des Reichstags, die wir behauptet haben. Wenn Sie die „Neue Zeit“ verfolgt haben, so werden Sie dort gelesen haben, wie Kautsky in ziemlich langen Ausführungen eben diese Ohnmacht der Parlamente näher analysiert und damit bestätigt hat. Er sagt da: In den Parlamenten sind heute die bürgerlichen Mehrheiten unwillens, etwas zu tun, aber die willigen Sozialdemokraten bilden eine Minorität und können deshalb nichts beschließen und nichts machen. Scheidemann meint nun, wir hätten an diesem ohnmächtigen Reichstag ja in der Teuerungsfrage appelliert und wie das zu vereinigen sei. Darauf ist zu erwidern: Wenn wir jetzt etwas von dem Reichstag erwarten in der Teuerungsfrage, so wissen wir alle ganz gut, daß der Reichstag nur unter dem Druck der Massen Beschlüsse fassen wird, die notwendig sind. Ohne diesen Druck der Massen, die die bürgerliche Mehrheit willig macht, würde der Reichstag auch nichts tun. Nur der Druck der Massen treibt ihn an. (Vereinzeltes Sehr richtig!)

Dr. Cohn-Nordhausen: Gegenüber all den heftigen Angriffen, die nach Beendigung der Reichstagswahl wegen des Stichwahlabkommens gegen den Parteivorstand gerichtet sind, hat der Vorstand in offiziellen und offiziösen Kundgebungen immer und immer wieder auf die Wahl in Nordhausen verwiesen, die ja nicht trotz, sondern, wie Scheidemann auch heute wieder sagte, allein wegen des Abkommens unserer Partei zum Siege verholfen habe. Es ist so allmählich die Wahl in Nordhausen zum Paradepferd des Vorstandes geworden bei seiner Verteidigung des Stichwahlabkommens, und es ist allmählich gelungen, die ganze Diskussion auf die eine Frage zu verschieben: Ist es eine spaßhafte oder nicht spaßhafte Geschichte, daß in Nordhausen unsere Partei gesiegt hat? Ist diese Wahl möglich gewesen trotz oder wegen des Abkommens? So erklärt es sich auch, daß Scheidemann sich heute mit meiner Person viel mehr beschäftigt hat, als der Bedeutung des Stichwahlabkommens im Verhältnis zu dem einen Kreise Nordhausen entspricht. Ueber die Art und Weise, wie er

sich mit meiner Person beschäftigt hat, wundere ich mich nicht. Mir war ja das, was er über diesen Punkt sagen würde und womit er die lebhafte Heiterkeit des Parteitages erregt hat, nicht gerade neu. Wenn man allmählich über die 40 gekommen ist, dann kennt man alle Witze, die sich irgendwie über meinen Namen oder über andere Namen machen lassen. (Heiterkeit.) Die Witze sind mir auch deshalb bekannt gewesen, weil ich sie alle schon einmal gelesen habe in einem Schriftstück, das mir von der Reichstagskanzlei zugegangen ist. Das war die Protestschrift der Fortschrittler gegen meine Wahl. (Hört! hört!) Da ist Scheidemann allerdings ein merkwürdiges Unglück passiert, denn alles, was dort als einseitige Parteibehauptung steht, das setzt uns Scheidemann als Tatsache vor. (Erneutes Hört! hört!) All die Geschichten von dem Einfluß der Kriegervereine, der bei der Wahl in Nordhausen zu meinen Gunsten eingesetzt wäre, auch die Geschichte von dem Oberleutnant und Amtsvorsteher, der am 25. Januar seinen roten Tag gehabt haben will, all das findet sich dort als einseitige zur Stütze des Wahlprotestes vorgebrachte Behauptung. Es sind nur zwei Dinge möglich. Entweder ist es dem „politischen Kopf“ Scheidemanns passiert, etwas für bare Münze zu nehmen, was der Gegner gesagt und noch nicht bewiesen hat, oder aber es bleibt nur die andere Möglichkeit — und die scheide ich selbstverständlich aus, daß Scheidemann bewußt den Parteitag irregeführt hat. Wie gesagt, diese Möglichkeit schließe ich aus. Scheidemann wird sich also damit abfinden müssen, daß er als politischer Kopf heute versagt hat. (Heiterkeit.) Die Freisinnigen aber werden sich bei ihm dafür bedanken, daß er ihren Wahlprotest so glänzend gestützt hat. (Sehr gut!) Denn wenn heute Scheidemann als offizieller Vertreter des Parteivorstandes sich hinstellt, und sagt: es ist Tatsache, daß der Einfluß der Kriegervereine für die Sozialdemokratie in Bewegung gesetzt ist, es ist Tatsache, daß der Amtsvorsteher und Oberleutnant der Landwehr sich für den Sozialdemokraten engagiert hat — was brauchen denn die Freisinnigen in Nordhausen mehr? Was braucht die Wahlprüfungskommission des Wahlkreises mehr? (Sehr richtig!) So weit es mir gelungen ist, außerhalb dieser witzigen Darstellung der Nordhäuser Vorgänge in der Rede von Scheidemann Gründe zu finden für die Verteidigung des Stichwahlabkommens, habe ich folgende vier entdeckt: 1. Parlamentarische Notwendigkeiten seien es, die es erforderlich machen, mit einem möglichst großen Vertretungskörper in den Reichstag einzuziehen, das habe das Schicksal sehr wichtiger Gesetze bewiesen. Das sieht ja hiernach so aus, als ob Scheidemann die Abneigung gegen parlamentarische Betätigung verwechselt mit der Gegnerschaft gegen das Stichwahlabkommen, als ob er sagen wolle, gegen das Stichwahlabkommen, insbesondere auch gegen die Dämpfung, könne nur der sein, der überhaupt keinen parlamentarischen Einfluß haben wolle. Daß dies Argument ganz verkehrt ist, und daß da zwei Dinge durcheinandergeworfen werden, die nichts miteinander zu tun haben, brauche ich in diesem Kreise nicht auseinanderzusetzen. Aber ich halte mich doch für verpflichtet, zugleich im Namen einer großen Zahl mir nahestehender parlamentarisch tätiger Genossen zu erklären, daß wir selbstverständlich, ob mit oder ohne Stichwahlabkommen, alles einsetzen werden, damit der parlamentarischen Vertretung der Sozialdemokratie der ihr gebührende Einfluß zuteil werde, und daß wir darüber hinaus auch das leisten wollen, was zu leisten ist an agitatorischer Arbeit. Also, Scheidemann wird niemanden ängstlich machen können, wenn er sagt, die gegen die Dämpfung und das Stichwahlabkommen aufgetreten sind, seien Antiparlamentarier, Massenstreikpropagandisten, die die Arbeiter auf die Straße führen wollten.

Der zweite Grund, den Scheidemann anführt, ist, daß eine außerordentliche Situation auch außerordentliche Maßregeln erfordere. In dieser Unbestimmtheit kann man den Satz Scheidemanns für jede Maßregel im mensch-

lichen und politischen Leben anwenden, mit ihm hat Louis Napoleon den Staatsstreich gerechtfertigt, und mit derselben Wendung könnte in Zukunft eine Abschaffung des Reichstagswahlrechts im Wege des Verfassungsbruchs und der Gewalttat gerechtfertigt werden. (Sehr wahr!) Wenn dieser Satz mehr bedeuten soll als eine Phrase, so ist uns Scheidemann jede Darlegung schuldig geblieben, worin die außerordentliche Situation bestanden haben soll. Und wenn ich diesen Satz auch schon gelten lassen soll, wo finde ich die außerordentliche Situation, die gerade die Dämpfung des Wahlkampfes rechtfertigt, ein Vorgehen, wodurch sich gerade der schärfste Gegensatz der Meinungen über das Stichwahlabkommen entwickelt hat? Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Scheidemann ist uns jedenfalls jeden Beweis schuldig geblieben, daß die außerordentliche Situation vom 13. Januar gerade diese Form der Dämpfung erfordert habe, die in den weitesten Parteikreisen als ungehörig empfunden worden ist.

Der dritte Grund Scheidemanns bestand darin, daß 1907 auch ein Stichwahlabkommen notwendig geworden sei und wir hätten eben leider auch 1912 in den sauren Apfel beißen müssen. Aber ist denn 1907 den Parteigenossen dasselbe zugemutet werden wie 1912? Soweit ich die Gegnerschaft gegen das Stichwahlabkommen übersehe und die ganze Diskussion darüber in der Parteipresse habe verfolgen können, richtet sich die Opposition viel weniger gegen die Tatsache des Abkommens überhaupt, viel weniger dagegen, daß man doch durch eine irgendwie erzeugte Situation gezwungen werden kann, ein Stichwahlabkommen zu treffen und nicht nur Stichwahlhilfe ohne Abkommen zu leisten. Nein, darüber sind alle einig, daß gerade dieses besondere Abkommen das Mißfallen und die tiefste Erregung an vielen Stellen in der Partei erregt hat, und durch den Hinweis auf 1907, wo auch die Abkommen abgeschlossen wurden, wird der springende Punkt in keiner Weise betroffen. So wenig Scheidemann bei seinen ersten beiden Gründen bisher Tatsachen angeführt hat, ebensosehr hat er bei dem dritten Grunde jedes Tatsachenmaterial vermissen lassen. Wie steht es mit dem vierten und wichtigsten Grunde für die Dämpfung? Er sagte, die 16 Kreise konnten wir leichten Herzens ausschalten, denn wir standen einer kompakten Mehrheit von Gegnern gegenüber, und wir hätten diese Kreise niemals geholt. Sehen wir zu, wie sich dies für den Wahlkreis Nordhausen-Grafschaft Hohenstein verhält. Im ersten Wahlgang fehlten uns zur absoluten Mehrheit ganze 779 Stimmen. Also die beiden Gegner, die kompakte gegnerische Mehrheit, hatten 779 Stimmen mehr als wir. Unser Zuwachs bei der Stichwahl erreichte im ganzen 782 Stimmen, der der Freisinnigen aber rund 1600 Stimmen. Es müssen also, wenn man schon die eigenartige Folgerung Scheidemanns mitmacht, daß wirklich auch eine nur einigermaßen beträchtliche Anzahl von antisemitischen Stimmen auf den Sozialdemokraten übergegangen ist, notwendig 1600 antisemitische Stimmen dem Freisinnigen trotz des Stichwahlabkommens zugekommen sein. Aber die ganze Berechnung ist überhaupt falsch. Ich bestreite, daß irgendein Antisemit für uns gestimmt hat. Was wir herausgeholt haben, kam aus unseren Reserven, von den Landarbeitern, denen die Wahl freigegeben worden sein mag, und die nicht durch den Inspektor oder den Herrn Amtsvorsteher und Oberleutnant selbst zur Urne geführt wurden, die aber immerhin, wenn sie am 12. Januar freie Wahl gehabt hätten, für uns gestimmt haben würden. Durch die Behauptung von den kompakten gegnerischen Mehrheiten lasse ich mir nicht abstreiten, daß die Nordhäuser Genossen in der hingebenden Arbeit, die sie auch schon früher geleistet hatten, die 779 Stimmen, die uns gefehlt haben, aus eigenem herausgeholt haben. Gegen die Dämpfung ist ja in der Literatur soviel vorgebracht worden, daß ich die Zeit des Parteitages über Gebühr in Anspruch nehmen würde, wenn ich das

alles besprechen wollte. Ich habe aber die Verpflichtung und es gereicht mir zur Ehre, die Resolution, die die Nordhäuser Genossen auf der Kreisgeneralversammlung angenommen haben, hier auch zu vertreten, wenn auch Scheidemann mit einer merkwürdigen Wendung sein Mißfallen darüber ausgedrückt hat, daß ich es für meine Aufgabe hielte, im Kreise herumzureisen und, wie er sich ausdrückte, Resolutionen zu extrahieren. Ach nein, Genosse Scheidemann, ich kann Sie beruhigen, ich habe die Resolution der Nordhäuser Genossen sogar abgemildert und nicht die scharfe Resolution extrahiert, die geplant war. Wäre diese erste Resolution hier zur Verlesung gekommen, dann würde sich der politische Kopf des Genossen Scheidemann noch viel mehr in Bewegung gesetzt und geschüttelt haben. (Sehr gut! Heiterkeit und Unruhe.) Wenn Scheidemann im übrigen dem Wahlprotest der Freisinnigen als der besten Quelle, deren sich ein Sozialdemokrat bedienen kann, gefolgt ist, so hat er sich glücklicherweise doch nicht das zu eigen gemacht, was sonst noch in diesem Wahlprotest an sogenannten Tatsachen enthalten ist. Daß er sich das nicht zu eigen gemacht hat, und davor zurückgeschreckt ist, ist für mich das stärkste Argument gegen die Dämpfung. Abgesehen von der Fahnenband- und Kriegervereinsgeschichte gipfelt dieser Protest nur noch in den schäbigsten Denunziationen gegen Beamte und Arbeiter. (Die Redezeit wird verlängert.) Der Freisinn von Nordhausen, unser Bundesgenosse beim Stichwahlabkommen, schämt sich nicht, Vorarbeiter staatlicher Verwaltungen mit Namen zu nennen und zu denunzieren, weil sie den ihnen unterstellten Arbeitern den Rat oder die Anweisung gegeben hätten, am 25. Januar einen Sozialdemokraten zu wählen. (Hört! hört!) Wir kannten diese Sorte Freisinn, die wir in Nordhausen-Grafschaft Hohenstein hatten. Anscheinend kannte sie unser Vorstand nicht, und nachdem sie sich in dem Wahlprotest genau so entpuppt hat, wie wir sie früher gekannt haben, ist das das stärkste Argument für uns. (Sehr wahr!) Mit Politikern solcher Sorte läßt man sich auf solche Abkommen nicht ein, deshalb sagten wir uns also, daß wir dieses Abkommen, namentlich die Dämpfung, mißbilligen werden. Welche Folgen dadurch eintreten konnten, haben wir aus den Kreisen Hagen-Schwelm und Merseburg-Querfurt soeben gehört. Ich will nur den Genossen Otto Braun daran erinnern, wie die Versammlung ausgesehen hat, zu der er nach Nordhausen kam, und der er die Notwendigkeit des Stichwahlabkommens darlegen mußte. Er wird kaum jemals eine schwerere Aufgabe zu erfüllen gehabt haben, als den opferbereiten Leuten, die diese Versammlungen bildeten, zu sagen, nehmt einen Dolch und stecht Euch tot und schlagt auch die Organisation auf viele Jahre tot! (Zustimmung und Widerspruch.)

Parteigenossen, es gab einmal einen Mann namens Johann Jacoby, der erst als Greis zu uns gekommen ist, und der seine Auffassung von der Wichtigkeit der Arbeiterbewegung und der kleinsten politischen Arbeiterorganisation in die beinahe paradoxen Worte zusammenfaßte, daß die Gründung des kleinsten Arbeitervereins einer späteren Zeit wichtiger erscheinen werde für das ganze Volk, als der Krieg von 1866 mit seinen großen Siegen. Wir können diesen Satz auch umkehren, und er bleibt richtig. Es gibt keine politische Situation, keine Notwendigkeit eines Stichwahlabkommens, die es rechtfertigen könnte, unsere Arbeiterbewegung im kleinsten Gliede totzuschlagen. Das aber wäre die Folge der Dämpfung gewesen, wie für Merseburg-Querfurt und Hagen-Schwelm, so auch für Nordhausen-Grafschaft Hohenstein. (Hört! hört!) Der Vorstand hat bei den letzten Erörterungen in der Presse, auch durch die heutige Rede Scheidemanns um gut Wetter für die Dämpfung gebeten. Das gute Wetter wird ihm bewilligt, aber wir wünschen nur, daß der Parteitag die Meinung ausspricht, daß das Abkommen mit Dämpfung, das heißt mit der Gefahr der Vernichtung unserer selbst, unter keinen Umständen für uns ge-

rechtfertigt erscheinen könne, sondern daß wir unter allen Umständen dagegen sein müssen. (Beifall.)

Drescher-Elberfeld: Scheidemann hat sich in seinem Bericht über die Reichstagswahlen fast ausschließlich mit dem Stichwahlabkommen beschäftigt, das ist ein Beweis dafür, welche große Bedeutung der Parteivorstand dem Abkommen beigelegt hat. Vor allem ist es wichtig, darauf hinzuweisen, daß sich der Widerspruch der Genossen, die mit dem Parteivorstand nicht einverstanden sind, keineswegs gegen das Stichwahlabkommen schlechthin richtet, sondern in der Hauptsache dagegen, daß das Stichwahlabkommen um den Preis der Dämpfung geschlossen worden ist. Das ist die Kernfrage, um die es geht. Stichwahlabkommen werden wahrscheinlich auch noch in Zukunft getroffen werden, aber ich für meinen Teil hoffe, daß man die Bedingung der Dämpfung nie wieder aufnehmen wird. Scheidemann hat des langen und breiten von der Notwendigkeit gesprochen, daß es im Reichstag sozusagen auf jedes einzelne sozialdemokratische Mandat ankomme, von der Notwendigkeit, daß es bei den Stichwahlen vor allem darum zu tun war, den schwarzblauen Block zu zertrümmern. Nun, die parlamentarischen Erfahrungen der letzten Monate beweisen, daß das Schlagwort „schwarz-blauer Block“ nur eine beschränkte Bedeutung hat. (Sehr richtig!) Denn dazu gehören nach meiner Meinung auch die Liberalen. Die Annahme der großen Wehrvorlagen ist ein recht treffender Beweis dafür, wir werden auch zweifellos erleben, daß in der Frage der Teuerung die Liberalen wieder zeigen werden, daß sie zum schwarzblauen Block gehören. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß der Fortschritt zum Teil sehr wenig von dem gehalten hat, was er versprach. Wohl hat Genosse Staroßon triumphierend berichtet, daß in Mecklenburg die Fortschrittler offen für die Sozialdemokraten eingetreten sind. Auch Elberfeld-Barmen gehört zu den Kreisen, in denen der Fortschritt für den Sozialdemokraten und gegen den Reichsparteiler stimmen sollte. Dem Genossen Pollender will ich entgegnen, daß der Elberfelder liberale Kandidat der gemeinsame Kandidat der Nationalliberalen und Fortschrittler war, und daß in Elberfeld-Barmen die Fortschrittler stärker sind als die Nationalliberalen. Es steht fest, daß in Elberfeld-Barmen von den fortschrittlichen Stimmen keine 10 Prozent für die Sozialdemokratie abgegeben wurden, mindestens 90 Prozent der fortschrittlichen Stimmen aber in Elberfeld-Barmen für den Konservativen abgegeben wurden. Dabei wollen Sie beachten, daß das Großstädte sind, und also auch nicht Fortschrittler wie auf dem Lande in Frage kommen, die den Konservativen auf Grund der ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse näher stehen. Es waren großstädtische Fortschrittler, die zu mindestens 90 Prozent in der Stichwahl für den Konservativen eingetreten sind. In Elberfeld haben die Fortschrittler die Wahlparole ihrer Berliner Leitung nicht publiziert, sie behaupteten nach der Stichwahl, daß ihnen von der fortschrittlichen Wahlparole nichts bekannt gewesen sei. Vor allen Dingen kommt es doch schließlich neben der prinzipiellen Erwägung darauf an, welche Wirkung ein solches Abkommen auf die Parteiorganisation haben muß, die von diesem Abkommen erfaßt wird. Denken Sie daran, was es bedeutet, wenn man in einem Wahlkreis, wo die gesamten Funktionäre seit Jahren, mindestens aber seit Monaten mit ganzer Kraft für den großen Wahlkampf angeeifert wurden, im entscheidenden Augenblick den Funktionären gesagt werden soll, die tatenlustig vor uns stehen, daß sie nach Hause gehen sollen und nichts mehr tun dürfen. Scheidemann sagte, daß man Massenaktionen nicht herbeiführen könne, indem man auf den Knopf drückt, aber wenn man Parteifunktionäre angeeifert hat, ihre vollste Pflicht zu tun, so kann man auch nicht auf den Knopf drücken und sagen: Jetzt geht nur nach Haus, wir wollen nichts mehr tun. (Sehr wahr!) Die Redewendung Scheidemanns, ob es denn taktisch und politisch klug gewesen sei, in Kriegervereinspolitik zu machen, ist nicht recht angetan, in sozialdemokratischen Kreisen als gangbare Münze aufgenommen zu werden. Wir haben niemals in Kriegervereinspolitik gemacht und niemals damit gerechnet, daß wir in den Stichwahlen von Kriegervereinen unterstützt werden. Ich bitte Sie, nehmen Sie die Elberfeld-Barmer Resolution an, die sich nicht gegen Stichwahlabkommen überhaupt richtet, sondern nur verlangt, daß künftighin eine „Dämpfung“ in keinem Stichwahlabkommen Aufnahme findet. (Zustimmung.)

Schiller-Hirschberg i. Schl.: Ich habe heute zum erstenmal das Vergnügen gehabt, den Genossen Scheidemann reden zu hören, und ich muß vorurteilslos gestehen, daß ich selten einen solchen oratorischen Genuß gehabt habe. Aber es wäre mir lieber gewesen, ich hätte zu anderer Zeit eine Rede von ihm gehört und zu einer anderen Sache, da hätte ich ihm mit größerem Genuß zugehört. Daß er seine Rede benutzt hat, eine an sich bedenkliche Sache mit leichten Gründen zu verteidigen, hat seine Rede stark beeinträchtigt. Scheidemann war ja viel vorstandlicher als der Vorstand selbst. Denn der Vorstand hat in seinen Presseäußerungen und auch Genosse Kautsky in der „Neuen Zeit“ hat rundweg anerkannt: Ja, über die Dämpfungsfrage wird es wohl noch Debatten geben. Eine prinzipielle Frage über ein Stichwahlkompromiß an sich wird es nicht geben, aber die Dämpfung ist doch eine bedenkliche Sache. Nun sagt Scheidemann: Gerade die Dämpfung muß als eine unbedingte Notwendigkeit dazu gerechnet werden, und er hat uns zum Schluß mit einer großen Geste gesagt: Genossen, wir haben noch viele Wälle zu übersteigen bis zu unserem Ziel. In seiner glänzenden Rede aber hat er uns einen Wall aufgebaut, den wir in unserer Kleinarbeit nicht so leicht übersteigen werden. (Oho! und Heiterkeit.) Gewiß, ich weiß, Ihr seid alle Agitatoren, aber Ihr seid zum Teil aus der Großstadt und nicht vom Land und aus den Kleinstädten. Ich komme aus dem Riesengebirge und habe eine Wahlagitation hinter mir, wo ich mir ein Stück Schwindsucht an den Hals geholt habe. Auch wir haben einen Freisinn, wie Cohn ihn geschildert hat, und unsere Genossen sind seit 30 bis 40 Jahre mit Recht von dem gleichen Haß erfüllt, wie gegen alle anderen Reaktionäre, und da wollen Sie den Genossen zumuten, eine Dämpfungsparole begreifen zu können? Nein, das kann man nicht. Scheidemann sagt, es sei eine große Situation gewesen, die auch große und r a s c h e Mittel verlange. Ich habe aus der bisherigen Diskussion und habe auch auf der Pressekonferenz in Berlin gehört, daß man deshalb so schnell die Genossen mit der Dämpfung überraschte, weil keine Zeit mehr blieb, sich mit den Genossen draußen in Verbindung zu setzen. Aber heute wurde uns von Scheidemann eine Plauderei erzählt, die mit dieser Behauptung im Widerspruch steht. Er hat gesagt, nur deshalb habe man sich mit den Genossen draußen nicht in Verbindung gesetzt und Geheimhaltung beobachtet, weil man wisse, daß in der Partei verantwortungslose Existenzen vorhanden sind, die hinausgegangen wären und der Partei Knüppel gegen die Beine geworfen hätten. (Sehr richtig!) Wenn so etwas auf dem Spiele steht, haben wir noch viel mehr Grund, gegen solches undemokratisches Verhalten zu protestieren. Wir wenden uns gerade dagegen, daß man sich nicht bestrebt hat, die Zeit zu gewinnen, um auch mit denjenigen Genossen zu sprechen, die seit Jahrzehnten den erbitterten Kampf gegen den Freisinn führen. Also das Geheimhalten war nötig, um sich vor den verdammten unverantwortlichen Radikalen zu schützen. Da weiß ich wirklich nicht, was ich sagen soll, und was ich zu Hause meinen Genossen und den Wählern im Gebirge sagen soll. Man hat bestritten, daß es sich um prinzipielle Bedenken handle, es sind aber doch welche vorhanden. Ein Stichwahlabkommen an und für sich auf Leistung und Gegenleistung begegnet, hat keine prinzipielle Bedenken, aber hier handelt es sich um kein

solches Abkommen, sondern um einen Handelsvertrag, bei dem dem Freisinn die Meistbegünstigung eingeräumt wird. Und das halten wir nicht für eine gesunde Erscheinung. Im Interesse der Arbeit, die wir draußen täglich zu leisten haben, ersuche ich Sie, gegen ein solches Stichwahlabkommen mit diesem ungeheuerlichen Anhängsel der Dämpfung zu stimmen. Sorgen Sie dafür, daß dergleichen nicht mehr vorkommt, dann sichern Sie uns unsere Arbeit und dienen der Propaganda mehr, als dadurch, daß Sie mit Hilfe der freisinnigen Pufferpartei, die Sie sich künstlich erhalten können, im Parlament kleine Gesetze herausschlagen. Ich erkenne diese kleine Arbeit für die Arbeiterschaft durchaus an, aber wenn es nicht anders möglich ist, Gott, dann warten wir noch eine Reichstagswahl oder die andere, bis wir die Mehrheit oder eine größere Zahl sozialdemokratischer Abgeordneten durch eigene Kraft bekommen. Wir brauchen die Revolutionierung und Umwälzung des Staates nicht übers Knie zu brechen. (Schallende anhaltende Heiterkeit.) Es kommt nicht darauf an, ob wir noch zwei Wahlperioden länger warten. (Erneute lebhafte Heiterkeit.) Die Hauptsache ist, daß die Zahl der Abgeordneten im Einklang steht mit der Ueberzeugungsstärke des Proletariats.

Dr. **Laufenberg**-Hamburg: Die Rede Scheidemanns war ja zweifellos sehr geschickt. Der Neid muß ihm lassen, daß er auf dem Parteitag große Wirkung erzielt hat. Gleichwohl hätte ich unter den oratorischen Redewendungen Scheidemanns manche gern vermißt. (Sehr gut!) Vor allen Dingen den Cohn mit dem Fahnenband, die spekulative Verwendung gewisser kleiner Entgleisungen, die sich hier oder da in der Parteipresse bemerkbar gemacht haben, und anderes. (Erneute Zustimmung.) Es ist nicht zu verkennen, daß der Parteivorstand bei Abschluß des Stichwahlabkommens sich in schwieriger Lage befand. Die Hauptwahl endete zwar mit der Niederlage des schwarzblauen Blocks, aber es bestand doch die Gefahr, daß dieser nicht in dem Maße geschwächt wurde, wie es nach Lage der Sache möglich gewesen wäre, eine Wirkung der heutigen Wahlkreisgeometrie im Reiche und der Zerrissenheit des deutschen Liberalismus. Ich bin mit Scheidemann einverstanden, wenn er sagt, daß man die Zahl der Mandate nicht als nebensächlich betrachten möge, daß maßgebend für die Führung unseres Wahlkampfes sein mußten die grundsätzlich demokratischen Gesichtspunkte, wobei ich nur bitten möchte, die sozialistischen nicht zu übergehen. (Sehr gut!) Gewiß galt es, die Absicht der Gegner zu durchkreuzen, die Rückkehr des schwarzblauen Blocks zu verhindern, und unter diesem Gesichtswinkel haben wir in Hamburg gegen den Abschluß eines Stichwahlabkommens nichts einzuwenden, vieles aber gegen die Dämpfung. Scheidemann wies hin auf die Erpressertaktik der Konservativen gegenüber den Freisinnigen. Jene hätten den großen Trumpf in der Hand gehabt, für die Sozialdemokraten in einigen Kreisen zu stimmen, daß wir nicht aus schäbigen Wahlmanövern Vorteil ziehen könnten. Ich weiß nicht, ob diese Bemerkung ein Kompliment für unsere neuen „Verbündeten" ist. Es will mich bedünken, als sei das eine scharfe Konstatierung der Waschlappigkeit des Freisinns, und wenn ich zu den politischen Köpfen der Partei gehörte (Sehr gut!), würde ich mich doch bedenken, eine derartige Charakterisierung zur Grundlage parlamentarischer Koalitionen zu machen. Es ist richtig, der Reichstag ist nicht ohnmächtig. Bei der Entstehung des Reichstages trieben wohl reaktionäre Gesichtspunkte ihr Spiel, doch bleibt bestehen, daß ihm in gewissen Grenzen politische Macht übertragen ist. Die Meinung Pannekoeks ist irrig, daß sich in Deutschland Massenaktionen unter Zurückstellung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen führen ließen. (Zuruf.) So, wie die Dinge bei uns in Deutschland geschichtlich entstanden sind, können Massenaktionen nur durchgeführt werden, wenn sie auf unseren Organisationen

fußen. Auch halte ich das Stichwahlabkommen nicht für einen Schritt in der Richtung auf eine revisionistische Taktik. Soweit es auf die Liberalen ankommt, haben wir die Bewegung innerhalb des Liberalismus zu beobachten und vorwärtszutreiben. Es scheint mir unzweifelhaft, daß sich im liberalen Lager gegenwärtig eine Schwenkung und Verschiebung vollzieht. Die Schichten, die früher dem Liberalismus das Gepräge gaben, fangen an, in bedenklichem Maße konservativ zu werden, sind vielfach bereits konservativ geworden. Daneben kommen andere Schichten auf, die zunächst ihr politisches Glaubensbekenntnis in einem liberalen Programm erblicken. (Sehr richtig!) Es gehört dazu die Schicht der Privatangestellten, es gehören dazu die kleinkapitalistischen Kreise, nicht etwa die Handwerker der Stadt, die durchweg reaktionär sind, aber die kleinindustriellen Kreise, die von der heutigen Wirtschaftspolitik schwer bedrückt werden, es gehören dazu die klein- und mittelbäuerlichen Kreise, die bei der heutigen Wirtschaftspolitik ihre Rechnung nicht finden. Diese Entwickelung haben wir allen Anlaß, zu fördern, soweit es möglich ist. Das geschieht aber nicht durch Konzessionen an die Praxis des alten Liberalismus, an jene Taktik des kleineren Uebels, die wesentlich darin bestand, daß die Liberalen bei Stichwahlen in den Reichstag hineinzukommen suchten auf Grund von Bündnissen, die sie mit der Reaktion wider die Sozialdemokratie schlossen. Die Freisinnigen gaben keine positive, vielmehr eine negative Parole aus, betonten ihr Bündnis mit den Nationalliberalen. Auf diese formelle Seite will ich kein besonderes Gewicht legen, obwohl auch sie vom bürgerlichen Standpunkt ihre prinzipielle Bedeutung hat. Die schwerwiegendste Konzession an jene altliberale Praxis aber war die Dämpfung; und wenn wir die Entwickelung in liberalen Kreisen in der geschilderten Weise fördern, wenn wir die neuen Schichten vorwärtstreiben wollen gegen die alten, durfte die Dämpfung nicht erfolgen. Wenn ich die Wendung von der Ohnmacht des Reichstages nicht anerkenne, so teile ich doch auch nicht die optimistische Auffassung Scheidemanns von der Möglichkeit, im Reichstag gewisse Dinge zu verhindern. So, wie die Teuerung immer vorwärtsschreitet, die Entwickelung der Grundrente vor sich geht, angesichts der schweren Wucht, die jetzt schon auf dem Volke lastet, wird selbst die blauschwarze Mehrheit nicht daran denken können, bei einer Revision der Tarifpositionen für die Handelsverträge die Schutzzölle im allgemeinen zu erhöhen. Ich halte das für eine pure Unmöglichkeit. Die blauschwarzen Parteien haben in der Richtung alles, was sie wünschen können, zumal sie ja die volle Wirkung der internationalen wie der besonders großen nationalen Teuerung durch gesetzliche Spezialmaßnahmen in vollem Umfange zur Wirkung zu bringen sich ermöglicht haben. Die Entwickelung der bürgerlichen Welt, ihre Sammlungskämpfe vollziehen sich in der Sammlung wider das Koalitionsrecht. Ich kann diesen Gedanken nicht mehr ausführen, weil ich gemahnt werde, daß meine Redezeit abgelaufen ist. Aber ich möchte doch andeuten: in diesem Kampf, in dem die Großindustrie im Vordergrunde steht, die Junker erneut sich als die geschworenen Feinde des Koalitionsrechts entpuppen, hat auch das Zentrum, wenn es den sich verbreiternden Gegensatz zwischen Stadt und Land in seinen bürgerlichen Schichten überbrücken will, kein anderes Mittel, als diesen Weg zu beschreiten. In dieser für die Folge maßgebenden Beziehung sind die Fortschrittler genau so unsichere Kantonisten, wie die Liberalen überhaupt. (Sehr richtig!) Die Partei hat deshalb alle Veranlassung, ihre Wahlkämpfe, auch die Stichwahlkämpfe, mit möglichster Entschiedenheit zu führen und dafür zu sorgen, daß nichts geschieht, was die Energie unseres Klassenkampfes schwächen, Verwirrung in die Reihen der Arbeiter tragen kann. Auch von diesem Gesichtspunkte aus hätte die Dämpfung nicht erfolgen dürfen.

Scholich-Breslau: Wer die bisherigen Redner gehört hat, muß zu der Ansicht kommen, daß der Parteivorstand ganz isoliert dasteht. Mit Ausnahme des letzten Redners waren es wohl alles Vertreter von Wahlkreisen, die von der sogenannten Dämpfung betroffen wurden und man kann es deshalb begreifen, daß sie sich in scharfer Form gegen das Abkommen wenden. Auch in dem zu meinem Bezirke, den ich als Sekretär zu bearbeiten habe, gehörigen Kreise Liegnitz waren die Genossen nicht gerade erfreut darüber, daß sie dämpfen sollten. Wer die Verhältnisse kennt, wird mir zugeben, daß das für die Genossen dieses Kreises bedeutend schwerer war, als in anderen Kreisen, denn dort kandidierte der bekannte Stadtrat Fischbeck, und wer dann weiter den politisch verlumpten Freisinn im Liegnitzer Kreise kennt, dann wird man verstehen, daß es sehr schwer war, bei dem Abkommen ruhig zu bleiben und Disziplin zu üben. Aber trotzdem haben unsere Genossen, als sie sahen, um was es sich handelt, selbstverständlich Disziplin halten wollen, und erst dadurch, daß der Liegnitzer Freisinn selbst ausdrücklich erklärt hat, daß er mit dem Vorgehen seines Vorstandes und seines eigenen Kandidaten nicht einverstanden ist, sagten unsere Genossen: nun hört jede Rücksicht auf. Diejenigen Genossen, die da glauben, daß vielleicht ihr Wahlkreis ohne das Abkommen geholt worden wäre, sollten nicht vergessen, daß die Situation gerade durch das Abkommen eine ganz andere geworden war. Die Konservativen standen in diesen Kreisen mit Gewehr bei Fuß. Ja, noch mehr! Im Liegnitzer Kreise hat einer unserer schärfsten Junker, ein Rittergutsbesitzer, auf seine Kosten ein Flugblatt drucken und verbreiten lassen, worin aufgefordert wurde, auf keinen Fall eine Stimme für den Liberalen abzugeben. Der Liberale wurde als viel niederträchtiger hingestellt wie der Sozialdemokrat. Das bedeutet doch in der Praxis nichts anderes als eine Unterstützung unseres Kandidaten. Wäre die Situation aber so gewesen wie 1907, und wäre es nach dem Wunsch und Willen der Regierung gegangen, dann wären die bürgerlichen Parteien vereint gewesen und dann hätten die Genossen sich einmal umsehen sollen, wie weit sie gekommen wären und wie dann die Stimmenzahl unserer Gegner ausgesehen hätte. Genosse Schiller ist Redakteur der „Bergwacht" in Waldenburg. Ich habe mich damals gewundert, daß die „Bergwacht" von dem Stichwahlabkommen keine besondere Notiz nahm, obwohl sie in ihrem Verbreitungsbezirk zwei Wahlkreise hatte, die zu holen waren und bei deren einem es galt, ihn einem unserer erzreaktionärsten Junker, dem Freiherrn v. Richthofen, wegzunehmen, ich meine Schweidnitz-Striegau. Wenn er trotzdem geholt worden ist, so hat leider die „Bergwacht" daran kein großes Verdienst gehabt. Sie mußte ganz anders auftreten, sie mußte sich sagen, wir wollen das holen, was zu holen möglich ist, und das Unmögliche, den Wahlkreis Hirschberg, wollen wir lassen. Da durfte man die Person nicht so vor die Sache stellen. Ich habe mich gewundert, daß Schiller erst heute hier erklärt hat, daß ihm das Abkommen geschadet habe, während er auf der Konferenz der Pressevertreter und Bezirkssekretäre bald nach der Reichstagswahl in Berlin, an der er teilnahm, nichts gegen das Abkommen eingewendet hat. Von den 35 Kreisen in Schlesien wurden wie gesagt zwei von der Dämpfung betroffen, Hirschberg und Liegnitz. Die Hirschberger Genossen mit und durch ihren Kandidaten Schiller wenden sich dagegen. In dem anderen Kreise hat man sich, wenn auch nach einigen Mühen, ohne weiteres damit einverstanden erklärt, allerdings haben die Genossen den Wunsch ausgesprochen, daß möglichst bei späteren Abkommen diese Dämpfungstaktik vermieden werde. Selbst wenn man auf dem Standpunkt steht, daß die Dämpfung nicht eine besonders glückliche Taktik war, so kann man doch unmöglich sagen, der Parteivorstand hat die Sache nicht richtig angefaßt, weil er die Dämpfung mit hineingebracht

hat. Scheidemann sagte ganz richtig, daß außerordentliche Verhältnisse auch außerordentliche Mittel bedingen. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, wird jeder, der objektiv die Frage beurteilt, und nicht als Vertreter eines Wahlkreises, die von der Dämpfung betroffen wurden, anderer Meinung sein muß, zugeben, daß der Parteivorstand in der damaligen Situation gar nicht anders handeln konnte. Ich möchte auch betonen, daß man draußen im Lande das Stichwahlabkommen sehr gut verstanden hat. Ich bin in zirka 10 bis 12 Wahlkreisen meines weiteren Bezirks gewesen und einmütig haben die Genossen betont, das Abkommen war nicht nur richtig, sondern direkt eine politische Notwendigkeit, und man hätte dem Parteivorstand Vorwürfe gemacht, wenn er in dieser Situation anders gehandelt hätte. Aber auch in den übrigen schlesischen Bezirken war man derselben Meinung, wie mir mitgeteilt wurde. Wir Schlesier werden ja manchmal von den Parteigenossen im allgemeinen nicht für voll betrachtet. Sehr zu Unrecht, denn gerade bei uns in Schlesien ist der Hauptsitz des schwarzblauen Blocks. In Schlesien hat er noch seine festesten und sichersten Burgen. Aus Schlesien kommen die Heydebrands, die Richthofen, sogar der Knuten-Oertel. Dort ist der Kampf bedeutend schwerer als anderswo und gerade dort hat man daher auch das Abkommen ganz besonders als richtig anerkannt. Im Auftrage der Mehrzahl der schlesischen Genossen kann ich daher auch ohne weiteres dem Parteivorstand das Vertrauen aussprechen, und die Genossen wünschen, daß bei ähnlichen Situationen auch später ebenso verfahren wird, wie es diesmal der Fall gewesen ist. (Große Zustimmung.)

Um 5¼ Uhr läßt Vorsitzender Noske darüber abstimmen, ob die Debatte heute noch fortgesetzt oder die Verhandlung auf morgen vertagt werden soll.

Der Parteitag beschließt die Vertagung auf Donnerstag früh 9 Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 19. September 1912. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Noske** eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Die Aussprache über die Reichstagswahlen wird fortgesetzt.

Hierzu ist noch ein Antrag eingegangen von Lorenz und Stadthagen. Der Antrag gilt als genügend unterstützt.

Pieck-Steglitz: Ich hätte zu der vorliegenden Materie mich nicht zum Worte gemeldet, wenn nicht Scheidemann eine Aeußerung von mir zitiert hätte, die ich in einer Berliner Parteiversammlung zum Stichwahlabkommen getan habe. Scheidemann hat es für notwendig gehalten, zur Würzung seiner teilweise sehr launigen Rede die Nennung meines Namens mit einem angeblichen, in Berlin nicht mehr neuen Witze zu verbinden. Den Anlaß dazu gab ihm ein Berliner Genosse, der, obwohl er wußte, daß ich diese Aeußerung getan habe, dennoch danach fragte, und der infolge seiner früheren emsigen Tätigkeit ebenfalls in Berlin einmal Trumpf gewesen ist. Seitdem er Mitglied des Reichstags geworden ist, verhält er sich freilich sehr still in Berlin.

Bei der von Scheidemann zitierten Aeußerung ist zu berücksichtigen, daß er zitiert nach dem Wortlaut eines „Vorwärts"-Berichtes und ferner, daß diese Aeußerung eine Antwort war auf eine überschwengliche Einschätzung des Erfolges des Stichwahlabkommens durch den damaligen Vorstandsverteidiger. Genosse Braun konnte sich damals nicht genug tun in der Lobpreisung der Zertrümmerung des blauschwarzen Blocks durch das Stichwahlabkommen und

der Vorteile, die sich daraus für die Arbeiterschaft ergeben würden. Er knüpfte große Hoffnungen an die gemeinsame Tätigkeit von Freisinn und Sozialdemokratie im Reichstage und meinte dem Sinne nach, daß die Arbeiterschaft um diese Vorteile kommen würde, wenn das Stichwahlabkommen nicht bestanden hätte. Daraufhin habe ich gesagt, daß ich an solche Prophezeiungen nicht glauben könne, daß sich die Braunschen Hoffnungen nicht erfüllen werden, weil einmal auf den Freisinn kein Verlaß sei und weil wir trotz unserer 110 Mandate im Reichstage nicht imstande sein würden, als Minderheit wesentliche Verbesserungen der politischen und wirtschaftlichen Rechte und der Lage der Arbeiter herbeizuführen. Deshalb sei es falsch, erst solche großen Hoffnungen bei der Masse zu erwecken. Eine Enttäuschung der Massen würde die notwendige Folge sein, weil es uns in der kurzen Zeit nicht gelingen würde, die Massen von dem wirklichen Einfluß einer parlamentarischen Minderheit zu überzeugen. Ich habe vor allem ernste Bedenken gegen das Mittel erhoben, durch das unsere Mandatsziffer gesteigert worden ist. Wenn ich dabei von einer künstlichen Erschacherung der Mandate gesprochen habe, so mag diese Bezeichnung nicht gerade angenehm klingen, aber es ist doch Tatsache, daß um die Mandate der Wahlkreise, die wir dem Freisinn abgetreten haben, und über die, in denen uns die Freisinnigen unterstützen sollten, gehandelt worden ist. Die Mandate dieser Kreise wurden also Handelsobjekte.

Es darf sich bei unserem Wahlkampfe nicht um die Erlangung von Mandaten um jeden Preis handeln, auch nicht um das Mittel der „Dämpfung“. Ich denke dabei an die Worte Bebels, daß ihm 4 Millionen Stimmen und 50 Mandate lieber seien als 2 Millionen Stimmen und 100 Mandate. Darin liegt sicher keine Unterschätzung des Einflusses, den eine große Zahl von sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag ausüben kann, aber es soll damit zugleich ausgedrückt sein, daß Mandate nur auf dem Wege des politischen Kampfes erobert werden sollen.

Es handelt sich bei der Kritik des Abkommens nicht darum, daß ein Abkommen überhaupt abgeschlossen worden ist. Dagegen wird niemand etwas einzuwenden haben. Auch die Geheimhaltung wird man dem Parteivorstand unter den gegebenen Verhältnissen zugute halten können, weil er sich sagen mußte, daß das Abkommen eine Mißstimmung bei den Parteigenossen hervorrufen mußte und die vorzeitige Bekanntgabe der Dämpfungsklausel den ganzen Erfolg in Frage stellen konnte.

Es handelt sich bei der Kritik nur um die sogenannte Dämpfung, als dem eigentlichen Kern des Abkommens. Darüber, daß wir bei der Stichwahl durch gesteigerte Agitation versuchen müssen, recht viele Mandate herauszuholen, daß wir den Freisinn dort, wo wir ausgeschieden sind, gegen rechtsstehende Kandidaten unterstützen und daß wir ferner die Liberalen veranlassen müssen, im umgekehrten Falle uns zu unterstützen, und daß diese Verbindlichkeiten in einem Abkommen festgelegt werden, darüber besteht wohl kaum ein Streit in der Partei. Genosse Scheidemann hätte sich also einen Teil seiner Ausführungen ersparen können, ebenso die Hinweise auf die Artikel in der „Neuen Zeit“. Diese Artikel sprachen sich nur für ein Abkommen überhaupt aus, keineswegs aber für eine Dämpfungsklausel. Auch die Gegner des Abkommens sind derselben Meinung wie der Parteivorstand, daß alle Kräfte daran gesetzt werden müßten, um eine möglichst große Zahl von Mandaten herauszuholen. Ob aber das Mittel, das der Vorstand dabei anwandte, das richtige war, darüber haben die Genossen nachträglich zu urteilen. Ich bin der Meinung, daß ein solches Mittel nicht angewendet werden durfte. Ob ich deshalb vom Parteivorstand als unvernünftig oder als politisch unklug bezeichnet

werde, das muß ich schon seiner gütigen Beurteilung überlassen. Es ist ja auch von anderen Genossen ein absprechendes Urteil über das Abkommen gefällt worden. Dem Genossen Ledebour hat Scheidemann von der Tribüne aus ein Lob für seine verständige Beurteilung der politischen Situation während der Stichwahl ausgesprochen, aber auch Ledebour ist gegen die Dämpfungsklausel. Auch Genosse Kautsky rät von der Wiederholung eines solchen Mittels ab. (Zuruf von Pfannkuch: Kautsky war aber dabei!) Ja, wenn er seine Zustimmung zur Dämpfungsklausel gegeben hat und hinterher zu einer anderen Beurteilung kommt, so zeigt das nur die Tatsache, daß er sich inzwischen überzeugt hat, daß es nicht vorteilhaft ist, ein solches Mittel anzuwenden. Der Widerspruch der Genossen im Lande wird auch den Parteivorstand hoffentlich zu der Ueberzeugung gebracht haben, daß die Sache nicht wiederholt werden darf. Auf die Dämpfung und auf nichts anderes kommt es also bei der Debatte an. Es wird keiner verkennen, daß sich der Parteivorstand in einer außerordentlich schwierigen Situation befunden hat, wenn solche Dinge in kurzer Zeit entschieden werden müssen. Genosse Scheidemann hat zugegeben, daß auch dem Parteivorstand die Dämpfungsklausel unangenehm gewesen sei. Daß es besser gewesen wäre, wenn sie nicht nötig geworden wäre, daß aber der Parteivorstand darauf eingehen m u ß t e, weil sonst das Bündnis nicht zustande gekommen wäre und die Liberalen zu den schwarzblauen Blockbrüdern gegangen wären. So handelt es sich letzten Endes um die Frage, ob der Parteivorstand gezwungen war, die Dämpfungsklausel in das Abkommen aufzunehmen. Wenn die Liberalen zu den Schwarzblauen gegangen wären, so hätte uns das sicher weniger Mandate eingetragen, aber ein solches Vorgehen der Freisinnigen hätte zugleich noch mehr dazu beigetragen, den freisinnigen Wählern aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen die Augen zu öffnen über das ganze oppositionelle Getue der Fortschrittlichen Volkspartei. Jedenfalls hätte diese Tatsache keineswegs zur Mehrung ihrer Anhänger in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten beigetragen. Der Freisinn befand sich also in der größten Not, wenn er zu uns kam, und wir hatten gar keine Ursache, ihm soweit entgegenzukommen, wie wir es getan haben. Es wäre müßig, darüber zu streiten, ob nicht die Freisinnigen auch ohne Dämpfungsklausel ein Abkommen mit uns hätten abschließen müssen, um sich überhaupt als Oppositionspartei im Reichstag zu erhalten.

Bei einem Votum des Parteitages über das Abkommen kann es sich nur darum handeln, zum Ausdruck zu bringen, daß die Dämpfungsklausel nicht gutgeheißen wird und daß wir vor allen Dingen Wahlbündnisse auf Grund solcher und ähnlicher Mittel nicht wollen. Die eingereichte Resolution bringt in mildester Form zum Ausdruck, was die Gegner des Stichwahlabkommens unter unseren Parteigenossen bewegt. Sie spricht nur das Bedauern darüber aus, daß die Dämpfungsklausel in dem Abkommen enthalten war. Sie bringt also eigentlich nur zum Ausdruck, was auch der Parteivorstand hier zum Ausdruck gebracht hat, der die Dämpfung ebenfalls bedauert. Ich protestiere gegen die Ansicht, als ob in dieser Resolution etwa eine Herabsetzung des Parteivorstandes läge. Man müßte ihn schon als unfehlbar bezeichnen, wenn man schließlich seine Handlungen hinterher nicht kritisieren dürfte.

Ohne Gespensterseherei zu betreiben, ist aber noch zu bedenken, daß die Dämpfungsklausel nur eine Etappe auf dem Wege ist, auf dem auch die Verteilung der Mandate zwischen uns und den bürgerlichen Linksparteien bereits vor der Hauptwahl liegt. Wenn die bayerischen Genossen bei ihren Landtagswahlen zu einem solchen Mittel gegriffen haben, so können sie fast dieselben Argumente dafür anführen, die Scheidemann zur Verteidigung der Dämpfung

anführte. Auch sie wollten dem Willen des bayerischen Volkes in der Zusammensetzung des Landtages zum Durchbruch verhelfen, sie wollten zwar keinen schwarzblauen Block zertrümmern, aber doch die klerikale Machtstellung brechen. Auch sie betrachten dieses Mittel als politische Notwendigkeit, als ein außerordentliches Mittel in außerordentlicher Situation, als ein Produkt des Wahlsystems und der klerikalen Taktik. Sie sehen, daß dieselben Argumente auch zur Verteidigung des bayerischen Landtagswahlabkommens mit den Liberalen angeführt werden können. (Zunehmende Unruhe. Vorsitzender **Noske**: Aber Genosse Pieck, ich muß Sie doch aufmerksam machen, daß das bayerische Abkommen nicht zur Debatte steht!) Ich will nur beweisen, daß die Dämpfung nur eine Etappe auf dem Wege ist, den die bayerischen Genossen betreten haben, die nur einen Schritt weiter als der Parteivorstand gegangen sind, indem sie bereits vor der Hauptwahl die Mandate verteilten. (Neue Unruhe und Zurufe: Sie haben ja keine Ahnung, keine blasse Ahnung von den bayerischen Verhältnissen!) Gewiß, die Verhältnisse sind andere und ich maße mir kein Urteil darüber an, aber die Argumente Scheidemanns laufen auf genau dieselben Argumente hinaus, wie sie die bayerischen Genossen für die Verteilung der Mandate vor der Hauptwahl gebrauchten. Ich bitte, nicht auf diesem Wege fortzuschreiten, sondern der Parteitag möge zum Ausdruck bringen, daß er die Anwendung solcher Mittel zur Erlangung von Mandaten nicht will. Möge der Parteitag der Resolution zustimmen und für die Zukunft Richtlinien für das Vorgehen bei den Stichwahlen ziehen.

Pappenheim-Eschwege: Ich habe mich zum Wort gemeldet, um auf das Verhältnis der Reichstagswahl bei uns in Eschwege zu der in Nordhausen einzugehen, über das ja schon Scheidemann gesprochen hat. Es ist von vornherein schon festgestellt worden, daß der springende Punkt, um den es sich eigentlich hier handelt, gar nicht das Stichwahlabkommen im allgemeinen ist, sondern die Dämpfung, die man bei dieser Angelegenheit vorgenommen hat. Zu dieser Dämpfungsfrage möchte ich sagen, daß soweit wir mit Angehörigen des schwarzblauen Blocks in Stichwahl standen, das Eintreten der Liberalen für uns, d. h. der fortschrittlichen Parteioffiziere für uns ja eine Selbstverständlichkeit gewesen ist, nachdem sie sich in ihren Redensarten gegen den schwarzblauen Block in einer Weise festgelegt hatten, die ihnen ein Zurücktreten oder ein Eingehen auf die Erpressungsversuche zur Unterstützung der schwarzblauen Parteien unmöglich machen mußte. Diese Unmöglichkeit bestand und das Eintreten der liberalen Parteiführer für die Schwarzblauen war für sie unmöglich geworden. Die Stellungnahme der liberalen Parteiführer beeinflußt ja bei den zerfahrenen Parteiverhältnissen der Fortschrittler in Kurhessen die Masse der liberalen Wählerschaft; ein Umstand, der beim Abschluß von Abkommen nicht vergessen werden darf. Es ist so hingestellt worden, als ob Cohns Wahl in Nordhausen zurückzuführen ist auf die Unterstützung, die wir von den Liberalen in unserem Wahlkreise erhalten hätten. Es kann aber keine Rede davon sein, daß die Liberalen für uns eingetreten sind. Der fortschrittliche Kandidat Dr. Ohr erhielt im ersten Wahlgange 5800 Stimmen und kam nicht in die Stichwahl. Von diesen liberalen Wählern haben 4300 den Antisemiten in der Stichwahl gewählt, also vier Fünftel. Das Stichwahlabkommen hat also auf die liberalen Wähler unseres Kreises gar keinen Einfluß ausgeübt, denn diesen Zuwachs hatten wir früher auch ohne Abkommen. Die Dinge liegen anders. Auch wenn die Liberalen mit uns in Stichwahl gekommen wären, hätten wir doch gesiegt. Selbst dann, wenn der Parteivorstand auch für unseren Kreis eine Dämpfung beschlossen hätte, wäre unser Kandidat gewählt worden. Denn es liegen da Verhältnisse vor, die von unseren Parteitheoretikern studiert werden müssen. Es handelt sich

da um die den antisemitischen Kreisen nachlaufenden Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden und ihre Stellung zum Liberalismus. In der Wahlagitation wurde uns schon vor der Hauptwahl von den Antisemiten, nicht nur von einzelnen Personen, sondern auch von Bürgermeistern, Kriegervereinsvorsitzenden usw. erklärt: „Wenn Sie (wir Sozialdemokraten) mit dem Liberalen in die Stichwahl kommen, dann wählen wir (die Antisemiten) Mann für Mann den Sozialdemokraten." (Hört! hört!) Die Antisemiten wählen bei uns genau so wie in Nordhausen und in einer ganzen Reihe hessischer Wahlkreise viel lieber den Sozialdemokraten als den Liberalen. (Hört! hört!) Die ganze Erziehung, die sie durch den Bund der Landwirte erhalten, dessen Kampf sich mehr gegen die Liberalen als gegen uns richtet, führt dieses Verhältnis herbei. (Hört! hört!) Nun noch eins, woran der Parteivorstand nicht schuld ist. Eine Verbreitung des beim Stichwahlabkommen vereinbarten Aufrufs der Liberalen war in der regelmäßig erscheinenden Presse des Wahlkreises nicht möglich. Die bürgerlichen Blätter weigerten sich bis auf wenige Ausnahmen, selbst diesen negativen Wahlaufruf der Fortschrittlichen Volkspartei zu verbreiten. Die Fortschrittler hätten nach dem Stichwahlabkommen für uns eintreten müssen. Die fortschrittliche Kreisleitung berief aber zwischen Haupt- und Stichwahl eine Generalversammlung ein und diese empfahl den Wählern keine bestimmte Parole, sondern jeder solle selbst entscheiden. Es besteht also ein direkter Gegensatz zwischen der bürgerlichen Parteileitung im Kreise und der Parteileitung in Berlin. Das sind Zustände, wie sie nur bei den Liberalen möglich sind. Um die Sache auf die Spitze zu treiben, haben liberale örtliche Parteiorganisationen in den Kreisblättern und durch Flugblätter im Kreise einen Beschluß verbreitet, der besagte, daß die Liberalen Mann für Mann den Antisemiten wählen sollten. In Berlin beschließt also der liberale Parteivorstand ein Stichwahlabkommen, nach dem wir unterstützt werden sollen, und im Wahlkreise setzen sich einzelne Orte hin und beschließen das Gegenteil. Diese gegenteilige Erklärung ist selbstverständlich in den bürgerlichen Blättern des Kreises aufgenommen worden, während die andere verweigert wurde. Unser Parteivorstand kann natürlich nichts für diese Zerfahrenheit im bürgerlichen Lager, weil ja die liberalen Leute in Berlin auf — ihre eigenen Angehörigen keinen Einfluß haben. Also haben derartige Abkommen, abgesehen von den theoretischen Gründen, die dagegen sind, auch in Praxis einen Haken. Wir bitten um Annahme der Duisburger oder Elberfelder Resolution, damit der Parteivorstand eine Richtschnur hat und sich vor solchen Stichwahlabkommen in Zukunft hütet.

Vorsitzender **Noske**: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Es sind noch 24 Redner gemeldet. (Hört! hört! und Unruhe.)

Für den Schluß spricht niemand, gegen den Schluß Dr. **David**.

Der Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Otto **Braun**-Berlin: Pieck hat auf die Ausführungen hingewiesen, die ich in diesem Frühjahr in der Generalversammlung von Groß-Berlin gemacht habe, er hat gesagt, ich hätte in der Versammlung ausgeführt, daß man sich von dem Zusammenarbeiten mit den Freisinnigen Großes versprechen könne. Ich habe nach dem fast stenographischen Bericht des „Vorwärts" in meiner Rede nur einmal von einem Zusammenarbeiten mit den Parteien der Linken gesprochen, und zwar habe ich gesagt: „Der Parteivorstand hat in keinem Stadium der Verhandlungen über das Abkommen daran gedacht, daß er dadurch einen Block der Linken schaffen werde, selbst von einer zeitweiligen Arbeitsgemeinschaft ist bei den Verhandlungen mit keinem Worte gesprochen worden. (Hört! hört!)

Allerdings waren wir der Ansicht, wenn es gelang, durch das Abkommen den schwarzblauen Block zu zertrümmern, uns eine möglichst hohe Mandatszahl zu sichern und die Fortschrittler von der Rechten vollständig loszureißen, so würde das auf die politische Konstellation im Reiche nicht ohne Einfluß bleiben." Das ist das einzige, was ich in bezug auf diese Angelegenheit gesagt habe. Ich weiß nicht, wie Pieck da herauslesen kann, daß ich mir von dem Zusammenarbeiten mit den Freisinnigen große Dinge versprochen habe.

Wels-Berlin: Pieck sagte, Scheidemann habe die Gelegenheit zu einem Witz gegen ihn durch einen Zwischenruf erhalten, den ein Berliner Genosse gemacht habe. Das ist richtig, der Genosse bin ich gewesen. Ich habe aber den Zwischenruf nicht gemacht, um meine Neugier zu befriedigen, sondern um dem ganzen Parteitag die Kenntnis zu übermitteln. Wenn er weiter sagte, daß ich selbst in Berlin einmal Trumpf sein wollte, so will ich ihm sagen, daß diese Absicht bei mir nicht vorhanden gewesen ist. Wenn er aber daran die Aeußerung knüpfte, ich sei stiller geworden, so ist das eine Täuschung, die mir verständlich erscheint, die aber nur darauf zurückzuführen ist, daß Pieck noch nicht lange in Berlin ist und daß bei seiner überragenden Person alle anderen naturgemäß in den Hintergrund treten müssen. (Stürmische Heiterkeit.)

Vorsitzender **Noske**: Es ist folgende Erklärung eingegangen:

„Die unterzeichneten Delegierten des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg können sich mit den Ausführungen des Genossen Pieck zum Stichwahlabkommen nicht einverstanden erklären. Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, teilen sie dem Parteitage mit, daß Genosse Pieck nicht von Bremen, sondern von Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg delegiert ist. Mohs, Frau Röhl, Frau Böhm, Thurow."

Wicklein-Nordhausen: Scheidemann hat den Nordhäuser Genossen den Vorwurf gemacht, daß sie mit Hilfe der Antisemiten grundsätzliche Politik getrieben hätten. Er hat dafür absolut keinen Beweis. Es wäre auch besser gewesen, er hätte gesagt, um was es sich im Falle Nordhausen handelt, anstatt in einer Art und Weise über unseren Wahlkampf zu sprechen, die den Gegnern nur Material bieten. (Zuruf: Das ist nicht persönlich!) Ja, aber erst das Wort abschneiden und dann —

Vorsitzender **Noske**: Das war keine persönliche Bemerkung.

Wiehle-Nordhausen: Scheidemann hat gestern den Kreis Nordhausen angegriffen und erklärt, daß das Mandat nur durch die Antisemiten gewonnen sei. Er hat aber nicht gesagt, welche Folgen das für die einzelnen leitenden Personen in Nordhausen gehabt hat. Ich möchte nur auf eins aufmerksam machen. (Noske: Sie dürfen eine persönliche Bemerkung nur machen, wenn Sie auf Ausführungen antworten wollen, die gegen Ihre Person gerichtet sind.) Gewiß, die Ausführungen von Scheidemann waren ja gegen uns gerichtet. (Noske: Ich kann mich nicht erinnern, daß Scheidemann Ihren Namen genannt hat.) Dann will ich nur noch darauf hinweisen, daß sich Scheidemann selbst desavouiert hat, er hat in Jena eine andere Parole ausgegeben, die lautete: . . .

Vorsitzender **Noske**: Das ist nicht persönlich!

Pieck: Zu der Berichtigung von Braun habe ich nur zu bemerken, daß der „Vorwärts"bericht in seiner Aufmachung nicht ganz der Stimmung entspricht, aus der heraus Braun seine Ausführungen gemacht hat. Wer die Generalversammlung in Groß-Berlin damals besucht hat, der wird finden, wenn er den „Vorwärts"bericht über die Ausführungen des Genossen Braun durchliest, daß dieser nur einen ganz nüchternen Eindruck gegenüber der Lobpreisung macht, die Braun damals über den Erfolg des Stichwahlabkommens angestimmt hat. Dem Genossen Wels habe ich nicht den Vorwurf gemacht, daß er Trumpf sein wollte, sondern ich habe gesagt, daß er infolge seiner früheren emsigen Tätigkeit Trumpf war in Berlin. Zu der Zensur, die hier soeben von einigen Teltower Delegierten meinen Ausführungen erteilt worden ist, möchte ich nur sagen, daß diese Genossen gar nicht kompetent sind, meine Rede vor dem Parteitag zu zensieren. Ich bin von der Kreisgeneralversammlung gewählt worden, obwohl den Genossen meine Stellung zum Stichwahlabkommen bekannt war; ich habe mich also nur vor der Kreisgeneralversammlung zu verantworten. Die Genossen haben gar kein Recht zu einer solchen Erklärung; es ist eine Anmaßung von ihnen.

Feller-Teltow-Beeskow: Obwohl unter der Erklärung aus Teltow-Beeskow meine Unterschrift nicht steht, und zwar aus dem Grunde, weil ich nicht anwesend war als Pieck sprach, erkläre ich, daß ich, nachdem mir mitgeteilt ist, was er gesagt hat, meine Unterschrift ebenfalls gegeben haben würde. (Hört! hört! und Heiterkeit.)

Otto **Braun**: Wenn Pieck nur gesagt hätte, daß auf der Generalversammlung in Groß-Berlin die Stimmung eine andere gewesen ist, so hätte ich keine Gelegenheit genommen, darauf zu erwidern. Er hat aber erklärt, ich hätte in Berlin ausgeführt, daß ich das und das von den Freisinnigen erwarte. Ich habe ihm nachgewiesen, daß das nicht der Fall ist, und ich hätte erwartet, daß er offen erklärt hätte, daß er sich geirrt hat. Das wäre loyal gewesen. (Sehr richtig!) Welche Beweggründe ihn geleitet haben, habe ich nicht vernommen, aber ich kann Pieck sagen, daß ich damals bei der Verteidigung des Abkommens in sehr guter Stimmung gewesen bin, wie auch heute noch. (Große Heiterkeit.)

Hiermit sind die persönlichen Bemerkungen erledigt.

Das Schlußwort erhält

Scheidemann: Die Ausführungen der Genossen aus Nordhausen kann ich mit dem einen Satze abtun, daß sie mir Aeußerungen unterstellt haben, die ich gar nicht gemacht habe. Ueber des Genossen Pieck Rede glaube ich zur Tagesordnung übergehen zu können nach den Erklärungen, die hier abgegeben worden sind, namentlich aber nach den Feststellungen von Braun. Ich bedauere sehr den Schluß der Debatte. (Sehr richtig!) Denn die Ausführungen waren großenteils recht einseitiger Art. Es ist ja verständlich, daß die Genossen, die mit dem Liberalismus zu tun haben, gleichviel woher sie kommen, immer der felsenfesten Ueberzeugung sind, daß gerade s i e mit der schlimmsten Art des Liberalismus zu tun haben. Das ist meistens so: der Gegner, mit dem man zu tun hat, ist der abscheulichste, und gemeingefährlichste. Dem Genossen Cohn gegenüber bin ich in einer schweren Lage. Er ist ein geschickter Advokat, und ich bin seit einem Jahre nur noch ein Bureaukrat. (Große Heiterkeit.) Er ist mir also über. Aber er hat mir unrecht getan. Es ist mir durchaus nicht eingefallen, über seinen Namen Witze zu machen. Sollte durch einige Wendungen dieser Anschein erweckt worden sein, so erinnere ich Sie an die Tatsache, daß ich von den mehr als 29 Jahren, die ich jetzt in der Partei bin, beinahe 20 Jahre lang im Spezialkampfe gegen den Antisemitismus gestanden habe. Meine Tätigkeit, besonders in Hessen, sollte mich davor schützen, daß man mir antisemitische Neigungen unterstellt. Cohn hat in sehr geschickter Weise die Dinge zu verschieben verstanden; er hat weniger über meinen sachlichen Nachweis, daß das Stichwahlabkommen nur möglich war, indem wir die Dämpfung mitschluckten, geredet, als vielmehr darüber, wie schlimm die Freisinnigen gerade in Nordhausen sind. Das nehme ich ihm nicht besonders übel; aber die Situation ist dadurch wesentlich verschoben worden. Ich habe nicht, wie es

nach der Rede des Genossen Cohn den Anschein erwecken mußte, das, was ich über die Agitation der Kriegervereine gesagt habe, etwa aus Wahlakten entnommen, sondern ich habe ausdrücklich gesagt, daß wir in der Presse gelesen haben, wie es da zugegangen sein soll. Ich bin natürlich nicht in der Lage, alle Mitteilungen der Presse auf ihre absolute Richtigkeit zu kontrollieren. Bestimmt habe ich nur gesagt, daß, wenn die Dämpfung nicht zustande gekommen wäre, Kriegervereinler und Antisemiten wohl unter keinen Umständen für einen sozialdemokratischen Kandidaten ins Feuer gegangen wären. Dann hat Genosse Cohn sehr übertrieben, wenn er von einem „Totschlagen der Organisation" gesprochen hat. Als ob durch unser Abkommen die Organisation in Gefahr geraten wäre! Sonst hören wir immer, daß die Massen viel klüger sind als die sogenannten Führer und immer das Richtige finden, und nun sollen auf einmal die Massen, weil sie irre geworden sind oder aus lauter Bosheit der Organisation entfliehen? Natürlich kann davon gar keine Rede sein. Die Dämpfung ist angegriffen worden, aber keiner von allen Genossen, die dagegen gesprochen haben, hat uns gesagt, wie wir es anders hätten machen sollen. (Lebhafte Zustimmung. Ein Zuruf: Ablehnen!) Wer da sagt „ablehnen", der hat immer noch nicht verstanden, um was es sich damals gehandelt hat. (Sehr wahr!) Ich habe doch gestern ausgeführt, in welcher Situation wir standen. Das Volk hatte am 12. Januar klar und deutlich bekundet, was für einen Reichstag es haben wollte; am 13. Januar aber gingen schon die Fälschungsversuche und Betrügereien der Volksfeinde los. Das Volk wäre betrogen worden, wenn wir mit unserem Abkommen nicht dazwischen gekommen wären. (Sehr richtig!) Glauben Sie denn, wir wären den Freisinnigen gegenüber in einer besonders angenehmen Situation gewesen? Nein, nach der Parole, die wir in Jena ausgegeben hatten, waren wir das nicht. Die Freisinnigen kannten doch die Jenenser Resolution; sie wußten, daß wir durch einen Parteitagsbeschluß gefesselt waren, und daß wir selbst dann für sie stimmen mußten, wenn sie im übrigen mit der Reaktion verhandelten. (Sehr wahr!) Das muß man doch berücksichtigen. Im übrigen bin ich der Meinung daß meine schöne Rede so überzeugend hätte sein müssen, daß gar keiner von Euch hätte dagegen reden sollen. (Stürmische Heiterkeit.) Ich habe mir die größte Mühe gegeben, Euch alle zu überzeugen, und nun gibt es doch noch Genossen, die es nicht glauben wollen. (Erneute Heiterkeit.) Ich habe dem, was ich gestern in ausführlicher Weise vorgetragen habe, nichts mehr hinzuzufügen. Ich meine aber auch, das hätte vollständig genügen müssen. Ich habe nachgewiesen, daß wir glaubten im Interesse der Arbeiterklasse, besonders auch im Interesse der Partei zu handeln, und daß wir so handeln mußten, wie wir gehandelt haben. (Sehr richtig!) Deshalb wäre es falsch, wenn Sie eine Resolution annehmen wollten, die eine bestimmte Klausel des Abkommens bedauert. Wir brauchen aber auch keine Resolution, durch die es ausdrücklich gebilligt wird. Warum müssen wir immer Resolutionen annehmen? (Sehr richtig!) Wir verdienen kein Lob, denn wir haben nur unsere Pflicht und Schuldigkeit getan, wir verdienen aber auch nicht den leisesten Tadel; deshalb bitte ich Sie, über alle Resolutionen zur Tagesordnung überzugehen. (Bravo!)

Der Parteitag geht über die zu diesem Punkte vorliegenden Resolutionen und Anträge mit großer Mehrheit *zur Tagesordnung über.*

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Unter Abänderung der Tagesordnung wird mit Rücksicht auf einen Wunsch des Referenten der Punkt

Bergarbeiterschutz

vorweggenommen.

Hierzu liegt die Resolution 199 vor:

Referent **Hue**: In den letzten Monaten haben sich die Grubenunglücksfälle in einer solchen Weise vermehrt, daß die Oeffentlichkeit wohl oder übel Notiz davon nehmen mußte. Es müssen abermals Erörterungen gepflogen werden, wie der Schutz der Bergarbeiter verbessert werden kann. In den letzten Wochen haben sich mehrere größere Katastrophen, die zahlreichen, im Falle „Lothringen" sogar über 100 Arbeitern das Leben gekostet haben, ereignet. Größere Grubenunfälle ereigneten sich außerdem auf Zeche „Osterfeld" bei Oberhausen, „Alma" bei Gelsenkirchen, „Segen Gottes" in Niederschlesien, „Westend" bei Duisburg und vorgestern hat auch im Staßfurter Salzbergwerk eine schwere tödliche Explosion stattgefunden. Es ist unzweifelhaft, daß diese Häufung der Katastrophen in einem ursächlichen Zusammenhang mit der stürmischen Hochkonjunktur in der Industrie steht. Wenn eine Massenkatastrophe sich ereignet und die sozialdemokratische Presse kritische Bemerkungen daran knüpft, so wird uns von der Werkspresse und auch von der Regierungspresse erklärt: „Grubenkatastrophen können wir nicht alle verhindern, das wird auch im sozialdemokratischen Zukunftsstaat nicht möglich sein." Dieses Mätzchen ist kennzeichnend für den Charakter der Leute, die es verbreiten.

Wir haben niemals behauptet, daß es möglich sei, alle Grubenunglücke zu beseitigen. Was wir behauptet haben und was nachweisbar ist, das ist, daß durch eine gründliche Reform der Betriebseinrichtungen und der Betriebsmethode die Menge der Verunglückungen im Bergbau ganz bedeutend zu vermindern ist. Seit August Bebel auf dem Arbeitervereinstag in Gera 1867 die Bergarbeiterverhältnisse anläßlich des Grubenunglücks bei Lugau, bei dem 100 Menschen zu Tode kamen, und dann in besonders eindringlicher Weise Liebknecht 1880 im sächsischen Landtag das große Grubenunglück bei Zwickau besprach, haben wir immer wieder von den Grubeninteressenten hören müssen: „Es ist nicht mehr zu tun für Bergarbeiterschutz; alles, was geschehen kann nach menschlichem Ermessen, ist geschehen." Was sehen wir heute? Wir haben heute die Erfahrung, daß gerade diejenige Unglücksursache, die den Bergbaugefahren nach außenhin ihr Gepräge gibt, die tödliche Schlagwetterexplosion, ganz bedeutend vermindert worden ist. Als Liebknecht und Bebel vor 35 und 40 Jahren über diese Unglücksursache sprachen, da waren jährlich zwei bis drei pro tausend Bergleute durch Schlagwetter tödlich verunglückt im sächsischen Bergbau. Jetzt haben wir in manchen Jahren überhaupt keine tödlichen Schlagwetterunfälle im sächsischen Bergbau zu verzeichnen gehabt. Während vor 30 bis 40 Jahren im preußischen Bergbau oft zwei bis drei Bergarbeiter pro Tausend durch Schlagwetterunfälle tödlich verunglückten, kamen hier in dem Jahrzehnt 1901 bis 1910 nur noch 0,25 tödliche Verunglückungen durch Schlagwetter vor. Es ist wesentlich, festzuhalten, daß es überhaupt falsch ist, die Gefährlichkeit des Bergbaues, die Gefährdung des Bergarbeiterlebens nach den Massenkatastrophen zu beurteilen. In den letzten vier Jahren sind im deutschen Bergbau durch Grubenunglücke sofort getötet worden 7059 Menschen. (Hört! hört!) Von diesen sind nur 408, also 5 bis 6 Proz., bei Massenkatastrophen getötet worden. Das ist von großer Wichtigkeit, weil sich nur an diese Massenkatastrophen in der Regel eine öffentliche Erörterung knüpft und man danach Hilfsaktionen in die Wege leitet. Aber um die vielen, vielen Tausende, die einzeln getötet werden, von denen täglich 3 bis 4 im deutschen Bergbau ihr Leben lassen müssen, die vielen einzelnen Menschen, die unter brechendem Gestein und stürzenden Kohlen ihr Leben aushauchen müssen, um die kümmert sich kaum eine Lokalblattnotiz. (Sehr wahr!) Darauf kommt es aber an. Ich werde gleich zeigen, in welch ungeheurer Zahl gerade solche Unglücksfälle vorkommen. Nur wenn Dutzende oder über hundert Bergmannsleichen zutage geschafft

werden, dann tritt die öffentliche Erörterung ein, dann bemüht sich die Bergbehörde, durch Untersuchungen und neue Bergpolizeivorschriften dem öffentlichen Drängen gerecht zu werden. Ich könnte nachweisen, daß alle irgendwie bedeutsamen Bergpolizeiverordnungen erst ergangen sind, nachdem sich eine erhebliche Grubenkatastrophe ereignet hat, und dann erst, nachdem die Fachpresse, die Arbeiterpresse, den Zusammenhang dieser Katastrophen mit den Grubenmißständen nachgewiesen hatte. Und weiter nachgewiesen hatte, daß diese Mißstände der Bergbehörde schon längst bekannt sein mußten. Dann erst ist der Versuch gemacht worden, durch neue Bergpolizeiverordnungen dem Blutstrom ein Hemmnis entgegenzusetzen. Aber an dem Kern des Uebels wird nicht getastet. (Sehr richtig!) An den Kern des Uebels geht man mit dem dicken Band von Bergpolizeiverordnungen, der bald zu dem Umfang einer Bibel angeschwollen ist, nicht heran. Daher kann man ruhig sagen: Fast ununterbrochen schwillt im deutschen Bergbau der Blutstrom an. Nur ein paar Ziffern: Im Jahre 1886 sind pro 1000 Bergarbeiter in Deutschland 6,60 schwer oder tödlich verunglückt, im Jahre 1911 aber pro 1000 14,57. (Hört! hört!) Während 1886 auf 1000 Bergarbeiter in ganz Deutschland 65,45 Unfälle angemeldet wurden, waren es 1911 136,74. (Hört! hört!) Allein von 1886 bis einschließlich 1911 haben sich im deutschen Bergbau 59 978 Unfälle schwerer und tödlicher Art ereignet, und allein 31 288 Menschen sind in dieser Zeit sofort tödlich verunglückt. (Hört! hört!) Die meisten Unglücksfälle haben Menschen betroffen, die im besten Mannesalter standen. Ich habe eine Aufstellung gemacht; danach sind 1911 von den im Ruhrgebiet gestorbenen und verunglückten Bergleuten 74 Proz. nicht einmal ganz 45 Jahre alt gewesen. Der beste Teil der Volkskraft, die kräftigsten Arbeiter gerade werden durch dieses mörderische Betriebssystem dahingerafft, und was das für unsere Volkswirtschaft bedeutet, kann sich jeder ausmalen.

Ich möchte mich nun speziell zu der Katastrophe auf Zeche „Lothringen" wenden, die ja durch den Besuch des Kaisers auf der Unglücksstätte zu einer Weltsensation gemacht worden ist. Selbstredend haben die Werksorgane sich beeilt, gerade diese Zeche zu einer Mustergrube zu ernennen. Selbstredend sind wir aber auch dadurch erst recht angeregt worden, die Zustände auf dieser „Mustergrube" näher zu untersuchen, um an diesem Falle die Unhaltbarkeit des heutigen Betriebssystems nachzuweisen. Am 8. August d. J., etwa um 9¼ Uhr morgens, ereignete sich durch Wetterschlag eine Massenkatastrophe auf Zeche „Lothringen", der 115 Menschen zum Opfer gefallen sind. Schon am Nachmittag des anderen Tages kam der Kaiser, der der Feierlichkeit auf der Kruppschen Villa Hügel beiwohnte, auf die Zeche, und nach dieser kurzen Frist war die Bergbehörde schon angeblich in der Lage, dem Kaiser einen authentischen Bericht über den Explosionsherd und die Unglücksursache zu erstatten. Der Bericht ging dahin, daß, auch abgesehen von dem Ort des Unglücks, das Selbstverschulden eines oder mehrerer der Getöteten nachgewiesen sei. Ein klerikales Organ in Bochum schrieb den Werksorganen nach, daß nach menschlichem Ermessen auf der Zeche „Lothringen" alles nur mögliche getan worden sei für die Sicherheit und Ordnung des Betriebes, viel mehr noch als die gesetzlichen Bestimmungen erforderten. Was hat nun die nach dem Kaiserbesuch fortgeführte amtliche Untersuchung ergeben? Wir müssen diesen Fall, um dessentwillen näher besprechen, weil durch die Berichterstattung an den Kaiser und die daran geknüpften Bemerkungen der Werkspresse usw. der Versuch der Werksinteressenten geglückt ist, die öffentliche Meinung zu überzeugen, daß auf der Zeche „Lothringen" in der Tat alles in musterhaftem Zustand und das Unglück sehr wahrscheinlich, wenn nicht sicher, auf ein Verschulden der Getöteten zurückzuführen sei, ergo wäre eine Verstärkung des Bergarbeiterschutzes

nicht nötig! (Hört! hört!) Was hat die Untersuchung ergeben? Ich wundere mich — oder ich wundere mich auch nicht! — daß man diese Untersuchungsresultate nicht ebenso eiligst der Oeffentlichkeit unterbreitet hat, wie man so schnell nach der Katastrophe dem Kaiser Bericht erstattete und dabei die Verunglückten der Verursachung des Unglücks beschuldigte. Ich habe durch eingehende Besprechungen mit Fachleuten, die Bescheid wissen, folgendes ermittelt:

Nach dem Bericht der „Kölnischen Zeitung", zweite Morgenausgabe vom 10. August 1912 hat der Bergrevierbeamte Bergrat Dobbelstein dem Kaiser am 9. August erklärt, die Explosion sei 1600 Meter vom Schacht entfernt, auf der dritten Sohle im Querschlag, entstanden. Eine Berichtigung der Zechenverwaltung, abgedruckt im „Vorwärts" vom 20. August 1912, gibt auch als unzweifelhaftes Resultat der amtlichen Feststellungen an, der Explosionsherd befinde sich im 4. Abteilungsquerschlag der 3. Sohle. Bergrat Dobbelstein hat nach der „Kölnischen Zeitung" dem Kaiser über die Ursache der Katastrophe folgendes vorgetragen:

„Beim Sprengen des Gesteins sind durch Dynamitschüsse Schlagwetter, die aus dem Gestein heraustraten, freigelegt und entzündet worden. Diese Schlagwetter waren bereits vorher festgestellt worden. Es war sofort der Auftrag gegeben worden, diese Schlagwetter durch geeignete Maßnahmen zu beseitigen und erst dann wieder in der Gesteinssprengung fortzufahren. Trotzdem der Betriebsführer diesen Auftrag ausdrücklich gegeben hatte und auch ein Beamter zur Stelle war, ist kurze Zeit darauf doch geschossen worden. Es konnte nun festgestellt werden, daß die Mannschaft in diesem Betriebspunkte die Wetterführung zwar verbesserte, aber nicht lange genug wartete, bis sich die Schlagwetter derart verdünnt hatten, daß sie beim Gesteinsschießen nicht mehr gefährlich werden konnten."

Nach mir gewordenen sachverständigen Mitteilungen soll aber der Kaiser über den Ausgangspunkt der tödlichen Katastrophe und über ihre Ursachen unrichtig, weil voreilig berichtet worden sein. Es muß überhaupt die Schnelligkeit und Bestimmtheit, mit der die für die Verunglückten schwer belastende amtliche Auskunft gegeben wurde, frappieren, wenn man sich nur erinnerte, wie sehr lange es in der Regel nach großen Grubenkatastrophen dauert, bevor die Bergbehörde mit einem bestimmten Urteil über die Entstehungsursachen der Katastrophen vor die Oeffentlichkeit tritt. Wie ich in Erfahrung brachte, haben die nach dem 9. August fortgesetzten sorgfältigen Untersuchungen mehrere Anhaltspunkte dafür ergeben, daß der Explosionsherd wahrscheinlich nicht in dem dem Kaiser so bestimmt genannten Betriebspunkt zu suchen ist, sondern viel eher in einer anderen Bauabteilung, und zwar eine halbe Sohle tiefer, mehrere 100 Meter entfernt davon, auf Ort 5 in Flöz G. In dem von der Bergbehörde als Explosionsherd bezeichneten Querschlag sind nur unwesentliche Zerstörungen angerichtet worden; so hingen die aus Blech bestehenden Luftzuführrohre (Lutten) von zirka 40 Zentimeter Durchmesser nach der Katastrophe noch unbeschädigt an den Aufhängedrähten, während bei solchen Katastrophen gerade die Lutten am leichtesten zerstört werden. Ferner standen die Förderungen noch auf den Schienen, während, wenn hier die Katastrophe ihren Ausgang genommen hätte, die Wagen wüst durcheinander geworfen worden wären. Auch befand sich der Ausbau des betreffenden Arbeitspunktes 30 bis 40 Meter zurück noch in Ordnung. Außerdem besagten bestimmte Angaben der Beteiligten, daß zirka 1 Stunde vor der Katastrophe in dem fraglichen Querschlag die Sprengarbeiten vollendet gewesen seien. Die Art der Auffindung der hier Getöteten sowie der Zustand ihrer Kleider spricht ebenfalls gegen die Behauptung, daß der Explosionsherd im 4. Abtei-

lungsquerschlag der 3. Sohle ist. Ein wesentlicher Teil dieser Untersuchungsergebnisse konnte der Zechenverwaltung, als sie in einer ihrer Berichtigungen an die Presse kategorisch jenen Querschlag als den Explosionsherd bezeichnete, nicht unbekannt sein.

Dagegen sprechen für Ort 5 in Flöz G als den wirklichen Explosionsherd folgende Umstände: In der Strebe zwischen Ort 4 und 5 ist das Kohlenflöz G5 bis 5 Meter dick, während es sonst nur 1,20 Meter Mächtigkeit besitzt. Gebirgsverschiebungen sind die Ursachen. Die beim Abbau dieser dicken Kohle entstandenen großen Hohlräume sind zum Teil offen geblieben und sammelten sich hier naturgemäß die explosiblen Grubengase an. Ferner standen in der oberen Seite der Strecke, die infolge des Kohlenraubens viel höher lag als der normale Querschnitt der Strecke, ebenfalls Schlagwetter, gleichfalls im Bremsberg. Diese Gase konnten infolge ungenügender Luftzufuhr nicht regelmäßig beseitigt werden. Zehn bis zwölf Meter von den mit Gasen gefüllten Hohlräumen entfernt wurde ein Bremsberg angesetzt, in dem geschossen werden mußte. Ob nun durch die Stichflamme eines Schusses oder wie sonst die Wetter entzündet worden sind, kann vielleicht durch eine eingehende fachmännische Untersuchung noch festgestellt werden. Daß hier die Explosion ihren Ausgang genommen hat, dafür spricht die Art der Auffindung der sogenannten Koksperlen (Kokskrusten). Im Auftrage der Knappschafts-Berufsgenossenschaft sind vorjährig experimentelle Versuche über die Explosivität des Kohlenstaubes angestellt worden. Hierbei wurde die alte Erfahrung bestätigt, daß sich die während einer Explosion bildenden „Koksperlen“ auf der der Explosionsrichtung entgegengesetzten Seite des Grubenstreckenausbaues ansetzen. Diese Beobachtung wurde nun auch auf dem uns als den wirklichen Explosionsherd bezeichneten Ort 5 in Flöz G und im Bremsberg gemacht. Die an dieser Stelle eingetretenen großen Verheerungen zeigen ebenfalls, daß die Katastrophe hier am stärksten gewirkt haben muß, was gleichfalls die Annahme bestärkt, daß der Explosionsherd hier zu suchen ist.

Ich habe durch die eingehende Besprechung mit einer Reihe von Fachleuten die Ueberzeugung gewonnen, daß die nach dem 9. August, dem Tage des Kaiserbesuchs auf der Unglückszeche, fortgeführten Untersuchungen über die Lage des Explosionsherdes mindestens ganz erhebliche Zweifel hervorrufen müssen. Man hätte seitens der Bergbehörde, in Erinnerung an frühere Erfahrungen, dem Kaiser nur einen weniger bestimmten Bericht über den mutmaßlichen Unglücksherd erstatten sollen, und hätte vor allen Dingen nicht die Verunglückten in so prägnanter Weise mit dem schweren Makel der Selbstverschuldung belasten dürfen. Diese schwere Beschuldigung der Katastrophenopfer in dem Bericht an den Kaiser muß um so erbitternder, insbesondere auf die Hinterbliebenen, wirken, weil sie die zechenoffiziell immer wieder vertretene Behauptung, für den Bergarbeiterschutz sei alles menschenmögliche geschehen, vor der höchsten Regierungsstelle noch besonders bekräftigt. Dies muß um so mehr der Fall sein, als die Berichterstattung an den Kaiser als der höchstgestellten Person im Reiche doch nicht ohne Einfluß auf die Reichsgesetzgebung sein kann. Wir haben deshalb alle Pflicht, diesem Fall mit aller Energie nachzugehen und alle Konsequenzen auf uns zu nehmen, die daraus folgen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wenn man die Berichtigungen der Zechenverwaltung an die Tagespresse, z. B. an den „Vorwärts“ näher ansieht, dann trifft man auch Behauptungen, die einer kritischen Betrachtung nicht standhalten. In einer Berichtigung im „Vorwärts“ wird zugegeben, daß an dem betreffenden Punkte Schlagwetter gestanden hätten, und man habe dort geschossen. Nun ist aber nach § 217 der Bergpolizeiordnung die Schießarbeit am Betriebspunkt, wo Schlagwetter auftreten, überhaupt verboten, und zwar mindestens so lange, bis durch geeignete Vorkehrungen die explosiblen Gase vollständig beseitigt sind. Der Sicherheitsmann der Unglückszeche erzählt, daß davon keine Rede sein könne. (Hört! hört!) Weiter heißt es in einer Berichtigung im „Vorwärts“, die Rettungsmannschaften der anderen Zechen würden bestätigen, daß die Betriebspunkte gut berieselt gewesen sein. (Das ist notwendig zur Unschädlichmachung des Kohlenstaubes.) Wie können aber die Rettungsmannschaften von anderen Zechen, die im Trubel und Wirrwarr hinkommen, über den Zustand des Betriebes vor der Katastrophe Auskunft geben? Der Zustand vor der Katastrophe war nicht tadellos, wie die Betriebsverwaltung in ihren Berichtigungen behauptet hat. Ferner wird in den Berichtigungen von einer guten Ventilation gesprochen. Dabei gibt die Verwaltung selber zu, daß an dem fraglichen Betriebspunkt die Luftzuleitungsrohre 12 bis 15 Meter hinter dem Arbeitspunkt geblieben sind, so daß eine Ventilation des Arbeitspunktes nicht in genügendem Maße erfolgen konnte. Das war meines Erachtens nicht möglich, weil eine genügende Zahl von Luftzuführröhren nicht zur Verfügung gestellt wurde.

Noch etwas weiteres zu dem Bilde von dieser Musterzeche. Wie steht es dort mit der Kontrolle durch die sogenannten Sicherheitsmänner. Es steht fest, und ist auch schon gerichtlich nachgewiesen, daß die Verwaltung der Zeche „Lothringen“ einen auf Grund des Gesetzes von 1909 ordnungsgemäß gewählten Sicherheitsmann an der Ausübung seiner amtlichen gesetzlichen Funktionen gehindert hat. (Hört! hört!) Es steht fest, daß das Oberbergamt selber das Wahlverfahren als ungesetzlich bezeichnen mußte. (Hört! hört!) Es steht weiter fest, daß der Betriebsführer Ling von der Musterzeche am 6. April 1911 von der Bochumer Strafkammer bestraft worden ist, weil er einen Sicherheitsmann an der Ausübung seines gesetzlichen Amtes hinderte. (Hört! hört!) So steht es mit der Behauptung von der genügenden und ungehinderten Kontrolle. Es ist weiter richtig, daß, als der Kaiser auf die Zeche kam und sich erkundigte, gerade der Sicherheitsmann, der von den Betriebszuständen am genauesten Bescheid wußte, nicht zum Kaiser kommen konnte und vor ihm seine Meinung äußern konnte, die allerdings anders gelautet hätte, als das, was dem Kaiser gesagt wurde. Das ist ein trauriges Kapitel von den Sicherheitsmännern. Ich könnte darüber stundenlang reden, um Ihnen einen Begriff zu verschaffen von der Drangsalierung solcher Sicherheitsmänner und Arbeitervertreter, die ihrer Meinung über gefährliche Betriebszustände freien Ausdruck zu geben wagen. Die Arbeiter haben schon seit Jahrzehnten eine Verschärfung der Grubenkontrolle durch die Wahl von Arbeiterkontrolleuren gefordert, die durch die Belegschaften gewählt und vom Staate besoldet werden. 1905 wurde das von dem Bergarbeitertag in Berlin gefordert, 1906 und 1907 auf den internationalen Bergarbeiterkongressen. Auch die Delegierten des Christlichen Gewerkvereins haben auf diesen Kongressen für die Anstellung solcher Arbeiterkontrolleure gestimmt. Da kam die „Radbod“-Katastrophe, die beinahe 350 Bergarbeitern das Leben kostete. Jetzt konnten sich die Bergbehörden und Regierungen nicht mehr mit den üblichen Redensarten durchhelfen. Die öffentliche Meinung verlangte eine Verbesserung des Bergarbeiterschutzes. Dann wurde das berühmte Gesetz vom 29. Juni 1909 über die Sicherheitsmänner im Bergbau im preußischen Landtag angenommen. Nach diesem Gesetz haben die volljährigen Arbeiter auf einer Grube mit mindestens 100 Mann Belegschaft das Recht, aus ihrer Mitte einen Mann zu wählen, der das Recht hat, monatlich zweimal in Begleitung eines Beamten die Betriebsabteilung zu revidieren. Dieser Mann bleibt aber im Dienst der Zeche, wenn er auch wohl einigermaßen durch das Gesetz geschützt ist, so daß er nicht auf jeden Fall entlassen werden kann.

Aber man hat Mittel und Wege genug, um einem solchen Arbeitervertreter das Leben sauer zu machen. Dafür als Beweis die Aeußerung eines Bergassessors, des Direktors der Zeche „Consolidation“ bei Bochum. Er erklärte: „Die Sicherheitsmänner sind deshalb nicht gefährlich, weil sie im Dienst der Zeche bleiben. Der Steiger hat doch die Leute bezüglich ihres Lohnes stets in der Hand und mit Geld ist vieles zu machen.“ Da wird mit brutaler Offenherzigkeit gesagt, daß die Sicherheitsmänner für die Werksbesitzer ungefährlich sind. Wenn sie nicht wollen wie die Unternehmer, dann werden sie durch Mittel sehr materieller Natur geschädigt und sind schließlich genötigt, die Zeche zu verlassen. Wenn der Mann aus der Zeche herausgeht oder auch in eine andere Abteilung kommt, dann geht sein Amt verloren. Kein Wunder, daß in manchen Fällen die Sicherheitsmänner, die armen Teufel, die abhängigen Familienväter, ins Kontrollbuch schreiben: „Alles in Ordnung,“ obgleich es nicht ihre Ueberzeugung sein kann. Darum habe ich diese Institution der Sicherheitsmänner im Reichstag und anderswo als Unsicherheitsmänner bezeichnet. Wir sehen ja an der andauernden Steigerung der Unfälle, daß das System für die Unfallvermeidung unwirksam ist. Die Institution der Sicherheitsmänner wirkt so, wie sie nach dem Willen der Bergwerksbesitzer wirken sollte. Diese Einrichtung der Grubenkontrolleure durch abhängige Arbeiter war schon vor dem Gesetz im Saargebiet üblich. Als die „Radbod“-Katastrophe gewesen war, setzten sich Regierungen, Parlamente usw. in Bewegung, um eine Verbesserung des Bergarbeiterschutzes einzuführen. Da gelang es uns, ein Protokoll einer Geheimkonferenz, die am 6. Januar 1909 im Berliner Palast-Hotel stattgefunden hat und an der maßgebende Bergwerksdirektoren teilgenommen haben, in die Finger zu bekommen. Wir haben darauf das Protokoll im April in seinen wesentlichen Zügen in der „Bergarbeiterzeitung“ veröffentlicht. Für das, was ich vorhin ausgeführt habe, dafür ist der dokumentarische Beweis dieses Protokoll. Geheimer Bergrat Hilger, früher im Saargebiet, jetzt in Königshütte, erklärte in der Geheimkonferenz: „Wenn man nach den Erfahrungen fragt, die die Sicherheitsmänner im Saargebiet gebracht haben, so kann ich sagen: sie haben genau das gehalten, was wir uns von ihnen versprachen. Es sollte die ganze Sache meinem Willen nach weiße Salbe sein und ist auch weiße Salbe geblieben.“ (Hört! hört!) — Er legt nun dar, wie es möglich ist, die Sicherheitsmänner, die unbequem sind, durch Verlegung in andere Steigerabteilungen unschädlich zu machen. Er schildert, wie man es fertig bringt, die Sicherheitsmänner völlig in weiße Salbe umzuwandeln. Zum Schluß sagt er dann, da noch einige Herren der Sache nicht trauen wollten: „Wenn man aber glauben wollte, daß die Sicherheitsmänner in Saarbrücken irgendwie dazu beigetragen haben, Unfälle zu verhüten, so ist das selbstverständlich ein Aberglaube. Es hat sich herausgestellt, daß bei allen Befahrungen, die sie vorgenommen haben, stets mit verschwindenden Ausnahmen ins Fahrbuch geschrieben wurde: Alles in Ordnung befunden. Aber wir kommen um die Arbeiterkontrolle kaum herum. Das ist meine feste Ueberzeugung. Da soll man wenigstens bei aller prinzipiellen Ablehnung versuchen, das Institut so wenig gefährlich wie möglich zu machen.“ (Hört! hört!) — Der Regierung konnten diese Vorgänge nicht unbekannt sein, weil die „Bergarbeiterzeitung“ dieses ungeheuerliche Komplott gegen den Bergarbeiterschutz im April 1909 veröffentlichte und das Gesetz erst im Juni zur Verabschiedung kam. Die Regierung mußte wissen, daß das Gesetz ein ungeheuerlicher sozialpolitischer Betrug ist, geradezu eine Gefährdung des Bergarbeiterlebens. Sie hat doch nach dem Willen der Werksbesitzer gehandelt. Der Oberbergrat Wachler, Mitglied des preußischen Herrenhauses, war auch Teilnehmer an der Geheimkonferenz. Er erklärte gleichfalls zur Beruhigung

der anderen: „Die Einführung der Kontrolleure wird ja eigentlich nicht als notwendig von der Regierung hingestellt (Hört! hört!), sondern es heißt immer nur: Gott, es schadet ja gar nichts, es soll ja gewissermaßen nur für Euch Bergwerksbesitzer ein Nutzen sein, und die Einführung solcher Kontrolleure ist ja gewissermaßen eine Kulisse resp. eine Entlastung für Eure Verwaltung.“ (Hört! hört!) Das erklärte ein Mitglied des Herrenhauses, und ich habe bis heute noch nicht gehört, daß von der Regierung eine unbedingte Bestreitung erfolgt wäre. Ist es da zu viel behauptet, wenn man sagt, daß dieses Gesetz, das als eine Errungenschaft sozialpolitischer Einsicht hingestellt wird, ein ungeheurer Betrug ist? (Lebhafte Zustimmung.) Das ist geradezu ein Verbrechen an der Menschheit. (Erneute Zustimmung.) Durch die Drangsalierungen, wodurch rückgratschwache Menschen gegen bessere Ueberzeugung bestimmt werden, alles für in Ordnung befindlich zu erklären, dadurch werden die Unglücksgefahren im Bergbau geradezu vermehrt. Dieses Gesetz ist im preußischen Landtag auch mit sämtlichen Zentrumsstimmen angenommen worden! (Hört! hört!) Die sämtlichen sogenannten christlich-nationalen Arbeitervertreter haben es auch angenommen. (Hört! hört! und Rufe: Skandal!) Dabei wußten diese pflichtvergessenen Männer, daß dieses System im Saargebiet vollständig Fiasko gemacht hatte. (Hört! hört!) Am 5. Juni 1912 beantragten unsere Genossen im elsaß-lothringischen Landtag Bergwerksinspektoren aus den Reihen der Arbeiter, besoldet vom Staat. Trotz aller Erfahrungen hat die ganze Zentrumsfraktion unseren Antrag niedergestimmt (Hört! hört!), auch den Antrag, die achtstündige Schicht einzuführen. (Hört! hört!)

Die Schuldfrage ist allerdings nach fast allen Bergwerksunglücken strittig. Die Werkspresse behauptet fast nach allen Massenkatastrophen, die Verunglückten seien selber schuld. Die Berichte der Berginspektoren enthalten auch meistens die Behauptung, die Mehrzahl der Unfälle sei durch Unvorsichtigkeit oder Leichtsinn der Verunglückten herbeigeführt worden. Die Unfallberufsgenossenschaft aber stellt fest, daß von 100 Unfällen im deutschen Bergbau durch Gefährlichkeit und Mängel des Betriebs im Jahre 1895 58,74 verursacht wurden, im Jahre 1911 aber 70,61. Das ist eine bedeutende Vermehrung. Dagegen wurden durch Schuld der Verletzten und Mitarbeiter 1895 41,26 Proz. und 1911 29,39 Proz. verursacht! Es steht also durch die amtliche Untersuchung fest, daß die Zahl der Unglücksfälle, verursacht durch die Schuld der Verletzten, prozentual erheblich heruntergegangen ist. Wer wollte bestreiten, daß auch Unglücksfälle durch Schuld der Verletzten entstehen, Katastrophen, die aber bei einer besseren Schulung der Arbeiter verhindert werden können! Da muß man sich auch das Arbeitermaterial ansehen, das in die Gruben geschickt wird. (Sehr richtig!) Am 1. Januar dieses Jahres betrug die Gesamtbelegschaft der Ruhrzechen 366 714. Davon stammten aus Ost- und Westpreußen und Posen, also aus Gebieten ohne Bergbau, 125 035, außerdem noch 30 610 Ausländer, meist aus Gebieten, wo man ebenfalls keinen Bergbau kennt. Welche Bedeutung die Heranholung dieser betriebsunkundigen Arbeiter für die Unfallverhütung hat, geht aus folgender Statistik hervor. Im Ruhrgebiet wurden im vorigen Jahre von jeweils tausend Arbeitern von Unfällen betroffen: 172 Arbeiter, die aus dem westelbischen Gebiet stammen, 180, die aus Ostelbien und 217, die aus dem Auslande stammen. Daraus geht hervor, daß durch das starke Zusammenschleppen betriebsunkundiger Leute die Unfallgefahr vermehrt wird. Daher verlange ich in meiner Resolution für die beschäftigten Arbeiter eine sorgfältigere berufliche Vorbildung. Das Betriebssystem muß gründlich geändert werden, dann vermindern sich die natürlichen Bergbaugefahren. Das ergibt sich auch aus dem Vergleich mit dem Braun-

kohlenbergbau, in dem ja die natürlichen Gefahren geringer sind wie im Steinkohlenbergbau. Trotzdem ist in manchen Steinkohlenbezirken, z. B. von Sachsen und Niederschlesien, die Zahl der Todesfälle weit geringer, als im Braunkohlenbergbau von Mitteldeutschland! Warum? Weil auch hier ein starkes Heranschleppen betriebsunkundiger Arbeiter und eine Wühlerei herrscht, die ganz unbeschreiblich ist. Während dann im westrheinischen Erzbergbau die Zahl der Todesfälle 1,5 pro 1000 Arbeiter beträgt, stieg sie im lothringischen Erzgebiet auf 2,3—3,7. (Hört! hört!) Das ist wieder ein Beweis dafür, was die Heranschleppung betriebsunkundiger Leute und die kolossale Wühlerei anrichtet, wie dadurch die Zahl der Betriebsunfälle erhöht wird. (Sehr richtig!)

Wenn man die Schuldfrage aufwirft, so wird von der Zechen- und teils auch von der Regierungspresse geantwortet, daß die Arbeiter oder Beamten die Schuldigen sind. Ich kann Ihnen sagen, es gibt keine Beamtenkategorie, die sich in einer so traurigen Abhängigkeit und erbärmlichen Rechtslage befindet, wie die Unterbeamten im Bergwerksbetrieb. Die Leute werden genötigt, gezwungen, ein bestimmtes Pensum, ihr „Soll" zu liefern. Liefern sie das Soll nicht, so werden sie durch Gehaltsschädigung, Entzug von Prämien, Kommandierung von Strafschichten und schließlich mit Entlassung dafür bestraft. Ich habe Fälle festgestellt, wo solche Unterbeamten, dadurch, daß man sie zu Strafschichten kommandierte, bis 36 Stunden nacheinander in der Grube liegen bleiben mußten. (Stürmisches Hört! hört!) Diese Beamten sollen und müssen ihr Soll haben, da heißt es, Kohlen, Erze, Kali fördern: Heraus muß das Soll, komme es, wie es wolle! (Erneutes stürmisches Hört! hört!) Was heißen da schließlich Vorsichtsmaßregeln, was Beobachtung der Ventilation, der auftauchenden Wetter! Das ist dann Nebensache, Hauptsache ist die vorgeschriebene Förderung! So werden Katastrophen vorbereitet. Alle Bergpolizeiverordnungen, wie sie auch beschaffen sind, rütteln an diesem Grundübel nicht. An der Bergbehörde haben Arbeiter und Beamten selten einen Stützpunkt. Das ist ganz erklärlich, wenn man die Herkunft der meisten Vertreter der Bergpolizei und ihre engen Beziehungen zu den Werksbesitzern kennt. Einstmals, es ist noch gar nicht lange her, war in Deutschland das unbeschränkte kapitalistische Ausbeutungssystem im Bergbau nicht vorhanden. Bis in die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts hatten wir das alte, gute Bergarbeiterrecht, das hier im Erzgebirge ausgebildet worden war, das die Vorschrift des achtstündigen Arbeitstages, das Verbot der Doppelschichten, die Versicherung eines auskömmlichen Normallohnes und eine scharfe Grubenkontrolle durch die sogenannten Geschworenen enthielt. Durch das Eindringen der volkswirtschaftlichen Theorie, daß das freie Waltenlassen der wirtschaftlichen Kräfte zum Besten führe, auch in das Bergrecht ist seit Mitte des vorigen Jahrhunderts jenes alte deutsche bewährte Bergarbeiterschutzsystem abgeschafft worden. In England, Frankreich und Belgien war jenes alte Bergarbeiterschutzsystem derzeit in Kraft. Aber man hat sich dort in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts aus dem Anlaß bedeutender Unglücksfälle von dem vollständig freien Ausbeutungssystem allmählich abgewandt. Bei uns in Deutschland ging die Gesetzgebung gerade entgegengesetzt, man wandte sich ab von dem Bergarbeiterschutz in der alten, in diesem Fall auch guten Zeit und hat durch die Einführung des freien Ausbeutungssystems das Arbeiterrisiko enorm gesteigert. Seitdem man sich in Frankreich, England und Belgien von dem ganz freien Ausbeutungssystem abgewandt und allmählich bessere Gesetze eingeführt hat, sind die Unfälle im Bergbau dieser Länder erheblich zurückgegangen. In Belgien kamen von 1831—1840 auf 1000 Bergleute noch 3,107 tödliche Unfälle, in den Jahren 1900—1910 dagegen unter

1,00. In Großbritannien war die Unfallziffer von 1824 bis 1864 3,57 pro Tausend, in den Jahren von 1900—1910 nur noch 1,360. In Preußen aber betrug die Unfallziffer 1841—1852 1,650, 1906—1910 jedoch 2,219. (Lebhaftes Hört! hört!) Wir haben also in dem führenden deutschen Bergbaustaat eine genau entgegengesetzte Entwickelung der Unfälle wie in England und Belgien. Es ist nicht daran zu rütteln, daß ein inniger Zusammenhang besteht zwischen der totalen Aenderung unserer Bergarbeiterschutzbewegung im Interesse der privatkapitalistischen Ausbeutung und der Steigerung der Unfallziffer. Die deutsche Bergarbeiterschutzgesetzgebung ist in den letzten Jahren hinter der des Auslandes weiter zurückgeblieben. In England, Frankreich und Belgien ist das System der Arbeiterkontrolleure erheblich besser ausgebaut als bei uns. In England, Frankreich, Belgien und Oesterreich ist durch Gesetz die Schichtdauer der Bergarbeiter auf 8, 8½ und 9 Stunden, hier inklusive der Ein- und Ausfahrt, beschränkt. In Deutschland besteht bis heute kein allgemeines Gesetz über die Einschränkung der Schichtzeit der Bergarbeiter. Infolgedessen haben wir in Deutschland noch bis zu 12stündige regelmäßige unterirdische Schichten und dazu kommen noch die riesig vielen Ueberschichten. Es mag unglaublich klingen, ist aber wahr: Ich kenne aus der Praxis eine große Zahl von Fällen aus allen Bergwerksbezirken, wo jetzt im Monat bei 26 Arbeitstagen 35, 38—45 Schichten verfahren werden (Lebhaftes Hört! hört!), so daß mit der Zurechnung der übrigen regelmäßigen Arbeitszeit für diese Arbeiter ein Aufenthalt von 14—16 Stunden unter Tage herauskommt. (Bewegung.)

Ist es verwunderlich, daß bei einer solch fürchterlichen Ausnutzung der Arbeitskraft die Unfälle sich mehren müssen? Ist es zu verwundern, daß diese ausgemergelten Körper rasch zusammenbrechen? Furchtbar sind die Krankheitsziffern im Bergbau, ganz schrecklich, aber in weitesten Kreisen unbekannt, weil man sich immer nur an die Dramen der Massenkatastrophen hält. (Sehr wahr!) Von 1000 Bergarbeitern in Deutschland werden nach der Krankenkassenstatistik im Jahre durchschnittlich 600 krank, in Sachsen kamen auf 27 000 Bergarbeiter 17 000, in Niederschlesien auf 34 000 Bergleute 22 000 Krankheitsfälle. (Hört! hört!) Im Ruhrgebiet sind im Jahre 1907 von je 1000 Bergleuten 652 erkrankt, im Jahre 1911 aber 712. Im Aachener Bezirk kamen voriges Jahr auf 15 301 bergmännische Krankenkassenmitglieder 20 289 Krankheitsfälle! (Große Bewegung.) Unerhört ist es, solche Zustände hier konstatieren zu müssen, in einem Lande, wo mit großem Behagen bei gewissen Festlichkeiten die hervorragende Ausgestaltung der deutschen sozialpolitischen Gesetzgebung gerühmt wird, statt dessen muß eine himmelschreiende Vernichtung von Arbeiterleben konstatiert werden. (Stürmische Zustimmung.)

Und die hochlöbliche Bergbehörde? Sie hätte die Verpflichtung, diese Vernichtung von Menschenleben ans Tageslicht zu bringen. Sie erfüllt in den meisten Fällen ihre Pflicht dadurch, daß sie in ihren Berichten selbst bei hohen Krankenziffern erklärt: „Der Gesundheitszustand der Belegschaft war befriedigend!" (Hört! hört!) Der Menschheit ganzer Jammer faßt uns an, wenn wir an die Bergbehörde denken. Hier müßte eine Reform eintreten, die die Bergrevierbeamten, die staatlichen Berginspektoren ähnlich wie die Richter unabhängig stellt. (Sehr richtig!) Auch in ihrem Gehalt müßten diese Beamten besser gestellt werden. Beim Uebertritt in den Privatbetrieb stehen Direktoreneinnahmen von 30 000, 40 000 und auch über 100 000 Mk. in Aussicht. Dadurch werden die Herren oft veranlaßt, aus dem Staatsdienst auszutreten. Um dieser Versuchung besser standhalten zu können, zu diesem Zweck — man muß auch davon sprechen — muß eine entsprechende Gehaltsregulierung für diese Beamten eintreten, deren Funktion von so ganz außer-

ordentlicher Wichtigkeit ist. (Sehr wahr!) Die Arbeiter, die ihre Lage unerträglich finden, organisieren sich leider lange nicht alle, organisiert ist oft leider nur eine relativ geringe Minderheit. Die Arbeiter laufen von einem Revier zum anderen, von einer Zeche zur anderen, es ist eine wahre Völkerwanderung, gegen die die geschichtliche Völkerwanderung eine Kinderei war. Im Ruhrgebiet waren im vorigen Jahre 357 000 Bergleute auf den Zechen beschäftigt. Nach den Zechenjournalen sind zugegangen 220 198 und abgegangen 209 436, so daß insgesamt ein Arbeiterwechsel allein im Ruhrgebiet von fast 430 000 in einem Jahre stattfand. (Hört! hört!) Daß auch durch diesen ungeheuren Wechsel der Arbeitsstellen, durch welchen sich die Gedrückten vor den allerschlimmsten Zuständen retten wollen, die Unfallziffern steigen müssen, ist selbstverständlich. Aber nicht durch drakonische Maßregeln, wie durch den Zechenarbeitsnachweis und ähnliche Brutalitäten können wir diesen Zuständen ein Ende bereiten, sondern dadurch, daß man Vorschriften über die Sicherung und Auszahlung eines Lohnes gesetzlich gibt, der es den Arbeitern ermöglicht, unter Beobachtung der Sicherheitsvorkehrungen zu einem für sie und ihre Familien auskömmlichen Lohn zu gelangen. (Sehr wahr!) Wenn hier nicht gründlich und schnell gehandelt wird, dann kommen wir zu schlimmeren Zuständen, als wie sie in den 1840er Jahren in England durch die parlamentarische Enquete im Bergbau aufgedeckt wurden. Wir haben in diesem Frühjahr den Versuch gemacht, nochmals durch vereinigtes Vorgehen der Bergarbeiter die allerdrückendsten Mißstände zu beseitigen. Wir wollten ein praktisches Mitbestimmungsrecht der Bergarbeiter bei der Festsetzung solcher Arbeitsbedingungen, die es dem Arbeiter ermöglichen, sich der Arbeit mit größerer Lebenssicherung hinzugeben und einen den hohen Lebensmittelpreisen angepaßten Lohn zu verdienen. Wir wollten eine kürzere, geregelte Arbeitszeit, vor allem die Abschaffung der vielen Ueberschichten. Wer nur einen halbwegs klaren Einblick in die Konjunktur der Bergwerks- und Hütteninduſtrie hat, weiß, daß es bisher niemals für die Bergarbeiter eine günstigere Gelegenheit gab, das Joch des Zechenkapitalismus zu mildern, wie in diesem Frühjahr. Eine glänzende Hochkonjunktur, die Zufuhr von Kohlen aus England abgeschnitten — und in diesem günstigsten Augenblick für die Bergarbeiter, da organisieren Leute, die selber einmal den Bergmannstitel getragen haben, den infamen, verbrecherischen Massenstreikbruch, wie ihn die Welt noch niemals gesehen hat. (Pfui!) Dieser Massenstreikbruch gehört ja der Geschichte an. Man würde ja bei anderer Gelegenheit mancherlei auch allgemein politisch Interessantes darüber sagen können, hier aber will ich nur sagen: Ich erkläre jeden, der die Behauptung aufstellt, dieser Bergarbeiterstreik sei eine Machtprobe der sozialdemokratischen Partei gewesen, für einen frechen Lügner. (Sehr gut!) Die riesig steigenden Grubenüberschüsse zeigen deutlich, daß es den Werksleitern möglich war und möglich ist, einen besseren Arbeiterschutz einzuführen, sie zeigen weiter, daß der Zeitpunkt, den wir gewählt haben für die Erklärung des Streiks, durchaus günstig war. Schließlich stehen wir nun vor der Tatsache, daß der Kampf der Bergarbeiter um ihren besseren Lebensschutz, um mehr Brot, erfolglos abgebrochen werden mußte. Infolgedessen ist in einen großen Teil der Bergarbeiter, die ohnehin nicht so leicht zur Organisation zu gewinnen sind, eine schreckliche Gleichgültigkeit eingekehrt. Daraus erklärt sich auch die Mitteilung der Tagespresse, daß anläßlich des Grubenunglücks auf Zeche „Lothringen" dort die Bergarbeiter mit einer geradezu verblüffenden Gleichgültigkeit dagestanden haben. Viele Bergarbeiter haben nach dem infamen Massenstreikbruch eben nicht mehr den Mut zum Protest, nicht mehr die Hoffnung, daß es besser werden könnte. Da muß von außen Hilfe und Hoffnung gebracht werden.

Unser Parteitag wird sich ein Verdienst um die wichtige Volksschicht der Bergarbeiter erwerben, wenn er durch die einstimmige Annahme der vorliegenden Resolution den Grubenproletariern da draußen bekundet, daß nach wie vor die Bergarbeiterschaft in der sozialdemokratischen Partei ihre beste, ihre zuverlässigste Stütze findet. (Beifall.) Nehmen Sie die Resolution an! Bekunden Sie damit, daß Sie denen, die im Schatten leben, ein lichtreicheres Leben schaffen wollen! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Noske: Von einer ganzen Anzahl von Delegierten ist uns nahegelegt worden, dem Parteitag vorzuschlagen, nach dem ebenso instruktiven wie eindrucksvollen Referat des Genossen Hue von einer Diskussion Abstand zu nehmen. (Zustimmung.) Ich werde diesen Vorschlag zur Abstimmung bringen.

Thiele-Halle: Ich würde nur in die Debatte gern eingreifen, um dasselbe, was Hue von den Bergarbeitern des Ruhrreviers gesagt hat, noch in ganz besonderer Beleuchtung für das mitteldeutsche Braunkohlenrevier zu rücken, wo die Verhältnisse noch grauenhafter sind.

Der Parteitag beschließt, von einer Debatte über das Referat Hues Abstand zu nehmen.

Die von Hue vorgeschlagene Resolution 199 wird einstimmig angenommen.

Vorsitzender Noske: Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Bericht der Reichstagsfraktion.

Das Wort hat Genosse Stadthagen.

Stadthagen: Es ist mir eine etwas schwere Aufgabe zugeteilt worden. Ich soll über die Tätigkeit von nun 110 Abgeordneten innerhalb einer Stunde referieren. Nehmen wir an, ich verwende auf die Tätigkeit des einzelnen Abgeordneten nur 2 Minuten, dann würden wir über sieben Stunden hier sitzen müssen. Sie werden wohl mit mir einverstanden sein, wenn ich meine Aufgabe so auffasse, daß ich annehme, Sie wünschen nicht über die einzelnen Abgeordneten, sondern über die Fraktion als solche einen Bericht. Ich glaube ferner, da der gedruckte Bericht außerordentlich ausführlich ist, mich beschränken zu können auf ganz wenige Anmerkungen.

Als nach der Hauptwahl und nach der darauffolgenden Stichwahl sich herausstellte, daß von 14 441 777 Wahlberechtigten 12 206 808 gültige Stimmen abgegeben hatten, und von diesen 4 250 329 sozialdemokratische Stimmen waren, da hat sich ja unser aller Brust geschwellt. 4 250 329 Wähler oder 34,9 Proz., ein ungeheurer Sieg der Gedanken, die wir im Wahlkampfe verfochten haben! Ein Sieg des Gedankens gegen die Kriegshetze, ein Sieg des Gedankens gegen das Wettrüsten, gegen den Imperialismus, gegen den Kapitalismus, ein Sieg des Gedankens der Gleichberechtigung auf allen Gebieten und der Forderung, daß die Wirtschaftspolitik, die im Interesse der Wohlhabenden die große Menge belastet, geändert werden müsse von Grund auf; der Ausdruck ferner der Tatsache, daß jene 4¼ Millionen Wähler fordern die Gleichberechtigung der Arbeiter auf allen Gebieten und dazu, daß endlich auf politischem und sozialem Gebiete vorwärts gegangen werde. Sie wissen es, daß das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zum Reichstag leider kein gleiches ist infolge der Verschiedenheit der Wahlkreise. Sie wissen, daß daher trotz der großen Anzahl von Stimmen der Erfolg doch nicht in demselben Maße in der Anzahl der Mandate zum Ausdruck gelangt. Rechnen wir die Deutschkonservativen, die Reichspartei, rechnen wir die Stimmen der Antisemiten und der Zentrumspartei sowie des Bundes der Landwirte und der Polen zusammen, so ergibt sich für alle diese Parteien nur die Zahl von

4 333 061 Stimmen gegen 4 250 329, die auf uns gefallen sind. Dennoch haben jene Parteien beinahe ebenso viele Mandate im Reichstage wie die gesamte Sozialdemokratie und dazugerechnet die Fortschrittspartei und die Nationalliberalen haben. Es ist selbstverständlich unser Bestreben, hier ein gleiches Wahlrecht einzuführen, es ist unser Bestreben, die Gleichberechtigung auch auf diesem Gebiete durchzuführen.

Es mag sein, daß unmittelbar nach der Wahlschlacht einige Genossen sich gefunden haben, die da glaubten, die 110 Abgeordneten würden den Himmel stürmen können. Ich habe es deshalb für richtig gehalten, einige nüchterne Zahlen zu nennen, um darauf hinzuweisen, wie schwer das ist, wie es undurchführbar ist nur innerhalb des Parlaments. Es hat sich gezeigt in wachsendem Maße, daß je größer die Macht der Sozialdemokratie, je größer die Zahl ihrer Anhänger, ihrer Vertreter im Reichstage ist, desto mehr die Gegner versuchen, jeden parlamentarischen Erfolg für uns, für das Volk, für die Gesamtheit zu vereiteln. Uns kann das nicht abschrecken, sondern es muß ein Ansporn dafür sein, um so dringlicher auch im Parlament die politische und wirtschaftliche Macht der herrschenden Klassen zu bekämpfen, die Ursachen für den tiefen Zwiespalt aufzudecken, der zwischen der wirtschaftlichen Entwickelung und der zunehmenden wirtschaftlichen Ausbeutung der großen Menge des Volkes und ihrer wachsenden Rechtlosigkeit liegt. Nicht Zufall ist es, daß die bei weitem die geringere Zahl der Volksgenossen repräsentierenden Parteien der äußersten Rechten in allerschärfster Weise versuchen, die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse vorzuenthalten, die Gleichberechtigung vorzuenthalten dem politischen Gegner, weil die Furcht vor der Verwirklichung der Gerechtigkeitsidee, die von der Sozialdemokratie vertreten ist, jene Kreise beherrscht. Es war ja interessant und kennzeichnend, wie im letzten Reichstag — wir haben damit den größten Teil der Zeit leider verbringen müssen — die bürgerlichen Parteien, insbesondere die Konservativen und das Zentrum den roten Lappen schwangen, wie sie gegen die Sozialdemokratie, gegen die Arbeiterklasse scharfzumachen versuchten und weiter scharfmachen werden. Dabei war es interessant zu hören, wie einer ihrer Hauptwortführer, der freikonservative Abgeordnete v. Gamp, ausdrücklich erklärte, die Beamten seien dazu da, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Er könne es ja nicht, denn er werde ja nicht dafür bezahlt, aber die Beamten würden dafür bezahlt, um die Sozialdemokratie, also die Arbeiterklasse, den größten Teil der erwerbstätigen Bevölkerung, zu bekämpfen. Das ist nicht nur der Ausspruch eines Abgeordneten, sondern das Leitmotiv für die bürgerlichen Parteien und für die Regierung (Sehr richtig!), für die Regierung, die in einer Art und Weise versucht hat und weiter versucht, scharfzumachen gegen die Sozialdemokratie, wie es eigentlich nur Leute könnten, deren Gehirn außerordentlich eigenartig beschaffen ist. Wir sehen und haben gesehen im Reichstag, wie die Regierung tagaus, tagein versucht, zusammenzuschließen die Bürgerlichen, damit die Interessen der Wohlhabenden, der Kapitalisten wahrgenommen werden von ihnen und die Ausnahmeverwaltung gegen die Arbeiterklasse gefestigt und neue Ausnahmegesetze geschaffen werden. Es wird bei der Gelegenheit von der Regierung so hingestellt, als ob die Sozialdemokratie die böse Partei wäre, die alles in Grund und Boden schlagen wolle. Die Regierung und die gegnerischen Parteien hüten sich, irgendeinen kleinen Beweis für diese blödsinnige Behauptung beizubringen. Aber für sie ist maßgebend, daß die innere Richtigkeit der Ideen der Sozialdemokratie mit Notwendigkeit den Sieg erringen muß, für sie ist maßgebend diese Erkenntnis, um mit den verbohrtesten Mitteln, auch mit den Mitteln der Verleumdung vorzugehen gegen die Sozialdemokratie, sie als schwarzen Mann hinzustellen,

um die bürgerlichen Parteien zu vereinen. Bezeichnend war, wie der Reichskanzler, als er in die Enge getrieben war, erklärte: „Jawohl, zur Gewalt riefen die Radikalen auf, es möge ja ein Unterschied zwischen Revisionisten und Radikalen sein. Die Revisionisten suchten es so darzustellen, als ob nur eine gesetzliche Fortentwickelung der Gesellschaftszustände ihre Absicht sei, ganz anders aber die Radikalen." Dann meinte er: „Was hat uns aber Herr Scheidemann gesagt? Er hat mit einem sehr deutlichen Wink an das Zentrum, an die Herren Nationalliberalen und die Herren Freisinnigen gesagt, sie sollten doch nun einmal Männer werden und zur Tat schreiten." Also schon der Appell, mannhaft zu sein, Männer zu werden, daß selbst die Freisinnigen, ja die Nationalliberalen Männer werden sollen, das sei der Aufruf zur Gewalt. Wenn der Reichskanzler zu einem solchen Mittel greifen muß, so zeigt das, in welcher Geistesverfassung jene Herren sind. Uns ist dadurch doppelt und dreifach die Pflicht auferlegt, aufklärend zu wirken und im Interesse des Proletariats, der arbeitenden Klassen, im Interesse des Mittelstandes die Gesetzgebung zu beeinflussen, um die ungeheuren Vorrechte des kleinen Teils der Besitzenden zu beseitigen und Gerechtigkeit auf allen Gebieten herbeizuführen. Gleichberechtigung! Auf allen Gebieten wird sie vorenthalten, Sie mögen hinschauen, wohin Sie wollen; überall, selbst wo es sich um die Beamten handelt, wo es sich um die politische und religiöse Freiheit handelt, die gewährleistet ist durch Gesetze, wird mißachtet, mit Füßen getreten die politische und religiöse Ueberzeugung da, wo sie der herrschenden Klasse nicht gefällt. Ich weise nur hin auf die Debatten zum Postetat, zum Eisenbahnetat, zum Militäretat; überall kehrt derselbe Refrain wieder, daß jene Herren entgegen dem Gesetz und entgegen dem Eid, den sie selbst auf Innehaltung der Gesetze geleistet haben, proklamieren: es dürfe der einzelne, der im Dienste des Staates steht, sei er Beamter oder Arbeiter, sich an den Bestrebungen der Sozialdemokratie nicht beteiligen. Sie haben gehört, wie derselbe Gedanke beim Militär Platz greift, wie aus Anlaß der Duellfälle offen die Konservativen erklärten, sie müßten zwar zugeben, daß das Duell gegen göttliche und menschliche Gesetze verstoße, aber sie könnten nicht dagegen auftreten, sie hielten es für eine militärische Standessache, daß die einzelnen so organisiert seien, daß sie jeden Augenblick bereit wären, das Verbrechen des Duelles zu begehen. Mit anderen Worten: die Leute, die übertriefen von der heuchlerischen Behauptung, daß die Sozialdemokratie die Verletzung der Gesetze fordere, sie sind die frechsten und unverschämtesten Verhöhner der bestehenden Gesetze. (Sehr richtig!) Sie fordern es als Standespflicht, im vollen Bewußtsein gegen menschliche und göttliche Gesetze zu fehlen, dem Gesetz entgegenzuhandeln. (Sehr richtig!)

Es kann nicht meine Aufgabe sein, die einzelnen Debatten hierüber zu schildern. Ich will nur einzelne herausgreifen. Wir haben es vor wenigen Tagen auf dem Parteitag bekräftigt, wie entsetzlich die Teuerung auf allen Kreisen der Bevölkerung lastet. Wir haben schon im abgelaufenen Reichstag versucht, entgegenzutreten der Teuerung. Auf unseren Antrag wurde am 20. März eine Resolution angenommen, die verlangte die Aufhebung des Verbots betreffend die Einfuhr ausländischen Gefrier- und Büchsenfleisches. Dennoch erfolgt die Ausführung dieser Resolution nicht. Wie seit Jahren, wird den Klagen über die Not des Volkes entgegengetreten mit dem denkwürdigen Satz aus der Denkschrift des deutschen Volkswirtschaftsrates, der dahin geht: „Teuerung ist ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit." (Hört! hört!) Es wird behauptet, die Teuerung, der Hunger, die Not, das Elend, das sei Schutz der nationalen Arbeit. Es wird behauptet, das sei eine bewährte Wirtschaftspolitik, daran müsse man festhalten. Wenn Millionen und aber

Millionen Gesundheit und Lebensglück darum einbüßen müssen, aber einige wenige Großgrundbesitzer und Großkapitalisten ungezählte Millionen dadurch erhalten, so sei das eine bewährte Wirtschaftspolitik. Nun täuschen wir uns darüber nicht: wiewohl in der Zahl zurückgedrängt, haben diese Wirtschaftspolitiker, die das patriotisch nennen, weil sie alles vom Volk nehmen wollen, haben diese Ausbeutungspolitiker durchaus keine geringe Gewalt. Die Regierung ist in den Händen dieser Klasse nach wie vor geblieben und bereit, ihre Sonderinteressen wahrzunehmen. Es ist soweit gekommen, daß in diesem Reichstag die allerungeheuerlichste Militärvorlage, die jemals dem Reichstage angesonnen wurde, die 650½ Millionen Kosten erfordert, beinahe im Handumdrehen bewilligt worden ist, und zwar, indem die Deckung ausschließlich aus den Taschen der großen Menge durch indirekte Steuern genommen wurde. Wie steht es mit dieser Deckungsfrage?

Es kam die Regierung und erklärte, von den 650½ Millionen sollte ein Teil gedeckt werden durch die Ueberschüsse, durch Ueberschüsse, die alle stammen aus den indirekten Steuern und Zöllen; die Ueberschüsse sollen nun dienen zur Deckung der Heer- und Marinevorlagen, anstatt damit abzutragen die Schulden, die gemacht sind, die Schulden, in denen das Reich allen anderen Reichen voransteht, anstatt zu verwirklichen den Grundsatz: ohne neue Einnahmen keine neuen Ausgaben, soll nun, um nicht das Zentrum, um nicht die Konservativen zu brüskieren, um den Klassen, die diese Parteien vertreten, keinen Groschen abzunehmen, sollen nun Ueberschüsse, die aus den indirekten Steuern herausgepreßt sind und die für das letzte Jahr 250 Millionen betragen, verwendet werden für Militär- und Marinevorlagen. Was daran noch fehlte, lumpige 36 Millionen, das sollte durch eine *scheinbare* Aufhebung der Branntweinliebesgabe aufgebracht werden. Was ist aber diese scheinbare Aufhebung der Liebesgabe anders geworden, als eine *Neubelastung der großen Menge* und eine Vermehrung der Liebesgabe, wie sie tatsächlich besteht. Da ist es notwendig, darauf hinzuweisen: Es ist nicht nur das Zentrum, es sind nicht nur die Konservativen, es waren hier auch die Nationalliberalen, die bei der ersten Gelegenheit umgefallen, unter dem falschen Etikett „Aufhebung der Liebesgabe" neue Liebesgaben dem Großkapital und den Großbrennern zuwendeten. 16 Millionen wurden herausgenommen von den 36 Millionen aus der Verbrauchsabgabe zur Erhöhung der Vergütung für vergällten Spiritus, um sie für die Großbrenner zu verwenden. Es sollte dadurch der Preis des Spiritus erhöht und es sollten den Großbrennern neue Vorteile zugewendet werden. Ich gehe auf die Einzelheiten nicht ein. Ich weise nur darauf hin, wie es gekommen ist, daß nicht nur eine neue, noch größere Liebesgabe gemacht wurde, sondern nun, nachdem die Herren, die unersättlich sind, dieses Gesetz schon zu einem Fürsorgegesetz für Wohlhabende, wie es von einem unserer Redner im Reichstag genannt wurde, umgestaltet hatten, es mit dem angeblichen Ersatz für die 16 Millionen aussah. Wo wurde da nach dem Ersatz gesucht? Die einzige positive Tat nach der Richtung hin war die Verteuerung des Zuckers. Es ist interessant, daran zu erinnern. Allemal, selbst da, wo die Regierung sich bereit erklärt hatte, im Interesse der großen Menge und der Industrie eine Herabsetzung der Zuckersteuer stattfinden zu lassen, sind es die Wohlhabenden gewesen, die selbst die versprochene Zuckersteuerherabsetzung in den Wind geschlagen haben. Am 19. Februar 1908 ist durch Gesetz beschlossen worden, daß vom 1. April 1909 ab die Zuckersteuer von 14 auf 10 Mk. herabgesetzt werde. Dann schlug die Regierung vor, den Termin zu erstrecken auf den 1. April 1910. Das genügte dem schwarzblauen Block nicht, er verlängerte die Frist bis zum 1. April 1914 und jetzt ist abermals auf Antrag des Zentrums in Verbindung mit den Nationalliberalen und Konservativen die Frist auf den 1. Oktober 1916 ausgedehnt worden. Das Versprechen soll also frühestens dann eingelöst werden. Außerdem erklärt man: wir wollen auch keine Erbschaftssteuer, sondern etwas, was so aussieht, als wäre es das, was es tatsächlich nicht ist, eine allgemeine Besitzsteuer. Wie Bassermann ausdrücklich erklärte, sei er für die schließlich angenommene Fassung, weil er eine andere Fassung nicht gern möchte, weil da der Gesichtspunkt der Heranziehung des Konsumenten, des Massenkonsums zu klar und deutlich zutage träte. Der angenommene Gesetzentwurf, der sich auf Inaussichtstellen einer Besitzsteuer bezieht, ist in der Tat nichts als ein Feigenblatt, das nicht einmal genügt, die Schamlosigkeiten zu bedecken, die seitens des neuen schwarzblaugelben Blockes bei Gelegenheit der Deckungsfrage verübt worden sind. Wir verlangen Beseitigung der die große Menge so schwer belastenden indirekten Steuern und statt dessen eine Reichsvermögenssteuer auf Vermögen über 6000 Mark, eine Reichseinkommensteuer, eine Nachlaßsteuer auf Nachlässe von über 20 000 Mk. an. Wir vertreten also das Prinzip: man soll von denen nehmen, die da haben, und nicht umgekehrt denen, die wenig haben, auch das noch nehmen, was sie haben. Auch von den liberalen Parteien ist verlangt worden, daß wenigstens ein Teil der Lasten durch eine Erbschaftssteuer gedeckt werden soll. Es hat unser Vertreter in der Kommission mit Ermächtigung der Fraktion ausdrücklich erklärt: „Wir Sozialdemokraten bewilligen für den Militarismus, so auch für die jetzigen Heeres- und Flottenvorlagen, deren Annahme wir leider nicht verhindern können, keinen Mann und keinen Groschen. Wenn wir aber wie in der gegenwärtigen Situation erreichen können, daß eine indirekte Steuer durch eine direkte ersetzt werden kann, so sind wir bereit, für eine solche direkte Steuer, z. B. die Erbschaftssteuer zu stimmen." Es ist ja schließlich ein Antrag des Reichstags mit unseren Stimmen angenommen worden, der verlangt die Vorlegung eines Gesetzentwurfes betreffend die Erbschaftssteuer. Aber wir wollen nicht zu hoffnungsfreudig sein. Die Regierung hat bis jetzt die Resolutionen, die nach der Richtung liegen, die großen Mengen zu schonen und die Lasten auf die starken Schultern abzuwälzen, nicht erfüllt. Auch die Resolution betreffend die Fleischeinfuhr ist ja noch nicht erfüllt worden. Es werden die Lebensmittel und die Bedarfsartikel künstlich durch Gesetze verteuert. Und wenn dagegen die davon betroffenen Volksgenossen revoltieren, sich dagegen auflehnen, ihre Unzufriedenheit darüber ausdrücken, dann wird durch parteiische Rechtsprechung und durch parteiische Gesetzgebung dem Arbeiter das Mittel der Selbsthilfe, das Mittel, wenigstens den Lohn zu erhöhen durch die Anwendung des Koalitionsrechts, aus der Hand geschlagen. Es lebt in der Tat heute die Arbeiterklasse durch die Art und Weise der Handhabung der Gesetze unter einem Ausnahmegesetz. Entsinnen Sie sich, wie das erste Ausnahmegesetz im Jahre 1878 vorgelegt wurde, das nachher abgelehnt wurde, da war die Rede davon, daß die Sozialdemokratie gemeingefährliche Ziele habe. Man legte dann ein Ausnahmegesetz vor, das nachher angenommene fluchwürdige Schandgesetz, das aber in seiner Fassung insoweit dem nationalliberalen Gedanken entsprach, daß die Sozialdemokratie doch nicht nur die Gesellschaftsordnung gewaltsam beseitigen wolle. Es wurde in den Motiven ausdrücklich erklärt, wenn in dem Gesetz der Ausdruck gebraucht wurde, „die die Gesellschaftsordnung untergrabenden Ziele der Sozialdemokratie", so sei damit zugegeben, daß es auch andere Tätigkeiten der Sozialdemokratie gäbe, denen man durchaus zustimmen könne, die man nicht unterdrücken dürfe. Jetzt ist es anders! Was sozialdemokratisch ist, wird von vornherein verfemt, weil immer klarer hervortritt, daß das Verlangen der Sozialdemo-

kratie mit Notwendigkeit dazu führen muß, einen Teil des Profits der Unternehmerklasse in Frage zu stellen, ja der Gesamtheit des Profits immer drohender entgegenzutreten. Daher sehen wir, daß, wo der Arbeiter, wo die Sozialdemokraten mit Behörden zu tun haben, sie von vornherein als Staatsbürger minderen Rechts behandelt werden, daß die Richter so verbildet sind durch die Erziehung, die sie gegen die Sozialdemokratie genossen haben, daß sie gar nicht fühlen, welche Beugung des Rechtes tagaus, tagein stattfindet. Damit ist aber der herrschenden Klasse noch nicht Genüge geschehen. Sie verlangt direkt Ausnahmegesetze, sie verlangt eine völlige offene Erdrosselung des Koalitionsrechtes. (Sehr richtig!)

Wenn nun in Anträgen verlangt ist, es mögen außerhalb der Fraktion stehende Genossen zu gesetzgeberischen Vorarbeiten zugezogen werden, so rennt man damit offene Türen ein, denn es ist ganz selbstverständlich, daß die Fraktion stets die Arbeit der Gesamtheit der Parteigenossen mitberücksichtigt.

Gestatten Sie mir, nur mit zwei Worten auf die *Präsidentenwahl* einzugehen. Es kann ja für einen Sozialdemokraten keinem Zweifel unterliegen, daß die Sozialdemokratie vom Standpunkt der Gleichberechtigung zu verlangen hat, daß sie auch an dem Präsidium eines Parlaments beteiligt wird. Aber eine Verpflichtung zu irgendwelchen Pflichten, die außerhalb der staatsrechtlichen oder der in der Geschäftsordnung begründeten Vorschriften liegen, kann die Sozialdemokratie selbstverständlich nicht eingehen. Das wäre ein Schlag gegen die Sozialdemokratie selbst, das wäre eine Unterwerfung der Partei unter die Bedingungen, die der bürgerlichen Anschauung entnommen sind. Bei den Verhandlungen über die Frage der Besetzung des Präsidiums ist ja auch von nationalliberaler Seite ausdrücklich anerkannt, daß eine solche Bedingung selbstverständlich nicht gestellt werden kann. So haben unsere Vertreter keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir in unserer Haltung beim Kaiserhoch keine Aenderung eintreten lassen würden, und später hat der Abgeordnete Schifferer im Plenum noch ausdrücklich gesagt, daß unsere Vertreter erklärt hätten, die Fraktion lehne es ab, zu Hofe zu gehen oder bei dem Kaiserhoch im Saale zu bleiben. Bei Beginn der Reichstagssession war über die Frage, ob etwa zu einer solchen Verpflichtung ein Grund vorliegt, eine Differenz entstanden. Die Fraktion hat aber mit über zwei Drittel Mehrheit beschlossen, auf keinen Fall zu Hofe zu gehen, sondern das Zuhofegehen so aufzufassen, wie es auch auf den Parteitagen aufgefaßt wird, als eine Verbeugung vor einer bürgerlichen Anschauung, als eine Verletzung der sozialdemokratischen Auffassung. So wenig wie einem bürgerlichen Präsidenten zugemutet werden kann, ein Hoch auf die Sozialdemokratie auszubringen, so wenig kann naturgemäß verlangt werden, daß die Sozialdemokratie gegen ihre Anschauungen handelt. In dem Bericht ist nicht ausdrücklich erwähnt, daß einige 30 Mitglieder der Fraktion bereit waren, event. die Verpflichtung zu übernehmen und zu Hofe zu gehen. (Hört! hört!) Aber die große Mehrzahl war dagegen. Unmittelbar vor Schluß des Reichstages entstand dann noch die Frage, ob die Fraktion bei dem Hoch auf den Kaiser hinausgehen soll, wie es früher geschehen ist, oder ob sie sitzen bleiben solle. Es wurde ein paar Minuten darüber in den Wandelgängen gesprochen und man beschloß, hinauszugehen. Die Frage, ob hinaus gehen oder sitzen bleiben, ist so müßig wie nur etwas. Weshalb sind denn die Genossen ursprünglich hinausgegangen? Aus einer vielleicht zu großen Höflichkeit. Als wir drei oder vier Vertreter im Reichstage hatten, glaubte man, man solle die Gefühle der anderen schonen, und deshalb ging man hinaus. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung bleiben wir seit Jahren sitzen, seitdem uns erklärt ist, das würde anders aufgefaßt. Es ist auch vorgekommen, daß man in den

Saal nicht hineingeht, weil man die Gefühle der anderen nicht verletzen will. Aber darüber kann kein Zweifel sein, daß wir, wenn wir im Reichstagssaale sind und dem Monarchen eine Huldigung gebracht wird, selbstverständlich sitzen bleiben und die Huldigung nicht mitmachen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Bürgerlichen selbst muten uns ja auch nicht zu, etwas zu tun, was einer Huldigung gegen die Monarchie entspringt. Das wäre ebenso unvernünftig, als wenn wir im Landtage von Schwarzburg-Rudolstadt verlangen würden, daß die Bürgerlichen bei einem Hoch auf die Sozialdemokratie aufstehen. (Heiterkeit.)

Zu einer kurzen Debatte in der Presse hat das Verhalten der Fraktion in der *Kiautschoufrage* Anlaß gegeben. Der Etat enthält eine Forderung von 650 000 Mk. zur Erhöhung des Personalbestandes der Besatzungstruppen in Kiautschou, weil 500 Mann von der planmäßig Ende Februar zur Auflösung gelangenden Truppe zurückgehalten werden. Es wurde so erklärt, daß die Zurückhaltung zum Schutze des Lebens und Eigentumes der Deutschen in China anläßlich der dortigen Revolution erforderlich gewesen sei. Wir haben diese Forderung abgelehnt. Während der Revolution ist ja, da sie sich nicht gegen Deutsche, sondern gegen die chinesische Regierung richtete, kein einziger Deutscher geschädigt worden. In Kiautschou befanden sich 1500 Deutsche, im ganzen übrigen China ganze 8. Wenn man deutsche Militärtruppen absendet, um angeblich dort Deutsche zu schützen, so schlägt man damit einen völlig anderen Weg ein als sonst, als z. B. bei der russischen Revolution. Sonst beschreitet man den diplomatischen Weg, und der frühere Staatssekretär Freiherr von Marschall hat ja auch einmal zugegeben, daß dem Deutschen im Ausland doch nicht mehr Schutz gewährt werden könne als im Inlande. Erkennt man völkerrechtlich den Standpunkt an, daß 500 Mann in Kiautschou bleiben mußten, um die acht Deutschen, die in China zerstreut sind, zu schützen, so muß man auch überall die Konsequenzen ziehen, dann hätte man nichts dagegen einwenden dürfen, wenn z. B. aus Anlaß des brutalen Ueberfalls gegen englische Journalisten in Moabit die Engländer ein Armeekorps nach Berlin geschickt hätten. (Heiterkeit.) Wir haben leider unsere auswärtigen Arbeiter nicht schützen können in Mexiko, in Brasilien und an anderen Orten, wo sie hingelockt und ausgebeutet werden. Oder betrachten Sie die schamlose Ausbeutung ausländischer Arbeiter in Deutschland! Wenn wir das Verhalten der Regierung in Kiautschou billigen, dann müßten wir es auch zugeben, daß Rußland, Oesterreich, Italien Armeekorps nach Deutschland schicken dürfen, um die ausländischen Arbeiter zu schützen. Nein, das wäre die Anerkennung der Tatsache, daß Deutschland das Recht hat, auch außerhalb seiner Grenzen Militär zu mißbrauchen. In der Tat sind die 500 Mann in Kiautschou gelassen worden, um unsere imperialistische Politik zu fördern. Unter der falschen Etikette „Schutz der Deutschen im Ausland" hat man die Interessen der großkapitalistischen Banken und der Hochfinanz durch die Absendung der 500 Mann und die Aufbringung der 650 000 Mk. schützen wollen. Dagegen mußten wir uns entschieden wenden und haben diesen Posten abgelehnt.

Die ungeheuren Militärlasten, die der deutschen Bevölkerung aufgepackt sind, stehen im schreiendsten Widerspruch zu der maßlos frechen Anmaßung, mit der die kapitalistische Klasse dieses selbe Militär mißbraucht, um kapitalistische Interessen zu fördern. Ich erinnere an Mansfeld, an das Ruhrrevier, an die Schmach, daß Polizeibeamte und Militär unseren Arbeitern dort in den Rücken geschickt wurden, an die Schmach, daß das geschehen ist unter Billigung des immer mehr gegen die Arbeiter auftretenden Zentrums. Ich erinnere an die neueste Zeit, wo in Ragnit und anderen Gegenden den

Arbeitern, die von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machten, wieder Militär entgegengeschickt wurde. Das ist ein Mißbrauch, eine Anarchie, eine Auflehnung gegen die bestehenden Gesetze, wie sie schamloser seitens einer Kapitalistenklasse gar nicht gemacht werden kann. Treitschke hat einmal in den siebziger Jahren von dem Kaufmannskönigtum in Frankreich erklärt, da seien die Herzen verrottet, die Leute verstockten Sinns und hätten durch künstliche Mittel die Lebensmittel zu verteuern gesucht; da sei eine parteiische Rechtsprechung und Gesetzgebung, die sogar die Ausübung des Koalitionsrechtes hindere; so etwas sei in Deutschland nicht möglich, wo die Hohenzollern für die Arbeiter Sorge tragen. Heute gibt es in der ganzen Welt kein Land, wo in so schamloser Weise wie in Deutschland die Lebensmittel durch künstliche Mittel der Gesetzgebung verteuert werden. Es gibt kein Land in der ganzen Welt, wo so schamlos seitens der herrschenden Klassen auf das Gesetz gepfiffen wird. Denken Sie an die Duellaffären. Tagtäglich wird durch die Handhabung in den Gerichtssälen das Klassenunrecht demonstriert.

Nun wird verlangt, daß wir die Urteile, die Leute der herrschenden Klassen, die eigentlich strafbar sind, freilassen, feststellen sollen und daß wir auf der anderen Seite die Urteile sammeln sollen, wonach Arbeiter, die eigentlich straflos sind, verurteilt werden. Ich möchte Sie bitten, diesen Antrag dem Vorstand als Material zu überweisen. Man kann da nicht schematisch vorgehen. Täglich werden soviel solcher Urteile gefällt, daß unsere Parteipresse nicht den Raum hat, den zehnten Teil dieser brutalen Klassenjustiz zu veröffentlichen. Dann wird ferner eine Broschüre verlangt über das, was wir auf dem Gebiete des Strafgesetzbuches fordern. Eine gute Broschüre kann nie schaden, aber auch diese Frage sollte man dem Vorstand überlassen oder der Fraktion. Ueber den Strafgesetzentwurf ist ja eine Broschüre von Dr. Weinberg längst erschienen. Es ist auch gefordert, daß wir uns gegen die Todesstrafe besonders aussprechen. Sollen wir ausdrücklich mitteilen, daß wir nach unseren Grundsätzen vorgehen werden? Als prinzipielle Gegner der Todesstrafe müssen wir doch selbstverständlich dagegen ankämpfen. Eine besondere Resolution auf diesem Gebiete ist also nicht erforderlich. Ich habe keinen Zweifel, daß die Fraktion nach wie vor ihre größte Aufmerksamkeit dieser Angelegenheit widmen wird. Sie wird nach wie vor bestrebt sein, auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens zugunsten der Arbeiterklasse das zu erreichen, was auf dem Gebiete des Parlaments möglich ist.

Zum Schluß möchte ich dem entgegentreten, als ob die Fraktion nun, da sie 110 Mann stark ist, auf einmal alle möglichen Wünsche erfüllen könnte. Je stärker sie ist, desto größer ist der Widerstand, der zu überwinden ist und die Gewissenlosigkeit auf seiten der bürgerlichen Parteien und der von ihnen gefangen gehaltenen Regierung. Unterstützt werden muß die Fraktion durch außerparlamentarische Betätigung. Davon darf nicht abgelassen werden. Unsere Stärke beruht — selbst wenn die Abgeordneten Engel wären (Heiterkeit) — nicht auf der Vorzüglichkeit der 110, sondern auf der Richtigkeit unserer programmatischen Forderung und auf dem Bewußtsein, daß hinter uns die große Menge des Volkes steht, nicht als Stimmvieh, sondern daß sie steht als bewußte Klassenkämpfer. Ich bitte Sie, erlahmen Sie nicht in dem weiteren Bemühen, neue Genossen heranzuziehen und weiter mit unseren Zielen vertraut zu machen. Nur so ist es möglich, den Arbeiten in dem Parlament auch die Wirkungsmöglichkeit zu geben, die wir alle erhoffen. Ich schließe mit dem Wunsche, daß Sie unser Vorgehen kritisieren möchten, daß Sie aber dabei nicht von der Ueberzeugung ablassen, daß wir auf allen Gebieten des parlamentarischen Lebens versucht haben, vorzugehen im Interesse der arbeitenden Klassen, des Mittelstands, der Gesamtheit des Volkes, um ihr das Vaterland erst liebenswert und teuer zu machen, um der Kapitalistenklasse entgegenzutreten, natürlich, ohne dabei die Ziele der Sozialdemokratie zu vergessen, die Verwirklichung von Gleichheit, Freiheit und Recht. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Haase** verliest darauf folgende Erklärung des Genossen Pieck:

„Nachdem der Genosse Scheidemann in seinem Schlußworte über das Stichwahlabkommen deshalb über meine Ausführungen zur Tagesordnung übergegangen ist, weil vier Delegierte von Teltow-Beeskow-Charlottenburg erklärt haben, daß sie mit meinen Ausführungen nicht einverstanden sind, könnte dadurch der Eindruck hervorgerufen werden, daß diese Delegierten im Namen des Wahlkreises ihre Erklärung abgegeben haben. Das ist nicht der Fall, denn die Wahlkreisgeneralversammlung hat zu dem Stichwahlabkommen überhaupt nicht Stellung genommen. Auch stelle ich noch fest, daß sich die vier Delegierten mit dem Reichstagsabgeordneten des Kreises, dem Genossen Zubeil, nicht einmal in Verbindung gesetzt haben, geschweige denn seine Zustimmung eingeholt haben."

Zur Debatte stehen die Anträge 104, 106, 110 bis 117, 147, 149, 158, 171, 172, 183, 184, 186, 204, 205 und Resolution 212.

Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 82, 107, 108. Antrag 109 wird zurückgezogen.

Der Antrag 185 ist durch die Annahme des Antrages 199 erledigt.

Dann wird in die Debatte eingetreten.

Henschel-Berlin: Nachdem Stadthagen den grundsätzlichen Standpunkt der Sozialdemokratie und ihrer Parteitage bezüglich höfischer und sonstiger Huldigungen dargelegt hat, kann ich mir diesen Teil meiner Begründungsrede sparen. Es genügt der Hinweis, daß der Genosse Dr. Landsberg bei der Schlußsitzung des Reichstages gegen diese wiederholten Beschlüsse der Parteitage und auch gegen die Beschlüsse der Reichstagsfraktion in gröblichster Weise verstoßen hat. Es hat ungeheure Entrüstung in den Reihen der Parteigenossen hervorgerufen, daß Genosse Landsberg diese ziemlich einmütig gefaßten Beschlüsse mißachtet hat. (Zustimmung.) Diese Entrüstung und Erregung wurde noch dadurch gesteigert, daß unwidersprochen die Mitteilung gemacht werden konnte, daß Dr. Landsberg auch wiederholte Aufforderungen, den Saal zu verlassen, unbeachtet gelassen hat. (Hört! hört!) Ich glaube, eine weitere Begründung dürfte sich erübrigen. Ich nehme an, daß die Parteigenossen grundsätzlich auf dem gleichen Standpunkt stehen und daß der Parteitag dem Protest sich anschließen wird, der in dem Antrag 171 enthalten ist, um so mehr, als wir eine Garantie bieten müssen, daß ein derartiges Vorgehen sich nicht vielleicht in nächster Zeit durch einzelne Vertreter in unseren Parlamenten wiederhole. Ich bitte Sie darum, unseren Antrag einstimmig anzunehmen.

Haupt-Magdeburg: Die Konservativen und neuerdings auch Mitglieder des Hansabundes verlangen stets einen wirksamen Schutz für Arbeitswillige, und zwar mit der Begründung, daß er gegen die Bedrohung und die Gewalttätigkeiten der Streikenden notwendig sei. Es ist ja sehr oft das alte Lied gesungen worden, daß die Sozialdemokratie und deren Anhänger schuld sein sollen an der Verrohung der Sitten, die in den letzten Jahren Platz gegriffen haben. Gelegentlich des Bergarbeiterstreiks im Anfang dieses Jahres konnte man noch sehr häufig den alten Satz herunterleiern hören, in dem uns vorgeworfen wurde, wir handelten nach dem Grundsatz: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlage ich Dir den Schädel ein." Was mich veranlaßt,

hier das Wort zu ergreifen und mit meinen Mitdelegierten eine Resolution einzubringen, das ist ein Vorgang, der sich in der Nacht vom letzten Sonnabend zu Sonntag in meinem Wahlkreis, und zwar in Burg bei Magdeburg abgespielt hat und der recht kraß und scharf kennzeichnet, daß nicht ein Schutz der Arbeitswilligen, sondern ein Schutz aller friedlichen Bürger vor diesen arbeitswilligen Elementen sehr dringend notwendig ist. (Sehr richtig!) Der Vorgang ist wert, daß hier auf dem Parteitag einige Worte darüber gesprochen werden, damit endlich einmal die Oeffentlichkeit und die behördlichen Organe gleiches Recht für alle walten lassen. Dieser Vorgang, dem ein blühendes Menschenleben zum Opfer gefallen ist, hat sich folgendermaßen zugetragen: In Burg befindet sich eine kleine Möbelfabrik, in der schon seit 8—10 Wochen ein Streik sich abspielt. Ein an diesem Streik gänzlich Unbeteiligter hat Gelegenheit gehabt, in der Nacht zum Sonntag einem der arbeitswilligen Elemente zu begegnen, als diese Persönlichkeit mit dem Spazierstock die Jalousieläden fortgesetzt herunterrasselte. Unser Parteigenosse, dem der Arbeitswillige ganz unbekannt war, sagte harmlos zu ihm: „Na, Du kannst wohl nicht hinein!“ Statt einer höflichen oder gar keiner Antwort bekam er zu hören: „Was willst Du, Lump, Du hast wohl lange keine bayerische Bohne im Wams gehabt!“ Als der so Angeredete und sein Begleiter sich derartige Anpöbelungen verbaten, zog dieses „nützliche Element der bestehenden Gesellschaftsordnung“ seinen Revolver (Hört! hört!) und schoß auf eine Entfernung von 8—10 Metern — woraus hervorgeht, daß von irgendwelcher Notwehr gar nicht die Rede sein kann — zweimal auf unseren Parteigenossen, der ihm absolut nichts getan hatte. Der zweite Schuß traf und nach wenigen Minuten war unser Parteigenosse dem Leben und seiner Familie entrückt. (Stürmische Pfui!-Rufe, der Parteitag hört den folgenden Bericht mit stets sich steigernder Erregung zu.) Es ist sehr bezeichnend dafür, in welchem Verhältnis derartige Elemente zu den Staatsbehörden stehen, daß erst auf wiederholtes Drängen des Begleiters des Erschossenen ein Polizeibeamter sich dazu hergab, überhaupt die Verhaftung des Mörders vorzunehmen. (Stürmisches Hört! hört!) Der Streikbrecher, der den Schuß abgegeben hatte, ging auf den Polizeiwachtmann los und erklärte ihm: „Mein Name ist Soundso und ich bin Arbeitswilliger bei der Firma Soundso!“ (Hört! hört! und Unruhe. Bebel: Und darauf wurde er nicht verhaftet!) Darauf wurde er zwar, jedenfalls mehr zu seinem eigenen Schutz, mitgenommen, aber sofort wieder entlassen. (Stürmisches Hört! hört!) Ich möchte das Geschrei hören, wenn irgendwie ein Streikender einmal in dieser Weise gegen einen Arbeitswilligen vorgehen und einen Streikbrecher über den Haufen schießen würde. (Sehr wahr!) Man muß sich wirklich wundern, daß in Deutschland infolge dieser Zustände noch nichts vorgekommen ist, was in jedem anderen Lande, wo die Arbeiterschaft heißeres Blut in den Adern hat, längst die Folge hätte sein können und vielleicht auch in Deutschland die Folge derartiger Provokationen sein wird. Man muß sich wundern, was die deutsche organisierte Arbeiterschaft sich von diesen Elementen alles hat gefallen lassen müssen. Es ist sehr bezeichnend, daß diese Arbeitswilligen nicht etwa nur so zufällig im Besitz von Mordwaffen sind, sondern wir haben Beweise dafür, daß der deutsche Arbeitgeberverband und andere Institutionen geradezu planmäßig zur Bewaffnung dieser Arbeitswilligen in den letzten Monaten und Jahren geschritten sind. Und wenn derartige Elemente, von denen wir wissen, daß sie häufig schon wegen Eigentums- und Roheitsverbrechen bereits früher mit dem Gefängnis Bekanntschaft gemacht haben, unter den Augen der Behörden solche Mordwaffen in die Hand gedrückt bekommen, soll man sich da wundern, daß sie einmal auch Gebrauch von den Waffen machen? Es ist geradezu eine

Anreizung zum Waffengebrauch, wenn derartigen Elementen, denen auf Drängen der Parteigenossen der Revolver abgenommen wird, wie das auch diesem Mann geschah, ihm die Waffe von derselben Behörde wieder eingehändigt wird „zu seinem persönlichen Schutz“. (Hört! hört!)

Ich weiß nicht, ob es in Deutschland Personen in verantwortlicher oder unverantwortlicher Stellung gibt, die vielleicht das heiße Begehren haben, die Arbeiterschaft so zu reizen, daß sie Gleiches mit Gleichem vergilt (Sehr richtig!), um dann zu schreien: „Seht, wir müssen doch einmal verschärfte Gesetze haben!“ Dieses Attentat in Burg schreit zum Himmel, wenn man bedenkt, daß der Erschossene auch nicht das geringste mit dem Streik an sich und mit dem Streikbrecher zu tun hatte. Wie die übrigen Parteigenossen in Burg, die gut organisiert und diszipliniert sind, sich zu dieser Gewalttat benommen haben, ergibt sich aus der Resolution, die in einer von 3000 Personen besuchten Versammlung angenommen wurde und worin sich die Versammelten verpflichten, in keinem Kaufladen, wo diese Streikbrecher kaufen, Einkäufe zu machen, und in keiner Restauration, in der diese Streikbrecher verkehren, zu verkehren oder sofort hinauszugehen, wenn diese Personen eintreten. Ich wette hundert gegen eins, daß man nun herkommen und wieder sagen wird, das ist der Terrorismus der Sozialdemokratie. Und doch müssen unsere Parteigenossen zu ihrem eigenen Schutz so vorgehen. Wer ist denn sicher, daß er nicht in einem Kaufladen oder in einer Restauration einmal einem solchen Streikbrecher einen nicht genehmen Blick zuwirft? Dann schießt ihn der Betreffende einfach über den Haufen und legitimiert sich bei dem nächsten Polizeibeamten mit den Worten: „Ich bin Streikbrecher bei der Firma Soundso!“ (Erregte Rufe.)

Das sind die Zustände, denen wir in Deutschland entgegengehen, wenn die Dinge so ihren Fortgang nehmen. Wir werden dem nicht stillschweigend zustimmen. Es ist sehr bezeichnend, daß die örtlichen Behörden jedenfalls auch zur Ohnmacht verurteilt sind derartigen Elementen gegenüber. Denn als eine Deputation der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion in Burg bei dem Bürgermeister als Polizeiverwalter vorstellig wurde, er möge doch die Stadt von diesen Scheusalen befreien, da gab der Bürgermeister höflich und konziliant zur Antwort: „Er seit bereit, alles zu tun, was er könne, aber er müsse erklären, daß er keine gesetzliche Handhabe diesen Leuten gegenüber besitze; er habe veranlaßt, daß der Betreffende verhaftet werde und habe ihn den ordentlichen Gerichten übergeben. Das ordentliche Gericht habe ihn freigelassen (Stürmisches, anhaltendes Hört! hört!), da könne er nichts tun!“

Eine große Anzahl von Parteitagsdelegierten hat gewiß auch schon hinter schwedischen Gardinen gesessen. (Allgemeine Zustimmung.) Ich glaube, wenn einmal einer von uns jemanden über den Haufen geschossen hätte, er wäre so leicht nicht wieder herausgekommen. Man hätte das Verfahren schon so lange hingezogen, um dem Betreffenden, wenn er sogar hätte freikommen müssen, jedenfalls erst einen Denkzettel dafür zu geben, daß er so vorgegangen ist. (Sehr wahr!) Es ist aber auch sehr bezeichnend, daß in dieser Weise diese „nützlichen Elemente“ geschützt werden, daß sie auf offener Straße einen weit größeren Schutz genießen, als jemals ein deutscher Staatsbürger für sein vieles Steuerzahlen genießt. (Sehr richtig!) Als nun die Deputation von dem Bürgermeister zurückkam und nach Hause gehen wollte, begegnete ihr das nützliche Element, der Revolverheld. Begreiflicherweise hatte die Deputation doch ein Interesse daran, sich diesen Herrn einmal anzuschauen. Da zog er seine Signalpfeife hervor, pfiff und sofort kamen die Hüter der Ordnung, nahmen ihn in ihre Mitte und transportierten ihn zu seinem Schutz nach

Haus! Ja, wenn der Streikbrecher pfeift, dann laufen gleich die Ordnungshüter hin und nehmen sich des Schutzes dieser Leute an. Das kann nicht von so ungefähr kommen und kann nicht den Bedürfnissen unserer Polizeiorgane entspringen. (Lebhafte Zustimmung.) Es muß doch irgendwelche Weisung oder Verordnung vorliegen, daß die unteren Organe gegenüber dem Streikbrecher so handeln müssen, wie es hier in Erscheinung getreten ist. Das Verlangen, das wir in unserer Resolution aussprechen, ist das mindeste, was man von der heutigen Gesellschaft verlangen kann. Die Schamröte muß uns ins Gesicht steigen, wenn wir sehen, in welcher Weise diese Leute Familienväter kühl über den Haufen schießen, schießen, ohne daß sich solche Subjekte gesellschaftlich oder sonstwie ganz unmöglich machen, daß sich überhaupt noch Arbeitgeber finden, die derartige Elemente in ihren Betrieben glauben mit organisierten Arbeitern zusammen arbeiten lassen zu müssen, die auf Grund ihrer Anschauungen für die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten sich genötigt fühlen. Ich glaube, daß wir sehr gut daran tun, wenn wir Material sammeln, das uns übrigens in dieser Beziehung fortgesetzt zugeht. Wenn wir diese Vorgänge registrieren, so deshalb, daß, wenn die Scharfmacher wiederholt Gesetze zum Schutz der Arbeitswilligen verlangen, die ruhige Bürger rücksichtslos über den Haufen schießen, und das noch dazu in einem Rechtsstaat, wir dann endlich auch verlangen können einen Schutz vor den Arbeitswilligen. (Stürmischer Beifall.)

Meerfeld-Köln: Wie in so vielen anderen Orten haben auch die Kölner Parteigenossen eine Resolution angenommen, die die Sonderkonferenzen verurteilt, und ohne diese Resolution ausführlich zu begründen, kann ich wohl hoffen, daß der Parteitag im Sinn unserer Forderungen und der Forderungen zahlreicher anderer Kreise beschließen wird, weil doch die Ueberzeugung weit verbreitet ist, daß Sonderkonferenzen zur Vergiftung und Zersetzung des Parteilebens beitragen müssen. (Sehr richtig!) Einige Worte muß ich äußern über die Stellung der Reichstagsfraktion bei der Präsidentenwahl. Ich will nicht darauf eingehen, ob es klug war, für den vermehrten Machtzuwachs, den eine Vertretung im Präsidium uns gebracht haben würde, sagen wir mal, das Opfer eines Antrittsbesuches zu bringen. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, aber darüber mußte die Fraktion sich klar sein, daß dieser Antrittsbesuch die unausbleibliche Konsequenz der Beteiligung an der Wahl sein würde. Wenn die Fraktion sich darüber klar gewesen wäre, daß ohne Antrittsbesuch die Wahl Scheidemanns nicht von langer Dauer sein würde, hätte sie ohne weiteres auf die Beteiligung überhaupt verzichten sollen. (Zuruf: Warum denn?) Dann wäre unseren Parteigenossen die Enttäuschung erspart geblieben (Lachen), die sich zweifellos ihrer bemächtigt hat. (Lachen und Unruhe. Zuruf: Wer ist denn enttäuscht worden?) Die schöne Photographie des Genossen Scheidemann ist noch lange nicht ausverkauft, die Wahl wurde zu bald umgestoßen. (Heiterkeit.) Wenn man Politik treiben will, muß man sich über die Konsequenzen völlig klar sein und ich habe den Eindruck, daß man sich nicht klar gewesen ist darüber, was der Wahl Scheidemanns zum Vizepräsidenten notwendig folgen würde. Wir haben ja zu wenig gerechnet mit der Verschlagenheit unserer politischen Gegner, vor allen Dingen mit dem Zentrum. Das ist überhaupt eine Frage, über die wir uns etwas mehr unterhalten müssen. Es ist schon bei der Besprechung der Reichstagswahlen darüber geredet worden. Genosse Dr. Laufenberg hat sich schon vorgestern darüber verbreitet, daß der Taktik des Zentrums größere Aufmerksamkeit zugewendet werden müßte und in unserer Partei überhaupt eine große Neigung besteht, die Gefährlichkeit und taktische Gerissenheit des Zentrums zu unterschätzen. Wenn unsere Fraktion eine kluge, weitausschauende Politik treiben will, muß sie die Entwickelung in bewußter, großzügiger Weise fördern, die heute das Zentrum genommen hat, die Entwickelung zu einer rein kapitalistischen Partei des Großagrariertums und der Großindustrie. Unsere Fraktion und Parteileitung ist ja in den letzten Jahren von der stillen Liebe zum Zentrum etwas kuriert worden, von der hier und da noch stark vorhandenen Auffassung, daß im Zentrum doch noch ein Kern von demokratischer Empfindung schlummere. Heute sind sie gründlich davon kuriert und wir erkennen, wie recht jene Genossen hatten, die schon 1907 gegen die Stichwahlparole protestierten, die dem Zentrum günstig und den Liberalen ungünstig war. Die Entwickelung hat uns vollständig recht gegeben. Die Unmenge von sozialpolitischen Entwürfen, die das Zentrum alljährlich einbringt, und die unsere Parteigenossen veranlaßt, in ebensolcher Weise auf dem Plan zu erscheinen, legen die Frage nahe, ob das notwendig ist, und ebenso, ob es angebracht ist, im Reichstag in alle Kleinigkeiten und Kleinlichkeiten hinabzusteigen. Manchmal scheint es mir der Bedeutung des Reichsparlaments nicht angemessen zu sein, über die oder jene Mißstände in einzelnen Reichsbetrieben so ausführlich zu reden, so sehr ich anerkenne, daß auch diese Sachen, aber allerdings nur bei außerordentlichen Anläßen, vor den Reichstag gebracht werden können. Jedenfalls dürfen wir uns vom Zentrum nicht ins Schlepptau nehmen lassen, sondern müssen immer verstehen, eine großzügige Initiative auf diesem Gebiet zu ergreifen. Wenn ich in dem Sinne, wie schon Genosse Dr. Laufenberg gesagt hat, Aufklärung verbreitet zu sehen wünsche über die reaktionäre, großkapitalistische, junkerliche und scharfmacherische Gesinnung des Zentrums, so erfüllen wir damit auch die beste Arbeit zur Ueberwindung des Zentrums, das unser schärfster und gefährlichster Gegner ist. Eine Vernichtung des Zentrums wird uns ja vorab nicht gelingen, aber eine Zersplitterung des Zentrums muß die Aufgabe unserer Partei und Fraktion sein. Und Sie müssen sich darauf einrichten, bei Ihrer Taktik gegenüber der Rechten den katholischen Arbeitermassen und dem übrigen noch demokratischen Teil des Zentrums die neuere Entwickelung des Zentrums klarzumachen und das Zentrum dorthin zu drängen, wohin es gehört; zu den konservativen und nationalliberalen Scharfmachern. Auf eines hätte die Fraktion mehr Gewicht legen können, auf die Kennzeichnung der Rolle, die das Zentrum in den Verfassungskämpfen spielt. 1908 bei den Novemberstürmen hat das Zentrum gegen seine wahre Ueberzeugung die Massen aufgepeitscht gegen das persönliche Regiment und gleich darauf, als die Rechte des Parlaments reformiert werden sollten, als die Rechte von Parlament und Krone neu abgegrenzt werden sollten, hat das Zentrum dies verhindert. Es wäre im Reichstag eine sehr dankbare Aufgabe gewesen, diesen Punkt weiter zu verfolgen und dann immer wieder zu demonstrieren, wie verlogen und durchaus unehrlich das Zentrum ist —, eine Partei, die sich immer wieder nur von ihren machtpolitischen Ansprüchen leiten läßt.

Von 110 Abgeordneten wird mehr verlangt, als von 43 oder 53. Die Massen, die heute hinter der Sozialdemokratie stehen, verlangen auch Taten, wollen praktische Arbeit und politischen Fortschritt sehen. Wir alle im Lande würden es sehr begrüßen, wenn die Fraktion hin und wieder mehr politische Initiative entwickelte, wenn sie gegenüber den neuen Problemen der Politik etwas mehr Verständnis bekundete. (Zuruf: Zum Beispiel?) Ja, Sie hören aus dem Klingeln des Vorsitzenden, daß ich meine Redezeit sogar schon überschritten habe! Ich kann also nur die Fraktion auffordern, dafür zu sorgen, daß sich infolge ihrer Initiative immer neue Massen hinter unsere Fahne stellen. Ich bitte die Fraktion, in dem Sinne tätig zu sein und, ohne sich von unseren Prinzipien etwas zu vergeben, mehr im Reichstag zu erreichen.

(Zuruf von Stadthagen: Wie denn?) Bei kluger Ausnutzung aller politischen Situationen wird das möglich sein.

Vorsitzender Noske: Es ist Antrag 220 eingegangen.

Hoch-Hanau: Die Anträge, die gegen die Sonderkonferenzen vorliegen, und die Aussprache, die im Lande hierüber stattgefunden hat, hat das eine Erfreuliche, daß überall der entschiedene Wille der Partei zutage tritt, die Einigkeit, Geschlossenheit und Disziplin mit allen Mitteln zu fördern. Das findet bei uns die freudigste Zustimmung. Wir haben uns seit jeher gegen die Bestrebungen gewendet, die darauf hinausgingen, die Partei auseinanderzusprengen, ihre Disziplin zu untergraben. Es fragt sich aber, ob die Vorschläge, die ein Verbot der Sonderkonferenzen fordern, geeignet sind, das zu erreichen, was erstrebt wird. Ganz besonders hat es mich gewundert, daß der Vorredner nicht einmal wußte, daß Sonderbesprechungen und Sonderkonferenzen seit jeher in unserer Partei wie in allen Parteien stattgefunden haben (Sehr richtig!), daß das Parteileben ohne Sonderkonferenzen gar nicht möglich ist. (Sehr richtig!) Von einem Mann, wie dem Vorredner, der unserer Fraktion soeben diese schöne Lehre gegeben hat (Sehr gut!), sollte man doch erwarten, daß er wenigstens so viel von der Geschichte unserer Partei kennt.

Es ist erstaunlich, daß gerade jetzt die Entrüstung über unsere Sonderkonferenzen so gewaltig groß geworden ist. Es ist erstaunlich, daß gerade diejenigen Kreise sich so gewaltig über die angeblich parteischädigenden Sonderkonferenzen entrüsten, die sich damals gar nicht entrüstet haben, als in Magdeburg gesagt wurde: „Ich stehl mei Holz und zahl mei Straf," als uns also gesagt wurde, ihr könnt beschließen, was ihr wollt, wir tun doch, was wir wollen, als offen der Bruch der Disziplin verkündet wurde. Und es sind dieselben, die jetzt die Eisenacher Konferenz benutzen, um in unwahrhaftiger, geradezu schamloser Weise gegen uns Stimmung zu machen. (Lebhafte Unruhe. Vorsitzender Noske: Ich bitte, doch gegen Parteigenossen nicht den Vorwurf der Schamlosigkeit zu erheben. Lebhaftes Sehr wahr!)

Wie steht es mit der Eisenacher Konferenz? Am letzten Tage der Reichstagsverhandlungen in diesem Frühjahr haben sich, nachdem die Verhandlung vertagt und ein Teil unserer Kollegen abgereist war, diejenigen mir befreundeten Kollegen, die noch in Berlin weilten, zu einem gemütlichen Abend zusammengefunden. Dabei haben wir auch von Parteiangelegenheiten, ja sogar fast nur von Parteiangelegenheiten gesprochen, denn die liegen uns zumeist am Herzen. In dieser Aussprache kamen wir auch auf die Aenderung des Parteistatuts. Da ich Mitglied der Kommission war, wurde ich gefragt: „Sag mal, Hoch, was habt Ihr beschlossen, wie steht die Sache?" Ich sagte darauf: Liebe Leute, ich weiß nicht, ob das loyal ist, wenn ich Euch die Sache darstelle und wir uns darüber unterhalten. Es ist von der Kommission beschlossen worden, daß die Beschlüsse mit einer offiziellen Erläuterung veröffentlicht werden, die muß in den nächsten Tagen erfolgen; ich meine, wir warten solange und machen uns dann unsere Gedanken über die vorgeschlagenen Aenderungen. Darauf wurde gesagt, wir sind dann nicht mehr zusammen, es ist aber wünschenswert, daß unser Kreis, der so oft über Parteisachen gesprochen hat und in allen Anschauungen einig ist, sich auch darüber aufklärt, was an dem neuen Vorschlag zweckmäßig oder unzweckmäßig ist. Im Anschluß hieran wurde bemerkt, vielleicht von mir, wir haben doch unsere Fahrkarte, finden wir uns eines Sonntags irgendwo zusammen, wer kommen will, mag kommen, und wenn der eine oder andere nicht kommt, macht das auch nichts. Wir kannten nicht den Tag, an dem die Veröffentlichung erscheint, und sagten Ledebour, wenn die Sache so weit sei, möge er an alle unsere

näheren Freunde einen Brief schreiben und zu einer Unterhaltung einladen. Darauf haben wir uns zusammengefunden. Ich regte noch an, ob nicht der oder jener aus der Kommission zugezogen werden sollte, weil ich mir aus den Verhandlungen in der Kommission nichts aufgeschrieben hatte und daher ein Irrtum leicht möglich sei. — Das ist die ganze Geschichte: Eine kleine Anzahl von Genossen, die gerade an dem Sonntag Zeit hatten, kam zusammen, wir haben uns über die Sache unterhalten, irgendwie bindende Beschlüsse sind nicht gefaßt worden. Wir haben uns gegen nichts festgelegt, wie überhaupt bei all unseren Besprechungen weiter nichts geschieht, als gegenseitige Aufklärung. (Hört! hört!)

Ich möchte die strengsten Richter aufrufen, damit sie sagen, was für ein Staatsverbrechen darin liegt. Ist es denn nicht ganz selbstverständlich, wenn wir miteinander über Parteiangelegenheiten sprechen, wollen Sie das verbieten? Dann müssen Sie stets einen Polizisten neben uns stellen. Oder wollen Sie verbieten, daß die Genossen, die nicht mehr in Berlin zusammenkommen, — die in Berlin wohnenden haben ja öfters Gelegenheit zu einer Aussprache mit mehreren Genossen der gleichen Richtung — daß die, die in einzelnen Orten zerstreut sind, nicht Gelegenheit nehmen sollen, sich mit Genossen aus anderen Orten zu treffen, mit denen sie sich schon öfter über Parteifragen unterhalten haben? Aber gehen Sie weiter! Gibt es denn nur eine mündliche, gibt es nicht auch eine schriftliche Aussprache? Sie haben ja die Kongreßnummer der „Sozialistischen Monatshefte" bekommen. Ist das keine Sonderkonferenz? (Sehr gut!) Also was wollen Sie eigentlich?

Wie ist aber die ganz unschuldige Sache in Eisenach dargestellt worden? Hören Sie einmal, was ausgerechnet in der „Magdeburger Volksstimme" darüber geschrieben worden ist. Zunächst erschien bekanntlich in der „Chemnitzer Volksstimme" eine kurze Bemerkung über die Eisenacher Konferenz. Darauf teilte der „Vorwärts" mit, es handle sich um eine private Zusammenkunft einzelner Genossen, auf der bindende Beschlüsse nicht gefaßt wurden. — Das darf natürlich nicht sein, daß bindende Beschlüsse gefaßt werden. Das hat es bei uns auch nicht gegeben. — Also die „Magdeburger Volksstimme" brachte einen längeren Bericht, worin es heißt:

„Nicht erst durch eine Einladung Ledebours ist die Zusammenkunft von etwa 30 parteigenössischen Reichstagsabgeordneten in Eisenach zustandegekommen, sondern die jener Gruppe angehörenden Fraktionsmitglieder haben bereits in Berlin während der Session beschlossen gehabt, nach dem Erscheinen des neuen Organisationsentwurfs im Juni sich in Eisenach ein Stelldichein zu geben, um zum Entwurf und zu anderen den Chemnitzer Parteitag betreffenden Fragen Stellung zu nehmen. Der Konferenz sollte durch Mitbringen der Frauen ein familiärer Anstrich gegeben werden; doch hat, soweit es beobachtet worden ist, nur Genosse Albrecht daran festgehalten. Auch der Rucksack, mit dem Genosse Ledebour seinen Rücken als Tourist geschmückt hatte, konnte die Tatsache nicht verhüllen, daß die Konferenz einen eminent parteipolitischen Charakter gehabt hat. Während der letzten Tage der Session, als der Beschluß auf Abhaltung der Konferenz bereits bestand, ist denn auch peinliches Stillschweigen über das Vorhaben gegenüber den anderen Fraktionsmitgliedern bewahrt worden."

Selbstverständlich, wir haben es ja selbst vorher nicht gewußt. (Ledebour: Am letzten Tage!) Ja, am letzten Tage. Daß wir unsere private Besprechung nicht im „Staatsanzeiger" publizieren, ist doch selbstverständlich.

In dem Bericht der „Magdeburger Volksstimme" wird dann unter anderem weiter gesagt, wir hätten uns scharf gegen die Einsetzung eines Parteiausschusses gewendet. Und dann heißt es:

„Sollte ferner kurz vor dem Parteitag in bestimmten Parteiblättern auf einen Personenwechsel im Parteivorstand hingewirkt werden, so darf auch das als Ausstrahlung der Eisenacher Konferenz betrachtet werden."

Demgegenüber stelle ich fest, daß über keine einzige Person gesprochen ist; es ist über keine Aenderung in der Besetzung irgendeines Postens gesprochen worden, auch nicht darüber, wer in den Parteiausschuß hineinkommen soll. Sie sehen also, das ist aus den Fingern gesogen, direkt erlogen, ohne jede Begründung. (Sehr wahr!) Und weshalb? Um den Parteigenossen zu sagen, es handelt sich nur um Personenfragen. (Zustimmung und Widerspruch.) Hier haben Sie eine Vergiftung des Parteilebens. (Bravo! und Unruhe.) Hier haben Sie etwas, das Mißtrauen unter Genossen hervorrufen soll, wozu aber kein Anlaß vorliegt.

Da gesagt ist, unsere Sonderkonferenzen tragen zur Vergiftung der Partei bei, so stelle ich fest: Wir haben die Sonderkonferenzen in der jetzigen Form erst gemacht, nachdem wir durch das Vorgehen der Revisionisten dazu gezwungen waren. (Zustimmung und Widerspruch. David: Das ist nicht wahr!) Ich habe ja nur ein paar Minuten Redezeit, Genosse David, Sie bekommen noch Ihr Teil. Ich muß es als eine geradezu unerhörte Ungehörigkeit zurückweisen, wenn Sie mir zurufen: Das ist nicht wahr! (David: Ich halte das aufrecht!) Wir werden den Nachweis in jedem einzelnen Falle führen, daß wir nur durch das Vorgehen der Revisionisten zu unseren Zusammenkünften gezwungen wurden. (Dr. Frank: Sind Sie bereit, darauf zu verzichten?) Gewiß, wir werden uns jedem Beschluß fügen, aber wir würden es für einen Betrug halten, Beschlüssen zuzustimmen, die nicht gehalten werden können (Sehr gut!); wir wollen auch nicht durch Advokatenkniffe eine Hintertür suchen. — Wir werden uns also jedem Beschluß des Parteitages fügen.

Die Konferenzen sind ferner heute für uns eins der wichtigsten Mittel, die Geschlossenheit der Partei und die Arbeiten des Parteitages zu fördern. Dafür rufe ich als Zeugen alle Genossen auf, die die Verhandlung in der letzten Kommission mitgemacht haben. Wir haben viele Tage beraten, und wir standen scheinbar vor einer ganz unlösbaren Frage. Der Parteivorstand kam mit einem Vermittelungsvorschlag, um ein einmütiges Votum zu erzielen. Dieser Vorschlag wurde von einigen Freunden von Frank entschieden bekämpft, der Vorstande wurde in der schärfsten Weise angegriffen und es schien unmöglich zu sein, zu einer Verständigung zu gelangen. Da beantragte Frank, die Sitzung zu vertagen, damit Sonderkonferenzen abgehalten werden könnten. (Heiterkeit, Zustimmung und Widerspruch. Bebel: Nicht zu Sonderkonferenzen!) Gewiß, Genosse Bebel, das ist nicht mit diesem Worte gesagt worden, aber es ist die Vertagung verlangt worden, damit sich die Freunde von Frank in besonderer Besprechung verständigen konnten. (Zuruf: Unglaublich!) Damals hat sich das erbauliche Schauspiel abgespielt, auf der einen Seite stand Frank mit seinen Freunden, auf der anderen Seite wir, und in der Mitte der Parteivorstand, und in einigen Minuten hatten wir uns verständigt. (Zuruf: Das nennen Sie Sonderkonferenzen?) Es ist doch selbstverständlich, daß bei einer Verständigung jeder Teil nachgeben muß, und das kann am besten durch Sonderkonferenzen erreicht werden!

Uns liegt die Geschlossenheit und Einigkeit der Partei ganz gewiß am Herzen. Wir werden freudig mit allen Kräften daran arbeiten, die Geschlossenheit und die Einigkeit der Partei zu fördern. Da die Konferenzen nicht entbehrlich sind, da ohne Konferenzen nicht gearbeitet werden kann, haben wir

es von jeher als unsere Aufgabe betrachtet, in den Sonderkonferenzen den Heißspornen Zügel anzulegen, wir haben uns bemüht, aus der Lage der Dinge herauszuholen, was zu einer Verständigung führen kann. In dem Sinne haben wir gearbeitet und in dem Sinne werden wir auch ferner arbeiten. Und wenn die heutige Aussprache, die ich mit Freuden begrüße — es mußte mal dazu kommen — allen Parteigenossen das Gewissen schärft, in den Sonderkonferenzen immer auf die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei hinzuarbeiten, wenn hüben und drüben gerade diejenigen auf der Stelle sind, die sich bemühen, die Einigkeit herbeizuführen, dann haben wir einen Boden, auf dem gearbeitet werden kann. Dies aber erreichen wir nicht dadurch, daß wir die Verhandlungen in die Cafés hineinbringen, auf die Butterbrotabende, wo eine kleine Clique zusammensitzt. (Zustimmung und Lachen.) Gerade die Sonderkonferenzen, die sich an die große Masse derer wenden, die zu uns gehören, bieten Gelegenheit zu einem segensreichen Zusammenarbeiten. Hoffentlich werden die Beschlüsse des Parteitages das zeitigen, was wir wollen, die Einigkeit und die Geschlossenheit der Partei immer mehr zu stärken. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Noske** schlägt dem Parteitage vor, sich nunmehr auf Freitag früh zu vertagen.

Gottschalk-Königsberg: Ich verstehe es ja, daß ein Teil der Delegierten ein gewisses Erholungsbedürfnis hat, aber in erster Linie müssen wir doch unsere Geschäfte so fördern, daß jeder Gegenstand zu seinem Rechte kommt. (Sehr wahr!) Wenn wir heute nachmittag nicht tagen, wird es uns nicht gelingen, in diesem Sinne die Arbeiten des Parteitages zu beenden. (Zuruf: Dann soll etwas weniger geredet werden!) Schließlich kommt es dahin, daß am Sonnabend sehr wichtige Dinge, z. B. der Bericht der Beschwerdekommission, beraten werden, wenn die Delegierten mit dem Koffer in der Hand dastehen. Ich bitte Sie deshalb, jetzt eine Pause eintreten zu lassen, und nachmittags mindestens noch eine Stunde zu tagen, damit wir diesen Punkt heute noch beenden.

Haase: Auch ich glaube, daß das Maß der Arbeiten, das uns noch bevorsteht, ein sehr großes ist. Wenn wir nicht sehr energisch an die Arbeit herangehen, dann können wir es nicht bewältigen. Wir haben noch wichtige Punkte der Tagesordnung zu erledigen, und Sie brauchen ja nur die lange Rednerliste zu betrachten, um zu ermessen, wieviel Zeit allein dieser Punkt der Tagesordnung noch in Anspruch nimmt. Wir haben uns doch hier nicht nur mit der Frage der Sonderkonferenzen zu beschäftigen, sondern auch mit anderen Dingen. Die Beschwerdekommission hat ein großes Material, ein Teil desselben wird einer gründlichen Durchberatung im Plenum bedürfen, und ich fürchte, wenn wir dem jetzigen Punkte der Tagesordnung nicht noch einige Zeit widmen, werden wir mindestens bis Sonnabendabend sitzen müssen. Es ist deshalb zu überlegen, ob Sie vielleicht noch die Kraft haben, heute wenigstens eine Stunde zu verhandeln, und dann kann ja die Nachmittagssitzung ausfallen, denn ein großer Teil von Ihnen hat zweifellos das Bedürfnis, endlich auch einmal an die frische Luft zu kommen.

Der Vertagungsantrag wird abgelehnt und beschlossen, noch eine Stunde weiter zu verhandeln.

Herz-Altona: Die Angelegenheit der Sonderkonferenzen hat ja mit einem Schlage eine ganz ungeheure leidenschaftliche Erregung in die Versammlung hineingetragen. Ich glaube, daß man diese Frage sehr viel ruhiger und kühler behandeln kann und daß es nicht nötig ist, daraus gleich einen Richtungsstreit zu machen, schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil Vertreter beider

Richtungen, nämlich Ströbel in der „Neuen Zeit“ und Heine in den „Monatsheften“ sich gegen alle Anträge auf Einschränkung der Sonderkonferenzen erklärt haben. (Sehr richtig!) Wollen Sie vielleicht das Vereins- und Versammlungsrecht für die Genossen aufheben, wollen Sie es gerade für solche Genossen aufheben, die ein besonders intensives Parteiinteresse an einzelnen Parteifragen haben? (Sehr gut!) Wenn Sie irgendeinen positiven Beschluß nach dieser Richtung hin fassen, so können Sie auch gleich einen Gerichtshof einsetzen zur Entscheidung dessen, was eine Sonderkonferenz ist. (Heiterkeit und Sehr gut!) Dann bekommen Sie eine besondere Rechtsprechung für Sozialdemokraten auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts. Denn jetzt zu bestimmen, wo eine solche Sonderkonferenz anfängt und wo sie aufhört, ist einfach unmöglich. (Sehr richtig!) Löbe hat bei Besprechung des Branntweinboykotts sehr zutreffend gesagt, daß man durch mechanische Mittel solche Zustände nicht beseitigen kann, sondern daß man sie dadurch nur noch unangenehmer macht. Diesen Gedankengang heben wir ja auch immer gegenüber der Gewaltpolitik der Regierungen hervor, und ihm sollten wir auch hier folgen. Es ist schon heute bald soweit, daß man sich förmlich fürchtet, mit einzelnen Parteigenossen in Besprechungen einzutreten. (Sehr richtig!) Ich glaube daher, daß die überwältigende Mehrheit des Parteitages im eigensten Interesse den Anträgen auf Einschränkung der Sonderkonferenzen widersprechen muß.

Nun zum Fall Landsberg, der durch die Anträge 171 und 204 zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht ist. Nachdem die Extratour von Landsberg in der Presse erörtert und namentlich auch von der bürgerlichen Presse kommentiert ist, kann der Parteitag an ihrer Behandlung nicht ganz vorübergehen. Aber wenn ich auch die Stimmung begreife, aus der der Berliner Antrag hervorgegangen ist, so hat man doch nicht nötig, gleich mit Feuer und Flamme zu arbeiten. Die scharfe Protestresolution Berlin entspricht nicht der politischen Bedeutung des Falles und enthält außerdem in ihrer nur negativen Fassung nicht die Gesichtspunkte ausgesprochen, zu deren Hervorhebung der Fall Veranlassung gibt. Ich halte es daher für viel besser, wenn man den Trommelschlag etwas dämpft, die Sache von allem Persönlichen und Zufälligen befreit und sie ins Prinzipielle erhebt. Es wäre richtig, wenn der Parteitag lediglich der Entscheidung der Magdeburger Parteiorganisation beitreten würde. Sie enthält alles, was zu der Angelegenheit sachlich zu sagen ist. Auf Grund eingehender Aussprache haben die beiden Magdeburger Ortsinstanzen, nämlich Vorstand und Ausschuß, übereinstimmend erklärt: „Es unterliegt nicht unserer Beurteilung, ob das Verlassen des Saales beim Reichstagsschluß die einzige, der Größe der Fraktion würdige Demonstration gegen das byzantinische Kaiserhoch ist. Wir halten es aber für notwendig, indem wir anerkennen, daß Genosse Landsberg mit seinem Verbleiben im Saale keine monarchische Huldigung beabsichtigt hat, erneut zu betonen, daß als eine der wichtigsten Vorbedingungen unserer Erfolge die Geschlossenheit unserer Aktion anzusehen ist, und aus diesem Grunde im Interesse der Partei das einseitige Vorgehen unseres Abgeordneten Landsberg zu bedauern ist. Gleichzeitig weisen wir die Unterstellung in auswärtigen Parteiblättern, daß Genosse Landsberg sich bereits im Wahlkampfe als „Vernunftsmonarchist“ bezeichnet habe, als eine Beleidigung der Magdeburger Parteigenossen und ihres Abgeordneten entschieden zurück.“

Diese Erklärung läßt erkennen, daß Landsberg zweifellos einen Disziplinbruch begangen hat, sogar angesichts des Feindes, in Gegenwart der bürgerlichen Reichstagsabgeordneten. Es ist ferner selbstverständlich, daß unsere Parteigenossen in der Teilnahme an allen höfischen Kundgebungen absolute

Abstinenz zu üben haben. Das entspricht den bisherigen Anschauungen der überwältigenden Mehrheit der Parteigenossen und es ist daher nicht begreiflich, daß trotzdem von einem Vorredner mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß uns durch den Verzicht auf die Hofgängerei ein politischer Machtzuwachs entgangen ist, die Präsidentenaffäre behandelt worden ist. Ich erinnere an eine Veröffentlichung des liberalen Abgeordneten Waldstein aus Altona, der zutreffend hervorgehoben hat, daß gerade vom monarchischen Standpunkt aus die Teilnahme eines Sozialdemokraten an höfischen Demonstrationen einfach unerträglich sei. Denn eine solche Feier bedeute die Anerkennung, Verehrung und Verherrlichung des monarchischen Prinzips; gerade der Monarchist müsse Wert darauf legen, daß die Teilnahme aus innerer Ueberzeugung geschehe, daß die Teilnehmer nicht Heuchler sind und damit die Feier als monarchische Demonstration entwertet wird. Man muß solchen Kundgebungen fernbleiben und darf auch kein Verhalten zeigen, das als Zuneigung für derartige höfische Demonstrationen gedeutet werden kann. (Beifall.)

Baron-Brandenburg: Die Frage der Sonderkonferenzen hat nicht nur hier im Saale, sondern auch draußen im Lande das Interesse außerordentlich in Anspruch genommen und eine große Erregung, um nicht zu sagen Wut, hervorgerufen. Wenn man in dieser Frage der Sache den Stachel ausbrechen will, dann darf man darüber nicht ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen, sondern muß zu einer Entscheidung kommen im Interesse des gemeinsamen Zusammenhandelns und des Vertrauens der Genossen im Lande auf die zukünftige Geschlossenheit der Fraktion. Darüber muß eine motivierte Erklärung abgegeben werden, entweder von Hoch oder von der Fraktion oder vom Parteitag, die draußen auch denjenigen Genossen offenkundig zur Kenntnis kommt, die die Verhandlungen des Parteitags vielleicht nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit verfolgen. Verfährt man so, so wird man am besten über die allgemein herrschende Erregung hinwegkommen. Auch die Frage des Kaiserhochs muß vom Parteitag in einer eine Richtung gebenden Linie festgelegt werden, natürlich in dem entgegengesetzten Sinne von Landsberg. Ich habe einen Antrag eingebracht, Nr. 205, der zwar nicht die völlige Unterstützung Stadthagens gefunden hat, der aber von Parteijuristen, sogar aus der Fraktion, unterstützt worden ist. Er zeigt zwar ein etwas theoretisches Gesicht, aber er hat eine eminent praktische Bedeutung. Die Forderungen, die darin niedergelegt sind, müssen endlich erfüllt werden. Es muß zu diesen brennenden theoretischen Fragen endlich Stellung genommen werden, ehe man zur Praxis schreitet. Es steht mehr auf dem Spiel, als in den Paragraphen des Strafgesetzbuches zu lesen ist. Es hängt bei der bevorstehenden Strafrechtsreform viel davon ab, ob die Liberalen und auch wir wirklich moderne Grundanschauungen vertreten wollen, über die jetzt aber noch nicht genügende Klarheit besteht. Wir haben in der Partei recht sonderbare Einzelanschauungen über diese Fragen, die ungeheuer gefährlich werden könnten. Es ist auch keine Einigkeit darüber vorhanden, wie ein Strafgesetzbuch auszusehen hat. Genosse Dr. David ist ja in letzter Zeit als Eugeniker hervorgetreten. Er könnte vom Standpunkte der Eugenik aus zu sonderbaren strafrechtlichen Konsequenzen gezwungen werden. Manche Parteigenossen sind sich nicht klar, ob wir überhaupt ein Strafgesetzbuch brauchen. Es sind unbewußt vielleicht anarchistisch gefärbte Anschauungen da vorhanden. Andere sind strikte Anhänger der soziologischen Strafrechtstheorie, die zwar modern ist, aber teilweise auch ins Blaue hineinführt, z. B. in der Ueberspannung des Einschließungsprinzips. (Sehr richtig!) Es gibt wieder andere, die gar zu viel auf Professor von Liszt eingeschworen sind und die daher zu schauerlichen Konsequenzen kommen können. Diese schwierigen Probleme sind selbst unter Fachleuten noch ungeklärt. Wir

müssen nun Stellung dazu nehmen, was wir uns von diesen soziologischen Theorien zu eigen machen können und wollen. Liszt hat mitunter geradezu eine reaktionäre Stellung eingenommen. Seiner Autorität folgen aber die Liberalen. Man weiß nicht einmal, ob er nicht noch für die Prügelstrafe eintreten wird, wie er bedingt schon für die Todesstrafe eingetreten ist. Er wagt sich besonders in der Provinzpresse mit seiner Halbherzigkeit heraus, wie ja die Halbheit überhaupt ihm eigen ist. Wir haben ganz besondere Veranlassung, uns deutlich dahin auszusprechen, daß wir Gegner der Todesstrafe sind. Das ist zwar eine Binsenwahrheit, aber Sie haben ja gelesen, daß auf dem Juristentage in Wien der Berliner Professor Kahl rund heraus erklärte, die Stimme des Volkes verlange die Todesstrafe. Wer anders vertritt aber das Volk als die Sozialdemokratie? Gerade als Gegengewicht zu dieser unerhörten Behauptung müssen wir in Wahrheit die Stimme des Volkes vertreten. Provoziert durch demagogische Verdrehungen, müssen wir aussprechen, daß die Todesstrafe ein barbarisches Ueberbleibsel ist. Allerlei kriminalpolitische Momente lassen sich da agitatorisch besonders hervorheben. Wir müssen unsere Verachtung gegen den Henker zum Ausdruck bringen. Das staatlich konzessionierte Mörderhandwerk muß der Verachtung der Massen anheimfallen. (Sehr richtig!) Wir müssen nicht nur gegen die Todesstrafe auftreten, sondern auch gegen die Verüber der Todesstrafe. Auch der Henker ist ein Arbeitswilliger, ein blutig gefährlicher, der ohne eine entschuldigende Ideologie gegen Barzahlung berufsmäßig seines Amtes waltet. (Sehr richtig!) Nicht bloß Mörder sind von der Todesstrafe bedroht, sondern auch Leute, die etwas irgendwie Politisches begangen haben, was als Versuch zum Hochverrat ausgelegt werden kann. Auch hochanständige Politiker sind bedroht, nachdem der neue Strafgesetzentwurf die Anwendung der Todesstrafe für politische Vergehen erweitert, die jetzt eventuell nur mit kurzzeitiger Gefängnisstrafe oder Festungshaft bedroht sind. Das kann jedem passieren, auch den Politikern von der rechten Seite. (Unruhe und Heiterkeit.) Nun zu der anderen Frage. Die Oeffentlichkeit lechzt danach, schwarz auf weiß regelmäßig zu lesen, wie die Klassenjustiz wütet, und wenn Sie hineinblicken in die Häuser, wo die Opfer fallen, dann werden Sie begreifen, wie notwendig der Kampf gegen die Klassenjustiz ist, auch in dieser detaillierten Weise. Wenn wir uns die notwendige Mühe machen, regelmäßig Marktberichte in den Zeitungen zu geben, die Preise von Schweinefleisch, Kalbfleisch usw., dann sollte man auch offiziell von einer oberen Stelle aus, von wo man es übersehen kann, diese Sachen in laufender Folge gegenüberstellen. Wenn das „Hamburger Echo" oder ein anderes Blatt jetzt einen solchen Fall hat, dann fügt es wohl aus der Erinnerung bisweilen einen zweiten an. Das genügt aber nicht, diese aufpeitschenden Fälle müssen systematisch zur allgemeinen Kenntnis gebracht werden, um uns auch auf diese Weise Anhänger und der Klassenjustiz Verächter zu bringen. Alle diese strafrechtlichen Angelegenheiten sind von brennender Notwendigkeit, sie bedürfen auch in unseren Reihen grundsätzlicher Erörterung. Wir haben nicht bloß Krieg dem Kriege zu sagen, sondern auch Tod der Todesstrafe und Tod der ganzen Klassenjustiz! (Beifall.)

Dr. Frank-Mannheim: Ich bedaure, daß Hoch in unsere Verhandlungen trotz seiner Versicherung, dem Frieden in der Partei dienen zu wollen, einen so scharfen Ton hineingetragen hat. (Sehr richtig!) Eine Veranlassung war dazu nicht gegeben, ich will gleich sagen, warum. Hoch stellte es so hin, als wenn ich oder einer meiner Freunde aus Süddeutschland es sei, der diese Anträge gegen die Sonderkonferenzen gestellt und die Bewegung dagegen eingeleitet habe. Von den vorliegenden Anträgen ist aber nicht ein einziger aus Süddeutschland. (Sehr richtig!) Wir haben gehört, daß die Genossen von Niederbarnim einen solchen Antrag gestellt haben. Bisher habe ich zu meinem Bedauern die Genossen von Niederbarnim in parteitaktischen Fragen nicht auf meiner Seite gesehen. (Heiterkeit.) Die weiteren Anträge sind aus Köln und anderen norddeutschen Orten, aus Süddeutschland stammt kein einziger. Ich verstehe es nicht, und muß es als einen bedauerlichen rednerischen Kniff bezeichnen, wenn Hoch es so hinstellt, als ob die Süddeutschen in erster Linie es versuchen, gegen diese Konferenzen vorzugehen. Hoch hat gegen diese Anträge zweierlei Gründe gebracht, erstens: die Revisionisten hätten angefangen, zweitens: die Konferenzen wären unentbehrlich. Das sind zwei Argumente, die sich schlecht miteinander vertragen. Wenn er sagt, die Sache sei von revisionistischer Seite begonnen worden und nur notgedrungen sei Hoch mit seinen Freunden, wie der Krähwinkler Landsturm, nachgehumpelt, so hätte es also eine Zeit gegeben, in der die Partei ohne diese Konferenzen ausgekommen und gut dabei gefahren ist. Meines Erachtens ist es in politischen Dingen etwas recht Gleichgültiges, zu untersuchen, wer angefangen hat, wenn eine Tatsache da ist. Die Konferenzen sind eine Tatsache, mit der wir rechnen müssen. Wenn Hoch nicht das Verschulden darin auf meine Seite gewälzt hätte, hätte ich kein Wort über die Sache verloren. Ich kann aber nicht anerkennen, daß die Konferenzen unentbehrlich sind. Sie dienen nicht der Versöhnung, nicht dem Ausgleich der Gegensätze. (Sehr richtig!) Dafür haben wir Süddeutschen ein Beispiel erbracht. Im „Vorwärts" steht, daß wir auch zu Sonderkonferenzen zusammengetreten sind. Wir sind auf dem ganzen Parteitag nicht eine Minute zusammengetreten, sondern haben uns darauf beschränkt, das auf uns wirken zu lassen, was hier auf dem Parteitag gesagt wurde. (Ledebour auf David, Südekum und andere zeigend: Dort sitzt ja Ihr ganzer Aktionsausschuß!) Das ist einfach eine Erfindung. Sie müssen nicht glauben, daß andere dieselbe Geheimorganisation haben, wie Sie, Genosse Ledebour. (Hört! hört!) (Ledebour: Faule Ausrede!) Die Konferenzen existieren. Wer damit begonnen hat, das aufzuklären, ist ein wertloses Beginnen. Die Tatsachen müssen wir anerkennen. Kann die Partei ohne die Konferenzen auskommen? Da sind zahllose Genossen im Reiche der Ansicht: Ja, es geht, wenn wir alle uns nur als Sozialdemokraten fühlen! (Beifall.) Ich kann im Namen meiner süddeutschen Freunde erklären, daß wir im Sinne dieser Ueberzeugung auf diesem Parteitage auch schon gehandelt haben. Und wenn von der anderen Seite das gleiche gewollt wird, wir sind bereit, hier wie im Reichstag auf Sonderzusammenkünfte ein für allemal zu verzichten. (Lebhafter Beifall.)

Es ist von Hoch das billige Mittel gebraucht worden, zu erklären, ich hätte hier in der Statutenkommission eine Unterbrechung der Sitzung verlangt, um eine Sonderkonferenz einberufen zu können. Das ist eine derartige Entstellung der Wahrheit, daß ich allen Anlaß hätte, Hoch die scharfen Worte zurückzugeben, die er gegen einzelne meiner Freunde gebraucht hat. Wie war die Sache? Nachdem der Vorstand einen neuen Vorschlag gemacht hatte, den wir bis dahin nicht kannten, bat ich, die Sitzung zu unterbrechen, damit man sich im Rahmen der Kommission privatim unterhalten und verständigen könne, nicht bloß mit meinen süddeutschen Freunden, sondern auch mit dem Parteivorstande (Pfannkuch: Sehr richtig!) und mit Hoch selber, von Mann zu Mann. Es war keine Geheimkonferenz, sondern ein zweckmäßiges Verhandeln innerhalb und im Rahmen der Kommission. Das kann man doch nicht mit einer Geheimkonferenz vergleichen. Eine private Verständigung von einem zum anderen verhindern, das will kein Mensch. Hier handelt es sich aber um etwas anderes. Das sind Konferenzen, die eben im Begriff sind, sich zu Sonderorganisationen auszuwachsen. (Sehr richtig! und Hört! hört!) Das

bringt auf die Dauer die Partei in Gefahr. (Sehr richtig!) Das ist die Frage, über die hier zu entscheiden ist. Wollen Sie heute nicht dazu kommen, diese Konferenzen zu verhindern, dann werden Sie ein andermal dazu kommen, vielleicht wenn es zu spät ist. Wollen Sie kein Verbot beschließen, dann würde ich wenigstens empfehlen, daß der Parteitag den *dringenden Wunsch* ausspricht, diese Sonderkonferenzen abzuschaffen. Dann wollen wir nach einem Jahr uns wieder unterhalten, und dann werden wir sehen, ob dieser Vorschlag nicht der Partei besser dient, als wenn man die Konferenzen förmlich zu einer Parteiinstitution erklärt, wie Hoch das will. (Beifall.)

Lorenz-Niederbarnim begründet seinen Antrag. Unser Antrag ist nicht durch die letzte Eisenacher Konferenz geboren. Diese war nur ein Anstoß dazu. Seit den Zeiten, als die Sonderkonferenzen eine Rolle in der Partei gespielt haben, haben auch andere Genossen, die nicht Parlamentarier sind, versucht, sich dieses Mittels zu bedienen, nicht im Interesse der Partei, sondern einzelner egoistischer Momente. Alle diese Fragen, die auf den Sonderkonferenzen besprochen werden, gehören in die Organisation, damit dort Aufklärungsarbeit verbreitet wird. Wir bedauern, daß die Parlamentarier nicht einig vorgehen. Sie sollen als besondere Elitetruppe keine besondere Organisation innerhalb der Partei bilden. Wenn diese Sonderkonferenzen allgemein einreißen würden, dann wäre das ein großer Schaden für die Partei. Das sind keine Kaffeekränzchen mehr, jetzt die letzte in Eisenach und die Magdeburger, die haben ihren ganz bestimmten Zweck, wenn sie auch keine Beschlüsse gefaßt haben. Nun sagt man, man habe sich deswegen auf Sonderkonferenzen eingelassen, weil die anderen es auch so gemacht haben. Wenn man aber den Frieden *in der Partei* will, dann soll man nicht das nachmachen, was andere tun, wenn es nicht richtig ist. Als verständige Genossen soll man vielmehr den anderen mit gutem Beispiel vorangehen. Nehmen Sie unseren Antrag im Interesse der Einigkeit der Gesamtpartei an.

Vorsitzender **Noske** gibt bekannt, daß Antrag 222, von Sindermann gestellt, eingegangen ist.

Bebel: Parteigenossen! Ich habe mich zu einem ganz bestimmten Thema, dem Antrag 104, zum Worte gemeldet. Bevor ich aber auf diesen Punkt eingehe, bin ich doch gezwungen, gegenüber dem Genossen Meerfeld einige kurze Bemerkungen zu machen. Meerfeld hat es getadelt, daß wir uns an der *Präsidentenwahl* beteiligt haben. Nun kann man ja über diese Frage sehr verschiedener Meinung sein, und ich selbst habe lange auf dem Standpunkt gestanden, daß wir uns unter keinen Umständen daran beteiligen wollen. Dann aber ist in der Fraktion, als sie stark wurde und eine Stärke erlangte, daß sie glaubte, nach der bisherigen Praxis im Reichstage auf einen Präsidentensitz Anspruch haben zu können, eine andere Taktik eingeschlagen worden, und man hat sich dafür ausgesprochen, einen Kandidaten aufzustellen. Die Gegner haben ja unser Recht nicht bestritten, sie haben sich aber nicht entschließen können, uns zuzustimmen, und so sind wir mit unserem Kandidaten immer unterlegen, der nur unsere Stimmen erhielt. Diesmal stand die Sache für die Gegner anders. Wir waren die stärkste Partei im Reichstage. Und nach dem bisher, wenn auch nicht regelmäßig geübten Usus hatten wir Anspruch auf den ersten Präsidenten. Nun haben wir selber anerkannt, daß bei unserer Stellung gegenüber dem Reiche und dem Reichstage wir auf diese Stelle keinen Anspruch erheben wollen, aber, ich muß das aussprechen, daß wir unter allen Umständen unseren Kandidaten aufstellen und dafür eintreten wollten. Dagegen war man bürgerlicherseits bereit, einen Vizepräsidenten uns abzutreten. Das ist dann Scheidemann geworden. Dieses Ver-

halten entspricht nur der Taktik, die wir bisher geübt haben. Meerfeld hatte vor Jahren auftreten und uns warnen müssen, wenn ihm dieser Standpunkt nicht behagte. Nun glaubte er, wir hätten eine Art moralische Niederlage erlitten, als Scheidemann nachher nicht wiedergewählt wurde. Genossen, darüber waren wir in der Fraktion gar nicht im Zweifel, daß das nur eine vorübergehende Erscheinung auf dem Präsidentenstuhl war. (Heiterkeit.) Wir sagten uns sofort: Man macht uns in diesem Augenblick Konzessionen. Die Gegner waren auf unsere Stimmen für die Präsidentenwahl angewiesen, und so haben sie unserem Kandidaten die Stimmen gegeben, um ihn nachher in der bekannten Taktik vom Präsidentensessel herunterzusetzen. Wir haben uns dabei gar nichts vergeben, nach keiner Richtung hin, und ich verstehe nicht, wie Meerfeld mit diesem lebhaften Eifer sich gegen unser Verhalten erklären konnte. Er sagte weiter, man hätte von den 110 Abgeordneten Taten verlangt. Die hat man auch 1903 verlangt, als wir mit 80 Mann in den Reichstag rückten. Ich habe damals in Dresden nachdrücklich davor gewarnt, sich Illusionen hinzugeben, daß man von einer Partei, sei sie noch so stark, Taten verlangt, wenn sie in der Minorität ist. Wir können also auch jetzt als eine Minoritätspartei, die 29 Proz. der Mitglieder des Reichstages ausmacht, keine Majorität machen. Wir haben getan, was wir konnten. (Zustimmung.) Wir haben eine Reihe von Anträgen gestellt, von Interpellationen, wir haben uns an allen Debatten lebhaft beteiligt. Mehr zu tun waren wir außerstande. Bis heute haben wir nicht einmal einen einzigen Initiativantrag zur Verhandlung bringen können, weil überhaupt noch keine Sitzung des Reichstags sich mit der Erörterung von Initiativanträgen beschäftigt hat. Die übrigen Themen nahmen die Zeit und die Kraft des Reichstags völlig in Anspruch. Wie wir gegen den Willen der Mehrheit als Minorität Taten vollbringen wollten, das mag uns Meerfeld einmal auseinandersetzen.

Der Antrag 104 verlangt, daß Doppelmandate vermieden werden. Im Prinzip stimmen wir alle dieser Auffassung zu. Ich glaube, gegen früher ist eine ganz bedeutende Besserung in diesem Verhältnis eingetreten. Aber einen Beschluß zu fassen, daß überhaupt Doppelkandidaturen für den Reichstag und den Landtag nicht aufgestellt werden dürfen, davor müssen wir Sie auf das nachdrücklichste warnen. (Sehr gut!) Die Sachsen haben allerdings einen solchen Beschluß gefaßt und durchgeführt. Aber ich bedauere das. Der Tag wird kommen, wo wir erkennen, daß das ein großer Fehler war. (Sehr richtig!) Reichsgesetzgebung und Landesgesetzgebung greifen fortgesetzt ineinander. Die Landesgesetzgebung wirkt auf das Reich und umgekehrt. Da ist es für eine Fraktion wie die unsrige eine absolute Notwendigkeit, daß wir in unserer Mitte Männer haben, die mit den einzelnen Landesangelegenheiten vertraut sind, die uns genau unterrichten können, Ratschläge geben können usw. Wir würden es als einen Schlag für unsere Sache ansehen müssen, wenn aus Bayern, Württemberg, Baden auf einmal alle die Männer verschwinden sollen, die zugleich Landtagsabgeordnete sind. Das geht nicht. Sie können die Zahl der Doppelmandatare beschränken. Das ist auch bereits geschehen, denn groß ist die Zahl nicht. Aber wie jetzt die Dinge liegen und wie das Verhältnis sich im Reiche gestaltet hat, sind sie eine Notwendigkeit. Deswegen rate ich Ihnen dringend, im Interesse der Gesamtpartei den Antrag abzulehnen, wenn die Antragsteller nicht vorziehen sollten, ihn zurückzuziehen. (Beifall.)

Noch ein paar Worte über die *Sonderkonferenzen*, das viel erörterte Thema. Diese Konferenzen sind schon zirka 30 Jahre lang in der Partei, wenn auch nicht regelmäßig, geübt worden. Wir haben in den 80 er Jahren in der Fraktion — als sie 24 Mitglieder zählte — zwei sehr scharf

unterschiedene Gruppen feststellen können, namentlich bei der Frage der Dampfersubvention. Es waren damals 18 gegen 6, und zwar waren die 6 die Linke, wozu ich selbstverständlich gehörte. (Heiterkeit.) Wir würden aber nur fünf gewesen sein, wenn der sechste, der auch noch mit uns stimmte, seiner inneren Herzensneigung hätte folgen können. Aber er hat eine sehr vernünftige Frau. (Heiterkeit.) Die Frau hatte ihm geraten, als er nach Berlin ging: „Höre, August, wenn Du jetzt in den Reichstag kommst, mußt Du regelmäßig mit Bebel stimmen. (Große Heiterkeit.) Bebel ist ein sehr vernünftiger Mensch" (Erneute große Heiterkeit) — was ich zugeben will (Lebhafte Heiterkeit) — „wenn Du so handelst, handelst Du recht!" (Allgemeine Heiterkeit.) Er stimmte also daher mit uns. Wir in der kleinen Gruppe brauchten natürlich keine Sonderkonferenzen abzuhalten. Aber die übrigen 18 hielten ihre Sonderkonferenzen ab, um uns in der Fraktion glücklich niederzukriegen. Nachher haben wir uns verständigt. Wir sind einstimmig gegen die Dampfersubvention aufgetreten. Von da ab haben in der Fraktion des Reichstags Sonderkonferenzen irgendwelcher Art nicht mehr stattgefunden. Sie sind erst wieder eingezogen zu Anfang dieses Jahrhunderts. Ich will niemanden Vorwürfe machen, aber im Interesse der Wahrheit muß ich konstatieren, wie die Sache gegangen ist. Frank hat darauf hingewiesen, daß die süddeutschen Parlamentarier landsmannschaftliche Konferenzen abgehalten haben, aber sie haben dabei auch ihre Taktik festgelegt und sich verständigt, in der Budgetfrage gemeinsam zu stimmen. Diese Art Verbindung ist später in den Reichstag übertragen worden, und ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenigstens war in der Reichstagsfraktion der Glaube vorhanden, daß die rechte Seite der Fraktion regelmäßig Zusammenkünfte habe und dabei ihre Taktik für Fraktion und Reichstag bestimme. (Hört! hört!) Und da erst ist auf der anderen Seite das Verlangen entstanden, sich in Sonderkonferenzen zu vereinigen. Das haben wir ja nicht allein in der Fraktion gehabt, sondern das ist auch mittlerweile auf den Parteitag übertragen worden. (Hört! hört!) Deshalb möchte ich Ihnen dringend empfehlen, daß Sie den Antrag Sindermann annehmen, denn die anderen Anträge dürfen Sie ja gar nicht annehmen. Wer von Ihnen kann denn mit gutem Gewissen für den Antrag Mülheim stimmen, wonach die sogenannten Sonderkonferenzen auf das schärfste verurteilt werden? Wer kann für die Anträge Recklinghausen, Lübeck, Köln stimmen, wo überall die schärfste Verurteilung ausgesprochen wird, wo doch ein großer Teil von Ihnen selber zu den Sündern gehört. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Ich habe mich ja nie daran beteiligt. Der Vorstand selbst hat auch diese Zurückhaltung geübt. W i r w e r d e n u n s a l l e s e h r f r e u e n, w e n n e s o h n e d i e s e S o n d e r k o n f e r e n z e n k ü n f t i g g e h t. Ich bitte Sie, lehnen Sie diese Anträge alle ab.

Noch eine Tatsache aus dem letzten Reichstag. Als der Reichstag zusammentrat, haben beide Teile der Fraktion unter den neuen Mitgliedern geworben, um ihren Anhang nach Möglichkeit zu stärken. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Das war ein sehr unerquickliches Verhältnis. Da kam eine ganze Menge der neuen Fraktionsgenossen zu mir hin. Sie haben sich bitter beschwert und erklärt: Da werde ich gekeilt und dort werde ich gekeilt, ich will aber zu keiner Seite gehören, aber wenn ich zu keiner Seite trete, so habe ich keine Aussicht, als Redner daran zu kommen oder in die Kommissionen gewählt zu werden. (Hört! hört!) Da sind wir im Fraktionsvorstande dazu übergegangen, daß wir den Beschluß gefaßt haben, der Fraktion vorzuschlagen, es solle diese Art von Sonderkonferenzen, soweit sie sich auf die Personenvorschläge beziehen, aufhören. Es sollen Meldungen und Vorschläge für Reden und Wahlen in die Kommission dem Fraktionsvorstande zugehen, und der Vorstand soll dann unparteiisch entscheiden, die Kandidaten nominieren und vorschlagen. Das ist ausgezeichnet gegangen und wird auch so weiter gehen. Wir alle und ich speziell werden uns sehr freuen, wenn die Sonderkonferenzen aufhören. Ich bitte Sie daher, den Antrag Sindermann annehmen zu wollen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Noske teilt mit, daß ein S c h l u ß a n t r a g eingegangen ist. — **Ledebour** spricht dagegen.

Der Schlußantrag wird mit großer Majorität angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Hoch: Frank hat ausgeführt, ich hätte die Vorgänge in der Kommission unrichtig dargestellt, indem ich behauptet hätte, er habe die Unterbrechung verlangt, damit an der Besprechung auch Genossen teilnehmen können, die nicht in der Kommission waren. Ich habe eine solche Andeutung nicht gemacht. Mir lag auch ein solcher Vorwurf durchaus fern; ich habe lediglich den Ausdruck Sonderkonferenzen gebraucht und auf einen lächelnden Zuruf sofort erklärt, wie ich das meine.

Wurm (zur Geschäftsordnung): Nachdem Frank die Zusicherung gegeben hat, daß seine Freunde und er nicht die bisherigen Gepflogenheiten fortsetzen werden, Sonderkonferenzen abzuhalten, und nachdem auch durch unseren Redner zum Ausdruck gebracht war, daß wir nur in der Notwehr zu unserem Beschluß gekommen sind, ziehen wir unseren Antrag zugunsten des Antrags Sindermann zurück. (Bravo!)

Ledebour beantragt, die Sitzung jetzt zu vertagen.

Leinert-Hannover: Ich bitte, daß wir noch heute das Schlußwort entgegennehmen. Ich hörte heute von einem Genossen den Zwischenruf: „Ihr wollt wohl erst eine Sonderkonferenz abhalten?" (Heiterkeit.) Es wird vernünftig sein, wenn wir heute noch das Schlußwort hören, denn da die Richtung Ledebours jetzt täglich Sonderkonferenzen abhält, muß verhindert werden, daß in das Schlußwort Dinge hineingelegt werden, die ausschlaggebend sind für die Richtung Ledebours.

Ledebour: Ich weise die Insinuation von Leinert zurück. Es handelt sich einfach darum, daß wir vertagen, damit wir einen Ausflug ins Freie ohne Rucksack und ohne Sonderkonferenz machen können. (Heiterkeit.)

D i e V e r t a g u n g w i r d b e s c h l o s s e n.

Vorsitzender **Haase:** Es ist Ihnen bekannt, daß im Mai dieses Jahres in Budapest die Arbeiter auf die Straße gegangen sind, um für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu demonstrieren. Diese Demonstrationen werden jetzt fortgesetzt. (Bravo!) In den Straßen von Budapest ist Blut geflossen. (Hört! hört!) Die Regierung glaubt den Schrei des Volkes nach einem freien Wahlrecht durch Waffen niederdrücken zu können. (Pfui!-Rufe.) In Budapest herrscht gegenwärtig der Terror des Polizeisäbels, die ungarischen Arbeiter werden aber ebenso wie es früher die österreichischen Arbeiter getan haben, nicht eher ruhen, als bis das Privilegienparlament beseitigt und das Wahlrecht erkämpft ist, das sie erstreben. (Bravo!) Die Wahlrechtskämpfer in Ungarn können versichert sein, daß die deutsche Sozialdemokratie ihren Kampf mit der vollsten innigsten Sympathie begleitet. (Bravo!) Aus Ihrer Zustimmung entnehme ich, daß der Parteitag sich diesem Wunsche anschließt und den ungarischen Kämpfern die besten Grüße übermittelt. (Lebhafter Beifall.)

Schluß 2¼ Uhr.

Die Nachmittagssitzung fällt aus.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 20. September 1912. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender Haase eröffnet die Verhandlungen um 9¼ Uhr.

Stadthagen erhält das Schlußwort zu dem Bericht der Reichstagsfraktion: Ich bin gestern nicht auf die Frage der Sonderkonferenzen eingegangen, weil ich nicht voraussehen konnte, daß diese Anträge bei diesem Punkt verhandelt werden würden. Ich werde also darauf später zu sprechen kommen.

Die Anträge 104 und 147 betreffen die Frage der Doppelkandidaturen. Bebel hat seine Ansicht darüber bereits ausgedrückt. Die Fraktion als solche hat keinen Anlaß, etwas Weiteres dazu zu sagen. Nach Antrag 106 sollen bei größeren Gesetzesvorlagen, wie z. B. bei dem bevorstehenden Zolltarif, sachverständige Genossen aus dem Reiche zugezogen werden. Notwendig erscheint solche Anregung nicht, sie ist aber unschädlich. Der Zolltarifkampf 1902 ist ganz sachgemäß geführt worden. Wenn Sachverständige sich äußern wollen, kann es der Fraktion nur recht sein. Der Antrag 177 kann zurückgezogen werden. Nach ihm soll die Aufhebung des Sprachenparagraphen im Reichsvereinsgesetz beantragt werden. Das ist von der Fraktion schon im Februar beantragt worden, während der Antrag erst im August gestellt wurde. Wir haben also die Gefühle der Genossen vorausgeahnt. Sie sehen, daß die Fraktion manchmal sehr schnell arbeiten kann. Nach Antrag 186 soll eine Aenderung des Wahlgesetzes dahin verlangt werden, daß die Wahlen auf einen Sonn- oder Feiertag gelegt werden. Auch das ist von der Fraktion, wie wir im Bericht Seite 104 sehen, verlangt worden. Der Antrag könnte also zurückgezogen werden. Der Antrag 204, wonach der Fall Landsberg für erledigt erklärt werden soll, dürfte sich zur Annahme empfehlen. Die Genossen von Berlin IV werden wohl ihren Antrag zugunsten dieses Antrags zurückziehen. Nr. 205 verlangt eine populär-wissenschaftliche Broschüre über die modernen Strafrechtstheorien und eine Betonung unseres prinzipiellen Kampfes gegen die Todesstrafe. Ich verstehe es nicht ganz, wie die Fraktion als solche, oder der Parteivorstand als solcher, oder gar Vorstand und Fraktion zusammen eine Broschüre über Dinge herausgeben sollen, worin unser eigener Standpunkt präzisiert wird. Unser eigener Standpunkt steht im Programm und in den Resolutionen der Parteitage. (Sehr richtig!) Auf dem Parteitag in Mannheim hat Haase einen Vortrag über Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug gehalten und die Thesen knapp aneinandergereiht, die prinzipiell von uns zu fordern sind. Selbstverständlich treten wir für die Abschaffung der Todesstrafe ein. Sollen wir das nun noch einmal sagen? Ueber die Gestaltung dieses oder jenes Paragraphen eines Strafgesetzbuchs werden Differenzen vorhanden sein, aber ich gebe keinem einzigen Genossen noch der Gesamtheit der Fraktion das Recht, daß sie etwa durch eine Broschüre die vorhandenen Differenzen beseitigt. Das geht nicht an. Meinungsfreiheit muß auch auf diesem Gebiete sein. Die Beseitigung der Todesstrafe ist so selbstverständlich für uns, daß kein Wort darüber zu verlieren ist. Das Verbrechertum wurzelt in den gesellschaftlichen Verhältnissen. Daher sind diese zu ändern. Der Verbrecher ist nur ein Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung. Die Unterzeichner dieses Antrages bitte ich, sich gefälligst auf die Hosen zu setzen (Heiterkeit) und selbst diese Broschüre zu schreiben. Wir würden das dankbar annehmen. Als Parteitag können wir aber nicht beschließen, daß die Fraktion oder die Partei diese Broschüre herausgibt. Betreten wir den Weg, so kommen wir noch dazu, daß nächstens beantragt wird, einen sozia-

listischen Trichter einzurichten, durch den alle Gegner der Sozialdemokraten zu Sozialdemokraten gemacht werden. (Heiterkeit.) Es ist gesagt worden, es sei die Stellungnahme zur Todesstrafe erforderlich, weil Kahl erklärt habe, wenn die Stimme des Volkes für Abschaffung der Todesstrafe sei, dann würde auch er sich davon überzeugen lassen. Wir stehen doch als Parteitag viel zu hoch, um auf die verkehrte Aeußerung eines Reaktionärs wie Kahl irgendwelches Gewicht zu legen. Kahl kennt die Stimme des Volkes auch aus dem Mannheimer Parteitag, wenn er sich überhaupt um die Sache bekümmert hat. Der Mannheimer Parteitag hat sich gegen die Todesstrafe ausgesprochen. Kahl ist voreingenommen aus bekannten Gründen. Wir als Parteitag haben kein Interesse daran, wegen eines Professors, dessen Ansichten wir im übrigen so tief einschätzen, wie sie wert sind, eine Resolution zu fassen. Dann ist in dem Antrag verlangt, eine Zusammenstellung der Klassenjustizurteile in einer Broschüre oder einem Flugblatt herbeizuführen. Das ist auch wieder ein Ding, dessen Ausführung so gut wie unmöglich ist. Wie soll denn die Reichstagsfraktion dazu kommen, einen solchen Vorschlag auszuführen? Man könnte den Antrag allenfalls dem Parteivorstand zur Erwägung überweisen, ich möchte aber die Genossen dringend bitten, sich nicht auf den Standpunkt zu stellen, als ob durch Resolutionen alles mögliche geschaffen werden kann. Die Pflicht, selbst zu arbeiten, wird dadurch nicht beseitigt. Ich kann mich also für die Resolution 205 nicht erklären. Gegen die Unterdrückung des Koalitionsrechts, die unter dem Motto „Schutz der Arbeitswilligen" geschieht, hat sich die Resolution Haupt gewendet. Selbstverständlich sind wir mit dem Inhalt dieser Resolution voll einverstanden und ich hoffe, daß der Parteitag einstimmig diese Brutalitäten, diese Rechtswidrigkeiten, diese Verwilderung jedes Rechts, diese Aufpflanzung des Verbrechens an Stelle des Rechts so verurteilen wird, wie es die Resolution fordert.

Eine Reihe Resolutionen beziehen sich auf die sogenannten Sonderkonferenzen. Die gestrige Aussprache hat das erfreuliche Ergebnis gehabt, daß sich herausgestellt hat, daß die Sonderkonferenzen doch anders verlaufen sind, als es von mancher Seite dargestellt war. Es hat Genosse Hoch ja dargestellt, wie die Sachlage wirklich war. Es ist erfreulich, daß durch die Anträge hier Gelegenheit geboten war, der vollständigen Verzerrung des Tatbestandes, wie sie leider auch in der „Magdeburger Volksstimme" erfolgte, die richtige Beleuchtung zu geben. Es ist erfreulich, daß gestern von allen Seiten zugegeben wurde, daß Konferenzen, die etwa auf Absplitterung oder Zersplitterung der Partei hinauslaufen, durchaus verdammenswert sind. Es ist erfreulich, daß Uebereinstimmung auch darin vorhanden war, daß selbstverständlich Konferenzen irgendwelcher Art niemals Rechte der Organisation beeinflussen dürfen. Die Unterstellung in der falschen Darstellung von Magdeburg, als ob einige Abgeordnete an Stelle der Fraktion Beschlüsse gefaßt haben oder durchführen wollten, ist abwegig. Es ist erfreulich, daß festgestellt wurde, daß unverbindliche Aussprachen, die zur Aufklärung der Genossen dienen, unter Umständen notwendig sind, und ich darf zur Resolution Sindermann aussprechen, daß das, was der Genosse Bebel in seiner Rede ausführte, um den Antrag Sindermann auf Uebergang zur Tagesordnung zu begründen, allein als Inhalt des von Bebel befürworteten Antrags gelten kann. Der Antragsteller selbst hat ihn ja nicht begründet und die Resolution Hoch ist mit Rücksicht auf die Begründung durch Bebel zurückgezogen. Mit dieser Begründung Bebels würde ich selbstverständlich einverstanden sein. Ich halte es für dringend erforderlich, dem Wunsche Bebels auf Ablehnung der auf Verbot von Sonderkonferenzen abzielenden Anträge zu folgen, weil das Verbot der Sonderkonferenzen unausführbar wäre. Es erhebt sich die Frage,

wann kann man denn von einer Sonderkonferenz sprechen? Es ist gestern ausgeführt worden, die „Sozialistischen Monatshefte" seien schriftliche Sonderkonferenzen, eine Ansicht, die durchaus zutreffend ist, so unangenehm sie denen sein mag, die auf dem Standpunkt der Monatshefte stehen. Eine Konferenz kann auch vorliegen, wenn bei einem Teeabend oder Bierabend bestimmte Dinge besprochen werden sollen. Auf der anderen Seite besteht kein Zweifel, daß Genossen derselben Richtung, wenn sie mal zusammenkommen, schließlich sich auch über Parteiangelegenheiten unterhalten werden. Unsere Parteigenossen auf beiden Richtungen stehen viel zu hoch, als daß man von ihnen annehmen könnte, daß sie den Abend dazu ausnützen würden, nur schlechte oder gute Witze über andere Angelegenheiten zu machen. Wenn Diskutierabende veranstaltet werden, so werden sie als Sonderkonferenzen oder Richtungskonferenzen dann betrachtet werden, wenn nur eine bestimmte Richtung dazu eingeladen wird und nicht die gesamte Organisation. Es ist ja unmöglich, solche Diskutierabende zu verbieten, wie sie von der rechten Seite unzweifelhaft auch stattfinden. Ich habe vor mir eine harmlose Einladung, die bei einem Verbot der Diskutierabende auch nicht möglich wäre. Sie lautet: „Einladung zum Diskutierabend, Sonnabend, den 20. April 1907, abends 8½ Uhr, der im Restaurant Friedrichshof stattfindet. Thema: Reformpartei oder —? Referent: Genosse Dr. David. (Lebhaftes Hört! hört! und Heiterkeit. David ruft: Ist mir ganz unbekannt! Dr. Südekum reicht eine hektographierte Einladung dem Redner hinauf. Gr. Heiterkeit und Zurufe: Vorlesen!) Ich habe ja schon gesagt, daß ich eine solche Einladung für durchaus zulässig halte. Ich habe die Einladung nur vorgelesen, um zu beweisen, daß bereits vor langen Jahren Sonderkonferenzen stattgefunden haben, und daß sie nicht verboten werden können. Der Zettel, der mir übergeben wird, soll nun der Beweis dafür sein, daß auch von unserer Seite derartiges getan worden sei. Er lautet also: „Hierdurch möchten wir Sie bitten, sich am 13. Februar im Restaurant „Zollernhof", und zwar im hinteren Teil des Lokals, zu einer wichtigen Vorbesprechung einfinden zu wollen. Albrecht." (Aha!-Rufe.) Aber, Genossen, darüber sind wir doch nicht im Zweifel, daß solche Konferenzen stattfinden. Bebel hat selbst gesagt, sie sind notwendig oder können notwendig sein. Ich habe den Zettel nur verlesen auf Ihr Verlangen; wenn Sie meinen, eine solche Vorbesprechung sei auch eine Sonderkonferenz, nun schön. Aber was sind dann Diskutierabende mit solch verfänglichen Themen, wie „Reformpartei oder —?" Abende, zu denen die Organisation nicht herangezogen ist? (Zuruf von Dr. David: Der Zettel ist eine Fälschung, ich habe nie über dieses Thema gesprochen! — Hört! hört!) Der Genosse, der mir diesen Zettel übergeben hat, kann nicht in den Verdacht kommen, daß ihm eine Fälschung in die Hand gespielt worden sei. Aber, Genosse David, es kommt ja gar nicht darauf an. In der letzten Session ist nicht von der Linken, sondern von der Rechten ein Diskutierabend einzurichten versucht worden, — unter den Einladenden befanden sich nicht nur Abgeordnete, sondern auch andere Genossen, auch ein Mitglied des Vorstandes. Auch ich wurde dazu eingeladen; ich antwortete aber, daß ich nicht teilnehmen werde, wenn nicht sämtliche Abgeordneten eingeladen werden. Darauf wurden denn auch sämtliche Abgeordnete und ein paar Redakteure eingeladen. Auf dem Diskussionsabend wurde ein Vortrag — kein aktueller — mit anschließender Aussprache gehalten. Ich finde nichts dabei und halte es für durchaus richtig, wenn Genossen sich zur Unterhaltung über Parteiangelegenheiten zusammenfinden. Der Zettel, der mir von Südekum übergeben wurde, beweist nur, daß solche Besprechungen, gegen die nichts einzuwenden ist, stattgefunden haben. Aber Dr. Südekum, wollen Sie das bestreiten, daß in Berlin Bierabende auch bei einzelnen Genossen stattfinden und daß dort über Parteiangelegenheiten diskutiert wird? (Heiteres Hört! hört! — Dr. Südekum: Ich will gar nicht bestreiten, daß Sie nicht dazu eingeladen werden! Große Heiterkeit und Unruhe.) Da sind Sie im Irrtum. Ich bin zu den ersten Bierabenden eingeladen, habe aber abgelehnt, hinzugehen.

Vorsitzender **Haase**: Ich bitte, zur Versammlung zu sprechen und nicht Zwiegespräche mit dem Genossen Dr. Südekum zu führen.

Stadthagen (fortfahrend): Also, wenn ich zur ganzen Versammlung reden soll, dann würde ich nur bitten, nicht gar zu sehr durch Zwischenrufe zu provozieren. (Sehr gut!) Selbstverständlich finden solche Richtungskonferenzen statt, haben stattgefunden, und wie Bebel angeführt hat, wäre es durchaus verkehrt, sie verbieten zu wollen, was überhaupt unmöglich ist. Notwendig ist aber, daß diese Konferenzen nicht den Organisationen vorgreifen dürfen und im Sinne der Einheit der Partei gehalten sein müssen. Würden bindende Beschlüsse auf solchen Zusammenkünften gefaßt werden, so würden das alle verurteilen. Es ist mitunter notwendig, die Geschlossenheit der Partei durch Sonderbesprechungen zu fördern. Deshalb hat ja Bebel gestern beantragt, sämtliche Anträge abzulehnen und gemäß dem Antrag Sindermann zur Tagesordnung überzugehen, indem der dringende Wunsch ausgesprochen wird, daß in Zukunft Sonderkonferenzen bestimmter Richtungen vermieden werden. Der Antrag Sindermann liegt uns ja gedruckt noch nicht vor und sein Wortlaut war auch Bebel wohl gestern nur so flüchtig bekannt, wie uns allen, die ihn gehört oder gelesen haben. (Wiederholter Widerspruch von Ebert, der erklärt, daß der Wortlaut Bebel genau bekannt war.) Aus Bebels Ausführungen ging klar hervor, daß er lediglich meinte, nach Möglichkeit müßten natürlich Sonderkonferenzen vermieden werden. Die Hauptsache ist, daß der Parteitag über die gestellten Verbotsanträge zur Tagesordnung übergeht. Unter dem Begriff „Sonderkonferenzen bestimmter Richtungen" fallen natürlich auch solche Diskussionsabende, wie die vorhin erwähnten, und erst recht, wenn man den Darlegungen des Genossen Frank folgt, Landsmannschaftsversammlungen. Ich glaube wohl, daß die Mehrheit nicht auf der Seite Franks stehen und die Landsmannschaftsversammlungen von den Sonderkonferenzen bestimmter Richtungen ausnehmen wird. Ich kann übrigens, wie ich glaube, mit Recht, namens der Fraktion bestimmt versichern, daß wir mit dem Uebergang zur Tagesordnung über die Anträge bei Zugrundelegung der von Bebel gegebenen Begründung einverstanden sind und es als selbstverständlich erachten, daß Sonderkonferenzen nur dann stattfinden, wenn sie im Interesse der Einheit der Partei von den Teilnehmern für nötig erachtet werden.

Aber daß man weitergeht und vorsieht, man darf nicht beim Bierabend, nicht am Teeabend sich über Parteiangelegenheiten unterhalten, das geht nicht, dann würden wir unseren Genossen eine Schweigepflicht auferlegen, die geradezu unsinnig wäre. Noch zwei Worte über die tatsächlichen Verhältnisse im Reichstage. Nachdem die Sache zur Sprache gekommen ist, bedauere ich, darauf eingehen zu müssen. Ich habe nicht zu entscheiden, ob die Rechte oder die Linke angefangen hat. Nach meiner Kenntnis waren Sonderkonferenzen bis zu Anfang dieses Jahrhunderts unbekannt, wohl waren aber vorhanden einige Konventikel, denen ich nicht angehörte. Dann fing die Rechte mit Sonderkonferenzen an, das ist ja naturgemäß. Die Linke hatte einschließlich des Vorstandes in der letzten Session gerade zwei Mitglieder mehr als die Rechte. In dieser Session steht es ja etwas besser, jetzt hat die Linke einige sechzig und die Rechte wohl einige dreißig Mitglieder. Das zur Steuer der Wahrheit. Diskutierabende, also Zusammenkünfte ohne bindende Beschlüsse, halte ich nicht für ein Unglück. Sie zu treffen, kann auch mit der

Resolution nicht gemeint sein. Sollten Sie aber der Anschauung sein, daß die Resolution anders zu verstehen ist, so möchte ich Sie bitten, alle Anträge abzulehnen, auch diesen Antrag. Aus der gestrigen Debatte ergibt sich klar, daß der Parteitag einstimmig gegen Konventikel ist. Solche Konventikelwirtschaft ist in der Tat parteischädigende Eitelmacherei, die unter allen Umständen vermieden werden muß.

In der Diskussion über die sonstige Tätigkeit der Fraktion ist eigentlich nur vom Genossen Meerfeld etwas angeführt, das sich gegen die Taktik der Fraktion richtet. Er meint, wenn wir annahmen, Scheidemann würde doch nicht wiedergewählt, so hätten wir die ganze Sache unterlassen oder auf Bedingungen eingehen sollen. Ich habe nicht verstanden, wie Meerfeld auf diesen Gedanken kommen konnte, nachdem unzweifelhaft seitens des Parteitages und internationaler Kongresse die Frage klargelegt ist, und nachdem ich erklärt habe, daß selbst nationalliberale Abgeordnete es für selbstverständlich erklärt haben, daß wir keine Huldigung mitmachen können, die einem monarchischen Prinzip entspricht. Wir sind nicht dazu da, als Fraktionsmitglieder die Grundsätze der Partei herabzuwürdigen, sondern wir haben sie hochzuhalten und würden den vollsten Tadel des Parteitages verdienen, wenn wir anders vorgegangen wären. Darüber ist überhaupt nicht mehr zu diskutieren, daß eine monarchische Huldigung selbstverständlich von Sozialdemokraten nicht mitgemacht werden kann. Ueber die Nichtwiederwahl enttäuscht kann man nur dadurch sein, daß der Genosse etwas unklar über den Unterschied zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten ist. Meerfeld hat der Fraktion noch auf den Weg gegeben, wie die Taktik geändert werden soll; es soll eine kluge Taktik unter Benutzung des Moments eingeschlagen werden. Er hätte mitteilen sollen, wie er das meint. Ich weiß nicht, ob die Verse:

> Die Schultern brav gehoben,
> So gelangen wir nach oben,
> Wo uns alles weichen muß,

seinem Gedanken entsprechen. Ich möchte das nicht annehmen. Das Hin- und Herpendeln nennen manche gewöhnlich klug. Andere nennen es anders. Es kann auch sein, daß er gemeint hat, man soll anderen Parteien gegenüber harmonischer verfahren. Niemals hat die Fraktion es abgelehnt, mit anderen zusammenzugehen, die in einem bestimmten Punkte derselben Ansicht sind, niemals hat sie sich selbst isoliert. Aber wenn Meerfeld etwa gemeint hat, daß die bisherige Taktik unklug war, wenn er meint, wir sollten entgegenkommen, wir sollten einen Teil unserer Anschauungen preisgeben, so muß ich dem im Namen der ganzen Fraktion mit aller Entschiedenheit widersprechen. Wir haben nicht die geringste Veranlassung, unser Mandat zu beschmutzen, zu beflecken. Das würden wir tun, wenn wir auch nur ein Jota von unserem Programm abgehen würden. Nein. Keine Harmoniedusele.

> Krieg ist das Losungswort,
> Sieg! und so klingt es fort.

Wer darüber noch nicht aufgeklärt ist durch die letzten Ereignisse, durch die immer größere Zuspitzung der Klassengegensätze, dem ist nicht zu helfen, dem muß man nur erklären: Wenn er seine kluge Taktik vorschlägt, dann möge er sich befleißigen, sich einen Teil der Klugheit anzueignen, die er anderen auferlegen will. Es sind ja im übrigen keine Anstände gemacht worden. Ich nehme an, Sie sind mit uns einmütig der Ansicht, daß wir nach wie vor zu stehen haben auf den Grundsätzen unseres Parteiprogramms, auf den Grundsätzen und Forderungen, die die Parteitage aufgestellt haben. Ich habe zum Schluß nur die Bitte zu wiederholen: da die Klassengegensätze sich zuspitzen, da in immer schamloserer Weise die Ausbeutung der großen Menge des Volkes stattfindet, da in immer schamloserer Weise die Rechte des Volkes gebeugt, die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse vorenthalten, gegen sie Ausnahmegesetze geplant werden, so ist es doppelt und dreifach erforderlich, nicht zu erlahmen in der Organisation und Agitation, diese immer mehr zu fördern und so die Macht der Sozialdemokratie und die Macht unserer parlamentarischen Vertretung zu verstärken. Nicht weil die Fraktion aus besonders klugen Köpfen besteht, hat sie ihr Gewicht, sondern sie hat ihr Gewicht, weil sie ausspricht und aussprechen muß Forderungen der großen Menge, Forderungen des arbeitenden Volkes, Forderungen des Mittelstandes, Forderungen, die gleichzeitig Forderungen der Gesamtheit des Vaterlandes sind. In diesem Sinne hoffe ich, sind Sie einverstanden, daß wir fortfahren, in der Fraktion zu arbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Haase: Stadthagen hat in seinem Referat ausführlich auf die gestrigen Darlegungen Bebels über die Sonderkonferenzen Bezug genommen. Bebel ist zu unserem schmerzlichen Bedauern nicht in der Lage, heute vormittag der Sitzung beizuwohnen. Ich will deshalb, damit nicht etwa auf der einen oder anderen Seite der Gedanke auftaucht, daß die Worte Stadthagens als vollinhaltlich gleichbedeutend mit den Bebelschen anzusehen sind, wörtlich nach dem stenographischen Protokoll verlesen, was Bebel gesagt hat. Nachdem er dargelegt hatte, wie es früher mit den Sonderkonferenzen gewesen ist, fuhr er fort: „Deshalb möchte ich Ihnen dringend empfehlen, daß Sie den Antrag Sindermann annehmen, denn die anderen Anträge dürfen Sie ja gar nicht annehmen. Wer von Ihnen kann denn mit gutem Gewissen für den Antrag Mülheim stimmen, wonach die sogenannten Sonderkonferenzen auf das schärfste verurteilt werden? Wer kann für die Anträge Recklinghausen, Lübeck, Köln stimmen, wo überall die schärfste Verurteilung ausgesprochen wird, wo doch ein großer Teil von Ihnen selber zu den Sündern gehört. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Ich habe mich ja nie daran beteiligt. Der Vorstand selbst hat auch diese Zurückhaltung geübt. Wir werden uns alle sehr freuen, wenn es ohne diese Sonderkonferenzen künftig geht. Ich bitte Sie, lehnen Sie alle diese Anträge ab."

Sindermann (persönlich): Es ist der ausgesprochene Zweck der Antragsteller, mit ihrem Antrage in Zukunft Sonderkonferenzen zu verhüten und deswegen steht in der Resolution, daß der Parteitag den dringenden Wunsch ausspricht, daß die Genossen in Zukunft Sonderzusammenkünfte bestehender Richtungen vermeiden und daß deshalb der Parteitag über sämtliche Anträge zur Tagesordnung übergeht. Es war der Wille der Antragsteller, damit zum Ausdruck zu bringen, daß Sonderkonferenzen gefährlich werden können. Denn das Beispiel, das mit diesen Sonderkonferenzen von den Abgeordneten gegeben wird, wird schon in den Bezirken und Wahlkreisorganisationen nachgeahmt. (Lebhaftes Hört! hört!) Wir kämen damit zu Zuständen, die wir alle nicht wollen und für die wir auch keine Verantwortung übernehmen können. (Vorsitzender Haase macht den Redner darauf aufmerksam, daß das über den Rahmen einer persönlichen Bemerkung weit hinausgeht.)

Es setzt nun eine Geschäftsordnungsdebatte ein.

Stadthagen: Nachdem nun wieder die Debatte eröffnet worden ist, bitte ich in die Verhandlungen wieder einzutreten. (Sehr richtig!) Es geht doch nicht, daß wir diese einseitige Darlegung einfach hinnehmen. (Sehr richtig!)

Vorsitzender Haase: Im Rahmen einer persönlichen Bemerkung kann allerdings streng genommen nur dasjenige richtiggestellt werden, was der Redner selbst geäußert hat und was von anderen falsch dargelegt worden ist.

Ueber diesen Rahmen sind sämtliche Redner hinweggegangen unter Zustimmung des Parteitages. Sindermann hat lediglich sagen wollen, was er und was Bebel ausgeführt hat. Nur in diesem Rahmen würde ich auch andere Bemerkungen zulassen. Von einer Wiedereröffnung der Debatte kann keine Rede sein. (Zustimmung.)

Ledebour: Haase irrt, Sindermann ist in seiner sogenannten persönlichen Bemerkung darüber hinausgegangen, denn er hat Gründe für die Annahme seines Antrages angeführt, die in der gestrigen Debatte nicht vorgeführt wurden und also auch im Schlußwort nicht behandelt werden konnten. Damit ist tatsächlich die Debatte wieder eröffnet worden. (Zustimmung und Widerspruch.) Ich melde mich zur Sache zum Wort. (Heiterkeit.)

Vorsitzender **Haase:** Ich kann meinem verehrten Kollegen Ledebour das Wort zur Sache nicht geben, das hieße unsere Geschäftsordnung auf den Kopf stellen. Sie alle wissen als politisch geschulte Köpfe, daß der Rahmen der persönlichen Bemerkung sehr oft überschritten wird, und es hat doch niemals im Lande jemand den Gedanken ausgesprochen, daß dadurch von neuem die sachliche Debatte eröffnet wird. (Sehr richtig!) Sie können das Präsidium tadeln. Das Recht der Kritik steht Ihnen zu, und wir vertragen einen Tadel. Sie haben gemerkt, daß ich Sindermann auch unterbrochen habe, als er nach meiner Meinung über den Rahmen der persönlichen Bemerkung hinausging. (Sehr richtig!) Ich bitte Sie, nicht jetzt eine Strenge eintreten zu lassen, nachdem wir bis jetzt eine milde Praxis geübt haben.

Hoch: Die Erklärung Sindermanns war doch etwas ganz anderes, als Haase es aufgefaßt hat. Sindermann hat in seiner Erklärung nicht eine Bemerkung richtiggestellt, die er gemacht hat. Denn er hat in der sachlichen Aussprache überhaupt nicht das Wort genommen. Der uns vorgelegte Antrag wurde nur von Bebel begründet. Er ist so gefaßt, daß er ohne Erläuterung jeder Auslegung Tür und Tor öffnet. (Sehr richtig!) Bebel hat in dieser Beziehung eine bestimmte Erklärung abgegeben. Er hat erklärt, daß wir kein Verbot der Sonderkonferenzen aussprechen können; es soll vielmehr dem pflichtgemäßen Ermessen der Genossen anheimgegeben werden, nach Möglichkeit Sonderkonferenzen zu vermeiden. Der ganze Zusammenhang der Ausführungen Bebels hatte diese Richtung und rief diesen Eindruck hervor. Wie stark dieser Eindruck auf uns war, ersehen Sie daraus, daß wir unsere Resolution unmittelbar darauf zurückgezogen haben. Wir wollten keine Rechthaberei treiben. Wir wollten nicht das Schauspiel bieten, daß wir über Worte streiten. Für uns war das wichtigste ein Appell an die Parteigenossen, mit den Sonderkonferenzen nicht weiter und weiter zu gehen, sondern sie in den Grenzen der Notwendigkeit zu halten und auch bei den Sonderkonferenzen die Einheit und Geschlossenheit der Partei im Auge zu behalten. In diesem Sinne stimmten wir den Ausführungen Bebels zu. Leider ist Bebel heute nicht anwesend. Ich bin heute zu Bebel ins Hotel gegangen, um eine Rücksprache mit ihm zu nehmen, konnte ihn aber zu meinem Bedauern nicht sprechen. Durch das Vorgehen Sindermanns sehe ich mich genötigt, zu erklären: Ich habe Bebel unsere Resolution, bevor ich das Wort nahm, zur Kenntnis gegeben, und er hat mir ausdrücklich seine Zustimmung erklärt. (Lebhaftes Hört! hört!) In der Aussprache trat Bebel auf und hat in der bereits geschilderten Weise den Antrag Sindermann befürwortet. Daraus mußten wir entnehmen, daß er uns empfehlen wollte: Legt nicht den Wert auf einzelne Worte, nehmt den Antrag an, er ist ein Appell zum gemeinsamen Handeln. (Sehr richtig!) Daher waren wir entschlossen, der Resolution Sindermann unsere Zustimmung zu geben. Wenn aber Sindermann eine ganz andere Erklärung seines Antrages geben wollte, dann hätte er es gestern machen müssen. Ich habe ganz genau aufgepaßt; er und seine Freunde haben für Schluß der Debatte gestimmt. (Hört! hört!) Darin mußten wir die Erklärung sehen, daß Ihr mit der Darlegung Bebels einverstanden seid. Ihr könnt jetzt zwar sagen, das ist ein Irrtum, dann können wir die Debatte wieder eröffnen. (Widerspruch.) Ich beantrage es nicht, wir haben keine Veranlassung dazu. Wenn Sie aber das Bedürfnis haben, die Sindermannsche Erklärung als maßgebend festzulegen, dann stellen Sie doch den Antrag. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Für uns kommt nur das in Betracht, was bis zum Schluß der Debatte geltend gemacht worden ist.

Vorsitzender **Haase:** Ich glaube wirklich, daß wir uns wegen dieser Frage weder zu erhitzen brauchen, noch daß wir unsere kurz bemessene Zeit damit weiter in Anspruch nehmen sollen. (Sehr richtig!) Es liegt einfach so, daß für die Auslegung, den Sinn einer Willenserklärung in erster Linie maßgebend ist der Wortlaut. Er geht Ihnen gedruckt mit dem Protokoll zu. Es ist ferner heranzuziehen, was im Laufe der Debatte zur Begründung geäußert worden ist. Darüber sind wir einig, Bebel hat ohne Widerspruch zu finden, seine Aeußerung abgegeben. Was sie besagt, das zu erklären, liegt außerhalb meiner Befugnis.

Frank-Mannheim: Sindermann als Antragsteller hat das Recht, in seinem Namen und in dem der Unterzeichner zum Ausdruck zu bringen, was er mit seinem Antrag beabsichtigt. (Zurufe: Aber nicht nach Schluß der Debatte!) Wenn der Berichterstatter in seinem Schlußwort dem Antragsteller unrichtige Absichten unterlegt, dann hat Sindermann das Recht, in einer persönlichen Bemerkung das richtigzustellen. Stadthagen hatte als Berichterstatter nicht die Befugnis, durch Inerpretationskunststücke in den Antrag etwas anderes hineinzubringen, als der Antragsteller will. Stadthagen hat mit seinen Freunden das Recht, gegen den Antrag zu stimmen, er hat aber nicht das Recht, dem Antragsteller andere Ziele und Zwecke aufzuzwingen, zu denen der Antragsteller selbst sich nicht bekennt. Nun hat Stadthagen in seinem Schlußwort deutlich den Nachdruck darauf gelegt, daß über die Anträge zur Tagesordnung übergegangen werden soll, während für Sindermann die Hauptsache war, eine Willenskundgebung des Parteitages zustandezubringen und den dringenden Wunsch des Parteitages auszusprechen, daß die Sonderkonferenzen aufhören sollen. (Sehr richtig!) Er wollte betonen, daß für ihn vor allem maßgebend ist das Interesse der Organisation, weil er der Ueberzeugung sei, daß die Sonderkonferenzen aus der Fraktion und aus der Partei hinaus ins Land in die Kreis- und Bezirksorganisationen verpflanzt werden. Damit hat er seine geschäftsordnungsmäßigen Befugnisse nicht mit einem Wort überschritten. Was Hoch mitteilte über die Gründe, aus denen der Antrag Hoch zurückgezogen wurde, interessiert keinen einzigen im Saale. (Ohorufe.) Wir meinten, die Gründe, die gestern vorgetragen wurden, seien die wahren Gründe gewesen. Wir glaubten, man wolle unserem guten Beispiel folgen, und dem guten Willen Ausdruck geben, daß die Sonderkonferenzen aufhören sollen. Man braucht, wenn man guten Willen hat, gar keinen Kommentar zu diesem Antrag zu geben. (Sehr richtig!) Es wurde deutlich von Bebel und mir zum Ausdruck gebracht, daß, wie die Situation heute ist, und bei der Entwickelung, die zu erwarten ist, wir vor einem Verbot der Konferenzen zurückschrecken müssen, weil wir nicht durch Polizeigewalt, sondern durch den moralischen Eindruck eines Parteitagsbeschlusses wirken wollen. (Sehr richtig!) Deshalb heißt es, der Partei einen schlechten Dienst erweisen, wenn man in dem Augenblick, wo durch einen Beschluß der Wille zur Einheit bekundet

werden soll, sich gleich die Hintertür der Interpretation öffnet, um die Sonderkonferenzen wieder zuzulassen. (Zustimmung.)

Molkenbuhr: Als gestern der Antrag Sindermann verlesen wurde und Bebel ihn begründet hatte, war einmütig in der Versammlung die Auffassung vorhanden, daß mit dem Wortlaut dieses Antrages und mit der von Bebel gegebenen Begründung eine nach allen Seiten zufriedenstellende Lösung der Frage vorhanden sei. (Sehr richtig!) Daher wurde Schluß gemacht. Ich glaube, wenn jemals später Streitigkeiten darüber entstehen sollten, was mit dem Antrage gesagt ist, dann kann man außer dem Wortlaut des Antrages nur die von Bebel gegebenen Erläuterungen maßgebend sein lassen. (Sehr richtig!) Wenn später versucht ist, noch andere Grundgedanken hineinzulegen, so ist diese Auslegung vollständig beiseite zu lassen. Es kann nur das gelten, was im Wortlaut des Antrages steht und die Begründung, die Bebel gegeben hat. (Sehr richtig!)

Sindermann: Ich hätte kein Wort gesagt, wenn Stadthagen nicht versucht hätte, dem Antrag einen anderen Sinn zu geben.

Liebknecht verzichtet aufs Wort.

Stadthagen, mit Schlußrufen empfangen: Ich muß mich ganz entschieden dagegen verwahren gegen die Unterstellungen Franks und Sindermanns. Frank unterstellt mir, daß Sindermann dies oder jenes behauptet habe. Mit keinem Wort habe ich Sindermann etwas unterschoben. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß er den Antrag nicht begründet hat, sondern Bebel, und daß deshalb nur die Begründung von Bebel gelten kann. Ich habe dasselbe ausgeführt wie Molkenbuhr. In diesem Sinne werde ich auch für den Antrag stimmen. Es kommt bei Auslegung des Sinnes des Antrags Sindermann nicht darauf an, was Sindermann verschwiegen hat, sondern auf das, was Bebel gesagt hat. (Sehr richtig!)

Vorsitzender Haase: Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Dr. David (persönlich): Stadthagen hat in seinem Schlußwort ein mit Schreibmaschine hergestelltes Formular vorgetragen, das eine Einladung zu einem Diskussionsabend im April 1907 darstellt. Als Thema ist angegeben: Reformpartei oder —? und als Referent werde ich angegeben. Die von Stadthagen verlesene Einladung liegt fünf Jahre zurück. Ich habe mein Gedächtnis eben zermartert, was das gewesen sein könnte, ich habe auch einige meiner Freunde gefragt, es ist mir aber unmöglich, in meiner Erinnerung etwas zu finden, was den Anlaß zu diesem Schriftstück gegeben hat. Ich entsinne mich also weder der hier gemeinten Versammlung, noch daß ich irgendwo über das hier genannte Thema referiert hätte. Ich habe Stadthagen gebeten, er möchte mir mitteilen, woher er diese Einladung bekommen hat, damit ich feststellen kann, von wem sie ausgeht. Stadthagen hat das abgelehnt. (Hört! hört!) Solange er diese Angabe verweigert, muß ich annehmen, daß Mißbrauch mit meinem Namen getrieben worden ist.

Stadthagen: Ich habe David erklärt, daß ich den Genossen, der diese Einladung erhalten hat, fragen werde, ob er gestattet, daß ich seinen Namen bekanntgebe. Machen Sie aus der Sache doch keine weiteren Geschichten! (Zurufe: Sie haben etwas daraus gemacht!) Es ist kein Zweifel, daß der Genosse, der zu Ihrer Seite gehört und dessen Namen ich nicht preisgeben will, diese Einladung wirklich erhalten hat. Daß David ohne sein Vorwissen als Referent aufgeführt worden ist, ist ja möglich. Ich habe gar nichts anderes behauptet.

Vorsitzender Haase: Wir kommen zur Abstimmung.

Die Resolution 212 wird einstimmig angenommen.

Der Antrag 204 wird mit überwiegender Mehrheit angenommen. Damit ist Antrag 171 erledigt.

Der Antrag 222 (der Antrag ist in seinem richtigen Wortlaut im Anhang abgedruckt) wird mit überwältigender Mehrheit angenommen. Auf Verlangen wird die Gegenprobe vorgenommen, bei der 5 Delegierte gegen den Antrag stimmen. (Heiterkeit.) Damit sind erledigt die Anträge 110, 112, 114, 115, 116, 117, 149, 158, 172, 183.

Die Anträge 111 und 113 sind zurückgezogen worden. Die Anträge 104 und 147 werden abgelehnt, ebenso der Antrag 106. Die Anträge 177 und 186 sind zurückgezogen.

Ueber Antrag 205 wird getrennt abgestimmt. Satz 1 des ersten Absatzes des Antrages, bei dem es sich um die Propaganda gegen die Todesstrafe handelt, wird einstimmig angenommen. Die übrigen Teile des Antrages werden ebenfalls einstimmig dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Es folgt das Referat über Punkt 8 der Tagesordnung:

Der Imperialismus.

Referent **Haase:** Parteigenossen! Wohl kein Wort schwirrt so häufig gegenwärtig durch die politische Welt und klingt so oft an Ihr Ohr, wie das Schlagwort „Imperialismus“. Auf die Frage, was unter Imperialismus zu verstehen ist, erhalten wir die verschiedensten Antworten. Manche verstehen darunter die Schaffung eines Reiches, das sich wirtschaftlich selbst genügt, das so ausgedehnt ist, daß innerhalb seines Gebietes sämtliche Rohprodukte gewonnen, sämtliche Industrieprodukte hergestellt und auf eigenem Markt abgesetzt werden können. Ich glaube nicht viele Worte darüber verlieren zu sollen, daß es sich bei diesen Gebilden wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit, sogenannter Autarkie, um phantastische Spekulationen handelt, daß solche sich selbst genügende politische und wirtschaftliche Staatsgebiete Chimäre sind. Als sich in Amerika und in den europäischen Ländern des Kontinents die Schutzzollmauern immer höher erhoben, wurde auch in England eine Agitation für Schutzzölle entfacht und die imperialistische Strömung gefördert, die dahin ging, die zum englischen Reich gehörigen Teile zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzuschließen, die sämtlichen Glieder des Reiches mit Einschluß der Kolonien zu einem großen Imperium, einem Reichszollverein, auszubauen. Diese namentlich von Chamberlain betriebene schutzzöllnerische Agitation erlitt Schiffbruch, weil die verschiedenen Teile des englischen Weltreichs ihre gesonderten Interessen haben und die großen Selbstverwaltungskolonien in ihren Finanzen von den Zolleinnahmen abhängig sind. Aber allgemein herrschend geworden ist das Bestreben nach Gewinnung von neuen Macht- und Einflußsphären in anderen Ländern, die Angliederung namentlich überseeischer Länder an den eigenen Staat. Diese imperialistische Idee hat gegenwärtig die ganze Welt ergriffen, Amerika und Japan ebenso wie die europäischen Staaten. (Sehr richtig!) Sie quillt aus der wirtschaftlichen Entwickelung der großkapitalistischen Staaten hervor. Die Produktion hat geradezu fabelhaft zugenommen, wie ich mit wenigen Zahlen illustrieren will. Der Welthandel, d. h. der gesamte Außenhandel der Welt betrug 1909 über 132 Milliarden Mark. Er hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Der Anteil Deutschlands an der Zunahme des Welthandels und der Weltwirtschaft ist ein beträchtlicher. Es betrug im Spezialhandel der Wert der Ausfuhr im Jahre 1880 2,95, also fast 3 Milliarden Mark, er war 1891 auf 3,317 Milliarden gestiegen, erfuhr somit innerhalb dieser 11 Jahre nur

eine verhältnismäßig geringe Steigerung. Er betrug aber 1900 bereits 4,61 Milliarden und 1910 war er in jähem Tempo bis auf 7,47 Milliarden gestiegen. (Hört! hört!) Eine ähnliche Entwickelung zeigt sich auf dem Gebiete der Einfuhr. Der Wert der Einfuhr allein im Spezialhandel Deutschlands belief sich 1880 auf 2,86 Milliarden, war 1891 auf 4,12 Milliarden gestiegen, hatte 1900 die Höhe von 5.77 Milliarden erreicht und war 1910 bis auf die gewaltige Summe von 8,93 Milliarden hinaufgeschnellt. (Hört! Hört!) Das bedeutet, daß in Deutschland die Einfuhr sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt und die Ausfuhr in demselben Zeitraum von nur 20 Jahren — was bedeuten 20 Jahre im Leben eines Volkes! — um mehr als das Doppelte zugenommen hat. Einen Maßstab für die *Ausbreitung des Weltverkehrs* haben wir an Zahl und Umfang der Transportmittel zur See und zu Lande. 1890 hatte Deutschland ein Schienennetz von rund 42 800 Kilometern, 1909 war die Länge des Schienennetzes bereits ausgedehnt auf über 60 000 Kilometer, und diese Entwickelung zeigt sich in fast allen Ländern Europas und der Welt. In Europa hat sich das Schienennetz von 223 000 auf 329 000 Kilometer ausgedehnt. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist das Schienennetz von 268 0000 auf 381 000 Kilometer gewachsen, und wenn ich wegen ihrer besonderen Bedeutung für die nächste Zukunft die Staaten des fernen Ostens erwähne, so zeigt sich, daß das Eisenbahnnetz von Japan mit Korea von 2233 auf 9281 Kilometer und in China, das zuerst vom Weltverkehr durch die chinesische Mauer abgesperrt war, bald, nachdem in diese Mauer Bresche gelegt war, von 200 Kilometer auf 8224 Kilometer gewachsen ist. (Hört! hört!) Inzwischen hat auf diesem Gebiete im fernen Osten eine noch viel rapidere Entwickelung eingesetzt. Für den Transport zur See kommt wesentlich die Kauffahrteischiffahrt in Betracht, die in Deutschland eine geradezu märchenhafte Entwickelung aufzuweisen hat. In Registertonnen betrug der Raumgehalt der deutschen Kauffahrteischiffe 1871: rund 982 000, 1896: 1 500 000 und 1911: 2 903 000! In allen Ländern ist die Entwickelung ähnlich vor sich gegangen. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hatten die Kauffahrteischiffe 1901 einen Rauminhalt von 3 340 000 Nettotons, 1910 einen solchen von 4 459 000 Tons. In Großbritannien und Irland betrug der Rauminhalt seiner Kauffahrteischiffe in Nettoregistertons 1901 über 9 Millionen, 1910 schon 11½ Millionen. Daraus ergibt sich zugleich, daß England zwar nach dem bekannten geflügelten Wort nicht mehr die Werkstäte der Welt, aber doch bis zur Stunde noch ihr bei weitem größter Frachtführer ist. (Sehr gut!) England hat noch jetzt mehr als die Hälfte der Tonnage der gesamten Welt. Und überall sind Ansätze zu einem weiteren *gewaltigen Aufschwung des Weltverkehrs* vorhanden. Die Bagdadbahn nähert sich ihrer Vollendung. Von der Deutschen Bank unter dem Segen der deutschen Regierung gebaut, wird sie dann in der Entfernung von Konia bis Koweit etwa ebenso lang sein, als die Strecke Berlin—Konstantinopel. Was diese Bahn, wenn sie bis zum Persischen Golf weitergeführt ist, für die wirtschaftliche Entwickelung bedeutet, darüber gibt es nur eine Meinung. Der englische Ingenieur Wilcox, der sich als hervorragender Wasserbautechniker seine Sporen in Aegypten verdient hat, wurde von der türkischen Regierung beauftragt, zu untersuchen, was aus dem Gebiet zwischen Euphrat und Tigris, dem alten Mesopotamien, wirtschaftlich zu machen sei, und er ist in der Denkschrift „Irrigation of Mesopotania“ zu dem Resultat gelangt, daß dort etwa 5 Millionen Hektar Landes, die gegenwärtig wüst daliegen, nachdem die ursprüngliche Fruchtbarkeit vollständig versandet ist, der Kultur wiedergewonnen werden können, daß dort Weizen, Gerste, Hülsenfrüchte wunderbar gedeihen könnten, ferner Reis und wahrscheinlich auch Baumwolle. Während unsere herrschenden Klassen für die Politik überseeischer

Ausdehnung schwärmen, während sie von dem Worte, das Cecil Rhodes geprägt hat, „Ausdehnung ist alles“ wie hypnotisiert sind, befällt einen Teil von ihnen, der mit den Vertretern der Schwerindustrie und des Finanzkapitals diese Politik mit Hurra befürwortet hat, unsere Agrarier. ein Schreck bei dem Gedanken, daß der Imperialismus dahin führen könnte, daß aus fremden Ländern nach Deutschland Getreide, Nahrungsmittel eingeführt werden, und damit der Notstand gemildert werden könnte. (Lebhafte Zustimmung.) Welche Perspektiven sich dem Weltverkehr eröffnen, dafür möchte ich noch einige Tatsachen anführen: Die Hedschasbahn von Damaskus über Medina nach Mekka, 1775 Kilometer lang, ist fertig, und die indische Regierung, der der Golf von Aden unterstellt worden ist, beabsichtigt, mit ihr eine Verbindung herzustellen von Aden bis zu einem Punkt einer weiteren Entfernung von 3000 Kilometern. Welche Umwälzung wird eintreten, wenn die Bahn von Kapstadt nach Kairo, wenn sogar das Projekt einer Bahn von Alexandria nach Schanghai durchgeführt ist! Australien wird von einem Schienenweg durchquert. Wir erleben es ferner, daß das Wunderwerk der Technik, der Panamakanal, eröffnet wird, der das Zentrum des Weltverkehrs bilden dürfte. Dadurch tritt Amerika in die engsten Beziehungen zu Ostasien noch mehr als gegenwärtig. Indien ist dann von New York aus durch den Panamakanal um 3000 Seemeilen näher als durch den Suezkanal zu erreichen. Europa liegt dann für China und Japan um 2500 Seemeilen weiter als New York. Der Panamakanal wird ganz neue Erdgebiete dem Absatz erschließen, die bisher von der Kultur noch gar nicht oder nur wenig berührt worden sind.

Aber nicht nur Waren zum persönlichen Gebrauch werden von der hochentwickelten Industrie ausgeführt, sondern es vollzieht sich in immer steigendem Maße eine *Ausfuhr von Produktionsmitteln*, eine *Kapitalausfuhr*. Wenn die Kolonien sich auch für Ackerbau und Viehzucht nicht eignen, wenn sie auch geringe Rohstoffe liefern, so sind sie für das Kapital doch wertvoll, weil in ihnen Straßen und Eisenbahnen gebaut, Brücken errichtet, Häfen angelegt, Städte gegründet und zu diesem Zweck Produktions- und Transportmittel dorthin ausgeführt werden. Wenn die Kosten für die Kolonien zum größten Teil durch indirekte Steuern aufgebracht werden, so daß die Besitzenden nicht wesentlich davon getroffen werden, so macht die Bourgeoisie, die an der profitbringenden Ausfuhr der Produktionsmittel beteiligt ist, ein ausgezeichnetes Geschäft. So *gewaltig akkumuliert sich das Kapital*, daß es nach *neuen Verwertungsmöglichkeiten drängt*. Das Geldkapital wird geradezu fremden Staaten aufgenötigt, nicht nur um Provisionen und Zinsen aus dem Schuldnerstaat herauszuholen, sondern um ihn auch zu verpflichten, daß er für große Teile der gewährten Summe aus dem Gläubigerstaat Waren und Produktionsmittel beziehe. So kommen nicht nur die Großbanken, sondern seitdem sie auf das engste verflochten sind mit der schweren Industrie, auch diese bei der Auswanderung des Leihkapitals auf ihre Rechnung. Um uns eine Vorstellung von der *Größe des Kapitalexports* zu machen, brauche ich nur auf folgende Tatsachen hinzuweisen:

England hat schätzungsweise etwa 70 Milliarden Mark im Auslande und in seinen Kolonien angelegt, die Hälfte in den Kolonien, hauptsächlich in Kanada, Indien und Australien. Außerhalb dieser Kolonien ist sein größter Schuldner Amerika, in den Vereinigten Staaten sind von England allein 13½ Milliarden angelegt. Die Zinseinnahmen Englands betragen etwa 100 Millionen Pfund jedes Jahr. Deutschland hatte 1905 nach Schätzung von Sachverständigen bereits ein Kapital von etwa 20 Milliarden Mark im Auslande angelegt, gegenwärtig wohl wenigstens 35 Milliarden. Man nimmt

an, daß Deutschland, Frankreich und England allein der Welt jährlich etwa 6 Milliarden Kapital liefern, das dazu dient, die Naturschätze der Welt zu erschließen, nicht natürlich für die Masse des Volkes, sondern für das Großkapital. Die Wirkung dieser Vorgänge zeigt sich darin, daß *Länder*, die bisher völlig abgeschlossen von der Industrie waren, Länder, die Naturalwirtschaft haben, die auf der *niedrigsten Stufe* produzieren, hineingezogen werden in das *großkapitalistische Getriebe*, daß in ihnen selbst Industrien entstehen, die später demjenigen Lande, von dem die Befruchtung ausgeht, selbst die allerschwerste Konkurrenz machen werden. (Sehr richtig!) Ich will im Rahmen dieses Vortrages nicht auf die Kolonialpolitik eingehen, die ein Stück imperialistischer Politik darstellt und bei der sich als Triebkraft oft auch das *Verlangen nach Rohstoffen* zeigt, die ein Lebensbedürfnis der Industrie bilden. Gerade die Kolonialpolitik ist behaftet mit demjenigen Merkmal, das besonders charakteristisch für den Imperialismus ist, nämlich mit dem Charakter der Gewalt. (Sehr richtig!) Als wir vor kurzem lasen, daß in Peru 30 000 Indianer in bestialischer Weise, ohne jedes menschliche Gefühl hingemordet wurden, lediglich um 4000 Tonnen Gummi zu gewinnen, wem fiel da nicht die Schilderung von Marx in dem Kapitel „Genesis des Kapitals" über die Kolonialscheußlichkeiten ein. (Sehr richtig!) Wo die Eingeborenen der Ausbeutung durch die Vertreter der sogenannten zivilisierten Nationen preisgegeben sind, ist es heute noch nicht um ein Haar besser geworden. Die Worte, mit denen Marx jenes Kapitel schließt, bewahrheiten sich noch jetzt: „Wenn das Geld nach Augier mit natürlichen Blutflecken auf jeder Backe zur Welt kommt, so das Kapital von Kopf bis Zehe aus allen Poren blut- und schmutztriefend." (Sehr gut!) Bei der Jagd der hochentwickelten Industriestaaten nach neuen Märkten, Rohstoffländern und Kapitalanlagegebieten müssen *Verwickelungen* sowohl entstehen mit den Ländern, die als Beute ausersehen sind, als auch zwischen den rivalisierenden Staaten, die auf dieselbe Beute ausgehen. Das Großkapital, das die Staatsgewalt unter seinem Einfluß hat, schreckt nicht vor Gewalt zurück, wenn sie nötig erscheint, um das Ziel zu erreichen. Unter der Herrschaft des Imperialismus ist die Gewalt in hervorragendem Maße eine „ökonomische Potenz". Der Imperialismus vermehrt die *Reibungsflächen zwischen den Staaten* und erzeugt immer neue *Konflikte*. Er drückt der auswärtigen Politik der modernen Staaten den Stempel auf. Der Kampf der Vereinigten Staaten von Amerika mit Spanien, ihre Festsetzung auf Kuba, Portoriko, den Philippinen, Hawai, ihr Vordringen in Mittel- und Südamerika; der Kampf der Engländer mit den Buren, der Chinafeldzug, der russisch-japanische Krieg, die Annexion Koreas durch Japan, die Aufteilung Persiens zwischen Rußland und England, die Durchdringung Marokkos durch Frankreich, die Einmischung Deutschlands in die Marokkofrage, die wirtschaftliche Festsetzung Deutschlands in der Türkei, die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich, Rußlands und Englands Vordringen in Asien, der Raubzug Italiens in Tripolis stellen einige Etappen der imperialistischen Politik dar. Bismarck trieb Kolonialpolitik, europäische Politik; nur schüchtern unternahm er 1884 die ersten Versuche einer Kolonialpolitik. Bismarck freute sich, wenn Frankreich sich in Afrika engagierte, weil es dadurch abgehalten wurde, seinen Blick nach Osten, nach Deutschland, zu lenken. Caprivi war es, der offen aussprach, daß die Regierung es sich noch ein Jahr überlegen werde, ob sie Südwestafrika behalten wolle. (Hört! hört!) Der Gedanke der Aufgabe der Kolonien ging damals durch die Köpfe der regierenden Kreise. Wie ganz anders nach dem Jahre 1896! Es war am 18. Januar 1896, als der Kaiser bei der Feier des 25jährigen Reichsjubiläums eine Rede hielt, die zum

erstenmal von dieser Stelle aus den Gedanken des Imperialismus propagierte. Es hieß darin:

„Unser Deutsches Reich ist ein Weltreich geworden, Tausende von deutschen Landsleuten wohnen in allen Teilen der Erde, deutsche Güter, deutsches Wissen, deutsche Betriebsamkeit gehen über den Ozean. An Sie alle ergeht die ernste Pflicht, dieses größere Deutsche Reich auch fest an das heimische anzugliedern."

Hier wurde das größere Deutschland, die Angliederung anderer Landesteile an das Deutsche Reich, als Ziel hingestellt. Ein Jahr später war die Dreizackrede im Gürzenich in Köln auf einen ähnlichen Ton gestimmt:

„Der Meergott mit dem Dreizack in der Hand ist ein Zeichen dafür, daß, seitdem unser großer Kaiser das Reich von neuem zusammengeschmiedet, wir auch andere Aufgaben auf der Welt haben; Deutsche an allen Orten, für die wir zu sorgen, deutsche Ehre, die wir auch im Auslande aufrechtzuerhalten haben. Der Dreizack gehört in unsere Faust."

(Hört! hört!)

Als am 16. Dezember 1897 der Kaiser seinen Bruder, den Prinzen Heinrich, der nach China ging, in Kiel verabschiedete, sprach er:

„Sollte je irgendwer unternehmen, uns in unserem guten Recht zu kränken oder uns schädigen zu wollen, dann fahre drein mit gepanzerter Faust!"

Die gepanzerte Faust wurde das Symbol der neuen imperialistischen Politik. Noch deutlicher trat diese Anschauung zutage bei der Verabschiedung der Truppen, die 1895 zum Rachefeldzug gegen China gesandt wurden. Damals hieß es:

„Der Ozean ist unentbehrlich für Deutschlands Größe, aber das beweist auch, daß auf ihm und in der Ferne jenseits von ihm ohne Deutschland und ohne den deutschen Kaiser keine große Entscheidung mehr fallen soll."

Es war damit aller Welt verkündet worden, daß *Deutschland* beachtet sein wolle *bei der Teilung der Welt*, daß es *Weltpolitik* machen und an den Früchten dieser Weltpolitik beteiligt sein wolle. Der Reichskanzler selbst, Fürst Bülow, sagte am 11. Dezember 1899 im Reichstage:

„Wenn die Engländer von einem Greater Britain, wenn die Franzosen von einem Nouvelle France sprechen, wenn die Russen sich Asien erschließen, haben auch wir Anspruch auf ein größeres Deutschland."

So wurde von der verantwortlichen Stelle im Reiche der Gedanke eines *größeren Deutschlands* in das Volk hineingeworfen. Es ist oft so dargestellt worden, als ob jene Aeußerungen des deutschen Kaisers lediglich der Ausfluß einer absolutistischen Gesinnung seien. Aeußerlich scheint es so und richtig ist, daß das äußere Gepräge von dem absolutistischen Geiste herrührt, aber tiefer verbirgt sich dahinter doch eine veränderte politische Anschauung, die herausgewachsen ist aus einer völlig veränderten ökonomischen Lage. (Sehr richtig!) Als der sozialdemokratische Parteitag im Jahre 1900 in Mainz nach dem Referat unseres verstorbenen Genossen Singer über die Weltpolitik debattierte wurde vom Genossen Schoenlank in einer sehr wirksamen Rede die ganze Situation so geschildert, als ob es sich nur darum handele, den Absolutismus zurückzudrängen. Aber schon die nächsten Redner, Ledebour, Fähndrich, Luxemburg, wiesen darauf hin, daß es sich hier um mehr handle, nämlich um den Eintritt einer neuen Phase der kapitalistischen Entwickelung.

Wenn die Staaten Eroberungs- und Raubpolitik betreiben, dann versteht es sich von selbst, daß sie ihre militärische Macht zu verstärken suchen,

um den anderen überlegen zu sein. So ergibt sich das Rüsten, das Wettrüsten in immer größerem Umfange. Ich brauche in diesem Kreise nicht über den Umfang zu sprechen, den das Wettrüsten angenommen hat. Hat doch jeder von uns in Dutzenden von Vorträgen noch bei der letzten Wahl den Wählern die geradezu schwindelerregenden Beträge vor Augen geführt, die die Staaten für Heer, Flotte, Luftschiffahrt ausgeben. Nach dieser Zeit hat das Wettrüsten einen neuen Anlauf genommen. Im neuen Reichstag wurde eine Vorlage von über 650 Millionen Mark für Militär- und Marineforderungen bewilligt. Wir hatten diese Vorlage vorausgesehen, aber sie trat mit einer Schnelligkeit auf, die wir selbst kaum erwartet hätten. Auf den Beschluß des Deutschen Reichstags antwortete die englische Regierung prompt mit einer Nachtragsforderung für die Flotte. Der Minister Churchill gab ausdrücklich an, daß die englische Regierung nur durch das Vorgehen Deutschlands dazu bestimmt worden sei, 990 000 Pfund, also 19 800 000 Mark, für diesen Zweck zu fordern. Im Juli dieses Jahres wurde in Frankreich eine einmalige Ausgabe von 3 Millionen und eine dauernde Ausgabe von 14 Millionen pro Jahr für Militärzwecke bewilligt. Oesterreich vergrößerte die Friedensstärke seines Heeres um 520 000 Mann und stellte ein Rekrutenkontingent von 213 000 Mann auf. Es verstärkt seine Flotte und baut strategische Bahnen in Bosnien, um bei der Teilung der Türkei rechtzeitig auf dem Platze zu sein. Bei der Wichtigkeit der Vorlage für das herrschende Regime scheute man sich nicht, in Ungarn unter Verletzung der Geschäftsordnung und der gesetzlichen Bestimmungen mit Gewalt die Opposition mundtot zu machen, um die Bewilligung der Militärvorlage zu erreichen. Rußland, das nach seinen Niederlagen im japanischen Kriege aus dem Kreise der Großmächte für längere Zeit auszuscheiden schien, hat sich von der Duma vor kurzem 1 Milliarde Mark bewilligen lassen, die bis zum Jahre 1917 für die Flotte ausgegeben werden sollen, und hinter diesem „kleinen" Flottenprogramm steht das große, das für die Jahre 1918 bis 1930 etwa 3 Milliarden Rubel erfordert. Wieviel davon in andere Taschen abfließen wird, ist eine andere Frage. Jedenfalls nimmt Rußland, dessen Heeresetat 1911 bereits 543 Millionen Rubel betrug, in unheimlicher Weise an dem allgemeinen Wettrüsten teil, und es ist für uns von besonderer Bedeutung, daß bei Beratung der Flottenvorlage ausdrücklich betont wurde, daß die Flotte notwendig sei gegenüber Deutschland. Die Kosten, die dem Moloch des Militarismus geopfert werden, sind noch nicht die letzten und größten. Kaum hatte der Deutsche Reichstag die neue Militär- und Marinevorlage bewilligt, da hielt Großadmiral von Köster im Flottenverein in Düsseldorf eine Rede, in der er ausführte, eine dem großen Deutschen Reiche entsprechende Flotte sei nicht vorhanden. (Hört! hört!) Wir müssen also darauf gefaßt sein, daß bald wieder größere Forderungen gestellt werden. Bei dem herrschenden imperialistischen System, bei der internationalen Spannung ist der Anreiz zu vermehrter Rüstung überall ein sehr starker und es erhebt sich für uns die Frage — bestehen doch in unseren Reihen darüber verschiedene Meinungen —: „Kann dem Wettrüsten auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft Einhalt geboten werden oder nicht?" Ist das Wettrüsten für den Kapitalismus eine Lebensnotwendigkeit, so daß er zur Vermeidung seiner Selbstvernichtung daran festhalten muß? Ein wichtiger Faktor bei der Beurteilung dieser Frage ist es, daß das in der Rüstungsindustrie investierte Kapital ein ganz enormes ist. Nach einer von „Morning Leader" veröffentlichten Tabelle haben in England 6 Aktiengesellschaften, die Kriegsmaterial herstellen, ein Aktienkapital von 352 Millionen Mark und Obligationen von 203 Millionen Mark. Würde das Kapital, das in diesen Industrien steckt, brachgelegt werden, so würde das allerdings einen starken Rückschlag auf das Wirtschaftsleben haben. Die Rüstungen sind für den Kapitalismus ein Mittel geworden, die Prosperität zu verlängern und etwaige Krisenwirkungen abzuschwächen. Es wäre aber durchaus falsch, allein das Verwertungsbedürfnis des Kapitals, soweit es in diesen Industriezweigen angelegt ist, ins Auge zu fassen und allen anderen Tatsachen gegenüber die Augen zu schließen. Ich möchte bei der Erörterung dieser Frage uns erinnern an jene Worte, die Engels am 5. Oktober 1895 im „Berliner Volksblatt" in einem Brief an den damaligen Genossen Paul Ernst schrieb:

> Wer nicht imstande ist, bei Beurteilung einer ökonomischen oder politischen Sachlage das relative Gleichgewicht der vorliegenden Tatsachen, noch die Stärke der ins Spiel kommenden Kräfte unbefangen abzuwägen, der kommt dazu, der Partei eine total verrückte Taktik aufzunötigen.

Zustimmung.

Diese Worte würde ich über meine Präsidiallippen natürlich nicht bringen (Heiterkeit), wenn ich nicht Engels wörtlich zitieren müßte. Suchen wir das relative Gleichgewicht aller vorliegenden Tatsachen zu ermitteln, so kommen wir wohl zu dem Resultat, daß bei dem großen Einfluß, den die mächtigen Gruppen der Rüstungsinteressenten und die mit ihnen verbundenen Cliquen auf die Staatsgewalt haben, der Kampf gegen das Wettrüsten ein überaus schwerer ist. Aber es läßt sich nicht sagen, daß der Erfolg von vornherein unmöglich ist. England nimmt zwar noch um 400 000 Menschen jährlich zu, Frankreich hat überhaupt keine Bevölkerungszunahme, beide Länder sind bald an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt. Es ist deshalb einleuchtend, weshalb dort der Gedanke der Rüstungsbeschränkungen Wurzel zu schlagen beginnt. Sehr bemerkenswert ist ein Artikel der „Times" vom 15. Juni d. J., in dem es heißt: „Man hat uns gesagt, daß die deutsche Flotte dazu da ist, einen britischen Angriff zurückzuweisen, aber wir wissen, daß ein derartiger Angriff aus vielen Gründen ganz undenkbar ist, vor allem, weil wir in einem Kriege mit Deutschland unsere eigene Existenz aufs Spiel setzen, während das Deutsche Reich nicht einmal seine Großmachtstellung auf dem Kontinent zu verlieren braucht." Wenn die Last der Rüstungen auch auf die Schultern der Besitzenden abgewälzt wird, wie das in England zum Teil geschieht, so wird das von der Bourgeoisie schließlich so hart empfunden, daß sie lieber diese Lasten verringert, als eine kleine Gruppe von Kapitalmagnaten gewaltig zu bereichern. Es ist eine historische Tatsache — ich wundere mich, daß sie noch in den letzten Tagen hat bestritten werden können —, daß die englische Regierung, die dabei höchstwahrscheinlich im Einverständnis mit den Franzosen handelte, den Versuch gemacht hat, durch Verhandlungen mit der deutschen Regierung auf eine Einschränkung der Rüstungen hinzuwirken. Ist das richtig, und es ist nicht zu bestreiten, dann werden auch die Kritiker meiner Ansicht zugeben, daß damit der Beweis erbracht worden ist, daß es sich hier nicht um eine Lebensbedingung des Kapitals handeln kann. Denn welche kapitalistische Regierung sollte den Lebensfaden der eigenen Bourgeoisie unterbinden wollen. Als der frühere englische Kriegsminister Haldane von der letzten Reise nach Deutschland zurückgekommen war und sein Kriegsministerportefeuille abgegeben hatte, erklärte er bei einer Rede, die er gelegentlich der Rüstungsvorlage hielt: „Wir haben in der freundlichsten Form zu der einzigen Macht, die unser Rivale ist, gesprochen und unsere Absicht dargelegt, daß, welche Anstrengungen sie auch mache, sie darauf rechnen kann, daß wir Anstrengungen machen werden, die größer sein werden als irgendeine Anstrengung, die sie macht. Wir haben auch in Berlin gesagt, daß wir das nicht mit der Absicht tun, Deutschland anzugreifen, sondern uns

nur die Vorherrschaft zur See, die uns das Leben bedeutet, zu sichern." Es ist damit also erwiesen, daß wohl Haldane in Berlin Vorschläge gemacht hat, mit dem Wettrüsten aufzuhören. Nun gibt es Genossen unter uns, die fragen, in welcher Form die Rüstungsbeschränkung vor sich gehen soll. Ich glaube, das ist eine recht müßige Frage. Sache der Regierungen ist es, durchführbare Vorschläge zu machen, und wenn Haldane zu diesem Zweck nach Berlin geschickt worden ist, so wird er nicht ohne einen praktischen Vorschlag aufgetreten sein.

Daraus ergibt sich, daß der Vorschlag zur Begrenzung der Rüstungen, den unsere Fraktion in wirksamster Weise im Reichstag am 17. März 1910 und am 30. März 1911 gemacht und vertreten hat, richtig war (Sehr richtig!), daß unsere Fraktion das getan hat, was die Situation gebot. Ich erinnere Sie alle daran, welchen Jubel wir im letzten Wahlkampfe stets bei unseren Hörern ausgelöst haben, wenn wir ihnen erzählten, daß die sozialdemokratische Partei die einzige sei, die einen Antrag auf Einschränkung der Rüstungen gestellt habe, und eine Verständigung insbesondere zwischen England und Deutschland wolle. Die Massen haben uns verstanden, und wer auf das Gefühl der Massen so ganz besonderen Wert legt, der sollte auch in diesem Falle an ihm nicht achtlos vorübergehen. (Sehr gut!) Daß die Rüstungen an sich bereits eine schwere Kriegsgefahr in sich bergen, ist uns allen klar, und ich will nicht wiederholen, was wir alle oft genug ausgeführt haben. Der Wettbewerb auf dem Gebiete der Rüstungen muß schließlich entweder zum Weltkrieg oder zum finanziellen Zusammenbruch führen. (Sehr richtig!) Nun sagt man, auch von Ministern, zum Kriege brauche es gar nicht zu kommen, schon die bloße Entfaltung der Marine- und Militärmacht verbürge den Erfolg — eine sehr gefährliche Erklärung. Der englische Minister Churchill hat am 11. März 1912 in einer großen Rede über das Rüsten folgendes gesagt: „Die hoffnungsvolle Erklärung, die man für dieses eigentümliche Phänomen geben kann, ist, daß der Wettbewerb zur See und auf dem Lande der moderne Ersatz ist für das, was in früheren Zeitaltern wirklicher Krieg gewesen wäre; und genau so wie der Kredit in unseren Tagen die Barzahlung so stark verdrängt hat, so werden die Eifersucht und die Streitigkeiten der Nationen mehr und mehr nur durch den Besitz von Kriegsmacht entscheiden ohne die Notwendigkeit, sie tatsächlich zu gebrauchen. Wenn das wahr wäre, so könnte man vielleicht finden, daß die große Torheit des 20. Jahrhunderts ein weniger unerfreuliches Aeußere trüge. Doch können wir uns nicht der Tatsache verschließen, daß wir in einem Zeitalter beginnender Gewalttat und starker, tief wurzelnder Unruhe leben. Die Nützlichkeit eines Krieges selbst für den Sieger mag in den meisten Fällen eine Illusion sein. Sicher werden alle Kriege, welcher Art sie auch sein mögen, dem Britischen Reiche keinen irgendwie gearteten Nutzen bringen, aber wenn der Krieg selber kommt, wird er keine Illusion sein — eine einzige Kugel wird man als sehr reale Tatsache empfinden."

So bestätigt der Minister, daß wir nicht im Zeitalter der „friedlichen Expansion", der „Pénétration pacifique", sondern im Zeitalter der Gewalttaten leben, daß die Rüstungen nicht einen Ersatz der Kriege bilden, sondern daß uns Kriege selbst drohen. Wenn auch das Wettrüsten nicht eine unbedingte Notwendigkeit des Kapitalismus ist, ist nicht der Weltkrieg ein unvermeidliches Verhängnis der imperialistischen Staaten? Kein Zweifel: der Imperialismus ist nicht friedlich, er hat die Tendenz zu kriegerischen Konflikten. Aber diejenigen, die den Standpunkt vertreten, daß ein Krieg zwischen den rivalisierenden Industriestaaten ein unabwendbares Schicksal sei, verlassen den Boden,

den wir als marxistisch geschulte Genossen einnehmen müssen. (Sehr richtig!) Marx und Engels haben mit Recht immer wieder davor gewarnt, daß wir einer fatalistischen Geschichtsauffassung huldigen. Gewiß dürfen wir nicht verkennen, daß der Imperialismus einen gewaltigen Charakter hat, aber die Tendenz, die beutegierigen Staaten in den Krieg miteinander hineinzuhetzen, wird durchkreuzt von anderen Tendenzen. Solche Erscheinungen sind nichts Neues, eine solche Auffassung wirtschaftlicher und politischer Prozesse ist uns geläufig. Der Kapitalismus hat sicherlich die Tendenz, das Proletariat zu verelenden, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne zu kürzen. Das Proletariat hat aber dieses nie als ein Fatum angesehen, mit dem es sich abfinden müsse, sondern hat durch die gewerkschaftliche und politische Bewegung jener verhängnisvollen Tendenz entgegengewirkt, und mit Erfolg. Marx nannte die Erringung des Zehnstundentages den Sieg eines Prinzips. Auch die kriegerischen Verwickelungen, die der Imperialismus aus sich erzeugt, finden ihre Hemmungen. Die kapitalistischen Gruppen der verschiedensten Länder werden vielfach international miteinander verknüpft und verflochten. Sie halten es für vorteilhafter, die Absatzgebiete der Welt unter sich zu verteilen, als aufreibende, in ihrem Ausgang unsichere und den Profit bedrohende Kämpfe zu führen. Es ist bereits auf das Beispiel des internationalen Schienensyndikats hingewiesen worden, dem die deutschen, englischen, amerikanischen, belgischen, französischen, österreichischen, ungarischen, spanischen, russischen Werke angehören. Dieses Syndikat hat unter sich den Weltmarkt aufgeteilt und den Werken eines jeden Staats ein bestimmtes Territorium zur Ausbeute überlassen. Ich erwähne in dieser Hinsicht noch, daß im vorigen Jahre in Brüssel der internationale Stahlverband aus der Taufe gehoben wurde, und Taufpaten waren Krupp, Thyssen, Schellenbrandt. Wenn die großen Magnaten der Montanindustrie hier zu einem internationalen Uebereinkommen gelangen, so vollzieht sich auf dem großen Theater der Welt dasjenige, was wir innerhalb des einzelnen Staats erlebt haben, daß die Konkurrenz, auf der die kapitalistische Produktionsweise beruht, zum Teil ausgeschaltet wird durch Kartelle, Trusts und Unternehmerverbände. Es läßt sich nicht mit einer Handbewegung die Tatsache beiseite schieben, daß im vorigen Jahre, als wir wegen des elenden Marokkos hart vor dem Kriege standen, unter denjenigen, welche für den Frieden gewirkt haben, in beiden Staaten zwei Unternehmer ersten Ranges waren, Schneider-Creuzot und Krupp, die zur Ausbeutung der Kohlenschätze in Marokko sich vereinigt hatten. Auf ein solches Zusammenarbeiten des englischen und deutschen Kapitals auf dem Weltmarkte als bestes Mittel zur Entspannung des englisch-deutschen Gegensatzes, haben vor kurzem zwei bekannte Großindustrielle in Deutschland, Stinnes und Thyssen, in der Monatsschrift „Nord und Süd" hingewiesen. Stinnes meint: „Wenn die beiden Länder es als ihre Hauptaufgabe ansehen, die übrige Welt ihrem Gewerbefleiß zahlungspflichtig zu machen, dann wird sich hoffentlich ein Zusammenstoß vermeiden lassen, der auch den Sieger über die Maßen schwächen und Mächten zum Weltübergewicht verhelfen würde, die dieses Uebergewicht sicherlich im gleichen Maße zum Nachteil Englands und Deutschlands gebrauchen würden." Und Thyssen hebt hervor, daß auf wirtschaftlichem Gebiet ein „Zusammengehen beider Völker jedem von Vorteil sein" und „jedes seine Eigenart und seine Kraft neben dem anderen entwickeln kann". Eine Aeußerung des nationalliberalen Landtagsabgeordneten vom Rath verdient in diesem Zusammenhang Beachtung. Er wendet sich in scharfen Worten gegen die Flottentreiber und erklärt: „Die Handels- und Industriekonkurrenz als Ursache eines kriegerischen Konflikts zwischen Deutschland und England ist und bleibt

eine böswillige und tendenziöse Erfindung der Flottenagitation." Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und England sind in der Tat so eng und verzweigt, daß der Ausbruch eines Krieges zwischen diesen Staaten eine geradezu vernichtende Krisis mit sich bringen müßte. Haben wir doch im Jahre 1911 nach Großbritannien Waren im Werte von über 1139 Millionen Mark ausgeführt, das heißt fast 15 Proz. unserer gesamten Ausfuhr, und wir haben von Großbritannien im Jahre 1911 Waren im Werte von über 808 Millionen Mark bei uns eingeführt, das ist über 8 Proz. der gesamten Einfuhr. So bildet die wirtschaftliche Abhängigkeit ein hemmendes Moment gegenüber den Kriegshetzern.

Aber stärker als der Zusammenhalt des internationalen Kapitals ist die innerlich fest gefügte, aus dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit geborene Solidarität des international verbrüderten Proletariats. (Sehr richtig!) Die deutsche Sozialdemokratie hat grundsätzlich stets gestimmt gegen das Rüsten, und die englische Labour Party hat durch den Mund ihres Führers Macdonald im Juli d. J. im englischen Parlament verkündet, daß in dieser Frage die englischen Arbeiter mit den deutschen Schulter an Schulter stünden, daß sie ihren Platz an der Seite der Männer in Deutschland nehmen, die Opposition machen gegen die Flottenvermehrung. Sollte wirklich die Macht des internationalen Proletariats so gering sein, daß sie in der Wagschale für Krieg und Frieden nichts wiegt? Würden unsere Friedensdemonstrationen nichts bedeuten, dann müßten wir zu dem Resultat kommen, überhaupt keine Friedensdemonstrationen mehr zu veranstalten. (Sehr richtig!) Müßten wir erklären, daß ein Krieg zwischen England und Deutschland unabwendbar ist, daß er eine Lebensbedingung des Kapitalismus ist, der die Völker unerbittlich in den Krieg treibt, was sollen dann die Demonstrationen für den Frieden? Vergessen wir nicht, daß die Regierungen und namentlich derjenigen Staaten, in denen die Sozialdemokratie stark ist, sich große Sorgen darüber machen, wie ein künftiger Krieg aussehen wird. Den Einsatz kennt jede Regierung, was als Gewinn oder Verlust herausspringen wird, das weiß sie nicht. (Zustimmung.) Alle Militärschriftsteller sind darin einig, daß gerade der moderne Krieg ein hohes Maß von Hingebung und Begeisterung von den Soldaten erfordert. Man kann zwar die Proletarier dazu zwingen, in den Krieg zu ziehen, aber nicht dazu, mit Begeisterung und Hingabe das Kriegshandwerk auszuüben. Die Regierungen müssen sich auch Gedanken darüber machen, was aus ihnen wird, wenn der Krieg mit einem Verlust endigt. Die Sozialdemokratie hat die Bevölkerung dauernd vor dem Imperialismus und seinen furchtbaren Begleiterscheinungen gewarnt. Sollte jetzt nicht die überwältigende Mehrheit in ihr den Retter aus der Not erblicken? Sollte nicht die Stunde für die Sozialdemokratie gekommen sein, die politische Herrschaft zu gewinnen, sich an die Stelle der herrschenden Klasse zu setzen? Sollten solche Bedenken nicht auch die Staatsmänner ankränkeln und in ihren Entschließungen vorsichtig machen? Freilich, es wäre eine verderbliche Illusion, wenn wir uns auch nur einen Augenblick der Einsicht in die mit dem Imperialismus verbundenen Gefahren verschließen würden.

Alle bürgerlichen Parteien sind in den Bann des Imperialismus geraten, von dem sie für die gesamte Bourgeoisie und das Junkertum reiche Früchte erwarten. Gar bald wird ein Teil ihrer Anhänger erkennen, wie er genarrt ist. Noch hat der Imperialismus auf die Gedanken- und Gemütswelt weiter Kreise des Bürgertums Macht, die bar jedes großen Ideals sich aus ihm ein Idol zimmern, das sie anbeten, bis es zusammenbrechen wird.

Um so mehr ist es unsere Pflicht, über das Wesen des Imperialismus Klarheit zu schaffen, aber auch für die Verständigung der Völker, für wuchtige Demonstrationen zugunsten des Friedens einzutreten, soweit es in unserer Kraft liegt. Können wir auch nicht jeden Krieg verhindern, wohl aber können wir in einzelnen Fällen das Verderben aufhalten. Der Weltfriede ist und bleibt das Ideal der Proletarier aller Länder. (Bravo!)

Wir müssen die verschlungenen Pfade unserer auswärtigen Politik verfolgen, um rechtzeitig eingreifen zu können im Interesse des Proletariats. Nur kurz streifen kann ich diesen Gegenstand. Als der Krieg von 1866 geschlagen war, wollte der damalige Kaiser Wilhelm I. durchaus, daß man den Oesterreichern Teile ihres Landes, Stücke von Schlesien und Böhmen, wegnehme. Bismarck widersetzte sich entschieden, in der Erwägung, es würde stets ein Stachel in Oesterreich zurückbleiben, wenn man ihm Teile seines Landes nähme. Er drang schließlich mit Unterstützung des Kronprinzen mit seiner Ansicht durch. Diese kluge Politik ist 1870 jedoch nicht befolgt worden. Man hat nicht nur das Verbrechen, sondern auch den Fehler begangen, Elsaß-Lothringen Frankreich wegzunehmen, es zu annektieren. Dadurch ist Frankreich an die Seite von Rußland gedrängt worden, und seitdem sich der Gegensatz zwischen uns und England verschärft hat, ist aus dem Zweibund die Triple entente geworden, indem Rußland sich den beiden Ländern angeschlossen hat. Das russische System, an dem das Blut klebt, das russische Regime, das mit Galgen und Henker arbeitet, das innerlich durch und durch morsch ist, ist trotz der Niederlage im Kampfe mit dem kleinen Japan in der Weltpolitik von der größten Bedeutung geworden. Rußland ist zum Zentrum der europäischen und asiatischen Politik geworden. Kaiser Wilhelm fährt nach Baltisch-Port, der Ministerpräsident Japans, Katsura, folgt ihm, Poincaré, der Ministerpräsident Frankreichs, eilt dorthin, und alle machen vor dem Zaren ihre Verbeugung. So umworben, erhält dieses Regime eine Bedeutung, die in umgekehrtem Verhältnis zu seinem Wert steht. Offiziell ist nicht bekannt geworden, was in Baltisch-Port vereinbart worden ist. Offiziöse Zeitungen haben berichtet, daß die deutsche und russische Regierung sich über die Stellung zur Türkei und Italien einig geworden sind. Petersburger Zeitungen sprachen von einer Einigung über einen gemeinsamen Eingriff Deutschlands und Rußlands in die türkische Frage. Sicher ist das Uebereinkommen bekräftigt worden, das im November 1911 bei der Zusammenkunft der beiden Kaiser in Potsdam fortgesetzt wurde: Deutschland läßt Rußland freie Hand in Persien, wogegen Rußland sich verpflichtet, sich in keine Kombination einzulassen, die eine aggressive Spitze gegen Deutschland hat. Gleichzeitig aber bereiteten der Chef der russischen Admiralität, General Lieven, und der Generalstabschef Shilinski in Paris den Abschluß einer Marinekonvention mit Frankreich vor und versicherten die Treue Rußlands für Frankreich. Der russische Ministerpräsident Ssasanow hat seinen Besuch in London angekündigt, wo er wahrscheinlich nicht nur über die chinesische und persische Frage, sondern auch über die Aufteilung der Türkei Besprechungen mit der englischen Regierung haben wird. In der Türkei kann es jeden Augenblick lichterloh brennen. Die Serben, Bulgaren, Griechen haben sich zum gemeinsamen Vorgehen verbunden, Rußland, das die freie Durchfahrt durch die Dardanellen erzwingen will, wartet nur auf den günstigen Augenblick. Oesterreich hat durch den Minister Grafen Berchtold angemeldet, daß es auch Interessen auf dem Balkan habe: es möchte Saloniki. Italien hat seine Blicke auf Albanien gerichtet und Deutschland hat große wirtschaftliche Interessen in der Türkei. So ist die Lage eine höchst gespannte. Mit welcher Skrupellosigkeit die Eroberungspolitik betrieben

wird, hat der Amerikaner Morgan Shuster, der als Schatzmeister durch Rußland und England aus Persien herausgedrängt wurde, an dem Beispiele *Persiens* geschildert. „Nur die Feder eines Macaulay," schreibt er, „oder der Pinsel eines Wereschtschagin könnten den rapiden Szenenwechsel wirksam schildern, der den Niedergang dieser alten persischen Nation begleitet, und bei dem zwei mächtige und angeblich christliche Länder ein treuloses Spiel treiben mit Wahrheit, Ehre, Anstand und Gesetz. Eines von ihnen zaudert sogar nicht, die barbarischsten Grausamkeiten zu begehen, nur um zu seinen politischen Zielen zu gelangen und Persien jenseits aller Hoffnung zu stellen, sich selbst zu regenerieren." Wo ein Volk wehrlos ist, wird diese schamlose Brigantenpolitik zur höheren Ehre des Kapitals betrieben, sobald nur reiche Profite winken. Vor *China*, wo man nach dem chinesisch-japanischen Krieg mit der Aufteilung begann, wo wir infolge einer modernen imperialistischen Methode Kiautschou und das Hinterland nicht nahmen, sondern auf 99 Jahre pachteten, lauern wieder Japan, Rußland, Amerika und die europäischen Staaten, um, wenn die Gelegenheit günstig ist, neue Beute zu machen. Katsura hat in Petersburg die Teilung der Mandschurei und Mongolei zwischen Japan und Rußland vereinbart, während England Tibet als „Einflußsphäre" erhalten soll. Wahrscheinlich wird dieser *Raub sich nicht glatt vollziehen*: das chinesische Volk ist aus seinem Schlummer erwacht, es hat mit Hilfe einer Revolution die alte Regierung gestürzt. Diese Revolution wäre nicht geglückt, wenn nicht schon in China in der kurzen Zeit, seitdem es dem Verkehr erschlossen ist, sich eine Bourgeoisie herausgebildet hätte, die zur Entfaltung ihrer kapitalistischen Interessen einen modernen Staat brauchte. (Sehr richtig!)

Verkennen wir also in keiner Weise die Gefahren, die uns umdrohen, so kann das für uns nur ein Anstoß sein, unsere Kraft immer mehr zu steigern, um unter all diesen Wirren und gewalttätigen Verwickelungen doch für uns den Frieden zu erhalten. (Bravo!) Wie verhängnisvoll die Wirkung des Imperialismus *im Innern* ist, fühlen wir alle. Ist doch die *Teuerung* seine Begleiterscheinung, und ist doch die Teuerung bei uns noch verschärft durch die Schutzzollpolitik, die mächtige Förderin des Imperialismus. (Sehr richtig!) Durch den Imperialismus wächst die *Macht der industriellen Scharfmacher*, unserer bösartigsten Feinde, und diese industriellen Scharfmacher, die profit- und machtlüstern darauf ausgehen, immer mehr Kapital zu konzentrieren, scheuen sich nicht, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu kürzen, um ihren Aufstieg zu hindern, und jeden Fortschritt in der Sozialpolitik zu hemmen. (Sehr wahr!) Das Schutzzollsystem, das in vollster Blüte bei uns steht, hat dazu geführt, die *Lebenshaltung der Arbeiter herabzudrücken*, den inneren Markt zu verengern, und es hat das Verlangen gesteigert, überschüssige Waren auf den Weltmarkt zu werfen. Das Proletariat bekämpft dies Schutzzollsystem, das der Bereicherung der Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzer dient, es wird nicht ruhen, bis es gefallen und die Freiheit des Weltverkehrs gesichert ist. (Bravo!) Das Proletariat erneuert den entschlossenen Willen, alles daran zu setzen, daß der Weltkrieg vermieden wird. Das Proletariat wird zu diesem Zwecke die internationalen Beziehungen von Arbeitern zu Arbeitern pflegen und die Macht des internationalen Proletariats verstärken. Unser Ziel ist nur zu erreichen, wenn wir unsere politischen und wirtschaftlichen Organisationen noch machtvoller ausbauen, wenn wir niemals ermüden, neue Scharen für unsere große Sache zu gewinnen. Wird Kriegsgefahr, wird Ausbeutung der Massen auch erst aus der Welt geschafft mit dem Kapitalismus selbst, so erkennen wir es doch als unsere Aufgabe, schon jetzt seine verheerenden Wirkungen herabzumindern.

Der Imperialismus treibt das kapitalistische System zur höchsten Stufenleiter, es wird reif, einem anderen Platz zu machen, dem sozialistischen. Das Proletariat ist als sein Erbe berufen, und es wird die Erbschaft antreten in dem sicheren Gefühl, daß unter dem Banner des herangereiften, aufwärts gerichteten Proletariats gedeihen werden *Friede, Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlfahrt aller Völker!* (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Dr. Lensch-Leipzig: Zunächst möchte ich hier einen Wunsch aussprechen. Ich halte es für sehr angebracht, wenn in Zukunft derartige Resolutionen, wie sie uns hier über den Imperialismus unterbreitet ist, schon vier Wochen vor dem Parteitage bekanntgegeben werden. Die Parteipresse ist sonst nicht in der Lage, sich mit genügender Ausführlichkeit über die zur Debatte stehenden Fragen zu äußern. Und speziell bei einer so wichtigen Frage wie der des Imperialismus, die ich für die bei weitem bedeutendste des ganzen Parteitages halte, ist eine ausführliche Diskussion in der Parteipresse absolut notwendig; nur dadurch können wir die Bedeutung des vorliegenden Problems den arbeitenden Massen klarmachen. (Sehr wahr!) Sodann gebe ich meinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß zwei so hervorragende Parteimitglieder wie die Genossen Kautsky und Rosa Luxemburg diesmal wegen Krankheit nicht unter uns sind. Sie sind die Berufensten, in dieser Frage mitzureden, und wir alle hätten gern gewünscht, wenn sie in der Lage gewesen wären, durch Teilnahme an der Debatte unseren Gedankenaustausch zu befruchten und anzuregen zum Wohle der Partei. (Bravo!) Ich persönlich bedauere besonders das Fehlen des Genossen Kautsky. Einem Teile von Ihnen ist es vielleicht nicht entgangen, daß ich über das Thema des Imperialismus eine Debatte in der „Neuen Zeit" gepflogen habe. Da der Genosse Kautsky nicht hier sein kann, halte ich es für eine selbstverständliche Pflicht der Loyalität, auf diese Debatte mit keinem Worte zurückzukommen.

Trotzdem ich mannigfache Bedenken gegen die vorgeschlagene Resolution habe, so muß ich doch darauf verzichten, eine eigene Resolution einzubringen, da die mir zur Verfügung stehende Redezeit es unmöglich macht, meine Bedenken mit genügender Ausführlichkeit zu entwickeln, weil ich zweitens die Parteipresse für den geeigneten Ort zur Diskussion derartiger Themen halte und weil ich drittens fest davon überzeugt bin, daß es sich hier nur um den Anfang der imperialistischen Debatte handeln kann, daß die kommenden Jahre uns noch häufig genug zwingen werden, dieses Problem zu erörtern. Meine Hauptbedenken beziehen sich auf den Passus der Resolution, der von der Rüstungseinschränkung handelt. Und zwar nicht etwa so sehr deshalb, weil er vielleicht die Reichstagsfraktion zu einem mehr oder weniger falschen Schritt oder Antrag verleiten könnte — wegen eines einmal unglücklich formulierten Antrages lohnte es sich wirklich nicht, viel Worte zu verlieren —, sondern vielmehr deshalb, weil gerade bei der Frage der Abrüstung die Differenz unserer Anschauungen über die imperialistische Entwickelung am deutlichsten zum Ausdruck kommt. Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, halte ich ein vorübergehendes Abkommen zweier kapitalistischer Staaten über Fragen der Rüstungspolitik keineswegs für ausgeschlossen, im Gegenteil: ich habe diese Möglichkeit stets betont. Aber das ist ganz etwas anderes, als was die Resolution verlangt, und was seinerzeit auch die Reichstagsfraktion beantragt hatte. Da ist die Rede von einer „internationalen Verständigung über die allgemeine Einschränkung der Rüstungen". Und das allerdings halte ich nach wie vor für eine Utopie. Parteigenossen! Wie ist es denn zu der internationalen „Aufrüstung" gekommen, deren Zeugen wir seit zirka 10 Jahren sind? Liegt hier wirklich nur ein internationales Mißverständnis vor, das man durch eine inter-

nationale Verständigung beseitigen könnte? Das hieße mit anderen Worten, die Weltgeschichte habe gewissermaßen einen Fehler gemacht; der Kapitalismus sei auch ohne Gewaltanwendung, ohne Kolonien und Flotte ebenfalls durchführbar. Gewiß ist er das. Aber im luftleeren Raum! In der Phantasie, auf dem Papier ist vielleicht ein Kapitalismus ohne Gewaltsamkeit denkbar. Aber wir haben es doch mit dem wirklichen Kapitalismus hier auf Erden zu tun. Unsere Aufgabe kann es nicht sein, der Weltgeschichte die Hefte zu korrigieren und ihr zu sagen: Liebe Weltgeschichte, hier hast du deine Arbeit wieder! Sie wimmelt voller Fehler. Ich habe sie dir alle rot angestrichen. In Zukunft erwarte ich eine bessere Arbeit von dir! (Heiterkeit.) So geht's doch nicht! Wir haben den Kapitalismus zu fassen, wie er ist, und da müssen wir zugeben, daß das Wettrüsten mit Naturnotwendigkeit aus den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen erwachsen ist. Der Imperialismus hat, begünstigt durch den Schutzzoll, auf dem inneren Markte die freie Konkurrenz ausgeschaltet und durch das Monopol ersetzt — und damit nebenbei gesagt die wirtschaftliche Grundlage des Liberalismus zertrümmert! Ein Moment von großer politischer Wichtigkeit! — aber nur, um auf dem äußeren Markte die freie Konkurrenz um so mehr zu entfesseln. Der Kampf um den Weltmarkt hat heute das internationale Wettrüsten zu seiner notwendigen Begleiterscheinung. Das eine ist ohne das andere nicht denkbar. Der Krieg ist die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln, sagt Clausewitz. Ebenso ist das internationale Wettrüsten die Fortführung der internationalen Konkurrenz mit anderen Mitteln. Daß ein Krieg unter allen Umständen und absolut unvermeidbar sei, habe ich niemals behauptet. Das ist bisher auch immer die Auffassung der Sozialdemokratie gewesen. Ich könnte Ihnen dafür aus unserer Literatur Dutzende von Nachweisen bringen. Ich will es mir aus Zeitrücksichten versagen. Nun hat man gesagt: Die imperialistische Entwickelung treibt freilich zum Weltkriege, aber sie zeitigt auch starke Gegentendenzen. Und es ist unsere Aufgabe, diese Gegentendenzen zu unterstützen. Zunächst möchte ich darauf hinweisen, daß von diesen Gegentendenzen in der Resolution nichts enthalten ist. Dort steht im Gegenteil der Satz: Die bürgerlichen Parteien sind durchweg in den Bann des Imperialismus geraten, sie bewilligen widerstandslos alle Forderungen für Heer und Marine. Diese Stelle gefällt mir am besten in der Resolution. Man kann sogar von einer stark zunehmenden imperialistischen Verseuchung der bürgerlichen Klassen sprechen. In allen Staaten der Welt steigen die Ausgaben für das Wettrüsten, aber der Widerspruch gegen diese steigenden Lasten ist innerhalb der bürgerlichen Parteien immer geringer geworden und ist jetzt ganz verstummt. Lediglich innerhalb des Proletariats ist er stets gestiegen. Und das gibt uns einen Fingerzeig, wie wir die „Gegentendenzen" gegen das Wettrüsten zu bewerten haben. Diese Gegentendenzen gegen den Imperialismus sind nichts anderes wie die Gegentendenzen gegen den gesamten Kapitalismus: nämlich der Sozialismus! Die Sozialdemokratie! Diese Gegentendenzen sind in ihrem Wesen revolutionär, sie führen über die bestehende Gesellschaftsordnung hinaus. In ihren Dienst haben wir uns zu stellen! Doch diese Gegentendenzen wissen von Abrüstung nichts.

Daneben gibt es freilich noch andere reaktionäre Gegentendenzen, und auf diese beruft man sich jetzt zugunsten der Abrüstung. Wo stecken diese Gegentendenzen? In erster Linie, so sagt man, bei der englischen Regierung. Man hat ein großes Wesen davon gemacht, daß die englische Regierung mit Andeutungen über Abrüstungen hervorgetreten ist, und unter Berufung auf diese Andeutungen ist unsere Fraktion im Jahre 1909 vorgegangen. Selbstredend mußte unsere Fraktion diese englischen Abrüstungswünsche und ihre glatte Ablehnung durch die deutsche Regierung agitatorisch ausnützen. Aber nicht

dadurch, daß sie selber sich den englischen Vorschlag zu eigen machte — ergänzt durch einen Antrag über die Abschaffung des Seebeuterechts —, sondern daß sie diesen Antrag Englands als einen Beweis für die totale Ratlosigkeit der kapitalistischen Staaten nachwies, die zwar die Unerträglichkeit des Wettrüstens und die furchtbaren Gefahren klar erkennen, denen sie damit entgegengehen — Lloyd George sprach von der drohenden Rebellion der englischen Arbeiter — und trotzdem keinen anderen Ausweg aus dieser Sackgasse sehen, als eben eine blutleere Utopie. (Sehr gut!) Daß es gerade die englische Regierung ist, die mit solchen Abrüstungsvorschlägen vortrat, erklärt sich aus der geschichtlichen und wirtschaftlichen Situation. Die englische Bourgeoisie sieht sich durch die imperialistische Konkurrenz in ihrer bisherigen Sicherheit bedroht. Sie befindet sich immer mehr im Uebergang zum Rentnerstaat — siehe Sartorius v. Waltershausen — und hat wie alle Rentiers nur den einen Wunsch: ach, wenn es doch immer so bliebe! Sie muß aber zu ihrem Schmerze bemerken, wie die anderen kapitalistischen Staaten ihr immer mehr an die Seite kommen, selbst ihre bisherige absolute Ueberlegenheit zur See wird erschüttert durch das Wettrüsten. In dieser Situation kommt sie auf den Einfall: wie herrlich wäre es doch, wenn wir die anderen Staaten zur Einstellung der Rüstungen überreden könnten. Dann wäre unsere Ueberlegenheit zur See für alle Ewigkeit gesichert! Daß da die anderen nicht mitmachen, ist klar. Hier sehen Sie deutlich nicht nur den utopistischen, sondern auch den reaktionären Pferdefuß! Die englische Bourgeoisie will die geschichtliche Entwickelung an den Rockschößen packen und sie rückwärts in die Vergangenheit reißen, will die bestehenden Verhältnisse verewigen. Wir dagegen bekämpfen die imperialistische Entwickelung von vorn, indem wir sie über sich selber hinauszutreiben suchen. Die durch das Wettrüsten allmählich herbeigeführte Erschütterung der englischen Seeherrschaft ist nur eine notwendige Konsequenz der bereits unleugbar eingetretenen Erschütterung der englischen Industrieherrschaft. Wie die englische Bourgeoisie seinerzeit durch den Freihandel den vergeblichen Versuch machte, die anderen Staaten für alle Zeiten in dem Zustand der Agrarierwirtschaft festzuhalten und England als den eigentlichen Industriestaat der Welt zu verewigen, so versucht es jetzt ebenso vergeblich, durch die Idee der Abrüstung die anderen kapitalistischen Staaten, und namentlich einen so starken, jungen, kräftigen, kapitalistischen Staat wie das Deutsche Reich zur dauernden Unterlegenheit zur See zu verurteilen und England für alle Zeiten als die Herrin der Meere zu etablieren. Der internationale Sozialismus hat jedoch nicht die geringste Ursache, diese dauernde Oberherrschaft eines kapitalistischen Staates über alle anderen mit verewigen zu helfen. Dadurch würden nur die Bedingungen des Sieges für den Sozialismus künstlich erschwert und verlangsamt. Denken Sie an die Worte, in denen seinerzeit Friedrich Engels die große Bedeutung hervorhob, die die Erschütterung des englischen Industriemonopols für die Ausbreitung des Sozialismus in England habe. Er führte aus: „Solange Englands Industriemonopol dauerte, hat die englische Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Grade teilgenommen an den Vorteilen dieses Monopols. Diese Vorteile wurden sehr ungleich unter sie verteilt; die privilegierte Minderheit sackte den größten Teil ein, aber selbst die große Masse hatte dann und wann vorübergehend ihr Teil. Und das ist der Grund, weshalb seit dem Aussterben des Owenismus es in England keinen Sozialismus gegeben hat. Mit dem Zusammenbruch des Monopols wird die englische Arbeiterklasse diese bevorrechtete Stellung verlieren. Sie wird sich allgemein — die bevorrechtete und leitende Minderheit nicht ausgeschlossen — eines Tages auf das gleiche Niveau gebracht sehen, wie die Arbeiter des Auslandes. Und das ist der Grund, warum es in England wieder Sozialismus geben wird." Ein sehr gewichtiges Mittel aber,

um diese überragende Stellung England auf dem Weltmarkt zu konservieren, ist die absolute Ueberlegenheit seiner Flotte, mit der es seine weltpolitische und damit auch wirtschaftliche Herrschaft stützt und stärkt. Selbstverständlich ist uns der Weg, auf dem innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft diese Seeherrschaft Englands zermürbt wird, eben das furchtbare Wettrüsten, im höchsten Maße zuwider, und es ist unsere selbstverständliche Pflicht, ihm mit aller Macht zu widerstreben. Aber innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft werden ja fast alle Fortschritte auf einem uns unerwünschten Wege durchgesetzt. Die gewaltigste Leistung, die der Kapitalismus überhaupt geschaffen hat, die märchenhafte Hebung der Produktivkraft der Arbeit, ohne die die Organisation einer sozialistischen Gesellschaftsordnung absolut undenkbar sein würde (Sehr richtig!), geht vor sich unter Opferung von Hunderttausenden, unter Elend und Not der Massen, der wir so gut wir können, entgegenzuwirken suchen, ohne deshalb zu verkennen, daß dieser über Leichen führende Weg des Kapitalismus schließlich doch im Sozialismus einmündet. So hat auch das uns höchst unangenehme Anschwellen der Heere zu den modernen Riesenheeren für uns das eine Gute, daß es immer mehr alle Wehrfähigen umfaßt und dadurch alle revolutionären Elemente in dieses Bollwerk des Feindes führt. (Sehr gut!) Der Kapitalismus muß eben, ob er will oder nicht, am letzten Ende doch für uns arbeiten, selbst da, wo er anscheinend nur und ausschließlich die Interessen der Menschheit zu zertreten scheint, selbst beim Wettrüsten. (Sehr richtig!)

Vorsitzender Noske: Der Redner hat bis jetzt 23 statt 10 Minuten gesprochen. Soll er die Redezeit eines Korreferenten erhalten oder will der Parteitag die Redezeit zu diesem Punkte überhaupt ausdehnen? Was dem einen Diskussionsredner recht ist, ist dem andern billig. (Zustimmung.)

Schöpflin (zur Geschäftsordnung): Bei der großen Bedeutung dieser Frage möchte ich bitten, dem Diskussionsredner eine halbstündige Redezeit zu gewähren.

Ledebour: Ich erkenne durchaus an, daß es auch im Interesse unserer Auseinandersetzung liegt, daß Lensch seine Redezeit überschritten hat, und daß es wünschenswert ist, ihn eine halbe Stunde sprechen zu lassen. Ich beantrage dies. Wir können das aber nicht für alle Redner bestimmen. Ich bin ganz vorurteilslos, weil auch ich gemeldet bin und gegen Lensch reden wollte. Er vertritt einen Standpunkt, den er und einige Genossen isoliert einnehmen, einen Standpunkt, der nach ihrer Auffassung neu ist und deshalb können wir ruhig dem Genossen Lensch gewissermaßen als Hauptvertreter dieser Richtung 30 Minuten Redezeit gewähren, allen anderen Diskussionsrednern jedoch nur zehn Minuten.

Schöpflin zieht seinen Antrag zugunsten des Antrages Ledebour zurück.

Dr. Lensch (fortfahrend): Das Wettrüsten schafft dadurch, daß es den letzten waffenfähigen Mann zum Dienst preßt, die materielle Voraussetzung für unsere Programmforderung der Miliz. Wenn die Abrüstung durchführbar wäre, würde sie zu dem schroffsten Gegensatz der Miliz, zur Prätorianertruppe, führen. In diesem Punkt haben wir also keinen Anlaß, dem Rad der geschichtlichen Entwickelung in die Speichen zu fallen. Das Reich muß uns doch werden! Auf diese kurzen Andeutungen will ich mich beschränken. In unserm Kampfe gegen den Imperialismus, bei dem wir das Wettrüsten nicht als isolierte Erscheinung aufzufassen haben, haben wir keine besonderen Mittel, sondern nur die große aber einfache Parole: Agitieren und Organisieren! Sagen wir den Massen, daß der Imperialismus das letzte Wort der bestehenden Gesellschaft ist, daß er alle Springquellen der sozialen Revolution erschließt! Dadurch, daß er den ganzen Erdkreis seiner Herrschaft unterwirft, greift er die letzten Reservoire an, aus denen ihm Lebenskräfte quellen, und verschüttet er die Kanäle, in die er seine gewaltig gesteigerten Produktivkräfte ergießen kann. Im Inlande selber aber treibt er alle Gegensätze auf die Spitze, während die Tische der Kapitalmagnaten unterm Golde sich biegen, geht durch die Gassen des arbeitenden Volkes das Gespenst der Hungersnot. Der Klassenkampf verschärft sich zusehends, und in den modernen Riesenkämpfen der Gewerkschaften stehen die organisierten Klassen einander so nahe gegenüber, daß man das Weiße im Auge des Klassengegners sieht. Wir gehen einer Zeit großer Massenkämpfe und schwerster Konflikte entgegen, die die höchsten Anforderungen an die Einsicht und die Tatkraft der proletarischen Organisationen stellen. Auf diese Kämpfe gilt es sich zu rüsten. Bauen wir, da bin ich mit Haases Schlußfolgerungen völlig einverstanden, unsere Organisation aus, unsere politische Aufklärung, rüsten wir uns, denn — bereit sein ist alles! (Lebhafter Beifall.)

Eduard Bernstein: Ich habe mich vornehmlich deshalb zum Worte gemeldet, weil ich Ihnen empfehlen möchte, die Resolution nicht nur anzunehmen, sondern auch in besonders eindrucksvoller Weise als eine Kundgebung der deutschen Sozialdemokratie zu akklamieren. Darin sind wir ja alle einig, die Frage des Imperialismus ist diejenige Frage unserer Zeit, die den Brennpunkt der gegenwärtigen politischen Kämpfe bildet und die Scheidung der Parteien manifestiert. Hier liegen in der Tat die Trennungslinien für die Politiker, wie sie sich zur Frage des Imperialismus und der damit verbundenen Frage der ungeheuren Rüstungen stellen. Es war für mich sehr bezeichnend, als ich vor einiger Zeit in der Budgetkommission des Reichstages gegen die Flottenvorlage zu sprechen hatte, daß ein Redner der uns immerhin noch von allen Parteien am nächsten stehenden Partei, und unzweifelhaft einer ihrer besten und uns sympathischsten Vertreter, nach mir sagte (Ledebour: Wer ist das? Gothein?): Was Herr Bernstein gesagt hat, unterschreibe ich von A bis Z, aber wir bewilligen die Flotte und müssen sie bewilligen als ein Gebot der Notwendigkeit. Und ich glaube, bei diesem Manne, der so viele Zeichen seiner Unabhängigkeit gegeben hat, war es keine Phrase, sondern innere Ueberzeugung. Aber warum soll es eine Notwendigkeit sein, diese Rüstungen endlos fortzusetzen? Liegt nicht in dieser Erklärung eine Bankrotterklärung der heutigen Gesellschaft, wenn ihre Vertreter sich für machtlos erklären gegenüber den maßlosen Rüstungen, dieser Schraube ohne Ende. Man gibt aber der gleichen Ansicht Ausdruck, wenn man, wie eben geschehen, sagt, auf dem Boden der bestehenden Gesellschaft sei in der Tat hier eine absolute Notwendigkeit. Warum soll aber eine solche Notwendigkeit vorliegen? Gewiß, wir haben einen heftigen Expansionsdrang kapitalistischer Verbindungen vor uns, wie Haase in großartiger Weise mit eindrucksvollen Ziffern uns vorgeführt hat. Aber diese Entwickelung hat auch ihre Kehrseite, die sich nicht nur bei den arbeitenden Klassen, sondern auch dem Bürgertum durchaus drückend fühlbar macht. Wir stehen heute in der Teuerungsperiode. Man sagt, es sei eine internationale Erscheinung, aber sie ist nicht zum geringsten Teil gerade durch diese kapitalistische Expansion hervorgerufen und gefördert worden. (Sehr richtig!) Diese Expansion stellt eine unendliche Verschleuderung von Produktionsmitteln dar. Nicht nur die Lebensmittel werden verteuert, auch Produkte, welche die Grundlage der modernen kapitalistischen Industrie sind: das Eisen, die Metalle. Wir hören viel von der Prosperität der Montanindustrie, sie ist aber nicht zum geringen Teil Folge davon, daß heut ungeheuer viel Metall verschleudert wird in den maßlosen Rüstungen und in Eisenbahnbauten, die sich eines Tages vielleicht lohnen werden, deren Umfang aber heute maßlos übertrieben wird. Es prosperieren einige Industrien auf Kosten der großen Masse der Bevölkerung. Ich erinnere hier an den Artikel im letzten Jahrgang

des „Nautikus“, der vorrechnet, wieviel Industrien der Militarismus und der Marinismus in Bewegung setzen. Scheinbar richtig. Aber die von Despoten veranstaltete Errichtung von Pyramiden im alten Aegypten hatte auch jedesmal Massen von Arbeit in Bewegung gesetzt, das Volk jedoch ist dabei verelendet und nicht zur Entwickelung gekommen. (Sehr richtig!) Es gibt neben den Montanindustrien Industrien, die ganz andere Massen beschäftigen, denken Sie an Chemnitz und Umgegend mit seiner Textilindustrie. Denen nützt es wenig, wenn unentwickelte Länder besetzt werden in Afrika und sonstwo, wo die Bevölkerung noch lange nicht soweit ist, ihre Produkte aufzunehmen. Diesen Industrien schadet es aber, wenn die Lebensmittel verteuert werden und die Steuereinnahmen des Volkes zu allen möglichen Rüstungszwecken verwendet werden. Gewiß gibt es zwischen den großen Nationen allerhand Probleme, spielen Streitigkeiten, Interessenkonflikte heute mehr wie in früherer Zeit. Man soll aber nicht sagen, daß sie nicht auch auf andere Weise geschlichtet werden können, als durch Rüstungen und Krieg. Viele Streitfragen sind schon anders geschlichtet worden. Wir müßten ja sonst alle Tage Krieg haben. Auch die heute betonten Streitfragen sind lösbar, wären leicht lösbar, wenn wir internationale Schiedsgerichte hätten. Wenn ich eins vermisse in der Resolution des Genossen Haase, so ist es der Hinweis auf die internationalen Schiedsgerichte. Aber Resolutionen können ja nicht erschöpfend sein. Das Referat wird uns hoffentlich als Broschüre übergeben werden. Was heute notwendig ist, ist ein scharfer Protest gegen die Rüstungen und eine Bekräftigung der Internationalität der Arbeiterinteressen. Und nicht nur der Interessen der Arbeiter, sondern der großen Massen der Angehörigen aller Kulturnationen, ein Protest gegen die Schutzzöllnerei, eine Manifestation für Frieden und Freiheit und freien Austausch zwischen den Nationen. Dabei werden wir die Entwickelung auf unserer Seite haben. Parteien, die nicht dafür eintreten, sind entweder reaktionär, verblendet oder durch Halbheit schwach.

Ich möchte nicht gern in diese Debatte Polemik hineinbringen, aber es ist unmöglich, auf die Ausführungen des Genossen Lensch zu schweigen. Es scheint plausibel zu sein, was er sagt, aber es hinkt doch im höchsten Grade, und es wird in manchen Ausführungen gerade von denen willkommen geheißen werden, denen Lensch gewiß nicht dienen wollte, den Leuten von der „Post“ und Konsorten. (Sehr richtig!) Ich bedauere, daß er die Abrüstungsvorschläge Englands so ausschließlich auf egoistische Interessen der englischen Bourgeoisie zurückführt. Vergessen Sie doch nicht, daß Campbell Bannerman, der, als er an die Regierung kam, den ersten Schritt tat, um mit Deutschland eine Verständigung zu suchen, derselbe Mann ist, als England den Burenkrieg führte, einer der wenigen war, die es wagten, entschieden dagegen zu protestieren, und dessen Regierung es war, die den Buren die Selbstregierung zurückgegeben hat. Ueber die alten Freihandelsleute und ihre Fehler sind wir uns klar, aber es steht mit ihnen doch anders, als Lensch behauptet hat. Ich nenne nur Richard Cobden. Dem hielt man einmal in einer Versammlung entgegen, wenn der Freihandel durchgehe, dann werde England abhängig vom Auslande. Und was erwiderte er darauf: Jawohl, das ist ja gerade das Gute! Er hat viel internationaler gedacht, als man heute weiß, er war ein wirklicher Friedensmann. In der Zeit des Krimkrieges war er mit Bright ein Vorkämpfer gegen den Krieg und hielt große Protestversammlungen gegen ihn ab. Zu jener Zeit hat Marx, er war ja noch jung damals, sich über ihn lustig gemacht. Aber es vergingen nur wenige Jahre, da erkannte Marx es als ein Interesse, daß Bright und Cobden als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgingen. Sie standen mannhaft auf der Seite derer, die gegen die geplante Verfolgung französischer Flüchtlinge pro-

testierten. Sie waren immer dort, wo es galt, für Volksrechte und internationale Freiheit einzutreten.

Deutschland ist ein Industriestaat geworden, ehe es Kolonien hatte. Seine Industrie hat sich machtvoll entwickelt, ehe es seine große Kriegsflotte gebaut, sein Geld in immer größere Rüstungen hineingesteckt hat. Ich könnte viel antworten auf die Behauptung, daß das, was wir heute verlangen, nämlich die Abrüstung, Utopie und reaktionär sei. Das ist es nicht. Wir schwächen unseren Kampf, wenn wir den bürgerlichen Klassen zugeben, daß Militarismus und Marinismus notwendig seien. Die Weltgeschichte ist oft auf falschem Wege gewesen, die Völker haben oft unter politischen Selbsttäuschungen gelitten, ganze Kulturen sind daran zugrunde gegangen. Wir wollen, daß die organisierte Gesellschaft bewußt eingreift, nicht nur in dem Produktionsprozeß, sondern auch in den Prozeß der internationalen Gegensätze. Wir halten hoch die Menschlichkeitsziele, die dem größten Reformer aller Zeiten vorgeschwebt haben. Wir treten ein für die Worte des Begründers des Christentums, die von seinen Nachfolgern im Stiche gelassen werden, wie von einem Mathias Erzberger, der heute einer der schlimmsten Hetzer des Militarismus ist, für die Losungsworte, die das Zentrum verraten hat: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Wir dürfen nicht rasten und ruhen und müssen dafür sorgen, daß die Gesellschaft sich ungehemmt fortentwickelt zur Wohlfahrt im Interesse aller, zur Gleichheit des Rechts der Nationen durch internationale Verständigung und Abrüstung. Wenigstens die Arbeiterschaft Deutschlands wie die anderer Kulturländer, ist entschlossen, keinen Schritt unversucht zu lassen, um für dieses Ziel zu wirken und zu kämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Pannekoek-Bremen: Es kann sich natürlich in dieser Diskussion nur um eine erste Aussprache handeln, damit die Differenzpunkte festgestellt werden und zugleich das Interesse in weiten Kreisen geweckt wird. Nur einige Hauptpunkte will ich deshalb erörtern, auch um falsche Auffassungen aus dem Wege zu räumen. Wir betrachten den Imperialismus als eine notwendige, oder besser noch unvermeidliche Entwickelungsform des Kapitalismus, nicht etwa in dem Sinne, daß nicht etwas anderes denkbar oder zu konstruieren wäre, sondern in dem Sinne, daß dieser Weg tatsächlich eingeschlagen wird. Man kann nachweisen, daß die Interessen weiter Kreise, auch der Bourgeoisie durch den Imperialismus geschädigt werden. Aber es ist eine Tatsache, daß die ganze Bourgeoisie für diese Politik eintritt. Wir behaupten nicht, daß die imperialistische Politik in dem Sinne notwendig ist, daß sonst ein Zusammenbruch, Krise und Arbeitslosigkeit eintreten würden. Haase führte die Rüstungsindustrie an, in der bei einer Abrüstung Arbeitslosigkeit entstehen würde, daß das für uns aber nicht maßgebend sein könne. Derartiges ist uns nie eingefallen. Wir haben nicht nur das Rüstungskapital zu bekämpfen. Der Kreis der unmittelbaren Interessenten ist viel größer. Das ganze Großkapital und Finanzkapital hat ein Interesse an der imperialistischen Politik und dadurch an dem Wettrüsten. Der Imperialismus ist also nicht eine einfache Interessenpolitik der Bourgeoisie, er ist vielmehr eine Gedankenrichtung, eine Ideologie. Eine Interessenpolitik ist er nur für das Großkapital. Die Masse der Bourgeoisie läßt sich durch sehr viele Gründe materieller und ideeller Natur ins Schlepptau nehmen. Man redet oft über den Imperialismus als eine Art Geistesverwirrung der Bourgeoisie. Bernstein spricht in der Parteitagsnummer der „Chemnitzer Volksstimme“ von einer geistigen Epidemie. Aber wir können doch nicht so unmarxistisch denken, als liege hier ein Zufall vor, in der Literatur werden auch die vielen Fäden bloßgelegt, durch die jede bürgerliche Gruppe mit dieser Politik verbunden ist. Deshalb halten wir es für utopistisch, auf

eine Umkehr auf diesem Wege zu rechnen. Man hält uns da den englischen Vorschlag entgegen. England hatte vor dem Wettrüsten gleichsam ein imperialistisches Monopol. Durch das Wettrüsten konnte es nur verlieren. (Bernstein: Ohne Abrüstung noch mehr!) Es war selbstverständlich, daß England einen Abrüstungsvorschlag machte, aber ebenso selbstverständlich war es auch, daß die deutsche Regierung nicht darauf einging. (Hört! hört!) Natürlich vom Standpunkt des Großkapitals. Vom Standpunkt des Proletariats ist es geradezu umgekehrt. Unsere Fraktion vertritt ja durch Ablehnung des Budgets und durch ihr Auftreten bei jeder Militärvorlage diesen Standpunkt. Will sie aber in der Weise vorgehen, daß sie fordert, die deutsche Regierung soll auf den Vorschlag der englischen Regierung eingehen, dann muß man sagen, daß das nicht zu erreichen ist. Die herrschende Klasse kann diesen Weg nicht einschlagen, weil sie eine Ausbeuterklasse ist, weil Beutepolitik und Gewalttätigkeit zu ihrem inneren Wesen gehören. Dabei wollen die verschiedenen Mächte so stark wie möglich dastehen. Bei allen ihren Streitigkeiten entscheidet nur die Macht. Auch wenn es nicht zum Kriege kommt, ist die Rüstung für das Großkapital nicht zwecklos. Denn man kann die Konkurrenzen, die anderen Weltmächte, zu Zugeständnissen zwingen. Deshalb wird mit Eifer gerüstet. Haase wies darauf hin, wie die Kapitalmagnaten sich schon international organisieren. Aber er fügt hinzu, daß dadurch die Kriege nicht aus der Welt geschafft werden. Wenn das so ist, und die Kapitalisten wissen, daß die Kriege unvermeidlich sind, dann wird auch das Wettrüsten nicht aus der Welt gehen. (Haase: Wettrüsten und Abrüsten ist nicht dasselbe!) Unser Standpunkt hat also nichts mit einer Rechtfertigung dieser Politik zu tun. Wir betonen nur ihre Unvermeidlichkeit, um danach unseren Kampf gegen den Imperialismus einzurichten. Wir wollen diese gemeingefährliche gewalttätige Form des Kapitalismus auf das allerschärfste bekämpfen. Aber nicht dadurch, daß wir versuchen, den Kapitalismus zur früheren Form zurückzuführen. Das ist unmöglich. Nur einen Weg gibt es: über den Imperialismus hinaus zum Sozialismus. Nun wird gesagt: müssen wir denn die Volksmassen, die infolge des Rüstens durch Steuern schwer bedrückt werden, einfach auf den Zukunftsstaat vertrösten? Das geht doch nicht! Nehmen wir zur Vergleichung den Fall, daß plötzlich Hafenarbeiter bedroht werden durch die Einführung von Maschinen, von Getreideelevatoren, wodurch Tausende aufs Pflaster geworfen werden. Da kommt der Gedanke: Können wir nicht mit unserer gewerkschaftlichen Macht dagegen ankämpfen? Aber der Sozialdemokrat wird zu ihnen sagen: es geht nicht, gegen diese Entwickelung können wir nicht ankämpfen; sorgt, daß die Maschinen in Eure Hände kommen. (Hört! hört! und Widerspruch.) Das wäre eine ähnliche Vertröstung auf die Zukunft. Aber es ist gar nicht wahr, daß unser Standpunkt bedeutet, daß wir jetzt gegen den Imperialismus nicht ankämpfen können und wir auf den Zukunftsstaat vertrösten. Die Arbeiterklasse kann praktisch gegen den Imperialismus kämpfen, sie muß es tun, und dieser Kampf ist zugleich ein Kampf für den Sozialismus. Ein Beispiel bietet der Kampf gegen die Teuerung. Sie ist eine imperialistische Erscheinung; die Goldproduktion der Kartelle, die Zölle, die Grenzsperre, die Reaktion im Innern und die Unternehmerverbände, sie alle bewirken, daß die Teuerung so schwer drückt. Sie treibt die Massen zur Empörung und revolutioniert die Köpfe. Sie treibt aber auch die Massen auf die Straße, wie am letzten Sonntag in Stuttgart. Unter der Losung: Zusammentritt des Reichstages, Oeffnung der Grenzen! werden die Massen unvermeidlich zu immer gewaltigeren Demonstrationen schreiten, bis das Ziel erreicht ist. Diese Massenaktion ist zugleich ein Kampf für ein augenblickliches Ziel, die Linderung der Not, und ein Kampf für den Sozialismus, weil die Macht, die Zuversicht, die Geschlossenheit der

Massen durch diese Aktion vermehrt wird. Aehnlich steht es mit dem Kampf gegen die innere Reaktion; in dem Kampf um das preußische Wahlrecht bilden die Massenaktionen eine Hauptwaffe. Auch die Kriegsgefahr wird unvermeidlich mit sich bringen, daß die Arbeiterschaft auftreten muß, um den Krieg zu vermindern, und Massenaktionen werden darin eine große Rolle spielen. Unser Standpunkt gegenüber dem Imperialismus bedeutet also einen sehr entschiedenen Kampf, der unablässig geführt wird, fortwährend im Parlament, aber zu bestimmten Zeiten auch durch Aktionen der Massen selbst. Wir betonen also, daß im Kampfe gegen den Imperialismus die Arbeiter nicht in erster Linie mit etwaigen dem Imperialismus entgegenstrebenden Tendenzen der bürgerlichen Welt, sondern nur auf sich selbst zu rechnen haben. Und in sich selbst wird sie die Kraft finden, ihn zu besiegen. (Beifall.)

Darauf trat die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Noske** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

In der fortgesetzten Debatte über den Imperialismus erhält zunächst das Wort

Grumbach-Colmar: Ich will zuerst feststellen, daß der Parteitag heute morgen den parlamentarischen Bericht gutgeheißen hat und daß darin unsere Stellung zur Abrüstung festgelegt ist durch den Satz: „Eine Einschränkung der Rüstungen durch Vereinbarungen ist möglich und durchführbar". Angesichts der Argumente, die in letzter Zeit auf der einen Seite von Pannekoek und Lensch, auf der anderen Seite von Kautsky vorgebracht wurden, haben wir uns zu fragen: Sind in dem internationalen kapitalistischen Leben Tendenzen vorhanden, die unsere Friedensbestrebungen unterstützen können? Und wenn wir darauf mit Ja antworten, dann müssen wir sagen, es ist unsere Pflicht, diese Tendenzen zu unterstützen, selbst wenn sich auf der anderen Seite Gegentendenzen bemerkbar machen, selbst wenn, wie das innerhalb des Kapitalismus zweifellos der Fall ist, es Tendenzen gibt, die auf einen Krieg hinzielen. Ist nur der Schatten einer Tendenz zugunsten des Friedens innerhalb des Kapitalismus selbst vorhanden, so ist es unsere Aufgabe, ihn nach jeder Richtung hin zu verstärken. (Sehr richtig!) Solche Friedenstendenzen sind vorhanden, und vielerlei Gründe veranlassen den heutigen Kapitalismus, den Frieden in jeder Hinsicht zu wünschen. (Sehr wahr!) Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Kapitalismus aller Länder, oder bildlich ausgedrückt, es ist ein Spinngewebe von kapitalistischen Fäden vorhanden, das durch einen kriegerischen Schwertstreich so zerrissen werden könnte, daß jeder nationale Kapitalismus schwer betroffen würde. Es gibt nichts in den Beziehungen Frankreichs zu Deutschland oder Deutschlands zu England, was diese Länder zwingt, einen Krieg zu unternehmen. Es ist eine falsche Darstellung, wenn man jahrelang gesagt hat, daß der industrielle Aufschwung Deutschlands dem industriellen Aufschwung Englands schwer geschadet hat. Der englische Export hat absolut stärker zugenommen als der deutsche, wenn auch nicht relativ. Jedenfalls ist der englische Handel zugleich mit dem deutschen um viele Milliarden gewachsen. Auf der anderen Seite sehen wir, daß Deutschland und Frankreich im Grunde genommen durch keine imperialistischen Fragen getrennt werden. Es ist kein ökonomisches Problem, das den Gegensatz der beiden Länder, die so viele gemeinsame ökonomische Interessen haben, immer aufs neue nährt, sondern es ist die elsaß-lothringische Frage, die in das Gebiet der „nationalen Ehre" und des internationalen Völkerrechts gehört. (Sehr richtig!) Dieser Ansicht hat

kürzlich der französische nationalistische Abgeordnete Delafosse im „Echo de Paris“ klar Ausdruck verliehen. Wenn wir nun wissen, daß diese zwei Länder keine imperialistische Frage trennt, daß zwischen England und Deutschland der wirtschaftliche Gegensatz nicht so groß ist, daß er unbedingt entweder den Krieg oder den Zusammenbruch eines der beiden Länder zur Folge haben muß, so dürfen wir sagen: daß hier einer jener Punkte ist, wo wir den Hebel zugunsten der Friedensbewegung ansetzen können. Daß die Mächte nicht geneigt sind, den Frieden zu stören, konnten Sie, um ein Beispiel der letzten Tage zu nennen, ja erst kürzlich beim Ausbruch des Panamakonflikts zwischen Amerika und England beobachten. Die Blätter aller Richtungen in England schrieben: es wird uns nicht einfallen, deshalb einen Krieg zu beginnen, denn wir würden uns damit nur selbst treffen. Tatsächlich hat jedes Land heute in anderen Ländern soviel Kapital, daß es sich durch einen Krieg selbst treffen würde. (Sehr wahr!) Sogar unser „Erbfeind“ Frankreich hat ja in Deutschland heute schon über eine Milliarde Kapital in allen möglichen Unternehmungen stecken. Innerhalb der kapitalistischen Welt selbst muß infolgedessen ein starkes Bedürfnis vorhanden sein, um den Frieden zu wahren. Man braucht ja nur die Börsenberichte anzusehen, um festzustellen, daß im Börsenteil der Zeitungen die Betrachtungen ganz anders lauten als im Leitartikel, wo man glaubt, den Begriffen der nationalen Ehre einen möglichst kriegerischen, möglichst heldenhaften Ausdruck verleihen zu müssen.

Wenn wir die heutige Situation ansehen, dann erkennen wir, wie ganz besonders falsch es ist, wenn Pannekoek sagt, daß gerade das Finanzkapital ein Interesse am Wettrüsten habe. Nein, es ist gerade das Finanzkapital, das ein Interesse daran hat, daß nicht weiter gerüstet wird. Ich spreche nicht von der Kriegsindustrie. Daß die ein Interesse daran hat, ist selbstverständlich; aber die Kriegsindustrie umfaßt trotz ihrer Ausdehnung nicht den größten Teil des Finanzkapitals. In den Direktionsbureaus der großen Banken von Berlin, von Paris, von London wird zweifellos nicht die Entfachung des Weltkrieges betrieben, sondern man arbeitet eher darauf hin, von dort aus möglichst auf diplomatischem Wege friedlich einzuwirken. Genosse Henke, Sie lachen? Dazu ist gar kein Grund vorhanden, denn diese Bestrebungen sind festgestellt. Das Finanzkapital übt eine ganz besondere Art der Betätigung aus, die glänzend dargelegt wurde von dem Genossen Dr. Rudolf Hilferding in seinem ausgezeichneten Buch: „Das moderne Finanzkapital“. Wir dürfen uns nicht täuschen lassen durch gewisse äußere Gesten der Verwalter des Finanzkapitals, die darauf hindeuten, daß es ein Interesse an dem Wettrüsten hat. Dr. Lensch sagte: ein Kapitalismus ohne Armee stehe in der Luft. Das ist richtig und stimmt besonders für die Anfänge des Kapitalismus; wir sehen aber auch, daß ein Augenblick kommt, wo das Kapital ein Interesse daran hat, daß diese militärische Aufwärtsentwickelung zum Stillstehen gebracht wird. Wir sind nicht so utopistisch, zu verlangen, daß der Kapitalismus seine Armee ganz abschaffe, wir fordern ja einstweilen nur eine Rüstungseinschränkung und keine weitere Aufrüstung mehr. Wenn das Wettrüsten eine natürliche Folge der großkapitalistischen Politik ist, so ist es sicher keine unbedingte Notwendigkeit mehr in einer gewissen Epoche. Nach meiner Ansicht ist es eine konservativ-fatalistisch-ideologisch-marxistische Auffassung (Heiterkeit), wenn man sagt, daß es aussichtslos sei, für die Beschränkung des Wettrüstens einzutreten, weil dieses unvermeidlich wäre. Nein, es ist nicht der Fall, daß das Wettrüsten eine Naturnotwendigkeit ist und daß wir nicht dagegen kämpfen können, ohne Reaktionäre und ideologische Friedensschwärmer zu sein. Wir kämpfen mit anderen Waffen und Argumenten als die bürgerlichen Friedensfreunde und können gar nicht mit ihnen verwechselt werden. Bedenken Sie, Parteigenossen, aber

auch vor allem, welche Wirkung im Ausland es haben müßte, wenn sich die deutsche Sozialdemokratie die Argumente von Pannekoek und Lensch zu eigen machte, wenn die Forderung auf Abrüstung fallen gelassen würde. Draußen in den anderen Ländern stehen überall die Armeen unserer bürgerlichen Gegner, die nur darauf warten, sagen zu können, die deutsche Sozialdemokratie habe theoretische Gründe gesucht, um nicht mehr gegen das „von dem deutschen Volke gewünschte Wettrüsten“ ankämpfen zu müssen. (Sehr wahr!) Heute können in der französischen Kammer Jaurès, im englischen Unterhaus Keir Hardie, in den spanischen Cortes Pablo Iglesias stets anführen, daß in Deutschland eine Millionenarmee von Sozialisten lebt, deren beredteste Wortführer immer wieder eintreten für die Einstellung des Wettrüstens. Praktisch müssen wir denken, wenn wir diese praktische Frage erledigen wollen. Es wäre das gefährlichste, was wir tun könnten, wenn wir uns der Taktik von Pannekoek und Lensch anschließen würden. Wir würden der internationalen Friedensbewegung, soweit sie von Sozialisten geleitet wird, einen sehr harten Schlag versetze, wenn wir die Möglichkeit schaffen wollten, auch nur ernsthaft zu erwägen, ob die Forderung der Abrüstung aus unserem Programm eventuell zu streichen ist. Unsere Stellungnahme hierzu ist nichts anderes als die praktisch angewandte Grundauffassung, die auch die Gewerkschaften haben, daß es eben doch möglich ist, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft und auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gewisse ihrer Auswüchse einzudämmen, zu verkleinern, zum Stillstand zu bringen. Und in dem Sinne ist wohl die Schlußfolgerung der Pannekoekschen Anschauungen, die darauf hinauslaufen, daß die Forderung der Abrüstung eine Utopie sei, keine Utopie, sondern ein sehr gefährlicher Vorschlag, den man uns macht. Die deutsche Sozialdemokratie, die angesehenste und mächtigste Sektion der sozialistischen Internationale, sollte heute hier laut sagen: wie wir jederzeit für die Abrüstung gekämpft haben, wollen wir auch fernerhin alles tun, um die innerhalb des Kapitalismus und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst vorhandenen Tendenzen gegen den Weltkrieg durch die außerordentliche Naturkraft, welche uns die hinter uns stehenden Massen des Volkes gibt, jederzeit zu stärken. (Stürmischer anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Dr. Liebknecht-Berlin: Ich darf wohl, ohne unbescheiden zu sein, daran erinnern, daß auf zwei internationalen Jugendkonferenzen — 1907 und 1910 — die hier behandelte Frage ausführlich und, wie ich glaube, alle die hier und vorher in den Preßdebatten vorgebrachten Gesichtspunkte umfassend, besprochen worden ist. Unzweifelhaft besteht ein Gegensatz zwischen den Auffassungen der Genossen Lensch-Pannekoek und Kautsky und anderen. Aber mir scheint das doch kein so tragischer Konflikt, daß man nötig hätte, sich die Haare auszuraufen. (Heiterkeit.) Ich meine, daß Pannekoek und Lensch bloß den Gedankengang nicht zu Ende denken, den sie der Marxismus weist. Sie bleiben auf halbem Wege stehen und sind befangen in einer etwas mechanistischen Auffassung der Gesellschaft und ihrer Entwickelung. (Lebhaftes Sehr wahr!) Es ist ganz eigentümlich, daß Lensch, der sonst ein so eifriger Bekenner des antagonistischen Charakters unserer Gesellschaftsordnung ist, hier so vollkommen versagt, und es ist erstaunlich, daß er verkennt, wie es zwar in der kapitalistischen Gesellschaft wohl notwendige Tendenzen gibt, aber keinerlei absolute Notwendigkeiten nach keiner Richtung hin, und wie den notwendigen Tendenzen allenthalben ebenso notwendige Gegentendenzen entgegentreten. Und wenn Lensch erklärt, wir haben den Kapitalismus zu fassen, wie er ist, so müssen wir sagen, indem wir ein Wort von Lensch aufnehmen, wir dürfen auch den Kapitalismus nicht isoliert nehmen, nicht als unter einer Glasglocke befindlich betrachten, losgelöst von den gleichzeitigen antikapitalistischen Kräften und Trieben. Es ge-

hört zu den Tendenzen der kapitalistischen Entwickelungsperiode, daß alles zeitweilig notwendig und alles nicht dauernd notwendig ist. Wir brauchen nur zu erinnern an die kapitalistische Konkurrenz — ich spreche noch nicht von der internationalen —, wie sie in verschiedenen Perioden einen sehr verschiedenen Charakter annimmt. Das einmal Bestehende ist ein Notwendiges, nur insoweit sich nicht Gegentendenzen entfalten, die Modifikationen und Umänderungen herbeiführen. Ganz genau so liegt es mit der Frage, die uns hier beschäftigt. Es trifft nicht zu, daß im Kapitalismus keine Gegentendenzen gegen die kriegerischen Tendenzen und gegen das Wettrüsten vorhanden seien. Die Resolutionen der internationalen Jugendkonferenzen haben dies in gründlicher Weise behandelt. Und Bebel ist es gewesen, der im vergangenen Jahre auf dem Parteitag in Jena gerade die internationalen Zusammenhänge, die selbst vom Standpunkt des Kapitalismus aus gegen den Kriegswahnsinn sprechen, in schlagenden und eindrucksvollen Sätzen vor Augen geführt hat. Lensch hat einen wesentlichen Gegensatz zwischen Abrüstung und Miliz konstruiert. Ich bestreite, daß dieser Gegensatz besteht. Wir hatten auf der Kopenhagener Jugendkonferenz 1910 — gestatten Sie, daß ich etwas viel davon rede, vielleicht lächeln Sie in sich hinein, aber mir scheint das wichtig — entsprechend dem deutschen Parteiprogramm die Miliz, die allgemeine Volksbewaffnung, als eines der Ziele der antimilitaristischen Bewegung festlegen wollen. Wir fanden aber energischen Widerspruch bei den Skandinaviern, denen die Miliz als eine Verschlechterung ihres bisherigen Zustandes erscheint. Die Sache liegt doch so: Wir streben nicht die Miliz um ihrer selbst willen an; wir wollen doch nicht das Volk bewaffnen, soweit es nicht zur Abwehr gegen die herrschenden und unterdrückenden inneren Mächte und gegen auswärtige Feinde nötig ist. Die Miliz ist nicht in allen Fällen das Bessere gegenüber dem bestehenden Zustande, sie kann unter Umständen auch eine Verschlimmerung sein, sie ist nur das kleinere Uebel, im Vergleich zu dem größeren, vor allem des stehenden Heeres, demgegenüber sie in bezug auf internationale wie auf innerpolitische Konflikte mindergefährlich ist. Es besteht also auch aus diesem Grunde kein prinzipieller Widerspruch zwischen Miliz und Abrüstung. Der Imperialismus, kann man wohl kurz und bündig sagen, ist ein kapitalistisches Geschäft, und weil er das ist, empfiehlt es sich, das Wesen des Kampfes gegen den Imperialismus auf eine kaufmännische Formel zu bringen. (Sehr gut!) Die historische Mission des Proletariats gegenüber dem Imperialismus ist, geschäftlich betrachtet, das soziale, politische und auch wirtschaftliche Risiko der kriegerischen Form des internationalen Konkurrenzkampfes durch seine Klassenkampfpolitik für die herrschenden Klassen der beteiligten Länder dermaßen zu erhöhen, daß ihnen selbst die friedliche Verständigung in der internationalen Konkurrenz, z. B. im Sinne der Vertrustung als das geschäftlich Zweckmäßigere erscheint. In dieser Weise das Problem aufgefaßt, haben wir nicht die Spur preisgegeben von irgendeinem marxistischen Grundgedanken. Die wichtigste der Tendenzen gegen den Imperialismus ist die vom Proletariat getragene der Solidarisierung aller Völker, des Klassenkampfes, den die Arbeiterklasse innerhalb der einzelnen Ländern und in der Internationale führt gegen diejenigen Kreise, deren Geschäft der Imperialismus ist. Hier gilt es weiter zu arbeiten genau in der Richtung, in der die Sozialdemokratie, die internationalen sozialistischen Kongresse bisher gewirkt haben; wir haben nicht einen Buchstaben wegzunehmen, von dem, was wir bisher gesagt und getan haben. Und wenn die Sozialdemokratie aller Länder in dieser Richtung unter Aufbietung der rücksichtslosesten Energie weiterarbeitet, so tut sie alles, um das Menschenmögliche an Macht zu entfesseln, den Imperialismus an kriegerischen Abenteuern zu hindern. Die internationale proletarische Solidarität immer weiter auszubilden und zu festi-

gen; den Klassenkampf immer intensiver und leidenschaftlicher zu gestalten, immer mehr bereit zu sein, mit allen Mitteln, koste es, was es wolle, dem Imperialismus entgegenzutreten, das ist meiner Ueberzeugung nach ein sehr guter und sicherer Schutzwall gegen die Völkerverhetzung der herrschenden Klassen und wir können nichts besseres tun gegen die Kriegsgefahr, als den herrschenden Klassen keinen Zweifel zu lassen, welch gewaltige wirtschaftliche, politische und soziale Gefahren sie durch die Entzündung eines Weltenbrandes über sich heraufbeschwören, vermöge der hohen intellektuellen Entwickelung des Proletariats und vermöge der rücksichtslosen Entschlossenheit des Proletariats zum Klassenkampf. Für uns gilt in der Tat das alte Wort: si vis pacem, para bellum, wenn du Frieden willst, bereite den Krieg. Wir können sagen, wenn wir den Völkerfrieden wollen, müssen wir den Krieg, den Klassenkampf bereiten, ihn mehr und mehr international führen und schüren. Es ist nicht möglich, heute abzuirren von der Richtlinie, die wir auf unseren bisherigen Kongressen uns gezogen haben, und nur das eine ist nötig, daß wir uns heute noch einmal zu einer einmütigen und enthusiastischen Kundgebung vereinigen gegen den Imperialismus, für die internationale Solidarität, und für die Anerkennung der wichtigen und bedeutungsvollen Rolle der proletarischen Macht gegenüber den Mächten des imperialistischen Kapitalismus. In einer Zeit, die dermaßen angefüllt ist mit Zündstoff, wie die heutige, ist es unmöglich, auf einem sozialistischen Kongreß über dieses Thema hinwegzugehen. Und ebenso unmöglich ist es, daß sich irgendwelche ernsthafte Meinungsverschiedenheit darüber geltend machen könnte, daß wir über alle Welt hinaus dem Proletariat zurufen: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!" (Großer Beifall.)

Cohen-Leipzig: Da ich nicht unmittelbar an der Polemik zwischen Lensch und Kautsky beteiligt bin, glaube ich, keiner Uebung des Parteitages zuwider zu handeln, wenn ich die Kautskyschen Ansichten in meine Erörterungen einbeziehe. Ich werde mich sehr gern auf das Notwendigste beschränken, aber ganz über sie hinwegzugehen, ist unmöglich. Sowohl Kautsky als Lensch haben beide voneinander behauptet, daß ihre jeweilige Stellungnahme neu oder alt sei und daß besonders von jeher die Internationale (nach Kautskys Erklärung) die Idee der Abrüstung vertreten habe. Das bestritt Lensch und Kautsky wies, in diesem Falle mit Recht, darauf hin, daß er selbst noch 1907 in der „Leipziger Volkszeitung" Artikel veröffentlichte, die in dem Prinzip gipfelten, die Regierungen könnten abrüsten, wenn sie nur wollten, und daß diese Artikel in Leipzig als Broschüre herausgegeben wurden. Das beweist gar nichts gegen die Auffassung von Lensch. Denn erstens wird er sicherlich auch Meinungen, die den seinigen entgegengesetzt sind, in die „Volkszeitung" aufnehmen, und dann hat er mit dem Verlag nichts zu tun, so daß die Herausgabe der Broschüre durch die Leipziger Buchdruckerei nicht gegen ihn ausgenützt werden kann. Es könnte ja auch sein, daß Lensch seit 1907 viel gescheiter geworden ist und nicht mehr die gleichen Auffassungen wie damals habe. Ich glaube allerdings, daß Lensch hier weiter sieht als Kautsky, und den Beweis erbracht hat, daß die Idee der internationalen Abrüstung, die zum Weltfrieden führen würde, früher in der Internationale nicht vertreten war. Dafür zwei Beispiele: zuerst, um Liebknecht zu zeigen, wie unpraktisch es ist, wenn man sich auf eine Aeußerung Bebels beruft, ebenfalls ein Hinweis auf den Jenaer Parteitag. Dort schloß Bebel: „Die Frage der Abrüstung und was damit zusammenhängt, wird uns künftig nicht mehr trennen. Also, nicht Abrüstung, heißt künftig für das bürgerliche Europa die Losung, sondern Aufrüstung. Meiner Ueberzeugung nach kann diese Aufrüstung nur mit einer großen Katastrophe endigen." Damit hat Bebel nicht gesagt, daß wir Aufrüstung und

Katastrophe wünschen, sondern nur ausgedrückt, daß sie kommen m u ß. Etwas anderes sagen auch Lensch und Pannekoek nicht. Grumbach verfiel in den Riesenfehler, den Imperialismus nur auf das Verhältnis zwischen Deutschland, England und Frankreich zu beschränken. Nennen Sie mir eine Stelle von Lensch, Pannekoek, Luxemburg und anderen, die der Auffassung widerspricht, als ob sie es nicht für nötig hielten, daß zwischen Deutschland und Frankreich durch eine Verständigung die augenblickliche Kriegsgefahr beseitigt werde. Das ist aber doch etwas ganz anderes, und in Wirklichkeit entsteht hier eine neue, schwere Gefahr, die die Folge einer Verständigung Deutschlands und Englands aller Voraussicht nach für eine nicht zu ferne Zukunft sein würde. Denn deren Verständigung hat den Zweck, jetzt gemeinsam und erst recht anderen gegenüber imperialistisch auftreten zu können, namentlich, um anderen Ländern die Brocken wegzunehmen, über die sich die beiden Großstaaten etwa einigen. Dann richtet sich eben die Gefahr des Wettrüstens gegen andere Länder. Denn daß ein Sozialdemokrat auf die Idee kommen könnte, man könnte alle Länder unter einen Hut bringen, halte ich für unmöglich. Wenn aber Bernstein die Möglichkeit eines großen Krieges als Bankerotterklärung der Welt bezeichnet, dann wundere ich mich sehr darüber. Diese Bankrotterklärung kann doch nur eine Bankerotterklärung sein vom ethischen Standpunkt und Bernstein hätte vorher zu beweisen, daß die Entwickelung ethisch-moralisch sein möge. Eine Bankerotterklärung vom Standpunkt der Entwickelung schlechthin gibt es doch nicht, denn die Entwickelung kann ebensogut blutig und kriegerisch verlaufen. Bernstein hat von den Schiedsgerichten gesprochen. Keiner von uns hat den Glauben, daß die Schiedsgerichte nicht gut sein könnten in einzelnen Fragen, aber alle Sozialdemokraten weisen es zurück, daß Schiedsgerichte in Lebensfragen der Völker endgültig entscheiden könnten, und wenn Bernstein weiter behauptet, wir nützten mit einer solchen Ablehnung der Reaktion, so ist das eine Methode, die von den Freisinnigen immer gegen uns angewandt wird, wenn sie wünschen, daß wir von unserer Haltung abgehen. Wir haben uns aber noch nie dadurch bestimmen lassen, etwas nicht zu tun, was wir für richtig hielten. (Sehr richtig!) Kautsky hat erst in seinem „Weg zur Macht" darauf hingewiesen, daß so lange die Weltpolitik dauere, auch der Wahnsinn des Wettrüstens bis zur völligen Erschöpfung zunehmen müsse, und so werde sich der Wahnsinn steigern, bis das Proletariat die Kraft gewinne, den Imperialismus zu überwinden und durch den Sozialismus zu ersetzen. Das sagen Pannekoek und Lensch auch und an keiner Stelle, daß man den Imperialismus nicht bekämpfen solle. Es ist aber falsch, was man als Endhoffnungen an eine Verständigung Deutschlands und Englands oder ganz Westeuropas knüpft. Denn Amerika geht in seinem Interesse nicht mit diesen Staaten, dazu kommt Ostasien usw. Und wenn die Reichstagsfraktion bei dem Abrüstungsvorschlag sich begnügt hätte, zu sagen, daß eine Verständigung zwischen Deutschland und England die augenblickliche Kriegsgefahr vermindern und einen wichtigen Streit aus der Welt schaffen könne, so hätte keiner etwas dagegen gehabt. Aber Hoffnungen daran zu knüpfen, wie es die Resolution tut, daß durch internationale Abmachungen der Weltfriede gesichert werden könnte, das halte ich für eine Utopie. Haase behauptet, daß die Tendenz des Kapitals beim Imperialismus durch unsere Gegentendenz erschüttert werde, wie in der Tendenz, die Arbeiter zu verelenden. Das muß er doch aber beweisen, es zu behaupten, genügt nicht. Er hat bei dieser Uebertragung einen logischen Salto mortale gemacht. Er hat sich an die Argumentation Kautskys angeschlossen, der meint, es gäbe auch eine andere Methode statt des Wettrüstens, nämlich die friedliche Durchdringung durch das Kapital. Diese friedliche Durchdringung Ostasiens mit westeuropäischem Kapital ist aber

erst recht der Keim schwerer Katastrophen. Wenn China oder ein anderes Land glaubt, nicht mehr so auf das westeuropäische Kapital angewiesen zu sein und sich freimachen will, dann müssen die westeuropäischen Mächte erst recht rüsten, um die Interessen ihrer Kapitalisten in Ostasien zu vertreten. Wenn Sie abrüsten in dem Sinne verstehen, daß durch eine Verständigung mit anderen Ländern eine vorübergehende Milderung herbeigeführt werden soll, so haben wir nichts dagegen. Aber denken Sie an die Tarifverträge, die man als A und O eines Friedensinstrumentes ansah. Man hat damit aber die Entscheidungen nur hinausgeschoben. Aus allen diesen Gründen ist es unmöglich, die Teile der Resolution anzunehmen, die in internationalen Verständigungen die Möglichkeit des Weltfriedens sehen. Wir können uns dem nicht anschließen. Durch die Verständigung einiger Nationen wird keine Katastrophe verhindert, sie bedeutet im Gegenteil die Ausschaltung anderer Länder, gegen die zu rüsten dann doppelt nötig wird. Der internationale Friede kann nur garantiert werden durch den Sozialismus, nicht aber durch Verständigungsaktionen einiger oder auch mehrerer Mächte, die einer augenblicklichen Situation entsprechen mögen, bei dem dauernden Wechsel der Dinge aber nur vorübergehende Erscheinungen sein können. (Zustimmung.)

Quessel-Darmstadt: Ich habe das gewiß seltene Vergnügen, hier meine Uebereinstimmung mit den Anschauungen der Genossen Lensch und Pannekoek insoweit zum Ausdruck zu bringen, als ich auch der Meinung bin, daß das, was heute über das Problem des Imperialismus gesagt worden ist, nur als der Anfang einer Stellungnahme angesehen werden kann. Vor allem vermisse ich in der Resolution die Erörterung der handels- und industriepolitischen Seite des Imperialismus. Im Wahlkampfe ist mir von imperialistisch gesinnten Gegnern wiederholt der Vorwurf gemacht worden, daß unsere Partei in der Marokkofrage die Industrie und damit die Lebensinteressen des deutschen Volkes schamlos preisgegeben habe. Ich habe auf die Erklärung Bebels hingewiesen, daß wir unter allen Umständen für unsere Industrie die Gleichberechtigung auf dem Weltmarkt fordern müssen. Nun vermisse ich außerordentlich, daß diese Erklärung Bebels in Jena, die damals von uns allen ausnahmslos mit stürmischer Begeisterung begrüßt wurde, und die uns außerordentlich wertvolle Dienste im Wahlkampf geleistet hat, in der Resolution keinen Ausdruck findet. Wir fordern zwar die Freiheit des Weltverkehrs. Was sollen wir aber antworten, wenn unsere Gegner fragen, wie wir die aufrecht erhalten wollen. Nach unseren alten bisherigen Anschauungen müßte ich erklären: wir wollen eben die offene Tür haben. Aber nähere Nachforschungen in der Handelspolitik haben mich überzeugt, daß die offene Tür nicht mehr das leistet, was wir Sozialisten bisher glaubten. Unsere Kolonien behandeln wir als Ausland, es wird dort keine Industrie durch Zölle begünstigt, auch die deutsche nicht. Nach der amtlichen Denkschrift ergibt sich, daß die deutsche Metallindustrie in den deutschen Kolonien 34mal soviel Absatz hat wie die englische, daß aber die Ausfuhr an Produkten der Metallindustrie nach Britisch-Indien im Jahre 1909/10 von England 152 Millionen betrug, von Deutschland nur 5,8, also gerade das umgekehrte Verhältnis wie in unseren Kolonien. Für die Lösung eines Problems ist es nun außerordentlich wichtig, daß man sich der Schwierigkeiten erst einmal bewußt wird. Für das für uns in der letzten Zeit besonders aktuell gewordene Thema können wir natürlich nicht sofort eine fix und fertige Lösung haben. Es muß aber betont werden, daß es sich um ein Lebensproblem für die deutsche Arbeiterschaft handelt. Eine teilweise Lösung liegt allerdings darin, daß wir an dem Grundsatz festhalten, überall unsere Macht dafür einzusetzen, daß die Freiheit und staatliche Unabhängigkeit der Völker möglichst erhalten bleibt. Das gilt

für Persien, das gilt auch für das chinesische Volk und das türkische. Auch in der Marokkoaffäre, die ja jetzt der Vergangenheit angehört, hätten wir mit größerer Energie, als es geschehen ist, eine selbständige Stellung des Landes gegenüber dem raubgierigen französischen Imperialismus vertreten müssen. Es ergibt sich daraus aber auch die Notwendigkeit, daß überall da, wo die deutsche Regierung dafür eintritt, die Gleichberechtigung unserer Industrie wirksam durchzuführen, wir hinter ihr stehen müssen. Das liegt im Interesse des Proletariats, genau so, wie wir hinter der Regierung stehen, wenn sie wirklich die Absicht hat, gute Handelsverträge zustandezubringen. Die Resolution ist keine Lösung, wir werden uns noch später mit dieser Frage beschäftigen müssen. Es wird notwendig sein, daß von ultraradikaler, revisionistischer und marxistischer Seite zu dieser Frage der offenen Tür Stellung genommen wird. (Ledebour lacht.) Wenn Sie lachen, so tut das nichts zur Sache. Es sind oft Tatsachen verlacht worden, weil die betreffenden Personen sich mit der Frage nicht eingehend beschäftigt hatten. Von Bebel weiß ich, daß er diese Frage für äußerst bedeutungsvoll hält. Vor einem Jahre in Jena war ich noch der Ansicht, daß die offene Tür genügt, um die Gleichberechtigung der deutschen Industrie aufrecht zu erhalten. Von dieser Meinung bin ich abgekommen, und jeder, der vorurteilslos die Zahlen der Handelsstatistik prüft, wird ebenfalls davon abkommen müssen. Eine Lösung dieser schwierigen Frage kann ich vorläufig nicht geben, wohl aber habe ich zur Aufhellung des Problems in den „Sozialistischen Monatsheften" wichtige Fingerzeige gegeben.

Ledebour: Die statistischen Bedenken Quessels gegen die Politik der offenen Tür sind ja vor einigen Monaten zunächst in den „Sozialistischen Monatsheften" zutage gekommen. Sie haben damals bei mir dieselbe Heiterkeit erweckt wie heute. Er glaubt, besonders tief in die Sache eingedrungen zu sein. Er hat sich aber bei weitem noch nicht tief genug damit beschäftigt. Er hat aus der Tatsache, daß die englischen Ausfuhrzahlen nach den englischen Kolonien größer sind als die deutschen, den Nachweis führen wollen, daß allein die englische Oberherrschaft das bewirkt habe. Das ist nicht richtig, denn in diesen Ausfuhrwerten von England aus stecken zweifellos auch deutsche Produkte. Einem solchen tiefgründigen Forscher müßte doch die Tatsache bekannt sein, daß nach allen englischen Kolonien die Waren meist über England gehen, auch wenn sie aus anderen Ländern kommen. Das sind eben die Wege des Handelsverkehrs. Der Umstand, daß umgekehrt die Ausfuhr von Metallwaren aus Deutschland nach den deutschen Kolonien verhältnismäßig überaus groß ist, erklärt sich daarus, daß die deutschen Kolonien vorläufig noch auf lange Zeit hinaus nicht gerade kulturell entwickelte Gebiete sind. Was da an Metallwaren aus Deutschland eingeführt wird, das sind vorzugsweise Eisenbahnschienen und allerhand sonstiges Material, das zu den Eisenbahnbauten gebraucht wird, die mit deutscher Subvention von deutschen Unternehmern direkt ausgeführt werden. Das sind ganz künstliche Verhältnisse, die für die allgemeine Schlußfolgerung gar nicht in Betracht kommen. Um die Politik der offenen Tür ist Quessel vorsichtig herumgegangen. Ich hätte gedacht, daß er hier wenigstens mit seinen Schlußfolgerungen herausgerückt wäre. Als ich seinen Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften" las, hätte ich geglaubt, daß er von Paasche oder einem anderen Nationalliberalen stammt, wenn ich nicht den Namen eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten darunter gelesen hätte. (Hört! hört!) Diese Politik der offenen Tür müssen wir unbedingt befürworten.

Als Ausgangspunkt für die Auffassung, die Lensch, Pannekoek und andere Genossen von uns trennt, darf ich wohl einen Satz bezeichnen, den ich der

Rede von Pannekoek entnommen habe: Er sagte dem Sinne nach, die deutsche Regierung hätte vom Standpunkt der Kapitalsinteressen aus ein Recht, die kapitalistische Beutepolitik mit gewalttätigen Mitteln zu betreiben. Aehnlich klang es ja auch aus den Ausführungen von Lensch heraus. Beide gehen von der Ansicht aus, die zweifellos bestehende Beutetendenz des Kapitalismus in fremden Ländern lasse sich *nur* ernstlich betreiben durch eine Politik *mit gewalttätigen Mitteln*. Deshalb sei das Wettrüsten etwas, was naturgemäß immer weiter gesteigert werden müsse, natürlich immer vom Standpunkt der kapitalistischen Regierung aus. Lensch hat im Zusammenhang damit auch noch darauf hingewiesen, daß die Abrüstungsangebote Englands, die uns ja damals im Reichstag Veranlassung zu unserem Antrag gegeben haben, eigentlich darauf zurückzuführen seien, daß Deutschland die anderen Staaten zur dauernden Unterlegenheit zur See verurteilen will. Die Auffassung geht dahin, daß diese Ausbeutungspolitik mit gewalttätigen Mitteln etwas Absolutes sei; daß sie absolut wirkte, ohne daß andere kapitalistische Tendenzen dem entgegenwirken. Schon Grumbach und Liebknecht haben auf die Verkehrtheit solcher Auffassungen hingewiesen. Ich möchte zur Ergänzung noch auf eine andere im Kapitalismus wirkende Tendenz hinweisen. Sie wissen, daß ein Wesenselement der kapitalistischen Betriebsweise die Konkurrenz ist. In den Anfängen der kapitalistischen Betriebsweise herrscht überall die Konkurrenz nahezu absolut, der einzelne Kapitalist sucht mit allen Mitteln, die ihm zu Gebote stehen, erlaubten oder unerlaubten, sich im Konkurrenzkampf gegen andere seinen Profit zu erraffen. In der weiteren Entwickelung kommt das Kapital über diesen absoluten Konkurrenzkampf hinaus. Die Kapitalisten vereinen sich schließlich zur gemeinsamen Ausbeutung der Arbeiter und des konsumierenden Publikums. Das sind die Kartelle und Trusts. Die ursprünglich konkurrierenden Kapitalisten schließen sich zusammen zu großen Ausbeutungskonzernen; es kommt dann schließlich dahin, um mit Marx zu reden, daß die Expropriateure selbst expropriiert werden. Die europäische, die amerikanische Ausbeutungsgesellschaft ist bereits so weit gekommen, daß sich das Kartellierungsbedürfnis auch von Staat zu Staat in ähnlicher Weise geltend macht, wie früher unter den Kapitalisten eines Landes das Kartellierungsbedürfnis der einzelnen Kapitalisten sich Geltung verschaffte. Von diesen ganz allgemeinen Gesichtspunkten aus fasse ich auch die Anregung von England auf als ein Symptom des Kartellierungsbedürfnisses des englischen Kapitalismus mit anderen staatlichen kapitalistischen Organisationen zur gemeinsamen Ausbeutung des Weltmarktes überhaupt. Auf den Grund, weshalb das gerade bei England zuerst zutage getreten ist, darauf hat allerdings Lensch ganz richtig hingewiesen. Die englischen Kapitalisten, die zu ihrer Ausbeutung sogar die Machtmittel des Staates gebrauchen, sind, um ein Bild anzuwenden, gewissermaßen die satten Ratten, und die deutschen Kapitalisten sind die hungrigen Ratten. Die satten Ratten sehen ein, daß sie auf dem bisherigen Wege der Ausbeutung der übrigen Länder mit den staatlichen Machtmitteln das erreicht haben, was sie im staatlichen Konkurrenzkampf erringen konnten, daß sie aber von jetzt an in der bisherigen Ausbeutungsmöglichkeit sich nur erhalten können oder diese Ausbeutungsmöglichkeit fremder Länder noch vergrößern können, wenn sie mit den Konkurrenten in anderen Ländern zu großen, alle Welt ausbeutenden Konzernen sich zusammenschließen. Ich bitte Sie, natürlich den Vergleich nicht wörtlich auszulegen; Sie werden ja verstehen, was ich damit meine.

Das ist ganz allgemein betrachtet, wenn man auf die wirtschaftlichen Ursachen dieser Erscheinung zurückgeht, das, was gegenwärtig gerade in dem wirtschaftlich vorgeschrittensten Lande der Welt den Staat als Organ der Ka-

pitalisten dazu treibt, mit anderen Staaten zu Vereinbarungen zu gelangen, um eine Einschränkung der Rüstungen herbeizuführen. Diese Tendenz, der natürlich Gegentendenzen entgegenwirken, haben wir alle Ursache, zu stärken, nicht nur in Förderung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwickelung, die über den Kapitalismus hinaus zum Sozialismus führt, sondern auch weil sie direkt unseren Willen, den Frieden aufrechtzuerhalten, entgegennimmt. (Sehr richtig!) Indem wir deshalb, als dieses Symptom in England zutage trat, sofort zugegriffen und unsere Resolution eingereicht haben, die ich selbst verfaßt habe, und die ich auch heute noch aufrechterhalte, da war das nicht nur eine augenblickliche Eingebung, sondern ein konsequenter Schritt in der Verfolgung einer sozialistischen Weltpolitik. (Bravo!)

Es läuft ein Antrag auf Schluß der Debatte ein.

Löbe-Breslau: Ich bitte den Antrag abzulehnen. Es handelt sich hier um einen der interessantesten und wichtigsten Punkte der Tagesordnung, und neben Bernstein stehen noch David, die Genossin Zetkin und andere in der Rednerliste, die unser Wissen bereichern können.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Quessel-Darmstadt: In der liebenswürdigen Redeform, die dem Genossen Ledebour eigentümlich ist, hat er mir das Zeugnis ausgestellt, meine Artikel hätten ihn so nationalliberal angemutet, daß er, wenn er nicht meinen Namen an der Spitze gefunden hätte, zu der Ueberzeugung gekommen wäre, daß er von einem Nationalliberalen geschrieben worden wäre. Ich bemerke nur kurz, daß der ganze Artikel das Ziel hatte, zu zeigen, daß die bürgerlichen Imperialisten nicht etwa phantastische Schwärmer sind, sondern daß sie aus rein egoistischen Motiven, aus Profitinteresse imperialistische Politik treiben. Wenn ich einen solchen ökonomisch-historischen Nachweis zu erbringen suchte, so lasse ich dahingestellt, ob der Artikel gut oder weniger gut war, ich muß es aber als einen ganz ungerechtfertigten Vorwurf auf das entschiedenste zurückweisen, wenn dabei von nationalliberal gesprochen wird. Derartige Verdächtigungen treffen mich nicht, mich, der seit Jahrzehnten in der Bewegung tätig war und sich stets überall als guter Parteigenosse erwiesen hat, der seine Pflicht in vollem Maße tat. Als Sie noch in der bürgerlichen Redaktionsstube saßen, Genosse Ledebour, da war ich schon Kämpfer für die Partei, da habe ich schon Nummern des verbotenen „Sozialist" in Königsberg verbreitet. Ich bitte Sie daher, mich mit derartigen Angriffen zu verschonen.

Eduard Bernstein: Cohen hat in bezug auf meine Ausführungen gesagt, daß die Bemerkung von liberaler Seite, man folge dem Gebot der Notwendigkeit, wenn man für Rüstungen eintrete, eine Bankrotterklärung der heutigen Gesellschaft bedeute, für eine ethische Beurteilung der Dinge erklärt und hinzugesetzt, Lebensinteressen der Nationen lassen sich nicht durch Berufung auf Ethik regulieren. Nur hat er leider nicht hinzugesetzt, was denn diese Lebensinteressen der Nationen sind. Nach meiner Ansicht gibt es heute für die Kulturvölker kein größeres Lebensinteresse als den Frieden. Wenn er glaubt, damit eine Verurteilung auszusprechen, daß er ein Urteil ethisch nennt, so vergißt er, daß die Ethik die Ausbildung der Normen des Verhaltens der Menschen und Völker zueinander ist, daß es eine ethische Angelegenheit ist, daß Konflikte zwischen den Nationen gemäß den Interessen aller reguliert werden und nicht bestimmt werden von Spezialinteressen im kapitalistischen Sinne. Ich bedauere die heutigen Reden.

Ledebour: Ich erkläre ausdrücklich, daß ich dem Genossen Quessel durchaus nicht vorwerfen will, daß er bewußt eine nationalliberale Politik macht. Was ich gesagt habe, ist das, daß die Gedankengänge in seinem Artikel in den

„Sozialistischen Monatsheften" auf ungenügendem Verständnis handelsstatistischer Zahlen beruhen und in ihren logischen Konsequenzen notwendigerweise zur Befürwortung der heutigentags von der deutschen Regierung betriebenen Kolonialpolitik führen müssen und daß sie deshalb in dem Munde eines Nationalliberalen verständlich wären. Ich wiederhole nochmals, daß es mir durchaus fern liegt, dem Genossen Quessel bewußte Befürwortung nationalliberaler Tendenzen nachzusagen. Ich nehme als mildernden Umstand eben an, daß er selber die Tendenz, die in seinen Gedankengängen zutage tritt, nicht erkannt hat.

Quessel (mit großer Unruhe empfangen): Ich will das Spiel nicht ins Endlose weiter treiben. Es ist nicht wahr, daß ich in irgendeinem Artikel die kapitalistische Kolonialpolitik der heutigen Regierung befürwortet habe. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir eine zivilisatorische Kolonialpolitik brauchen, so wie sie Genosse Bebel im Reichstag seinerzeit unter dem Jubel der Fraktion formuliert hat und wie sie uns im Wahlkampfe gute Dienste geleistet hat.

Ledebour: Ich muß nochmals konstatieren, daß ich nur darauf hingewiesen habe, die logische Folgerung aus den Gedankengängen des Quesselschen Artikels führe notwendig zur Befürwortung dieser Kolonialpolitik. Ich habe nicht gesagt, daß Quessel wissentlich diese Kolonialpolitik befürwortet hat. Ich denke (zu Quessel), Sie werden doch einen Unterschied machen können zwischen bewußter Befürwortung und dem Hervortreten einer Tendenz, deren logische Fortsetzung zu einer solchen Befürwortung führen muß. Können Sie den Unterschied machen? (Heiterkeit.)

Haase (Schlußwort): Das Material des Imperialismus ist so weitschichtig, daß ich Ihnen nur einen kleinen Ausschnitt habe geben können. Ich wundere mich deshalb nicht, daß dieser und jener Redner in meinen Ausführungen manches vermißt hat. Auf die erhobenen Einwendungen kann ich mich sehr kurz fassen. Soweit Quessel sachlich zu widerlegen war, hat das Ledebour vollständig im Sinne meiner eigenen Gedanken getan. Wenn Quessel sagt, er habe nur ausführen wollen, daß die bürgerlichen Imperialisten nicht phantastische Schwärmer, sondern profitlüsterne Egoisten sind, so hätte er auf Zustimmung rechnen können, wenn dieser Gedanke zum Ausdruck gekommen wäre. Im übrigen bin ich erstaunt, daß er, der mir als sorgfältiger Arbeiter bekannt ist, in seinen Artikeln und in den heutigen Ausführungen zu Mißverständnissen gelangt ist, die man schon bei oberflächlicher Betrachtung der Statistik vermeiden muß. Cohen hat sich die Sache sehr leicht gemacht, indem er so vorging, wie hin und wieder die Advokaten, wenn ihnen eine Situation unbequem ist. Er war verpflichtet, für die Behauptung, die er und seine Freunde Lensch und Pannekoek aufgestellt haben, den Beweis zu erbringen. Er versuchte aber, mir die Beweislast zuzuschieben, er verlangte, ich sollte ihm nachweisen, daß seine Behauptungen unrichtig sind. Es kann sich ja nur um Wahrscheinlichkeitsgründe handeln. Die Wahrscheinlichkeit spricht aber mehr für den Gang der Entwickelung, den ich gezeichnet habe. Mathematische Beweise kann niemand führen. Bernstein muß ich einen kleinen Schmerz bereiten. Er hätte gewünscht, daß die Resolution etwas über Schiedsgerichte enthalte. Die Schiedsgerichte wollen wir alle, wir fordern sie im Erfurter Programm, aber die übertriebene Bedeutung, die Bernstein den Schiedsgerichten beizulegen scheint, kann ich ihnen nicht zuerkennen. Ich möchte auf ein Beispiel aus letzter Zeit verweisen. 1850 ist der Clayton-Bulwer-Vertrag zwischen England und Amerika geschlossen worden, wonach Amerika ohne Zustimmung Englands nicht berechtigt war, einen Panama-Kanal zu bauen. Unter dem Druck des Burenkrieges hat sich England 1901 in dem Hay-Pauncefote-Vertrag dazu verstanden, Amerika das Recht einzuräumen, den

Kanal allein zu bauen, aber es hat daran die Bedingung geknüpft, daß kein Unterschied in der Behandlung der Schiffe der verschiedenen Nationen, die den Kanal befahren, gemacht werden darf. Es ist Ihnen nun bekannt, daß in einer geradezu rücksichtslosen Weise Amerika sich über diesen Vertrag hinweggesetzt und einen unerhörten Vertragsbruch verübt hat. Als die englische Regierung verlangte, daß diese Frage im Schiedsgerichtsverfahren geregelt werde, da hat sich der amerikanische Präsident Taft ablehnend verhalten, derselbe Präsident, der vor zwei Jahren mit vollen Trompetenstößen den ewigen Völkerfrieden feierte und verkündete, er wolle einen Vertrag abschließen, der die Parteien verpflichtet, den Spruch eines internationalen Gerichtshofes in jeder Frage anzuerkennen, die nicht durch Verhandlungen geregelt werden kann, ganz gleich, was die Frage ist, ob sie die Ehre, Gebiet oder Geld betrifft. Der Mann, der so feierlich und für alle Fälle sich dem Schiedsgerichtsverfahren unterwerfen wollte, hat bei der ersten Gelegenheit, wo es darauf ankam, zu beweisen, daß er zu seinem Worte steht, unter dem Einfluß der imperialistischen Bewegung in Nordamerika seinen Standpunkt preisgegeben. (Bernstein: Das spricht aber nicht gegen die Schiedsgerichte!) Aber gegen Ihre übertriebene Einschätzung dieser Idee. Einig sind wir wohl alle darin, daß wir alles aufbieten müssen, um gegen Kriegsgefahr und gegen Kriegshetze einzutreten, daß wir dafür die ganze Kraft einsetzen müssen, die das Proletariat entfalten kann. Ich glaube, auch darin einig mit den übrigen Parteigenossen zu sein, wenn ich als unsere gemeinsame Erkenntnis feststelle, daß im Imperialismus sich eine größere Reife des Kapitalismus offenbart. Der Imperialismus wird zum Totengräber der kapitalistischen Produktionsweise; der Kapitalismus schlägt auf der Höhe seiner Entwickelung in den Sozialismus um. Wir haben dafür zu sorgen, daß, wenn die Stunde für uns schlägt, wir bereit und gerüstet sind, die Aufgabe zu erfüllen, die uns die Geschichte zuweist. (Lebhafter Beifall.)

Die von Haase vorgeschlagene Resolution (die Resolution ist im Anhang abgedruckt) wird mit allen gegen 3 Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, angenommen. Es folgt Punkt 9 der Tagesordnung:

Maifeier.

Referent ist

Pfannkuch: Parteigenossen! Nach dem Exkurs in das Gebiet der Weltpolitik muß ich Sie zurückführen auf eine Frage, die nicht minder die Parteigenossenschaft berührt, berührt hat und noch in späteren Tagen weiter berühren wird. Ohne Widerspruch zu finden, kann ich wohl feststellen, daß der Parteitag mit dem Parteivorstand der Meinung ist, an der Form und Art der gegenwärtigen Maifeier eine Aenderung nicht vornehmen zu wollen. Auch der Parteivorstand empfiehlt nach den Beschlüssen des vorvergangenen Parteitages und der Internationalen Kongresse vor wie nach, die Maifeier am 1. Mai abzuhalten und die Arbeitsruhe als die würdigste Art und Form der Feier anzusehen. Wir haben selbstverständlich in unseren Beschlüssen die Einschränkung, daß die Arbeitsruhe da einzutreten hat, wo sie ohne wirtschaftliche Schädigung für die Beteiligten stattfinden kann. Wir haben in früheren Beratungen über die Maifeier oft Klage geführt, daß nicht in allen Nationen, die dem Internationalen Bureau angeschlossen sind, die Beschlüsse im allgemeinen und die Beschlüsse über die Maifeier im besonderen in der Art und Weise durchgeführt werden, wie es gang und gäbe in der deutschen Organisation ist. Nach der Richtung hin scheint aber unsere Mahnung auf guten Boden gefallen zu sein. In diesem Jahre hat der Kongreß der englischen Partei ebenfalls die deutsche Resolution über die Maifeier angenommen, wir dürfen uns nun der Hoffnung hingeben, daß auch

jenseits des Kanals die Maifeier in der Art und Form, wie sie in Deutschland besteht, weitere Ausdehnung finden wird. Es ist darauf hingewiesen worden, daß der Inhalt der Maifeier eigentlich heute nicht mehr so vorhanden sei wie in den vorangegangenen Jahren, sondern daß man sich mit dem Gedanken befassen könnte, ob die Maifeier nicht dadurch zu einer allgemeinen, alle Kreise umfassenden gestaltet werden sollte, daß man sie auf den ersten Sonntag im Mai verlegt. Diese Anträge sind ja nicht für das Kapitel Maifeier bestimmt, sondern zu dem folgenden Punkt, dem Internationalen Kongreß. Molkenbuhr wird sich da weiter darauf einlassen. Der andere Entwurf aber, daß der Inhalt der Maifeier nicht mehr in dem Maße vorhanden sei, als das bisher unsere Propaganda herbeiführte, ist nicht stichhaltig. Wenn auch der Gedanke an die Arbeitszeitverkürzung, an die Erkämpfung des Achtstundentages, an den Kampf und Fortschritt in der sozialen Gesetzgebung in immer weitere proletarische Kreise gedrungen ist, so ist auf diesen Gebieten noch genügend zu tun, um den Gedanken fallen lassen zu können, die Maifeier sei überflüssig, wenn man sie nur auf die sozialpolitische Gesetzgebung konzentriere. Der Gegenstand der Tagesordnung, den wir eben verlassen haben, hat zur Genüge gezeigt, daß der Gedanke der Maifeier noch lange nicht erreicht und erfüllt ist. Die Maifeier ist durch die Beschlüsse des Internationalen Kongresses ausgedehnt worden auf die Eroberung des Weltfriedens und auf die Frage der Beseitigung des Wettrüstens. Ich brauche des näheren darauf nicht einzugehen, ich bin der Meinung, wir haben alles zu tun, um diesen Gedanken auszubauen, auf die Forderung des Völkerfriedens und der Beseitigung des Wettrüstens immer hinzuweisen. Wir hatten in diesem Jahre die Genugtuung, daß die Art der Maifeier, die dort gehaltenen Reden und die angenommenen Resolutionen ihr Hauptgewicht auf die von mir berührten Fragen gelegt haben. Nach der Auffassung der Parteileitung sollte man deshalb an der Art und Ausführung der Maifeier nicht rütteln. Etwas anders ist es mit dem Beschluß, der auf dem Nürnberger Parteitag gefaßt worden ist. Dieser Beschluß verfolgt die Absicht, von den Parteigenossen, die im Parteidienst sich befinden, den Betrag ihres Arbeitsverdienstes zu verlangen, um ihn in den Fonds abzuführen, der bestimmt ist zur Unterstützung etwaiger Gemaßregelter aus Anlaß der Maifeier. Der Antrag auf dem Nürnberger Parteitag, der dort die Nummer 90 hatte, lautete: „Die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben.“ Zahlreiche Parteigenossen sind der Meinung, daß die Erfahrungen, die die Ausführung des eben verlesenen Antrages gebracht haben, nicht dazu angetan sind, den Wert und die Bedeutung der Maifeier zu erhöhen. (Sehr richtig! Lebhafte Zustimmung.) Diese Erfahrungen ergeben vielmehr, daß durch die Ausführung des Antrages Wert und Bedeutung der Maifeier herabgesetzt wurden. (Sehr richtig!) Ja, weite Kreise in der Partei sind sogar der Meinung, die Fassung des Antrages scheine nur gewählt zu sein, um die Maifeier zu diskreditieren. Wir haben zu dem diesjährigen Parteitag aus zahlreichen Orten den Antrag zu verzeichnen, den Antrag 90 des Nürnberger Parteitages aufzuheben. Der Parteivorstand hat es für seine Pflicht gehalten, aus Anlaß der zahlreich geäußerten Mahnungen Material zusammenzustellen. Wir haben durch Zirkular unsere Bezirksvorstände aufgefordert, sich zu äußern, inwieweit die Anwendung des eben verlesenen Beschlusses Wirkungen auf die Gestaltung der Maifeier ausgeübt hat. Ich kann Ihnen die beschämende Mitteilung machen, daß aus zahlreichen Kreisen, aus zahlreichen Distrikten unsere Bezirksvorstände Auskünfte erteilt haben, die dahin lauten, daß die übelsten Erfahrungen mit der Ausführung des Nürnberger Beschlusses gemacht worden sind. Ja, ich darf die

Tatsache nicht verhehlen, daß nur aus einem Bezirk eine ziemlich befriedigende Aeußerung eingegangen ist, aus allen anderen Bezirken liegt der Bescheid vor, die Erfahrungen, die wir gemacht haben, laufen im großen und ganzen darauf hinaus, daß, wollen wir friedlich und einträglich nebeneinander arbeiten, innerhalb unserer Parteikreise es nichts Besseres gibt, als den Beschluß 90 des Nürnberger Parteitages wieder aufzuheben. (Sehr richtig!) Ich könnte Ihnen krasse Beispiele dafür anführen, will aber hier nur einzelne bringen. Es wird darauf hingewiesen, welche Art und Mittel man angewendet hat, um den Beschluß zu umgehen. Es wird auf die Tatsache verwiesen, daß sich unter den in unseren Parteidruckereien beschäftigten Buchdruckern in vielen Orten ein systematisches Vorgehen bemerkbar machte, um den Nürnberger Beschluß nicht zur Ausführung zu bringen. So haben die schärfsten Mittel der Parteiorganisation in Anwendung kommen müssen, um die Betreffenden an ihre Parteipflicht zu mahnen und zur Erfüllung des Beschlusses zu bringen. Auch das ist nicht in allen Fällen gelungen. Daraus resultiert der Antrag, der aus Braunschweig, Potsdam und anderen Parteiorten eingegangen ist und der wünscht, nicht den vollen Tagesarbeitsverdienst künftig mehr einzuziehen, sondern gewissermaßen eine Abfindungssumme, 1 Mk. pro Tag für männliche und 50 Pf. für weibliche Mitglieder. Das ist ein Abfindungssystem, das der Parteigenossen nicht würdig ist. (Sehr richtig!) Andererseits hat man von Angestellten — nicht Parteiangestellten, die wären ja sofort wohl zur Verantwortung von der Partei gezogen worden —, sondern von Gewerkschaftsbeamten, die auch Parteimitglieder sind, der Parteipflicht des Nürnberger Beschlusses dadurch Rechnung zu tragen versucht, daß sie der Meinung Ausdruck gaben, sie seien am 1. Mai nicht nur berechtigt, sondern geradezu verpflichtet gewesen, Arbeit zu leisten, weil das im Interesse der Kollegenschaft gelegen habe. Da sie nun am 1. Mai gearbeitet haben, seien sie auch nicht verpflichtet, den Maifeierbeitrag zu zahlen. Ja, diesen Einwand in allen Ehren, mag hier und da ein Gewerkschaftsangestellter, der auch Parteigenosse ist, am 1. Mai gezwungen gewesen sein, bestimmte Arbeiten zu leisten. Das hätte ihn nicht abhalten sollen, aus Solidaritätsgefühl aus Pflichtgefühl, um nicht ein schlechtes Beispiel seinen Mitgliedern zu geben (Sehr richtig!), den Pflichtbeitrag zu leisten. Sonst entsteht leicht der Verdacht, der Betreffende habe die Arbeit nur geleistet, um sich von dem Pflichtbeitrag zu drücken. (Sehr richtig!) Der Vorwurf ist auch diesen Genossen nicht erspart geblieben, aber das formale Recht, soweit man davon reden kann, steht auf ihrer Seite. (Hört! hört!) Nun sind eine Anzahl Klagen darüber laut geworden, daß die Konsumvereinsbeamten in sehr großer Zahl noch weit mehr als die Gewerkschaftsbeamten von der Verpflichtung zu der Steuerzahlung auf Grund des Nürnberger Beschlusses dadurch befreit worden sind, daß die Konsumvereinsleitung die Anordnung getroffen hat, in diesem Jahre sind am 1. Mai die Läden offen zu halten. (Hört! hört!)

Man mag darüber streiten, ob die Konsumvereinsverwaltung die Anordnung getroffen hat, um ihre Angehörigen in eine bessere, im Wortlaut des Parteitagsbeschlusses entsprechende Situation zu bringen oder ob die Angestellten der Konsumvereine die Anregung der Leitung gegeben haben. Mag dem sein, wie ihm wolle, ich bin der Meinung, daß die Konsumvereinsleitung, sei es in welchem Parteiorte sie sich befindet, schon auf Grund der Tatsache, daß sie bei jeder Gelegenheit die Unterstützung zur Förderung der Konsumvereinsangelegenheiten durch die Partei fordert, sich von der guten alten Sitte nicht hätte abbringen lassen sollen, ihre Läden am 1. Mai geschlossen zu halten. (Sehr richtig!) Sie hätte diese gute Praxis beibehalten und ihren Angestellten mit gutem Beispiel vorangehen sollen. Ich halte die Fassung des

Nürnberger Beschlusses für recht unglücklich. Es ist da von „Beamten, Arbeitern und Mitgliedern der Partei" die Rede. Arbeiter und Mitglieder der Partei, die am 1. Mai feiern und einen Tagesverdienst nicht einbüßen, festzustellen, hält außerordentlich schwer. Ob die Arbeiter, die extra genannt sind, auch Mitglieder der Partei sein müssen, könnte nach dem Wortlaut des Beschlusses 90 zweifelhaft erscheinen, aber ich nehme an, sie müßten Mitglieder der Partei sein. Wir haben in den Berichten, die wir eingefordert haben, vielfach die Mitteilung bekommen, daß es außer bei den eingeschriebenen Mitgliedern der Partei schwierig ist, die Parteigenossenschaft festzustellen und daß das auch manchmal bei der ersten Kategorie schwierig ist. Ich glaube auch, daß ursprünglich die Meinung vorhanden gewesen ist, man wollte nur die Beamten der Partei treffen, die ihren Tagesverdienst an den Maifeierfonds abzuliefern haben. Ich kann da nicht im Namen des Parteivorstandes reden, aber wenn man nicht zur vollen Aufhebung des Beschlusses 90 kommt, dann sollte man ihn nur soweit aufrechterhalten, daß man nur von den Angestellten der Parteiorganisationen die Abführung des Tagesarbeitsverdienstes verlangt. Ich gebe dieser Meinung auch persönlich Ausdruck, um nicht in den Verdacht zu geraten, als ob ich oder ein anderer meiner Kollegen bei der Befürwortung der Aufhebung des Beschlusses 90 von persönlichen Gründen geleitet würde. Jeder Parteiangestellte, der durch das Vertrauen der Partei in eine gesicherte und ausreichende Lebensstellung gekommen ist, hat die Pflicht, solange der Beschluß besteht, seinen Tagesverdienst abzuführen. (Sehr richtig!) Ich gehe noch weiter: Selbst wenn der Beschluß im ganzen vom Parteitage aufgehoben wird, sollte für die Parteiangestellten die moralische Verpflichtung bestehen, den Tagesverdienst abzuführen. (Sehr richtig! Zuruf: Auch die anderen!) Da kann ich nichts sagen. Ich kann nur für diejenigen sprechen, die sich mit Hilfe der Partei in gesicherter Stellung befinden.

Den Anträgen auf Aufhebung des Beschlusses 90 von Nürnberg, die, wie Sie gehört haben, auch nicht gerade die Befürwortung des Parteivorstandes finden, wird aber auch vom Parteivorstand nicht das geringste Hindernis in den Weg gelegt. (Hört! hört!) Es erscheint zweckmäßig, um den Parteifrieden zu erhalten, die Anträge auf Aufhebung des Beschlusses 90 anzunehmen. Ich muß noch auf ein Vorkommnis hinweisen. Es haben auch leider ein paar Angestellte unserer Parteigeschäfte — und es waren Redakteure (Hört! hört!) — sich geweigert, den Tagesverdienst abzuführen. (Hört! hört! und Unruhe.) Daß so etwas vorkommen kann innerhalb der sozialdemokratischen Partei, das ist beschämend. (Zustimmung.) Das betrachte ich sogar als einen Parteiskandal. (Zustimmung und Zurufe: Wer war das?) Ich habe nicht die Verpflichtung, die betreffenden Genossen an den Pranger zu stellen. (Zuruf: Es wäre nötig!) Sie dürfen mir keine Daumenschrauben anlegen, das Geheimnis entlocken Sie mir nicht. (Heiterkeit.) Aus der ganzen Stellung, die der Parteivorstand dieser Frage gegenüber einnimmt, werden Sie mir nachfühlen, wenn ich Sie ersuche: Stellen Sie sich den Anträgen auf Aufhebung des Beschlusses 90 freundlich gegenüber. (Hört! hört!) Der Parteivorstand kann Ihnen die Aufhebung nicht empfehlen, das heißt, er tut es nicht, weil er der Meinung ist: Das ist Sache des Parteitags! Da nun derartige Anträge vorliegen, werden Sie wissen, was Sie im Interesse des Friedens und der Einmütigkeit unter den Genossen zu tun haben. Das, was ich gesagt habe, wird hinreichen, um Ihre Stellungnahme klar und bündig zum Ausdruck zu bringen. Weiter habe ich nicht nötig, auf die Regelung der Maifeierfrage einzugehen. Im nächsten Jahre findet die Feier des 1. Mai bekanntlich am Himmelfahrtstage statt, so daß wir jedenfalls Gelegenheit haben werden, nachdem die Maifeier vorüber ist, auszuposaunen zu können: So herrlich, so

prächtig und so machtvoll entfaltet wie 1913 ist kaum noch je eine Maifeier gefeiert worden. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Aber möge das eine gute Vorbedeutung dafür sein, daß auf dem Internationalen Kongreß Mittel und Wege gefunden werden, daß die künftigen Maifeiern sich der im Jahre 1913 würdig einreihen werden. (Beifall.)

Zur Debatte gestellt werden die Anträge 84, 85, 86, 179 und 188.

Ryssel-Leipzig: Als Mitglied der Beschwerdekommission habe ich den Auftrag erhalten, Ihnen einen speziellen Fall, der vom Referenten bereits geschildert wurde, vorzutragen, da die Beschwerdekommission sich nicht für zuständig hielt, weil eine Beschwerde gegen den Entscheid nicht vorliegt, sondern eine prinzipielle Entscheidung des Beschlusses 90 verlangt wurde. Es handelt sich um drei Beamte des Metallarbeiterverbandes in Dresden. Sie haben 1911 ihren Tagesverdienst nicht abgeführt, weil sie erklärten, daß sie arbeiten mußten. Das Ausschlußverfahren ist vom Bezirksvorstand abgelehnt worden und den Betreffenden ist eine Rüge erteilt worden, weil sie gearbeitet haben. Nach dem Jenaer Parteitag ist dann nochmals das Ausschlußverfahren inszenirt worden. Das Schiedsgericht hat die Betreffenden nicht ausgeschlossen, sondern hat in seinem Beschluß festgelegt: „Das Schiedsgericht ist trotzdem der Auffassung, daß Beamte der Partei oder der Gewerkschaften, die im Interesse der Partei und der Gewerkschaften nachweisbar am 1. Mai arbeiten mußten, nach dem Antrag 90 des Nürnberger Parteitags verpflichtet sind, ihren Tagesverdienst abzuliefern. (Mit vier gegen drei Stimmen.)“ Gegen diesen Absatz wendet sich die Beschwerdeschrift dieser drei Dresdener Genossen. Wir haben in der Kommission die Frage durchgesprochen. Die Beschwerdeführer führten für sich eine Entscheidung des Leipziger Bezirkskomitees an, die gerade das Gegenteil besagt. Da hatten ein Teil der Beamten und Mitglieder des Transportarbeiterverbandes infolge eines Streiks von früh bis spät in die Nacht Streikposten stehen und die Bewegung leiten müssen. Sie haben an die Maifeierkommission eine Anfrage gerichtet, ob sie, obwohl sie arbeiten mußten, unter den Beschluß 90 fallen. Die Kommission hat entschieden, daß nach dem klaren Wortlaut sie nicht zu bezahlen brauchen, weil es sich um eine Arbeit handelte, die nicht in ihrem Ermessen lag und auch nicht auf den folgenden Tag verschoben werden konnte. Auch ich halte es wie Pfannkuch für eine moralische Pflicht der Gewerkschaftsbeamten, den Beitrag abzuführen, auch wenn sie arbeiten müssen; denn gerade im Interesse der Gewerkschaften wird dieser Fonds zusammengetragen. Ich würde Ihnen empfehlen, daß, gleichviel wie der Entscheid über die zukünftige Gestaltung des Beschlusses 90 fällt, für diese Frage, die ja rückwirkend ist, der Parteitag das formale Recht auch zur Anerkennung bringt. Wir können ganz getrost mit allem Nachdruck aber die moralische Empfindung aussprechen und sagen, daß es die Pflicht dieser Genossen gewesen wäre, zu zahlen, wenn sie auch formell im Rechte waren. Es muß endlich Klarheit geschaffen werden, damit nicht ein Schiedsgericht so und ein anderes so entscheidet, so daß noch mehr Verwirrung in die Partei kommt. (Beifall.)

Lipinski-Leipzig: Den Ausführungen Pfannkuchs, daß die Maifeier wie bisher gefeiert wird, schließe ich mich an. Meine Aufgabe ist, die Anträge auf Aufhebung des Beschlusses 90 zu begründen. Er ist geradezu ein Schulbeispiel dafür, daß man nicht Anträge stellen soll, deren Konsequenzen man nicht vorher klargestellt hat. Ein solcher Beschluß ist der Beschluß 90. Der Wortlaut ist ganz unklar, es ist von drei verschiedenen Gruppen von Parteimitgliedern, die erfaßt werden sollen, die Rede. Es ist ganz selbstverständlich, daß ein Parteitag nicht über Leute beschließen kann, die der Partei gar nicht angehören. Also scheiden alle aus, die nicht zur Partei gehören. Die Differenzen unter den

Partei- und Gewerkschaftsangestellten über den Beschluß sind geringfügig. Dann wird von „Arbeitern“ gesprochen. Was sind das für Arbeiter? Das sind nicht bloß die Arbeiter in den Betrieben der Partei und Genossenschaften, sondern auch die Arbeiter in den Privatbetrieben. Dann kommt eine dritte Gruppe, das sind die, die nicht Angestellte und Arbeiter, sondern Gewerbetreibende sind. Es sind also drei verschiedene Kategorien zusammengeworfen, denen gegenüber nun der Beschluß zur Ausführung gebracht werden soll. Die Unzufriedenheit ist besonders deswegen entstanden, weil bei der Ausführung des Beschlusses und bei der Zahlung Ungleichheiten entstanden sind, weil der eine bezahlen muß und der andere nicht erfaßt werden konnte. Wir haben in großen Organisationen gar keine Kontrolle, z. B. im 13. sächsischen Wahlkreise mit 32 000 Organisierten. Wie soll man da, ohne die Namen der im Einzelbetriebe beschäftigten Personen zu kennen, ermitteln, welche Parteigenossen, auf die die Voraussetzungen des Beschlusses 90 zutreffen, ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Wir haben uns in drei Jahren die größte Mühe gegeben, alle zu erfassen. Es ist uns nicht gelungen, obgleich wir in Leipzig eine vorzügliche Organisation haben, auch in technischer Hinsicht. Also, wir erfassen einige, die unter den Beschluß fallen und zahlen müssen, und es sind andere, die unter den Beschluß fallen, die nicht zahlen, weil wir sie nicht erfassen können. Das bringt Unstimmigkeiten. Der Beschluß nimmt auch auf die soziale Lage des einzelnen Arbeiters keine Rücksicht, ob er eine starke Familie hat, Krankheit oder Todesfall in der Familie gehabt hat. Wir sind deshalb im Gegensatz zum Wortlaut des Beschlusses dazu gekommen, die soziale Lage des einzelnen zu berücksichtigen, und sie zum Teil von der Bezahlung zu befreien. Dadurch sind nun wieder von neuem Unstimmigkeiten gegen den Beschluß zutage getreten. Ein weiteres Beispiel aus dem Bezirk Leipzig. In einem genossenschaftlichen Betriebe werden um 50 Proz. höhere Löhne bezahlt, als in der Privatindustrie, nämlich 24 Mk. Wochenlohn statt 15 Mk. Durch diese 50 Proz. mehr werden aber die sozialen Verhältnisse des einzelnen Arbeiters nicht bedeutend geändert. Der eine sagt, er habe 6, 7 Kinder, der andere weist auf einen Todesfall hin, kurz, keiner kann zahlen, weil auch die 24 Mk. zur Lebensexistenz gerade kümmerlich ausreichen. Also auch hier bringt der Beschluß Unannehmlichkeiten hervor. Das alles würde mich noch nicht zu unseren Anträgen bringen, wenn nicht noch andere Motive vorliegen. Es besteht die Tatsache, daß überall dort, wo man versucht hat, den Beschluß durchzuführen, Streit in den Organisationen entstanden ist. (Hört! hört!) Wir haben aber eine ganze Reihe von Orten, wo man sich um den Beschluß nicht gekümmert hat, und wo man erklärte: wir haben nicht nur eins, sondern beide Augen zugedrückt. Aber noch etwas Schlimmeres. Gerade infolge des Beschlusses ist die Arbeitsruhe am 1. Mai vermindert worden. Eine Reihe von Genossenschaften, die wir nach dem Beschluß des internationalen Kongresses und der Parteitage zu unterstützen haben, haben erklärt: wir sind neutral, jetzt machen wir die Bude auf! Das sind Parteigenossen! (Pfannkuch: Aber in Gänsefüßchen!) Tatsächlich wird also eine Verminderung der Arbeitsruhe am 1. Mai herbeigeführt. Ich möchte im Interesse der Partei bitten, alle Anträge abzulehnen, die darauf hinauslaufen, den Nürnberger Beschluß in irgendeiner Form am Leben zu erhalten. (Bravo!) Für die Parteigenossen, die Angestellte sind, gilt die Forderung des Achtstundentages, aber in der Praxis hat der Achtstundentag für sie keine Bedeutung, weil sie das Jahr über eine Reihe von Funktionen übernehmen müssen, die außerhalb ihres Vertrages liegen. (Sehr richtig!) Sie haben eine große Masse von Verantwortung und Arbeit. (Zuruf: Andere Genossen auch!) Vor allem warne ich davor, eine Gruppe gegen die andere auszuspielen. Das erzeugt nur Mißtrauen und

stärkt die Stimmung, die schon gegen Parteiangestellte besteht. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Nach Prüfung des gesamten Materials hat die Bezirksvertreterkonferenz gemeinsam mit dem Parteivorstand beschlossen, dem Parteitag die Aufhebung des Beschlusses zu empfehlen. Wenn Pfannkuch glaubt, nicht die moralische Verantwortung dafür übernehmen zu können, so verstehe ich das, weil ein Teil der Vorstandsmitglieder Parteiangestellte sind, die unter den Beschluß fallen. Aber wenn man für das Interesse der Partei wirksam eintreten will, so muß man sich über den Gefühlsstandpunkt hinwegsetzen und nach dem Verstande arbeiten. Wir müssen in unserem Befreiungskampf die Steine aus dem Wege räumen, die uns die Arbeit erschweren und ein solcher Stein ist der Beschluß 90, der durch seine unklare Fassung eine Reihe von Streitfragen heraufbeschworen hat. Ein typisches Beispiel, wie man zwischen Gefühls- und Rechtspolitik unterscheiden muß, ist der Beschluß der Beschwerdekommission. Vom Gefühl aus muß man sagen, die Genossen sind moralisch verpflichtet, auch dann zu zahlen, wenn sie am 1. Mai gearbeitet haben. Aber nach dem Wortlaut des Beschlusses brauchen nur die Genossen ihren Arbeitsverdienst abzuführen, die ohne Lohneinbuße feiern können. Wenn Vertreter der Organisationen gezwungen sind, am 1. Mai zu arbeiten, dann haben sie auch keinen Arbeitsverdienst abzuführen. (Widerspruch.) Daß durch die Aufhebung des Beschlusses etwa die Arbeitsruhe beeinträchtigt werden könnte, davon kann keine Rede sein. Man sagt, wenn wir den Beschluß aufheben, dann erkennen wir die Undurchführbarkeit der Arbeitsruhe an. Diese Schlußfolgerung ist falsch. Der Streit ist darüber entstanden, daß durch die mangelhafte und fehlerhafte Fassung des Beschlusses der Personenkreis nicht abzugrenzen ist, so daß man eine Personengruppe gegen die andere ausgespielt hat. Beschreiten Sie nicht den Weg, dem Beschluß eine andere Fassung zu geben, sondern heben Sie ihn auf. Er hat sich als haltlos erwiesen und nur Streit in die Organisationen hineingetragen. Die lumpigen paar Mark, die dabei herausgekommen sind, kommen gar nicht in Betracht. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Ehlers-Lübeck: Wir in Lübeck sind stets für die volle Arbeitsruhe am 1. Mai eingetreten. Wir sind aber der Meinung, daß die Maifeier auf die jetzige Weise nicht mehr haltbar ist. (Sehr richtig!) Die Beteiligung ist von Jahr zu Jahr zurückgegangen (Hört! hört!), die Holzarbeiter, die Metallarbeiter feiern seit Jahren nicht mehr, und da tut es uns leid, wenn wir hinausmarschieren, an den Fabriken vorbei, und sehen müssen, wie unsere Freunde gezwungen sind, zu arbeiten. Von den Kapitalisten wird die Aussperrung angedroht und von den Gewerkschaftsvorständen wird gesagt: Ihr werdet nicht unterstützt. Die Gewerkschaften haben — ob mit Recht oder Unrecht — kann hier nicht untersucht werden, ganz bestimmte Leitsätze für die Beteiligung ihrer Mitglieder an der Maifeier durch Arbeitsruhe aufgestellt. Unsere örtlichen Gewerkschaftsführer können unter solchen Umständen gar nichts anderes, als ihren Mitgliedern zu empfehlen, lieber zu arbeiten, als sich aussperren zu lassen und auf der Straße zu liegen. Wenn die größten Fabriken arbeiten lassen, so ist das doch keine Demonstration für den 1. Mai; die Arbeiter in den großen Fabriken müssen dabei sein, die anderen machen den Kohl nicht fett. Die jetzige Art der Maifeier, an der sich die Genossen nur beteiligen können, wenn es die Unternehmer gestatten, ist keine würdige, das muß einmal auf dem Internationalen Kongreß zur Sprache kommen. Ich bin für die Beibehaltung des Nürnberger Beschlusses, aber dann müssen wir auch die Konsequenzen daraus ziehen. Es sind in einzelnen Bezirken ganz ungeheure Dinge vorgekommen, manche Genossen haben für ihre eigene Person das, was sie andere lehren, nicht gelten lassen wollen. Wenn Angestellte am 1. Mai gearbeitet haben, so kann man mit gutem Recht sagen, sie haben das

nur getan, um Geld zu sparen. (Sehr richtig!) Wir hatten einen Genossen, der von seiner Organisation beauftragt war, einer Gerichtsverhandlung gegen Streikbrecher am 1. Mai beizuwohnen, er lehnte die Abführung des Tagesverdienstes ab und sagte: Ich habe ja gearbeitet. (Hört! hört!) Mit Unlust wird der Tagesverdienst abgeführt, und warum? Weil die Betreffenden wissen, es geschieht ihnen nichts. Den Ausführungen von Lipinski, daß wir auf ihre soziale Stellung Rücksicht nehmen müssen, kann ich mich durchaus nicht anschließen. Würden dieselben Genossen nicht in einem Parteibetrieb beschäftigt sein, so müßten sie doch, sofern sie sich an der Maifeier beteiligen, auch den Tagesverdienst entbehren, und sie hätten dann noch Maßregelungen zu erwarten. Wollten wir auf die sozialen Verhältnisse der einzelnen Rücksicht nehmen, dann müßten wir es auch bei den Arbeitern tun, die wir zur Teilnahme an der Maifeier auffordern. Auf die paar lumpigen Pfennige, von denen Lipinski sprach, kommt es natürlich nicht an, aber die Angestellten sollen ihren Opfermut beweisen. Das ist ein stichhaltiger Grund für die Beibehaltung des Beschlusses.

Hense-Hamburg: Ich glaube nicht zu viel zu behaupten, wenn ich sage, daß die von Pfannkuch vertretene Ansicht des Parteivorstandes weder Fleisch noch Fisch ist. (Sehr richtig!) Der Parteivorstand ist sich darüber einig, daß an der jetzigen Form der Maifeier nichts geändert werden soll, dagegen stellt er die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses dem Parteitage anheim. An der Arbeitsruhe in der heutigen Form will man also festhalten. Wir von der Hamburger Delegation sind der Ueberzeugung, daß so lange wir die Maifeier in der Form der Arbeitsruhe zu begehen haben, der Nürnberger Beschluß unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben muß. (Sehr richtig! bei den Hamburgern.) Alle die von Lipinski und anderen für die Aufhebung des Beschlusses angeführten Gründe können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß mit dem Augenblick, wo der Beschluß aufgehoben wird, die Arbeitsruhe gefallen ist. (Zustimmung und lebhafter Widerspruch.) Ja, glauben Sie vielleicht, Sie können der großen Masse plausibel machen, daß sie nicht nur am 1. Mai feiern und ihren Arbeitslohn einbüßen sollen, sondern sich auch der Gefahr der Aussperrung aussetzen und überhaupt keine Aussicht mehr haben, wieder in den Betrieb hineinzukommen, wenn wir selbst nicht einmal gewillt sind, einen Tageslohn im Interesse dieser kämpfenden Genossen zu opfern? Wer das glaubt, hat überhaupt noch keine Erfahrungen bei der großen Masse gesammelt. (Sehr richtig!) Wie liegen denn die Dinge in Wirklichkeit? Die Arbeitsruhe, wie sie bisher auf Grund des Wortlauts unserer Beschlüsse gefaßt ist, ist nicht weit her. Wenn nur derjenige feiert, der es ohne wirtschaftliche Schädigung tun kann, dann ist die Demonstration nicht das, was sie sein soll, dann wird sie auf die Gegner keinen Eindruck machen. Wenn Sie aber andererseits an das Gewissen der Genossen appellieren, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen, damit wir eine wirkliche Demonstration bekommen, vor der der Gegner Achtung hat, dann müssen Sie auch mit wirtschaftlichen Schädigungen rechnen. Dann aber dürfen wir Angestellten auf der anderen Seite auch nicht sagen, wir wollen den Tageslohn nicht abführen. (Lebhafte Zustimmung.) Es kommt hier sehr viel auf die Handhabung der Dinge in den einzelnen Orten an. (Sehr wahr!) Ich habe im vorigen Jahre darauf hingewiesen, Sie möchten Ihre Genossen am Ort erziehen und nicht zu Beschlüssen kommen, wie im Vorjahre, wo man dem Nürnberger Beschluß die bekannte Verschärfung gegeben hat. Ich habe damals erklärt, daß wir in Hamburg mit der Ablieferung des Tagesverdienstes ganz gute Erfahrungen gemacht haben, daß zwar die am besten bezahlten Genossen sich zuerst geweigert, sich aber später gefügt haben. In diesem Jahr haben sich mit einer

einzigen Ausnahme die Genossen nicht mehr geweigert, den Tagesverdienst abzuführen. Wir haben über 17 500 Mk. einbekommen. Daraus können Sie schließen, daß bei uns im großen ganzen jeder Genosse, gleichviel, ob er in der Partei, in einer Gewerkschaft oder in der Konsumgenossenschaft beschäftigt ist, den Tagelohn abgeführt hat. Wir haben bei uns eine ganze Anzahl von Genossen, die in Privatbetrieben tätig sind, von denen wir gar nicht wissen, daß sie am 1. Mai ihren Lohn erhalten, die ihn aber trotzdem abführen. Ich glaube, daß an keinem Orte Deutschlands die Maifeier in würdigerer Form begangen ist als in Hamburg, ich glaube nicht, daß irgendein anderer Ort eine größere Arbeitsruhe zu verzeichnen hat. Aber in dem Augenblick, wo Sie den Nürnberger Beschluß aufheben, wird auch in Hamburg von der Arbeitsruhe keine Rede mehr sein. (Unruhe. Lebhafte Zustimmung bei den Hamburgern.) Ich will ja nicht bestreiten, daß, wenn der Beschluß aufgehoben wird, die Angestellten der Partei und der Gewerkschaften und auch noch einige andere feiern werden, vielleicht mit viel größerer Hingebung und größerem Interesse als heute. Aber die große Masse der in Privatbetrieben Beschäftigten, die immer gewärtig sein müssen, zehn Tage ausgesperrt zu werden, die locken Sie dann am 1. Mai aus den Betrieben nicht mehr heraus. Wenn Sie das wollen, mir als Person kann es recht sein, aber wenn Sie glauben, daß dann der Beschluß der Arbeitsruhe noch praktischen Wert hat, dann befinden Sie sich auf dem Holzwege. Dann sollten Sie lieber offen erklären, wir haben eingesehen, daß wir mit der Arbeitsruhe am 1. Mai nicht das erreicht haben, was wir erreichen wollten. Stimmen Sie dann lieber dem Antrage auf Vornahme einer Urabstimmung darüber, ob am 1. Mai noch gefeiert werden soll, zu. Ich bin überzeugt, neun Zehntel werden sich für die Aufhebung der Arbeitsruhe erklären. (Zustimmung und Widerspruch.)

Es läuft ein Schlußantrag ein.

Eisner-München: Nach den bisherigen Erörterungen scheint ja der einzelne zu wissen, wie er abzustimmen hat. Es scheint mir nicht notwendig, die Maifeier noch mehr totzureden.

Robert Schmidt: Ich möchte bitten, die Debatte noch ein wenig fortzusetzen, damit noch der zuletzt verlesene Antrag begründet werden kann.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Robert Schmidt: Es ist außerordentlich peinlich, daß über die Frage, ob Angestellte ihren Arbeitsverdienst am 1. Mai abgeben sollen, auf diesem wie auch auf dem vorigen Parteitage eine so ausgedehnte Debatte stattfindet. Aber da nun einmal die Frage erörtert wird, gestatten Sie mir wohl einige Worte. Ich habe nicht die Vollmacht, im Namen der Generalkommission zu sprechen. Meine persönliche Meinung geht dahin, daß ich es in hohem Maße bedauere, wenn Gewerkschaftsangestellte den Verpflichtungen nicht nachkommen, die ihnen der Nürnberger Beschluß auferlegt hat. Solche Beschlüsse zu erfüllen, ist so leicht und erfordert so wenig persönliche Opfer, daß es geradezu deprimierend ist, wenn wir darüber noch reden wollten. (Lebhafter Beifall.) Von den Arbeitern fordern wir, daß sie Opfer bringen, und hier streiten wir uns in kleinlicher Weise darüber, ob wir ein paar lumpige Pfennige abführen sollen. (Erneuter lebhafter Beifall.) Das ist unwürdig und ist unverständlich auch für die Arbeiter draußen, und das erzeugt die Stimmung, die ich so gern zurückdrängen möchte und die keinen Fuß fassen soll, die darauf hinausläuft, einen Gegensatz zwischen Angestellten und Mitgliedern der Organisation herbeizuführen. (Sehr richtig!) Ich möchte Sie deshalb dringend bitten, den Antrag anzunehmen, der die Partei- und Gewerkschaftsangestellten verpflichtet, dem Beschluß nachzukommen. Weshalb diese Beschränkung? Weil wir als

Partei und Gewerkschaften die Beschlüsse der internationalen Kongresse zu befolgen haben. Nicht aber haben diese Pflicht die Genossenschafts-, nicht die Krankenkassenangestellten, nicht die Buchdrucker in Parteibetrieben. Sie scheiden aus, wir dagegen nehmen eine Ausnahmestellung ein, wir haben die persönliche Verpflichtung in höherem Maße als jedes andere Parteimitglied. Viel größere Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten aber gibt es, wenn wir von jedem Angestellten, der in irgendeinem Betriebe beschäftigt ist und sein Gehalt an diesem Tage bezieht, die Ablieferung verlangen. Für Partei- und Gewerkschaftsangestellte kann der Beschluß aufrechterhalten werden, und er wird sich auch durchsetzen. Wenn Lipinski uns mit beweglichen Worten erzählt hat, daß es Angestellte gibt, die wegen ihrer sozialen Lage die Beiträge nicht bezahlen können, so ist ihm schon entgegengehalten worden, darauf nimmt die Parteiorganisation Rücksicht. Auch unter den Arbeitern, die von Krankheit in der Familie oder von Arbeitslosigkeit heimgesucht werden, wird der Beitrag für die Gewerkschaften und die Partei gefordert. Da wird auch nicht in jedem Fall auf die sozialen Verhältnisse Rücksicht genommen. Ich bitte Sie deshalb nochmals ganz kurz, grundsätzlich nichts zu ändern und zu beschließen, daß die Partei- und Gewerkschaftsangestellten die Beiträge abzuführen haben, damit wir zeigen, daß wir nicht feilschen, wenn es sich darum handelt, ein kleines materielles Opfer zu bringen. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußantrag wird debattelos angenommen.

Vorsitzender **Roske** teilt mit, daß ein Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag auf Aufhebung des Nürnberger Beschlusses vorliegt, der genügend unterstützt ist.

Lipinski: Ich bitte dringend, den Antrag auf namentliche Abstimmung abzulehnen.

Roske: Wir sind dazu nicht in der Lage, denn der Antrag ist genügend unterstützt.

Lipinski: Es liegt doch zunächst nur ein Antrag vor, und der Parteitag hat über diesen Antrag zu entscheiden. (Widerspruch.) Eine Reihe von Delegierten sind Parteiangestellte, und durch die namentliche Abstimmung werden neue Streitigkeiten in die einzelnen Wahlkreise hineingetragen. Ich bitte deshalb, den Antrag abzulehnen.

Roske: Nach § 7 unserer Geschäftsordnung muß auf Antrag von 20 Delegierten namentliche Abstimmung stattfinden.

Das Schlußwort erhält nunmehr

Pfannkuch: Ich muß mich dagegen wenden, daß gesagt wird, meine Darlegungen seien mir nicht leicht geworden. Ich habe die Stellung des Parteivorstandes klar gezeigt, habe aber nebenbei gesagt, wir sehen der Entscheidung des Parteitages entgegen. Wir hatten am 22. August eine Konferenz der Bezirksvorstände bezw. der Bezirkssekretäre und da hat unser Berichterstatter gesagt, wir empfehlen der Konferenz, genau zu prüfen, was besser sei, die Aufhebung des Beschlusses oder eine andere Formulierung. Auf der Konferenz ist dann folgender Antrag gestellt und mit großer Mehrheit angenommen worden:

„Die Konferenz hält die Aufhebung des Antrages 90 betreffend Abführung des Tagelohnes für notwendig. Die Schwierigkeiten bei Durchführung des Beschlusses, die Parteischädigung, die ungleiche wirtschaftliche Stellung der von dem Beschluß Betroffenen sowie das Fehlen jeder Kontrollmöglichkeit läßt eine gerechte Durchführung nicht mehr zu.“

Das waren die Gründe, aus denen die übergroße Mehrheit sich für die Aufhebung des Beschlusses entschieden hat und die anwesenden Mitglieder des

Parteivorstandes sind dem beigetreten. Ich ersuche Sie um Annahme dieses Antrages. Sollten Sie ihn ablehnen, dann bitte ich Sie, den Antrag Wels anzunehmen. Hense meinte, die Aufhebung des Beschlusses von Nürnberg wäre der Tod der Maifeier. Ich bin der Meinung, daß die Erziehungsarbeit eine so gründliche ist, daß selbst, wenn der von mir soeben verlesene Antrag angenommen wird, die Abführung des Tagesarbeitsverdienstes von Partei- und Gewerkschaftsangestellten ebenso glatt vor sich geht, wie sie bisher in Hamburg vor sich gegangen ist. Dubber schüttelt den Kopf, ja, dann hat er wenig Hoffnung auf die Erfolge der Erziehungsarbeit, an der er selbst jahrzehntelang teilgenommen hat. Ich glaube, er täuscht sich da doch über die Tragweite seiner Tätigkeit. Ich hoffe, daß die Hamburger künftig ebenso gute Resultate erzielen werden, wie bei dem bisherigen Zustand. Ich empfehle Ihnen in erster Linie den Antrag der Landesvorstände, sollte er abgelehnt werden, den Antrag Robert Schmidt.

Die Abstimmung über den Antrag 84 ist eine namentliche.

Wels-Berlin bittet, daß so verfahren werde, daß für den Fall der Aufhebung des Nürnberger Beschlusses trotzdem sein Antrag aufrechterhalten bleiben könne.

Ebert schlägt vor, in erster Linie über den Antrag abzustimmen, der eine Einschränkung des Nürnberger Beschlusses enthält (Lebhafte Zurufe: Nein, nein!), und in zweiter Linie, falls der erste Antrag abgelehnt werden sollte, über die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses. (Laute Rufe: Nein! nein!)

Vorsitzender **Noske**: Ich bin überzeugt, daß wir uns diese Geschäftsordnungsdebatte ersparen; es ist unzulässig, anders abzustimmen, als ich vorgeschlagen habe, nämlich zuerst über die Aufhebung.

Molkenbuhr: Sobald der Antrag angenommen wird, den Nürnberger Beschluß aufzuheben, ist die Bahn frei und es kann dann der Antrag Robert Schmidt zur Abstimmung kommen, der doch an die Stelle des Nürnberger Beschlusses treten soll. Es kann sowohl der eine Beschluß aufgehoben und der andere gefaßt werden.

Die Abstimmung ergibt die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses mit 270 gegen 221 Stimmen.

Mit ja haben gestimmt: Ahlbrink, Albrecht, Apel, Aspe, Auer, Baron, Barthel-Aachen, Bauer, Baumann, Beck, Becker, Behle, Bender, Bergemann, Bernier, Berthold, Betzhold, Biniszkiewicz, Birnkammer, Böhle, Böhme-Hartmannsdorf, Böhme-Zeulenroda, Böhmer, Bollmann, Böske, Brandes-Geestemünde, Brandes-Magdeburg, Bröckel, Brückner, Bruns, Buchwitz, Cohen, Cohn, David, Deichmann, Diefenbach, Dietrich, Dittmann, Donalies, Dürr, Eberle, Eichhorn, Eisner, Endler, Engler, Endres, Ermischer, Faißt, Farchmin, Fausel, Feldmann, Feller, Fellisch, Feustel, Fischer-Berlin, Fischer-Brießnitz, Fischer-Hannover, Fischer-Karlsruhe, Flügge, Förster, Frank, Frenzel, Ganßer, Gebhardt, Gehl, Geiger, Geyer, Giermann, Gillar, Göhre, Gottschalk, Gradnauer, Großhans, Grube, Grünberg, Grüttner, Guhmann, Günther, Hacke, Hahn, Hammer, Hanisch, Härlin, Hartmann-Leipzig-Gutritzsch, Hartmann-Neustadt a. d. H., Hartung, Hasenzahl, Haupt, Hauschild, Heilmann, Heinze, Heitmann, Henke, Herrmann, Herz, Herzfeld, Heymann, Hierl, Hildenbrand, Hirthe, Hoffmann-Bielefeld, Holzapfel, Hörsing, Huber, Hugel, Hüttmann, Jäck, Jäckel, Jeuthe, Jungnickel, Kahmann, Käppler, Kaufmann, Keil, Klühs, Knör, Koch, Kolb, Kremser, Krüger-Klein-Zschocher-Leipzig, Krüger-Königsberg, Kuhnt, Kupfer, Kurschat, Lachenmayer, Landgraf, Landsberg, Langer, Langner, Lawatsch, Lehmann, Leinert, Lensch, Lenz, Leopold, Leutert, Lewerenz, Leykauf, Linde, Lipinski, Litzinger, Löwe, Ludwig, Maas, Martin,

Massatsch, Mattutat, Meerfeld, Meier, Menge, Michelsen, Mitz, Mohs, Müller-Gevelsberg, Müller-Lichtenthal, Müller-Moers, Müller-München, Müller-Nürnberg, Munding, Muthig, Nalewaya, Nehrkorn, Neugebauer, Neumann-Offenbach, Nill, Nitsch, Noske, Opitz, Osterroth, Oswald, Pannekoek, Pappenheim, Paulick, Peirotes, Peus, Pinkau, Pleninger, Poetzsch, Pollender, Proll, Quessel, Raab, Rambrock, Rapp, Rauch, Reetz, Reißhaus, Remmele, Roehl, Roeseler, Rolle, Rosenbruch, Roßmann, Rudolph, Rummel, Runge, Ryssel, Saenger, Sattler, Scheib, Scheibe, Schiller, Schmid-München, Robert Schmidt-Berlin, Schmidt-Riesa, Schmidt-Stettin, Schmidt-Zwickau, Schmitt-München, Schneider, Schnetter, Scholich, Schreck, Schroers, Schubert, Schulz, Schumacher, Schürmann, Schweickert, Seel, Seidel, Seidler, Severing, Sidow, Siering, Silberschmidt, Simon-Augsburg, Sindermann, Sorgus, Starosson, Steitz, Stendel, Sterzel, Stolz, Strobel, Stücklen, Sturmfels, Südekum, Süßheim, Taubadel, Thabor, Theuerjahr, Thiele, Thöne, Treu, Trinks, Ulrich, Undeutsch, Vogt, Vogtherr, Walter-Höchst a. M., Walther-Laufamholz, Wasner, Weber-Halberstadt, Weber-Olsching b. München, Weese, Weill, Wellmann, Wels, Werner, Wicklein, Wiehle, Winkler, Wizorowski, Wolffram-Leipzig, Wolfram-Gelenau, Wunderlich, Wuschick, Zeh, Zimmermann, Zorn.

Mit nein haben gestimmt: Adam, Agnes, Altenberger, Balkow, Bartels, Barthel-Friedrichshagen, Bauer-Plauen, Benkert, Berge, Berke, Berten, Bethke, Bielenberg, Birckholtz, Bischoff, Blume, Blumentritt, Bock, Bode, Böhm, Bormann, Brandenburg, Braun, Brecour, Bredenbeck, Brenner, Brühl, Brühne, Brunnhuber, Buchmann, Büchner, Burckhardt, Christmann, Davidsohn, Demmning, Demtröder, Deuper, Dietz, Ditzmann, Dönnecke, Dörnke, Drescher, Dubber, Ebert, Ehlers, Elm, Emmel, Ernst, Ewald, Faber, Fahrenwald, Fahrow, Fauth, Felber, Fischer-Eßlingen, Fleißner, Fritzsch, Fritzsche, Fröhlich, Frohme, Frommhold, Fuchs, Gehrmann, Geiler, Geithner, Genzen, Giebel, Grauer, Graupe, Großbecker, Große, Grumbach, Haase, Haberland, Hansen, Häring, Häuser, Hausmann, Hegewald, Hengsbach, Henker, Hennig, Henschel, Hense, Hertwig, Heßberger, Heyse, Hildebrandt, Hoch, Paul Hoffmann-Berlin, Hoffmann-Elberfeld, Hoffmann-Hamburg, Hoffmann-Kottbus, Hofmann-Rudolstadt, Hofrichter, Höllein, Horn, Hübener, Hue, Jakobsen, Janschek, Jensch, Jungnickel-Dresden, Kaden, Karsten, Kasten, Kellermann, Kirch, Klein, Knauf, Kögler, Kotzke, Kröger, Krüger-Malchin, Kunert, Kürbs, Küter, Lange, Laufenberg, Leber, Ledebour, Lex, Liebknecht, Limbertz, Lindner, Lippl, Lorenz, Löwigt, Ludwig, Lukas, Lungwitz, Lüth, Maier, Martin, Menke, Methner, Metzger, Meyer, Mittag, Möller-Harburg, Möller-Lübeck, Müller-Berlin, Müller-Hameln, Müller-Wiesbaden, Naumann, Neumann, Oltermann, Panzer, Peetzke, Peter, Petermann, Pieck, Pohl, Quarck, Rauch, Raute, Reichert, Reitze, Reiwand, Richter-Dresden, Richter-Nehesdorf, Rieck, Rink, Rosenfeld, Rothe, Rudolph-Frankfurt a. M., Rudolph-Hartha, Sailer, Schadow, Schäffer, Schaumburg, Schepperle, Schinkel, Schleicher, Richard Schmidt-Berlin, Schmidt-Essen, Schmidt-Meißen, Schmitz, Schneppenhorst, Scholl, Schönfelder, Schöpflin, Schubarth, Schulz-Rüstringen, Schulz-Steglitz, Schumann, Schuster, Schwahn, Simon-Bremen, Speer, Spiegel, Staab, Stadthagen, Stahl, Steinhausen, Stelzer, Stephan, Stolle, Stubbe, Thurm, Thurow, Umland, Umlauf, Vesper, Vogel, Voigt, Wagner, Wengels, Wesemeyer, Westmeyer, Wiesner, Wirth, Witte, Wulff, Wurm, Zander, Zepernick, Zetkin, Zietz, Zubeil, Zwahr.

Als der Vorsitzende **Haase** nunmehr über den Antrag Giebel (213) abstimmen lassen will, erhebt sich lebhafter Widerspruch.

Haase: Sie haben recht, daß wenn man den Antrag wörtlich nimmt, er gar nicht zur Abstimmung gelangen kann, da er eine Abänderung eines Be-

schlusses will, der nach dem eben gefaßten Beschluß gar nicht mehr besteht. Aber wir müssen doch erforschen, was die Antragsteller gewollt haben, nämlich ein Amendement zu dem nunmehr bestehenden Zustand. Wir wollen nicht Formalismus treiben, sondern zum Ausdruck bringen, was wir wollen.

Heilmann-Chemnitz: Der Antrag Schmidt-Giebel wäre zur Abstimmung gekommen, wenn die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses abgelehnt worden wäre. Nachdem seine Aufhebung beschlossen worden ist, kann es eine weitere Abstimmung nicht geben. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Der Vorsitzende Noske hat vor der ersten namentlichen Abstimmung ganz klar gesagt, daß, wenn die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses abgelehnt wird, dann der Antrag Wels zur Abstimmung kommt. Damit war deutlich ausgesprochen, daß, wenn die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses beschlossen wird, eine weitere Abstimmung unmöglich ist. Es heißt nicht Formalismus treiben, sondern die Geschäftsordnung auf den Kopf stellen, wenn wir einen Beschluß, der gar nicht mehr besteht, nachträglich amendieren wollen. (Sehr richtig!)

Lipinski-Leipzig: Die Sachlage ist höchst einfach. Der Antrag 90 von Nürnberg ist aufgehoben, wenn man an seine Stelle etwas setzen will, muß man einen neuen Antrag einbringen und die Frage muß von neuem diskutiert werden. (Sehr richtig! und Unruhe.)

Giebel-Berlin: Es ist durch die Art der Abstimmung zweifellos etwas Verwirrung in die Sache hineingekommen. (Widerspruch und Zustimmung.) Von einer großen Zahl derjenigen, die mit ja gestimmt haben, ist damit die Absicht verbunden worden, daß zunächst einmal der Nürnberger Beschluß fallen müsse, damit dann die einengende Bestimmung herbeigeführt werden kann. Der Sinn unseres Antrages ist doch der, an Stelle des allgemeinen Personenkreises, den der Nürnberger Beschluß betraf, einen beschränkteren Personenkreis zu setzen, und man darf nun nicht aus der ersten Abstimmung folgern, daß alle die, die für die Aufhebung der Beziehung auf den allgemeinen Personenkreis gestimmt haben, nun für die Beziehung auf einen engeren Personenkreis nicht zu haben sind.

Engler-Freiburg: Ich kann das nur unterstützen. Wenn ich gewußt hätte, daß der Antrag 213 nicht mehr zur Abstimmung kommen soll, hätte ich statt mit ja mit nein gestimmt. Noske hat mit seiner Erklärung den Eindruck hervorgerufen, daß nachher über diesen Antrag abgestimmt werden wird. Am besten wäre es gewesen, man hätte der Anregung Eberts Folge gegeben, dann wären wir schon lange fertig. (Heiterkeit und Sehr richtig!)

Robert Schmidt: Sie werden aus meiner Abstimmung ersehen haben, daß ich derselben Auffassung war wie der Vorredner, daß, wenn der Antrag 90 aufgehoben wird, dann noch der Antrag 213 zur Abstimmung kommt. Der Fehler ist nicht von uns gemacht worden, sondern vom Bureau. Das hat bereits der Vorsitzende gesagt. Wenn ich zu einem Antrag ein Amendement stelle, dann muß zunächst über das Amendement abgestimmt werden. Wird das angenommen resp. abgelehnt, so wird über den gesamten Antrag abgestimmt und so kommen alle Antragsteller zu ihrem Recht. Sie dürfen jetzt nicht dadurch, daß Sie sich durch formale Einwendungen auf die unrichtige Geschäftsordnung berufen, dem anderen Teil die Möglichkeit nehmen, seiner Meinung Ausdruck zu geben. Es handelt sich nur darum, die Meinung des Parteitages klarzustellen, in welcher Form, ist gleichgültig. Wenn die Majorität des Parteitages dafür ist, daß auch unser Antrag abgelehnt wird, so ist das im Augenblick festzustellen.

Noske: Zur Rechtfertigung meiner Geschäftsführung möchte ich darauf hinweisen, daß bei allen Abstimmungen auf diesen wie auf früheren Parteitagen immer zuerst über den weitestgehenden Antrag abgestimmt worden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Nach meinem Empfinden konnte nicht anders abgestimmt werden, als das von mir geschehen ist. (Sehr richtig!)

Wels: Ich bin auch jetzt noch überzeugt, daß die Geschäftsführung derart sein muß, daß sie möglichst schnell und möglichst sicher den Willen des Parteitages feststellt. Das wäre zweifellos durch die Akzeptierung des Vorschlages Eberts geschehen. Ich habe persönlich ebenfalls für die Aufhebung des Antrags 90 gestimmt, trotzdem ich der Antragsteller des anderen Antrages bin. Ich habe die Absicht, die Parteiangestellten und Gewerkschaftler für die Zukunft ebenfalls zu verpflichten, entsprechend den Opfern, welche jeder Arbeiter zu bringen hat, ebenfalls ein materielles Opfer zu bringen. Sie können nicht so illoyal sein, alle Parteigenossen, die mit ja gestimmt haben, weil sie aus den Organisationen den Streit entfernen wollen, nun zu verhindern, ihre positive Meinung zum Ausdruck zu bringen. Ich beantrage deshalb, der Parteitag möge beschließen, daß in Zukunft die Angestellten der Partei und Gewerkschaften, soweit die letzteren sich als Parteigenossen fühlen, ihren Tagesverdienst am 1. Mai abführen.

Molkenbuhr: Der Irrtum oder das Mißverständnis des Bureaus ist darauf zurückzuführen, daß über einen Antrag abgestimmt wurde, der den Wortlaut hatte: Der Nürnberger Beschluß ist aufzuheben. Gleichzeitig hat aber vorher Robert Schmidt einen Antrag begründet, an Stelle des Nürnberger Beschlusses einen anderen zu setzen. Nun war selbstverständlich in dem Augenblick, wo der Nürnberger Beschluß aufgehoben ist, die Bahn frei, an seine Stelle einen anderen zu stellen. Deshalb habe ich auch zur Geschäftsordnung erklärt, daß erst über den Antrag auf Aufhebung des Nürnberger Beschlusses abgestimmt werden möge, und daß dann, wenn dieser aufgehoben ist, etwas anderes an die Stelle gesetzt werden könne.

Richard Fischer: Während der Abstimmung auf Aufhebung des Nürnberger Beschlusses bin ich zum Bureau gegangen und habe gesagt, über den Antrag Wels beantrage ich namentliche Abstimmung, deshalb, weil eine ganze Reihe Parteiangestellter in eine ganz schiefe Situation hineingedrängt wird, weil in Parteiversammlungen gegen sie der Verdacht ausgesprochen werden wird, daß sie aus egoistischen Motiven für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses gestimmt haben, während sie doch bloß deshalb — dazu gehöre auch ich — für die Aufhebung gestimmt haben, weil es unmöglich ist, die Buchdrucker und kaufmännische und sonstige Angestellte durch Parteitagsbeschluß zur Ablieferung der Gelder zu bringen. Im Interesse des Parteifriedens bleibt uns nichts weiter übrig, als über den Antrag 213 jetzt noch abzustimmen.

Noske: Der Antrag Wels, Nr. 214, ist zurückgezogen. Dafür ist folgender Antrag mir zugegangen:

„Wir beantragen, daß die Angestellten der Partei und Gewerkschaften, soweit die letzteren der Partei angehören, den Tagesverdienst vom 1. Mai dem Maifeierfonds zuführen."

Dazu ist folgender Zusatzantrag eingegangen, einzuschalten:

„sowie die Angestellten der Genossenschaften und Krankenkassen"

(Große Heiterkeit und Unruhe.)

Lipinski-Leipzig: Diese neuen Anträge nehmen gerade die Streitfrage wieder auf, um die es sich handelt. Im übrigen kann ich Tatsachen anführen, die im Gegensatz zu den Ausführungen des Genossen Schmidt stehen. Wir haben in einer Konferenz den Genossen Bauer von der Generalkommission ersucht, seine Meinung zu dem Antrag 90 zu sagen, und seine Auffassung steht im Gegensatz zu den Ausführungen Robert Schmidts. Jedenfalls muß über die

neuen Anträge auch eine neue Debatte stattfinden, wenn darüber abgestimmt werden soll.

Noske: Es ist ein neuer Antrag eingegangen:

„Alle Parteigenossen, die ohne Abzug ihres Lohnes oder Gehalts am 1. Mai feiern können, haben den Lohn für den Tag abzuführen."

(Unruhe und Heiterkeit.)

Gottschalk: Wo ist es in der parlamentarischen Geschichte erhört, daß, wenn man eine lange Debatte über einen Gegenstand hat über sich ergehen lassen, dann Schluß der Debatte beschlossen ist und die Abstimmung erfolgt ist, nach der Abstimmung ein ganzes Bündel neuer Anträge eingebracht wird mit dem Verlangen, daß darüber schlechtweg abgestimmt werden soll. So etwas gibt es ja gar nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Wollen wir denn unseren Parteitag vor der ganzen parlamentarischen Welt lächerlich machen. (Unruhe und Sehr richtig!) Auf der anderen Seite wäre es durchaus notwendig, daß die wahre Meinung des Parteitages zu einer so wichtigen Frage möglichst rein und formell unangefochten zur Geltung kommt. Die Geschäftsführung Noskes ist unantastbar. (Sehr richtig!) Wenn Schmidt, Giebel und einige andere meinen, zu kurz gekommen zu sein, so liegt die Schuld nicht am Vorsitzenden, sondern an diesen Genossen selbst, die nicht genau zugehört haben, was ja vorkommen kann. Jedenfalls sollten wir aber doch möglichst dem Wunsche von der anderen Seite entgegenkommen. Ich glaube, daß der Parteitag sich wohl einstimmig auf folgendem Boden einigen kann: wenn der Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag Giebel zurückgezogen wird, könnten wir vielleicht über diesen Antrag — all die andern Anträge können ja jetzt gar nicht mehr in Betracht kommen —, der auch in der Debatte schon gewürdigt worden ist, durch einfache Abstimmung zu einem Resultat kommen. Ich schlage vor, daß ausnahmsweise so verfahren wird.

Baron: Es scheint, als führen wir hier nicht eine Debatte über die Geschäftsführung oder die Maifeier, sondern es ist eine Debatte der Angst, die hier geführt wird. (Stürmischer Widerspruch und große Unruhe.) Weil Parteigenossen hier sind, die nicht glauben, ihre Abstimmung vor ihren Wählern überzeugend begründen zu können. Es wäre unwürdig, eine namentliche Abstimmung zu fürchten, jeder muß seine Abstimmung rechtfertigen können.

Noske: Wir sind uns im Bureau einig geworden, um dieser Komödie der Irrungen, möchte ich sagen, ein Ende zu machen, daß wir eine Abstimmung des Parteitages darüber herbeiführen, ob überhaupt noch einer der drei eingebrachten Anträge zur Abstimmung gebracht werden soll oder nicht. (Zustimmung.)

Die Abstimmung erfolgt, das Resultat bleibt zunächst zweifelhaft. Schließlich erklärt

Vorsitzender **Noske:** Das Bureau ist sich einig darüber, daß beschlossen worden ist, die Abstimmung vorzunehmen. Wir sind der Meinung, daß der neue Antrag Giebel lediglich als eine formelle Aenderung des alten Antrages zu betrachten ist und daß die beiden nachträglich gestellten Anträge zur Folge haben müßten eine vollständige Wiederaufrollung der Debatte. Wir glauben infolgedessen den soeben gefaßten Beschluß dahin interpretieren zu müssen, daß lediglich über den Antrag Giebel abgestimmt werden soll. (Widerspruch und Unruhe.)

Thabor-Krefeld: Ich kann nicht annehmen, daß wir über den Antrag jetzt namentlich abstimmen sollen, ohne daß darüber gesprochen worden ist. Es läßt sich sehr viel darüber sagen, was den Parteitag zu einer anderen Meinung bringen könnte. (Zustimmung.)

Ebert: Ich beantrage Schluß der Debatte über die vorliegenden Anträge und Vornahme der Abstimmung. (Widerspruch.)

Ryssel-Leipzig: Die Sache muß auf jeden Fall erst diskutiert werden. Praktisch wird sie im nächsten Jahre übrigens nicht. Deshalb schlage ich vor, die Antragsteller mögen ihre Anträge zum nächsten Parteitag stellen. Dann kann die Sache in Ruhe debattiert werden. Im nächsten Jahre fällt der 1. Mai auf einen Feiertag.

Dr. David-Mainz: Der vom Genossen Ebert gestellte Antrag auf Schluß der Debatte ist unzulässig, weil gar keine Debatte eröffnet worden ist. (Heiterkeit.) Im übrigen kann die Regelung dieser Frage nicht von der Partei einseitig erfolgen, sondern muß durch eine Vereinbarung mit den gewerkschaftlichen Instanzen zustande kommen. Wir haben jetzt das Hindernis, den Nürnberger Beschluß, beseitigt, und die Bahn ist frei, eine solche Vereinbarung einzuleiten. Im nächsten Jahre kommt die Sache praktisch nicht in Betracht, deshalb bitte ich die Genossen Wels und Giebel, unter diesem Gesichtspunkt ihren Antrag zurückzuziehen, dann sind wir die ganze Sache für diesmal los. (Lebhafte Zustimmung.)

Vorsitzender **Noske:** Es ist mir soeben der Antrag zugegangen, den Antrag Giebel zur Beschlußfassung dem nächsten Parteitag vorzulegen.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit und lebhaftem Beifall angenommen.

Vorsitzender **Noske:** Damit wir diesen Punkt der Tagesordnung vollkommen erledigen, ist es notwendig, daß Sie auch dazu Ihre Zustimmung geben, daß zwei weitere Anträge, die sich ebenfalls auf die Regelung der Frage des Maifeierbeitrages beziehen, ebenfalls zurückgestellt werden, weil sie für das kommende Jahr gegenstandslos sind und bis zum nächstjährigen Parteitag zurechtkommen. Sie geben wohl dazu Ihre Zustimmung. (Widerspruch.)

Lipinski-Leipzig: Die Sache ist doch sehr einfach. Was den Antrag Giebel anbelangt, so betrifft er nur die Angestellten der Partei und der Gewerkschaften. Was die anderen Anträge anbelangt, das ist eine Deklaration des Beschlusses 90. Der nächste Parteitag kann doch nicht eine Deklaration zu einem aufgehobenen Beschlusse geben.

Vorsitzender **Noske:** Ich bin nicht richtig verstanden worden. Es handelt sich um den zweiten Teil des Antrages 85, und um den Antrag 179. Da wir im nächsten Jahre mit einer Maßregelung aus Anlaß der Maifeier nicht zu rechnen brauchen und ich den Eindruck habe, daß von einer weiteren Debatte über diesen Punkt nichts Ersprießliches herauskommt, ist es angebracht, auch diese Anträge auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages zu setzen. (Widerspruch erhebt sich nicht.) Ich konstatiere, daß der Parteitag damit einverstanden ist. Damit sind die Anträge zur Maifeier erledigt.

Es steht noch zur Beratung der Antrag Ryssel: Ich beantrage, daß Genossen, die am 1. Mai verpflichtet sind, beruflich tätig zu sein, zur Ablieferung des Tagesverdienstes nicht verpflichtet sind.

Ryssel-Leipzig: Das bezieht sich auf 1911, auf die Beschwerdekommission.

Vorsitzender **Noske:** Es wäre richtiger, wenn uns die Beschwerdekommission bei den Anträgen auf Ausschluß aus der Partei über die Anträge berichten würde, die sich auf Ausschluß wegen Nichtentrichtung der Maifeierbeiträge beziehen. Ich schlage vor, den Antrag Ryssel auf morgen zurückzustellen. Damit ist der Parteitag einverstanden.

Auf Vorschlag Noskes wird beschlossen, die morgige Sitzung schon um ½9 Uhr zu beginnen. Silberschmidt, der auf der Vorschlagsliste für den Parteivorstand als Beisitzer genannt ist, läßt mitteilen, daß er eine auf ihn fallende Wahl nicht annehmen würde.

Erklärung:

Die Unterzeichneten erklären:

Wir haben für den Antrag 84, d. h. für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses nur unter der Voraussetzung gestimmt, daß nachher der Antrag Wels-Giebel-Vesper, wonach die Abgabe des Tagesverdienstes am 1. Mai auf die Angestellten der Partei und Gewerkschaften beschränkt werden sollte, zur Abstimmung gelangen werde. Diesem Antrage wünschten wir nach Beseitigung des Nürnberger Beschlusses zur Annahme zu verhelfen.

Hugo Poetzsch, Robert Schmidt, Otto Wels, Boeske, Eugen Brückner, Paul Feller, Elisabeth Röhl, R. Fischer, Albin Mohs, Emil Werner.

Durch Abhaltung einer Versammlung war ich verhindert, an der Abstimmung über den Antrag Nr. 84 teilzunehmen. Im Falle meiner Anwesenheit würde ich mit „ja" gestimmt haben. Aug. Brey.

Darauf vertagt sich der Parteitag um ½7 Uhr auf Sonnabend.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 21. September 1912.

Vorsitzender **Haase** eröffnet die Sitzung um 8¾ Uhr. Auf der Tagesordnung steht der

Bericht der Beschwerdekommission.

Die einzelnen Fälle sollen nacheinander erledigt werden. Zum Fall Hildebrand erhält das Wort der Berichterstatter

Süßheim-Nürnberg: Als Vorsitzender und Berichterstatter der Beschwerdekommission habe ich Ihnen über den Fall Hildebrand Bericht zu erstatten. Die Beschwerdekommission des deutschen Parteitages hat die Berufung Hildebrands gegen seinen Ausschluß mit 5 gegen 4 Stimmen zurückgewiesen. Ich zweifle nicht daran, daß der deutsche Parteitag zu dem gleichen Ergebnis gelangen wird. Aus den Akten habe ich zunächst folgendes bekanntzugeben:

Am 22. August fand in Ohligs eine Versammlung statt, die über einen Antrag des Gesamtvorstandes zu entscheiden hatte: „die Generalversammlung möge den Vorstand beauftragen, das Ausschlußverfahren gegen den Genossen Hildebrand-Solingen-Ost einzuleiten." In dem Bericht heißt es:

„Zur Begründung des Vorstandsantrages erhält Genosse Kurth-Ohligs das Wort, welcher ausführt, daß in der letzten Distriktsleitersitzung durch den Parteisekretär von der Resolution zur Marokkofrage, welche durch den Genossen Hildebrand in Gemeinschaft mit seinem Freunde Max Maurenbrecher beim diesjährigen Parteitage eingereicht sei, Mitteilung gemacht wurde. Außerdem sei in dieser Sitzung bekanntgegeben worden, daß Genosse Hildebrand im Distrikt Solingen-Ost als Kandidat zum diesjährigen Parteitag aufgestellt wurde. Bei der Diskussion über diese Angelegenheit wurden vereinzelte Stimmen laut, welche glaubten, es sei gut, Hildebrand nicht auf die Kandidatenliste zu setzen, da er als Parteigenosse in Wirklichkeit nicht mehr gelte, man möge sich jedoch nicht näher mit der Sache beschäftigen. Die

Versammlung war jedoch der Ansicht, daß wir nur Mitglieder mit gleichen Rechten und Pflichten haben. Solange Hildebrand Mitglied der Partei ist, dürfe er auch als Kandidat aufgestellt werden, und man könne ihm das Recht, sich aufstellen zu lassen, nicht streitig machen. Die Frage, ob Hildebrand weiter Parteimitglied sein könne, ist schon Jahre alt. Redner streift nunmehr kurz die Stellungnahme Hildebrands zur Kolonialpolitik im Anschluß an den Stuttgarter internationalen Kongreß, ebenso seine Artikel in der „Arbeiterstimme" nach dem Essener Parteitage, erinnert an die Polemik zwischen Hildebrand und Dr. Laufenberg auf dem Niederrheinischen Parteitag und meint dazu, daß die von der Meinung der Gesamtpartei stark abweichende Stellungnahme Hildebrands in der Kolonial- und Agrarpolitik schon älteren Datums sei. Vor Jahresfrist habe Hildebrand eine Broschüre herausgegeben, betitelt: „Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus", in der er sich in scharfen Gegensatz zu den Grundforderungen der Partei gestellt habe. Diese Broschüre sei von allen Parteizeitungen verurteilt worden. Es ist notwendig, daß sich die Parteiinstanzen mit Hildebrand beschäftigen, denn die bürgerliche Presse werfe uns täglich mit Auszügen aus Reden und Schriften von Schippel, Calwer und Hildebrand Knüppel zwischen die Beine, indem die Ausführungen dieser sozialistischen Schriftsteller gegen die Sozialdemokratie ausgeschlachtet würden. Gegen Hildebrand als Mensch habe niemand etwas, wir handeln nur im Interesse der Partei, wenn wir Stellung gegen Hildebrand nehmen. Mit der Bitte, ruhig über den eventuellen Ausschluß zu diskutieren, schließt Redner seine Ausführungen. (Beifall.)

Danach nahm Genosse Wendemuth das Wort: Was Genosse Kurth hier ausführte, ist eigentlich nicht das, was die Grundlage des vorliegenden Antrages auf Eröffnung des Ausschlußverfahrens gegen Hildebrand abgab; das ist etwas ganz anderes, etwas, das viel krasser zeigt, wie weit sich Hildebrand von uns entfernt hat: es ist der Vortrag, den Hildebrand letzthin im Gewerkschaftskartell zu Solingen gehalten hat. Hildebrand sprach dort über die Abhängigkeit Deutschlands vom Weltmarkt. Dabei verlor er sich in rein bürgerliche Dinge und argumentierte in einer Weise, die mit unseren Anschauungen nichts mehr zu tun hat. Aber das soll uns nicht weiter aufhalten, vielmehr kommt es darauf an, festzuhalten, wo Hildebrand sich in recht krasser Weise in Widerspruch mit uns setzte. Um es kurz zu sagen: er trat ein für Kolonien, für Schutzzölle, für den Marokkorummel, ja sogar für den Militarismus. Dabei ließ er Aeußerungen fallen, wie die, daß wir in Deutschland noch am besten regiert würden, und daß er sich wohl bewußt sei, Forderungen zu vertreten, die teilweise auch die Nationalliberalen stellen. Nachdem Hildebrand nun das gesagt hatte, da war es mir als Zuhörer unmöglich, auf die sachlichen Ausführungen Hildebrands einzugehen, für mich handelte es sich in dieser Situation nur darum, die Konsequenzen aus Hildebrands Vortrag zu ziehen. Und so habe ich ihm denn auch gesagt: So sehr man Hildebrand glauben darf, daß er überzeugt ist, von dem, was er hier vortrug, und so sehr man ihm auch weiter glauben darf, daß er meint, der Partei mit der Vertretung seiner Ideen nützen zu können, so sehr muß doch hier mit allem Nachdruck erklärt werden, daß Hildebrand nach diesen Dingen nicht mehr zu uns gehört, daß er kein Sozialdemokrat mehr ist. Wir verlangen im Parteiprogramm die Beseitigung der Schutzzölle, haben uns auf einem Parteitag dahin geeinigt, jede Kolonialpolitik zu bekämpfen, führen den schärfsten Kampf gegen den Militarismus und kämpfen gegenwärtig wieder aufs heftigste gegen den Marokkorummel. Wenn da ein Genosse kommt und uns hierin entgegentritt, dann ist er eben kein Genosse mehr,

dann hat er uns soweit verlassen, daß er nicht mehr zu uns gehört. So habe ich Hildebrand geantwortet; die übrigen Diskussionsredner wandten sich zwar auch gegen Hildebrands Ausführungen, traten mir aber in bezug auf die Konsequenz, die ich zog, entgegen. Natürlich hielt ich es für meine Pflicht, dem Parteisekretär Bellert sowie dem Kreisvorsitzenden Schaal Mitteilung von dem Gehörten zu machen, damit sie wenigstens davon unterrichtet waren. Doch waren sie der Ansicht, daß man auch danach noch Hildebrand laufen lassen sollte, so wie es bisher schon getan worden war, vielleicht, daß Hildebrand selbst gehen würde. Damit hatte die Sache vorläufig ihre Erledigung gefunden; sie wurde aber wieder akut, als Hildebrand die Taktlosigkeit besaß, eine Parteitagskandidatur anzunehmen. Unter diesen Umständen hielt ich es für angebracht, nun auch noch dem erweiterten Vorstand mitzuteilen, was Hildebrand im Kartell gesagt hatte, um von diesem zu hören, was er darüber dächte. Da ist denn auch ganz richtig gesagt worden, daß es Genossen mit zweierlei Rechten nicht geben könne; gehöre jemand zu uns, so habe er auch alle Rechte. Hildebrand gehöre noch der Partei an, deshalb könnte man ihm auch nicht das Recht antasten, ebensowenig wie dem Distrikt, der ihn aufstellte, zum Parteitag zu kandidieren. Eine andere Frage sei aber die, ob Hildebrand nun überhaupt noch zu uns gehöre. Und diese Frage wurde nach längerer Debatte verneint, worauf dann einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, der Generalversammlung die Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen Hildebrand vorzuschlagen. An Ihnen liegt es nun, diesem Antrage zuzustimmen, und ich zweifle nicht daran, daß Sie ihn annehmen. Sie sind die Männer der Arbeit, sind die Genossen, die schon viele Jahre den Kampf gegen die Ausbeuter und Herrschenden geführt haben. Sie werden daher am besten zu sagen wissen, ob Schutzzollpolitik, Kolonialpolitik, Militarismus und eine Tätigkeit für den Marokkorummel in unseren Kreisen Platz hat. Ihr Klassengefühl und Klassenbewußtsein wird Sie nicht irreführen.

Der Vorsitzende Genosse Schaal verliest hierauf ein Schreiben des Genossen Scheidemann, der der Kreisversammlung guten Verlauf wünscht und zum beantragten Ausschluß Hildebrands u. a. sagt, daß viel schlimmer als seine Kolonialmarotten das sei, was Hildebrand in seinem Buch über Industriesozialismus geschrieben habe. Da verhöhne er ja geradezu den Klassenkampf. Er (Scheidemann) habe erwartet, daß Hildebrand nach dem Erscheinen seines Buches selbst aus der Partei austreten würde. Leid tue es ihm, daß Hildebrand nicht so viel Takt besessen hatte und sich lieber aus der Partei ausschließen lassen wolle. (Lebhafter Beifall.)

Es kamen dann in dieser Versammlung die Genossen Dittmann und Hildebrand zu Worte. Es wird nicht notwendig sein, deren Ausführungen hier wiederzugeben, weil vorgesehen ist, daß ohnehin Hildebrand Gelegenheit haben wird, vor dem gesamten Parteitag seine Ansichten kundzugeben und weil auch der Vertreter des Wahlkreises das Wort bekommen soll.

Die Versammlung in Ohligs, in der niemand für die sachlichen Ausführung Hildebrands eintrat, beschloß schließlich mit 118 gegen 58 Stimmen die Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen Hildebrand. Am 24. August teilte der Parteisekretär dem Genossen Haberland mit, daß die Versammlung die Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen Hildebrand beschlossen habe. Am 6. September fand dann in der Ausschlußsache gegen Hildebrand zur Verhandlung und Entscheidung eine Sitzung statt, an der teilgenommen haben: Wilhelm Gewehr als Vorsitzender, Wilhelm Ullenbaum, Karl Haberland, Hermann Bollens, Emil Backhaus als Beisitzer, Wilhelm Dittmann und Bellert als Vertreter des sozialdemokratischen Vereins Solingen und der beschuldigte Ger-

hard Hildebrand. Der Beschluß lautet: Gerhard Hildebrand wird aus der Parteiorganisation ausgeschlossen. Es folgen nun die

Gründe: Nach § 1 der Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gehört zur Partei jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist. Und nach § 23 Abs. 1 kann zur Partei nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms schuldig macht.

Die Grundsätze des Parteiprogramms ergeben sich aus dem ersten Teil des Programms, von dem hier folgendes in Betracht kommt:

„Die ökonomische Entwickelung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden."

Die Werkzeuge werden durch die Maschinen, die Klein- und Mittelschichten durch die kolossalen Großbetriebe verdrängt, was ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der gewerblichen Arbeit, aber auch zugleich eine wachsende Unsicherheit der Existenz usw. des Proletariats und der versinkenden Mittelschichten zur Folge hat. Es wird immer größer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten und immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei Heerlager teilt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

„Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht nur des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen auf dem Boden des Privateigentums an den Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben."

Die *Arbeiterklasse* muß kämpfen, um in den Besitz der politischen Macht zu gelangen. Diesen Kampf zu einem bewußten und *einheitlichen* zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges *Ziel* zu weisen, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Die Vertretung der den Ausschlußantrag stellenden Organisation führte aus: Hildebrand habe schon als Redakteur der „Bergischen Arbeiterstimme" im Jahre 1909 in dem genannten Blatte zwei Artikel veröffentlicht, die keinen Zweifel darüber ließen, daß er sich in seinen ökonomischen Auffassun-

gen von ganz anderen Tendenzen leiten lasse, als denen, die die Basis für das sozialdemokratische Programm bilden. Er habe damals schon die Meinung vertreten, daß es nicht auf die Formulierung eines Gesetzes über die wirtschaftliche Entwickelung, sondern ganz allein auf den Willen der Arbeiterklasse ankomme, ob sie zum Sozialismus gelangen wolle. Dementsprechend habe er den grundsätzlichen Teil des Programms für völlig überflüssig erklärt. Nun habe Hildebrand ein Buch herausgegeben mit dem Titel: „Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus," in dem er nachweisen wolle, daß unser ganzes Programm in seinem grundsätzlichen Teile falsch sei und er zu einer Verhöhnung des Klassenkampfes und des Kommunismus komme, andererseits er aber dem Schutzzoll, der Kolonialpolitik und sogar dem Militarismus das Wort rede. Auch durch einen Vortrag, den er in einer Parteibezirksversammlung sowie im Gewerkschaftskartell in Solingen gehalten habe, habe Hildebrand Propaganda für seine Anschauungen gemacht. Dadurch sowie durch die Tatsache, daß die Gegner die Kundgebungen Hildebrands in ausgiebiger Weise gegen die Partei ausschlachten, sei diese geschädigt worden. Zahlreiche Stellen aus dem Buche werden zur Unterstützung des Ausschlußantrags zur Vorlesung gebracht.

Hildebrand gibt zu, daß seine Anschauungen von dem grundsätzlichen Teile des Parteiprogramms abweichen, er könne heute sogar manches nicht mehr für richtig anerkennen, wofür er in der Zeit, als er Redakteur der „Bergischen Arbeiterstimme" war, noch eintreten konnte. Aber er glaube der sozialdemokratischen Partei am nächsten zu stehen und in dieser am besten für seine Anschauungen wirken zu können. Es müsse in der Partei auch für die Vertreter solcher Ansichten Raum vorhanden sein. Er habe sich überzeugt, daß für die Landwirtschaft nicht die Entwickelungstendenzen gelten, die in der Industrie herrschen, daß in der Landwirtschaft vielmehr der mittlere Betrieb die Richtung angebe, ihm die Zukunft gehöre und infolgedessen an dem Privatbesitz festgehalten werden müsse. Da die Industriestaaten hinsichtlich der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen in immer stärkerem Maße von den überseeischen Agrarländern abhängig würden, so ergebe sich für sie die Notwendigkeit, unter Zurückdrängung des Industrialismus agrarische Politik zur Erzielung einer mittleren Familienbauernwirtschaft zu treiben, damit die Industriestaaten unabhängiger von den Agrarländern würden. Bei dieser Auffassung der Dinge komme er allerdings zur Schutzzollpolitik unter Errichtung einer westeuropäischen Zollunion, ferner zur Kolonialpolitik mit Gesetzen zum Schutze der Eingeborenen und der Arbeiter, und schließlich zur Aufrechterhaltung einer Wehrmacht zum Schutze der Kolonien. Den erwähnten Vortrag habe er zunächst in einer Bezirksversammlung gehalten, er sei aber dort mit Rücksicht auf die Zusammensetzung der Versammlung etwas zurückhaltend gewesen. Im Gewerkschaftskartell dagegen, wo er die Vertreter der gesamten organisierten Solinger Arbeiterschaft vor sich gehabt, habe er geglaubt, sich deutlicher über seine Ziele aussprechen zu sollen. Von der Richtigkeit des in seinem Buche Niedergelegten sei er fest überzeugt und halte daran fest. Aber er werde in Bälde ein zweites Buch erscheinen lassen, in dem seine Beziehungen zur sozialdemokratischen Partei näher dargelegt würden.

Ueber die ökonomischen Grundanschauungen Hildebrands wird aus seinem Buche folgendes angeführt:

Den Völkern Mittel- und Westeuropas drohen aus ihrer einseitig industriellen Entwickelung schwere Gefahren. Ein großer Teil unseres Wohlstandes, unserer äußeren Kultur, baut sich auf den ausländischen Tributleistungen auf. Der Rückfluß wird eintreten, sobald die internationale Bauerngrundlage im Vergleich zum industriellen Ueberbau immer knapper wird und die Preise für alle Arten von Agrarprodukten langsam aber sicher in die Höhe gehen. Die Agrarländer werden dabei selbständiger, auch in industrieller Hinsicht. Vor dem Verschwinden ihrer ausländischen Bauerngrundlage könne die alten Industriestaaten nichts schützen, auch der Sozialismus in der bisher entwickelten Form nicht, denn das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln könne weder Nahrungsmittel noch Kleidungsrohstoffe aus den Schloten qualmen lassen.

„Konservative, Liberale und Sozialisten, Freihändler und Schutzzöllner, Militaristen und Verständigungspolitiker, Nationalisten und Völkerverbrüderer vertreten manche richtige Ansichten, aber sie zeichnen sich gemeinsam aus durch „die einseitige Ueberspannung, die schablonenmäßige Anwendung, die doktrinäre Zuspitzung oder auch gewohnheitsmäßige Verflachung, die eine fruchtbare Anwendung lebensfähiger Grundgedanken ausschließen". Diese Fehler entspringen aus kurzsichtiger Selbstsucht und Klassenbefangenheit." (Seite 6.)

Auf Seite 26 wird ausgeführt, daß wichtige industrielle Absatzmärkte Deutschlands, wie Indien, bis gegen die Mitte dieses Jahrhunderts versiechen werden, dann heißt es:

„Sollte da nicht die Ueberlegung angebracht sein, ob wir es wirklich verantworten können, unseren Industrialismus ohne Rücksicht auf die Folgen immer weiter in die Höhe zu schrauben, unsere Bevölkerung immer stärker von unsicheren Zufuhren und unsicheren Absatzgebieten abhängig zu machen? Leben wir nicht in einer Art industrieller Befangenheit, aus der wir eines Tages höchst unsanft durch das Schwinden des festen Bodens unter unseren Füßen herausgerissen werden könnten?"

In dem Maße seiner Industrialisierung verliere Deutschland seine wirtschaftliche Unabhängigkeit:

„Gewiß, diese Konsequenz wird gezogen, nur in sehr verschiedenem und vor allem niemals in erschöpfendem Umfange: Immer nur insoweit nämlich, als es den unmittelbaren und je nach der Klassenbefangenheit innerhalb des Industriestaates einseitigen Bedürfnissen entspricht. Die volle Wahrheit aber, daß mit der immer weiteren Hinausschiebung der wirtschaftlichen Grenzen Deutschlands die industrielle Vorstellung überhaupt ihren Todesstoß erhält, ist, soweit ich sehe, noch nirgends erfaßt oder gar in ihrer ganzen ungeheuren Bedeutung verstanden worden." (Seite 27.)

Auf Seite 28 und 29 wird gezeigt, in welcher Abhängigkeit von den Bauern die Menschheit sich befinden werde:

„Es gibt eine absolut sichere, unveränderliche Grundlage für die weitere Gestaltung aller gesellschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse. Das ist die einfache Tatsache, daß unter keinen Umständen eine größere Anzahl Menschen existieren kann, als es die jeweilige Möglichkeit der Nahrungsbeschaffung gestattet. Das heißt aber im wesentlichen: Als die Bauern füttern können. Alle kulturelle Entwickelung ist von der Arbeitsleistung der Bauern abhängig! Die Bauern aber füttern, wenn sie frei sind, wen sie wollen. — Am allerwenigsten aber sind sie gezwungen, die Industrie dieses oder jenes bestimmten Landes in Anspruch zu nehmen, irgendeinem fremde Volke die Existenz zu garantieren."

Das seien Dinge, die den ganzen übrigen Bereich gesellschaftlicher Lebensäußerungen und Entwickelungsmöglichkeiten entscheidend beeinflussen und in

letzter Linie daher auch Richtung und Inhalt unserer politischen Zielsetzung bestimmen müßten. (Seite 30.)

„In letzter Linie wird immer wieder nur eine ziffernmäßige starke Ausdehnung der Bauerngrundlage dem quantitativ und qualitativ wachsenden Bedürfnis der Industrieländer nach Nahrungsmitteln und agrarischen Rohstoffen genügen können. Es ist also rein wirtschaftlich gerechnet zweifellos, daß die Industrieländer in eine wachsende Abhängigkeit von fremden Bauernländern geraten, und daß infolgedessen das spezifisch industriell gewordene Denken keineswegs mehr den gesamten Umfang der eigenen Lebensinteressen umfaßt. Die Industrieländer sind Teilgebilde geworden, die nicht mehr ohne fremde Krücken vorwärtszukommen vermögen." (Seite 35.)

Auf Seite 39 wird wiederholt, daß nicht dem industriellen, sondern dem agrarischen Denken der Vorrang gebührt und dann bemerkt, es wäre

„doch immerhin möglich, daß innerhalb des agrarischen Denkens „soziale" Parallelbewegungen entstehen: daß beispielsweise der demokratische Sozialismus, zwar nicht in seiner industriellen Entstehungsform, wohl aber in einer schließlich agrarisch abgewandelten Hauptform seiner Weiterentwickelung, die besondere Art des Gesamtbewußtseins der sich jetzt anbahnenden Zukunftsperiode bestimmen könnte".

Auf Seite 40 und 41 wird der Nachweis versucht, daß die „soziale Zweiteilung", Grundherrenklasse und Proletarierklasse, nie und nirgends zu agrarsozialistischen Tendenzen oder Zuständen geführt habe.

„Aber als Endprodukt bäuerlicher Kulturentwickelung, als notwendige Folgeerscheinung agrarischer Technik und agrarisch-kapitalistischer Klassenscheidung sehen wir nirgends in der Welt eine soziale Stimmung sich ausbreiten, die auch nur annähernd dem zuneigt, was wir als demokratischen Sozialismus zu bezeichnen gewohnt sind: Dem Verlangen nach gemeinschaftlichem Besitz der Produktionsmittel und gemeinschaftlicher Organisation der Produktion selbst."

Durch agrarstatistische Zahlen wird nachzuweisen versucht, daß das Schwergewicht der Wirtschaftsintensität bei dem Mittelbauern zu suchen sei:

„Das ist keine Industrialisierung der Landwirtschaft im Sinne der sozialen Zerrüttung der Mittelbauern, auch keine bloße Selbstbehauptung, sondern offenbar der unzweideutige Sieg eines weder proletarischen noch kapitalistischen Mitteltypus, die sehr energische Tendenz zur Vereinigung von Besitz und Arbeit auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Es ist nicht einzusehen, weshalb diese Tendenz anderwärts in der Landwirtschaft nicht vorhanden sein sollte, wenn sie in dem fortgeschrittensten Agrarlande Europas vorhanden ist."

Auf Seite 203 und 204 ist von der „weltwirtschaftlichen Ausgleichsbewegung" die Rede, die nicht nur auf die Nationen, sondern auch auf die Klassen anzuwenden sei. Der Klassenkampf werde zwar nicht aufhören, aber er werde zurücktreten müssen hinter der gemeinsamen Sorge für die Sicherung einer zureichenden Bauerngrundlage oder für die Anpassung des industriellen Ueberbaues an die bleibend vorhandene Grundlage.

Daß es mit dem Sozialismus, wie er sich aus dem Parteiprogramm ergibt, nichts ist, wird auf den Seiten 207 bis 216 dargelegt. So heißt es auf Seite 207:

„Es ist im Grunde wieder nichts anderes als die Frage: Kann das Proletariat der Industriestaaten, indem es etwa die politische Macht erobert, die Produktionsmittel unter seine Kontrolle bringt, den vorhandenen Besitz gleichmäßiger verteilt, kann es damit die entschwindende Nahrungs- und Kleidungsbauerngrundlage ersetzen oder festhalten? So richtig gestellt erfordert die Frage ein rundes, klares, unerbittliches Nein!"

Und auf Seite 209:

„Die Lebenshaltung der proletarischen Schichten innerhalb der Industriestaaten ist also beim Uebergang zum Sozialismus um nichts gebessert, wenn gleichzeitig die ausländische Bauerngrundlage entschwindet, so hoher Steigerung auch die heimische Agrarproduktion noch fähig ist."

Seite 210:

„Die Lebenshaltung der Industriearbeiterschaft wird also nach dem Eintritt der rückläufigen Bewegung, mit oder ohne Sozialismus, vollständig zusammenbrechen müssen. Um so schlimmer für das Industrieproletariat, wenn es ihm nicht möglich sein sollte, seine industrielle Befangenheit schnell abzustreifen und die Wirtschaftspolitik der alten Industriestaaten in eine Richtung hineinzudrängen, die seinen dauernden Interessen wirklich entspricht: eine Richtung freilich, die sich sehr wesentlich von dem bisherigen Industriesozialismus unterscheiden müßte."

Nachdem auf Seite 213 nochmals betont ist, daß bei der geschilderten Entwickelung „die Möglichkeit des demokratischen Sozialismus im Sinne einer einheitlichen und geschlossenen Regelung der gesamten Produktion durch die nichtbesitzende und alles beherrschende Masse" ausgeschaltet sei, wird auf Seite 215 wiederholt, es sei die Unmöglichkeit des demokratischen Sozialismus erwiesen, sobald man anerkenne:

„1. Daß auf den wichtigsten Gebieten der organischen Produktion die bäuerliche Wirtschaft das Feld behauptet;

2. daß die Masse der Bauern an der privaten Grundlage der Produktion festhält;

3. daß die Bauernländer naturgemäß das Bestreben haben, einen so großen Teil der industriellen Produktion als nur immer möglich in ihren Bereich zu ziehen;

4. daß sie bei den herrschenden internationalen Konkurrenzverhältnissen, insonderheit nach dem Eintritt des chinesischen Menschheitsviertels in die wirtschaftliche Verflechtung und nach der Umwandlung sonstiger bisheriger Agrar- in Industriestaaten über ihre nicht schon selber monopolisierten Industriebezüge völlig frei verfügen können;

5. daß dagegen die Industriestaaten für ihre Versorgung mit Nahrung und Kleidungsrohstoffen in wachsendem Maße auf ausländische Bauerngrundlagen angewiesen sind."

Die Schlußpartien des Buches sind den Mitteln und Wegen gewidmet, mit denen Hildebrand sein Ziel erreichen will. Auf Seite 224 werden agrarische Erziehungskolonien als das einzige Hilfsmittel bezeichnet, um die gefährlichste aller noch bevorstehenden internationalen Ausgleichskrisen zu überstehen. Jede neu heranwachsende Generation sei so kräftig mit agrarischer Selbsterhaltungsfähigkeit zu durchtränken, daß sie im entscheidenden Augenblick nicht in die Sackgasse der industrie-proletarischen Hilflosigkeit hineingerate, sondern frei über ihr Schicksal, ob agrarische oder industrielle Lebensarbeit, verfügen könne. Die agrarische Erziehungsarbeit soll bis zum Eintritt in den Waffendienst, d. h. bis zum 20. Lebensjahre dauern.

„Eine bäuerliche Innenkolonisation großen Stiles muß sich daran anschließen, um den nach bäuerlicher Kraftverwertung verlangenden Teil der

Jugend nach Möglichkeit im nationalen Körper festzuhalten und die agrarische Produktionsleistung der Heimat auf das denkbar höchste Maß zu steigern. Darüber hinaus wird es möglich sein, durch Vereinbarung mit einer Reihe amerikanischer Staaten einem bedeutenden Teil der überschüssigen Volkskraft das Aufsuchen einer neuen Heimat zu erleichtern." (Seite 225.)

Ferner sei eine westeuropäische Zollunion von Ungarn bis Frankreich erforderlich. Die Zollpolitik brauche zwar keine extreme Wirkung zu haben, aber so lange noch weite Strecken jungfräulichen Bodens in Kanada und Argentinien in die weltmarktliche Konkurrenz eintreten, werde, falls die amerikanische Industrialisierung die Preise für Agrarprodukte nicht sehr wirksam erhöht, auf einen Getreidezoll nicht verzichtet werden können. Aber dieser Zoll würde innerhalb der westeuropäischen Zollunion leichter zu ertragen sein. (Seite 236.) Stark geschützt durch den Zoll müßten aber werden die bäuerlichen Spezialerzeugnisse, hier dürften auch Handelsverträge an einem hohen Zoll nicht rütteln.

„Besitzen die dänischen und holländischen Viehbauern ungehinderten Zugang zum gesamten westeuropäischen Markt, ebenso die ungarischen Geflügel- und Butterbauern, die italienischen und südfranzösischen Seidenraupenzüchter, die südwest- und südeuropäischen Weinbauern, so können alle ihre und viele andere Erzeugnisse einen starken Zoll nach außen hin sehr wohl vertragen. Das amerikanische Obst, die westindischen Bananen, die griechischen, kleinasiatischen, palästinensischen und ägyptischen Trauben, Orangen, Datteln, Feigen und dergleichen mehr können vollständig ausgesperrt werden, wenn eine ungehinderte Zufuhr von Südfrüchten und Gemüsen aus Südfrankreich, Spanien, Italien und Algier stattfindet." (Seite 237.)

Die „vereinigten Staaten von Westeuropa" sollen in ihrem Innern allerdings auf demokratischer Grundlage errichtet werden, ob Dynastien oder nicht: demokratisches Wahlrecht und parlamentarische Regierungsform sei erforderlich. Dann aber heißt es:

„Solange breite Schichten der Industriearbeiter in kommunistischen Utopien befangen sind, können sie nicht die Mehrheit gewinnen und die Demokratie herstellen. Mit der Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus muß sich ihre industrielle Befangenheit, ihre kommunistische Verbohrtheit, ihre Gleichgültigkeit gegenüber den Bauerninteressen verlieren." (Seite 238.)

Der Schluß des Buches enthält eine Mahnung an die Arbeiter:

„Die Arbeiterbewegung ist also die Kerntruppe im Kampf gegen die industrielle Ueberfütterung. Versagt sie, so nimmt der Prozeß bis zur Katastrophe seinen Fortgang, aber bis zu einer Katastrophe, die durch keinen industriesozialistischen Zukunftsstaat abgelöst werden kann. Tun die Arbeiter, was ihr Interesse gebietet, so werden sie die Bauern, große Teile der Intelligenz, des gewerblichen Mittelstandes, ja selbst des Unternehmertums auf ihre Seite bekommen können." (Seite 243.)

Zu guter Letzt spricht Hildebrand im Namen der bestehenden herrschenden Gesellschaft:

„Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus ist unvermeidlich, der Zusammenbruch der westeuropäischen Industriestaaten infolgedessen bei fortgesetzter Industriepolitik nur eine Frage der Zeit. *Wir* haben die Wahl, ob *wir* diesem Schicksal willenlos entgegen-

treiben und die Generation des mittleren Jahrhundertdrittels einem von uns verschuldeten Elend überantworten, oder ob wir die Kultur Westeuropas auf eine neue und feste Grundlage stellen wollen. Wenn irgendwann im bisherigen Verlauf der geschichtlichen Entwickelung, so bietet sich jetzt seinen Völkern Gelegenheit, über die trennenden Schranken der Nationalität, der Klassengegensätze und der Konfessionsunterschiede hinweg sich brüderlich die Hände zu reichen."

Hildebrand erklärt, die zur Verlesung gekommenen Zitate müßten zwar richtiger im Zusammenhang mit dem ganzen Buch gelesen werden, aber er gibt zu, daß die Zitate die Quintessenz des im Buche Voraufgegangenen enthalten.

Auf die bestimmte Frage, ob er es also ablehne, daß die Arbeiterklasse um die politische Macht und um die Vergesellschaftung der Produktionsmittel kämpfen müsse, erklärt er, auf dieses engbegrenzte Ziel könne er sich nicht einlassen. Als Grundsätzliches für die Arbeiterklasse halte er für genügend den Willen zum Zusammenschluß der Arbeiter. Ein bestimmtes festes Ziel sich zu geben, sei unmöglich, es müsse der neuen Entwickelung bei der Untersuchung Rechnung getragen werden können. Für die Umbildung des Heeres in ein Volksheer sei er, aber vorläufig seien wir noch nicht so weit und könnten auf die „Selbstverteidigungsmaschine" nicht verzichten. —

Aus dem Gesamtinhalte seines Buches und aus Hildebrands mündlichen Darlegungen über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwickelungstendenzen, sowie über die Stellung der Arbeiter im Klassenkampfe und über das zu erstrebende Ziel kam das Agitationskomitee zu der Ueberzeugung, daß Hildebrand *nicht auf dem Boden des grundsätzlichen Teils des Parteiprogramms* steht. Hildebrand hat sich auch nicht auf theoretische Studien beschränkt, sondern in unverkennbarer Weise versucht, seinen Anschauungen praktische Bedeutung zu geben. In der Herausgabe des Buches und in den Vorträgen erblickt das Agitationskomitee um so mehr einen groben Verstoß gegen das Parteiprogramm, als die Grundanschauungen Hildebrands im schroffsten Widerspruch zu dem grundsätzlichen Teil des Parteiprogramms stehen.

Weil Hildebrand in allen praktischen Fragen zu anderen Schlußfolgerungen kommt als die Partei und nach seinen ökonomischen Grundgedanken kommen muß, schafft er Verwirrung und schadet der Partei.

Nach alledem kam das Agitationskomitee zu dem Beschluß, daß *Hildebrand aus der Parteiorganisation auszuschließen sei.*

Das ist das Urteil des Agitationskomitees. Gegen diese Entscheidung hat Hildebrand sich an den Parteivorstand gewandt und die Einsetzung eines Schiedsgerichts verlangt. In den Akten befindet sich folgendes Protokoll über die Schiedsgerichtsverhandlung:

Zuerst wurde das schriftlich vorliegende Urteil des Agitationskomitees in Elberfeld verlesen. Desgleichen eine kurze Darstellung eines Vortrages des Genossen Hildebrand, den derselbe im Solinger Gewerkschaftskartell gehalten hat. Des weiteren wurde die ausführliche Berufungsschrift des Genossen Hildebrand vorgelesen.

Auf die Anfrage des Beisitzers Genossen Löwenthal, ob auch alle Beisitzer das in Frage kommende Buch des Genossen Hildebrand gelesen hätten, antwortet der Vorsitzende, daß ihm nur ein Exemplar des Buches zugegangen sei.

Genosse Dittmann fragt, ob es richtig sei, daß Genosse Löwenthal ständiger Mitarbeiter des „Solinger Generalanzeiger" sei.

Die Frage bejaht Genosse Löwenthal, bestreitet aber, daß der „Generalanzeiger“ die Sozialdemokratie gehässig bekämpfe, wie das Dittmann sagte; des weiteren bestätigt Genosse Hildebrand die Mitteilung L.s, er habe selbst das eigenartige Zusammentreffen der Dinge bedauert. Er habe L. zu seinem Beisitzer ernannt, als er noch nicht im „Generalanzeiger“ beschäftigt war. Wäre das vorher der Fall gewesen, hätte er ihn nicht zu seinem Vertrauensmann bestimmt, heute aber sei daran nichts mehr zu ändern.

Dittmann erklärt, daß er, um die Verhandlungen nicht weiter zu verzögern, keinen Einspruch gegen die Teilnahme L. erheben wolle, er verlange aber, daß diese Tatsache im Protokoll festgehalten werde.

Genosse Hofrichter nimmt dem Genossen Löwenthal ein strenges Schweigegebot ab. Löwenthal erklärt, daß dies seinem Wunsche durchaus entspreche.

Der Vorsitzende gibt nun eine zusammenhängende Darstellung der ganzen Angelegenheit.

Genosse Hildebrand gibt eine ausführliche Darstellung zu den ihm gemachten Vorwürfen im schriftlichen Urteil des Agitationskomitees. Er sagt etwa:

Er sei Sozialdemokrat, weil er die Arbeiter als allein zuverlässige Kerntruppe halte, die imstande sei, die heutigen Zustände zu bessern. Er unterstütze alle Bestrebungen auch schon deshalb gerne, weil die Arbeiter losgelöst seien von allen Sonderinteressen, die andere Stände haben. Um diese Besserungen zu erreichen, könne er sich aber keineswegs auf die enge Form des Erfurter Programms festlegen, es müsse von Fall zu Fall entschieden werden, ob es notwendig sei, alle Produktionsmittel zu verstaatlichen, zudem sehe er nicht, daß sich das Verlangte auch werde durchsetzen lassen. Freie Hand müsse er aber behalten. Unterbindet die Partei die Diskussion über solche Dinge, müsse sie verknöchern.

Dittmann: Gerade die Ausführungen des Genossen Hildebrand beweisen, daß er kein Sozialdemokrat mehr ist; aus dem Grunde ist der Ausschlußantrag berechtigt, auch das Elberfelder Urteil vom Agitationskomitee.

Hildebrand gibt eine ausführliche Darstellung über den Inhalt seines Buches und hebt besonders die kritischen Fragen hervor. Er scheue eben nicht, die Konsequenzen bezügl. seiner Ansicht zu ziehen, was andere nicht immer machen, er schildert seine Ansicht zur Schutzzollfrage und zur Wehrfrage. Zwischen ihm und Dittmann gibt es nun eine längere Aussprache über einzelne Stellen des Buches: „Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus.“

Dittmann verliest folgende zwei Stellen aus dem Buche, die Genosse Hildebrand erklären möchte:

1. Solange breite Schichten der Industriearbeiter in kommunistischen Utopien befangen sind, können sie nicht die Mehrheit gewinnen und die Demokratie herstellen. Mit der Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus muß sich ihre industrielle Befangenheit, ihre kommunistische Verbohrtheit, ihre Gleichgültigkeit gegenüber den Bauerninteressen verlieren. (Seite 238.)

2. . . . Die Arbeiterbewegung ist also die Kerntruppe gegen die industrielle Ueberfütterung. Versagt sie, so nimmt der Prozeß bis zur Katastrophe seinen Fortgang, aber bis zu einer Katastrophe, die durch keinen industriesozialistischen Zukunftsstaat abgelöst werden kann. Tun die Arbeiter, was ihr Interesse gebietet, so werden sie die Bauern, große Teile der Intelligenz, des gewerblichen Mittelstandes, ja selbst des Unternehmertums auf ihre Seite bekommen können. . . . (Seite 243.)

Hildebrand erklärt, daß er den Klassenkampf wohl anerkenne, daß derselbe aber zurücktreten müsse und werde. Er sei von den Nationalsozialen zu den Sozialdemokraten gekommen, seine Anschauungen seien heute aber ganz anders, als wie er sie gehabt habe als Nationalsozialer. Seine heutigen Anschauungen suche er in der Sozialdemokratie heimisch zu machen, weil er keine andere Partei kenne, zu der er sich zählen könnte. Wenn auch ab und zu einer aus der Partei herausgekehrt werde, das hindere nicht, daß die Reformisten und Revisionisten weiterhin ihre Ideen verbreiten und propagieren. Wer z. B. zu den Arbeitern hält, die im Streik stehen, auch wenn derselbe unberechtigt sein sollte, wo sollte ein solcher Mensch anders hin, als wie zur Sozialdemokratie? Es müßten dann eben eventuell andere Aufnahmebedingungen geschaffen werden. Legt die deutsche Sozialdemokratie sich auf bestimmte Formen des Marxismus — wiedergegeben im Erfurter Programm — fest, so unterscheidet sie sich eben von der Sozialdemokratie in anderen Ländern. Dort ist Raum auch für solche, die abweichende Ansichten haben.

Hildebrand bestreitet, daß er in allen praktischen Fragen zu anderen Schlußfolgerungen käme, wie es in dem Urteil des Agitationskomitees heiße.

Dittmann antwortet, daß das doch der Fall sei. So komme H. zu anderen Folgerungen bei der Rüstungsfrage, bei der Bauernfrage, der Schutzzollpolitik, des Militarismus und allen Fragen, die sich daraus ergeben.

Als sich eine ausgedehnte Debatte über die Stellung der Sozialdemokratie zur Bauernfrage entspinnt, ersucht Hofrichter dringend, doch diese theoretischen Auseinandersetzungen aufzugeben, die Verhandlungen würden sonst endlos dauern. Das Schiedsgericht habe lediglich zu prüfen, ob durch das Verhalten Hildebrands gegen das Parteiprogramm, die Satzungen und Bestimmungen der Organisation verstoßen worden sei.

Hofrichter: In der Wiedergabe des Vortrages im Solinger Kartell heiße es, daß Hildebrand gesagt habe, er wisse nicht, was er eigentlich noch mit den Anschauungen, die doch auch teilweise von den Nationalliberalen vertreten würden, in der sozialdemokratischen Partei wolle. — — Er — Hofrichter — richte an Hildebrand die Frage, ob diese Darstellung richtig sei?

Hildebrand sagt, daß er in einem größeren Umfange alle die Fragen besprochen hätte und da habe er freilich auch die eventuellen Schlußfolgerungen gezogen, daß er mit seinen Ansichten im Gegensatz zur Mehrheit der Partei stehe.

Hofrichter fragt weiter, ob Hildebrand als Vorbedingung der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie lediglich die Organisation der Arbeiter betrachtet wissen will. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel dagegen als offene Frage betrachtet wissen wolle, dies sei ja die Quintessenz seiner mündlichen Darlegungen sowie auch seines Buches.

Hildebrand bejaht die Frage. Er deutet an, daß er einem Großblock der Linken das Wort rede, mit dem gearbeitet werden könne, bis die Sozialdemokratie die Mehrheit im Parlament erreicht habe.

Um 6 Uhr 25 Min. liegen keine Wortmeldungen mehr vor, Hofrichter schloß die Verhandlungen, die Parteien traten ab.

Das Schiedsgericht begann nun seine Verhandlungen. An der Aussprache beteiligten sich alle Beisitzer sowie der Vorsitzende. Es stimmten für

den Ausschluß aus der Partei die Beisitzer: Drescher, Westkamp, Ludwig und der Vorsitzende Hofrichter; gegen den Ausschluß: Werner, Rübenack, Löwenthal.

Der Ausschluß Hildebrands war somit mit 4 gegen 3 Stimmen beschlossen. Die Parteien wurden um 8 Uhr gerufen und das Urteil verlesen.

Das Urteil lautet:

Es wurde folgendes verkündet:

Der Genosse Gerhard Hildebrand, Solingen, wird aus der Sozialdemokratischen Partei mit 4 gegen 3 Stimmen ausgeschlossen.

Gründe:

Die Verhandlungen, ganz besonders die Darlegungen des Genossen Hildebrand vor dem Schiedsgericht selbst haben ergeben, daß Hildebrand die sozialen Forderungen des grundsätzlichen Teils des Parteiprogramms als offene Frage betrachtet wissen will und lediglich den demokratischen Teil des Parteiprogramms als verbindlich für sich anerkennt.

Das tritt auch an verschiedenen Stellen seines Buches — Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus — klar zutage.

Genosse Hildebrand hat damit nicht nur gegen die Grundsätze des Parteiprogramms verstoßen, er hat den Boden des Parteiprogramms überhaupt verlassen.

Deshalb mußte auf seinen Ausschluß erkannt werden.

Unter den drei Minderheitsstimmen war auch die Stimme des Genossen Löwenthal, der acht Tage später freiwillig aus der Partei ausgetreten ist. (Hört! hört!) Gegen dieses Schiedsgerichtsurteil, das den Ausschluß Hildebrands bestätigt hat, hat Hildebrand Beschwerde an den deutschen Parteitag eingelegt. In der Beschwerdekommission wurde über die Sache eingehend verhandelt und insbesondere Wert darauf gelegt, daß Hildebrand Gelegenheit bekomme, seine Anschauungen frei und rückhaltlos vor den Mitgliedern der Kommission zu entwickeln. Es wurden ihm eine Reihe von Fragen vorgelegt und Stellen aus dem Buch verlesen, um einen Gesamteindruck und Gesamteinblick in die Anschauungen Hildebrands zu bekommen; ich kann wohl feststellen, nicht bloß, daß die Auseinandersetzungen in der Kommission durchaus sachlich geführt wurden, sondern auch, daß die Feststellung getroffen wurde, daß das Verfahren gegen Hildebrand von Anfang an frei war von jeder persönlichen Gehässigkeit. Hildebrand selbst mußte bestätigen, daß er persönlich als Mensch und auch als Redakteur mit den Genossen, die in Frage kommen, niemals irgendwelche persönliche Differenzen gehabt hat, er mußte zugeben, daß er kollegial von ihnen unterstützt wurde und daß die Behauptung, das Verfahren gegen Hildebrand sei auf persönliche Gehässigkeit zurückzuführen, als glatte Unwahrheit erwiesen sei.

In aller Kürze will ich auf die Kommissionsverhandlungen eingehen. Hildebrand bekam das Wort, um uns einen Ueberblick über seine Auffassungen und Anschauungen zu geben. Er sagte folgendes: „Ich bin der Meinung, daß ich im Rahmen der Sozialdemokratie Platz finden kann. Es ist mir klar, daß ich in sehr wichtigen Fragen anderer Meinung wie die Partei bin, ich wüßte nicht, wo ich anderweitig politisch Unterkunft finden sollte. (Heiterkeit.) Der Unterschied zwischen mir und der Partei liegt in der Art der Formulierung des Programms. Diese Formulierung des Programms ist für mich zu nichtssagend, so daß ich mich gedrungen fühle, sie nicht zu akzeptieren. (Hört! hört!) Der Unterschied zwischen der offiziellen Formulierung und mir besteht darin, daß die Partei die Frage gelöst sehen will durch die Formel der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Ich sehe nicht ein, wie das in der Praxis

durchgeführt werden soll. (Heiterkeit.) In bezug auf die augenblickliche Taktik in der Zoll- und Kolonialpolitik treten die Unterschiede zurück. Ich kann mir unter der Aufhebung der Klassengegensätze nichts Bestimmtes vorstellen. Es handelt sich um Veränderungen von Fall zu Fall. Man braucht die Formulierung des Programms nicht als die allein mögliche gelten zu lassen. Der Unterschied zwischen liberaler und sozialistischer Politik scheint mir mehr ein Unterschied in der Tendenz zu sein. (Hört! hört!) Inwieweit sie sich durchsetzen kann, muß ich nach meiner wissenschaftlichen Auffassung offenlassen; ich würde mich vergewaltigt fühlen, wenn ich sagen würde, diese Tendenz müsse unter allen Umständen bis zur Vergesellschaftung der Produktion durchgeführt werden." Sie werden sich aus dem späteren Inhalt des Vortrags Hildebrands überzeugen, daß dies der wesentliche Inhalt seiner Auffassung ist. Ich kann sie ergänzen durch seine weiteren Darlegungen in der Kommission. Auf die Fragen von Kommissionsmitgliedern erklärte Hildebrand wiederholt, die Formulierung des Programms der Partei sei ihm zu eng. Die Durchführung des Gemeineigentums an dem Produktionsmittel in den Industriestaaten müßte geschützt werden vor dem Verschwinden der bäuerlichen Grundlagen. Er gab den wesentlichen Inhalt seines Buches. Ich lege darauf Wert, weil sich daraus ergibt, daß wir bemüht gewesen sind, uns mit dem Gedankengang Hildebrands vertraut zu machen. Ich glaube, es gibt keinen besseren Weg dazu, als ihm selbst Gelegenheit zu geben, seine Anschauungen frei vorzutragen. Er führte aus, die Arbeiterklasse müsse die Tendenz aufnehmen, die bäuerlichen Grundlagen zu schützen. Im Interesse der Arbeiterschaft Westeuropas kommt er zu der Forderung der vereinigten Staaten von Westeuropa.

Nach Hildebrand bekam Dittmann als Vertreter der Organisation das Wort, um eine geschichtliche Darstellung des ganzen Falles zu geben. Ich überschlage diese Ausführungen Dittmanns, weil er später Gelegenheit haben wird, sich dazu zu äußern. Hildebrand führte im weiteren Verlauf der Verhandlungen aus, daß zwischen ihm und den Solinger Genossen mehrfach Differenzen, insbesondere auf dem Gebiet der Kolonialpolitik, bestanden. Es sei ihm nicht möglich gewesen, in Parteiversammlungen seine Anschauungen zu entwickeln und so sei es denn gekommen, daß er in öffentlichen Versammlungen seine abweichenden Anschauungen zur Sprache brachte. Genossen, das bezieht sich darauf, daß in einer öffentlichen Versammlung, die Scheidemann abgehalten hat, Hildebrand aufgetreten ist und versucht hat, seine abweichenden Anschauungen darzulegen. Er wurde von Scheidemann darauf verwiesen, daß die Diskussion über solche Fragen in geschlossene Parteiversammlungen gehöre. (Sehr wahr!) Ein zweiter Fall war, daß in einer öffentlichen Versammlung, nachdem Genosse Busold gesprochen hatte, Hildebrand das Wort ergriff und versuchte, seine abweichenden Anschauungen vorzutragen. Auch diesmal mußte er sich von Busold sagen lassen, daß die Erörterung dieser Fragen nicht in öffentliche Versammlungen gehöre. Er nimmt das Recht in Anspruch, seine Meinung auch öffentlich vorzutragen und beruft sich darauf, daß er in den Versammlungen erst aufgetreten ist, nachdem sich kein Gegner zum Wort gemeldet hat. (Heiterkeit, in der einige Aeußerungen aus der Mitte des Parteitags unverständlich bleiben. Nach einer kleinen Pause fährt der Redner fort): Wenn mir der Genosse Dr. Südekum zuruft, daß Hildebrand ja ein Gegner war, so charakterisiert das . . . (Zuruf von Dr. Südekum: Ist mir ja gar nicht eingefallen, das Ihnen zuzurufen!), dann war es einer aus Ihrem engeren Kreise, einer Ihrer Nachbarn! (Lebhafte Protestrufe, andere Rufe: Wer?) Hildebrand hat dann weiter ausgeführt, er halte eine Kooperation der Arbeiterklasse mit anderen Klassen für möglich, dabei sei allerdings die Arbeiterschaft die Kerntruppe. Er wolle die Parteiauffassung ergänzen,

der Klassenkampf sei im Gange, er brauche nicht besonders mehr geschürt zu
werden. Davon brauche vom sozialdemokratischen Standpunkt aus nicht mehr
geredet zu werden. (Lachen.) Hier handle es sich darum, daß die Kooperation
der Klassen möglich und notwendig sei, allerdings mit der Einschränkung: soweit
sich die anderen Klassen dazu bereit finden. (Ein Zuruf: Schmählich!) Wenn
man eintrete für die Staaten von Westeuropa, müsse man für eine Ko-
operation eintreten; die Klassengegensätze brauchen nicht auf alle Fragen über-
tragen zu werden, die Arbeiterschaft könne ja die Führung übernehmen, wenn
es sich um die Staaten von Westeuropa handle. Um zu diesem Ziel zu kommen,
sei es notwendig, daß sich die Arbeiterklasse mit anderen Klassen verbinde, die
Verständnis haben für die Staaten von Westeuropa. In der Kommission wurde
Hildebrand darauf aufmerksam gemacht, daß sein mündlicher Vortrag in ein-
zelnen Punkten und Ausführungen mit dem Buch im Widerspruch stehe. Hilde-
brand wurde Gelegenheit gegeben, sich auch hierüber zu äußern. Er erklärt
weiter, das Ideal der Vergesellschaftung hindere vielfach die praktische Agrar-
politik. Es wurde ihm die Frage vorgelegt, ob ihm verweigert worden sei,
theoretische Vorträge in Parteiversammlungen zu halten. Hildebrand war
nicht in der Lage, diese Frage zu bejahen. (Hört! hört!) Im weiteren Ver-
lauf hat Hildebrand noch einmal Gelegenheit bekommen, seine Anschauungen
darzulegen. Am Schlusse wurde ihm eine Reihe von Fragen vorgelegt, die
sich auf das Gebiet der praktischen Politik beziehen. Es wurden ihm ins-
besondere Fragen vorgelegt über seine Stellung zu den Kolonien, zur
Steuer- und Zollfrage. Hildebrand hat am Schluß unserer Verhandlungen
folgendes erklärt: „Ich gebe zu, daß die Partei ihre Stellung revidieren muß
in den Fragen der kolonialen, Agrar-, Zoll- und Militärpolitik.“ Ich habe
ihn gefragt, ob er grundsätzlich alle indirekten Steuern ablehnt, Hildebrand
hat diese Frage nicht bejaht. (Hört! hört!)

Auch nach dem Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten werde es
ohne Schutzzoll nicht abgehen. Er gebe zu, daß durch den Zollschutz eine Ver-
teuerung der Lebenshaltung eintrete. Er gebe zu, daß durch den Getreidezoll
auch eine Verteuerung der Lebensmittelpreise eintrete. Er hat nun weiter
ausgeführt: „Wenn wir niemals Zollschutz gehabt hätten, dann wäre die land-
wirtschaftliche Bevölkerung von 18 auf 12 Millionen heruntergesunken. Die
Mehrheit der Kommission hat darin eine Billigung dieser Schutzzollpolitik er-
blickt, unter der wir schwer zu leiden haben. Hildebrand und Dittmann
wurden sodann von der Kommission entlassen und die Kommissionsmitglieder
traten nun in eine Diskussion, Beratung und Beschlußfassung der Angelegen-
heit ein. Von einem Vertreter der Minderheit wurde vorgebracht, daß Hilde-
brad nach seiner Auffassung nicht in grober Weise gegen die Grundsätze der
Partei verstoßen habe; eine Schädigung der Partei liege nur vor, wenn es
sich um eine die Partei schädigende Handlung handle. Wenn wir anders
handeln würden, so würde aus uns eine sozialistisch-katholische Partei werden.
So lange jemand erkläre, er stehe auf dem Boden des Programms und der
Partei, so habe das zu gelten. (Widerspruch.) Die Ideen Hildebrands ent-
hielten nur die Beschäftigung mit einem Teilproblem. Er halte lediglich eine
teilweise Kooperation der Arbeiterklasse mit anderen Klassen für nötig. Hätte
Hildebrand sich angestrengt, Anhänger zu gewinnen, so wäre es ihm vielleicht
gelungen, seine Ideen in der Arbeiterschaft heimisch zu machen. So aber
hätte das völlig versagt. Das wurde aus dem Kündigungsbrief Hildebrands
entnommen. Er hat seine Stellung als Redakteur an der „Bergischen Arbeiter-
stimme“ gekündigt. In dem Kündigungsbriefe erklärt er, es sei ihm nicht ge-
lungen, die Solinger Arbeiterschaft für seine Ideen zu gewinnen, und er
würde nun einen weiteren Wirkungskreis suchen. (Hört! hört!) In diesem

Kündigungsbriefe hat Hildebrand ausdrücklich zugegeben, daß die anderen Genossen mit ihm in durchaus kollegialer, freundschaftlicher Weise verkehrt und gearbeitet haben. Es wurde von der Minderheit eingewendet, der Ausschluß Hildebrands aus der Partei bedeute eine Schwäche der Partei. Die Kommission ist mit 5 gegen 4 Stimmen dazu gekommen, die Berufung Hildebrands zurückzuweisen und seinen Ausschluß zu bestätigen.

Ich muß Ihnen nun kurz als Vertreter der Kommission die Gründe angeben, die für diesen Ausschluß maßgebend waren, um ihn zu rechtfertigen.

Wenn man den Gedankengang von Hildebrand, wie er sich aus einzelnen Stellen des Buches und aus seinem mündlichen Vortrage ergibt, prüft, dann kann man nicht im Zweifel darüber sein, daß er von ganz anderen grundsätzlichen Voraussetzungen ausgeht, als wie die Gesamtpartei. Es handelt sich dabei nicht etwa um die Lösung und Erörterung eines Teilprogramms auf dem Boden unserer grundsätzlichen Forderungen, sondern Hildebrand vertritt die Meinung, unser sozialdemokratisches Endziel würde gar nicht dazu verhelfen können, die Arbeiterschaft aus den Banden des Kapitalismus zu befreien. Für Hildebrand ist nicht das Entscheidende der Klassenkampf und die Ueberzeugung von der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze, sondern die Schaffung der Bauerngrundlage und die Errichtung eines größeren Zollgebiets durch die vereinigten Staaten von Westeuropa. Während wir der Meinung sind, daß auf der einen Seite die Arbeiterschaft steht, ausgebeutet und geknechtet, auf der anderen Seite der Kapitalismus in allen seinen Erscheinungsformen, nimmt Hildebrand eine geographische Scheidung vor, er will Westeuropa zu einer Zollunion vereinigen. Es ist ohne weiteres klar, daß das nur eine Vergrößerung des jetzigen Zollgebietes darstellt. Ehrlich, wie Hildebrand ist, gibt er zu, daß auch für diese vereinigten Staaten von Westeuropa die Notwendigkeit eines Zollschutzes nicht entbehrt werden kann. Während wir daran festhalten, daß für die Arbeiter der Klassenkampf das Entscheidende ist, sucht Hildebrand auf agrar-sozialistischer Grundlage den Klassenkampf vollständig zurücktreten zu lassen; für ihn ist der Klassenkampf nicht das Entscheidende, er sagt, ob mit oder ohne Sozialismus, die Katastrophe läßt sich nicht vermeiden. Wir dagegen sind der Ansicht, daß sie dadurch vermieden werden kann, daß wir die grundsätzlichen und praktischen Ideen unseres Programms durchführen. Auf der Grundlage seiner utopistischen Ideen kommt er zu Konsequenzen auf dem Gebiet der Kolonialpolitik, des Imperialismus, der Zoll- und Steuerpolitik, die zu unseren Anschauungen in direktem Widerspruch stehen. Er spricht für Deutschland die Notwendigkeit von Kolonien aus; er ist sogar der Meinung, daß unser jetziges Kolonialreich nicht ausreicht, daß es unter allen Umständen vergrößert werden muß. Daß das nur möglich ist durch einen Ausbau der Rüstungen und durch Pflege des Imperialismus, den wir in der schärfsten Weise bekämpfen, das muß jedem klar sein. Hildebrand kann auch auf eine ausreichende Armee nicht verzichten, weil er sie benötigt zur Sicherung der Staaten von Westeuropa. Er ist der Meinung, daß die Arbeiterschaft klassenbefangen sei; er spricht von ihrer marxistischen Verbohrtheit. Aber gerade Klassenkampf und Klassenbewußtsein ist das Entscheidende, was die Arbeiterschaft von ihren Gegnern trennt. (Sehr richtig!) Die Mehrheit der Kommission und, wie ich hoffe, auch des Parteitages, ist der Meinung, daß unsere Partei als eine Kampfespartei nicht ein wissenschaftlicher Diskutierklub sein kann (Lebhafte Zustimmung), daß wir zu dem schweren Kampf mit unseren Gegnern eine gemeinschaftliche Grundlage haben müssen, eine gemeinschaftliche Grundauffassung, von der ausgehend wir unsere politischen Forderungen vertreten können. Nur so ist es möglich, unser Ziel zu erreichen.

Nach § 1 unseres Statuts gehört zur Partei jede Person, die sich zu den Grundsätzen der Partei bekennt und Mitglied einer Parteiorganisation ist. Im Zusammenhang damit sagt § 23: „Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht."

Nun bin ich der Meinung, daß § 1 keinen Zweifel darüber läßt, daß zur Partei nur gehören kann, wer sich zu ihren Grundsätzen bekennt, nicht aber, wer den Boden dieser Grundsätze verlassen hat. (Sehr richtig!) Das ist eine Selbstverständlichkeit. Es ist nicht nötig, unser Statut dahin zu ergänzen, daß der Ausschluß auch gegen den verfügt werden kann, der sich nicht mehr zu unseren Grundsätzen bekennt. Es ist mir mitgeteilt worden, daß in der Organisationskommission darüber beraten ist, ob es nicht zweckmäßig sei, eine solche Bestimmung aufzunehmen. Aber man ist sich wohl einig darüber, daß eine solche Selbstverständlichkeit nicht ins Statut aufgenommen zu werden braucht. (Sehr wahr!) Der § 1 erfordert als unerläßliche Voraussetzung das Bekenntnis zu den Grundsätzen des Programms. Wir würden sonst nicht in der Lage sein, z. B. einen Nationalliberalen oder Konservativen auszuschließen, solange er keine bestimmten Handlungen begangen hat. Die Partei muß für sich in Anspruch nehmen, den Ausschluß über jemand zu verhängen, der den Boden unserer Grundsätze verlassen hat. Das muß möglich sein gegen jedermann, mag er nun nationalliberale Anschauungen vertreten oder in Wirklichkeit noch der alte Nationalsoziale geblieben sein. Wenn jemand nicht auf seine Mitgliedschaft verzichtet, und es sind die Voraussetzungen seines Ausscheidens gegeben, so ist die Partei verpflichtet, ihn auszuschließen. Die Sozialdemokratie kann als Kampfespartei unmöglich darauf verzichten, von gemeinschaftlicher Grundlage und gemeinschaftlichen Grundsätzen aus ihre politischen und sozialen Kämpfe durchzufechten. Für sie ist entscheidend die Eroberung der politischen Macht, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Erkenntnis, daß es eine Versöhnung der Klassengegensätze unmöglich geben kann. Es kann jemand Mitglied bei den Hirsch-Dunckern sein und dann an die Versöhnung der Klassengegensätze glauben, aber ein Sozialdemokrat muß sich darüber klar sein, daß es eine Ueberbrückung der Klassengegensätze zwischen den Arbeitern und ihren Feinden nicht geben kann. Hildebrand spricht von der Klassenbefangenheit, in der die Arbeiter begriffen sind. Damit bringt er doch am besten selbst zum Ausdruck, daß der Boden, auf dem wir bisher gestanden haben, nicht mehr der seinige ist oder vielleicht niemals der seinige gewesen ist. Es ist nach meinem Dafürhalten ein Ehrenzeugnis für die Solinger Arbeiterschaft, daß sie sich den Ideen dieses Mannes so vollständig ablehnend verhalten hat. (Sehr richtig!) Ein Beweis, daß das Klassenbewußtsein und die sozialistische Erziehung an der Solinger Arbeiterschaft sich durchaus bewährt hat. Trotz seiner formalen und wissenschaftlichen Bildung, trotz seines Einflusses ist es ihm nicht gelungen, die sozialdemokratischen Arbeiter Solingens von den Grundlagen zu trennen, denen sie heute wie jederzeit gefolgt sind. Er ist den Arbeitermassen genau so fremd geblieben, wie er auch denen fremd geblieben ist, die sich mit dem Ideengang seines Buches befaßt haben. Gerade die Tatsache, daß die Solinger Arbeiter trotz jahrelanger Versuche sich vollständig ablehnend verhalten haben gegen die Ideen dieses Mannes, ist die beste Gewähr dafür, daß auch die Mehrheit der Kommission das Richtige getroffen hat. Selbst wenn es sich, wie Hildebrand behauptet, nur um ein Teilproblem handelt, muß daran festgehalten werden, daß auch Teilprobleme nur gelöst werden können von dem grundsätzlichen Boden unserer Partei aus. (Sehr richtig!) Er hält wesentliche Teile des Programms für offene Fragen, er glaubt, es genügt, wenn er die meisten Sätze des zweiten Teiles anerkennt. Ich sage, das genügt nicht.

Für uns ist der erste Teil des Programms keine offene Frage, sondern er bildet die Voraussetzung für die Zugehörigkeit der Partei. Hier handelt es sich um eine Prinzipienerklärung, nicht um theoretische Meinungsverschiedenheiten, sondern um die Grundsätze unserer Partei. Der erste Teil ist nicht losgelöst vom zweiten, er ist die Unterlage und bildet die Voraussetzung, von der aus wir zum zweiten Teil kommen. Er steht mit dem zweiten Teil in einem organischen Zusammenhang; es ist unmöglich, zu sagen, man sei schon deshalb Sozialdemokrat, weil man den politischen Forderungen des zweiten Teiles zustimmt. Eine derartige Auswahl gibt es nicht. Wer nur den zweiten Teil anerkennt, den ersten aber ablehnt, der ist kein Sozialdemokrat. Hier handelt es sich nicht etwa um Meinungsverschiedenheiten über Agrarfragen, nicht um Meinungsverschiedenheiten über das Kolonialproblem, sondern um die Grundauffassung der Partei. Ich möchte Sie warnen, sich in der Diskussion auf Einzelheiten einzulassen. Es kann sich nur darum handeln, ob der ganze Ideengang von Hildebrand und seine Verneinung der Unüberbrückbarkeit der Klassengegensätze sich verträgt mit unserm sozialdemokratischen Programm. Hildebrand hat die Grundauffassung der Partei verlassen, er steht nicht auf dem Boden der Partei, wenn er überhaupt jemals auf dem Boden gestanden hat. Es ist daher auch nicht zu verwundern, daß er zu Konsequenzen kommt, die zu unserer ganzen theoretischen und praktischen Politik im schroffsten Widerspruch stehen. Muß ich Sie an die Resolutionen erinnern, die wir in den letzten Tagen gefaßt haben? Muß ich Sie an die Aufklärungsarbeit erinnern, die seit Jahrzehnten in der Partei betrieben wurde, um zu sagen, daß die Konsequenzen, zu denen Hildebrand kommt, in scharfem Widerspruch zu der Partei stehen? Hildebrand ist ein durchaus ehrlicher Mensch, ich achte seine wissenschaftliche Forschungsarbeit und sein Bemühen, der Arbeiterschaft neue Wege zu zeigen. Es kann nicht die Rede davon sein, daß er irgendwie die Absicht hat, die Partei oder die Arbeiter zu schädigen oder irre zu führen. (Lebhafte Zustimmung.) Er ist ehrlich, aber hier hat nicht Gefühl und Mitleid zu entscheiden. (Sehr richtig!) Hildebrand fordert, daß wir die Kolonien halten und neue Kolonien erwerben. Es ist klar, daß das zu Reibungen mit anderen Staaten führen muß. In seiner neuen Broschüre kommt er ja noch zu einem weit stärkeren Widerspruch mit unseren Anschauungen. Die Agrarier können Hildebrand als einen Verfechter der Schutzzollpolitik ansehen, denn nichts anderes ist es, wenn er die Notwendigkeit der Schutzzollpolitik betont, obwohl er sich bewußt ist, daß dadurch die Lebenshaltung der Arbeiter verteuert wird und daß die Lebensmittelpreise gerade dadurch in die Höhe getrieben werden. Hildebrand ist kein prinzipieller Gegner indirekter Steuern. Ich brauche darüber kein Wort zu verlieren, nachdem wir erst vor wenigen Tagen aus dem Munde von Scheidemann gehört haben, wie verbrecherisch die Schutzzollpolitik und die Steuerpolitik auf dem Volke lasten. Hildebrand sagt, er wüßte nicht, wo er sonst eine politische Unterkunft finden könnte. Die Sozialdemokratie ist keine Zufluchtsstätte für politisch Obdachlose. (Sehr gut!) Wir würden uns ein Armutszeugnis ausstellen, wenn wir uns aus purem Mitleid entschließen würden, einem Mann Obdach zu geben, weil er nicht weiß, wohin er sonst gehört. (Zustimmung.) Mag sein, daß Hildebrand zu keiner Partei gehört, daß er zwischen allen möglichen Parteien herumgondelt, aber die Unmöglichkeit, sich einer anderen Partei anzuschließen, ist noch keine Notwendigkeit für die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie. Gerade in dieser Erklärung, er wisse nicht, welcher anderen Partei er sich zuzählen solle, liegt unbewußt das Zugeständnis, daß er eigentlich gar nicht zu uns gehört. Er sagt, er trete ein für die sozialen Forderungen der Arbeiter, er unterstütze sie in ihrem Emanzipationskampf. Aber das Eintreten für soziale Forderungen macht noch nicht den Sozialdemo-

kraten. (Sehr richtig!) Es gibt eine ganze Reihe Männer, außerhalb unserer Partei, die die sozialen Bestrebungen der Arbeiterschaft unterstützen aus sozialem Verständnis und sozialem Mitgefühl, aber Sozialdemokraten sind sie noch lange nicht. Es gibt eine Menge von allen möglichen Schattierungen und Spielarten von Sozialisten. Es ist ein Unfug, daß so viele sich daran gewöhnt haben, Sozialisten und Sozialdemokraten als gleichbedeutend anzusehen. (Sehr richtig!) Es kann jemand Sozialist sein, braucht aber nicht Sozialdemokrat zu sein; wir würden auf eine schiefe Ebene kommen, wenn wir jemandem die Aufnahme gewährten, bloß weil er sagt, ich bin Sozialist. Daraus ergibt sich der Beweis, daß Hildebrand keiner der unsrigen und daß er kein Sozialdemokrat ist; das muß offen ausgesprochen werden, obwohl in den letzten Wochen systematisch gegen einen Ausschluß Stimmung gemacht wurde. Wir dürfen uns nicht von Stimmungen leiten lassen. Jedem von uns wäre es lieber, wenn Hildebrand durch seinen freiwilligen Austritt ebenso wie sein Schiedsrichter Löwenthal die Konsequenzen gezogen hätte. (Sehr richtig!) Aber nachdem er das nicht getan hat, sondern eine Entscheidung des Parteitages wünscht, müssen wir die Entscheidung fällen. Man hat von einem Ketzergericht, von einem Autodafé gesprochen. Ich weise das mit aller Entschiedenheit zurück. (Bravo!) Es ist bedauerlich, wenn solche Behauptungen ausgesprochen werden, nicht bloß von unseren Gegnern, die allerdings ein Interesse haben, uns herunterzureißen und zu verdächtigen, sondern wenn aus der Mitte der Partei solche Bemerkungen fallen. In der Sozialdemokratie besteht volle Meinungsfreiheit; auch die Mehrheit, die sich für den Ausschluß entschieden hat, nimmt das Recht der Meinungs- und Forschungsfreiheit in Anspruch. Ich kenne keine Partei, die soviel Meinungsfreiheit zuläßt, wie die Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Muß ich an Maurenbrecher und andere erinnern, zum Beweise dafür, wie weit die Meinungsfreiheit in der Partei geht? Aber wir verlangen das Bekenntnis zur gemeinschaftlichen Grundlage des Programms. Man wird sagen, die Meinungsfreiheit erfordere, von dem notwendigen Ausschluß abzusehen. Nein, der Respekt vor der Meinungsfreiheit darf nicht zur Zerstörung unserer Grundlagen führen; und die Meinungs- und Forschungsfreiheit findet ihre Grenzen an den Grundanschauungen und Grundlagen unserer Partei. Man hat von einer Schwäche der Partei gesprochen. Im Gegenteil, eine Schwäche der Partei wäre es, wenn sie vor der notwendigen Entscheidung zurückschrecken würde. (Sehr richtig!) Es handelt sich um eine klare, unzweideutige Entscheidung, auf die der Mann, der sie angerufen hat, Anspruch hat. Er hat ein Anrecht darauf, daß die Entscheidung der Ueberzeugung des Parteitages entspricht und daß wir uns nicht durch ein Gefühl des Mitleides abhalten lassen. Nach unserer Ueberzeugung ist Hildebrand kein Sozialdemokrat, er gehört nicht zu uns, und sein Ausschluß ist eine bedauerliche, aber zwingende Notwendigkeit. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Haase: Ich schlage vor, daß wir zunächst dem Genossen Müller als Vertreter der Minorität der Kommission das Wort geben. Dann wird Hildebrand sich zur Sache äußern und es wird auch noch ein Vertreter der Organisation sprechen müssen, der sich zuerst zum Wort gemeldet hat. Ich würde dann vorschlagen, damit kein einseitiges Bild entsteht, immer einem Redner für und einem gegen das Wort zu geben. Auf diese Weise vermeiden wir es, daß durch die Häufung von Reden der einen Gruppe der Parteitag beeinflußt wird. (Allseitige Zustimmung.)

Müller-München (als Korreferent und Vertreter der Minderheit der Beschwerdekommission): Der Beschluß der Beschwerdekommission ist mit 5 gegen 4 Stimmen gefaßt worden. Sie werden es daher begreiflich finden, daß angesichts dieses Stimmenverhältnisses und der bedeutenden Tragweite des ganzen

Falles die Meinung der Minderheit etwas mehr zum Ausdruck kommen muß, als es naturgemäß in dem für die Mehrheit erstatteten Referat der Fall sein konnte. Auch die Mitglieder der Mehrheit werden mir zustimmen, wenn ich sage: Wohl selten hat eine Beschwerdekommission des Parteitages unter unwürdigeren und schwierigeren äußeren und inneren Verhältnissen getagt als die gegenwärtige. Eine Kommission, die neben anderen nicht unwichtigen Fällen über einen Fall zu urteilen hat, bei dem auf Grund von rein wissenschaftlichen Streitigkeiten der Ausschluß eines Genossen beantragt wird, hat nicht einmal ein Lokal gehabt, in dem sie verhandeln konnte, ohne daß sie von draußen gestört wurde. (Lachen.) Es ist eine Beeinträchtigung des ruhigen und objektiven Rechtsprechens, wenn die Kommission von Leuten, die nicht zur Partei gehörten, gestört wurde. Die Kommission hat in zwei halben Tagen über eine Materie entscheiden müssen, die im wesentlichen rein wissenschaftlich war. Sie sollte ihr Urteil über die Auszüge aus dem umfangreichen Buche Hildebrands: „Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus“ abgeben und darüber, ob diese Auszüge im Zusammenhang mit der Gesamtansicht des Verfassers stehen oder ob sie aus einer gewissen Tendenz heraus zusammengestellt worden sind. Um ein solches Urteil zu fällen, ist vor allem die genaue Lektüre notwendig. (Sehr richtig!) Ich stelle fest, daß in sämtlichen Verfahren im Falle Hildebrand mit Einschluß des Verfahrens der Beschwerdekommission nur eine geringe Minderheit das Buch gelesen und studiert hat. (Hört! hört!) Wer sich imstande erklärt, in den wenigen Stunden, die ihm als Mitglied der Beschwerdekommission zur Verfügung standen, eine wirklich durchdringende Auffassung vom Inhalte des Hildebrandschen Buches zu erhalten, den erkläre ich nicht nur für einen sehr gewandten Wissenschaftler, sondern für ein Phänomen in der Partei. Das Buch, dessen Inhalt weder ich noch ein anderes Mitglied der Kommission teilt, schneidet eine ganze Reihe von hochinteressanten Problemen an, und bringt eine Fülle von unzweifelhaft richtigen Statistiken, das Material wird meiner Meinung nach aber zu falschen Schlüssen verwendet. Wer nun ein solches Material in so kurzer Zeit kritisch verarbeiten kann, der verdient allerdings, als hervorragende wissenschaftliche Kraft anerkannt zu werden. Ich bestreite, daß es einem Mitgliede der Kommission, selbst denen, die über die zwei verteilten Exemplare des Buches verfügten, möglich war, zu diesem Ergebnis zu gelangen. Dazu kam eine weitere Schwierigkeit für die Kommission. Sie hatte vor sich ein Endurteil des Solinger Schiedsgerichts vom 5. April, das so mangelhaft begründet war, daß, wenn ein solches Urteil von einem bürgerlichen Gericht kommen würde, mit Recht die größte Entrüstung Platz greifen würde. Das Schiedsgericht hat um 3.15 Uhr mit seinen Beratungen begonnen und war um 6.45 Uhr fertig. Und die Begründung des Urteils lautet:

> „Die Verhandlungen, ganz besonders die Darlegungen des Genossen Hildebrand vor dem Schiedsgericht selbst, haben ergeben, daß Hildebrand die sozialen Forderungen des grundsätzlichen Teils des Parteiprogramms als offene Frage betrachtet wissen will und lediglich den demokratischen Teil des Parteiprogramms als vorbildlich für sich anerkennt. Das tritt auch an verschiedenen Stellen seines Buches — Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus — klar zutage. Genosse Hildebrand hat damit nicht nur gegen die Grundsätze des Parteiprogramms verstoßen, er hat den Boden des Parteiprogramms überhaupt verlassen.“

Gegen diese Auffassung hat sich Hildebrand gewehrt. Er hat vor allem erklärt, daß die von dem Schiedsgericht angezogenen Stellen nur im Zusammenhang mit dem ganzen Buche zu verstehen seien, und weiter, daß die Annahme, er habe sich außerhalb des Bodens unserer Grundsätze gestellt, unrichtig sei.

Nun zu dem Verfahren der Beschwerdekommission hier auf dem Parteitag. Es ist mein gutes Recht, zuerst meinen persönlichen Eindruck der Dinge zu schildern. Sämtliche Mitglieder der Kommission waren in jedem einzelnen Stadium bestrebt, die Verhandlungen durchaus sachlich zu führen. Es ist in der ganzen Verhandlung weder ein scharfes, noch unschönes Wort gefallen. Es hat sich aber gezeigt, daß die Grundstimmung, von der aus das ganze peinliche Verfahren gegen Hildebrand seinen Anfang genommen hat, auf der persönlichen Verstimmung der Solinger Genossen insoweit beruhte, als sie sich durch das fortgesetzte Bemühen Hildebrands, seine Auffassung des Parteiprogramms zur Diskussion zu bringen, in ihrer täglichen Kampfesarbeit gestört fühlten. (Hört! hört! und Lachen.) Was lachen Sie darüber? (Pieck: Hildebrandsche Sonderorganisation!) Ich weiß nicht, ob ein früherer Parteischüler auf dem Standpunkt stehen darf, daß Diskussionen und Anschauungen in bezug auf die Formulierung des Parteiprogramms schädlich sind oder verboten werden. (Sehr richtig!) Dittmann, als Vertreter der Anklage, ist im wesentlichen durchaus sachlich gewesen, aber es ging doch aus seinen Ausführungen hervor, daß die Solinger sich durch die Darlegungen Hildebrands bedrängt sahen. Die Mißstimmung über das Verhalten Hildebrands war mehr das anstoßende Motiv der ganzen Bewegung als der Unwille über die geäußerten Grundsätze und Meinungen. Es wurde gesagt, Hildebrand habe Zweifel und Verwirrung in die Reihen der Solinger Genossen getragen. Es ist aber nicht nachgewiesen worden, daß ein einziger Solinger Genosse verwirrt worden ist. (Heiterkeit.) Es wurde besonders auf zwei Dinge als gravierend hingewiesen. Erstens solle Hildebrand in einer neu begründeten Bezirksorganisation derartige weittragende Diskussionen versucht haben. Dann soll er, und das soll die Sache erst in Schwung gebracht haben, sich um ein Mandat für den Jenenser Parteitag bemüht haben. Beide Behauptungen sind irrig. Die angeblich neue Organisation hatte nur den Namen geändert und bestand aus alten Genossen, die mit Hildebrand schon diskutiert hatten. Im zweiten Falle liegt die Sache so, daß Hildebrand nicht ein Mandat gesucht hat, sondern daß ihm ein solches freiwillig angetragen worden ist. Als besonders gravierend gegen Hildebrand wurde weiter angeführt, daß er sich in einem bestimmten Falle geweigert habe, ein Flugblatt für die bäuerliche Bevölkerung zu schreiben. Daraus ist geschlossen worden, daß seine Grundsätze vollständig zerrüttet sein müssen, wenn er sich dessen weigere. Ich habe den Eindruck von Hildebrand, daß er sehr schwerfällig ist. Er hat in der Kommission seinen Standpunkt mit großer Schwerfälligkeit dargelegt, obwohl er Zeit genug hatte, sich vorzubereiten. Die Leute, die flüssig reden, sind eben nicht immer die, die die tiefsten Gedanken haben. (Sehr richtig!) Er mag daher auf vielen Gebieten ein guter Denker sein, aber soviel ich ihn beurteilen kann, scheint er mir für die praktische Agitation nicht die Befähigung zu haben, wie Dittmann. Daher seine Abneigung dagegen ein solches Flugblatt zu schreiben. Wir haben ja erlebt, wie gefährlich das ist, selbst für die Größen der Partei. Wir brauchen nur an das Marokkoflugblatt Kautskys zu denken, das von Rosa Luxemburg so scharf kritisiert wurde. Kautsky wird es sich wohl sehr überlegen, ehe er wieder ein Flugblatt schreibt. Die Darlegungen Dittmanns haben bei mir den Eindruck erweckt, den ich immer gegenüber dem verstorbenen bayerischen Minister Riedel hatte: „Ich mach mei Ueberschüss, aber mei Ruh will i ham." (Heiterkeit.) Trotz der Unmöglichkeit, die wissenschaftliche Arbeit Hildebrands exakt zu beurteilen, hat das Schiedsgericht den Ausschluß beschlossen. Dittmann hat nun Hildebrand im Ausschusse entgegengehalten, daß er den Klassenkampfstandpunkt der Partei völlig verlassen habe. Hildebrand hat aber seinen Standpunkt dahin formuliert, daß sein Buch nur ein bestimmtes Teilproblem behandle. Er halte bei der

Erörterung dieses Teilproblems eine zeitweilige Kooperation der Arbeiterklasse mit Teilen anderer Klassen für möglich. Dabei sei die Arbeiterklasse weiterhin die Kerntruppe des Klassenkampfes. Deshalb vertrete er nicht im geringsten eine individualistische oder manchesterliche Anschauung. Daß der Klassenkampf weitergehe, sei ihm ganz selbstverständlich. Der Klassenkampf sei im Gange, die Arbeiterschaft sei ihres Weges sicher. Alles, was sie zum Wohle der Allgemeinheit unternehme, führe sie naturgemäß in Differenzen mit anderen Klassen, was die weitere Sicherstellung des Klassenkampfes darstelle. Er erörtere in seinem Buche für ein bestimmtes Gebiet und eine bestimmte künftige Zeit ein Anstreben der Kooperation der Arbeiterschaft mit Teilen anderer Klassen, nicht etwa, weil er darin das Endziel sähe, sondern um schneller zum endlichen Ziele zu kommen. (Hört! hört!) Was er in seinem Buche behandelt, das ist also sozusagen die Dämpfung des Klassenkampfes in gewissen Situationen. (Hört! hört!) Ich halte die ökonomischen und sozialen Betrachtungen Hildebrands durchaus nicht für schlüssig, aber man hat die Pflicht, sie anzuhören. Im übrigen gelten seine Betrachtungen nicht für die Gegenwart, sondern für die Zeit des ihm als möglich erscheinenden westeuropäischen Staatenbundes, der nur existieren kann, wenn vorher die Macht der Arbeiterklasse sich so weit entwickelt hat, daß dieses demokratische, internationale Gebilde möglich ist. Seine volkswirtschaftlichen Probleme haben unter diesen Umständen mit der praktischen Arbeit unserer Partei nicht das geringste zu tun. (Hört! hört!) Das scheint mir eben die verhängnisvolle Verwechselung zu sein. Bei Hildebrand handelte es sich um Betrachtungen wissenschaftlicher Natur, über eine spätere Epoche. Und die verdienten Solinger Genossen urteilten, als seien diese Betrachtungen für die jetzige Parteizeit gemacht. (Hört! hört!) Ueber diesen Irrtum ist der Referent in seinen sehr scharfen und zugespitzten Ausführungen nicht hinweggekommen. (Zuruf: Wir leben im Gegenwartsstaat und nicht im Zukunftsstaat!) Aber es darf nicht verboten sein, im Gegenwartsstaat auch Zukunftsprobleme zu erörtern. Ausdrücklich hat Hildebrand erklärt, es sei ihm nicht eingefallen, im entferntesten die Grundsätze des Parteiprogramms zu leugnen. (Hört! hört!) Er hat nur Zweifel über die Formulierung. Ich habe auch über die Verstaatlichung der Produktionsmittel eine eigene Meinung. Bezeichnen Sie mich deswegen als Ketzer, wenn Sie wollen. Meine Meinung ist die:

„Die mannigfachsten Arten des Eigentums an den Produktionsmitteln — staatliches, kommunales, konsumgenossenschaftliches, produktivgenossenschaftliches, privates — können nebeneinander in einer sozialistischen Gesellschaft existieren. Die verschiedensten Formen des Betriebes — bureaukratischer, gewerkschaftlicher, genossenschaftlicher, Alleinbetrieb —, die verschiedensten Formen der Entlohnung der Arbeiter — fixes Gehalt, Zeitlohn, Stücklohn, Beteiligung an allen Ersparnissen an Rohmaterial, Maschinerie usw., Beteiligung an den Resultaten intensiver Arbeit —; die verschiedensten Formen der Zirkulation der Produkte — durch Lieferungskontrakte, durch Kauf aus den Lagern des Staates, der Gemeinden, der Konsumgenossenschaften, der Produzenten selbst usw., usw., dieselbe Mannigfaltigkeit des ökonomischen Mechanismus wie heute ist in einer sozialistischen Gesellschaft möglich." (Hört! hört!)

Das behaupte ich. (Hört! hört!) Das behauptet aber auch Kautsky. (Hört! hört! und Heiterkeit. Pfannkuch ruft: Das ist schon lange bekannt!) Kautsky sagt in diesen Sätzen sehr vieles von dem, was auch Hildebrand in bezug auf seine Bauerngrundlage sagt. Hildebrand hat des weiteren erklärt, es sei im zweiten Teile unseres Programms kein einziger Teil enthalten, den er nicht unterschreibe. Wenn vorhin der Referent Hildebrands Aeußerungen über die indirekten Steuern angeführt hat, so muß ich betonen,

daß auch der zweite Teil unseres Programms die indirekten Steuern nicht ohne weiteres verwirft. Ich verweise auf den Absatz 10. Der Referent, der ein ausgezeichneter Jurist ist, hat darauf verwiesen, daß bei dem Ausschlußverfahren gegen Hildebrand der § 1 in Betracht kommen müsse. Hildebrand hat sich aber bei den Verhandlungen zu den Grundsätzen der sozialdemokratischen Partei bekannt und nur Einwendungen gegen die Formulierung einzelner Absätze gemacht. Wenn wir alle Parteigenossen, die Einwendungen gegen die Formulierung des grundsätzlichen Teiles unseres Parteiprogramms laut oder im stillen machen, ausschließen wollten, dann kämen wir in der Partei in eine sehr unangenehme Lage. (Sehr richtig!) Dann hätten wir in der Vergangenheit und in der Gegenwart sehr viel nachzuholen. Das Bekennen im Sinne des § 1 kann doch nicht mit dem Standpunkt des Glaubens verwechselt werden. Denn immer wieder haben die Personen, die die theoretischen Erörterungen in der Partei geführt haben, uns erklärt: auch der erste grundsätzliche Teil unseres Parteiprogramms ist kein Dogma. Er enthält keine feststehenden Glaubenssätze, sondern enthält die auf dem Stande der derzeitigen Wissenschaft vom sozialistischen Boden aus gewonnene Ueberzeugung. In jedem Standpunkt der Parteientwickelung muß es jedem erlaubt sein, eine andere Formulierung eines Parteigrundsatzes zu beantragen, sonst kommen wir zu dem Standpunkt, den wir, ohne damit das konfessionelle Moment zu berühren, als den „katholischen“ bezeichnen. Etwas anderes hat nach der Meinung der Minderheit der Kommission auch Hildebrand nicht getan, wenn auch seine Ansichten von keinem von uns geteilt wurden. Ich halte sein Buch für keinen Verstoß und schon lange nicht für einen groben Verstoß gegen die Parteigrundsätze. Es ist sein Recht, wenn er wie Pannekoek, es erst für nötig hält, diese Grundsätze in Parteidiskussionen zu vertreten. Die Minderheit der Beschwerdekommission hat sich daher auf den Standpunkt gestellt, nichts anderes bei ihrer Entscheidung gelten zu lassen als das klare Recht. Da ihr der Beweis für die Anklage in keiner Hinsicht erbracht erschien, hat sie der Beschwerde Hildebrands geglaubt stattgeben zu müssen und gegen die Aufrechterhaltung des Solinger Schiedsgerichtsbeschlusses gestimmt. Auf Grund dieser Eindrücke und Ergebnisse warne ich Sie dringend, das Urteil des Schiedsgerichts zu bestätigen. Es gründet sich im wesentlichen auf Mißstimmungen über eine die Politik der Partei angeblich störende Agitation Hildebrands. Das Urteil selbst hält diese Behauptung auch aufrecht. Ein Beweis ist für sie nicht erbracht worden. Es gründet sich auf willkürliche Auszüge aus einem Buche, dessen Gesamtinhalt nur einer kleinen Minderheit sämtlicher bisher urteilender Instanzen einschließlich der Beschwerdekommission bekannt geworden ist. Wir haben also ein Urteil vor uns, das auch nicht zu einem geringen Teil die Voraussetzungen erfüllt, die wir in bezug auf die Genauigkeit an die bürgerliche Justiz stellen. (Sehr richtig!) Wollen wir weiter befugt sein, Kritik an den Urteilen der Klassenjustiz in Parlament und Presse zu üben, dann müssen wir das Schild unserer Parteijustiz völlig rein erhalten. (Beifall bei einem Teil der Versammlung.)

Vorsitzender Haase: Parteigenossen, das Wort hat Hildebrand.

Gerhard Hildebrand-Solingen: Mit welcher außerordentlichen Leichtigkeit die Genossen, die über mich zu Gericht zu sitzen hatten, mit ihrem Urteil im ganzen und in sehr vielen Einzelheiten fertig geworden sind, hat sich mir wieder durch den Vortrag des Referenten, Genossen Dr. Süßheim, von neuem gezeigt, nachdem ich bereits wiederholt vorher Gelegenheit gehabt habe, schriftlich und mündlich gegen eine derartige Schnellfertigkeit mich zu wehren. Süßheim hat der Solinger Parteiorganisation ein überschwengliches Lob dafür erteilt, daß sie so fest in ihren Grundsätzen gewesen sei, daß sie sich nicht von mir habe beeinflussen lassen, daß es mir vollständig unmöglich gewesen sei, für meine Anschauungen in der Solinger Parteiorganisation Boden zu gewinnen; und zwar handelt es sich da natürlich um die in meinem Buch „Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus“ vertretenen und hier als Hauptanklagepunkte in Frage kommenden Ansichten. Es sei mir so schwer gewesen, meine Ansichten bei den Solinger Parteigenossen zur Geltung zu bringen, sie zu beeinflussen in der Richtung meiner Ansichten, daß ich daraufhin die Konsequenz gezogen hätte, meine Stellung als Redakteur der „Bergischen Arbeiterstimme“ niederzulegen. Meine Ansichten, die in dem Buch „Die Erschütterung usw.“ niedergelegt worden sind, sind mir selber vollständig unerwartet aus dem Gang meiner Studien hervorgetreten, die ich nach der Niederlegung meiner Stellung als Redakteur der „Bergischen Arbeiterstimme“ betrieben habe. (Lebhaftes Hört! hört!) Nach der Niederlegung meiner Redakteurstelle habe ich diese Studien betrieben, die für mich selber die Veranlassung zu einer Katastrophe in gewisser Beziehung geworden sind. Und daß ich diese Anschauung nicht zur Geltung habe bringen können, soll nach der Behauptung Süßheims der Anlaß für mich gewesen sein, meine Stellung niederzulegen. Das ist ein Beispiel dafür, wie leicht sich der Genosse Süßheim die Argumentation gemacht hat!

Nachdem ich zu diesen meinen Anschauungen gekommen war, habe ich nur in drei Fällen überhaupt die Möglichkeit gehabt, die Solinger Genossen damit vertraut zu machen. In dem ersten Fall in einer kleinen Distriktsversammlung, in einem neu aus einem Bezirk in einen Distrikt umgewandelten Parteikörper, wo ich mit den Genossen seit Jahren persönlich bekannt bin, wo ich mir aber trotzdem sagte, der Kreis ist hier so klein, daß ich mich sehr vorsehen muß und nicht in der Lage bin, so frei von der Leber wegzureden, wie ich möchte, denn unter den Genossen ist vielleicht doch gerade zufällig derjenige nicht vorhanden, der auch die andere Seite der Sache mir gegenüber zur Geltung bringen kann. Das zweitemal vertrat ich meine Ansichten in einer Versammlung des Gewerkschaftskartells Solingen, in der ich in zwei bis zweieinhalb Stunden den Inhalt meines Buches in seinen wesentlichen Hauptzügen rekapituliert habe, unter dem Titel: „Die Abhängigkeit Deutschlands vom Weltmarkt“. Da habe ich allerdings frei von der Leber weg gesprochen, aber glauben Sie denn, daß durch einen derartigen Vortrag im Gewerkschaftskartell ich mir einbilden konnte, die Solinger Parteigenossen in ihrer Gesamtheit irgendwie zu beeinflussen? Das ist weder meine eigene Meinung gewesen, noch ist es überhaupt möglich. Das drittemal sprach ich in jener Versammlung in Ohligs, als der Ausschlußantrag gegen mich zur Erörterung kam, so daß ich mich also gegen die Anklage zur Wehr setzte, und meine Auffassungen, soweit es sich machen ließ in dieser Zeit, zum Ausdruck brachte. Ueber diese Versammlung in Ohligs ist ein derartig verstümmelter Bericht in der „Bergischen Arbeiterstimme“ erschienen, daß manche meiner Auffassungen geradezu auf den Kopf gestellt erscheinen. (Hört! hört!) Also auch der Bericht der „Bergischen Arbeiterstimme“ hat es nicht möglich machen können, die Parteigenossen zu beeinflussen. Und nun stellt sich Dr. Süßheim hier hin und erklärt es als großartiges Kennzeichen für die Solidität der Bildung der Solinger Arbeiterschaft, daß sie sich durch alle meine Anstrengungen nicht habe beeinflussen lassen. In dieser Weise also ist das ganze Referat von Süßheim gehalten. Namentlich ist es aufgebaut auf einzelnen herausgegriffenen Sätzen, die aus ihrem Zusammenhang losgelöst worden sind und nun gibt er in einem ganz anderen Zusammenhang diese Aeußerungen, die in einer ganz anderen Beleuchtung erscheinen, als wie ich sie wirklich gemacht habe. Noch ein weiteres Beispiel dafür, das mir besonders wichtig ist, weil es in derselben Form sich schon in einer früheren Instanz abgespielt hat. Nach Süßheim soll ich in der Kommission

gesagt haben, ich wüßte nicht, wo ich sonst eine andere politische Unterkunft finden solle, wenn nicht bei der Sozialdemokratie. Das klingt so, als irrte ich heimatlos umher und suchte mir irgendwo ein Schwalbennest zu bauen. (Zuruf von Hoffmann-Hamburg: Jawohl, wenn Worte einen Sinn haben!) Wenn Worte einen Sinn haben, so haben meine Worte den, daß ich sage: In den und den Punkten habe ich die und die Ansichten und wo soll ein Vertreter dieser Auffassung anders Anschluß suchen als in der Sozialdemokratie. (Hört! hört!) Also gerade, weil ich diese Auffassung vertrete, muß ich in die Sozialdemokratie hinein, ob ich will oder nicht. Ich laufe absolut nicht umher, um politischen Anschluß zu suchen, sondern auf Grund meiner grundsätzlichen Auffassungen kann ich gar nicht anders, als bei der Sozialdemokratie Unterkunft suchen. (Zurufe: Neue Arbeiterpartei! Nationalsozial!) Unter diesen Umständen kann ich das, was Süßheim als Spiegelbild über den Gang der Kommissionsverhandlungen ausgeführt hat, nicht als eine getreue Darstellung meiner Auffassungen anerkennen, ebenso wie ich schon in früheren Fällen dagegen Einspruch erheben mußte, daß etwas, was von anderer Seite als meine Auffassung formuliert worden ist, wirklich in verbindlicher Form als meine Auffassung gelten könne.

Ich habe seinerzeit, als das Elberfelder Agitationskomitee mich ausgeschlossen hatte, in meinem Berufungsschreiben an den Parteivorstand unter anderem erklärt: „Ich übergehe an dieser Stelle die tatsächlichen Unrichtigkeiten der Ausschlußbegründung, soweit sie teils in dem Bericht als solchem, teils in den richtig wiedergegebenen Behauptungen meiner Prozeßgegner zu finden sind und behalte mir vor, darauf in der mündlichen Verhandlung zurückzukommen." Ich habe dann unter anderem manche dieser Unrichtigkeiten in einem Artikel, der in den „Sozialistischen Monatsheften" erschienen ist, zurückgewiesen. Hier gebe ich nur ein einziges Beispiel dafür, in welcher Weise dieser Ausschlußwortlaut festgestellt worden ist. Es heißt in dem Ausschlußurteil: „Für die Umbildung des Heeres in ein Volksheer sei er (also Hildebrand), aber vorläufig seien wir noch nicht so weit und könnten auf die Selbstverteidigungsmaschine nicht verzichten." Das ist genau das Gegenteil von dem, was ich gesagt habe. (Hört! hört!) Ich habe in Wirklichkeit gesagt: Weil wir vorläufig auf die Selbstverteidigungsmaschine noch nicht verzichten könnten, sei ich nicht für Abrüstung, sondern für die Umbildung des Heeres in ein Volksheer. (Stürmisches Hört! hört! und Rufe: Das ist doch unser Programm! Das fordert auch Lensch!) Ich könnte aus dem heutigen Referat Süßheims allein zwei bis drei Dutzend einzelne Sätze herauspicken, die in dem Zusammenhang, in dem er sie gesprochen, ungefähr das genaue Gegenteil von dem darstellen würden, was ich gemeint und gesagt habe. Nun ist an mich von einer einzelnen Person die Aufforderung gerichtet worden, ich solle doch meine Berufung jetzt, nachdem die Kommission entschieden hat, zurückziehen (Sehr richtig!) und nicht die Sache vor das Plenum des Parteitages bringen. Gerade das Süßheimsche Referat überzeugt mich davon, daß die Sache unter allen Umständen das Plenum des Parteitages beschäftigen mußte, und zwar deswegen, weil es mir eine grauenvolle Vorstellung ist, daß Genossen, wie Süßheim, derartig verworrene Auffassungen als die meinigen herumtragen und wiedergeben. (Sehr gut!) Ich habe jetzt die Möglichkeit, hier meine Auffassungen wörtlich wiedergegeben zu sehen (im Protokoll; Anm. des Protokollführers), muß mir aber dabei allerdings gewisse Beschränkungen auferlegen, auf die ich noch zu sprechen kommen werde. Aber ich habe wenigstens die Möglichkeit, daß das, was ich hier sage, wirklich so festgehalten wird, wie ich es sage, und daß nachher niemand die Möglichkeit haben wird, die Dinge in ähnlicher Weise zu entstellen, wie es durch die Schnellfertigkeit der betreffenden

Genossen, sowohl in dem Urteil erster und zweiter Instanz, als in dem Süßheimschen Bericht über die Kommissionsverhandlungen geschehen ist. Die Urteilsbegründungen stützen sich in der Regel nur auf den Inhalt des Buches und auf das Ergebnis der mündlichen Verhandlungen. Es ist nicht wahr, daß ich in dem Buch „Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus" mich gegen die grundsätzlichen Forderungen der Sozialdemokratie ausgesprochen habe. Wahr ist vielmehr, daß ich nachzuweisen versucht habe, daß die Sozialisierung der vorhandenen Produktionsmittel unter gewissen von mir in dem Buch dargestellten Voraussetzungen nicht genüge, nicht ausreiche, um Westeuropas Industrievölker vor schweren Erschütterungen ihrer Wirtschaft und Kultur zu sichern; und daß, weil diese Sozialisierung der Produktionsmittel unter den wissenschaftlich von mir begründeten Voraussetzungen nicht genügen würde, ich noch eine Ergänzung des Programms der Partei vorzuschlagen für nötig halte. (Sehr richtig!) Also nicht Ersetzung des Programms, sondern Ergänzung, Weiterbildung des Programms für bestimmte Zwecke. Vorausgesetzt ist natürlich, daß die Grundlagen stimmen. Das habe ich in meinem Buche propagiert.

In der mündlichen Verhandlung habe ich zum Ausdruck gebracht, daß ich mich in dem großen allgemeinen, weltgeschichtlichen Streit der Auffassungen zwischen Individualismus und Sozialismus ganz selbstverständlich auf die Seite des Sozialismus stelle. Parteigenossen, ich bin der Meinung, es kann jemand zur sozialdemokratischen Partei gehören als ein sehr radikaler und als radikal sehr angesehener Genosse, und er kann im Grunde ein Individualist vom reinsten Wasser sein, weil er nur seine eigene Karriere, seine eigene Position, seinen individuellen Aufstieg betreibt, und zwar mit den Mitteln eines zur Schau getragenen radikalen Sozialismus. (Lebhaftes Sehr wahr! Starke Unruhe. Zuruf: Es kann auch umgekehrt vorkommen!) Gewiß kann es auch das, und deshalb, glaube ich, hätten Sie besonderen Anlaß, mit jemandem vorsichtig zu verfahren, dem es niemals auf die eigene Karriere angekommen und immer nur um die Sache zu tun gewesen ist. (Sehr wahr!) Aber es ist ganz richtig, was Süßheim sagt: Wenn man im allgemeinen Sinn des Wortes Sozialist ist, dann bedeutet das noch lange nicht, daß man Sozialdemokrat ist. Das unterschreibe ich vollkommen. Es kann außer demokratischen Sozialisten auch aristokratische Sozialisten geben usw. Sie kennen die Spielarten. Darum habe ich meine Stellungnahme zum Sozialismus noch genauer zu präzisieren: Ich bin Sozialist in den Fragen des Wirtschaftslebens, weil ich eine planmäßige Organisierung und Entfaltung der Produktivkräfte, wo immer sich die Möglichkeit bietet und die Notwendigkeit herausstellt, als selbstverständlich zu betreibende Arbeit ansehe. Es ist mir das eine Selbstverständlichkeit, da von dem Standpunkt aus, auf dem ich stehe, nicht die Wohlfahrt des einzelnen Menschen für uns in erster Linie steht, sondern die Wohlfahrt und Entwickelung der Gattung, der ganzen menschlichen Gesellschaft. Es ist mir von diesem Standpunkt aus eine Selbstverständlichkeit, daß wir mit den heutigen Mitteln der Wissenschaft und Technik in zahllosen Fällen die Möglichkeit haben, das wirtschaftliche Leben, das sonstige soziale Leben planmäßig einheitlich zu organisieren. (Hört! hört!) Nur, wie weit dieser Sozialisierungsprozeß schließlich führen wird, ob er wirklich dazu führen wird, daß sämtliche Produktionsmittel ohne Ausnahme vergesellschaftet sind und daß die Gesamtproduktion ohne Ausnahme für und durch die Gesellschaft betrieben wird, ob es dahin kommen wird, das weiß ich nicht. Und weil ich sehr großen Wert darauf lege, nichts zu behaupten, was ich nicht beweisen kann, weil es zu meinen ethischen Grundsätzen gehört, einfach zu meiner moralischen Selbstbehauptung, daß ich mich nach Möglichkeit von jeder Phrase freizumachen suche und die Sachlichkeit für

notwendig halte, auch in der demokratischen Politik, und weil ich die ungeheuren Schwierigkeiten erkenne, die sich der Durchsetzung der unbedingten Sachlichkeit in einer demokratischen Politik wie in jeder anderen entgegensetzen, habe ich mir zur Aufgabe gemacht, nach bestem Wissen und Gewissen niemals einen Satz auszusprechen, den ich nicht ohne jeden Vorbehalt seinem ganzen Wortlaut, seinem klaren Wortsinn nach, unterschreiben kann. Aus diesem ethischen Grundsatz heraus, das muß ich zugeben, bin ich kein Taktiker. Aber ich halte eine solche Aufgabe für notwendig. (Sehr gut!) Ich glaube, daß es Menschen geben müsse, die sich ein derartiges Ziel stellen, ganz gleichviel, ob sie es erreichen oder nicht. Soviel über die Sozialisierung des Wirtschaftslebens.

Weiterhin, daß man für die Sozialisierung des Wirtschaftslebens eintreten kann, macht einen immer noch nicht zum Sozialdemokraten. Hinzu kommen muß, daß man das auf der Basis des Volkswillens, auf demokratischer Basis tun und sagen muß: Ihr mögt die besten Absichten haben in den höheren Klassen, so gut, wie ihr es versteht, bereit sein, etwas für das Wohl der Allgemeinheit zu tun usw. Das nützt uns nichts, wir können der Sache kein Vertrauen entgegenbringen, wenn nicht die Volksmasse in ihrer Gesamtheit ihr eigenes Schicksal in die Hand nimmt. (Sehr gut!) Ich bin also nicht nur wirtschaftlich Sozialist, in dem Sinn, daß ich für die denkbar weitgehendste Organisierung der Produktion eintrete, sondern ich bin auch demokratischer Sozialist, d. h. ich kann mir eine solche Sozialisierung der Produktionsmittel nicht vorstellen, als dadurch, daß die Volksmasse in ihrer Gesamtheit organisiert. (Sehr gut!)

Ferner stehe ich auch auf dem Boden des Klassenkampfes. (Hört! hört!) Einmal aus geschichtlicher Erkenntnis heraus, weil ich sehe, daß in der Weltgeschichte tatsächlich die Klassenkämpfe eine außerordentlich große Rolle spielen und weil ich überhaupt gar nicht die Möglichkeit sehe, die Klassengegensätze zwischen der Arbeiterklasse und der Unternehmerklasse durch irgendeine Verständigung im ganzen aufzuheben, durch irgendeine gemeinsame Verständigung auf Grund beiderseitigen guten Willens. Ich sehe nicht die Möglichkeit zu dieser Aufhebung des Klassenkampfes. Ich halte den Klassenkampf für eine solche Selbstverständlichkeit (Hört! hört!), daß mir davon zu reden gar nicht lohnt, sondern daß ich aus diesem Grundgedanken heraus frage: was müssen wir denn weiter tun? Und daß ich antworte, was mir allerdings aus meinen ethischen Grundsätzen heraus notwendig ist: sollte etwas ohne Klassenkampf zu erreichen sein — ob sich häufig oder weniger häufig eine solche Möglichkeit zeigt oder sehr selten, spielt dabei gar keine Rolle —, aber grundsätzlich dürfen wir vom ethischen Standpunkt aus nichts versäumen, wenn sich mal die Gelegenheit bietet, den Klassenkampf zugunsten einer Verständigung in einem bestimmten Fall zurückzustellen, weil eben das der nähere, kürzere, weniger Energie verbrauchende Weg dann wäre. Aber, daß die Arbeiterklasse um ihr Recht kämpft und um ihren Kulturfortschritt, das ist mir das Selbstverständlichste von der Welt, wovon ich in einem solchen Spezialwerk, wie in meinem Buch, gar nicht erst zu reden für notwendig halte, weil dieser mein Standpunkt dort ja als allgemein bekannt von mir vorausgesetzt werden kann. Ferner erkenne ich in der Arbeiterklasse in besonderem Maße die Fähigkeit an, für die sozialistischen Ideen einzutreten, praktisch sie in Geltung zu setzen, aus dem Grunde, weil die Arbeiterklasse die einzige — ich möchte vorsichtshalber speziell sagen, die Industriearbeiterklasse, da bei der Landarbeiterklasse unter Umständen wieder ein Interesse am gewünschten Privatbesitz an den Produktionsmitteln eintreten kann, was bei der Industriearbeiterklasse nach meiner Auffassung der Dinge vollständig ausgeschlossen ist —, weil also die Industriearbeiterklasse die einzige Klasse ist, bei der niemals ein Interesse am Privat-

besitz an den Produktionsmitteln irgendwie ein Hindernis sein kann, Maßnahmen durchzuführen, welche im Interesse der Gesamtheit sich notwendig erweisen (Sehr gut!), während das bei allen anderen Bevölkerungsklassen der Fall sein kann; und da alle anderen politischen Parteien sich zum großen Teile in wesentlicher Weise gerade auf andere Bevölkerungsklassen stützen und weil nur die Sozialdemokratie diejenige Partei ist, die sich in erster Linie auf die am Privateigentum nicht interessierte, davon unabhängige Arbeiterklasse stützt: darum sehe ich, um es nochmals hier in diesem klaren Zusammenhang auszudrücken, für mich keine andere politische Unterkunft, als in der Sozialdemokratie. (Sehr gut!)

Nun ist die Durchführung sozialistischer Grundsätze nach der Auffassung all derer, die irgend etwas von wirtschaftlichen Dingen verstehen, all derer, die geschichtsmethodisch und unter Umständen sogar geschichtsphilosophisch auf dem Boden des historischen Materialismus stehen, in einem sehr weitgehenden Grade gebunden an objektive Verwirklichungsbedingungen. (Sehr wahr!) Das heißt, man kann nicht zu jeder Zeit ein beliebiges sozialistisches Programm zur Durchführung bringen (Sehr gut!), sondern das, was man von sozialistischen Voraussetzungen aus, von sozialistischen Grundsätzen aus fordert und in der praktischen Politik vorschlägt, die einzelnen Maßnahmen also, müssen sich anpassen an den gesamten Stand der wirtschaftlichen Entwickelung. Da kann man nicht einfach sagen, wir beschließen jetzt, die Produktion zu vergesellschaften, sondern man muß sich nach den objektiven Verwirklichungsbedingungen richten, die im gegenwärtigen Moment vorhanden sind. (Vielfach: Ist sehr richtig! und Zuruf: Nur Orthodoxie kann anders denken!)

Von dieser Grundlage aus hat die wissenschaftliche Forschung für die sozialdemokratische Partei eine ganz außerordentlich große Bedeutung. (Sehr richtig!) Denn von dieser Grundlage aus beruht eigentlich die ganze sozialdemokratische praktische Politik auf den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung, und jeder, der in irgendeinem Falle es für richtig hält, die wissenschaftliche Untersuchung eines wirtschaftlichen Problems zu unterdrücken, der versündigt sich an den Grundsätzen der sozialistischen und speziell der sozialdemokratischen Partei, meiner Auffassung nach. (Sehr richtig!) Diese wissenschaftliche Erörterung eines bestimmten Teilproblems habe ich mir in meinem Buche zur Aufgabe gemacht. Mein Buch behandelt ein Teilproblem der internationalen Wirtschaftsentwickelung, indem es die Lage der westeuropäischen Industriestaaten innerhalb der Weltwirtschaft und innerhalb der weltwirtschaftlichen Entwickelung der nächsten Jahrzehnte untersucht. In den sämtlichen Verfahren, wie sie bisher von der Partei gegen mich durchgeführt worden sind, ist es immer ausdrücklich abgelehnt worden, sich irgendwie auf wissenschaftliche Erörterungen über den Inhalt meines Buches einzulassen. (Hört! hört!) Man hat immer gesagt: Nein, für uns kommen diese wissenschaftlichen Erörterungen nicht in Frage, sondern in Frage kommt nur, ob Hildebrand noch auf dem Boden des Parteiprogramms steht. (Sehr richtig!) Wie soll man aber wissen und feststellen, ob meine praktischen Konsequenzen vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus aus die richtigen sind, wenn man die wissenschaftlichen Voraussetzungen nicht nachgeprüft hat, auf die sich diese Konsequenzen gründen, aus denen heraus diese Konsequenzen von mir gezogen werden? (Sehr richtig!) Wie soll man das denn in aller Welt feststellen, ob irgend etwas, was ich praktisch zu tun für nötig halte, vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus aus wirklich notwendig ist, wenn man das, was ich als den Hauptbeweis dafür hinstelle, nämlich die wissenschaftlichen Voraussetzungen, auf die ich diese praktischen Konsequenzen aufbaue, zu prüfen ablehnt, wenn man über die sich zu unterhalten überhaupt gar nicht

der Mühe für wert hält? (Sehr richtig!) So ist es tatsächlich in all den bisherigen Instanzen gewesen, und ich habe zu erklären, daß mir zwar im einzelnen nichts in den Weg gelegt worden ist, in den verschiedenen Instanzen meine Auffassung zur Geltung zu bringen, daß mir aber von vornherein in allen Fällen gesagt worden ist: „Aber, nicht wahr, Sie sehen selbst ein, wir können nicht endlos hier tagen, wir wollen uns der möglichsten Kürze befleißigen und wir können uns auch auf wissenschaftliche Debatten hier nicht einlassen, das geht beim besten Willen nicht!" (Hört! hört!) Ich behaupte, daß man überhaupt mein Buch nur dann würdigen kann, wenn man es wissenschaftlich behandelt (Zuruf: Selbstverständlich!), daß man anders der politischen Stellung seines Verfassers gar nicht gerecht werden kann. In allen diesen Punkten ist die Tatsache festzustellen, daß das Votum, wie es jedesmal gefällt worden ist, nach meiner festen Ueberzeugung auf ungenügenden Grundlagen aufgebaut ist (Sehr richtig!) und daß auch das heute eventuell zu fällende Votum auf genau den gleichen ungenügenden Grundlagen aufgebaut sein wird. Ferner, was ich an Konsequenzen in dem Buche für die Haltung der praktischen Politik gezogen habe, das ist, ausdrücklich möchte ich das hervorheben, sozusagen als ein Provisorium von mir betrachtet und hingestellt worden. Ich habe diese praktischen Konsequenzen dargestellt in der Form eines Phantasiebildes der Vereinigten Staaten von Westeuropa, in demselben Sinne etwa, wie man vor hundert Jahren ein Phantasiebild eines deutschen Zollvereins oder eines Deutschen Reiches sich ausmalen konnte, um an diesem Phantasiebild nun eine Vorstellung zu erwecken, was im einzelnen etwa nötig sein könnte, um den behaupteten Effekt zu erzielen. Ich habe im Eingang meines Buches auf Seite 7 ausdrücklich erklärt: „Die nachfolgenden Untersuchungen und Schlüsse erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, noch weniger auf Unfehlbarkeit. Sie wollen anregen, warnen, zum Nachdenken und zur Erörterung treiben. Gelingt ihnen das, kommt der Stein ins Rollen, so ist erst der Anfang der Arbeit getan." Aus diesen Sätzen geht meines Erachtens mit zwingender Kraft hervor, daß ich dieses ganze Buch als den Anfang einer Diskussion eines sehr wichtigen Problems betrachtet habe und nicht im entferntesten daran dachte, mich auf all das im einzelnen festzulegen, was ich provisorisch als vorläufige Konsequenz, um der Sache einen praktischen Ausklang zu geben, aus diesen wissenschaftlichen Studien gezogen habe. (Hört! hört!) Eine solche Debatte ist nun allerdings nicht eingetreten. Es mag sein, daß das Buch so schlecht ist, daß sich eine derartige Debatte nicht lohnt. Ich als Verfasser bin natürlich nicht berufen, darüber ein Urteil abzugeben. Dann habe ich mich eben in der Qualifikation meiner Arbeit geirrt. Aber daß ich lediglich die Absicht gehabt habe, eine wissenschaftliche Erörterung hervorzurufen, an die sich unter Umständen gewisse schwerwiegende praktische Konsequenzen aus den sozialistischen Grundsätzen heraus für die sozialdemokratische Parteipolitik ergeben würden, daß ich diese Absicht gehabt habe, kann man mir doch nicht zum Vorwurf machen. (Sehr richtig!) Das ist doch meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, wenn ich diese Auffassung habe, daß die Völker Westeuropas unter gewissen Umständen — auf die ich hier nicht eingehen will, weil ich es für zwecklos halte, hier und in letzter Stunde, nachdem alle Vorinstanzen versagt haben, in eine wissenschaftliche Erörterung der Probleme einzutreten, wozu mir nun hier wirklich nicht mehr der Platz zu sein scheint — in eine Entwickelung hineintreiben, die für die Arbeiterschaft und die ganze westeuropäische Kultur von den weitesttragenden Folgen sein kann. Wenn ich nun, in meinem Buch versucht habe, diese wissenschaftlichen Auseinandersetzungen zu machen, so ist das mir ein zwingendes Bedürfnis vom Standpunkt des demokratischen Sozialisten aus, weil ich mir sage: „Wenn es etwa eintreten sollte, daß die Erscheinungen wirklich sich so vollziehen — man kann Zukunftsperspektiven natürlich nur immer innerhalb sehr großer Fehlergrenzen ziehen, wenn aber auch nur annähernd etwas Derartiges sich verwirklichen könnte, was ich in meinem Buch als große Wahrscheinlichkeit dargestellt habe —, so ist es meine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, die Arbeiterklasse vor dem unsagbaren Elend zu warnen, das aus einem Sichgehenlassen folgen könnte; die Arbeiterklasse darauf hinzuweisen: „Hört, im zweiten Drittel des Jahrhunderts können die westeuropäischen Industriestaaten unter Umständen in eine wirtschaftliche Krisis hineingeraten, die in ihrer Schwere vielleicht nur vergleichbar sein würde mit der Krise, die Mitteleuropa in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts durchgemacht hat, oder mit der Krise, an der das alte römische Reich zugrunde gegangen ist. Wenn ich solche Möglichkeit vor mir sehe, so habe ich die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, diese Dinge zur Diskussion zu stellen und von meinem Standpunkt als demokratischer Sozialist aus die Menschen darauf aufmerksam zu machen und sie zu bitten: Beschäftigt Euch mit diesen Dingen und seht, ob Ihr auch diese pessimistische Auffassung hegen müßt oder ob Ihr nicht in der Lage sein werdet, mir meinen Pessimismus auszureden.

Wenn man in einer derartigen Situation steht, daß einem die friedliche evolutionistische Entwickelung, die ich bis dahin vertreten hatte, unterbunden zu werden droht durch eine eventuell furchtbare langjährige wirtschaftliche Katastrophe der Völker Westeuropas, wenn man derart in seinem Innern, in seinen bisherigen Auffassungen erschüttert wird, dann läßt man sich leicht dazu hinreißen, bei der Darstellung dieser Konsequenzen auch gewisse scharfe Ausdrücke anzuwenden, die man vielleicht zwei oder drei Jahre später nicht mehr in dieser Form gebrauchen würde. (Sehr richtig!) Wenn ich durchaus die Möglichkeit zugebe, daß gewisse Ausdrücke, die ich da gebraucht habe, vielleicht jetzt von mir nicht in derselben Form gemacht werden würden, so habe ich es doch vermieden, vor irgendeiner der Vorinstanzen eine derartige Erklärung abzugeben, weil ich die Empfindung hatte, daß die Kommissionsmehrheit oder die Spruchkollegiumsmehrheit oder welche Instanz es gewesen sei, in einem derartigen Zurücknehmen oder Mildern einzelner bestimmter Ausdrücke ein Zurückweichen in der Sache selber erkennen würde, und dieses Zurückweichen in der Sache, das kann ich allerdings nicht antreten. Und von diesem Standpunkt aus muß ich nun abermals die ganze vorinstanzliche Behandlung der Dinge als eine vollständig verfehlte ansehen, indem ich einfach rund erklären muß: Alle diese Genossen, die da schließlich den Ton angegeben haben, in der Inquisition, in den Formulierungen usw., denen ist es auf diese bestimmten Ausdrücke angekommen und auf das Festnageln auf diese bestimmten Ausdrücke. Es ist ihnen aber nicht darauf angekommen, die ganze Sache in ihrem wirklichen sachlichen Zusammenhang zu verstehen und dann etwa die Frage daran zu knüpfen: Wie können Sie mit diesem oder jenem Ausdruck den ganzen klaren Zusammenhang Ihrer Ausführungen vereinbaren? Sind Sie nicht selber der Meinung, daß Sie in diesem Satz oder Wort zu scharf gewesen, zu weit gegangen sind, daß da vielleicht etwas drinsteckt, was verletzen kann alle diejenigen, die den sachlichen Inhalt Ihres Buches nicht verstehen, die sich dann aber an die einzelnen Ausdrücke klammern? Hätte ich auch nur die Spur einer Bereitwilligkeit in den Vorinstanzen gefunden, meine sachlichen Ausführungen in dem Buch in Zusammenhang mit meinem sonstigen sozialistischen Standpunkt zu bringen und von dieser Gesamtauffassung aus mich davon zu überzeugen, daß ich in einzelnen Ausdrücken zu weit gegangen sei, dann hätte ich nicht den geringsten Anstand genommen, zu erklären, daß es mir auf derartige Einzelausdrücke gar nicht ankommt, sondern lediglich auf den großen Zusammenhang der Sache

selber. Das ist also wieder etwas, was ich als eine ungenügende Behandlung der Sache in der Vorinstanz empfinde, was mir die Ueberzeugung beibringt, daß das Votum auch der 5 Stimmen in der Kommission nicht ein Votum ist, welches wirklich den Fall in einer ordentlichen und richtigen Weise erledigt. Ich habe nun gesagt, daß ich in eine sachliche Erörterung über die wissenschaftlichen Ausführungen in meinem Buche nicht eintreten werde und meiner Meinung nach auch nicht eintreten kann, denn eine solche sachliche Auseinandersetzung über den Inhalt meines Buches im Zusammenhang mit meinen sonstigen Anschauungen würde ein Referat von unter Umständen fünf bis sechs Stunden erfordern. Das ist einfach eine Unmöglichkeit. Wenn ein solches wissenschaftliches Buch seinem Inhalt nach geprüft werden soll, so muß das in einem Kreise geschehen, der aus Menschen besteht, die die Muße haben, sich sorgfältig und genau in den ganzen Gedankengang des Verfassers hineinzuleben. (Sehr richtig!) Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß es in den allermeisten Fällen nicht möglich gewesen ist für die Mitglieder der Beschwerdekommission oder der Vorinstanzen, sich in den wirklichen Zusammenhang meines Buches hineinzuarbeiten. Bei der Schiedsgerichtssitzung machten wir den Genossen Hofrichter, der Vorsitzender war, darauf aufmerksam, daß drei der Beisitzer nicht einmal das Buch gelesen haben. Hofrichter erwiderte, er betrachte das gerade als einen Vorzug (Hört! hört!), um so unbefangener könnten diese Genossen sich ein Urteil bilden. (Hört! hört! und Lachen.) Bei einem derartigen Verständnis für die Schwierigkeit wissenschaftlicher Erörterung, da habe ich allerdings im Laufe der Zeit den Mut verloren, noch an eine wirklich gediegene gute Erledigung des Falles zu glauben. Ich habe nichtsdestoweniger noch einmal gerade deswegen den Parteitag vor die Entscheidung stellen wollen. Ich habe mich gezwungen gefühlt, Ihnen allen das zu sagen und Sie zu fragen: Können Sie sich denn wirklich mit einer derartigen Erledigung der Dinge einverstanden erklären? Ich glaube, Sie nehmen in bezug auf die Weiterentwickelung der Arbeiterbewegung eine große Verantwortung auf sich, denn es handelt sich darum, ob die wissenschaftliche Meinungs- und Forschungsfreiheit innerhalb der Partei noch weiter möglich sein soll oder nicht. Darum handelt es sich und darüber erwarte ich Ihr Urteil. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei einem Teil der Delegierten.)

Dittmann-Solingen: Der Berichterstatter der Beschwerdekommission, Dr. Süßheim-Nürnberg, hat bereits erklärt, daß in der vorliegenden Angelegenheit keinerlei persönliche Differenzen und Animositäten eine Rolle spielen, und auch der Referent der Kommissionsminderheit, Dr. Müller-München, hat das im wesentlichen bestätigt, mit einem Vorbehalt, auf den ich später zu sprechen kommen werde. Auch ich möchte für meine Person noch einmal betonen, daß in allen Parteiinstanzen, die sich bisher mit dieser Frage beschäftigt haben, in absolut sachlicher Weise verhandelt worden ist. Ich glaube, auch auf dem Parteitage hier wird ganz dasselbe bis zum Schluß geschehen. Ich persönlich, der ich g e n ö t i g t gewesen bin — ich lege besonderen Nachdruck auf das Wort „genötigt" — den Ausschlußantrag der Solinger Parteiorganisation in allen Instanzen zu vertreten, ich bin deshalb in der Oeffentlichkeit durch die bürgerliche Presse, und leider zum Teil auch durch unsere eigene Parteipresse, als der eigentliche Veranlasser des Vorgehens gegen Hildebrand hingestellt worden, ja als sein persönlicher Feind. Die „Frankfurter Zeitung" hat mich einen „kleinen Torquemada" genannt, mich also verglichen mit dem berüchtigtsten Ketzerrichter des Mittelalters. Sie werden aus meinen Darlegungen ersehen, daß nichts falscher ist als diese Verdächtigung. Ich stelle fest, daß zwischen Hildebrand und mir auch nicht die allergeringsten Differenzen bestanden haben, und ich möchte überhaupt feststellen, daß auch in Solingen niemand in der

Partei daran denkt, irgendwie die persönliche Ehrenhaftigkeit Hildebrands anzutasten oder ihm etwa durch den Ausschluß aus der Partei einen moralischen oder sonstigen Makel anheften zu wollen. Die Solinger Parteigenossen sind Hildebrand mit der größten Toleranz und Loyalität begegnet. Sie haben eine Geduld und Langmut ihm gegenüber an den Tag gelegt, die überhaupt kaum noch übertroffen werden kann. Ich persönlich habe mich bis zum äußersten gesträubt, die Frage nach der Vereinbarkeit der Hildebrandschen Auffassungen mit dem Parteiprogramm überhaupt aufzurollen. Angesichts der Legendenbildung, die in dieser Hinsicht entstanden ist, liegt es im Parteiinteresse, daß hier vor der letzten Instanz auch eine authentische Aufklärung über diese Vorgeschichte des Verfahrens gegeben wird. Hildebrand gehört zu denjenigen Nationalsozialen, die nach unserem Wahlsiege von 1903 zur Partei gekommen sind. Er ist 1906 von Berlin aus in die Redaktion des Solinger Parteiblattes eingetreten und hat dort die Stellung des leitenden Redakteurs eingenommen. Drei Jahre später, am 1. Juli 1909, ist er freiwillig aus der Redaktion ausgeschieden und als sein Nachfolger bin ich dann von Frankfurt aus in die Redaktion der „Bergischen Arbeiterstimme" eingetreten. Das ist festzuhalten deswegen, weil damit ohne weiteres festgestellt ist, daß jedenfalls die Solinger Parteigenossen in der Zeit der Hildebrandschen Redaktionsführung in keiner Weise etwa durch mich beeinflußt sein können, denn ich war damals Parteisekretär in Frankfurt a. M. Es muß aber auch festgestellt werden, daß der Widerspruch gegen die von der allgemeinen Parteianschauung stark abweichenden Anschauungen Hildebrands im ganzen Verbreitungsbezirk des Blattes während seiner ganzen Redaktionsführung ein fast permanenter gewesen ist; als Person hat er durchaus Sympathie genossen. In der Solinger Kreiskonferenz vom 9. August 1908 hat der damalige Vorsitzende der Preßkommission, Genosse Groß, in seinem Preßkommissionsbericht u. a. folgendes ausgeführt:

> „Was die politische Haltung der Zeitung anbelange, so sei da zu konstatieren, daß mancherlei Verstöße die Redaktion sich habe zuschulden kommen lassen. Vor allem sei es die Haltung der Redaktion in der Frage der Kolonialpolitik und da ganz besonders wieder ein bestimmter Artikel über die Marokkoaffäre gewesen, der zu mannigfachen Erörterungen Anlaß gegeben habe.
>
> Diese Artikel seien geeignet gewesen, die Partei auf eine schiefe Bahn zu leiten. Des weiteren habe man an einer Artikelserie, die eine wissenschaftliche Diskussion mit dem „Vorwärts" darstellte, manches auszusetzen gehabt. Wenn es sich auch um einzelnes handle, so könne man doch nicht verkennen, daß in der ganzen Sache System liege: in der Redaktion würden anscheinend die allgemeinen Parteianschauungen nicht geteilt. Besonders die Remscheider Genossen hätten sich durch diese Verstöße gegen Parteiprinzipien veranlaßt gefühlt, einzugreifen. Es sei eben überall bei den Arbeiten der Redaktion das Bestreben, sich an die bürgerliche Gesellschaft anzulehnen, hervorgetreten. Man trage mit derartigen theoretischen Auseinandersetzungen Konfusion in die Köpfe der Genossen. Es müsse deshalb bessere Kost verlangt werden."

Bei der Verlesung dieser Stelle in der Beschwerdekommission bemerkte vorgestern Hildebrand, daß diese prononcierte Formulierung der Großschen Ausführungen wesentlich beeinflußt sei von Hildebrands Stellungnahme zu den Solinger Gewerkschaftsdifferenzen. Ich persönlich bin nicht in der Lage, das festzustellen, aber man kann ihm das gern zugeben. Das trifft aber n i c h t zu bei dem Widerspruch der Remscheider Genossen, von denen Groß festgestellt hat, daß besonders von ihnen die Beschwerden kamen, denn in Remscheid spielen die Solinger Gewerkschaftsdifferenzen gar keine Rolle. Ich habe diesen Preßkommissionsbericht nur angeführt, um zu zeigen, daß der Widerspruch gegen Hilde-

brands Anschauungen bereits stark hervorgetreten war, ehe ich in Solingen wieder tätig war. Ich darf auch darauf hinweisen, daß im Anschluß an den Internationalen Kongreß von Stuttgart 1907 der Niederrheinische Parteitag sich besonders mit den abweichenden Anschauungen Hildebrands zur Kolonialpolitik befaßt hat, und daß dort ganz besonders Dr. Laufenberg, der damals in Düsseldorf war, unter einmütiger Zustimmung der Vertreter des ganzen Bezirks Hildebrands Auffassungen desavouiert hat. Das gleiche ist geschehen in einer Versammlung in Remscheid, in der Ledebour die Auffassung Hildebrands in bezug auf Kolonial- und Weltpolitik zurückgewiesen hat. Auch die „Dortmunder Arbeiterzeitung" hat durch Jahre hindurch fortgesetzt gegen Hildebrands abweichende Anschauung Stellung genommen. Damit glaube ich genügend festgestellt zu haben, daß der Widerspruch in Solingen sowohl wie im ganzen rheinisch-westfälischen Bezirk gegen Hildebrand ein sozusagen einhelliger gewesen ist, ehe ich irgendeinen Einfluß darauf ausüben konnte. Von allen den Genossen, die schriftlich oder mündlich gegen Hildebrand aufgetreten sind, ist ihm gesagt worden: „Sie stehen völlig auf bürgerlichem Boden, Sie sind entweder nationalliberal oder nationalsozial!" Als ich das erstemal mit Hildebrand zusammentraf, im Sommer 1907, als ich von Frankfurt eines Prozesses wegen in Solingen weilte, hatte ich eine mehrstündige Unterredung mit Hildebrand über alle damals aktuellen wirtschaftlichen und politischen Probleme. Ich sagte ihm zum Schluß: „Nehmen Sie es mir nicht übel, ich will Sie nicht kränken, aber Sie haben noch die nationalsozialen Eierschalen nicht abgelegt. Sie stehen noch völlig auf bürgerlichem Boden." Ich lege Wert auf diese Feststellung, daß ich das schon beim ersten Zusammentreffen mit ihm gesagt habe. Ich war von vornherein zu der Erkenntnis gekommen, daß Hildebrand seiner ganzen Grundauffassung nach nicht auf unserem Boden steht. Weil er mir aber als Mensch durchaus sympathisch war, habe ich später, wie ich als Redakteur und er als freier Schriftsteller in Solingen war, es vermieden, meinerseits öffentliche Auseinandersetzungen über diese Fragen mit ihm zu provozieren. Ich habe mir diese Zurückhaltung auferlegt, weil mir das Endresultat einer solchen Auseinandersetzung nicht im geringsten zweifelhaft erscheinen konnte. Ich war mir klar, daß eine solche Auseinandersetzung nur das Resultat haben konnte, daß er entweder freiwillig ausschied, oder daß die Partei genötigt war, ihn auszuschließen. Es dahin zu treiben, das widerstrebte mir aus rein menschlichen Empfindungen heraus, so lange nicht für die Partei eine absolute Notwendigkeit vorlag, die Frage aufzuwerfen. Ich habe mich daher lediglich in der Abwehr mit ihm polemisch auseinandergesetzt, 1909 in einer Versammlung über die Steuerfrage und 1910 in zwei Versammlungen über die Budgetfrage und über den Magdeburger Parteitag. In allen drei Fällen war Hildebrand der Angreifer gegen mich, die Versammlungen entschieden aber regelmäßig — in einem Falle erinnere ich mich, gegen zwei Stimmen, in einem anderen gegen 4 Stimmen — für m e i n e Anschauungen. Hildebrand war sich auch völlig darüber klar, daß er mit seinen Anschauungen in Solingen und am Niederrhein keinen Anklang gefunden hatte, das zeigt, trotzdem er es nicht wahr haben will, auch sein Kündigungsbrief, der aber auch aufs deutlichste beweist, wie tolerant und loyal die Solinger an ihm gehandelt haben. Um die gegenteiligen, teils böswilligen Behauptungen und Verdächtigungen zurückzuweisen, will ich diesen Kündigungsbrief in seinen wesentlichen Teilen zur öffentlichen Kenntnis geben. Er ist datiert vom 30. März 1909 und lautet:

„An den Vorstand der Genossenschaftsdruckerei Solingen, z. H. des Vorsitzenden Herrn Ernst Bollengraben, Solingen. Werter Genosse! 'Wie ich dem Genossen Schaal" — das ist der Kreisvorsitzende und der Geschäftsführer des Solinger Parteiblattes — „bereits persönlich mitgeteilt und auf Anfrage des Genossen Braun im Vorstand des Volksvereins wiederholt habe, beabsichtige ich, aus der Redaktion der „Bergischen Arbeiterstimme" auszuscheiden. Ich kündige deshalb hiermit meine Stellung zum 1. Juli 1909 und bitte Sie, dem Aufsichtsrat der Genossenschaftsdruckerei sowie der Preßkommission Mitteilung hiervon zu machen. Ich hoffe, daß meine Gründe, die ich in folgendem ganz offen darlege, auch solchen Genossen mein Fortgehen verständlich machen werden, die einen Wechsel in der Redaktion nach Möglichkeit vermieden zu sehen wünschen. Als ich vor nun bald drei Jahren mich um die hiesige Redaktionsstellung bewarb, setzte ich meine Hoffnung für die zukünftige Gestaltung meines Arbeitsverhältnisses darauf, daß es sich im Kreise Solingen um eine alte und meiner Annahme nach geschulte Parteigenossenschaft handelte, die für die Leistungen eines wissenschaftlich gebildeten Redakteurs Interesse und Verständnis haben würde. Schon damals stellte ich als wesentliche Vorbedingung für meinen Eintritt in die Redaktion hin, daß ich die Möglichkeit haben müsse, meine wissenschaftlichen Studien ständig fortzusetzen und die notwendigen Hilfsmittel dafür anzuschaffen. Die gemachten Erfahrungen haben mich belehrt, daß ich bei dem gegenwärtigen Zustand aber materiell auf die Dauer nicht in der Lage bin, hier an Ort und Stelle meine Bedürfnisse an wissenschaftlichem Rüstzeug zu befriedigen. Die mir gewährte Möglichkeit, für Redaktionskonto manche Anschaffungen machen zu können, bot dafür keinen ausreichenden Ersatz, denn es stellte sich mehr und mehr heraus, daß das Blatt selbst nicht entwickelungsfähig genug ist, um in Kürze die Aufwendungen hierfür tragen und davon den entsprechenden Nutzen ziehen zu können. So erfreulich es für die Ausgestaltung des Blattes gewesen ist, daß im Laufe der Zeit das Redaktionspersonal auf drei Redakteure und eine Hilfskraft vermehrt werden konnte, und so sehr ich anerkennen muß, daß meine Kollegen mir jederzeit alle mögliche Unterstützung zuteil werden ließen, und daß besonders die sehr brauchbare Hilfe des Genossen K. in erster Linie mir zugute gekommen ist, so bin ich doch mit der Zeit zu der Ueberzeugung gekommen, daß ich die mir speziell am Herzen liegenden Arbeitsgebiete nur dann so gründlich bearbeiten kann, wie es meinen Wünschen entspricht, wenn mindestens vier bis fünf volle Kräfte da sind und wenn die Zeitung in einem Umfange von durchschnittlich 10 Seiten täglich erscheint, mit anderen Worten: wenn ich mein Arbeitsprogramm durchführen und meine Studien und mein Wissen für die Zeitung wirklich voll ausnützen will, so brauche ich ein größeres Blatt und noch stärkere Spezialisierung auf meine besonderen Arbeitsgebiete." — Hier gestatten Sie mir einzuschalten, daß das Solinger Parteiblatt 12 000 Abonnenten hat bei 24 500 Reichstagswählerstimmen, jedenfalls ein gutes Verhältnis. — „Auch in diesem Punkte würde ich manche Unvollkommenheiten und Hemmungen zu ertragen bemüht sein, wenn ich sähe, daß die Arbeiter Solingens durch Einigkeit und unermüdliches Zusammenarbeiten alles daran setzen, um die Entwickelung vorwärts zu treiben. Das Scheitern der Einigungsverhandlungen hat mich indessen davon überzeugt, daß die Arbeiter Solingens vorläufig selber noch nicht wissen, was ihnen not tut. Ich will, einer mehrfach geäußerten Bitte entsprechend, mein mündlich geäußertes Urteil über diese Dinge einstweilen nicht wiederholen. Soviel muß ich aber an dieser Selle sagen: solange die Arbeiter selber nicht alle Kräfte anspannen, um ihre eigensten Angelegenheiten unter Vermeidung aller unnötigen Reibungen energisch zu fördern, sehe ich als Kopfarbeiter keine Ursache, mir um ihretwillen lästige Beschränkungen aufzuerlegen und berechtigte, aus meiner ganzen Vergangenheit und meiner Veranlagung erklärliche Wünsche immer wieder zurückzustellen. Ich selber lebe, wie jeder

Arbeiter, ausschließlich vom Verkauf meiner Arbeitskraft, und bin, wie jeder andere, berechtigt, sie so vorteilhaft wie möglich — nach der Art der Arbeit, wie nach ihrem Nutzen für mich gerechnet — zu verwerten. Die ungeheure Gleichgültigkeit aber, die in weiten Kreisen der Solinger Arbeiterschaft herrscht, kann nicht durch Opfer von meiner Seite überwunden werden, sondern nur durch den Einfluß der Führer, die aus den Reihen dieser Arbeiterschaft selber hervorgegangen sind. Solange diese Führer ihre eigenen Stellungen nicht besser zu gebrauchen verstehen, als dazu, kleinliche Rivalitäten zu nähren, statt die Notwendigkeit großzügiger Aufklärungs- und Organisationsarbeit zu betonen, besteht für mich keine Aussicht auf wirklich erfolgreiche Wirksamkeit in Solingen. Gerade hier, wo das Wirtschaftsleben nicht oder wenigstens vorläufig noch nicht die allgemeine industrielle Großbetriebsschablone aufgedrückt bekommen hat, müßte der in der Arbeiterschaft entschuldbarerweise weitverbreitete Trieb zur einseitigen Schablonisierung der Wirtschaftszustände einer differenzierteren, die Abweichungen und Besonderheiten mancher Produktionszweige stärker berücksichtigenden Erkenntnis Platz machen. Um aber die wirtschaftliche und politische Bedeutung solcher Abweichungen und Besonderheiten richtig einschätzen und in Rechnung stellen zu können, dazu gehört nicht weniger', sondern mehr Studium, Schulung, Kenntnis und Urteilskraft, wie in der Arbeiterschaft — wieder entschuldbarerweise — durchschnittlich zu finden ist. Es gehört eine allgemeine weitgehende und unermüdlich vorwärtsdringende volkswirtschaftliche Bildung dazu, um diese Erscheinungen richtig auffassen und verarbeiten zu können. Zu einer solchen Bildung fehlt hier noch so gut wie alles, in erster Linie der Bildungstrieb selbst, und ich sehe nicht, daß z. B. der Industriearbeiterverband irgendwelche Anstrengungen macht, ihn zu verbreiten. Das aber ist viel wichtiger, wie aller Streit um die Verbandszugehörigkeit dieser oder jener Berufsgruppe. Was ich der Arbeiterschaft zu bieten und zu sagen habe, setzt also eine Schulung und mindestens einen Bildungstrieb voraus, die weit über das heute in Solingen vorhandene Maß hinausgehen. Solange die hiesigen Arbeiter nicht den Wunsch haben, etwas zu lernen, und den Glauben, von mir etwas lernen zu können, bin ich ganz und gar überflüssig für sie und tue besser, mich an die zu wenden, die mir wirklich zuhören wollen. Ich selber denke einstweilen die Zahl der Zeitungskorrespondenzen um eine zu vermehren und glaube auf diese Weise einem größeren Kreis alles das mitteilen zu können was mitzuteilen mir Bedürfnis ist und was ich bisher, durch redaktionellen Kleinkram aller Art gehindert, zum Teil für mich behalten mußte. Ich bitte also alle Freunde und Genossen, meine Kündigung nicht als einen Akt der Verärgerung und Entmutigung auffassen zu wollen, sondern als einfache Folge eines Wunsches nach besserer Verwertung meiner Arbeitskraft und meiner Kenntnisse.

Mit Parteigruß

Gerhard Hildebrand."

Dieser Brief zeigt zur Genüge, daß zunächst Hildebrand in der entgegenkommendsten Weise von den Solinger Genossen und ihren Instanzen behandelt worden ist, er zeigt weiter, daß keine Rede davon sein kann, daß Hildebrand irgendwie zum Austritt aus der Redaktion gezwungen worden ist, trotz seiner stark abweichenden Meinung. Andererseits zeigt der Brief aber auch, daß Hildebrand deshalb freiwillig gegangen ist, weil er sich von den Solinger Arbeitern nicht verstanden fühlte. (Sehr wahr!) Er gründete dann eine Korrespondenz für weltwirtschaftliche Fragen, die aber nach einigen Monaten wieder eingegangen ist, weil die meisten Parteiblätter die Artikel der Korrespondenz nicht abdruckten. Ich stelle aber fest, daß kein einziges Parteiblatt in so weitem

Umfange die Korrespondenz benutzt hat, wie das Solinger Blatt unter meiner Leitung. Das stelle ich ausdrücklich fest, um der Legende entgegenzutreten, als ob man Hildebrand in Solingen auf den Hungeretat gesetzt hätte. Im strikten Gegensatz zu mir, der ich jeder Generalabrechnung mit ihm ausgewichen bin, hat Hildebrand mit allen Mitteln versucht, eine solche Generalauseinandersetzung herbeizuführen. Er beantragte beim Parteisekretär, eine Versammlung aller Solinger Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre zu veranlassen, um seine abweichende Meinung dort vortragen zu können. Aber es bestand keine Neigung dazu, weil die Genossen ja seine Anschauungen aus seiner dreijährigen redaktionellen Tätigkeit zur Genüge kannten und weil ihm niemand persönlich nahetreten wollte. Hildebrand aber fühlte sich dadurch totgeschwiegen, um so mehr, als ich es in der „Arbeiterstimme" vermieden habe, die Artikel, die von ihm in den „Sozialistischen Monatsheften" veröffentlicht wurden, zum Gegenstand einer Erörterung zu machen. Ja, wir haben selbst dann keine Notiz davon genommen, wenn die bürgerliche Lokalpresse entweder durch Abdruck der ganzen Artikel oder durch spaltenlange Auszüge, ergänzt durch hämische Bemerkungen gegen die Partei und meine Person, dafür sorgte, daß sie bekannt wurden. Weiter fühlte Hildebrand sich dadurch totgeschwiegen, weil wir, wenn in liberalen Versammlungen Aussprüche von ihm gegen uns ausgenutzt wurden, aus Taktgefühl nicht darauf eingegangen sind. Wir wollten ihn schonen, er aber wollte die Partei und ihre Vertreter zwingen, zu seinen Anschauungen Stellung zu nehmen. Im Jahre 1910 erschien dann sein Buch: „Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus". Als ich dies Buch gelesen hatte, war mir auch der leiseste Zweifel geschwunden, daß Hildebrand auf völlig anderem Boden steht wie die Partei. Auch Scheidemann gab dieser Ansicht unzweideutig Ausdruck, und der „Vorwärts" und die „Leipziger Volkszeitung" haben ebenfalls in ihren Besprechungen des Buches klipp und klar gesagt, ein Mann mit solchen Anschauungen gehöre nicht zur Sozialdemokratie. Wir haben dann wiederholt in den leitenden Parteikreisen in Solingen und am ganzen Niederrhein geäußert, es sei doch befremdlich, daß Hildebrand kein Empfinden dafür besitze, daß er nicht zur Partei gehöre und freiwillig ausscheiden müsse. Solchen Aeußerungen gegenüber verhielt er sich aber stets ablehnend, er erklärte, auch mit seinen Anschauungen müsse für ihn Platz in der Partei sein. Aber verschiedene Vorkommnisse mit ihm reiften trotz aller Sympathien, die er als Person genoß, schließlich bei der Solinger Parteigenossenschaft den Entschluß, ihrerseits die Konsequenzen zu ziehen und das Ausschlußverfahren einzuleiten. Da Hildebrand stets betont hatte, wir müßten die Bauern gewinnen, war ihm bald nach seinem Ausscheiden aus der Redaktion vom Parteisekretariat der Auftrag geworden, mit der Bauerngewinnung den Anfang zu machen und ein Flugblatt für die ländliche Bevölkerung unseres Kreises zu schreiben. Nach einigen Wochen brachte er dem Sekretär das Material zurück mit dem Eingeständnis, es sei ihm bei seinen Anschauungen unmöglich, vom Boden der Partei aus ein solches Flugblatt zu schreiben. (Hört! hört!) Das war gewiß ehrlich und loyal gehandelt, aber es war doch auch ein Beweis dafür, daß seine abweichenden agrarpolitischen Anschauungen ihn hindern, auf einem der wichtigsten innerpolitischen Kampfgebiete mit uns in Reih und Glied zu stehen. (Sehr richtig!) Ein anderer Fall: Der Solinger Außenbezirk, in dem Hildebrand wohnt, war 1910 von dem großen Parteidistrikt Solingen-Stadt abgetrennt und zu einem selbständigen Distrikt gemacht worden. Er zählte nur 60—70 Mitglieder, die, wie ich im Gegensatz zu Müller feststellen möchte, zum Teil erst kurz vorher zum Anschluß an die Partei gekommen waren. Hildebrand wurde zum Distriktsleiter gewählt und gleich in der ersten Distriktsversammlung hielt er einen Vortrag über: „Zweck und Ziel unserer Arbeit". Jeder

glaubte, er würde ein Arbeitsprogramm für den neugegründeten Distrikt entwickeln. Aber ihm kam es nur auf die Propagierung seiner Grundauffassungen an, er verlas das Parteiprogramm und unterzog es einer Kritik, die ganz im Sinne seiner Programmrevisionsartikel gehalten war, wie er sie kurz vor seinem Ausscheiden aus der Redaktion veröffentlicht hatte. Diese Artikel hatten damals der Frankfurter „Volksstimme“ Anlaß gegeben zu einem Artikel: „Zurück von der Wissenschaft zur Utopie“. Hildebrand hat selbst einen Bericht über diese Versammlung geschrieben, worin er sagt, daß sein Referat im Sinne dieser Artikel gehalten war. Ich habe folgende redaktionelle Bemerkung daran geknüpft:

„Der Distriktsleiter des neugegründeten Distrikts Solingen-Ost, Genosse Hildebrand, scheint die Aufgabe der Distrikte und der Distriktsleitungen in der Parteiorganisation denn doch sehr zu verkennen, wenn er „Zweck und Ziel unserer Arbeit“ in den Distrikten darin sieht und seine Tätigkeit als Distriktsleiter damit beginnt, das Parteiprogramm zu revidieren und Zweifel und Verwirrung in die Reihen der zum Teil erst neugeworbenen Mitglieder zu tragen. Aufgabe der Distrikte ist es, die Geschlossenheit und Schlagfertigkeit der Gesamtorganisation in jeder Weise zu fördern, Arbeitsfreudigkeit und Begeisterung für die in unserem Parteiprogramm niedergelegten Ziele und Forderungen zu erwecken und sie durch intensive und systematische Kleinarbeit in die Tat umzusetzen. Wer sich dazu außerstande fühlt, weil er von Zweifeln und Skrupeln über die Richtigkeit des Programms geplagt ist, der sollte die Konsequenz ziehen, die Uebernahme solcher Organisationsämter abzulehnen, deren pflichtmäßige Ausübung ihn in einen Gewissenskonflikt bringt.“

Was ich hier gesagt habe, ist etwas ganz Selbstverständliches. (Sehr richtig!) Aber Hildebrand hatte eine ganz andere Auffassung darüber, er ließ in der nächsten Versammlung seines kleinen Außenbezirks, die vielleicht von 20 Personen besucht war, eine Protestresolution gegen diesen „Versuch der Beschränkung der Meinungsfreiheit“ fassen, und als die bürgerliche Presse diese Resolution hinausposaunte in die Oeffentlichkeit als einen großen Sieg des Revisionisten Hildebrand über den Radikalen Dittmann, da fand sich selbst in der Redaktion unseres Frankfurter Parteiblattes ein „guter Freund“, der das Recht der Programmkritik für Hildebrand unbedingt gewahrt wissen wollte. Welches Gezeter über Beschränkung der Meinungsfreiheit wäre da wohl entstanden, wenn ich ständig auf Hildebrands Artikel reagiert haben würde. Ein dritter Fall: Scheidemann, der Vertreter unseres Wahlkreises im Reichstage, hielt eine Volksversammlung ab, die sich mit aktuellen politischen Fragen beschäftigte. In der Diskussion meldete sich Hildebrand, aber nicht um Scheidemann zu sekundieren, sondern um von ihm die Beantwortung einer Reihe theoretischer Zweifelsfragen zu fordern. (Hört! hört!) Scheidemann wies ihn zwar höflich, aber bestimmt an eine Parteiversammlung. Das gleiche ereignete sich einige Monate später, als der frühere Reichstagsabgeordnete Busold verschiedene Versammlungen in unserem Kreise abhielt, in denen er besonders zur ländlichen Bevölkerung sprach. In dem von Busold selbst verfaßten Bericht wird der Vorgang folgendermaßen dargestellt:

„In einer dieser Versammlungen, in Wald-Itter, erschien ein Redner der Fortschrittlichen Volkspartei, Herr Dinger-Solingen, und erklärte, daß er 99,99 Proz. der Busoldschen Ausführungen Wort für Wort unterschreibe. Um so auffallender war es, daß in der Versammlung in Aufderhöhe der bekannte Genosse Hildebrand erschien, um nun seinerseits zu erklären, daß er nicht, wie der Fortschrittler, mit 99,99 Proz., sondern nur mit 92 bis 95 Proz. von Busolds Ausführungen einverstanden sei (Heiterkeit), und bezüglich des übrigen Teils weitere Auskunft verlange. Dabei legte er dar, daß ihm gegenüber Kleinbauern erklärt hätten, daß das Programm der Sozialdemokraten für sie nichts enthalte und daß sie sich mit der von der Sozialdemokratie angestrebten Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel, wozu auch ihr Eigentum gehöre, nicht einverstanden erklären könnten. Er wünsche in dieser Beziehung von Busold Aufklärung deshalb, weil ihm bekannt sei, daß dieser auf diesem Gebiet gewissermaßen Fachmann sei. Mit Recht konnte Genosse Busold zunächst erklären, daß er gewünscht hätte, daß die Behandlung dieser Frage und in dieser Form, angeschnitten durch einen Parteigenossen, eigentlich besser vor einer Parteiversammlung (Rufe: Sehr richtig!) vorgenommen worden wäre, trotzdem wolle er, da die Frage angeschnitten, nun auch antworten.“

Nun folgt in dem Bericht die Antwort Busolds, die hier nicht weiter interessiert. Alle diese Vorgänge ließen bei den Solinger Genossen mehr und mehr die Erkenntnis reifen, daß es so auf die Dauer nicht weitergehen könne. Der Korreferent der Beschwerdekommission, Genosse Müller, hat dadurch, daß er sagte, die Verstimmung der Solinger Genossen über das wiederholte taktlose Auftreten Hildebrands sei der Anlaß zum Ausschluß gewesen, selber sein Hauptargument entkräftet, daß Hildebrand nur wegen abweichender Anschauungen ausgeschlossen werden solle. Er hat Hildebrand damit wider Willen einen sehr schlechten Dienst erwiesen, denn durch die Feststellung, daß die Genossen ein derartiges „Knüppel-zwischen-die-Beine-Werfen“ nicht länger dulden wollten, ist der Beweis erbracht, daß die praktische Betätigung Hildebrands den Anlaß zu dem Antrag auf Ausschluß gegeben hat. (Sehr richtig!) Bald nach der Busoldversammlung hielt Hildebrand im Gewerkschaftskartell einen Vortrag über „Deutschlands Abhängigkeit vom Weltmarkt“. Der Vortrag war ein Extrakt seines Buches. Wir in Solingen haben zunächst keine Notiz davon genommen, weil wir nicht wollten, daß der Becher zum Ueberlaufen gebracht würde. Aber es kam hinzu, daß bekannt wurde, daß Hildebrand fast gleichzeitig gemeinsam mit dem Ehepaar Maurenbrecher zum Jenaer Parteitag eine Resolution zur Marokkofrage einbringen wollte, die in striktem Gegensatz stand zu dem Standpunkt, den die Gesamtpartei damals bei ihrer Protestaktion gegen Marokkorummel und Imperialismus einnahm. Um allem die Krone aufzusetzen, war Hildebrand auch noch von seinem Hauswirt in seinem kleinen Außendistrikt zum Parteitagsdelegierten vorgeschlagen worden. Nun war das Maß zum Ueberlaufen voll. Die Genossen sagten sich, noch länger zuzusehen, wäre Pflichtvergessenheit gegen die Partei gewesen. Bei den Sympathien, die Hildebrand als Person genoß und mit Rücksicht darauf, daß wir von seinen Aeußerungen der letzten Jahre keine Notiz genommen hatten, bestand durchaus die Möglichkeit, daß er zunächst in die Stichwahl kommen und schließlich gewählt werden könnte. Dann aber hätte die Partei das Schauspiel erlebt, daß Hildebrand als Vertreter des Kreises Solingen die chauvinistische, unsere damalige Protestbewegung störende Resolution auf dem Parteitage vertreten hätte, ohne daß auch nur drei Mann in Solingen hinter ihm gestanden hätten. Und um die Ironie auf die Spitze zu treiben, hätte Hildebrand dann gerade als Vertreter desjenigen Kreises diesen Durchkreuzungsversuch gemacht, dessen Abgeordneter, Genosse Scheidemann, aufs schärfste im Reichstag gegen den Marokkorummel aufgetreten war. Erinnern Sie sich Parteigenossen, jene Resolution Hildebrands forderte vom Jenaer Parteitag, zu erklären,

„daß die Partei, soweit das Vorgehen der deutschen Reichsregierung in Marokko nur der Verteidigung berechtigter Gesamtinteressen des deutschen Wirtschaftsleben diene, keinen Grund habe, ihre Oppositionsstellung aus den

inneren auch auf die *äußere* Politik der Reichsregierung zu übertragen.“

In dieser Situation glaubten wir die Ehre und das Ansehen unseres Wahlkreises und das Ansehen der Partei höher stellen zu müssen, als die menschlichen Rücksichten auf die Person Hildebrands. In einer Sitzung des erweiterten Vorstandes wurde die Frage angeschnitten, ob man Hildebrand auf die Kandidatenliste setzen dürfe. Es mußte erklärt werden: „So lange er Mitglied ist, hat er auch das Recht, zu kandidieren; es kann sich nur fragen, ob er bei seinen Anschauungen überhaupt noch Parteigenosse ist.“ Und da ist dann einstimmig beschlossen worden, der am folgenden Sonntag stattfindenden Kreisgeneralversammlung den Antrag auf Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen ihn zu unterbreiten. In dieser Situation war auch ich, wenn auch wider Willen, genötigt, aus meiner Reserve herauszutreten und mit den Nachweis zu führen, daß Hildebrand nicht auf dem Boden der Parteigrundsätze steht. In der Parteiversammlung wurde sachlich und eingehend diskutiert. Der Ausschluß wurde mit zwei Drittel Mehrheit in geheimer Abstimmung beschlossen. Hildebrand erklärte noch ausdrücklich, daß in jeder Hinsicht sachlich gegen ihn diskutiert worden sei und die Wirkungen eines eventuellen Ausschlusses auf seine ökonomischen Verhältnisse nur gute sein könnten. Er sagte: „Oekonomisch stehe ich mich besser, wenn Sie mich ausschließen.“ (Hört! hört!) Das kann auch diejenigen hier beruhigen, die schlimme materielle Folgen für ihn durch den Ausschluß fürchten, so daß dies Argument aus der Debatte ausscheiden kann.

Nun zu Hildebrands Anschauungen, die erst sein praktisches Handeln erklären. Wenn es sich um einen jungen, unerfahrenen Genossen gehandelt hätte, dann hätte bei all den geschilderten Vorkommnissen eine nachdrückliche Zurechtweisung genügt. Es handelt sich aber nicht um Handlungen aus Unkenntnis oder mangelnder Erfahrung, sondern um den bewußten Versuch, die Taktik und die ganze Zielsetzung der Partei auf eine ganz andere Grundlage zu stellen. Es ist unwahr, daß das Buch an sich als wissenschaftliche Leistung die Grundlage des Verfahrens gewesen ist. Es wurde nur als das Gefäß angesehen, in das seine Anschauungen hineingegossen sind. Aber es kam nur auf seine *Grundanschauungen* an, soweit sie im Widerspruch zu den Anschauungen der Partei stehen, und nur *soweit* kam sein Buch in Frage. Wissenschaftliche Einzelheiten waren überhaupt nicht der Gegenstand der Erörterung, das muß gegenüber dem Vorwurf betont werden, daß die Schiedsrichter das Buch nicht gelesen haben. Es handelt sich nicht um die Einzelprobleme dieses Buches, sondern um die Grundanschauungen Hildebrands. Es ist trotzdem Hildebrand freigestellt worden, das ganze Buch zur Verlesung zu bringen. Er war vernünftig genug, das nicht zu beantragen. Ich habe vom Standpunkt der Organisation aus in der betreffenden Sitzung den Gedankengang des Buches eingehend dargelegt, Hildebrand hat seinen Standpunkt vertreten. Das genügte für die Beisitzer vollkommen, um zu einem Urteil darüber zu kommen, ob die Grundanschauungen Hildebrands mit den Grundsätzen unseres Parteiprogramms vereinbar sind. In allen Instanzen ging Hildebrand immer auf die einzelnen Probleme ein, um die es sich hier gar nicht dreht. Er versuchte gar nicht, festzustellen, wie sein Verhältnis zu den Grundanschauungen der Partei war. Erst hier hat er zum erstenmal bekannt, daß vielleicht einzelne Wendungen in der Formulierung und Stilisierung zu scharf ausgefallen wären. Das hat er im ganzen Vorverfahren nicht mit einem einzigen Worte betont. Es ist ihm gar nicht eingefallen, früher zu sagen: der Sinn dieser oder jener Wendung ist zu scharf gedeutet worden. Hildebrand ist von seiner abweichenden Grundanschauung aus zu ganz abweichender

Stellungnahme in den aktuellen politischen Fragen gekommen. Das ist der Kernpunkt der ganzen Sache. Wir stellen voran die Eroberung der politischen Macht durch den Klassenkampf, um die Sozialisierung der Gesellschaft nach der Erringung der politischen Macht durchführen zu können. Hildebrand leugnet zwar den Klassenkampf nicht, auch nicht das Streben nach Erringung der politischen Macht. Er sagt aber, das alles kommt erst in zweiter Linie, sei sekundär. Er stellt voran, daß die Klassen innerhalb der westeuropäischen Staaten sich brüderlich die Hände reichen müssen, daß auch die Völker sich zusammenschließen müssen, und daß ein neues großes Gemeinschaftsgefühl für dieses westeuropäische Staatenkonglomerat geschaffen werden müsse, ein Gemeinschaftsgefühl, das sich auch eines großen Gegensatzes bewußt sein müsse gegenüber den anderen aufkommenden großen Wirtschaftsgebieten — Amerika, Rußland, Ostasien und Indien. Er sagt, die Klassen und Völker dieses westeuropäischen Kulturkreises müssen sich bewußt sein, daß sie in verhältnismäßig kurzer Zeit, in zehn bis zwanzig Jahren, vielleicht schon genötigt sein werden, in ausgesprochenen scharfen Gegensatz zu den anderen Weltwirtschaftsgebieten zu treten. Er stellt dabei die Arbeiterklasse der westeuropäischen Staaten in einen ausgesprochenen scharfen Gegensatz zu den Arbeitern in Amerika, in Rußland, in Ostasien und in Indien. Eine solche Auffassung steht im vollständigen Widerspruch mit dem Prinzip der internationalen Solidarität unseres Parteiprogramms. (Sehr richtig! Zuruf: Uebergangsstufe!) Es ist ein Ding der Unmöglichkeit für die Sozialdemokratie, sich einem solchen Standpunkt anzuschließen. Hildebrand sagt weiter, England und Frankreich hätten im Laufe der weltwirtschaftlichen Entwickelung einen zu großen Anteil an den Kolonien erhalten, während Deutschland zu kurz gekommen sei. Er fordert daher für Deutschland koloniale Bauernländer, in denen Nahrungsmittel und die Rohstoffe für die deutsche Industrie erzeugt werden können, und er erklärt, Deutschland müßte England und Frankreich nötigenfalls durch maritime und militärische Machtentfaltung zwingen können, ihm von ihrem Kolonialüberschuß das Erforderliche abzutreten. So hat er nicht nur den vorjährigen Panthersprung nach Agadir gebilligt, sondern schon vorher verlangt, Deutschland müsse durchsetzen, bei der Aufteilung Persiens neben England und Rußland als der Dritte beim Raube zugelassen zu werden. (Zuruf: Wo steht das?) In den „Sozialistischen Monatsheften“! So kommt er von seiner Forderung nach ausländischen Bauernländern zur Befürwortung der Kolonialpolitik, und, da er die Kolonien anderen Ländern zum Teil abgepreßt wissen will, zur Billigung der Flottenpolitik und der Verstärkung der Wehrmacht zu Lande, kurzum zum Militarismus und Imperialismus. (Hört! hört!) Da er ferner die Bauerngrundlage im Innern sichern und vermehren will, kommt er auch für die innere Politik zur Billigung der heutigen agrarischen Volksausplünderungspolitik.

Vor der Beschwerdekommission hat er auf die konkrete Frage, ob er für Agrarschutzzölle eintrete, erklärt, er sei nicht nur rein theoretisch für Schutzzölle, er sei auch der Ansicht, daß das Agrarschutzzollsystem, das wir seit 1878 in Deutschland haben, wenn auch nicht in der vorhandenen Art und Form seiner Ausgestaltung, so doch dem Wesen nach unbedingt notwendig für Deutschland ist. Er sagt damit also, daß er für die Politik der Lebensmittelverteuerung letzten Endes eintritt, die ja wesentlich mit eine Folge dieser Schutzzollpolitik ist. Es handelt sich bei ihm nicht darum — wie seine Verteidiger glauben machen wollen —, daß er irgendwelches Prognostikum für die Zukunft stellt, er will die Partei *jetzt*, in der *Gegenwart*, zwingen, den Boden ihres Programms zu verlassen und sich auf seinen Standpunkt zu stellen. Dafür einige Belege aus seinem Buche. Auf Seite 210 sagt er:

„Die Lebenshaltung der Industriearbeiterschaft wird also nach dem Eintritt der rückläufigen Bewegung, *mit oder ohne Sozialismus*, vollständig zusammenbrechen müssen. Um so schlimmer für das Industrieproletariat, wenn es ihm nicht möglich sein sollte, seine industrielle Befangenheit schnell abzustreifen und die Wirtschaftspolitik der alten Industriestaaten in eine Richtung hineinzudrängen, die seinen dauernden Interessen wirklich entspricht: *Eine Richtung freilich, die sich sehr wesentlich von dem bisherigen Industriesozialismus unterscheiden müßte.*"

„Industriesozialismus" ist für ihn der Sozialismus unseres Programms. Weiter sagt er Seite 80:

„Das alles sind Dinge, die den ganzen übrigen Bereich gesellschaftlicher Lebensäußerungen und Entwickelungsmöglichkeiten entscheidend beeinflussen und *in letzter Linie daher auch Richtung und Inhalt unserer politischen Zielsetzung bestimmen müssen.*"

Kann man sich denn klarer aussprechen, wenn man verlangt, daß die Partei sich auf einen ganz anderen grundsätzlichen Boden stellen soll, als bisher? Nun der Extrakt seiner Anschauungen auf Seite 203:

„Hierauf sich einzurichten, bleibt die wichtigste wirtschafts- und sozialpolitische Aufgabe des von diesen Wandlungen schwer getroffenen, weil industriell überfütterten westeuropäischen Kulturkreises. Wird es die Aufgabe der einzelnen Nationen *oder Klassen für sich* sein, oder werden sich aus ihr so viele gemeinsame Interessen ergeben, daß ein Zusammenwirken möglich ist? Es ist ersichtlich, daß alle Fragen der „nationalen" und „sozialen" Politik innerhalb des alten westeuropäischen Kulturkreises der Generalfrage untergeordnet sein müssen, wie die große Ausgleichsbewegung der internationalen Verkehrswirtschaft überstanden werden könne, wie man sich auf sie einrichten müsse."

Da stellt er also als „Generalfrage" voran, daß die Völker *gemeinsam* operieren müssen. In *zweiter Linie* erst kommt für ihn der Klassenkampf. Er sagt weiter auf derselben Seite:

„Ebenso ist es mit dem Verhältnis der sozialen Klassen zueinander. Haben wir damit zu rechnen, daß die Nahrungs- und Kleidungsdecke im ganzen zu kurz wird, daß die Industrie in ihrer Gesamtheit schweren Entwickelungsstockungen entgegengeht, die nicht aus der sozialen, sondern aus der nationalen Besitzverteilung entstehen, so wird zwar der Klassenkampf" — und hier definiert er ihn — „das heißt der Kampf um den Anteil an den vorhandenen Gütern, nicht aufhören, aber er wird zurücktreten müssen hinter der gemeinsamen Sorge einer zureichenden Bauerngrundlage oder für die Anpassung des industriellen Ueberbaues an die bleibend vorhandene Grundlage."

Hier ist der Gegensatz klipp und klar ausgesprochen. Während *wir* die Eroberung der politischen Macht durch den Klassenkampf voranstellen, stellt *er* sein westeuropäisches Gemeinschaftsgefühl in den Vordergrund, und er verlangt, daß die Partei sich ihm anschließe, und zwar *jetzt, gegenwärtig*. Da kann man doch nicht reden von einem Bestreben für die Zukunft. Er sagt das auch offen, daß seine Forderung für die Gegenwart gilt, und zwar auf Seite 207, wo es heißt:

„Der Gedanke der sozialistischen Produktionsweise oder der einheitlich planmäßigen wirtschaftlichen Gemeinschaftsregelung hatte seinen guten Sinn usw."

Also ausdrücklich: „*hatte*". Er ist also der Meinung, daß der bisherige Standpunkt der Partei *überholt* sei, *jetzt* komme es eben darauf an, die Arbeiterklasse zu überzeugen, daß sie sich auf einen neuen grundsätzlichen Boden stellen müsse. Von diesem neuen grundsätzlichen Boden aus kommt er zu seinen abweichenden Anschauungen in all den Fragen der aktuellen Politik, wie ich das geschildert habe. Er gibt den grundsätzlichen Standpunkt unserer Partei vollständig preis. Er gehört eben nicht mehr zu uns. Es geht nicht, daß unter dem Schutze der Meinungsfreiheit von Angehörigen der Partei alle Grundsätze der Partei verleugnet werden. Geschieht das von Gegnern, geht uns das nichts an. *Mitkämpfer* aber müssen auf unserem grundsätzlichen Boden stehen. Nun besteht die Absicht, zu beantragen, die Entscheidung auf den nächsten Parteitag zu verschieben. (Hört! hört! und Unruhe.) Das wäre ein Armutszeugnis für die Partei! (Sehr richtig! Unruhe.)

Vorsitzender Haase: Ein solcher Antrag ist ja noch gar nicht zur Debatte gestellt. Nach unserer Geschäftsordnung kann über einen solchen Antrag nur ein Redner dafür und ein Redner dagegen sprechen. Wenn ich Sie jetzt dazu reden lassen würde, so würde zweimal gegen den Antrag gesprochen werden, die Geschäftsordnung würde verletzt werden, das kann ich unter keinen Umständen zulassen.

Dittmann: Ich möchte also sagen, daß ich eine Vertagung der Entscheidung lebhaft bedauern würde. Die Frage ist ganz spruchreif. Das Buch liegt seit zwei Jahren vor. Seit einem Jahre ist bekannt, daß dieses Buch beim Ausschlußverfahren wesentlich mit in Betracht kommt. Diejenigen, die sich jetzt für Hildebrand aus rein formalen Gründen ins Zeug legen, haben sich wohlweislich gehütet, sich auf seinen sachlichen Boden zu stellen, denn wer sich darauf stellt, stellt sich außerhalb der Grundanschauungen der Partei. Also, weil Hildebrand von seinen Grundanschauungen aus vollständig zu anderen praktischen Folgerungen kommt als die Partei, und weil er in seinem praktischen Verhalten die ganze Parteiarbeit hindert und stört, kann es gar keinen anderen Standpunkt geben als den, auszusprechen, daß er nicht mehr zu unserer Partei gehört. (Sehr richtig! und Schlußrufe.) Ich bin schon am Schlusse und will nur noch verweisen auf das Urteil eines unzweifelhaft rechtsstehenden Parteigenossen, des Genossen Wetzker in Bochum, über die Angelegenheit. Er sagt in einem Artikel vom 26. Juli 1912:

„Ich bin weit davon entfernt, dem Verfasser seine Ansichten rauben oder verdenken zu wollen. Gleichviel, ob sie wissenschaftlich begründete Ueberzeugungen oder im Gefühl ruhende Neigungen sind. Für uns handelt es sich lediglich darum, daß Hildebrand den Sozialismus ablehnt und gegen ihn agitiert. Unter den „liebgewordenen Vorstellungen", die im Schlußsatz des Buches als gefährliche Befangenheiten bezeichnet werden, versteht Hildebrand den Sozialismus. Ein solcher Mann hat in unserer Partei nichts zu suchen, solange sie die *sozial*demokratische Partei ist, mag er auch sonst der beste Demokrat sein und mit ernstestem Willen das Volkswohl fördern wollen. Im Namen der Freiheit der Wissenschaft zu verlangen, daß man einen Mann in den Reihen unserer Partei duldet, der das Aufgeben der „kommunistischen Utopien", der „gefährlichen sozialistischen Befangenheit" als einziges Mittel der Rettung bezeichnet und für diese Forderung Propaganda macht, das ist ein Verlangen, das einem sozialdemokratischen Arbeiter stets unverständlich bleiben wird." (Sehr richtig! Große Unruhe rechts und Schlußrufe.)

Vorsitzender Haase: Ich bitte doch alle Genossen, die Angelegenheit sachlich und ruhig zum Abschluß zu bringen. Ich habe dem Redner den weitesten Spielraum eingeräumt und er hat jetzt fast völlig das erschöpft, was er dem Parteitag zu sagen hatte.

Dittmann: Nur noch den Schluß des Wetzkerschen Zitats:

„Herr Gerhard Hildebrand ist mir stets eine sympathische Persönlichkeit gewesen. Ich habe seinen Werdegang als Sozialdemokrat vom ersten Tage seines Eintritts in die Partei zu beobachten Gelegenheit gehabt, und hatte Gelegenheit, ihm auch im Anfang erbetene Ratschläge für sein Verhalten in der Partei zu geben. Daß er, der vor wenigen Jahren von der bürgerlichen Demokratie zur sozialdemokratischen Partei gekommen ist, nach dem erneuten Wechsel vom Sozialdemokraten zum Demokraten ohne Sozialismus trotzdem hartnäckig darauf beharrt, der sozialdemokratischen Partei weiter angehören zu dürfen, ist nicht geeignet, die Sympathie für ihn zu stärken. Die politische Ehrlichkeit müßte ihm sagen, daß er in der sozialdemokratischen Partei nichts mehr zu suchen hat. Ich habe die Ueberzeugung, der Parteitag in Chemnitz wird bei der sehr klaren Sachlage kurzen Prozeß machen und sich nicht dazu vergeben, die sozialdemokratische Partei zum Tummelplatz antisozialdemokratischer Propaganda werden zu lassen."

Ich bitte Sie, Parteigenossen, sich diesem Urteil eines durchaus rechtsstehenden Parteigenossen anzuschließen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Vorsitzender Haase verliest folgenden Geschäftsordnungsantrag:

Der Parteitag setzt die Entscheidung über das Urteil des Schiedsgerichts Solingen über den Ausschluß des Genossen Hildebrand aus. Der Parteitag ersucht den Parteivorstand, den Delegierten des nächsten Parteitages das zur Beurteilung dieser Angelegenheit nötige Material rechtzeitig zuzustellen.

Vorsitzender **Haase:** Der erste Teil dieses Antrages stellt sich als ein Vertagungsantrag dar. Nach unserer Geschäftsordnung erhält nur ein Redner dafür und ein Redner dagegen das Wort.

Dr. **Gradnauer** spricht für den Antrag: Es erscheint mir vollständig ausgeschlossen, daß wir diese schwierige Angelegenheit jetzt in richtiger Weise zur Erledigung bringen können, sowohl aus inneren sachlichen Gründen, als auch, weil uns einfach die Zeit dazu fehlt. In der gesamten neueren Parteigeschichte ist es das erstemal, daß ein Genosse von einem Parteitage wegen seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung ausgeschlossen werden soll. Die früheren Ausschlüsse trugen keinen solchen Charakter. Ich erinnere an den Ausschluß auf dem Erfurter Parteitage 1891, er erfolgte nicht wegen abweichender Anschauungen der „Jungen", sondern wegen der Beleidigungen und Verleumdungen, die sie gegen den Parteivorstand gerichtet hatten. Jetzt aber handelt es sich um die Frage, ob jemand die Grenze der zulässigen Kritik an den Grundanschauungen der Partei überschritten habe. Die Beurteilung des Falles wird dadurch erschwert, daß wir von den bisherigen Rednern ganz entgegenstehende Darlegungen und Behauptungen gehört haben. Es ist uns eine Fülle von Material mitgeteilt worden, aus dem wir sehen, daß Hildebrand in der Tat Anschauungen huldigt, die in weitem Umfange von dem abweichen, was unsere Partei sonst vertritt. Andererseits ist aber Hildebrand selbst hier aufgetreten und hat ein Bekenntnis für den Sozialismus und für den Kampf der Arbeiterklasse abgelegt. Jeder von uns mußte den Eindruck empfangen, daß er aus vollem ehrlichen Herzen spricht. Bei einer solchen Lage der Dinge ist es ohne Zweifel nichts leichtes für uns, die vollständige Klärung der Angelegenheit herbeizuführen und unser Urteil zu fällen. Dazu kommt, daß der größte Teil der Parteipresse bisher nicht in der Lage war, sich ausreichend mit dem Buche Hildebrands zu beschäftigen. Sehr viele Delegierte sind hierhergekommen, ohne überhaupt von den Anschauungen Hildebrands eine Ahnung zu haben. Auch unser wissenschaftliches Zentralorgan, die „Neue Zeit", hat meines Wissens nicht einen einzigen Artikel über diese Frage gebracht. Auch nicht einmal schriftliche Urteilsgründe der vorigen Instanzen liegen vor. Bei viel unbedeutenderen Angelegenheit ist wiederholt den Parteitagen eine Druckvorlage gemacht worden, aus der sich die Delegierten rechtzeitig informieren konnten. Auch sind soeben durch den letzten Redner wieder neue Momente in die Debatte geworfen, neue Behauptungen aufgestellt worden. (Widerspruch.) Es ist unvermeidlich, daß Hildebrand darauf erwidern will. Wir haben noch eine lange Rednerliste vorliegen und es kann doch nicht angehen, in solcher Sache vorzeitig Debatteschluß zu machen. Es erscheint mir also unmöglich, die Angelegenheit heute sachgemäß so zu erledigen, um zu einem gewissenhaften reifen Urteil zu gelangen. Die Mehrheit ist sicherlich zu der Meinung geneigt, daß sich Hildebrand von den Parteianschauungen sehr weit entfernt hat, aber es ist doch die Pflicht eines deutschen Parteitages, und unsere Ehre und Würde gebietet es uns, daß wir über eine solche wichtige Angelegenheit nicht in Uebereilung und Hast entscheiden, sondern erst nach gründlicher Prüfung. Denken Sie auch an den Fall Göppingen. Da hat der Parteitag es abgelehnt, zu entscheiden, obwohl wir eine lange Debatte hatten. (Ebert: Der Parteitag hat doch entschieden!) Ich spreche nicht für irgendeine Seite, sondern lediglich im Interesse der gewissenhaften Erledigung dieser Angelegenheit. Wenn es auch etwas lästig sein mag, auch für Hildebrand, die Entscheidung noch ein Jahr auszusetzen, so ist es doch nicht zu vermeiden. Die Angelegenheit muß in der Parteipresse erst noch mehr geklärt werden und der Parteivorstand möge das zur Urteilsfällung erforderliche Material dem nächsten Parteitage vorlegen. Dann können wir im nächsten Jahre in voller Kenntnis und mit ruhigem Gewissen unser Urteil fällen. (Teilweiser Beifall.)

Klara **Zetkin:** Ich möchte Ihnen dringend abraten, die Angelegenheit zu vertagen. Lassen Sie sich von einer Entscheidung nicht durch den Hinweis abhalten, daß die Angelegenheit den Parteitag noch sehr lange beschäftigen müßte, und daß dadurch zahlreiche Delegierte etwa verhindert werden könnten, so zeitig abzureisen, wie sie es möchten. Meines Erachtens ist die Sache schon sehr ausgiebig geklärt worden durch die verschiedenen Darlegungen, die wir hier gehört haben. (Sehr richtig!) Wie liegen die Dinge denn eigentlich? Wir sind nicht hier, um zu entscheiden über die wissenschaftliche Bedeutung, über die wissenschaftliche Richtigkeit oder über die wissenschaftliche Irrtümlichkeit der Theorien, die Hildebrand entwickelt hat. (Sehr richtig!) Wir haben uns hier lediglich mit der politischen Seite dieser Angelegenheit zu befassen. (Sehr richtig!) Es kommt dabei auch nicht in Betracht, daß bei einer Vertagung das Buch in der Zwischenzeit erst recht viel gelesen werden würde. Wenn Sie in einem Jahre oder in zwei Jahren sich mit der Sache wieder beschäftigen wollten, ich gehe eine Wette ein, daß ich wahrscheinlich nicht alle zehn Finger meiner Hände brauchte, um diejenigen Genossen aufzuzählen, die unterdessen das ganze Buch gelesen hätten. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Und zwar nicht etwa aus mangelndem Respekt vor der Wissenschaft, vielmehr weil die Mehrzahl der politisch organisierten und kämpfenden Genossen sich nicht mit der wissenschaftlichen Seite der Sache beschäftigt, sondern lediglich mit ihrer politischen. (Sehr richtig!) Wir sind auch gar nicht so anmaßend, daß wir als große wissenschaftliche Phänomene und wissenschaftliche Leuchten über das Buch entscheiden wollen. Wir sind hier als ganz simple politische Kämpfer, um bestimmte praktische Konsequenzen dieser Theorien zurückzuweisen. (Heilmann: Wir sind eine wissenschaftliche Partei!) Es handelt sich nicht um die wissenschaftliche Ueberzeugung Hildebrands, die lassen wir unangetastet. Seine praktische Betätigung aber ist es, die den Anstoß zu der ganzen Frage gegeben hat. (Weill: Dann muß Pannekoek auch ausgeschlossen werden!) Vertagen wir, dann wird die Angelegenheit im Laufe eines Jahres

nach der wissenschaftlichen Seite hin nicht mehr geklärt sein als heute, sondern nur noch verwirrter, dunkler werden. (Sehr richtig!) Es ist betont worden, daß ja die praktische Betätigung Hildebrands bis jetzt noch keinen großen Schaden angerichtet hätte, weil die praktischen Schlußfolgerungen seiner Ansichten von den Genossen energisch abgelehnt worden seien. Ja, seit wann müssen wir denn erst den Schaden abwarten? (Sehr richtig!) Es wäre gerade für uns als Realpolitiker ein Gebot der Notwendigkeit, hier mit einem bloßen Achselzucken einen Schaden abzuwehren, der später zu heißen inneren Kämpfen in der Partei führen könnte. Vor dem ersten Schritt sollte man sich hüten! Ich würde es auch bedauern, wenn der ganze kolossale Aufwand an Zeit und Kraft umsonst getan sein sollte, der gemacht worden ist, um die Sache auf diesem Parteitag zu klären; wenn die ganze Arbeit noch einmal getan werden müßte, und die Beunruhigung in der Partei andauern würde. (Sehr richtig! und Lachen.) Lassen Sie sich nicht dadurch beirren, daß, wenn Sie heute entscheiden, vielleicht ein großes Wehklagen angeht, die Freiheit der Wissenschaft sei beeinträchtigt worden. Der Wissenschaft mag Hildebrand weiter leben, das ist sein gutes Recht. Aber der Freiheit der Meinung des einzelnen steht gegenüber das lebendige Interesse der Partei, innerhalb deren wir es zu keinen Abirrungen kommen lassen dürfen, die die Einheitlichkeit der Aktion stören. (Zuruf: Pannekoek!) Die Partei ist nicht der Saal, in dem liebenswürdige und interessante Schwarmgeister tanzen können. Das Gebäude ist eine Festung, in der wir alle einig und gerüstet stehen und kämpfen müssen. (Lebhafter Beifall.)

Der Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Heine: Ich spreche gegen den Antrag auf Ausschluß Hildebrands. Es sind zunächst formelle Gründe gegen den Ausschluß vorhanden. Es ist nachgewiesen, daß das Schiedsgericht nicht so verfahren ist, wie es hätte verfahren müssen. In keiner Instanz haben alle Richter das Buch, worüber sie urteilten, gekannt. Auch der Parteitag hat nicht die geringste gedruckte Vorlage. Das Urteil des Schiedsgerichts enthält keine Begründung. Welchen Lärm würden wir schlagen, wenn ein bürgerliches Gericht in dieser Weise vorgehen würde. (Sehr richtig!) Setzt Euch nicht, ich flehe Euch an, dem Vorwurf aus, daß Ihr ab irato, im Zorn oder in der Voreingenommenheit über eine Sache geurteilt habt, die Ihr nicht genügend prüfen konntet. Das Schiedsgericht muß noch einmal abgehalten werden. Es gibt einen Präzedenzfall, den Fall Calwer. Da wurde das Urteil auch wegen Mängel des Verfahrens aufgehoben und die Sache wurde zur nochmaligen Verhandlung zurückverwiesen. Auch die heutige Angelegenheit kann nicht anders als durch Zurückverweisung erledigt werden.

Das Referat Süßheims war nicht mehr ein objektiver Bericht, es war eine zweistündige Anklagerede. (Sehr richtig!) Dann hat Dittmann nochmals eine anderthalbstündige Anklagerede gehalten. Ich als Verteidiger kann in zehn Minuten kaum auf den hundertsten Teil davon eingehen.

Es ist von keiner Seite der Versuch gemacht worden, den Gedankengang des Buches Ihnen darzulegen. Keiner hat Ihnen gesagt, daß neun Zehntel dieses Buches sich mit einer Statistik beschäftigen, die die Gefahr schildert, die aus dem fortwährenden Export von Industrien nach den bisherigen Agrarländern entsteht. Solche Untersuchung ist nichts Unzulässiges. Auch in der Beschwerdekommission ist das Buch nicht allen bekannt geworden.

Die Erklärungen, die Hildebrand abgegeben haben soll, bestreitet er. Es wäre notwendig gewesen, die Sache nochmals zu vertagen. Das ist abgelehnt worden. Es gibt jetzt gar nichts anderes mehr, da keine genügende Aufklärung gegeben ist, als den Angeklagten freizusprechen. (Sehr richtig! und Lachen.) Zu den Ausschließungsgründen des Parteistatuts hat Süßheim aus eigener Machtvollkommenheit einen neuen hinzugefügt. Der § 23 des Parteistatuts zählt als Ausschließungsgründe auf: groben Verstoß gegen die Grundsätze der Partei, ehrlose Handlungen, beharrliches Zuwiderhandeln gegen Parteibeschlüsse. Also immer Handlungen, nicht Meinungen. Dittmann hat eine Anzahl Fälle angeführt, in denen Hildebrand in nicht ganz taktvoller Weise aufgetreten sein soll. Wenn das alles wahr wäre, was ich ja nicht wissen kann, würde das immer noch unter keinen dieser Ausschließungsgründe fallen. (Sehr richtig!) Nur wenn Hildebrand beharrlich zuwidergehandelt hätte gegen Beschlüsse der Partei und sie dadurch geschädigt hätte, könnte er ausgeschlossen werden, aber nicht, wenn er einzelnen Parteigenossen unangenehm wird. (Sehr gut!) Das sind Fragen des Taktes, und ich stimme zu, daß unter Umständen jemand, der ungeschickt und taktlos verfährt, von verantwortlichen Stellen in der Partei fernzuhalten ist. Aber das ist keine Frage der Zugehörigkeit zur Partei, man kann ihn deshalb nicht ausschließen.

Süßheim sagt, es müsse doch möglich sein, Gesinnungen, die nicht in die Partei passen, auszuschließen. (Sehr richtig!) Nein, Genossen, das muß nicht möglich sein. (Stürmische Unterbrechungen, die der Vorsitzende Haase zu unterlassen bittet.) Warum darf das nicht möglich sein? Deshalb, weil es dann gar keine Grenzen, keine sicheren Entscheidungsmerkmale gibt. Wer kann über Meinungen und Gesinnungen als solche richten? Sogleich wird der Streit entstehen, was gemeint gewesen sei. Der eine faßt eine Meinung so auf, der andere so. Das hat sich gerade im Hildebrandschen Falle gezeigt, wo der Angeklagte erklärt, er wolle den Sozialismus, und der Ankläger behauptet, der Angeklagte wolle ihn nicht. Damit sind wir bei den Glaubensgerichten der Kirche angekommen! (Sehr wahr!) Nein, nur Handlungen gegen die Grundsätze des Parteiprogramms können in Frage kommen, aber nicht Meinungen. Darum beschränkt sich das Organisationsstatut mit gutem Grunde auf die in § 23 angeführten Ausschließungsgründe. Süßheim müßte als Jurist wissen, daß Strafgesetze nicht ausdehnend interpretiert werden dürfen. (Dr. Süßheim: Das ist kein Strafgesetz!) Jawohl, das ist es, denn gibt es für einen Genossen etwas Schlimmeres, eine härtere Strafe, als den Ausschluß aus der Partei? (Lebhafte Zustimmung. — Neuer Zuruf von Dr. Süßheim: Das Parteistatut ist kein Strafgesetz! Unruhe.) Doch, dieser § 23 ist eines und er ist eine Ausnahmebestimmung. Hoffentlich wird der Parteitag sie nicht ausdehnen.

Nun zur sachlichen Bedeutung des Falles. Von einer Seite ist versucht worden, ihn so hinzustellen, als handle es sich um einen Streit zwischen Radikalen und Revisionisten. Damit hat die Sache aber nicht das geringste zu tun. (Oho!) Hildebrand ist ein Eingänger, der seine eigenen Wege geht, und ich speziell denke nicht daran, mich mit ihm zu identifizieren. Ich tue das schon deswegen nicht, weil ich ja die wissenschaftlichen Fragen dieses Streites nicht nachprüfen kann. Meine wissenschaftliche Bildung reicht nämlich gerade so weit, daß ich weiß, man dürfe in wissenschaftlichen Fragen nicht aburteilen, wenn man nicht selbst Fachstudien darüber gemacht hat. (Sehr gut! und Unruhe.) Die habe ich nicht gemacht. Als Revisionist und gerade als Revisionist lehne ich es ferner entschieden ab, mich auf die Zukunftsspekulationen Hildebrands einzulassen. Ich bin als Revisionist Gegenwartspolitiker und will es bleiben. Hildebrands „Vereinigte Staaten von Westeuropa" liegen mir in viel zu weitem Felde, als daß es mir lohnen würde, mich auch nur mit einem Gedanken mit dieser Spekulation abzugeben. Aber es gibt doch auch manche andere Zukunftsmusik in der Partei (Sehr gut!) und es ist doch wohl erlaubt, sich damit zu beschäftigen. Was Hildebrand speziell über die Agrarfrage schreibt,

bewegt sich durchaus in den Bahnen einer Untersuchung über die zukünftige Entwickelung.

In der Gegenwartspolitik steht Hildebrand auf unserm Standpunkt. Sie haben ihn hier gehört, Sie haben beobachtet, welche warmherzige, offene Erklärung er abgegeben hat, und wie er für unsere Sache eintritt. Sie haben den Mut gesehen, mit dem er auch abweichende Ansichten nicht verschweigt. Und einen solchen Mann, der so offen und ehrlich auftritt, der hier erklärt, mit uns kämpfen zu wollen, den wollt Ihr ausschließen? (Sehr wahr! und Unruhe.) Wenn Ihr das tut, schädigt Ihr die Partei. Ein Mann von solcher Ehrenhaftigkeit, solchem Mut, solcher Gewissenhaftigkeit und Warmherzigkeit gereicht jeder Partei zur Ehre (Lebhafte Zustimmung), auch wenn er irrt. (Sehr richtig!) Es sind gegen Hildebrand auch Einzelheiten hervorgehoben worden. Es wurde gesagt, er billige die Schutzzollpolitik. Er selbst hat davon nichts gesagt. Bei der Erörterung in seinem Buch handelt es sich um die Frage, ob die „Vereinigten Staaten von Westeuropa" einmal Schutzzollpolitik treiben müssen. Erinnern Sie sich doch der Artikel, die Friedrich Engels in den 80er Jahren über Freihandel und Schutzzölle in der „Neuen Zeit" veröffentlichte. Er hat es rundweg abgelehnt, daß wir Stellung für unbedingten Freihandel zu nehmen hätten. Aber selbstverständlich, wenn Hildebrand erklärt hätte, er sei für die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Lebensmittelzölle, so würde ich das auf das schärfste ablehnen. Das tut er aber gar nicht!

Der Ausschluß Hildebrands verstößt gegen das Prinzip, daß unsere Taktik auf einer wissenschaftlichen Grundlage ruht, auf der Grundlage wissenschaftlicher Forschung. Man kann nicht, wie Frau Zetkin, einen Unterschied zwischen Meinungs- und Forschungsfreiheit machen. Den gibt es nicht, beide Begriffe fallen zusammen. Die Forschungsfreiheit ist die notwendige Voraussetzung einer Politik, die sich auf der Erkenntnis wissenschaftlicher Tatsachen aufbaut. (Lebhafte Zustimmung.) Der Fall liegt genau so, wie gestern der von Pannekoek und anderen Genossen. Diese haben auch gesagt, in unserem Programm sei etwas mangelhaft. Der Grundsatz, daß internationale Streitigkeiten durch Schiedsgerichte geschlichtet werden sollen, sei aus ökonomischen Gründen nicht durchführbar. Hildebrand sagt, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sei ebenfalls aus ökonomischen Gründen nur innerhalb gewisser Schranken durchführbar. Ob beide recht haben, ist mir gleichgültig und will ich nicht entscheiden. Jedenfalls aber haben beide das Recht, es zu sagen. (Sehr wahr!)

Was die Verstaatlichung der Produktionsmittel betrifft, so erinnere ich Sie an den Wahlkampf! Ueberall wurde uns von den Reichsverbändlern entgegengehalten: Ihr wollt ja auch das kleinste Produktionsmittel verstaatlichen, den Bauern das Land und der armen Frau die Ziege nehmen — und wir haben immer wieder gesagt und sagen müssen: nein, wir denken nicht daran, alle Produktionsmittel zu verstaatlichen, sondern nur diejenigen, wo dies im Gang der ökonomischen Notwendigkeit liegt. (Sehr gut!) Wenn wir das sagen, sind wir Marxisten. Was heute hier gesagt wurde über die Ketzerei Hildebrands, nicht alles verstaatlichen zu wollen, das gäbe — nehmt mir das nicht übel! — den schlimmsten Vorwürfen des Reichsverbandes recht, wenn es nämlich der sozialdemokratischen Wissenschaft entspricht, was es nicht tut.

Die Aeußerungen Dittmanns und der Frau Zetkin beweisen mir, daß wenigstens diese beiden aus diesem Prozeß einen politischen Tendenzprozeß machen wollen. Ich bitte Sie, folgen Sie ihnen nicht. Nicht aus Mitleid, das hat Hildebrand nicht nötig, sondern im Interesse der Ehre der Partei. (Sehr wahr!) Beschreiten Sie nicht den Weg, die wissenschaftliche Forschung zu unterbinden. Laden Sie nicht der Partei den Vorwurf der Intoleranz auf.

(Erneute lebhafte Zustimmung und Widerspruch.) Es wäre auch zwecklos. Kein Genosse von Ehre und Wissen wird jemals seine wissenschaftliche Ueberzeugung zum Schweigen verurteilen lassen. Auf ein Ketzergericht würde das andere folgen, wie Traub auf Jatho! (Beifall und Lärm.) Und diese Ketzerurteile würden immer gerade die Genossen treffen, die am meisten den Mut ihrer Ueberzeugung haben. Eine Partei von vier Millionen muß stark genug sein, auch Eingänger und Kritiker zu ertragen, selbst wenn sie einzelnen oder der Partei unbequem werden. Eine so große Partei muß auch groß und frei handeln.

Es ist hier auch gesagt worden, daß das Vorgehen Hildebrands unsere Agitation gestört hätte. Er wird sich ja nachher selbst äußern. Selbst wenn Gegner sich auf ihn berufen hätten und dies unsere Agitation beeinträchtigt hätte, glauben Sie mir, der Schaden, der uns heute durch die Reden der Genossen Dittmann und Frau Zetkin zugefügt worden ist, der ist in zehn Jahren nicht wieder gut zu machen. (Lebhafte Zustimmung und Gelächter.) Und glauben Sie mir, wenn Sie Hildebrand ausschließen, so ist gerade das ein Knüppel, den Sie unserer Agitation zwischen die Beine werfen. Immer und immer wieder wird uns dieses Ketzergericht, diese Unduldsamkeit vorgehalten werden. Nicht der Revisionismus wird getroffen durch das Urteil, sondern die Partei selber. Und wenn nach dem Ausschluß Hildebrands gewisse Genossen in die Welt hinaustrompeten werden, der Parteitag habe mit überwältigender Mehrheit den Revisionismus abgelehnt, so lachen wir darüber, denn der Revisionismus hat damit nichts zu tun. (Zustimmung und Widerspruch.)

Es ist schon darauf hingewiesen worden, mit welchem Rechte die Sozialdemokratie dann noch die Klassenjustiz und politische Justiz unserer Gegner kritisieren könnte, wenn Hildebrand ausgeschlossen würde. Die andere Seite hat eingewendet, daß wir Kritiker durch die Bezeichnung dieses Verfahrens als „Autodafé" und „Ketzerprozeß" den Gegnern Waffen liefern. (Sehr wahr!)

Ich will Ihnen dazu noch ein Erlebnis aus dem Reichstag erzählen. Als ich dort einmal sehr scharf die politische und Klassenjustiz kritisierte, war der Staatssekretär Dr. Nieberding nicht imstande, auch nur ein i-Tüpfelchen von meiner Darstellung zu bestreiten. Da zog er sich zurück, indem er weinerlich stammelte, es möchte doch auch der Herr Abgeordnete Heine einmal die Ungerechtigkeiten seiner eigenen Parteigenossen kritisieren. Darauf konnte ich ihm antworten: dadurch, daß ich auch gegen Ungerechtigkeiten meiner Parteigenossen aufgetreten bin, wo immer ich sie gesehen habe und auch vor meinen Parteigenossen kein Blatt vor den Mund nehme, habe ich mir das Recht gewahrt, auch hier zu sprechen und Beachtung dessen, was ich sage, zu fordern. (Sehr gut!) Der Staatssekretär und die gesamte Rechte konnten meinen Worten nur ein verlegenes Schweigen entgegensetzen, und keiner hat etwas zu erwidern gewagt. (Bravo!)

Glauben Sie mir, durch die freie offene Kritik und dadurch, daß wir das Kind auch beim rechten Namen nennen, schadet man der Partei nicht, sondern durch die Handlungen der Intoleranz und Glaubensverfolgung. (Sehr gut!) Unsere Partei ist ja von Feinden rings umdrängt und sie hat wahrlich alle Veranlassung, zu den Schwierigkeiten, die ihr gemacht werden, nicht noch neue hinzuzufügen. Ich bitte Sie noch einmal, denken Sie an das Interesse, nicht Hildebrands, lassen Sie meinetwegen auch, wenn Sie kein Interesse dafür haben, die freie Forschung aus dem Spiel, denken Sie bloß daran, was aus der Partei wird, wenn sie den Grundsatz Frau Zetkins einnimmt, in der Partei wäre nur für eine einheitliche Meinung Raum. Dann werden wir zur Kirche. (Sehr wahr!) Natürlich soll man vernünftigerweise in der Partei nicht alles tun und sagen und reden. Auf dem Boden der Grundsätze der

Partei, auf dem Boden des Sozialismus wird jeder stehen, der zu uns hält. Auf dem Boden steht auch Hildebrand. Lassen Sie sich durch den ganz törichten Artikel aus Bochum, der eben verbreitet wird, nicht beirren. Es ist eine Torheit, wenn in dem Artikel schlechtweg behauptet wird, Hildebrand stünde nicht auf dem Boden des „Sozialismus". Allerdings hat ja Wetzker die Erklärung nicht gekannt, die Hildebrand vorhin abgegeben hat. Nach dieser ist seine Behauptung vollständig unhaltbar.

Ueberlegen Sie sich, daß innerhalb des großen Ideenkomplexes der Demokratie, der uns umfaßt und trägt, und in dem wir uns bewegen, viele einzelne Wege sind. Aus unzähligen Bächen rinnt der Strom des Sozialismus zusammen und seine Gewalt wird nicht dadurch vergrößert werden, wenn Sie künstlich Zuflüsse abdämmen, aus Angst, es könnte Ihnen Ihr Wasser getrübt werden. (Widerspruch.) Der Strom des Sozialismus reißt mit elementarer Gewalt alles mit sich, was ehrlich, treu und wahr zum Volke hält. Darum tut nicht, was Dittmann verlangt. Ihr schädigt die Partei.

Wenn man mir künftig in der Agitation vorhält, daß wir eine Partei der „Ketzerrichter" seien, werde ich sagen: Nein, wenn zehnmal ein schlechtes Urteil durch diesen schlecht, ja gar nicht informierten Parteitag gefällt wurde, unsere Sache bleibt, was sie ist, die Sache der Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit. Daran können auch solche Verstöße gegen die Gerechtigkeit wie dieser Ausschluß nichts ändern. (Beifall.) Ich darf das aber nur sagen, wenn ich es heute hier sage. Ist es vergeblich gewesen, dann ist es nicht meine Schuld. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei einem Teil des Parteitages. — Unruhe.)

Dr. Laufenberg-Hamburg: Gestatten Sie mir zunächst, dem lebhaften Bedauern Ausdruck zu geben, daß die Erörterungen, die ich vor nunmehr fünf Jahren auf dem niederrheinischen Parteitag mit Hildebrand gepflogen habe, diesen Ausgang genommen haben. Ich hoffte damals, daß Hildebrand sich schließlich Schulter an Schulter mit mir finden werde. Es ist anders gekommen. Man hat heute morgen die Freiheit der Wissenschaft angerufen. Es ist niemand hier im Saale, der nicht das Wort Lassalles unterschriebe, daß die Wissenschaft frei sein muß, frei bis zum Mißbrauch. (Sehr richtig!) Die Wissenschaft hat das Recht, unser ganzes Programm in Frage zu stellen und umzustülpen. Wissenschaft ist kritische Erkenntnis der Welt, zumal für den, der sie von wissenschaftlicher Basis beurteilt — ist die Bewegung, die Gruppenbewegung der Gesellschaft selbst. Was die Gruppen zusammenhält, was sie in ihrer wechselseitigen Bewegung als Standarte aufpflanzen, ist ihre Gesellschaftstheorie, das Programm. Der Wissenschaftler gehört innerlich nicht mehr zur Sozialdemokratie, der sich selbst außerhalb der erwählten Gruppe stellt, der zu den Fundamenten des Programms in Widerspruch gerät. Und es muß betont und hervorgehoben werden: wir sind hier kein wissenschaftlicher, sondern ein politischer Kongreß. Zwei Dinge sind für uns Sozialdemokraten unantastbar bei aller Freiheit des Forschens: die Demokratie und der Sozialismus. Kann ein konservativer Sozialist, der Gegner der Demokratie, Sozialdemokrat sein? Ich muß allerdings sagen, daß ich der Auffassung Heines in bezug auf Hildebrands Stellung zum Sozialismus nicht zu folgen vermag. Nach Hildebrands Auffassung, wenn ich sie in wenige, knappe Sätze zusammendrängen soll, ruht alles, die Existenz der ganzen Gesellschaft, auf dem Bauerntum. Die Industrie gerät in wachsende Abhängigkeit vom Bauerntum. In der Industrie allein ist demokratischer Sozialismus möglich. Der Sozialismus ist nach Hildebrand beschränkt auf ein Produktionsgebiet, das in unbedingter Abhängigkeit steht von einem übergeordneten Produktionsgebiet, das sich nur auf individualistischer Grundlage denken läßt. Und dieses individualistische Produktionssystem ist das ausschlaggebende, herrschende, das wachsende. Dieser Gedankengang, wenn man ihn konsequent durchführt, ist gleichbedeutend mit der Verneinung der Möglichkeit des Sozialismus auf dem Boden der Gesamtgesellschaft. Der demokratische Kampf der Arbeiterschaft zielt jedoch ab auf die Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Produktionsmittel. Was will er anderes als die bestimmende Macht erringen über die Bewegung und Richtung der gesellschaftlichen Produktion? Dabei kann wohl in diesem oder jenem Teile des Produktionsprozesses individuelle Produktion bestehen bleiben, wie ich gegenüber Müller bemerken möchte. Unser Kampf zielt ab auf die wichtigen, ausschlaggebenden Produktionsmittel der Gesellschaft, jene, auf denen das Leben der Gesellschaft beruht; sie wollen wir in das gemeine Eigentum überführen. Muß ich daran erinnern, daß allenthalben, wo wir in die Kritik der heutigen Gesellschaft eintreten, daß gerade diese Forderung des Sozialismus im Vordergrund steht, mag es sich um die Industrie, mag es sich handeln um die Produktionsgebiete der großen und der kleinen Landwirtschaft! Welches Produktionsgebiet man auch ins Auge fassen mag, überall steht im Vordergrund die Erringung der Verfügungsgewalt der Gesamtheit über die Lebensquellen, die Produktionsmittel der Gesellschaft. Ich brauche mich nicht auseinanderzusetzen mit der Auffassung Hildebrands über die Ueberindustrialisierung Westeuropas, noch mit seinen Auffassungen über Kolonialpolitik. An eines lediglich möchte ich noch erinnern und dies vor allem denen sagen, die sich für ihn heute morgen engagiert haben. Sein Buch trägt die Widmung: „Der Erinnerung an Friedrich List." Das ist nicht zufällig. Diese Widmung entspricht durchaus dem inneren Charakter des Buches. Selbst vom Standpunkt des wissenschaftlichen Fortschritts ist eine Gemeinschaft mit Hildebrand ein Ding der Unmöglichkeit. List bleibt nicht nur hinter Smith und Ricardo zurück, er steht in manchen Dingen selbst hinter den Physiokraten, den Wirtschaftstheoretikern am Eingang der großen bürgerlichen französischen Revolution. Freiheit in unseren Reihen, soweit es geht, und ich verstehe es sehr wohl, wenn gerade die Vertreter des rechten Flügels in unseren Reihen für größere Freiheit der geistigen Bewegung eintreten. Auf diesem Parteitag hat über eine ganze Reihe schwerwiegender, wichtigster Fragen eine Neuorientierung stattgefunden. Es gibt niemanden in unseren Reihen, der der Auffassung wäre, daß wir irgendwie die große Idee, das elementare Grundprinzip unserer Bewegung antasten lassen dürfen. (Sehr wahr!) Das möchte ich durch ein einmütiges Votum zum Ausdruck bringen. Auch aus anderen, recht naheliegenden Gründen scheint mir ein einmütiges Votum des Parteitages in dieser Frage unerläßlich. Deshalb möchte ich Ihnen folgenden Antrag vorschlagen:

„Der Parteitag erklärt, daß die Anschauungen Hildebrands in keiner Weise die unsrigen sind, daß Hildebrand im Rahmen seiner heutigen Anschauungen ungeeignet ist, als Interpret und Wortführer der deutschen Sozialdemokratie aufzutreten. Jede Verantwortung für die Ideen Hildebrands, für sein politisches Auftreten, lehnt der Parteitag ab. Der Parteitag erwartet, daß damit die Angelegenheit erledigt wird."

(Lebhafte Bewegung und Rufe: Nein! nein!) Ich bitte Sie, in diesem Sinne einer einmütigen Kundgebung zu beschließen. (Beifall.)

Es folgt eine Geschäftsordnungsdebatte.

Ebert (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluß der Debatte. Ich glaube, nach dem ganzen Verlauf unserer Verhandlungen und nach der Aufnahme, die der Vorschlag Laufenbergs soeben gefunden hat, ist das der geeignete Weg, um die Angelegenheit zum Abschluß zu bringen. (Nein! nein!) Sie können ja ablehnen, wenn Sie anderer Meinung sind, das ist eben meine Auffassung, andererseits muß dem Parteitag auch noch die Möglichkeit bleiben,

die übrigen wichtigen Angelegenheiten zu erledigen. Ich bitte also, Schluß zu machen. Dabei gehe ich allerdings von der Voraussetzung aus, daß außer dem Referenten Süßheim auch noch Hildebrand ein kurzes Schlußwort gestattet wird.

Gottschalk: Auch ich bin der Meinung, daß im wesentlichen der Gegenstand erschöpft ist und daß man jetzt vielleicht den Schluß annehmen könnte, wenn nicht jetzt im letzten Augenblick ganz überraschend der Antrag Laufenberg eingelaufen wäre, von dem niemand etwas wußte (Lebhaftes Sehr richtig!), zu dem wir aber doch erst Stellung nehmen müssen und dessen Tragweite wir erst erkennen müssen. Um so rascher werden wir dann zum Schluß kommen.

Nach nochmaliger Verlesung des Antrags Laufenberg durch den Vorsitzenden Haase wird mit großer Mehrheit die Debatte geschlossen.

Vorsitzender **Haase:** Ich glaube, daß Genosse Süßheim wohl nichts dagegen haben wird, daß Hildebrand das letzte Wort in dieser Angelegenheit erhält.

Dr. **Süßheim:** Dem kann ich mich nicht anschließen. (Lebhafter Widerspruch und Rufe: Der Angeklagte hat doch das letzte Wort!) Ich habe als Referent die Verpflichtung, die ganze Debatte zusammenzufassen, muß also das letzte Wort haben. (Heine: Das sagt ein Rechtsanwalt! — Hört! hört! und Widerspruch.) Dazu, mir das zu sagen, sind Sie, Genosse Heine, zu allerletzt berechtigt. (Große Unruhe!)

Vorsitzender **Haase:** Beruhigen Sie sich, wir kommen über diese Schwierigkeit durch eine Abstimmung leicht hinweg. Nach unserer Geschäftsordnung hat an sich formell der Referent das Schlußwort. Da es sich aber um ein Ausschlußverfahren handelt, und, wenn auch das Ausschlußverfahren nicht etwa auf dieselbe Stufe zu stellen ist wie ein Strafverfahren, es sich doch darum handelt, daß jemand losgelöst werden soll von der Gemeinschaft, der er sich angeschlossen, was er selbst als schwersten Schlag im ganzen Leben empfinden kann, muß ich die Frage aufwerfen, ob Hildebrand nicht aus diesem Grunde das Schlußwort gegeben werden soll. Der Referent kann ja doch das übrige Ergebnis der Debatte zusammenfassen. (Zustimmung.)

Dr. **Süßheim:** Ich will weder auf mich, noch auf den Parteitag den Vorwurf laden, daß ein Angeklagter irgendwie in seinem Recht verkümmert worden sei. Ich bin daher bereit, dem Vorschlag des Vorsitzenden zu folgen. (Beifall.)

Vorsitzender **Haase:** Damit ist der Parteitag einverstanden. Der Berichterstatter der Beschwerdekommission hat das Wort.

Dr. **Süßheim** (Schlußwort): Durch den Schluß der Debatte haben Sie der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Angelegenheit eine genügende Klärung erfahren hat und daß Sie von einer weiteren Diskussion, gleichviel ob Sie für oder gegen den Ausschluß sind, keine weitere Klärung erwarten. Nun ist ja durch den unerwarteten Antrag Laufenberg ein ganz neues Moment in die Debatte hineingeworfen worden; es ist meine Verpflichtung, der ich den Beschluß der Kommission zu vertreten habe, mich auch in aller Kürze mit dem Antrag Laufenberg auseinanderzusetzen. Was mir das Wesentlichste an ihm zu sein scheint, ist die Tatsache, daß er Genossen zweierlei Rechts schaffen würde. (Sehr richtig!) Nach diesem Antrag könnte es Genossen geben, die wir dulden müssen, die wir aus Mitleid oder anderen Gründen nicht aus der Partei entfernen, denen wir aber, um es kurz zu sagen, die politischen Ehrenrechte in der Partei absprechen. Das gibt es nicht. (Widerspruch.) Wir kennen nur Genossen, die vollständig zu uns gehören; auch die betreffende Bestimmung des § 23 über die Unwürdigkeit zu Vertrauensämtern trifft auf den vorliegenden Fall unmöglich zu. Ich glaube, daß es sich um eine klipp und klare Entscheidung handeln muß, die aus gut gemeinten Gründen, vielleicht

auch aus taktischen Rücksichten gebotene Brücke kann im vorliegenden Fall, ich bedauere, das Laufenberg sagen zu müssen, nicht betreten werden. (Sehr wahr!)

Die Diskussion selbst gibt zu wenig Bemerkungen Anlaß. Es ist richtig, daß, wie Müller ausgeführt hat, die Beratungen der Beschwerdekommission unter ungünstigen äußeren Verhältnissen zu leiden hatten. Aber das war nicht von Einfluß auf den Inhalt der Beratungen. Hildebrand ist in dem bisherigen Verfahren und auch heute reichlich zu Worte gekommen. Ich stehe auch jetzt noch auf dem Standpunkt, daß das, was er ausgeführt hat, nichts mehr gemein hat mit unseren grundsätzlichen Ideen. Es ist nicht richtig, daß er an die Lösung seines Agrarproblems erst dann herantreten will, wenn unser Programm verwirklicht ist. Aus dem Schlußsatz seines Buches geht deutlich hervor, daß er gerade jetzt den Moment für gegeben erachtet, an die Lösung seines Problems heranzugehen. Es heißt dort: „Wenn irgendwo im bisherigen Verlauf der gesellschaftlichen Entwickelung, so bietet sich jetzt den Völkern Gelegenheit, über die trennenden Schranken der Nationalität, der Klassengegensätze hinweg, sich brüderlich die Hand zu reichen. Wenn Worte einen Sinn haben, so beweist das, daß Hildebrand gerade jetzt an die Stelle unserer sozialdemokratischen Grundforderungen seine Ideen setzen will. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß er nicht erst dann an die Lösung seines Problems herantreten will, wenn wir unser Programm verwirklicht haben. Heine hat mit hinreißender Beredsamkeit, die sich lediglich an das Gefühl wendet, gesagt, daß ein großer Teil des Buches mit statistischem Material ausgefüllt sei. Das ist ohne Belang. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die Ziffern nachzuprüfen, die haben mit der Frage, ob jemand zu einer politischen Kampfespartei gehört oder nicht, nichts zu tun. Heine meinte, ein Mann mit der Ehrlichkeit, dem Mut und dem Forschungstrieb von Hildebrand gereiche jeder Partei zur Ehre. Aber die Zugehörigkeit zu unserer Partei und auch zu jeder anderen Partei erfordert mehr Mut, wissenschaftlichen Trieb und Ehrlichkeit. Wir können die Parteizugehörigkeit nicht davon abhängig machen, daß jemand bloß diesen persönlichen Ansprüchen genügt, wie das zweifellos bei Hildebrand der Fall ist. Für seine Person und für seine wissenschaftlichen Forschungen habe ich die größte Hochachtung, aber das kann für die Zugehörigkeit zu einer Partei unmöglich maßgebend sein. Wir haben in der Kommission in der Mehrheit nach ehrlicher Prüfung die Ueberzeugung gewonnen, daß Hildebrand grundsätzlich und in seinen praktischen Konsequenzen in Widerspruch steht mit unserer Partei. Sie können glauben, daß auch uns die Entscheidung nicht leicht gefallen ist; denn jeder wünscht doch, soweit es irgend möglich ist, schon des äußeren Eindrucks willen, lieber den Ausschluß zu vermeiden. Wenn unser persönliches Mitgefühl zu entscheiden hätte, dann wäre die Entscheidung auch in der Kommission eine andere gewesen. Allein hier handelte es sich nicht um Fragen der Stimmung und auch nicht um Fragen des Gefühls, nicht um Fragen des Mitleids, sondern um die streng sachliche, gewissenhafte Prüfung, ob die Voraussetzungen für die Zugehörigkeit zur Partei noch gegeben sind. Ich nehme für jeden von uns in Anspruch, daß er ohne jede persönliche, ohne taktische Rücksichten, an die Erledigung dieses Falles herangetreten ist. Genau so, wie ich den Gegnern des Ausschlusses einräume, daß für sie nur sachliche Gründe maßgebend sind, genau so verlange ich aber auch für die Vertreter des Ausschlusses die Anerkennung, daß sie nur nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben. (Sehr richtig!) Das ist notwendig zu sagen gegenüber dem flammenden Protest von Heine. Wir haben aus den Ausführungen von Dittmann und aus den Darlegungen von Hildebrand selbst entnehmen können, daß die Konsequenzen, zu denen er gelangt ist, mit einer Reihe der wichtigsten Lebensfragen des Proletariats in Widerspruch stehen. Es ist klar, daß jemand,

der zu solchen Anschauungen gekommen ist, die er natürlich auch in seinem Wirkungskreis zu verbreiten sucht, mit der Partei den Zusammenhang verloren hat. Weil Hildebrand keine Gelegenheit hatte, seine Ideen in die Massen hineinzutragen, glaubte er die öffentlichen Agitationsversammlungen dafür benutzen zu müssen. Er hat auch in einer Sitzung des Gewerkschaftskartells in Solingen seine Aeußerungen in die Tat umgesetzt; wenn wir uns nicht an Worte klammern wollen, so ist das zweifellos auch eine Handlung. Nach meiner Ueberzeugung sind daher die Gründe, die für die früheren Instanzen maßgebend waren, auch im jetzigen Augenblick entscheidend. Mag uns auch die Entscheidung einem Manne gegenüber, für den wir persönliche Sympathien haben, hart werden, die Pflicht gebietet es, vor der Notwendigkeit nicht zurückzuschrecken. Wir nehmen — das muß gesagt werden — gegenüber der Flut von Beschimpfungen, die in den nächsten Tagen in der bürgerlichen Presse gegen uns erhoben werden — für uns wie für die Partei die volle Meinungs- und Forschungsfreiheit in Anspruch. Was die Mehrheit in dieser Beziehung von Heine und anderen unterscheidet, ist der Umstand, daß wir sagen, wenn sich jemand innerlich in seinen Anschauungen und in der praktischen politischen Betätigung von der Partei losgelöst hat, dann kann er zwar auch wissenschaftliche Meinungsfreiheit für sich beanspruchen, aber nicht innerhalb der Partei, sondern außerhalb dieser. (Sehr richtig!) Wenn man ruhig und leidenschaftslos den Gang der Verhandlung und die Auseinandersetzungen verfolgt hat, dann wird man nach wie vor zu dem Ergebnis kommen müssen: Hildebrand gehört nicht zu uns, er ist kein Sozialdemokrat und unsere Pflicht gebietet es uns, vor der notwendigen Entscheidung nicht zurückzuschrecken. Wir müssen Fragen des Gefühls zurückstellen hinter der Pflicht, als kämpfende Partei uns die Kämpfer zu sichern, die auf unserm grundsätzlichen, praktischen, politischen Boden stehen. (Lebhafter Beifall.)

Hildebrand: Dittmann hat sich auch heute wieder die erdenklichste Mühe gegeben, zu beweisen, daß eine kontinuierliche Entwickelung stattgefunden hat, in meiner ganzen Tätigkeit innerhalb der Partei und daß ich tatsächlich schon lange vor dem Erscheinen meines Buches, daß ich schon bei Kündigung meiner Stellung als Redakteur unter dem Eindruck gestanden hätte, mit meinen Ideen bei den Genossen keinen Anklang zu finden. Ich stelle demgegenüber noch einmal fest, daß es nicht richtig ist, daß die Solinger Genossen überhaupt von vornherein mich immer wieder abgelehnt und immer wieder erklärt hätten, daß sie von meinen Auffassungen nichts wissen wollen. Solche Ablehnungen sind erfolgt in bestimmten Fragen, in der Kolonialfrage, in der Frage der Budgetbewilligung usw. Aber die Genossen sind nicht etwa aufgetreten gegen meine Tätigkeit im allgemeinen. Dittmann hat zum Beweis für seine Auffassung auch hier wieder sich auf eine Aeußerung des damaligen Vorsitzenden der Preßkommission, des Genossen Groß, aus dem Jahre 1908 bezogen, er will beweisen, daß schon 1908 meine Auffassung von denen der Genossen am Ort sich so vollständig trennte, daß eigentlich schon damals auf der anderen Seite das Gefühl bestanden habe: Den Mann können wir überhaupt nicht gebrauchen. Ich stelle demgegenüber fest, daß derselbe Preßkommissionsvorsitzende Groß später, im März oder April 1909, als mein Kündigungsschreiben in der Kommission verhandelt wurde, ausdrücklich erklärt hat, er bedauere meine Kündigung aufs alleräußerste, denn wenn er auch zweifellos mit mir früher Differenzen sachlicher Natur gehabt habe, so seien doch die Schwierigkeiten zwischen mir und der Preßkommission in der Hauptsache wegen gewerkschaftlicher Fragen, aber nicht etwa wegen meiner sonstigen politischen Haltung entstanden, und er müsse durchaus anerkennen, daß die „Bergische Arbeiterstimme“ unter meiner Redaktionsführung auf einem — ich kann das nur referierend wiedergeben, muß es aber so sagen, wie es gesagt ist — auf einem hohen Niveau gestanden habe. Er bedaure sehr, daß ich meine Redaktion niederlege. Also derselbe Genosse Groß, dessen Aeußerungen aus dem Jahre 1908 von Dittmann so ausgeschlachtet werden, als habe schon damals ein vollständiger Bruch zwischen mir und den Solingern bestanden, hat 1909 meinen Austritt aus der Redaktion ausdrücklich bedauert und erklärt, daß er keineswegs daran zweifle, daß trotz der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten ein segensreiches Wirken in der Organisation nach wie vor meinerseits möglich wäre. In dem von Dittmann verlesenen Kündigungsbrief kommt die Wendung vor: „Solange die Solinger Arbeiter nicht den Wunsch haben, von mir zu lernen.“ Dittmann hat es wieder so dargestellt, als ob ich mit meinen speziellen Abweichungen, sagen wir vom Parteiprogramm, kein Interesse gefunden hätte bei den Solinger Genossen und daß ich deshalb den Mut verloren habe. Ich habe schon in der Kommission erklärt und kann das nur wiederholen, daß es sich für mich nicht darum handelte, zu resignieren, weil meine speziellen Auffassungen, in denen ich abweichende Meinungen vertrete, von den Genossen nicht akzeptiert wurden, sondern weil überhaupt die Tätigkeit unter den Solinger Arbeitern nicht so war, wie sie hätte sein sollen und zwar, weil die erbärmlichen Gewerkschaftsstreitigkeiten alle Kräfte absorbierten. Diese elenden Streitigkeiten erbitterten mich, so daß ich sagte: Wenn Ihr Euch über jeden Dreck streiten wollt, was soll ich dann bei Euch? Ich setze mich dann lieber in meine Studierstube und mache meine wissenschaftlichen Arbeiten. Weiter hat Dittmann gesagt, irgendwo hätte ich geschrieben, Deutschland müsse unter Umständen Frankreich und England zwingen, ihm einen Teil seiner Kolonien abzutreten. Bitte, Genosse Dittmann, weisen Sie mir nach, wo ich so etwas erklärt habe? Nirgends habe ich das erklärt. (Hört! hört!) Worauf ich immer hinausgegangen bin mit meinen Arbeiten und Auffassungen, das ist, daß wir auf unserer Gleichberechtigung innerhalb der Weltwirtschaft bestehen müssen, also dasselbe, was im Kern Bebel auch auf dem Parteitag in Jena erklärt hat. (Sehr richtig!) Die Anerkennung der Gleichberechtigung für den deutschen Kaufmann, für den deutschen Exporteur in den anderen Ländern, das ist der Kern aller meiner Ausführungen über diese Dinge. Dann hat Dittmann in der seltsamsten Weise verzerrt meine Ausführungen wiedergegeben. Ich soll erklärt haben, das Schutzzollsystem, wie wir es seit 1878 in Deutschland haben, sei eine bedingte Notwendigkeit für Deutschland. Tatsächlich habe ich gesagt, nach meiner Auffassung hätte Deutschland, wenn es seit 1878 überhaupt gar keine Agrarzölle gehabt hätte, heute nicht mehr eine landwirtschaftliche Bevölkerung von 18 Millionen, sondern nur noch von 10 bis 12 Millionen. Es kommt hier natürlich nicht darauf an, ob dies Verhältnis gerade stimmt, sondern nur darauf, daß wenn Deutschland keine landwirtschaftlichen Zölle gehabt hätte, unsere landwirtschaftliche Bevölkerung und damit auch Deutschlands landwirtschaftliche Produktion in dieser Zeit rapide zurückgegangen wäre. Heißt das, daß ich mich mit den jetzigen Zollsätzen identifiziere, oder ist das nicht lediglich die Feststellung meiner Ueberzeugung, daß ohne jeden Zollschutz, wenn die Entwickelung sich also absolut auf der Basis des Freihandels vollzogen hätte, meiner Ueberzeugung nach die landwirtschaftliche Bevölkerung Deutschlands reduziert worden wäre? Das mag richtig, das mag falsch sein, aber es ist unter keinen Umständen eine Festlegung auf die Höhe der jetzigen Zölle. (Sehr richtig! — Widerspruch. Zuruf: Aber doch auf Zölle!) Das ist unter keinen Umständen eine Festlegung auf das Zollsystem, wie es von den Mehrheitsparteien im einzelnen ausgestaltet ist. Hält man Zölle für notwendig, dann gibt es 1000 verschiedene Möglichkeiten, ein Zollsystem auszugestalten, und wie das System ausgestaltet sein würde,

darüber habe ich mir weder in dem Buch, noch sonst irgendwo den Kopf zerbrochen, weil ich mir sage, es kommt in dieser Frage nicht darauf an, irgendwelche Konsequenzen zu ziehen, sondern lediglich darauf, zu betonen, daß durch den Konkurrenzdruck von seiten Amerikas und zum Teil auch von Rußland die landwirtschaftliche Produktion gefährdet werden kann. (Limbertz: Sie forderten für die heutige Zeit ausdrücklich Getreidezölle in der Kommission!) Nein, ich habe gesagt, wenn Deutschland überhaupt keine Zölle gehabt hätte, dann wäre die landwirtschaftliche Bevölkerung zurückgegangen. (Limbertz: Er schwächt jetzt alles ab!) Weiter hat Dittmann noch eine Feststellung gemacht, die ganz besonders zurückgewiesen werden muß. Er hat eine Wendung von mir, die ich seinerzeit auf der Solinger Kreisgeneralversammlung gemacht habe, wiederholt, und zwar handelt es sich um die Worte: „Oekonomisch stehe ich mich besser, wenn Sie mich ausschließen!" Der Zusammenhang, in dem er diese Wendung gebrauchte, könnte den Anschein erwecken, als ob ich in Solingen indirekt den Eindruck habe hervorrufen wollen: Liebe Genossen, tut mir den Gefallen und schließt mich aus, denn ich stehe mich sehr gut dabei. Ich lege ungeheuren Wert darauf, eine derartige Irreführung richtigzustellen. Als ich mich vor den Genossen damals verantwortete, bin ich etwas sentimental geworden. Es ist ja menschlich begreiflich, daß man, wenn man stark bewegt ist, seiner Gemütsbewegung einen etwas lebhaften Ausdruck verleiht. Dittmann hat dann nach dem Bericht der „Arbeiterstimme" gesagt: „Genosse Hildebrand hat durch seine Rede wohl kaum jemanden für seine Anschauungen gewonnen; wenn er zum Schluß an die Sentimentalität, an die Rührseligkeit appelliert hat, so bedaure ich das in seinem Interesse. Ich hätte nicht geglaubt, daß er aus Mitleid in der Partei geduldet sein wolle." Diese Ausführungen erweckten in mir den Anschein, als hätte Dittmann mir unterstellen wollen, daß ich gewissermaßen um das Gnadenbrot flehe, und nur um diese Insinuation zurückzuweisen, habe ich daraufhin gesagt: „Wenn Ihr mich ausschließt, stehe ich mich ökonomisch besser." Aber von derartigen Rücksichten kann bei mir überhaupt keine Rede sein. Wenn Dittmann diese Bemerkung jetzt in einem Zusammenhang wiederholt, als ob ich damit versucht hätte, indirekt deutlich zu machen, worauf ich eigentlich hinauswill, so ist das keine sachliche Art. Auf weitere Einzelheiten gedenke ich nicht einzugehen. Ich bin durch die Debatte nicht davon überzeugt worden, daß meine Auffassung widerlegt ist. Ich halte es nach wie vor für die Pflicht der Instanzen, zunächst einmal klarzustellen, daß es sich um die Behandlung eines wissenschaftlichen Problems handelt und daß hier unter allen Umständen vollständige Freiheit herrschen muß, daß man sich also erst einmal klar werden muß, welches denn die wissenschaftliche Haltbarkeit der aufgestellten Sätze sei, ehe man sich ein Urteil darüber bilden kann, ob vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus aus die daraus gezogenen Konsequenzen haltbar sind oder nicht. Diese Vorprüfung der wissenschaftlichen Grundlage hat durchweg gefehlt, sie hat selbstverständlich auch hier fehlen müssen, weil es einfach nicht möglich ist, eine derartige Frage wissenschaftlich in ein paar Stunden auf dem Parteitag zu diskutieren. Ich bin der Ueberzeugung, daß die Partei die wissenschaftliche Ueberzeugungsfreiheit durch meinen Ausschluß antasten würde, weil die politischen Konsequenzen, die ich ganz provisorisch in dem Buch, um meinen Untersuchungen einen Abschluß zu geben, gezogen habe, überhaupt nur beurteilt werden können aus der Frage heraus, ob die wissenschaftlichen Voraussetzungen zutreffen oder nicht. Wenn im übrigen immer wieder meine Qualifikation als demokratischer Sozialist hier vollständig geleugnet worden ist, so muß ich das mit in den Kauf nehmen. Ich werde nach wie vor, wie Sie auch beschließen werden, meinerseits zum Ausdruck und zur Geltung bringen,

daß ich mich als demokratischer Sozialist fühle. (Bravo! und Hört! hört!) Ich hoffe, das jederzeit auch in der Praxis in meiner weiteren Tätigkeit beweisen zu können und die Zeit wird ja zeigen, wer in diesem Falle recht hat, die Zeit wird zeigen, ob Sie nicht der Partei selbst einen schlimmen Dienst erwiesen haben dadurch, daß Sie jemandem, der aus der ganzen Gemütsveranlagung heraus, möchte ich sagen, schon beinahe Sozialist ist, die Zugehörigkeit zur Partei absprechen. Wenn dann immer wieder darauf exemplifiziert worden ist, daß ich ja ursprünglich nationalsozial gewesen und erst 1903 beim Zusammenbruch der nationalsozialen Bewegung übergetreten sei, so lege ich doch Wert darauf, festzustellen, daß ich bereits 1900/1901 ein Jahr in der Schweiz beruflich tätig gewesen bin, daß ich mich da immer zur sozialdemokratischen Organisation gehalten und dem Arbeitersekretär Brand in Winterthur erklärt habe: Ja, hier in der Schweiz fühle ich vollständig als Sozialdemokrat, aber in Deutschland bin ich über die nationalen Schwierigkeiten noch nicht hinweg. (Hört! hört!) Ja, das war 1901. Auf dem Boden des Klassenkampfes habe ich schon lange Jahre vorher gestanden, ich bin bereits als Nationalsozialer 1899 oder 1900 Mitglied des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen geworden, um zu dokumentieren, daß ich auf dem Boden des Klassenkampfes stehe. Also mit meinem Uebertritt zur Sozialdemokratie brauchte nicht erst eine vollständige Wandlung mit mir vorzugehen. Noch weniger habe ich nachträglich versucht, nationalsoziale Ideen in der Sozialdemokratie zur Geltung zu bringen, sondern ich bin zur Sozialdemokratie gegangen, weil mir das Arbeiterinteresse, weil mir die Demokratie, weil mir der Klassenkampf schon 1900 so ungeheuer wichtige Dinge gewesen sind, daß ich mich entschlossen habe, unter Umständen andere Dinge, in denen ich vielleicht mit der Parteiauffassung nicht in jedem Punkte übereinstimmte, zurückzustellen.

Die Konsequenzen haben Sie zu ziehen. Ich kann nur meine Erklärung wiederholen, was Sie auch beschließen werden, ich fühle mich in meinen Gesinnungen dadurch in keiner Weise beeinflußt. (Beifall und Zischen.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Hofrichter: Leider ist es mir in einer persönlichen Bemerkung nicht möglich, alle die Schiefheiten und Unrichtigkeiten über die Tätigkeit des Schiedsgerichts klarzustellen. Ich bedaure das. Auf zwei Dinge aber kann ich im Rahmen dieser Bemerkung zurückkommen. In der Schiedsgerichtssitzung habe ich, als Hildebrand den Inhalt seines Buches schilderte, seine Schilderung wiederholt und gefragt, ob ich den Kern richtig erfaßt habe. Das hat er mit ja beantwortet. (Hört! hört!) Weiter hat Hildebrand erklärt, ich hätte gesagt, es sei ein Vorteil, daß die Beisitzer sein Buch nicht gelesen haben. Ich entsinne mich eines derartigen Ausdruckes nicht. Im Protokoll steht auch nichts darüber. Ich habe deshalb die beiden anwesenden Beisitzer des Schiedsgerichts gefragt, ob sie sich erinnern können, daß ein derartiger Ausspruch gefallen ist. Beide haben mir erklärt, daß ihnen derartiges nicht bewußt sei. (Hört! hört!) Weiter stelle ich fest, daß verschiedene Beisitzer im Besitze des Buches waren, und zwar hat Hildebrand selbst es ihnen zugestellt.

Klara Zetkin: Genosse Heine hat behauptet, ich hätte eine unzulässige Unterscheidung zwischen Meinungsfreiheit und Forschungsfreiheit gemacht. Ich stelle fest, daß ich zu dieser subtilen Frage überhaupt nicht gesprochen, sondern lediglich gegen Gradnauer geltend gemacht habe: es handelt sich um eine politische und nicht um eine wissenschaftliche Frage. (Sehr richtig!) Weiter hat Genosse Heine den sehr schweren Vorwurf gegen mich erhoben, ich hätte durch meine Aeußerungen die Partei auf mindestens zehn Jahre hinaus geschädigt. Ich weise diesen Vorwurf in der Hoffnung zurück, daß die Partei

an meinen Ausführungen nicht schwerer zu tragen haben wird, als an verschiedenen Aeußerungen und Stellungnahmen des Genossen Heine auf dem breiten Boden sozialdemokratischer Meinungsfreiheit. (Lebhafter Beifall. — Unruhe. — Heine ruft: Faule Retourkutsche!)

Haberland: Hildebrand hat auch der ersten Instanz, dem Agitationskomitee für den Niederrhein, den Vorwurf der Schnellfertigkeit gemacht, was wohl eine Umschreibung für Leichtfertigkeit sein soll. Der Vorsitzende des Agitationskomitees, Genosse Gewehr, hat zunächst Hildebrand aufgefordert, im Zusammenhang seine Ansichten vorzutragen. Das ist geschehen. Dann hat sich der weitere Vorgang so abgespielt, wie nach der Schilderung von Hofrichter auch vor dem Schiedsgericht. Hildebrand hat auch vor dem Agitationskomitee gesagt, daß bis auf Kleinigkeiten seine Ansichten richtig wiedergegeben sind. Die Verhandlung ist dann zu Ende gegangen unter ausdrücklicher Zustimmung von Hildebrand; es hat niemand mehr das Wort gewünscht.

Dittmann: Hildebrand hat erklärt, daß ich in einer Anzahl Punkte seine Anschauungen falsch wiedergegeben hätte. Ich gehe auf Einzelheiten nicht ein, erkläre aber, daß ich meine Darstellung voll aufrechterhalte. Nur in zwei Punkten möchte ich folgendes sagen: Als ich Hildebrands Befürwortung der Zollgesetzgebung von 1878 feststellte, habe ich ausdrücklich hinzugefügt: „wenn auch nicht in der vorhandenen Art und Form ihrer heutigen Ausgestaltung". (Sehr richtig!) Das wird das Protokoll ausweisen. Ferner habe ich Hildebrands Aeußerung, daß er durch den Ausschluß materiell nicht geschädigt werde, nicht als Provokation ausgelegt, sondern dahin kommentiert, daß dadurch wohl diejenigen beruhigt würden, die schlimme materielle Folgen durch den Ausschluß für ihn befürchten könnten. Im übrigen wiederhole ich nochmals, daß ich alles von mir Gesagte aufrechterhalte.

Pieck-Steglitz: Während der Ausführungen von Müller fiel der Zwischenruf „Hildebrandsche Sonderorganisationen". Dieser Ruf wird nach dem Protokoll mir zugeschrieben. Müller hat darauf ausgeführt: „Ich weiß nicht, ob ein Parteischüler auf dem Standpunkt stehen darf, daß Diskussionen oder Anschauungen in bezug auf die Formulierung des Parteiprogramms schädlich sind oder verboten wären." Ich habe das berechtigte Bedürfnis zu erklären, daß weder ich noch ein anderer Parteischüler diesen Zwischenruf gemacht hat.

Nunmehr wird abgestimmt.

Vorsitzender **Haase** schlägt vor, zunächst über den Antrag der Kommission abstimmen zu lassen und falls dieser abgelehnt wird, über den Antrag Laufenberg.

Heilmann-Chemnitz (zur Geschäftsordnung): Der Antrag Laufenberg nimmt zunächst sachlich Stellung zu den Anregungen von Hildebrand, indem er diese Anregungen im Namen der Partei ablehnt. Diesem Punkt wird der Parteitag zweifellos einmütig zustimmen. Außerdem aber enthält der Antrag Laufenberg noch einen letzten Satz, nämlich die Erwartung, daß damit die Sache erledigt ist. Ueber diese Erwartung können Meinungsverschiedenheiten sein. Einige werden glauben, daß auch nach der sachlichen Stellungnahme der Ausschluß notwendig ist, andere werden glauben, daß nach der sachlichen Stellungnahme die Erwartung genügt, und eine dritte Gruppe wird glauben, daß selbst dieser Wortlaut abzulehnen ist. Ich würde also vorschlagen, daß wir zuerst über den Antrag Laufenberg in seinem sachlichen Teil und dann gesondert über den Schlußsatz abstimmen. (Lebhafter Widerspruch.)

Simon-Nürnberg: Ich möchte Sie dringend ersuchen, die Abstimmung so vorzunehmen, wie sie von Haase vorgeschlagen ist. (Sehr richtig!) Wir können weder aus formellen noch aus materiellen Gründen anders abstimmen, formell nicht, weil es parlamentarischer Brauch ist, daß der Antrag der Kommission zuerst zur Abstimmung kommt, und materiell nicht, weil der Kommissionsantrag der weitergehende ist. (Sehr richtig!) Wir würden die ganze Grundlage vollständig verschieben. Ich bitte Sie, an dem bisherigen Brauch festzuhalten.

Der Parteitag schließt sich mit überwältigender Mehrheit dem Vorschlag von Haase an.

Auer-München: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung. (Große Unruhe.) Ich beantrage namentliche Abstimmung.

Vorsitzender Haase: Wir sind mitten in der Abstimmung. Ordnung muß gehalten werden. Man mag die Grenzen etwas weit ziehen, mit einer gewissen Latitüde, aber die festen Grenzen dürfen nicht verrückt werden, und eine feste Grenze ist es, wenn wir einmal in der Abstimmung sind, nicht mehr das Wort zu erteilen. Es tut mir leid, daß Sie zu spät gekommen sind. — Ich bitte, daß diejenigen die Hand erheben, die für den Kommissionsantrag sind. (Pause.) Das ist die überwiegende Mehrheit des Parteitages. (Zuruf: Gegenprobe!) Das Bureau ist einig, daß die überwiegende Mehrheit den Ausschluß bestätigt hat, aber wir können ja die Gegenprobe vornehmen. (Pause.) Ich stelle fest, daß nur eine geringe Minderheit gegen den Antrag der Kommission ist. (Lebhafter Beifall. Zurufe: Ruhe!)

Zu dem weiteren Bericht der Beschwerdekommission erhält das Wort

Berichterstatter **Hoffmann-Hamburg:** Ich habe im vorigen Jahre bei Erledigung des Stuttgarter Falles den Wunsch ausgesprochen, daß das kommende Jahr uns vor derartigen Streitigkeiten bewahren möge. Das war eine trügerische Hoffnung. Auch in diesem Jahre haben wir uns mit zwei Fällen aus Göppingen und Stuttgart zu beschäftigen. Auf Antrag des sozialdemokratischen Vereins Göppingen hat am 10. Juli gegen Waidmann und Genossen ein Schiedsgericht getagt. Die Genossen Waidmann, Reichmann und Engelsmann wurden von der gegen sie erhobenen Anschuldigung, an der Verbreitung gefälschter Stimmzettel beteiligt zu sein, freigesprochen. Dagegen sind die Genossen Huttelmayer und Weber für schuldig befunden, es ist ihnen für die Dauer von zwei Jahren die Bekleidung von Vertrauensämtern in der Partei abgesprochen. Das Schiedsgericht erblickte in dem Verhalten dieser Genossen ein beharrliches Zuwiderhandeln gegen den Beschluß einer Parteiorganisation. Hiergegen hatte der sozialdemokratische Verein Berufung eingelegt, er hat sie aber jetzt zurückgezogen. Ich hoffe, daß das ein erfreuliches Zeichen der Wirkung ist, die die Diskussion über Göppingen gehabt hat. Weiter tagte auf Antrag des sozialdemokratischen Vereins Kannstatt am 2. August ein Schiedsgericht, das gegen die Genossen Sonder, Uhlrich und Dußler wegen Verbreitung gefälschter Stimmzettel verhandelte. Das Schiedsgericht erkannte gegen Sonder auf Ausschließung von Vertrauensämtern auf fünf Jahre, gegen Uhlrich und Dußler auf zwei Jahre. Die beiden ersten haben sich beruhigt, dagegen hat Dußler Berufung eingelegt. Der Sachverhalt ist kurz folgender: In einer Parteiversammlung am 17. November waren die Kandidaten zu der am 8. Dezember stattfindenden Gemeinderatswahl aufgestellt und dabei an Stelle der bisherigen Vertreter andere auf den Stimmzettel gebracht, und zwar so, daß von 14 Stimmen, die jeder Wähler hatte, auf die ersten fünf Kandidaten je zwei Stimmen entfielen, während die bisherigen Vertreter nur eine Stimme erhalten sollten. Gegen diese Zurücksetzung der bisherigen Vertreter entstand bei einem Teil der Genossen ein meines Erachtens nach berechtigter Unwille, denn so lange jemand im Interesse der Partei in irgendeiner Körperschaft tätig ist und sich nichts hat zuschulden kommen lassen, muß er es als eine Zurücksetzung betrachten, wenn er ohne Grund ausgeschaltet werden soll. (Sehr

wahr!) Einige Tage vor dem Wahltermin wurde nun bekannt, daß Stimmzettel verbreitet wurden, auf denen die Namen der ersteren, mit Ausnahme von zwei Kandidaten, durchstrichen waren, und dafür die letzten vier je drei Stimmen und den stehengebliebenen eine Stimme zugedacht war. Die Kumulierung war also entgegen dem Willen der Parteiversammlung eine andere. Die Parteileitung gab darauf in einem Laufzettel der Oeffentlichkeit von dieser Tatsache Kenntnis. Es wurde ein Zettel verbreitet, in dem es hieß: „Betrug! Sozialdemokratische Wähler! In letzter Stunde wird versucht, einen Wahlzettel zu verbreiten, auf dem entgegen dem offiziellen Parteivorschlag die Namen der ersten fünf Kandidaten gestrichen sind." In dem Zettel wird weiter dieses Wahlmanöver scharf verurteilt, die Wähler werden aufgefordert, nur die richtigen Zettel abzugeben. Die Folge der Verbreitung dieser geänderten Zettel war, daß an Stelle der von der Versammlung in den Vordergrund gestellten Kandidaten, die auf den von unbekannter Hand vervielfältigten und abgeänderten Stimmzettel vorgeschlagenen, bisherigen vier Vertreter wiedergewählt, zu denen zwei von den ersteren kamen, so daß im ganzen sechs, also zwei mehr gegen das Vorjahr, gewählt waren. Wie geteilt die Meinung der Genossen war, geht daraus hervor, daß 5832 unabgeänderte und 5343 abgeänderte Zettel abgegeben wurden gegen 1479 abgeänderte Stimmzettel im Vorjahre. Die betreffenden Genossen, die hier vor dem Schiedsgericht standen, werden nun beschuldigt, die abgeänderten Zettel verbreitet und damit ein beharrliches Zuwiderhandeln gegen die Beschlüsse ihrer Parteiorganisation betätigt zu haben. Wer diese Stimmzettel hergestellt und vervielfältigt hat, hat nicht festgestellt werden können, denn derjenige, den man dessen beschuldigte, weil er auch Buchdruckereibesitzer war, bestreitet, diese Vervielfältigung gemacht zu haben, in ganz entschiedener Weise. Es wird mit Recht auch eine Fälschung erblickt in der Art des Vorgehens. Zu diesen Zetteln waren die vom sozialdemokratischen Verein herausgegebenen richtigen Vorschlagszettel benutzt worden, die den Vordruck hatten: „Wahlvorschlag des sozialdemokratischen Vereins Stuttgart." Es wurde damit der Anschein erweckt, als gingen diese abgeänderten Zettel von der Parteiorganisation selbst aus. Genosse Dutzler ist Buchdrucker und stand im Verdacht, diese Zettel vervielfältigt zu haben. Er bestreitet es und man kann es auch nicht nachweisen. Aber er gibt selbst zu, daß er handschriftlich von ihm selbst abgeänderte Zettel verteilt hat. Und er schildert das in ganz anschaulicher Weise in einem kleinen Buch, das er zu seiner Rechtfertigung gedruckt herausgegeben hat, das manche recht heitere Momente enthält. Er sagt an einer Stelle: „Am Sonntag war Flugblatt- und Stimmzettelverbreitung. Ich gebe unumwunden zu, daß ich am gleichen Tage meinen Wahlzettel ebenso wie viele andere Personen von unten herauf kumulierte. Als ich dann 14 Stimmen auf meinen Zettel hatte, mußte ich natürlich die anderen streichen, da sonst der ganze Zettel ungültig gewesen wäre. Von diesem Tage an wurden dann in der Tat überall abgeänderte Stimmzettel verbreitet." An einer anderen Stelle schreibt er, nachdem er ein Gespräch geschildert hat, das ein Genosse mit ihm wegen der Kandidatenaufstellung gehabt hat:

„Ich erklärte ihm, er solle dafür agitieren, daß jeder Mann wählen müsse, wer eben den offiziellen Parteizettel nicht abgeben wolle, der solle so wählen wie ich. Durch diese gegenseitige Aussprache veranlaßt, holte ich meinen eigenen abgeänderten Zettel von meinem Schreibpult und erklärte ihm: „Siehst Du, so wähle ich!" Dieser Genosse sah dann auch ein, daß es vernünftiger sei, den abgeänderten Zettel abzugeben, als gar nicht zu wählen. Er fragte mich nun, ob ich ihm nicht noch einen solchen Zettel verschaffen könne, worauf ich ihm den Zettel von einem meiner Setzer holte, welcher ebenso abgeändert ist wie der meinige." (Beide Zettel liegen bei den Akten.)

Er schildert dann weiter, wie die Geschichte dazu geführt hat, daß das Wahlergebnis ein ganz anderes geworden ist. Welche Auffassung von Parteidisziplin übrigens in Stuttgart herrscht, zeigt ja auch die Begründung seiner Handlungsweise, indem er sagt, es wurde nach früheren Wahlen niemals eine Rüge ausgesprochen gegen einen Genossen, welcher entgegen dem Parteibeschluß kumuliert hat. Und er will den Beweis dadurch führen, daß er der Beschwerdekommission anheimgibt, sämtliche auf dem Parteitag anwesende Delegierten aus Württemberg zu befragen, die dies bestätigen müßten. (Hört! hört!) Es wird also als selbstverständlich in Württemberg betrachtet, daß jeder Genosse die Parteibeschlüsse so ändern kann, wie es ihm beliebt. Der Umstand, daß schon im vergangenen Jahre 1479 geänderte Stimmzettel verwandt wurden, zeigt, daß in bezug auf Parteidisziplin eine sehr laxe Auffassung in Stuttgart herrscht. Sehr richtig!) Wenn das weiter einreißen sollte, so öffnet das ja Tür und Tor allem Lug und Trug, denn jeder, der irgendwie eine Animosität gegen irgendeinen Kandidaten hat, wird dann nicht den wählen, sondern einen andern auf den Zettel schreiben. Auch wir in Hamburg wählen nach dem Proporzsystem und sind strenge Gegner der Stimmenhäufung. Bei einer solchen Stimmenhäufung kann unter Umständen ein Kandidat eine sehr große Stimmenzahl erhalten und die anderen soweit zurückbleiben, daß sie den bürgerlichen Kandidaten gegenüber ausfallen. Eine solche Disziplinlosigkeit kann also Gefahren nach verschiedenen Richtungen mit sich bringen und ein energisches Einschreiten dagegen ist notwendig. Die Beschwerdekommission hat unter Würdigung der in Stuttgart herrschenden Verhältnisse, und um zum Ausdruck zu bringen, daß die Erfolge der Partei in ihrer Geschlossenheit liegen und deshalb jeder sich den Beschlüssen der Organisation zu fügen hat, in dem Verhalten des Genossen Dutzler aber eine Verletzung dieses Prinzips zu erblicken ist, beantragt, die eingelegte Berufung zu verwerfen.

Vorsitzender **Noske**: Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Parteitag erklärt sich mit dem Antrage der Beschwerdekommission einverstanden.

Limbertz-Düsseldorf: Es sind noch einige Beschwerden, mit denen sich die Kommission beschäftigen mußte, zu erledigen. Zunächst handelt es sich um den Genossen Theurig aus Lankwitz. Es waren dort Differenzen ausgebrochen, in deren Verlauf Theurig es ablehnte, als Gemeindeverordneter Bericht über seine Tätigkeit zu erstatten. Daran schloß sich eine Auseinandersetzung, und der Genosse Kühne schrieb einen Brief an den Kreisvorstand, in dem er auf angebliche Verfehlungen Theurigs hinwies. Theurig ging nun nicht an die Parteiinstanzen, sondern er wandte sich an die ordentlichen Gerichte und suchte sogar den Klasseninstinkt des Richters gegen den angeklagten Genossen zu benutzen, indem er sagte: „Der Herr Rat wisse ja, wie ein tüchtiger Arbeiter von seinen neidischen Mitarbeitern, die ihn aus seiner festen Stellung verdrängen wollen, behandelt würde." Er sagte auch, er verlange die volle Strenge des Gesetzes für seine Beleidiger. Vor dem Schiedsgericht sagte Theurig, er bedaure sein Verhalten nicht, vor Gericht sei ihm jedes Mittel wohlfeil, auch wenn der Beklagte Parteigenosse sei. Er ersuche um seinen Ausschluß, damit er vor dem Parteitag noch mit ganz anderen Sachen auftreten könne. Der Ausschluß wurde beschlossen und die Beschwerde Theurigs bietet kein neues Material, so daß auch die Beschwerdekommission bei der Meinung bleibt, daß es sich hier um ein ehrloses Verhalten handelt und der Ausschluß aus der Partei gerechtfertigt ist.

Vorsitzender **Noske**: Ich konstatiere, daß der Parteitag sich dem Vorschlag der Kommission anschließt.

Limbertz-Düsseldorf: Dann hatten wir uns mit der Beschwerde des Genossen Püschel-Finsterwalde zu beschäftigen. 1906 bekam er eine Rüge wegen parteischädigenden Treibens. 1911 bekam er eine weitere Rüge, verschärft durch Aberkennung der Fähigkeit, Ehrenämter in der Partei zu bekleiden. Dann wurde im Dezember 1911 sein Ausschluß aus der Partei beschlossen, weil er erstens bei der Stadtverordnetenwahl gegen unsere Partei kandidiert und Agitation in bürgerlichen Blättern für sich geduldet hatte, weil er zweitens Funktionäre des Tabakarbeiterverbandes durch Inserate in bürgerlichen Blättern herabgesetzt hatte, weil sie sich um Einhaltung des Tarifvertrages bemühten, weil er drittens den Bevollmächtigten des Tabakarbeiterverbandes bei der Polizei wegen Nichtanmeldung eines Gewerbes denunziert hat und viertens Funktionäre der Partei bei der Staatsanwaltschaft angezeigt, sowie fünftens einer Tabakarbeiterin die Erlangung einer staatlichen Unterstützung durch Denunziation bei der Zollbehörde unmöglich gemacht hat. (Hört! hört!) Das Schiedsgericht kam selbstverständlich zum Ausschluß. Die Beschwerde dagegen war ohne Begründung, so daß wir auch hier dem Urteil des Schiedsgerichts nur beitreten konnten.

Vorsitzender Noske: Der Parteitag macht den Beschluß der Beschwerdekommission zu seinem eigenen.

Limbertz: Dann liegt eine Beschwerde des Genossen Wagner aus dem sechsten Berliner Wahlkreis vor. Er hatte gegen einen Genossen Joseph den Vorwurf erhoben, daß er im Jahre 1896 Streikbruch begangen habe, daß er sich weiter im Malerverband unter falschen Angaben eingeschlichen habe, um die Voraussetzung zur Erlangung einer Stelle im Bureau des sechsten Wahlkreises erfüllt zu haben. Diese Vorwürfe konnte Wagner nicht beweisen. Er hatte sich auf das Geschwätz von Dritten verlassen. Das Ausschlußverfahren wurde eingeleitet, das Schiedsgericht sprach ihm aber den guten Glauben zu, es wurde auf eine Rüge erkannt, verschärft durch die Bestimmung, daß er auf ein Jahr keine Ehrenämter bekleiden dürfe. Die Organisation hat dagegen Beschwerde eingelegt, sie sieht in Wagners Vorgehen böswillige Verleumdung, ehrloses Verhalten und verlangt Ausschluß. Vor einer Stunde erst ist außerdem noch eine Beschwerde des Genossen selbst eingegangen, die natürlich nicht mehr geprüft werden konnte. Wir sind der Meinung, daß man nach der Sachlage ohne weiteres dem Urteil des Schiedsgerichts beitreten kann und daß wir keine Veranlassung haben, der Beschwerde der Organisation stattzugeben.

Henschel-Berlin: Es ist wohl selbstverständlich, daß die von Wagner eingereichte Beschwerde als gegenstandslos zu betrachten ist. Ich bitte Sie, entgegen dem Antrag der Beschwerdekommission, den Ausschluß Wagners aus der Partei zu beschließen. Wagner ist Angestellter des Malerverbandes. Er hat in einer Generalversammlung des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises den Vorwurf gegen Joseph erhoben, daß dieser bereits im Jahre 1896 Streikbruch verübt habe und daß er sich im vorigen Jahre den Eintritt in den Malerverband erschlichen haben soll. Joseph ist Vorstandsmitglied unserer Organisation schon seit beinahe zwei Jahrzehnten. Als solches ist er den Mitgliedern bekannt und hat seine Pflicht und Schuldigkeit nach jeder Richtung getan. Wenn irgend etwas gegen ihn vorgelegen hätte, hätte Wagner schon längst die Pflicht gehabt, Anträge zu stellen, statt dessen kommt er genau zu dem Zeitpunkt, wo Joseph eventuell als angestellter Sekretär des Kreises gewählt werden konnte, und erhebt hier diese Vorwürfe. Diese Vorwürfe sind sicherlich in böswilliger Absicht erhoben worden, sie sind in keiner Weise bewiesen und es liegt hier sicher eine ehrlose Handlung vor, die begangen wurde, um jemand zu schädigen. In keiner Instanz hat Wagner auch nur den geringsten Beweis für seine Be-

hauptungen beibringen können. Joseph gehört auch dem Malerverband an und er hatte seine Aufnahme in derselben Verwaltungsstelle beantragt, wo Wagner als angestellter Beamter fungiert. Wenn Wagner nun feststellen wollte, ob seine Vorwürfe irgendwelche Berechtigung hatten, dann hätte er doch selbst in seiner Gewerkschaft, im Malerverband, die entsprechenden Anträge stellen können. (Sehr richtig!) Wagner war aber wohl davon überzeugt, daß diese Vorwürfe in der Organisation der Maler sofort widerlegt würden. Darum ging er an die Generalversammlung des Wahlvereins, um dort Joseph als ehrlos hinzustellen, ihn verächtlich zu machen und damit zu erreichen, daß er nicht als Angestellter gewählt werden konnte. Durch eine solche Handlungsweise kann ein Genosse auf Jahre hinaus geschädigt werden. Deshalb bitte ich, den Ausschluß des Genossen Wagner zu beschließen.

Vorsitzender Noske: Die Kommission schlägt vor, die Wagner erteilte Rüge zu bestätigen und den Ausschluß abzulehnen. — Das ist mit großer Mehrheit angenommen.

Limbertz: Der frühere Parteigenosse Ubert-Köln, Gastwirt und Trichinenbeschauer, verlangt Wiederaufnahme in die Partei. Er hat 1907 bei den Stadtverordnetenwahlen, an denen die Sozialdemokratie beteiligt war, den liberalen Kandidaten gewählt. Er redete sich darauf hinaus, er hätte das auf den Rat von Genossen getan, um eine Stichwahl zwischen Zentrum und Sozialdemokratie herbeizuführen. Das war nach Lage der Sache ausgeschlossen, weil das Zentrum 11 000, die Sozialdemokraten und Liberalen zusammen nur 6000 Stimmen hatten. Das führte zum Ausschluß aus der Partei, weil angenommen wurde, daß er so gehandelt hätte aus geschäftlichen Gründen. Seitdem hat sein Verhalten, wie der sozialdemokratische Verein Köln und das Agitationskomitee für den Oberrhein bestätigen, keinen Anlaß zu Klagen gegeben. Beide Organisationen befürworten das Gesuch um Wiederaufnahme. Daher schlägt die Kommission vor, diesem Ersuchen stattzugeben.

Vorsitzender Noske: Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich konstatiere, daß die Wiederaufnahme vom Parteitag zugelassen ist.

Limbertz: Rechtskonsulent Völkel-Grünstadt und Hochstetter-Eisenberg verlangen Wiederaufnahme in die Partei. Bei beiden Beschwerden waren die Voraussetzungen in formaler Beziehung nicht gegeben, so daß die Kommission empfiehlt, aus formalen Gründen diese Beschwerde zurückzuweisen.

Vorsitzender Noske: Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Parteitag tritt diesem Beschluß bei.

Limbertz: Ein früherer Genosse Wegner aus Barth verlangt Wiederaufnahme. Er will vor einigen Jahren aus der Partei hinausgedrängt worden sein. Ob ein Schiedsgerichtsurteil vorliegt, wissen wir nicht. Material ist nicht vorhanden. Wir können also wohl nur so vorgehen, daß der Parteivorstand Wegner und die Organisation auffordert, weiteres Material über die Sache zu geben, und dem Manne aufzugeben, den ordentlichen Instanzenweg zu beschreiten.

Hanisch-Stettin: Der Wahlverein Randow-Greifenhagen stellte im Januar 1906 den Antrag, das Mitglied Wegner wegen parteischädigenden Verhaltens auszuschließen. Der Parteivorstand ordnete darauf die Einsetzung eines Schiedsgerichts an und gab beiden Parteien auf, innerhalb vier Wochen die Schiedsrichter zu ernennen. Während nun die antragstellende Organisation ihre Schiedsrichter ernannte, wurde es von Wegner unterlassen, so daß kein Schiedsgericht zustande kam und er nun endgültig als ausgeschlossen galt.

Vorsitzender **Noske:** Die Kommission schlägt vor, die Angelegenheit dem Parteivorstand zu überweisen.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Limbertz: Eine weitere Sache betrifft die Ablieferung der Tageseinnahmen am 1. Mai. Ryssel hat darüber schon berichtet. Es ist die Sache, die den Parteitag zu einer grundsätzlichen Entscheidung nötigt. Drei Beamte des Metallarbeiterverbandes in Dresden hatten im Jahre 1911 am 1. Mai ihren Tagelohn nicht abgeliefert, weil sie unaufschiebbare wichtige Arbeiten geleistet haben. Das Schiedsgericht hat erkannt, daß die Arbeit dringlich und unaufschiebbar war, hat aber trotzdem die Verpflichtung konstruiert, daß sie ihren Tagelohn hätten abführen müssen. Es ist nun nicht verlangt worden, den Entscheid aufzuheben. Deshalb kann die Kommission dem Parteitag nur empfehlen, über die Frage im Absatz 2 des Schiedsgerichtsurteils zu einer Entscheidung zu kommen. Es ist aber etwas anderes hervorzuheben. Die Dresdener Organisation hat, nachdem die drei Genossen ihren Maibeitrag nicht abgeliefert haben, bei diesen Genossen nicht weiter kassiert und keine Beiträge von ihnen angenommen. Es sind darüber die verschiedensten Beschwerden beim Parteivorstand eingegangen und der Parteivorstand hat die Organisation aufgefordert, weiter zu kassieren bis zum Abschluß des Verfahrens. Einer der drei wollte auch am 1. Mai d. J. seinen Tagesverdienst abführen, aber er erhielt keine Gelegenheit dazu, weil gesagt wurde, er und die anderen seien keine Mitglieder mehr. Die Kommission war darüber einig, daß es eine solche administrative Ausschließung aus der Partei nicht geben kann. Einstimmig ist sie der Meinung, daß dieses Verfahren durchaus zu mißbilligen ist. (Sehr richtig!)

Vorsitzender **Noske:** Die Kommission beantragt folgendes: „Der Parteitag möge entscheiden, daß Genossen, die am 1. Mai verpflichtet sind, beruflich tätig zu sein, zur Ablieferung des Tagesverdienstes nicht verpflichtet sind.“ Der Antrag bezweckt, die noch schwebenden Streitigkeiten wegen des Maibeitrages zu einem Teil aus der Welt zu schaffen.

Lipinski-Leipzig: Die Sache muß irgendwie sachlich abgeschlossen werden. Praktisch liegen die Dinge so, daß gegen das Urteil, das auf Ausschluß nicht verfügt hat, Berufung eingelegt worden ist, und zwar wegen der Art der Formulierung. Nun hat das Schiedsgericht entschieden, daß die Genossen an diesem Tage verpflichtet waren, Berufsarbeit zu leisten, daß sie aber auch verpflichtet seien, den Tagesverdienst trotzdem abzuführen, daß sie aber nicht ausgeschlossen werden können, weil sie nicht beharrlich den Beschlüssen zuwidergehandelt haben, sondern nur einmal. Ich halte das Urteil in dieser Formulierung für falsch. Ich schlage Ihnen deshalb vor, daß nach Annahme der Erklärung der Beschwerdekommission in der Berufungssache Haak und Genossen das Urteil aufgehoben und das Verfahren eingestellt wird. Damit ist dann der Zustand eingetreten, daß die Genossen nach wie vor Mitglieder der Partei sind.

Wirth-Dresden: Die Beschwerdekommission hat Ihnen den Vorschlag gemacht, dem 4. sächsischen Landtagswahlkreis eine Rüge zu erteilen, weil er gegen das Statut der Partei gehandelt hat. Das ist richtig, das wußten wir voraus, aber die Beschwerdekommission hat es nicht für nötig gehalten, die Vertreter des 4. Kreises zu fragen, warum sie die Beiträge nicht kassiert haben. Zunächst möchte ich fragen, wie die Beschwerdekommission dazu kam, die Fälle Haak, Scheffler und Liebe abzutrennen und sie für erledigt zu erklären durch Ryssel. Es wird gesagt, es wäre nur von einer Seite Berufung eingelegt. Das ist eine eigenartige Deduktion. Wenn man mit einem Urteil nicht einverstanden ist, dann legt man doch dagegen Berufung ein. Wir haben beantragt, die drei Genossen auszuschließen. (Zurufe: Wann und wo?) Die Akten sind aus meiner Hand an den Parteivorstand gelangt und sind bis heute noch nicht in meine Hände zurückgelangt.

Bedauerlicherweise wurde auch von Pfannkuch erklärt, daß die drei das formale Recht auf ihrer Seite hätten. Wohin sind wir denn gekommen, daß wir den Genossen beispringen, die nur ein formales Recht haben, wie es bei der bürgerlichen Rechtsprechung ist, wo Verbrecher und Spitzbuben mit dem Aermel am Zuchthaus vorbeistreifen. (Unruhe.) Dann wird es immer gelingen, eine Hintertür zu finden, und wenn man nicht selber geschickt genug ist, dann geht man zu einem Juristen. Ich verstehe Lipinski nicht. Wenn die einen zahlen müssen und die anderen nicht, dann wird die Folge sein, daß diejenigen, die gezahlt haben, auch noch ihr Geld zurückverlangen. (Sehr richtig!) Wenn es nicht Genossen in hervorragender Stellung wären, dann würde man nicht soviel Umstände damit machen. Jetzt will man dem Wahlkreis eine Rüge erteilen. Wir wußten zwar, daß unser Verhalten mit dem Statut nicht übereinstimmte (Hört! hört!), wir wußten aber keinen anderen Weg. Wollen Sie jetzt etwa den Wahlkreis zwingen, Leute in die Organisation zu bringen, die er nicht haben will?

Müller (vom Parteivorstand): Ich bitte Sie, sich bei der Entscheidung nicht von Stimmungen leiten zu lassen. Sie sollen Recht sprechen. Es kann nach dem Wortlaut des Beschlusses 96 nicht die Rede davon sein, daß jemand, der notwendige Arbeit leisten mußte, gezwungen ist, den Tagesverdienst abzuführen. Trotzdem steht die übergroße Mehrheit der Partei auf dem Standpunkt, daß auch die Partei- und Gewerkschaftsangestellten, die wenige Stunden arbeiten müssen, moralisch gebunden wären, den Beitrag abzuführen. Nicht aus materiellen Gründen haben sich in Dresden die drei geweigert, den Beitrag zu zahlen, und als die Frage im Schiedsgericht gestellt wurde, ob die Organisation den Vorwurf erhebe, daß etwa aus Pfennigfuchserei der Beitrag nicht gezahlt wurde, so wurde das von dem Organisationsvertreter nicht behauptet. Die Organisation des 4. sächsischen Wahlkreises ist schuld, daß wir uns seit zwei Jahren mit dieser Frage beschäftigen müssen. Ich lege keinen Wert darauf, daß man der Organisation eine Rüge erteilt. Es ist aber notwendig, daß festgestellt wird, daß Parteigenossen, die nicht ausgeschlossen sind, die Rechte und Pflichten von Parteigenossen haben. Deshalb mußten die Beiträge der drei Genossen nach wie vor kassiert werden. Die Organisationen haben sich an das Organisationsstatut zu halten. Sonst haben wir keine Demokratie mehr, sondern die Anarchie. (Sehr richtig!)

Ryssel: Wir haben uns drei Stunden lang mit dem Aktenmaterial beschäftigt, die Verhältnisse liegen ganz klar. Das Statut gab nicht die Möglichkeit, die drei Genossen auszuschließen. Da hat man es auf administrativem Wege versucht. Das geht doch nicht in der deutschen Sozialdemokratie, das haben wir zu rügen. (Sehr richtig!)

Heilmann-Chemnitz: Wirth hat hier von Leuten gesprochen, die wie Spitzbuben das Zuchthaus mit dem Aermel gestreift hätten, und die nach einem Ausweg gesucht hätten, um sich um bestimmte Parteitagsbeschlüsse herumzudrücken. In diesem Falle liegt die Sache doch aber vollkommen anders. Es handelt sich nicht um Ausflüchte, sondern um eine vollkommen berechtigte Ablehnung ganz unzulässiger Zumutungen. Wir wissen, daß Haak und seine Kollegen am 1. Mai nicht nur gearbeitet haben, sondern daß sie auch eine sehr verantwortungsvolle Tätigkeit haben. Am 28. und 29. April war die große Aussperrung der Metallarbeiter in Chemnitz zu Ende gegangen und die Ein-

stellungen sollten sich wieder vollziehen. Dabei stellten sich die größten Schwierigkeiten heraus, weil immer wieder Unternehmer versuchten, einzelne unserer Leute zu maßregeln. Deswegen haben den ganzen 1. Mai hindurch Haak und die anderen aus der Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes mit den Unternehmern verhandelt. Sie haben den ganzen Tag eine für die Organisation durchaus notwendige Arbeit verrichtet, und wenn sie das nicht getan hätten, hätten sie ihre Pflicht als Beamte des Metallarbeiterverbandes verletzt. Unter diesen Umständen war die Forderung an sie, daß sie den Maifeierbeitrag entrichten sollten, ganz unberechtigt. Sie hatten das volle Recht, sich dagegen zu wehren. (Sehr richtig!) Wie ist die Sache nun mit dem 4. sächsischen Kreis?

Trotz des Beschlusses des Schiedsgerichts, daß die drei weitere Mitglieder der Organisation seien, hat sich der Kreis geweigert, Beiträge von ihnen entgegenzunehmen. Wirth hat heute erklärt, daß er mit Bewußtsein beharrlich gegen das Parteistatut gehandelt hat. Er sagt, wir brauchen uns nicht an Formalitäten zu halten. Täten wir es, dann könnten wir Wirth heute ausschließen. Er hat allen Grund dazu gegeben. (Sehr richtig!)

Wirth: Heilmann hat versucht, eine Lanze für die drei Genossen zu brechen. Seine Ausführungen stehen aber im Widerspruch mit den Aussagen der drei. Haak wußte nicht, was er am 1. Mai getan hatte, während Liebe in Dresden gewesen war. Sie hätten schon moralisch soviel Verständnis haben müssen und der Partei diesen Skandal ersparen müssen. Wer sie nicht ausschließen will, der billigt indirekt dieses Verhalten. (Oho!-Rufe.)

Vorsitzender Noske: Die Beschwerdekommission empfiehlt eine Deklaration zu 90, wonach Genossen, die am 1. Mai beruflich tätig sein mußten, zur Ablieferung des Tagesverdienstes nicht verpflichtet gewesen sind.

Die Deklaration wird abgelehnt.

Vorsitzender **Noske** teilt weiter mit, daß der Berichterstatter der Beschwerdekommission ihm erklärt habe, daß die Kommission keinen Wert darauf lege, dem 4. sächsischen Kreis eine Rüge auszusprechen. Der Antrag Lipinski hat sich durch die Ablehnung der Deklaration erledigt. Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Berichterstatter **Limbertz** berichtet über einen Fall Hannack-Stettin. Hannack hat am 1. Mai 1911 den Tagesverdienst nicht abgeführt, da er angeblich eine dringende Gewerkschaftsarbeit gehabt habe. Er sei wegen tariflicher Streitigkeiten nach Königsberg in der Mark berufen worden. Das Schiedsgericht erkannte an, daß die Arbeit dringlich, aber nicht unaufschiebbar war. Da Hannack im Zweifel über die Dringlichkeit sein konnte, erkannte es nur auf eine Rüge. Die Organisation Stettin verlangt den Ausschluß Hannacks, während Hannack Aufhebung der Rüge beantragt. Die Beschwerdekommission empfiehlt, es bei dem Urteil des Schiedsgerichts zu lassen.

Schmid-Stettin verlangt im Namen der Organisation Stettin den Ausschluß Hannacks. Er habe auch in diesem Jahre den Maifeierbeitrag nicht abgeführt.

Der Parteitag stimmt dem Antrage der Kommission zu.

Berichterstatter **Limbertz** berichtet über den Fall Tietz-Jena. Dieser hat 1911 eine Rüge erhalten, weil er Stänkereien gegen Funktionäre machte und den Vorwurf der Unterschlagung gegen einen Kassierer erhob, der 13 Jahre im Amte war. Einige Monate später erhob er verleumderische Angriffe gegen Leber und den Bezirksvorstand. Der Bezirksvorstand erkannte auf eine Rüge und Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung von Ehrenämtern auf zwei Jahre. Das Schiedsgericht erkannte auf eine einfache Rüge. Die Kommission erklärt, daß kein Grund vorliegt, das Urteil aufzuheben und empfiehlt, dem Urteil des Schiedsgerichts beizutreten.

Berichterstatter **Limbertz** berichtet, daß 15 Genossen Protest gegen die Aufnahme Radeks in Bremen erhoben haben. Die Kommission ist der Ansicht, daß Einzelgenossen nach dem Organisationsstatut kein derartiges Beschwerderecht haben. Sie schlägt vor, die Sache dem Parteivorstand zu überweisen, da ohnehin die Frage geprüft werden muß, ob ein von einer ausländischen Organisation ausgeschlossener Genosse ohne weiteres aufgenommen werden kann, ob die Möglichkeit besteht, daß das Ausschlußverfahren selbst nachgeprüft wird oder ob die Prüfung durch die Internationale erfolgen soll.

Vorsitzender **Haase:** Im Anschluß daran habe ich folgende Erklärung Radeks zu verlesen, die hier eingegangen ist:

Erklärung.

Außerstande, auf die gegen mich wegen der Göppinger Affäre erhobenen Angriffe auf dem Parteitage selbst antworten zu können, halte ich es doch für notwendig, nochmals mit aller Bestimmtheit auszusprechen, daß ich in den Jahren 1908—1911 in Berlin und Leipzig der Organisation unter Erfüllung aller Pflichten angehörte. Die entgegengesetzten Behauptungen beruhen auf Irrtum, den vor der Bremer Untersuchungskommission aufzuklären ich Gelegenheit haben werde.

Die vom Genossen Thalheimer und mir angekündigte Broschüre über die Göppinger Angelegenheit erschien — soweit ich dafür in Betracht komme — deshalb nicht, weil ich einmal durch die vom polnischen Parteivorstand gegen mich begonnene Kampagne völlig in Anspruch genommen war, und dann, weil die Praxis der neuen Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht" beweist, daß die Göppinger Arbeiter ein im großen ganzen radikales Blatt gesichert bekommen.

Die Broschüre hätte unter solchen Umständen nur noch die Bedeutung einer gewöhnlichen Abwehr gehabt, die ich für meinen Teil für unnötig erachtete.

Ich ersuche Sie, diese Erklärung dem Parteitage zur Kenntnis zu bringen und dem Protokoll einverleiben lassen zu wollen.

Chemnitz, am 20. September 1912. Karl Radek.

Pannekoek-Bremen: Radek ist von der polnischen Partei ausgeschlossen worden. Aber wir kennen alle diese Verhältnisse in der russisch-polnischen Partei, wo die Organisation nur im geheimen wirken kann. Es ist nicht so gut, wie in der deutschen Organisation, wo alles geregelt ist. Es besteht nun die Möglichkeit, daß Radek unrecht geschehen ist. Wir sind also ganz einverstanden, wenn die Sache vom Vorstande untersucht wird. Als der Redner nun auf den Fall Radek im einzelnen einzugehen versucht, wird er vom Vorsitzenden Noske unter Zustimmung des Parteitages daran gehindert.

Ebert (vom Parteivorstand): Wenn die Beschwerdekommission vorschlägt, die Sache dem Vorstande zu überweisen, dann wollen wir dem nicht widersprechen. Ich muß aber bitten, daß der Vorstand in keiner Weise festgelegt wird; er muß vielmehr völlig freie Hand behalten. (Zustimmung.)

Wegen der Erklärung Radeks über seine Mitgliedschaft beziehe ich mich auf meine Henke gegenüber gemachten Ausführungen.

Vorsitzender **Noske** stellt fest, daß der Parteitag eine Radekdebatte nicht wünsche. Darauf wird die Prüfung der Angelegenheit dem Vorstand überwiesen.

Damit sind die Angelegenheiten der Beschwerdekommission erledigt.

Vorsitzender Haase: Bevor ich dem Referenten zum nächsten Punkt der Tagesordnung das Wort gebe, will ich erst das Ergebnis der Wahlen zum Parteivorstand und zur Kontrollkommission bekannt machen.

Bei der Wahl zum Parteivorstand sind abgegeben 468 Stimmen, davon 14 ungültige, 454 gültige. Die absolute Mehrheit beträgt also 228. Es haben Stimmen erhalten als Vorsitzender Bebel 452, Haase 438, als Kassierer Braun 447, als Sekretär Pfannkuch 449, Molkenbuhr 452, Gerisch 450, Ebert 423, Müller 417, Scheidemann 442, als Sekretärin Zietz 446, als Beisitzer Wengels 429, Brühl 389, Silberschmidt 83. Die anderen Stimmen sind zersplittert auf Südekum, David, Noske, Pieck und Heine. Der Parteivorstand ist also in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. (Bravo!)

Bei der Wahl der Kontrollkommission sind abgegeben 464 Stimmen, davon 7 ungültige, 457 gültige, die absolute Mehrheit beträgt 229.

Es haben Stimmen erhalten Kaden 446, Bock 383, Hengsbach 343, Ernst 432, Stubbe 391, Brühne 327, Timm 376, Geck 348, Zetkin 309, Löbe 159, Brey 128, Grünberg 127, Severing 134. Einzelne Stimmen sind gefallen auf Ledebour, Hoch, Geyer, Ulrich, Pieck und Simon.

Also auch die Kontrollkommission ist in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung wiedergewählt worden. (Bravo!)

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Internationaler Sozialistenkongreß.

Berichterstatter Molkenbuhr: Nach § 5 der Geschäftsordnung hätte ich das Recht eine Stunde zu sprechen. (Große Heiterkeit.) Fürchten Sie nicht, daß ich davon Gebrauch machen werde. (Bravo!) Wir feiern in diesem Jahre eine Art Jubiläum, weil es 25 Jahre her sind, seitdem ein deutscher Parteitag, der damals im Jahre 1887 in St. Gallen tagte, die Anregung gegeben hat, einen internationalen Arbeiterschutzkongreß einzuberufen. Aus jener Anregung heraus ist dann der Kongreß einberufen worden, der im Jahre 1889, also zur Jahrhundertfeier des Bastillensturms, in Paris zusammentrat. Seit der Zeit sind ungefähr 24 Jahre verflossen, wenn der nächste internationale Kongreß entsprechend dem Beschluß von Kopenhagen im Jahre 1913 nach Wien einberufen werden sollte. Nun beantragen aber die niederländischen Genossen, daß der nächste internationale Kongreß nicht 1913, sondern erst 1914 stattfindet, damit er eine Art Jubiläum der Internationale feiern kann. Ich habe beantragt, daß wir diesen Antrag der niederländischen Genossen unterstützen. Dabei kommt noch ein anderes Moment in Betracht, als die Jubiläumsfeier. Im nächsten Jahre sind in Preußen die Landtagswahlen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß, wenn der Kongreß im nächsten Jahre tagen sollte, er kollidiert mit den Landtagswahlen, und einige Genossen, die stark bei den Landtagswahlen engagiert sind, dann nicht in der Lage wären, ein Mandat zum Internationalen Kongreß anzunehmen. Unterstützen wir den Antrag, dann würde also 1914 erst der nächste Kongreß stattzufinden haben. Daß im übrigen die Internationale auch ein gewisses Recht hat, einmal zu einem bestimmten Zeitabschnitt eine Jubelfeier zu begehen, wird wohl niemand bestreiten wollen. Als der erste Kongreß tagte, war der Zweck lediglich, einheitliche Forderungen für die Arbeiterschutzgesetzgebung aufzustellen. Wir wissen, daß seitdem die neue

Internationale weit über den Rahmen dieses ursprünglichen Zwecks hinausgewachsen ist und ein mächtiges Glied in der Bewegung des Proletariats zur Befreiung der Proletarier aller Länder geworden ist. Wir haben das namentlich beobachten können, als in diesem Jahre die deutschen Wahlsiege bekannt wurden. Ich halte es für meine Pflicht, uns hier von dieser Stelle für alle Glückwünsche zu bedanken, die uns damals aus allen Gegenden der Welt zugeströmt sind. (Bravo!) Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen, sondern nur hervorheben, daß unter den Ländern, die sich mit Glückwunschtelegrammen am meisten auszeichnen, England die erste Rolle spielt. Das beweist, wie die Masse des englischen Proletariats zu dem in England propagierten Deutschenhaß steht.

Weiter beantrage ich dann, daß der Punkt Imperialismus, falls der Kongreß schon für 1913 berufen wird, auf die Tagesordnung des Kongresses gesetzt wird. Es ist dies zweifellos eine eminent internationale Frage, mit der sich der Internationale Kongreß zu beschäftigen alle Ursache hat.

Nun liegen eine Anzahl Anträge vor, die wünschen, daß wir die Frage der Maifeier ebenfalls auf die Tagesordnung des nächsten Internationalen Kongresses setzen sollen, Anträge, die wünschen, daß die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai verlegt wird, und ferner ein Antrag, eine Abstimmung darüber stattfinden zu lassen, wie in den verschiedenen Gewerkschaften die Maifeier beurteilt wird, und das Resultat dem Internationalen Kongreß vorzulegen. Die Anträge, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen, kommen etwas verspätet, denn ein solcher Antrag, der auch von der deutschen Delegation 1891 auf dem Internationalen Kongreß in Brüssel gestellt wurde, ist damals abgelehnt worden. Da wurde eigentlich erst die Maifeier geschaffen, und ich glaube, es wird schwer halten, einen Beschluß durchzusetzen, der eine Aenderung im ganzen Charakter der Maifeier herbeiführen soll. Ich möchte deshalb bitten, zu diesem Punkt alle Anträge abzulehnen.

Dann handelt es sich um die Delegiertenziffer. Mit dem mächtigen Anschwellen der sozialdemokratischen Bewegung in allen Ländern ist auch die Delegiertenzahl aus den einzelnen Ländern immer größer geworden. Wir haben deshalb schon in Stuttgart die Kontingentierung der Zahl der deutschen Delegierten auf 300 beschlossen, haben sie für Kopenhagen auf 200 herabgesetzt und glauben, daß es berechtigt ist, sie gegenwärtig auf 150 herabzusetzen. Das ist immerhin eine sehr stattliche Delegation. Im übrigen kommt es bei den Abstimmungen weniger auf die Zahl der Delegierten an, da in fast allen wichtigen Fragen auf internationalen Kongressen nach Nationen abgestimmt wird und wir dabei immer 20 Stimmen haben, ganz ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Delegierten. Ich bitte Sie also, meinem Antrag zuzustimmen und alle anderen Anträge zum Internationalen Kongreß abzulehnen. (Lebhafter Beifall.)

Von den vorliegenden Anträgen wird der Antrag 90 nicht unterstützt.

Simon-Nürnberg (zur Geschäftsordnung): Es ist ganz ausgeschlossen, daß wir, jetzt in der vorgerückten Stunde, über die vorliegenden Anträge noch debattieren. Ich beantrage daher Uebergang zur Tagesordnung.

Hanisch-Magdeburg: Es ist selbstverständlich, daß die Unterstützung zu unserem Antrag nicht mehr ausreichte, weil das Bureau erst den Referenten hat zum Wort kommen lassen, der Ablehnung sämtlicher Anträge beantragt hat.

Vorsitzender Haase: Ich stelle fest, daß wir immer so vorgegangen sind und bin außerdem überzeugt, daß sämtliche Delegierten auf unserem Parteitag soviel selbständige Meinung haben, daß sie durch eine bloße Aeußerung eines Referenten in ihrer Ansicht nicht bestimmt werden.

Der Antrag Simon auf Uebergang zur Tagesordnung über die Anträge wird mit großer Mehrheit angenommen. Alsdann wird der Antrag 211 angenommen.

Vorsitzender Haase: Die Anträge, die sich auf Religion und Kirche bezogen, sind sämtlich zurückgezogen worden. (Bravo!) Die Antragsteller haben mir erklärt, daß schon die Tatsache, daß die Anträge auf die Tagesordnung gekommen sind und sich die Genossen mit ihnen beschäftigt haben, eine gewisse Klärung bedeuten. Im übrigen würden sich die Parteipresse und die Organisationen mit der Angelegenheit weiter beschäftigen. — Der Antrag 124 wird von niemand unterstützt. Der Antrag 120 ist mit der Motivierung zurückgezogen worden, daß der Antrag nicht ein neues Recht zu schaffen beabsichtigte, sondern daß er nur die bereits gegebene Rechtslage präzisieren wolle; nach einer Aussprache mit Mitgliedern des Parteivorstandes und der Generalkommission, in der auf den Nürnberger Parteitagsbeschluß über die gelben Gewerkschaften hingewiesen und dieser sowie der § 26 des Organisationsstatuts als vollständig ausreichend gegen die Verräter der Arbeiterklasse erklärte wurde, wird der Antrag zurückgezogen.

Ich kann nicht konstatieren, ob der Parteitag mit dieser Motivierung einverstanden ist, ich stelle nur die Zurückziehung des Antrags fest.

Nicht unterstützt werden weiter die Anträge 121 und 122. Unterstützt werden die Anträge 123, 150, 170, Absatz 2 — der erste Absatz über die gelben Gewerkschaften ist durch die Zurückziehung des vorhin erwähnten Antrages erledigt. Antrag 190 wird nicht ausreichend unterstützt.

Lipinski beantragt, alle unterstützten Anträge dem Parteivorstand als Material zur Prüfung zu überweisen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Vorsitzender Haase: Wir kommen zum letzten Punkt der Tagesordnung: Bestimmung des Tagungsortes für den nächsten Parteitag. Zu den bereits eingegangenen Vorschlägen ist noch ein Vorschlag gekommen, den nächsten Parteitag in Jena abzuhalten. (Bravo!-Rufe.) Es liegt aber ein Antrag vor, sämtliche Vorschläge dem Parteivorstand zu überweisen, und zwar geht dieser Antrag aus der Erwägung hervor, daß der Parteivorstand selbst nach den Erfahrungen, die wir hier gemacht haben, die Aufgabe haben muß, in jedem Jahr zu sehen, wo er die Delegierten am besten unterbringen kann.

Lipinski-Leipzig: Diesem Antrag ist an sich ein Teil der Berechtigung nicht abzusprechen, aber ich glaube, er kommt nur dann in Frage, wenn nicht bereits Parteiorte bekannt sind, die eine ausreichende Gewähr dafür bieten, daß die Verhandlungen ersprießlich geführt werden können. Aus diesem Grunde würde ich bedauern, wenn der Parteitag generell die Bestimmung des Tagungsortes dem Parteivorstand überweisen wollte, ohne die Möglichkeit einer Nachprüfung dem Parteitag zu lassen.

Ledebour: Ich bitte Sie, den vorliegenden Antrag anzunehmen, und zwar gerade, weil er generell die Frage erledigen will, d. h. ein für allemal die Wahl des Ortes des Parteitags in die Hände des Parteivorstandes legen will. Ich glaube, in dieser Beziehung haben wir alle ein größeres Vertrauen zum Parteivorstand (Stürmisches Hört! hört!) als zu uns selbst (Schallende Heiterkeit), und zwar, weil der Parteivorstand länger Zeit hat, die Sache zu prüfen, und auch die Gelegenheit hat, sich das Lokal und die Verhältnisse in dem in Aussicht genommenen Tagungsort anzusehen, während hier auf dem Parteitag meist nur durch die begeisterte Rede eines Lokalpatrioten eine Entscheidung herbeigeführt wird. Gerade jetzt ist der Moment gekommen, aus unseren jüngsten Erfahrungen heraus diese generelle Regelung zu treffen. Das schließt nicht aus, daß der Parteivorstand für den nächstjährigen Parteitag einen Ort wählt, für den bei entsprechenden lokalen Einrichtungen besondere Umstände sprechen, wie dies ja mit Leipzig anläßlich des Parteijubiläums der Fall ist. (Lebhafte Schlußrufe.)

Auf Antrag von Haberland-Düsseldorf wird die Debatte geschlossen. Der Antrag selbst wird angenommen.

Vorsitzender **Haase** teilt mit, daß die Kontrollkommission den Genossen August Kaden-Dresden wieder zu ihrem Vorsitzenden und der Bildungsausschuß in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung, bestehend aus den Genossen David, Heimann, Korn, Mehring, Müller-München, Zetkin und Heinrich Schulz, den letzteren als Geschäftsführer wiedergewählt habe.

Die Anträge 140, 141, 143, 175, 197 und 206 werden dem Parteivorstand zur Prüfung überwiesen.

Vorsitzender Haase: Parteigenossinnen und Genossen! Wir sind am Schlusse unserer Beratungen. Obwohl der ganze Verlauf des Parteitages es Ihrem Vorsitzenden nahelegt, ausführlich die Beschlüsse zu würdigen, so glaube ich doch Ihrer Zustimmung sicher zu sein, wenn ich mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit mich auf wenige Bemerkungen beschränke. Ich danke zunächst den Chemnitzer Genossen für ihre mühevolle Tätigkeit bei der Vorbereitung des Kongresses. Wir wissen, daß es nicht ihre Schuld ist, wenn wir in einem nicht sehr bequemen Lokal haben tagen müssen. (Sehr richtig!) Die Chemnitzer Genossen haben das dankenswerte Bestreben gehabt, den Delegierten nach ihrer Arbeit durch ein Konzert und einen Aufenthalt in der Natur Abwechselung und Erholung zu gewähren. Wenn wir den Ausflug schließlich nicht unternommen haben, so haben die Chemnitzer Genossen uns dies nicht verübelt in der Erkenntnis, daß die Förderung unserer Arbeiten allem anderen vorangeht. Ich spreche den Dank aus den Mitgliedern der Kommission für die dort geleistete schwere Arbeit. Ich glaube ohne jede Uebertreibung hervorheben zu können, daß auch das Plenum des Parteitages sich selbst das Zeugnis ausstellen darf, daß es eine fruchtbare Tätigkeit im Interesse der Partei geübt hat.

Die innere Zusammengehörigkeit der Parteigenossen hat ihren prägnanten äußeren Ausdruck schon in der Art gefunden, wie die Debatten geführt wurden. Sie zeichneten sich aus durch Sachlichkeit und brüderlichen Geist, auch da, wo Meinungsverschiedenheiten bestanden. Der Parteitag hat durch seine Beschlüsse über das Organisationsstatut eine noch engere Fühlung zwischen den Bezirken und der Parteileitung hergestellt, er hat damit die Organisation gefestigt und die Einheitlichkeit unserer Organisation gefördert. Der Parteitag hat bei all seinen Beratungen der Welt das Bild einer Geschlossenheit gezeigt, vor der alle Fabeleien über Spaltungen verstummen müssen. Arbeiten wir in diesem Sinne weiter und bekräftigen wir unsere Anschauungen, indem wir in den Ruf einstimmen: „Es lebe die deutsche, es lebe die internationale Sozialdemokratie!"

Der Parteitag hat sich erhoben, stimmt begeistert in das dreifache Hoch ein und singt die erste Strophe der Arbeitermarseillaise.

Anhang.

Vorlage betr. Aenderung des Organisationsstatuts.*)

Nach den Beschlüssen der Organisationskommission vom 12. bis 14. September 1912.

§§ 1—5 unverändert.

Berichterstattung.

§ 6. Das Geschäftsjahr der Partei läuft vom 1. April bis 31. März. Die Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine haben alljährlich durch Vermittelung der Bezirks- und Landesvorstände bis zum 15. Mai dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Der Bericht ist nach einem Fragebogen des Parteivorstandes zu geben und muß mindestens enthalten Angaben über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder.

Den gleichen alljährlichen Bericht über ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen vom Parteivorstande überwiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen zu erstatten.

Parteitag.

§ 7. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden: In Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12 000 Mitglieder vier und für jede weiteren 6000 Mitglieder ein Delegierter mehr. Die Vertretung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der nach § 5 abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.
2. Die Reichstagsfraktion bis zu einem Drittel ihrer Mitgliederzahl.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiinstitutionen.

§ 8. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung.

*) Das vom Parteitag beschlossene Organisationsstatut ist auf Seite 553 abgedruckt.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden erforderlich.

§ 9. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand nach Anhörung des Parteiausschusses den Ort zu bestimmen.

§ 10. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge von Parteiorganisationen für die Tagesordnung des Parteitages sind dem Parteivorstande einzureichen, der sie spätestens drei Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen hat.

§ 11. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 12. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf einstimmig gestellten Antrag der Kontrollkommission;
3. auf Antrag von mindestens 15 Vorständen der Bezirks- oder Landesorganisationen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrage stattzugeben, ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteiorganisationen sind spätestens fünf Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen, wie für die ordentlichen Parteitage. (§§ 7 und 8.)

Parteivorstand.

§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern, unter denen sich eine Genossin befinden muß, und zwei Beisitzern. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf die die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstitution vorzunehmen und sie im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen.

§ 15. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes vorzeitig aus, so hat die Kontrollkommission nach Anhörung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses eine Ersatzwahl vorzunehmen.

§ 16. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen, deren Höhe durch den Parteitag festgesetzt wird.

§ 17. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 18. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission oder der Partei anzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen. Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 19. Der Parteivorstand besorgt die Geschäfte der Partei und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband oder der Landesorganisation ergeben.

Parteiausschuß.

§ 20. Der Parteiausschuß besteht aus je einem Vertreter der Bezirks- und Landesvorstände. Jeder Bezirks- und Landesvorstand wählt für die Dauer eines Jahres aus seiner Mitte einen Vertreter, für den im Behinderungsfalle ein Stellvertreter zu entsenden ist. Das Ergebnis der Wahl ist dem Parteivorstand sofort mitzuteilen.

§ 21. Der Parteiausschuß berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiinstitutionen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages sowie die Bestellung der Referenten und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab.

§ 22. Regelmäßig alle Vierteljahre und im Bedarfsfalle auch häufiger ist der Parteiausschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Bezirks- und Landesvorstände unter Angabe der Gründe dies beantragt. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

Kontrollkommission.

§ 23. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von 9 Mitgliedern.

Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission

einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 24. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts", Berliner Volksblatt. Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

§ 25. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheiden die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 26. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisation oder der Parteitage das Parteiinteresse schädigt.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirks- oder Landesorganisation.

Der Ausschluß darf nur von einer Parteiorganisation (Orts- oder Wahlkreisorganisation) — mit Zustimmung des Angeschuldigten auch vom Vorstand der Parteiorganisation — beantragt werden. Die Zustellung des Beschlusses und dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Bezirks- oder Landesvorstand.

§ 27. Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Bezirks- oder Landesorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand. Je drei Beisitzer wählt der Angeschuldigte und die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeschuldigte angehört. Unterläßt es der Angeschuldigte, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt ohne weiteres der Beschluß des Bezirks- oder Landesvorstandes. Erscheint der Angeschuldigte ohne genügende Entschuldigung nicht zu dem festgesetzten Termin, so haben die Instanzen das Recht, in Abwesenheit des Angeschuldigten zu beschließen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Parteivorstand.

Handelt es sich in einer Sache um mehrere Angeschuldigte aus einer Organisation, so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen.

§ 28. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung des Urteils dem Parteivorstand eingereicht sein.

§ 29. Der Ausschluß aus der Partei in Fällen des § 26 Abs. 1 darf nur im Wege des vorstehend festgesetzten Verfahrens erfolgen.

Alle Instanzen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden Ausschluß aus der Partei aussprechen, auf zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern zu erkennen und Rügen zu erteilen. Auch gegen diese Entscheidungen steht den Beteiligten das Recht der Berufung zu.

Die Organisationen haben das Recht, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen. Gegen die Entscheidung steht den Beteiligten das Einspruchsrecht nach den Bestimmungen der §§ 27 und 28 zu.

§ 30. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederaufnahme.

§§ 31 und 32 unverändert (früher §§ 28 und 29).

§ 33. Die neuen Bestimmungen dieses Statuts treten am Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Wortlaut der auf dem Parteitag angenommenen Anträge.

Maifeier.

Der Beschluß 90 des Parteitages zu Nürnberg ist aufzuheben.

(Antrag 84.)

„Neue Welt".

Die Bilder (Illustrationen) der „Neuen Welt" sind besser zu gestalten oder fortzulassen; im letzteren Fall würde Raum zu gemeinwissenschaftlichen Aufsätzen geschaffen werden, die zweckdienlicher wären. Der Autotypiedruck eignet sich nicht für Rotationsdruck, ebensowenig schlechtes Papier. (Antrag 160.)

Schnapsboykott.

In besonderer Berücksichtigung der neuesten, unter dem Trugwort „Abschaffung der Liebesgabe" erfolgten Mehrbelastung zugunsten des Militarismus und der Schnapsproduzenten bringt der Parteitag den von den drei letzten Parteitagen beschlossenen Branntweinboykott in eindringliche Erinnerung. Der Parteitag stellt fest, daß die bisherige Durchführung des Boykotts eine erhebliche Verminderung des Branntweinverbrauchs zur Folge gehabt hat, die im Interesse der Volksgesundheit, der Kampffähigkeit des Proletariats und der Schwächung seiner bösartigsten Feinde freudig zu begrüßen ist. Er erwartet jedoch für die Folge eine noch gewissenhaftere Durchführung des Parteitagsbeschlusses.

(Antrag 194.)

Delegationsrecht.

Der Parteivorstand möge gemeinsam mit dem einzusetzenden Parteiausschuß das Delegationsrecht zum Parteitag einer Prüfung unterziehen und eventuell dem nächsten Parteitage Vorschläge zur Reorganisation unterbreiten.

(Antrag 195.)

Invalide Parteimitglieder.

Der § 5 des Organisationsstatuts erhält folgenden Zusatz: Invalid gewordene Parteimitglieder sind für die Dauer der Invalidität beitragsfrei und sollen aus den Mitgliederlisten nicht gestrichen werden. (Antrag 196.)

Bergarbeiterschutz.

Der Parteitag erklärt, die Häufung der Massenkatastrophen in den deutschen Bergwerksbetrieben, die fast andauernd steigernde Zahl der getöteten und verletzten Bergarbeiter, wie auch die erschreckend hohen bergmännischen Krankheitsziffern beweisen schlagend, daß die von den Vertretern des kapitalistischen Ausbeutungssystems nach jeder großen Grubenkatastrophe wiederholte Versicherung, für den Schutz der Bergwerksarbeiter sei hinreichend gesorgt, eine wider besseres Wissen aufgestellte Behauptung ist. Schon die Tatsache, daß die Unfallziffern in anderen europäischen Ländern erheblich geringer sind, zwingt zu dem Schluß, daß nicht alle Mittel zur Verbesserung der Grubensicherheit in Deutschland in Anwendung sind. Es ist beschämend, daß Deutschland im Bergarbeiterschutz hinter dem Auslande zurücksteht. Der Parteitag beauftragt deshalb die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, alsbald nach dem Zusammentritt des Reichstages diesen erneut und nachdrücklichst zur Beschlußfassung über eine den modernen Betriebs- und Arbeiterverhältnissen entsprechende reichsgesetzliche Regelung des Bergarbeiterschutzes zu veranlassen. Dieses Gesetz muß mindestens zwingend festlegen:

1. Eine Arbeitszeit von höchstens acht Stunden, und zwar mit der Maßgabe, daß innerhalb 24 Stunden allgemein höchstens acht Stunden gearbeitet werden darf, abgesehen von Ueberzeitarbeit, die zur Rettung und Sicherung von Menschenleben und zur Aufrechterhaltung des Betriebes unbedingt nötig ist. Bei einer Grubentemperatur von 28 Grad Celsius an und an besonders nassen Arbeitspunkten darf die Schichtdauer nicht mehr als sechs Stunden betragen;
2. Arbeiter unter 18 Jahren sind zur unterirdischen Tätigkeit nicht zuzulassen, auch nicht solche Erwachsene, denen die für die eigentliche Bergarbeit nötige Vorbildung mangelt;
3. Vorschriften über die Erzielung und Auszahlung eines Arbeitslohnes, der dem schweren und gefährlichen Bergarbeiterberuf gerecht wird und den Arbeitern und ihren Familien einen kulturentsprechenden Lebensunterhalt ermöglicht;
4. Anstellung von Grubenkontrolleuren mittels geheimer und direkter Wahl von den Arbeitern gewählt und aus Staatsmitteln besoldet;
5. Bereithaltung einer genügenden Zahl von Rettungsapparaten und Geräten für den Transport der Unfallopfer, Ausbildung von mit der Benutzung der Rettungsapparate und der ersten Hilfeleistung bei Verletzungen vertrauter Mannschaften;
6. Einrichtung von ausreichenden Wasch- und Badeanstalten (Brausebäder) auf allen Werken.

Der Parteitag erwartet, daß angesichts der furchtbaren Unglücksfälle der letzten Zeit der Reichstag und die Verbündeten Regierungen endlich es für ihre Gewissenspflicht erachten werden, die gestellten Forderungen durchzuführen.

(Antrag 199.)

Teuerung.

Der Parteitag konstatiert, daß der Kapitalismus in der stürmischen Entwickelung der beiden letzten Jahrzehnte zu einer ungeheuren Reichtumsvermehrung der Besitzenden geführt habe, während die arbeitenden Klassen durch die zunehmende Verteuerung ihrer wichtigsten Bedarfsgegenstände an der Erhöhung ihrer Lebenshaltung gehindert worden und in Gefahr geraten sind, der Kampferrungenschaften ihrer gewerkschaftlichen Organisationen beraubt zu werden. Der Parteitag sieht in diesem Gegensatz der Bereicherung der wenigen Kapitalmagnaten und der zunehmenden Massenverarmung den stärksten Beweis für die Unvereinbarkeit der kapitalistischen Produktionsweise mit den Interessen der arbeitenden Klassen und für die Notwendigkeit des Sozialismus, d. h. für die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.

Der Parteitag erkennt in der herrschenden Schutzzollpolitik Deutschlands die Ursache der unerträglichen Verschärfung der Teuerung. Er fordert die Beseitigung dieser Wirtschaftspolitik, deren Zweck nur die ungeheuerliche Steigerung der Beute der Großkapitalisten, Großgrundbesitzer und Spekulanten, die treibhausmäßige Förderung der Kartelle und Ringe und die Erhöhung ihrer Monopolprofite bildet. Der Parteitag fordert daher eine gründliche Reform unseres Steuersystems mit dem Ziel der Beseitigung aller indirekten Steuern auf die Verbrauchsartikel der Massen und ihre Ersetzung durch direkte Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuern.

Der Parteitag fordert die Beseitigung des Systems der Einfuhrscheine, die Aufhebung aller Lebensmittelzölle und der Zölle auf Futtermittel, die den Großgrundbesitz auf Kosten der städtischen und der bäuerlichen Bevölkerung begünstigen.

Er fordert insbesondere zur Abhilfe der Fleischnot die sofortige Aufhebung der Vieh- und Fleischzölle, die Oeffnung der Grenzen für Vieh und Fleisch unter Beachtung unerläßlicher gesundheitlicher Ueberwachungsmaßregeln und der entsprechenden Abänderungen des Gesetzes betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, um die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch, insbesondere auch von Gefrierfleisch dauernd zu ermöglichen.

Dieselben Junker und Scharfmacher, welche die Aushungerung des Volkes durch ihre Zollwucherpolitik verschulden, wollen nun dessen Widerstand brechen, indem sie das ohnehin schon ungenügende Koalitionsrecht völlig erdrosseln. Der Parteitag protestiert gegen diese infame Vergewaltigung der Arbeiter und fordert vielmehr die Ausgestaltung und Sicherung der Koalitionsfreiheit.

Der Parteitag erklärt die sofortige Einberufung des Reichstages für unerläßlich und fordert die arbeitende Klasse auf, den Kampf gegen das herrschende Ausplünderungssystem auch im Hinblick auf die Neugestaltung der gesamten deutschen Handelspolitik und die gemeingefährliche Untätigkeit der kapitalistischen Klassenregierung gegenüber dem schreienden Notstand der Massen mit aller Wucht fortzuführen.

(Antrag 201.)

Jugendbewegung.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wiederholt mit Nachdruck den schon von früheren Parteitagen erhobenen Einspruch gegen die Verfolgungen, die sich staatliche Behörden aller Art gegen die proletarische Jugendbewegung herausnehmen.

Der Parteitag anerkennt das ernste Bestreben junger Arbeiter und Arbeiterinnen, sich durch rege Vereinstätigkeit, durch Versammlungen, Vortragskurse, künstlerische Veranstaltungen, Ausflüge, Besuche von sehenswerten

Sammlungen und auf andere Weise eine Erweiterung ihrer unzureichenden Volksschulbildung anzueignen. Alle diese Maßnahmen sind reine Bildungsmaßnahmen und als solche unpolitisch.

Dagegen besteht für den Parteitag kein Zweifel über die politischen Beweggründe, die zur neueren bürgerlichen Jugendbewegung in allen ihren Arten und Betätigungsformen und zu ihrer Unterstützung durch Staat und Gemeinde geführt haben, sowie über die offene und versteckte Bekämpfung der Sozialdemokratie, die bei allen Veranstaltungen der bürgerlichen Jugendpflege auf die jugendlichen Teilnehmer versucht wird.

So sehr die deutsche Sozialdemokratie von jeher durch Wort und Tat um die geistige und körperliche Hebung der schulentlassenen Arbeiterjugend durch den Ausbau und durch die Verbesserung des staatlichen und gemeindlichen Schul- und Bildungswesens bemüht ist, so sehr erhebt sie Widerspruch gegen die parteiische Unterstützung unkontrollierbarer bewußt sozialistenfeindlicher, also politischer Jugendpflege privater Vereinigungen durch staatliche Behörden und aus öffentlichen Mitteln.

Der Parteitag fürchtet zwar die politische Wirkung dieser neuesten Art der Sozialistenbekämpfung nicht, er erhebt aber aus allgemein kulturellen und pädagogischen Gründen den entschiedensten Einspruch gegen das heuchlerische Gebaren und gegen die wüsten Methoden der bürgerlichen Jugendpflege; besonders sieht er in den sogenannten Kriegsspielen und in der öden Nachäfferei militärischer Aeußerlichkeiten eine schwere Beeinträchtigung der körperlichen, geistigen und seelischen Entwickelung der heranwachsenden Jugend. Solches Treiben dient nicht der Heranbildung wahrer Vaterlandsliebe im Geiste der Menschlichkeit, sondern der Züchtung roher Triebe im Sinne des Nationaldünkels und der Hetze gegen andere Völker.

Der Parteitag erwartet, daß die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen wie bisher allen Verfolgungen zum Trotz ihre anerkennenswerte Bildungsarbeit an sich selbst im Sinne fortschrittlicher, freiheitlicher und brüderlicher Lebensauffassung fortsetzen. Die deutsche Sozialdemokratie wird bestrebt sein, sie dabei vor ungerechtfertigten und ungesetzlichen Störungen durch amtliche und freiwillige Gegner der proletarischen Jugendbewegung zu schützen.

(Antrag 202.)

Reichstagsfraktion.

Organisationsstatut: Zu § 14 Zeile 4 die Worte: „zwei Beisitzern" zu ändern in: „den Beisitzern".

In § 7 den Punkt 2 zu fassen: „Die Reichstagsfraktion". Und eventuell (wenn obiger Antrag abgelehnt werden sollte): „Die Reichstagsfraktion mit beratender Stimme".

Gleichzeitig den auf Punkt 4 folgenden Satz: „Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen parlamentarischen und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung usw." dahin zu ändern: „Die Mitglieder des Parteivorstandes haben in allen die geschäftliche Leitung usw."

(Antrag 203.)

Fall Landsberg.

In der Erwägung, daß bereits die Magdeburger Parteiorganisation zu dem Verhalten des Genossen Landsberg beim Kaiserhoch in der Schlußsitzung des Reichstages Stellung genommen hat, in der weiteren Erwägung, daß diese Stellungnahme bei aller Zurückhaltung in der Form sachlich von den gleichen Anschauungen beherrscht wird wie die Beschlüsse der Parteitage und der Reichstagsfraktion über die Teilnahme an höfischen Kundgebungen, erklärt der Parteitag den Antrag des 6. Berliner Reichstagswahlkreises zu dieser Sache für erledigt.

(Antrag 204.)

Todesstrafe.

Reichstagsfraktion und Parteivorstand werden beauftragt, angesichts der bevorstehenden Strafrechtsreform eine populär-wissenschaftlich gehaltene Broschüre über die moderne (soziologische) Strafrechtstheorie im Gegensatz zur sogenannten klassischen zu veröffentlichen und darin unseren eigenen Standpunkt zu präzisieren. In dieser Abhandlung ist gleichzeitig unser prinzipieller Kampf gegen die Todesstrafe zu propagieren.

Der Parteivorstand wird gleichzeitig beauftragt, gemeinsam mit der Reichstagsfraktion mindestens halbjährlich eine Zusammenstellung der krassesten gerichtlichen und militärgerichtlichen Urteile zur Brandmarkung der Klassenjustiz zu veröffentlichen und als Flugschrift herauszugeben. (Antrag 205.)

Bezirkseinteilung.

Der Parteitag hält es für dringend erforderlich, daß die zurzeit geltende Abgrenzung der Bezirke einer Revision unterzogen wird, und er beauftragt den Parteivorstand, gemeinsam mit dem Parteiausschuß sich mit den beteiligten Bezirken ins Einvernehmen zu setzen und das Ergebnis dem nächsten Parteitage mitzuteilen. (Antrag 207.)

Internationaler Kongreß.

Die deutschen Mitglieder des Internationalen Bureaus werden beauftragt, in der nächsten Sitzung des Bureaus für den Antrag der Niederländer zu stimmen, wonach der nächste Internationale Kongreß im Jahre 1914 in Wien stattfinden soll.

Sollte dieser Antrag im Internationalen Bureau keine Mehrheit finden und der nächste Internationale Kongreß schon für 1913 einberufen werden, dann beantragen wir, auf die Tagesordnung des Kongresses als Gegenstand zu setzen: „Der Imperialismus".

Ferner beschließt der Parteitag: Die deutsche Delegation darf die Zahl von 150 Delegierten nicht übersteigen. Von diesen Delegierten sind 75 von der Partei und 75 von den Gewerkschaften zu wählen. (Antrag 211.)

Schutz gegen Arbeitswillige.

Die Tatsache, daß die Fälle sich mehren, wo friedliche Personen durch Arbeitswillige schwer mißhandelt, sogar niedergeschossen werden, veranlaßt den Parteitag zu schärfstem Protest gegen die planmäßige Bewaffnung der Arbeitswilligen und gegen die nachsichtige Haltung der Behörden gegenüber den Gewalttaten dieser Personen.

Die Fraktion wird aufgefordert, in geeigneter Weise diese Roheitsverbrechen, die von Arbeitswilligen verübt wurden, im Reichstage zur Sprache zu bringen und zu verlangen, daß der Ausnahmebehandlung dieser gemeingefährlichen Elemente ein Ende gemacht wird. (Antrag 212.)

Jugendliche Arbeiter.

Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, durch geeignete Maßnahmen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 18 bis 21 Jahren für die Arbeiterorganisationen zu gewinnen. Er hält es in erster Linie für die Pflicht der Bildungsausschüsse, die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen durch besondere Propaganda zu den bildenden und belehrenden Veranstaltungen heranzuziehen und sie durch planmäßige Schulung zu dauernden und aufgeklärten Mitgliedern der Organisationen zu machen. (Antrag 219.)

Sonderkonferenzen.

Der Parteitag spricht den dringenden Wunsch aus, daß die Genossen in Zukunft Sonderzusammenkünfte bestehender Richtungen vermeiden. Der Parteitag geht über sämtliche Anträge, betreffend die Sonderzusammenkünfte, zur Tagesordnung über. (Antrag 222.)

Der Imperialismus.

Die unter Verkümmerung der Lebenshaltung des ausgebeuteten Proletariats gewaltig entwickelte Produktion treibt zur Erweiterung der Märkte, die riesige Anhäufung des Kapitals drängt nach neuen Anlagegebieten und Verwertungsmöglichkeiten.

Mit der zunehmenden Ausfuhr von Waren und Kapital, von Produktion und Transportmitteln wird der Weltverkehr immer mehr gesteigert und die Weltwirtschaft ausgebreitet. Die durch das Schutzzollsystem mächtig geförderten Organisationen der Unternehmer, Kartelle und Trusts, die das Wirtschaftsleben in steigendem Maße beherrschen, nutzen ihren Einfluß auf die Regierung ihres Staates aus, um die staatlichen Machtmittel ihren Expansionsbestrebungen dienstbar zu machen, von dem Wirtschaftsgebiet der Welt große Teile ihrer Einfluß- und Machtsphäre zu unterwerfen und fremde Konkurrenten auszuschließen. Zu diesem Zweck ist die brutalste Gewalt willkommen, wenn sie Erfolg verspricht. Eine skrupellose Raub- und Eroberungspolitik, deren volksfeindlichen Charakter bereits der Parteitag in Mainz im Jahre 1900 gebrandmarkt hat, ist die Folge dieser imperialistischen Ausdehnungsbestrebungen. Um Beutezüge siegreich durchzuführen und den Raub in Sicherheit zu bringen, werden die Mordwerkzeuge in unerhörter Weise vermehrt und vervollkommnet.

Zwischen den Staaten, deren Kapitalistenklasse dasselbe Expansionsbedürfnis hat und zu seiner Befriedigung dasselbe Ziel verfolgt, entstehen schwere Verwickelungen und scharfe Gegensätze, die wiederum den Antrieb für bis zum Wahnwitz vermehrte und verstärkte Rüstungen geben.

Die dadurch erzeugte Gefahr eines verheerenden Weltkrieges wird noch verschärft durch die schamlose Hetze der Kapitalmagnaten und Junker, die an der Lieferung von Kriegsmaterial, an der Vergrößerung des Beamtenapparates und der leitenden Stellen in Heer und Marine besonderes Interesse haben.

Der Imperialismus stärkt die Macht der Scharfmacher, gefährdet das Koalitionsrecht und hemmt die Fortentwickelung der Sozialpolitik. Die Rüstungsausgaben bürden den Massen des Volkes unerträgliche Lasten auf, während die Teuerung aller Lebensmittel ihre Gesundheit untergräbt.

Die bürgerlichen Parteien sind durchweg in den Bann des Imperialismus geraten, sie bewilligen widerstandslos alle Forderungen für Heer und Marine. Die Sozialdemokratie bekämpft auf das nachdrücklichste imperialistische und chauvinistische Bestrebungen, wo immer sie sich zeigen mögen, pflegt dagegen mit aller Entschiedenheit die internationale Solidarität des Proletariats, das nirgends feindselige Gefühle gegen ein anderes Volk hegt.

Wenn auch der Imperialismus, der ein Ausfluß der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist, nur mit dieser vollständig überwunden werden kann, so darf doch nichts unterlassen werden, um seine gemeingefährlichen Wirkungen zu mildern.

Der Parteitag bekundet den entschlossenen Willen, alles aufzubieten, um eine Verständigung zwischen den Nationen herbeizuführen und den Frieden zu hüten.

Der Parteitag verlangt, daß im Wege internationaler Vereinbarungen dem Wettrüsten ein Ende gemacht wird, das den Frieden bedroht und die Menschheit einer furchtbaren Katastrophe entgegentreibt.

Der Parteitag fordert an Stelle beutegieriger Eroberungspolitik die Freiheit des Weltverkehrs und die Beseitigung des nur der Bereicherung von Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzern dienenden Schutzzollsystems.

Der Parteitag erwartet, daß die Parteigenossen ihre ganze Kraft unermüdlich für den Ausbau der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation des klassenbewußten Proletariats einsetzen werden, um mit verstärkter Wucht den gewalttätigen Imperialismus zu bekämpfen, bis er niedergerungen ist. Ist es doch die Aufgabe des Proletariats, den auf die höchste Stufenleiter gebrachten Kapitalismus in die sozialistische Gesellschaft überzuführen und so den Frieden, die Selbständigkeit und die Freiheit der Völker dauernd zu sichern.

Präsenzliste des Parteitages.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Adam, Hermann	Kiel-Gaarden	Kiel-Rendsburg
Agnes, Lore	Düsseldorf	Düsseldorf
Ahlbrink, Bernhard	Duisburg	Duisburg-Mülheim
Albrecht, Adolf	Halle	Mitglied des Reichstags
Altenberger, Mieze	Kiel	Kiel-Rendsburg
Antrick, Otto	Braunschweig	Mitglied des Reichstags
Apel, Wilhelm	Erfurt	Heiligenstadt-Worbis
Aspe, Emil	Neukirchen i. Erzg.	Chemnitz
Auer, Erhard	München	Straubing
Baader, Ottilie	Berlin	Frauenbureau
Balkow, Willi	Neukölln	Berlin 2
Baron, Erich	Brandenburg	Brandenburg-Westhavelland
Bartel, Joh.	Aachen	Aachen-Stadt
Bartels, Fr.	Hamburg	8. u. 10., 4. u. 9. schlesw.-holst. Wahlkr.
Barthel, Paul	Friedrichshagen	Niederbarnim
Baudert, August	Weimar	Mitglied des Reichstags
Bauer, Gustav	Berlin	Mitglied des Reichstags
Bauer, Hermann	Plauen	Plauen
Baumann, Heinrich	Reichenbach i. V.	22. sächsischer Wahlkreis
Bebel, August	Schöneberg b. Berlin	Parteivorstand
Beck, August	Weimar	Weimar 1
Becker, Clemens	Lemgo	Fürstentum Lippe
Behle, Carl	Bremen	7. hannoverscher Wahlkreis
Bender, Ferdinand	Elberfeld	Mitglied des Reichstags
Benkert, Chr.	Berlin	Berlin 3
Bérard, Reinhard	Hamburg	Verlagsanstalt Auer u. Co.
Berge, Paul	Meißen	Meißen-Riesa
Bergemann, Karl	Magdeburg	Salzwedel-Gardelegen
Berke, G.	Forst i. L.	Sorau-Forst
Bernier, Wilhelm	Quedlinburg	Calbe-Aschersleben
Bernstein, Eduard	Schöneberg	Mitglied des Reichstags
Berten, Peter	Düsseldorf	Düsseldorf
Berthold, Heinrich	Darmstadt	Darmstadt-Gr.-Gerau
Bethke, Karl	Freiberg	9. sächsischer Kreis
Betzhold, Peter	Ronsdorf	Lennep-Remscheid-Mettmann
Bielenberg, Heinrich	Kiel	Kiel-Rendsburg
Biniszkiewicz, Josef	Kattowitz	Kattowitz-Zabrze (P. P. S.)
Birckholtz, Johannes	Hamburg	Hamburg 1
Birnkammer, Jakob	München	Wasserburg (Bayern)
Bischoff, C.	Altona	8. u. 10. schleswig-holstein. Wahlkreis
Blume, Georg	Hamburg	Hamburg 2
Blumtritt, Max	Hof i. B.	Hof i. B.
Bock, Wilhelm	Gotha	Kontrollkommission
Bode, Carl	Heidberg	17. hannoverscher Wahlkreis
Böhle, Bernhard	Straßburg i. E.	Mitglied des Reichstags
Böhm, Marie	Schöneberg	Teltow-Beeskow
Böhme, Emil	Hartmannsdorf	Sachsen-Altenburg
Böhme, Richard	Zeulenroda	Reuß ältere Linie
Böhmer, Ernst	Löbau i. S.	Löbau i. S.
Bollmann, Minna	Halberstadt	Oschersleben-Wernigerode-Halberstadt
Bormann, Hedwig	Plauen	Plauen
Boeske, Emil	Neukölln	Ruppin-Templin

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Brandenburg, Helene	Hamburg	Hamburg 3
Brandes, Alwin	Magdeburg	Mitglied des Reichstags
Brandes, Wilh.	Geestemünde	19. hannoverscher Wahlkreis
Braun, Otto	Berlin	Parteivorstand
Brecour, Wilhelm	Kiel	Kiel-Rendsburg
Bredenbeck, Anton	Dortmund	Dortmund
Brenner, Karl	Iserlohn	Altena-Iserlohn
Brey, August	Hannover	Mitglied des Reichstags
Bröckel, Friedr.	Hockenheim	Mannheim
Brückner, Eugen	Berlin	Friedeberg-Arnswalde
Brühl, Paul	Lichtenberg	Parteivorstand
Brühne, Friedrich	Frankfurt a. M.	Kontrollkommission
Brunnhuber, Gustav	Finsterwalde	Kalau-Luckau
Bruns, Bernhard	Berlin	Oberbarnim
Buchmann, Leonhard	Saarbrücken	Saarbrücken
Büchner, Otto	Berlin	Mitglied des Reichstags
Buchwitz, Otto	Jahnsdorf i. E.	19. sächsischer Wahlkreis
Burckhardt, Richard	?	Delitzsch-Bitterfeld
Christmann, Frau S.	Mangenberg-Solingen	Solingen
Cohen, Max	Frankfurt a. M.	12. sächsischer Wahlkreis (Leipzig-Stadt)
Cohn, Dr. Oskar	Berlin	Nordhausen-Grafschaft Hohenstein
Däumig, Ernst	Berlin	Vertreter der „Vorwärts"-Redaktion
David, Eduard	Nikolassee b. Berlin	Mitglied des Reichstags
Davidsohn, Georg	Berlin	Mitglied des Reichstags
Deichmann, Karl	Bremen	Mitglied des Reichstags
Demmning, Martha	Berlin	Berlin 4
Demtröder, Emil	Lünen	Dortmund-Hörde
Deuper, Wilhelmine	Essen	Essen
Diefenbach, Wilh.	Güstrow	6. mecklenburgischer Wahlkreis
Dietrich, Karl	Breslau	Liegnitz-Goldberg-Haynau
Dietz, Heinrich	Stuttgart	Mitglied des Reichstags
Diez, Karl	Wachenbuchen	Hanau-Bockenheim-Gelnhausen
Dißmann, Rob.	Hanau	Hanau-Bockenheim-Gelnhausen
Dittmann, Wilhelm	Solingen	Mitglied des Reichstags
Donalies, Franz	Königsberg i. Pr.	Königsberg i. Pr.
Dönnecke, Fr.	Mühlhausen i. Th.	Mühlhausen-Langensalza-Weißensee
Dörnke, Ludwig	Hannover	8. hannoverscher Wahlkreis
Drescher, Carl	Elberfeld	Elberfeld-Barmen
Dubber, Erdmann	Hamburg	1. Hamburger Wahlkreis
Dürr, Oskar	München	München 1 und 2
Eberle, Hugo	Görlitz	Grünberg-Freystadt-Bunzlau-Lüben-Löwenberg i. Schl.
Ebert, Friedrich	Berlin	Parteivorstand
Ehlers, Gust.	Lübeck	Lübeck
Eichhorn, Hermann	Pirna	8. sächsischer Wahlkreis
Eisinger, Loni	Mainz	Mainz-Oppenheim
Eisner, Kurt	München	Donauwörth
Elm, H. v.	Bramfeld i. Holst.	8. u. 10. schleswig-holstein. Wahlkreis
Emmel, L.	Mülhausen i. E.	Mitglied des Reichstags
Endler, Oskar	Mittweida	15. sächsischer Wahlkreis
Endres, Fritz	Fürth i. Bayern	Erlangen-Fürth
Engler, Wilh.	Freiburg i. Br.	Freiburg-Emmendingen
Erdmann, Dr. August	Köln	Mitglied des Reichstags
Ermischer, Hugo	Glösa bei Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis
Ernst, Eugen	Berlin	Kontrollkommission
Ewald, Ferdinand	Berlin	Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde
Faber, Wilhelm	Jena	Jena-Neustadt-Weida
Fahrenwald, Agnes	Berlin	Berlin 4

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Fahrow, Karl	Berlin	Berlin 6
Faißt, Mathäus	Hornberg	Bondorf-Donaueschingen, 2. bad. Wahlkr.
Farchmin, Karl	Brieg	Oels-Brieg-Neiße-Neustadt (O.-S.)
Fausel, Karl	Nürtingen	Eßlingen, 5. württemberg. Wahlkreis
Fauth, Albrecht	Wetzlar	Wetzlar-Altenkirchen-Koblenz I
Felber, Robert	Fürstenwalde	Frankfurt-Lebus
Feldmann, Franz	Langenbielau	Mitglied des Reichstags
Feller, Paul	Neukölln	Teltow-Beeskow
Fellisch, Alfred	Johanngeorgenstadt	Annaberg, 21. sächs. Wahlkreis
Feustel, Franz	Greiz	Reuß ält. Linie
Fischer, Edmund	Brießnitz bei Dresden	Mitglied des Reichstags
Fischer, G.	Hannover	Mitglied des Reichstags
Fischer, Kunigunde	Karlsruhe i. B.	Karlsruhe-Bruchsal, 10. bad. Wahlkreis
Fischer, Philipp	Eßlingen	Eßlingen, 5. württemberg. Wahlkreis
Fischer, Richard	Berlin	Mitglied des Reichstags
Fleischer, Ernst	Freiburg i. Schl.	Schweidnitz-Striegau
Fleißner, Hermann	Brießnitz bei Dresden	Dresden-Land
Flügge, August	Magdeburg	Magdeburg
Förster, Hermann	Hamburg	Mitglied des Reichstags
Frank, Dr. Ludwig	Mannheim	Mitglied des Reichstags
Frenzel, Toni	Leipzig-Lindenau	Leipzig-Land, 18. sächsischer Wahlkreis
Fritsch, Otto	Liegnitz	Sagan-Sprottau
Fritzsche Franz	?	23. sächsischer Wahlkreis
Fröhlich, Wilh	Weida	Jena-Neustadt-Weida
Frohme, Karl	Hamburg	Mitglied des Reichstags
Frommhold, Reinhold	Halle	Halle
Fuchs, Richard	Straßburg	Mitglied des Reichstags
Ganßer, Jakob	Sennfeld	14. badischer Wahlkreis
Gebhardt, Magnus	Burg bei Magdeburg	Magdeburg 8
Geck, Adolf	Offenburg	Kontrollkommission
Gehl, Julius	Danzig	Danzig-Stadt und -Land
Gehrmann, Karl	Zeitz	Naumburg-Zeitz
Geiger, Joseph	Rosenheim	Rosenheim
Geiler, Franz	Mülhausen i. Elsaß	Mülhausen i. Elsaß
Geithner, Otto	Gotha	Gotha
Genzen, Albert	Braunschweig	Braunschweig
Geyer, F.	Leipzig	Mitglied des Reichstags
Giebel, Karl	Berlin-Niederschönh.	Mitglied des Reichstags
Giermann, Karl	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Gillar, Max	Werdau	18. sächsischer Wahlkreis, Zwickau
Göhre, Paul	Zehlendorf-Berlin	Mitglied des Reichstags
Gottschalk, Alfred	Königsberg i. Pr.	Königsberg in Preußen
Gradnauer, Dr. Georg	Dresden	Mitglied des Reichstags
Grauer, Oswald	Lichtenberg	Züllichau-Crossen
Graupe, Georg	Zwickau	18. sächsischer Wahlkreis, Zwickau
Großbecker, Frau	Barmen	Elberfeld-Barmen
Große, Berthold	Hamburg	Hamburg 3
Großhans, Karl	Konstanz	1. badischer Wahlkreis, Konstanz
Grube, Paul	Flöha	15. sächsischer Wahlkreis
Grumbach, S.	Kolmar	Kolmar i. Elsaß
Grünberg, Helene	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Grüttner, Ernst	Neurode	Reichenbach-Neurode
Guhmann, Anton	Maxdorf	Speier-Ludwigshafen
Günther, Max	Bernburg	Bernburg-Köthen
Haase, Hugo	Berlin	Parteivorstand
Haberland, Karl	Barmen	Mitglied des Reichstags
Hacke, Georg	Bayreuth	Bayreuth-Berneck-Wunsiedel
Hahn, Friedrich	Gr.-Ottersleben	Magdeburg 6, Wanzleben
Hammer, Richard	Ludwigshafen	Speier-Ludwigshafen
Hantsch, Alois	Stettin	Randow-Greifenhagen

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Hansen, Fr.	Friedrichsort	3. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Häring, Frau	Stuttgart	Stuttgart
Härlin, Gustav	Wellimdorf	4. württembergischer Wahlkreis
Hartmann, Hermann	Neustadt a. d. H.	Landau-Neustadt
Hartmann, Karl	Leipzig-Eutritzsch	13. sächsischer Wahlkreis
Hartung, Marie	Königsberg i. Pr.	Königsberg i. Pr.
Hasenzahl, Ludwig	Erbach	Mitglied des Reichstags
Haupt, W.	Magdeburg	Mitglied des Reichstags
Hauschildt, Richard	Kassel	Kassel-Melsungen
Häuser, Karl	Steinberg	Gießen-Grünberg
Hausmann, Heinrich	Dortmund	Dortmund-Hörde
Hegewald, Moritz	Herrenhaide	15. sächsischer Wahlkreis
Heilmann, Ernst	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis
Heine, Wolfgang	Berlin	Mitglied des Reichstags
Heinrich, Otto	Berlin	Revisor
Heinze, Gustav	Großenhain	7. sächsischer Wahlkreis
Heitmann, Karl	Oldenburg	1. oldenburgischer Wahlkreis
Hengsbach, Clemens	Köln	Kontrollkommission
Henke, Alfred	Bremen	Mitglied des Reichstags
Henker, Hermann	Döhlen	Dresden-Land
Hennig, Robert	Neumünster	Kiel-Rendsburg
Henschel, Richard	Berlin	Berlin 6
Hense, E.	Hamburg	Hamburg 3
Herrmann, Robert	Breslau	Breslau-Ost und -West
Hertwig, Max	Dresden-Löbtau	Dresden-Land
Herz, Dr. Karl	Altona	8. und 10. schlesw.-holst. Wahlkreis
Herzfeld, Dr.	Berlin	Mitglied des Reichstags
Heßberger, Heinrich	Bad Orb	Hanau-Bockenheim-Gelnhausen-Ost
Hetzschold, Karl	Pritzwalk	Ostpriegnitz
Heymann, B.	Stuttgart	1. württembergischer Wahlkreis
Heyse, Hermann	Berlin	Berlin 4
Hierl, Michael	Schwabach	Mitglied des Reichstags
Hildebrandt, Julius	Neukölln	Wittenberg-Schweidnitz
Hildenbrand, Karl	Stuttgart	Stuttgart
Hirthe, Adolf	Aue i. E.	19. sächsischer Wahlkreis
Hoch, Gustav	Hanau a. M.	Mitglied des Reichstags
Hofmann, Arthur	Rudolstadt	Mitglied des Reichstags
Hoffmann, Karl	Bielefeld	Minden, 2. Halle-Herford
Hoffmann, Oskar	Elberfeld	Düsseldorf 2, Elberfeld-Barmen
Hoffmann, Paul	Berlin	Berlin 4
Hoffmann, Paul	Kottbus	Kottbus-Spremberg
Hoffmann, Paul	Hamburg	Hamburg 2
Hofrichter, A.	Köln	Mitglied des Reichstags
Höllein, Emil	Jena	Jena-Neustadt-Weida
Holzapfel, Friedrich	Magdeburg	Magdeburg
Horn, Georg	Dresden	Mitglied des Reichstags
Hörsing, Otto	Beuthen	Oppeln 4., 5., 7., 8.
Hübener, Fr.	Hamburg	Hamburg 1
Huber, Josef	Landshut	Landshut
Hue, Otto	Essen	Referent
Hug, Paul	Rüstringen	Oldenburg 2
Hugel, Karl	Bayreuth	Mitglied des Reichstags
Hüttmann, H.	Frankfurt a. M.	Mitglied des Reichstags
Jäck, Karl	Grötzingen	9. badischer Wahlkreis
Jäckel, Hermann	?	Mitglied des Reichstags
Jakobsen, J. D.	Lockstedt	6. schlesw.-holst. Wahlkreis
Janscheck, Alfred	Essen	Borken-Recklinghausen
Jensch, Oskar	Berlin	Berlin 4
Jeuthe, Gustav	Dessau	Dessau-Zerbst
John, Alfred	Weißwasser	Rothenburg-Hoyerswerda
Jungnickel, Max	Annaberg	21. sächsischer Wahlkreis
Jungnickel, Max	Dresden	Dresden 4

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Kaden, August	Dresden	Kontrollkommission
Kahmann, Hermann	Potschappel b. Dresden	6. sächsischer Wahlkreis
Käppler, Hermann	Berlin	Mitglied des Reichstags
Karsten, August	Peine	14. hannoverscher Wahlkreis
Kasten, Fritz	Berlin	Berlin 5
Kaufmann, Oskar	Niederzwönitz i. Sa.	19. sächsischer Wahlkreis
Keil, Wilhelm	Ludwigsburg	Mitglied des Reichstags
Kellermann, Wilhelm	Itzehoe	5. schlesw.-holst. Wahlkreis
Kirch, August	Ottensen	6. schlesw.-holst. Wahlkreis
Klein, Karl	Berlin	Berlin 5
Klühs, Franz	Magdeburg	Magdeburg
Knauf, Heinrich	Gera	Reuß j. L.
Knör, Simon	Pasing	München 1 und 2
Koch, Julius	Magdeburg	Magdeburg 6
Kögler, Karl	Schleiz	Reuß j. L.
Kolb, Wilhelm	Karlsruhe i. B.	10. badischer Wahlkreis
König, Max	Hagen	Mitglied des Reichstags
Körsten, Alwin	Berlin	Mitglied des Reichstags
Kotzke, Franz	Berlin	Frankfurt a. O., Guben-Lübben
Krätzig, Hermann	Berlin	Mitglied des Reichstags
Kremser, Wilhelm	Frankfurt a. M.	Wiesbaden 6
Kröger, Wilh.	Rostock	Mecklenb.-Strelitz u. 3. mecklbg. Wahlkr.
Krüger, Franz	Königsberg i. Pr.	Königsberg 4
Krüger, Joh.	Malchin	Malchin-Waren
Krüger, Karl	Kleinzschocher-Leipzig	13. sächsischer Wahlkreis
Kuhnt, Bernh.	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis
Kunert, Fritz	Halle	Mitglied des Reichstags
Kupfer, Erhardt	Schweinfurt	Schweinfurt-Haßfurt-Ebern
Kürbs, Karl	Halle a. S.	Halle und Saalekreis
Kurschat, Martin	Tilsit	Tilsit-Niederung
Küter, Richard	Karlshorst	Niederbarnim
Lachenmayer, Josefa	München	München 1 und 2
Landgraf, Max	Lehe	19. hannov. Wahlkreis
Landsberg, Otto	Magdeburg	Mitglied des Reichstags
Lange, Martha	Ottensen	Elmshorn-Pinneberg, 6. schl.-holst. W.
Langer, Paul	Striegau	Schweidnitz-Striegau, Breslau 9
Langner, Emanuel	Ohlau	Ohlau-Militsch-Glogau-Guhrau
Laufenberg, Dr. H.	Hamburg	Hamburg 3
Lawatsch, Frau, Bertha	Breslau	Breslau-Ost und -West
Leber, Hermann	Jena	Weimar 2, Eisenach-Dermbach
Ledebour, Georg	Berlin	Mitglied des Reichstags
Lehmann, Aug.	Leipzig-Connewitz	Leipzig-Land, 13. sächs. Wahlkreis
Leinert, Robert	Hannover	Hannover-Linden, 8. hannov. Wahlkreis
Lensch, Dr. Paul	Leipzig	Mitglied des Reichstags
Lenz, Stephan	Gummersbach	Mülheim-Wipperfürth und Gummersbach
Leopold, Adolf	Zeitz	Naumburg-Zeitz
Leutert, Paul	Apolda	Mitglied des Reichstags
Lex, Anna	Dortmund	Dortmund-Hörde
Leykauf, Friedrich	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Lewerentz, Fr.	Krefeld	Kempen-Süchteln-Vorst.
Liebknecht, Karl	Berlin	Mitglied des Reichstags
Limbertz, Heinr.	Düsseldorf	Düsseldorf
Linde, H.	Königsberg	Labiau-Wehlau
Lindner, Frau, Dora	Hamburg	Hamburg 2
Lipinski, Richard	Leipzig	Wurzen-Oschatz-Grimma, 11. sächs. Wahlkr.
Lippl, Wilhelm	Oxenbronn	Dillingen
Litzinger, Konrad	Minden i. W.	Minden-Lübbecke
Löbe, Paul	Breslau	Breslau-Ost und -West
Lorenz, Reinhold	Reinickendorf	Niederbarnim
Löwigt, Paul	Lübeck	Lübeck
Ludwig, Konrad	Hagen	Hagen-Schwelm, Arnsberger Wahlkreis
Lukas, Bruno	Dölzschen	Dresden-Land, 6. sächs. Wahlkreis

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Lungwitz, Berta	Berlin	Berlin 6
Lüth, H.	Hamburg	Hamburg 8
Maas, Bernh.	Emden	Hannover 1
Maier, Emil	Heidelberg	Heidelberg-Eberbach-Mosbach
Martin, Emil	Wurzen	Wurzen-Oschatz-Grimma, 11. sächs. Wahlkr.
Martin, Ludwig	Holzminden	3. braunschweigischer Wahlkreis
Massatsch, Karl	Stuttgart	Ravensburg-Tettnang
Mattutat, H.	Stuttgart	Balingen-Rottweil-Spaichingen-Tuttl.
Meerfeld, Jean	Köln a. Rh.	Köln-Stadt und -Land
Meier, Richard	Reichenbach i. V.	Reichenbach-Auerbach, 22. sächs. Wahlkreis
Menge, Reinhold	Kaiserslautern	Kaiserslautern-Kirchheimbolanden
Menke, Bernhard	Dresden-Cotta	Dresden-Land, 6. sächs. Wahlkreis
Menzel, Gustav	Bitterfeld	Torgau-Liebenwerda
Methner, Hugo	Frankfurt a. O.	Frankfurt-Lebus
Metzger, Wilhelm	Hamburg	Mitglied des Reichstags
Meyer, Wilhelm	Münden	Göttingen-Münden, 12. hannov. Wahlkr.
Michelsen, Peter	Flensburg	Hadersleben-Sonderbg.-Apenrade-Flensburg
Mitz, Konrad	Mülheim	Mülheim-Wipperfürth
Mittag, Helene	Berlin	Berlin 8
Mohs, Albin	Schöneberg	Teltow-Beeskow
Molkenbuhr, Hermann	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes
Möller, Fritz	Lübeck	Lübeck
Möller, Karl	Harburg	Harburg, 17. hannov. Wahlkreis
Müller, Adolf	München	München 1 und 2
Müller, Hermann	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes
Müller, Hermann	Gevelsberg	Hagen-Schwelm
Müller, Karl	Hameln	Hameln-Springe, 9. hannov. Wahlkreis
Müller, Karl	Moers (Niederrhein)	Moers-Rees
Müller, Marie	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Müller, Paul	Lichtenthal (Baden)	Bühl-Rastatt, 8. badischer Wahlkreis
Müller, Philipp	Wiesbaden	Kreuznach-Simmern
Munding, Joseph	Bretten	13. bad. Wahlkreis
Muthig, Heinrich	Hannover	Hannover-Linden, 8. hannov. Wahlkreis
Nalewaya, Frau	Hannover	Hannover-Linden, 8. hannov. Wahlkreis
Naumann, Gustav	Mühlberg a. Elbe	Torgau-Liebenwerda
Nehrkorn, Ernst	Frankfurt a. M.	Wiesbaden 6 (Frankf.)
Neugebauer, R.	Ludwigsburg	Kannstatt-Ludwigsburg
Neumann, Herm.	Offenbach a. M.	Alsfeld-Lauterbach-Schotten
Neumann, Wilhelm	Essen	Essen
Nill, Jakob	Reutlingen	Reutlingen-Tübingen, 6. württbg. Wahlkr.
Nimmersall, Hans	München	Pfarrkirchen
Nitz, Richard	Magdeburg	Wolmirstedt-Neuhaldensleben
Noske, Gustav	Chemnitz	Mitglied des Reichstags
Oltermann, H.	Harburg	17. hannov. Wahlkreis
Opitz, Frau Ida	Gera	Reuß j. L.
Otterroth, Nik.	Waldenburg	Waldenburg-Schlesien
Oswald, J.	Münster i. Württembg.	Kannstatt-Ludwigsburg
Paetzel, Wilhelm	Neukölln	Landsberg-Soldin
Pannekoek, Dr. A.	Bremen	Bremen
Panzer, Johann	Bayreuth	Bayreuth-Berneck-Wunsiedel
Pappenheim, Ludwig	Eschwege	Eschwege-Witzenhausen-Schmalkalden
Paulick, Hermann	Rathenow	Brandenburg-Westhavelland
Peetzke, Karl	Berlin	Berlin 2
Petrotes	Straßburg	Mitglied des Reichstags
Peter, Otto	Elbing	Elbing-Marienberg
Petermann, Carl	Berlin	Berlin 1
Peus, H.	Dessau	Mitglied des Reichstags
Pfannkuch, Wilh.	Berlin	Parteivorstand

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Pieck, Wilhelm	Steglitz	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg
Pinkau, Karl	Leipzig	Mitglied des Reichstags
Pleninger, Hermann	München	München 1 und 2
Poetzsch, Hugo	Berlin	Berlin 4
Pohl, Ottilie	Berlin	Berlin 6
Pollender, Otto	Leipzig	Merseburg-Querfurt
Proll, Gustav	Landeshut i. Schl.	Jauer-Landeshut-Bolkenhain
Quarck, Dr. Max	Frankfurt a. M.	Mitglied des Reichstags
Quessel, Dr. Ludwig	Darmstadt	Mitglied des Reichstags
Raab, Georg	Pfungstadt	Darmstadt-Groß-Gerau
Ramsbrock, Wilh.	Brackwede	Bielefeld-Wiedenbrück
Rapp, Carl	Solingen	Solingen
Rauch, Emil	Zittau	1. sächs. Wahlkreis
Rauch, Fr.	Linden	Mitglied des Reichstags
Raute, Gustav	Eilenburg	Mitglied des Reichstags
Reetz, Otto	Wermelskirchen	Lennep-Remscheid
Reichert, August	Roßlau	Dessau-Zerbst
Reißhaus, Paul	Erfurt	Mitglied des Reichstags
Rethe, Jean	Vegesack	Stade-Blumenthal
Reiwand, Karl	Halle a. S.	Halle und Saalekreis
Remmele, Adam	Mannheim	11. bad. Wahlkreis
Richter, Max	Dresden	5. sächsischer Wahlkreis
Richter, Richard	Rehesdorf	Frankfurt 10
Rieck, Ferdinand	Dresden	Dresden 4
Rink, Karl	Offenbach a. M.	Offenbach-Dieburg
Röhl, Elisabeth	Neukölln	Teltow-Beeskow
Rolle, Bernhard	Linden	8. hannov. Wahlkreis
Röseler, Anna	Köln a. Rh.	Köln-Stadt und -Land
Rosenbruch, Hermann	Tangermünde	Magdeburg 2
Rosenfeld, Dr. Curt	Berlin	Schwarzburg-Sondershausen
Roßmann, Erich	Ulm	14. württembergischer Wahlkreis
Rothe, Karl	Osendorf	Halle und Saalekreis
Rudolph, Albert	Frankfurt a. M.	Marburg-Kirchhain
Rudolph, Hermann	Hartha	10. sächsischer Wahlkreis
Rudolph, Kurt	Niederhermersdorf	16. sächsischer Wahlkreis
Rühle, Otto	Halle a. d. S.	Mitglied des Reichstags
Rummel	Kehl	7. badischer Wahlkreis
Runge, Paul	Köln a. Rh.	Köln-Stadt und -Land
Ryssel, Karl	Leipzig-Thonberg	13. sächsischer Wahlkreis
Saenger, Alwin	München	München 1 und 2
Saller, Alex	Luckenwalde	Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde
Sattler, Alex	Remscheid	Lennep-Mettmann
Schabow, Wilh.	Kolkwitz	Kottbus-Spremberg
Schäffer, Hermann	Schildesche	Bielefeld-Wiedenbrück
Schaumburg, C.	Hamburg	Hamburg 1
Scheib, Johann	Leipzig-Reudnitz	13. sächsischer Wahlkreis
Scheibe, Linus	Bochum	Bochum-Gelsenkirchen u. Münster-Koesfeld
Scheidemann, Ph.	Berlin	Parteivorstand
Schepperle, Christ.	Göppingen	10. württembergischer Wahlkreis
Schiller, Richard.	Waldenburg	Hirschberg-Schönau
Schinkel, Wilhelm	Glückstadt	6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Schleicher, Emil	Meerane	17. sächsischer Wahlkreis
Schmid, Albert	München	Kaufbeuren
Schmidt, August	Essen	Essen
Schmidt, Hermann	Zwickau	18. sächsischer Wahlkreis
Schmidt, Karl	Riesa	7. sächsischer Wahlkreis
Schmidt, Richard	Meißen	Mitglied des Reichstags
Schmidt, Richard	Berlin	Königsberg Nm.
Schmidt, Robert	Berlin	Mitglied des Reichstags
Schmidt, Wilhelm	Stettin	Stettin

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Schmitt, Franz	München	Mitglied des Reichstags
Schmitz, Hubert	Soest	Hamm-Soest
Schneider, Matth.	Kulmbach	Forchheim-Kulmbach
Schneppenhorst, Ernst	Nürnberg	Kronach-Lichtenfels
Schnetter, R.	Sonneberg	Meiningen 2
Scholich, Gustav	Breslau	Breslau-Land
Scholl, Albert	Königsee	Schwarzburg-Rudolstadt
Schönfelder, Paul	Heeren	Hamm-Soest
Schöpflin, G.	Leipzig	Mitglied des Reichstags
Schreck, Karl	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Schroers, Karl	Leipzig	12. sächsischer Wahlkreis
Schubarth, Willy	Köln a. Rh.	Köln
Schubert, Kurt	Groitzsch	Borna-Pegau
Schulz, Adolf	Rüstringen	Oldenburg-Ostfriesl., 2. hannov. Wahlkr.
Schulz, Heinrich	Steglitz	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Schulz, Wilhelm	Posen	Posen-Stadt und -Ost und -West
Schumacher, Karl	Altenburg	Sachsen-Altenburg
Schumann, Oswald	Berlin	Mitglied des Reichstags
Schüning, Wilhelm	Lichtenberg b. Berlin	Ost- und Weststernberg
Schürmann, August	Hattingen	Bochum-Gelsenkirchen
Schuster, Adolf	Krimmitschau	18. sächsischer Wahlkreis
Schwahn, Alfred	Berlin	Berlin 2
Schweickert, Jakob	Heilbronn	Heilbronn-Besigh.-Brackenh.-Neckarsulm
Seel, Wilhelm	Mainz	Mainz-Oppenheim
Seidel, Adolf	Seidau b. Bautzen	3. sächsischer Wahlkreis
Seidler, Aug.	Langenöls	Görlitz-Lauban-Liegnitz
Severing, Karl	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück
Sidow, O.	Brandenburg	Brandenburg-Westhavelland
Siering, Wilhelm	Berlin	Westpriegnitz-Potsdam 1
Silberschmidt, Herm.	Berlin	Mitglied des Reichstags
Simon, Georg	Augsburg	Illertissen (Bayern)
Simon, Grete	Bremen	Bremen
Simon, Josef	Nürnberg	Mitglied des Reichstags
Sindermann, Karl	Briesnitz	5. sächsischer Wahlkreis
Sorgus, Adolf	Schiltigheim b. Straßb.	Straßburg-Land, 9. elsaß-lothr. Wahlkreis
Speer, Max	Friedberg i. H.	Friedberg-Büdingen
Spiegel, Karl	Düsseldorf	Mitglied des Reichstags
Staab, Wilhelm	Potsdam	Potsdam-Spandau-Osthavelland
Stadthagen, Arthur	Berlin	Mitglied des Reichstags
Stahl, Emil	Spandau	Potsdam-Spandau-Osthavelland
Starosson, Franz	Rostock i. M.	Mecklenburg-Schwerin-Wismar
Steinhausen, Otto	Königslutter	Wolfenbüttel-Helmstedt
Steitz, Hans	Bamberg	Bamberg (Oberfranken)
Stelzer, Oswald	Dresden	Dresden 4
Stendel, Hermann	Burg	Magdeburg 2
Stephan, Karl	Hildesheim	10. hannov. Wahlkreis
Sterzel, Paul	Gr.-Luga	8. sächs. Wahlkreis
Stolle, Wilh.	Gesau	Mitglied des Reichstags
Stolz, Sebastian	Bad Reichenhall	Traunstein
Strobel, Georg	Mannheim	11. badischer Wahlkreis
Stubbe, Heinrich	Hamburg	Kontrollkommission
Stücklen, D.	Berlin	Mitglied des Reichstags
Sturmfels, Otto	Groß-Umstadt	Erbach-Bensheim
Südekum, Dr.	Zehlendorf	Mitglied des Reichstags
Süßheim, Dr. Max	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Taubadel, P.	Görlitz	Mitglied des Reichstags
Thabor, Johann	Krefeld	Krefeld
Theuerjahr, Wilhelm	Köthen	Anhalt 2
Thiele, Adolf	Halle	Mitglied des Reichstags
Thöne, Georg	Kassel	Mitglied des Reichstags
Thurm, Fritz	Lichtenberg	Niederbarnim
Thurow, Franz	Neukölln	Teltow-Beeskow

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Timm, Johannes	München	Kontrollkommission
Treu, Martin	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Trinks, Oskar	Karlsruhe	Pforzheim-Durlach
Ulrich, Karl	Offenbach	Mitglied des Reichstags
Umland, Claus	Hamburg	Hamburg 2
Umlauf, Heinrich	Berlin	Berlin 6
Undeutsch, Ida	Magdeburg	Magdeburg
Vesper, Otto	Osnabrück	4. hannoverscher Wahlkreis
Vogel, Max	Sorau	Sorau-Forst
Vogt, Georg	München	Kempten
Vogtherr, Ewald	Wernigerode	Mitglied des Reichstags
Voigt, Johann	Bremen	Bremen
Wagner, C.	Mölln i. Lauenburg	8. und 10. schleswig-holstein. Wahlkreis
Walter, Anton	Höchst a. M.	Höchst-Homberg-Usingen
Walther, Max	Lausamholz	Neustadt a. d. W.
Wasner, Otto	Stuttgart	7. und 8. württembergischer Wahlkreis
Weber, Adolf	Diching b. München	Weilheim
Weber, Paul	Halberstadt	Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode
Weese, Berthold	Breslau	Breslau 6 und 7
Weill, Dr. Georges	Straßburg i. E.	Mitglied des Reichstags
Wellmann, J.	Bremen	Bremen
Wels, Otto	Berlin	Mitglied des Reichstags
Wengels, Robert	Berlin	Parteivorstand
Werner, Emil	Rostock	5. mecklenburgischer Wahlkreis
Wesemeier, August	Braunschweig	Braunschweig-Blankenburg
Westmeyer, Friedrich	Stuttgart	1. württembergischer Wahlkreis
Wicklein, Max	Nordhausen	Sangerhausen-Eckartsberga
Wiegand, Frau	Dresden	5. sächsischer Wahlkreis
Wiehle, Ernst	Nordhausen	Erfurt 1
Wiesner, W.	Bergedorf	Hamburg 3
Winkler, Peter	Erlangen	Erlangen-Fürth
Wirth, Robert	Dresden	4. sächsischer Wahlkreis
Witte, Otto	Wiesbaden	Wiesbaden-Biebrich
Witzorowski, Georg	Staßfurt	Calbe-Aschersleben
Wolfframm, Heinrich	Leipzig	12. sächsischer Wahlkreis
Wolfram, Edmund	Gelenau i. Erzgebirge	20. sächsischer Wahlkreis
Wulff, Frieda	Berlin	Berlin 4
Wunderlich, Robert	Regensburg	Regensburg
Wurm, Emanuel	Berlin	Mitglied des Reichstags
Wuschick, Adolf	Berlin	Prenzlau-Angermünde
Zander, Wilhelm	Bockenheim-Frkf. a. M.	Hanau-Bockenheim-Gelnhausen-Orb
Zeh, August	Lechhausen	Aichach-Bayern
Zepernick, Olga	Reinickendorf	Niederbarnim
Zetkin, Clara	Stuttgart	Kontrollkommission
Zietz, Luise	Berlin	Parteivorstand
Zimmermann, Willy	Offenbach a. M.	Offenbach-Dieburg
Zorn, Georg	Fürth i. B.	Fürth-Erlangen-Hersbruck-Lauf
Zubeil, Fritz	Berlin	Mitglied des Reichstags
Zwahr, Gustav	Neugersdorf i. Sa.	Löbau-Ebersbach

Sprechregister des Parteitages.

Zuschriften und Telegramme.

Beelitz. Patienten der Heilstätte. — **Berlin.** Die Ungarn Berlins. — **Bodenbach a. E.** Kreisleitung. — **Brüssel.** Ausländisches Komitee der Sozialdemokratie Lettlands. — **Budapest.** — **Burg b. Mgb.** Stollberg. — **Davosplatz i. Schweiz.** — **Dux.** Sozialdemokratische Jugend Nordwest-Böhmens. — **Genf.** Auslandskomitee des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland. — **Göppersdorf.** Parteigenossen von Herrenheide. — **Hamburg.** Vorstand des deutschen Arbeiter-Esperantistenbundes. — **Hilleroed.** Stauning. — **Larino.** Famiglia Giovannitti. — **Lissabon.** Parti Socialist Portugal. — **London.** Anderson Chairman Johnson Secretary. — **Madrid.** Comité National Pablo Iglesias. — **Mikultschütz i. Oberschlesien.** Genossen. — **Mailand.** Sozialdemokratischer Parteivorstand. Avanti. Internationaler Hutarbeiter-Konreß. Arbeiter-Bildungsverein. — **München.** Kämpfende organisierte Friseurgehilfen. — **Neustadt i. Sa.** Klassenbewußte Patienten der Heilstätte. — **Oberwiesenthal.** Genossen. — **Paris.** Russisch-sozial-revolutionäre Partei. Zentralbureau ausländischer Gruppen sozialdemokratischer Arbeiterpartei Rußlands. Sozialistische Arbeiterorganisation von Saloniki — **Plauen i. V.** Sozialdemokratischer Verein. — **Ronneburg.** Gesangverein Vorwärts. — **Saloniki.** Fédération Socialiste. — **Sofia.** Sozialdemokratische Arbeiterpartei Bulgariens. Vereinigte sozialdemokratische Partei Bulgariens. — **Stockholm.** Deutscher sozialdemokratischer Verein Vorwärts. — **Stuttgart.** Westmeyer. Crispien. — **Wien.** — **Worpswede.** Genossen. — **Weida.** Wandernde Jugendliche. — **Zürich.** Landesorganisation der internationalen Arbeiter-Vereine. — Sozialdemokratische Partei der Schweiz.

Gäste auf dem Parteitag.

Karl Seitz, Reichsratsabgeordneter, Sozialdemokr. Arbeiterpartei in Oesterreich.
Ferd. Skaret, Reichsratsabgeordneter, Soziald. Arbeiterpartei in Oesterreich.
Jakob Weltner, Sozialdemokratische Partei Ungarns.
E. Buchinger, Sozialdemokratische Partei Ungarns.
de Brouckère, Parti ouvrier belge.
Vandersmissen, Parti ouvrier belge.
H. Branting, Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens.
H. Quelch, British Sozialist Party.
Marcel Cachin, Frankreich, Parti socialiste.
Rouanet, Frankreich.
Peter Cingr, Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Viktor Stein, Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Axelrod, Organisationskomitee der sozialdemokratischen Partei Rußlands.
Kamminiew, Delegierter des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.
Carl Cermak, Deutsche Sozialdemokratie in Böhmen.
Oswald Hillebrand, Deutsche Sozialdemokratie in Böhmen.
Josef Pirkebner, Niederösterreichische Landesorganisation.
D. J. Wynkoop, Sozialdemokratische Partei Hollands.

Sachregister des Parteitages.

Ergebnis der Abstimmungen

über die dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 152 bis 184. Zusammenstellung der angenommenen Anträge Seite 524 bis 530. Die Zahlen in Klammern bezeichnen die Seitenzahlen, auf denen die Resultate der Abstimmungen zu finden sind.)

Nicht genügend unterstützte Anträge:

1 (194), **10** (225), **79** (248), **82** (377), **90** (517), **92, 93, 94, 96** (225), **107, 108** (377), **121, 122, 124** (518), **156, 157, 161, 178** (225), **190** (518).

Durch Uebergang zur Tagesordnung erledigte Anträge:

87, 88, 89 (518).

Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge:

2, 12, 13 (289), **14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 83** (327), **85 I, 86** (444), **100, 101, 102, 103, 105** (289), **110, 112, 114, 115, 116, 117** (403), **125, 126, 127** (289), **137, 138, 139** (519), **142, 144, 145, 146** (327), **148** (289), **149** (203), **152, 153** (519), **158** (403), **159** (289), **162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169** (327), **170 I** (518), **171, 172** (403), **173** (289), **174** (194), **176** (519), **183** (40), **184** (403), **185** (377), **187** (194), **188** (444), **208** (518), **210** (519), **216** (507), **218** (289), **221** (208).

Zurückgezogene Anträge:

81 (225), **97** (281), **109** (377), **111, 113** (403), **120** (518), **129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 154** (519), **177** (403), **180** (300), **181, 182** (301), **186** (300), **191** (289), **193** (253), **198** (518), **200** (253), **209** (518), **214** (447), **220** (208).

Abgelehnte Anträge:

11, 80, 91, 99 (289), **104, 106** (403), **128** (289), **147** (403), **151, 155, 192** (289), **203** (327).

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge:

3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 (289), **85 II** (449), **91** (289), **123** (518), **140, 141, 143** (519), **150, 170 II** (518), **175** (519), **179** (449), **197** (519), **205 II** (403), **206** (519), **213, 215** (449), **217** (529).

Dem Zentralbildungsausschuß überwiesene Anträge:

95, 98, 118, 119 (289).

Angenommene Anträge.

84 (444) Maifeier, **160** (289) Neue Welt, **194** (289) Schnapsboykott, **195** (327) Delegationsrecht, **196** (327) Invalide Parteimitglieder, **199** (369) Bergarbeiterschutz, **201** (294) Teuerung, **202** (289) Jugendbewegung, **203 II** (827) Reichstagsfraktion, **204** (403) Fall Landsberg, **205 I** (403) Todesstrafe, **207** (327) Bezirkseinteilung, **211** (518) Internationaler Kongreß, **212** (403) Schutz gegen Arbeitswillige, **219** (289) Jugendliche Arbeiter, **222** (403) Sonderkonferenzen, (434) Imperialismus.

Programm
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich *eins* mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportionalwahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisationsstatut

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Nach den Beschlüssen des Chemnitzer Parteitages 1912.

Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

Gliederung.

§ 2. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreis wohnende Parteigenosse als Mitglied anzugehören hat. Umfaßt ein Ort mehrere Reichstagswahlkreise, so kann die Zugehörigkeit zu den einzelnen Wahlkreisorganisationen mit deren Zustimmung örtlich geregelt werden. Erstreckt sich der Reichstagswahlkreis über mehrere Orte, so kann an jedem Ort ein Ortsverein des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

§ 3. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt. diese Statuten dürfen nicht mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei im Widerspruch stehen und sind innerhalb einer Woche dem Parteivorstand einzureichen. In gleicher Frist haben die Vorstände ihre Wahl dem Parteivorstande mitzuteilen.

§ 4. Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, müssen diesen eine Vertretung im Vorstand gewähren. Die weiblichen Vorstandsmitglieder haben im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstand vornehmlich die Frauenagitation zu betreiben.

§ 5. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Der monatliche Mindestbeitrag muß jedoch für männliche Mitglieder 30 Pf. und für weibliche Mitglieder 15 Pf. betragen. Parteimitglieder, die invalid geworden sind, sind für die Dauer der Invalidität beitragsfrei. Mindestens 26 Proz. der erh[illegible]enen regelmäß[illegible]en Mitgliederbeiträge sind an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand kann den Wahlkreisen mit Zustimmung des Vorstandes der Bezirks- oder Landesorganisation einen über 80 Proz. dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung überlassen.

Berichterstattung.

§ 6. Das Geschäftsjahr der Partei läuft vom 1. April bis 31. März. Die Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine haben alljährlich durch Vermittelung der Bezirks- und Landesvorstände bis zum 15. Mai dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Der Bericht ist nach einem Fragebogen des Parteivorstandes zu geben und muß mindestens enthalten Angaben über Art und Um-

fang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder.

Den gleichen alljährlichen Bericht über ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen vom Parteivorstande überwiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen zu erstatten.

Parteitag.

§ 7. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden: In Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei und für jede weiteren 6000 Mitglieder ein Delegierter mehr. Die Vertretung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der nach § 5 abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.
2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiinstitutionen.

§ 8. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden erforderlich.

§ 9. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand nach Anhörung des Parteiausschusses den Ort zu bestimmen.

§ 10. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge von Parteiorganisationen für die Tagesordnung des Parteitages sind dem Parteivorstande einzureichen, der sie spätestens drei Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen hat.

§ 11. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 12. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf einstimmig gestellten Antrag der Kontrollkommission;
3. auf Antrag von mindestens 15 Vorständen der Bezirks- oder Landesorganisationen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrage stattzugeben, ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentliches Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe des Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteiorganisationen sind spätestens fünf Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen, wie für die ordentlichen Parteitage. (§§ 7 und 8.)

Parteivorstand.

§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern, unter denen sich eine Genossin befinden muß, und zwei Beisitzern. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf die die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und sie im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen.

§ 15. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes vorzeitig aus, so hat die Kontrollkommission nach Anhörung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses eine Ersatzwahl vorzunehmen.

§ 16. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen, deren Höhe durch den Parteitag festgesetzt wird.

§ 17. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 18. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 19. Der Parteivorstand besorgt die Geschäfte der Partei und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband oder der Landesorganisation ergeben.

Parteiausschuß.

§ 20. Der Parteiausschuß besteht aus je einem Vertreter der Bezirks- und Landesvorstände. Jeder Bezirks- und Landesvorstand wählt für die Dauer eines Jahres aus seiner Mitte einen Vertreter, für den im Behinderungsfalle ein Stellvertreter zu entsenden ist. Das Ergebnis der Wahl ist dem Parteivorstand sofort mitzuteilen.

§ 21. Der Parteiausschuß berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiinstitutionen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages sowie die Bestellung der Referenten und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab.

§ 22. Regelmäßig alle Vierteljahre und im Bedarfsfalle auch häufiger ist der Parteiausschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Bezirks- und Landesvorstände unter Angabe der Gründe dies beantragt. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

Kontrollkommission.

§ 23. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von 9 Mitgliedern.

Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 24. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts", Berliner Volksblatt. Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

§ 25. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheiden die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 26. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisation oder der Parteitage das Parteiinteresse schädigt.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirks- oder Landesorganisation.

Der Ausschluß darf nur von einer Parteiorganisation (Orts- oder Wahlkreisorganisation) — mit Zustimmung des Angeschuldigten auch vom Vorstand der Parteiorganisation — beantragt werden. Die Zustellung des Beschlusses und dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Bezirks- oder Landesvorstand.

§ 27. Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Bezirks- oder Landesorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand. Je drei Beisitzer wählt der Angeschuldigte und die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeschuldigte angehört. Unterläßt es der Angeschuldigte, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt ohne weiteres der Beschluß des Bezirks- oder Landesvorstandes. Erscheint der Angeschuldigte ohne genügende Entschuldigung nicht zu dem festgesetzten Termin, so haben die Instanzen das Recht, in Abwesenheit des Angeschuldigten zu beschließen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Parteivorstand.

Handelt es sich in einer Sache um mehrere Angeschuldigte aus einer Organisation, so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen.

§ 28. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung des Urteils dem Parteivorstand eingereicht sein.

§ 29. Der Ausschluß aus der Partei in Fällen des § 26, Abs. 1 darf nur im Wege des vorstehend festgesetzten Verfahrens erfolgen.

Alle Instanzen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden Ausschluß aus der Partei aussprechen, auf zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern zu erkennen und Rügen zu erteilen. Auch gegen diese Entscheidungen steht den Beteiligten das Recht der Berufung zu.

Die Organisationen haben das Recht, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen. Gegen die Entscheidung steht den Beteiligten das Einspruchsrecht nach den Bestimmungen der §§ 27 und 28 zu.

§ 30. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederaufnahme.

§ 31. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Vorstand der Bezirks- oder Landesorganisation des Wohnorts des Ausgeschlossenen zu richten. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, zu hören.

Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller sowohl wie der Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß sie mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann.

Abänderung der Organisation.

§ 32. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, die die §§ 10 und 13 vorschreiben, veröffentlicht worden sind.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Inhaltsverzeichnis.

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Linde

Richtigstellung.

Im Organisationsstatut (Seite 554 des Protokolls) muß § 7 Abs. 4. Ziff. 1 lauten:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden:

In Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12 000 vier, bis 18 000 fünf und für jede weiteren 6000 Mitglieder ein Delegierter mehr. Die Vertretung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der nach § 5 abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.